

Stephan Braun
Alexander Geisler
Martin Gerster (Hrsg.)

Strategien der extremen Rechten

Hintergründe – Analysen – Antworten



VS VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFTEN

Stephan Braun · Alexander Geisler · Martin Gerster (Hrsg.)

Strategien der extremen Rechten

Stephan Braun
Alexander Geisler
Martin Gerster (Hrsg.)

Strategien der extremen Rechten

Hintergründe – Analysen – Antworten



VS VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFTEN

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<<http://dnb.d-nb.de>> abrufbar.

1. Auflage 2009

Alle Rechte vorbehalten

© VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2009

Lektorat: Frank Schindler

VS Verlag für Sozialwissenschaften ist Teil der Fachverlagsgruppe Springer Science+Business Media.
www.vs-verlag.de



Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Umschlaggestaltung: KünkelLopka Medienentwicklung, Heidelberg

Druck und buchbinderische Verarbeitung: Krips b.v., Meppel

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Printed in the Netherlands

ISBN 978-3-531-15911-9

Inhaltsverzeichnis

Einleitung

- Die extreme Rechte. Einleitende Betrachtungen 9
Stephan Braun, Alexander Geisler und Martin Gerster

I. Strukturen und strategische Grundlagen

- Rechtsextreme Ideologien, strategische Orientierungen und Gewalt 21
Hajo Funke

- Die zwei Gesichter des Rechtsextremismus in Deutschland – Themen,
Machtressourcen und Mobilisierungspotentiale der extremen Rechten 45
Sebastian Edathy und Bernd Sommer

- Geländegewinne? Versuch einer (Zwischen-) Bilanz rechtsextremer Erfolge
und Misserfolge 58
Dierk Borstel

II. Strategieberichtungen

Politik und Parteien

- Die „alte“ und die „neue“ NPD
Eine vergleichende Betrachtung zu Gefahrenpotential und Profil 77
Armin Pfahl-Traugber

- Das Viersäulenkonzept der NPD 92
Christoph Schulze

- Die Deutsche Volksunion und die Republikaner: Vergleichende Betrachtungen zur
Entwicklung und zum ideologischen Profil 109
Steffen Kailitz

- Antislimischer Rechtspopulismus in der extremen Rechten – die „PRO“-Bewegung
als neue Kraft? 130
Alexander Häusler

- „Sozialismus ist braun“: Rechtsextremismus, die soziale Frage und
Globalisierungskritik 148
Thomas Grumke

Kultur und Medien

- Zwischen Freizeit, Politik und Partei: RechtsRock 163
Martin Langebach und Jan Raabe
- Fußball als Extrem-Sport – Die Unterwanderung des Breitensports als
 Strategieelement der extremen Rechten 189
Alexander Geisler und Martin Gerster
- Rechtsextremistinnen heute – Aktuelle Entwicklungen und Fallbeispiele 208
Ellen Esen
- „Auf kommunaler Ebene Ausgrenzung unterlaufen“
 Kommunale Dominanzbemühungen der NPD in Regionen von
 Mecklenburg-Vorpommern 230
Andreas Speit
- Immobilienkäufe durch Rechtsextremisten 245
Andrea Röpke
- Widerstand und Provokation: Strategische Optionen im Umkreis des „Instituts für
 Staatspolitik“ 259
Helmut Kellershohn
- Virtuelle Gegenöffentlichkeit und Ausweg aus dem „rechten Ghetto“ 290
Thomas Pfeiffer
- Strategische Rückgriffe der extremen Rechten auf Mythen und Symbole 310
Georg Schuppener
- Übernahme von Ästhetik und Aktionsformen der radikalen Linken – Zur Verortung
 der „Autonomen Nationalisten“ im extrem rechten Strategiespektrum 332
Jan Schedler

Recht und Verfassung

- Die Rechte und das Recht 358
Rudolf Kleinschmidt
- Rechtsanwälte der extremen Rechten 378
Stephan Braun und Anton Maegerle
- Die Funktion von Holocaustleugnung und Geschichtsrevisionismus für die
 rechte Bewegung 404
Wolfgang Benz

Die Funktionen von Antisemitismus und Fremdenfeindschaft für die
rechtsextreme Bewegung 419
Rainer Erb und Michael Kohlstruck

Zwischen Feindbild und Partner: Die extreme Rechte und der Islamismus 440
Claudia Dantschke

International

Die Internationale der Nationalisten: Verbindungen bundesdeutscher
Rechtsextremisten – am Beispiel von NPD/JN – zu Gleichgesinnten in ausgewählten
osteuropäischen Staaten 461
Anton Maegerle

Kooperationsbestrebungen rechtsextremer und rechtspopulistischer Parteien im
Europa-Parlament 474
Martin Schulz

III. Antworten und Gegenstrategien

Politik und Parteien

Rechtsextreme in Kommunalparlamenten am Beispiel der NPD in der
Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick 491
Matthias Schmidt

Einschränkung rechtsextremer Handlungsräume – Möglichkeiten und Grenzen
des Verwaltungsrechts 507
Rainer Litten

Von der Projektarbeit hin zur institutionalisierten Arbeit 526
Fritz Rudolf Körper

Durch Intervention zum Ausstieg 538
Frank Buchheit

Kultur und Medien

Programme und Projekte gegen Rechtsextremismus vor Ort – das Fallbeispiel
Wurzen 549
Miro Jennerjahn

Rassismus und Fremdenfeindlichkeit im Fußballumfeld – Herausforderungen
für die Prävention 564
Gunter A. Pilz

Pädagogische Reaktionen auf Antisemitismus <i>Micha Brumlik</i>	579
Multimedialer Hass im Netz – Vorschläge zum medienpädagogischen Umgang mit rechtsextremen Web-Inhalten <i>Stefan Glaser</i>	588
Bloggen gegen Rechts vs. Wortergreifung 2.0 <i>Patrick Gensing</i>	603
Argumentative Handlungsfähigkeit trainieren <i>Carl Chung und Ann-Sofie Susen</i>	618
Recht und Verfassung	
Rechtliche Möglichkeiten gegen Rechtsextremismus im Internet <i>Thomas Günter</i>	631
Die Republik braucht keine Nazis. Ein Plädoyer für die wehrhafte Demokratie <i>Holger Hövelmann und Martin Krems</i>	646
IV. Anhang	
Personenregister	659
Sachregister	665
Autoren und Herausgeber	675

Die extreme Rechte. Einleitende Betrachtungen

Stephan Braun, Alexander Geisler und Martin Gerster

„Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus und Rechtsextremismus prägen das Weltbild einer Minderheit von Jugendlichen; in einigen Gebieten fällt deren Anteil allerdings alarmierend hoch aus“ (Baier et al. 2009: 13).

Die Gefahr von rechts steigt. Im März 2009 legt das kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen eine Studie vor. Danach hatten 4,9 Prozent der befragten 15-jährigen Jungen (und immerhin 2,6 Prozent der Mädchen) angegeben, Mitglied einer rechtsextremistischen Kameradschaft oder Gruppe zu sein.¹ Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble, dessen Haus die Untersuchung in Auftrag gegeben hat, zeigt sich „erschrocken“. Kaum einen Monat später muss er einen weiteren traurigen Rekord bestätigen: So wurde im Vorjahr mit 31.801 Straf- und Gewalttaten ein neuer Höchststand im Feld politisch motivierter Kriminalität erreicht. Das gilt vor allem für den Bereich des Rechtsextremismus, der mit rund 22.400 Delikten und einem Anstieg von rund 16 Prozent zu Buche schlägt. Zwei Menschen verloren nach Angaben des Innenministeriums auf Grund politisch rechts motivierter Gewalt 2008 ihr Leben.² Opferverbände sprechen von 140 Todesopfern durch rechte Gewalt seit 1990.

Diese Trends sind nicht nur Folgen wachsender allgemeiner gesellschaftlicher Fehlentwicklungen und zunehmender „gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ (Heitmeyer). Vielmehr ist darin auch das Ergebnis strategischen Wirkens gesellschaftlicher Kräfte zu sehen, die sich aktiv bemühen, eine Normalisierung rechtsextremer Denk- und Handlungsweisen herbeizuführen.

Rechtsextremismus präsentiert sich heute als planvoll ausgestaltete Erlebniswelt, deren Angebote passgenau auf die Bedürfnisse einer in sich heterogenen, jungen Zielgruppe zugeschnitten sind. Die Szene hat das Web 2.0 für sich entdeckt, ihr Medienangebot umfasst längst Musik, Comics und Computerspiele. Gleichzeitig versuchen Parteien wie NPD und DVU, sich durch gezielte Absprachen aus dem Dilemma der Zersplitterung des „rechten Lagers“ zu lösen. Den Weg in die gesellschaftliche Mitte will eine „Neue Rechte“ ebnen, deren radikalste Protagonisten daran arbeiten, die Grenzen zwischen Rechtskonservatismus und Rechtsextremismus zu verwischen und den Meinungenstenor gesellschaftlicher Diskurse nach rechts außen zu verschieben.

Dieser Band greift Tendenzen wie diese auf und widmet sich den Strukturen und Vorgehensweisen der extremen Rechten. Dabei werden bewusst die unterschiedlichen Perspektiven der akademischen und praktischen Auseinandersetzung mit dieser heterogenen Strömung aufgegriffen und Gegenstrategien angesprochen, die sich im Umgang mit den unterschiedlichen Teilen dieses Spektrums bewährt haben. Der Band bezieht dabei unterschiedliche, zum Teil sogar kontroverse Standpunkte aus Wissenschaft, Publizistik, der politi-

1 Vgl. Baier et al. 2009.

2 http://www.bmi.bund.de/cln_104/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2009/04/entwicklung_politisch_motivierte_kriminalitaet.html (abgerufen am 21.4.2009).

schen Praxis und der Zivilgesellschaft ein. Gerade in der Vielfalt der Zugänge kristallisiert sich ein Gesamtbild heraus, das den schwer zu fassenden Kern des strategischen Wirkens der extremen Rechten deutlich hervortreten lassen sollte.

I. Strukturen und strategische Grundlagen

Der erste Teil des Sammelbandes analysiert Strukturen und strategische Grundlagen der extremen Rechten.

Hajo Funke widmet sich der Entwicklung von Ideologien, strategischen Orientierungen und Gewalt in den verschiedenen Bewegungen der extremen Rechten in Deutschland. Dabei zeichnet er die Entwicklungsströmungen vor und nach der Wiedervereinigung Deutschlands bis in die Gegenwart nach.

Sebastian Edathy und *Bernd Sommer* identifizieren zwei Strömungen der extremen Rechten in Deutschland und untersuchen deren Themen, Machtressourcen und Entwicklungspotentiale.

Erfolge und Misserfolge des modernen Rechtsextremismus werden im folgenden Beitrag bilanziert. *Dierk Borstel* stellt die Frage nach rechtsextremistischen Geländegewinnen. Er überprüft, wie weit demokratische Strukturen in konkreten Fällen Opfer extrem rechter Agitation werden.

II. Strategiefanalysen

Die Analyse der Strategien der extremen Rechten steht im Fokus des zweiten Gliederungsabschnitts der Publikation. Neben Überblicksartikeln liefern Fallstudien einen konkreten Blick auf bestimmte Strategiephänomene.

Politik und Parteien

Zunächst beschäftigen sich die Autoren mit der politischen Ebene. *Armin Pfahl-Traughber* widmet sich der „alten“ und der „neuen“ NPD und analysiert das Profil und das Gefahrenpotential der rechtsextremistischen Partei von ihrer Gründung im Jahre 1964 bis in die heutige Zeit.

Dem klassischen Dreisäulenkonzept der NPD – „Kampf um die Straße“, „Kampf um die Köpfe“, „Kampf um die Parlamente“ – wurde 2005 von der Partei ein zusätzliches Element hinzugefügt: der „Kampf um den organisierten Willen“. *Christoph Schulze* beleuchtet in seinem Beitrag das so entstandene Viersäulenkonzept der NPD.

Im Gegensatz zur NPD, haben die Republikaner und die DVU starke Rückgänge in der Wählergunst verkraften müssen. *Steffen Kailitz* untersucht die Entwicklung beider Parteien an der und abseits der Wahlurne. Der Autor stellt Gemeinsamkeiten wie Unterschiede vor und untersucht das Verhältnis von REPs und DVU zur NPD im Zuge des so genannten „Deutschlandpakts“.

Mit antiislamischem Rechtspopulismus beschäftigt sich der Artikel von *Alexander Häusler*. Er skizziert am Beispiel der Moscheebaudebatten der „Bürgerbewegung Pro Köln“ und anderer „Pro“-Ableger die Entstehung einer neuen politischen Bewegung.

Dass rechtsextremistische und rechtspopulistische Parteien bzw. Wählervereinigungen zunehmend die Themenbereiche Globalisierungskritik und die soziale Frage für sich entdecken und instrumentalisieren, weist *Thomas Grumke* nach. Er klärt auch die Frage nach den Beweggründen, die hinter dieser Erweiterung des Themenspektrums stecken.

Kultur und Medien

Daran schließen sich Strategieanalysen im Bereich Kultur und Medien an.

Martin Langebach und *Jan Raabe* untersuchen das Phänomen des Rechtsrock als eine eigenständige Bewegung von rechts außen. Die Autoren stellen verschiedene Strömungen in der rechten Musikszene vor, berichten über Konzerte und Szenetypisches und diskutieren die Einflussnahme von Seiten der rechtsextremen Parteien auf den Rechtsrock.

Beim Fußball liegt die Wahrheit bekanntlich auf dem Platz – beim Thema Rechtsextremismus aber auch häufiger auf den Rängen eines Fußballstadions oder auf der Aschenbahn einer Kreisligaspielstätte. Denn vermehrt wird der Lieblingssport der Deutschen von Rechtsextremisten als Einfallstor missbraucht. *Alexander Geisler* und *Martin Gerster* richten ihren Blickwinkel auf die Instrumentalisierung des Massenphänomens Fußball durch den organisierten Rechtsextremismus.

Die rechtsextreme Szene wird zwar weitgehend von Männern dominiert, von Frauen aber nachhaltig mitbestimmt. *Ellen Esen* beschäftigt sich mit Frauen und Mädchen als Akteurinnen der extremen Rechten, liefert verschiedene Fallbeispiele und warnt davor, die Bedeutung von Frauen in der extremen Rechten zu unterschätzen.

Ein zentrales strategisches Ziel der NPD ist es, ihr extremistisches Gedankengut unter dem Anschein der „Normalität“ im öffentlichen Bewusstsein zu verankern. Besonders in ländlichen Gebieten Ostdeutschlands arbeitet sie an der Schaffung von so genannten „National befreiten Zonen“. *Andreas Speit* schildert in seiner Reportage die Situation vor Ort in Mecklenburg-Vorpommern.

Wird das scheinbare oder tatsächliche Interesse der NPD an einer leerstehenden Immobilie öffentlich, so ist der Aufschrei in der Öffentlichkeit groß. *Andrea Röpke* richtet ihren Blick auf Immobiliengeschäfte durch und Immobilienbesitz von Rechtsextremisten. In diesem Zusammenhang beleuchtet sie auch die Rolle des Hamburger Neonazis Jürgen Rieger.

Einen Brückenkopf zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus stellt *Helmut Kellershohn* vor. Der Fokus seines Beitrags liegt auf dem „Institut für Staatspolitik“ – von der Wochenzeitung „Junge Freiheit“ zu einer Art „Reemtsma-Institut von rechts“ hochstilisiert³ – und der publizistischen Tätigkeit im Umfeld der neurechten Einrichtung.

Schon längst ist der deutsche Rechtsextremismus im digitalen Zeitalter angekommen, kaum eine Gruppierung der Szene verzichtet auf den eigenen Internetauftritt. Mehr noch: Das Internet gewinnt für den deutschen Rechtsextremismus zunehmend an strategischer Bedeutung wie *Thomas Pfeiffer* in seinem Beitrag darlegt. Dabei spielt die Konstruktion einer virtuellen Gegenöffentlichkeit eine entscheidende Rolle.

Runen, Symbole und andere Anleihen an die germanische Mythologie sind eng mit Teilen der extrem rechten Szene verknüpft. *Georg Schuppener* beschäftigt sich mit der Frage, welche strategische Rolle der gezielte Rückgriff auf Mythen und Symbole unter anderem für die Identitätsstiftung im Rechtsextremismus spielt.

3 Vgl. Junge Freiheit 7/00: 5.

Schwarz gekleidet, verumumt und militant – schwarze Blöcke so genannter „Autonomer Nationalisten“ sind bei rechtsextremen Aufmärschen keine Seltenheit mehr. Dabei bedienen sie sich in abgewandelter Form der Kleidung, Symbole und Aktionsformen linker Gruppierungen. *Jan Schedler* analysiert in seinem Beitrag, welche Bedeutung dieser Gruppierung in der extrem rechten Szene zukommt.

Recht und Verfassung

Die Strategieforschungen werden mit Untersuchungen zum Bereich Recht und Verfassung abgeschlossen.

Rudolf Kleinschmidt untersucht das Verhältnis der extremen Rechten in Deutschland zum bundesdeutschen Rechtsstaat und zur Gerichtsbarkeit. Er thematisiert unterschiedliche Einrichtungen der Rechtshilfe für Mitglieder der extrem rechten bzw. rechtsextremen Szene und widmet sich auch den Prozessstrategien.

Die Rechtsanwälte der extremen Rechten stehen im Mittelpunkt der Untersuchung von *Stephan Braun* und *Anton Maegerle*. Die beiden Autoren stellen exemplarisch Juristen vor, die sich vielfach, beispielsweise als Anwälte, Funktionäre oder Ideengeber in der rechten Szene engagieren.

Der Versuch, die deutsche Geschichte durch revisionistische Berichterstattung zu „entkriminalisieren“, ist in den Reihen der extremen Rechten alles andere als ein Einzelfall. *Wolfgang Benz* untersucht dieses Phänomen und erläutert die strategische Funktion von Geschichtsrevisionismus und von Holocaustleugnung für die extreme Rechte.

Rainer Erb und *Michael Kohlstruck* liefern hierfür eine weitere Ergänzung. In ihrem Beitrag analysieren sie die Funktionen von Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit für die rechtsextreme Bewegung.

Antisemitismus und Antiamerikanismus gehören zum Portfolio der gemeinsamen Feindbilder von Rechtsextremisten und Islamisten. Zuweilen wird offen über eine mögliche Zusammenarbeit beider Lager diskutiert. *Claudia Dantschke* geht der Frage nach, ob es sich hierbei um Einzelfälle oder um die strategische Suche nach neuen Bündnispartnern handelt.

International

Rechtsextremistisches Gedankengut macht nicht an den Schlagbäumen der Grenzen halt. So national gesinnt ihre Ideologien auch sein mögen. Die Vertreter der extremen Rechten unterhalten rege Kooperationen mit Gleichgesinnten in anderen Staaten.

Anton Maegerle stellt Beispiele von Verbindungen deutscher Rechtsextremisten ins Ausland vor. Er konzentriert sich vor allem auf die Zusammenarbeit der NPD und ihrer Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN) mit Rechtsextremisten in Osteuropa.

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit und Bündnisse rechter Parteien gibt es auch auf Ebene der Europäischen Union. *Martin Schulz* berichtet über den Umgang und Erfahrungen mit der ultrarechten Fraktion im Europaparlament.

III. Antworten und Gegenstrategien

Im dritten Teil des Herausgeberbandes wird nach möglichen Gegenstrategien und Antworten auf die Strategien der extremen Rechten gefragt.

Politik und Parteien

Der Kommunalpolitiker *Matthias Schmidt* berichtet über seine eigenen Erfahrungen im Umgang mit der rechtsextremen NPD in der Berliner Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick.

Rainer Litten lotet die Grenzen des Verwaltungsrechts zur Einschränkung rechtsextremer Handlungsräume aus. Er verweist auf Möglichkeiten, rechtsextremistischen Parteien, Vereinen und Organisationen im Rahmen des geltenden Rechts Einhalt zu gebieten.

Zivilgesellschaftliche Ansätze der Präventions- und Aufklärungsarbeit gegenüber rechtsextremen Einstellungen – von der Projektarbeit bis zur institutionalisierten Arbeit – werden im Beitrag von *Fritz Rudolf Körper* aufgegriffen. Wegen des gesamtstaatlichen Interesses an der Bekämpfung des Rechtsextremismus plädiert der Autor dafür, vorhandene Potentiale besser zu bündeln, überschaubarer zu machen und auszubauen.

Mit der konkreten Möglichkeit zum Ausstieg aus der rechtsextremistischen Szene beschäftigt sich *Frank Buchheit*. In seinem Beitrag stellt der Autor die Arbeit der im Jahre 2001 gegründeten baden-württembergischen „Beratungs- und Interventionsgruppe gegen Rechtsextremismus“ (BIG Rex) vor.

Kultur und Medien

Beratung, Präventionsarbeit und Ausstiegshilfen müssen dort greifen, wo sie benötigt werden – vor Ort. In einem konkreten Fallbeispiel blickt *Miro Jennerjahn* auf die sächsische Kleinstadt Wurzen. Er berichtet über die rechte Szene vor Ort und stellt die Arbeit gegen den Rechtsextremismus in Wurzen vor.

Rassismus und Fremdenfeindlichkeit auf und abseits der Spielfelder der deutschen Fußballligen sind längst kein Einzelfall. Damit beschäftigt sich auch *Gunter A. Pilz*, der sich in seinem Artikel verstärkt Gedanken über die Notwendigkeiten und Möglichkeiten der Prävention macht.

Micha Brumlik stellt die Frage, wie und ob antisemitischen Einstellungen und Ressentiments mittels pädagogischer Arbeit erfolgreich begegnet werden kann. Dabei wirft er einen genauen Blick auf inner- und außerschulische Bildungsarbeit, Jugendarbeit und politische Bildung.

Das Internet hat sich zu einer beliebten Propagandaplattform für rechtsextremistische Inhalte entwickelt. Der auf zahlreichen Seiten angebotene multimediale Hass ist eine ernstzunehmende Bedrohung für Kinder und Jugendliche. *Stefan Glaser* beschäftigt sich mit dem Problem des Jugendschutzes und unterbreitet Vorschläge zum medienpädagogischen Umgang mit extrem rechten Internetangeboten.

Gegen derartige Angebote im Internet hat sich ein breites Spektrum von Projekten etabliert. *Patrick Gensing* stellt mit NPD-BLOG.INFO eines dieser Angebote näher vor, das in Form eines Blogs über Aktivitäten und Strategien von Rechtsextremisten berichtet.

Eine funktionierende Demokratie braucht argumentativ handlungsfähige Demokraten, um gegen rechte Agitation und Propaganda gewappnet zu sein. *Carl Chung* und *Ann-Sofie Susen* präsentieren ein Modell für ein Gesprächs- und Verhaltenstraining gegen rechtsextreme Erscheinungsformen.

Recht und Verfassung

Die Attraktivität des Mediums Internet zur Verbreitung von, teilweise illegalen, rechtsextremen Inhalten, ist ungebrochen. Dabei ist das world wide web alles andere als ein rechtsfreier Raum. *Thomas Günter* stellt die wesentlichen rechtlichen Regelungen zum Rechtsextremismus im Internet vor, weist auf medienrechtliche Verfahren gegen Urheber rechtsextremistischer Inhalte hin und zeigt, dass auch gegen Angebote aus dem Ausland rechtlich vorgegangen werden kann.

Ein Appell für ein NPD-Verbot schließt den Sammelband ab. *Holger Hövelmann* und *Martin Krems* plädieren für ein neues Verbotverfahren im Sinne der wehrhaften Demokratie.

Die Problematik des Extremismusbegriffs

Der Extremismusbegriff ist hart umkämpft. Oft lässt rhetorischer Pulverdampf die inhaltlichen Konturen der Begrifflichkeiten verschwimmen.

So sieht sich beispielsweise Andreas Molau keineswegs als Rechtsextremisten: „Mit ‚radikal‘ kann ich mich anfreunden“⁴, so der Vorsitzende der „Gesellschaft für Freie Publizistik“ (GfP), der zeitweise als aussichtsreicher Anwärter auf den NPD-Vorsitz gehandelt wurde. Rechtsextremismus stellt für ihn einen „Kampfbegriff“ dar, den er konsequent ablehnt. Die Verfassungsschutzbehörden werten das anders: Sie bezeichnen die GfP als die größte rechtsextreme Kulturvereinigung in Deutschland. Die NPD markiert für sie den Kern des politischen Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. NPD wie GfP stehen stellvertretend für unterschiedliche Strategiesegmente eines ideologischen Spektrums und für dessen personelle und institutionelle Vernetzung.

Das Beispiel illustriert, dass der disparate Rechtsextremismusbegriff auch deshalb so umstritten ist, weil er Grenzlinien markiert, innerhalb derer sich die Teilnehmer des pluralistischen Diskurses bewegen können, ohne mit schwer wiegenden gesellschaftlichen Sanktionen rechnen zu müssen. Als extrem eingestufte Positionen unterliegen einer besonders kritischen Beobachtung durch die Öffentlichkeit und werden – sofern sie die demokratische Grundordnung in Frage stellen und zu überwinden trachten – mit rechtsstaatlichen Mitteln bekämpft. Auch abseits der direkt betroffenen politischen Spektren ist der Begriff umstritten, da ihm das Risiko innewohnt, zur Marginalisierung politisch missliebiger Ansichten instrumentalisiert zu werden.

Für den Begriff der extremen Rechten gilt deshalb das Fazit, das Klärner und Kohlstruck für den Umgang mit Rechtsextremismus ziehen: „Eine reflektierte Betrachtung der Entwicklung der Rechtsextremismusforschung hat deshalb die Verwendung des Ausdrucks

⁴ http://www.endstation-rechts.de/index.php?option=com_content&view=article&id=2682:molau-mit-radikal-kann-ich-mich-anfreunden-&catid=115:bundespartei&Itemid=384 (abgerufen am 21.04.2009).

Rechtsextremismus analytisch zu unterscheiden von den Phänomenen und der sozialen Praxis, die damit bezeichnet werden.“ (Klärner/Kohlstruck 2006: 14).

Wer sich auf diesem Feld bewegt, operiert unausweichlich mit Begriffen, die sowohl mit kontroverser wissenschaftlich-analytischen als auch konfliktträchtigem politischen Gehalt aufgeladen sind. Entscheidend ist deshalb, die politischen Aspekte für die Begriffswahl offen zu legen und den analytischen Mehrwert des Konzeptes „extreme Rechte“ zu begründen.

Wer ist die extreme Rechte?

Die extreme Rechte umfasst im vorliegenden Werk die Akteure und Institutionen des deutschen Rechtsextremismus im Sinne des Verfassungsschutzes ebenso wie das rechtsradikale Spektrum und jene Teile der intellektuellen „Neuen Rechten“, die verfestigte inhaltliche und strukturelle Bindungen an diese Kreise vorweisen und durch ihre Aktivitäten gezielt zur Verbreitung der im sozialwissenschaftlichen Sinne rechtsextremen Ideen beizutragen suchen. Das extrem rechte Spektrum wird hierbei insgesamt im Sinne der Bewegungsforschung interpretiert, wobei die extreme Rechte als soziale Bewegung die „Neue radikale Rechte“ (vgl. Minkenberg 1998) und das in Teilen mit ihr vernetzte extremistische Spektrum umfasst. Diese Perspektive bietet sich vor allem deshalb an, weil sie am ehesten in der Lage ist, die seit den 1980er Jahren zu beobachtenden Modernisierungsphänomene der gewählten Aktions- und Organisationsformen sowie der dahinter stehenden Ideologieelemente zu erfassen und weil sie der Heterogenität der unterschiedlichen Akteure am besten Rechnung trägt (vgl. Klärner/Kohlstruck 2006: 30 f.).

Abbildung 1: Differenzierungen des rechten Spektrums

	demokratische Rechte	extreme Rechte	
Ausrichtung	(wert)konservativ	rechtsradikal	rechtsextremistisch (im Sinne des Verfassungsschutzes)
	Neue Rechte		
Argumentationen	Zuwanderungsskeptisch „traditionelles“ Familienverständnis kulturell orientierter Patriotismus („Leitkulturdebatte“)	ethnopluralistisch demokratiemäßig xenophob islamophob nationalistisch historisch relativistisch	kämpferisch antidemokratisch offen rassistisch antisemitisch/ antiislamisch völkisch-nationalistisch offen revisionistisch
mögliche Strategien	Rechtspopulismus rechte Globalisierungs-/Modernisierungskritik Anleihen aus dem politischen linken Spektrum		

Unter sozialen Bewegungen sind dabei gesellschaftliche Strömungen zu verstehen, die von gemeinsamen Ideen und Vorstellungen getragen werden. Sie wirken als Sammelbecken für

höchst unterschiedliche Menschen, die sich in vielfältigen Aktions- und Organisationsformen zusammenfinden. Hinter diesen Zusammenschlüssen steht jedoch das gemeinsame Ziel, grundlegende soziale Veränderungen herbeizuführen, zu verhindern oder rückgängig zu machen (vgl. Raschke 1988).

Abbildung 1 verdeutlicht das von den Herausgebern gewählte analytische Modell. Es soll zur Differenzierung unterschiedlicher Nuancen der deutschen Rechten dienen und eine Diskussionsgrundlage für eine klarere begriffliche Trennung zwischen den in diesem Band angesprochenen Phänomenen, Akteuren und Strategien bieten.

Der Strategiebegriff

Geht man von Ansätzen aus, die den modernen Rechtsextremismus als bewegungsmäßig (vgl. Klandermanns/Meyer 2006) organisierte soziale Strömung begreifen, rückt notwendigerweise der Strategiebegriff in den Mittelpunkt der Betrachtung. Wir orientieren uns hierbei an Richard Stöss:

„Die Strategien des Rechtsextremismus erstrecken sich zum einen auf die Popularisierung seiner Ziele und zum anderen auf entsprechende taktisch-organisatorische Gesichtspunkte. Zur Popularisierung der Ziele werden in der Regel Kampagnen durchgeführt, womit notwendigerweise taktische Überlegungen verbunden sind, wie die vorhandenen Ressourcen effektiv für die Gefolgschaftswerbung eingesetzt und wie Bündnispartner gewonnen werden können“ (Stöss 2005: 29).

Es fällt auf, dass sich die radikale Rechte durch Protest gegen (vermeintliche) Schattenseiten gesellschaftlicher Modernisierung eine Vergrößerung der eigenen Mobilisierungspotentiale zu versprechen scheint. Auf Grund ihrer anhaltenden Ressourcenschwäche ist jedoch nur von einer begrenzten Strategiefähigkeit auszugehen (vgl. Benthin 2004: 249). Dennoch erfreuen sich gerade im rechtsradikalen Milieu jene Handlungsmuster besonderer Beliebtheit, die unter dem Etikett des Rechtspopulismus diskutiert werden. Entsprechende Ansätze zeigen sich sowohl bei der Übernahme globalisierungskritischer Argumentationsmuster als auch in zunehmenden Anleihen an die Protestkultur politisch linker Gruppierungen.

Wir danken den Autorinnen und Autoren des Bandes für ihre ausgiebige Recherche, ihre klaren Analysen und manch hilfreiche Anmerkung. Dem VS Verlag für Sozialwissenschaften, insbesondere Frank Schindler, danken wir für die Anregung zu diesem Band, die konstruktive Begleitung und die zügige Umsetzung des Projekts. Dank sagen wir Helmut Neumann und Jan-Dirk Rausch für ihre hilfreichen juristischen Ratschläge, Margret Chatwin für ihre wertvollen Ideen und Anregungen. Ein besonderer Dank gilt Madeleine Dölker, Beate Klein, Christopher Haag und Hannes Munzinger als unersetzlichen Hilfen bei der Editorialarbeit. Ohne sie alle wäre der Band so nicht möglich gewesen.

Literatur

- Baier Dirk/Pfeiffer, Christian/Simonson, Julia/Rabold, Susann (2009): Jugendliche in Deutschland als Opfer und Täter von Gewalt. Erster Forschungsbericht zum Gemeinsamen Forschungsprojekt des Bundesministeriums des Innern und des KFN. Hannover.
- Braun, Stephan/Geisler, Alexander/Gerster, Martin (2007): Die „Junge Freiheit“ der „Neuen Rechten“. Bundes- und landespolitische Perspektiven zur „Jungen Freiheit“ und den Medien der „Neuen Rechten“. In: Braun, Stephan/Vogt, Ute (Hg.): Die Wochenzeitung „Junge Freiheit“. Kritische Analysen zu Programmatik, Inhalten, Autoren und Kunden, Wiesbaden: 15-42.
- Decker, Oliver/Brähler, Elmar (2006): Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland. Berlin.
- Jesse, Eckhart (2007): Die unterschiedliche Wahrnehmung von Rechts- und Linksextremismus. In: Hans Seidel Stiftung (Hg.): Themenheft: Extremismus in Deutschland. Schwerpunkte, Perspektiven, Vergleich. Politische Studien. Zweimonatszeitschrift für Politik und Zeitgeschehen, H.1., Jg. 58: 8-17.
- Klärner, Andreas/Kohlstruck, Michael (2006): Rechtsextremismus – Thema der Öffentlichkeit und Gegenstand der Forschung. In: dies. (Hg.): Moderner Rechtsextremismus in Deutschland. Bonn: 7-43.
- Klandermans, Bert/Meyer, Nonna (2006): Right-wing extremism as a social movement. In: dies. (Hg.): Extreme Right Activists in Europe. Through the magnifying glass. New York: 3-16.
- Pfahl-Traughber, Armin (2006⁴): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. München.
- Pfahl-Traughber, Armin (2004): Die „Umwertung der Werte“ als Bestandteil einer Strategie der „Kulturrevolution“. Die Begriffsumdeutung von „Demokratie“ durch rechtsextremistische Intellektuelle. In: Gessenharter, Wolfgang/Pfeiffer, Thomas (Hg.): Die Neue Rechte – eine Gefahr für die Demokratie? Wiesbaden: 73-94.
- Pfeiffer, Thomas (2004): „Unsere Waffe ist das Wort“. Neue Rechte: Avantgarde und Ideologieschmiede des Rechtsextremismus. In: Braun, Stephan/Hörsch, Daniel (Hg.): Rechte Netzwerke – eine Gefahr. Wiesbaden: 27-34.
- Stöss, Richard (2005): Rechtsextremismus im Wandel. Berlin.

I. Strukturen und strategische Grundlagen

Rechtsextreme Ideologien, strategische Orientierungen und Gewalt

Hajo Funke

1 Einleitung: Spannungen im Rechtsextremismus – und Ausweitung der rechtsextremen Gewaltbewegung in Deutschland¹

Am 14. Februar 2009 haben 8400, vor allem deutsche, Rechtsextreme in Dresden mit der seit 1945 größten rechtsextremen Demonstration unmissverständlich gezeigt, dass sie da sind: eine ideologisch fanatisierte, jederzeit gewaltbereite Bewegung, die allein in Deutschland auf Zehntausende nicht nur jugendlicher Sympathisanten zählen kann. Die Regie führten Neonationalsozialisten aus den Freien Kameradschaften und der NPD. Auch wenn ihr Arm (noch) nicht bis ins nationale Parlament reicht, war er dennoch gefährlich genug, noch am gleichen Tag gewerkschaftliche Gegendemonstranten auf einem Autobahnparkplatz bei Jena zu verletzen.

Das bisherige Gravitationszentrum des deutschen Rechtsextremismus, die NPD, wurde allerdings in 2008 und im beginnenden Wahljahr 2009 von finanziellen Skandalen und Flügelkämpfen erschüttert. Dabei geht es neben den finanziellen Skandalen, die auch dem Parteivorsitzenden zugerechnet werden, vor allem um taktische Differenzen: Wieweit kann man sich das Bild eines sozialen Biedermanns verordnen, ohne die nationalrevolutionäre Identität einer Partei, die das Vierte Reich will, infrage zu stellen oder sogar aufzugeben? Die Öffentlichkeit würde sich täuschen lassen, wenn aus der Imagekampagne der Rechtsextremen auf ihre ideologische Ausrichtung und ihre politische Praxis geschlossen werden würde. Im Gegenteil. Zusammen mit den Freien Kameradschaften hat die NPD, auch mithilfe von Wahlkampagnen und der Ansprache sozialer Ängste und regionaler Probleme, eine rechte Alltagskultur in vielen Regionen Ostdeutschlands und inzwischen auch bestimmten – wengleich isolierten – Teilen Westdeutschlands etabliert. Nach wie vor werden tradierte völkische und rassistische Botschaften verbreitet.

Noch einmal ist 2008 die Zahl der offiziell registrierten rechtsextremen Gewaltstraftaten, die sich seit inzwischen vier Jahren auf hohem Niveau bewegen, auf weit über 1000 angestiegen. Dabei ist eine erhebliche Dunkelziffer gar nicht eingerechnet. Mit vier 2008 von Rechtsextremen verübten Morden ist deren Zahl seit der politischen Einigung Deutschlands auf über 140 gewachsen.

Die im März 2009 veröffentlichte Studie des Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen „Jugendliche in Deutschland als Opfer und Täter von Gewalt“ (Dirk Baier, Christian Pfeiffer u. a. 2009) hat neue ernst zu nehmende Erkenntnisse gebracht. Sie hat auf der Basis von insgesamt 44.610 im Durchschnitt fünfzehnjährigen Schülern ermittelt, dass

1 Dieser Text greift passagenweise auf Hajo Funke: *Paranoia und Politik*. Berlin 2002 sowie die mit Lars Rensmann und Hans-Peter Waldhoff für die SPD Bundestagsfraktion erstellte Studie: *Rechtsextremismus in Deutschland – Eine Handreichung*. Berlin: SPD-Bundestagsfraktion, 2005 zurück.

14,4 Prozent als sehr ausländerfeindlich, weitere 26,2 Prozent als eher ausländerfeindlich gelten.

3,8 Prozent der fünfzehnjährigen Jugendlichen sind danach Mitglieder einer rechten Gruppe. Das wären nach Schätzungen etwa 30.000 aller fünfzehnjährigen in Deutschland. Man wird davon ausgehen müssen, dass ähnliche Ergebnisse auch für die 16- bis 18-jährigen ermittelt werden würden. Ihre Zahl ist unter männlichen Jugendlichen, an Hauptschulen und Förderschulen vergleichsweise höher und in Ostdeutschland und Süddeutschland (4,5 und 4,4) höher als in West- und Norddeutschland. Von den 4,3 Prozent, die eine rechtsextreme Straftat begangen haben, haben drei Viertel der Befragten keine Sanktionen von staatlichen Kontrollinstanzen erfahren. Nur ein Viertel sind angezeigt und die entsprechenden Gesetzesverstöße von den Behörden bearbeitet worden – ein drastischer Verweis auf das Ausmaß der Dunkelziffer von entsprechenden Straftaten.

Die Studie mit ihren „erschreckenden“ Ergebnissen (Wolfgang Schäuble, der diese Studie für das Bundesinnenministerium in Auftrag gegeben hat) zeigt erstmalig repräsentativ, dass wir es mit einer rechtsextremen Jugendbewegung zu tun haben, die in der Regel attraktiver scheint als ein Engagement in demokratischen Parteien. Zigtausende sind Sympathisanten oder Aktive dieser rechtsextremen Subkultur, die trotz aller Bemühungen ungebrochen im Trend liegt.

Als zweiter erschreckender Faktor zur Kennzeichnung des heutigen Rechtsextremismus kommt hinzu, dass dieser subkulturelle Rechtsextremismus weithin von neonationalsozialistisch eingestellten Kadern aus den sog. Freien Kameradschaften, den besonders gewalttätigen autonomen Nationalisten und der ebenfalls neonazistischen NPD beeinflusst wird. Diese Mischung von Neonazismus, Milieuverankerung und Gewaltbereitschaft finden wir in keinem westeuropäischen Land der Europäischen Union in vergleichbarem Ausmaß.

Im Folgenden geht es um die *ideologischen und politischen Entstehungsbedingungen* dieses Rechtsextremismus seit den achtziger Jahren in Westdeutschland und vor allem nach der deutschen Einigung (Teil 2). Im Teil 3 steht die Frage im Mittelpunkt, in welchem Verhältnis diese ideologischen und strategischen Orientierungen zu den *kulturellen, sozialen und politischen Resonanzböden* stehen, die zu den Erfolgen, zugleich aber auch zu den Grenzen des heutigen Rechtsextremismus in Deutschland beitragen. Teil 4 beschreibt den *Etablierungsprozess der subkulturellen rechtsextremen Bewegung* und die vielfältigen Wege der Jugendlichen in diese Szenen. Ein zentrales Resultat dieses Prozesses besteht in *Ideologie und Gewalt* einer neonazistischen Partei, der *NPD*, die ihrerseits diesen Prozess zu beschleunigen und auszuweiten versucht (Teil 5). Eine *Strategie zur Eindämmung des Rechtsextremismus* (Teil 6) ist ohne eine angemessene Erörterung seiner Ursachen kaum geeignet, gegen die bisher ungebrochenen rechtsextremen Tendenzen in Deutschland anzugehen.²

2 Im Zentrum des Rechtsextremismus in allen seinen Varianten und Denktraditionen stehen politische Orientierungen 1) des (völkischen) Nationalismus, 2) des (rassistischen) Freund-Feind-Denkens und 3) des (antidemokratischen) Autoritarismus, das heißt der Sehnsucht nach einer autoritären Ordnung und Gewalt gegen die, die abweichen von der selbstgesetzten Norm. Die Rechtsextremismusforschung geht zur Erklärung vom Zusammenwirken langfristiger gesellschaftlicher und kurzfristiger situativer Faktoren aus. Sie ist sich weitgehend darin einig, dass Rechtsextremismus Resultat einer Wechselwirkung solcher Faktoren ist (vgl. et al. Stöss 1993) und sich die Existenzbedingungen des Rechtsextremismus nur multifaktoriell erklären lassen“ (Stöss 1993:40). Für den Rechtsextremismus neuen Typs wäre es von Bedeutung, folgende Aspekte und ihre Interaktion aufeinander bezogen zu untersuchen:

1) längerfristige mentale Traditionen und ihr Niederschlag in kulturellen Praktiken, Habitus und Codes und deren Institutionalisierungen in Gesellschaft und Politik: Also etwa Einflüsse der politischen Kultur wie die

2 Entstehungsbedingungen des heutigen Rechtsextremismus. Zwischen ideologischer Modernisierung und Radikalisierung

Die ideologische Modernisierung, Anpassung und Flexibilisierung der extremen (neuen) Rechten geht auf Debatten zurück, die nicht zuletzt in den 1980er Jahren in Westdeutschland geführt worden waren. Denn Anfang der 1980er Jahre zeichneten sich neue politisch-kulturelle Konstellationen ab. Intensive Debatten, zum Beispiel um die TV-Ausstrahlung der „Holocaust“-Serie 1979 (Die Geschichte der Familie Weiß), machten deutlich, wie kontrovers und brüchig nach wie vor die Auseinandersetzung um die Folgen des Nationalsozialismus für die bundesrepublikanische Gesellschaft war. Nationalkonservative wie Franz Josef Strauß oder Alfred Dregger plädierten dafür, „aus dem Schatten Hitlers herauszutreten“ und „wieder normal zu werden“ (Lynen van Berg 2000: 430). Schließlich forderte Helmut Kohl, seit 1982 Bundeskanzler, eine „geistig-moralische Wende“, die sich auch gegen die Phase demokratischer und sozialer Reformen in der sozialliberalen Ära wenden sollte. Dann folgten symbolische Politiken der „Renormalisierung“ der deutschen Geschichte, etwa Kohls Besuch der SS-Gräber von Bitburg mit dem amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan.

geistesgeschichtliche Ablehnung demokratischer Ideale, obrigkeitstaatliche Staatsbezüge, konformistische Untertanenmentalität, die Traditionen der Konfliktvermeidung und vorurteilsanfällige Freund-Feind-Schematisierungen sowie militaristische Orientierungen – Dimensionen, die mit den von Adorno diagnostizierten autoritätsgebundenen Dispositionen, die er als wesentlich für die Moderne erachtet, korrespondieren. (Historik und Kultur)

2) gesellschaftliche Desintegrationsprozesse einschließlich Prozesse sozialer Anomie, nicht zuletzt gravierende Umbrüche und Transformationsprozesse: der Zerstörung alter Strukturen und darauf bezogener Normen; fehlende Internalisierung und Institutionalisierung neuer sozialer Normen und die prekären sozialen und politischen Folgen solcher Desintegrationserfahrungen (Sozio-Ökonomie).

3) die Stabilität beziehungsweise Wandel des politischen Systems und seiner Legitimität, einschließlich der Politik zur Frage der Menschenrechte und zum Verhältnis zwischen Majorität und Minderheiten (Politik und Politische Sphäre)

4) das „Angebot“ rechtsextreme Ideologien und Netzwerke, Organisationen und Diskurse; und deren Interaktion.

Diese Aspekte ließen sich in Fortführung kritisch-theoretischer und politisch-psychologischer Ansätze als Kriterien einer erweiterten kritischen politischen Kulturforschung begreifen. Kritisch-theoretische Ansätze werden insofern fortgeführt, als fundamentale gesellschaftliche Erfahrungen sozialer Restriktionen und sozialer Anomien ebenso Gegenstand der Analyse sind wie die Interaktion dieser gesellschaftlichen Prozesse mit autoritären Traditionen in Gesellschaft und Politik und autoritärer Dispositionen in den Individuen. Ein politisch-kultureller Forschungsansatz ist es insofern, als diese autoritären Traditionen und Mentalitäten im Verhältnis zu nationalen, lokalen, politischen Chancen und Grenzen demokratischer Partizipation analysiert werden müssen. Eine politisch-psychologische Perspektive hätte eine solche Forschungsperspektive in dem Maße, in dem die in Geschichte, Gesellschaft und Politik angelegten und mobilisierten autoritären Dispositionen, entsprechende autoritäre Praktiken rechtsextremer Bewegungen und autoritäre Dispositionen in den Individuen aufeinander bezogen analysiert werden. Die Fragen: Warum so? Warum jetzt? Warum in diesem Ausmaß? können erst in dem Maße, in dem ein Phänomen wie eine rechtsextreme Eskalation im jeweiligen Kontext verstanden wird, annähernd beantwortet werden. Erst auf dieser Grundlage mag es angeraten sein, einen Vergleich mit anderen Phasen und Wellen des Rechtsextremismus oder einen internationalen Vergleich vorzunehmen – im Bewusstsein der jeweiligen sozialen, ökonomischen, politischen und vor allem politisch-kulturellen Differenzen. Aus dieser historisch-soziologischen und politisch-kulturellen Perspektive ergibt sich die Notwendigkeit, die jeweiligen einzelwissenschaftlichen Methoden auf die historischen Konstellationen zu beziehen und anzuwenden. Wenn es richtig ist, daß der Entwicklungsstand der Demokratie sich immer auch in der „Faktizität des und im Umgang mit dem [...] Rechtsextremismus“ erweist, dann ist eine solchermaßen kritische Wissenschaft eben auch „demokratietheoretische Wissenschaft“ (vgl. Dudek/Jaschke 1984: 15). Beschäftigung mit Rechtsextremismus ist vor diesem angesprochenen Hintergrund „immer auch Demokratietheorie in praktischer Absicht.“

Diese politisch-kulturelle Konstellation und sozial-ökonomische Risiken vermehrter Arbeitslosigkeit und eines beschleunigten sozialen wie technologischen Wandels hielten für die extreme Rechte günstige Rahmenbedingungen bereit. Hierbei kritisierte sie, dass die „geistig-moralische Wende“ nur halbherzig formuliert und durchgesetzt worden sei. Vor allem aber dürfte es für die neue Mobilisierung rechtsextremen Potenzials und die Entwicklung eines rechtsextremen Schubes seit Mitte der 1980er Jahre von entscheidender Bedeutung gewesen sein, dass die Themen „Ausländer“ und „Asylanten“ auch regierungsseitig populistisch aufgegriffen worden sind. In für die extreme Rechte bekömmlicher Schärfe hatte der damalige Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) schon zu Beginn der 1980er Jahre von der „ethnischen Homogenität der deutschen Nation“ gesprochen, die es gegenüber den Einwandernden zu mobilisieren gelte.

Im (Rechts-)Populismus der extremen Rechten wurde die Agitation gegen „Ausländer“ zu einem zentralen Mittel eines neuen völkischen Nationalismus. Den 1983 als Abspaltung der CSU gegründeten *Republikanern* gelang es unter Schönhuber, zu erheblichen Landtagswahlerfolgen – in Bayern, in Baden-Württemberg und 1989 auch in West-Berlin – zu kommen (vgl. Funke 1989). Mit etwas subtileren Formulierungen als bei den traditionellen Parteien der extremen Rechten – DVU und NPD – ging es den „Republikanern“ um die gleiche rechtsextreme Kernideologie: einen als „Ethnopluralismus“ verpackten Rassismus und völkischen Nationalismus; eine antisemitisch getönte Abwehr, den jüdischen Repräsentanten im Nachkriegsdeutschland ein Mindestmaß an Respekt zu zollen; die Forderung nach Deutschland in der Größe des Jahres 1937 wie die „Befreiung vom Büberhemd“.

Neben der neuen Partei der *Republikaner* entwickelte sich nun auch eine breitere öffentliche Resonanz neu-rechter und rechtsradikaler Positionen – insbesondere um die zunächst von den *Republikanern* gegründete und später unabhängig agierende *Junge Freiheit*. Weitere Medien und öffentlich einflussreiche Akteure verstanden sich als „Neue Rechte“ und gaben sich zugleich demokratisch, wie die Gruppe um Rainer Zitelmann im Ullstein-Verlag. Schließlich versuchte die militante Avantgarde eines Neonationalsozialismus der neuen Generation mit spektakulären öffentlichen Aktionen, Aufmerksamkeit zu erreichen.

2.1 „Innovationen“ der neuen Rechten. Kampf um kulturelle Hegemonie

Die neue Rechte hatte ihren Ursprung im Frankreich des Jahres 1968 – als Gegenreaktion auf den Pariser Mai in einer Gruppe von Rechtsintellektuellen, der es zunächst darum ging, das Theoriedefizit der Rechten zu beheben. Denn, so ihr heute wohl prominentester Vertreter Alain de Benoist, „ohne präzise Theorie kein wirksames Handeln.“ Der Erfolg einer Revolution sei auch abhängig von ihrem metapolitischen Umfeld, das heißt die revolutionäre Idee müsse eine „kulturelle Hegemonie“ innerhalb einer Gesellschaft errungen haben, bevor sie politische Wirklichkeit werden kann. Eine Übernahme der politischen Macht sei nicht ohne vorhergehende Übernahme der kulturellen möglich (vgl. Seferens 1996: 276ff.).

Die „neue Rechte“ konzentrierte sich vor allem darauf, das kulturelle Klima in ihrem Sinne zu verändern, um „die Mentalität der Epoche [...] mit einer neuen politischen Botschaft kompatibel zu machen“. Hierzu haben Benoist und Armin Mohler ihre Strategien, der eine in Frankreich, der andere in Deutschland, aufeinander abgestimmt – um so die konservativ-revolutionäre Tradition der zwanziger Jahre mit der Neuformulierung einer gegenauflärerischen und antiliberalen Machtstrategie, die auf die gegenwärtigen Verhält-

nisse der westeuropäischen Demokratien abgestimmt ist, zu verbinden. In der Kampfarena eines „Kulturkrieges“ in der intellektuellen Öffentlichkeit versucht die „neue Rechte“, virulente Themen aufzugreifen und mit Inhalten aus dem eigenen ideologischen Fundus – eines geschichtsbewussten, substanzialistischen Nationalismus und eines nach außen und gegenüber Fremden abwertenden Verhaltens – zu besetzen. Dabei sind Brückenschläge ins rechtskonservative Lager, aber auch gegenüber Linksalternativen und Jugendkulturen Absicht. Bei aller Flexibilität und auch Camouflage behält die „neue Rechte“ den Sturz der liberaldemokratischen Ordnung als ihrem Hauptfeind als strategisches Endziel stets im Auge (vgl. ebd.).

Eine der Innovationen ist der Austausch des Begriffs der Rasse, der für die alte Rechte kennzeichnend war, durch den der Kultur. Die *Substanzialisierung von Kultur* (Geschichte, Sprache ...) gehört zu einem Wesensmerkmal der neuen Rechten. Im ethnozentrisch definierten Kulturbegriff lebt das Paradigma der alten Rechten weiter. Kultur wird verstanden als autoritäre Setzung totalisierender Sinnentwürfe, die das kollektive Schicksal eines Volkes darstellen. Kultur ist „ethnisch und homogen“, der Einzelne partizipiert an ihr dadurch, dass er an den „Mythen der Abstammung, Sprache, Geschichte [...]“ (Terkessides 1995: 75) des Volkes teil hat, in das er hineingeboren wurde.

Sein Profil gewinnt dieser Kulturbegriff aus den vermeintlichen *Bedrohungsszenarien*, von denen er sich absetzt:

- der Verfallsgeschichte der Moderne, der liberalen Demokratie, des Liberalismus, des Westens insgesamt,
- dem Chaos der Partikularinteressen, dem „nihilistischen Suizid“ der modernen Dekadenz,
- der Selbstauflösung der modernen Gesellschaft im Multikulturalismus der Parallelgesellschaften,
- der Vergangenheitsbewältigung, die mit dem Nationalsozialismus vermeintlich auch den gesamten Nationalismus, Geschichte und Substanz, eben die deutsche Identität selbst „national-masochistisch“ und „selbstunterwerfend“ zersetze.

So ist in Deutschland durch diese *Kulturalisierung der Politik* eine Verschiebung des eigentlich Politischen der neuen Rechten versucht worden, das Stigma der Taternation von Deutschland abzuwenden und sich selbst als Kulturnation zum Opfer umzudefinieren. Danach ist das deutsche Kollektiv Opfer der Umerziehung, der „68er“ und auch derjenigen Täter des Nationalsozialismus, die die deutsche Kultur und Geschichte gefährdeten. So wie die prekäre Vergangenheitsbewältigung die Identität gefährde – stellten ebenso die beschworene Multikulturalität und die Konfrontation mit „Fremdem“, die deutsche Identität zur Disposition. Obwohl diese Debatte längst auch in Deutschland Fuß gefasst hatte, sollte sie erst mit dem Fall der Mauer erhebliche Erfolge mit der „Rückkehr in die Geschichte“ zur „selbstbewussten Nation“ der „89er“ erfahren.

2.2 „Junge Freiheit“ (JF)

Für die „neue Rechte“ sind Aufstieg und Taktik der „Jungen Freiheit“ von einiger Signifikanz. Mitte der 1980er Jahre gegründet, suchte sie sich zur rechten „taz“ zu entwickeln. Sie

betrieb mit dem Konzept einer rechten Hegemoniestrategie ein Brücken- und Sammelkonzept, das junge Redakteure aus der Burschenschaft mit rechtsextremen Strategen wie Armin Mohler oder Franz Schönhuber verband. Man suchte den Kontakt zu Konservativen und zu Linksalternativen – selbst zur PDS. Ein beträchtlicher Teil der Redakteure kam aber auch aus der extremen, zum Teil nationalen revolutionären Rechten wie der Zeitung „Wir selbst“ (so Sven Thomas Frank) oder aus der später verbotenen Freiheitlichen Arbeiterpartei (FAP) wie Michael Krämer (vgl. Wippermann 1995). Statt der Organisierung in einer Partei sah die JF den Aufbau eines weit gefächerten Netzes von Zirkeln und sogenannten Denkfabriken vor: Das Zentrum kann nicht eine Partei sein, „sondern ein vielfältiges, politisches, kulturelles und publizistisches ‚Kapillarsystem‘“ (Weißmann), durch das „konservative Vorstellungen in breite Schichten sickern können“ (Dieter Stein, zitiert nach Jost Wippermann: 1995: 168).

Die „Junge Freiheit“ zielte auf:

- „Nationalrevolutionäre“, wie sie sich in den achtziger Jahren um Michael Kühnen gruppierten und Ende der 90er Jahre von den „Jungen Nationaldemokraten“ der NPD vor allem im Osten Deutschlands organisiert werden (vgl. weiter unten),
- ins rechte Spektrum abgewanderte ehemalige Linke beziehungsweise Linksalternative wie Henning Eichberg oder Horst Mahler und unter Umständen Teile der PDS, an die sie jedenfalls strategische Interessen richten,
- die Epigonen Carl Schmitts, welche insbesondere im autoritären starken Staat ihre rechtsextreme Zielvorstellung erblicken.

Ein Bezugssystem der „Jungen Freiheit“ wie der neuen Rechten insgesamt war lange Zeit hierbei nach wie vor die sogenannte *konservative Revolution der Weimarer Republik*. Sie waren geistige Vorbereiter der nationalsozialistischen Revolution des Jahres 1933 und deswegen eigentlich ebenso belastet wie die Nationalsozialisten selbst. Als Gegenbewegung zur französischen Revolution glaubten sie, die Menschheit solle zu ihren angeblich von Natur aus gegebenen Werten zurückkehren. Statt des Massenglücks gehe es um das Recht der Volksgemeinschaft, um die Wiedererrichtung jener „elementaren“ Gesetze und Werte, ohne welche der Mensch den Zusammenhang mit Natur und Gott verliere und keine wahre Ordnung aufbauen könne; statt der Gleichheit um die innere Wertigkeit und die soziale Gesinnung des gerechten Einbaus in die gestufte Gesellschaft (so Edgar Jung, zitiert nach Wippermann, ebd.). Für Jung ist die „Konservative Revolution“ „eine deutsche Revolution“.

Es gehört zu den erstaunlichsten Phänomenen in der Debatte um die „neue Rechte“, mit welcher Chuzpe und teilweisem Erfolg die „neue Rechte“ so tut, als bezöge sie sich mit ihrem Rückgriff auf die konservativen Revolutionäre der Weimarer Republik auf honorige und überdies intellektuelle Größen, die die wichtigsten ideologischen Wegbereiter des Nationalsozialismus repräsentieren: Oswald Spengler, Hans Freyer, Carl Schmitt, Martin Heidegger oder Ernst Jünger und Moeller van den Bruck. Armin Mohler, ehemaliger Sekretär Ernst Jüngers, Freund des Neurechten Alain de Benoist, Biograph der antidemokratischen konservativen Revolution und selbst erklärter Faschist, im Sinne von José Antonio Primo de la Rivera, hatte dieses Manöver nicht unklug eingefädelt. Enttäuscht über die Lahmheit der Konservativen in Deutschland, ihren Mangel an aggressivem Nationalismus und ihre ewige „Rücksicht auf Hitler“ hatte er zunächst geglaubt (nicht ohne Weitsicht), dass das

Asylthema eines sei, mit der eine „populistische Rechte stark“ gemacht werden könne. Aber mehr noch war es Armin Mohler um ideologische Aufrüstung gegangen, dazu hatte er sich im „Nasenring“ allerdings dazu verstiegen, die Massenvergasung von Juden in Auschwitz anzuzweifeln.³

So war es schon geschickter, als Armin Mohler der neuen Rechten in Deutschland empfahl, sich ein Beispiel an Alain de Benoist, dem Führer der Nouvelle Droite zu nehmen, nicht auf eine eigene rechtsextreme Partei zu setzen, sondern im politisch kulturellen System ihre Ideologien flexibel zu verbreiten und insbesondere die Vertretung der Gegenaufklärung, der konservativen Revolution, dazu als Bezugsquelle zu nutzen, also, Carl Schmitt, Ernst Jünger oder Moeller van den Bruck. Eine Strategie allerdings, die Armin Mohler einst seinerseits seinem Zögling Alain de Benoist nahegelegt hatte und die der gleiche Mohler nun, geschickterweise französisch frisiert, als „neue“ rechte Ware nach Deutschland reimportierte (vgl. Assheuer 1992). Umfrisiert und modernisiert werden musste vor allem zweierlei: der direkte Bezug zum Nationalsozialismus und der zum klassischen Rassismus und Antisemitismus der dreißiger Jahre.

So heißt es, wie oben beschrieben, heute nicht mehr Rassismus, sondern *Ethnopluralismus*, wenn mit einem „Nationalismus auf Gegenseitigkeit“ (vgl. Assheuer 1992) Deutschland den Deutschen, die Türkei den Türken zugewiesen und von der Identität, Unberührbarkeit und Fixiertheit der jeweiligen nationalen Kulturen gesprochen wird. Alain de Benoist, dem Patrick Moreau die rassistische Seite des Ethnopluralismus, seiner Abwertung von Schwarzen nachgewiesen hat, definierte diesen Ethnopluralismus gleich als Antirassismus, sowohl schon 1993 wie erneut 1998 in der „Jungen Freiheit“. Diese Varianten ethnopluralistischer Argumentationen sind inzwischen in ihrem rechtspopulistischen Potenzial in Deutschland wie in westeuropäischen Ländern, etwa in der islamophoben Kampagne gegen den Islam als solchen, von zentraler praktischer Bedeutung geworden. (Vgl. insgesamt den instruktiven Sammelband: Braun, Stephan/Vogt, Ute (Hg.): Die Wochenzeitung „Junge Freiheit“, Wiesbaden 2007)

Inzwischen tobt ein *Streit innerhalb der neuen Rechten* darum, wie man klugerweise an rechtskonservative Positionen andockt und auf sie Einfluss nimmt. Während ein Teil auch ehemaliger Autoren der Jungen Freiheit wie Götz Kubitschek, aber auch JF-Autor Karl-Heinz Weißmann an dem tradierten Konzept der neuen Rechten festhält, versucht die gegenwärtige Redaktionsleitung der Jungen Freiheit diesen Begriff abzuschütteln, umso weniger angreifbar zu erscheinen, kämpft jedoch gleichermaßen gegen die vermeintliche Vorherrschaft eines Multikulturalismus und plädiert für einen für einen geschichtsbewussten Ethnonationalismus der deutschen Nation und verklärt dazu Widerständler des nationalkonservativen Lagers wie Stauffenberg zu Säulenheiligen.

2.3 *Rechtsextremismus neuen Typs seit 1989*

Mit der Wende 1989 entstand für die extreme Rechte eine Situation, in der sie sowohl das Asylthema wie die nationale Vereinigung als Herausforderung für eine gegenwärtig noch andauernde Phase eines *Rechtsextremismus neuen Typs* nutzen konnte. Es waren weniger die etablierten rechtsextremen Wahlparteien – so wichtig deren Agitation auch war –, die Erfolge erzielten, sondern jene bis 1989 randständigen, radikalen und kompromisslosen

3 Mohler, Armin (1989): Der Nasenring. Im Dickicht der Vergangenheitsbewältigung. Essen.

Neonationalsozialisten um Michael Kühnen und Christian Worch, die für die seit Mitte der 1980er Jahre entwickelte Neonazi-Szene in der DDR (vgl. Wagner 1998) an Einfluss zunahmen. Sie nutzten ihre Kontakte mit Akteuren der Neonazi-Szene in der DDR und etablierten rasch eine Reihe neonazistischer Formationen wie die „Deutsche Alternative“, die „Nationale Offensive“ und die „Gesinnungsgemeinschaft der ‚Neuen Front‘“ (GdNF) als eine halbgeheime Dachorganisation.

Diese Etablierung gelang, weil schon in der DDR etwa seit Mitte der 1980er Jahre in rechten Jugendszenen die Bereitschaft zur Gewalt etabliert war. Skinheads und „Faschos“ hatten sich in einer Reihe von Bezirks- und Kreisstädten gegenüber nicht-rechten Jugendszenen oft auch mit Gewalt durchsetzen können. Sie waren zunehmend populär geworden, als das DDR-System immer weiter an Legitimation und Attraktivität gerade bei Jugendlichen einbüßte.

Die neuen, neonazistisch beeinflussten Netzwerke konnten hierbei gerade in Ostdeutschland an konservierte Traditionen eines fremdenfeindlichen Autoritarismus anknüpfen. In der DDR hatte es kaum Chancen zur individuellen Verarbeitung der Identifizierung mit dem Nationalsozialismus gegeben, so dass solche Identifizierungen und entsprechende Ideologien zwar unterdrückt, aber gerade in den Nischen der Gesellschaft, im privaten Raum der Familie, bei den Großeltern oft sehr präsent waren.

Hinzu kam eine diskriminierende Praxis der staatlichen Behörden gegenüber den Vertragsarbeitern – etwa gegenüber Vietnamesen oder Mosambiquanern. Je mehr das DDR-System an Legitimität verlor, desto stärker war der autoritäre Druck gerade unter Jugendlichen, in der vielfach schon eingeübten Fremdenfeindlichkeit ein Ventil zu suchen.

Zu den ökonomisch-sozialen Erschütterungen durch Währungsunion und Treuhandpolitik Anfang der 1990er Jahre kamen politisch-institutionelle Enttäuschungen, die für viele auch mit der Wiedervereinigung verbunden waren. Entwertungserfahrungen trugen zur Überlastung von Familien bei und verstärkten diese dort, wo autoritäre Erziehungsstile ohnehin verbreitet waren. Sie trugen zur Abweisungs- und Verwahrlosungserfahrungen bei Kindern bei, die alsbald von den sich kaum gehindert ausbreitenden rechtsradikalen Szenen angeworben und angezogen wurden.

Bereits etablierte rechtsextrem orientierte Milieus konnten sich, auch vor dem Hintergrund negativ wirkender „Asyl-“ und „Ausländer-Debatten“ (der Höchststand rechtsextremer Gewalttaten war zur Zeit der großen „Asyldebatte“ 1992; FAZ, 2.8.2000) nach 1990 vielerorts stabilisieren. Kader, Parteien und Organisationen bemühten sich relativ erfolgreich, gerade unter Jugendlichen aufkeimende gesellschaftliche Vorurteile aufzugreifen und politisch zu radikalisieren. Auch im Westen wurde darüber hinaus „rechts“ zu sein zu einer Lifestyle-Strömung in Teilen der Jugendkultur – im Bruch mit den jugendkulturellen Oppositionsformen vergangener Jahrzehnte.

3 Resonanzböden in Ost und West – und Etablierung eines neuen Rechtsextremismus

3.1 Längerfristige fremdenfeindliche Einstellungsdispositionen seit den neunziger Jahren

Die extreme Rechte greift unbearbeitete gesellschaftliche Vorurteile auf und verstärkt sie. Mit dem Blick auf empirische Untersuchungen zu politisch-sozialen Einstellungen, Werten

und Mentalitäten offenbart sich, wie weit der Rechtsextremismus in Teilen einen gesellschaftlichen Rückhalt besitzt bzw. inwiefern er ein soziales Problem ist.

Hierbei gibt es freilich spezifische Ausprägungen *bei jungen Leuten*. Gerade diejenigen jungen Menschen, die überhaupt keinen Kontakt zu Immigranten haben, sind besonders fest davon überzeugt, dass schon zu viele Zuwanderer im Land leben. Circa 60 Prozent der westdeutschen, gar 71,1 Prozent der männlichen ostdeutschen Jugendlichen hielten den Ausländeranteil laut der Shell-Jugendstudie (2000) in Deutschland für zu hoch. Dabei beträgt der Anteil von Nichtdeutschen in den neuen Ländern im Schnitt 2 Prozent. Über 40 Prozent bekannten sich nach Sturzbecher (2000) als fremdenfeindlich und knapp 30 Prozent der männlichen 12- bis 14-Jährigen stimmten teilweise oder ganz der Aussage zu, Ausländer dürften „geklatscht und rausgehauen“ werden. Fast jeder dritte Wähler unter 30 wählte 1998 in Sachsen-Anhalt, dem Bundesland mit dem geringsten Ausländeranteil (1,5 Prozent), die rechtsextreme DVU, die ihren Wahlkampf mit rassistischer und antisemitischer Propaganda bestritt. Die DVU erreichte hier 12,9 Prozent und war unter den Jungwählern die stärkste Partei (vgl. die tageszeitung, 27.4. 2000). Die fremdenfeindlichen Einstellungskomplexe gehen oft einher mit sozial-darwinistischen Gesellschaftsbildern, in denen Jugendliche ihre Erfahrungen bestätigt sehen. Dass sich „der Stärkere durchsetzt“ glaubten schon 1997 mehr als die Hälfte der von Sturzbecher (1997) befragten Brandenburger Jugendlichen.

Ganz ähnlich die Ergebnisse der Studie des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen von März 2009 (Baier 2009): Danach werden glatte 40 Prozent der 15-jährigen als ausländerfeindlich beurteilt; zwei Drittel behaupten, dass es zu viele Ausländer in Deutschland gebe.

Das *ausländerfeindliche und chauvinistische Einstellungspotenzial* unter Erwachsenen erfreut sich ebenfalls einer hohen Zustimmung (vgl. Brähler/Decker: 2008). Die Ausländerfeindlichkeit⁴ hat sich von 26,9 Prozent (2002) auf 21,2 Prozent (2008) verringert, ist im Osten Deutschlands aber von 30,2 Prozent auf 32,6 Prozent leicht gestiegen. Besonders weit ist sie unter den über 60-jährigen mit 26,3 Prozent und bei Arbeitslosen mit 40,8 Prozent verbreitet.⁵

Was den Antisemitismus anlangt, so zeigt sich auch hier eine leichte Absenkung von 9,3 Prozent im Jahr 2002 auf 9,0 Prozent im Jahr 2008 – sowie ein leicht höherer Anteil im Westen mit 9,3 Prozent (2008). Mit 16,6 ist er in Bayern am weitesten verbreitet; dem folgen Baden-Württemberg mit 13,3 Prozent, Thüringen mit 12,9 Prozent und Nordrhein-Westfalen mit 9,8 Prozent. Er ist bei den über sechzigjährigen mit 10,6 Prozent und bei den Arbeitslosen mit 8,5 Prozent verbreitet.

Dieses rechtsautoritäre Einstellungssyndrom ist lange Zeit nicht frontal von der politischen Klasse und der Öffentlichkeit angegangen worden.

Zu gesamtgesellschaftlich verbreiteten fremdenfeindlichen Einstellungen treten besondere historische und politisch-kulturelle Aspekte in den fünf neuen Ländern, die als Spezi-

4 Die abgefragten Dimensionen zur Ausländerfeindlichkeit lauten: 1) Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen. 2) Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken. 3) Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.

5 Auch länderspezifisch zeigen sich erhebliche Differenzen: ausländerfeindlich sehen sich 39,3 Prozent in Sachsen-Anhalt, 39,1 Prozent in Bayern, 34,6 Prozent in Brandenburg und 32,2 Prozent in Mecklenburg-Vorpommern – während die Zustimmung zur Ausländerfeindlichkeit in Stadtstaaten weit unter die 20 Prozent Marke sinkt.

fikum zum ostdeutschen Rechtsextremismus beigetragen haben und die besondere Dimension der Xenophobie im Osten erklären helfen.

Bisher ist allerdings unzureichend erforscht, wie weit der autoritäre Konformismus die DDR-Gesellschaft bestimmt hat. Sicher ist, dass von einer Entfaltung der Individualität im DDR-System ebenso wenig die Rede sein konnte wie von einer auf Streit und Kompromiss ausgerichteten liberalen pluralen Kultur.

Dies hat tiefgreifende gesellschaftliche Nachwirkungen für die Substanz der demokratischen Gesellschaft. Zur Veranschaulichung: In Sachsen wurde seinerzeit die rechtsextreme Untergrundgruppe „Skinheads Sächsische Schweiz“ zerschlagen. Die 51 Mitglieder, die sich ein Waffen- und Sprengstoff-Arsenal zugelegt hatten, galten allesamt als *brave Bürger*, angesehene und gut *integrierte* Persönlichkeiten der Gemeinde, vom Handwerksmeister über den Bankkaufmann bis zum Gemeinderat, der, so der Bürgermeister, angeblich „nie durch radikale Ansichten aufgefallen sei“. Sie sind möglicherweise deshalb nicht aufgefallen, weil der Bürgermeister selbst die Auffassung teilte, das größte Problem der Gegend seien „die vielen illegalen Grenzüberschreiter“ (FAZ, 30.6.2000). Rechtsextreme Milieus und Gruppenstrukturen können so das soziale Terrain des öffentlichen Raumes im lokalen Bereich bestimmen. Dabei werden zwar subkulturelle, „rebellische“ Praktiken aufgegriffen. Doch oft stießen diese nur dann auf negative Sanktionen der Gesellschaft, wenn mittels unmittelbarer physischer Gewalt kriminell über die Stränge geschlagen wurde und das Ansehen des Ortes leidet.

3.2 *Ökonomisch-soziale Ursachen*

Die ökonomische Deregulierung und die neuen und schnellen Veränderungen am Arbeitsmarkt haben viele *Verlierer* hinterlassen und den sozial-ökonomischen Druck auf die Individuen erhöht. Solche Ohnmachts- und Abhängigkeitserfahrungen sind nicht „die“ Ursache des Rechtsextremismus, können aber die Bereitschaft zu rechtsextremer Orientierung und politischem Handeln gegen „das System“ verstärken. Diese sozialen Probleme sind nicht auf die fünf neuen Länder mit ihren besonders großen Transformations- und Arbeitslosigkeitsproblemen beschränkt, hier jedoch in besonderer Weise von Bedeutung.

Einem befreienden Aufbruch in die Wiedervereinigung folgte für allzu viele die Entfremdung. Dem falschen Versprechen seitens der Kohl-Regierung auf blühende Landschaften innerhalb weniger Jahre folgte eine soziale, politische und kulturelle Anomie. Die Währungsunion hatte buchstäblich über Nacht auch die geringen Chancen eines graduellen ökonomischen Übergangsprozesses unterbunden. Mit der Mark kam der Markt unter weitgehend westdeutschen Rahmenbedingungen. Der Markt regelte nicht alles, erst recht nicht eine Transformationsstrategie. Es brauchte Jahre, bis man dies durch vorsichtige und nicht zureichende wirtschaftspolitische und arbeitsmarktpolitische Strategien nachzubessern versuchte.

Zehn Jahre danach, Ende 2000, ist lediglich ein Viertel der ehemaligen Arbeitsplätze geblieben. 69 Prozent der Arbeitsplatzbesitzer hatten innerhalb der Jahre 1990 und 1991 ihren bisherigen Arbeitsplatz verloren. Ihr Alters-, Arbeits-, Betriebs- und Sozialintegration, wie eng auch autoritär sie im Einzelnen gewesen sein mag, waren in einem Akt ökonomischer Revolution ausgeknipst worden. Noch 1998 konstatierte Helmut Schmidt, dass

dem Absturz Ost verständlicherweise eine Wahrnehmung psychischer Kolonialisierung entsprach. Über zwei Drittel bestätigten dies in verschiedenen Umfragen.

Der Versuch, Demokratie im Osten Deutschlands zu etablieren, hat zu Enttäuschungen und (latent ungerichteter) Wut geführt. Diese waren in der Lage, fremdenfeindliche Tendenzen und rechtsextreme Orientierungen mit dem Hinweis auf die Erfahrung sozialer Probleme zu verstärken wie auch nostalgische Gemeinschaftsideologien zu aktivieren, die auch die DDR idealisieren.

Nach dem kurzen „Rausch der Einheit“ dominierte Distanz zu Politik und/oder dem politischen System. Seit den frühen 1990er Jahren sehen sich kontinuierlich über zwei Drittel der ostdeutschen Bevölkerung in Distanz zu Politik – beträchtliche Teile unter ihnen auch zum politischen System als Ganzem. Der relativ geringen ökonomisch-politischen Kompetenz, insbesondere auf der kommunalen Ebene und der enormen apathischen Distanz beträchtlicher Teile der ostdeutschen Bevölkerung entsprechen von Soziologen wiederholt beobachtete, formal zwar funktionierende, de facto aber „entleerte“ demokratische Institutionen (vgl. Heitmeyer 1999). Dies erschwert es, autoritäre und fremdenfeindliche Dispositionen, die sich in der DDR stärker konserviert haben, anzugehen.

Anstatt verstärkter demokratischer Einbindung und demokratiepolitischer Bemühungen blieben so die fremdenfeindlichen Traditionen im Wesentlichen unangefochten und wurden alsbald als autoritär aggressives Ventil von allzu vielen genutzt. Jüngere Jugendstudien zum Rechtsextremismus (vgl. Sturzbecher 2000) machen klar, wie bedeutend soziale Ohnmachtserfahrungen neben der Grundfolie rassistischer und fremdenfeindlicher Einstellungen für die Entfaltung des neuen Rechtsextremismus sind. Psychosoziale und soziale Ohnmachtserfahrungen können im Sinne einer negativen Ergänzungsreihe, einer Frustrations-Spirale zu Aufschaukelungserfahrungen von Willkür führen, die immer weniger verarbeitet werden können, erst recht, wenn in der Phase der Adoleszenz keine zureichenden alternativen politischen wie sozialen Angebote existieren. Sturzbecher (2000) hat nachgewiesen, dass die Erfahrungen der sozialen Transformation Ostdeutschlands zu einer erhöhten Verunsicherung und Belastung, auch zu erhöhten Konflikten und auch zu vermehrter Gewalt in den ostdeutschen Familien geführt hat. Auch das zentrale Ergebnis der Studie von Wetzels et al. aus dem Jahre 2000 verweist auf soziale Dimensionen: In dem Maße, in dem neben Erfahrungen autoritärer Erziehung auch Erfahrungen sozialer Apathie sowohl der Elterngeneration wie perspektivisch der Jugendgeneration verbreitet sind, verdichtet sich die Tendenz, mit „blinder“ Gewalt zwar nicht die Probleme zu lösen, aber Aggressionen auszudrücken.

3.3 *Das jeweilige aktuelle politische Klima*

Ein zentraler begünstigender Faktor des Rechtsextremismus ist das jeweilige aktuelle politische Klima. Nicht die *Tabuisierung* menschenfeindlicher Ansichten im öffentlichen Raum, sondern ihre Verbreitung und Tolerierung stärken rechtsextreme Tendenzen. In dem Maße, wie autoritäre, nationalistische und rassistische Auffassungen öffentlich legitim und in der Alltagskommunikation „normal“ erscheinen, sehen sich Rechtsextreme darin bestärkt, einen „Volkswillen“ zu vertreten, im Unterschied aber zu den *etablierten Eliten* radikalere Lösungen anzubieten. In der demokratischen Öffentlichkeit kursierende Neo-nationalistische Stichworte wurden von weiter rechts stehenden Gruppen und Parteien bereitwillig

aufgegriffen und verschafften diesen neue Legitimität für ihre antidemokratische Politik – auch nachdem die Verantwortung öffentlicher Debatte für die Revitalisierung rassistischer Gewalt nachgewiesen worden war (vgl. Funke 1993; Koopmans 1996). Gerade der Einwanderungsdiskurs in Deutschland hat(te) Auswirkungen auf die rechtsextreme Bewegung. Diese wurde durch rechten Populismus gefördert. Von 1990 bis zum Jahre 2000 fehlte es in der politischen Kultur Deutschlands an positiven Signalen gegenüber Einwanderern. Einwanderung wurde fast ausschließlich als Problem und Belastung, unter Aspekten von Kriminalität und „Überfremdung“ diskutiert. Davon profitierte der Rechtsextremismus entscheidend. Annäherung an rechtsextreme Inhalte und fremdenfeindliche Ressentiments ist die schlechteste Politik gegenüber dem Rechtsextremismus; vorübergehende Einbindungen rechtsextremer Kräfte und Potenziale sind meist von kurzer Dauer, dafür wird langfristig eine demokratiefeindliche Saat gesät.

4 Etablierungsprozess der subkulturellen rechtsextremen Bewegung

4.1 Resultat einer Interaktionsdynamik fremdenfeindlicher Einstellungstraditionen, sozialer Umbruchserfahrungen, etablierter Politik und rechtsextremer Agitation

Nachdem sich die Gewaltwelle Anfang der neunziger Jahre einmal etabliert hatte, wurde

„die weitere Entwicklung der Karriere des Asylthemas [...] in einem bedauerlich hohen Ausmaß vom Rhythmus der Gewalttaten einer kleinen rechtsradikalen Minderheit diktiert. [...] In überraschend starkem Maße wurde auch der Entscheidungsprozess von der Entwicklung der Gewalt beeinflusst. Sowohl bei der Initiierung wie bei der Entfaltung der rechten sozialen Gewaltbewegung hat damit die politische Elite, insonderheit die Bundesexekutive unter Helmut Kohl eine zentrale problemverschärfende Wirkung erzielt. Diese verschärfende Wirkung wuchs in dem Maße, in dem sich die Debatte hinzog und zentrales Thema blieb. Sie hatte ihren ideologischen Höhepunkt, als Helmut Kohl im Oktober 1992 vom ‚Staatsnotstand‘ durch Ausländer sprach. Damit waren für einen längeren Zeitraum optimale Bedingungen für eine Mobilisierung der radikalen Rechten um das Asylthema gegeben“ (Koopmans 1996).

Die etablierte Politik half der radikalen Rechten, das Asylthema als Mobilisierungs- und Gewaltgegenstand zu „entdecken“. Zuvor war ihre Gewalt weitgehend auf Auseinandersetzungen mit der autonomen Szene beschränkt oder äußerte sich als Jugend- oder Fußballrandale.

„Für die Welle der Gewalt gegen Asylbewerber und Ausländer war wahrscheinlich beides notwendig: Eine bereits mobilisierungsfähige rechte Jugendsubkultur, die noch auf der Suche nach einem medienwirksamen Thema war, das mit einer gewissen Sympathie in der Politik und der Bevölkerung rechnen konnte, und eine polarisierte politische Debatte zwischen kompromissunfähigen Kontrahenten, die der radikalen Rechten ein solches Thema verschaffte“ (ebd.).

Diese komplexen, psychosozialen, gesellschaftlichen und politischen Prozesse resultierten in einem Selbstlauf rechtsextremer „Jugendbewegung“. Die soziologischen Erhebungen zu

dieser sozialen Gegenwart in Brandenburg (Sturzbecher) und in Rostock (Wetzels) kamen Ende der 90er Jahre zu einem überraschend identischen Resultat.⁶

Nach mehr als 10 Jahren ist die rechtsextreme Bewegung weniger als bisher noch von sozialen Deprivationen und/oder sozialen Beschädigungen abhängig geworden: sie ist im antidemokratischen Lernprozess zu einem sozialen Faktum, zu einem Selbstläufer rechtsextremer Bewegungsformen geworden. Bewegung und Alltagskultur stützen sich gegenseitig, je nach Ortsumständen höchst unterschiedlich, aber im Ergebnis „erfolgreich“. Erst recht durch fremdenfeindliche Zeitgeistströmungen in Teilen der Bevölkerung. Es ist dieser Mainstream, aus dem heraus sich die jugendliche Gewalteskalation erneut zu legitimieren vermeint. In Gewaltcliquen bündelte sich die soziale und politisch-kulturelle Misere in den jeweiligen Regionen oder Stadtteilen.

Denn trotz subkulturell geprägter Organisationsformen (vom Rechtsrock über die Bomberjacke zur Cliquenbildung und zum Jugendzentrum als Treffpunkt) ist der Rechtsextremismus heute in vielen Regionen vornehmlich in Ostdeutschland Teil einer „Dominanzkultur“ (Rommelspacher 1995: 80): Rechts zu sein, rassistische Vorurteile gegen Immigranten und Fremde zu artikulieren beziehungsweise diese aus dem sozialen Zusammenhang (auch mit Gewalt) eliminieren zu wollen, stolz zu sein auf die *deutsche Herkunft*

6 Beide Studien – die brandenburgische wie die Rostocker – machen klar, dass Autoritarismus und fremdenfeindliche Einstellungen im sozialen Nahraum eine ideologische und mentale Basis für die Entwicklung rechtsextremer und gewaltaffiner Jugendkulturen bilden. Sie finden sich in gewaltbereiten Milieus von Gleichaltrigen der rechtsdominierten Szene, in der Gewaltdestruktion und Fremdenfeindlichkeit sich zu einem explosiven Gemisch verdichten. Dies wird ihrerseits durch Szenenetzwerke intern gestärkt und gestützt. Es erhält den sozialen Brennstoff durch schwerwiegende und anhaltende Erfahrungen sozialer Verunsicherung, im sozialdarwinistischen Kampf ums Überleben ausgeschlossen werden zu können und zugleich Erfahrungen der Ohnmacht durch gewalthaltige Erziehungsstile erlebt zu haben, die sie unter den gegenwärtigen Bedingungen von Schule und Freizeit nicht zureichend verarbeiten können. Damit sind „ideale“ Bedingungen für ein gewaltbereites fremdenfeindliches Milieu gegeben, das durch Gewalt zusammengehalten wird, nach einem Mehr an destruktiven Gewaltausbrüchen sucht und so auch nächste Generationen von Jugendlichen sozialisiert.

Die Brandenburg-Studie (Sturzbechers) zeigt, dass die dritte Jugendgeneration von Rechten innerhalb der letzten Dekade, die Generation der heute 12-14-jährigen nicht mehr im gleichen Maße durch elterliche Entwertungs- und Misshandlungserfahrungen als einer zentralen Bedingung in die rechte Szene rückt, sondern die rechten Szenenorientierungen in beträchtlichen Teilen Brandenburgs vor allem im nichtgymnasialen Bereich zum Selbstläufer geworden sind. Gleichwohl hängt nach wie vor Grad und Ausmaß der Integration in die rechte gewalttätige oder gewaltbereite Szene von Erfahrungen der Restriktion und Ohnmacht in Familie und Schule ab.

Über die Brandenburg-Studie hinaus zeigt die Rostock-Studie (Wetzels et al.), dass die dort genauer diskutierten einzelnen Ursachenfaktoren jeweils verstärkend wirken, als einzelne aber die rechte Gewaltbereitschaft nicht erklären können. Zu den fördernden Faktoren rechnen negative Abweisungserfahrungen im Elternhaus (bzw. Gewalt- und Misshandlungserfahrungen), Misserfolgserfahrungen aus der Herkunftsfamilie (als realistische Angsterfahrung), negative Bildungsaspirationen und Schulerfahrungen und pessimistische Zukunftserwartungen für Ausbildungs- und Arbeitsperspektive im sozialen Nahraum. Traumatische Angsterfahrungen im Elternhaus und realistische Angst vor sozialer Zukunft im sozialen Nahraum können den Griff zur Gewalt in der Clique entscheidend beeinflussen. Da diese Cliquen rechtsextrem codiert sind, ist es rassistische Gewalt, zu der sie greifen: gegen Feinde darf man sein. Reale gesellschaftliche Angst vor sozialem Ausschluss und traumatische Angsterfahrungen fusionieren in den Gruppen zum mobilisierten Gefühl der Paranoia, aus der heraus man schlägt. Es ist also weder allein die Realangst vor sozialem Ausschluss noch sind es allein die traumatischen Erfahrungen im Elternhaus, sondern beides zusammen, das sie für das rassistische Gewaltangebot disponieren. Die rechten Kader (Parteien) und Netzwerke haben damit besondere Chancen zur Instrumentalisierung dieser Jugendlichen, wenn Angst vor sozialem Ausschluss und Gewalterfahrung in den Herkunftsfamilien zusammenkommen. Diese geschädigten Kinder sind ideale Kandidaten für den Terror der Kameradschaften und die braune Identität von Kameradschaften und Jungen Nationaldemokraten

knüpft an das in bestimmten Milieus vorherrschende Denken an. Dieses Denken in Gewalt umzusetzen gilt dann als Beweis der Stärke und des Mutes, als „Kampf für Deutschland“.

Dieser Rechtsextremismus ist in seiner Ausbreitung oft bedrohlicher als der parteilich verfasste und organisierte, weil er diesen in der Anzahl der Beteiligten um ein Vielfaches übertrifft. Der Grad der Verfestigung, Verhärtung, und bisher kaum gebremsten Ausweitung dieser Bewegung ist selbst wiederum ein Teil der neuen Qualität. Die rechtsextreme Alltagskultur konnte sich über Jahre hinweg als antidemokratische Lernkultur innerhalb verschiedener Generationen von Jugendlichen – insbesondere in kleinen Städten und auf dem flachen Land – entwickeln.

Organisatorisch hat sich der Rechtsextremismus flexibel gezeigt. Neue, informelle und unabhängige Organisationsformen sind seit den 1980er Jahren entstanden, so dass der heutige Rechtsextremismus seinen Hauptschwerpunkt nicht mehr in Parteien hat. Die Bewegung fußt auf mehreren, sich gegenseitig bestärkenden Elementen:

- einer neuen ‚Kultur‘ (vom Jugendclub über „Rechtsrock“ und Schriften);
- lockeren, informellen Gesellungsformen und Lifestyle-Strömungen;
- festen organisierten Gruppen und Kadern (wiederum in einer Vielzahl teils geheim operierender neo-nazistischer Gruppen und Organisationen, Parteien und „freien Kameradschaften“).

Vor allem basierte der Rechtsextremismus auf rechtsextrem-rassistischen Milieus und peer-groups, informellen Zusammenhängen und (teils spontanen) Selbstorganisationen mit Gewaltbereitschaft sowie einer lokal teils hegemonialen Jugendkultur (vgl. Wagner 1998: 49). Eine „zelluläre Struktur“ ist im Falle eines „multiplen, lifestyligen Rechtsextremismus die organisatorische Bindekraft“ (ebenda: 55). Allerdings bietet insbesondere die NPD und deren Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ seit dem Verbot neo-nazistischer Organisationen durch den Staat 1992–1995 ein zentrales Sammelbecken für jedwede gewaltbereite rechtsradikale „Szene“. Auch ist in Teilen eine „Soldatisierung der Bewegung“ (Wagner 1998: 48) erkennbar. Entscheidend für die Macht der Bewegung ist, bei allen konkreten Konflikten zwischen Splittergruppen und selbst innerhalb der NPD/JN, ihr organisatorisch-ideologisches Zusammenwirken: es ergänzen sich Szene, Parteien, Vereine, Datennetze, Verlage, Kadergruppen, zentrale und *autonome* Organisationen bzw. Gruppen, Bildungswerke, rechtsextreme Kulturindustrie, Jobbörsen, Rechtsvertretungen, Rockbands, kulturelle Infrastrukturen, Läden, Freundeskreise und Hilfsorganisationen.

4.2 Zur Bedeutung psychosozialer Wege in die rechte jugendliche Alltagskultur

Neben denen sozialen, politischen und kulturellen Ursachen für die Etablierung einer solchen rechtsextremen Bewegung ist auch die Erfahrung früher Gewalt von erheblicher Bedeutung. Auch hierzu äußert sich die jüngste Studie des kriminologischen Forschungsinstitut (Bayer 2009: 125f.) ähnlich. Danach prägen elterliche Gewalterfahrungen in der Kindheit die rechtsextreme Gesinnung der Jugendlichen, insofern Jugendliche ein höheres Risiko rechtsextremen Verhaltens aufweisen als Jugendliche, die in ihrer Kindheit nie elterliche Gewalt erfahren mussten. Der Anteil derjenigen, die nie elterliche Gewalt erfahren haben,

liegt dieser Studie zufolge bei etwa 50 Prozent; etwa 20 Prozent haben erhebliche Gewalt in der Kindheit erfahren.

Christel Hopf (1995) hat zusammen mit anderen eine Untersuchung zur Bedeutung von Kindheit und aktuellen Erfahrungen bei westdeutschen männlichen Jugendlichen durchgeführt. Christel Hopfs Frage lautet genauer, warum Jugendliche unter gleichen äußeren sozialen Bedingungen unterschiedlich im Hinblick auf ihre politische Orientierung reagieren. Sie konzentriert sich auf die Frage nach Unterschieden in der Sozialisation, dem Aufwachsen in der Kindheit. Fünfundzwanzig junge Männer zwischen siebzehn und fünfundzwanzig mit mittlerem Schulabschluss im metallverarbeitenden Gewerbe wurden in intensiven Interviews befragt – und zwar vor allem nach der Art und Weise, wie Eltern und andere erwachsene Bezugspersonen mit ihnen als Kindern umgingen.

Sie kann zeigen, dass Erfahrungen der mangelnden Zuwendung und Nichtbeachtung zur Orientierung an rechtsextremen Haltungen beitragen können. Negative Bindungserfahrungen begünstigen, wenn andere Faktoren hinzutreten, rechtsextremes Handeln. Das heißt natürlich nicht, dass nicht auch andere gravierende gesellschaftliche Erfahrungen – wie das wiederholte Erleben eines empfundenen Betrogenwerdens durch Gesellschaft und Politik – so belastend wirken können, dass die Zuflucht in die Scheinwelt des rechtsextremen Lebensstils gesucht wird.

Eine positive demokratische Normentwicklung dagegen hängt entscheidend davon ab, ob den Kindern genügend Zuwendung entgegengebracht wurde, ob sie beachtet wurden und man versucht hat, sie jeweils zu verstehen und zugleich auf Bedürfnisse und Rechte anderer Kinder oder auch erwachsener Bezugspersonen im Gespräch mit ihnen aufmerksam zu machen. Wichtig waren induktive Erziehungspraktiken, also die Argumentation mit der Handlungskonsequenz eigenen Tuns für andere (statt des „Einbläuens“ bestimmter Normen – etwa durch Prügel oder durch Liebesentzug). Die emotionale Qualität der Beziehung zwischen Eltern und Kindern und die dabei vermittelte Sicherheit, die das Kind schon von den ersten Lebensjahren an durch die erwachsenen Bezugspersonen erfährt, ist von erheblicher Bedeutung für die Selbstwahrnehmung des Kindes, aber auch die Wahrnehmung des anderen in ihm selbst. Dadurch gelingen Formen der Anerkennung des anderen in einem selbst, also des Gewissens als innere Stimme des anderen. Es ermöglicht den Kindern, eigene moralische Maßstäbe, unabhängig von äußerem Druck, zu entwickeln. (vgl. Christel Hopf 1995: 104).

Die autoritäre Aggressivität jedoch, aus der heraus rechtsextreme Gewalt gegen „Abweichende“ entsteht, ist ein zentrales Merkmal des Rechtsextremismus insgesamt. Am Anderen wird immer auch die eigene Ohnmacht geschlagen und verfolgt. Auch ist dies mit dem Wunsch nach autoritärem „Ordnung schaffen“ verbunden, der vielfach auf den prekären psychischen Haushalt der Rechtsextremen verweist. Erfahrene Gewalt und Gewaltphantasien, Hass auf Abweichung, selbst durchlebte autoritäre Entwertungen des Individuums und soziale Beziehungslosigkeit sind psychosoziale Ursachen, die Rechtsextremismus begünstigen. Sie verbinden sich leicht mit demokratiefeindlichen und rassistischen Stereotypen, die die Probleme der Welt griffig erklären. Ohne diese psychologische Seite des Autoritarismus ist die rechtsextreme Weltsicht kaum nachzuvollziehen. Die eigene Wut und Schwäche sucht sich in Immigranten und den „Fremden“ ein Ziel. Auf die Immigranten wird geladen, was die Menschen an individuellen und sozialen Problemen erleben und nicht verarbeiten können oder wollen. Nicht die Erfahrung sozialer Desintegration als solche führt notwendigerweise zu fremdenfeindlichen Verhaltensweisen; schließlich fallen die

Wirkungen solcher Erfahrungen ja sehr unterschiedlich aus. Aus Untersuchungen ergibt sich darüber hinaus, dass viele dieser Jugendlichen einer Arbeit nachgehen und aus formal intakten Elternhäusern kommen.

5 Nationalsozialismus von „Freien Kameradschaften“ und Bewegungs-NPD

Freie Kameradschaften und NPD haben sich seit Anfang beziehungsweise Mitte der neunziger Jahre in ihrer Agitation und Organisationsarbeit systematisch auf diese Gruppen und ihre spezifischen Risiken, ihre Einstellungen wie ihre Gewaltbereitschaft, bezogen. Dies gilt insbesondere für die Nationaldemokratische Partei Deutschlands, die NPD.

Gegründet bereits 1964, hat sie eine wechselvolle rechtsextreme Geschichte mit Erfolgen und Niederlagen. Der (Noch-)Parteivorsitzende Udo Voigt steht für den Wandel von der reinen Fokussierung der Holocaust-Leugnung unter Günter Deckert zur militant rechtsextremen Partei, die die „soziale Frage“ deutschnational, rassistisch, antisemitisch und nazistisch besetzt. Die NPD hat derzeit circa 7.000 Mitglieder. In den „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) und dem „Nationaldemokratischen Hochschulbund“ (NHB) hat sie zwei gewichtige Unterorganisationen. Monatlich erscheint die „Deutsche Stimme“ der NPD in einer Auflage von 10.000 Exemplaren.

Die NPD fordert offen das Ende der Demokratie und ein „völkisches Reich“, eine „neue Ordnung“ für die „Volksgemeinschaft“. In einem „nationalen Sozialismus“ sieht sie „die höchste Form der Volksgemeinschaft“. Sie beruft sich somit explizit auf nationalsozialistische Begriffe und Positionen und auf eine „nationalrevolutionäre“ Tradition. Dieser *völkische Nationalismus und Sozialismus* richtet sich gegen „Liberalismus“ und „Marxismus“, und insbesondere gegen jeden Einwanderer sowie vor allem gegen Juden und das „multinationale Kapital“.

Udo Pastörs, einer der einflussreichsten Männer in der NPD und Chef der NPD Fraktion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern sprach Anfang März 2009 von Deutschland als der „Judenrepublik“, gegen die er eine rassistisch-völkische „Volksdemokratie ohne Erbschuld“ fordert und für die es irgendwann politisch „eiskalt loszuschlagen“ gelte. Eine Aussteigerpersönlichkeit, die der Autor des vorliegenden Beitrags im Frühjahr 2006 in Schwerin interviewte, berichtete glaubwürdig, dass diese NPD offen das Vierte Reich anstrebe, Arbeitslager für Gegner vorsehe und gewaltbereite Neo-Nazis aus Kameradschaften als Fußvolk zur gewalttätigen Durchsetzung dieses Ziels instrumentalisieren. Ähnlich das Interview eines Aussteigers aus der thüringischen NPD, der von den Gewaltphantasien regionaler Kader für ein Viertes Reich berichtet (vgl. Ruf, Christoph/Sundermeyer, Olaf: In der NPD. 2009: 206 ff.).

Der Politikwissenschaftler Steffen Kailitz (2007) hat in der Zeitschrift Politische Studien der CSU nahen Hanns-Seidel-Stiftung gezeigt, dass das rabiate Abschiebungs- und Vertreibungsprogramm der heutigen NPD, das rassistischen Reinheitskriterien eines völkischen Deutschlands folgt und Juden wie Farbige und alle, die in irgendeiner Weise einen Migrationshintergrund haben, vertreiben will, radikaler ausfällt als die entsprechenden Passagen des Parteiprogramms der NSDAP von 1920. Dass die Vertreibung von mehr als zehn Millionen Menschen aus Deutschland nicht ohne Gewalt und auch nicht ohne Massaker und Bürgerkrieg erfolgen könnte, sollte dabei nicht vergessen werden.

Der interne Bericht der Landesinnenminister von SPD mitregierten Ländern zum Charakter der NPD bestätigt, so hört man, unsere Einschätzung der NPD als neonationalsozialistischer Gewalt fördernder Partei.

Die NPD hat eine gefestigte Basis im neo-nazistischen Umfeld, zu dem es vielfältige Kooperationen gibt, bis hin zur rechtsextremen Skinhead-Bewegung und rechtsterroristischen Strukturen, in denen viele Mitglieder ebenso beteiligt sind wie Ortsvorsitzende an Gewaltverbrechen gegen Immigranten. Unter dem Vorsitz von Udo Voigt hat die NPD die Sammlung der rechtsextremen (Gewalt-)Bewegung anvisiert, was ihr in weiten Teilen gelungen ist. Die NPD sucht die „Macht auf der Straße“ und in den Parlamenten und ist Ausrichter zahlreicher rechtsextremer Demonstrationen im gesamten Bundesgebiet. Diese finden in Kooperation und unter Beteiligung von neo-nazistischen Gruppen und Organisationen statt, wie es überhaupt eine enge Anbindung so genannter „freier Kameradschaften“ gibt.

Der Neonazi Steffen Hupka gehörte dem Bundesvorstand an. Die zu großen Teilen aus gewaltbereiten Skinheads und Jung-Neo-Nationalsozialisten bestehende NPD-Jugendorganisation „JN“, die selbst ernannte „revolutionäre Speerspitze der NPD“, hat das Konzept „national befreiter Zonen“ entworfen, rechts- und staatsfreier Räume, in denen die Rechtsextremen „sanktionsfähig“ sind und praktisch die Macht übernehmen. Auch insgesamt verteidigt die NPD, wenn auch zumeist indirekt, die offene Gewaltanwendung.

Seit dem gravierenden Erfolgen in den Landtagswahlen, zunächst in Sachsen im Jahr 2004, dann in Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 2006 ist die NPD zu der dominierenden Kraft innerhalb der rechtsextremen Bewegungen bzw. des rechtsextremen Parteienspektrums geworden. Diese Rolle wird allerdings inzwischen durch die erwähnten internen Flügelkämpfe infrage gestellt. Gleichwohl befinden sich gerade die Landesverbände Mecklenburg-Vorpommerns und Sachsens auch im Wahljahr 2009 (noch) im Aufwind. Auch wenn es zu Brüchen und Niederlagen der NPD-Organisation kommt, wäre es fatal, daraus auf eine Schwächung der rechtsextremen Subkultur insgesamt zu schließen.

5.1 Sozial fürsorgliche NPD versus nationalrevolutionärer Fanatismus. Die neue Masche

Um den Spagat zwischen sozialem Populismus und Neonazismus durchzuhalten versucht sich die NPD in den letzten Jahren mit begrenzten Erfolg zu disziplinieren: Unter der Überschrift „NPD ruft sich zur Ordnung. Rechtsextreme Partei verordnet Aktivisten Anzug und Argumente“ verweist die *Frankfurter Rundschau* auf ein Strategiepapier, das den Aktivisten der NPD einen sauberen Anzug und eine saubere Sprache empfiehlt. In der *Frankfurter Rundschau* vom 30.3.2007 heißt es: Danach habe sich die NPD mit dem Eingliedern „freier Kameradschaften“ aus der zuvor parteilosen, oft gewaltbereiten Szene zwar vergrößert, aber auch Image-Probleme eingehandelt. Im Gespräch mit Passanten, heißt es in dem Papier, sei abschreckende „typische Kleidung wie in der Skinheadszene“ zu vermeiden, „Anzüge hingegen vermitteln dem Bürger ein positives Erscheinungsbild“. Denn der solle ja nicht denken, man sei ein „stiefeltragender, kurzhaariger, tätowierter, gewaltbereiter Ausländerhasser“. Daher seien „eindeutige, martialische und nationalistische Tätowierungen“ abzudecken. Alkohol ist tabu: „Infostände sind keine Freizeitveranstaltung, sondern Arbeitseinsätze.“ Das Papier ordnet Passanten ein in Gruppen wie „Feind“ „Neutraler“ und „Freund“. Gegner oder „Asoziale“ sollten gar nicht erst angesprochen werden. Sonst empfiehlt das Papier „schlagkräftige Argumente“ und „sauberes, flüssiges, akzentfreies

Deutsch. Der Bürger sei ja „durch die Systemmedien stark desinformiert“; daher müsse der NPD-Aktivist „schonend vorgehen“, sonst könnten „unsere Argumente“ für den Bürger „schnell weltfremd und unreal wirken“. Der NPD-Propagandist müsse „deutlich machen, dass für uns die Zukunft zählt“. Daher soll er mit Passanten „Themen wie nationalsozialistische Juden- und Außenpolitik [...] oder Holocaust“ besser „nicht erörtern“ – weil „durch Schwelgen in der Vergangenheit keine positive Veränderung für die Zukunft erreicht werden kann“ (Frankfurter Rundschau, 30.3.2007).

Dieses Image erscheint der Partei notwendig, um nach erheblichen Wahlerfolgen in Mecklenburg-Vorpommern, zuvor in Sachsen, und in Berlin auch die Grenzen, die die Öffentlichkeit bisher noch erfolgreich setzt, zu unterlaufen. Selbst der als Rechtsterrorist und Kroatienkämpfer bekannte *Eckart Bräuniger*, jahrelang NPD-Landesvorsitzender in *Berlin* und mit dem Parteivorsitzenden Udo Voigt Bezirksverordneter, zeigt sich sozial fürsorglich – mit Anzug und Krawatte.

Die NPD-Frauenaktivistin Stella *Hähnel-Palau* arbeitete in einem Familienzentrum in Hohen Neuendorf im *Kreis Oberhavel*, kümmerte sich über ein Jahr um die Kinder des Familienzentrums und wollte schließlich das monatliche Mütterfrühstück leiten. Stella Palau ist mit ihrem Mann Jörg Hähnel eine Größe in der NPD. Sie war in der Gemeinschaft deutscher Frauen aktiv und organisiert nun den „Ring Nationaler Frauen“ (RNF) als neue Organisation, sitzt im Vorstand der Berliner NPD und seit November 2006 im Bundesvorstand der Partei, wo sie für das Referat Familie zuständig ist. An ihrem neuen Wohnort Hohen Neuendorf hatte sie ihre politische Gesinnung geheim gehalten.

In der Sächsischen Schweiz, wo die Partei dank des Engagements von Personen in bürgerlichen Berufen und ihren Aktivitäten gegen Hartz IV sich auch durch Wahlerfolge bis zu 20 Prozent etabliert hatte, haben Neonationalsozialisten der (inzwischen verbotenen) Skinheads Sächsische Schweiz (SSS) regionale Parteiämter übernommen.

In Mecklenburg-Vorpommern sind es die Aktiven der bisherigen Kameradschaften, die in die NPD gegangen sind und damit die Partei, vor allem in ländlichen Regionen, dominieren. Sie kämpfen für den Erhalt der ländlichen Schulen, für Freizeiteinrichtungen für Jugendliche, sind in der Altenpflege aktiv und richteten in der nächst größeren Stadt (Stralsund) über Jahre Kinderfeste aus. Sie sind in diesem Teil Ost-Vorpommern für die dortige Bevölkerung *die* sozial engagierte Partei, die den Menschen angeblich zuhört:

„Die bemühen sich um Bürgernähe. Wenn der NPD-Kommunalpolitiker in Anklam im Supermarkt einkauft, dann redet er mit den Leuten in der Kassenschlange. Wenn ich die Kameradschaftsfunktionäre herumstehen sehe, unterhalten die sich mit den Leuten. Die hören den Menschen zu. Das wird in den Kameradschaften sogar gepredigt. Und die NPD hat angekündigt, dass ihr Abgeordneter A. demnächst auch noch ein Bürgerbüro in Anklam eröffnet und dort Hartz-IV-Beratung anbietet.“ (Günter Hofmann in TAZ, 21.9.2006)

Auch in Schleswig-Holstein versucht die NPD ebenso wie in Bremen oder dem Saarland (und bestimmten Regionen wie Passau in Bayern) durch die taktische Positionierung als sozial engagierte Partei Erfolge zu erzielen. In Schleswig-Holstein sind es jüngere Kräfte, die es auch zu einer Verdoppelung der Mitgliederzahlen der NPD in der Region geführt haben.

Ihre *Strategie* richtet sich darauf, „nationale“ Antworten auf soziale Fragen zu geben. Mit einem moderaten Ton, zivilem Auftreten und alltagsnahen Themen gelingt es ihnen vieler Orts, zum Teil des gesellschaftlichen Lebens zu werden, während sich die „System-

kräfte dem Volk immer mehr entfremden“ (Jürgen Gansel, Deutsche Stimme April 2007). Mit spürbarer Freude zitierte die Deutsche Stimme, dass der Verfassungsschutz die NPD als „Gravitationsfeld des Rechtsextremismus“ begreife und es ihr gelungen sei, in einigen Regionen an die gesellschaftliche Alltagsrealität anzudocken. Sie sei tagespolitisch aktueller geworden. Dabei ist ihre *unten gegen oben Rhetorik* von zentraler Bedeutung. Die NPD wird so zu einem Teil einer Gegenwelt und eines Gegenmilieus, das offenbar von staatlichen und bildungspolitischen Konzepten nur schwer zu erreichen ist.

Schon die Sprache in dem zitierten „Strategiepapier“ ist Ausdruck eines taktischen Spagats zwischen Imagepflege und nationalrevolutionärer neonazistischer Gesinnung. Seit Udo Voigt 1996 zum Vorsitzenden der NPD gewählt worden ist, hat er bekanntermaßen die Partei systematisch den neonazistischen Freien Kameradschaften – vor allem in Ostdeutschland aber auch darüber hinaus – geöffnet. Seither ist auch die Parteiführung ausdrücklich mit den entschiedensten Vertretern des neonazistischen Flügels besetzt. Seit Ende der neunziger Jahre war sie bei allen taktischen Flügelkämpfen einflussreicher Ausdruck und Organisator einer breiten, gewaltbereiten, männlich dominierten rechtsextremen Bewegung in Teilen Ostdeutschlands auf der Basis einer vielfach völkischen Alltagskultur.

5.2 Die Gewalt der Ideologie

Die Partei wendet sich in ihrem *völkischen Nationalismus* und mit ihrem Konzept einer nationalen und sozialen Volksgemeinschaft sowie durch ihre antisemitische und fremdenfeindliche Agitation gegen die Anerkennung der Menschenrechte, gegen das Recht der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung. Ihre Ideologie völkischer Ungleichheit und Ungleichzeitigkeit ist gegen das Kerngrundrecht der bundesrepublikanischen Verfassung gerichtet.

Ihre Konzeption eines nationalrevolutionären völkischen Nationalismus ist mit rassistisch motivierter Fremdenfeindlichkeit verknüpft. Nur ethnisch homogene Völker könnten die Interessen der Individuen als nationalsoziales Gesamtinteresse richtig vertreten. Nach wie vor verfißt die NPD einen *Antisemitismus aus Abwehr der Erinnerung* an die Ermordung durch europäischen Juden durch den Nationalsozialismus und zum Teil denn auch verdeckter einen rassistischen Antisemitismus aus eben jener Zeit. Das Holocaust-Mahnmal wird als ewige Verunglimpfung der Deutschen verhöhnt. Und in Interviews mit ausländischen Medien zeigt sich der Parteivorsitzende auch mal als Holocaustleugner.

Als national revolutionäre Partei ist sie die Partei der neuen Ordnung und nationale Alternative. Mit dem NPD-Konzept einer *raumorientierten Volkswirtschaft* werde erreicht werden, dass die Menschen in ihrer Heimat auch die notwendige Arbeit finden, die sie benötigen, um die persönliche Zukunft im Rahmen der Volksgemeinschaft zu gestalten. (Deutsche Stimme, 9/99; vgl. Deutsche Stimme, 8/2000)

So liegt es nahe, dass die neonazistischen Freien Kameradschaften und die Freien Nationalisten – etwa um Christian Worch – mehr als nur eine taktische Kooperation mit der NPD gesucht haben und immer wieder suchen: Sie sind vom gleichen neonazistischen Holz.

Der Kern dieser national revolutionären Ideologie verlangt eine entsprechend gewalttätige Strategie. So ist jenseits aller ideologischen Finesse, die es auch gibt, ein Großteil der innerhalb und außerhalb der NPD aktiven Szenen nicht nur ideologisch, sondern gewalttä-

tig ausgerichtet und lässt sich durch die für sie augenscheinlich so nicht erfolgreiche Taktik der NPD auch nicht ausbremsen. Es ist neben dem propagierten Kampf um die Straße, die Köpfe und die Parlamente die für die NPD unaufgebbare „vierte Säule“: die Strategie der national befreiten Zonen auf dem Weg in ein von ihnen angestrebtes Viertes Reich.

5.3 ... und die Gewalt

Es hängt mit dieser ideologischen Ausrichtung zusammen, dass anders als in vergleichbaren westeuropäischen Ländern rechtsextreme Gewaltstraftaten gegen Ausländer, Juden, Obdachlose, Demokraten oder Linke und nun auch vermehrt gegen Vertreter des Staates nach leichten Einbrüchen am Anfang des neuen Jahrhunderts seit Jahren auf extrem hohem Niveau stagnieren oder sogar wie 2008 offenkundig noch einmal zunehmen. Schon nach offiziellen Statistiken müssen wir für das Jahr 2008 mit weit über 1000 Gewaltstraftaten rechnen – und vier rechtsextremen Morden, einer in Brandenburg, drei weitere in Sachsen-Anhalt, von denen die Statistik des Bundesinnenministeriums allerdings nur zwei als rechtsextremistisch motiviert anerkennt.

Die Gewaltbereitschaft variiert dabei erheblich nach Ländern und Regionen. Nach einer Statistik von Gewalttaten mit extremistischen Hintergrund bezogen auf 100.000 Einwohner aus dem Jahre 2006 (zitiert nach Richard Stöss: *Rechtsextremismus im Wandel*. Berlin 2006) hält Sachsen-Anhalt mit 4,5 Gewalttaten pro 100.000 Einwohner eine einsame Spitzenposition. Dies hängt auch damit zusammen, dass trotz Bemühungen in jüngerer Zeit die rechtsextremen gewaltbereiten Szenen sich nicht nur sicher fühlen, sondern auch ihre (vermeintlichen) Gegner systematisch einschüchtern, bedrohen oder in brutalster Weise angreifen.

Brandenburg, das nach dieser Statistik trotz langwieriger Bemühungen mit 3,5 pro 100.000 Einwohnern die zweite Position hält, hat zwar die Gewalt in jüngster Zeit ein Stück weit eingedämmt, aber mit begrenztem Erfolg. Dies gilt auch für Berlin mit drei, Thüringen mit etwa 2,4 und Schleswig-Holstein mit etwa 2,3 pro 100.000.

Dass seit 1990 nach Schätzungen etwa 140 rechtsextreme Morde, weit über 15.000 Gewaltstraftaten und über 150.000 rechtsextreme Straftaten insgesamt verübt worden sind, zeigt Ausmaß und Grad der gesellschaftlichen Verankerung der rechtsextremen rassistischen Bewegungsszene in beträchtlichen Teilen Deutschlands und ist damit ein Ausnahmefall im Vergleich westeuropäischer Länder. Dieser immer wieder in Gewalttaten explodierende Bewegung hat bislang nicht gelöscht werden können. Auch wenn dieser Rechtsextremismus kaum realistische Chancen hat, politisch auf regionaler oder staatlicher Ebene Einfluss zu nehmen, ist er geeignet, die Kernelemente der politisch liberalen Kultur in Deutschland nachhaltig auszuhöhlen und vor allem das Recht auf physische Unantastbarkeit zu erschüttern.

Nach den Kriterien des Verfassungsschutzes gehören den gewaltbereiten Szenen über 10.000 Personen an, den Neo-Nazis über 4000, der NPD an die 7000 – zusammen weit über 20.000. Aber dies ist nur die eine Seite eines Phänomens, das dadurch an Bedeutung gewinnt, dass sie auf Sympathisanten unter Jugendlichen und (jungen) Erwachsenen zählen können, die in bestimmten Regionen vor allem Ostdeutschlands bis zu 20 Prozent der Schul- und Berufsschulklassen ausmachen können. Nach Baier/ Pfeiffer et al. (2009) wären es etwa 30.000 allein der fünfzehnjährigen, die sich einer rechten Gruppe zuordnen und

somit mehr als in den jeweiligen demokratischen Parteien aktiv sind. Wir haben es mit einem Schwelbrand zu tun, der jederzeit in Gewalttaten auflodern kann. Er hat dazu geführt, dass nach wie vor Personen aus Minderheiten, die als solche erkennbar sind, ganze Regionen meiden müssen, um sich nicht zu gefährden.

6 Was tun? Kritik der Gewaltideologie. Soziale Integration der Schwächeren. Aktive Beteiligung der Bürger.

Solange Ideologie, Gewalt *und* Resonanzböden nicht gleichermaßen bearbeitet werden, bleibt die Bekämpfung selektiv oder sogar oberflächlich. Sie wird den beschriebenen Schwelbrand nicht löschen und die subkulturelle Bewegung nicht brechen können. Die breite Verankerung eines subkulturellen Rechtsextremismus, der relative Erfolg einer sich sozial gebenden neonazistischen Partei und die enorme Schwäche der demokratischen Parteien machen einen Mentalitätswechsel der demokratischen Politik erforderlich. Sie muss Demokratie als politische und soziale Teilhabe auch derjenigen verstehen, die keine Lobby haben, die schwach sind – wie Kinder und Jugendliche auf dem Land. Wir brauchen ein Ende der politischen Landflucht.

Sollen tatsächlich aus Politik und Gesellschaft die Ursachen des nach wie vor virulenten Rechtsextremismus systematisch angegangen werden, müssen tatsächlich auch alle ihre Ursachen adressiert werden:

1) Eine problemangemessene Strategie wird die Angriffe auf die physische Unversehrtheit und damit das Kerngrundrecht der Republik auch mit *Repression* eindämmen müssen.

2) Sie wird die *Ideologie* auch in ihrem neurechten Verpackungen, Andeutungen und Unterstellungen bekämpfen müssen und auf die historisch erfahrene Zerstörungs- und Selbstzerstörungsdynamik verweisen können, umso die Träger und Praktiker der Ideologie stärker und konsequenter als bisher zu isolieren. Das rechtsextreme Angebot muss vor allem auf der Ebene der Kommune öffentlich kritisiert werden. (Dabei kann davon ausgegangen werden, dass die NPD als ein Gravitationsfeld des deutschen Rechtsextremismus aufgrund ihrer fanatischen Ideologie ebenso wie ihrer aggressiven politischen Praxis verbotsfähig ist.) Der kulturelle Resonanzraum kann nicht nur durch ausgezeichnete Internetforen oder landesweite Programme, sondern sollte auch in den oft ängstlichen Kommunen und ihren politischen Leitungen bearbeitet werden. Es braucht eine Atmosphäre der *unnachsichtigen Auseinandersetzung* mit rechtsextremen Gedankengut und Handeln in der Kommune – auch öffentlich. Dort wo dies nicht geschieht, dehnen sich angesichts des breiten Einstellungspotenzials aus der Mitte der Gesellschaft rechtsextreme Denkformen aus.

3) Es bedarf drittens einer *sozialen Politik*, die auch in den ökonomisch prekären Teilen zum Ziel hat, nicht etwa die Abwanderung zu fördern, sondern vor Ort oder ortsnah Schule, Bildung, Ausbildung und berufliche Chancen zu stärken. Dies gilt vor allem für die Perspektive von Kindern und Jugendlichen, in den Schulen, den Jugendfreizeiteinrichtungen und Ausbildungsstätten, so dass diese nicht nach Stuttgart ziehen müssen, weil sie in Wismar oder Anklam für überflüssig erklärt werden.

4) Kinder und Jugendliche, die ja nicht als Rassisten geboren sind, müssen stärker als bisher in Kindergärten, Schulen und Ausbildungsstätten sozial integriert werden, gerade wenn das eine Nachsozialisierung geschädigte Individuen aus traumatischen Erfahrungen einschließt. Wir brauchen ein Ende des Gefühls von Jugendlichen, nicht ernst genommen zu werden oder sogar überflüssig zu sein. Sie brauchen soziale Chancen, in diesem Land ökonomisch erträglich leben und ausgebildet werden zu können.

5) Um dies zu verwirklichen oder auch nur anzugehen, wird ein Stil gerade in demokratischen Parteien korrigiert werden müssen, der nach oben schaut und die vorgegebenen Restriktionen finanzieller oder sozialer Art einfach hinnimmt und bestätigt. Stattdessen wäre es Aufgabe unkonventioneller Politik, sich kreativ um die sozialen Brennpunkte ebenso wie um die Perspektive von Jugendlichen zu kümmern. Auch wenn dies bedeutet, Konflikte einzugehen und Widerstände zu provozieren. Denn nur so kann überhaupt erfahrbar vermittelt werden, dass es sich lohnt, sich zu engagieren und die drückende Atmosphäre verbreiteter Apathie und als entleert empfundener demokratischer Institutionen hinter sich zu lassen.

6.1 Die unverzichtbare Rolle zivilgesellschaftlicher Organisationen und Initiativen

Nicht nur die Arbeit der Parteien, auch und gerade die Arbeit von Gewerkschaften oder zivilgesellschaftlichen Initiativen muss dort ansetzen, wo die Probleme sind. Und die sind vor allem in der Peripherie dramatisch. Die Angst geht um, dass weitere Schulen geschlossen werden, weil die Verwaltung und Politik nach abstrakten Richtwerten arbeiten. Jugendliche verlieren die Lust am Lernen, weil sie sowieso auswandern müssen und nicht wissen wohin. Und ein Teil der politischen Elite aus den demokratischen Parteien tut so, als sei es den Versuch nicht wert, die Abwanderung zu begrenzen – und lässt insbesondere die Jugendlichen überfordert allein.

Kein Wunder, dass sie sich an andere wenden.⁷ Die gewerkschaftlichen Jugendinitiativen ebenso wie Jugendverbände müssen sich um Jugendliche in einer *aufsuchenden* Jugendarbeit kümmern (sie ist auch in Berlin oft die einzig erfolgreiche). Sie sollten mit Jugendlichen Ideen entwickeln, durch die sie sich selbst ermutigen und wertschätzen. Bildungsarbeit sollte an den Erfahrungen von Frustration und Enttäuschung anknüpfen und so auch eine aufsuchende Bildungs- und Jugend-Arbeit sein. *Zivilgesellschaftliche Initiativen* zeichnen sich zwar durch Zähigkeit und langem Atem aus – aber sie hatten nie die Ressourcen, die Politik einer Gemeinde oder einer Region wesentlich zu bestimmen.⁸

7 Ein Beispiel: Ein Unternehmer übernimmt eine Firma und scheitert daran, dass in einer Region Vorpommerns die Arbeitsbedingungen so dramatisch miserabel, so wenig gewerkschaftlich, so autoritär sind, dass er aus ethischen Gründen die Firma aufgegeben hat.

8 In Halberstadt ist es das soziokulturelle Zentrum Zora, ohne dass viele der nicht rechten Jugendlichen längst die Stadt verlassen hätten und sie damit einer sehr aggressiven gewalttätigen Ideologie und rechtsextremen Szene das Feld überlassen würden. In der Universitätsstadt Jena existiert seit langem eine unbehelligte rechtsextremen Szene von großem Einfluss auf Jugendliche. Sie wäre noch einflussreicher, gäbe es nicht die Junge Gemeinde im Stadtkern von Jena, auch wenn sie sich starken Anfeindungen von vielen aus der etablierten Politik gegenüber sieht. In Pirna war es noch vor wenigen Jahren gefährlich, auf Stoßtrupps der Skinheads Sächsische Schweiz zu stoßen oder in Ruhe in einer nicht rechten Disco zu tanzen. Es kam wiederholt zu schweren Körperverletzungen. Eine Initiative hat gegen diese rechtsextreme Bedrohung über Jahre unter höchstem Risiko Politik gemacht. Erst vor wenigen Jahren ist es der Initiative gelungen, den (CDU-)Bürgermeister auf ihre Seite zu ziehen und in jährlichen multikulturellen Festen der gewalttätigen rechten Szene der sächsischen

So können Gesellschaft und Politik, vor allem in Kommunen, ein zentrales Ziel des demokratischen Selbstverständnisses umsetzen, soziale und kulturelle Inklusion mit der notwendigen Empathie auch zu praktizieren. Schließlich wird man nicht versäumen dürfen, diejenigen, die sich abgehängt fühlen und von der *Demokratie* enttäuscht sind, anzusprechen, ihnen zuzuhören und gemeinsame Wege aus sozialen und politischen Enttäuschungen zu suchen.

Literatur

- Assheuer, Thomas/Sarkowicz, Hans (1992): Rechtsradikale in Deutschland: Die alte und die neue Rechte. München.
- Behrends, Jan C. et al. (2000): Historische Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in den Neuen Bundesländern, Thesenpapier für das Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit des Landes Brandenburg. Potsdam.
- Baier, Dirk/Pfeiffer, Christian et al. (2009): Jugendliche in Deutschland als Opfer und Täter von Gewalt. Hannover.
- Brähler, Elmar/Decker, Olaf (2008): Bewegung in der Mitte. Leipzig.
- Braun, Stephan/ Vogt, Ute (Hg.) (2007): Die Wochenzeitung „Junge Freiheit“. Wiesbaden.
- Dudek, Peter/Jaschke, Hans-Gerd (1984): Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Opladen.
- Funke, Hajo (1989): Die „Republikaner“. Berlin.
- Funke, Hajo (1993): Brandstifter: Deutschland zwischen Demokratie und völkischem Nationalismus. Göttingen.
- Funke, Hajo (1995): Rechtsextremismus – Zeitgeist, Politik und Gewalt. Eine Zwischenbilanz. In: Richard Faber et al. (Hg.): Rechtsextremismus – Ideologie und Gewalt. Berlin.
- Funke, Hajo (2002): Paranoia und Politik. Berlin.
- Funke, Hajo/Rensmann, Lars/Waldhoff, Hans-Peter (2004): Rechtsextremismus in Deutschland. Eine Handreichung.
- Heitmeyer, Wilhelm (1999): Sozialräumliche Machtgewinne des ostdeutschen Rechtsextremismus – zum Problem unzureichender politischer Gegenöffentlichkeit in Städten und Kommunen. In: Peter Kalb et al. (Hg.): Rechtsextremistische Jugendliche – was tun?, Weinheim.
- Heitmeyer, Wilhelm 2007: (Hg.): Deutsche Zustände. Folge 5. Frankfurt/M.
- Hopf, Christel et al. (1995): Familie und Rechtsextremismus. Weinheim/München.
- Jahoda, Marie (1989): Es war nicht umsonst. In: Funke, Hajo: Die andere Erinnerung. Frankfurt/M.
- Jahoda, Marie/Paul Lazarsfeld (1976): Die Arbeitslosen von Marienthal. Frankfurt/M.
- Kailitz, Steffen (2007): Das nationalsozialistische Vertreibungs- und Nationalisierungsprojekt der NPD, in: Politische Studien Heft 1/ Jg. 2007. München.
- Koopmans, Ruud (1996): Asyl: Die Karriere eines politischen Konflikts. In: Daele, Wolfgang van den/Neidhardt, Friedhelm (Hg.): Kommunikation und Entscheidung. WZB Jahrbuch 1996. Berlin.
- Lynen van Berg, Heinz (2000): Politische Mitte und Rechtsextremismus. Opladen.
- Rommelspacher, Birgit (1995): Dominanzkultur. Texte zu Fremdheit und Macht. Berlin.
- Ruf, Christoph/Sundermeyer, Olaf (2009): In der NPD. München.
- Seferens, Horst (1996): „Leute von übermorgen und von vorgestern.“ Ernst Jüngers Ikonographie der Gegenauflklärung und die deutsche Rechte nach 1945. Bodenheim.
- Stöss, Richard (1993): Extremismus von rechts, in: Harnischmacher, Robert: Angriff von rechts. Rostock.

- Stöss, Richard (2007): *Rechtsextremismus im Wandel*. Berlin.
- Sturzbecher, Dietmar (1997): *Jugend und Gewalt in Ostdeutschland*. Göttingen.
- Sturzbecher, Dietmar (2000): *Jugend in Ostdeutschland – Lebenssituation und Delinquenz*. Opladen.
- Terkessides, Mark (1995): *Neue Rechte*. Köln.
- Wagner, Bernd (1998): *Rechtsextremismus und kulturelle Subversion in den neuen Ländern*. Berlin: Zentrum demokratische Kultur.
- Wagner, Bernd (2000): *Rechtsextremismus und völkische Orientierung – Zur gegenwärtigen Lage in den neuen Bundesländern*. In: *Jahrbuch für Antisemitismusforschung* 9, Frankfurt/M.: 22-34.
- Welskopf, Rudolf/Ronald Freytag/Dietmar Sturzbecher (2000): *Antisemitismus unter Jugendlichen in Ost und West*. In: *Jahrbuch für Antisemitismusforschung* 9, Frankfurt/M.: 35-70.
- Wetzels, Peter et al. (2000): *Gewalterfahrung, Schulschwänzen und delinquentes Verhalten Jugendlicher in Rostock, Hannover*. Forschungsberichte des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen.
- Wippermann, Jost (1995): *die „Junge Freiheit“*. Blockadebrecher der Neuen Rechten? In: Faber/Funke/Schönberner (Hg.): *Rechtsextremismus. Ideologie und Gewalt*. Berlin.

Die zwei Gesichter des Rechtsextremismus in Deutschland – Themen, Machtressourcen und Mobilisierungspotentiale der extremen Rechten

Sebastian Edathy und Bernd Sommer

Einleitung

Rechtsextremismus in Deutschland manifestiert sich gegenwärtig in zwei dominanten Ausdrucksformen. Auf der einen Seite hat sich die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) seit einigen Jahren zur tonangebenden Partei innerhalb des organisierten Rechtsextremismus entwickelt. Während die „Deutsche Volksunion“ (DVU) und die „Republikaner“ (REP) in den vergangenen Jahren massiv Mitglieder verloren haben, hat die NPD insbesondere seit der Einstellung des Verbotsverfahrens durch das Bundesverfassungsgericht im Jahr 2003 neue Parteimitglieder gewinnen können (vgl. Bundesministerium des Inneren 2008: 52). Zum Teil in enger Zusammenarbeit mit der NPD agiert die Neonazi- und sog. Kameradschaftsszene, für welche die Staatsschutzbehörden in den vergangenen Jahren ebenfalls einen Zuwachs verzeichnet haben (vgl. ebd.). Es ist kennzeichnend für dieses Lager, dass es vergleichsweise unverhohlen seine ideologische Nähe zum historischen Nationalsozialismus zum Ausdruck bringt, das politische System Deutschlands radikal ablehnt und seine Mitglieder auch vor der Verübung politisch motivierter Straf- und Gewalttaten nicht zurückschrecken.

Von diesem als neonazistisch zu bezeichnenden Lager grenzt sich die andere dominante Strömung innerhalb des extrem rechten politischen Spektrums in Deutschland ab. Diese Strömung kann in Anlehnung an die Analysen des Politologen Herbert Kitschelt (1995) als *new radical right* bezeichnet werden. Charakteristisch für diese „neue radikale Rechte“ ist die Verbindung einer rechtautoritären und zuwanderungsaversiven Haltung mit marktradikalen, anti-etatistischen Positionen. In Europa stehen vor allem Parteien wie die „Freiheitliche Partei Österreichs“ (FPÖ), die norwegische „Fortschrittspartei“ oder „Vlaams Belang“ aus Belgien für dieses Lager. In Deutschland findet diese Strömung ihre politisch-organisatorische Heimat in den sog. „pro“-Parteien sowie den „Republikanern“ (REP). In öffentlichen wie fachwissenschaftlichen Debatten wird in Bezug auf dieses Lager auch von „Rechtspopulismus“ gesprochen (vgl. Priester 2008). Seit einigen Jahren ist der Widerstand gegen eine angebliche „Islamisierung Europas“ zentrales Agitationsthema dieser Gruppierungen (vgl. Häusler 2008a). Im ideologischen Dunstkreis dieser Strömung operieren verschiedene Internetangebote wie der *Weblog* „Politically Incorrect“ (vgl. Bielefeldt 2007: 40 sowie Sommer 2007).¹

Anliegen der folgenden Analyse ist es, Themen, Ressourcen und Mobilisierungschancen beider dominanten Lager innerhalb des extrem rechten Spektrums in Deutschland ge-

1 Dass hier beide Lager analytisch klar voneinander getrennt werden, bedeutet nicht, dass nicht auch Kontakte zwischen beiden Lagern bestehen (vgl. Maegerle 2007), bzw. Akteure die Lager wechseln (vgl. Sager 2008).

nauer zu untersuchen. Dabei soll auf die Anzahl der aktiven Unterstützer, auf Sympathisantenkreise, die Hauptaktions- und Agitationsfelder sowie die materiellen Ressourcen der jeweiligen Strömungen eingegangen werden. Abschließend wird versucht, eine Prognose bezüglich der Mobilisierungs- und Zukunftschancen beider Strömungen in Deutschland abzugeben.

Das neonazistische Lager: NPD und „freie Kameradschaften“

Die 1964 in Hannover gegründete „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) ist die älteste und heute auch wieder die erfolgreichste rechtsextreme Partei in Deutschland. Die NPD ist aktuell in den Landtagen von Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern sowie



NPD-Wahlplakat 2004

in zahlreichen Kommunalparlamenten vertreten. Sie verfügt über eine junge und wachsende Anhängerschaft. Mit 7.200 Mitgliedern ist sie mittlerweile die größte rechtsextreme Partei in Deutschland (vgl. Bundesministerium des Inneren 2008: 52). Mit den „Jungen Nationaldemokraten“ (JN), dem „Nationaldemokratischen Hochschulbund e. V.“ (NHB) sowie dem „Ring nationaler Frauen“ (RNF) verfügt die NPD über verschiedene Unterorganisationen, ihr monatlich erscheinendes Parteiorgan „Deutsche Stimme“ erreicht nach eigenen Angaben aktuell eine Auflage von 30.000 Exemplaren (vgl. ebd.: 65).

Noch vor einigen Jahren hätten selbst die größten Optimisten innerhalb der NPD diese Entwicklung nicht für möglich gehalten. Bis zur Mitte der 1990er Jahre war die NPD ein Sammelbecken für eine schrumpfende Anzahl von Altnazis und Geschichtsrevisoren ohne nennenswerte Wahlerfolge. Den Ton im

rechtsextremen Lager gaben andere an: Die „Republikaner“ (REP) sowie die von dem Münchener Verleger Gerhard Frey gesteuerte „Deutsche Volks Union“ (DVU).²

Mit der Ablösung des NPD-Parteivorsitzenden Günter Deckert durch Udo Voigt im Jahr 1996 und den durch Voigt eingeleiteten Strategiewechsel änderte sich das Kräfteverhältnis innerhalb des rechtsextremen Lagers langsam aber grundlegend. Als Teil der von der neuen Parteiführung verfolgten sog. Drei-Säulen-Strategie („Kampf um die Straße“, „Kampf um die Parlamente“ und „Kampf um die Köpfe“) öffnete Udo Voigt die NPD gegenüber dem militanten Neonazi- und Kameradschaftsspektrum (vgl. Funke/Rensmann/

2 Die „Republikaner“ zogen in den 1990er Jahren wiederholt (1992 und 1996) in den Landtag von Baden-Württemberg ein und schafften im Jahr 1989 mit 7,5 Prozent der Stimmen den Sprung in das Berliner Abgeordnetenhaus. Die DVU konnte mit z. T. spektakulären Erfolgen bei den Landtagswahlen in Bremen (1991), Schleswig-Holstein (1992), Sachsen-Anhalt (1998) und zuletzt in Brandenburg (1999 und 2004) auf sich aufmerksam machen.

Sommer/Waldhoff 2005: 15). In der Organisationsstruktur der Partei fand diese Öffnung durch die Wahl des einschlägig vorbestraften Neonazis Thorsten Heise in den NPD-Bundesvorstand (Zuständigkeitsgebiet „Verbindung zu den freien Kräften“) ihren Ausdruck. Vor allem die Jugendorganisation der NPD, die „Jungen Nationaldemokraten“ (JN), rekrutiert Mitglieder zunehmend aus dem Neonazispektrum. In personeller Hinsicht sind JN und Kameradschaftsszene mittlerweile kaum noch voneinander zu unterscheiden: Bei zahlreichen Aufmärschen treten NPD sie gemeinsam auf, wodurch es ihnen gelingt, z. T. ein erhebliches Personenpotenzial zu mobilisieren.³ Zudem verlagerten NPD-Funktionäre ihren Wohnsitz und die Partei einen Teil ihrer Infrastruktur (wie das NPD-Verlagshaus) in bestimmte Regionen Sachsens und Mecklenburg-Vorpommerns, in denen ihnen physische Präsenz strategisch sinnvoll erschien. Durch Kooperation mit den „freien Kräften“ sowie die systematische Ausweitung ihres Einflussbereiches ist es der NPD so gelungen, auch in kleineren Gemeinden Parteistrukturen aufzubauen und sich auf kommunaler Ebene zu verankern.

Aber auch in programmatisch-inhaltlicher Hinsicht nahm die Parteiführung um Udo Voigt eine Neuausrichtung der „Nationaldemokratischen Partei“ vor. In das Zentrum ihrer Kampagnen stellte die NPD zunehmend die „soziale Frage“, welche die Partei fremdenfeindlich, völkisch und z. T. antisemitisch besetze (vgl. Sommer 2008: 307). Exemplarisch hierfür ist die Kampagne der NPD anlässlich der Landtagswahl in Sachsen im Jahr 2004. In dieser Kampagne dominierten Wahlplakate mit der Abbildung einer geballten Faust sowie einem einzigen kurzen Slogan: „Quittung für Hartz IV“. Ein Bezug zu den klassischen Themen extrem rechter Parteien – wie „Ausländerkriminalität“ oder die generelle Ablehnung von Zuwanderern – fehlte bei dem Plakat gänzlich. Ausländerfeindliche Themen wurden im Wahlkampf zwar ebenfalls aufgegriffen, die Ablehnung der Arbeitsmarktrefor-men der damaligen Bundesregierung sowie das Aufgreifen der sozialen Frage bestimmten die Kampagne jedoch eindeutig.

Diese Ausrichtung des Wahlkampfes auf soziale Themen bescherte der NPD den größten Wahlerfolg in ihrer Geschichte: Zum ersten Mal seit 1967 zog die NPD wieder in ein Landesparlament ein und erhielt mit 9,2 Prozent fast genauso viele Stimmen wie die sächsi-schen Sozialdemokraten (9,8 Prozent). Dieser Erfolg bestärkte NPD in ihren Kurs: In der Folgezeit startete die Partei verschiedene Kampagnen zu sozialen Themen wie die Kam-pagne „Sozial geht nur national“⁴ oder Aktionen gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm im Jahr 2007. Seit einigen Jahren inszeniert die NPD zudem den 1. Mai („Tag der Arbeit“) zu einem ihrer zentralen Mobilisierungsanlässe (vgl. Greven 2006: 16). Der NPD-Chefideo-loge Jürgen Gansel brachte diesen Strategiewechsel in der „Deutschen Stimme“ von Febru-ar 2006 wie folgt auf den Punkt:

„Die nationale Opposition hat alle Chancen, den Volks- und Vaterlandsabwicklern mächtig Sand ins Getriebe zu streuen, wenn sie einen wirklich gegenwartsbezogenen Nationalismus entwickelt. Einen Nationalismus, der den Deutschen erklärt, warum gerade im Globalisierungs-zeitalter die nationale und soziale Frage eine unauflöslche Einheit bilden und warum es soziale Solidarität ohne nationale Solidarität niemals geben kann. Dies gelingt aber nur dann, wenn sich

3 In diesem Zusammenhang sind vor allem die sog. Trauermärsche anlässlich des Gedenkens der Bombardie-rung Dresdens am 13. Februar 1945 zu nennen, die sich in der jüngeren Vergangenheit zum zentralen Mobilisierungsanlass der Neonazi-Szene herausgebildet haben. So fanden sich nach Polizeiangaben im Februar 2008 rund 5.000 und im Jahr 2009 rund 6.000 Neonazis aus diesem Anlass in Dresden ein.

4 Siehe: <http://sozial-geht-nur-national.de/>

Nationalisten keine Sinnlos-Debatten aufzwingen lassen, die in die Sackgasse der Politikunfähigkeit führen, zum Beispiel Nostalgie-Diskussionen zum Dritten Reich. Adolf Hitler und der historische Nationalsozialismus sind nun halt einmal Vergangenheit und nichts als Vergangenheit, Verausländerung, Hartz IV, EU-Fremdbestimmung und Globalisierung aber bittere Gegenwart.“

Auch innerhalb der neonazistischen Kameradschaftsszene haben sich die „soziale Frage“, Globalisierungs- und Kapitalismuskritik zu zentralen Agitationsthemen herausgebildet. Mitunter ist hier die Rhetorik von einem radikalen Antikapitalismus geprägt, und einige Kam-



Broschüre der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag

pagnen zeigen in Bezug auf Form und Inhalt (zumindest oberflächlich) große Ähnlichkeiten zu entsprechenden Angeboten aus dem linksextremistischen Spektrum. Ein Beispiel hierfür ist die Kampagne „Zukunft statt Globalisierung“, die von verschiedenen „freien Kameradschaften“ und JN-Gliederungen getragen wird. Auf der Internetstartseite dieser Kampagne (www.antikap.de)⁵ finden sich Slogans wie „Freie Menschen statt freie Märkte“, und erst ein Blick in die Unterstützterliste sowie eine genauere Beschäftigung mit dem inhaltlichen Angebot der Homepage offenbaren den neonazistischen Hintergrund der Kampagne.

Es wäre eine Fehlannahme, davon auszugehen, dass bei der NPD und in der Kameradschaftsszene mit dem Aufgreifen sozialer Themen die neonazistischen und menschenverachtenden Politikinhalte verschwinden würden, und diese Beispiele eignen sich ebenso wenig als Beleg für die totalitarismustheoretische These, dass Links- und Rechtsextremismus im Grunde nur zwei unterschiedliche Facetten des gleichen Phänomens seien. Dies macht ein Blick in das NPD-Programm oder in den die Kampagne „Zukunft statt Globalisierung“ begleitenden Aufruf deutlich: Nicht

soziale Gerechtigkeit oder die Verringerung von Arbeitslosigkeit und Armut an sich sind Anliegen, für welche sich NPD und Neonazikameradschaften stark machen. Sie interessieren sich für diese Themen nur, insofern „Deutsche“ hierdurch betroffen sind. „Deutsche“ – dies ist der entscheidende Punkt – sind für die NPD *nicht* deutsche Staatsbürger, sondern ausschließlich sog. Volksdeutsche, also, „ethnisch Deutsche“, die über keinen Migrationshintergrund verfügen. Und die Globalisierung oder die kapitalistische Wirtschaftsweise werden nicht abgelehnt, weil sie die Gegensätze in der Welt verschärfen und zu Umwelt- und Hungerkatastrophen führen können – wie dies linke Globalisierungskritiker für ge-

⁵ „antikap“ steht als Abkürzung für Antikapitalismus.

wöhnlich betonen – sondern vor allem, weil eine globalisierte Weltwirtschaft die „Volksgemeinschaft zersetze“ (vgl. Pfahl-Traugher 2006: 44f. und Sommer 2008: 312ff.). Mit anderen Worten: Der Antikapitalismus von NPD und Kameradschaften ist völkisch und *nicht* sozial motiviert.

Ein besonders perfides Beispiel dafür, wie die NPD soziale Themen mit neonazistischen Inhalten verknüpft ist ihre Forderung nach der Einführung eines gesetzlichen Mindeststundenlohns von 8,80 Euro. Auf dem ersten Blick scheint es sich dabei „nur“ um eine vergleichsweise harmlose populistische Forderung zu handeln, die darauf zielt, den von den DGB-Gewerkschaften geforderten Mindestlohn von 7,50 Euro pro Stunde zu übertreffen. Für Mitglieder der Neonaziszene hält die Forderung nach einem Mindestlohn von 8,80 Euro jedoch eine weitere Botschaft bereit: Aufgrund der strafrechtlichen Normierungen von Kennzeichen verfassungs-feindlicher Organisation-en haben sich innerhalb des Neonazispektrums in den vergangenen Jahren Zahlencodes herausgebildet, die für verbotene Lösungen oder Organisationen stehen. Dabei werden Anfangsbuchstaben der entsprechenden Idiome oder Vereinigungsnamen in der Regel durch die Zahl der jeweiligen Buchstaben im Alphabet abgekürzt. So steht beispielsweise die Ziffer „2“ für den Buchstaben „B“ und „8“ für den Buchstaben „H“. Die Kombinationen beider Zahlen „28“ ist steht für die verbotene Neonaziorganisation „Blood and Honour“. Und bei der Ziffer „88“ handelt es sich um eine im Neonazispektrum gängige Abkürzung für „Heil Hitler.“ Mit anderen Worten, die NPD-Fraktion im sächsischen Landtag druckt das Szenekürzel des „Hitlergrußes“ auf ihre Broschüren zum Thema Mindestlohn. Viel eindeutiger könnte die Bezugnahme auf den historischen Nationalsozialismus kaum ausfallen.

Auch nach der Landtagswahl in Sachsen im Jahr 2004 konnte die NPD bei Wahlen weitere Erfolge erzielen: Bei der Bundestagswahl im Jahr 2005 erzielte die NPD 1,6 Prozent der Stimmen und damit ihr bestes Ergebnis bei einer Bundestagswahl seit 1969 (4,3 Prozent). Bei den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern im Herbst 2006 gelang der NPD mit 7,3 Prozent der Sprung in ein weiteres Landesparlament. Und bei Kommunalwahlen in den ostdeutschen Bundesländern konnte die NPD in den vergangenen Jahren in einigen Gemeinden sogar mehr als 20 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen.

Die Wahlerfolge der vergangenen Jahre haben auch in finanzieller Hinsicht der notorisch klammen NPD weiter Aufwind verliehen. So kommt eine vom Berliner Senat geleitete länderoffene Arbeitsgruppe zu den Finanzierungsquellen rechtsextremer Kreise in Deutschland zu dem Ergebnis, dass die NPD im Jahr 2005 mehr als 1,2 Millionen Euro aus der staatlichen Parteienfinanzierung bezog (vgl. Berliner Senatsverwaltung für Inneres und Sport 2007: 4). Dies waren fast 42 Prozent der NPD-Gesamteinnahmen für das Jahr 2005 und damit die mit Abstand größte Einnahmequelle der NPD (vgl. ebd.). Trotzdem bleibt die finanzielle Situation der NPD insgesamt angespannt. Wegen der Ausstellung falscher Spendenquittungen sowie weiterer gravierender Fehler in den Rechenschaftsberichten droht der NPD, Summen im sechsstelligen Bereich an die Bundestagsverwaltung (welche für die Parteienfinanzierung in Deutschland verantwortlich ist) zurückerstatten zu müssen. Dies würde die NPD vor erhebliche finanzielle Probleme stellen.

Die jüngsten Wahlerfolge der NPD haben aber noch in anderer Hinsicht die Infrastruktur und Machtressourcen der NPD gestärkt. So hält der Bericht der länderoffenen Arbeitsgruppe der Senatsverwaltung Berlin weiter fest, dass die sächsische NPD-Landtagsfraktion und ihre Abgeordneten jährlich knapp 1,9 Millionen Euro an staatlichen Zuschüssen beziehen (vgl. ebd.: 7). In dieser Summe enthalten sind 1,3 Millionen Euro an Fraktionsgeldern

für Personalkosten, Öffentlichkeitsarbeit etc. (vgl. ebd.). Die NPD-Fraktion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern bezieht rund 600 000 Euro Fraktionsgelder pro Jahr. Die beiden Landtagsfraktionen in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern verfügen damit über annähernd so viele Finanzmittel wie der NPD insgesamt an jährlichem Budget zur Verfügung steht. Entsprechend kommt den beiden Landtagsfraktionen in der Infrastruktur der NPD eine zentrale Bedeutung zu. Dank ihrer Unterstützung war es in den vergangenen Jahren möglich, die politische Arbeit der Partei weiter zu professionalisieren. Hierbei spielen insbesondere die Personalmittel eine wichtige Rolle: So beschäftigt allein die NPD-Fraktion im sächsischen Landtag zehn sog. parlamentarische Berater, darunter den ehemaligen JN-Vorsitzenden Sascha Roßmüller sowie den wegen Volksverhetzung einschlägig verurteilten Rechtsextremisten Per Lennart Aae.⁶ Die NPD-Landtagsfraktionen in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern nehmen damit gewissermaßen die Funktion von Brückenköpfen ein: Sie dienen als organisatorische Zentren, von denen aus die NPD versucht, ihr Einflussgebiet und ihre Aktivitäten weiter auszuweiten.

In der Zusammenschau ist daher zum jetzigen Zeitpunkt nicht davon auszugehen, dass die NPD – ähnlich wie es in der Vergangenheit bei den „Republikanern“ und der DVU zu beobachten war – wieder „zurückschrumpft“ und quasi von selbst aus den Landtagen Sachsens und Mecklenburg-Vorpommerns sowie den zahlreichen Kommunalparlamenten wieder verschwindet: Die NPD ist in einigen Regionen (wie der Sächsischen Schweiz oder der Uckermark) fest verankert, mit dem Aufgreifen der „sozialen Frage“ verfügt sie über ein Thema mit beachtlichem Mobilisierungspotenzial, und die Parteinfrastruktur konnte in den vergangenen Jahren stark ausgebaut und professionalisiert werden.

Das rechtspopulistische Lager: Die „pro“-Parteien und andere islamfeindliche Gruppierungen

Rechtspopulistische Gruppierungen wie die „Bürgerbewegung pro Köln“ grenzen sich gegenüber dem gewaltbereiten Neonazispektrum und der NPD klar ab. Und auch NPD-Funktionäre machen aus ihrer ablehnenden Haltung gegenüber ihrer rechtspopulistischen Konkurrenz keinen Hehl. So bezeichnete der NPD-Vorsitzende Udo Voigt in der März-Ausgabe 2009 der „Deutschen Stimme“ die „Republikaner“ und „pro Köln“ als „bürgerlich-reaktionäre Kräfte“, die in „antiislamistischer Verblendung gemeinsame Sache mit dem jüdisch beherrschten israelischen Staat“ machten. Und weiter führte Voigt aus: „Hinsichtlich der Republikaner und PRO heißt es aus Verantwortung gegenüber Volk und Vaterland mit der Parole zu antworten: ‚Macht kaputt, was Euch kaputt macht!‘.“⁷

6 In diesem Zusammenhang ist auch die Gründung der sog. „Dresdener Schule“ zu nennen, welche im November 2006 auf einer Pressekonferenz der NPD im sächsischen Landtag der Öffentlichkeit vorgesellt worden ist. In dem vielen Rechtsextremisten eigenen Größenwahn ist die „Dresdener Schule“ von der NPD als explizites Gegenmodell zur bekannten Frankfurter Schule um die deutsch-jüdischen Sozialwissenschaftler und Philosophen Max Horkheimer und Theodor W. Adorno konzipiert worden.

7 Gleichwohl kam es in den vergangenen Jahren auch immer wieder zu Kontakten sowie gemeinsamen Aktionen, und „pro Köln“-Funktionäre stellten sich für Interviews mit der „National-Zeitung“ (DVU) oder „Deutschen Stimme“ (NPD) zur Verfügung (vgl. Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen 2008: 79).

In der Tat bestehen Unterschiede zwischen beiden Strömungen – und dies nicht nur in der Bewertung des Nahostkonfliktes⁸: Oben ist beschrieben worden, dass die NPD wirtschafts- und sozialpolitisch Positionen vertritt, die durch einen völkisch aufgeladenen Wohlstandschauvinismus gekennzeichnet sind: Die NPD fordert den Schutz „deutscher Arbeitsplätze“ vor „Fremdarbeitern“ sowie die Aufrechterhaltung und Erhöhung sozialstaatlicher Leistungen für Angehörige der „ethnisch deutschen“ Mehrheitsbevölkerung bei gleichzeitiger Exklusion von Einwanderern aus dem Netz der sozialen Sicherung. Im Gegensatz hierzu finden sich bei den meisten rechtspopulistischen Formationen wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Vorstellungen, die eher an konservativen und wirtschaftsliberalen Positionen anknüpfen. Anstatt der Exklusion lediglich von Ausländern aus dem Netz der sozialen Sicherung wird die grundsätzliche Kürzung von Sozialleistungen gefordert, die durch „Sozialschmarotzer“ missbraucht würden. Nur durch eine radikale (Rück-) Besinnung auf das Leistungsprinzip, den Abbau sozialstaatlicher Standards und massive Steuerenkungen ließen sich Deutschlands ökonomische Probleme lösen. Statt den Großunternehmen bei ihren Forderungen nach Erleichterung von Anwerbungen ausländischer Facharbeiter entgegenzukommen, sei es vorrangige Aufgabe der Politik, sich um deutsche Kleinbetriebe und den Mittelstand zu kümmern.⁹ Diese eher als liberal zu charakterisierenden Positionen im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik werden durch das vehemente Eintreten für eine *Law and Order*-Politik, die Verhängung härterer Strafen (auch für Kleinkriminalität) sowie die Forderungen nach restriktiveren Zuwanderungsregelungen kontrastiert. Das „Dritte Reich“ sowie der historische Nationalsozialismus werden von Vertretern dieses politischen Lagers zumeist klar abgelehnt; gleichzeitig aber auch formuliert, dass die deutsche Geschichte „nicht länger Ballast“ sein dürfe. Dieser programmatische Mix von markradikalen bzw. wirtschaftsliberalen Positionen auf der einen und rechtsautoritären Gesellschaftsvorstellungen auf der anderen Seite ist charakteristisch für Strömungen, die Herbert Kitschelt als „neue radikale Rechte“ in Europa beschrieben hat (Kitschelt 1995: 91ff.). Sozialwissenschaftliche Untersuchungen haben gezeigt, dass Vertreter des rechtspopulistischen Lagers oft den Mittelschichten und (klein)bürgerlichen Milieus entstammen (vgl. Flecker/Hentges 2004: 135 sowie Vester 2001: 323f.)

Punktuell konnten in der Vergangenheit rechtspopulistische Parteien in Deutschland beachtliche Erfolge erzielen: So, als im Jahr 2001 bei den Bürgerschaftswahlen in Hamburg die sog. Schill-Partei („Partei Rechtstaatliche Offensive“, kurz: PRO) 19,9 Prozent der Stimmen gewann und anschließend in einer Koalition mit der CDU sogar an der Regierung beteiligt war. Die „Republikaner“, die sich seit einigen Jahren programmatisch ebenfalls dem Lager der „neuen radikalen Rechten“ zurechnen lassen, konnten bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg 1992 und 1996 ebenfalls ca. 10 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinigen. Und in der jüngeren Vergangenheit waren bei den Kommunalwahlen in NRW die sogenannten „pro“-Parteien erfolgreich.

An der „Bürgerbewegung pro Köln e. V.“ lassen sich einige Charakteristika der „neuen radikalen Rechten“ in Deutschland prototypisch studieren. „Pro Köln“ wurde im Jahr 1996 als Ableger der „Deutsche Liga für Volk und Heimat“ (DLVH) von ehemaligen Mitglie-

8 Primär aus antisemitischen Motiven ergreift NPD eindeutig Position für die palästinensische Seite im Nahostkonflikt. So waren auf dem sog. Trauermarsch in Dresden am 14. Februar 2009 mehrere NPD-Banner mit dem Slogan „Gestern Dresden, heute Gaza“ zu lesen. Und auch das „Palästinensertuch“ erfreut sich seit einigen Jahren großer Beliebtheit in der Neonazi-Szene (vgl. Korgel 2006: 157ff.).

9 Vgl. exemplarisch das Wahlprogramm der Republikaner (unter <http://www.rep.de/content.aspx?ArticleID=6f0f68dc-bbc6-47e0-8e84-3762f8b9ab98> einsehbar).

dem der NPD und der Republikaner gegründet. Zu den Gründungsmitgliedern gehörten der heutige Vorsitzende Markus Beisicht (ehemals „Republikaner“) sowie der heutige Schatzmeister Manfred Rouhs (ehemaliger JN-Vorsitzender in Nordrhein-Westfalen sowie ehemaliges Mitglied der „Republikaner“). Obgleich die „Bürgerbewegung“ relativ klein ist,¹⁰ erzielte sie bei der Kommunalwahl 2004 in Nordrhein-Westfalen 4,7 Prozent und ist



„pro Köln“-Aufkleber zur Kommunalwahl 2009

seither mit einer eigenen Fraktion im Kölner Stadtrat vertreten. In dem Programm für die Kölner Stadtratswahlen findet sich die für die neue Rechte typische Verknüpfung von *Law and Order*-Themen (Punkt 4 „Kriminalität stoppen“ sowie Punkt 5 „Drogensucht offensiv bekämpfen“) und Mittelstandsorientierung (Punkt 11 „Für eine offensive Wirtschaftsförderung“).¹¹ Bemerkenswert ist für die „pro“-Formationen ferner, dass bereits ihre Namensgebung darauf zielt, nicht explizit als Partei des extrem rechten politischen Spektrums erkennbar zu sein (vgl. Häusler 2008b: 38). Stattdessen soll die Selbstinszenierung als „Bürgerbewegung pro Köln“ suggerieren, legitime kommunalpolitische Anliegen zu vertreten (vgl. ebd.: 38ff.). Unter dem Verdacht einer rechtsextremistischen Bestrebung wird „pro Köln“ durch den Verfassungsschutz NRW beobachtet und findet in den Jahresberichten des Landesamtes regelmäßig Erwähnung (vgl. Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen 2008: 77). Gegen die Beobachtung durch den Verfassungsschutz sowie Erwähnung in den Jahresberichten hat „pro Köln“ in der Vergangenheit verschiedene Klagen angestrengt, die aber allesamt erfolglos blieben.

In den vergangenen Jahren haben sich Kampagnen gegen den Bau von Moscheen sowie gegen die „Islamisierung“ und „Türkisierung“ zum zentralen Agitationsfeld von „pro Köln“ herausgebildet (Häusler 2008a: 155ff.). Mit diesem Thema gelingt es der Partei, ein erhebliches Personenpotenzial anzusprechen.¹² Folgerichtig erscheint im aktuellen Programm zur Kölner Stadtratswahl am 7. Juni 2009 das Thema „Nein zur Großmoschee und Islamisierung“ gleich als zweiter Punkt hinter der Präambel. Bundesweites Aufsehen erregte die „Bürgervereinigung“ als sie im September 2008 einen sogenannten Anti-Islamisierungskongress in Köln organisierte und aus diesem Anlass Rechtsextremisten und Rechtspopulisten aus ganz Europa als Redner nach Köln einlud.¹³ Der geplante Kongress entwi-

10 Während „pro Köln“ selbst angibt, über ca. 450 Mitglieder zu verfügen, geht der Verfassungsschutz NRW von rund 120 „pro Köln“-Mitgliedern aus (vgl. Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen 2008: 77).

11 Vgl.: <http://www.pro-koeln-online.de/stamm/programm.htm> (eingesehen am 4. März 2009).

12 So ist es „pro Köln“ gelungen, gegen den geplanten Moscheebau in Köln-Ehrenfeld über 20.000 Unterschriften zu sammeln (vgl. Killguss/Peters/Häusler 2008 : 68).

13 Als Redner waren unter anderem der (ehemalige CDU-)Bundestagsabgeordnete Henry Nitzsche der italienische „Lega Nord“-Politiker Mario Borghezio sowie Vertreter der belgischen rechtsextremen Partei „Vlaams Belang“ und der französischen „Front National“ vorgesehen. Der ebenfalls eingeladene österreichische FPÖ-Vorsitzende Heinz-Christian Strache sagte aufgrund der bevorstehenden Nationalratswahlen in Österreich seine Teilnahme kurzfristig ab.

ckelte sich zu einem Flop, da ein breites gesellschaftliches Bündnis von Kongressgegnern und mehreren tausend Gegendemonstranten erwirkte, dass die Polizei die zentrale Kongress-Kundgebung untersagte. Daraufhin wurde der Kongress abgebrochen. Für Mai 2009 plant „pro Köln“ eine Wiederholung des „Anti-Islamisierungskongresses“.

Im ideologischen Dunstkreis von „pro Köln“ sind in den vergangenen Jahren verschiedene rechtsextreme Gruppierungen entstanden, die sich ebenfalls durch eine radikale Islamfeindlichkeit auszeichnen. Dabei handelt es sich um den ebenfalls in Köln ansässigen Verein „Bürgerbewegung Pax Europa“ oder des politische *Weblog* „Politically Incorrect“ (PI), das täglich mehr als 30.000 Leser findet. Kennzeichnend ist für alle drei islamfeindlichen Formationen ist, dass sie sich selbst explizit als Befürworter von Grundgesetz und Demokratie darstellen: So warb „pro Köln“ in der Vergangenheit mit dem Slogan „Grundgesetz statt Islamismus“, bei „Politically Incorrect“ ist in der *Homepage*-Kopfzeile „Für Grundgesetz und Menschenrechte“ zu lesen und auf der Internetseite von „Pax Europa“ heißt es:

„Er [der Verein] ist ausschließlich der Bewahrung der christlich-jüdischen Tradition unserer europäischen Kultur und der Erhaltung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung verpflichtet. Der Verein will über die schleichende Islamisierung Europas aufklären. Er richtet sich nicht ‚gegen die Muslime‘, er tritt vielmehr für den Erhalt des christlich-jüdisch geprägten europäischen Werteverbundes ein. Der Verein legt Wert darauf, sich klar von Rechtsextremisten und Ausländerfeinden abzugrenzen und wird diese nicht aufnehmen.“¹⁴

Diese Selbstdarstellung ist exemplarisch für die islamfeindlichen Argumentationsmuster im rechtspopulistischen Lager: Die Gruppierungen selbst gerieren sich als Verteidiger von Demokratie und Menschenrechten in Deutschland, welche durch eine „schleichende Islamisierung“ bedroht seien. Als Beispiel für diese Praxis kann das politische *Weblog* „Politically Incorrect“ (PI) dienen, das zu den meistgelesenen deutschsprachigen Blogs im Internet zählt. Entsprechend der eigenen Zielsetzung, „gegen die Islamisierung Europas“ zu sein, und zugleich „für Grundgesetz und Menschenrechte“ einzutreten, wird hier ein radikal essentialisiertes Bild vom Islam als gewalttätige, menschenrechtsfeindliche und nach der Herrschaft strebenden Religion verbreitet. Als Beleg hierfür werden aus dem schier unbegrenzten Fundus des *World Wide Web* alle nur denkbaren Gräueltaten zusammengetragen, die tatsächlich oder vorgeblich im Namen des Islam begangen werden, diesem Bild widersprechende Ereignisse oder Verlautbarungen ignoriert werden oder Muslimen als *Taqiyya* (Täuschung) ausgelegt wird, um letztendlich doch die Herrschaft in Europa zu erlangen. Dieser Mechanismus kann in Anlehnung an die Arbeit des Soziologen Norbert Elias als *pars-pro-toto*-Verzerrung beschrieben worden (Elias/Scotson 1993: 12ff.): Eine Minderheit der muslimischen Bevölkerung – sog. Ehrenmörder, Hassprediger und islamistische Terroristen – wird als *pars pro toto* für „den Islam“ oder alle Muslime gesetzt. Umgekehrt bedeutet das auf PI dargebotene gruppencharismatische Selbstverständnis der deutschen Mehrheitsgesellschaft, angeblich *per se* für Demokratie, Liberalität und Toleranz zu stehen. Bezeichnend für diesen Mechanismus ist, dass liberale Muslime ebenso aus dem Bild dieser Etablierten- und Außenseiterfiguration ausgeblendet werden wie anderslautende Belege aus der deutschen Mehrheitsgesellschaft. *En passant* wird so für 3,2 Millionen Muslime in Deutschland das Bild als „Fremde“ konstruiert, auf dessen Grundlage sich erst das Selbst-

14 Vgl.: <http://www.buergerbewegung-pax-europa.de/> (eingesehen am 4. März 2009).

bild der Deutschen als tolerante und aufgeklärte Demokraten (sprich: moralisch Höherwertige) konstituieren kann. Nicht zuletzt knüpft diese Form der Islamophobie auch an die über Jahrhunderte schwelenden Auseinandersetzungen zwischen dem „christlichen Abendland“ und dem islamisch-arabisch geprägten Orient an und schöpft damit aus Traditionen, die im kollektiven Gedächtnis der Gesellschaft tiefe Spuren hinterlassen haben und sich entsprechend leicht reaktivieren lassen (vgl. Rommelspacher 1998: 43).

Ausblick

Ausländerfeindliche, antisemitische sowie nationalistisch-chauvinistische Positionen finden in Deutschland in einem Maße Zustimmung, das weit über den bisherigen Wähleranteilen rechtsextremer Parteien liegt. Untersuchungen aus dem Bereich der Einstellungs- und Meinungsforschung belegen dies in regelmäßigen Abständen (vgl. Decker/Brähler 2008 sowie Heitmeyer 2009). So stimmten in einer repräsentativen Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung aus dem Jahr 2008 31,8 Prozent der Befragten der Aussage zu, dass Deutschland „durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet“ sei (vgl. Decker/Brähler 2008: 20). 17,8 Prozent der befragten Personen gaben in derselben Untersuchung an, dass der „Einfluss der Juden“ in der Gesellschaft zu groß sei (vgl. ebd.: 21), und 12,6 Prozent der Studienteilnehmer gingen davon aus, dass die „Deutschen anderen Völkern von Natur aus überlegen“ seien (vgl. ebd.: 22). Diese Ergebnisse deuten an, dass für rechtsextreme/-populistische Positionen in Deutschland ein erhebliches Mobilisierungspotenzial besteht. Den rechtsextremen Parteien ist es in der Vergangenheit jedoch äußerst selten gelungen, bei Wahlen dieses Potenzial auch nur annähernd auszuschöpfen. Wie ist dies zu erklären?

Aufgrund der Barbarei der Nationalsozialismus ist das Bekenntnis zum Rechtsextremismus in Deutschland weitgehend diskreditiert. Parteien oder politischen Formationen, die als rechtsextrem gelten, sind bis zu einem gewissen Grad gesellschaftlich tabuisiert und gelten selbst für viele Menschen, die mit den Positionen dieser Parteien sympathisieren, als nicht wählbar. Sozialwissenschaftliche Untersuchungen belegen auch, dass Personen, die rechtsextremen Aussagen zustimmen, sich selbst *nicht* dem rechtsextremen Lager zuordnen müssen (vgl. Bergmann 2001: 57). Teilweise finden sich sogar bei Befragten, die sich selbst stark vom Rechtsextremismus abgrenzen und als links verorten, rechtsextreme Einstellungen (vgl. Stöss 2005: 73). Zudem ist im Westen Deutschlands die traditionelle Bindung an eine der beiden Volksparteien – trotz aller Erosionserscheinungen der vergangenen Jahre – noch relativ stark ausgeprägt. So wählt auch der quantitativ größte Personenanteil mit einer rechtsextremen Orientierung CDU/CSU oder SPD (vgl. Decker/Brähler/Geißler 2006: 53).

Das hier Ausgeführte trifft vor allem auf die NPD zu: Auf zahlreiche Personen, die fremdenfeindliche oder antisemitische Ressentiments hegen, wirken die explizite Orientierung am historischen Nationalsozialismus sowie die Zusammenarbeit mit gewaltbereiten Neonazis abschreckend. So war es der NPD bislang weitgehend auch nur möglich, bei Landtagswahlen im Osten Deutschlands – mit einer vergleichbaren schwachen Parteienbindung – oder auf regionaler Ebene nennenswerte Wahlerfolge zu erzielen. In den neuen Bundesländern verfügt die NPD mit ihrer verstärkt antikapitalistischen Rhetorik, die sie seit einigen Jahren in den Vordergrund stellt (vgl. Sommer 2008) sowie aufgrund ihrer z. T. positiven Bezugnahme auf DDR über weitere Anknüpfungspotenziale in der ostdeutschen

Bevölkerung (vgl. Staud 2005 13 u. 43). Die von ihrer Programmatik eher mittelschichtorientierten Repräsentanten der „neuen radikalen Rechten“ (Republikaner, die sog. Schill-Partei, sowie die „Pro“-Formationen) waren bislang eher im Westen Deutschlands erfolgreich. Kurzfristig wird sich an dieser Aufteilung – Erfolge der eher „proletarisch“ orientierten NPD in den neuen Bundesländern und der eher kleinbürgerlich orientierten rechtspopulistischen Formationen in den alten Bundesländern – aller Voraussicht nach wenig ändern: Die NPD ist in den neuen Bundesländern (insbesondere in Sachsen und in Mecklenburg-Vorpommern) mittlerweile fest verankert und verfügt aufgrund ihrer Kooperation mit der Kameradschaftsszene über ein bis auf die lokale Ebene gegliedertes Aktivisten-, Unterstützer- und Sympathisantenumfeld. Dem rechtspopulistischen Lager gelingt es insbesondere über Anti-Islam- bzw. Anti-Moscheebaukampagnen, „Überfremdungsängste“ zu schüren und eine vergleichsweise große Anzahl von Bürgern zu mobilisieren. Sozialwissenschaftliche Untersuchungen (vgl. Heitmeyer 2008: 29) sowie die Beliebtheit von *Weblogs* wie „Politically Incorrect“ (PI) zeigen, dass für islamfeindliche Positionen ein erheblicher und sogar wachsender Resonanzboden in der deutschen Bevölkerung besteht.¹⁵ Insbesondere rechtsextrem orientierte Personen, die sich durch das martialische Auftreten sowie den oft unverhohlenen Bezug zum Hitler-Regime der NPD abgeschreckt fühlen, dürften die rechtspopulistischen Parteien in der Zukunft mobilisieren können. Die Erfahrungen der europäischen Nachbarländer (insbesondere in Belgien, der Schweiz, Österreich und Italien) zeigen, dass derartige Formationen ein Stimmenpotenzial besitzen, das an die Ergebnisse der Volksparteien heranreicht. Es ist daher von zentraler Bedeutung, dass in Deutschland Formationen wie die „pro“-Parteien auch weiterhin als das bezeichnet werden, was sie sind: als rechtsextremistisch. In öffentlichen Debatten muss zum Ausdruck kommen, dass Rechtsextremismus nicht erst bei der expliziten NS-Verherrlichung durch NPD und Neonazis anfängt. Es muss „unanständig“ bleiben, Gruppierungen wie die „pro“-Parteien oder die Republikaner zu unterstützen. Die Ausländer- und Demokratiefeindlichkeit dieser Gruppierungen sowie ihrer ideologischen Verbündeten im Internet muss klar benannt werden. Ihrer Selbstdarstellung als Verteidiger der Demokratie und Menschenrechte gegen die „Islamisierung Europas“ dürfen die demokratischen Kräfte nicht auf dem Leim gehen. In Köln konnte so im Herbst 2008, als die Gruppierung „pro Köln“ und „pro NRW“ im einen „Anti-Islamisierungskongress“ abhalten wollten, ein Stelldichein des *Who-is-Who* der extrem rechten Szene Europas verhindert werden. Mit anderen Worten: Es ist notwendig, dass die beschriebene soziale Tabuisierung und Stigmatisierung des Rechtsextremismus in Deutschland aufrechterhalten bleibt. Wann und wo auch immer dieses Tabu gebrochen wird und sich Personen fremdenfeindlich oder antisemitisch äußern, gilt es auf diesen Tabubruch hinzuweisen und ihn klar zu verurteilen, um so die soziale Ächtung des Rechtsextremismus aufrechtzuerhalten und seiner Normalisierung entgegenzuwirken. Diese Maßnahme bekämpft nicht die rechtsextremen Einstellungen selbst, trägt aber dazu bei, bereits erreichte zivilisatorische Standards normativ abzusichern.

15 So mehrten sich in den öffentlichen Debatten – nicht nur aus dem klassisch rechtsautoritären gesellschaftlichen Lager, sondern auch von ehemals kritischen Intellektuellen – Stimmen, die „den Islam“ als Ganzes zum „Problem“ (Ralph Giordano) erklären (vgl. kritisch: Brumlik 2008).

Literatur

- Bergmann, Werner (2001): „Wie viele Deutsche sind rechtsextrem, fremdenfeindlich und antisemitisch? Ergebnisse der empirischen Forschung von 1990 - 2000“. In: Wolfgang Benz (Hg.): *Auf dem Weg zum Bürgerkrieg? Rechtsextremismus und Gewalt gegen Fremde in Deutschland*. Frankfurt a. M.: 41-62.
- Berliner Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Abteilung Verfassungsschutz (2007): *Finanzquellen der rechtsextremistischen Kreise. Bericht der länderoffenen Arbeitsgruppe*. Internet: <http://www.verfassungsschutz-berlin.de>
- Bielefeldt, Heiner (2007): *Das Islambild in Deutschland. Zum öffentlichen Umgang mit der Angst vor dem Islam*. Berlin: Deutsches Institut für Menschenrechte.
- Bundesministerium des Inneren (2008): *Verfassungsschutzbericht 2007*. Berlin.
- Brumlik, Micha (2008): „Das halbierte Humanum – Wie Ralph Giordano zum Ausländerfeind wurde“. In: Alexander Häusler (Hg.): *Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien*. Wiesbaden: 232-238.
- Decker, Oliver/Brähler, Elmar (2008): *Bewegung in der Mitte. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2008*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Decker, Oliver/Brähler, Elmar/Geißler, Norman (2006): *Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Elias, Norbert/Scotson, John L. (1993): *Etablierte und Außenseiter*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Flecker, Jörg/Hentges, Gudrun (2004): „Rechtspopulistische Konjunkturen in Europa – sozioökonomischer Wandel und politische Orientierungen“. In: Joachim Bischoff, Klaus Dörre, Elisabeth Gauthier u.a.: *Moderner Rechtspopulismus. Ursachen, Wirkungen, Gegenstrategien*. Hamburg: 119-149.
- Funke, Hajo/Rensmann, Lars/Sommer, Bernd/Waldhoff, Hans-Peter (2005): *Rechtsextremismus in Deutschland. Eine Handreichung*. Berlin: SPD-Bundestagsfraktion.
- Greven, Thomas (2006): „Rechtsextreme Globalisierungskritik: Anti-globaler Gegenentwurf zu Neoliberalismus und Global Governance“. In: Thomas Greven, Thomas Grumke (Hg.): *Globalisierter Rechtsextremismus?*. Wiesbaden.
- Häusler, Alexander (2008a): „Antiislamischer Populismus als rechtes Wahlkampf-Ticket“. In: Ders. (Hg.): *Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien*. Wiesbaden: 155-169.
- Häusler, Alexander (2008b): „Rechtspopulismus als Stilmittel zur Modernisierung der extremen Rechten“. In: Ders. (Hg.): *Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien*. Wiesbaden: 37-51.
- Heitmeyer, Wilhelm, Hg. (2008): *Deutsche Zustände. Folge 6*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp. (2009): *Deutsche Zustände. Folge 7*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (2008): *Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2007*. Düsseldorf.
- Killguss, Hans-Peter/Peters, Jürgen/Häusler, Alexander (2008): „PRO KÖLN – Entstehung und Aktivitäten“. In: Alexander Häusler (Hg.): *Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften: 55-71.
- Kitschelt, Herbert (1995): *The Radical Right in Western Europe: A Comparative Analysis*. Ann Arbor: University of Michigan Press.
- Korgel, Lorenz (2006): „Links anziehen, rechts marschieren“. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*. 2/2006: 157-159.
- Maegerle, Anton (2007): „Ein ehrenwerter Herr“. In: *blick nach rechts*, Nr. 18, 24. Jahrgang, 6.
- Pfahl-Traughber, Armin (2006): „Globalisierung als Agitationsthema des organisierten Rechtsextremismus in Deutschland“. In: Thomas Greven, Thomas Grumke (Hg.): *Globalisierter Rechtsextremismus?*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Priester, Karin (2008): „Populismus als Protestbewegung“. In: Alexander Häusler (Hg.): *Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“*. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien. Wiesbaden: 19-36.
- Rommelspacher, Birgit (1998): *Dominanzkultur. Texte zur Fremdheit und Macht*. Berlin: Orlando Frauenverlag.
- Sager, Tomas (2008): „Farbenwechsel“. In: *blick nach rechts*, Nr. 26, 25. Jahrgang.
- Sommer, Bernd (2007): „Falsche Freunde“. In: *blick nach rechts*, Nr. 4, 24. Jahrgang, 7-8.
- Sommer, Bernd (2008): „Anti-capitalism in the name of ethno-nationalism: ideological shifts on the German extreme right“. In: *Patterns of Prejudice*, Vol. 42, No. 3: 305-316.
- Staud, Toralf (2005): *Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD*. Köln: Kiepenheuer & Witsch.
- Stöss, Richard (2005): *Rechtsextremismus im Wandel*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Vester, Michael (2001): „Wer sind heute die ‚gefährlichen Klassen‘? Soziale Milieus und gesellschaftspolitische Lager im Wandel“. In: Dietmar Loch, Wilhelm Heitmeyer (Hg.): *Schattenseiten der Globalisierung*. Frankfurt a. M.: 298-245.

Geländegewinne? Versuch einer (Zwischen-) Bilanz rechtsextremer Erfolge und Misserfolge

Dierk Borstel

1 Einleitung

„Wir können heute nicht mehr davon ausgehen, dass uns eine Lichtgestalt oder eine Persönlichkeit gesandt wird, welche uns aus dieser dunklen Zeit ins Licht führt. Wir müssen uns selbst in eine bessere Zeit bringen. Nun zählen unsere Taten, wir sind am Zug! Wir haben ein großes Erbe angetreten und streiten für eine Idee, welcher wir uns würdig erweisen müssen.“ (Das Sturmsignal 2003: 52)

So leitet eine rechtsextreme Gruppierung namens „völkische Jugend“ ihren Aufruf „Wille und Weg einer nationalen, revolutionären Jugend“ im Politzine „Das Sturmsignal“ ein. Der moderne Rechtsextremismus unterteilt sich in eine Vielzahl verschiedener Gruppen und Strukturen. Geeint werden diese durch das Band einer gemeinsamen Ideologie der Ungleichwertigkeit der Menschen, die generelle Akzeptanz von Gewalt als Mittel der Politik und der Wunsch nach einem autoritären, völkischen Staat, in dem Rassegesetze gelten, die Militarisierung im Inneren voranschreitet und ein positives Verhältnis zu allen Kapiteln der deutschen Geschichte gefunden wird. Die unterschiedlichen rechtsextremen Organisationen und Strukturen verfolgen vielfältige Strategien, sind verschieden aktiv und erfolgreich. Dieser Aufsatz geht dabei der Frage nach den bisherigen Erfolgen und Misserfolgen der rechtsextremen Strukturen und Organisationen nach. Er fragt dabei besonders nach Geländegewinnen. Was ist darunter zu verstehen?

Man muss kein Freund der klassischen Extremismustheorie von Backes und Jesse sein, um zu erkennen, dass es eine Interaktion zwischen Rechtsextremismus und Demokratie gibt (vgl. Backes/Jesse 1993). Demokratie und Rechtsextremismus sind natürliche Feinde und unvereinbar. Demokratie basiert auf den allgemeinen Rechten der Menschen, der Freiheit und der Gleichheit aller Menschen. Der Rechtsextremismus will genau diese Wertemuster beseitigen. Für ihn ist der Mensch nicht frei und gleich geboren sondern nur Teil eines biologischen oder kulturellen Kollektivs. Das Kollektiv allein ist von Bedeutung. Ihm habe sich der Einzelne unterzuordnen und könne auch von Natur aus gar nicht anders, als sich dem Kollektiv zu unterwerfen und seinen Part zum Gelingen des Ganzen beizutragen. Die rechtsextreme Seite spricht von einem natürlichen „Volkskörper“, in dem Menschen gleicher Abstammung sich verbinden. Die Ordnung der Gruppe ist biologisch determiniert. Die Demokratie hingegen gibt dem Individuum eigene unveräußerliche Rechte und setzt sich zu dessen Schutz ein.

Mit Geländegewinnen ist nun gemeint, dass zu prüfen ist, wie stark der Rechtsextremismus in einer jeweiligen gesellschaftlichen Situation dazu in der Lage ist, die Demokratie in einem konkreten Raum zu gefährden, sie einzugrenzen oder in ihrer Entfaltung zu stören. Kurzum: Die Fragen lauten: Wie stark ist der moderne Rechtsextremismus? Gefährdet er die Demokratie in Deutschland? Welche rechtsextremen Gruppen üben dabei wel-

chen Einfluss aus und wie ist die aktuelle Interaktion von Rechtsextremismus und Demokratie generell zu bewerten?

Um diese Fragen zu beantworten wird, nach einer obligatorischen Klärung der Kernbegriffe des Textes, nach den jeweiligen Zielen verschiedener rechtsextremer Strukturen und Gruppen gefragt, um danach zu prüfen, ob diese Ziele vollständig oder wenigstens in relevantem Umfang erreicht wurden. Darauf aufbauend findet eine Bewertung der Gefährdungen der Demokratie durch einzelne rechtsextreme Strukturen und Organisationen statt, deren Gesamteinfluss abschließend bilanzierend bewertet werden soll.

2 Definitionen

Es gibt in der deutschen Forschungslandschaft keine einheitlich verwandten Begriffe und keine allgemein akzeptierte Definition des Begriffs Rechtsextremismus (vgl. Stöss 1994; Druwe 1996; Butterwegge 1997). Vielmehr stehen sich verschiedene Ansätze zum Teil konträr und unvereinbar gegenüber. Armin Pfahl-Traughber artikuliert die daraus resultierenden Probleme deutlich:

„Die inflationäre Verwendung des Begriffs Rechtsextremismus bildet nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch in der Politikwissenschaft einen eigentümlichen Kontrast zu seiner mangelnden theoretischen Reflektiertheit. Allgemein herrscht eine Begriffskonfusion vor, die noch durch die Verwendung anderer Bezeichnungen erhöht wird.“ (Pfahl-Traughber 1993: 14)

Die verschiedenen Modelle der Extremismustheorie, der politikwissenschaftlichen oder staatlichen Beschäftigung mit dem Rechtsextremismus oder des Rechtsradikalismus in der internationalen Debatte sollen hier nicht wiederholt werden (vgl. Butterwegge 2002; Schubarth/Stöss 2000). Erfreulich ist der Versuch prominenter Politikwissenschaftler einer Konsensgruppe, sich auf einen Kernbegriff zu einigen. Er lautet:

„Der Rechtsextremismus ist ein Einstellungsmuster, dessen verbindendes Kennzeichen Ungleichwertigkeitsvorstellungen darstellen. Diese äußern sich im politischen Bereich in der Affinität zu diktatorischen Regierungsformen, chauvinistischen Einstellungen und einer Verharmlosung bzw. Rechtfertigung des Nationalsozialismus. Im sozialen Bereich sind sie gekennzeichnet durch antisemitische, fremdenfeindliche und sozialdarwinistische Einstellungen.“ (Decker/Brähler 2006: 20)

Dieses Verständnis liegt auch diesem Text zu Grunde.

Der Rechtsextremismus gliedert sich dabei in unterschiedliche Strukturen auf. Dazu gehören:

1. Rechtsextreme Parteien
2. Rechtsextreme Netzwerke

Weniger über Strukturen sondern zumeist als subkulturelle Phänomene und Ereignisse gelangen folgende rechtsextreme Facetten ins Licht der Öffentlichkeit:

3. Rechtsextrem orientierte Jugendkultur
4. Neue Rechte

Ein weiteres Bewertungskriterium ist das Ausmaß rechtsextremer Einstellungen.

Trotz einiger Versuche der klaren Zuordnung zum Rechtsextremismus gehört der Bereich der „Neuen Rechten“ nur zu einem Grenzbereich des Rechtsextremismus. Denn: Sehr wechselhaft und zum Teil erstaunlich unscharf erfolgt im wissenschaftlichen Diskurs bereits die Verwendung des Begriffs der „Neuen Rechten“. Während Stöss den Begriff zunächst rundweg ablehnt (vgl. Stöss 1995; Stöss 1997), tituliert Leggewie die Partei der „Republikaner“ als „Neue Rechte“ (vgl. Leggewie 1989). Butterwege versteht unter einer „Neuen Rechten“ die Träger einer neoliberalen Modernisierung, die das Marktprinzip inklusive sozialdarwinistischer Mechanismen als gesamtgesellschaftliches Steuerungssystem einführen möchte (vgl. Butterwege 2004).

Jaschke hingegen plädiert schon früh für eine Eingrenzung

„auf jene kleinen intellektuellen Zirkel der Nachkriegsgeneration, die bemüht sind, die Ideen der Weimarer Konservativen Revolution aufzugreifen und daraus ein metapolitisches analytisches und programmatisches Konzept für die Gegenwart zu erstellen.“ (Jaschke 1994: 43)

Gessenharter unterstützt diesen Ansatz mit dem Verweis auf die europäische Diskussion und fügt dabei die dominierende strategische Option dieser Intellektuellen hinzu (vgl. Gessenharter 1998: 33ff.) die, im Sinne Gramscis und auf den Spuren der Konservativen Revolution, (vgl. Sontheimer 2004; Assheuer/Sarkowicz 1990: 116ff.; Pfahl-Traughber 1998) auf die Erringung der kulturellen Hegemonie gerichtet sei (vgl. zu dieser Strategie z.B. Pfahl-Traughber 2004). Die deutsche Variante blickt dabei einerseits auf das französische Vorbild der „Nouvelle Droite“ mit ihrem Chefdenker Alain de Benoist¹ (vgl. Weber 2004; Kowalsky 1991) und bezieht sich andererseits auf deutsche Vorbilder, zu denen besonders Carl Schmitt (Assheuer/Sarkowicz 1990: 129ff.) sowie Ernst Jünger (vgl. Oswalt 1989; Sonderbeilage der Jungen Freiheit 1995) zu zählen sind, die schon früh ihre Verachtung der Demokratie demonstrierten.

Das Denken dieser „Neuen Rechten“ basiert dabei auf der Idee der Vorrangigkeit des Kollektivs beziehungsweise der Gemeinschaft vor dem Individuum (vgl. Gessenharter 1994). Während frühere Schriften besonders das biologistische Menschenbild der „Neuen Rechten“ betonten (vgl. Koelschitzky 1986: 65ff.), legen neuere Untersuchungen den Fokus auf den kulturalistischen Diskurs, der den biologistischen zunehmend zu ersetzen scheint (vgl. Pfeiffer 2004). Als gemeinsame Kernmomente können insgesamt gezählt werden:

1. Ethnopluralistisches Denken
2. Antiliberalismus
3. Antiamerikanismus
4. Selbstverständnis als geistige Elite
5. Ablehnung der vermeintlichen „Political Correctness“

Die „Neue Rechte“ soll angesichts ihrer Schnittstellenfunktion zwischen Rechtsextremismus und rechtem, demokratischem Konservatismus ebenfalls in die Untersuchung mit einbezogen werden, auch wenn sie nicht in Gänze zum Rechtsextremismus zu zählen ist.

Unter Demokratie wird in diesem Artikel nicht alleine der demokratische Verfassungsstaat mit seinen Gesetzen und Normen sondern auch ein Gesellschaftsprinzip verstanden.

¹ Primärquelle: Benoist 1986

Demokratie verbindet dabei die Werte der Menschenrechte, also der Freiheit und der Gleichheit der Menschen mit der Idee der Solidarität mit den Schwachen (Brüderlichkeit) mit dem Versprechen der Möglichkeit der grundlegenden Teilhabe aller Menschen (Partizipation). Eine starke Demokratie fußt dabei auf einem Dreiklang aus einem demokratischen Verfassungsstaat, einer demokratischen Kultur und aktiven Bürgergesellschaft in der Sphäre der Zivilgesellschaft und demokratischen Einstellungen bei den Bürgern generell. Die Demokratie wird geschwächt, wenn dieser Dreiklang aufgebrochen und gestört wird.

3 Geländegewinne?

Die Kategorie des „Geländegewinns“ ist wissenschaftlich noch nicht eingeführt. Hier soll darunter ein Machtgewinn der rechtsextremen Seite gegenüber der Demokratie verstanden werden. Die Macht kann dabei struktureller, ökonomischer, kultureller oder auch diskursiver Natur sein. Zu fragen ist, welche rechtsextremen Strategien konnten Erfolge vorweisen und welche nicht? Und: Wie sind die Gewinne qualitativ zu bewerten? Dazu gibt es generell zwei Perspektiven, die zu beachten sind. Zum einen ist nach den eigenen Zielen der Akteure und deren Erreichung zu fragen. Zum anderen ist zu klären, ob es – trotz möglicherweise nicht erreichter, eigener Ziele – dennoch einen objektivierbaren Machtgewinn gibt.

3.1 *Rechtsextreme Parteien*

Bei den rechtsextremen Parteien in Deutschland ist ein Bedeutungswandel erfolgt. Die einst stärksten rechtsextremen Parteien „Deutsche Volksunion“ (DVU) und „Die Republikaner“ (REP) haben massiv an Mitgliedern und Einfluss verloren und befinden sich zum Teil im inneren Wandel. Mitglieder gewinnen konnte hingegen die schon tot geglaubte „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD), die derweil in Fraktionsstärke in zwei Landtagen und zahlreichen Kommunalparlamenten sitzt.

Die Hochzeit der REPs war Ende der 1980er, Anfang der 1990er Jahre, als es den REPs gelang, in mehrere Landtage und ins Europaparlament einzuziehen. Die REPs wehrten sich schon früh dagegen, als rechtsextremistisch bezeichnet zu werden. Ihre Idee war es, sich rechts von CDU und CSU im demokratischen Spektrum zu positionieren. Sie strebten offiziell keinen generellen Systemwechsel des Staates an, versammelten nach den ersten Erfolgen jedoch viele Rechtsextremisten in ihren Reihen und sparten auch nicht mit der Propagierung völkischer, rassistischer und nationalistischer Ressentiments.

Nach dem Abgang des damaligen Vorsitzenden, Franz Schönhuber, übernahm mit Rolf Schlierer ein Jurist den Vorsitz der Partei. Er bemüht sich seitdem um ein bürgerliches Image. Viele offen bekennende Rechtsextremisten haben derweil die Partei wieder verlassen. Zuletzt gelang es der Partei auch erfolgreich gegen ihre Beobachtung durch Verfassungsschutzämter zu klagen, so dass das selbst gestellte Ziel der REPs, nicht rechtsextrem sondern eine radikal rechte Variante im demokratischen Spannungsbogen zu sein, als tendenziell erfolgreich angesehen werden kann. Nicht erreicht hat die Partei jedoch, dass sie mit dieser Positionierung auch Einfluss in den Meinungsbildungsprozessen gewinnt. Trotz weniger verbliebener kommunaler Mandate ist die Partei bei überregionalen Wahlen abgeschlagen und erfolglos. Teile ihrer früheren Strukturen sind nur noch rudimentär vorhan-

den. In der Öffentlichkeit findet die Partei nicht mehr statt. Sie ist somit weitgehend erfolglos und – abgesehen von „letzten Oasen“ in einigen kommunalen Vertretungen Süddeutschlands – bedeutungslos.

Die Bilanz der DVU ist nicht viel besser. Zwar stellt sie noch eine Fraktion im Landtag von Brandenburg, fällt dort jedoch weitgehend durch Tatenlosigkeit auf und kann daraus kein breiteres diskursives, strukturelles oder kulturelles Kapital entwickeln. Die DVU ist mit der NPD derweil ein – hochtrabend als „Deutschlandpakt“ bezeichnetes Bündnis – eingegangen, das eine Absprache zwischen den beiden rechtsextremen Parteien bei Wahlen vorsieht, um Situationen zu vermeiden, in denen man gegeneinander antreten und sich damit gegenseitig schwächen würde. Schon die Unterzeichnung dieses Paktes ist Ausdruck des Niedergangs der DVU. Lange wehrte sich der frühere DVU-Vorsitzende Frey gegen entsprechende Umarmungsversuche der NPD. Mittlerweile ist er auf sie angewiesen und hat so viele Mitglieder verloren, dass die NPD, die früher nur halb so viele Mitglieder wie die DVU hatte, mitgliederstärkste rechtsextreme Partei geworden ist. Auch die Wahlbilanz der DVU ist weitestgehend desaströs. Lediglich dank einer Bremer Sonderregelung gelang es der DVU zuletzt noch in Bremen – neben Brandenburg – einen Vertreter in einen Landtag zu schicken. Dieser verließ jedoch kurz nach der Wahl die Partei und gründete eine unabhängige Bürgerinitiative. Ob die Partei ihre eigenen Ziele erreicht hat, ist angesichts ihrer vagen Programmatik kaum zu klären. Deutlich ist der negative Trend der Mitgliederentwicklung wie der Wahlergebnisse, die die DVU zunehmend unbedeutend erscheinen lassen.

Anders verhält es sich zum Teil mit der NPD. Ihre Mitgliederzahl steigt von einem niedrigen Niveau ausgehend kontinuierlich. Sowohl in Sachsen als auch in Mecklenburg-Vorpommern gelang ihr bei Landtagswahlen der deutliche Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde. In Sachsen wurde sie sogar fast so stark wie die SPD. Gleichzeitig gelingt ihr zunehmend der Gewinn kommunaler Mandate so zuletzt in Sachsen, Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern. In den Kommunalparlamenten ist die Bilanz der NPD durchwachsen, wie ein Greifswalder Forschungsteam um Hubertus Buchstein feststellt. Einzelnen Achtungserfolgen zum Trotz (z.B. Ostvorpommern) dominieren Versuche der NPD, die Kommunalparlamente lediglich als Propagandabühne zu nutzen oder die Vertreter verhalten sich still und passiv (vgl. Beier et al. 2006).

So ist die festzuhaltende Aufwärtsentwicklung der Partei weniger auf ihre kommunalpolitischen Aktivitäten zurückzuführen. Im Hintergrund dürfte vielmehr die strategische Entscheidung des neuen Parteiführers Voigt stehen, die Partei auch gegenüber freien Kameradschaften, radikalen Rechtsextremisten und subkulturellen Netzwerken zu öffnen und führende Vertreter dieses Spektrums auch in den Vorstand der Partei zu integrieren. Hinzu kam eine politische Schwerpunktsetzung auf Ostdeutschland und eine zunehmende inhaltliche Profilierung in Richtung eines nationalen Sozialismus als Alternative zu Kapitalismus und Vorstellungen eines internationalen Sozialismus.

In Mecklenburg-Vorpommern ist die NPD neben der Sächsischen Schweiz besonders erfolgreich. Dort ist sie eine weitestgehend von den freien Kameradschaften und ihren Netzwerken bestimmte und besetzte Partei. Diese Verbindung schafft in einigen Regionen des Landes eine erstaunliche kommunale Verankerung der Partei, die teilweise soweit führt, dass es den Rechtsextremisten gelingt, kommunale Diskurse zu dominieren und Teile der Zivilgesellschaft so zu prägen, dass Rechtsextremisten vor Ort als meinungsführend bezeichnet werden müssen. Bei den Landtagswahlen 2006 war deshalb erstmals zu beo-

bachten, dass in fünf Gemeinden die relative Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf die NPD entfiel. In diesen Kommunen baut die NPD derzeitig mögliche Bürgermeisterkandidaten auf, um einen nächsten Schritt auf dem Wege ihrer kommunalen Verankerung zu nehmen. Dieser Verbund aus Kameradschaften und Partei arbeitet dort an der Etablierung eines rechtsextremen Modellprojektes, dessen Ausdruck derzeitig der gezielte Aufbau (verbotsfester) rechtsextremer Infrastrukturen ist. Beispielhaft lässt sich das an der Kreisstadt Ostvorpommerns in Anklam dokumentieren. Neben einem Ladengeschäft für rechtsextreme Musik, Publikationen und Modeartikel existiert in der Nachbargemeinde noch ein Veranstaltungsort für Musikveranstaltungen, Schulungen und Freizeitaktivitäten. Im Aufbau befindet sich zusätzlich das Projekt einer „nationalen Bibliothek“ im Herzen der Stadt, die alltäglicher Anlaufpunkt und Veranstaltungsort zugleich sein soll. Teile der örtlichen Zivilgesellschaft wehren sich gegen das Projekt zwar mit einem öffentlichen Aufruf, der jedoch von Teilen des Stadtparlaments nicht öffentlich weiter getragen wurde.² Ein großer Teil der Bevölkerung verhält sich jedoch passiv, während die rechtsextremen Strukturen an ihrer Professionalisierung arbeiten. Dort droht ein massiver Geländeverlust der Demokratie.³

Im Gegensatz zu den REPs gibt sich die NPD dabei eindeutig systemfeindlich. Ihr Ziel ist die Überwindung des demokratischen Verfassungsstaates. Die kommunale Verankerung ist dabei eine geistig-kulturelle Graswurzelarbeit die, im NPD-Jargon, dazu dient den „Kampf um die Köpfe“ zu gewinnen. Wenn die rechtsextreme Ideologie erst einmal verbreitet sei, könne sich der demokratische Staat auf Dauer nicht halten und der Weg für die nationalsozialistische Revolution sei frei, so der Gedanke der die NPD tragenden Strukturen. Ihre kommunale Arbeit der Sozial-, Kultur- und Jugendarbeit ist deshalb nicht idealistisch und selbstlos sondern politisch zielgerichtet. So bietet sie besonders im ländlichen, strukturschwachen Raum niedrigschwellige Angebote der Jugendarbeit (Fußball, Angeln, Feste, Geländespiele, Faschingsfeiern) an und bemüht sich um Kommunikation mit Jugendlichen in Regionen, in denen die öffentliche Jugendarbeit brach liegt.⁴

Gleichzeitig kämpft die NPD jedoch mit gewaltigen inneren Problemen. Die sächsische Landtagsfraktion schrumpfte, nachdem unter anderem ein Mitglied kinderpornographisches Material gesammelt hatte. Der langjährige Schatzmeister der Bundespartei musste mittlerweile zugeben, Gelder veruntreut zu haben und wurde zu einer Haftstrafe von zwei Jahren und acht Monaten verurteilt. Der thüringische Landesverband hat Quittungen gefälscht und Steuern hinterzogen. Diese Bilanz erschwert das von der NPD gewünschte Bild einer Partei, die mit dem Eigentum des Gemeinwesens gut umzugehen wisse und sich selber als „Antikorruptionspartei“ feiert. Vielerorts fehlen geeignete Kandidaten für Wahlen.⁵ Einige gewählte NPD-Kommunalpolitiker fallen nur durch Faulheit und Unfähigkeit auf.

Dennoch fällt bei der NPD die Bilanz weniger eindeutig aus, als bei den anderen Parteien im rechtsextremen Spektrum der Bundesrepublik. Finanziell ist die Perspektive der NPD trotz der Fraktionen und Wahlkampfkostenrückerstattungen angesichts der Finanzaffären katastrophal. Auch erlebt die Partei heftige innerparteiliche Streitereien besonders zwischen Vertretern des gemäßigten, nationaldemokratischen Flügels und des radikalen,

2 vgl. <http://www.anklam.de> (zuletzt abgerufen am 3.7.2008)

3 vgl. zur Situation in Vorpommern auch Borstel 2007

4 Beispielhaft lässt sich das am „Heimatbund Pommern“ illustrieren: Vgl. die Rubrik „Berichte“ auf der Seite: <http://heimatbund-pommern.info/> (zuletzt abgerufen am 6.8.2008). Ähnliche Erfahrungen liegen aus allen ost-deutschen Bundesländern vor.

5 So zuletzt z.B. in Brandenburg.

sich offen nationalsozialistisch gebärdenden und revolutionären Flügels, die selbst eine Spaltung der Partei möglich erscheinen lassen.

Im Gegensatz hierzu stehen die Erfolge der Verankerung der NPD in zahlreichen Regionen Ostdeutschlands, die selbst NPD-Bürgermeister möglich erscheinen lassen. Relative Mehrheiten für eine rechtsextreme Partei sind selbst auf kommunaler Ebene in der jüngeren Geschichte der Bundesrepublik ein Novum und stellen nicht nur kommunal einen großen Geländegewinn gegenüber den demokratischen Parteien da. Diese Kommunen sind sowohl in Sachsen als auch in Mecklenburg-Vorpommern die Basis für Wahlerfolge der NPD auf Landesebene. Experten wie Bernd Wagner gehen mittlerweile davon aus, dass es der NPD gelingt, ein kontinuierliches Wählerpotential zu entwickeln, das auch zukünftig den Einzug der Partei in Landtage sichern wird. Ein solcher Erfolg würde die Verankerung der Partei noch weiter vorantreiben, stünden ihr dann doch auch Gelder für kommunalpolitische Vereinigungen oder mittelfristig auch eine parteinahe Stiftung zu. Die Schaffung dieses Geländegewinns ist nur zu erklären über die Darstellung der strukturellen Basis des modernen Rechtsextremismus.

3.2 *Rechtsextreme Netzwerke*

Die Organisationsform der Kameradschaften bildet eine strukturelle Grundform des modernen Rechtsextremismus vor allem, aber nicht mehr nur in Ostdeutschland. Nach Wagner handelt es sich dabei um

„national-sozialistische Gruppierungen, die nur selten personell offen und direkt politisch in Erscheinung treten. Sie existieren in einem Zwielicht, das sie für die Ausbreitung ihres Einflusses nutzen. Bei gleichzeitiger Verdeckung ihrer tatsächlichen Handlungsbereitschaft und -fähigkeit demonstrieren sie Macht, die in mancher Kommune im demokratischen Raum lärmend wirkt, zumal immer reale Gewalt (oder wenigstens doch ihre Androhung) im Spiel ist.“ (Wagner 2000: 163-164)

Ihre personelle Stärke schwankt zumeist zwischen zehn und dreißig Personen. In einzelnen Orten lassen sich Vorläufer der Kameradschaften bis in die Mitte der 80er Jahre zurückverfolgen (vgl. Wagner 1995: 37-110).

Die rechtsextreme Szene beschreibt diese Kameradschaften selbst etwas verklärend wie folgt:

„Eine Kameradschaft will mehr. Sie zielt auf den Lebensinhalt. Sie ergreift den ganzen Menschen. Es geht nicht alleine um die Erreichung von Nahzielen, sondern um die sinnvolle Führung eines ganzen Lebens. Der nationale Mensch ist im Denken und Fühlen, im Handeln und Verhalten durchdrungen von seinem Glauben, erfüllt von der Hingabe an eine Idee. Von ihm wird ganzer Einsatz gefordert, und er selbst will diesen leisten; nach besten Kräften. Denn er brennt selbst darauf in dieser Gemeinschaft soviel zu schaffen, soviel beizutragen wie irgend möglich ist. Er lässt sich nicht zu einem Kameradschaftsabend schleifen, sondern empfindet es als Verlust, wenn er einmal an einem Treffen nicht teilnehmen konnte. Er hat inneren Anteil an allem, was zur Verwirklichung seiner nationalen Interessen dient. Er weiß, dass die Kameradschaft als ganzes nur soviel leisten kann, wie jeder einzelne dazu beiträgt, sowohl finanziell als auch durch eigene Leistung, wie durch vorbildliches Leben, durch das noch nicht der Kameradschaft angehörige Menschen angezogen werden.“ (Schrift der Artgemeinschaft GGG, o. Dat.)

Bemerkenswert ist neben dem zelebrierten Pathos der angesprochene Idealismus, der jedoch in der Praxis häufig so nicht wieder zu finden ist. Aussteiger berichten wiederholt von den Differenzen zwischen Theorie und tatsächlicher Praxis, der sie zum Ausstieg motiviert habe. Gemeint ist damit der Gegensatz zwischen dem Selbstbild als „Herrenmensch“ und dem konkreten Verhalten besonders von Führungspersonen der Szene, das den versprochenen Idealen widerspreche.

Zu ihren Zielen zählen die Kameradschaften nach dem Vorbild der französischen „Neuen Rechten“ und unter ausdrücklichem Bezug auf Gramsci die Schaffung einer kulturellen Hegemonie, die die Basis für folgende politische Macht darstellen soll. Zu den Mitteln zählen unter anderem:

1. Das Konzept der „nationalen Jugendarbeit“: es richtet sich gezielt an die Altersgruppe ab 12 Jahren und soll junge Menschen mittels alltäglicher Freizeitangebote (Fußball, Camping) an die Szene heranführen
2. Kulturelle Animation. Mittels kultureller Ereignisse sollen Begegnungsmöglichkeiten geschaffen werden, die gleichzeitig der Wertevermittlung dienen. Besonders gilt dieses für rechtsextreme Musikveranstaltungen.
3. Publikationswesen: Zunehmend werden „nationale“ Pressedienste aufgebaut, die das bisherige rechtsextreme Publikationsnetzwerk erneuern, da sie ihre Produkte kommunal ausrichten, lokale Themen aufgreifen und zum Teil breit und kostenlos verbreiten. Höhepunkte sind so genannte öffentliche „Pressefeste“, in denen diese Produktlinien einer breiteren Öffentlichkeit vorgestellt werden sollen.
4. Nationale Schülergruppen: Eine Neuheit ist der Aufbau gezielter rechts-extrem orientierter Jugendgruppen, deren Aktionsfeld die eigene Schule sein soll.
5. Kinderangebote: Noch in der Phase der Erprobung steckt das Projekt der „nationalen Kinderfeste“. Mit kostenlosen Spielangeboten und preiswerter Verpflegung für Groß und Klein (Bratwurst und Cola) sollen Kinder und Eltern gleichermaßen angesprochen werden. Passend dazu werden erste ideologisch aufgeladene Kinderbücher vertrieben.

Besondere Beachtung verdienen dabei verschiedene politische Ritualisierungen. Theoretisch beziehen sich diese auf die Schaffung gemeinsamer Werte durch den Bezug auf eine als positiv definierte Nationalgeschichte und gemeinsame Bräuche und Kulturerlebnisse. Ein Beispiel aus der rechtsextremen Jugendzeitschrift „Das Sturmsignal“ unter der Überschrift „Wille und Weg einer nationalen revolutionären Jugend“ von 2003:

„Wir wollen unsere artgemäßen Bräuche nicht der heuchelnden Kirche oder dem System überlassen. Wir singen unsere alten Volkslieder, wir tanzen unsere fast vergessenen Volkstänze, wir feiern Frühlingsfeste, Tag- und Nachtgleichen, Sommer- und Wintersonnenwenden, Erntedankfeste, Heldengedenken, Julfeste und leben so unsere Bräuche. Sie dürfen nicht versiegen, die weisen Quellen des Volks- und Kulturgutes unserer Ahnen! Mit diesem Auferstehen von alten Bräuchen und Riten folgen wir der Stimme unserer Urväter und einem ungeschriebenen Gesetz, welches in unserer Blutlinie verankert ist. Besseres kann kein Volk vererben, als der eigenen Väter Brauch. Wenn des Volkes Bräuche sterben, stirbt des Volkes Seele auch. (Das Sturmsignal 1/2003: 52)

Es ist wichtig, diese Bräuche und Ritualisierungen besonders in Form der genannten Feste nicht als Kontrapunkt sondern als Synthese zu Saufgelagen oder rechtsextremen Skinheadkonzerten zu sehen. Beides ergänzt sich und schließt sich nicht aus.

Die Praxis der Kameradschaften und ihre strategisch, strukturelle Anlage des informellen Netzwerkes, der kommunalen Orientierung und Kleinteiligkeit lässt sich zurückführen auf Erfahrungen rechtsextremer Kleinstgruppen in der DDR. Der repressive Staat ließ keinen Freiraum für größere Organisationen, sondern der strategische Ansatz war eine Option, sich der Repression zu entziehen. Die Idee der Kameradschaft formulierte jedoch erst später Christian Worch aus Hamburg. Seine Idee war der Wiederaufbau der NSDAP. Da auch der westdeutsche Staat eine Neugründung der Partei nicht gestattet, zielte er auf die Schaffung von Zellen, die miteinander verbunden perspektivisch ein Ganzes und damit die Partei ergeben sollten. In Ostdeutschland fand diese Idee geringeren Anklang. Weniger die Gründung einer Partei war das mittelfristige Ziel sondern die Schaffung einer revolutionären Situation zur Überwindung des demokratischen Systems zugunsten eines nationalsozialistischen Staates, in dem auch die NSDAP keine größere Funktion mehr erfüllen müsste.

Diese rechtsextremen Netzwerke breiteten sich besonders nach den Verboten mehrerer rechtsextremer Gruppierungen Mitte der neunziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts massiv aus. Sie stellen in Ostdeutschland die strukturelle Basis des modernen Rechtsextremismus und sind in unterschiedlicher Qualität und Quantität nahezu flächendeckend verbreitet. Auch in Westdeutschland lösen diese informellen Netzwerke mit hoher Kommunikationsqualität zunehmend den alten auf Parteien und Vereinen aufbauenden Rechtsextremismus ab. Damit verbunden ist die Verwendung neuer Kommunikationsmittel, die eine hohe Kommunikationsdichte und gleichzeitig eine niedrig-schwellige Kommunikationsaufnahme ermöglichen. In diesem Zusammenhang ist insbesondere auf das Internet mit seinen zahlreichen rechtsextremen Homepages, Chats und Blogs zu verweisen (vgl. Beiträge von Thomas Pfeiffer und Patrick Gensing in diesem Band).

Zu den Modernisierungen des Rechtsextremismus zählen auch die neuen Gruppen der selbst ernannten „Autonomen Nationalisten“ (AN), die sich ästhetisch und strategisch an der extremen Linken der Autonomen Szene orientieren. Ihre Teilnehmer stammen zumeist aus dem Milieu der Kameradschaften, enttäuschten NPD-Mitgliedern und den radikalen Teilen der rechtsextrem orientierten Jugendkultur. Ihrem Selbstverständnis nach sind die AN offen revolutionär, gewalt- und tatbereit. Für sie ist der Zeitpunkt gekommen, mit allen Mitteln für die nationalsozialistische Revolution zu kämpfen. Besonders durch Überschneidungen auch zu kriminellen Milieus der Rocker (z. B. in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern) oder vereinzelt auch zur organisierten Kriminalität (z. B. in Baden Württemberg) mischen sich dort eine hohe Gewaltbereitschaft mit einer Tendenz der Waffenausrüstung, die zahlreichen Beobachtern besonders im Kontext der Polizei große Sorgen bereitet, da ihre Überwachung angesichts des informellen Zellencharakters der AN erschwert wird.

Zusammen mit den Angeboten der nationalen Jugendarbeit schafft dieser Modernisierungsschritt in Richtung gut organisierter, aber informeller Strukturen unmittelbare Verbindungen zur rechtsextrem orientierten Jugendkultur. Die Wirkungspotentiale dieser Netzwerke sind in ihrer Qualität nur vor dem Hintergrund ihrer augenscheinlich großen Attraktivität auf Jugendliche zu bewerten.

3.3 *Rechtsextrem orientierte Jugendkultur*

Viele rechtsextreme Netzwerke speisen ihren Nachwuchs aus der rechtsextrem orientierten Jugendkultur. Die Ansprache an Jugendliche erfolgt dabei zumeist mit Beginn der Pubertät. Kameradschaften laden zu Feiern, Veranstaltungen oder bieten – besonders im ländlichen Raum – kleinteilige Formen der Anerkennung und Aktivität. Dabei kann es sich auch um trivialste Gesten, wie ein paar spendierte Zigaretten oder einen Kasten Bier handeln, durch die sich die Kameradschaften mit Jugendlichen in Kontakt bringen.

Die rechtsextrem orientierte Jugendkultur selbst befindet sich im Wandel. Das klassische Skinhead-Milieu, früher oft mit der rechtsextremen Jugendkultur verwechselt, ist kleiner geworden und in sich stark differenziert. Rechtsextreme Skinheads gibt es weiterhin. Ihre Zahl nimmt aber ab.

An ihre Stelle trat Mitte der 1990er Jahre eine neue rechtsextrem orientierte Jugendkultur mit eigener Ästhetik, Symbolen und Wertvorstellungen. Wie alle Jugendkulturen befindet sich auch diese im Wandel und ständiger Weiterentwicklung. Teile dieser Jugendkultur sind in einigen Regionen in den Mainstream der Jugendlichen eingeflochten. Andernorts existieren Träger dieser Jugendkultur noch als in sich abgeschlossene Formation. Teilweise lassen sich auch Transformationen in andere Jugendkulturen wie Hip Hop, Techno und sogar Punk nachweisen.

Mit diesen Wandlungen verbunden ist an vielen Orten die Auflösung der seit Ende der 1990er Jahre bekannten „Dominanzen“ offensichtlich rechtsextrem orientierter Jugendlicher an bestimmten Stellen im öffentlichen Raum. Mit der Veränderung der jugendkulturellen Erscheinung geht bei einigen Beobachtern die Vermutung einher, auch das Problem Rechtsextremismus sei damit verschwunden. Einer näheren Betrachtung hält diese These jedoch nicht stand. Vielerorts hat sich lediglich der ästhetische Ausdruck differenziert, ohne dass die rechtsextremen Ideologiefragmente in Frage gestellt wurden (vgl. Borstel 2008). Verändert hat sich lediglich die Aufmerksamkeit auf das Thema. Die Sensibilität ist teilweise rückgängig und die Gewöhnung an rechtsextreme Erscheinungen fortgeschritten.

Was folgt daraus im Sinne der Analyse von Geländegewinnen? Die Neustrukturierung des Rechtsextremismus schreitet in Ost und West voran. Es findet eine Modernisierung der rechtsextremen Strukturen statt. Trotz der Teilgewinne der NPD ist das eigentliche Erfolgsrezept der rechtsextremen Strukturen deren Umbau zu informellen Netzwerken mit kommunaler Präsenz in Wort und Tat, Angeboten der Jugendarbeit, dem Einsatz moderner Kommunikationstechniken und einer beständigen Bindung zu Jugendlichen. Dadurch entwickelt sich der Rechtsextremismus in seiner Struktur zur Bewegung, auch wenn er noch nicht alle Kriterien einer sozialen Bewegung erfüllt. Die Geländegewinne sind kommunal unterschiedlich. Besonders in peripheren, ländlichen Regionen Ostdeutschlands beobachten wir ein augenfälliges Fortschreiten der Bewegung, die die demokratische Kultur merklich belastet und zu einem Klima der Angst oder zu Formen der Öffnung gegenüber der rechtsextremen Seite und deren Integration in kleine Gemeinwesen führt. Damit verbunden ist ein Dammbbruch. In Teilen zum Beispiel Vorpommerns lassen sich temporär keine klaren Abgrenzungen zwischen Rechtsextremismus und Demokratie mehr ausmachen. Rechtsextreme Strukturen und ihre Ideologien werden dort bereits als „normale“ Bestandteile der politischen Kultur empfunden. Was aber als normal erscheint, kann nur noch schwer in Frage gestellt werden. Heitmeyer fasst das Phänomen prägnant zusammen, wenn er schreibt:

„Das zentrale Problem: Alles, was als normal gilt, kann man nicht mehr problematisieren. Es legt sich ein Normalitätspanzer um solche Entwicklungen. Die Folge: es entsteht eine öffentliche wie private Schweigespirale, in politischen Veranstaltungen, in Schulen wie in Familien.“ (Heitmeyer 2008b: 8)

In diesen Kommunen droht eine beständige, unkritische und nachhaltige Integration des Rechtsextremismus ins Gemeinwesen und damit eine gesellschaftliche Situation vor Ort, in denen Grundrechte zum Beispiel für Minderheiten faktisch und alltagspraktisch außer Kraft gesetzt sind und nur durch den massiven Einsatz staatlicher Repressionsorgane zurück gewonnen werden können.

3.4 *Neue Rechte*

Gänzlich anders verhält es sich mit der „Neuen Rechten“. Die hochtrabenden Träume ihrer Vordenker sind im pragmatischen Realismus zusammengeschmolzen. Als Alternative zur so genannten „Neuen Linken“ oder gar zur geistigen Antwort auf die Frankfurter Schule hat es nicht gereicht.⁶ Dennoch sind auch hier über einen längeren Zeitraum betrachtet Geländegewinne erkennbar. Das Zentralorgan der „Neuen Rechten“, die „Junge Freiheit“ hat sich auf dem Zeitungsmarkt etabliert und hält weitgehend eine stabile Auflage genauso wie einen festen Kreis von Autoren, gewinnt immer wieder prominente Interviewpartner und schafft es auch temporär, im öffentlichen Diskurs jenseits der „Neuen Rechten“ wahrgenommen zu werden (vgl. Braun/Vogt 2007). Gegen Angriffe und Titulierungen, die Zeitung sei rechtsextrem, wehrt sich die „Junge Freiheit“ genauso offensiv wie aggressiv.

Die „Junge Freiheit“ ist dabei im Verbund zu sehen mit Netzwerken von – zumeist nicht parteigebundenen – Intellektuellen und Organisationen wie dem „Institut für Staatspolitik“ (IfS). Das IfS sammelt neurechte Denker, publiziert kleine Schriften und organisiert regelmäßig größere Tagungen. Wurden diese Tagungen früher eher an randständigen Orten veranstaltet, drängt es das IfS heute in die repräsentativen Zentren. Zuletzt fand zum Beispiel eine Tagung des IfS in der Berliner „Urania“ statt. Die „Urania“ hat einen sehr guten Ruf als Veranstaltungsort, in dem auch Nobelpreisträger und internationale Forscher ihre Thesen und Arbeiten einer breiteren Öffentlichkeit präsentieren. Hier durfte nun Alain de Benoist, ein führender Vertreter der französischen „Neuen Rechten“, Thesen zum „Widerstand“ formulieren.

Der tatsächliche Einfluss der „Neuen Rechten“ lässt sich nicht exakt bestimmen. Deutlich ist, dass über Publikationen und Organisationen ein Milieu neurechter Intellektueller entstanden ist. Keinem dieser Personen ist es bisher aber gelungen, sich einen über diesen verhältnismäßig kleinen Kreis hinausreichenden Ruf zu erarbeiten. Ihre Debatten finden nur indirekt und wissenschaftlich nicht exakt fassbar Anschluss an bestehende Diskurse des gesellschaftlichen Mainstreams. So muss das Urteil differenziert ausfallen. Die Entstehung und Etablierung des neurechten Milieus ist ein Geländegewinn, der jedoch nicht unbedingt zuungunsten der Demokratie an sich erfolgt sein muss. Für eine solche Beurteilung ist es noch zu früh und die Szenerie zu ausdifferenziert. Noch besteht die Option, dass sich dominante Teile der „Neuen Rechten“ zu einer Denkschule der demokratischen Rechten entwi-

6 So zum Beispiel in der Formulierung der „Dresdner Schule“ als Gegenmodell zur kritischen Theorie der „Frankfurter Schule“ (vgl. <http://www.npd.de>).

ckeln könnten. Dazu bräuchte es jedoch klarere Grenzziehungen der „Neuen Rechten“ zu offen rechtsextremen Positionen und Personen, die bisher nicht erfolgt sind, weshalb eine abschließende Bewertung der „Neuen Rechten“ noch nicht erfolgen kann.

3.5 *Rechtsextreme Einstellungen*

Jenseits der Strukturen des Rechtsextremismus ist auch nach dem gesellschaftlichen Potential des Rechtsextremismus zu fragen. Ein Indikator dafür sind rechtsextreme Einstellungen in der Bevölkerung. Bekannt ist, dass nur ein kleiner Bruchteil derjenigen, die rechtsextreme Einstellungen teilen, sich auch rechtsextrem organisiert. Selbst im Wahllokal gibt nur eine Minderheit der rechtsextrem orientierten Personen rechtsextremen Wahlangeboten den Vorzug. Die meisten Menschen mit rechtsextremem Weltbild wählen an ihrer Stelle die Volksparteien SPD und CDU/CSU. (Vgl. Stöss 2005: 96)

In den deutschen Sozialwissenschaften gibt es seit 1980 eine Vielzahl repräsentativer Untersuchungen zu rechtsextremen Einstellungen und dennoch keine Kontinuität der Forschung. Zu groß sind die Unterschiede im Untersuchungsdesign und zu unterschiedlich die Definitionen als dass eine seriöse Vergleichbarkeit der Untersuchungen möglich wäre. Es ist deshalb zu begrüßen, dass es zuletzt Bemühungen in der Politikwissenschaft gab, Definitionen zu vereinheitlichen und darüber zu einer Vergleichbarkeit von Forschungsarbeiten zu gelangen. Ausdruck dieser Bestrebungen ist die Untersuchung von Decker und Brähler von 2006 zu rechtsextremen Einstellungen in Deutschland. Die Ergebnisse dieser Studie:

1. In bestimmten historischen Situationen halten 10,4 Prozent der Ost-deutschen und 8,7 Prozent der Westdeutschen eine Diktatur für die bessere Staatsform.
2. Ein Führer zum Wohle aller wünschen sich in Ostdeutschland 17,5 Prozent und in Westdeutschland 14,6 Prozent der Befragten.
3. Der These „Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen“ bejahen in Ostdeutschland 43,8 Prozent. In Westdeutschland sind dies nur 35,2 Prozent.
4. Den Einfluss von Juden halten 9,2 Prozent der Ostdeutschen für zu groß. In Westdeutschland liegt die Zahl mit 20,1 Prozent erheblich höher.
5. Die These, es gebe wertetes und unwertes Leben, stützen 11,4 Prozent der Ostdeutschen und 9,8 Prozent der Westdeutschen.
6. Gute Seiten im Nationalsozialismus erkennen 8,7 Prozent der Ostdeutschen und 11,6 Prozent der Westdeutschen.
7. Personen mit einem geschlossen rechtsextremen Weltbild wählen zu 30,3 Prozent CDU / CSU; 24,8 Prozent SPD; 0 Prozent FDP; 1,8 Prozent Bündnis 90/Die Grünen; 0,9 Prozent PDS/LINKE; 14,7 Prozent NPD/DVU/Republikaner; 27,5 Prozent gar nicht.

Alle Items in ideologische Kategorien zusammengefasst, kommen die Autoren zu folgenden Werten (in Prozent):

	Gesamt	West	Ost
Befürwortung Diktatur	4,8	4,4	6,5
Chauvinismus	19,3	20,1	16,1
Ausländerfeindlichkeit	26,7	25,7	30,6
Antisemitismus	8,4	9,5	4,2
Sozialdarwinismus	4,5	4,0	6,2
Verharmlosung Nationalsozialismus	4,1	4,6	2,0

Während die Einstellungen der Befragten in den Punkten Befürwortung einer Diktatur, Sozialdarwinismus und Verharmlosung des Nationalsozialismus insgesamt zwischen vier und fünf Prozent liegt, wird Aussagen (Items), die antisemitische Einstellungen messen sollen, schon von 8,4 Prozent der Befragten zugestimmt. Deutlich höher liegen die Werte für Chauvinismus mit 19,3 Prozent und als Spitzenreiter die Ausländerfeindlichkeit mit 26,7 Prozent der Befragten. Im Ost-/ West-Vergleich fallen die verhältnismäßig geringen Unterschiede auf. Lediglich bei der Ausländerfeindlichkeit gibt es eine Differenz von 4,9 Prozent. Ostdeutsche sind damit signifikant ausländerfeindlicher eingestellt als Westdeutsche. Beim Chauvinismus trennen Ost und West vier Prozent und beim Antisemitismus 4,7 Prozent. Hier dominieren jeweils die Westdeutschen.

Diese Ergebnisse stellen nur eine Momentaufnahme dar. Anders verhält es sich mit den Ergebnissen des Projekts „Deutsche Zustände“ unter Leitung von Wilhelm Heitmeyer (vgl. Heitmeyer 2008a). Er spricht nicht mehr von Rechtsextremismus sondern von dem Syndrom der „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ (GMF). Dieses Syndrom enthält zahlreiche Einstellungsmuster wie Rassismus, Sexismus, Antisemitismus u.a., deren gemeinsame Verbindung die grundsätzliche Abwertung, nicht nur von Individuen, sondern von Menschengruppen sei. Die Untersuchung sieht über einen Verlauf von zehn Jahren eine repräsentative Umfrage zu den Einstellungsmomenten des GMF vor. Nach sechs Jahren Forschung lässt sich bereits eine hohe Kontinuität des GMF-Syndroms nachweisen, wobei einzelne Teilbereiche des Gesamtphänomens durchaus Schwankungen unterliegen. Dies lässt die Vermutung zu, dass wir es mit einem im Kern beständigen Milieu zu tun haben könnten, dessen Einstellungen mit rechtsextremen Weltbildern zumindest in Teilen kompatibel sind. Konkret erheben die Forscher folgende Zahlen (vgl. Heitmeyer/Mansel 2008).

Eher oder voll und ganz zustimmend äußern sich zu

1. Rassistischen Thesen zwischen 12,6 Prozent und 18,5 Prozent der Befragten
2. Fremdenfeindlichen Thesen zwischen 29,7 Prozent und 54,7 Prozent der Befragten
3. Antisemitischen Thesen zwischen 15,3 Prozent und 17,3 Prozent der Befragten
4. Abwertenden Thesen gegenüber Obdachlosen zwischen 30,9 Prozent und 38,8 Prozent der Befragten
5. Abwertenden Thesen gegenüber Behinderten zwischen 7,7 Prozent und 12,7 Prozent der Befragten

6. Abwertenden Thesen gegenüber Langzeitarbeitslosen zwischen 49,3 Prozent und 61,4 Prozent der Befragten

Die Ideologiemomente der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit sind mit rechtsextremen Ideologien nicht identisch, aber doch deren Grundlage, so dass festzuhalten ist, dass das Potential möglicherweise zu gewinnenden, da ideologisch zugeneigten Menschen erheblich größer ist, als es die Schwäche der rechtsextremen Strukturen bisher vermuten ließ.

4 Versuch einer Zwischenbilanz – Geländegewinne?

Der Rechtsextremismus befindet sich erkennbar in einer Phase der Modernisierung. Seine Strukturen und Strategien verändern sich in Richtung einer sozialen Bewegung, ohne dass schon alle Kriterien einer solchen erfüllt wären. Bedenklich ist die unmittelbare Verbindung zu Teilen der rechtsextrem orientierten Jugendkultur. Hier verbirgt sich ein Potential und Reservoir an Nachwuchskräften, das bisher noch nicht ausgeschöpft wurde.

Mit der Modernisierung verbunden ist der Niedergang klassischer Rechtsaußenstrukturen. Besonders betroffen sind die Parteien DVU und „Republikaner“. Weder der Erhalt von inhaltlich strategischer Kontinuität wie bei der DVU noch die Zuwendung zur demokratischen Rechten bei den REPs konnte deren Niedergang stoppen.

Die NPD hingegen ist eng verbunden mit den Bewegungsmomenten des Rechtsextremismus und konnte sich auf ihnen aufbauend reaktivieren. Sie ist aber auch von der Kooperation mit den freien Netzwerken abhängig, in einigen Bundesländern wie Mecklenburg-Vorpommern quasi von ihnen besetzt. Ihre Zukunft hängt davon ab, ob sich die Modernisierung des Rechtsextremismus fortsetzt oder nicht.

Einen erkennbaren Geländegewinn verzeichnet der moderne Rechtsextremismus in territorial begrenzten, zumeist ländlichen und eher peripheren Regionen. Mit Vorpommern und der Sächsischen Schweiz können zwei Regionen als Modellprojekte des modernen Rechtsextremismus bezeichnet werden. Hier gelingt die Umsetzung ihrer Strategie: Sie integrieren sich ins Gemeinwesen, finden Anerkennung und damit den schützenden Status der Normalität, der Widerspruch und demokratische Gegenstrategie erschwert. In diesen Regionen ist die demokratische Kultur massiv bedroht, auch wenn die formellen Strukturen des demokratischen Verfassungsstaates davon (noch) unberührt bleiben.

In anderen Regionen – besonders – Großstädten finden wir eher eine gegenteilige Tendenz: der moderne Rechtsextremismus wird bedrängt und schafft keine Integration sondern verbleibt in einem gesellschaftlichen Nischenplatz.

Die Bilanz ist somit uneinheitlich und kann vielleicht in den folgenden, bewusst zuge-spitzten Thesen zusammengefasst werden:

1. Wir erleben eine Modernisierung rechtsextremer Strukturen. Dabei lernt der westdeutsche Rechtsextremismus vom ostdeutschen Erfolgsmodell.
2. Wir identifizieren Regionen, in denen der Rechtsextremismus zu einer realen Gefahr für die demokratische Kultur geworden ist.
3. Die Modernisierung verdrängt bestehende rechtsextreme Strukturen, wie wir sie bisher kannten.

4. Die Bemühungen der Intellektualisierung des Rechtsextremismus weisen nur bescheidene Erfolge vor.
5. Erfolgreich ist der Rechtsextremismus dort, wo er sich aktiv, pragmatisch und (um Jugendliche) fürsorglich gibt.
6. Den rechtsextremen Strukturen ist es nicht einmal ansatzweise gelungen, das ihr ideologisch im weitesten Sinne zugeneigte Potential in der Bevölkerung zu aktivieren.
7. Mit der Ausbildung der Autonomen Nationalisten ist eine deutliche Erhöhung des rechtsextremen Gewaltpotentials zu befürchten, deren rechtsstaatliche Beherrschung nicht gesichert erscheint.

Für die Demokratie heißt das im Umkehrschluss: Rechtsextreme Teilerfolge, die die Demokratie merklich schwächen, sind erkennbar. In eng eingrenzbareren Regionen ist die demokratische politische Kultur auf dem Rückzug, ohne dass erkennbare Aktivitäten gestartet würden, diesem Trend entgegenzusteuern. Ein gesellschaftlicher, unumkehrbarer Durchbruch der extremen Rechten ist aber bisher nicht zu verzeichnen. Viel wird davon abhängen, ob die demokratischen Strukturen sich ebenfalls als lernfähig erweisen und in neuen gesellschaftlichen Situationen Attraktivität und Vertrauensfähigkeit entwickeln.

Literatur

- Assheuer, Thomas/Sarkowicz, Hans (1990): Rechtsradikale in Deutschland. Die alte und die neue Rechte. München.
- Backes, Uwe/Eckhard, Jesse (1993): Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn.
- Beier, Katharina/Bogitzky, Jenny/Buchstein, Hubertus et al. (2006): Die NPD in den kommunalen Parlamenten Mecklenburg-Vorpommerns. Greifswald.
- Benoist, Alain de (1986): Demokratie: Das Problem. Tübingen/Zürich/Paris.
- Borstel, Dierk (2007): Heimat und Zukunft in Ueckermünde. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): Deutsche Zustände. Band 5. Frankfurt. 197-206.
- Borstel, Dierk (2008): „Politische Mimikry“. Zur Funktion ästhetischer und kultureller Strategien der rechtsextremen Szene. In: Becker, Andreas et al. (Hg.): Mimikry. Gefährlicher Luxus zwischen Natur und Kultur. Schliengen. 147-155.
- Braun, Stephan/Vogt, Ute (Hg.) (2007): Die Wochenzeitung „Junge Freiheit“. Wiesbaden.
- Butterwegge, Christoph (1997): Entwicklung, gegenwärtiger Stand und Perspektiven der Rechtsextremismusforschung. In: Butterwegge, Christoph et al. (Hg.): Rechtsextremismus in Parlamenten. Forschungsstand. Fallstudien. Gegenstrategien. Opladen. 9-53.
- Butterwegge, Christoph (2002): Rechtsextremismus. Freiburg/Basel/Wien.
- Butterwegge, Christoph (2004): Dokumentation der Diskussion mit Prof. Butterwegge et al. „Die Neue Rechte – eine Gefahr für die Demokratie?“ In: Gessenharter, Wolfgang/Fröchling, Helmut (Hg.): Rechtsextremismus und Neue Rechte in Deutschland. Neuvermessung eines politisch-ideologischen Raumes? Opladen. 223-243.
- Das Sturmsignal Nr. 1/2003: 52.
- Decker, Oliver/Brähler, Elmar (2006): Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland. Berlin.
- Druwe, Ulrich (1996): „Rechtsextremismus“. Methodologische Bemerkungen zu einem politikwissenschaftlichen Begriff. In: Winkler, Jürgen W. et al. (Hg.): Rechtsextremismus. Opladen. 66-80.

- Gessenharter, Wolfgang (1994): Kippt die Republik? Die Neue Rechte und ihre Unterstützung durch Politik und Medien. München.
- Gessenharter, Wolfgang (1998): Neue radikale Rechte. Intellektuelle Neue Rechte und Rechtsextremismus: Zur theoretischen und empirischen Neuvermessung eines politisch-ideologischen Raumes. In: Gessenharter, Wolfgang/Fröchling, Helmut (Hg.): Rechtsextremismus und Neue Rechte in Deutschland. Neuvermessung eines politisch-ideologischen Raumes? Opladen. 25-68.
- Heitmeyer, Wilhelm (Hg.) (2008a): Deutsche Zustände. Folge 6. Frankfurt.
- Heitmeyer, Wilhelm (2008b): Vorwort: Beunruhigende Normalität. In: Hempel, Claudia (Hg.): Wenn Kinder rechtsextrem werden. Springe. 7-8.
- Heitmeyer, Wilhelm/Mansel, Jürgen (2008): Gesellschaftliche Entwicklung und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit: Unübersichtliche Perspektiven. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): Deutsche Zustände. Folge 6. Frankfurt. 13-35.
- Jaschke, Hans Gerd (1994): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe. Positionen. Praxisfelder. Wiesbaden.
- Koelschitzky, Martina (1986): Die Stimme ihrer Herren. Die Ideologie der Neuen Rechten. Köln.
- Kowalsky, Wolfgang (1991): Kulturrevolution? Die neue Rechte im neuen Frankreich und ihre Vorläufer. Opladen.
- Leggewie, Claus (1989): Die Republikaner. Ein Phantom nimmt Gestalt an. Berlin.
- Oswalt, Walter (1989): Ernst Jünger. In: Kirfel, Marina/Oswalt, Walter (Hg.): Die Rückkehr der Führer. Wien/Zürich. 203-211.
- Pfahl-Traughber, Armin (1993): Rechtsextremismus. Eine kritische Bestandsaufnahme nach der Wende. Bonn.
- Pfahl-Traughber, Armin (1998): Die Erben der „Konservativen Revolution“. Zu Bedeutung, Definition und Ideologie der „Neuen Rechten“. In: Gessenharter, Wolfgang/Fröchling, Helmut (Hg.): Rechtsextremismus und Neue Rechte in Deutschland. Neuvermessung eines politisch-ideologischen Raumes? Opladen. 77-96.
- Pfahl-Traughber, Armin (2004): Die „Umwertung der Werte“ als Bestandteile einer Strategie der „Kulturrevolution“. Die Begriffsumdeutung von „Demokratie“ durch rechtsextremistische Intellektuelle. In: Gessenharter, Wolfgang/Pfeiffer, Thomas (Hg.): Die Neue Rechte – eine Gefahr für die Demokratie? Wiesbaden. 73-94.
- Pfeiffer, Thomas (2004): Das informatielle Kapillarsystem. Die neurechte Publizistik im Medienmix einer Bewegung von rechts. In: Gessenharter, Wolfgang/Pfeiffer, Thomas (Hg.): Die Neue Rechte – eine Gefahr für die Demokratie? Wiesbaden. 187-198.
- Schrift der Artgemeinschaft GGG (o.Dat.): Unser Wollen.
- Schubarth, Wilfried/Stöss, Richard (Hg.) (2000): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz. Bonn.
- Sonderbeilage der JF 1995.
- Sontheimer, Kurt (2004): Die Kontinuität antidemokratischen Denkens. Von der Weimarer Republik zur Bundesrepublik. In: Gessenharter, Wolfgang/Pfeiffer, Thomas (Hg.): Die Neue Rechte – eine Gefahr für die Demokratie? Wiesbaden. 19-30.
- Stöss, Richard (1994): Forschungs- und Erklärungsansätze – ein Überblick. In: Kowalsky, Wolfgang/Schroeder, Wolfgang (Hg.): Rechtsextremismus. Einführung und Forschungsbilanz. Opladen. 23-68.
- Stöss, Richard (1995): Die „neue Rechte“ in der Bundesrepublik. In: Friedrich Ebert Stiftung (Hg.): Die Wiedergeburt des nationalistischen Denkens. Gefahr für die Demokratie. Bonn: 111-128.
- Stöss, Richard (1997): Die Neue Rechte im Aus. In: die tageszeitung, 25.06.1997: 10.
- Stöss, Richard (2005): Rechtsextremismus im Wandel. Berlin.
- Wagner, Bernd (1995): Jugend – Gewalt – Szenen. Zu kriminologischen und historischen Aspekten in Ostdeutschland. Die achtziger und neunziger Jahre. Berlin.
- Wagner, Bernd (2000): Rechtsextremismus und Jugend. In: Schubarth, Wilfried/Stöss, Richard (Hg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz. Bonn. 155-166.

Weber, Matthias (2004): Prototyp der Neuen Rechten. Alain de Benoist und die Nouvelle Droite in Frankreich. In: Gessenharter, Wolfgang/Pfeiffer, Thomas (Hg.): Die Neue Rechte – eine Gefahr für die Demokratie? Wiesbaden: 145-162.

Internetquellen

Heimatbund Pommern-Homepage: <http://heimatbund-pommern.info/> (zuletzt abgerufen am 6.8.2008).

NPD-Homepage zu „Dresdner Schule“: Homepage: <http://www.npd.de/>; Link: http://www.npd.de/index.php?sek=0&pfad_id=9&cmsint_id=1&detail=291 (zuletzt abgerufen am 14.2.2009).

Stadt Anklam-Homepage: <http://www.anklam.de> (zuletzt abgerufen am 3.7.2008).

II. Strategieanalysen

Die „alte“ und die „neue“ NPD

Eine vergleichende Betrachtung zu Gefahrenpotential und Profil

Armin Pfahl-Traughber

1 Einleitung und Fragestellung

Nach dem Einzug der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) in den sächsischen Landtag 2004 gab deren Vorsitzender Udo Voigt der Wochenzeitung „Junge Freiheit“ (JF) ein viel beachtetes Interview. Darin äußerte er: „Es ist unser Ziel, die BRD ebenso abzuwickeln, wie das Volk vor fünfzehn Jahren die DDR abgewickelt hat.“ Und an anderer Stelle bemerkte Voigt: „Zweifellos handelt es sich bei Hitler um einen großen deutschen Staatsmann.“ Weniger Aufmerksamkeit als diese bezeichnenden Stellungnahmen fand eine Erläuterung der JF-Redaktion zur Geschichte der NPD im Begleittext:

„Unter von Thadden [...] verfolgte die Partei einen betont bürgerlichen, rechtskonservativen und antikommunistischen Kurs. [...] In den neunziger Jahren übernahmen [...] zunehmend am Nationalsozialismus orientierte Kräfte die dahindämmende Partei und sorgten für einen radikalen Kurswechsel. Aus der systemerhaltenden wurde eine systemalternative, völkische und sozialrevolutionäre Partei mit antikapitalistischer Attitüde.“ (Voigt 2004)

Diese Einschätzung ist gleich aus mehreren Gründen von Bedeutung: Erstens werden hier durchaus zutreffend ideologische und strategische Unterschiede zwischen der früheren und gegenwärtigen NPD konstatiert. Zweitens macht die JF ihre kritische Distanz zur Partei unter Voigts Führung deutlich. Drittens bewertet das Blatt die NPD der 1960er Jahre als rechtskonservative und systemkonforme Kraft. Und viertens artikuliert sie dabei ihre unverkennbare Sympathie zur Partei in dieser Entwicklungsphase. Entgegen der Darstellung handelte es sich aber auch bei der NPD in der von Thadden-Ära um eine rechtsextremistische Partei. Zwar bemühte sie sich öffentlich um ein rechtsstaatliches und systemkonformes Image, tatsächlich strebte man aber ein antipluralistisches und autoritäres Regime an. Die formale Distanz zu nationalsozialistischem und völkischem Denken spricht allein für sich nicht für eine demokratische Gesinnung. Insofern wirft diese Einschätzung auch ein bezeichnendes Licht auf die JF (vgl. Braun/Vogt 2007; Pfahl-Traughber 1998: 206-211).

Gleichwohl verdient die vergleichende Betrachtung der früheren und gegenwärtigen NPD im Kontext des deutschen Rechtsextremismus (vgl. Backes/Jesse 1993: 54-125; Dudek/Jaschke 1984; Pfahl-Traughber 2006a; Stöss 1989) aus zwei Gründen besonderes Interesse: Bei der NPD der 1960er Jahre handelte es sich um die bislang erfolgreichste rechtsextremistische Wahlpartei im Deutschland der Nachkriegszeit. Die komparative Perspektive liefert daher Kriterien für die differenzierte Einschätzung von Bedeutung und Gefahrenpotential der gegenwärtigen NPD. Die Partei verfügte im Zeitraum vor Mitte der 1990er Jahre über ein anderes ideologisches, organisatorisches und strategisches Profil. Gerade

mittels einer vergleichenden Betrachtung der früheren und der gegenwärtigen NPD lassen sich so die spezifischen Konturen in ihrem aktuellen Erscheinungsbild besser verdeutlichen. Daraus leitet sich die zentrale Fragestellung der vorliegenden Erörterung ab, will sie doch aus der komparativen Perspektive Gefahrenpotential und Profil der Partei einschätzen.

2 Die Entwicklung der „alten“ NPD

Zu diesem Zweck soll hier die Entwicklung der „alten“ und der „neuen“ NPD über ein einheitliches Analyseraster dargestellt und eingeschätzt werden. Mit der erstgenannten Formulierung ist fortan die Partei in den 1960er Jahren, letztendlich aber bis 1996 gemeint (vgl. Fascher 1994: 27-72; Hoffmann 1999: 74-273; Kühnl et al. 1969; Maier 1967; Schmollinger 1984). Die Bezeichnung „neue“ NPD bezieht sich dementsprechend auf den Zeitraum ab 1996 (vgl. Backes/Steglich 2007; Bergsdorf 2007; Brandstetter 2006; Pfahl-Traugher 1999; Staud 2005). Im Einzelnen soll es um die lagerinternen Prozesse hin zur Entstehung der „alten“ und „neuen“ NPD, um die organisatorische Entwicklung der Partei, ihre ideologische Ausrichtung und politische Programmatik, die Mitgliederentwicklung und -Zusammensetzung und die Wählerentwicklung und -Zusammensetzung gehen. Dem folgen dann im Schlusswort bilanzierende analytische Betrachtungen zu Ideologie, Organisation und Strategie sowie zur gesellschaftlichen Verankerung und öffentlichen Wahrnehmung.

2.1 Die Gründung der NPD als Sammelpartei der extremistischen Rechten

Anfang der 1960er Jahre stand es aus Sicht seiner Anhänger schlecht um den parteipolitischen Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Zwar existierten bereits zur Gründungszeit des neuen Staates gleich vier rechtsextremistische Parteien, zwei mit bundesweitem Anspruch in Form der „Deutschen Konservativen Partei – Deutschen Rechtspartei“ (DKP-DRP) und der „Sozialistischen Reichspartei“ (SRP) und zwei mit regionalem Anspruch in Gestalt der „Nationaldemokratischen Partei“ (NDP) in Hessen und der „Wirtschaftlichen Aufbau-Vereinigung“ (WAV) in Bayern. Bei Wahlen konnten sie aber keine Erfolge erzielen, sieht man einmal von der SRP ab. Sie erhielt 1951 bei den Landtagswahlen in Niedersachsen 11 Prozent und bei den Wahlen zur Bremer Bürgerschaft 7,7 Prozent der Stimmen. Aufgrund ihrer Ablehnung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung und Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus wurde die SRP aber nach einem Antrag der Bundesregierung 1952 durch das Bundesverfassungsgericht verboten.

Bereits zuvor entstand 1950 die „Deutsche Reichspartei“ (DRP) als Fusion des niedersächsischen Landesverbandes der DKP-DRP und der hessischen NDP. Als eine eher traditionell autoritär-konservativ geprägte Partei erhielt sie durch die Zugänge ehemaliger SRP-Aktivistinnen einen nationalsozialistisch orientierten Flügel, der zwar bedeutsam, aber nicht vorherrschend wurde. Bei Wahlen konnte die DRP nicht an die Erfolge der SRP anknüpfen: Bei den Bundestagswahlen 1953 erhielt sie lediglich 1,1 Prozent der Stimmen, ein Anteil, der bis 1961 sogar auf 0,8 Prozent zurückging. Zwar bildete die DRP als Partei die dominierende Kraft im Rechtsextremismus, spielte aber als Wahlpartei mit einer solch geringen Zustimmung keine Rolle. Darüber hinaus waren die organisierten Kräfte in diesem politi-

schen Lager nicht gebündelt, sondern in Parteien und Vereine mit unterschiedlicher Schwerpunktsetzung zersplittert. Dies führte nicht nur zur Aufspaltung der vorhandenen Anhängerschaft, sondern auch der potentiellen Wählerschaft.

Anfang der 1960er Jahre setzte sich im rechtsextremistischen Lager zunehmend die Einsicht durch, dass man um der beabsichtigten Wahlerfolge willen, die Kräfte bündeln müsste. Vortreibende Kraft dieser Entwicklung war der zwischenzeitlich zum DRP-Vorsitzenden aufgestiegene Adolf von Thadden, der an die Erfahrungen eines relativen Erfolgs bei den Wahlen zur Bremer Bürgerschaft 1963 anknüpfen wollte (vgl. Jesse 1990): Dort hatte eine gemeinsame Liste von DRP und „Deutscher Partei“ (DP) mit 5,2 Prozent der Stimmen knapp den Einzug in das Parlament geschafft. Als Folge der bündnispolitischen und organisatorischen Entwicklung im rechtsextremistischen Lager kam es ein Jahr später, am 28. November 1964, zur Gründung der NPD. In ihr versammelten sich fortan frühere Mitglieder anderer rechtsextremistischer Parteien, wobei aber die Führungskräfte der DRP überwogen. Gleichwohl handelte es sich um eine Sammelpartei zur Konzentration der Kräfte. Damit war eine wichtige lagerinterne Voraussetzung für die kommenden Wahlerfolge entstanden.

2.2 Die Entwicklungsgeschichte der Partei in den 1960er Jahren

Aufgrund der starken Dominanz von DRP-Funktionsträgern und -Mitgliedern mag verwundern, warum nicht deren Vorsitzender von Thadden, sondern Friedrich Thielen erster Bundesvorsitzender der NPD wurde. Dafür gab es einen strategischen Grund: Im öffentlichen Agieren bemühte sich die neue Partei darum, vom Ruf einer ideologischen Nachfolgeorganisation der NSDAP weg zu kommen. So vermied die NPD etwa im Unterschied zu ihren Vorläuferorganisationen aggressive Forderungen und bekannte sich formal zu „Demokratie“ und „Rechtsstaatlichkeit“ – allerdings in einer anderen Form, als diese Prinzipien dem demokratischen Verfassungsstaat eigen sind. Dies diente ebenso wie die verbale Bejahung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht nur dazu, einem möglichen Verbotsverfahren keine Anknüpfungspunkte zu geben. Darüber hinaus bemühte man sich um ein bürgerliches, konservatives und seriöses Image, wofür das ehemalige CDU-Mitglied Thielen mehr als das frühere DKP-DRP- und DRP-Mitglied von Thadden stand.

Hiermit hatte die Partei eine weitere wichtige Lehre für ihre strategische Ausrichtung gezogen: In einer von der Bevölkerung zunehmend akzeptierten Staatsform der parlamentarischen Demokratie und des liberalen Rechtsstaates verschreckt eine sich offen extremistisch und verfassungsfeindlich gebende Partei weite Teile der Öffentlichkeit und Wählerschaft. Nur mit einem gemäßigten Image und einem legalistischen Kurs kann breiter in die Gesellschaft hineingewirkt und Sympathie mobilisiert werden. Gleichwohl führt diese strategische Ausrichtung in der Regel auch zu innerparteilichen Konflikten: Die gemäßigten Kräfte fühlen sich instrumentalisiert und marginalisiert, die radikaleren Strömungen wollen sich deutlicher artikulieren und positionieren. Daher kam es in der NPD intern immer wieder zu heftigen Konflikten um die richtige Linie. In der Folge einer solchen Auseinandersetzung, die aber auch einen machtpolitischen und persönlichen Charakter hatte, trat Thielen im Sommer 1967 aus der Partei aus und überließ von Thadden das Amt des Vorsitzenden.

Da er schon seit Gründung der NPD eine Art „Vorsitzender im Hintergrund“ war, verlief dieser Wechsel an der Spitze relativ reibungslos. Von Thadden bemühte sich fortan um

eine straffe Führung der NPD und fand dafür aufgrund seines hohen Ansehens in der Partei großen Rückhalt. Die Parteitage plante die NPD-Führung ohnehin so, dass sie nur zur Legitimation des offiziellen Kurses und nicht zur Diskussion kontroverser Fragen genutzt wurden. Bei Personalfragen konnte sich aber auch von Thadden nicht immer durchsetzen. Trotz der erwähnten ständigen, inneren Auseinandersetzungen, welche die Partei in ihrer Arbeit und Außenwirkung teilweise lähmte, wuchs die Mitgliedschaft binnen kurzer Zeit enorm an. Damit war auch genügend Personal vorhanden, um in den einzelnen Bundesländern funktionsfähige Organisationsstrukturen aufzubauen. Diese ermöglichten einen engagierten Wahlkampf, dem zwischen 1966 und 1968 der regelmäßige Sprung in den jeweiligen Landtag folgte. Die NPD erweckte so den Eindruck, dass sie sich als Wahlpartei etabliert habe.

2.3 Die ideologische Ausrichtung und politische Programmatik der NPD

Wie bereits angedeutet gab sich die NPD bei der Artikulation ihrer politischen Positionen um der öffentlichen Wirkung willen seriös und zurückhaltend. Daher enthält das erste offizielle Programm von 1967 (vgl. NPD 1967) – also zum Zeitpunkt der ersten herausragenden Wahlerfolge – relativ allgemein gehaltene Positionen, welche weder ein genaues demokratie- noch ideologietheoretisches Profil zu erkennen geben. Man findet in dem Text das Bekenntnis zu Bauerntum und Mittelstand sowie zu Marktwirtschaft und Unternehmertum, die Forderungen nach einer Stärkung des Nationalbewusstseins und der Überwindung der Teilung Deutschlands, Klagen über kulturellen Niedergang und sittlichen Verfall, die Ablehnung einer „Kollektivschuld“ der Deutschen am Zweiten Weltkrieg und des amerikanischen und sowjetischen Einflusses in den beiden deutschen Staaten und die Bejahung von Arbeitsfrieden und Interessenausgleich sowie von Demokratie und Grundordnung. Letzterem widersprechen allerdings andere Aussagen und Handlungsweisen:

Das Gründungsmanifest der NPD von 1964 (vgl. NPD 1964) enthielt denn auch weit aus schärfere Positionen, was sich etwa anhand der Forderung nach einem starken Staat und dessen Umsetzung des Prinzips „Jedem das Seine“ zeigte. Darüber hinaus sollten Ausländer einen geringeren Rechtsanspruch auf einen Arbeitsplatz haben, das angeblich „zersetzende Meinungsmonopol“ des Fernsehens wollte man aufheben, und die Prozesse gegen ehemalige NS-Kriegsverbrecher sollten ihr Ende finden. Noch deutlicher wurde man in einem „Politischen Lexikon“ von 1966 (vgl. NPD 1966), das den Mitgliedern zur politischen Orientierung diente. Darin artikulierte sich die Forderung nach einer identitären Demokratie mit elitärer Führung, die Beschwörung der Ideale einer ethnisch und politisch homogenen „Volksgemeinschaft“, die Einforderung eines über der Gesellschaft stehenden starken Staates, die doch sehr positive und wohlwollende Kommentierung des „Dritten Reichs“ und die hohe Wertschätzung von einigen zeitgenössischen autoritären Diktaturen in Europa.

Angesichts dieser Auffassungen stellt sich die Frage, ob die damalige NPD über eine nationalsozialistische Ausrichtung verfügte? So angemessen bei den referierten Positionen die Zuordnung zum Rechtsextremismus ist, so muss dies nicht zwingend auch eine Zuordnung zum Nationalsozialismus bedingen. Die Gemeinsamkeiten beziehen sich auf ideologische Merkmale, die weitgehend allen Rechtsextremisten eigen sind. Dafür können bei der Hervorhebung ethnischer Identität und bei sozialpolitischen Positionen Unterschiede ausgemacht werden: Die NPD verfügte über eine stärker besitzbürgerliche Ausrichtung und

weniger über eine sozial-revolutionäre Orientierung. Hinzu kommt die ausgeprägte nationalistische- und geringer rassistische Ausrichtung der Parteiideologie. Insofern stand die NPD der 1960er Jahre primär in der Tradition des Deutschnationalismus und weniger in der des Nationalsozialismus. Diese, auch im Vergleich zur heutigen NPD, wichtige Differenzierung ändert aber nichts an der Einschätzung der Partei als rechtsextremistisch.

2.4 Die Mitgliederentwicklung und -zusammensetzung

Im Verlauf der zweiten Hälfte der 1960er Jahre gelangen der NPD sowohl externe wie interne Erfolge, die sich für den deutschen parteipolitischen Rechtsextremismus in dem Ausmaß bis zu diesem Zeitpunkt und auch in den späteren Jahren nicht mehr ausmachen lassen. Zunächst zum erstgenannten Gesichtspunkt: Die Zahl der Mitglieder wuchs 1965 auf 13.700 an, verdoppelte sich 1966 fast auf 25.000 und stieg 1967 noch einmal auf 28.000 an, um dann 1968 kurz auf 27.000 zurückzugehen, aber 1969 wieder auf 28.000 anzusteigen. Hierbei fällt auf, dass der bedeutendste Schub beim Anstieg der Mitglieder bereits im ersten Jahr der Wahlerfolge ausgemacht werden konnte. 1966 verzeichnete die NPD einen Zugewinn von 11.300 Personen, obwohl man in diesem Jahr lediglich Erfolge bei zwei Landtagswahlen erringen konnte. Die fünf „Sprünge“ in die Landesparlamente zwischen 1967 und 1969 motivierten nur noch 3.000 Personen zum Parteieintritt. Offenbar war das Potential an interessierten und möglichen NPD-Mitgliedern dadurch schon weitgehend erschöpft.

Wie setzten sich nun diese Angehörigen der Partei sozial zusammen (vgl. Hoffmann 1999: 383-390; Schmollinger 1984: 1981-1986)? Hinsichtlich des Alters fällt auf, das in der Gründungsphase der NPD der Durchschnitt bei rund 50 Jahren lag. Damit handelte es sich um die Altersgruppe, die während der Zeit des Nationalsozialismus sozialisiert wurde. Mit der Zeit sank der Altersdurchschnitt der NPD-Mitglieder und näherte sich dem der Gesamtbevölkerung an. Unterrepräsentiert blieben dann aber auch die unter 30-jährigen und die über 60-jährigen. Bei der Geschlechterverteilung zeigte sich eine klare Überrepräsentanz von Männern im Bereich von gut 90 Prozent. Hinsichtlich der einzelnen Berufsgruppen und sozialen Zusammensetzung ergab sich ein deutlich höherer Anteil von Bauern, Einzelhändlern und Handwerkern, während Angestellte, Arbeiter und Studenten unterrepräsentiert blieben. Somit kann die Mitgliedschaft als stark mittelständig geprägt gelten, ihr gehörten aber auch Angehörige aus anderen sozialen Schichten in bedeutender Zahl an.

Die regionalen Hochburgen der NPD-Mitgliedschaft lagen in Bayern, Hessen, Niedersachsen, dem Saarland und Schleswig-Holstein, während sie in Nordrhein-Westfalen nur wenig Zulauf hatte. Ebendort konnte man, als einziges größeres Flächenland, auch nicht in den Landtag einziehen. Dafür war der Landesverband in Baden-Württemberg nur durchschnittlich stark entwickelt, in diesem Bundesland verbuchte die NPD aber ihren bislang mit Abstand größten Wahlerfolg. Demnach besteht ein eher schwacher Zusammenhang zwischen Organisationsstärke und Wahlerfolg. Hinsichtlich der Stadt-Land-Verteilung zeigte sich, dass die Mitglieder der Partei weniger aus Großstädten und mehr aus kleineren und mittelgroßen Städten stammten. Zuvor waren die NPD-Angehörigen zu einem guten Drittel in der DRP organisiert und zu einem Fünftel vor 1945 NSDAP-Mitglieder. Bezogen auf die Mandatsträger der Partei in den sieben Landtagen ließen sich ebenfalls ein hoher

Anteil von Abgeordneten aus dem Mittelstand und ein geringer Anteil von Akademikern ausmachen.

2.5 Die Wählerentwicklung und -zusammensetzung

Bei den Wahlen in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre gelangen der NPD Erfolge, die danach nie wieder eine rechtsextremistische Partei in dieser Kontinuität verzeichnen konnte: Bei den Bundestagswahlen 1965 und den Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft 1966 erzielte die NPD mit 2,0 Prozent beziehungsweise 3,9 Prozent der Stimmen zunächst nur Achtungserfolge. Danach übersprang die Partei aber bei mehreren Landtagswahlen die Fünf-Prozent-Hürde: 1966 erhielt sie in Bayern 7,4 und in Hessen 7,9 Prozent; 1967 in Rheinland-Pfalz 6,9; in Schleswig-Holstein 5,8; in Niedersachsen 7,0 und in Bremen 8,8 Prozent der Stimmen. Und 1968 gelang der Partei in Baden-Württemberg mit 9,8 Prozent der Stimmen ihr bislang größter Erfolg bei Wahlen, wodurch sie auch in den siebten Landtag eine Fraktion entsenden konnte. Alles deutete zu jener Zeit darauf hin, dass die NPD bei den Bundestagswahlen 1969 ins Parlament einziehen und sich damit als Wahlpartei etablieren würde. Hier scheiterte sie aber – wenngleich nur knapp – mit 4,3 Prozent der Stimmen.

Wie setzte sich nun die Wählerschaft der NPD sozial zusammen (vgl. Hoffmann 1999: 365-383; Schmollinger 1984: 1955-1960)? Zunächst zu den Hochburgen: Dabei handelte es sich um mittelständisch dominierte, ländliche Regionen mit relativ unterentwickelter Wirtschaftsstruktur und einer protestantischen Dominanz. Es bestanden somit Kontinuitäten zu den Hochburgen der anderen rechtsextremistischen Parteien der 1950er Jahre, aber auch zu den Hochburgen der NSDAP vor 1933. Als Berufsgruppen waren in der NPD-Wählerschaft vor allem Einzelhändler, kleinere Gewerbetreibende, Landwirte und andere Angehörige des alten Mittelstandes überrepräsentiert. Mit der Zeit gelang es aber auch stärkere Zustimmung in der Arbeiterschaft zu gewinnen, womit sich ein für die Ursachenanalyse der Wahlzustimmung zu rechtsextremistischen Parteien allgemein interessanter Aspekt andeutet: Je mehr die NPD sich als Wahlpartei zu etablieren schien, desto mehr näherte sich die Sozialstruktur der Wählerschaft der Sozialstruktur der Gesamtbevölkerung an.

Als weitere Besonderheit bei der Zusammensetzung der NPD-Wählerschaft fällt auf, dass es sich zu etwa sieben Zehntel um Männer handelte und die Altersgruppe der 45- bis 60-jährigen dominierte. Aber auch hier gilt, dass sich die Altersstruktur der Wählerschaft im Laufe der scheinbaren Etablierung der NPD als Wahlpartei immer mehr dem Bevölkerungsdurchschnitt anpasste, das heißt kontinuierlich eine Verjüngung eintrat. Hinsichtlich der formalen Bildung ließ sich eine Überrepräsentanz der höher Gebildeten in der Altersgruppe der im „Dritten Reich“ Sozialisierten ausmachen, während der Anteil der höher Gebildeten unter Jüngeren bei den NPD-Wählern unterrepräsentiert war. Gegen Ende der 1960er Jahre näherte sich die soziale Zusammensetzung der Partei – mit einem leichten Übergewicht der Angehörigen des alten Mittelstandes – immer mehr der Gesamtbevölkerung an. Daher kann es sich bei den Motiven zugunsten einer NPD-Wahl nicht primär um Sozialprotest aufgrund von ökonomischen Umbrüchen gehandelt haben.

2.6 Die Entwicklung der Partei in den 1970er und 1980er Jahren

Nach dem gescheiterten Versuch, 1969 in den Bundestag einzuziehen, setzte bei der NPD sowohl der organisatorische als auch der elektorale Niedergang ein. Die Partei hatte mit durchaus berechtigter Hoffnung einen Wahlerfolg erwartet und musste nun eine bittere und frustrierende Niederlage einstecken. Durch die Fixierung auf die Bundestagswahl mühevoll zurückgehaltene, innerparteiliche Spannungen brachen nun in offene Konflikte aus. In deren Folge trat von Thadden von seinem Amt als Bundesvorsitzender zurück und überließ es Martin Mußnug. Binnen kurzer Zeit verlor die NPD einen Großteil ihrer Mitglieder: 1970 gehörten ihr schon nur noch 21.000 Personen an, 1972 sank die Zahl auf 14.500 und 1975 waren es nur noch 10.800. Parallel dazu schrumpfte auch die Zustimmung bei Wahlen, blieb man doch fortan weit unter fünf Prozent der Stimmen. Bei den Landtagswahlen 1970 erreichte die NPD noch zwischen 1,1 und 3,4 Prozent, 1971 nur noch zwischen 1,3 und 2,8 Prozent und 1972 bei den Bundestagswahlen lediglich 0,6 Prozent der Stimmen.

Besonders das letztgenannte Ergebnis, das sich aber auch durch die starke Polarisierung von CDU und SPD im Wahlkampf und der damit verbundenen Fixierung auf die Großparteien erklärt, wurde als vernichtende Niederlage empfunden. Große Teile des mehr gemäßigten nationalkonservativen Flügels waren schon zuvor aus der Partei ausgetreten. Nun beschränkten diesen Weg auch die jüngeren radikalen Kräfte. Viele von ihnen fanden sich kurze Zeit später in den verschiedenen Neonazi-Gruppen im Umfeld von Michael Kühnen wieder. Wiederum andere NPD-Mitglieder wandten sich der, von dem Verleger der „National-Zeitung“ Gerhard Frey 1971 gegründeten, „Deutschen Volksunion“ (DVU) zu. Sie erwies sich damit als wichtiges Auffangbecken für frustrierte Parteimitglieder und löste die NPD im Laufe der 1970er Jahre als mitgliederstärkste Organisation im Rechtsextremismus ab. Von knapp 5.000 Mitgliedern im Jahr 1976 stieg deren Zahl 1980 auf über 10.000, während die NPD in dem gleichen Zeitraum einen weiteren Rückgang von 9.700 auf 7.200 Mitgliedern zu verzeichnen hatte.

Anfang der 1980er Jahre begann die Partei verstärkt auf das Themenfeld Ausländerpolitik zu setzen. So gründete man etwa aus strategischen Motiven Bürger- und Wahlinitiativen für „Ausländerstopp“, die allerdings weder in der Bevölkerung noch bei Wahlen große Resonanz hatten. Die Ergebnisse blieben meist weit unter 0,5 Prozent der Stimmen. Von daher verbuchte man sogar die 0,8 Prozent der Stimmen für die NPD bei den Europawahlen 1984 als relativen Erfolg, zumal die Partei in den Genuss der Wahlkampfkostenerstattung kam und dadurch zumindest teilweise ihre angewachsenen Schulden abtragen konnte. Weitere derartige Achtungserfolge gelangen ihr auf niedriger Ebene im Rahmen einer zeitweiligen Zusammenarbeit mit der DVU: So erhielt die NPD 1988 bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg 2,1 und in Schleswig-Holstein 1,2 Prozent der Stimmen. Bei den hessischen Kommunalwahlen 1989 konnte sie in einer für rechtsextremistische Wahlparteien günstigen Situation mit 6,6 Prozent der Stimmen sogar in den Stadtrat von Frankfurt am Main einzuziehen.

3 Die Entwicklung der „neuen“ NPD

Auch wenn die hier angesprochene Entwicklung seinerzeit bereits als „zweiter Frühling“ der NPD bezeichnet wurde (vgl. Zaleshoff 1989), handelte es doch nur um sporadische

Erfolge der Partei. Sie blieben auch auf den Zeitraum der zweiten Hälfte der 1980er Jahre beschränkt. Seinerzeit bestand eine für rechtsextremistische Parteien günstige Situation, konnten sie doch immer wieder eine Zunahme von Stimmen auf niedriger Ebene für sich verbuchen: Exemplarisch dafür steht das Ergebnis der Partei „Die Republikaner“ (REP) 1986 bei den Wahlen zum bayerischen Landtag mit drei Prozent und das Resultat der DVU 1987 bei den Wahlen zur Bremer Bürgerschaft mit 3,4 Prozent der Stimmen. Letztendlich kam diese Entwicklung aber auch nur den beiden Parteien zugute. Die NPD bildete nur noch die drittstärkste Kraft im rechtsextremistischen Parteienspektrum. Ihr Bedeutungsverlust verstärkte sich noch durch den unverkennbaren Krisen- und Zerfallsprozess, welcher Ende der 1980er Jahre einsetzte und Mitte der 1990er Jahre seinen Tiefpunkt erreichte.

3.1 Krise und Niedergang der NPD bis 1996

Zwischenzeitlich war zwar die Mitgliedschaft weiter von 1980: 7.200 auf 1988: 6.400 Personen geschrumpft, gleichwohl schien sich die NPD auf dieser niedrigen Ebene stabilisiert zu haben und konnte 1989 sogar seit langem wieder einen leichten Anstieg der Mitgliederzahlen auf 7.000 verbuchen. Allerdings sank deren Zahl im nächsten Jahr wieder auf 6.500 ab. Bei den Wahlen knüpfte man nicht mehr an die relativen Erfolge der Vorjahre an und erhielt nur noch zwischen 0,2 und 0,3 Prozent der Stimmen. Im Juni 1991 kam es vor diesem Hintergrund auf einem Bundesparteitag zu heftigen Kontroversen um die politische Zukunft der NPD. Mußgnug und sein Stellvertreter Jürgen Schützinger vertraten die Auffassung, die Partei habe abgewirtschaftet und solle sich besser der zwischenzeitlich gegründeten „Deutschen Allianz – Vereinigte Rechte“ anschließen. Demgegenüber pochten der einflussreiche Parteifunktionär Günther Deckert und seine Anhänger auf die Eigenständigkeit der NPD und verwies auf die in den neuen Bundesländern entstehenden Möglichkeiten.

In einer Kampfabstimmung um das Amt des neuen Vorsitzenden konnte sich Deckert durchsetzen. Mußgnug und Schützinger traten später aus der NPD aus und wechselten mit anderen ehemaligen Mitgliedern zur „Deutschen Liga für Volk und Heimat“. Sie wurde zwar 1991 als rechtsextremistische Sammlungspartei gegründet, konnte das rechtsextremistische Parteienlager aber nicht einigen und führte sogar noch eine stärkere Aufsplitterung herbei. Der neue NPD-Vorsitzende Deckert brachte die Partei indessen auf den politischen Diskurs der 1970er Jahre zurück, was sich in der Konzentration auf die Agitationsfelder Ausländerfeindschaft und NS-Verharmlosung zeigte. Im Gefolge derartiger Propaganda unterstützte Deckert auch Holocaust-Leugner und wurde im Zuge derartiger Aktivitäten selbst zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. Daraufhin enthob das Bundespräsidium ihn 1995 kurz vor Haftantritt seines Amtes, da die zahlreichen Strafverfahren gegen ihn und sein Umgang mit dem Parteivermögen parteischädigend seien.

Hiermit war die NPD an ihrem bisherigen Tiefpunkt angekommen: Die Mitgliederzahlen schrumpften im Laufe der beschriebenen Entwicklung immer mehr. Gehörten der Partei von 1990 noch 6.500 Personen an, waren es 1992 noch 5.000, 1994 noch 4.500 und 1996 nur noch 3.500. Abgänge fanden auch im Bereich der höheren Funktionsträger statt, wozu neben dem ehemaligen Bundesvorsitzenden auch früher hochrangige Landesfunktionäre gehörten. Gleichzeitig wuchs der Schuldenberg der NPD immer mehr an, und die Partei schien mitunter kurz vor dem Bankrott zu stehen. Bei Wahlen spielte die NPD ohnehin keine Rolle mehr, bewegte sich die Zustimmung doch allenfalls im Bereich von 0,1 bis 0,3

Prozent der Stimmen. Hinzu kam die Existenz und Konkurrenz von zwei anderen rechtsextremistischen Wahlparteien, der DVU und der REP, welche die Partei auch innerhalb des Rechtsextremismus überflüssig zu machen schienen. Kurzum, die NPD stand in dieser Situation vor dem endgültigen Niedergang und Verfall.

3.2 Die Entwicklungsgeschichte ab 1996

Am Beginn der „neuen“ NPD stand die Wahl von Udo Voigt zum neuen Parteivorsitzenden (vgl. Jesse 2006), hatte er sich doch nach einer Kampfabstimmung beim Parteitag 1996 knapp gegen Günther Deckert durchgesetzt. Bereits unmittelbar danach verkündete Voigt einige Neuerungen, die für die kommende Entwicklung von besonderer Bedeutung sein sollten. Ohne grundsätzlich von den revisionistischen Positionen Abstand zu nehmen, trat der neue Vorsitzende gegen die von Deckert durchgesetzte, parteiintern aber umstrittene Konzentration auf dieses Themenfeld ein. Stattdessen forderte er eine Erweiterung der bisherigen Schwerpunkte in der Agitation auf sozialpolitische Themen, was wiederum mit einer stärker kapitalismuskritischen Diktion verbunden war und später gar im Plädoyer für einen „deutschen Sozialismus“ oder „nationalen Sozialismus“ mündete. Darüber hinaus trat Voigt – allerdings vergebens – für eine offensivere Bündnispolitik gegenüber den anderen rechtsextremistischen Parteien durch gemeinsame Gesprächsrunden und Wahllisten ein.

Im organisatorischen Bereich konnte die NPD in der folgenden Zeit Erfolge verbuchen, stiegen doch die Mitgliederzahlen auf niedriger Ebene kontinuierlich an. Im Kontext dieser Entwicklung stand auch die Öffnung der Partei für Angehörige aus der Neonazi-Szene. Lange Zeit hatte sich die NPD offiziell von derartigen Strömungen distanziert und sogar Abgrenzungsbeschlüsse gefasst. Diese verhinderten zwar nicht Kontakte zwischen Einzelpersonen, die Abgrenzung bildete aber die offizielle Position der Partei. Nach Voigts Wahl öffnete sich die NPD jedoch immer mehr in Richtung dieser Teile des Rechtsextremismus. Einigen Neonazis gelang es bereits in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre in führende Funktionen zunächst der Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN), dann aber auch der Mutterpartei aufzusteigen. Exemplarisch dafür stehen Jens Pühse als Mitglied des JN-Bundesvorstandes und Sascha Rossmüller als einer der drei stellvertretenden JN-Bundesvorsitzenden.

Die Kooperation mit der Neonazi-Szene erklärt mit, warum die NPD fortan stärker auf die öffentliche Präsenz in Gestalt von Demonstrationen setzte. Hierbei konnte die Partei eine Reihe von bemerkenswerten Mobilisierungserfolgen verbuchen: Dazu gehörte etwa der von ihr mit organisierte Aufmarsch in München am 1. März 1997 mit 5.000 Personen. Immerhin handelte es sich um die, seit Beginn der 1970er Jahre, größte öffentliche Veranstaltung, die von Rechtsextremisten initiiert wurde. An ihr nahmen neben NPD- und JN-Mitgliedern auch Neonazis und Skinheads teil. Anlass bot die vor Ort gezeigte Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944“, die als Wanderausstellung mehrere Städte durchlief und regelmäßig Rechtsextremisten in der erwähnten Konstellation zu Demonstrationen motivierte. Es kam aber auch zu Aufmärschen mit großer Beteiligung zu anderen Themen, führte man doch etwa unter dem Motto „Nationale Front gegen Sozialabbau und Arbeitslosigkeit“ am 1. Mai 1998 eine Demonstration mit 4.000 Personen durch.

3.3 *Die ideologische Ausrichtung und politische Programmatik*

In ihrem neuen Parteiprogramm von 1996 formulierte die NPD noch relativ zurückhaltend ihre Positionen. Gleichwohl bekannte sie auch dort ganz offen, man strebe den Austausch der Mächtigen an, um dem deutschen Volk in einem Nationalstaat eine Zukunft zu geben. Kultur und Volkstum sollten die Grundlage für die Würde des Menschen sein, welche demnach nicht als primär und vorstaatlich verstanden wird. Überhaupt zeigt sich das Parteiprogramm von einem ethnischen Kollektivismus geprägt, wofür etwa die dezidierte Beschwörung der „Volksgemeinschaft“ steht (vgl. NPD 1997: Kap. 1 und 3). Noch deutlicher artikulierte sich die NPD in ihrem Aktionsprogramm von 2002: Hier spricht man von der „ethnisch homogenen Volksgemeinschaft“, sieht in der „multikulturellen“ eine „multikriminelle Gesellschaft“ und entwickelte ein „Plan zur Ausländerrückführung“. Darüber hinaus sollen in allen Lebensbereichen die jeweiligen Individualinteressen den angeblichen Gemeinschaftsinteressen untergeordnet werden (vgl. NPD 2002: 14, 37ff. und 72).

Hinsichtlich der extremistischen Einstellungen wurde die NPD in ihrer Handreichung „Argumente für Kandidaten & Funktionsträger“ von 2006, welche Parteimitgliedern inhaltliche Hilfestellung geben sollte noch deutlicher. Darin bekannte man sich zu einem rein ethnischen Staatsbürgerschaftsverständnis, könne doch nur eine Person Deutscher sein, welche in die „ethnisch-kulturelle Gemeinschaft“ des deutschen Volkes hineingeboren wurde. Die Massenarbeitslosigkeit, so heißt es weiter, sei eine direkte Folge der Masseneinwanderung. Insofern wolle man die Ausländer in ihre Heimatländer zurückführen. Das Grundgesetz wird als Diktat der westlichen Siegermächte hingestellt, dem ein schwerwiegendes Legitimationsdefizit anhafte. Darüber hinaus triefe es nur so vor „Menschenrechtstümelei“, stelle Deutsche mit Ausländern gleich und habe einem „gemeinwohlschädigenden Individualismus und Parteienregime“ (vgl. NPD 2006: 12, 15 und 29ff.) den Weg geebnet.

Innerhalb des rechtsextremistischen Ideologiespektrums ließen sich bei der NPD eine Abkehr von der bislang prägenden Ausrichtung am Deutsch-Nationalismus und eine Hinwendung zum „völkischen Sozialismus“ ausmachen. Dies zeigte sich anhand der Veränderungen im wirtschaftspolitischen Bereich, wo man nicht mehr primär an den Interessen des Mittelstandes in der Marktwirtschaft orientiert war. Zwar lehnt die NPD diese Wirtschaftsform trotz der Berufung auf einen „Sozialismus“ nicht ab, bekennt man sich doch zu einem „freien und sozialverpflichteten Unternehmertum“ (NPD 1997: Kap. 4). Gleichwohl soll der Staat eine dominierende Stellung gegenüber der Wirtschaft einnehmen. Diese habe dem Interesse des ethnisch homogenen, deutschen Volke zu dienen. Dabei knüpft die NPD dezidiert an eine Ideologietradition der Weimarer Republik an, welche Nationalismus und Sozialismus verschmelzen wollte. Insofern verwundern auch keine Bekenntnisse zu einem „deutschen“, „nationalen“ oder „völkischen Sozialismus“ durch Funktionsträger oder Parteipresse.

3.4 *Die Mitgliederentwicklung und -zusammensetzung*

Wie bereits angedeutet stieg die Mitgliederzahl der NPD seit der Wahl von Voigt zum Parteivorsitzenden mit leichten Einbrüchen in bestimmten Jahren kontinuierlich an: Auf dem Tiefpunkt der Parteientwicklung 1996 gehörten ihr nur noch 3.500 Personen an, 1997 waren es schon 4.300 und 1998 kam es noch einmal zu einem Mitgliederschub auf 6.000

Personen. Diese Zahl stagnierte 1999 und stieg 2000 dann auf 6.500 an. Von 2001 über 2002 bis 2003 ließ sich allerdings ein Rückgang von 6.500 über 6.100 auf 5.000 ausmachen. Die Entwicklung dürfte mit durch die öffentlichen Auseinandersetzungen um das seinerzeit beantragte NPD-Verbotsverfahren zu erklären sein. Seit 2004 stiegen die Mitgliederzahlen aber wieder kontinuierlich an, von zunächst 5.300 auf 6.000 in 2005 und 7.200 in 2007. Vor allem in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre war diese Entwicklung dem Aufbau von handlungsfähigen Organisationsstrukturen in den östlichen Bundesländern geschuldet, wo etwa binnen kurzer Zeit der Landesverband in Sachsen zum bundesweit mitgliederstärksten wurde.

Über die soziale Zusammensetzung der Mitgliedschaft liegen keine genaueren Erkenntnisse und Untersuchungen vor. Aus der Kenntnis der Partei heraus lassen sich allenfalls allgemeine Aussagen formulieren: Demnach besteht ein überdurchschnittlich hoher Männeranteil in der Mitgliedschaft, der im Bereich von vier Fünftel liegen dürfte. Hinsichtlich der Alterszusammensetzung scheint es einen beträchtlichen Unterschied zwischen den ost- und westdeutschen Landesverbänden zu geben: In den letztgenannten finden sich noch große Anteile von Mitgliedern der „alten“ NPD, die demgemäß auch höheren Alters sind. In den östlichen Bundesländern entstanden erst in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre funktionsfähige Landesverbände. Sie zogen insbesondere junge Männer an, was für einen relativ niedrigen Altersdurchschnitt sprechen dürfte. Hinsichtlich der sozialen Herkunft ist anzunehmen, dass die Mehrheit der Parteimitglieder aus der Arbeiterschaft im weitesten Sinne stammt, während auf Funktionärebene viele Personen aus dem Mittelstand auszumachen sind.

Bezüglich der politischen Zusammensetzung der NPD äußerte der Parteivorsitzende Udo Voigt nach den Landtagswahlen in Sachsen 2004, es gebe in ihr eine nationalkonservative, nationalliberale und nationalsozialistische Strömung (vgl. Voigt 2004). Dabei wurden aber weder Aussagen zur quantitativen Verteilung der Mitglieder auf diese Tendenzen formuliert, noch näher Besonderheiten und Unterschiede zwischen ihnen erläutert. Das Vorhandensein eines „nationalliberalen Flügels“ in der NPD kann so gut wie ausgeschlossen werden. Allenfalls finden sich solche ideologischen Tendenzen gegenwärtig am rechten Rand der FDP ohne Gemeinsamkeiten und Verbindungen zur Partei Voigts. Mit der nationalkonservativen Strömung dürfte der deutsch-nationalistisch geprägte Teil der „alten“ NPD gemeint sein. Zu den Nationalsozialisten gehören die Anhänger der früher verbotenen neonazistischen Gruppierungen, die jetzt in der NPD ein Forum für ihre politischen Aktivitäten gefunden haben. Ihr Mitgliederanteil dürfte mindestens ein Drittel bis maximal die Hälfte ausmachen.

3.5 Die Wählerentwicklung und -zusammensetzung

Bei Wahlen konnte die NPD zunächst noch keine Erfolge verzeichnen. Gleichwohl gelang es ihr schon in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre, hier und da einen Achtungserfolg auf niedrigem Niveau zu verzeichnen. Die Ergebnisse bei Bundes- und Europawahlen bewegten sich allerdings nur zwischen 0,3 und 0,4 Prozent der Stimmen. Bei den Landtagswahlen in den westlichen Bundesländern schwankte die Zustimmung zwischen 0,1 und 0,8 Prozent. Aber schon zu dieser Zeit deutete sich eine weitaus höhere Bereitschaft zur Wahl der NPD in den östlichen Bundesländern an, konnte doch die Partei mit 1,1 Prozent 1998 in Meck-

lenburg-Vorpommern und 1,4 Prozent 1999 in Sachsen über ein Prozent der Stimmen erlangen. Ebendort erzielte man 2004 und 2006 mit 9,2 Prozent in Sachsen und mit 7,3 Prozent der Stimmen in Mecklenburg-Vorpommern die größten Wahlerfolge in jüngerer Zeit. In den westlichen Bundesländern blieb die NPD aber weit unter diesen Werten, schwankten doch die Prozentzahlen mit der Ausnahme des Saarlandes 2004 mit 4 Prozent zwischen 0,5 und 1,9.

Wie setzten sich nun die Wähler der NPD sozial zusammen (vgl. Pfahl-Traugher 2004; 2006b)? Eine Betrachtung der Daten zu den Wahlen mit Ergebnissen von über vier Prozent der Stimmen ermöglicht repräsentative Angaben: Für die NPD votieren überdurchschnittlich stark jüngere Wähler. Der Anteil der Altersgruppe zwischen 18 und 24 Jahren ist meist doppelt so groß wie im Durchschnitt, während die über Sechzigjährigen weit unterdurchschnittlich die Partei wählen. Hinsichtlich der Geschlechterverteilung zeigt sich, dass die NPD mit knapp zwei Dritteln überwiegend von Männern und mit knapp über einem Drittel weniger von Frauen gewählt wird. Bei der formalen Bildung ließen sich die stärksten Ausprägungen im Bereich der mittleren und direkt danach in der niedrigeren Kategorie ausmachen, während höher Gebildete nur unterdurchschnittlich stark NPD wählten. Bei den Berufsgruppen zählten insbesondere die Arbeiter und Arbeitslosen mit einem meist doppelt so hohen Anteil wie im Durchschnitt zu den Wählern der Partei.

Einige interessante Rückschlüsse auf die Motivation für das Votum zugunsten der NPD können die Angaben zur Wahlentscheidung und Wählerwanderung geben: Mehr als ein Drittel der Befragten gaben an, bereits vor längerer Zeit eine Entscheidung zugunsten der rechtsextremistischen Partei getroffen zu haben. Am Wahltag selbst überlegte sich dies nur knapp mehr als jeder Zehnte. Demnach stellt das Votum für die NPD keine spontane Entscheidung kurz vor der Wahl ohne nähere Reflexionen zu diesem Schritt dar, hatten sich doch bedeutende Teile der Wählerschaft schon längerfristig so entschieden. Überwiegend stammten die Voten für die rechtsextremistische Partei zu nahezu gleichen Anteilen von früheren CDU- und SPD-Wählern sowie von früheren Nichtwählern und von Erstwählern. Als Motive nannten die NPD-Wähler ein bestimmtes politisches Thema als wahlentscheidend: die ablehnende Einstellung der Partei zu den Arbeitsmarktreformen und Hartz IV.

3.6 Die besondere Situation in den ostdeutschen Ländern

Betrachtet man die Mitgliederentwicklung und Wahlergebnisse der NPD genauer, so fällt der eindeutige Schwerpunkt in den ostdeutschen Ländern auf. Die damit verbundene Entwicklung zeichnete sich allerdings erst ab Mitte der 1990er Jahre ab. Direkt nach dem Fall der Mauer und der Öffnung der Grenzen hoffte die NPD, in Ostdeutschland schnell handlungsfähige Strukturen aufzubauen und binnen kurzer Zeit große Wahlerfolge verbuchen zu können. Dem war aber gerade nicht so, gelang doch jahrelang weder das eine noch das andere (vgl. Pfahl-Traugher 1992). Die unter der Bezeichnung „Mitteldeutsche Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ gegründete Ost-Variante der NPD spielte zunächst nicht nur in der Gesellschaft und bei Wahlen, sondern selbst innerhalb des dortigen rechtsextremistischen Spektrums keine Rolle (vgl. Stöss 2000: 72-79). Dies änderte sich erst nach dem strategischen Wechsel der Parteiführung ab 1996 und dem gleichzeitig einsetzenden wachsenden Unmut der dortigen Bevölkerung über die Folgen der Einheitspolitik.

Fortan konnte eine Schwerpunktverlagerung des Rechtsextremismus ausgemacht werden: Auch wenn die organisatorischen Strukturen im Parteienbereich in den westlichen Ländern meist stärker entwickelt blieben, ließ sich bei den Gewalttaten, der Neonazi- und Skinhead-Szene ein eindeutiges Übergewicht in den östlichen Ländern ausmachen (vgl. Pfahl-Traugher 2000). Auch die NPD-Landesverbände blühten in dieser Phase auf, was anhand des Verbandes in Sachsen aufgezeigt werden kann. Gegen Mitte der 1990er Jahre gehörten ihm um die zweihundert Personen an. Bereits 1998 erreichte die NPD ebendort ihren Spitzenwert von 1.400 Mitgliedern, womit etwa ein Drittel aller Parteimitglieder in diesem Bundesland lebten. Überwiegend handelte es sich um Jüngere aus den unteren sozialen Schichten mit Sympathien oder gar Zugehörigkeiten zur Skinhead-Szene, teilweise um Aktivisten aus früheren neonazistischen Gruppierungen. Auch wenn die NPD in Sachsen bis zum Jahr 2000 aufgrund von internen Differenzen wieder ein knappes Drittel ihrer Mitglieder verlor, blieb der dortige Landesverband der bundesweit stärkste (vgl. Steglich 2005: 59-80).

Zwar ließ sich diese organisatorische Entwicklung und regionale Verankerung nicht bei allen Landesverbänden ausmachen, aber der Trend lief ebenso in diese Richtung wie bei der Verteilung der Wählerzustimmung. Dies zeigen anschaulich die Ergebnisse für die NPD bei den bundesweiten Wahlen vor und nach 1995: Bei den Bundestagswahlen 1990 votierten 0,3 Prozent im Westen und 0,3 Prozent im Osten für die NPD, bei den Europawahlen 1994 wählten 0,2 Prozent im Westen und 0,3 Prozent im Osten die Partei. Demnach konnte von einer ungefähr gleichen Verteilung der Wählerstimmen ausgegangen werden. Bei den Bundestagswahlen 1998 entschieden sich 0,1 Prozent im Westen und 0,7 Prozent im Osten und bei den Europawahlen 1999 0,3 Prozent im Westen und 0,9 Prozent im Osten für die NPD. Ähnlich deutliche Unterschiede ergaben sich auch bei den seinerzeit bei den Wahlen noch erfolgreicheren Parteien DVU und REP. Insofern bezieht sich die angesprochene Entwicklung nicht nur auf die NPD, sondern gilt allgemein für den Rechtsextremismus.

4 Schlusswort und Zusammenfassung

Vergleicht man nun die „alte“ und die „neue“ NPD miteinander, so ergeben sich eine Reihe wichtiger Erkenntnisse zur Einschätzung des gegenwärtigen Gefahrenpotentials. In diesem Kontext muss noch einmal daran erinnert werden, dass die NPD in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre die bislang erfolgreichste rechtsextremistische Wahlpartei in der Nachkriegszeit war. Will sich eine andere rechtsextremistische Kraft als Wahlpartei etablieren, so muss sie mindestens über gleich große, wenn nicht sogar weitaus stärkere politische Bedeutung verfügen. Insofern bildet die „alte“ NPD einen wichtigen Maßstab zur differenzierten Einschätzung des Gefahrenpotentials der „neuen“ NPD. Bezüglich der ideologischen Ausrichtung lässt sich konstatieren, dass die Partei in beiden zeitlichen Phasen rechtsextremistisch ausgerichtet war. Hinsichtlich des Intensitätsgrades von Extremismus kann die gegenwärtige NPD eher als „harte“, die frühere NPD eher als „weiche“ Variante gelten – und letztere ähnelt in dieser Hinsicht eher der gegenwärtigen DVU.

Dieser Unterschied erklärt sich zu großen Teilen durch die ideengeschichtliche Einordnung: Die Partei der 1960er Jahre orientierte sich am traditionellen Deutsch-Nationalismus, die gegenwärtige NPD am völkischen Nationalismus. Mit ersterem ging eine besitzbürgerliche, mit letzterem eine sozialrevolutionäre Ausrichtung einher. Hieraus ergibt sich

auch die weitaus affirmativere Kommentierung des historischen Nationalsozialismus durch die „neue“ NPD. Bezüglich der Organisation verfügt sie gegenwärtig um die 7.000 Personen, also lediglich über ein Viertel der Mitglieder der „alten“ NPD in ihrer Hochphase 1967 und 1969 mit um die 28.000 Mitglieder. Und hinsichtlich der Strategie kann folgender Unterschied konstatiert werden: Die „alte“ NPD verstand sich als klassische Wahlpartei. Dem gegenüber geht es der „neuen“ NPD nicht nur um erfolgreiche Wahlkandidaturen, sondern auch um öffentlichkeitswirksame Präsenz. Neben einem „Kampf um die Parlamente“ setzt sie in Kooperation mit der Neonazi-Szene auch auf einen „Kampf um die Straße“.

Weitere Unterschiede bestehen bei der Wahlzustimmung: Zwar konnte die NPD in den ostdeutschen Ländern 2004 und 2006 jeweils den Sprung in die Landesparlamente schaffen. Dem stehen aber die Ergebnisse von unter zwei Prozent in den westlichen Ländern (mit der Ausnahme des Saarlandes mit vier Prozent 2004) im gleichen Zeitraum gegenüber. Von einer breiteren öffentlichen Akzeptanz kann daher auch für beide Phasen in der NPD-Entwicklung nicht gesprochen werden. Das Meinungsbild ist – auch bedingt durch die kritische Medienberichterstattung – eindeutig negativ. Eine Ausnahme bilden gegenwärtig regionale Hochburgen in den ostdeutschen Ländern, wo die Partei sich mitunter erfolgreich um eine alltagskulturelle Verankerung bemüht. Bilanzierend betrachtet stellt die NPD (auch unter Einschluss der Neonazi-Szene) keine erfolgreiche Massenbewegung dar. Innerhalb der Bevölkerung besteht allerdings ein relevantes rechtsextremistisches Einstellungspotential (vgl. Decker/Brähler 2006), das die „neue“ NPD bislang aber noch nicht mobilisieren konnte.

Literatur

- Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (1993): Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin.
- Backes, Uwe/Steglich, Hendrik (Hg.) (2007): Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei. Baden-Baden.
- Bergsdorf, Harald (2007): Die neue NPD. Antidemokraten im Aufwind. München.
- Brandstetter, Marc (2006): Die NPD im 21. Jahrhundert. Eine Analyse ihrer aktuellen Situation, ihrer Erfolgsbedingungen und Aussichten. Marburg.
- Braun, Stephan/Vogt, Ute (Hg.) (2007), Die Wochenzeitung „Junge Freiheit“. Kritische Analysen zu Programmatik, Inhalten, Autoren und Kunden. Wiesbaden.
- Decker, Oliver/Brähler, Elmar (2006): Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland. Berlin.
- Dudek, Peter/Jaschke, Hans-Gerd (1984): Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Zur Tradition einer besonderen politischen Kultur. Opladen.
- Fascher, Eckhard (1994): Modernisierter Rechtsextremismus? Ein Vergleich der Parteigründungsprozesse der NPD und der Republikaner in den sechziger und achtziger Jahren. Berlin.
- Jesse, Eckhard (1990): Biographisches Portrait: Adolf von Thadden. In: Jahrbuch Extremismus & Demokratie 2: 228-238.
- Jesse, Eckhard (2006): Biographisches Portrait: Udo Voigt. In: Jahrbuch Extremismus & Demokratie 18: 207-219.
- Kühnl, Reinhard et al. (1969): Die NPD. Struktur, Ideologie und Funktion einer neofaschistischen Partei. Frankfurt/M.
- Maier, Hans (1967): Die NPD. Struktur und Ideologie einer „nationalen Partei“. München.
- Niethammer, Lutz (1969): Angepasster Faschismus. Politische Praxis der NPD. Frankfurt/M.

- NPD (Hg.) (1964): Das Manifest der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands NPD. In: Fred H. Richards. Die NPD. Alternative oder Wiederkehr. München/Wien. 101-106.
- NPD (Hg.) (1966): Politisches Lexikon. Hannover ..
- NPD (Hg.) (1967): Grundlagen nationaldemokratischer Politik. Thesen und Forderungen. Hannover.
- NPD (Hg.) (1997): Parteiprogramm Nationaldemokratische Partei Deutschlands. Stuttgart.
- NPD (Hg.) (2002): Aktionsprogramm für ein besseres Deutschland. Berlin.
- NPD (Hg.) (2006): Argumente für Kandidaten & Funktionsträger. Eine Handreichung für die öffentliche Auseinandersetzung. Berlin.
- Pfahl-Traughber, Armin (1992): Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 3/4: 11-21.
- Pfahl-Traughber, Armin (1998): Konservative Revolution und Neue Rechte. Rechtsextremistische Intellektuelle gegen den demokratischen Verfassungsstaat. Opladen.
- Pfahl-Traughber, Armin (1999): Der „zweite Frühling der NPD“ zwischen Aktion und Politik. In: Jahrbuch Extremismus & Demokratie 11: 146-166.
- Pfahl-Traughber, Armin (2000): Die Entwicklung des Rechtsextremismus in Ost- und Westdeutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 39. 3-14.
- Pfahl-Traughber, Armin (2004): Wer wählt warum rechtsextremistisch? Sozialstruktur und Motivation der Wähler von DVU, NPD und REP im Vergleich. In: Mut Nr. 447, November: 60-65.
- Pfahl-Traughber, Armin (2006a): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. 4. Auflage. München.
- Pfahl-Traughber, Armin (2006b): Wer wählt warum rechtsextremistisch? Die soziale Zusammensetzung der Wähler der NPD und die Ursachen für den Erfolg der Partei bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2006. In: Freiheit und Recht Nr. 4, Dezember: 3ff.
- Schmollinger, Horst W. (1984): Die Nationaldemokratische Partei Deutschland. In: Richard Stöss (Hg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980. Opladen. 1922-1994.
- Staud, Toralf (2005): Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD. Köln.
- Steglich, Henrik (2005): Die NPD in Sachsen. Organisatorische Voraussetzungen ihres Wahlerfolgs. Göttingen.
- Stöss, Richard (1989): Die extreme Rechte in der Bundesrepublik. Entwicklung – Ursachen Gegenmaßnahmen. Opladen.
- Stöss, Richard (2000): Rechtsextremismus im vereinten Deutschland. 3. Auflage. Berlin.
- Voigt, Udo (2004): „Ziel ist, die BRD abzuwickeln“. In: Junge Freiheit Nr. 40, 24.9.2004: 3.
- Zaleshoff, Andreas P. (1989): Der zweite Frühling der NPD. Hannover.

Das Viersäulenkonzept der NPD

Christoph Schulze

1 Einleitung

Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) hat seit der zweiten Hälfte der 1990er Jahre ihr Agitations- und Aktionsrepertoire beständig erweitert und sich selbst auf diese Weise flexibilisiert. Sie hat sich von einer starren, fast in der Bedeutungslosigkeit verschwundenen Partei der extremen Rechten zu einer agilen neonazistischen Bewegungspartei gewandelt (Funke 2002: 84), die das Gravitationsfeld im hiesigen zeitgenössischen Rechtsextremismus darstellt (BfV 2006). Diese Einschätzung gilt auch trotz der seit mehreren Jahren anhaltenden Finanzprobleme der NPD, durch die ihre Handlungsmöglichkeiten stark beschnitten sind.

Mit den Erfolgen einhergehend sind aus der Partei häufig hochgradig widersprüchliche Aussagen zu vernehmen – gerade auch, was die wichtige Frage angeht, wie die NPD öffentlich ihr Verhältnis zum Nationalsozialismus dargestellt wissen möchte. Ein Beispiel dafür ist das uneinheitliche Verhalten der Partei anlässlich des Todes von Friedhelm Busse im Juli 2008. Bei dessen Beerdigung¹ waren auch etliche NPD-Funktionäre zu Gast. Der Hamburger NPDler Thomas Wulff breitete eine Reichskriegsflagge mit Hakenkreuz über Busses Sarg aus (Ramelsberger/Ritzer 2008). Das Parteipräsidium der NPD ging wenig später auf Distanz: „Der Einsatz für ein sozial gerechtes Deutschland bedarf keiner Symbolik von gestern.“ Die Hakenkreuzflagge stehe nicht „im Einklang mit den Zielen der NPD“ (Parteipräsidium der NPD 2008). Nur Wochen später schrieb Parteichef Udo Voigt einen ganzseitigen und betont respektvollen Nachruf auf Busse in der NPD-Parteizeitung (Voigt 2008).²

Auf lokaler Ebene konzentrieren sich NPD-Funktionäre mancherorts darauf, im Zuge einer taktischen Zivilisierung kommunale Probleme zu thematisieren (vgl. Klärner 2006: 64ff.), die betont unideologisch bearbeitet werden. Indem beispielsweise langsame Behördenarbeit angeprangert wird, ist es für die NPD möglich, mit Menschen ins Gespräch kommen, ohne gleich den Kern der eigenen Weltanschauung diskutieren zu müssen. Ein zumindest temporärer Gewaltverzicht ist in diesem Auftreten inbegriffen. Auf der anderen Seite führt die NPD regelmäßig Demonstrationen durch, bei denen ein militanter Gestus zelebriert und der Geist des Nationalsozialismus beschworen wird. Im Oktober 2006 versammelten sich in Berlin rund 1000 Rechtsrockfans bei einer von der NPD organisierten Solidaritätsdemonstration für den damals inhaftierten Sänger der Band Landser, Michael

1 Friedhelm Busse, Jahrgang 1929, war als Teenager als Freiwilliger der Waffen-SS im Einsatz. Von der Nachkriegszeit an durchgehend bis zu seinem Tod war Busse als Nationalsozialist aktiv. Er war unter anderem Gründer der 1982 verbotenen „Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands / Partei der Arbeit“ (VSBD) und von 1988 bis zu ihrem Verbot 1995 Vorsitzender der Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP).

2 Der Kulturwissenschaftler Georg Seeßlen hält das hier erkennbare „Spiel mit Distanzierung, Leugnung und Identifikation mit dem historischen Nationalsozialismus“ gar für ein allgemeingültiges Erkennungszeichen des „neuen Faschismus“. (Vgl. Seeßlen 2001: 19)

Regener. Dem Rechtsrocker, der Texte schrieb wie „Hurra, das Asylheim brennt“ oder „Kanacke verrecke“, spricht die NPD in ihrem Aufruf zu, dass er „die Sehnsucht einer ganzen jungen Generation nach Erneuerung und nach einem Land, das die Heimat der Deutschen sein soll“ artikulieren würde (NPD Berlin 2006).

Scheinbare Distanz zum Nationalsozialismus und gleichzeitige offene Befürwortung desselben; gewaltfreie Basisarbeit und militante Demonstrationen – solche Diskrepanzen sind nur teilweise Ausdruck verschiedener konkurrierender Strömungen in der Partei. Zugleich zeugen sie von der mittelfristigen Strategie, die die NPD verfolgt. Sie versucht, mehrere Zielgruppen gleichzeitig anzusprechen. Vom subkulturell geprägten Rechtsrockfan zur NS-Nostalgikerin, vom politisch-apathischen arbeitslosen Ostdeutschen zur rassistischen Mittelständlerin aus Westdeutschland: Alle werden adressiert, jeder kann sich seine NPD aussuchen. In diesem Sinn hat die Partei ihr Auftreten, ihre Selbstinszenierung und ihre Ansprachetechnik ausdifferenziert.

Den Orientierungsrahmen bietet dabei das so genannte Dreisäulenkonzept aus dem Jahr 1998, welches 2004 zu einem Viersäulenkonzept ausgebaut wurde. Leben und auch Politik sind für eine rechtsextreme Partei wie die NPD immer nur in einem militärischen Bedeutungsrahmen als „Kämpfe“ fassbar. In seinem Strategiepapier zum Säulenkonzept erklärt das NPD-Parteipräsidium 1998: „Wenn die NPD ihre Ziele für Deutschland erreichen will, muss sie – im übertragenen Clausewitzschen Sinne gesprochen – drei große Schlachten schlagen“ (Parteivorstand der NPD 1999: 359). „Zur Programmatik“, „zur Massenmobilisierung“ und „zur Wahlteilnahme“ (Parteivorstand der NPD 1999: 359ff.) dienen die ersten drei Säulen; zur Bündnispolitik ruft die neue, vierte Säule auf. Dem Pathos der Parteisprache entsprechend sind diese Säulen betitelt. Es geht um den „Kampf um die Köpfe“, den „Kampf um die Straße“, den „Kampf um die Parlamente“ und den „Kampf um den organisierten Willen“. Die Säulen „Kampf um die Straße“ und „Kampf um den organisierten Willen“ lassen sich dabei recht konkreten Zielen zuordnen: Die NPD will Demonstrationen abhalten und ein Bündnis mit DVU und freien Kameradschaften schließen. Der „Kampf um die Köpfe“ und der „Kampf um die Parlamente“ sind unterdessen um einiges vager gehalten. Hier geht es darum, auf vielfältige Art Menschen an sich binden und bei möglichst vielen Wahlen gute Ergebnisse zu erzielen.

Der vorliegende Beitrag stellt zunächst die Geschichte und Hintergründe des Säulenkonzeptes dar und erläutert sodann Inhalt und Umfang der einzelnen Säulen. Folgende Punkte werden aufgezeigt:

1. Die NPD setzt mit ihrer Säulenstrategie auf langen Atem, auf Graswurzelarbeit anstelle kurzfristiger Wahlerfolge.
2. Die NPD will – wie bereits angedeutet – mit jeweils spezifisch angepasstem Auftreten bei verschiedenen Klientelen gleichzeitig politikfähig sein.
3. Das Säulenkonzept ist weitfassend formuliert, um viele Handlungsoptionen denkbar zu machen aber kaum welche auszuschließen. Insofern ist es nur grober Orientierungshorizont für Parteiaktivisten. Es hält keine Liste oder auch nur Anhaltspunkte bereit, was Parteiinteressen widersprechen würde.³

3 Schon das ebenfalls aus NPD-Kreisen stammende Konzept der „National befreiten Zonen“ von 1990 war sehr umfassend gehalten – und als noch umfassender wurde es in der Szene rezipiert. Es diente schließlich faktisch als symbolhafter Kanisterbegriff um „ein buntes Allerlei“ von Aktivitäten vom Versandhandel bis zur Straßengewalt in einen gemeinsamen Kontext setzen zu können. (Vgl.: Döring 2008: 94)

4. Daran anschließend sind auch kämpferische und militante Aktionen innerhalb des Säulenkonzepts denkbar. Um legal und argumentativ nicht in die Defensive zu geraten, ist der „Kampf um die Straße“ zwar auf Demonstrationen beschränkt – aber er beinhaltet genügend Spielraum, um beispielsweise Militanz gegen Parteifeinde implizit denkbar zu machen.

2 Geschichte und Hintergrund des Säulenkonzepts

Die Entstehung des Viersäulenkonzepts ist eng mit der Person Udo Voigt verbunden, welcher 1996 den NPD-Vorsitz übernahm. Sein erfolgloser, traditionalistisch-altrechts orientierter Vorgänger Günther Deckert hatte die Partei auf magere 2800 Mitglieder und in die parlamentarische Bedeutungslosigkeit manövriert. Unter Voigt wandelte sich die NPD „von einer überwiegend deutschnationalen, eher systemkonform agierenden zu einer neonazistischen, systemfeindlichen Partei.“ (Stöss 2005: 132) Waren unter Deckert klassische rechts-extreme Themen wie Revisionismus Hauptagitationsfeld der NPD, rückten nun die Themen soziale Frage, Arbeitslosigkeit, Globalisierung und Kapitalismuskritik stärker in den Vordergrund. Gleichzeitig wurde der Schwerpunkt der Organisierungsbemühungen deutlich nach Ostdeutschland verlegt. Damit einher ging eine Öffnung hin zu militanten Neonazis, die oftmals schon in Kleinorganisationen aktiv waren, von denen viele ab 1992 verboten worden waren oder sich aufgelöst hatten.⁴ Parallel zu diesen Entwicklungen wurde die NPD strategisch von einer reinen Wahlpartei hin zu einer Bewegungspartei umgepolt: „Die Reduzierung der strategischen und taktischen Maßnahmen der Partei auf Aspekte, die unmittelbar mit Wahlen zusammenhängen, greift [...] zu kurz.“ Es galt fortan, auch „eine nationale außerparlamentarische Opposition zu organisieren, die unabhängig von den Regeln eines parlamentarischen Systems das Bewusstsein neuer künftiger Führungseliten prägt“ (Partei Vorstand der NPD 2002: 25). Wahlzyklen seien ein zu kurzfristiger Bezugsrahmen, wenn man „langfristig inhaltlich und bewusstseinsverändernd [...] wirken“ wolle (Partei Vorstand der NPD 2002: 6).

In den Jahren 1996 und 1997 erarbeitete eine „Strategiekommission der NPD“ ein Papier mit dem Titel „Das strategische Konzept der NPD“ in welcher sie das Dreisäulenmodell mit den Bestandteilen „Kampf um die Straße“, „Kampf um die Parlamente“ und „Kampf um die Köpfe“ darlegte. Beim 27. Bundesparteitag 1998 in Stavenhagen (Mecklenburg-Vorpommern) wurde das Säulenkonzept als verbindliche Richtlinie für die Parteiarbeit verabschiedet. Selbstkritisch merkte die Partei 2002 in einer Zwischenbilanz an, dass die neue Strategie „bislang nur im ‚Kampf um die Straße‘ erfolgreich umgesetzt“ werden konnte (Partei Vorstand der NPD 2002: 25). Beim 30. Bundesparteitag in Leinefelde (Thüringen) im Oktober 2004 – fünf Wochen nach dem 9,2-Prozent-Erfolg bei den Landtagswahlen in Sachsen – wurde das Säulenmodell um den „Kampf um den organisierten Willen“ zu einem Viersäulenkonzept erweitert.

Bezeichnend ist, wie sehr sich die NPD unter dem ehemaligen Bundeswehr-Hauptmann Udo Voigt mit dem Säulenkonzept in ihrer Strategie an einer militärischen

4 Aus dieser Öffnung und der darauf folgenden Eintrittswelle sind beispielsweise Frank Schwerdt (bis 1997: „Die Nationalen e.V.“, jetzt NPD-Bundesvorstand und Leiter vom „Amt Recht“ und Jens Pühse (bis 1992 „Nationalistische Front“, jetzt NPD-Bundesvorstand und Leiter vom „Amt Organisation“) weiterhin in exponierter Position für die NPD tätig.

Logik ausgerichtet hat. Allgemein ist es im Rechtsextremismus weit verbreitet, das Leben als Kampf zu betrachten und sozialdarwinistisch das „Recht des Stärkeren“ zu affirmieren. Allein die Benennung der einzelnen Säulen als „Kämpfe“ deutet bereits darauf hin, dass die NPD ein explizit kämpferisch-militärisches Verständnis von ihrer Arbeit hat. Darüber hinausgehend: Wenn die Partei sich zu ihrer Strategie äußert, ist es insbesondere der preußische Militärtheoretiker Carl von Clausewitz, der als Referenz herangezogen wird (vgl. beispielsweise Parteivorstand der NPD 2002: 8ff.; Parteivorstand der NPD 1999: 358; NPD 2008: 3). Für die NPD ist Krieg nicht nur Mittel zur Durchsetzung von politischen Interessen, sondern Politik wird an sich als Krieg konzeptionalisiert. „Der Krieg ist eine Abfolge von Gefechten [...] Taktik ist die Lehre vom Gebrauch der Mittel zum Gefecht [...] Die Strategie ist die Lehre vom Gebrauch der Gefechte im Krieg“, zitiert die NPD Clausewitz um dann anzufügen: „Dies muss umgesetzt werden in der Politik.“ (Parteivorstand der NPD 2002: 9) Nie geht es der NPD ihrer Parteistrategie zufolge um demokratischen Austausch von Argumenten mit Opponenten, sondern sie ist gänzlich im Clausewitz'schen Schlachten-Schema verfangen:

„‘Vernichtung der feindlichen Streitkräfte ist der Zweck aller Gefechte‘, heißt es bei Clausewitz. Für uns übersetzt heißt dies: Der Verlust von Mitgliedern, Anhängern und Mandatsträgern [bei anderen Parteien, C.S.] sowie deren eigener Gewinn ist der Zweck aller Kampagnen.“ (Parteivorstand der NPD 2002: 10)

3 Das Viersäulenkonzept

3.1 „Kampf um die Straße“

Die NPD betreibt seit Jahren eine intensive Demonstrationspolitik. Folgerichtig gehört der „Kampf um die Straße“ zu den Grundsäulen der NPD-Politik. Zum einen, weil damit die eigenen Inhalte öffentlichkeitswirksam verbreitet werden können. Zum anderen können vor allem junge, subkulturell geprägte Rechtsextreme über das aufwühlende, Identität stiftende Erlebnis einer Demonstration näher an Partei und Bewegung gebunden werden. Oft sind Demonstrationen von der NPD und anderen rechtsextremen Gruppierungen für die Teilnehmenden schon allein wegen der regelmäßig organisierten Gegenveranstaltungen mit starken emotionalen Eindrücken verbunden.

„Massenwirkung“ für ihre Ideen glaubt die NPD nur „durch die Mobilisierung der Straße“ erreichen zu können, da sie „kaum finanzielle Förderer“ habe und somit über zu wenige andere Kommunikationswege verfüge (Parteivorstand der NPD 1999: 360). In ihrem Strategiepapier widmet die NPD der beabsichtigten Attraktion und Rekrutierung von Jugendlichen großen Raum:

„Mobilisierbar sind heute in erster Linie jene Massen von jungen Menschen, die nicht nur um ihre berufliche Zukunft sondern auch um ihr nationales und kulturelles Selbstwertgefühl betrogen werden, die sich zu Menschen zweiter Klasse herabgewürdigt fühlen und sich wie Fremde im eigenen Land vorkommen. Wenn sich diese jungen Leute in eigenen Jugendkulturen, etwa Skinheadgruppen, zusammenschließen, so ist dies angesichts des Verfalls der Volksgemeinschaft in der BRD eine soziologische Selbstverständlichkeit, die hingenommen werden muss. Die NPD hat keine Probleme, mit solchen Gruppen zusammenzuarbeiten, wenn sie bereit sind, als politische Soldaten zu denken und zu handeln“ (Parteivorstand der NPD 1999: 360).

Selbstverständlich weiß die NPD um den Schaden für das Parteimage, den die Präsenz von martialisch auftretenden Skinheads auf ihren Veranstaltungen anrichtet. Die Präsenz von Subkultur wird daher nicht uneingeschränkt begrüßt, sondern sie muss „hingenommen werden“.⁵ Doch diese Kosten werden aus Parteisicht angesichts der Gewinne durch die erreichte „Verjüngung, Dynamisierung und subkulturelle Modernisierung“ (Erb 2006: 152) mehr als aufgewogen: Mit Events auf der Straße erreicht die NPD junge Menschen, die wiederum Masse für die eigenen Veranstaltungen stellen (und somit mehr Aufmerksamkeit für Parteienliegen produzieren helfen). Seit Ende der 1990er Jahre hat die NPD diese Öffnung immer weiter forciert, die mit einer stärkeren Akzentuierung ihres neonazistischen Charakters einhergeht: Rechtsrock und NS-Nostalgie verstören die breite Öffentlichkeit eher, doch sie kommen bei rechten Jugendlichen und Neonazis an. Exemplarisch für diesen Schulterchluss war etwa die demonstrative Teilnahme von NPD-Repräsentanten wie Udo Pastörs an den letzten Auflagen des teilnehmerstarken „Heldengedenkens“ im brandenburgischen Halbe – einer Veranstaltung also, die in den Vorjahren ausschließlich von parteiungebundenen militanten Neonazis getragen wurde. Ein anderes Beispiel (auch wenn es sich um keine Demonstration handelt) ist das Pressefest des Parteiverlags „Deutsche Stimme“, das inzwischen durch Auftritte von bekannten Neonazibands eher den Charakter eines Rechtsrock-Festivals als den eines Verlagswerbeevents hat.

Die Anzahl neofaschistischer Demonstrationen in der Bundesrepublik ist in den vergangenen Jahren immens angestiegen. Verfügte die extreme Rechte Anfang der 1990er Jahre noch über ein „begrenzttes Aktionsrepertoire“ (Koopmans 1996: 779), in dem Demonstrationen kaum eine Rolle spielten, so sind sie inzwischen zentrales Element rechtsextremer Politik. Selbst noch im Jahr 1997 gab es lediglich 25 neofaschistische Demonstrationen mit mehr als 50 Teilnehmern. Bis 2001 vervierfachte sich diese Zahl und verblieb zwischen 2001 und 2004 auf einem hohen Niveau von durchschnittlich knapp 100 Demonstrationen jährlich (vgl. Virchow 2006: 75ff.). Demonstrationen, die sich gegen staatliche oder gesellschaftliche Maßnahmen gegen den Rechtsextremismus widmeten, machten den größten Anteil aus (123 von 524 zwischen 1997 und 2004), gefolgt von Demonstrationen zur sozialen Frage beziehungsweise zur Globalisierung (101). Den höchsten Teilnehmerdurchschnitt brachten hingegen die Demonstrationen, die sich der Verherrlichung der Wehrmacht oder des NS-Führungspersonals widmeten (im Schnitt 547 Personen bei 68 Aufmärschen; vgl. Virchow 2006: 79).⁶

Diesem Bedeutungsgewinn der Aktionsform Demonstration für das neofaschistische Lager trägt die NPD mit der Säule „Kampf um die Straße“ Rechnung. Beabsichtigte Effekte sind zum einen auf die Existenz der Bewegung hinzuweisen und für sie, zumindest temporär, physischen Raum zu gewinnen, in dem dann die eigenen politischen Standpunkte artikuliert werden können. Die beabsichtigten Wirkungen nach Innen sind in ihrer Bedeu-

5 Die seit den 1990er Jahre heftig geführte Diskussion um die Integration von Skinheads in die NPD klingt in dieser Formulierung deutlich nach. Inzwischen sind rechte Skinheads als Demonstrationsfußvolk zwar nicht uneingeschränkt geschätzt aber unumstritten akzeptiert. Bemerkenswert ist die Ähnlichkeit dieser alten Debatte mit der seit 2007 geführten Diskussion um die „Autonomen Nationalisten“ beziehungsweise den „NS Black Block“. Wie die Skinheads verkörpern die Autonomen Nationalisten einen maskulinen, gewalttätigen Gestus, sind selbstbewusst, schwer disziplinierbar sowie kaum von einer taktischen Zivilisierung überzeugbar. Sie waren Objekt eines (gescheiterten) Abgrenzungsbeschlusses des NPD-Parteipräsidiums – während über die in stark rückläufiger Zahl aber weiterhin vorhandenen Skinheads nicht mehr debattiert wird.

6 Inzwischen dürfte sich die Akzentuierung der verschiedenen Themen allerdings verschoben haben – in den Zeitraum der hier zitierten Zählung fielen immerhin das gescheiterte NPD-Verbotsverfahren sowie die Kampagne gegen die Wehrmachtausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung.

tung womöglich noch höher anzusiedeln, zumindest was die Reproduktionsfähigkeit der Bewegung angeht. Es geht um die Kontaktpflege untereinander; die Schaffung eines Initiationsorts für Neulinge; einen erhofften Motivationsschub für die Teilnehmenden nach einer erfolgreichen Aktion; die Selbstvergewisserung um die eigene Aktionsfähigkeit; die spätere Einbindung von Teilnehmenden in eigene Strukturen; die Ausbildung von Kadern sowie um die Einübung soldatischer Männlichkeit (vgl. Virchow 2006: 82ff.).

In Hinblick auf diese Funktionen von Demonstrationen sind die Politiken von NPD und Kameradschaften deckungsgleich. Daneben gibt es allerdings zwei Spezifika, die nur für die NPD gelten. Sie verfügt über das Parteienprivileg (welches über die Säule „Kampf um die Parlamente“ geschützt werden soll) und hat somit eine vergleichsweise höhere Rechtssicherheit für die Durchsetzung ihrer Demonstrationen als das Kameradschaftsspektrum. Während Wahlkämpfen „müssen die Behörden die rechtswidrigen Behinderungspraktiken [gegen NPD-Demonstrationen, C.S.] wegen der sonst drohenden Wahlanfechtung einschränken“, vermerkt die NPD dazu (NPD-Parteivorstand 1999: 360). Allerdings hat die Demonstrationspolitik der NPD auf übergeordnete Parteiinteressen Rücksicht zu nehmen und wird diesen systematisch angepasst. So wurde während des Verbotsverfahrens von der Parteiführung ein Demonstrationsstopp verfügt, um negative Aufmerksamkeit während dieser Zeit zu vermeiden. Derartige Rücksichtnahme auf das politische Klima ist in der Kameradschaftsszene unnötig und als systemkonformer Anpassungskurs tendenziell verpönt.

Wenn sich die NPD zum Slogan des „Kampfes um die Straße“ äußert, thematisiert sie fast ausschließlich die eigene Demonstrationspolitik. Das Konzept beinhaltet allerdings durchaus mehr als den Willen, die eigene Anhängerschaft regelmäßig und gesetzeskonform öffentlich zu versammeln. Der „Kampf um die Straße“ kann zweifelsfrei als Aufstandsoption und als Zustimmung zu Straßengewalt interpretiert werden. Der Terminus ist ein Direktimport aus dem Vokabular der NSDAP und steht für den Terror, den die SA in der Weimarer Republik verbreitete (vgl. Ehls 1997: 364ff.). Diese Bezugnahme wird auch dadurch untermauert, dass im Zusammenhang mit dem „Kampf um die Straße“ Skinheads als „politische Soldaten“ klassifiziert werden. Letzterer Begriff war die Zusammenfassung des Selbstverständnisses der SA-Angehörigen und wurde auch für die Soldaten der Waffen-SS verwendet (vgl. Wegener 1982). Dass die NPD den Begriff „Kampf um die Straße“ wählte, muss darum als Bekenntnis verstanden werden: Die Partei bezieht sich positiv auf den Nationalsozialismus, sie ist kämpferisch, revolutionär und zum Umsturz entschlossen. Auch die „Aura der Gewalt“ von rechtsextremen Aufmärschen ist in diesem Zusammenhang zu sehen. Die dort zur Schau getragenen Symbole, die Selbstrepräsentation der Teilnehmenden und an Gegendemonstrationen gerichtete Parolen wie „Neun Millimeter für euer Gezeter“ kommunizieren Gewaltbereitschaft (vgl. Virchow 2006: 93). Es passt sodann ins aufständische Selbstbild, dass die NPD in einer Jubiläumspublikation zu ihrem 35-jährigen Bestehen als vorbildliche Beispiele für den „Kampf um Straße“ nicht nur eigene Demonstrationen⁷ hervorhob sondern wie selbstverständlich auch den Aufstand des 17. Juni 1953 in der DDR einkommentiert (vgl. Apfel 1999: 367).

7 Sie nennt Wahlkampfdemonstrationen, die Kampagne gegen die Wehrmachtausstellung und die Demonstrationen zum 1. Mai – und übrigens auch den „Tag des nationalen Widerstandes“ 1998 in Passau, obwohl dies eine Saal- und keine Straßenveranstaltung war.

3.2 „Kampf um die Köpfe“

Einen im Prinzip banalen Punkt spricht die NPD mit der zweiten ihrer vier Säulen an. Wie jede politische Gruppierung trachtet auch sie danach, möglichst viele Menschen von ihren Anschauungen zu überzeugen. Die Summe diesbezüglicher Bemühungen ist im „Kampf um die Köpfe“ zusammengefasst. Er wirke sich auch aus NPD-Sicht „in letzter Konsequenz auf jede Ebene aus“ (Partei Vorstand der NPD 2002: 27). Es geht darum, der völkisch-nationalistischen Programmatik der NPD zu größtmöglicher Verbreitung zu verhelfen.⁸ Hauptfeinde sind dementsprechend Humanismus und Universalismus⁹. Das „Gleichheitsdogma“ (Partei Vorstand der NPD 2002: 16) sei zu überwinden um „den Unterschieden unter den Menschen Rechnung“ zu tragen (Partei Vorstand der NPD 2002: 17).

Wie diese ideologischen Grundlagen konkret vermittelt und weiterentwickelt werden sollen, wird im Strategiepapier des NPD-Vorstandes nur angedeutet. Hier heißt es lediglich, dass die NPD sich prozesshaft und langfristig der „Einbindung von Persönlichkeiten“ und den „Aufbau von intellektuellen Netzwerken weit über Parteigrenzen hinaus“ widmen müsse. „Berührungängste“ seien dabei unangebracht:

„Nicht nur die klassischen ‚Rechten‘, sondern auch die vielen desillusionierten Umweltaktivisten und linken Idealisten aus der alten BRD, die heute feststellen müssen, dass ihre bisherigen Vorbeter genauso auf Globalisierungskurs sind wie die angeblichen ‚Liberalen‘, ‚Konservativen‘ und ‚Sozialdemokraten‘, müssen in diese Arbeit eingebunden werden. Weiter noch: auch Marxisten-Leninisten, die auf der DDR-Seite der ehemaligen innerdeutschen Besatzer-Demarkationslinie ihre Erfahrungen gesammelt haben, sind wertvollste Mitkämpfer, wenn sie den Sozialismus als Volksgemeinschaft begreifen.“ (Partei Vorstand der NPD 1999: 359)

Bei der Auswahl von Agitationsthemen werden ebenfalls Offenheit und Experimentierfreude angemahnt: „Alle Ideen und Begriffe [müssen] hinsichtlich ihrer mobilisierenden Wirkung auf die Massen immer wieder erprobt werden.“ Programmarbeit sei darum „Teil der operativen Vorgehensweise [...] Die Programmatik ist Weg und Ziel der Partei zugleich“ (Partei Vorstand der NPD 1999: 359).

Dazu ergänzend betont Udo Voigt: „Kommunalwahlen müssen unser Fundament bilden“. Nur so könne die NPD „unsere Politik für Deutsche fest verankern“:

8 Das „lebensrichtige Menschenbild“ der NPD – so der Parteiterminus – ist „zentrales Element nationaldemokratischer Theorie“ (Partei Vorstand der NPD 2002: 16). Die NPD beruft sich bei der Herleitung ihres Menschenbildes auf Erkenntnisse aus „Neurologie, Genetik, Soziologie, Biologie, Anthropologie, Ethnologie und Psychologie“ und fasst diese Wissenschaften absurderweise als „Naturwissenschaft“ zusammen (Partei Vorstand der NPD 2002: 16). Die Menschen seien „tiefgreifender durch ihre Erbanlagen (Gene) geprägt [...] als durch Umwelteinflüsse.“ Die Natur des Menschen erfordere „die Einbeziehung der Naturgesetze in die politische Handlung“ (Partei Vorstand der NPD 2002: 17). Ethnizität und Nationalität sind für die NPD also keine sozialen Konstrukte, sondern übergeschichtliche Konstanten: „Völker sind nun einmal Lebens- und Naturtatsachen. [...] Die Menschen leben in Völkern als organisch gewachsenen Gemeinschaften körperlich, geistig und seelisch verwandter Menschen [...]. Völker sind konkrete, greifbare Lebenserscheinungen, während es ‚den‘ Menschen gar nicht gibt. [...] Der ‚Mensch‘ ist genauso eine Fiktion, ein Gedankengebilde und eine Illusion wie die ‚Menschheit‘.“ (Partei Vorstand der NPD 2006: 13ff.)

9 Marxismus und marktwirtschaftlicher Liberalismus teilen aus NPD-Sicht dann auch das gleiche, falsche Menschenbild und würden „in der gleichen Traumwelt“ leben. Ganz nebenbei wird dem Marxismus unterstellt, er würde die „Urgesellschaft“ als „Paradies“ ansehen und die Menschheit dorthin zurückführen wollen (Partei Vorstand der NPD 2002: 16).

„Den ständigen Hetztiraden der Massenmedien werden wir nur dann auf Dauer begegnen können, wenn wir mit Persönlichkeiten ‚Gesicht‘ zeigen, die uns repräsentieren und für den Bürger wählbar sind und seine Identifikation mit uns erlauben. [...] Das nationale politische Fundament muss in den Kommunen aufgebaut werden. In der Gemeinde muss man die Vertreter deutscher Bürgerinteressen persönlich kennen, nur dann werden wir uns dauerhaft in den deutschen Parlamenten verankern können.“ (Parteivorstand der NPD 1999: 470)

Damit ist innerhalb der Grundsatzpapiere der „Kampf um die Köpfe“ bereits umrissen: Die NPD will für alle Unzufriedenen und Enttäuschten offen sein, langfristig von unten her arbeiten. Dafür brauche sie vorzeigbare Vertreterinnen und Vertreter in den mittleren und unteren Ebenen der Parteihierarchie. Als vorbildlich dafür dürfte in der Partei bis heute die kommunale Arbeit des 2006 tödlich verunglückten Uwe Leichsenring in der Sächsischen Schweiz gelten. In seiner Heimatgemeinde Königstein erzielte Leichsenring zweistellige Wahlergebnisse. Er war im Ort ohnehin als Fahrlehrer bekannt und sodann als verbindlicher, ansprechbarer Kommunalpolitiker geschätzt. Ohne dass dies seiner recht hohen Popularität in relevanten Teilen der Bevölkerung geschadet hätte, unterhielt er darüber hinaus intensive Kontakte zur 2001 verbotenen militanten Kameradschaft „Skinheads Sächsische Schweiz“. Insgesamt ist es der Partei jedoch bislang nicht gelungen, in größerem Ausmaß – also über den begrenzten Rahmen weniger Regionen hinaus – eine derartige Verankerung in die Realität umzusetzen. Es mangelt der NPD schlicht an genügend geeignetem Personal, das diese recht hoch angesetzten Vorgaben erfüllen kann: „Die Partei zieht beinahe zwanghaft narzisstische Charaktere an – Personen mit großer Klappe, großen Plänen und ebenso großen politischen und sozialen Defiziten“ (Peters/Weiss 2008: 2).

Vom Kern der Strategiesäule einmal abgesehen, nutzt die NPD den Begriff „Kampf um die Köpfe“ auch als Sammel-Schlagwort, um verschiedene weitere Aktivitäten in die Parteistrategie einfügen zu können. Alles, was irgendwie mit Überzeugungsarbeit zu tun hat, kann im Zweifel als „Kampf um die Köpfe“ bezeichnet werden. In diesem Sinne ist dieser „Kampf“ ein weit dehnbares und somit diffuses Konzept.

In seinem Rechenschaftsbericht auf dem Bundesparteitag 2004 in Leinefelde erinnerte Udo Voigt beispielsweise an gesellschaftlich anerkannte Persönlichkeiten, die sich in den Anfangsjahren der NPD zur Partei bekannt hätten – darunter etwa der Raumfahrtpionier Herrmann Oberth. Auch in 2004 sah Voigt offenbar Potenzial darin, bestimmte Prominente für die Parteiarbeit interessieren zu können beziehungsweise sie im Parteiinteresse wirken zu lassen. So verweist er darauf, dass Spiegel-Redakteur Fritjof Meyer die Todeszahlen von Auschwitz in Frage stellte und Günther Grass die Deutschen nicht mehr „nur als Täter sondern auch als Opfer“ betrachtet wissen wolle. Auch um solche Köpfe solle im „Kampf um die Köpfe“ gefochten werden. Die Gesellschaft könne so „vom Denken der Feinde befreit“ werden. (vgl. Rabe 2004a). Auch Kampagnen zur Mitgliederwerbung in der Parteizeitung werden regelmäßig unter dem Slogan „Kampf um die Köpfe“ subsumiert.

Passgenauer zum „Kampf um die Köpfe“ gehört die so genannte „Wortergreifungsstrategie“, welche von der NPD seit einigen Jahren verfolgt wird.¹⁰ Sie ist wie folgt konzi-

10 Als Inspirationsquelle und Begriffsschöpfer für die „Wortergreifungsstrategie“ nennt die NPD den ex-68er und jetzigen Rechtsextremen Reinhold Oberlercher (NPD 2008: 8). Dass es der NPD nicht um eine tatsächliche Diskussion, sondern immer um Sprengung der einzelnen Veranstaltung geht, wird daran deutlich, dass sie „Sit-ins“ und „Teach-Ins“ der 68er als Vorbild der Wortergreifung sieht – die 68er hätten es „meisterhaft [verstanden], Vorlesungen an Hochschulen oder öffentliche Veranstaltungen [...] zu blockieren oder [...] umzufunktionieren“. (NPD 2008: 8). Vgl. auch: MBR 2007. Erstmals wurde die „Wortergreifungsstrategie“ 2003

piert: NPD-Mitglieder nehmen gezielt an öffentlichen Veranstaltungen anderer Parteien oder politischer Initiativen teil¹¹ – in den allermeisten Fällen zunächst, ohne sich als solche zu erkennen zu geben. Im Laufe der Veranstaltung rufen die Rechtsextremen dazwischen oder versuchen, in der Diskussion ihre Polemiken anzubringen. Um Quantität und Qualität der Wortergreifungen steigern zu können, hat die Partei inzwischen eigens ein Schulungsheft für Parteiaktivisten herausgegeben. Darin heißt es, der Auftritt solle idealer Weise andere Veranstaltungsteilnehmer verunsichern:

„Fragen, die ein etablierter Politiker nicht beantworten kann, brechen seine Autorität. Verhaspelt sich der politische Gegner oder ergeht sich gar in einem Wutanfall, gibt er sich der Lächerlichkeit preis. Kann ihm eine volksfeindliche Stellungnahme entlockt werden, wird dies viele Anwesende zum Nachdenken bringen.“ (NPD 2008: 5ff.)

Genügend rhetorische Fähigkeiten bei den NPD-Wortführerinnen und -Wortführern vorausgesetzt, könne man mittels der Wortergreifung garantiert politischen Gewinn machen:

„Wird eine Antwort verweigert, ist die betreffende Person als Pseudodemokrat demaskiert. Und wird wider Erwarten mit der NPD auf gleicher Augenhöhe diskutiert, ist die öffentliche Isolierung durchbrochen. Treten die NPD-Aktivisten souverän, sympathisch und kenntnisreich auf, wird jede Wortergreifung [...] zu einem politischen Erfolg.“ (NPD 2008: 6)

Als Zielgruppe derartiger Aktionen nennt die NPD „nicht parteigebundene Bürger“, die durch cleveres Auftreten bei Veranstaltungen durchaus überzeugt oder zumindest interessiert werden könnten (vgl. NPD 2008: 7). „Die Wortergreifungsstrategie sei daher hauptsächlich dem Kampf um die Köpfe zuzuordnen“ (NPD 2008: 8), heißt es. Zudem soll eine über den Veranstaltungsrahmen hinausreichende Öffentlichkeit erreicht werden: „Da regionale Medien provokante NPD-Wortergreifungen nicht totschweigen können, führen Wortergreifungen zu einer kostenlosen Medienpräsenz.“ (NPD 2008: 9) Zudem seien diese Aktionen ein Trainingsszenario, bei dem sich die unteren und mittleren Parteifunktionäre bewähren und verbessern könnten: „Letztlich können lokale NPD-Aktivisten in öffentlichen Veranstaltungen schon mal die freie Rede im Parlament üben. [...] Eliten fallen nicht vom Himmel!“ (NPD 2008: 8)

Die NPD versucht ihre Anhängerschaft zum „Kampf um die Köpfe“ auch über Intellektualisierung und durch interne Bildungsarbeit zu befähigen. Die Bilanz davon ist bis dato durchwachsen. Zwar ist der Umfang von Schulungsmaterialien in den vergangenen Jahren deutlich angestiegen und die Parteizeitung „Deutsche Stimme“ wurde ausgebaut – doch immer wieder entpuppen sich weiter reichende Parteiiinitiativen als wenig erfolgreich. So rief die NPD nach dem Einzug in den sächsischen Landtag 2004 die „Dresdener Schule“ als nichtinstitutionellen Thinktank ins Leben. Aus ihr heraus sollte sich eine Theorieproduktion entwickeln, die als Gegenstück zur Frankfurter Schule fungieren sollte (vgl. Gansel 2005). Nennenswerte Ergebnisse – messbar etwa an einer regen Publizistik auf akademischem Niveau – wurden bislang allerdings nicht erzielt. Auch das 2005 gegründete „Bil-

von Udo Voigt ausführlich beschrieben, sei jedoch damals schon seit „gut zwei Jahren“ im Einsatz gewesen (Voigt 2003).

11 In der bisherigen Praxis handelt es sich in der großen Mehrheit um zivilgesellschaftliche Veranstaltungen, die sich gegen die NPD direkt oder gegen Rechtsextremismus allgemein wenden. In der Minderheit sind Veranstaltungen zu anderen Themen, obwohl „Wortergreifungen“ prinzipiell überall anwendbar sind.

„dungswerk für Heimat und nationale Identität“, das die NPD als offizielle Parteistiftung anerkennen lassen möchte, um zusätzliche finanzielle Ressourcen zu erschließen, ist bisher erfolglos (vgl. Krebs 2008: 92ff.). Überdies ist das seit Jahren angekündigte „Nationale Bildungszentrum“ auf dem Gelände der Parteizentrale in Berlin-Köpenick offiziell immer noch nicht eröffnet.

Zu einem wichtigen Standbein der Parteibildungsarbeit hat sich derweil die „Kommunalpolitische Vereinigung“ (KPV) um Hartmut Krien entwickelt. Die KPV versucht, Mandatsträgern der Partei mittels Weiterbildungsseminaren und Schulungsmaterial das Basiswissen für die Parlamentsarbeit zu vermitteln. Die KPV leistet nach eigenen Angaben Unterstützung

„bei der Erfüllung der formalen Voraussetzungen für einen Wahlantritt, durch die Vorbereitung geeigneter Bewerber auf die Übernahme kommunaler Mandate und die Betreuung der Mandatsträger bei der Ausübung ihres Amtes.“ (KPV 2008)

3.3 „Kampf um die Parlamente“

Wahlteilnahmen werden von der NPD in ihrem strategischen Konzept mit der Säule des „Kampfes um die Parlamente“ berücksichtigt. Wahlen seien „Ausdruck der politischen Willensbildung“ und die Beteiligung daran ein „entscheidendes Kriterium für die Glaubwürdigkeit einer politischen Gruppierung“ (Partei Vorstand der NPD 1999: 360). Zu seltene Wahlteilnahmen würden dazu führen, dass die Bürgerinnen und Bürger das „Vertrauen in die Beharrlichkeit der Partei“ verlieren würden (Partei Vorstand der NPD 1999: 360). Parteien genießen in der Bundesrepublik eine bevorzugte Stellung dank des Parteienprivilegs – dieses sei „aber an die Bedingung der Wahlteilnahme geknüpft“ (ebenda). Schon um sich gegen staatliche Repressionen zu schützen sei die Erhaltung des Parteienprivilegs nötig; die Partei müsse also bei Wahlen antreten (ebenda). Von solchen basalen Existenzfragen abgesehen, betont die NPD, dass

„die konsequente Teilnahme an Wahlen vor allem deshalb unverzichtbar ist, weil sie auf die unmittelbarste und am besten zu vermittelnde Art und Weise folgenden grundlegenden operativen Zielen der Partei dient: dem stetigen Ausbau der Parteistrukturen; dem Mitgliederzuwachs und der Bekanntmachung der Ziele der Partei.“ (ebenda)

Udo Voigt betont erneut die Bedeutung der Arbeit in der Kommunalpolitik: „Kommunale Mandate müssen die Grundlage für unsere weitere politische Aufbauarbeit sein, denn hier können wir dem Wähler zeigen, dass die NPD keine Briefkastenpartei ist“ (Voigt 1999: 470). Er hält auch eigentlich aussichtslose Wahlteilnahmen für notwendig, „um Erfolge der ‚Auch-Nationalen-Konkurrenz‘ zu verhindern“, denn Republikaner und DVU wären zu instabil und zu systemimmanent (Voigt 1999: 470).¹² Auch würden Wahlantritte helfen, „die zusätzliche finanzielle Grundlage über Wahlkampfkostenerstattungen zu erhalten, die es uns ermöglicht, die Infrastruktur weiter auszubauen“ (Voigt 1999: 470).

Als das Säulenkonzept verabschiedet wurde, lagen größere Wahlerfolge der NPD noch in weiter Ferne. Seit dem Einzug in die Landesparlamente in Sachsen 2004 und Mecklen-

12 Diese Aussagen stammen aus der Zeit vor der Installation des Bündnisses mit der DVU.

burg-Vorpommern 2006 ist die Bedeutung von Wahlantritten und parlamentarischer Arbeit gewachsen. Doch schon 2002 notierte die NPD eine umfangreichere Liste von Vorteilen bei erfolgreichen „Angriffen“ im Rahmen von Wahlen:

„Wahlkampfkostenerstattung nach einem Wahlsieg
 Andere finanzierte und personelle Verstärkungen durch Mandatsübernahmen
 Organisatorische Ausstattung von Fraktionen
 Steigende Moral der Mitglieder und Funktionsträger bei Siegen
 Gewinnung von zusätzlichen Anhängern und Mitgliedern
 Übertritte von Mitgliedern der auch nationalen Konkurrenz
 Schwächung des Gegners aus komplementären Gründen“
 (Parteivorstand der NPD 2002: 12ff.)

Tatsächlich hatten die beiden Erfolge bei den Landtagswahlen eine immense Stärkung der Partei zur Folge. Die NPD profitierte von der sich daraus entwickelnden Dynamik und schöpfte neues Selbstvertrauen. Die Mitgliederzahlen schnellten in die Höhe (von 5000 in 2003 auf mittlerweile rund 7500). Die Fraktionsgelder entlasten die (insgesamt weiterhin sehr klammen) Parteifinanzen. Seit 1999 stehen der NPD wieder staatliche Gelder zu.¹³ 2005 wurden 42 Prozent der NPD-Einnahmen (1,2 Millionen Euro) aus Steuergeldern bestritten; erstmals seit 1990 lag dieser Anteil damit über dem der Spendeneinnahmen (2005: 33 Prozent) (vgl. Schulze 2008: 225).¹⁴ Die Mandate und die Stellen bei der Fraktion sichern den Lebensunterhalt von Parteifunktionären ab und sind somit ein nicht zu unterschätzender Stabilisierungsfaktor für die Partei. Schnell entdeckte die NPD das Parlament als Bühne für Provokationen und Selbstinszenierungen. Bekannte Beispiele sind die Dresdener „Bombenholocaust“-Reden 2005¹⁵ oder die Weigerung der NPD-Fraktion in Mecklenburg-Vorpommern 2008, an einer Gedenkminute zur Erinnerung an die Machtübertragung an die Nationalsozialisten 1933 teilzunehmen.

3.4 „Kampf um den organisierten Willen“

Im Jahr 2005 erweiterte die NPD ihr Säulenkonzept um ein weiteres Element. Der „Kampf um den organisierten Willen“ bezeichnet die Bündnispolitik der NPD. Mit der eigenen Partei als führender und impulsgebender Kraft an der Spitze soll das „nationale Lager“ in einer „Volksfront“¹⁶ zusammenarbeiten anstatt sich gegenseitig Konkurrenz zu machen. Die bereits zuvor forcierte Annäherung an die freien Kameradschaften 2004 und mehr noch

13 Zwischen 1991 und 1997 war die NPD wegen fehlender Minimal-Wahlerfolge aus der staatlichen Parteienfinanzierung gerutscht.

14 Zu beachten ist die begrenzte Aussagekraft dieser Zahlen, die sich auf NPD-Eigenangaben stützen. Im Zuge mehrerer Finanzskandale 2007 und 2008 wurde unter anderem aufgedeckt, dass die NPD in betrügerischer Absicht den Umfang privater Spendengelder nach oben manipuliert hatte, um dadurch Anspruch auf zusätzliche Staatsgelder zu erlangen.

15 Die NPD-Fraktion verließ im Januar 2005 den Plenarsaal des sächsischen Landtags, als dort der Opfer des Nationalsozialismus gedacht wurde. In der darauf folgenden „Aktuellen Stunde“ bezeichneten die NPD-Abgeordneten Jürgen Gansel und Holger Apfel die alliierten Luftangriffe auf Dresden 1945 als „Bomben-Holocaust“ (Vgl. Sächsischer Landtag 2005: 463f.).

16 Mit dem Terminus „Volksfront“ bezieht sich die NPD, stets bemüht um die Umdeutung politischer Begriffe, auf ein ab 1935 von der Kommunistischen Internationalen propagiertes antifaschistisches Bündnis von kommunistischen, sozialistischen und linksbürgerlichen Parteien (Vgl. Klärner 2008: 77).

der „Deutschlandpakt“ mit der DVU 2005 wurden mittels dieser vierten Säule in die Partei-Gesamtstrategie integriert.¹⁷

Der „Deutschlandpakt“ mit der DVU ist eine Vereinbarung, in der die beiden Parteien im Januar 2005 festlegten, bis Ende 2009 nicht in Konkurrenz zueinander bei Wahlen anzutreten.¹⁸ Bei der Bundestagswahl 2005 trat die NPD an, dafür kandidiert die DVU bei den Europawahlen 2009. Bei Landtagswahlen sind DVU-Kandidaturen in Sachsen-Anhalt, Bremen, Hamburg, Thüringen und Brandenburg vereinbart – bei allen anderen darf die DVU nicht antreten, wenn die NPD dies tut. Auf den offenen Listen sind in angemessener Anzahl und Position Kandidaten der jeweils nicht antretenden Partei vorgesehen. Auch wenn es immer wieder zu Reibereien kam, hat sich der NPD-DVU-Pakt als stabil erwiesen. Ob er über den ursprünglich vereinbarten Zeitraum bis zur Bundestagswahl 2009 hinaus verlängert werden wird, ist indes noch nicht absehbar.¹⁹

Die kleine Deutsche Partei (DP) trat noch im Jahr 2005 ebenfalls dem „Deutschlandpakt“ bei.²⁰ An die Republikaner gingen Appelle, sich dem NPD-Bündnis anzuschließen.²¹ „Die NPD traue sich den Spagat zwischen ‚Freien‘ einerseits und Nationalkonservativen andererseits zu. Organisatorische Verschmelzungen seien aber nicht vorgesehen“, schrieb 2004 die „Deutsche Stimme“ über die damals noch anstehende Säulenerweiterung (Rabe 2004b). Vor allem weil sich Gerhard Frey vom DVU-Parteivorsitz zurückgezogen hat und sein Nachfolger Matthias Faust als ausgesprochen NPD-freundlich gilt, ist eine Fusion der beiden Parteien mittlerweile aber diskutabel geworden (vgl. Förster 2009).

Allgemein haben sich die Wahlergebnisse der extrem rechten Parteien seit Installation des Deutschland-Pakts verbessert – auch wenn dies in den meisten Fällen keine Mandatsgewinne zur Folge hatte.²² Angesichts der schwächelnden DVU gab es in der NPD jedoch regelmäßig Stimmen, die den „Deutschlandpakt“ zugunsten der NPD nachverhandelt wissen wollten. Beim NPD-Bundesparteitag 2008 in Bamberg wurde zum Beispiel – letztlich

17 Dass eigens eine weitere Säule eingerichtet wurde, weist auf die Wichtigkeit hin, welche die NPD den neuen Bündnissen zumisst. Eine schlichte Einordnung in den „Kampf um die Köpfe“ wäre durchaus möglich gewesen.

18 Ganz neu sind solche Kooperationen freilich nicht. 2004 hatten Vertreter von NPD, DVU und Republikanern (letztere ohne Zustimmung ihrer Parteizentrale) als „Nationales Bündnis Dresden“ erfolgreich gemeinsam bei Kommunalwahlen kandidiert. Ebenfalls 2004 hatte es eine Vereinbarung zwischen DVU und NPD gegeben, bei den Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen nicht gegeneinander anzutreten – was nicht unwesentlich zu den Wahlerfolgen (6,1 Prozent DVU in Brandenburg; 9,2 Prozent NPD in Sachsen) und somit zur Initiation des „Deutschland-Pakts“ beigetragen haben dürfte. Auch schon 1987 – dem Jahr, als sich die DVU als Wahlpartei konstituierte – hatte es zeitweise eine Absprache zwischen NPD und DVU gegeben, nach der die Parteien nicht konkurrierend antreten sollen.

19 Nach dem turbulenten NPD-Bundesparteitag im April 2009, bei dem Udo Voigt nach einer Kampfabstimmung als Parteivorsitzender bestätigt wurde, bekannte Matthias Faust, seit Januar 2009 DVU-Bundvorsitzender, dass er „voll und ganz hinter der Idee des Deutschland-Paktes“ stehe und Verhandlungen über eine Vertragsverlängerung anstrebe (Altermedia 2009).

20 Für die deutlich unter 1000 Mitglieder zählende DP sind allerdings keine Kandidaturen auf Landesebene sondern lediglich bei Kommunalwahlen vorgesehen.

21 Die immer weiter an Bedeutung verlierenden Republikaner unter ihrem Vorsitzenden Rolf Schlierer verweigern sich einem solchen Bündnis. Dieser Kurs sorgt in weiten Teilen der Republikaner-Basis für Verstimmung und führt zu weiteren Parteiaustritten. Entgegen der Vorgabe ihrer Parteiführung arbeiten Republikaner vielerorts trotzdem eng mit der NPD zusammen.

22 Einige Beispiele: Baden-Württemberg (NPD von 0,2 Prozent in 2001 auf 0,7 Prozent 2006), Berlin (NPD von 0,9 Prozent in 2001 auf 2,9 Prozent in 2006), Rheinland-Pfalz (NPD 0,5 Prozent in 2001 auf 1,2 Prozent in 2006), Schleswig-Holstein (NPD von 0,0 Prozent in 2000 auf 0,9 Prozent in 2005), Nordrhein-Westfalen (NPD von 1,0 Prozent in 2000 auf 1,9 Prozent in 2005), Bremen (DVU von 2,3 Prozent in 2003 auf 2,7 Prozent in 2007). Auf Bundesebene: NPD von 0,4 Prozent in 2002 auf 1,6 Prozent in 2005.

erfolgreich – gefordert, einen NPD-Wahlantritt bei den Landtagswahlen in Thüringen 2009 gegenüber der DVU durchzusetzen.

Bereits vor dem „Deutschlandpakt“ hatte die NPD ihre Zusammenarbeit mit den militanten freien Kameradschaften intensiviert. Wenige Tage vor der Landtagswahl in Sachsen waren mit Ralph Tegethoff, Thorsten Heise und Thomas „Steiner“ Wulff drei exponierte Vertreter der Kameradschaftsszene in die Partei eingetreten. Nach Gesprächen mit Udo Voigt und dem NPD-Vizevorsitzenden Holger Apfel seien sie zu dem Schluss gekommen, dass ein „Neubeginn in der Zusammenarbeit mit der Partei“ anstünde. Weiterhin sei das „Konzept Freie Nationalisten eine für die nächsten Jahre dauerhaft arbeitsfähige Basis [...] im Widerstand“ doch der „Kampf auf parlamentarischer Ebene“ sei „zur Zeit ebenso wichtig anzusehen wie der parallel dazu verlaufende [von den parteifreien Kräften geführte, C.S.] Kampf auf der Straße.“ Mit ihrem Parteieintritt würden die drei Neonazis einen „Brückenschlag“ vornehmen und innerhalb der NPD als „Sprachrohr und Ansprechpartner“ für parteifreie Kameradschaften fungieren (Heise/Tegethoff/Wulff 2004). Auch das NPD-Parteipräsidium legte dazu eine Erklärung vor. Gegenseitige Abgrenzungen und Distanzierungen hätten in der Geschichte der „nationalen Opposition“ in der Bundesrepublik immer wieder zu „politischer Ineffektivität“ geführt. Dies habe die Partei erkannt und wolle nun „endgültig den Weg zu einer wirklichen Volksbewegung [einschlagen], bei der die Organisationsform [...] eine untergeordnete Rolle spielt“ (Parteipräsidium der NPD 2004). Die personellen Ressourcen der Kameradschaften sollten dabei im Interesse der „Gesamtbewegung“ für die Partei nutzbar gemacht werden:

„Wir wissen, dass die NPD als verfemte und kriminalisierte Partei heute noch über Mängel verfügt, nicht zuletzt, da sie mancherorts noch nicht über die notwendige Struktur mit effektiver Schlagkraft und nicht immer über Persönlichkeiten mit dem notwendigen politischen Wissen, geschlossenem Weltbild und Führungseigenschaften verfügt. Jeder Nationalist [...] ist daher herzlich eingeladen, bei der Schärfung des Profils und der Professionalisierung unserer politischen Arbeit mitzuarbeiten“ (Parteipräsidium der NPD 2004).

Heise wurde bald nach seinem Eintritt in den Parteivorstand der NPD gewählt und wirkt dort seitdem als Leiter des eigens gegründeten Referats „Verbindung zu freien Kräften“. Die Parteieintritte wurden indes nicht in der gesamten Kameradschaftsszene begrüßt. Vereinzelt wurden Tegethoff, Wulff und Heise Opportunismus sowie das Schielen auf bezahlte Posten in der Partei vorgeworfen. Christian Worch, seit Jahrzehnten Führungsfigur in der Neonazi-szene, steht der NPD nach wie vor skeptisch gegenüber.

Mit Thomas Wulff war zwischenzeitlich einer der drei Initiatoren der Kameradschaftsseite aus der „Volksfront“ ausgeschert. Bereits im Sommer 2008 bezeichnete er sie zwar als „Erfolgsstory“, schlug aber gleichzeitig kritische Töne an, da das Bündnis mit der DVU inhaltlich bremsend wirke:

„Es kann nicht sein, dass man aus parteitaktischem Kalkül bestimmte Dinge nicht mehr anspricht oder bestimmte Eisen nicht anpackt. Dass man sich eventuell selber einen Maulkorb auflegt, weil man meint, man würde sich sonst den Mund verbrennen, weil man schauen muss auf irgendwelche Wahlergebnisse. [...] Wir sehen in der Parlamentsarbeit einzig und alleine ein weiteres Mittel der Propaganda.“ (Wulff 2008).

Zum Jahreswechsel 2008/2009 verkündete Wulff dann das „Ende der Volksfront“ Die „NPD-Parlamentarier“, habe er erkennen müssen, seien nicht gewillt „im Sinne einer fundamentalen Veränderung der politischen Verhältnisse für unser Volk“ zu arbeiten und würden „Abgrenzung, Verleumdung und offene Hetze“ gegen Kameradschaftler betreiben (Wulff 2009). Der Rückzug vom Rückzug folgte im April 2009. Beim Bundesparteitag in Berlin wurde Udo Voigt mit der Unterstützung offen neonazistischer Kräfte als Parteivorsitzender wiedergewählt. Prompt ließ sich auch Wulff in den neuen Parteivorstand wählen.

Trotz solcher Spannungen, wirkte sich die Annäherung an die Kameradschaften positiv für die Partei aus: Durch das stärker neonazistisch geprägte Profil sind die vorher häufig vorkommenden Animositäten weniger stark. Kameradschaftsmitglieder dienen stärker als früher als Fußvolk auf NPD-Demonstrationen. Nicht zuletzt profitiert die Partei vom personellen Einsatz der Kameradschaften – beispielsweise bei der Basisarbeit während Wahlkämpfen.

4 Einschätzungen

Seit 1998 hält die NPD an ihrem Säulenkonzept fest. Es ist die Strategie, auf welcher der Wiederaufstieg der Partei in dieser Zeit basiert. Noch immer ist die NPD, wie im übrigen alle anderen rechtsextremen Parteien auch, weit davon entfernt, das in der deutschen Bevölkerung seit Jahrzehnten vorhandene rechtsextreme Denken für Wahlerfolge (oder gar in Mitgliederzahlen) umzusetzen. Zwischen zehn und 16 Prozent der Deutschen, (je nachdem, wie man misst und welche Maßstäbe man anlegt) haben ein rechtsextremes Einstellungspotenzial (vgl. Botsch 2007: 33; Stöss 2005: 66), knapp 21 Prozent denken ausländerfeindlich (Brähler/Decker 2008: 35). Mit diesen Zahlen im Hinterkopf erscheinen auch die NPD-Wahlerfolge als überschaubar. Nichtsdestotrotz gilt: Unter Udo Voigt ist die NPD erstarkt und das Erfolgskonzept hierfür ist die Säulenstrategie, verbunden mit der Verschiebung der inhaltlichen Themenschwerpunkte. Es ermöglichte eine Anbindung an rechtsextreme Jugendkulturen mit ihren Lebens- und Erlebniswelten und an die militant-neonazistischen Exponenten des hiesigen Rechtsextremismus. Auf diese Weise erweiterte sich das Aktionsrepertoire und die Ressourcen vergrößerten sich – die Aufbauerefolge sind hierfür Belege. Problematisch ist dabei für die NPD, dass ihr Bemühen um Seriosität durch die Anbindung an kriminelle und gewalttätige Kreise konterkariert wird. Es stimmt, dass dem Säulenkonzept ein „kaum lösbarer Widerspruch innewohnt“ (Stöss 2005: 135). Auf dem Niveau, auf das sich die Partei bisher gehievt hat, hat sich dieser Widerspruch jedoch als durchaus aushaltbar und ignorierbar erwiesen. Für die Zukunft ist jedoch damit zu rechnen, dass das weitere Wachstum an seine Grenzen stoßen wird. Die Partei kann nicht dauerhaft behaupten, dass sie Gewalt ablehne und diese für einen „Ausdruck geistiger Schwäche und fehlender Argumente“ halte (Parteivorstand der NPD 2006: 28) und gleichzeitig Polithasardeure und Kriminelle wie Alexander Bode, den Täter der Hetzjagd von Guben, als Kandidaten aufstellen²³. Die gesellschaftlichen Milieus sind nicht unendlich groß, in denen solche Kra-wallfiguren und sozial und politisch inkompetente Mitglieder als akzeptabel wirken. Auch die NPD weiß um ihre personellen Defizite und meint, dass

23 Bode trat für die NPD bei den Brandenburger Kommunalwahlen 2008 an. Er ist bekannt und verurteilt als Haupttäter einer brutalen und für das Opfer Omar Ben Noui tödlichen Hetzjagd 1999 in Guben. Weitere Beispiele für kriminelle NPDler bei Virchow 2008: 34ff.

„wir größeren Zuspruch erhalten, als wir Personal integrieren können [...] Erst wenn auf der unteren Führungsebene gewisse politische Qualifikationen vorhanden sind, lassen sich neue interessante Zielgruppen schließen, da nur so die erforderliche Kompetenz ausgestrahlt wird.“ (Parteivorstand der NPD 2002: 27ff.)

Darüber hinaus lässt sich konstatieren: Für den Aufbau und die derzeitige Arbeit der NPD ist das Säulenkonzept weiter der entscheidende Bezugsrahmen der Partei. Zusammenfassend lässt sich feststellen:

1. Die NPD will mit geduldiger Arbeit an der Basis ihre Ideologie verankern und verbreiten. Sie begnügt sich nicht damit, Protestpartei zu sein, weil so „kein Transport politischer Elemente [stattfindet]“. (Parteivorstand der NPD 2002: 28)
2. Dafür spricht sie gezielt und Widersprüche in Kauf nehmend unterschiedliche Zielgruppen gleichzeitig an.
3. Das Säulenkonzept ist weitfassend genug formuliert, um sich zur Ansprache der unterschiedlichen Zielgruppen jeweils adäquat gerieren zu können.
4. Das Säulenkonzept zeigt, dass die NPD ein taktisches Verhältnis zur Frage der Gewalt und zum Nationalsozialismus hat. In ihrer Weltanschauung ist sie beidem notwendig positiv zugetan. Aus legalen und taktischen Gründen kann sie sich gestützt auf das Säulenkonzept gegebenenfalls aus entsprechenden Bekenntnissen heraus stehlen.

Quellen

- Altermedia (2009): Nach NPD-Parteitag - Das sagt DVU-Chef Matthias Faust. In: http://de.altermedia.info/general/nach-npd-parteitag-das-sagt-dvu-chef-matthias-faust-070409_26270.html, (zuletzt abgerufen am 24.4.2009).
- Apfel, Holger (Hg.) (1999): Alles Große steht im Sturm. Tradition und Zukunft einer nationalen Partei. Stuttgart.
- Heise, Thorsten/Tegethoff, Ralph/Wulff, Thomas (2004): Erklärung zum Eintritt in die NPD. In: <http://www.eine-bewegung-werden.de/eintritt.htm> (zuletzt abgerufen am 5.9.2008).
- Gansel, Jürgen (2005): Wesen und Wollen der „Dresdner Schule“. In: http://www.npd.de/index.php?sek=0&pfad_id=9&cmsint_id=1&detail=291, (zuletzt abgerufen am 5.9.2008).
- Kommunalpolitische Vereinigung (KPV) (2008): Über uns, In: <http://kpv.alfahosting.org/kpv/html/Ueber%20uns.htm>, (zuletzt abgerufen am 3.9.2008).
- NPD (Hg.) (2008): Schweigespirale durchbrechen! Erfolgreiche nationale Wortergreifungen durchführen. Berlin.
- NPD Berlin (Hg.) (2006): Freiheit für Lunikoff! Lasst unsere Kameraden raus! (Flugblatt). Berlin.
- Parteivorstand der NPD (1999): Das strategische Konzept der NPD. In: Apfel, Holger (Hg.): Alles Große steht im Sturm. Tradition und Zukunft einer nationalen Partei. Stuttgart: 356-360.
- Parteivorstand der NPD (2002): Strategische Leitlinien zur politischen Arbeit der NPD. In: Profil. Nationaldemokratische Schriftenreihe. Folge 12. Berlin. (Kopie im Archiv des Autors, Seitenangaben beziehen sich auf eine selbst vorgenommene Paginierung.)
- Parteivorstand der NPD (2006): Argumente für Kandidaten und Funktionsträger. Berlin.
- Parteipräsidium der NPD (2004): Volksfront statt Gruppenegoismus. In: <http://www.eine-bewegung-werden.de/volksfront.htm>, (zuletzt abgerufen am 5.9.2008).
- Parteipräsidium der NPD (2008): „Der Einsatz für ein sozial gerechtes Deutschland bedarf keiner Symbolik von Gestern“, In: http://www.npd.de/index.php?sek=0&pfad_id=7&cmsint_id=1&detail=1349, (zuletzt abgerufen am 5.9.2008).
- Rabe, Stefan (2004a): „Wir sind wieder da“. In: Deutsche Stimme 11/2004: 12.

- Rabe, Stefan (2004b): Recht der Deutschen auf Gerechtigkeit und Vertretung ihrer Interessen. In: Deutsche Stimme 11/2004: 13.
- Voigt, Udo (1999): Mit der NPD auf dem Weg in das neue Jahrtausend. In: Apfel, Holger (Hg.): Alles Große steht im Sturm. Tradition und Zukunft einer nationalen Partei. Stuttgart: 469-475.
- Voigt, Udo (2003): Mit Wortergreifungsstrategie zum Erfolg. In: Deutsche Stimme 8/2003: 10.
- Voigt, Udo (2008): Trauer um Friedhelm Busse. In: Deutsche Stimme 09/2008: 14.
- Wulff, Thomas (2008): Redebeitrag beim „Sommerfest der Nationalen Bewegung“ am 5. Juli 2008 in Sangerhausen. Tonmitschnitt im Archiv des Autors.
- Wulff, Thomas (2009): Das Ende der Volksfront. In: http://de.altermedia.info/general/volksfront-ade-010109_21004.html, (zuletzt abgerufen am 22.3.2009).

Literatur

- Botsch, Gideon (2007): Was ist Rechtsextremismus? Definitionen, Problemdimensionen und Erscheinungsformen. In: Schoeps, Julius et al. (Hg.): Rechtsextremismus in Brandenburg. Handbuch für Analyse, Prävention und Intervention. Berlin: 31-46.
- Brähler, Elmar/Decker, Oliver (2008): Bewegung in der Mitte. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2008. Berlin.
- Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) (2006): Die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) als Gravitationsfeld im Rechtsextremismus. Köln.
- Döring, Uta (2008): Was ist eine „national befreite Zone“? In: Virchow, Fabian/Dornbusch, Christian (Hg.): 88 Fragen und Antworten zur NPD. Weltanschauung, Strategie und Auftreten einer Rechtspartei – und was Demokraten dagegen tun können. Schwalbach: 94-96.
- Ehls, Marie-Luise (1997): Protest und Propaganda. Demonstrationen in Berlin zur Zeit der Weimarer Republik. Berlin.
- Erb, Rainer (2006): Protestorganisation und Eventmanagement: Der Typus des rechtsextremen Bewegungsunternehmers. In: Klärner, Andreas/Kohlstruck, Michael (Hg): Moderner Rechtsextremismus in Deutschland, Bonn: 142-177.
- Funke, Hajo (2002): Paranoia und Politik. Rechtsextremismus in der Berliner Republik. Berlin.
- Klärner, Andreas (2006): „Zwischen Militanz und Bürgerlichkeit“ – Tendenzen der rechtsextremen Bewegung am Beispiel einer ostdeutschen Mittelstadt. In: Klärner, Andreas/Kohlstruck, Michael (Hg): Moderner Rechtsextremismus in Deutschland. Bonn: 44-67.
- Klärner, Andreas (2008): Was ist die „Volksfront von rechts“? In: Virchow, Fabian/Dornbusch, Christian (Hg.): 88 Fragen und Antworten zur NPD. Weltanschauung, Strategie und Auftreten einer Rechtspartei – und was Demokraten dagegen tun können. Schwalbach: 76-79.
- Förster, Andreas (2009): NPD und DVU erwägen Fusion, Berliner Zeitung, 16.1.2009.
- Koopmans, Ruud (1996): Soziale Bewegung von rechts. In: Mecklenburg, Jens (Hg.): Handbuch deutscher Rechtsextremismus. Berlin: 767-781.
- Krebs, Felix (2008): Gibt es eine Intellektualisierung der NPD? In: Virchow, Fabian/Dornbusch, Christian (Hg.): 88 Fragen und Antworten zur NPD. Weltanschauung, Strategie und Auftreten einer Rechtspartei – und was Demokraten dagegen tun können. Schwalbach: 91-93.
- Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR) (Hg.) (2007): Wir lassen uns das Wort nicht nehmen! Empfehlungen zum Umgang mit rechtsextremen Besucher/innen bei Veranstaltungen. Berlin.
- Peters, Toni/Weiss, Michael (2008): Unprofessionell und erfolgreich. In: Monitor. Rundbrief des Apabiz, Nr. 35: 1-3.
- Ramelsberger, Anette/Ritzer, Uwe (2008): Die NPD will provozieren, Süddeutsche Zeitung, 29.7.2008.
- Sächsischer Landtag (Hg): Plenarprotokoll 4/8 vom 21. Januar 2005.

- Schulze, Christoph (2008): Wer finanziert die NPD? In: Virchow, Fabian/Dornbusch, Christian (Hg.): 88 Fragen und Antworten zur NPD. Weltanschauung, Strategie und Auftreten einer Rechtspartei – und was Demokraten dagegen tun können. Schwalbach: 223-226.
- Seeßlen, Georg (2001): Tanz den Adolf Hitler. Faschismus in der populären Kultur. Berlin.
- Stöss, Richard (2005): Rechtsextremismus im Wandel. Berlin.
- Virchow, Fabian (2006): Dimensionen der „Demonstrationspolitik“ der extremen Rechten in der Bundesrepublik Deutschland. In: Klärner, Andreas/Kohlstruck, Michael (Hg): Moderner Rechtsextremismus in Deutschland. Bonn: 69-101.
- Virchow, Fabian (2008): Argumente für Kandidaten und Funktionsträger demokratischer Parteien und Wählervereinigungen. Potsdam.
- Wegener, Bernd (1982). Hitlers politische Soldaten. Die Waffen-SS 1933-1945. Paderborn.

Anmerkung: Die Rechtschreibung der zitierten NPD-Publikationen wurde zur besseren Lesbarkeit korrigiert und auch an die Regeln der neuen Rechtschreibung angepasst.

Die Deutsche Volksunion und die Republikaner: Vergleichende Betrachtungen zur Entwicklung und zum ideologischen Profil

Steffen Kailitz

1 Einleitung

Die NPD absorbiert aufgrund ihrer Wahlerfolge in den letzten Jahren derzeit das Gros der Aufmerksamkeit der Rechtsextremismusforscher (Backes/Steglich 2007; Bergsdorf 2007; Brandstetter 2006; Steglich 2005). Dieser Beitrag ist in zweierlei Hinsicht untypisch für die derzeitige Welle der Publikationen zu rechtsextremen Parteien in Deutschland: Erstens konzentriert sich die Studie auf zwei Parteien, die derzeit nicht erfolgreich sind und daher auch kaum von der Rechtsextremismusforschung beachtet werden, die Deutsche Volksunion (DVU) und die Republikaner (REP). Zweitens möchte diese Studie nicht nur einen Schnappschuss der aktuellen Situation machen, sondern einen weiten Bogen von der Entstehung dieser Parteien bis zur Gegenwart schlagen. Sie legt dabei einen Schwerpunkt auf die Behandlung des Verhältnisses der beiden Parteien zur NPD im Zuge des Deutschlandpakts. Folgende Fragen sollen am Ende auf der Grundlage der Betrachtungen beantwortet werden: Welche Unterschiede und Gemeinsamkeiten bestehen zwischen den Positionen der REP, der DVU und – der in diesem Beitrag nicht eigens analysierten NPD? Sind beide Parteien klar rechtsextremistisch oder sind Differenzierungen angebracht?¹ Bei der typologischen Einordnung der Parteien gehe ich von folgender Argumentationskette aus:

1. Die Herrschaftsformen lassen sich sinnvoll in Demokratien und Diktaturen aufteilen;
2. Diktaturen lassen sich in autoritäre und totalitäre Diktaturen unterscheiden;
3. Mit Blick auf ideologisch geprägte Diktaturen ist streng zwischen linken und rechten Diktaturen zu unterscheiden, da diese neben strukturellen Gemeinsamkeiten auch grundlegende Unterschiede aufweisen.
4. Zwischen Diktaturen und Demokratien gibt es semidemokratische/semi- autokratische Herrschaftsformen (z.B. gegenwärtig Russland);
5. Unabhängig von der Herrschaftsform, in der sich eine Partei bewegt, lässt sich anhand ihres Programms und ihres Verhaltens bestimmen, welche Herrschaftsform sie verwirklichen würde.
6. Auf dieser Grundlage lassen sich Parteien in totalitäre Parteien, autoritäre Parteien, semidemokratische Parteien und demokratische Parteien unterscheiden (siehe ausführlicher Kailitz 2004).

Diese Unterscheidung erscheint von grundlegender Bedeutung für eine Parteienforschung, die sich nicht von der Vergleichenden Politikwissenschaft abkoppeln möchte. Der Typolo-

1 zu den Begriffen „Extremismus“ und „Rechtsextremismus“ vgl. Backes 1989; vgl. Kailitz 2004: 15-30.

gie liegt die Annahme zugrunde, dass eine Demokratie umso gefährdeter ist, je größer der Einfluss der nicht-demokratischen Parteien ist (Linz 1978; zu den statistisch nachweisbaren negativen Auswirkungen eines steigenden Einflusses extremer Parteien in Demokratien vgl. etwa das Standardwerk von Powell 1982).²

Neben der Klassifikation der Parteien nach ihrer Programmatik sollen die Ausführungen anhand der Fallstudien zu DVU und REP einen Beitrag zu der Frage leisten, welche Faktoren das Auf und Ab von rechtsextremen Parteien begünstigen. Auf der Grundlage der Ausführungen sollen auch zwei in die Zukunft gerichtete Fragen – mit aller gebotenen Vorsicht – beantwortet werden: Wie sind aufgrund der vergangenen Erfahrungen die zukünftigen Wahlchancen von REP und DVU einzuschätzen? Besteht die Gefahr, dass sich der Rechtsextremismus in Deutschland zu einer geeinten „Volksfront“ der drei rechtsextremen Parteien auswächst?

2 Deutsche Volksunion (DVU)

2.1 Parteientwicklung

Gerhard Frey, finanzkräftiger Verleger der „National-Zeitung/Deutsche Wochenzeitung“ (Auflage 2007 ca. 35.000), gründete 1971 die DVU als überparteiliche, „national-freiheitliche“ Sammlungsbewegung (vgl. zur bisherigen Entwicklung der DVU: Meyer 1998; vgl. Obszerninks/Schmidt 1998; zur Person Freys: vgl. Meyer 2002). Er engagierte sich zeitweilig parallel in der NPD und kandidierte 1975 – erfolglos – für das Amt des stellvertretenden Bundesvorsitzenden der Partei. Die eigene Partei „DVU-Liste D“³ gründete er im März 1987 wohl auch, weil es ihm misslang, an die Spitze der NPD zu gelangen.

Die Partei arbeitete zunächst eng mit der – damals noch nicht nationalsozialistisch ausgerichteten – NPD zusammen. Auf Anhieb erreichte die DVU 1987 in einem Wahlbündnis mit der NPD bei der Bremer Bürgerschaftswahl 3,4 Prozent der Stimmen.⁴ Zusammen mit dem Achtungserfolg der REP bei den bayrischen Landtagswahlen 1986 (mit drei Prozent) war dies der Anfangspunkt einer „dritten Welle“ rechtsextremer Achtungserfolge bei Wahlen nach der „ersten Welle“ der Wahlerfolge der SRP in den 1950er und der größeren „zweiten Welle“ der Wahlerfolge der NPD in den 1960er Jahren. Obgleich die Partei sehr viel Geld in den Wahlkampf zur Europawahl steckte, blieb das Bündnis von DVU und NPD 1989 mit 1,6 Prozent im Schatten des Erfolgs der REP (7,1 Prozent). Nach-

2 Es sei hier – da dies etwa von Stöss (2008) falsch dargestellt wird – betont, dass die Unterscheidung in extremistische und demokratische Parteien in der internationalen Politikwissenschaft (wie z.B. bei Gabriel Almond, Seymour Martin Lipset und Juan Linz) fest etabliert ist (siehe u.a. Almond/Appleby/Sivan 2003; So hat beispielsweise Lipset, der vielen als bedeutendster Sozialwissenschaftler des 20. Jahrhunderts gilt, in seinem bekanntesten Werk (Lipset 1962: 131-189) eine Theorie des politischen Extremismus entwickelt. Bis heute finden sich in den internationalen politikwissenschaftlichen Zeitschriften zahlreiche Artikel zu dem Themenfeld (siehe statt vieler De Lange/Mudde 2005). Selbst in der Rational Choice-Forschung, die das Thema lange Zeit ausblendete, wird der politische Extremismus inzwischen von den bedeutendsten Vertretern der Richtung ausgiebig behandelt (u.a. Breton u.a. 2005; Wintrobe 2006). Es ist eine erstaunliche Verdrehung von Tatsachen, wenn Stöss (2008) suggeriert der Extremismusbegriff, sei eine – kaum zu begründende – Marotte einiger deutscher Politikwissenschaftler.

3 Der Zusatz „Liste D“ wurde 1991 aus dem Parteinamen gestrichen.

4 Auf der Liste für die Europawahl fand sich u.a. der NPD-Vorsitzende Martin Mußgung.

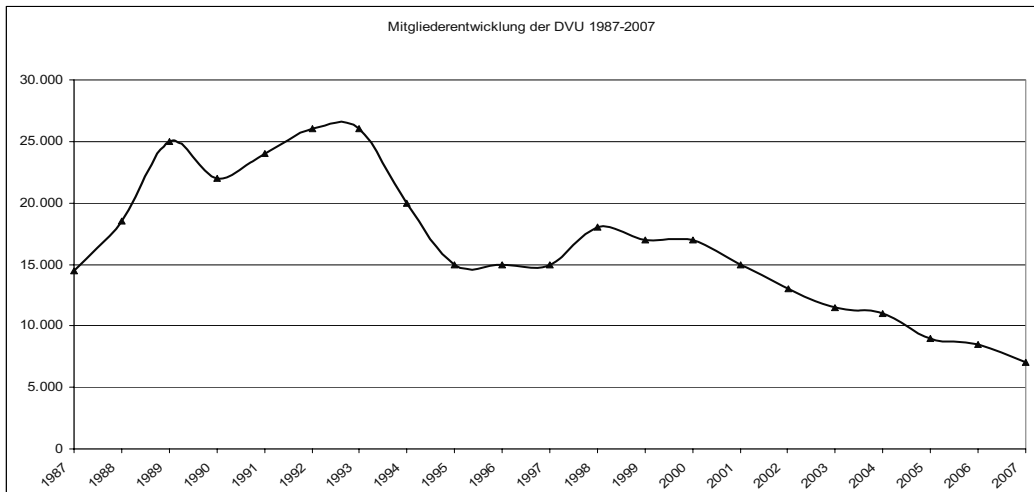
dem das Bündnis auch bei der Bundestagswahl 1990 schlecht abschnitt, trennten sich die Wege von DVU und NPD für die nächsten fünfzehn Jahre.

Weitere Erfolge der DVU waren 1991/92 der Einzug in die Landtage von Bremen und Schleswig-Holstein. 1996 scheiterte die DVU in Schleswig-Holstein mit 4,3 Prozent knapp und 1997 in Hamburg mit 4,97 Prozent haarscharf an der Fünf-Prozent-Hürde. Nachdem die DVU bis 1998 nie in einem der neuen Bundesländer zu Landtagswahlen angetreten war, sah Frey bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt 1998 im Osten erstmals Chancen für einen Parlamentseinzug seiner Partei. Mit Slogans wie „Protest wählen – Deutsch wählen“ warb die DVU – erfolgreich – um potentielle Protestwähler. Sie erreichte mit 12,9 Prozent der Stimmen das beste Ergebnis einer rechtsextremen Partei in der deutschen Nachkriegsgeschichte und zog als erste rechtsextreme Partei in ein ostdeutsches Parlament ein. Der Erfolg konnte den Abwärtstrend bei den Mitgliederzahlen kurzzeitig umkehren. So ließ sich Franz Schönhuber von seinem früheren Intimfeind Frey für die DVU anwerben. Bei den Bundestagswahlen 1998 wie bei der Europawahl 1999 sollte er auf einem Spitzenplatz der DVU-Liste stehen. Nach dem schlechten Abschneiden der DVU bei den Bundestagswahlen (1,2 Prozent) und in Mecklenburg-Vorpommern (2,9 Prozent) verzichtete Schönhuber auf weitere Kandidaturen. Aber auch weitere ehemalige REP-Funktionäre, die mit dem Abgrenzungskurs Schlierers haderten, kandidierten nun für die DVU, so unter anderem die ehemaligen stellvertretenden Bundesvorsitzenden, Rudolf Krause und Otmar Wallner⁵ sowie der ehemalige Vorsitzende des Schiedsgerichts der REP Hartmut Koch. In dieser Zeit schien die DVU zum Kristallisationspunkt des deutschen Rechtsextremismus zu werden. Misserfolge und Achtungserfolge wechselten sich bei der DVU in der folgenden Zeit immer wieder ab, meist trat die Partei aber weiterhin gar nicht zu den Wahlen an. Bei den Wahlen in Brandenburg konnte die DVU 1999 ein weiteres Mal mit 5,3 Prozent der Stimmen in einen Landtag einziehen. In Bremen gelangte sie mit landesweiten drei Prozent aufgrund ihres Wahlergebnisses in Bremerhaven (6 Prozent) zum dritten Mal in die Bürgerschaft. Beim Thüringer Urnengang im September 1999 erlitt die Partei mit 3,1 Prozent der Stimmen dagegen einen Rückschlag, hatte sie doch viel Geld in den Wahlkampf investiert und mit einem Einzug in den Landtag gerechnet. Die Mitgliederentwicklung zeigt deutlich klarer als die Entwicklung der Wahlergebnisse, dass der Aufwärtstrend der DVU bereits 1993 zu Ende war. Der Erfolg in Sachsen-Anhalt konnte nur sehr kurzzeitig den folgenden Abwärtstrend stoppen. Seit 2007 hat die DVU sogar weniger Mitglieder als die NPD. Die Mehrzahl der Mitglieder sind zudem „Karteileichen“.

Ihrem Vorsitzenden Frey schuldete die Partei ständig mehrere Millionen Euro. Das kaum vorhandene Parteileben war nicht demokratisch organisiert. Entscheidungen traf Frey im Alleingang. Die Kandidaten für die Wahllisten der Partei wurden in der Regel nicht gewählt, sondern durch ihn bestimmt. Die 15 Landesverbände (Berlin und Brandenburg bilden gemeinsam einen Verband) konnten stets – trotz zeitweilig sehr hoher Mitgliederzahl – nur auf wenige politische Aktivisten zurückgreifen. Die Münchner Parteizentrale informierte die Landesvorstände dabei in der Regel nicht über Zu- und Abgänge der Partei. Die DVU trat fast ausschließlich bei Wahlen mit Wahlplakaten und Flugblättern, aber kaum mit Wahlkampfveranstaltungen an die Öffentlichkeit. Das einzig nennenswerte Lebenssignal nach außen waren die Parteitage auf Bundes- und auf Landesebene. Zwischen

5 Im Herbst 1999 wechselte Wallner schließlich zur NPD.

1982 und 2001 fand zudem jährlich in Passau eine „Großkundgebung der Nationalfreiheitlichen“ statt. Auf Kreis- und Ortsebene organisiert die Partei „Stammtische“.⁶



Quelle: Verfassungsschutzberichte des Bundes

Der absolutistische Führungsstil Freys stieß in der Parteigeschichte immer wieder auf Widerstand. So gab es etwa am Anfang des 21. Jahrhunderts eine innerparteiliche Krise. Der schleswig-holsteinische Parteifunktionär Klaus Sojka forderte, Frey und sieben weitere Bundesvorstandsmitglieder ihrer Ämter zu entheben, weil diese verhinderten, dass die DVU an den schleswig-holsteinischen Landtagswahlen 2000 teilnahm. Es mutet auf den ersten Blick erstaunlich an, dass sich Frey, der im rechtsextremen Lager als „Geschäftemacher“ sehr umstritten ist – trotz aller Querelen bis Anfang 2009 mit seinem absolutistischen Führungsstil an der Parteispitze halten konnte. Die Partei war aber finanziell derart von ihm abhängig, dass sein Zurückdrängen das Aus für die Partei bedeutet hätte.

Die Landtagswahlkämpfe plante auf dieser Grundlage bis heute die Münchner Parteizentrale, nicht der jeweilige Landesverband. Den Mangel an attraktiven Kandidaten und an Organisationskraft, um lokale Veranstaltungen durchführen zu können, glied Frey durch „Materialschlachten“ mittels Postwurfsendungen und flächendeckender Plakatierung aus. Die Partei stellte keine Direktkandidaten auf und konzentrierte sich auf eine allgemein gehaltene – kaum auf das jeweilige Bundesland zugeschnittene – Wahlwerbung für die Partei. Die DVU trat dabei nur dann zu Wahlen an, wenn sich Frey große Chancen auf einen Parlamentseinzug ausrechnete. Ohne die Aussicht auf die Wahlkampfkostenerstattung konnte sich die DVU ihre „Materialschlachten“ nämlich nicht leisten.

Die Parlamentsarbeit der DVU wirkte meist eher unprofessionell. Die Mitglieder der ersten Parlamentfraktionen waren weitgehend inaktiv, inkompetent und zerstritten (vgl. Grabler/Kuhn 1993; Hoffmann 2000; Hoffmann/Lepszy 1998; Holtmann 1998, 2002; Lepszy/Veen 1994; Schmidt 1997). In Bremen, Schleswig-Holstein, und Sachsen-Anhalt (chronologische Reihenfolge!) führten Auseinandersetzungen von Frey mit Landtagsabgeordneten, die auf eine größere Unabhängigkeit von der Parteizentrale zielten, zur Auflösung

⁶ Über die Frequentierung wie die Gestaltung der „Stammtische“ der DVU gibt es bislang keine Untersuchungen.

der Fraktionen. Die Landtagsfraktion in Brandenburg war die erste in einem Flächenbundesland, die eine komplette Legislaturperiode überdauerte. Williger als andere Landtagsfraktionen ordneten sich die DVU-Parlamentarier in Brandenburg der zentralistischen Führung Freys unter. Im Vergleich zu anderen Landtagsfraktionen wirkte und wirkt die DVU-Fraktion im Potsdamer Landtag von Brandenburg allerdings auch deutlich professioneller. So gibt die Fraktion eine Zeitschrift heraus, die sich mit ihren Aktivitäten beschäftigte und verbreitete sie im Internet. Zudem stellt die DVU-Fraktion in Brandenburg die Texte aller ihre Gesetzesentwürfe und Anträge ins Netz (www.dvu-brandenburg-fraktion.de).

In ihrer gesamte Geschichte trat die Partei nur ein einziges Mal zu Bundestagswahlen an und zwar (im September) 1998 als sich die Partei nach dem Wahlerfolg in Sachsen-Anhalt (im April) auf der Erfolgsspur wähnte. Sie erreichte jedoch lediglich 1,6 Prozent der Stimmen. An den Europawahlen nahm die Partei nach 1989 – trotz der im Vergleich zu Bundestagswahlen hohen Chancen Protestwähler zu mobilisieren – nicht mehr teil. Eine dauerhafte Anstrengung sich auf nationaler Ebene zu etablieren, ist bei der DVU damit nicht erkennbar. Von 35 möglichen Landtagswahlen zwischen Januar 1999 und Dezember 2008 nahm die Partei lediglich an neun, also knapp an einem Viertel, teil. Die Erfolgsquote ist dabei im Vergleich zu den anderen rechtsextremen Flügelparteien sehr hoch. Bei fünf der neun Wahlteilnahmen zog die Partei ins Parlament ein. Drei Erfolge errang die Partei allerdings aufgrund einer Sonderregelung auf niedrigem Niveau in Bremen. Von den insgesamt 18 Landtagswahlteilnahmen seit der Gründung landete die Partei lediglich zweimal (in Hamburg 2001 und 2008) unter 2,5 Prozent der Stimmen. Frey hat also einen sehr guten Instinkt, was die Kalkulation der Wahlchancen seiner Partei angeht. In den südlichen Bundesländern Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland ist die Partei dabei – unabhängig davon, ob gerade eine Wahlabsprache mit einer anderen rechtsextremen Partei bestanden hat – noch nie bei Landtagswahlen angetreten. Aber selbst eine starke Konzentration auf den Norden und Osten Deutschlands ist nur sehr lückenhaft erkennbar. Auch in Berlin, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Sachsen hat sich die Partei noch nie um Landtagsmandate beworben. Im Jahr 2002 verzichtete die Partei sogar auf eine Teilnahme an den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt, weil nach den Skandalen und Spaltungen ihrer Landtagsfraktion eine Wiederholung des Erfolgs von 1998 aussichtslos schien. Die Partei ist damit nur in sieben der sechzehn Bundesländer jemals angetreten. In vier dieser sieben Bundesländer hat sie es auch ein- (Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein) oder mehrmals (Bremen und Brandenburg) zu Landtagsmandaten gebracht und scheiterte zudem in Hamburg nur hauchdünn an einer Parlamentsvertretung. Obgleich die Partei – fast schon routinemäßig – 2003 erneut in den Bremer Landtag eingezogen war (mit einem Stimmenanteil von lediglich 2,3 Prozent) schien am Anfang des Jahres 2004 die DVU in einer tiefen Krise. Im Zuge der Protestwelle gegen die neue Sozialgesetzgebung („Hartz IV“) gelang es der Partei aber, erneut in den Landtag von Brandenburg einzuziehen (vgl. Mayer 2006).

Im Januar 2009 gab es an der Spitze der DVU erstmals einen Führungswechsel, da der inzwischen 75-jährige Gerhard Frey nicht mehr kandidierte. Neuer Bundesvorsitzender der DVU wurde Matthias Faust. Dieser hatte Er steht für eine engere Anbindung an die NPD bis hin zu einer Fusion. In der Folge des Führungswechsels engagierte sich Andreas Molau, der im April 2009 immer noch stellvertretender Landesvorsitzender der NPD in Niedersachsen ist, in der DVU. Molau hatte vor dem Engagement in der DVU kurzzeitig für den Bundesvorsitz der NPD kandidiert, war aber schließlich aus dem Bundesvorstand zurückgetre-

ten. In der DVU ist er seit März 2009 für die Pressearbeit verantwortlich. Die gleiche Funktion hat er auch weiterhin im niedersächsischen Landesverband der NPD. Molau kann also als eine Art personifizierte Fusionsabsicht beider Parteien gedeutet werden. Molau nahm in der DVU umgehend eine zentrale Rolle ein. Er soll den schwedischen Millionär Patrick Brinkmann zum Eintritt in die Partei bewogen haben, die Schulden der DVU bei Frey weitgehend auszugleichen. Von zeitweilig über zwölf Millionen sind die Schulden laut dem letzten Finanzbericht der DVU auf unter eine Million geschrumpft. Ob aus dem Führungswechsel der DVU auch ein Strategiewechsel bei Wahlen folgt, ist derzeit noch nicht absehbar.

2.2 *Programm*

Die DVU vertritt einen traditionellen (Deutsch-)Nationalismus. In ihrem knappen, zunächst nur einseitigen Programm forderte sie eine „Begrenzung des Ausländeranteils“, einen „Stopp dem zunehmenden Ausländerzustrom“ und eine „Ausweisung von kriminellen Ausländern“ (vgl. DVU-Liste D 1987; DVU 1993). Die Forderungen der DVU lassen sich unter das Motto „Deutschland zuerst“ stellen. Änderungen des Programms im Laufe der Parteigeschichte – zuletzt 1993 – änderten nichts an seinem Kern (vgl. DVU 1993). Stärker als zuvor polemisierte die DVU in der Programmfassung von 1993 gegen die Auflösung Deutschlands „in einem Vielvölkerstaat beziehungsweise einer Europäischen Union“. Vor allem die Wirtschafts- und Währungsunion lehnt die Partei nachdrücklich ab. Ihr demonstratives Bekenntnis zum Grundgesetz konterkariert die DVU durch die programmatische Ausrichtung. Deutlicher als im Parteiprogramm offenbarte sich die rechtsextremistische Ausrichtung dabei stets in den inoffiziellen Parteiorganen, der „Deutschen National-Zeitung“ und der „Deutschen Wochen-Zeitung“, die 1999 zur „National-Zeitung/Deutsche Wochenzeitung“ fusionierten. Heftig und häufig polemisieren die Artikel gegen Vergangenheitsbewältigung und Ausländer. Im Unterschied etwa zur NPD wird von Frey dabei aber beispielsweise kein Rassismus gegen Schwarze propagiert (Frey 2008). Ein Schwerpunkt bildet die Glorifizierung der deutschen Geschichte. In den Zeitungen Freys wird immer wieder die Bewältigung der nationalsozialistischen Vergangenheit verfehmt und es finden sich Artikel, die den Genozid an den europäischen Juden mit – tatsächlichen und vermeintlichen – alliierten Kriegsverbrechen an den Deutschen einebnen. Zudem finanzierte die DVU Vortragsreisen von Holocaustleugnern wie Arthur Butz und David Irving.

Die Partei arbeitet im Unterschied zur NPD aber nicht erkennbar darauf hin, die demokratische Grundordnung aktiv umzustürzen. Ein Analogon zum durchdachten Vertreibungs- und Nationalisierungsprogramm der NPD (Kailitz 2007) findet sich bei der DVU nicht. Die programmatischen Äußerungen bleiben sehr vage. Die programmatischen Forderungen zielen auf einen „Stopp der Zuwanderung“, im Unterschied zu den REP und vor allem zur NPD wird aber keine „Rückführung“ von Zuwanderern gefordert. Der in der Rechtsextremismusforschung bislang unumstrittene Eindruck, dass die DVU klar im Bereich des Rechtsextremismus siedelt, beruht auf der Betrachtung der Zeitungen Freys. Mit Blick auf das Programm und die Parlamentsinitiativen der letzten Jahre – vor dem Wechsel an der Parteispitze – ist diese klare Zuordnung eher schwierig. Die Position der DVU lässt sich dabei wie das Programm der NPD der 1960er Jahre einem klassischen Deutsch-Nationalismus zuordnen. Die Programmatik zielt vor allem auf den „alten“ Mittelstand also

Handwerker und Gewerbetreibende sowie Bauern. Ein besonderes Anliegen ist der „Schutz“ von Handwerksbetrieben und mittelständischen Unternehmen vor „übermäßiger ausländischer Konkurrenz“ (DVU 1993). Die bäuerlichen Familienbetriebe sollen erhalten werden. Daher wird gegen eine „EU-Massenproduktion in Agrarfabriken“ (DVU 1993) zu Felde gezogen.

In den Parlamenten fielen Angehörige der DVU in der Vergangenheit immer wieder durch rechtsextremistische Propaganda auf. Im Landtag Schleswig-Holsteins forderte der – inzwischen bei der NPD gelandete – DVU-Fraktionsvorsitzende Ingo Stawitz: „Getrennte Klassen deswegen, weil die ausländischen Kinder nicht einfach vermengt werden dürfen oder sollen mit unseren Kindern“ (Hoffmann/Lepszy 1998). Mediale Aufmerksamkeit erregte die DVU etwa in Schleswig-Holstein mit einem Antrag, der die „Reinigung der Schulbücher von antideutschem Schmutz und Schund“ forderte. Insbesondere sollten „Erkenntnisse“ berücksichtigt werden, die Deutschland „von der Kriegsschuld entlasten“ (Hoffmann/Lepszy 1998). Bei einer Auswertung der „Bundesinitiativen“ der Brandenburger Landtagsfraktion zeigt sich allerdings – ähnlich wie bei der Betrachtung der DVU-Wahlkämpfe der letzten Jahre –, dass sich die Partei in erster Linie als rechte Protestpartei und nicht als Programmpartei versteht. Charakteristische Anträge, die auch mit den Wahlkampforderungen der DVU übereinstimmen sind etwa „Abschaffung von Hartz IV“ oder „Steuergeldverschwendung soll strafbar werden“ und „Gegen Abgeordnetenbestechung“. Die Auseinandersetzung mit Zuwanderern in Deutschland spielt in der Parlamentsarbeit in Brandenburg seit 1999 dagegen eine eher geringe Rolle ein. Klar zuzuordnen ist diesem Themenfeld lediglich eine Initiative zur „Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes“. Ein Antrag etwa zur programmatischen Kernforderung nach einem „Stopp der Zuwanderung“ wurde aber nicht gestellt. Diese thematische Vernachlässigung des Kernthemenfeldes moderner rechtsextremer Parteien ist auch insofern erstaunlich, als andere programmatische Kernforderungen der DVU wie etwa die Forderung nach einem Austritt aus der Wirtschafts- und Währungsunion und der Abschaffung des Euro sehr wohl in Fraktionsinitiativen auf der Brandenburger Landesebene umgemünzt wurden (www.dvu-fraktion-brandenburg.de). Inwiefern auf den Wechsel an der Parteispitze eine gewisse Radikalisierung der programmatischen Forderungen folgt, lässt sich derzeit nicht absehen.

3 Die Republikaner (REP)

3.1 Parteientwicklung

1983 war der rechte Flügel der CSU entsetzt darüber, dass die Bundesrepublik der DDR aufgrund der Fürsprache von Franz Josef Strauß einen Milliardenkredit gewährte. Die enttäuschten CSU-Mitglieder Ekkehard Voigt und Franz Handlos gründeten zusammen mit dem in Bayern bekannten Fernsehmoderatoren Franz Schönhuber die „Republikaner“. Im Unterschied zu NPD und DVU waren die REP nicht von Anfang an eine rechtsextremistische Partei.⁷ Der erste Vorsitzende, Handlos, strebte eine bundesweit organisierte Partei an,

⁷ Der Bundesverfassungsschutz schätzte die REP nicht bereits seit ihrer Gründung als rechtsextremistisch ein. Erst Mitte Dezember 1992 wurde eine Beobachtung durch den Verfassungsschutz beschlossen. Politikwissenschaftler stuften die Partei bereits vor diesem Zeitpunkt als rechtsextremistisch ein (vgl. Jaschke 1993; Stöss 1990).

die sich programmatisch kaum von der CSU unterscheiden sollte. Schönhuber, den der Bayerische Rundfunk 1981 wegen beschönigender Äußerungen zur Waffen-SS entlassen hatte (vgl. zur Sicht Schönhubers dazu: Schönhuber 1981), schwebte dagegen ein radikalerer Rechtskurs vor. Er förderte den Übertritt von NPD-Funktionären wie Harald Neubauer. Nachdem Handlos im Ringen um die Macht unterlag, verließ er 1985 die Partei. Die REP führte nun Schönhuber, der zweite Mann war Neubauer. 1989 warben die REP im Berliner Landtagswahlkampf für sich in einem Fernsehspot mit Szenen, in denen türkische Kinder spielten, unterlegt mit der Melodie von „Spiel mir das Lied vom Tod“. Die Aufregung um den Beitrag spielte der Partei in die Hände, weil sie erst dadurch bundesweit die Bürger wahrnahmen (vgl. Friedrichsen/Schulz/Wolling 1989). Von keinem Wahlforscher vorhergesagt, vereinte die Partei 7,5 Prozent der Stimmen auf sich. Bei den Europawahlen im gleichen Jahr errangen die REP 7,1 Prozent. Dies war bislang das beste Ergebnis einer rechtsextremen Partei bei nationalen Wahlen. Erstmals in Parlamenten vertreten, liefen der Partei neue Mitglieder zu. Wie für alle Parteien änderte sich die Situation durch den Fall der Mauer im Herbst 1989 und die folgende deutsche Einheit. Der Einzug in den bayerischen Landtag galt 1990 aber als fast sicher, da bei den Europawahlen 1989 fast jeder achte bayerische Wähler sein Kreuz bei den REP gemacht hatte. Unerwartet scheiterte die Partei aber um Haaresbreite. Den entscheidenden Rückschlag erfuhr die Partei aber mit ihrem – im Vergleich zum Europawahlergebnis äußerst dürftigen – Ergebnis bei den Bundestagswahlen (2,1 Prozent). In keinem der neuen Bundesländer erreichten die REP dabei mehr als ein Prozent. Die deutsche Vereinigung nahm den REP also den Wind aus den Segeln.

Ebenso wie bei der DVU bilden sich bei den REP klare regionale Schwerpunkte heraus. Nach den sehr schlechten Landtagswahlergebnissen von 1988 (0,6 Prozent) und 1992 (1,2 Prozent) trat die Partei etwa nicht mehr in Schleswig-Holstein an.

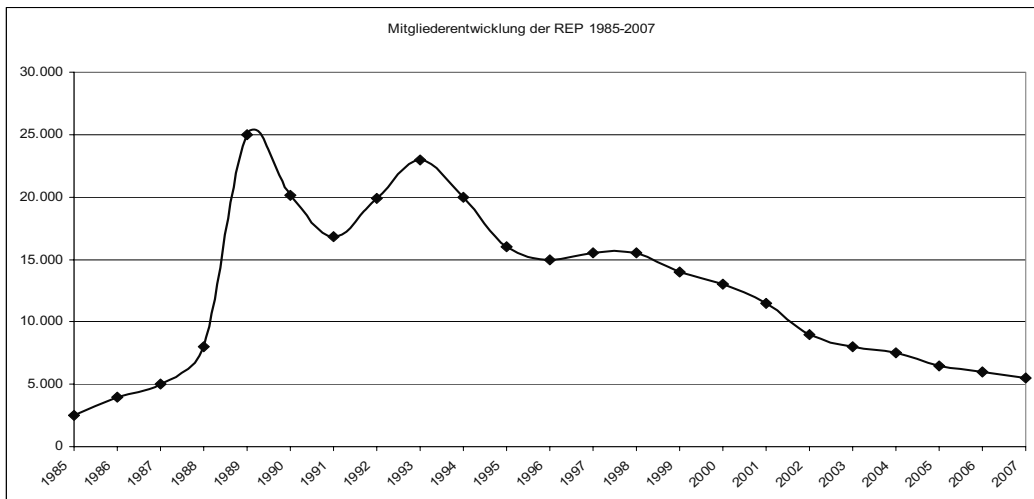
Auf Landesebene standen den REP die größten Parteierfolge allerdings noch bevor. 1992 zog die Partei in Baden-Württemberg mit fast elf Prozent als drittstärkste Fraktion ins Parlament ein. Nach den Stimmenverlusten bei den bayerischen Landtagswahlen verschärfte sich die Kritik an Schönhuber. Im Osten der Republik misslang es den REP mit Wahlergebnissen um die ein Prozent Fuß zu fassen. Der Bundesvorstand wählte Schönhuber ab, das Landgericht Berlin erklärte dies allerdings für ungültig. Daraufhin enthob das bayerische Landesschiedsgericht der REP ihn erneut seines Amtes. Schönhuber trat dennoch beim Bundesparteitag in Sindelfingen als Vorsitzender auf, verzichtete jedoch auf eine erneute Kandidatur. Sein Nachfolger wurde Ende 1994 Rolf Schlierer. Die Glaubwürdigkeit des Strebens, mit dem Führungswechsel von rechtsextremistischen in demokratische Gewässer zu schippen, stellte die Wahl zweier rechtsextremistischer Hardliner, Rudolf Krause und Otmar Wallner, zu stellvertretenden Parteivorsitzenden in Frage. Beide forderten nicht nur Bündnisse mit der deutsch-nationalen DVU, sondern auch mit der in nationalsozialistische Gefilde abdriftenden NPD.

Im Juni 1995 verließ Schönhuber die Partei (vgl. das folgende Interview mit Schönhuber: Backes/Hertel 1996). Der Austritt brachte die REP ins Schlingern. So verließen besonders in Bayern viele Mitglieder die Partei. Der Kampf um die parlamentarische Bastion in Baden-Württemberg war daher für Schlierer entscheidend. Tatsächlich gelang es den REP mit rund neun Prozent an ihren Erfolg von 1992 anzuknüpfen (zur Entwicklung und der Parlamentsarbeit der REP in Baden-Württemberg vgl. Neubacher 2001; zur bundespolitischen Entwicklung in diesen Jahren Thomczyk 2001). Bereits 1997 gab es jedoch einen

heftigen Dämpfer. In Hamburg musste sich die Partei mit 1,8 Prozent der Stimmen begnügen und zusehen, wie die DVU sie mit 4,9 Prozent der Stimmen überflügelte.

Im Frühjahr 2000 legte Schlierer der Parteispitze ein Papier vor, das sich wie eine Bankrotterklärung las. Der Vorsitzende wollte die Partei umbenennen und programmatisch neu anfangen. Als Verbündeten hatte er vor allem den nationalliberalen „Bund Freier Bürger“ (BFB) im Auge. Schlierers Planspiele erledigten sich durch die Auflösung des BFB Ende 2000. Die depressive Stimmung in der Partei wurzelte in den ausbleibenden Wahlerfolgen und der Mitgliederentwicklung. Seit 1993 zeigt sich bei den Mitgliedern ein Abwärtstrend, der durch den letzten Wahlerfolg von 1996 nur kurzzeitig aufgehalten werden konnte. Besonders im Osten blieben die Parteistrukturen ausgesprochen schwach.

Trotz des klaren Abwärtstrends der Partei ging diese Anfang 2001 davon aus, erneut in das baden-württembergische Parlament einzuziehen und sich damit in dem Parteiensystem des Bundeslandes zu etablieren. Die Partei setzte auf Anraten einer österreichischen Werbeagentur, die auch für die „Freiheitliche Partei Österreichs“ arbeitete, nicht auf die Protestwirkung negativer Aussagen gegen die deutsche Demokratie und ihre Vertreter, sondern – untypisch für eine rechtsextremistische Partei – auf eine sympathieorientierte Wahlwerbung. Die REP erreichten damit 4,4 Prozent der Stimmen. Der stärker auf Protestwähler zielende zeitgleiche Wahlkampf der REP in Rheinland-Pfalz führte jedoch ebenso wenig zum Erfolg.



Quelle: Gerundete Parteiangaben; ab 1992 Verfassungsschutzberichte.⁸

In den Monaten nach dem Verlust der einzigen Parlamentsfraktion war es zunächst ruhig in den Reihen der REP. Erst 2002 leitete der Bundesvorstand auf Betreiben Schlierers ein Verfahren gegen dessen schärfsten innerparteilichen Konkurrenten, Christian Käs, ein. Käs hatte stets eine Zusammenarbeit mit den anderen rechtsextremen Parteien befürwortet. Nun wurde er aller Parteiämter enthoben, weil eine Parteikommission bei der Überprüfung der

⁸ Für 2007 Extrapolation des Trends in Abstimmung mit anderen Rechtsextremismusforschern, da die REP reagierten auf mehrere Anfragen bezüglich Ihrer Mitgliederentwicklung nicht reagierten.

Finanzen des baden-württembergischen Landesverbands erhebliche Unregelmäßigkeiten festgestellt hatte. Er und seine Gefolgsleute verließen schließlich die Partei, weil ihnen das neue Parteiprogramm der REP von 2002 nicht radikal genug war und sie sich zunehmend ihres innerparteilichen Einflusses beraubt sahen. Bei den Bundestagswahlen 2002 erreichten die REP nur noch 0,6 Prozent der Stimmen. Die Partei rutschte damit ab auf das äußerst niedrige nationale Wählerniveau der NPD. Der Antritt bei den Landtagswahlen in Hamburg 2002 kündigte zudem den Burgfrieden mit der DVU auf. Die Lage der REP war somit schlechter als je zuvor in ihrer Parteigeschichte. Aber es ging noch weiter bergab. 2004 zogen die rechtsextremen Konkurrenten NPD und DVU in die Landesparlamente in Brandenburg und Sachsen ein und übten demonstrativ den Schulterchluss. Die REP konnten dagegen keine Erfolge vorweisen. Dabei gab es bei der Europawahl 2004 zunächst einen Hoffnungsschimmer. Die REP lagen (mit 3,4 Prozent der Stimmen in Sachsen) bei der Europawahl gleichauf mit der NPD. Bei der Landtagswahl in Sachsen rechnete sich die Partei daher Chancen aus. Die Liste war aufgestellt und die notwendigen Unterschriften erbracht. Einen Tag vor Fristende Mitte Juli zog aber die REP-Landesvorsitzende Kerstin Lorenz die Liste ohne Zustimmung des Bundesvorstands und des Landesvorstandes zurück. Erst der Nichtantritt der REP in Sachsen machte den Wahlerfolg der NPD in dieser Höhe möglich (vgl. FAZ, 22.9.2004).

Im Unterschied zur DVU ist bei den REP in ihrer gesamten Parteigeschichte das Bestreben erkennbar, sich auf nationaler Ebene zu etablieren. Sie traten seit ihrer Gründung bei allen Bundestags- und Europawahlen an. Die Ergebnisse wurden dabei aber nahezu kontinuierlich schlechter:

Abbildung 2: REP und Europawahlen Wahlergebnis in Prozent

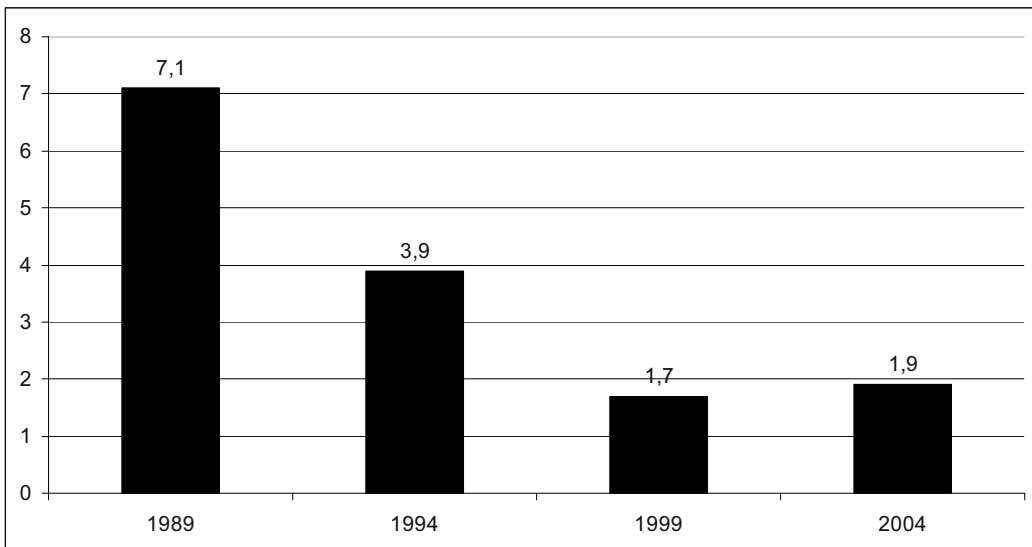
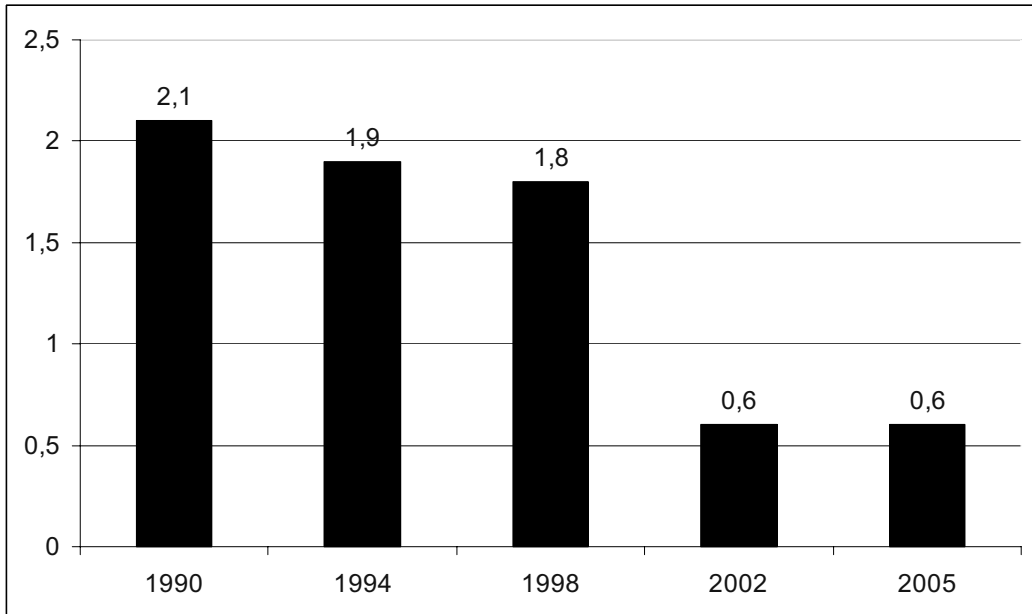


Abbildung 3: REP und Bundestagswahlen Wahlergebnis in Prozent



Von den 35 Landtagswahlen zwischen Januar 1999 und Dezember 2008 nahmen die REP an 23 Wahlen teil. Bei keiner einzigen Wahl, zog sie in diesem Zeitraum in ein Parlament ein. Dabei zeigt sich im Unterschied zur DVU keine Neigung nur anzutreten, wenn man sich ein publikumswirksames Ergebnis verspricht. Bei acht Landtagswahlen erreichten die REP weniger als ein Prozent der Stimmen. In immerhin sieben von sechzehn Bundesländern war die Partei seit 1988 bei allen Wahlen angetreten: Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Thüringen. Im Unterschied zur DVU gibt es andererseits kein Bundesland, in dem die Partei noch nie zu Wahlen angetreten ist. Schleswig-Holstein scheint die Partei aber aufgegeben zu haben, ist sie in dort doch seit 1992 nicht mehr zu Landtagswahlen angetreten. Angesichts der schlechten Entwicklung der REP nimmt zudem die Zahl der Nichtteilnahmen an Landtagswahlen im Zeitverlauf zu. So nahm die Partei in sieben der sechzehn Bundesländer bei den letzten Landtagswahlen nicht teil.

3.2 Programmatik

Die erste programmatische Äußerung, das „Siegburger Manifest“, führte in moderatem Ton klassische Argumentationslinien des deutschen Nachkriegsrechtsextremismus weiter (vgl. Republikaner 1985). Das Bremerhavener Programm von 1987 schlug zum Teil eine etwas deutlichere Tonart an (vgl. Republikaner 1987). So forderte die Partei ein Ende der „Umerziehung der Deutschen“ und eine „Entkriminalisierung“ der deutschen Geschichte.

Auf dem neuen Gipfel des Erfolgs legten die REP 1993 ein neues Programm vor (bei dem allerdings schon 1996 einige Kapitel wieder überarbeitet wurden). Programmatisch blieb sich die Partei treu. So lautete eine rechtsextreme Kernvorstellung: „Solidarität über

alle Grenzen hinweg verliert ihren Sinngehalt und ihre Akzeptanz. Nur eine homogene Gesellschaft ist in der Lage, solidarisches Verhalten als Norm praktisch zu verwirklichen“ (Republikaner 1996: 74). Mit Kreide im Mund übten die REP harte Kritik am westlichen Demokratiemodell:

„Als bedenklich muss eine soziale Entwicklung angesehen werden, die entgegen allen eigenen positiven Traditionen die Annäherung an westliche Gesellschaftsmodelle begünstigt, in denen die Verelendung ganzer Bevölkerungsschichten billigend in Kauf genommen wird.“ (ebenda)

Das Gebiet der neuen Bundesländer bezeichneten die REP als „Mitteldeutschland“. Ausdrücklich beklagten sie die Ausklammerung „Ostdeutschlands“ im Rahmen der „Wiedervereinigung“ und bestritten die Rechtmäßigkeit der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch die deutsche Regierung im Rahmen des Zwei-Plus-Vier-Vertrags. Die REP strebten daher eine „friedliche Vollendung der deutschen Einheit unter Einbezug Ostdeutschlands“ (ebenda: 8) an. Die Europäische Union lehnen die REP ab. Die Maastrichter Verträge stellen nach Ansicht der Partei einen „Staatsstreich von oben dar“ (ebenda: 13). Bei der Europawahl 1994 verstieg sich die Partei zu dem Slogan „Maastricht ist für Deutschland wie Versailles ohne Krieg“. Zwar lehnen die REP – im Unterschied zur NPD – deutlich Gewalt als Mittel der Politik ab. Dass sich die Parteien aber als Interessenvertreter von Personen versteht, die eine Fremdenfeindlichkeit bis hin zur Gewaltbereitschaft hegen, wurde auch von eher gemäßigten Vertretern der Partei wie Schlierer ausdrücklich betont. So meinte etwa nach dem Einzug in den Landtag Baden-Württembergs 1992 der Fraktionsvorsitzende Schlierer, seine Nachbarn in Stuttgart „würden sich am liebsten eine Schrottplinte kaufen und damit auf die Asylanten losgehen“. Dann sage er denen: „Ihr müsst uns wählen, damit ihr politisch vertreten werdet“ (Schlierer zitiert nach Neubacher 2001: 298).

Der von Schlierer als Parteivorsitzender 1994 angekündigte programmatische Neuanfang als konservative, demokratische Partei blieb zunächst aus. Für Ausländer gab es nach Ansicht der REP weiterhin nur zwei Alternativen: Assimilierung oder Ausweisung: „Die Republikaner fordern ein Rückwanderungsgesetz als rechtlichen Rahmen für die umgehende Rückführung auf eigene Kosten aller nicht-assimilierungswilligen Zuwanderer in ihre Heimatländer.“ (i.e. www2.rep.de) Das 2002 auf dem Bundesparteitag der REP in Fulda beschlossene neue Grundsatzprogramm unterscheidet sich nicht grundlegend von den Vorgängern. Die Orientierung am Zielbild einer „homogenen Gesellschaft“ fällt allerdings insofern schwächer aus, als nun von einem „gerechten Ausgleich zwischen Einzelinteressen und Gemeinwohl“ die Rede ist. Nach wie vor wird aber eine „Pflicht zum solidarischen Verhalten gegenüber dem Gemeinwesen“ (REP 2002: 6) eingefordert. Der „Dienst an der Gemeinschaft“ dürfe sich nicht aufs Steuerzahlen beschränken. Noch immer ist die Fremdenfeindlichkeit ein Teil des nationalistischen Weltbildes der REP. Sie wurzelt erkennbar im Wunsch nach einer ethnisch homogenen Gemeinschaft: „In einem Sammelsurium von Menschen unterschiedlichster Herkunft (multikulturelle Gesellschaft) wird es weder ein Zusammengehörigkeitsgefühl geben noch die Bereitschaft zu gegenseitiger Hilfe und Rücksichtnahme“ (ebd.). Einem bedeutenden Teil der REP war das neue Programm allerdings zu weich formuliert. Käs und einige namhafte Gefolgsleute traten nach der Verabschiedung des Programms demonstrativ aus der Partei aus. Im Programm von 2002 rücken die REP aber erstmals inhaltlich von der – unter anderem von der NPD vertretenen – rechtsextremistischen Position ab, dass eine Integration von Ausländern zu einer biologischen Zerstörung des deutschen Volkes führe und daher grundsätzlich unerwünscht sei.

Allerdings legen sie die Hürden für eine Integration von Zuwanderern extrem hoch auf und halten an einem rein ethnisch definierten Volksbegriff fest.⁹ Insgesamt lässt sich die gegenwärtige Position der REP weder als lupenrein demokratisch noch als klar rechtsextremistisch bezeichnen. Am ehesten lassen sich die REP derzeit als semidemokratische beziehungsweise ambivalente Partei einstufen.¹⁰ Zwischen 1985 und 2002 war die Partei demgegenüber als rechtsextremistisch anzusehen.

4 Verhältnis der DVU zur NPD

Das 2004 geschlossene Bündnis zwischen NPD und DVU war keine völlige Neuheit, sondern nur eine Neubelebung. Bereits nach der Gründung der DVU 1987 arbeitete diese zunächst eng mit der NPD zusammen und ein Wahlbündnis beider Parteien zog 1987 in die Bremer Bürgerschaft ein. Auch bei der Europawahl 1989 und bei der Bundestagswahl 1990 traten DVU und NPD gemeinsam an. Nur weil das Bündnis damals weit hinter dem Stimmenanteil der REP zurückblieb, marschierten beide Parteien von da an getrennt.

Im folgenden Jahrzehnt distanzieren sich die Parteien voneinander. Dies lag vor allem an der ideologischen Radikalisierung der NPD in Richtung Nationalsozialismus. Angesichts der im Promillebereich liegenden Wahlergebnisse der NPD erschien ein Bündnis mit ihr zudem als unrentabel. Frey versuchte nun, sich mit den ideologisch näher stehenden und erfolgreicherem REP abzustimmen. Die DVU hielt sich an die Verabredung, nicht gegeneinander bei Wahlen anzutreten, die REP brachen sie aber bei den Landtagswahlen in Hamburg 2002. 2003 ergriff die NPD die Initiative und versuchte mit ihrem „Leipziger Appell“ ein Wahlbündnis mit dem Namen „Deutsche Liste für Europa“ mit der „Deutschen Partei“ (DP), der DVU und den REP anzubahnen (vgl. Leipziger Appell, 11/2003). Die REP antworteten nicht, DVU und DP zögerten. Zu dem Wahlbündnis kam es nicht. Die Initiative hatte dennoch Wirkung. Bei den zeitgleich mit den Europawahlen stattfindenden sächsischen Kommunalwahlen bildeten DP, DVU, NPD und REP das „Nationale Bündnis Dresden“, das drei Sitze gewann. Weiterhin vereinbarten NPD und DVU, dass die NPD nur bei den sächsischen, die DVU nur bei den brandenburgischen Landtagswahlen 2004 antreten sollte.

Nach den Erfolgen bei den Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen übten Voigt und Frey auf dem NPD-Parteitag in Thüringen Geschlossenheit. Beide Parteien blieben eigenständig, beschlossen aber zu nationalen Wahlen künftig mit einer gemeinsamen Liste

9 Das Bekenntnis zu einem ethnisch definierten Volksbegriff sollte nicht bereits per se als anti-demokratisch gewertet werden. Ein bedeutender Teil der Bürger wie Politiker in Demokratien hängt nach wie vor dieser Definition an. Aus demokratietheoretischer Perspektive ist aber darauf hinzuweisen, dass *demos* (konstruiert durch *ius soli*) und *ethnos* (konstruiert durch *ius sanguinis*) zwei unterschiedliche Dinge sind. Eine rein ethnokratische Definition des Volkes steht daher in einem starken Spannungsverhältnis zur Demokratie. In einer Demokratie müssen nämlich – im Unterschied zu einer Ethnokratie – alle von den politischen Entscheidungen Betroffenen (die entscheidungsfähig sind) an den Entscheidungen selbst oder zumindest an der Auswahl der Entscheidenden beteiligt sein (Kongruenzprinzip). Es ist nachvollziehbar, dass Zuwanderern dieses fundamentale Recht nicht qua Grenzüberschritt zugestanden wird. Die demokratische Gemeinschaft kann vielmehr zunächst ein Bekenntnis zu ihren bisherigen Regeln verlangen. Wer sich aber zu den demokratischen Grundregeln zum Zeitpunkt des Eintritts in die Gemeinschaft bekennt, muss unabhängig von Geschlecht, Religion oder Ethnie ein Staatsbürger werden können.

10 Vgl. ausführlicher zu einem Kategorisierungsvorschlag in demokratische, semidemokratische, autoritäre und totalitäre Parteien, die an der Herrschaftsformenlehre orientiert ist Kailitz 2004.

anzutreten. Listenführer war bei der Bundestagswahl 2006 die NPD, bei der Europawahl 2009 tritt nur die DVU an. Bei Landtagswahlen machten sich DVU und NPD seit 2004 keine Konkurrenz mehr. Bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen 2005 trat nur die NPD an, bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt (2006), in Bremen (2007) und Hamburg (2008) die DVU. 2009 soll die DVU laut dem Pakt in Thüringen und Brandenburg (2009) antreten, bei allen anderen Landtagswahlen die NPD. Ob die DVU künftig alle abgesprochenen Wahlteilnahmen wahrnimmt, ist durchaus fraglich. Die Umsetzung des Pakts würde faktisch zu einer deutlichen Erhöhung der Zahl der Wahlteilnahmen der DVU führen. So tritt die DVU etwa 2009 erstmals seit 1989 wieder zu einer Europawahl an. Kaum gegenüber den Anhängern der jeweils eigenen Partei kommuniziert, sieht es faktisch so aus, dass die NPD tatsächlich ihre Wahlteilnahmen reduziert, die DVU aber fast nur auf die Teilnahme an Landtagswahlen in Bundesländern verzichtet, bei denen sie mit Ausnahme Sachsen-Anhalts bislang noch nie teilgenommen hat. Strategisch ist also die Entscheidung Freys und seines Nachfolgers Faust für das Bündnis immanent durchaus nachvollziehbar. So wäre man etwa 2004 wohl in Sachsen ohnehin nicht zur Wahl angetreten, ein Wahlantritt der NPD in Brandenburg hätte die DVU aber wohl den Wiedereinzug in den Brandenburger Landtag gekostet.

Nach dem Bündnis mit der revolutionär ausgerichteten NPD erscheint das Bekenntnis der DVU, fest zur demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik zu stehen, widersinnig. Auf dem Parteitag der NPD 2004, an dem Frey als Ehrengast teilnahm, forderte NPD-Chef Voigt eine „nationale Revolution“ und attestierte dem Grundgesetz „Vorläufigkeitscharakter“. Nach dem Parteitag meinte Frey, dass „NPD und DVU gar nicht soweit auseinander liegen“ (FAZ, 1.11.2004). Auf der anderen Seite fordert die DVU sogar – unter der Berufung auf den sozialdemokratischen Juristen Gustav Radbruch – „Grundgesetztag feiern!“ Frey versuchte diesen grundlegenden Widerspruch zwischen DVU und NPD so zu überbrücken:

„Wenn also jemand [gemeint sind NPD und „freie Kameradschaften“] eine neue freiheitliche und demokratische Verfassung befürwortet – die DVU ist, wie gesagt, ganz und gar für das Grundgesetz –, ist das jedenfalls kein Grund, sich in konkreten politischen Fragen auseinanderdividieren zu lassen.“ (i.e. www.dvu.de)

Frey dürfte durchaus bewusst gewesen sein, welches Wagnis er durch die Annäherung an die NPD und das nationalsozialistische Spektrum einging. Er schien aber zu glauben, die deutschnationale Wählerschaft durch verbale Nebelkerzen beruhigen zu können. So forderte Frey ausgerechnet angesichts des Wahlbündnisses mit der NPD: „Wir müssen einen größtmöglichen Abstand zum Nazismus und Neonazismus halten. Wir haben damit nichts zu tun.“ (i.e. www.spiegel.de)

NPD-Chef Udo Voigt widersprach mit seiner Aussage, der „historische Nationalsozialismus“ sei tot, aber „nationalen Sozialisten“ stehe es frei, zu NPD zu kommen. Von der Presse auf den Versuch der NPD angesprochen, das nationalsozialistische Spektrum zu integrieren, wich Frey aus. Vor dem Bündnis mit der NPD war die DVU durch die absolutistische Parteiführung Freys und dessen Unterordnung von politischen Interessen unter Geschäftsinteressen in eine Isolation im rechtsextremen Lager geraten. Das Bündnis mit der NPD durchbricht diese Isolation – allerdings nur partiell. In dem Bündnis mit der NPD erschien die DVU unter Frey nur als Juniorpartner. Durch ihre Inaktivität spielt sie in dem von der NPD vollmundig als „Volksfront von rechts“ bezeichneten Bündnis nur eine gerin-

ge Rolle. Da es keine in die Öffentlichkeit dringenden programmatischen Diskussionen in der DVU gab, lässt sich auch wenig darüber sagen, ob der Pakt mit der NPD den Kurs der DVU beeinflusst hat. Mit Blick auf das Bündnis der DVU mit der NPD ist davon auszugehen, dass sich dieses für die Partei durchaus auszahlt. Größere Erfolgserlebnisse sind aber seit 2004 ausgeblieben. Bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt 2006 konnte die DVU sich zwar mit drei Prozent zurückmelden, aber nicht an ihren großen Erfolg von 1998 anknüpfen. Innerparteilich hat das Bündnis mit der NPD Frey den Rücken gestärkt. Auf dem Bundesparteitag im Jahr 2007 bestätigten ihn 99,6 Prozent der Delegierten in seinem Amt. Der neue Bundesvorsitzende, Matthias Faust, steht einerseits für eine engere programmatische Anbindung an die NPD und neonationalsozialistische Spektrum, andererseits aber auch für ein selbstbewussteres Auftreten gegenüber der NPD in diesem Bündnis. Hatte sich die DVU unter ihrem Ex-Präsidenten Gerhard Frey noch deutlich von den neonationalsozialistischen Freien Kameradschaften distanziert, hat für Faust der Dialog mit ihnen „oberste Priorität“ (Pressemitteilung der DVU vom 19. März 2009). Faust hält eine „rechte Einheitspartei“ für eine „wünschenswerte Sache“ und gibt sich sicher, ein solches Projekt „in der nächsten Zeit realisieren [zu] können“ (Interview mit Matthias Faust 2009).

5 Verhältnis der REP zu NPD und DVU

Um den Vorwurf des Rechtsextremismus gegen die REP zu entkräften, legte Schönhuber während seiner Zeit als Parteivorsitzender in der Regel großen Wert auf die Abgrenzung von DVU und NPD. Noch im Mai 1994 lehnte er ein Angebot Freys zur Zusammenarbeit ab. Im Zuge des Abwärtstrends der Partei im „Superwahljahr“ ließ er sich aber auf eine Presseerklärung mit Frey ein, die gemeinsame Positionen in der Ausländerpolitik formulierte und ankündigte, das DVU und REP bei Wahlen nicht gegeneinander kandidieren (vgl. Deutsche National-Zeitung, 26.8.1994; vgl. zur Rechtfertigung der Übereinkunft: Schönhuber 1995: 306-316). Ein wesentlicher Teil der Parteispitze sprach sich aber gegen diesen Verstoß gegen Abgrenzungsbeschlüsse aus. Letztlich stolperte Schönhuber über diese Frage und musste die Parteiführung an Schlierer abgeben.

Im Zuge der dürftigen Wahlergebnisse erwies sich der Abgrenzungskurs Schlierers gegenüber der rechtsextremistischen Konkurrenz als ebenso wenig konsequent wie der seines Vorgängers an der Parteispitze. Schlierer und Frey verabredeten 1998, sich keine „unnötige Konkurrenz“ (Pressemitteilung des Bundesverbandes der REP, 23.11.1998) zu machen. Später machte Schlierer einen Rückzieher und ließ die Absprache dementieren (Pressemitteilung des Bundesverbandes der REP, 28.03.1999). Trotz des verbalen Zick-Zack-Kurses der REP hielten sich – zunächst – beide Seiten an die Vereinbarung.¹¹ Die Zusammenarbeit ging einigen Mitgliedern der Parteispitze aber nicht weit genug. So stimmte das REP-Präsidium 1999 dem Vorschlag der DVU zu, bei den Europawahlen eine gemeinsame Kandidatenliste vorzulegen. Die Mehrheit des REP-Bundesvorstands legte ihr

11 Da die DVU ohnehin bislang in sieben von sechzehn Bundesländern zu Landtagswahlen nie angetreten ist, erscheint es für die Paktpartner schwierig zu interpretieren, ob die DVU nur aus „Pakttreue“ bei einer Landtagswahl nicht antritt. Aus einer rational choice-Perspektive heraus, senkt dies für die Paktpartner der DVU den Anreiz vertragstreu zu sein. So war es etwa für die REP wahrscheinlich, dass die DVU auch dann künftig nicht in ihren Hochburgen Baden-Württemberg, Bayern und Berlin antritt, wenn keine Vereinbarung mit der DVU besteht. Auch für die NPD erscheint es aus dieser Perspektive wenig risikoreich, den Pakt mit der DVU 2009 durch einen Wahantritt in Thüringen zu brechen.

Veto ein. An der Parteibasis war der Druck in Richtung einer intensiveren Zusammenarbeit mit anderen rechts-extremistischen Parteien sehr groß. Im November 1999 forderten die hessischen Kreisvorsitzenden der REP den Rücktritt Schlierers und mit ihm des Bundesvorstandes wegen des Abgrenzungskurses.

Würde NPD-Chef Voigt die REP gerne in die rechte „Volksfront“ einbeziehen, stellte Schlierer auch nach den Landtagswahlen 2004 in Brandenburg und Sachsen klar: „Wir Republikaner stehen für die Bildung einer ‚nationalen Volksfront‘ auch in Zukunft nicht zur Verfügung.“ (i.e. www.bnr.de) Ein bedeutender Teil der Mitglieder der REP sieht dies anders. Alfred Dagenbach, Ex-Landtagsabgeordneter der REP in Baden-Württemberg, sammelte im Vorfeld des Parteitags Ende November 2004 Unterschriften, um die Aufhebung der „Ruhrstorfer Beschlüsse“ zu erreichen, die „jegliche Zusammenarbeit mit NPD oder DVU kategorisch“ ausschließen. Nachdem Christian Käs und seine Gefolgsleute, die eine stärkere Kooperation mit den anderen rechtsextremen Parteien befürworteten, aus der Partei abwanderten, befindet sich der Teil der REP aber bundesweit in der Minderheit. So lehnte der Bundesparteitag der REP 2004 in einer Resolution die Beteiligung an einer „brauen Volksfront“ aus NPD, DVU und militanten Neonationalsozialisten ab.

Als Alternative zu dem Bündnis um die NPD strebte Schlierer ein Bündnis mit der „Deutschen Partei“ (DP) und der DSU an. Das Bündnis soll eine „seriöse und demokratische Alternative der Parteien ‚rechts von der Union‘“ sein, in Abgrenzung zu den Parteien, „die diesen Staat und die Demokratie beseitigen wollen, um ein ‚Viertes Reich‘ zu errichten“ (Schlierer zitiert nach taz, 2.11.2004). Die klare Aussage lautete: „Wir wollen keine braune Volksfront“. In der „Frankfurter Erklärung“ einigten sich die Vorsitzenden Rolf Schlierer, Heiner Kappel (DP) und Roberto Rink (DSU) tatsächlich kurze Zeit später auf das von Schlierer gewünschte Bündnis, nachdem Kappel zunächst eine Teilnahme an einem solchen Pakt dementiert hatte. In Zuge des Bündnisses einigten sich die REP für die sächsische Landtagswahl 2009 mit der DSU¹² und der Sächsischen Volkspartei, die über eine kommunale Basis in Sachsen verfügen, auf eine gemeinsame Liste. Parlamentssitze für die REP werden durch diese Bündnispartner kaum wahrscheinlicher. Die Hoffnung mit diesem Bündnis die NPD in Sachsen zu überflügeln, ist unrealistisch.

Der NPD-Parteivorsitzende Udo Voigt behauptete bereits 2005, „dass sich immer mehr Republikaner von der Spaltungspolitik der Schlierer-Führung abwenden“ (i.e. www.d-direkt-deutschland.de). Er versuchte, die Wahrscheinlichkeit einer Spaltung der REP aktiv zu fördern, in dem er Franz Schönhuber einband. Dieser stellte sich der NPD als medien- und europapolitischer Berater zur Verfügung und bekam eine feste Kolumne im NPD-Parteiblatt „Deutsche Stimme“. Die NPD dürfte sich damit erhofft haben, dass das Engagement Schönhubers für ihre Partei eine Sogwirkung entfaltet und bedeutende Teile der REP in ihre Partei zieht. Auch wenn dieser Plan bereits mit dem Tod Schönhubers im November 2005 scheiterte, war das Werben der NPD um die Mitglieder und Funktionäre der REP vielfach von Erfolg gekrönt. So ging den REP nach beträchtlichen Teilen der sächsischen Mitgliedschaft der Hamburger Landesvorstand wie die Mehrheit des – allerdings ohnehin sehr schwachbrüstigen – Landesverbands an die NPD verloren. Zusammen mit REP-Funktionären aus Baden-Württemberg, Berlin und Sachsen initiierte der Ex-Landesvorstand der Hamburger REP den Aufruf „Hamburger Signal!“. Die Urheber beschworen in den Fußstapfen des „Leipziger Appells“ der NPD, „[a]lle Patrioten“, „in der

12 Die DSU hat derzeit durch den Übertritt des ehemaligen sächsischen NPD-Landtagsabgeordneten Klaus Baier ein Mandat im sächsischen Landtag.

schicksalsträchtigen Phase des Überlebenskampfes unseres Volkes [...]“, an „einem Strang zu ziehen“ (i.e. fhh.hamburg.de). Zu den Unterstützern zählten die ehemaligen niedersächsischen Landesvorsitzenden Peter Lauer und Karl-Ingo Welke sowie der ehemalige Landesvorsitzende von Brandenburg, Harri Wittstock. Nach dem eher dürftigen Wahlergebnis der NPD in Schleswig-Holstein und dem Ausbleiben des Wahlerfolgs in Nordrhein-Westfalen ließ die „Volksfront“-Euphorie bei einem bedeutenden Teil der REP wieder etwas nach. Kandidaten für den Übertritt sind in erster Linie bereits nahezu vollständig ausgeblutete REP-Landesverbände im Norden und Osten Deutschlands. Den letzten Aufstand musste Schlierer auf dem Bundesparteitag im Dezember 2006 abwehren. Mit 135 zu 71 Stimmen konnte er sich gegen Björn Clemens durchsetzen, der sich dem „Deutschland-Pakt“ von NPD und DVU anschließen wollte. Neben dem gescheiterten Kandidaten verließen eine Reihe weiterer Funktionäre unter anderem die Landesvorsitzenden von Berlin und Sachsen-Anhalt die Partei. Der Kurs Schlierers konnte den freien Fall der REP nicht einmal in ihrem Stammland Baden-Württemberg bremsen. 2006 erreichte die Partei dort nur noch 2,6 Prozent der Stimmen, in Berlin blieben im gleichen Jahr lediglich 0,9 Prozent und in Bayern 2008 1,4 Prozent der Stimmen. Damit liegt die Partei in Berlin inzwischen in der Wählergunst deutlich hinter der NPD und in Bayern etwa gleichauf mit ihr.¹³

6 Schlussbetrachtung

Die Programmatik von DVU und REP weist Unterschiede und Gemeinsamkeiten mit der Ideologie der NPD auf: Das gemeinsame ideologische Kernelement aller rechtsextremen Organisationen ist die Fremdenfeindlichkeit (dazu u.a. Gibson 2002; Kailitz 2004; Karapin 2002; Westle/Niedermeyer 1992). Sie hat den früher vorherrschenden Antisemitismus abgelöst. So wie in der Zeit zwischen dem Erstem und Zweitem Weltkrieg die meisten rechtsextremen Parteien die Schuld an allen Übeln der Welt dem „Judentum“ in die Schuhe schoben, beschuldigen die rechtsextremen Parteien der Gegenwart – in unterschiedlichem Ausmaß – Zuwanderer und alle ihnen fremd erscheinenden Bürger, für alle Probleme der Gesellschaft wie Arbeitslosigkeit, Kriminalität, Wohnungsnot und steigende Sozialkosten verantwortlich zu sein. Am heftigsten abgelehnt werden Asylbewerber. Rechtsextremisten eint die Forderung, den so genannten „Asylparagraphen“ 16 a abzuschaffen. Alle rechtsextremen Parteien wünschen sich eine ethnisch homogene Gemeinschaft, in der die als fremd und störend wahrgenommenen Menschen keinen Platz finden sollen. Mit der Hinwendung der NPD zum Nationalsozialismus (Kailitz 2007) und der – noch etwas halbherzigen Abwendung der REP vom harten Rechtsextremismus ist die programmatische Kluft gewachsen.¹⁴ Die NPD lehnt eine Integration von Zuwanderern grundsätzlich ab. Das deutsche Volk definiert sie ausschließlich biologisch. Die REP lassen dagegen für Zuwanderer inzwischen die Möglichkeit einer Integration einen Spalt breit offen.

Auch die gegenwärtige Demokratie in Deutschland lehnen die rechtsextremen Parteien in unterschiedlichem Maße ab. Die NPD und das nationalsozialistische Lager machen aus ihrer aggressiv antidemokratischen Haltung im Unterschied zu REP und DVU keinen Hehl.

13 Die DVU konkurrierte bei keiner der drei genannten Wahlen mit REP und NPD.

14 Der Rechtspopulismus der gegenwärtigen REP lässt sich allenfalls als „weicher“ Rechtsextremismus einordnen, treffender erscheint es aber den Rechtspopulismus in eine Kategorie von Hybriden zwischen Demokratie und Extremismus einzuordnen.

DVU und REP berufen sich sogar immer wieder demonstrativ auf das Grundgesetz. Im Unterschied zu der nationalsozialistischen NPD befürworten die REP deutlich die Marktwirtschaft. Die REP gehören damit in eine Reihe mit den meisten anderen rechtsextremen Parteien in Westeuropa wie dem „Front National“. Im Unterschied zur Annahme Herbert Kitschelts zeichnen sich aber diese nicht durch eine konsequente Kombination von marktliberalen und autoritären Forderungen aus (Kitschelt 1995; dazu Kailitz 2005) und lassen sich daher kaum trennscharf von den klassischen nationalistischen Parteien abgrenzen. Die DVU war nie ein Vorreiter marktliberaler Forderungen. Ihre Wirtschaftspolitik zielt auf die klassische rechtsextreme Klientel im „alten“ Mittelstand und unter den Bauern. Im Unterschied zur NPD hat die DVU aber kein ausgearbeitetes Wirtschaftsprogramm.

Das Bekenntnis der NPD, keine Gewalt nutzen zu wollen, um ihre politischen Ziele durchzusetzen, erscheint als nur taktisch motiviert. Dies lässt sich den Parteiführungen der REP und der DVU nicht unterstellen. Die Einstellung zur Gewalt ist ein Knackpunkt im Verhältnis von NPD, Nationalsozialisten und Skinheads einerseits, der DVU andererseits. Auch die ideologischen Unterschiede zwischen der DVU und den NPD sind beträchtlich. Angesichts der Alternativlosigkeit war Frey bereit, sich dem Führungsanspruch der NPD in der „Volksfront“ unterzuordnen. Es schien eine Frage der Zeit, bis sich die NPD stark genug fühlen würde, das Bündnis mit der DVU zu brechen. Mit dem Führungswechsel an der Spitze der DVU und der schwelenden Parteikrise der NPD sind die Karten neu gemischt worden. Die Zukunft des Bündnisses hängt entscheidend von den nächsten Wahlergebnissen der NPD und DVU ab. Ein Bündnis mit den REP dürfte es trotz des anhaltenden Drucks eines Teils der Basis nicht geben. Der programmatische Unterschied ist so groß, dass den Gegnern des Bündnisses mit der nationalsozialistischen NPD in der Parteiführung der REP durchaus abgenommen werden kann, dass die Abgrenzung nicht nur aus strategischen, sondern aus prinzipiellen Gründen erfolgt. Ein Kurswechsel müsste mit einem Wechsel des Parteivorsitzenden einhergehen.

Die Parteiorganisationen von DVU, REP und NPD unterscheiden sich in bedeutsamem Maße. Die DVU war in der Vergangenheit eine reine Wahlpartei mit kaum innerparteilichem Leben. Sie ist geradezu ein Paradebeispiel einer „Anti-Political-Establishment“-Partei (Abedi 2004). Sie redet viel darüber, wogegen sie ist, sagt aber nur wenig darüber, wofür sie den eigentlich steht. Auch die REP sind eine Wahlpartei. Der Grad der Aktivität der Parteimitglieder dürfte sich auf ähnlichem Niveau wie jenes der Mitglieder von CDU, CSU, SPD, FDP und Grünen bewegen. Auf überdurchschnittlichem Niveau bewegen sich dagegen die Aktivitäten der NPD-Mitglieder. Im Unterschied zu REP und DVU beschränkt sich die NPD nicht auf einen Kampf um Wählerstimmen und Parlamentssitze. Als Bewegungspartei propagiert sie einen immerwährenden „Kampf um die Köpfe“ und einen „Kampf um die Straße“.

Prognosen über die zukünftige Entwicklung sind immer schwierig. Das ist kein spezifisches Problem der Sozialwissenschaftler. Wahlvorhersagen am Tag vor der Wahl sind in der Regel zuverlässiger als Wettervorhersagen. Wenn ein Sozialwissenschaftler und ein Meteorologe ihre Prognose eine Woche vor dem Ereignis abgeben, liegen die Politikwissenschaftler in der Regel sogar weit besser. Ein Blick in die Zukunft über mehrere Monate kann aber aufgrund der Vielzahl der Variablen, die die Entwicklung bestimmen, nicht einmal ein Sozialwissenschaftler ohne hohe Irrtumswahrscheinlichkeit machen. Noch nach 1998 wurde der DVU immer wieder ein „Aufwärtstrend“ (Obszerninks/Schmidt 1998) bescheinigt. Trotz des erneuten Einzugs in den Landtag von Brandenburg 2004 lässt sich

dieses Urteil im Rückblick nicht bestätigen. Der NPD sagte 2002 dagegen niemand voraus, dass sie bald die stärkste rechtsextremistische Partei sein würde. Die NPD ist ohnehin in erster Linie nur deshalb zur stärksten Kraft unter den rechtsextremen Parteien geworden, weil die beiden anderen Parteien stark schwächelten und nicht weil sie selbst einen kometenhaften Aufstieg erlebt hätte. Den extremen Mitgliedsverlusten bei DVU und REP stehen nämlich nur recht kleinere Mitgliedererlöse bei der NPD gegenüber. Der Abwärtstrend der REP erweist sich als stabil. Die Partei befindet sich in einem Dilemma. Der Weg zum demokratischen Konservatismus der Gründerzeit verspricht kein Plus an Wählerstimmen. Konservative demokratische Kleinparteien haben in Deutschland nämlich kaum die Chance, sich im Parteiensystem zu etablieren, weil dieses Wählerreservoir von den Unionsparteien fast lückenlos abgedeckt wird. Die Chance, sich als moderne rechtspopulistische Partei im deutschen Parteiensystem zu etablieren, ist jedoch inzwischen vertan. Im Osten Deutschlands haben die REP mit ihrer wirtschaftsfreundlichen Programmatik ohnehin auf absehbare Zeit keine Chancen, sich gegen die sozialpopulistischen Parolen von DVU und NPD durchzusetzen. Die Zukunft der DVU ist angesichts des Führungswechsels völlig offen. Das Grundproblem der DVU war bislang, dass sie aus ihren Parlamentsvertretungen kaum Nutzen bei den folgenden Wahlen ziehen konnte. Im Vergleich etwa zur NPD in Sachsen oder zu den REP vor allem in Baden-Württemberg bemüht sich die DVU nur wenig um den Aufbau einer Stammwählerschaft. Trotz einer gänzlich unterschiedlichen Bündnisstrategie eint beide rechten Flügelparteien bis Anfang 2009 die düsteren Zukunftsaussichten. Unter dem neuen Vorsitzenden ist mit Blick auf die DVU eine Fusion mit der NPD auf Augenhöhe wahrscheinlicher als ein Überflügeln der NPD.

Literatur

- Abedi, Amir (2004): *Anti-Political Establishment Parties. A Comparative Analysis*. London.
- Almond, Gabriel/Appleby, Scott/Sivan, Emmanuel (2003): *Strong Religion. The Rise of Fundamentalism around the World*. Chicago.
- Backes, Uwe (1989): *Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer normativen Rahmentheorie*. Opladen.
- Backes, Uwe/Hertel, Gerhard (1996): *Dokumentation 1995 (Interview mit Franz Schönhuber)*. In: Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (Hg.): *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*. Bd. 8. Baden-Baden. 130-149.
- Backes, Uwe/Steglich, Hendrik (Hg.) (2007): *Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei*. Baden-Baden.
- Bergsdorf, Harald (2007): *Die neue NPD. Antidemokraten im Aufwind*. München.
- Brandstetter, Marc (2006): *Die NPD im 21. Jahrhundert. Eine Analyse ihrer aktuellen Situation, ihrer Erfolgsbedingungen und Aussichten*. Marburg.
- Breton, Albert et al. (2005): *Political Extremism and Rationality*. Cambridge.
- DVU-Liste D (1987): *Programm*. In: Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (Hg.) (1989): *Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland*, Bd. III: *Dokumentation*. Köln. 95.
- FAZ (1.11.2004): *Die Einheit von DVU und NPD*.
- FAZ (22.09.2004): *Republikaner kritisieren NPD*.
- Frey, Gerhard (14.11.2008): *Aus für White Power*. In: *National Zeitung/Deutsche Wochenzeitung*.
- Friedrichsen, Mike/Schulz, Wolfram/Wolling, Jens (1995): *Die Republikaner als Medienereignis: Eine Analyse zum Zusammenhang zwischen Medienaufmerksamkeit und Rechtsextremismus am Beispiel des Wahlkampfes zum Abgeordnetenhaus in Berlin 1989*. In: *Publizistik* 40, H. 2: 129-151.

- Gibson, Rachel K. (2002): *The Growth of Anti-Immigrant Parties in Western Europe*. Lewiston.
- Grabler, Jochen /Kuhn, Hermann (1993): *Die DVU in der Bremischen Bürgerschaft: 2 Jahre Missbrauch des Parlaments*. Bremen.
- Hoffmann, Jürgen (2000): *Die DVU im Landtag von Sachsen-Anhalt*. In: Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (Hg.): *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, Bd. 12. Baden-Baden. 240-252.
- Hoffmann, Jürgen/Lepszy, Norbert (1998): *Die DVU in den Landesparlamenten: Inkompetent, zerstritten, politikunfähig. Eine Bilanz rechtsextremer Politik nach zehn Jahren*. St. Augustin.
- Holtmann, Everhard (1998): *Protestpartei am rechten Rand – Die DVU in der Wählerschaft Sachsen-Anhalts*. Magdeburg.
- Holtmann, Everhard (2002): *Die angepassten Provokateure. Aufstieg und Niedergang der rechtsextremen DVU als Protestpartei im polarisierten Parteiensystem Sachsen-Anhalts*. Opladen.
- Interview mit Matthias Faust (2009): *Zur Lage der DVU und dem Engagement von Patrik Brinkmann in der Partei*, <http://nidinfo.wordpress.com/2009/04/11/exklusiv-matthias-faust-dvu-bundesvorsitzender-zur-lage-der-dvu-und-dem-engagement-von-patrik-brinkmann-in-der-partei/>
- Jaschke, Hans-Gert (1993): *Die „Republikaner“*. Profile einer Rechtsaußen-Partei. 2. Auflage. Bonn.
- Kailitz, Steffen (2004): *Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland – Eine Einführung*. Wiesbaden.
- Linz, Juan (1978): *The Breakdown of Democratic Regimes: Crisis, Breakdown and Reequilibration*. Baltimore.
- Kailitz, Steffen (2005): *Das ideologische Profil rechter Flügelparteien in demokratischen Verfassungsstaaten. Eine Auseinandersetzung mit den Überlegungen Herbert Kitschelts*. In: Backes, Uwe /Jesse, Eckhard (Hg.): *Politische Extremismen im Vergleich*. Köln/Weimar. 283-320.
- Kailitz, Steffen (2007): *Die nationalsozialistische Ideologie der NPD*. In: Backes, Uwe/Steglich, Henrik (Hg.): *Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei*. Baden-Baden. 337-354.
- Karapin, Roger (2002): *Far-Right Parties and the Construction of Immigration Issues in Germany*. In: Schain, Martin/Zolberg, Aristide/Hossay, Patrick (Hg.): *Shadows Over Europe. The Development and Impact of the Extreme Right in Western Europe*. New York. 187-219.
- Kitschelt, Herbert (in Zusammenarbeit mit Anthony J. McGann) (1995): *The Radical Right in Western Europe. A Comparative Analysis*. Ann Arbor.
- Lange, Sarah De/Mudde, Cas (2005): *Political Extremism in Europe*. In: *European Political Science* 4: 476-488.
- Leipziger Appell (11/2003). In: *Deutsche Stimme*.
- Lepszy, Norbert/Veen, Hans- Joachim (1994): *„Republikaner“ und DVU in kommunalen und Landesparlamenten sowie im Europaparlament*. St. Augustin.
- Lipset, Seymour Martin (1962): *Soziologie der Demokratie*. Neuwied.
- Mayer, Stefan (1998): *Zehn Jahre Deutsche Volksunion als politische Partei*. In: Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (Hg.): *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, Bd. 10. Baden-Baden. 184-198.
- Mayer, Stefan (2002): *Biographisches Porträt: Gerhard Michael Frey*. In: Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (Hg.): *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, Bd. 14. Baden-Baden. 169-181.
- Mayer, Stefan (2006): *Die DVU in Brandenburg – ein rechtsextremes Erfolgsmodell?* In: Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (Hg.): *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, Band 18. Baden-Baden. 154-170.
- Neubacher, Bernd (2001): *Die Republikaner im baden-württembergischen Landtag – von einer rechtsextremen zu einer rechtsradikalen, etablierten Partei?* unveröffentlichte Promotion, Stuttgart.
- Obszerninks, Britta/Schmidt, Matthias (1998): *DVU im Aufwärtstrend – Gefahr für die Demokratie? Fakten, Analysen, Gegenstrategien*. Münster.
- Powell, G. Bingham (1982), *Contemporary Democracies. Participation, Stability, and Violence*. Cambridge/London.
- Pressemitteilung des Bundesverbandes der REP (23.11.1998): *Vermeidung unnötiger Konkurrenz. Absprachen über Wahlbeteiligung angestrebt*.

- Pressemitteilung des Bundesverbandes der REP (28.3.1999): Es gibt weder Wahlabsprachen noch Vereinbarungen mit der DVU.
- Republikaner (Hg.) (1985): Das Siegburger Manifest verabschiedet auf dem Bundesparteitag am 16. Juni 1985 in Siegburg/Bonn, München.
- Republikaner (Hg.) (1987): Programm der Republikaner. München.
- Republikaner (Hg.) (1996): Parteiprogramm der Republikaner 1993 mit den novellierten Kapiteln 7, 8 und 14. Verabschiedet auf dem Bundesparteitag am 6. Oktober 1996 in Hannover. Berlin. 74.
- Republikaner (Hg.) (2002): Bundesparteiprogramm – Die Republikaner. Berlin.
- Schmidt, Matthias (1997): Die Parlamentsarbeit rechtsextremer Parteien und mögliche Gegenstrategien. Eine Untersuchung am Beispiel der „Deutschen Volksunion“ im Schleswig-Holsteinischen Landtag. Münster.
- Schönhuber, Franz (1981): Ich war dabei. München/Wien.
- Schönhuber, Franz (1995): In Acht und Bann. Politische Inquisition in Deutschland, Berg.
- Steglich, Henrik (2005): Die NPD in Sachsen. Organisatorische Voraussetzungen ihres Wahlerfolgs, Göttingen.
- Stöss, Richard (1990): Die „Republikaner“. Woher sie kommen – Was sie wollen – Wer sie wählt – Was zu tun ist, Köln.
- Stöss, Richard (2008): „Extremistische Parteien“: Worin besteht der Erkenntnisgewinn?, In: Aus Politik und Zeitschichte, Nr.47: 3-7.
- taz (2.11.2004): REP-Chef eröffnet zweite Volksfront.
- Thomczyk, Stephan (2001): Der dritte politische Etablierungsversuch der Republikaner nach 1994. Konstanz.
- Westle, Bettina/Niedermeyer, Oskar (1992): Contemporary Right-Wing Extremism in West-Germany. The Republicans and their Electorate, In: European Journal of Political Research 22: 83-100.
- Wintrobe, Ronald (2006), Rational Extremism. The Political Economy of Radicalism. Cambridge.

Internetquellen

- Deutsche Volksunion (1993), Partei-Programm. In: <http://www.dvu.de/pdf/Parteiprogr.pdf> (zuletzt abgerufen am 15.10.2008).
- Landesamt für Verfassungsschutz Hamburg, „Republikaner“ in Hamburg lösen sich auf und treten zur NPD über. In: <http://fhh.hamburg.de/stadt/Aktuell/behoerden/inneres/landesamt-fuer-verfassungsschutz/aktuelles/rep-in-hh-loesen-sich-auf-treten-zur-npd-artikel.html> (zuletzt abgerufen am 20.2.2005).
- Multikulti ist tot – Assimilierung oder Rückwanderung (Pressemitteilung vom Bundesparteitag der REP am 27./28.11.2004). In: <http://www2.rep.de/index.aspx?ArticleID=0896aeb8-3244-4b9b-a6e5-c3a85d9d81e4> (zuletzt abgerufen am 28.12.2004).
- Tomas Sager (2004): REP-Mitglieder wollen die parteioffiziellen Abgrenzungsbeschlüsse nach rechts aufheben, In: blick nach rechts, Heft 24. In: <http://www.bnr.de/bnraktuell/ausgabe242004/neue-impulse/p/skin/print> (zuletzt abgerufen am 23.11.2004).
- Unabhängige Republikaner in der NPD. In: <http://www.d-direkt-deutschland.de/rep1.htm> (zuletzt abgerufen am 20.2.2005).
- Vorbesterter Neonazi in NPD-Vorstand gewählt. In: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,325840,00html> (zuletzt abgerufen am 24.11.2004).
- Was planen die Rechten? Interview mit dem DVU-Vorsitzenden Dr. Frey. In: http://www.dvu.de/Interview_Frey.html (zuletzt abgerufen am 9.12.2004).

Antiislamischer Rechtspopulismus in der extremen Rechten – die „PRO“-Bewegung als neue Kraft?

Alexander Häusler

1 Einleitung

Im September des Jahres 2008 sorgte ein Ereignis in Köln für internationale Beachtung: Ein „Anti-Islamisierungskongress“ sollte dort stattfinden, zu dem der Veranstalter – die ortsansässige extrem rechte „Bürgerbewegung pro Köln“ (PRO KÖLN) – führende Funktionäre europäischer Rechtsaußenparteien in die Domstadt geladen hatte (vgl. Killguss/Häusler 2008). Dieses als „Kongress“ angekündigte rechtspopulistische Spektakel stellte in Wirklichkeit den Wahlkampfauftakt für die landes- und bundesweiten Expansionsbestrebungen der „PRO“-Bewegung, einer neuen Formation in der Parteienlandschaft der bundesdeutschen extremen Rechten, dar. Die Veranstaltung, die während des Ablaufes polizeilich mit Verweis auf Ausschreitungen von Gegendemonstranten aus Sicherheitsbedenken verboten und abgebrochen wurde, erwies sich in mehrerlei Hinsicht als Debakel für die Veranstalter: Einerseits offenbarte deren mangelhafte Organisation die fehlende Kompetenz zur Durchführung eines solchen Großereignisses. Andererseits zeigten die breit getragenen Proteste gegen dieses Rechtsaußentreffen, dass derartige öffentliche rechtspopulistische Inszenierungen in Köln nicht widerstandslos durchzusetzen sind.

Doch obwohl sich an diesem medial viel beachteten Ereignis zeigte, dass diese neue Formation des rechten Spektrums sich bislang bei Weitem nicht auf eine Stufe mit ihren wesentlich erfolgreicherer Unterstützern aus den europäischen Nachbarländern stellen kann, sagten unter anderem die Spitzenfunktionäre der „Freiheitlichen Partei Österreichs“ (FPÖ) wie auch des belgischen „Vlaams Belang“ (VB) der „PRO“-Bewegung weitere Hilfe zu.

Diese, auf den ersten Blick vielleicht irritierende, Beharrlichkeit in der Unterstützung einer bislang überregional noch wenig bekannten Rechtsaußenpartei hat mehrere Gründe. Auf europäischer Ebene fehlt für den extrem rechten Flügel bislang noch ein vorzeigbarer deutscher Ansprechpartner, da die NPD als stärkste Kraft der extremen Rechten in Deutschland allzu offen mit dem Nationalsozialismus liebäugelt und die REPs seit einiger Zeit den Weg in die politische Bedeutungslosigkeit angetreten haben. Während modernisierte Rechtsaußenformationen mit rechtspopulistischer Attitüde in Österreich, Belgien, Italien, der Schweiz und anderen europäischen Ländern große Wahlerfolge aufweisen können, ist trotz wiederkehrender Versuche eine breitenwirksame Modernisierung der hiesigen extremen Rechten bislang misslungen. Zwar kann eine offen neofaschistische Partei wie die NPD bedenkliche Wahlerfolge aufweisen und zudem durch ihre Öffnung zum militant-neonazistischen Spektrum informell organisierter „Kameradschaften“ mit öffentlicher Präsenz in vielen Gegenden das politische Klima beeinflussen. Doch für eine politische Öffnung von Rechtsaußen in die politische Mitte hinein ist eine solche neonazistische Inszenierung nicht geeignet. Die so genannte „PRO“-Bewegung hingegen hat hierbei den Vorteil, dass sie einerseits öffentlich noch nicht gleichermaßen verortet wird und zudem im Gewand

einer scheinbar lokalen/regionalen „Bürgerbewegung“ in Erscheinung tritt, sich andererseits selbst offensiv als rechtspopulistisch anstelle von rechtsextrem verortet und vor allem, dass sie als „Anti-Islam-Partei“ in Erscheinung tritt. Besonders diese thematische Fixierung auf das Angstthema Islam/Islamismus im Kontext von Kampagnen gegen Moscheebau ist es, was die Besonderheit dieser neuen Formation und auch deren Attraktivität für die modernisierte extreme Rechte in Europa ausmacht. Denn Anti-Islam-Kampagnen gelten in diesen Kreisen nicht zu Unrecht als Erfolgsgaranten für Wählerstimmen. Unter dem Banner der angeblichen Verteidigung des Abendlandes vollzieht sich im europäischen Rechtsaußen-spektrum zunehmend eine Kulturalisierung des Rassismus, die im Islam und dabei besonders in den muslimischen Zugewanderten ihr vermarktungsfähiges Feindbild gefunden hat.

Die „PRO“-Bewegung gibt in diesem Kontext weniger durch ihre bislang gering ausgeprägte organisatorische Stärke Anlass zur näheren Beachtung als vielmehr durch ihre konzeptionelle und propagandistische Masche, welche die Anknüpfungsmöglichkeit zur populistischen Modernisierung der Rechtsaußenformationen in Deutschland bietet. Ihre rechtspopulistische Attitüde dient der Verschleierung ihrer rechtsextremen Herkunft und ihre antiislamische Ausrichtung gekoppelt mit einem lokal und regional ausgerichteten Kampagnenstil sorgt für die öffentlichkeitswirksame Besetzung eines medial breit rezipierten Angstthemas – dem politischen Islamismus und dessen propagandistische Verknüpfung mit den Themenfeldern Integration und Zuwanderung. Die Tatsache, dass nahezu sämtliche Spektren der extremen Rechten sich eines solchen antiislamischen Populismus bedienen, zeugt von der Attraktivität eines solchen propagandistischen Ansatzes, der voraussichtlich losgelöst von Erfolg oder Misserfolg der „PRO“-Bewegung künftig stilprägend auch für das deutsche Rechtsaußenlager sein wird.

Im vorliegenden Beitrag werden mehrere Aspekte beleuchtet, um das Wirken dieses antiislamischen Rechtspopulismus einordnen und in den gesamtpolitischen Kontext stellen zu können:

Im ersten Teil werden der Entstehungsverlauf der „PRO“-Bewegung sowie deren Versuche zur landes- und bundesweiten Ausdehnung ihres Modells beschrieben. Es wird nachgewiesen, dass diese Bewegung dem Lager der extremen Rechten in Deutschland zuzuordnen ist.

Im zweiten Teil werden die Kontakte der „PRO“-Bewegung zu den antiislamischen europäischen Rechtsaußenparteien beschrieben. Des Weiteren wird dargelegt, in welchem Spannungsverhältnis sich diese Gruppierung zu den anderen deutschen Rechtsaußenparteien befindet.

Im dritten Teil wird die propagandistische Taktik der Bewegung dargestellt. Es wird die Selbstinszenierung als Bürgerbewegung erläutert und in den Kontext rechter Modernisierungsbestrebungen gesetzt. Zudem werden die politische Programmatik, die Kampagnenschwerpunkte und das „Aufbaukonzept“ dieser Bewegung erörtert und hinterfragt.

Im vierten Teil wird die Selbstverortung der „PRO“-Bewegung als rechtspopulistisch einer kritischen Analyse unterzogen. Daran schließt sich eine Auseinandersetzung mit der Verwendung der entsprechenden Fachtermini in der Rechtsextremismusforschung an.

Im fünften Teil wird dargestellt, dass und in welcher Form die Themen Islam und Moscheebau in der extremen Rechten in Europa als kampagnenfähige „Erfolgsthemen“ gehandelt werden. Zudem wird erörtert, warum diese Form von Kulturalisierung des Rassismus mit antimuslimischer Stoßrichtung als neues propagandistisches Erfolgsrezept von Rechtsaußen verstanden wird.

Im abschließenden sechsten Teil werden die Gefahren einer Erosion von Rechtsaußen hinein in die politische Mitte durch diesen rechtspopulistischen Kulturkampf beschrieben. Es wird problematisiert, dass weit über den organisierten extrem rechten Rand hinaus eine Kulturalisierung des Sozialen Eingang in das politische Geschehen und in dem Feindbild Islam einen kulminierten Ausdruck gefunden hat.¹

2 Entstehungsgeschichte und Expansionsbestrebungen der „PRO“-Bewegung

Die Strategen der „PRO“-Bewegung entstammen dem Lager der organisierten extremen Rechten. Ausgangspunkt dieser neuen Rechtsaußenformation ist der 1996 gegründete eingetragene Verein „BÜRGERBEWEGUNG PRO KÖLN“ (PRO KÖLN), einem lokalen Ableger der später aufgelösten extrem rechten Partei „DEUTSCHE LIGA FÜR VOLK UND HEIMAT“ (DLVH). Schon an der DLVH war erkennbar, worum die Rechtsaußen-Strategen in Köln seit Jahrzehnten bestrebt waren: die Schaffung einer neuen Sammlungsbewegung am rechten Rand des demokratischen Spektrums. Einer der Strategen der „PRO“-Bewegung, Manfred Rouhs, blickt auf eine über 20-jährige Karriere in der extremen Rechten zurück, die ihn von der NPD/JN über die REPs und die DLVH hin zu PRO KÖLN führte, deren Fraktionsgeschäftsführer im Stadtrat von Köln er ist. Ähnlich verhält es sich mit dem Vorsitzenden von PRO KÖLN, dem Leverkusener Rechtsanwalt Markus Beisicht, der ebenfalls Funktionär der REPs und der DLVH war, für die er von 1989 bis 1994 im Kölner Stadtrat saß, bevor er mit seinem Weggefährten Rouhs auf PRO KÖLN setzte.

Damit spiegelt der historische Entstehungskontext von PRO KÖLN zugleich auf regionaler Ebene das grundsätzliche Dilemma der bundesdeutschen extremen Rechten: Bislang gelang trotz unterschiedlicher Versuche keine Etablierung einer neuen Rechtsaußenpartei, die mittelfristig Anschlussfähigkeit an den etablierten Politikbetrieb verspricht. Auch die REPs, aus deren Schoß die DLVH entsprang, können mittlerweile als Beispiel für das Misslingen eines derartigen Versuchs angeführt werden. Nach dem Scheitern der DLVH bei den Kommunalwahlen 1999 in Nordrhein-Westfalen suchten deren lokale Führungskräfte das beschriebene Dilemma mit dem Beschreiten eines neuen Weges – dem Umsatteln auf das Modell einer Bürgerbewegung– zu lösen. Unter dem Label PRO KÖLN versuchte die Gruppierung fortan, sich in rechtspopulistischer Tonart laut Programm als „undogmatisch, überparteilich und ohne Tabus“ zu inszenieren (vgl. näher hierzu Killguss/Peters/Häusler 2008). Mit der geschickt gewählten Namensgebung versuchten die Parteistrategen, ihrer Organisation als kommunalpolitisch orientierte Kraft in Form einer scheinbar freien Wählervereinigung darzustellen, die eine Alternative zu der behaupteten korruptierten Politik der „Altparteien“ verkörpere. Mittels Konzentration auf „drängende kölsche Themen“ wurde versucht, eine örtliche Verankerung zu erreichen. Dies wurde mit der bekannten Manier rechtspopulistischer Inszenierungen erprobt: Konflikträchtige lokale Themen wurden in ausgrenzender Stoßrichtung aufgegriffen und zugespitzt. Dabei wurde insbesondere versucht, an bestehende Anwohnerinitiativen anzuknüpfen oder diese selbst zu inszenieren, wie etwa Proteste gegen den Bau einer forensischen Klinik in Köln-Porz

1 Wichtige Hinweise wie zugleich Vorarbeiten zu diesem Beitrag verdanke ich Jürgen Peters, Hans-Peter Killguss und Jan Schedler (s. Literaturverzeichnis).

oder Kampagnen gegen einen Straßenstrich in Köln-Longerich sowie Flüchtlingsunterkünfte in Köln-Poll, Köln-Weidenpesch und Köln-Merkenich.

Die Wende zum Erfolg vollzog sich mit der Konzentration auf ein neues Kampagnenthema – dem Moscheebau, der immer stärker in den Mittelpunkt der Agitation gestellt wurde. Mit diesen Kampagnen gelang PRO KÖLN bei den nordrhein-westfälischen Kommunalwahlen 2004 ein spektakulärer Wahlerfolg – der Eintritt in Fraktionsstärke mit 4,7 Prozent Wählerstimmen in den Kölner Stadtrat, in dem die Partei mit fünf Mandaten vertreten ist, ebenso wie in allen neun Bezirksvertretungen. Fortan wurde die Agitation gegen Moscheebauprojekte wie pauschal gegen eine angebliche „schleichende Islamisierung“ zum Schwerpunktthema von PRO KÖLN und seiner späteren Ableger erkoren, da darin die besten Möglichkeiten zur Agitation eines größtmöglichen (Wähler-)Potenzials gesehen werden. Um maximal publikumswirksam und zugleich so politisch unverfänglich wie möglich auftreten zu können, schuf sich PRO KÖLN durch die Inszenierung einer angeblichen Anwohnerinitiative gegen einen geplanten Moscheebau im Stadtteil Ehrenfeld eine scheinbar parteipolitisch ungebundene Form einer Vorfeldorganisation, mit der auf Stimmenfang für Unterschriften gegen das Bauvorhaben gegangen wurde. Während bis vor den Kommunalwahlen in NRW 2004 sowohl auf die NPD wie auch auf die militante in „Kameradschaften“ organisierte Neonaziszene zur Unterstützung von Demonstrationen zurückgegriffen wurde, gingen die „PRO-KÖLN“-Strategen nach dem Einzug in den Stadtrat zunehmend auf demonstrativen Abstand zur offen neonazistischen Szene, ohne jedoch eigene rassistische Orientierungen aufzugeben. Die rassistische Stoßrichtung derartiger Kampagnen kommt exemplarisch in einem Interview des PRO-KÖLN-Vorsitzenden Markus Beisicht in der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme“ zum Ausdruck:

„Uns geht es in erster Linie um die Großmoschee als Symbol der Überfremdung, der Parallelgesellschaft und der türkischen Masseneinwanderung. [...] Solche politischen Steilvorlagen nicht zu nutzen [...], ist Verrat an der einheimischen Bevölkerung“ (Beisicht 2007b).

Um das Organisationsmodell PRO KÖLN exportfähig zu machen, wurde Anfang des Jahres 2005 auf Initiative des PRO-KÖLN-Ratscherrn Manfred Rouhs die BÜRGERBEWEGUNG PRO DEUTSCHLAND (PRO D) gegründet, deren Bundesvorsitzender der Organisator bis heute ist.

Sichtbar wurden PRO D sowie sich auf PRO D beziehende Gruppierungen neben Aktivitäten in NRW (z.B. in Oberhausen) bislang mit Aktionen in Niedersachsen (z.B. im Landkreis Celle und in Hannover), in Hessen (z.B. im Hochtaunuskreis), in Baden-Württemberg (z.B. in Heilbronn), in Bayern (z.B. in München und im Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen), in Brandenburg (z.B. in Frankfurt/Oder) und in Berlin. Auch in Berlin wurde versucht, an lokale Moscheebaukonflikte anzuknüpfen, was aufgrund bislang fehlender lokaler Verankerung jedoch noch keine Wirkung zeigt (vgl. Jentsch 2008).

Der erste offizielle PRO-D-Kreisverband wurde im Sommer 2005 in Oberhausen gegründet. Durch vorbildliches zivilgesellschaftliches Engagement eines breiten kommunalen antifaschistisch orientierten Netzwerks wurden die dortigen „PRO“-Aktivitäten zum Erliegen gebracht (vgl. Telli 2008). Eine erste Wahniederlage kassierte das Exportmodell PRO in München. Bei den bayrischen Kommunalwahlen blieb die BÜRGERBEWEGUNG PRO MÜNCHEN mit 0,9 Prozent sogar unter dem Ergebnis der konkurrierenden NPD-Liste. Insgesamt kann konstatiert werden, dass die bundesweiten Ausdehnungsversuche bislang an den fehlenden organisatorischen Kapazitäten gescheitert sind. Zudem herrschte intern

Uneinigkeit über den Weg der Verbreiterung des PRO-KÖLN-Modells. Der Mehrheitsflügel von PRO KÖLN setzte darauf, alle verfügbaren Kräfte auf NRW zu konzentrieren. Nach augenscheinlich internen Machtkämpfen verkündete Manfred Rouhs, bis zu den Kommunalwahlen in NRW im Sommer des Jahres 2009 keinen weiteren „Strukturaufbau“ für PRO D zu betreiben, sondern lediglich „Arbeitshilfen für selbständige politische Aktivitäten der pro-Deutschland-Mitglieder“ zur Verfügung zu stellen (Rouhs 2008).

Der Weg zu einer zunächst regional und landesweit orientierten Ausweitung des PRO-KÖLN-Modells wurde am 6. Februar 2007 beschritten, indem in der Farbenstadt Leverkusen der Verein BÜRGERBEWEGUNG PRO NORDRHEIN-WESTFALEN e.V. (PRO NRW e.V.) gegründet wurde. Die Umwandlung dieses Vereins in eine „landesweite Regionalpartei“ wurde am 9. September 2007 in Bonn vollzogen. Vorsitzender von PRO NRW ist ebenfalls der Rechtsanwalt Markus Beisicht. Proklamiertes Ziel ist der „flächendeckende Antritt“ zu den Kommunalwahlen – eine Ankündigung, die von der Realität noch weit entfernt ist. Denn lediglich die Gründung der Bezirksverbände Ruhrgebiet, Rheinland und Ostwestfalen-Lippe ist bereits vollzogen, weitere Gründungen von Bezirksverbänden wurden bislang lediglich angekündigt (Stand: Januar 2009). Während die Aktivitäten im Ruhrgebiet trotz mehrmaliger Ankündigungen noch nicht flächendeckend umgesetzt werden konnten, beschränkt sich bislang der Schwerpunkt der Aktivitäten auf das Rheinland.

3 Verhältnis der „PRO“-Bewegung zur Parteienlandschaft der extremen Rechten

Das Verhältnis der „PRO“-Bewegung zur übrigen deutschen extremen Rechten kann als ein wechselhaftes Spannungsverhältnis beschrieben werden (vgl. näher Sager/Peters 2008). Da die strategischen Köpfe dieser Bewegung eine jahrzehntelange Tradition in dieser Szene aufweisen, kennt man sich und pflegt Kontakte. Zugleich postuliert die „PRO“-Bewegung eine Neuformierung des rechten Lagers und versucht, sich durch demonstrative Abgrenzung von der extremen Rechten ein seriös rechtes Antlitz zu verleihen, was zu Konflikten führt. Zudem tritt die Bewegung in Wahlkampfzeiten in offene Konkurrenz zu NPD und REPs. Das bedeutet: Man ringt um das gleiche Stammwählerklientel und bemüht sich um Abgrenzung von einander, obwohl zugleich ähnliche Themen und politische Bedürfnisse aufgegriffen und bedient werden – ein widersprüchliches Verhältnis also. Die Entwicklung von PRO MÜNCHEN zeigt dieses Verhältnis sowie zugleich ein strukturelles Problem der „PRO“-Bewegung exemplarisch auf: Mit der offen neonazistisch orientierten Rechten will die Gruppierung nicht in einen Topf geworfen werden, ohne NPD und Kameradschaftsszenen ist sie jedoch bundesweit aufgrund noch fehlender personeller und organisatorischer Kapazitäten nicht aktionsfähig. Denn diese Gruppierung entstand ursprünglich aus den örtlichen Organisationsstrukturen der NPD und stellt den Versuch dar, über den Umweg einer Bürgerliste der NPD das Feld für den Einzug in den Stadtrat von München zu bereiten (vgl. Andreasch 2008). Vom NPD-Parteivorsitzenden misstrauisch beäugt, formierte sich PRO MÜNCHEN zunächst in Konkurrenz zu PRO D und fixierte sich zudem noch auf eine lokale Anti-Moscheebau-Kampagne. Internes Konkurrenzgeplänkel sowie Gespräche mit den „PRO“-Strategen bewirkten einen Kurswechsel: Im Kontext einer Abspaltung einer NPD-konformen Liste vollzog sich die Zusammenarbeit mit der „PRO“-Bewegung, die sogar in aktive Wahlkampfhilfen in München gipfelte, bevor nach der Wahlschlappe von PRO MÜNCHEN seitens PRO NRW die erneuten Abgrenzungsbekundungen laut wurden.

Die NPD wiederum hat sowohl in Thüringen als auch in Nordrhein-Westfalen eigens „Pro“-Gruppierungen inszeniert, um der „PRO“-Bewegung propagandistisch zu begegnen. Die Inszenierungen der „PRO“-Bewegung werden seitens der NPD als gefährliche Konkurrenz begriffen und zugleich zu kopieren versucht.

Denn insgesamt ist feststellbar, dass die gegenwärtigen propagandistischen Modernisierungsversuche der extremen Rechten gekennzeichnet sind von einem antislimischen Populismus, der mit völkisch-rassistischen Parolen aufgeladen wird. So verkündete etwa die NRW-Landesvorsitzende der REPs, Uschi Winkelsett, in einer Pressemitteilung der Partei anlässlich der Einweihung der DITIB-Moschee in Duisburg-Marxloh: „Wer einen Moscheebau als Musterbeispiel der Integration feiert, lässt die Maske als Kollaborateur der schleichenden Islamisierung fälle.“ (Winkelsett 2008).

Eine vergleichbare Tonart findet sich in der Kampagne des NPD-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen im Herbst des Jahres 2008: „Deutsche wehrt euch – Gegen Überfremdung, Islamisierung und Ausländerkriminalität“, lautet der Aufruf der rechtsextremen Partei zu einer Demonstration (NPD NRW: 2008).

Die „PRO“-Bewegung versucht die Rolle des „Trendsetters“ von Rechtsaußen bei diesem Anti-Islamisierungskurs zu übernehmen. Dabei wird offen Bezug auf die rechtspopulistisch erfolgreichen Vorbilder in Belgien und Frankreich genommen, der unterstützend erwidert wird: „Wir werden Euch in jeder erdenklichen organisatorischen und personellen Weise unterstützen! Denn gerade in Deutschland bedarf es einer seriösen Opposition von rechts“, erklärte FPÖ-Generalsekretär Vilimsky auf dem Gründungsparteitag von Pro NRW (Bürgerbewegung Pro Köln 2007).

Dementsprechend wurde für die neue europäische Vernetzung als gemeinsame inhaltliche Basis bereits der Kampf gegen die vermeintliche Islamisierung Europas herausgestellt. Die Bedeutung, welche man diesem Themenfeld zumisst, zeigt sich auch in einem Artikel in der der FPÖ nahestehenden österreichischen Zeitschrift „Die Aula“. Unter dem Titel „Die deutsche Rechte vor neuen Herausforderungen“ wurde dort auf die Strategie der kampagnenförmigen Besetzung des Angstthemas „Islamisierung“ verwiesen:

„Die Pro-Gruppen verfolgen einen anderen Ansatz als die herkömmlichen Rechtsparteien, indem sie sich fast ausschließlich auf das Thema Islamisierung und den Widerstand gegen regionale Moscheebaupläne konzentrieren.“ (Thomsen 2008).

Dadurch, heißt es begeistert, wachse „in Nordrhein-Westfalen mit Pro NRW und den regionalen Pro-Gruppen, vor allem in Köln, eine politische Kraft heran, die für NPD und DVU im Westen zu einer ernsthaften Konkurrenz werden könnte“.

4 Das propagandistische Konzept von „PRO“

Die durchaus geschickt gewählte Namensgebung spielt eine nicht unerhebliche Rolle bei dem Versuch, sich populistisch als scheinbar kommunale Interessensvertretung bürgerchaftlicher Anliegen zu verkaufen. Während etwa bei Unterschriftensammlungen der NPD auf den ersten Blick erkennbar, dass es sich hierbei um eine Wahlpartei der extremen Rechten handelt, suggeriert das „PRO“ in Verbindung zu einer Stadt oder Region politisch unverfängliche Bürgernähe. Dies ist für die Strategie dieser Gruppierung von immenser Bedeutung, da das Sammeln von Unterschriften einen wichtigen Stellenwert in deren politi-

scher Methodik einnimmt. Das Gleiche lässt sich zu der Bezeichnung Bürgerbewegung sagen.

PRO NRW tritt in der Tradition Freier Wählergemeinschaften in Erscheinung, um sich als eine neue und „seriöse“ Kraft von Rechts zu inszenieren. In einem der ersten Werbeblätter von PRO NRW nach deren Konstituierung als Partei heißt das Motto: „Vom Erfolgsmodell pro Köln [...] zu einem erfolgreichen Neuanfang in ganz NRW!“ Das Kölner „Erfolgsmodell“ wird als exportfähig eingeschätzt:

„Mit der Bürgerbewegung pro NRW wird dieses Erfolgsmodell jetzt auf andere Städte Nordrhein-Westfalens übertragen. Ziel ist es, bei der Kommunalwahl 2009 und danach bei der Landtagswahl 2010 für ein politisches Erdbeben an Rhein und Ruhr zu sorgen“ (Bürgerbewegung PRO NRW 2007a).

Die politische Programmatik von PRO NRW erschöpft sich in einer Ansammlung von Stammtischparolen. Probleme, Ängste und Vorurteile werden schlagwortartig zugespitzt, undifferenziert miteinander vermischt und Feindbilder aufgebaut, um sich selbst als moralische Instanz und politische Ordnungsmacht inszenieren zu können, welche die Sorgen der Bevölkerung aufzunehmen bereit ist:

„Massenzuwanderung trotz millionenfacher Arbeitslosigkeit, immense Staatsverschuldung, hohe Kriminalität und arrogante Entscheidungen wider den Volkswillen – das hat Unmut hervorgerufen. Die Bürgerbewegung pro NRW tritt an, um der ‚schweigenden Mehrheit‘ wieder eine Stimme zu geben“ (Bürgerbewegung PRO NRW 2007b).

Mit derartigen Plattitüden wird versucht, komplexe Probleme in nationalistischer Manier zu vereinfachen. Das Parteiprogramm von PRO NRW erschöpft sich in ganzen sieben Programmpunkten, die in inhaltlich simpelster Form das rechtspopulistische Themenrepertoire abzudecken versuchen (vgl. Bürgerbewegung PRO NRW 2007c):

- Innere Sicherheit gewährleisten!
- Ausbildung statt Zuwanderung!
- Stoppt Korruption und Parteibuchwirtschaft!
- Besinnung auf Werte in der Kulturpolitik!
- Bürgerfunk statt Parteibuchsender!
- Das Ruhrgebiet stärken!
- Wer heilt unser Gesundheitssystem?

Ein Blick auf diese Programmpunkte offenbart, dass es dabei nicht um realpolitische Zielsetzungen geht, sondern lediglich um die Verkündung pauschalisierender Vorurteile und Ressentiments in rechtspopulistischer Manier (s. näher Häusler 2008a). Anhand des Parteiprogramms von PRO NRW lassen sich nur rudimentär Rückschlüsse auf die realpolitische Ausrichtung dieser Partei ziehen. Eine fundierte Bewertung der politischen Ausrichtung von PRO NRW bedarf der Einbeziehung der politischen Methodik und Praxis sowie des politischen Kontextes der Aktionsformen.

Der Aufbau von Kreisverbänden, die als scheinbar lokale „Bürgerbewegungen“ antreten, orientiert sich an der Strategie der rechtspopulistischen Zuspitzung sensibler Themen, wie es in einem Anschreiben des PRO-KÖLN-Vorsitzenden Beisicht deutlich wird: „Mit

unseren Schwerpunkten – Kampf gegen Multikulti-Auswüchse, Kriminalität und Korruption – haben wir eine ernstzunehmende, seriöse Opposition von rechts aufbauen können.“ (Beisicht 2007a). Um vor Ort Wirkung entfalten zu können, fordert der Parteichef von seiner Gefolgschaft ein „absolutes seriöses Auftreten“ und die Hinwendung zu kommunalen Themen: „Wir müssen uns aktiv in die jeweilige kommunalpolitische Diskussion einbringen. Pro NRW muss in den Kommunen vor Ort die Meinungsführerschaft gewinnen“ (Beisicht 2008a).

Die Methodik zum Aufbau und zur Steuerung eines rechtspopulistischen Netzwerkes ist in einem Strategiepapier dargelegt, das als „Aufbaukonzept“ die Grundlagen zur strukturellen Etablierung der PRO- Bewegung aufzeigt. Es wurde Anfang 2006 von Manfred Rouhs in Köln im Rahmen eines „Strategieseminars“ für PRO D vorgestellt (vgl. PRO D 2006). Dieses Aufbaukonzept kann als Grundlage zur Analyse der organisatorischen Arbeitsweise des PRO-Netzwerks herangezogen werden, da dort dezidiert die einzelnen Handlungsschritte zur Entfaltung von organisatorischen und propagandistischen Aktivitäten im kommunalen Rahmen dargestellt sind (näher vgl. Peters/Sager/Häusler 2008).

In diesem Konzept wird die Erstellung von Bürgeranfragen als „Kernarbeit der Bürgerbewegung“ beschrieben. Die Erfassung von Adressen der unterschriebenen Petitionen dient dabei als „wichtigstes politisches Kapital“ der Gruppierung zur Entfaltung weiterer Propagandastrategien. Ganz offen bezeichnet das Konzept die Möglichkeit, durch Petitionen ein Bürgerbegehren herbeizuführen, als „Kerngeschäft“: „Die auf die Anbindung von Menschen abzielenden Petitionen aber sind unser Kerngeschäft, mit dem der Erfolg unserer politischen Arbeit steht und fällt.“ Die strategische Leitlinie ist offensichtlich die Instrumentalisierung kommunalpolitischer Mitbestimmungs- und Beschwerdemöglichkeiten für eigene Wahlkampfzwecke. Dieser Mechanismus soll ständig wiederholt werden:

„Das hier beschriebene Procedere zur Ansprache von Menschen – Thema suchen, Petition erstellen, Adressen einpflegen, Info-Blatt aussenden usw. – wird ständig wiederholt. Sobald ein Handlungszyklus abgeschlossen ist, folgt der nächste: wir suchen ein neues Thema, erstellen eine neue Petition, und so weiter.“

Die Erfassung und Strukturierung der Unterschriftenlisten für die eigenen Propaganda- und Wahlkampfzwecke gehört laut „Aufbaukonzept“ zur zentralen Aufgabe der Kreisverbände. Darin wird gefordert, die Adressen für die Wahlkampfabsichten des Bundesverbandes der „Bürgerbewegung pro Deutschland“ weiterzuleiten:

„Zudem müssen die Adressen an den Bundesvorstand weitergegeben werden, damit die interessierten Bürger zusätzlich gelegentliche Aussendungen des Bundesvorstandes erhalten, so dass eine möglichst häufige, umfassende Ansprache erfolgt. Das schafft Bindungen.“

Ein weiterer Schritt zur Einbindung neuer Mitglieder ist der Aufbau unterschiedlicher „Arbeitskreise“. An PRO NRW bzw. PRO KÖLN angegliedert sind der PRO-NRW-Arbeitskreis „Pro Mittelstand NRW“, der „frauen- und familienpolitische Arbeitskreis“, „Christen pro Köln“ sowie die „Jugend pro NRW“. Besonderer Beachtung bedarf der Arbeitskreis „Jugend pro NRW“, da hierüber die Agitation vor Schulen vorangetrieben wird. Hierzu wurden eine eigene Schülerzeitung mit dem Titel OBJEKTIV sowie Flugblätter erstellt, die speziell Jugendliche und junge Erwachsene ansprechen sollen. Flugblätter mit Botschaften

wie „Mach mich nicht an, Mehmet!“ zielen deutlich in diese Richtung (vgl. näher Killguss/Schedler 2008).

5 Rechtspopulismus und Rechtsextremismus: das Spiel mit den Begriffen

Im allgemeinen Sprachgebrauch hat sich der Begriff des Rechtspopulismus als Kennzeichnung für eine spezielle Form politischer Rhetorik im rechten Spektrum eingebürgert. Konjunktur erfuhr der Begriff des Rechtspopulismus auf der europäischen Ebene zunächst durch die Inszenierungen des mittlerweile verstorbenen österreichischen Rechtsaußenpolitikers Jörg Haider. Seit dem Aufkommen der SCHILL-PARTEI erlangte der Begriff auch für die Kennzeichnung spezifischer bundesdeutscher Rechtsaußen-Parteien an Bedeutung. Da es sich bei diesen Kennzeichnungen jedoch zumeist lediglich um den Versuch einer Beschreibung bestimmter rhetorischer und propagandistischer Inszenierungsformen handelt, ist die inhaltliche Ausrichtung der so beschriebenen Protagonisten damit noch gar nicht erfasst. Die Populismusforscherin Karin Priester kritisiert eine solche „diskursanalytisch verkürzte Optik“ auf das Phänomen des Populismus:

„Der populistische ‚Appell an das Volk‘ ist weit mehr als ein formales Stilelement, nämlich eine inhaltliche Botschaft und suggeriert, es gäbe einen genuinen Volkswillen, der in seinem latenten Wahrheitsgehalt nur offen gelegt werden müsse“ (Priester 2008: 30).

Karin Priester verweist darauf, dass der Populismus „ein konservatives Phänomen ist, das jedoch meist in Verschmelzung mit anderen politischen Richtungen auftritt.“ (Priester 2007: 14) Hiernach beruht der zeitgenössische Populismus auf der „Gleichsetzung von ‚Volk‘ mit dem selbstständigen Mittelstand oder den ‚kleinen Leuten‘“ (ebd.: 216). Mit dieser Verknüpfung – losgelöst von der Frage, welche Partei sich dieser Verknüpfung bedient – weist der Populismus eine inhaltliche Verortung in der rechten Denktradition auf.

Für Parteien der extremen Rechten wie der „PRO“-Bewegung dient die rechtspopulistische Anrufung ‚des Volkes‘ der Einbindung neuer Zielgruppen jenseits des offen rechten Randes, um im Zeichen der Krise politischer Repräsentation neue politische Lücken strategisch besetzen zu können. In der Eigendarstellung bezeichnet PRO NRW sich selbst offen als „rechtspopulistisch“. Die affirmative Bezugnahme auf einen populistischen Stil dient in diesem Kontext dazu, sich selbst als dem rechtskonservativen Spektrum zugehörig und sich mit propagandistischem Bezug auf Ängste und Vorurteile aktionsorientiert als „Anwälte des Volkes“ inszenieren.

Während sich die PRO-Bewegung selbst als „rechtspopulistisch“ bezeichnet, wird PRO KÖLN als Ursprungsorganisation hingegen im Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen unter der Rubrik „Rechtsextremismus“ aufgeführt, wogegen PRO KÖLN bislang erfolglos geklagt hat. Die extremismustheoretischen Kategorisierungsinstrumentarien des Verfassungsschutzes unterscheiden jedoch rein formalistisch zwischen einer „demokratischen Mitte“ und „extremistischen Rändern“, ohne die innere Verfasstheit dieser „Mitte“ wie dieser „Ränder“ inhaltlich zu durchdringen oder gar infrage zu stellen. Aber der eigentliche politische Fixpunkt der „PRO“-Bewegung, die schwer zu greifende Sphäre zwischen den Rändern des etablierten Konservatismus und offenem Rechtsextremismus, findet in einer solchen Differenzierung keine Berücksichtigung. In einem solchen staatszentrierten Konzept der „streitbaren Demokratie“ finden zudem politische Transfor-

mationsprozesse nach Rechts innerhalb des politischen Ordnungsgefüges keine Beachtung, wodurch der inhaltliche Zusammenhang zwischen rechtem „Extremismus“ und staatstragender Politik unterschlagen wird. Ein populistischer Politikstil mit nationalistischer und kulturalisierender Rhetorik ist jedoch zugleich in der politischen Mitte der repräsentativen Demokratie zu finden und trägt ganz entscheidend zur Wirkungsmächtigkeit rassistischer Forderungen bei. Die populistische Verknüpfung der sozialen mit der nationalen Frage durch die Anrufung von „nationaler Identität“ und „deutscher Leitkultur“ erweist sich als Einfallstor für die extreme Rechte. Eine inhaltlich orientierte und zugleich gesellschafts- und staatskritisch ausgerichtete politikwissenschaftliche Analyse extrem rechter Bewegungen und deren Methodik bedarf daher anders gefasster Kategorisierungsmöglichkeiten. Deshalb wird hier in Anlehnung an Benno Hafener und Sven Schönfelder der Begriff „extreme Rechte“ zur Kennzeichnung des äußeren rechten Randes des politischen Spektrums verwendet (vgl. Hafener/Schönfelder 2007: 9). Dieser Sammelbegriff umfasst das gesamte politische Rechtsaußen-Spektrum von der Grauzone zwischen rechtskonservativen und rechtsextremen Zirkeln bis hin zu offen neonazistischen Szenen und misst sich nach folgenden inhaltlichen Zuordnungskriterien:

- völkisch-nationalistische Ausprägungen
- rassistische und antisemitische Ausprägungen
- autoritäre Politikvorstellungen
- Ablehnung des gesellschaftlichen Gleichheitsprinzips
- Diskriminierung von Minderheiten
- Ethnisierung / Nationalisierung sozialer und ökonomischer Problemlagen

Der kritische Blick auf die extreme Rechte und eine rechtspopulistische Anrufung des „Volkes“ darf nicht auf extremismustheoretische Zuordnungen begrenzt werden.

Die Politikwissenschaftlerin Chantal Mouffe sieht das Aufkommen des Rechtspopulismus in einem Dependenzverhältnis zu der fehlenden Konfrontation verschiedener Blöcke im politischen Mainstream:

„Wenn demokratische Politik ihre Fähigkeit verloren hat, die Menschen ganz für politische Projekte zu mobilisieren, und wenn sie sich darauf beschränkt, die notwendigen Voraussetzungen für das reibungslose Funktionieren des Marktes sicherzustellen, dann haben politische Demagogen die besten Voraussetzungen, der weit verbreiteten Frustration eine Stimme zu verleihen.“ (Mouffe 2007: 93)

6 Antislimischer Populismus als propagandistisches Einfallstor

Grenzübergreifend kommt antimuslimischen Ressentiments gegenwärtig eine zentrale Rolle in der Propaganda der extremen Rechten zu:

„Überall in Europa sind Zuwanderung, der Status des Islam und die mögliche EU-Mitgliedschaft der Türkei zentrale Themen der politischen Debatte. Wie in Österreich werden die Bedingungen häufig von der extremen Rechten vorgegeben“ (Brunzl 2008: 72).

Am Beispiel der FPÖ ist erkennbar, dass auch die rassistischen Feindbildkonstruktionen konjunkturellen Wandlungs- und Anpassungsprozessen an den Zeitgeist unterliegen. Denn als ursprüngliches Sammelbecken ehemaliger österreichischer Nazis war die FPÖ bis in die 1990er Jahre hinein geprägt von einem offenen Antisemitismus sowie einem antieuropäischen germanophilen Nationalismus, der auch unter Haider noch deutlich zum Ausdruck kam. Im revidierten Parteiprogramm von 1997 ist ein Richtungsschwenk zu verzeichnen hin zu einem supranationalistischen, europäisch orientierten Kulturrassismus. Dort werden gar Verweise auf die jüdischen Beiträge zur kulturellen Prägung Europas herangezogen, um gegen muslimische Zuwanderer in Frontstellung zu gehen (vgl. FPÖ-Parteiprogramm; näher s. Brunzl 2008: 71). In einem Grundsatzpapier „Wir und der Islam“ wird die Abwehr muslimischer Zuwanderer gar zur kulturellen Überlebensfrage in Europa stilisiert (vgl. FPÖ 2008).

Anknüpfend an verbreitete Vorurteile gegen muslimische Zugewanderte haben viele Rechtsaußenparteien in Europa ihre Mobilisierungsagenden modernisiert und bedienen sich des Kampagnenthemas Antiislamismus. Speziell mit Kampagnen gegen Moscheebauten instrumentalisiert die extreme Rechte damit propagandistisch ein Thema, das symbolträchtig für die Kulturalisierung sozialer und politischer Problemlagen steht. Empirische Untersuchungen zeigen, dass die extreme Rechte mit ihrer antiislamisch geprägten, im Kern rassistischen Agitation auf ein nicht geringes populistisches Potenzial zielt. War früher in diesen Kreisen die platte Parole „Ausländer raus“ Ausdruck ihres dumpfen Rassismus, so versteckt sich dieser aktuell oftmals hinter populistischen Parolen zur Verteidigung von nationaler „Leitkultur“ und „christlichem Abendland“, besonders jedoch gegen „Islamisierung“ und „Moscheebau“. Damit kanalisiert die extreme Rechte die vorherrschende emotionalisierte Auseinandersetzung um Islam und Integration nach Rechtsaußen.

Europaweit bedienen sich extrem rechte Parteien gegenwärtig antiislamischer Kampagnen, die angesichts der weiten Verbreitung einschlägiger Ressentiments häufig Erfolg versprechend sind. In Dänemark errang die Vorsitzende der „Dänischen Volkspartei“, Pia Kjaersgaard, bei den Parlamentswahlen im Dezember 2007 mit Hetzparolen gegen den Islam als „Pest über Europa“ einen Stimmenanteil von 14 Prozent, die österreichischen „Freiheitlichen“ (FPÖ) betrieben 2006 Wahlkampf mit Parolen wie „Daham statt Islam“, und auch Parteien wie das „Bündnis Zukunft Österreich“ (BZÖ), die „Schweizerische Volkspartei“ (SVP), der belgische „Vlaams Belang“ und der französische „Front National“ (FN) bedienen sich gerne des Antiislamismus als Wahlkampf-Ticket. In den Niederlanden fußte der überraschende Wahlerfolg der „Liste Pim Fortuyn“ (LPF) bei den Parlamentswahlen 2002 vor allem auf der Propaganda gegen muslimische Migranten und die Religion des Islam als solche. Nach dem Mord an dem islamkritischen Regisseur Theo van Gogh durch einen Islamisten 2004 zog bei den Parlamentswahlen 2006 mit Geert Wilders Partei für die Freiheit wiederum eine rechtspopulistische Partei vor allem mittels antiislamischer Hetze aus dem Stand in das niederländische Parlament ein.

Verbindendes Kennzeichen antiislamischer Propaganda von Rechts ist die inhaltliche Vermengung von antiislamischem Populismus und völkischem Rassismus, wie sie exemplarisch im Interview mit der FPÖ-Funktionärin Susanne Winter in der österreichischen Rechtsaußen-Zeitschrift „Zur Zeit“ (Winter 2007) zum Ausdruck kommt. Unter dem Titel „Schluss mit Asylmissbrauch! Graz wieder den Grazern!“ verknüpft sie eine einwanderungspolitische Abwehrhaltung mit antiislamischen Bezugnahmen: „Die Anzahl der integrationsunwilligen ‚islamischen Landbesetzer‘ hat in Europa mittlerweile eine unerträgliche

Größe erreicht“, erklärt sie dort, um zugleich in kulturkämpferischer Manier zu verkünden: „Auch Graz und seine Politiker werden sich diesem neuen Kulturkampf stellen müssen.“ Die deutschen Republikaner sprechen von einer „schleichenden muslimischen Machtergreifung“ (2008b), und auch beim belgischen VB richtet sich die Agitation gegen Einwanderung vor allem gegen muslimische Migranten aus dem nördlichen Afrika und der Türkei.

Ausgehend von derselben Argumentation sieht der Fraktionsvorsitzende des Vlaams Belang, Filip Dewinter, in einer „länderübergreifenden Zusammenarbeit aller Patrioten im Kampf um die Identität und Souveränität der europäischen Völker“ eine Notwendigkeit (Bürgerbewegung Pro Köln: 2008a). „Der Islam gehört nicht nach Europa, denn Europa ist ein Kontinent von Schlössern und Kathedralen und nicht von Moscheen und Minaretten“, so Dewinter bei einer Veranstaltung der deutschen REP (Die Republikaner 2008a).

Um gerade lokale Konflikte gemeinsam für antiislamische Agitation zu nutzen, gründeten Vertreter von VB, FPÖ, REP und Pro Köln auf Initiative des VB ebenfalls im Januar 2008 in Antwerpen ein Bündnis „Städte gegen Islamisierung“. Nach Angaben des VB-Fraktionschefs Filip Dewinter sollen bereits Kommunalvertreter aus den Städten Brüssel, Gent, Antwerpen, Mechelen, Wien, Graz, Rotterdam, Utrecht, München, Berlin, Köln, Rom, Bologna, Venedig, Lille, Straßburg, Paris und Marseille beteiligt sein – vor allem Städte, in denen die extreme Rechte in den Kommunalparlamenten sitzt (vgl. Cities Against Islamisation 2008). Die „Islamisierung Europas“, so der Pro-NRW-Vorsitzende Beisicht, sei ein „Phänomen, das uns alle angeht. Egal ob in Köln, Wien, Berlin, London, Paris, Stockholm oder Rom“ (Bürgerbewegung Pro Köln 2008b). Der im September 2008 veranstaltete „Anti-Islamisierungskongress“ in Köln sollte als erster propagandistischer Auftakt dieser beschworenen europäischen Front gegen „Islamisierung“ dienen. Pathetisch wurde dessen angeblich historische Bedeutung beschworen. Wenn man der momentanen Entwicklung nicht entgegenwirke, werde die Zukunft Europas eine muslimische sein, hieß es. Der nach seinem Austritt aus der CDU fraktionslose Bundestagsabgeordnete Henry Nitzsche, ausgefallener Redner für den Kongress aufgrund der Verbotungsverfügung, offenbarte bei einer Kommentierung der vorzeitig beendeten Veranstaltung deren nationalistische und rassistische Stoßrichtung: „Wir leisten Widerstand! Wir wollen keine Islamisierung Deutschlands! Wir sind Deutsche und Gott denkt in Nationen und deshalb: Für Gott, für Deutschland, für unser Vaterland!“ (Nitzsche 2008).

In Deutschland ringt die extreme Rechte untereinander um die Vorherrschaft auf das Kampagnenthema Moscheebau. Parteien wie REP und NPD haben bereits Kampagnen gegen Moscheebauprojekte gestartet beziehungsweise versucht, lokale Konflikte wie in Frankfurt-Hausen oder Berlin-Heinersdorf zu instrumentalisieren. Bei der „PRO“-Bewegung steht das Thema Islam und insbesondere die Agitation gegen Moscheebauten im Mittelpunkt der politischen Arbeit: „So wie in Köln werden wir in ganz Nordrhein-Westfalen gegen Moscheebauten, Minarette und Muezzin-Ruf mobil machen. Pro NRW wird die Anti-Islam-Partei werden!“, erklärte der Pro-NRW-Vorsitzende Beisicht (Bürgerbewegung Pro Köln 2007).

7 Von Rechts zur Mitte – die Kulturalisierung des Sozialen

Mit ihren antiislamisch ausgerichteten rechtspopulistischen Inszenierungen zielt die „PRO“-Bewegung auf den Einbruch von Rechtsaußen in die politische Mitte. In der neu-

rechten Wochenzeitung „Junge Freiheit“ (JF), die schon seit Jahrzehnten nach einer neuen Kraft von Rechtsaußen sucht, welche die Anbindung an das konservative Establishment erreicht, wurden diese Bemühungen erörtert. Dort erläuterte der „PRO“-Vorsitzende Markus Beisicht den strategischen Hintergrund der Parteigründung:

„In den neunziger Jahren waren alle herkömmlichen rechtsbürgerlichen Parteien an einen toten Punkt gelangt. Es war klar, wir mussten etwas Neues erfinden: Statt einer bundesweiten Partei, haben wir mit Pro Köln den entgegengesetzten Ansatz gewählt: den einer kommunalen Bürgerbewegung“ (Beisicht 2008).

Angesichts der Mobilisierungsschwäche extrem rechter Parteien gerade in Westdeutschland erscheint ein solches Projekt interessant für jene, die sich um die Formierung einer neuen Kraft rechts von der Union bemühen. So fragt ein JF-Redakteur nach dem Zweck dieses *pro*-Modells: „Pro Köln ist also keine Anti-Moscheebau-Bürgerinitiative, sondern ein rechtes Parteiprojekt, das nur in diesem Gewand daherkommt?“ Die Antwort des pro NRW-Vorsitzenden bestätigt dies: „So könnte man sagen. [...] Gerade in Großstädten kann man damit punkten! Wir haben die Marktlücke besetzt, und es ist uns der Einbruch in Schichten gelungen, die wir sonst nicht erreicht hätten.“

Diese Einschätzung ist mehr Propaganda als Realität und nach dem aktuellen Stand des Parteaufbaus beurteilt, wird sich die angestrebte landes- und bundesweite Etablierung der „PRO“-Bewegung wohl aller Voraussicht nach als Illusion erweisen. Doch losgelöst von der Frage der Erfolgsaussichten für diese neue Kraft von Rechtsaußen hat diese rechtspopulistische Agitation Folgen für das soziale Klima. Als prägendes Merkmal der öffentlichen und medialen Debattenkultur sieht der Journalist Eberhard Seidel einen Rutsch von Rechtsaußen-Parolen in breitere Kreise: „Ein Kulturalismus, der in der Vergangenheit dem äußersten rechten Rand des politischen Spektrums vorbehalten war, erfreut sich heute auch in der bürgerlichen Mitte großer Popularität“ (Seidel 2008: 258).

Es ist jedoch nicht allein der offen extrem rechte Rand, der sich einen antiislamischen Populismus zu Eigen macht. Über Blogs, Diskussionszirkel, Vereine und Wählervereinigungen existiert ein loses Netzwerk islamophober Alarmisten, die als propagandistische „Brückenköpfe“ zwischen Rechtsaußen und der politischen Mitte in antiislamischem Tenor mit rechtspopulistischen Untertönen agieren. Ein solches „Islam-bashing“ betreibt beispielsweise der Internet-Blog „Politically Incorrect“ (PI). Auf der von einem Grundschullehrer im Jahr 2004 an den Start gebrachten Website mit täglich ca. zwanzigtausend Besuchern finden sich nicht nur rassistische Äußerungen gegenüber Muslimen. In der JF-Ausgabe Nr. 30/2007 wirbt PI-Betreiber Stefan Herre gar in populistischem Tenor für eine neue Kraft rechts von der Union:

„Wenn die CDU sich nicht endlich besinnt und die Sorgen ihrer Wähler ernst nimmt, satt sich zum Untertan der Islamvertreter zu machen, muß halt eine neue, wirklich konservative Partei – wie zum Beispiel Ulfkottes 2008 geplante ‚Pax Europa‘ – Druck ausüben. Dabei sollte dann mit aller Klarheit vermittelt werden, dass nicht wir Deutschen es sind, die sich in die islamischen Geflogenheiten integrieren müssen“,

so Herre in dem Zentralorgan der „Neuen Rechten“. Der vom PI-Betreiber hofierte Udo Ulfkotte wiederum, vormals langjähriger Auslandskorrespondent der FAZ, war als selbsternannter „Islam-Experte“ auch schon als Redner auf einer Veranstaltung aus dem Umfeld

der PRO-Bewegung aufgetreten, um über die „schleichende Islamisierung Europas“ zu referieren. Verbindungen hat Ulfkotte zugleich zum „Bundesverband der Bürgerbewegungen zur Bewahrung von Demokratie, Heimat und Menschenrechten“ (BDB), von dem im Juni 2007 der so genannte „Wertheimer Appell“ verabschiedet wurde. Darin wird sich in populistischem Tenor gegen die angeblich „schleichende Islamisierung der Bundesrepublik Deutschland“ gewandt und gefordert: „Überprüfung von Art. 4 GG (Religionsfreiheit) hinsichtlich seiner Anwendbarkeit auf die Politreligion Islam“ (Wertheimer Appell 2007). Der BDB fusionierte mit Ulfkottes Verein „Pax Europa“ zur „Bürgerbewegung Pax Europa“, die Ende des Jahres 2008 von Ulfkotte nach internem Streit wieder verlassen wurde. Als „gern gesehener potentieller Partner von pro NRW im Kampf gegen die Islamisierung Deutschlands“ bezeichnete wiederum PRO-NRW-Chef Beisicht Pax Europa (Bürgerbewegung PRO NRW 2008c).

Doch es sind nicht bloß solche Splittergruppen und skurrile Bündnisse, die sich einen antiislamischen Populismus zu eigen machen. Die islamfeindliche Hetze hat längst den publizistischen Markt erreicht und findet dort politisch grenzüberschreitend Aufmerksamkeit:

„So entstand ein gut vernetzter Agitationszusammenhang, geführt von Angst-Unternehmern, die durch Buchverkauf, Werbeanzeigen auf ihren Homepages und den Vertrieb von Propagandaartikeln außer dem politischen auch finanziellen Gewinn zu erzielen suchen“ (Widmann 2008: 47).

Seit den Anschlägen vom 11. September 2001, dem Irakkrieg und dem Mord an dem niederländischen Filmemacher Theo van Gogh 2004 sind Kampagnen gegen den Islam mehrheitsfähige Themen. In Folge dessen stellt Islamfeindlichkeit kein exklusives Thema der extremen Rechten dar. Entsprechende Parolen finden bis weit in die politische Mitte hinein Verwendung. Im öffentlichen Diskurs dominiert dabei eine unsachgemäße Verknüpfung der Themenfelder Islam und politischer Extremismus, aus der insbesondere die extreme Rechte politisch Kapital schlägt. Im Kontext von islamischem Fundamentalismus und Terrorismus hat sich auch die Bedeutung von mit dem Islam verbundenen Begriffen verändert, die Moschee beispielsweise wird „weniger als Ort des Gebets und der Begegnung wahrgenommen, als vielmehr als Ort der Verschwörung interpretiert“ (Schiffer 2005: 28). Die Moscheevereine jedoch trotz dort teilweise existentem Fundamentalismus und problematischen Segregationstendenzen zur Ursache verfehlter Integration zu erklären, hieße Ursache und Wirkung zu vertauschen. Denn sie entstanden in einer Gesellschaft mit einem Blut- und Boden-Staatsbürgerschaftsverständnis, die noch bis in die 1990er Jahre hinein höchst offiziell leugnete, überhaupt eine Einwanderungsgesellschaft zu sein. Daher gibt es durchaus triftige Gründe zur Kritik an religiösem Fundamentalismus, jedoch keinen Grund, warum nicht Hinterhofgebetsräume zu baulich ausgestatteten Moscheen umgestaltet werden sollen. Denn die Anerkennung des Islam in Deutschland ist untrennbar verbunden mit einer Akzeptanz seiner öffentlichen Sichtbarkeit (Bielefeldt 2008: 32). Zwischen 20 und 35 Prozent der deutschen Bevölkerung weisen Ressentiments gegenüber Muslimen auf, Vorbehalte gegenüber der islamischen Kultur sind noch weiter verbreitet und nehmen darüber hinaus von Jahr zu Jahr zu (Kühnel/Leibold 2006: 141). Einer aktuellen Studie aus dem Jahr 2008 zu Folge hegt sogar jeder zweite Deutsche Vorbehalte gegenüber Muslimen, europaweit nimmt der Anteil offenbar zu (Pew Reserach Center 2008: 16).

Gefördert wird die Verbreitung derartiger Positionen durch öffentliche Debatten, die gesellschaftliche Konflikte in Begrifflichkeiten des Ethnischen ausdrücken und anstelle ihres sozialen Ursprungs auf vermeintlich kulturell-religiöse Differenzen oder Mentalitätsunterschiede verweisen.

Der antiislamische Rechtspopulismus erhält nicht zuletzt auch durch solche Entwicklungen Auftrieb, denn er baut auf den nationalistisch hergeleiteten Dualismus eines ethnisierten „Wir“ und „Die Fremden“ auf und kulturalisiert diesen Dualismus zu dem Feindbild der „Fremdreligion Islam“. Eine solche Konstruktion von Fremdheit fußt auf Defiziten staatlicher Integrationspolitik und struktureller Benachteiligung von Zugewanderten. Hier ist insbesondere das fehlende kommunale Wahlrecht für Migrantengruppen zu nennen, die zum Teil bereits seit mehreren Jahrzehnten in Deutschland leben, wie beispielsweise Türken, die als Nicht-EU-Bürger dennoch kein kommunales Wahlrecht besitzen (Schmitt 2003: 353; Kelttek 2008: 279). Daher kommt eine wirksame Strategie der nachhaltigen Unterbindung von antiislamischem und rassistischem Populismus nicht umhin, auch die staatsbürgerliche Verfasstheit der Gesellschaft den Anforderungen einer Einwanderungsgesellschaft unter der Prämisse gleichberechtigten Miteinanders anzupassen.

In der öffentlichen Auseinandersetzung mit den antiislamischen Kampagnen von Rechts sollte es deshalb weniger um extremismustheoretische Zuordnungsfragen gehen. Die zentrale Problematik misst sich nicht an der Frage, ob derartige Gruppierungen formaljuristisch als „rechtsextrem“ oder ‚nur‘ rechtspopulistisch einzustufen sind. In der politischen Praxis stellen die als Rechtspopulisten bezeichneten Parteien und Bewegungen in Europa trotz unterschiedlicher Ansätze mehrheitlich keine Abkehr, sondern vielmehr eine dem politischen Zeitgeist konforme Ausprägung der extremen Rechten dar. Das zentrale politische Problem zeigt sich in einer Ethnisierung sozialer Problemlagen, die mit einer „Kulturalisierung“ der Politik korrespondiert, die nicht mehr auf materielle Interessen zurückgeführt, sondern auf die Wahrung kollektiver Identitäten reduziert wird, was zu einer Entpolitisierung gesellschaftlicher Konflikte beiträgt. Daher ist die offensive Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen Erscheinungsformen im Lager der extremen Rechten nur die eine Seite der Medaille. Zugleich müssen auch (rechts-)populistische Entwicklungen im Zentrum politischer Macht in den kritischen Blick genommen werden.

Literatur und Quellen

- Andreasch, Robert (2008): Entstehung und Aktivitäten der „Bürgerbewegung PRO MÜNCHEN“, in: Alexander Häusler (Hrsg.) Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien, Wiesbaden: 104-113.
- Beisicht, Markus (2007a): Zitat, in: <http://www.pro-nrw.org/pdf/anschreiben.pdf> Stand: 29.06.2007.
- Beisicht, Markus (2007b): Aufstand gegen die Islamisierung, DS-Gespräch, in: Deutsche Stimme v. Juli 2007: 3.
- Beisicht, Markus (2008a): Zitat, in: <http://www.pro-nrw.org/content/view/284/42/> v. 20.02.2008.
- Bielefeldt, Heiner (2008): Das Islambild in Deutschland. Zum öffentlichen Umgang mit der Angst vor dem Islam, Berlin.
- Bunzl, Matti (2008): Zwischen Antisemitismus und Islamophobie, in: John Bunzl/ Alexandra Senfft (Hrsg.): Zwischen Antisemitismus und Islamophobie. Vorurteile und Projektionen in Europa und Nahost, Hamburg: 53-74.

- Bürgerbewegung Pro Köln (2007): Neue Rechtspartei gegründet: Bürgerbewegung pro NRW nimmt Kurs auf den Landtagseinzug 2010!, 10.09.2007.; online unter: <http://www.pro-koeln-online.de/artikel5/pro-nrw.htm>, Zugriff: 04.07.2008.
- Bürgerbewegung Pro Köln (2008a): Europäischer Gedankenaustausch. Volle logistische Unterstützung des Vlaams Belang für den Kölner Anti-Islamisierungskongress, 19.06.2008, online unter: http://www.pro-koeln-online.de/artikel08/190608_brue.htm, 19.06.2008, Zugriff: 04.07.2008.
- Bürgerbewegung Pro Köln (2008b): Vorbereitungen für Anti-Islam-Kongress laufen auf Hochtouren, 10.03.2008, online unter: <http://www.pro-nrw.org/content/view/311/225/>, Zugriff: 04.07.2008.
- Bürgerbewegung PRO NRW (2007a): Nordrhein-Westfalen ist unsere Heimat!“ pdf-Flugblatt unter: <http://buerbewegung-pro-nrw.de/pdf/nrwflugblatt.pdf>. Stand: 10.10.2007.
- Bürgerbewegung PRO NRW (2007b): unter: <http://www.pro-nrw.org/> Stand: 18.08.2007.
- Bürgerbewegung PRO NRW (2007c): Parteiprogramm, unter: <http://www.pro-nrw.org/> Stand: 15.10.2007.
- Bürgerbewegung Pro NRW (2008a): Pro-NRW-Petition an den Landtag: „Nein zu Großmoscheen, Minaretten und Muezzinruf!“, 09.02.2008, online unter: <http://www.kongress.pro-nrw-online.de/content/view/268/200/>, Zugriff: 04.07.2008.
- Bürgerbewegung Pro NRW (2008b): Potential noch nicht einmal annähernd ausgeschöpft!, Interview mit Markus Beisicht vom 06.01.2008, online unter: http://www.beisicht.de/index.php?option=com_content&task=view&id=76&Itemid=44, Zugriff: 04.07.2008.
- Bürgerbewegung PRO NRW (2008c): Zusammenarbeit aller seriösen Kräfte, unter: <http://www.pro-nrw-online.de>. Stand: 02.12.2008.
- Cities Against Islamisation (2008): Charter for 'Cities against islamization', online unter: <http://www.citiesagainstislamisation.com/De/>, Zugriff: 04.07.2008.
- Die Republikaner (2008): Republikaner, Vlaams Belang und FPÖ: gemeinsam für „Europa der Vaterländer“. Pressemitteilung Nr. 37/08, 21.06.2008.
- Die Republikaner (2008a): Republikaner, Vlaams Belang und FPÖ: gemeinsam für „Europa der Vaterländer“, Pressemitteilung Nr. 37/08 vom 21.06.2008, online unter: <http://www.rep.de/content.aspx?ArticleID=aad3dcff-8a48-4c65-9ae3-f9f444a2940e>, Zugriff: 21.06.2008.
- Die Republikaner (2008b): Islamkonferenz“ ist ein Irrweg. Rolf Schlierer: „Schäuble hilft türkischen Lobbyverbänden bei der Errichtung eines Staats im Staate“, Pressemitteilung Nr. 15/08 vom 13.3.2008, online unter <http://www.rep.de/content.aspx?ArticleID=4f7c3d13-0803-4ed7-9e76-2e37f9714557>, Zugriff: 04.07.2008.
- FPÖ (2008): „Wir und der Islam“, unter: http://www.fpoe-parlamentsklub.at/fileadmin/Contentpool/Parlament/PDF/Wir_und_der_Islam_-_Freiheitliche_Positionen.pdf, Zugriff: 22.11.2008.
- Hafenecker, Benno/Schönfelder, Sven (2007): Politische Strategien gegen die extreme Rechte in Parlamenten. Folgen für kommunale und lokale Demokratie. Berlin.
- Häusler, Alexander (2008): Rechtspopulismus als Stilmittel zur Modernisierung der extremen Rechten, in: Ders. (Hrsg.): Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien, Wiesbaden: 155-169.
- Häusler, Alexander (2008b): Politische Programmatik von PRO NRW, in: Ders. (Hrsg.): Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien, Wiesbaden: 88-93.
- Häusler, Alexander/Killguss, Hans-Peter (Hrsg.) (2008): Feindbild Islam. Rechtspopulistische Kulturalisierung des Politischen. Dokumentation zur Fachtagung vom 13. September 2008, Beiträge und Materialien der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus, Köln.
- Häusler, Alexander/Schedler, Jan: Antiislamischer Populismus – ein rechter Erfolgsschlager? In: Forschungsjournal Neue soziale Bewegungen, Heft 1/2009 (i.E.)
- Jentsch, Ulli (2008): PRO-Aktivitäten in Berlin und Brandenburg, in: Alexander Häusler (Hrsg.): Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien, Wiesbaden: 94-103.
- Keltek, Tayfun (2008): Aktivitäten der kommunalen Migrantenvertretungen in den Städten Nordrhein-Westfalens, in: Alexander Häusler (Hrsg.): Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“.

- Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien, Wiesbaden: 278-284.
- Killguss, Hans-Peter/Häusler; Alexander (2008): Wissenswertes zum „Antiislamisierungskongress“ von „pro Köln“ und „pro NRW“, unter: <http://www.museenkoeln.de/ns-dok/download/Infos%20zum%20Antiislamisierungskongress%20-%20%C3%9Cberarbeitung%20080820.pdf>. Stand: 20.09.2008.
- Killguss, Hans-Peter/Schedler, Jan (2008): Jugendarbeit der extremen Rechten und das Beispiel PRO KÖLN und PRO NRW, in: Alexander Häusler (Hrsg.): Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien, Wiesbaden: 129-154.
- Leibhold, Jürgen/Kühnel, Steffen (2006): Islamophobie. Differenzierung tut not, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Deutsche Zustände, Band 4, Frankfurt a.M.: 135-155.
- Mouffe, Chantal (2007): Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion. Frankfurt am Main.
- Nitzsche, Henry (2008): frei gehaltene Rede auf dem Flughafen Köln-Bonn; Mitschnitt online unter: <http://www.pro-koeln-online.de/> v. 22.09.2008, Zugriff: 23.09.2008.
- NPD NRW (2008): „Deutsche wehrt euch – Gegen Überfremdung, Islamisierung und Ausländerkriminalität“, unter: <http://www.auslaenderstopp-nrw.de>, Zugriff: 22.11.2008.
- Peters, Jürgen/Sager, Tomas/Häusler, Alexander (2008): Pro NRW und Pro D – Entwicklung, Struktur und Methodik, in: Alexander Häusler (Hrsg.): Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien, Wiesbaden: 72-87.
- Pew Reserach Center (2008): Unfavorable views of jews and muslims on the increase in europe, online unter: <http://pewglobal.org/reports/pdf/262.pdf>, Zugriff: 27.09.2008.
- Priester, Karin (2007): Populismus. Historische und aktuelle Erscheinungsformen. Frankfurt am Main.
- Priester, Karin (2008): Populismus als Protestbewegung, in: Alexander Häusler (Hrsg.): Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien, Wiesbaden: 19-36.
- PRO D (2006): Aufbaukonzept, unter: <http://www.pro-deutschland-ob.de/modules.php?op=modload&name=UpDownload&file=index&req=viewsdownload&sid=3> Stand: 16.02.2006.
- Rouhs, Manfred (2008): Zitat, unter: http://www.pro-deutschland.net/index.php?option=com_content&task=view&id=112&Itemid=2. Stand: 31.07.2007.
- Sager, Tomas/Peters, Jürgen: Die PRO-Aktivitäten im Kontext der extremen Rechten, in: Alexander Häusler (Hrsg.): Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien, Wiesbaden: 115-128.
- Schiffer, Sabine (2005): Der Islam in den deutschen Medien, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 20: 23-30.
- Schmitt, Thomas (2003): Moscheen in Deutschland. Konflikte um ihre Errichtung und Nutzung, Flensburg.
- Seidel, Eberhard (2008): In welche Richtung verschieben sich die medialen Diskurse zum Islam? in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 6, Frankfurt a.M.: 250-259.
- Telli, Ercan: Integrationspolitik und Aktivitäten gegen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Oberhausen: Beispiele aus der Praxis, in: Alexander Häusler (Hrsg.): Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien, Wiesbaden: 285-290.
- Thomsen, Thorsten (2008): Die deutsche Rechte vor neuen Herausforderungen, in: Die Aula, April 2008: 14-15.
- Wertheimer Appell (2007): Aufruf abrufbar unter: <http://www.buergerbewegungen.de/> Stand: 02.04.2008.
- Widmann, Peter (2008): Der Feind kommt aus dem Morgenland. Rechtspopulistische „Islamkritiker“ um den Publizisten Hans-Peter Raddatz suchen die Opfergemeinschaft mit den Juden, in: Wolfgang Benz (Hrsg.): Jahrbuch für Antisemitismusforschung 17, Berlin: 45-68.

- Winkelsett, Uschi (2008): Wer integriert wen? Moscheebau in Duisburg-Marxloh als Musterbeispiel der Integration von Deutschen in die neue Mehrheitsgesellschaft, in: REP NRW Pressemitteilung Nr. 289 vom 27.10.2008.
- Winter, Susanne (2007): , Schluß mit Asylmißbrauch! Graz wieder den Grazern!, in: Zur Zeit. Wochenzeitung für Österreich, Nr. 48; hier zit. nach: <http://www.zurzeit.at/index.php?id=272>, Zugriff: 07.07.2008.

„Sozialismus ist braun“: Rechtsextremismus, die soziale Frage und Globalisierungskritik

Thomas Grumke

1 Einleitung

„Auch wenn die herrschenden Politiker und die Vertreter des großen Geldes den Menschen immer wieder das Gegenteil einreden wollen, kennen Kapitalismus und Globalisierung nur Verlierer in Scharen und Gewinner in kleinen Grüppchen.“

Wer dieses Zitat liest, vermutet sehr wahrscheinlich Urheber aus dem linken politischen Spektrum. Auf den wahren ideologischen Hintergrund verweisen wohl erst die weiteren Ausführungen:

„Die einzige wirksame sozialistische Waffe gegen das internationale Kapital ist das grenzensetzende, volk- und heimatbezogene bodenständige Gegenprinzip des Nationalismus. Gegen die kapitalistische Entwürdigung des Menschen kämpft der Nationalismus mit seiner sozialen Ordnungsidee der Volksgemeinschaft.“

Die hier zitierten Stellen stammen aus einem neunseitigen Pamphlet mit dem Titel „Zukunft statt Globalisierung“, einem Aufruf von deutschen Rechtsextremisten für die im Frühjahr 2006 ausgerufene gleichnamige „antikapitalistische und antiglobalistische“ Kampagne.¹ Mit ihrer völkisch gewendeten Kapitalismuskritik versuchen rechtsextremistische Kader nicht zuletzt bei Zielgruppen anzudocken, die diese mit einer generellen Kritik am politischen System, an „Amerikanisierung“ und kultureller und ethnischer „Überfremdung“ verbinden.

Diese Konzentration auf die Themen „soziale Frage“ und Globalisierung lässt sich nicht nur in Deutschland beobachten. In fast allen westlichen Industriestaaten haben rechtspopulistische oder -extremistische Parteien und Bewegungen auf die mit der globalisierten Weltwirtschaft einhergehenden Strukturveränderungen und (teilweise vermeintlichen) Sachzwänge reagiert, die in allen (west-) europäischen Gesellschaften zu Einschnitten im sozialen Netz, zum Abbau von Sozialleistungen und zum Verlust sozialer Sicherheiten geführt haben (vgl. grundlegend Betz 1994; Kitschelt 1995; Minkenberg 1998). Eine dauerhaft hohe Arbeitslosigkeit und eine wachsende Kluft zwischen Arm und Reich bringen soziale Verwerfungen und Konflikte hervor, auf die Rechtsextremisten aufsatteln. Rechtsextremisten reklamieren gerade in krisenhaften Zeiten eine Deutungshoheit ihres „nationalen Sozialismus“ und verknüpfen die in diesem Sinne neu gestellte soziale Frage mit dem Thema der Migration, schüren rassistische Ressentiments vor allem gegen Einwanderer und

1 Zitate aus: „Zukunft statt Globalisierung“. In: <http://www.antikap.de/?antikap=aufruf:1,5.html> (zuletzt abgerufen am 5.9.2008).

fordern eine nationalistische Schließung gegenüber den mit der Globalisierung verbundenen gesellschaftlichen und ökonomischen Öffnungs- und Liberalisierungstendenzen.

Im Folgenden sollen die einleitend angesprochenen Entwicklungen anhand von Theorie und Praxis des zeitgenössischen deutschen Rechtsextremismus beleuchtet werden.

2 Die Theorie

Schon seit geraumer Zeit bemüht sich das rechtsextremistische Spektrum, die „soziale Frage“ mit seinen politischen Inhalten zu besetzen und sich als Rächer der sozial Benachteiligten zu stilisieren. Nicht zuletzt ist dies eine Reaktion auf die in Deutschland gegenüber der extremistischen Rechten bestehende soziale Ächtung und der Versuch, Anerkennung und Legitimität zu gewinnen. Versucht wird von weiten Teilen der rechtsextremistischen Szene, einen nationalen oder völkischen Sozialismus zu popularisieren, der sich gegen den „bankrotten“ westlichen Parlamentarismus und eine „kapitalistische Plutokratie“ richtet. Auch der rechtsextremistische Gerechtigkeitsbegriff ist in völkischen Kategorien verhaftet, bezieht sich auf die Solidarität des Volkes mit seinen Angehörigen und kommt nur denen zugute, die als zum eigenen Volk gehörig akzeptiert werden. Ebenso heterogen wie seine Organisationsstruktur ist die Begriffslandschaft des Rechtsextremismus. Dies trifft auch auf die rechtsextremistische Debatte der sozialen Frage zu. Es gilt also im Folgenden sich den zentralen Grundbegriffen zu nähern.

2.1 Die „Ethnisierung des Sozialen“

Die Begriffsheterogenität im Rechtsextremismus lässt es nicht zu, allgemeingültige Aussagen zu zentralen Grundbegriffen zu machen. Die an dieser Stelle angebotenen Definitionen werden also nicht von der gesamten rechtsextremistischen Bewegung gleichermaßen vertreten und sind oft äußerst kontrovers.

Eine Annäherung an relevante Begriffe verspricht das „Kleine Lexikon der politischen Grundbegriffe“, das im über Partei- und Organisationsgrenzen äußert beliebten „Taschenkalender des nationalen Widerstandes“ des Jahres 2006 enthalten ist.²

Europa wird hier als „verschleiernde und beschönigende Bezeichnung für einen Lehnsstaat der ‚Westlichen Wertegemeinschaft‘ und des internationalen Kapitalismus“ beschrieben (Taschenkalender 2006: Europa). Ein Blick auf die weiteren Eintragungen verrät, was unter „westlicher Wertegemeinschaft“ und „internationalem Kapitalismus“ verstanden wird und was genau ideologisch hinter der Ablehnung dieser beiden Feindbilder steckt.

Kern der „westlichen Wertegemeinschaft“ sind demnach „Individualismus, Internationalismus, ‚Menschenrechte‘ sowie die Vorherrschaft der Wirtschaft und der Kapitalanleger, [...]“ (Taschenkalender 2006: Westliche Wertegemeinschaft). All dies wird strikt abgelehnt, da sowohl Individualismus, Internationalismus als auch die Menschenrechte, die wiederum als „wichtiger Hebel des Internationalismus zur Schaffung der ‚Einen Welt‘

2 Hier und im Folgenden wird der Taschenkalender des Nationalen Widerstandes 2006 als „Taschenkalender 2006“ bezeichnet. Da der Taschenkalender keine Seitenzahlen hat, werden stattdessen die Titel der jeweiligen Einträge angegeben.

unter Zerstörung gewachsener kultureller und ökonomischer Strukturen“ bezeichnet werden, allein dazu angetan seien, Nationen und Völker zu vernichten (Taschenkalender 2006: Menschenrechte). In diesem Sinne geht es Rechtsextremisten, wenn sie zu sozialen Themen auf die Straße gehen oder eine Kampagne gegen „Hartz IV“ starten, nicht vordringlich um Solidarität in einem sozialdemokratischen oder gewerkschaftlichen Sinne. Unter Solidarität wird im „Kleinen Lexikon der Grundbegriffe“ eindeutig die „Bereitschaft eines Volkes zur Volksgemeinschaft sowie die enge Bindung als nationale Kampf- und Tatgemeinschaft“ verstanden (Taschenkalender 2006: Solidarität). Dass dieser Volks-, Kampf- und Tatgemeinschaft nur Deutsche im Sinne des *ius sanguinis* angehören, kann im Rechtsextremismus als Konsens gelten. Auch das Verständnis von Gleichheit schließt hieran an, wenn die Idee von der Gleichheit des Menschen von Geburt an als „Irrlehre“ bezeichnet wird (Taschenkalender 2006: Gleichheit), denn unter anderem der „Gleichheitsgedanke“ sei „heute noch eine Gefahr für die Errichtung eines Volksstaates“ (Taschenkalender 2006: Marxismus/Kommunismus).

Völkisch ist folgerichtig auch der Kapitalismusbegriff. Beklagt wird, dass „die Kapitalkonzentration bei einigen weltweit tätigen Multis“ das „Dasein freier Völker“ gefährde (Taschenkalender 2006: Kapitalismus); in diesem Sinne ist Antikapitalismus die Verteidigung der Volksgemeinschaft vor den volkszersetzenden und internationalistischen „Multis“. Vertreten wird ein „nationaler Sozialismus“, der den „Ausgleich zwischen Markt und Plan“ sucht: „Nicht mit dem Ziel des Klassenkampfes, sondern der Klassenbeseitigung muss der Sozialismusbegriff aus nationalistischer Sicht wieder als annehmbarer Begriff besetzt werden“ (Taschenkalender 2006: Sozialismus).

Im rechtsextremistischen Begriffsuniversum hängen alle oben genannten Begriffe aufs Engste zusammen und werden – völkisch aufgeladen – gegen die Bundesrepublik im Einzelnen und eine offene, pluralistische Gesellschaft im Allgemeinen in Stellung gebracht. Wie dies zu geschehen hat, führte jüngst das Mitglied des sächsischen Landtages und des NPD-Bundesvorstandes, Jürgen Gansel, sehr klar aus.³ Gansel, seit Jahren einer der wenigen öffentlich theoretisch denkenden Rechtsextremisten und Mitbegründer der so genannten „Dresdner Schule“ (vgl. dazu Ramelsberger 2005), der „Denk- und Politikschule einer selbstbewussten Nation“, stellt in einem Interview mit der „Deutschen Stimme“ klar: „Adolf Hitler und die NSDAP sind Vergangenheit, Hartz IV und Globalisierung, Verausländerung und EU-Fremdbestimmung aber bitterböse Gegenwart“ (Deutsche Stimme 2006).

Der NPD-Kader fährt unverblümt fort:

„Insofern haben wir Nationalisten zwingend Gegenwartsthemen aufzugreifen und die soziale Frage konsequent zu nationalisieren. Laden wir die soziale Frage weiterhin völkisch auf – „Wir Deutschen oder die Fremden“, „Unser Deutschland oder das Ausland“ – und untermauern wir den Schlachtruf „Gegen Verausländerung, Europäische Union und Globalisierung“ noch stärker programmatisch, werden wir die etablierten Volksbetrüger schon bald das Fürchten lehren.“ (Deutsche Stimme 2006)

Um wirkungsvoll „deutsche Interessen“ vertreten zu können sei es unerlässlich, eine „Ethnisierung des Sozialen und damit eine klare Trennung von Eigenem und Fremdem“ voran zu treiben (Deutsche Stimme 2006).

3 Zu Gansel siehe: <http://npd-fraktion-sachsen.de> (zuletzt abgerufen am 12.9.2008).

Gansels Einlassungen stehen weitgehend im Einklang mit dem NPD-Parteiprogramm. In der Einleitung heißt es:

„Wir stehen mit einem lebensrichtigen Menschenbild gegen Fremdherrschaft und Fremdbestimmung, gegen Überfremdung, Ausbeutung und Unterdrückung, für deutsche Freiheit, für Freiheit der Völker, für eine soziale Neuordnung in Deutschland, die unserem Menschenbild entspricht.“

Zwar werden im Programm immer wieder Begriffe wie soziale Gerechtigkeit oder Sozialpolitik verwendet, diese beziehen sich aber ausschließlich auf „die Solidarität des Volkes mit seinen Angehörigen“ (NPD 2004: 5, 10).⁴ In diesem Sinne propagiert die NPD eine „raumorientierte Volkswirtschaft“, die im Parteiprogramm einen eigenen Unterpunkt belegt, aber weitgehend nebulös bleibt (NPD 2004: Kap.5). Typisch sind Allgemeinplätze folgender Art:

„Die deutsche Wirtschaft einschließlich der in Deutschland tätigen ausländischen Unternehmen hat dem deutschen Volk, seiner materiellen Sicherung und seiner geistig-kulturellen Entwicklung zu dienen. [...] Die NPD fordert eine am heimischen Lebensraum der Menschen orientierte velseitige und ausgewogene soziale Volkswirtschaft.“ (NPD 2004: Kap.5)

Klar ist, dass Volkswirtschaft hier begrifflich und ideologisch nicht von Volksgemeinschaft zu trennen ist und damit zwangsläufig ausgrenzend wirkt. Unklar bleibt jedoch, auf genau welchen Raum sich diese „raumorientierte Volkswirtschaft“ bezieht.

2.2 Die Anti-Globalisten

Globalisierung prägt und verändert nicht nur die Welt wie wir sie kennen, sondern auch diejenigen Bewegungen, die sich gegen sie stellen. Dies gilt auch für rechtsextremistische, also inhärent nationalistische, Bestrebungen.

Rechtsextremisten haben eine eigene Begriffs- und Gedankenwelt aufgebaut. Dies gilt für das Thema Globalisierung in ganz besonderem Maße (vgl. Pfahl-Traughber 2004, 2006; Grumke 2006). Wie die soziale Frage ist auch Globalisierung gleichermaßen über alle nationalen Grenzen hinweg ein zentrales Kampf- und Agitationsthema für Rechtsextremisten. Darüber hinaus werden mit der rechtsextremistischen Globalisierungskritik soziale und kulturelle Themen verquickt und wiederum ethnisiert. Der Gegenentwurf ist eine re-nationalisierte, völkische Ordnung – also nicht weniger als die Rekonstruktion einer ethnisch definierten Volksgemeinschaft.

Wie in Abschnitt 2.1. sollen an dieser Stelle Begriffsdefinitionen aus dem „Kleinen Lexikon der politischen Grundbegriffe“⁵ beispielhaft herangezogen werden. Unter dem Eintrag „Globalisierung“ ist zu lesen: „Globalisierung ist das Bestreben des internationalen Kapitalismus, möglichst einheitliche, den Gewinn steigernde Rahmenbedingungen zur Heranschaffung von Arbeitskräften, Ausbeutung der Rohstoffe sowie zum monopolistischen Warenabsatz zu schaffen.“ Diese Entwicklung habe „die Zerstörung eigenständiger regionaler und nationaler Lebens- und Wirtschaftsformen“ bewirkt (Taschenkalender 2006:

4 Parteiprogramm der NPD. In: <http://npd.de/medien/pdf/parteiprogramm.pdf> (zuletzt abgerufen am 12.9.2008).

5 Siehe: Taschenkalender des Nationalen Widerstandes 2006 (siehe Fußnote 2).

Globalisierung). Der „Internationalismus“ wird wiederum als „Gegenstück des Nationalismus“ bezeichnet. Er sei der Versuch „weltweit die Völker, ihre Wirtschaft und ihre überlieferten Lebensweisen zu beherrschen, umzuformen, und um des Gewinns willen auszubeuten.“ (Taschenkalender 2006: Internationalismus) Globalisierung ist im rechtsextremistischen Verständnis also ein Herrschaftsinstrument derjenigen, die Nationen und deren Eigenständigkeit und Eigenarten im Namen des Profits einebnen und zerstören wollen. Eine erhebliche Gefahr geht hierbei vor allem von den USA aus, die als eine Art Globalisierungszentrale gesehen werden, denn: „Internationalismus und Globalisierung sowie der Imperialismus der ‚westlichen Wertegemeinschaft‘ im Schlepptau der USA gefährden die Souveränität der Völker in hohem Maße“ (Taschenkalender 2006: Souveränität).

Insofern ist von dem Prozess der Globalisierung aus rechtsextremistischer Sicht nicht allein die nationale Ökonomie, sondern – noch wichtiger – die nationale Kultur, Identität und Tradition auf das ärgste bedroht. Gilt es doch für jede Generation, „sich auf das Neue mit der kulturellen Überlieferung ihres Volkes schöpferisch auseinander zu setzen“ (Taschenkalender 2006: Kultur). MTV, McDonalds und sonstiger von Jugendlichen konsumierter „US-amerikanischer Einheitsbrei“ fungiert in der rechtsextremistischen Gedankenwelt als kulturzersetzende internationalistische Instrumente eines planvoll gesteuerten „Globalismus“. Dieser wiederum bildet das Gegenteil zu dem erwünschten Streben nach Autarkie (Taschenkalender 2006: Autarkie).

Im zeitgenössischen Rechtsextremismus spielt der Begriff „Globalismus“ eine zentrale Rolle und steht vielfach im rechtsextremistischen Kontext für die Macht eines geschichts- und gesichtslosen Großkapitals, für „amerikanischen Kulturimperialismus“ und für einen „multirassischen Genozid“, der „von Washington, Wall Street und Hollywood“ angeblich angestrebt wird. Eine Art Monopolstellung liegt hiernach bei den USA, insbesondere bei deren Ostküste (als Synonym für eine jüdische Vorherrschaft). Mit der von dort initiierten „Überfremdungspolitik“ solle Deutschland entscheidend geschwächt und mit dem ständigen Hinweis auf die Verbrechen der Vergangenheit demoralisiert und entwürdigt werden.

Begrifflich und inhaltlich ist hier zu unterscheiden zwischen dem Prozess der Globalisierung und dem „Globalismus“. In den, vom Nationaldemokratischen Hochschulbund, dem Studentenverband der NPD erstellten und in der rechtsextremistischen Bewegung weitläufig kursierenden „12 Thesen zum Globalismus“ wird der Unterschied herausgearbeitet: „Globalisierung ist der Prozess, dessen sich die Globalisten zur Durchsetzung ihrer Ziele bedienen.“ Im Einzelnen wird hier weiter ausgeführt: „Die von den Globalisten hervorgerufenen Migrationsströme führen ebenso wie die Uniformität der Märkte, ihrer Produkte und ihrer Kommunikation, zur Zerstörung gewachsener Sprachen und Kulturen.“⁶

Rechtsextremisten sehen also den Prozess der Globalisierung als willentlich gesteuerte Vernichtung von Kulturen, Traditionen und Werten (und letztlich von Nationen und Völkern) durch die oben beschriebenen mächtigen „Globalisten“. Im von Rechtsextremisten international verstandenen Code sind „Globalisten“ auch „Ostküste“, ist der „Globalismus“ auch „New World Order“ (NWO) und sind die in diesen „Globalisierungsplan“ verwickelten Regierungen und Eliten auch „Zionist Occupied Government“ (ZOG).

Hinter den Buchstaben ZOG verbirgt sich der Glaube an eine jüdische Weltverschwörung, bei der alle demokratischen Regierungen sowie Banken, Medien und vieles mehr insgeheim von Juden kontrolliert werden und die unter allen Umständen bekämpft werden

6 12 Thesen zum Globalismus In: http://www.npd-goettingen.de/Weltanschauung/12_Thesen_zum_Globalismus.html (zuletzt abgerufen am 12.9.2008).

muss.⁷ Ein weiteres Schreckensbild ist die „Eine Welt“ (oder „New World Order“), die im „Kleinen Lexikon der politischen Grundbegriffe“ als „Wahnvorstellung“ bezeichnet wird, „gespeist durch den Glauben an eine homogene ‚Menschheit‘ ohne Bindungen und Überlieferungen“.⁸ In diesem Zusammenhang werden gleich zwei weitere Feindbestimmungen vorgenommen, die Vereinten Nationen und die Menschenrechte: „Werkzeug des Imperialismus zur Schaffung der ‚Einen Welt‘ sind die ‚Vereinten Nationen‘. Die ideologische Leimrute zur weltweiten Durchsetzung der ‚westlichen Werte‘ sind die ‚Menschenrechte‘“ (Taschenkalender 2006: Eine Welt).

Der rechtsextremistischen Logik zufolge wird „im Namen der Menschenrechte das Individuum über ein bestimmtes Kollektiv gestellt, womit dessen als egoistisch geltende Interessen die angeblichen Interessen der ethnischen Gemeinschaft“ überlagern (Pfahl-Traugher 2006: 41ff.). „Das Gebot der Stunde“, stellt Karl Richter, parlamentarischer Berater der NPD-Fraktion im sächsischen Landtag und Mitglied im Rat der Stadt München, fest, „bleibt nachhaltiges und entschiedenes Opponieren gegen alles, was uns derzeit von den großen Brüdern angepriesen wird: Globalisierung, Menschenrechte, Multikulti, die Liberalisierung und Atomisierung aller Lebensbereiche“ (Richter 2002: 1).

Wer diese „Großen Brüder“ sind, bleibt freilich offen. Wesentlich aufschlussreicher sind hier die Einlassungen in der „Handreichung für die öffentliche Auseinandersetzung“ der NPD, in der die Frage „Warum lehnt die NPD so entschieden die Globalisierung ab?“ folgendermaßen beantwortet wird:

„Es handelt sich bei der Globalisierung um das planetarische Ausgreifen der kapitalistischen Wirtschaftsweise unter der Führung des Großen Geldes. Dieses hat, obwohl seinem Wesen nach jüdisch-nomadisch und ortlos, seinen politisch-militärisch beschirmten Standort vor allem an der Ostküste der USA.“ (NPD 2006: 19)

Globalisierung steht zusammenfassend im rechtsextremistischen Kontext wahrhaft global für die Macht eines heimatlosen Großkapitals, für amerikanischen Kulturimperialismus und für einen „multirassischen Genozid“ beziehungsweise ein „rassezerstörendes Trümmerfeld“, das „von Washington, Wall Street und Hollywood angestrebt wird“, wie es der Vorsitzende der „British National Party“ (BNP), Nick Griffin, in einem Interview mit der Deutschen Stimme im Jahre 2002 formuliert (Deutsche Stimme, März 2002).

Auf der Folie der oben genannten begrifflichen Basis bilden Kampagnen aller Art den Kern der rechtsextremistischen Agitation zur sozialen Frage und Globalisierungskritik. Im Folgenden wird dies anhand von ausgewählten Beispielen verdeutlicht.

7 Diese Idee geht zurück auf die „Protokolle der Weisen von Zion“, eine antisemitische Propagandaschrift, die vorgibt, einen Plan zur Errichtung der jüdischen Weltherrschaft zu enthüllen; 1903 in Russland und seit 1919 in vielen Sprachen publiziert. Obwohl schon 1921 nachgewiesen wurde, dass es sich um eine Fälschung handelt, hat die Schrift großen Einfluss auf Antisemiten weltweit.

8 „Taschenkalender des Nationalen Widerstandes 2006“, herausgegeben vom Deutsche Stimme-Verlag, Riesa, ohne Seiten (siehe: <http://www.ds-versand.de>), Eintrag „Eine Welt“.

3 Die Praxis

3.1 „Keine Agenda 2010“

Die Strategie von Rechtsextremisten, sich an Protestbewegungen anzuhängen, ist nicht neu. So versuchte die Szene erfolglos, sich u.a. an Demonstrationen von Globalisierungskritikern und gegen den Irak-Krieg zu beteiligen und diese mit ihren Inhalten zu besetzen. Mit den Anti-Hartz-Protessen seit dem Jahr 2004 deutet sich allerdings sowohl hinsichtlich der Mobilisierungsstärke als auch der Resonanz in der Bevölkerung eine neue Qualität an. Auf der eigens von Rechtsextremisten eingestellten Webseite *keine-agenda2010.de* sollte der Protest koordiniert werden. Hier heißt es im nationalsozialistischen Duktus: „Deutsche Arbeiter der Faust und der Stirn – steht auf und leistet aktiven Widerstand!“ Abrufbar sind Demonstrationsberichte mit Bildern sowie herunterladbare Flugblätter, u.a. mit dem Aufruf „Jetzt nationaler Sozialismus!“

Im April 2004 startete das „Nationale und soziale Aktionsbündnis Mitteldeutschland“ (NSAM) seine Kampagne gegen die von der damaligen rot-grünen Bundesregierung unter Kanzler Gerhard Schröder verabschiedete „Agenda 2010“ und die damit verbundenen, unter dem Begriff „Hartz IV“ bekannt gewordenen Arbeitsmarktrefor-men. Demonstrationen, Kundgebungen, Mahnwachen, Flugblattaktionen und die Einrichtung mehrerer Aktionsseiten im Internet⁹ waren Teil dieser Kampagne.

Die Agenda-2010-Kampagne des NSAM begann am 3. April 2004 mit einer Demonstration in Neubrandenburg unter dem Titel „Nein zur Agenda 2010 – Ein neues System bietet neue Möglichkeiten!“ an der etwa 350 Angehörige der rechtsextremistischen Szene teilnahmen. Auch die folgenden Demonstrationen fanden vor allem in den fünf ostdeutschen Bundesländern statt – Versuche von Aktivisten, sich mit der sozialen Frage hervorzu-tun, gab es jedoch im ganzen Bundesgebiet. Demonstrationen und Protestkundgebungen wurden so z. B. auch in Kiel, Herne und in Hamburg durchgeführt. In Herne nahmen bei der dritten Veranstaltung dieser Art nach Angaben der Veranstalter „rund 60 Nationalistinnen und Nationalisten“ teil. Schon bescheidenste Erfolge werden aufgeblasen und zum Fanal, wenn schon nicht des eigenen Durchbruchs, so doch zumindest für den Niedergang des politischen Gegners, stilisiert.

Die Teilnehmerzahl der aus dieser Kampagne erwachsenen über 60 kleineren und größeren Protestaktionen lag zwischen einem Dutzend und maximal 400 Personen. Sie fanden größtenteils unter Ausschluss der Öffentlichkeit, begleitet von Gegendemonstrationen und starkem Polizeiaufgebot statt. Oftmals führten die Demonstrationsrouten durch menschenleere Industriegebiete am Rande der Stadt.

Zusätzlich zu den eigenen Veranstaltungen versuchten Rechtsextremisten aber immer wieder, sich an den Protestaktionen von gewerkschaftlicher Seite zu beteiligen. In Nordrhein-Westfalen etwa wurde die Teilnahmen von Rechtsextremisten an Demonstrationen in Dortmund (9. und 16. August 2004), Bochum, Köln und Lüdenscheid (alle 16. August 2004) bekannt. Anders als in den neuen Bundesländern, wo sich Rechtsextremisten zum Teil in Demonstrationen integrieren beziehungsweise sogar an deren Spitze setzen konnten (wie in Magdeburg, Gotha oder Suhl), blieben in Nordrhein-Westfalen Rechtsextremisten aber entweder passive Zaungäste oder sie wurden wie in Dortmund des Demonstrationenzuges verwiesen. Eine taktisch begründete Besonderheit bildet die vom NPD-

9 z.B. <http://www.keine-agenda2010.de> und <http://keine-agenda.fuer-thueringen.de>

Kreisverband Steinfurt organisierte Mahnwache vor der Agentur für Arbeit in Rheine am 16. August Diese wurde von einer Privatperson angemeldet, um Probleme mit der Polizei oder Antifa-Gruppen zu vermeiden. Damit wurde eine Empfehlung von der rechtsextremistischen Webseite „Störtebeker-Netz“ umgesetzt: Eigene Aktionen müssten „nicht unter Parteinamen geschehen. Vielmehr empfehlen sich eigens dafür eingerichtete Initiativen, bei denen Begriffe wie sozial und Hartz IV im Vordergrund stehen sollten“.¹⁰

Auf den zurzeit nicht aufrufbaren Internetseiten „keine-agenda2010.de“ finden sich zahlreiche Demonstrationsberichte und Bilder von Aktionen, Texte aus etablierten Regionalzeitungen, in denen über die Protestaktionen berichtet wird, ein Terminkalender, Flugblätter im PDF-Format, sowie unter dem Punkt „Alternative“ ein Positionspapier, in dem für einen „neuen Staat“ geworben wird. In diesem Papier wird in typischem rechtsextremistischem Duktus gefordert, „[d]en Teufelskreis aus Globalisierungsgefängnis, Zinskapitalismus, Selbsthass [...] zu durchbrechen“. Weiter wird der „kontinuierlicher Abbau der Ausländerbeschäftigung“, der Aufbau eines „vom Staat geschaffenen Arbeitsdienst[es], welche[r] dem Wohl der Volksgemeinschaft dienen soll“ gefordert, sowie der „Großeinsatz“ dieses „Arbeitsdienstes“, „[u]m die wirtschaftliche Struktur Mitteldeutschlands anzugliedern“. Die Passage schließt mit der für eine Gruppierung, die den Arbeitsmarkt nach ethnischen Kriterien strukturieren will, paradox anmutenden Formulierung „Abstammung ist nichts – Leistung und Können alles!“.¹¹

3.2 „Sozial geht nur national“

Gerade im Engagement um die soziale Frage wird die Bewegungsförmigkeit und der netzwerkartige Charakter des zeitgenössischen Rechtsextremismus in Deutschland überdeutlich (vgl. Grumke 2008). Die Betonung direkter Aktionen – zum Beispiel Demonstrationen –, das Agieren mit modernen Mitteln und einer aktuellen Ästhetik sowie das gezielte Einwirken auf den Alltag von Zielgruppen, macht diese Bewegung gerade für junge Menschen attraktiv.

Folgerichtig reklamiert die wichtigste rechtsextremistische Bewegungsorganisation – die NPD – für sich auch im ausgerufenen „Kampf um die Straße“, bei dem die soziale Frage zentral ist, die Führungsrolle. Dem Parteivorsitzenden Udo Voigt ist es zweifellos gelungen, der Partei ein nach außen modernes zeitgemäßes Profil zu geben. Unter seiner Führung fand eine Umkehr statt, weg von allzu plumpen Parolen zu einer Auseinandersetzung mit sozialen Problemen, die die Menschen im Alltag bewegen. Voigt machte dies in einem Interview mit der neurechten Zeitung „Junge Freiheit“ kurz nach dem Wahlerfolg in Sachsen 2004 deutlich: „Im übrigen interessiert die Leute auf der Straße nicht der Holocaust, sondern ihre Alltagsprobleme, wie etwa Hartz IV.“ Und weiter: „Die NPD ist bestrebt, die Menschen dort abzuholen, wo sie sich geistig befinden“ (Junge Freiheit 2004). Um sich aber weiterhin als Protestpartei gegen Hartz IV profilieren zu können, ist es für die NPD unerlässlich, dass sie mit der Diskussion und der politischen Auseinandersetzung um die „Agenda 2010“ weiterhin in den Medien präsent ist.

10 Vgl. auch Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen: Instrumentalisierung der Proteste gelingt nicht. In: <http://www.im.nrw.de/sch/728.html> (zuletzt abgerufen am 14.9.2008).

11 Vgl. <http://web.archive.org/web/20041204143938/http://www.keine-agenda2010.de> (zuletzt abgerufen am 14.9.2008).

In einer Presseerklärung vom 9. August 2004 rief die NPD ausdrücklich dazu auf, an den so genannten „Montagsdemonstrationen“ teilzunehmen. Wessen Geistes Kind die rechtsextremistischen Trittbrettfahrer waren, zeigten u.a. von der NPD veröffentlichte Einlassungen. Gefordert wurde hier, den „Volkszorn auf die Straße“ zu tragen und „gemeinsam für ein nationales und soziales Deutschland“ zu kämpfen. Eigene Vorschläge der NPD erschöpften sich in Forderungen nach „Schutzzöllen für im Ausland produzierte Waren“ und „die Rückführung hier lebender Ausländer in ihre Heimat“. In einem „Für unsere Kinder: Hartz kippen!“ überschriebenen Falblatt der NPD hieß es vollmundig: „Wir garantieren, dass es in Deutschland binnen zwei Jahren nicht einen Deutschen mehr gibt, der arbeitslos ist, wenn in unserem Land endlich wieder Politik für das eigene Volk gemacht wird.“ (Stegemann 2004) „Schnauze voll? Wahltag ist Zahltag“, titelte die Wahlkampf-Ausgabe der „Sachsen-Stimme“ der NPD. Und in einem Falblatt mit dem Titel „Quittung für Hartz IV: Jetzt NPD“ fanden sich erst Fakten und Argumente der Sozialverbände, und zum Schluss hieß es: „Jeder beschäftigte Ausländer, der nach Hause geht, macht einen Arbeitsplatz für Deutsche frei. Jeder ausländische Sozialhilfe-Empfänger, der geht, liegt dem deutschen Sozialsystem nicht länger auf der Tasche.“

In einer Pressemeldung vom Juli 2005 feierte sich die NPD unter dem Motto: „Weg mit Hartz IV – Das Volk sind wir!“ selbst.¹² Auch die NPD hätte sich „trotz massiver Hetze und versuchter Ausgrenzung bei den Montagsdemonstrationen behauptet“ und „erfolgreich ihre politische Selbständigkeit bei den Montagsdemonstrationen verteidigt“. In der Folge werden rund ein Dutzend Beteiligungen an diversen Montagsdemonstrationen zwischen August 2004 und Juli 2005 aufgezählt, bei denen die Partei „gegen die Enteignungspolitik im Gefolge des Hartz-IV-Gesetzes“ eingetreten sei.

Im Jahre 2007 wurde die Parole „Sozial geht nur national“ offiziell NPD-Wahlkampf-slogan für die folgenden Landtagswahlen in Niedersachsen und Hessen. Auf der eigens dafür eingerichteten Webseite¹³ fordert Udo Voigt auf der Eingangsseite unter der Überschrift „ ‚Sozial‘ heißt ‚gemeinschaftlich‘ – ‚Gemeinschaft‘ heißt ‚Volk‘: Raus auf die Straße und ran an den Bürger!“

Unterdessen agitierte auch die DVU im Rahmen des Landtagswahlkampfes 2004 in Brandenburg mit Plakaten und Flugblättern gegen die „Sauerei Hartz IV“ als „das Gemeinschaftswerk einer Größten Koalition aller Zeiten (GRÖKOZ)“. Mit dieser Rhetorik zog die DVU mit sechs Abgeordneten (71.047 Stimmen = 6,1 Prozent) wiederum in den Landtag ein.

Im Rahmen des Landtagswahlkampfes in Sachsen-Anhalt 2006 setzte die DVU dann neben der üblichen „Schnauze voll“-Rhetorik auf „nationale Sozialisten“ in der Wahlwerbung. In einem DVU-Wahlwerbespot mit dem Titel „Das Vermächtnis sozialdemokratischer Patrioten“ werden die SPD-Vorsitzenden Bebel, Ebert, Schumacher und Brandt als „große nationale Sozialistenführer“ gefeiert.¹⁴ Dann wird DVU-Chef Gerhard Frey gezeigt,

12 Vgl. die NPD-Pressemeldung: Ein Jahr Montagsdemonstrationen, mit der Losung „Weg mit Hartz IV – Das Volk sind wir!“ In: http://www.npd.de/index.php?sek=0&pfad_id=7&cmsint_id=1&detail=81 (zuletzt abgerufen am 12.9.2008).

13 Homepage: <http://sozial-geht-nur-national.de> (zuletzt abgerufen 14.9.2008).

14 Brandts Sohn Peter hatte von der DVU eine Unterlassungserklärung gefordert und mit weiteren juristischen Schritten gedroht, falls das Bild seines Vaters weiter in dem Spot auftaucht. Die DVU erklärt dazu: „Die SPD hat keine Aussicht, ein Verbot des DVU-Wahlspots ‚Das Vermächtnis sozialdemokratischer Patrioten‘ zu erreichen. [...] Die DVU kommt gleichwohl als Geste des Respekts dem an sie gerichteten Ersuchen eines der Söhne von Willy Brandt, Professor Dr. Peter Brandt, nach, das Bild seines Vaters in dem Spot nicht zu ver-

der für dieses „Vermächtnis“ kämpfe. Unter den Klängen von „Brüder zur Sonne, zur Freiheit“ präsentiert sich die DVU als „sozial, national, deutsch“ und ein Sprecher verkündet: „Die DVU kämpft für das Vermächtnis sozialdemokratischer Patrioten, das von deren eigenen Genossen heute verraten wird“.

Das schamlose Anknüpfen an die sozialdemokratischen Parteiführer Bebel, Ebert und Schumacher zeigt, wie krampfhaft auch die Volkfront-Teilnehmerin DVU versuchte, die soziale Frage zu besetzen, indem sie sich schlicht als die eigentliche Bewahrerin sozialistischer Werte und Traditionen gerierte.

3.3 *Hinaus zum 1. Mai*

Unter den in diesem Abschnitt geschilderten ideologischen Vorzeichen durchziehen sozialdemagogische Parolen traditionell auch die jährlichen rechtsextremistischen Demonstrationen zum 1. Mai. Unter dem Motto „Volksgemeinschaft statt Globalisierungswahn! Arbeit für Millionen statt Profite für Millionäre!“ nahmen so an der rechtsextremistischen 1. Mai-Demonstration im Jahre 2004 nach Polizeiangaben rund 2.300 (gegenüber 1.300 in 2003) Personen teil. Unter den Teilnehmern befanden sich neben dem NPD-Parteivorsitzenden Udo Voigt und seinem Stellvertreter Holger Apfel auch führende Vertreter verschiedener, der Volksfront von rechts zuzurechnender groupuscules sowie Vertreter befreundeter ausländischer Organisationen.

Wie eine Autorengruppe um Dieter Rucht in einer Studie zum 1. Mai in Berlin herausgearbeitet hat, ist nicht die politische Botschaft an das allgemeine Publikum, sondern die Selbstvergewisserung einer politischen Gemeinschaft wichtigster Zweck des Protesttages 1. Mai (vgl. Rucht 2003). Der 1. Mai sei für die Teilnehmer eben kein langweiliges, sich stupide wiederholendes Ritual von Protest und Krawall. Die jeweiligen Gemeinschaften bräuchten den 1. Mai, um eine eigene Identität zu schaffen, zu stärken und sich abzugrenzen gegen „Rivalen“. Deshalb sei – unabhängig von der politischen Ausrichtung – jede 1. Mai-Veranstaltung aufgeladen mit Symbolen.

So verwundert es nicht, dass die NPD für den 1. Mai 2006 – im Vorfeld der Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern – eine Kundgebung unter dem Motto „Arbeit zuerst für Deutsche“ in Rostock durchführte. Die rechtsextremistische Szene führte schließlich im Jahr 2008 zum 1. Mai mehrere dezentrale Veranstaltungen durch. An den sechs Demonstrationen nahmen insgesamt rund 3.900 Personen teil. Die beiden größten Kundgebungen fanden in Hamburg (Anmelder: Freie Kameradschaftsszene Hamburg) und in Nürnberg (Anmelder: NPD-Bundesvorstand) statt.

An der unter dem Motto „Sozial geht nur national“ vom NPD-Bundesvorstandsmitglied Jens Pühse zum 1. Mai angemeldeten Veranstaltung in Nürnberg nahmen rund 1.500 Personen teil. Der NPD-Parteivorsitzende Voigt geißelte in seiner Rede als die Hauptursache der sozialen Missstände in der Bundesrepublik, die „Politik der Globalisierung und der multikulturellen Entfremdung, die von allen im Bundestag vertretenen Parteien, von der CSU bis zur PDS“ betrieben werde. Sozialer Friede und das Miteinander einer Solidargemeinschaft seien nur unter den Bedingungen nationaler Politik möglich.

wenden. Willy Brandt wird in dem Spot weiterhin vorgestellt, der Ton wird nun aber statt mit Brandts Bild mit seiner Aussage im Bundestagswahlkampf 1972 unterlegt: „Deutsche, wir können stolz sein auf unser Land.“ (www.dvu.de, Stand 1.3.2006)

In Hamburg nahmen an der Demonstration unter dem Motto „Arbeit und soziale Gerechtigkeit für alle Deutschen – Gemeinsam gegen Globalisierung“ ebenfalls rund 1.500 Personen aus der freien Kameradschaftsszene und der NPD teil. Als Redner trat der Vorsitzende der rechtsextremistischen „Nederlandse Volks Unie“ (NVU), Constantijn Kusters, auf.¹⁵

Zusammenfassend kann an dieser Stelle festgehalten werden: Die Bevölkerung – verstanden als „Rasse- und Weltanschauungsgemeinschaft“ – soll von Rechtsextremisten unter Berufung auf einen völkisch gewendeten Solidaritätsbegriff gegen die „volksfeindlichen Maßnahmen der Regierung“ in Stellung gebracht werden. Beispielhaft sind Parolen wie „Sozialismus ist braun“ und „Gegen System und Kapital – unser Kampf ist national“, die aufgrund der politischen Kultur und Geschichte besonders in den neuen Bundesländern auf Resonanz stoßen. Die Rechtsextremisten stellen einer pluralistischen Gesellschaft die Konzeption einer „Volksgemeinschaft“ entgegen und verknüpfen soziale Fragen unter der Flagge eines „nationalen Sozialismus“ mit fremdenfeindlichen und völkischen Vorstellungen.

3.4 „Volksgemeinschaft statt Globalisierungswahn“

„Arbeit für Millionen statt Profite für Millionäre, stoppt die Globalisierung“, „Ein Ende der Globalisierung“ und „Globalisierung stoppen – stoppt die Weltpolizei USA!“ lauteten die Mottos von drei Demonstrationen, die in den letzten Jahren durchgeführt wurden (Pfahl-Traughber 2006: 30). Parolen, die auch von Demonstrationen aus dem „linken“ politischen Spektrum stammen könnten. In allen drei Fällen waren es allerdings Rechtsextremisten aus dem Umfeld der NPD, die hier gegen Globalisierung, Massenarbeitslosigkeit usw. antraten. Dies ist kein Zufall, bildet doch Fundamentalkritik am Prozess der Globalisierung neben der sozialen Frage eine der Schwerpunkte der Agitation deutscher Rechtsextremisten in den vergangenen Jahren. Erinnert sei an dieser Stelle an die Aussagen des bereits oben zitierten NPD-Kaders Jürgen Gansel:

„Laden wir die soziale Frage weiterhin völkisch auf – „Wir Deutschen oder die Fremden“, „Unser Deutschland oder das Ausland“ – und untermauern wir den Schlachtruf „Gegen Verausländerung, Europäische Union und Globalisierung“ noch stärker programmatisch, werden wir die etablierten Volksbetrüger schon bald das Fürchten lehren.“¹⁶

Genau im Sinne des hier zitierten Beispiels wird im Parteiorgan „Deutsche Stimme“ seit geraumer Zeit in zahllosen Artikeln vorgegangen. Des Weiteren stehen eine Reihe von Demonstrationen unter Bannern wie „Gegen Krieg und US-Globalisierung – Volksgemeinschaft statt Globalisierungswahn“.¹⁷

Besonders ausgeprägt in der NPD findet sich ein eng mit der Globalisierungskritik verknüpfter Antiamerikanismus. So wird beispielsweise der „American way of life“ in

15 Die geplanten Reden der Rechtsextremisten Jürgen Rieger, Dr. Reinhold Oberlercher und Dieter Riefing kamen wegen Auflösung der Veranstaltung nicht mehr zustande, da es am Rande der Demonstration zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Angehörigen der „Autonomen Nationalisten“ (AN) und Gegendemonstranten gekommen war.

16 Interview mit Jürgen Gansel unter dem Titel „Hartz IV und Verausländerung ist heute“ (Deutsche Stimme, Februar 2006: 8).

17 Demonstration der NPD Greifswald am 8. März 2003.

einer von Vertretern der NPD und anderen „Persönlichkeiten des Nationalen Widerstandes“ unterzeichneten Erklärung als „Todesmarsch der menschlichen Gattung“ bezeichnet.¹⁸ In der Erklärung wird auf die Terroranschläge vom 11. September 2001 Bezug genommen: „Der Luftschlag vom 11. September 2001 ist die Markierung der Globalisten als Aggressoren durch die geschundenen und abgeweideten Völker“. Zu den Erstunterzeichnern gehören neben NPD-Mitgliedern zahlreiche nicht parteigebundene Rechtsextremisten. Als neue Kampfbegriffe haben sich Antiimperialismus und auch eine vehement vertretene, antikapitalistisch verbrämte Ablehnung der Globalisierung etabliert.

Bei den zahlreichen Demonstrationen gegen Globalisierung sind die Volksfrontler von der NPD und den so genannten freien Nationalisten – trotz sonstiger Meinungsverschiedenheiten – zumeist einträchtig seit bei seit. In diesem Zusammenhang sind besonders die jährlichen Aufmärsche zum 1. Mai zu nennen (vgl. oben); ein Datum, dessen sich die extremistische Rechte seit Jahren bemächtigen will. Hier spielen für den 1. Mai typische soziale Themen ebenso eine Rolle wie die hieran gekoppelte, rechtsextremistisch gewendete Globalisierungskritik. Demonstrationen stehen so z.B. unter Mottos wie: „Deutschland zuerst – gemeinsam für soziale Gerechtigkeit in einem Europa der Vaterländer – gemeinsam die Globalisierung stoppen“.¹⁹

Insgesamt wird somit die extremistisch rechte Bewegung stabilisiert durch den Versuch, Modernisierungs- und Individualisierungsprozesse abzuwenden – ein Versuch, der sich programmatisch in der Forderung nach ethnischer Homogenität ausdrückt. In diesem Sinne spricht Claus Leggewie statt von einer Bewegung von einer Gegenbewegung, einer „Anti-Bewegungs-Bewegung“ (vgl. Leggewie 1994: 335).²⁰ Diese ist nicht als eine direkte Reaktion auf die emanzipatorischen (neuen) sozialen Bewegungen der 1970er und 1980er Jahre zu verstehen, sondern auf die von diesen Bewegungen vertretenen Ziele, schlussendlich gerichtet gegen das gesamte politische System.

4 Schlussbetrachtung

Hinsichtlich der Agitationsthemen lässt sich feststellen, dass klassische, vergangenheitsbezogene Themen, wie etwa die Forderung nach Rückgabe der deutschen Ostgebiete oder nach einem Ende der Entschädigungszahlungen für die Opfer des Nationalsozialismus und die Holocaustleugnung, zurückgestellt wurden – wenngleich keinesfalls völlig aufgegeben. Stattdessen wurden aktuelle politische und soziale Probleme wie Arbeitslosigkeit, prekäre Arbeitsverhältnisse, Kürzungen im Sozialbereich oder die Internationalisierung von Märkten in den Vordergrund gestellt.

Die Sprache und das öffentliche Auftreten des organisierten Rechtsextremismus wurden dabei jedoch im Rahmen einer „taktischen Zivilisierung“ (vgl. Klärner 2008) gemäßigt. Parteikader der NPD und rechtsextremistische Bewegungsunternehmer versuchten – nicht immer mit Erfolg – Gewalt und undiszipliniertes Verhalten einzudämmen. Diese „taktische Zivilisierung“ des Rechtsextremismus ist eine Reaktion auf die zu beobachtende weitgehende soziale Ächtung des Rechtsextremismus. Sie wurde von den Strategen als das

18 „Den Völkern Freiheit. Den Globalisten ihr globales Vietnam“, auf den Webseiten von Horst Mahler unter <http://www.deutsches-kolleg.org/hm/texte/denvoelkernfreiheit.html> (zuletzt abgerufen am 14.9.2008).

19 Demonstration des NPD-Landesverbandes Berlin-Brandenburg vom 1. Mai 2001.

20 Vorgeschlagen wurde auch der Begriff der Gegen-Gegenbewegung (Grumke 2001: 78ff.).

entscheidende Hindernis für ihre Etablierung erkannt. Die Hinwendung zu sozialen Themen, die Thematisierung der sozialen Frage und ein verstärktes lokalpolitisches Engagement lassen sich daher als Versuche der extremistischen Rechten interpretieren, diese soziale Ächtung zu überwinden und Akzeptanz in der Bevölkerung zu gewinnen.

Mäßigung und der Versuch Akzeptanz zu gewinnen bedeutet indes nicht, dass sich die politischen Ziele der Rechtsextremen geändert haben. Sie betreiben weiterhin bewusst eine „Ethnisierung des Sozialen“, die immer wieder Raum für rassistische Ressentiments schafft und eine Klientel ansprechen soll, das über fremdenfeindliche Einstellungen verfügt. Weiterhin ist mit den Etablierungsversuchen der extremistischen Rechten in Deutschland keine grundsätzliche Änderung der politischen Ziele und Utopien verbunden. Das grundlegende Ideologiegebäude des Rechtsextremismus hat sich trotz aller taktischen Windungen nicht geändert und setzt auf eine radikale und revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft nach völkischen Kriterien. Aus diesem Grund bedienen sich etwa auch hohe Funktionäre der NPD immer wieder einer Revolutionsrhetorik und senden damit Signale an den harten Kern ihrer Anhänger und versuchen so die „Fundis“ der Bewegung einzubinden. Die Gleichzeitigkeit von Etablierungsversuchen und Revolutionsrhetorik ist Ausdruck des Konflikts zwischen realpolitischem und fundamentaloppositionellem Flügel der rechtsextremistischen Bewegung.

Die Kontextbedingungen in Zeiten der Globalisierung sind für Rechtsextremismus günstig. Dass die Globalisierung der Entstehung beziehungsweise Verbreitung von Rechtsextremismus Vorschub leistet, kann als gesichert gelten (vgl. Stöss 2004). Globalisierungsprozesse machen vielen Menschen schlicht Angst.

„So wird die Angst vor scheinbar Unbewältigbarem transportiert in Angst vor etwas, das abzuwehren nicht völlig aussichtslos ist, in Angst vor Kriminalität, vor Asozialen, vor Minderheiten und dergleichen, oder es wird – was oft auf das gleiche hinauskommt – der Bedrohung eine Struktur unterstellt“ (Welzk 1998: 38).

Die Prozesse und Zumutungen der Globalisierung wirken hierbei als Humus für Sozialdemagogie aller Art.

Die extremistische Rechte reagiert auf die Zumutungen des von ihr diagnostizierten „Globalismus“. Dabei wird „dem Trend zur Verflüssigung [...] mit einer Rehomogenisierung des Identitären und einer Reaffirmation vermeintlicher Gewissheiten begegnet“ (Scharenberg 2003: 663). „Globalismus“ und die soziale Frage sind für Rechtsextremisten neue Kampagnen-, Kampf- und Propagandathemen geworden. Als Vollstrecker des Volkswillens, dem der Globalisierungsprozess zu schnell voranschreitet, sehen sich Rechtsextremisten allemal.

Festzuhalten ist abschließend:

- Heute kann Rechtsextremismus als internationales, modernes und vielschichtiges Phänomen beschrieben werden (vgl. Minkenberg 1998; vgl. Greven/Grumke 2006);
- Gegnerschaft zur Globalisierung und der Einsatz für – wie auch immer verstandene – soziale Gerechtigkeit ist per se weder links noch rechts beheimatet;
- Rechtsextremisten reagieren „auf die durch Globalisierung und Denationalisierung beschleunigte Enttraditionalisierung und ‚Entgrenzung‘ des Identitären“ (Scharenberg 2003: 662);

- Rechtsextremisten sind keine Globalisierungskritiker, sondern Anti-Globalisten, ihr Ansatz ist nicht progressiv-demokratisch, sondern völkisch-extremistisch;
- Das ideologische Arsenal von Volk und Nation wird von Rechtsextremisten um Kampfbegriffe wie Globalisierung, Kapitalismus, Imperialismus und Identität erweitert und so auch international kompatibel gemacht (vgl. Grumke 2006).
- Sowohl aufgrund ihrer internen strukturellen Voraussetzungen als auch einzelner externer Rahmenbedingungen – insbesondere einer „kulturellen Resonanz“ bei Teilen der Bevölkerung (vgl. Grumke 2008: 488ff.) – ist zu erwarten, dass die rechtsextremistische Bewegung sich nicht einfach erschöpft oder durch äußere Repression völlig marginalisiert werden kann. Anders als vereinzelt vermutet, handelt sich bei der rechtsextremistischen Bewegung in Deutschland nicht um eine „schmerzhafte Episode“ (Ohlemacher 1994), sondern, wie schon in der weiter zurückliegenden Vergangenheit, um eine „normale Pathologie westlicher Industriegesellschaften“ (Scheuch/Klingemann 1967: 12ff.).
- Rechtsextremisten leben, wie übrigens alle Fundamentalisten, in einer hermetischen ideologischen Gegenwelt. Gesellschaftlich ist also die Frage: Wie kann die liberale Gesellschaft eine absolute Feinderklärung annehmen, ohne ihre eigenen freiheitlichen-demokratischen Ideale zu verraten?

Literatur

- Betz, Hans-Georg (1994): *Radical Right-wing Populism in Europe*. New York.
- Deutsche Stimme (2002): *Freiheitsrechte der Völker zurückfordern*. In: Deutsche Stimme, März 2002: 3.
- Deutsche Stimme (2006): *Interview mit Jürgen Gansel unter dem Titel: Hartz IV und Veraländerung ist heute*, Februar 2006.
- Deutsche Stimme-Verlag (Hg.) (2006): *Taschenkalender des Nationalen Widerstandes 2006*. Riesa. (siehe: <http://www.ds-versand.de>).
- Greven, Thomas / Grumke, Thomas (Hg.) (2006): *Rechtsextremismus in der Ära der Globalisierung*. Wiesbaden.
- Grumke, Thomas (2001): *Rechtsextremismus in den USA*. Opladen.
- Grumke, Thomas (2006): *Die transnationale Infrastruktur der extremistischen Rechten*. In: Greven; Thomas/Grumke, Thomas (Hg.), *Rechtsextremismus in der Ära der Globalisierung*. Wiesbaden. 130-159.
- Grumke, Thomas (2008): *Die rechtsextremistische Bewegung*. In: Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hg.): *Die Sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch*. Frankfurt/M.: 475-492.
- Junge Freiheit (2004): *Interview mit Udo Voigt*. In: Junge Freiheit Nr. 40, 2004. Online unter <http://www.jf-archiv.de/archiv04/404yy08.html> (zuletzt abgerufen am 14.9.2008).
- Kitschelt, Herbert (1995): *The Radical Right-wing in Western Europe. A Comparative Analysis*. Ann Arbor.
- Klärner, Andreas (2008): *Zwischen Militanz und Bürgerlichkeit. Selbstverständnis und Praxis der extremen Rechten*, Hamburg.
- Leggewie, Claus (1994): *Rechtsradikalismus – eine soziale Bewegung?* In: Kowalsky, Wolfgang/Schroeder, Wolfgang (Hg.): *Rechtsradikalismus. Einführung und Forschungsbilanz*. Opladen. 325-338.
- Minkenber, Michael (1998): *Die neue extreme Rechte im Vergleich. USA, Frankreich, Deutschland*. Opladen/Wiesbaden.

- NPD (2006): Argumente für Kandidaten & Funktionsträger. Eine Handreichung für die öffentliche Auseinandersetzung. Berlin.
- Ohlemacher, Thomas (1994): Schmerzhaftes Episoden. Wider die Rede von einer rechten Bewegung im wiedervereinigten Deutschland. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen H. 4, Jg.7: 16-25.
- Pfahl-Traugher, Armin (2004): Droht die Herausbildung einer Antiglobalisierungsbewegung von rechtsextremistischer Seite? Globalisierung als Agitationsthema des organisierten Rechtsextremismus. In: Bundesministerium des Innern (Hg.): Extremismus in Deutschland. Berlin. 98-135.
- Pfahl-Traugher (2006): Globalisierung als Agitationsthema des organisierten Rechtsextremismus in Deutschland. In: Greven, Thomas/Grumke, Thomas (Hg.): Globalisierter Rechtsextremismus? Die extremistische Rechte in der Ära der Globalisierung. Wiesbaden. 30-51.
- Richter, Karl (2002): Der Chaoskanzler“. In: Opposition, H.1, Jg. 5: 1.
- Rucht, Dieter (Hg.) (2003): Berlin, 1. Mai 2002 – Politische Demonstrationsrituale. Opladen.
- Scharenberg, Albert (2003): Plädoyer für eine Mehrebenenanalyse des Rechtsextremismus. In: Deutschland Archiv, Nr. 4: 659-672.
- Scheuch, Erwin K./Klingemann, Hans-Dieter (1967): Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften. In: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik 12. Tübingen. 11-29.
- Stegemann, Thorsten (2004): Eine junge, dynamische Partei... In: <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/18/18146/1.html> vom 23.8.2004 (zuletzt abgerufen am 14.9.2008).
- Stöss, Richard (2004): Globalisierung und rechtsextreme Einstellungen. In: Bundesministerium des Innern (Hg.): Extremismus in Deutschland. Berlin. 82-97.
- Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen: Instrumentalisierung der Proteste gelingt nicht. In: <http://www.im.nrw.de/sch/728.html> (zuletzt abgerufen am 14.9.2008).
- Welzk, Stefan (1998): Globalisierung und Neofaschismus. In: Kursbuch, H. 134, Dezember: 37-47.

Internetquellen

- Antikap.de: Zukunft statt Globalisierung. Homepage: <http://www.antikap.de>. In: <http://www.antikap.de/?antikap=aufruf:1,5> (zuletzt abgerufen am 5.9.2008).
- Deutsches Kolleg (2001): Den Völkern Freiheit. Den Globalisten ihr globales Vietnam. Auf den Webseiten von Horst Mahler. In: <http://www.deutsches-kolleg.org/hm/texte/denvoelkernfreiheit.html> (zuletzt abgerufen am 14.9.2008).
- DVU-Homepage: www.dvu.de vom (zuletzt abgerufen am 1.3.2006).
- Gansel/NPD-Fraktion Sachsen: <http://npd-fraktion-sachsen.de> (zuletzt abgerufen am 12.9.2008).
- Keine-Agenda2010.de: Homepage: <http://www.keine-agenda2010.de>, Link: <http://web.archive.org/web/20041204143938/http://www.keine-agenda2010.de> (zuletzt abgerufen am 14.9.2008).
- Keine-Agenda.fuer-thueringen.de: Homepage: <http://keine-agenda.fuer-thueringen.de>
- NPD (2004): Parteiprogramm. 10.Auflage. In: <http://npd.de/medien/pdf/parteiprogramm.pdf> (zuletzt abgerufen am, 12.9.2008).
- NPD (2005): Pressemeldung: Ein Jahr Montagsdemonstrationen, mit der Losung „Weg mit Hartz IV – Das Volk sind wir!“ In: http://www.npd.de/index.php?sek=0&pfad_id=7&cmsint_id=1&detail=81 (zuletzt abgerufen am 12.9.2008).
- Nationaldemokratische Hochschulgruppe/NPD-Göttingen: 12 Thesen zum Globalismus. In: http://www.npd-goettingen.de/Weltanschauung/12_Thesen_zum_Globalismus.html (zuletzt abgerufen am 12.9.2008).
- Sozial-geht-nur-national.de: Homepage: <http://sozial-geht-nur-national.de> (zuletzt abgerufen am 14.9.2008).

Zwischen Freizeit, Politik und Partei: RechtsRock

Martin Langebach und Jan Raabe

1 Einleitung

Sommer, Sonne, Festivalwetter. Gemütlich saßen rund 100 junge Leute auf Bierbänken vor der Bühne, auf der die Band gerade einen schnellen Soundcheck hinlegte. Andere schauten über das Angebot der Verkaufsstände, kauften eine CD oder eine Bratwurst und ein Bier. Alkoholfreies, denn mit Prozenten durfte beim zweiten „Sommerfest der nationalen Jugend“ in Sangerhausen nichts ausgeschenkt werden. Die Veranstaltung am 5. Juli 2008 auf einer Wiese am Rande der sachsen-anhaltischen Stadt war nicht das einzige Fest, das die NPD in jenem Sommer organisiert hatte, sondern nur eines von vielen. Der Ablauf glich sich dabei ein ums andere Mal: Begrüßung durch einen Funktionsträger der NPD und danach in wechselnder Reihenfolge Musikdarbietungen und Redebeiträge, denen das in der Regel 18 bis 25 Jahre alte Publikum mit unterschiedlichem Interesse folgte. Der Partei gelingt es so geschickt, Politik und „Freizeitvergnügen“ miteinander zu verbinden, stellen diese jungen Erwachsenen doch eine wichtige Zielgruppe dar, wie eine Reihe von Wähleranalysen zeigt: bei ihnen erzielt die NPD ihre überproportionalen Stimmengewinne (vgl. Neu 2004; Statistisches Landesamt Sachsen 2004; Sächsischer Landtag 2004; Forschungsgruppe Wahlen e.V. 2006). Entsprechend bemüht sich die Partei um dieses Unterstützerfeld. Neu daran ist die Qualität und Quantität dieses Versuchs, doch nicht die Strategie an sich.

1.1 *Ein ambivalentes Verhältnis*

Bereits Ende der 1970er Jahre versuchte die National Front in England zuerst in der Fußballfanszene und dann in der Punk- und Skinhead-Szene ihre Anhänger zu rekrutieren. Sie schaffte es, die damalige Jugendszene zu polarisieren und gewann mit dem Sänger der Punk-Band Skrewdriver einen wichtigen Unterstützer ihrer Politik. Seine Bedeutung leitete sich rückblickend nicht aus seiner Funktion im Parteiapparat ab, sondern aus der als Vermittler und Agitator unter den nationalistischen und rassistischen Skinheads, der er als Bandleader einer unter den jugendlichen Glatzköpfen populären Band nachkam. Er gilt als Begründer des RechtsRock, der aufgrund seiner Parteimitgliedschaft in einem engen Verhältnis zur organisierten extremen Rechten stand. Donaldson, der auch mit Vorwürfen konfrontiert war, sich instrumentalisieren zu lassen, negierte diese deutlich:

„Ich glaube [...], es hängt von jedem Skinhead selber ab, ob er sich benutzen lässt. Ich selbst bin Einheitsführer der National Front und glaube nicht, dass man mich jemals ‚benutzt‘ hat“ (Der Neue Weg Nr.2: 12),

erläuterte Ian Stuart in einem Interview 1984 seine Position. Nichts desto trotz brach er 1987 mit der Partei nach Streitereien über finanzielle Belange und gründete stattdessen eine

Organisation ‚aus der Szene für die Szene‘: Blood & Honour. Ihr Magazin trug den programmatischen Untertitel „The Independent Voice of Rock Against Communism“. Bis zu seinem Unfalltod 1993 versuchte Stuart Blood & Honour als Bewegungsorganisation in verschiedenen Ländern zu etablieren – heute existiert diese im Selbstverständnis nationalsozialistische Gruppierung in rund 25 Ländern.

Auch in Deutschland bemühten sich Neonazis in dieser Zeit um gewaltbereite Fußballfans und die ersten Anhänger der sich langsam auch hier verbreiteten Skinhead-Subkultur, allen voran die Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationaler Aktivisten um Michael Kühnen und Christian Worch. Nach ihrem Verbot 1983 trat an ihre Stelle die Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP) sowie die Nationalistische Front (NF). In der Öffentlichkeit wurden Skinheads unterdessen immer mehr zum Synonym für Neonazis, bedingt durch nationalistische Pöbeleien, dem provokativen Zeigen des Hitlergrußes bei Alkoholexzessen in den Innenstädten und rassistisch motivierten Überfällen auf Migranten. Mit Aufklebern wie jenem mit einem stilisierten Doc-Martens-Stiefel, der einen Sowjetstern mit Hammer und Sichel zertritt, versuchte sich beispielsweise die FAP diesem Spektrum anzudienen und es für sich zu gewinnen. Doch das Verhältnis der extrem rechten Skinheads zu den organisierten Neonazis war hierzulande in den 1980er Jahren noch sehr ambivalent. Der Herausgeber des Fanzines „Singen und Tanzen“ ereiferte sich beispielsweise in seinem Heft über den besagten FAP-Aufkleber:

„Eine fast schon unglaubliche Provokation. Ich habe weder Lust, mich für die FAP zu prügeln, noch kümmern mich die 20 noch am Leben gebliebenen Juden in Deutschland. Die Macher dieses Aufklebers sind bestimmt keine Skins, also sollen sie sich um ihren eigenen Scheiß kümmern, oder selbst auf den Teilen abbilden! Es reicht, wir haben keine Parteibonzen mehr nötig!“ (Collaps Strauch in Singen und Tanzen, 31.12.1985/1.1.1986)

Und in einer Erinnerung an die Berliner Band Kraft durch Froide hieß es 1989:

„Lange Zeit hielt man nichts von Parteiaffen wie der FAP oder der [...] ANS, die man in dem Song ‚Soldat des Führer‘ als kleine, fette Schweine bezeichnete.“ (Kraft durch Froide [Fanzine], Nr. 4, 1989)

Doch als 1985 die NF gegründet wurde, trat der Schlagzeuger der Band, Andreas Pohl bei, und stieg schließlich kurzzeitig bis zum Bundesvorsitzenden auf. Auch andere Skinheads besuchten, trotz immer wieder betonter Distanz zu den Parteien der extremen Rechten, deren Saalveranstaltungen, Sonnenwendfeiern etc. Während sie in der Regel von den jungen Aktivisten der neonazistischen Parteien willkommen geheißen wurden, begegneten ihnen die Älteren, vor allem in der NPD organisierten mit mehr Distanz. Die Kluft zwischen dieser damals noch sehr biedereren, eher national-konservativ orientierten Partei und den wenig disziplinierten Jugendlichen war seinerzeit noch groß.

Der extrem rechte Rock hingegen, der für diese Skinheads kulturelles Ausdrucksmittel ihres eigenen (politischen) Selbstverständnisses und entsprechend eng mit dem Skinhead-Stil verwoben war, sowie jene sich um die Musik herum gruppierende Szene, wurde jenseits des Einflusses von Parteien zum Ausgangspunkt einer Modernisierung des neonazistischen Spektrums, zum kulturellem Vorläufer und zur Begleiterscheinung einer sich in den 1990er Jahren konstituierenden Bewegung von rechts (vgl. Dornbusch/Raabe 2006: 52).

1.2 *Domestizierung der Skinheads*

Anfang der 1990er Jahre, nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland, befand sich diese Musik und in dessen Zuge die Jugendkultur neonazistischer Skinheads im Aufwind. 1990 wurden von deutschen Bands fünfzehn, 1991 sechzehn und 1992 bereits sechszwanzig Tonträger veröffentlicht – mehr als doppelt so viele wie in den 1980er Jahren zusammen. Erfolgreich versuchten die Führer diverser neonazistischer Kleinstparteien sich diesem Spektrum anzudienen. Sie luden zu Saalveranstaltungen, kamen dem aktionsorientierten Politikverständnis der neuen jugendlichen Anhänger mit der Organisation von Aufmärschen nach und richtete Konzerte aus, wie beispielsweise die Deutschen Alternative 1991 in Cottbus mit den Bands Skrewdriver und Störkraft oder die FAP 1992 aus Solidarität mit dem kurz zuvor abgeschobenen Karl Polacek¹ in Werningerode, bei dem die Gruppen Kraftschlag, Stuka und Tonstörung auftraten. In Interviews in den neonazistischen Skinhead-Fanzines wurden den Bands nun mehr regelmäßig die Frage nach ihrer politischen Betätigung gestellt. Mancher Musiker informierte die Leserschaft dabei offen über sein Engagement: „Ich (Arpe) und Klapmeier sind in der FAP [...], der Rest ist parteilos rechtsextrem“ (Deutschland Erwache, 1990), erzählte der Sänger von Kraftschlag beispielsweise 1990. Langsam, aber kontinuierlich veränderte sich die Skinhead-Subkultur. Die Parteien wurden nicht mehr als „Gegner“ begriffen, sondern als Vertretungsinstanz eigener politischer Interessen und Vorstellungen. Dies vollzog sich vor allem unter dem Einfluss von Parteiaktivisten, die als „charismatische Führer“ die jungen Leute anzusprechen wussten wie beispielsweise Michael Kühnen oder der in Deutschland aktive Österreicher Gottfried Küssel. Ihre Worte hatten Gewicht und entsprechend fruchteten ihre Disziplinierungsversuche, im Rahmen derer sie versuchten aus den im Umgang und Auftreten eher rüden und verhaltensauffälligen jungen Männern Unterstützer und Multiplikatoren ihrer politischen Ideen zu machen. Gleichzeitig nahm die Toleranz älterer Parteimitglieder gegenüber den jungen Skinheads zu, auch wenn sie deren Musik und äußeres Erscheinungsbild eigentlich als „undeutsch“ und nicht im Einklang mit ihrer politischen Weltanschauung erachteten. Doch der Verbreiterung der Basis wurde gegenüber den ideologischen Grundpositionen der Vorzug gegeben. Als zwischen 1992 bis 1995 durch das Innenministerium des Bundes sowie durch die entsprechenden Behörden der Länder elf neonazistische Organisationen verboten wurden, verlor dieses Spektrum kurzfristig ihre politischen Anlauf- und Kristallisationspunkte. Eine Heimat boten ihnen ab 1994 zunächst die zahlreichen regional neu gegründeten „Freien Kameradschaften“ (vgl. Röpke/Speit 2004) und ab 1996 die NPD unter ihrem neu gewählten Vorsitzenden Udo Voigt.

1.3 *Auflösung*

Unterdessen erschienen 1996 121 und 1997 136 Tonträger in der deutschen RechtsRock-Szene, mehr als zwischen 1984 und 1995 zusammen genommen. Gemessen an diesen offiziellen Veröffentlichungen erlebte dieses Spektrum 1998 seinen bisherigen Höhepunkt:

1 Das Anwesen des Österreichers Karl Polacek in Mackenrode bei Göttingen diente lange Jahre als Anlaufstelle für junge Neonazis, zu seinen ‚Ziehkindern‘ gehörte unter anderem Thorsten Heise. Polacek, der zuerst in der NPD war, wurde später niedersächsischer Landesvorsitzender der NPD. 1992 wurde der damals 57-Jährige nach Österreich abgeschoben, nachdem er eine Gegendemonstrantin mit einer Axt angegriffen hatte.

hundertvierzig verschiedene Titel wurden in jenem Jahr veröffentlicht. In den Texten der Lieder deutete sich langsam ein Orientierungswandel an. Die Identifikation mit dem Skinhead-Lebensstil nahm zu Gunsten eines positiven Bezug auf die neo-nationalsozialistische Bewegung beziehungsweise den „Nationalen Widerstand“ ab. Aus der Musik als kulturellem und politischem Ausdrucksmittel der extrem rechten Skinheads wurde zunehmend Agitationsmusik, deren Adressatenkreis immer offener formuliert wird. Heute richten sich die Songs nur noch selten an neonazistische Skinheads, angesprochen werden vielmehr die „deutsche Jugend“, „national Gesinnte“ oder einfach nur politisch Unzufriedene. Hier liegt der Ausgangspunkt jener sich von einer spezifischen jugendkulturellen Ausdrucksform (Skinhead) emanzipierenden extrem rechten Jugendkultur, die heute mehr oder weniger offen steht für alle, die sich irgendwie als „rechts“ und „national gesinnt“ verstehen. Die Schwelle, um sich mit ihr zu identifizieren, ist dafür deutlich herabgesetzt worden.

1.4 NPD auf dem Weg zur Partei der Jugend

Gleichzeitig begann sich die NPD unter Voigt ab 1996 aktionsorientierter zu präsentieren. Damit vermochten sie die jungen Neonazis und Anhänger der Skinheadszenen anzusprechen. Einen Durchbruch markierte jener am 1. März 1997 organisierte Aufmarsch gegen die seinerzeit in München gastierende Ausstellung „Vernichtungskrieg – Die Verbrechen der Wehrmacht“ (vgl. Virchow 2006: 77ff.). Dem Aufruf folgten 5.000, vor allem jüngere Anhänger zwischen 18 und 30 Jahren. Im Rahmen des im weiteren Verlauf des Jahres beschlossenen „Drei-Säulen-Modells“ und dessen erster Säule, dem „Kampf um die Straße“, gelang es der NPD sich als wichtige Parteistruktur zu präsentieren und sich als wichtigster Organisator von extrem rechten Aktionen im öffentlichen Raum zu etablieren. Immerhin, von den 579 zwischen 1997 bis 2004 organisierten Aufmärschen aus dem extrem rechten Spektrum gehen rund die Hälfte auf die NPD zurück (ebd.: 76). Die Partei ist damit zu einem der maßgeblichen Mobilisierungsunternehmer herangewachsen. Es gelang ihr ferner zwischen 1996 und 1999 ihre Mitgliederzahl zu verdreifachen. Voigt führte diesen Erfolg, wie er 1999 erklärte, „auf die Öffnung der NPD und die Bereitschaft [zurück], über Parteigrenzen hinweg mit anderen nationalen Gruppen zusammen zuarbeiten“, sowie „vermehrt Großdemonstrationen [und] Öffentlichkeitsarbeit durchzuführen [und] die Jugend anzusprechen“ (Hamburger Sturm, 21/1999).

Auf dem ersten „Tag des nationalen Widerstandes“ in Passau 1998 mit 4.000 Besuchern – die seit mindestens 25 Jahren „größte Hallenveranstaltung der Partei“ (vgl. Hoffmann 1999: 273) – traten eine bayrische Blaskapelle sowie die Liedermacher Frank Rennicke und Jörg Hähnel auf. Doch bereits für den „2. Tag des nationalen Widerstandes“ am 27. Mai 2000 kündigte die NPD den ehemaligen Weggefährten der RechtsRock-Legende Ian Stuart Donaldson an, Stephen Calladine alias Stigger, dessen Teilnahme allerdings später absagt wurde. Doch das Konzept, vor allem junge Menschen mit einem durch Musikdarbietungen aufgelockerten Programm anzuziehen, ging auf. 2001 organisierte die NPD beziehungsweise deren Parteizeitung „Deutsche Stimme“ erstmals ein Pressefest, bei dem nicht Redebeiträge, sondern die auftretenden RechtsRock-Bands im Mittelpunkt standen. 1.500 vorwiegend junge Aktivisten reisten nach Grimma. 2002 waren es bereits 1.800, die dieses Mal ihren Weg ins niedersächsische Königslutter fanden. 2003 besuchten in Meerane 3.800 Besucher das Pressefest, 2004 in Mücka circa 5.000 und 2006 beim vorerst letzten Presse-

fest in Dresden waren es knapp 7.000 Personen. Unterdessen startete die NPD in Thüringen 2002 die jährlich, in wechselnden Städten stattfindende Freiluftveranstaltung „Thüringentag der nationalen Jugend“ und in Gera etablierte sich ab 2003 ein ähnliches, vom dortigen Kreisverband organisiertes Festival. Hinzu kommen verschiedene weitere politische Veranstaltungen mit „musikalischer Untermalung“, wie die „Sommerfeste“, die die NPD in Zusammenarbeit mit ihrer Jugendorganisation und teilweise mit Unterstützung durch die „Freien Kameradschaften“ organisiert, sowie Veranstaltungen wie den „Sachsentag“, „Bayerntag“ oder „Frankentag“. Auch die derzeit größte jährliche Open-Air-Veranstaltung in Deutschland, das „Fest der Völker“, wird wesentlich von der NPD getragen.

2 Plural anstatt Singular

Die organisierte extreme Rechte, ob in Form der NPD oder der Freien Kameradschaften, ist mit der extrem rechten Jugendkultur mittlerweile eng verwoben. Die jungen NPD-Mitglieder sowie die Aktivisten der „Kameradschaften“ sind in der Regel in diese Jugendszene involviert. Auf der anderen Seite besuchen die Jugendlichen und jungen Erwachsenen dieses jugendkulturellen Spektrums die Sommerfeste der NPD und können mobilisiert werden zu Aufmärschen. Doch die so sichtbar werdenden sind nur eine Teilmenge der in ihrer Größe nicht genau zu fassenden extrem rechten Jugendkultur, deren gemeinsamer Nenner im politisch rechten Selbstverständnis besteht – und manchmal nicht darüber hinaus reicht. Sie differenziert sich entlang der verschiedenen Musikgeschmäcker ihrer Protagonisten aus, denn die Präferenz für einen bestimmten musikalischen Stil zieht in der Regel auch die Entscheidung für einen bestimmten Lebensstil nach sich. Der RechtsRock, jene für die gesamte Jugendkultur identitätsstiftende Musik, besteht heute nicht mehr nur aus dem „Rock against Communism“ (RAC) der neonazistischen Skinheads, sondern aus Balladen, aus NSHC und NSBM.² Langsam kündigt sich auch das Aufkommen eines „nationalen“ HipHop an, doch noch sind Rapper wie Bock aus Bielefeld oder das Projekt X Ausnahmeerscheinungen. In Anbetracht dieser „Vielfalt“ ist es angebrachter von der extrem rechten Jugendkultur nicht im Singular zu sprechen, sondern den Begriff im Plural zu verwenden.

3 RechtsRock

Den größten Anteil am RechtsRock hat bis heute jener Musik, die auf den neonazistischen Skinhead-Rock (RAC) zurückgeht, der wiederum seine Wurzeln im britischen Streetpunk der späten 1970er hat. Sechshundsechzig der hundertundeins deutschen Musikveröffentlichungen der extremen Rechten aus 2007 sind diesem Genre zuzurechnen, die im Angebot der meisten einschlägigen Versandhändler in den Rubriken „Nationale CDs“ (Gjallarhorn Klangschmiede), „Deutsche CDs“ (Front Records) oder einfach „Inland“ (V7 & TTV Versand, Sleipnir Shop) angeboten werden. Musikalisch eint die Neuveröffentlichungen die

2 Am weitestgehend ist hinsichtlich der musikalischen Stile die Angebotspalette von Rock o Rama Records ausdifferenziert. Hier wird unterschieden in: „Balladen“, „Blackmetal/Metal“, „Hardcore“, „Hatecore“, „Hoolmucke/Fussball“, „Identitäts-Rock“, „Industrial“, „Marschmusik“, „Neofolk“, „Oi!“, „Patriotischer Rock“, „Pop/Techno“, „Power Pop“, „Prollrock“, „Psychobilly“, „Punkrock“, „RAC“, „Rockabilly“, „Ska Streetrock/-punk“, „Vikingrock“. Allerdings bietet die Firma unter den Rubriken auch nicht extrem rechte Tonträger an.

Orientierung am gängigen Rock beziehungsweise Hardrock in Verbindung mit einer rauhen, eher gröligen Stimme. Anhand von fünf kurzen Bandporträts werden im folgenden exemplarisch die Unterschiede in Ausrichtung und Auftreten von etablierten, illegalen und Newcomer Bands skizziert sowie anhand der Gruppen Die Lunikoff Verschwörung und Kategorie C der Aufstieg der einen zu quasi Pop-Stars dargestellt und der anderen in ihrem Versuch, in den Fußstapfen der Böhsen Onkelz³ in den Mainstream aufzusteigen.

3.1 Etabliert: Frontalkraft

Ende Juli 2008 veröffentlichte die Cottbuser Gruppe „Frontalkraft“ ihr sechstes Studioalbum mit dem Titel „Nacktes Land“. In seiner CD-Besprechung bei Thiazi, dem wohl wichtigsten Forum zum Thema RechtsRock im Internet, bemerkt der User „Abrafaxe“ zum Lied „Heidnische Gebete“:

„Stampfend und von dröhnenden Gitarren geleitet, lässt dieser Song die musikalische Tragweite dieser CD erahnen. Verschachtelte Kompositionen verdrängen die einst einfachen Songstrukturen früherer Tage. Diverse Rhythmuswechsel, ein treibendes Schlagwerk, aggressiv vorgetragene Soli und satte Akustiksequenzen treiben den Hörer in einen wahren Emotionsstrudel. Von viel Pathos begleitet übt man den Brückenschlag von der Vergangenheit in die Zukunft. Nicht wirklich neu und frisch, aber festen Schrittes auf schon immer sicher begangenen Pfaden.“ („Abrafaxe“ in Thiazi, 18.7.2008)

Wenn bei Frontalkraft von „sicher begangenen Pfaden“ die Rede ist, so bedeutet dies, dass die 1992 gegründete Band auf eine über 15 jährige Geschichte zurückblicken kann. Frontalkraft entstand aus der jugendkulturellen Neo-Nazi-Szene in Guben und Cottbus nach dem Beitritt der fünf neuen Länder.

Wohl deutlich mehr als 100 Konzerte dürfte die Band im Laufe der Jahre gegeben haben, darunter Auftritte in Frankreich, der Schweiz, Tschechien, Österreich und Spanien – manche von ihnen wurden von den jeweiligen nationalen Blood & Honour Divisionen organisiert. Auch in Deutschland trat die Band wiederholt in eindeutigen politischen Kontexten auf. Am 24. Februar 2007 spielte sie bei einem Horst Wessel Gedenkkonzert, am 30. Juni 2007 bei einem von der NPD organisierten Open Air in Gera, am 4. August 2007 bei deren „Sachsentag“ in Dresden und am 7. Juni 2008 auf dem „Bayerntag“ in Günzburg. Dabei hatte die Band einige Jahre zuvor in einem Interview noch erklärt, dass die „NPD oder auch andere nationale Gruppierung/Partei (...) nicht die Lösung für das Erreichen unserer Ziele, sprich die Freiheit unseres Volkes“ (i.e. www.donaufont.com), seien. Dem entsprechend wurde die Gruppe lange Jahre eher dem Spektrum der militanten „Freien Kameradschaften“ zugerechnet, das 2004 die erste „Schulhof-CD“ mit dem Titel „Anpassung ist Feigheit – Lieder aus dem Untergrund“ veröffentlicht hatte. Frontalkraft war mit einem Song auf der CD vertreten.

3 Die Böhsen Onkelz war in der ersten Hälfte der 1980er Jahre die bekannteste deutsche RechtsRock-Band. Ab 1986 verabschiedeten sie sich langsam aus der Szene und kam rund acht Jahre später in der Hard- und Heavy-Metal-Szene an, die diese Band bis zur ihrer Auflösung 2006 unterstützte. Vor allem 1991-1994, als die extrem rechte Gewalt enorm anstieg, musste sich die Band vehemente Kritik stellen. In öffentlichen Statements ging sie damals auf Distanz zur extremen Rechten und begann später auch, Fans mit neonazistischen T-Shirts, Gestik und ähnlichem von Konzerten zu entfernen.

Im RechtsRock gehört Frontalkraft zu den politisch eindeutigen Bands, dabei werden ihre Texte jedoch stets derart formuliert, dass keine ihrer bisherigen Produktionen indiziert oder verboten wurde. In der Szene leidet ihre Popularität darunter nicht, wie eine wohlwollende Rezension ihres neuen Albums „Nacktes Land“ zeigt:

„FK [Frontalkraft, Anm. d. A.] blicken ideenreich über den Tellerrand hinaus. Plumpe Offenbarungsidee sucht man vergebens. Die Scheibe schafft es durch diese Intensität den Hörer aufzufordern, sich mit ihr auseinanderzusetzen. Und das auf allen Ebenen.“ („Abrafaxe“ in Thiazi, 18.7.2008)

Die überwiegende Zahl der jährlich veröffentlichten RechtsRock-CDs geht auf Bands wie Frontalkraft zurück, die seit mehreren Jahren existieren und sich mit ihrer Musik einen gewissen Stellenwert in der Szene erspielt haben.

3.2 *Illegal: D.S.T.*

Die Musik von „Deutsch, Stolz, Treue“ (D.S.T.) ist hart, schnell und laut, eingängige melodische Passagen sind selten. „Man muss ein Freund dieser Musik sein, da sie aus meiner Sicht nicht unbedingt massentauglich ist. Wer mit D.S.T. allgemein nichts anfangen kann, wird auch hier keine Freude erleben“ („WPMP3“ in Thiazi, 14.6.2006), heißt es in der Besprechung der CD „Ave et Victoria“. Bekannt wurde die Band durch ihre offen neonationalsozialistischen Texte, wie beispielsweise im Song „NS-Macht“ auf besagter CD:

„Die Geldgier steht ihm im Gesicht, im Juden steckt des Teufels Saat. Hand in Hand mit den Verrätern, plant er auch hier den Judenstaat. Er trägt sie in die Welt hinaus, die Lüge von den sechs Millionen, dabei weiß doch heute jedes Kind, dass die in Judäa wohnen.“

Um mögliche juristische Konsequenzen scherte sich die Band nicht, agierte sie doch aus dem Underground der Szene heraus. Das brachte ihr mehr Fans ein als es anderen Newcomer-Bands in diesem Spektrum vergönnt ist. Immerhin, ihre beiden CDs „Deutsches Volk erwache“ (1998) und „Ave et Victoria“ (1999) wurden 2001 im Ausland neu aufgelegt. In Deutschland wurden sie aufgrund ihrer strafrechtlich relevanten Inhalte nur unter der Hand vertrieben. Doch im Zuge von zwei Durchsuchungsaktionen im Frühjahr 2002 gelang es der Polizei in Brandenburg und Berlin fünf Mitglieder der Gruppe sowie sieben Personen aus deren Umfeld vorläufig festzunehmen und rund 500 Exemplare der CD „Ave et victoria“ zu beschlagnahmen. Danach wurde es ruhig um die D.S.T.

Zwei Jahre später erschien auf dem Sampler „Hier tobt der Bär“, veröffentlicht vom Berliner Label Panzerbär Records, ein Stück einer bis dato unbekanntem Band namens X.x.X.. Schnell machte in der Szene die Runde, dass hinter der Formation D.S.T. stünde, die nun versuchen im legalen Rahmen zu agieren. Entsprechend schien ihr erstes Album „Die Antwort auf's System“ ganz normal, wie es bei der überwiegenden Zahl der Produktionen dieses Spektrums auch der Fall ist, 2005 auf einem Label im Inland. Allerdings gab sich X.x.X.: nur bedingt Mühe, ihre Botschaften zu kaschieren. Im Song „Die Auserwählten“ singen sie:

„Im letzten Jahrhundert erkannte man die Zeichen und eine starke Kraft befreite unser Volk. Doch unter dem Einfluss dieser feinen Auserwählten, begann ab 45` eine schreckliche Zeit. Die Auserwählten, euer Ende naht [...] bald kommt der jüngste Tag [...] wir beenden auf ewig eure Zeit.“

Zunächst sah es so aus, als ob die Band mir derartigen Texten durchkommen würde. Doch am 14. Februar 2007 durchsuchte die Polizei Objekte an dreizehn Orten in Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Hessen und Nordrhein-Westfalen und beschlagnahmte 1.100 Exemplare der CD samt Inlets und Booklets, mehr als drei Dutzend T-Shirts mit SS-Totenkopf sowie Druckvorlagen und -maschine und eine scharfe Pumpgun. Für die Szene kam die Aktion knapp zwei Jahre nach Veröffentlichung des Tonträgers überraschend. Am 16. März 2007 folgte in Berlin eine zweite Durchsuchungsaktion, dieses Mal war eine Split-CD von X.x.X. und Burn Down aus Brandenburg mit dem Titel „Gift für die Ohren“ der Anlass. 150 Exemplare wurden sichergestellt. Dass sich die Musiker jedoch davon eingeschüchert zeigen, darf bezweifelt werden. Immerhin bewegen sie sich mindestens seit Mitte der 1990er Jahre in der neonazistischen Szene und zur Zeit des neuen Ermittlungsverfahrens waren auch noch einige ältere Verfahren noch anhängig, was sie nicht hinderte, neuerlich Straftaten zu begehen. Am 17. März 2009 wurden zwei Bandmitglieder vor dem Landgericht Berlin wegen Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und Volksverhetzung in erster Instanz zu Freiheitsstrafen von einem Jahr und zwei Monaten sowie zu zehn Monaten verurteilt. Die Razzia vom März 2007 hatte auch ein direktes Nachspiel für einen Polizisten. Am 3. August 2007 durchsuchten Polizisten dessen, als auch die Wohnung seiner Lebensgefährtin, mit dem Verdacht auf Mithilfe bei der Herstellung „rechtsradikaler Musik-Medien“. Die Beamten fanden Bekleidungsstücke mit Aufdrucken X.x.X und DST, CDs und DVDs sowie zahlreiche Digitalbilder und beschlagnahmten mehrere Computer und einen Laptop. Gegen den 33-Jährigen wurde ein Verbot der Amtsausübung erlassen.

Unterdessen haben längst wieder andere Bands die Position von D.S.T./X.x.X. im Untergrund eingenommen. Gruppen wie „Zero Tolerance“ oder „Hitlers Harfe“ versorgen aktuell die Szene mit neonazistischem Liedgut, in deren Texten unverhohlenen der Holocaust gelehrt und der National-sozialismus glorifiziert wird.

3.3 *Newcomer: Non Plus Ultra*

„Kurz und Bündig“ heißt die im Juni 2008 veröffentlichte Mini-CD der Band „Non Plus Ultra“ aus Düsseldorf-Garath. Die Gruppe besteht bereits seit vier Jahren, trotzdem ist sie eine klassische Nachwuchsband in der Szene, was sich letztlich in ihrem musikalischen Können zeigt. Entsprechend löst die Neuerscheinung keine Begeisterungstürme aus: „Nichts wirklich innovatives, aber auf keinen Fall schlecht. Wer also mit dem RAC des letzten Jahrzehntes was anfangen kann, macht hier definitiv nichts falsch“⁴, schreibt der Szeneversand Gjallarhorn Klangschmiede. Wer das Cover der CD betrachtet, ahnt, was der Versand meint. Die drei abgebildeten Bandmitglieder in Springerstiefeln, mit Domestos verfärbten Jeans, Hosenträgern und Bomberjacken sehen aus wie extrem rechte Skinheads

4 Kurzbeschreibung zu Non Plus Ultra auf gjallarhorn-klangschmiede.com (i.e. gjallarhorn-klangschmiede.com)

eben vor zehn bis fünfzehn Jahren aussahen. Modisch liegen sie in der Szene damit nicht im Trend. Entsprechend ist auch ihre Musik: einfach, drei Akkorde, keine Überraschungen oder Finessen. Hinzu kommen die Texte, mit denen die Band in der ersten Hälfte der 1990er Jahre noch das Lebensgefühl der Szene getroffen hätte, heute aber eher anachronistisch wirkt:

„Sitz du mal in der Kneipe, wird oftmals Spaß gemacht. Ein Bier gekippt bis in die Nacht, gefeiert und gelacht! Der neben dir, er pöbelt dich an. Die Haare fett verschmiert. Du nimmst dein Glas, du trinkst es aus, was glaubst du, was passiert? Es eskaliert! Der Mob beginnt zu toben! Es eskaliert! Und die Gegner gehen zu Boden! Es eskaliert! Schwere Stiefel, kahlgeschoren! Es eskaliert! Skinheads, stolz, frei geboren!“,

heißt es im Song „Es Eskaliert“. Ihre CD sticht nicht aus den vielen hundert anderen Produktionen des Genres heraus und entsprechend darf die Band auf Konzerten, wenn, dann nur im Vorprogramm anderer Bands spielen.

Rund 20-25 Prozent der jährlich veröffentlichten Tonträger geht auf Newcomer zurück. Wenn die Band damit nicht wohlwollende Aufnahme in der Szene findet, bleibt es bei der einen Produktion. In dieser Hinsicht funktioniert der Markt des RechtsRock ähnlich dem der normalen Musikbranche.

3.4 „Popstar“: Die Lunikoff-Verschwörung

„Ab sofort lieferbar! Die neue CD vom ‚Hetzer‘! Garantiert ‚politisch unkorrekt‘!“⁵ Diverse RechtsRock-Händler überschlugen sich Ende Juli 2008 förmlich mit dem Hinweis auf die neue Platte der Formation Die „Lunikoff Verschwörung“ – nach wenigen Tagen war die CD mit dem Titel „Heilfroh“ auch gleich wieder bei vielen ausverkauft. Nach der Haftentlassung des Sängers Michael „Lunikoff“ Regener Ende Februar 2008 hatte die Szene auf die Veröffentlichung sehnlichst gewartet. Entsprechend wird der Tonträger in einschlägigen Internetforen des Spektrums hoch und höher gelobt. Im Szene-Internetforum Thiazi wurden in nur drei Tage nach der Bekanntgabe der Neuveröffentlichung bereits 7.800 Einträge in einem entsprechenden Thread gepostet, in denen Aufmachung, Musik und Bezugsmöglichkeiten diskutiert wurden. Lunikoff ist für die User im Forum so etwas wie ein Popstar, der diesen Status beziehungsweise die damit verbundene Berühmtheit vor allem seiner ehemaligen Band zu verdanken hatte, für die er nach drei Jahren und vier Monaten nun aus dem Gefängnis entlassen wurde: Landser.

Die Musiker der 1992 in Berlin gegründeten Band stilisierten sich selbst zu „Terroristen mit E-Gitarre“. Bereits kurz nach ihrer Gründung fielen Landser durch Lieder wie „Hurra das Asylheim brennt“ oder „Schlagt sie tot“ im Underground der Szene auf. Während sich zwischen 1993 bis 1995 eine Reihe von RechtsRock-Bands wegen ihrer Texte vor Gericht verantworten mussten, entschied sich die Berliner Band offensichtlich dafür, sich nicht den gesetzlichen Rahmenbedingungen in Deutschland anzupassen und nicht mit entsprechender Sorgfalt die zur Veröffentlichung bestimmten Lieder von einem Anwalt auf etwaige strafrechtlich relevante Äußerungen prüfen zu lassen. Zwischen 1995 bis 2000 erschienen drei CDs der Gruppe mit den Titeln „Republik der Strolche“ (1995), „Rock gegen oben“ (1998) und „Ran an den Feind“ (2000). Nachdem es wiederholt zu Übergrif-

5 Werbung auf: www.dielunikoffverschwörung.de (zuletzt abgerufen am 27.8.2008)

fen auf Migranten gekommen war, bei denen sich im nachhinein heraus gestellt hatte, dass die rassistischen Täter sich mit Musik der Band Landser aufgeputscht hatten, wurde ein Ermittlungsverfahren eingeleitet, an dessen Ende die Festnahme der Bandmitglieder von Landser stand sowie die der führenden Köpfe ihres illegalen Vertriebsnetzes. Zu dieser Zeit waren Landser in der RechtsRock-Szene und darüber hinaus schon ‚Kult‘. Am 23. Dezember 2003 wurden die Angeklagten nach §129 Strafgesetzbuch, Bildung einer kriminellen Vereinigung, verurteilt. In seiner Urteilsbegründung hob Richter Weißbrodt hervor, dass sich die Mitglieder als Kämpfer verstanden und ihre Musik als Waffe begriffen hätten.⁶ Michael Regner, der sich als einziger im Verfahren nicht Kooperationswillig gezeigt hatte, erhielt entsprechend als einziger einer Gefängnisstrafe von drei Jahren und vier Monaten. Als Regner seine nach Anrechnung der Untersuchungshaft fällige Reststrafe von zwei Jahren und zehn Monaten am 11. April 2005 antrat, hatte er längst den Grundstein für eine zweite Karriere gelegt, nun mehr unter dem Namen Die Lunikoff Verschwörung.

Bereits im Frühjahr 2004 erschien die Debüt-CD „Die Rückkehr des Unbegreiflichen“ dieser neuen Formation. Es folgte am 27. November 2004 ein erster Live-Auftritt in Mücka. Ermöglicht hatte diesen die Jugendorganisation der NPD, die Jungen Nationaldemokraten (JN). Immerhin war Regener kurz zuvor selbst Mitglieder der NPD geworden. Obwohl das Konzert nur unter der Hand beworben wurde, kamen circa 1.000 Besucher. Ein Mitschnitt des Auftritts veröffentlichte das Label W&B-Records von Thorsten Heise knapp drei Wochen später, noch rechtzeitig im Weihnachtsgeschäft. Schließlich, kurz vor seinem Haftantritt, gab Die Lunikoff Verschwörung am 2. April 2005 im Anschluss an einen NPD-Parteitag in Pösneck ein Abschiedskonzert, das ebenfalls im Geheimen organisiert worden war und zu dem circa 1.300 Besucher kamen. Und als vorerst letzter Gruß an seine Fans folgte am Ende des Monats noch die CD „Niemals auf Knien“. Danach wurde es zunächst ruhig im Regener. Wenig drang aus der Haftanstalt nach außen. Ein Lebenszeichen des Musikers veröffentlichten die „HNG Nachrichten“, das Mitteilungsblatt der neonazistischen Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V., in dem er über seinen Haftalltag informiert. Er betont „die Postflut hält bei mir unvermindert an, freut mich ja riesig, nicht vergessen zu werden, aber das Beantworten wird zum Ding der Unmöglichkeit.“ (HNG, 28, Nr. 304: 6ff.) Auch die NPD vergaß ihr bestes Aushängeschild in diesem Spektrum nicht und führte am 21. Oktober 2006 eine Kundgebung unter dem Motto „Freiheit für Lunikoff. Lasst unsere Kameraden raus“ vor der Justizvollzugsanstalt Tegel durch, in der Regener inhaftiert war. Selbst der NPD-Parteivorsitzende Voigt kam zur Versammlung, um das Anliegen zu unterstützen und ein Zeichen gegenüber der jugendkulturell geprägten extremen Rechten zu setzen. Doch ein Antrag auf Haftverschonung nach zwei Drittel der abgeleisteten Zeit wurde abgelehnt und Regener somit erst am 27. Februar 2008 entlassen – kaum sechs Monate dauerte es, da war seine neue CD veröffentlicht.

Musikalisch betrachtet spielen Die Lunikoff Verschwörung, wie bereits Landser, Rockmusik, manchmal untermalt mit Anklängen aus Country und Ska. Dominiert wird die Musik vom Gesang, der nicht im klassischen Sinne schön ist, aber aus der Masse der RechtsRock-Produktionen hervorsticht. Die Texte zu den eingängigen Liedern sind einfach gestrickt, weisen aber, wie Fans immer wieder betonen, den „typischen Witz“ von Regener auf. Gemeint sind damit die vielen zutiefst zynischen Passagen wie zum Beispiel im Song „In den Bergen von Ruanda“, als er zu Landser-Zeiten darüber sang, dass er im Fernsehen

⁶ Urteil des 2. Strafsenat des Kammergericht Berlin vom 22.12.2003: 160.

Bilder mit in Afrika verdurstenden Menschen sehe und er daraufhin den Wasserhahn aufdrehe. Dieser „Wortwitz“ mit seiner bildhafte Sprache findet sich auch bei der Lunikoff Verschwörung wieder:

„Kasunke von gegenüber hat sich neulich aufgehangen, so ist die Zahl der Arbeitslosen leicht zurückgegangen. Was für ein Erfolg, das stellt ja alles in den Schatten. Das verdanken wir der besten Regierung, die wir jemals hatten. [Refrain:] Schröder, Schily, Fischer sind unsre besten Leute. Besser als alle Demos und Flugblätter noch dazu, besser als jeder Comic und jeder Science Fiktion, sie treiben uns die Wähler scharenweise zu“,

singt Regener im Song „Unsre besten Leute“, der im Begleitheft zur CD mit dem Logo der NPD hinterlegt wurde. Dabei versucht er nicht mit klassischen Parolen zu agitieren, sondern erzählt Geschichten aus der vermeintlichen Lebenswelt der Zuhörer, in die er seine politische Weltansicht einflechtet. Mit offenen Mordaufrufen und Vernichtungsphantasien wie bei Landser hält er sich heute zurück, auf Drohungen verzichtet er indes nicht:

„Jetzt sitz ich vor der Glotze und bin es, der frech grient. Sie [die Politiker, Anm. d. A.] erhöh'n sich die Diäten. Mensch Jungs, ihr habt's verdient, denn ihr seid Deutschlands Hoffnung, auch wenn ihr das nicht wollt. Heut rollt für euch der Rubel, ratet mal, was morgen rollt!“,

endet der bereits zitiert Song. Doch Regener ist kein politischer Demagoge im Stile vieler anderer RechtsRock-Bands, die Texte zielgerichtet entlang der jeweils aktuellen politischen Programmatik des neonazistischen Spektrums formulieren und zur politischen Aktion aufrufen. Er rückt sich vielmehr selbst gerne in den Mittelpunkt seiner „Geschichten“, stilisiert sich und seine Bandkollegen zu den „Jungs fürs Grobe“ (im selbigen Song), erzählt über Begegnungen mit seinem „Frauentyp“ und dass er sich dabei zum „allergrößten Blödsinn“ hinreißen ließe (Song „K.T.K.A. & S.K.H.“), oder mimt den „Proleten“:

„Ach, was muss man oft von bösen Arbeitslosen hören und lesen. Vier Millionen leben von Stütze, beschimpft als Schmarotzer und zu nichts Nütze. Scheiß drauf, lasst uns auf Staatskosten feiern, von Friesland bis nach Oberbayern. Die BRD-GmbH geht in Konkurs, hipp hipp hurra. Also Mädels, bestellt, was immer euch gefällt. Was kostet die Welt? Arbeitslosengeld!“

Doch auch in diesem Lied auf der neuen CD mit dem Titel „Hartz IV Boogie“ fehlt nicht die Kampfansage an „das System“:

„Arbeitslos und Spaß dabei, Hass auf's System bis zur Raserei. Abgewickelt und abgeschrieben von Volksvertretern, wie wir sie lieben. Doch statt in die Röhre, schauen wir lieber ins Glas, denn bald beginnt der richtige Spaß. Dann geht's an den Kragen der Bonzen und Banker.“

Die positiv skizzierte Verschwendung von staatlichen Transferleistungen dürfte bei der NPD, die für „Sozialschmarotzer“ kein Verständnis hat, wenig Wohlgefallen finden – doch bei den jugendlichen Hörern wird der Refrain bestimmt in den eigenen Zitatenschatz übernommen werden, wie es schon mit andern Liedern des Musikers in der Vergangenheit geschah. Für sie ist Lunikoff Kult. Einzig dem Musiker Daniel „Gigi“ Giese kommt, mit Abstrichen, in der Szene eine ähnliche Bedeutung zu. Während er als Sänger der Bands Sacca-ra und Stahlgewitter bereits seit Ende der 1990er Jahre über einen Namen verfügte, wurde er mit der 2004 veröffentlichten CD „Braun is beautiful“ seines Projekt Gigi & Die braunen

Stadtmusikanten zu einem „Star“. Bei der Musik, für deren Charakterisierung des Label PC Records explizit auf das Underground-Projekt „Zillertaler Türkenjäger“ verwies,⁷ handelt es sich um Cover-Versionen bekannter Schlagerlieder und Songs der Neuen Deutschen Welle (NDW).

Beiden Musiker samt ihrer Gruppen gelten Neonazis als die „bekanntesten Bands [...], welche die deutsche Rechtsrockszene zu bieten hat.“⁸

3.5 Aufstiegsorientiert: Kategorie C

Am 21. Oktober 2006 war die Bremer Band *Hungrige Wölfe* noch auf jener von der Berliner NPD angemeldeten Demonstration unter dem Motto „Freiheit für Lunikoff. Lasst unsere Kameraden raus“ aufgetreten. Sie sorgten mit den Gruppen *Agitator* und *Faktor Deutschland* für Abwechslung zwischen den Reden des NPD-Parteivorsitzenden Udo Voigt, dem Berliner NPD-Vorsitzenden Eckart Bräuninger und dem Führungskader aus dem Spektrum der Freien Kameradschaften und Mitglied des NPD-Parteipräsidiums, Torsten Heise. Gerade einmal siebzehn Monate später, am 24. Februar 2008, betont Hannes Ostendorf im Internetforum des Heavy Metal Magazins *Metal Hammer*: „Hungrige Wölfe (Kategorie C) war keine Naziband, ist keine Naziband und wird auch keine sogenannte Naziband sein!“⁹ Hintergrund ist eine Diskussion um die politische Ausrichtung der Band, die in der März-Ausgabe des *Metal Magazin*, das eine monatliche Auflage von 80.000 Exemplaren hat, mit einer ganzseitigen Anzeige für „Die neue *Hungrige Wölfe* CD Für immer KC“ geworben hatte (*Metal Hammer* 2008: 81). Der Titel spielt mit der Herkunft der Band. Sie benannte sich nach einem Song der Gruppe *Kategorie C*, aus der sie 2003 hervorgegangen waren. Die Konstante in beiden Bands ist der Sänger Hannes Ostendorf, weswegen Fans bis heute eher von KC sprechen, auch wenn sie das neue Projekt meinen. Der Name *Kategorie C* bezieht sich auf die polizeiliche Bezeichnung für potentiell gewalttätige Fußballfans. Ge gründet wurde die Band 1997 im Vorfeld der Fußball-WM 1998 zunächst als „Spaßprojekt“ von Mitgliedern der RechtsRock-Bands *Nahkampf* und *Boots Brothers*, das Projekt debütierte mit der CD „Fußballfest '98“. Der erste Song mit dem Titel „Frankreich '98“ ist eine leichte überarbeitete Fassung des Liedes „Frankreich '84“ aus der Feder der Böhsen Onkelz, der bereits 1986 indiziert worden war.¹⁰ Bei KC endet er mit einem grölenden Chor: „Wir sind wieder einmarschiert!“ Auch andere Songs klingen derart aus, am Ende von „Dritte Halbzeit“ singt die Band beispielsweise:

„Hoch auf dem gelben Wagen, sitz ich beim Führer vorn. Vorwärts die piiiieeep traben, lustig schmettert das MG. Über Wiesen und Wäldern leuchtet das piiiieeep. Ich tät ja so gerne noch bleiben, aber der Führer, der ruft piiiieeep.“

7 front-records.com (zuletzt abgerufen am 10.2.2006).

8 „Die Lunikoff-Verschörung, Gigi und die Braunen Stadtmusikanten & Brainwash am 16. August live in Altenburg...“ (24.8.2008)(i.e. www.altenburg.freies-netz.com).

9 „Hannes O.“ (24.2.2008) im Forum von *Metal Hammer*.

10 Album „Der nette Mann“, beschlagnahmt mit Beschluss des Amtsgericht Brühl, 5.12.1986, bestätigt durch das Landesgericht Köln, 22.4.1987. Indizierungsbeschluss, Entscheidungsnummer 2638 (V), bekannt gemacht im Bundesanzeiger am 30.8.1986.

Derartige Passagen als auch die Teilnahme an dem offen neonazistischen und verbotenen Sampler „Die Deutschen kommen II“ dokumentierten ihre Zugehörigkeit zur extrem rechten Szene.¹¹ Hinzu kamen Konzerte mit den neonazistischen Bands „Solution“ und „Blitzkrieg“ am 26. Mai 2001 im sächsischen Bernsdorf als auch ein Auftritt anlässlich der Haftentlassung von Siegfried „SS-Siggi“ Borchert, einst Anführer der berüchtigten „Borussenfront“ und seit den 1980er Jahren aktiver Neonazi, am 25. September 2004 in Dortmund. Vertreten ist die Band auch auf einem während der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 veröffentlichten Sampler mit dem Titel „Zu Gast bei uns“. In ihrem Song „Deutschland dein Trikot“ singt sie:

„Deutschland dein Trikot, das ist schwarz und weiß. Doch leider auch die Farbe deiner Spieler. In München, Rom und Bern, da gab's noch echte Deutsche. Solche Jungs und diese Siege hätten wir jetzt gerne wieder! [...] Deutschland ist der Schlachtruf. Für Deutschland stehen wir alle ein. Doch Deutschland ist nicht die BRD.“

Kurz nach Veröffentlichung wurde die CD beschlagnahmt.¹²

Von all dem möchte die Band heute nichts mehr hören. Sie will vielmehr im Stile der Böhsen Onkelz versuchen ihre Vergangenheit hinter sich zu lassen um Karriere zu machen. Dafür wird die Bandgeschichte schön gefärbt: „Die Aussage von Hannes, das Lied: ‚Deutschland, Dein Trikot‘ sei vier Jahre alt und widerrechtlich, also gegen seinen Willen, veröffentlicht worden, entspricht nicht der Wahrheit“, schreibt der neonazistische Liedermacher Michael Müller im Forum des Metal Hammers merklich erbost,

„und da dies offensichtlich zum eigenen Wohl so geäußert wurde, ist dies als dreckige Lüge einzustufen. Ich weiß, wann und wo das Lied aufgenommen wurde, da ich persönlich wirkend dabei war.“¹³

Doch die Fans stehen zu ihrer Band und glauben, dass Kategorie C/Hungrige Wölfe unpolitisch seien: „Ich kenn natürlich nicht alles von KC“, schreibt beispielsweise einer vorsichtig im Zuge der lebhaft geführten Diskussion: „Das was ich aber hörte, hatte wohl keinen zwanghaft rechtsradikalen Hintergrund, textlich gesehen“.¹⁴ Und ein anderer behauptet mit voller Überzeugung, dass die Band „nicht rechts“ sei „und auch keinerlei politische Richtungen vertritt!! es geht um ‚fussball‘ musik.“¹⁵

Der Übergang aus der Skinhead- in die Hard-Rock-/Heavy-Metal-Szene hat bei den Böhsen Onkelz rund acht Jahre gedauert, in deren Fußstapfen KC/Hungrige Wölfe, die offensichtlich in die Fußstapfen der Böhsen Onkelz zu steigen versuchen, haben die Distanzierungsversuche hingegen gerade erst begonnen...

11 Am 29.7.2005 wies das Landgericht Hamburg eine Klage von Hannes Ostendorf gegen den Weserkurier zurück. Er beehrte die Unterlassung der Äußerungen, dass „Lieder der Musikgruppe ‚KC die Band‘ verherrlichten eher Sexismus, andere Lieder propagierten Gewalt gegen Ausländer oder verherrlichten den Nationalsozialismus“ (AZ 324 O 157/05).

12 Beschlagnahmebeschluss des Amtsgerichts Verden (Aller), vom 5.7.2006, AZ: 9a Gs 521 Js 18886/06.

13 Forumbeitrag in Metal Hammer von „Michael Müller“ (27.2.2008) (i.e. www.metal-hammer.de).

14 Forumbeitrag in Metal Hammer von „Häään“ (i.e. www.metal-hammer.de).

15 Forumsbeitrag in Metal Hammer von „Rückendecker“ (23.2.2008) (i.e. www.metal-hammer.de).

3.6 Balladen

Rund 20 der in 2007 veröffentlichten CDs können dem Genre Balladen zugerechnet werden, dass seine musikalischen Wurzeln in der klassischen Lagerfeuer- und Fahrtenmusik der bündischen Jugend¹⁶ findet als auch im britischen Folk¹⁷ und bei den linken politischen Liedermachern der 1960er/70er Jahre.¹⁸ Popularisiert wurde der Stil innerhalb der Rechts-Rock-Szene Anfang der 1990er Jahre zunächst von Ian Stuart mit seinen „Patriotic Ballads“. Heute präsentieren viele Bands des Spektrums rockige Balladen oder akustische Versionen bekannter RechtsRock-Lieder, wie beispielsweise German-British-Friendship und Hauptkampflinie, die beide 2007 eine unplugged-CD veröffentlichten. Aus dem Entstehungszusammenhang und der Entwicklung dieses Genre erklärt sich die im Folgenden skizzierte Vielgestaltigkeit.

Aus dem Underground des RechtsRock kommen Produktionen von Weißer Arischer Widerstand), WAW-Kampfkapelle oder Arisches Blut – beides Projekte der zweiten Hälfte der 1990er Jahre, die selbst verfasste, offen neonazistische Texte mehr grölend als singend vortragen. Mit derartigem Liedgut machte auch der heute in der extremen Rechten bekannte und beliebte Liedermacher Michael Müller auf sich aufmerksam: „[...] mit sechs Millionen Juden, da fängt der Spaß erst an, bei sechs Millionen Juden machen wir den Ofen an, bei sechs Millionen Juden ist noch lange nicht Schluss [...]“ (Report Mainz, 26.4.2004), sang der gebürtige Bayer in einer umgedichteten Coverversion des Hit „Mit 66 Jahren“ von Udo Jürgens. Fünf CDs hat er seit 2003 veröffentlicht, darunter 2006 den Titel „Aus dem Vergessen“, auf der er altes nationalistisches bis nationalsozialistisches Liedgut wieder aufleben lässt, darunter eine leicht bearbeitete Fassung der Hitler-Jugend-Hymne: „Vorwärts! Vorwärts! Schmettern die hellen Fanfaren, Vorwärts! Vorwärts! Jugend kennt keine Gefahren. Deutschland, du wirst leuchtend stehn, mögen wir auch untergehn“.¹⁹ Verheiratet ist Müller mit der Liedermacherin Annett Moeck. Die gebürtige Brandenburgerin debütierte 2001 mit der CD „Eine Mutter klagt an“, auf der sie sich in Tracht mit blonden Zöpfen als treusorgende, dem klassischen Fraubild des Spektrums entsprechende Mutter präsentierte:

„Ich hab für Deutschland einen Sohn geboren, und eigentlich schon bei der Geburt verloren. Ich muss etwas ändern, jetzt ist es mir klar. Das ist meine Bestimmung, und dafür bin ich da. Meinen Sohn will ich lehren, was Vaterland heißt. Was unsere Ahnen dafür gaben zum höchsten Preis“,

singt sie im Lied „Deutsche Mutter“. Häufig tritt sie bei NPD-Veranstaltungen auf, unter dem Namen Faktor Deutschland musiziert sie auch gemeinsam mit ihrem Ehemann für die

16 Frank Rennie war beispielsweise früher in der Wiking Jugend (WJ) aktiv; gemeinsam mit einem Chor der WJ veröffentlichte er 1992 die Musikkassette „Wir singen Kampf- und Soldatenlieder“, vgl. auch: Fahr, Margitta: Frank Rennie der „nationale Barde“. In: Forschungszentrum Populäre Musik (Hg.) (1995): PopScriptum 5: Rechte Musik. Berlin: 116-137.

17 Der US-Amerikanische Liedermacher Eric Owens orientierte sich auf seinen beiden CDs „Folk the system“ (1994) und „Res Gestae“ (1998) beispielsweise stark am irischen Folk und interpretierte alte und zeitgenössische Songs neu (zum Beispiel: „Toss The Feathers“, „Samhradh samhradh“).

18 Beispielsweise die Cover-Version von „The green fields of France“ von Ian Stuart (auf Ian Stuart & Stigger – Patriotic Ballads, 1991), das im Original von Eric Bogle stammt. Auch Frank Rennie spielte auf der CD „Andere(r) Lieder“ (1996) Songs der linken Protestbewegung nach, unter anderem „Razzia Walzer“ von Die 3 Tornados und „Morgen sind wir tolerant“ von Robert Long.

19 Müller, Michael (2006): Aus dem Vergessen..., CD, WB Records, 2006.

Partei. Das Ja-Wort haben sich die beiden im Juli 2005 gegeben, nachdem sich Annett bei einem Aufmarsch der Partei am 1. Mai 2005 in Berlin erstmals öffentlich in gewandeltem Outfit mit schwarz gefärbten Haaren präsentiert hatte. Der Imagewechsel tat ihrer ‚Karriere‘ in der Szene keinen Abbruch.

Der bekannteste Liedermacher ist jedoch Frank Rennicke. Schon als Junge war der gebürtige Niedersachse Mitglied der später, 1994, verbotenen Wiking Jugend. Seit 1987 veröffentlichte er mindestens dreißig Tonträger, einige davon sind Neufassungen zuvor indizierter Titel. Viele seiner Songs basieren auf bekannten Liedern und haben so einen hohen Wiedererkennungswert, ebenso wie seine eigenen Kompositionen, die jedoch wesentlich schlichter sind. Mit seinen teilweise schwülstigen Texten, unterlegt mit einer entsprechenden Melodie, gelingt es ihm einen Pathos zu inszenieren, der auch die jugendlichen Hörer emotional gefangen nimmt. Aus seiner Feder stammen jedoch auch Stimmungslieder wie die „Parodie auf ein Tabu Datum“:

„Jedes Jahr zur gleichen Zeit, wenn im Frühling die Blüte treibt, fei're ich, wenn man mich noch lässt, jenes Adolf Wiegenfest. Er war 'ne echte Persönlichkeit, wir bräuchten ihn jetzt in dieser Zeit. Drum sag' ich's mir und andren dann: Ein Hoch auf Adi, den Ehrenmann!“

Erst am Ende des Songs heißt es:

„Er war immer redlich und legal, für uns ein Vorbild allemal, und ein Patriot mit feinem Nerv – das war ein Mann, der Dr. Adolf Schärf! [...] Und dieser gute Mann wurde geboren am 20. April! Wen soll man denn sonst an diesem Tage feiern, oder?!“²⁰

Rennicke, Mitglied der NPD, ist beinahe auf allen großen Events der Partei präsent, beim „Deutschen Stimme Pressefest“, den „Sommerfesten“ und bei kleineren Veranstaltungen wie der Gründung von NPD-Kreisverbänden. Selbst im Ausland ist er bekannt. 2005 trat er in Moskau und Petersburg auf und im Juli 2007 beim „Nordiska Festival“ in Schweden. Dort war das Publikum präpariert, zwei Jahre zuvor hatte das schwedische Label Nordvind Records die CD „Motstandssanger“ („Widerstandssänger“) veröffentlicht, für die Lieder von Rennicke in Schwedisch eingespielt wurden.

Liedermacher im Nebenberuf ist der NPD-Politiker Jörg Hähnel. Der gebürtige Brandenburger veröffentlichte 1997 seine erste CD mit dem Titel „Da heißt es stehn ganz unverzagt“, die von den Jungen Nationaldemokraten (JN) vertrieben wurde. Doch nur wenige der darauf vertretenden Lieder stammen aus seiner Feder, vielmehr entlieh er sich Texte von Herybert Menzel, Dietrich Eckart und Hans Michael Fiedler – alles Autoren der völkischen und später nationalsozialistischen oder neonationalsozialistischen Bewegung. Erst zehn Jahre später folgte seine zweite Veröffentlichung, zwischenzeitlich machte er politisch Karriere. Mit 22 Jahren, 1997, war er bereits Vorsitzender des JN-Landesverbandes Berlin-Brandenburg und trat seitdem wiederholt bei Wahlen an. 2005 wurde er Mitglied im Bundesvorstand der NPD und übernahm das Referat Medien. Im Herbst 2006 zog er schließlich als Abgeordneter in die Bezirksversammlung Berlin-Lichtenberg ein. Doch sein neustes Werk „Lichtverwandte Zeit“ wurde nicht zuerst in einem NPD-Organ gewürdigt, sondern in der Zeitschrift „Funkenflug“ der Heimattreuen Deutschen Jugend (HDJ): „[...] wer sich

²⁰ Frank Rennicke: Trotz alledem. CD, Eigenproduktion, 1996. Adolf Schärf (20.04.1890-28.02.1965) war ein Österreicher Politiker (SPÖ) und unter anderem 1957 bis 1965 Bundespräsident.

in die Gefühls- und Gedankenwelt der jungen deutschen Generation hineinräumen möchte, dem sei diese Scheibe wärmstens empfohlen“ (Funkenflug 2007/3: 7), heißt es dort. Diese Besprechung wird kein Zufall gewesen sein, war Hänel doch Aktivist der am 09.03.2009 durch das Bundesministerium des Innern verbotenen HDJ, die aus dem Bund Heimattreuer Jugend nach Vorbild der Wiking Jugend erwachsen ist. Das Liedgut dieser Jugendorganisation entspricht dem klassischer völkischer Jugendbünde,²¹ an dem, wie bereits erwähnt, eben auch die ‚modernen‘ Liedermacher orientieren.

Bei mindestens 60-70 Veranstaltungen pro Jahr treten bundesweit Musiker dieses Genre auf, ob im kulturellen Rahmenprogramm eines Parteitags, als Opener auf RechtsRock-Konzerten, als Solist in der Hinterstube einer Kneipe oder im Rahmen eines Aufmarschs. Gerade bei so genannten „Heldengedenk“-Veranstaltungen gelingt es den Musikern dieses Genre den Pathos von Opferbereitschaft und Heldentod zu beschwören, um die ‚großen Gefühle‘ bei den jungen Zuhörern anzusprechen.

3.7 NSHC

Nur sehr wenige Versandhändler sortieren die 2007 erscheinenden Produktionen von Brainwash, Moshpit und Eternal Bleeding in eine eigenständige Kategorie ein. In der Regel werden die Bands der Stilrichtung Hardcore einfach mit anderen RechtsRock-Veröffentlichungen der Rubriken „national“ oder „international“ zugeordnet. Aus Perspektive der RechtsRock-Szene ist das schlüssig, da die Musiker als Teil des eigenen Spektrums wahrgenommen werden und ihre Musik dem klassischen RechtsRock als wesensverwandt gilt. Dabei hat die RechtsRock-Szene Hardcore als Musikstil erst spät für sich entdeckt. Ende der 1970er Jahre hat sich diese Musik in den USA aus dem Punk entwickelt und firmierte anfangs noch unter dem Label „Hardcore Punk“ (vgl. Büsser 1995). Dabei wurde diese Stilrichtung nicht nur als Musik, sondern auch als Lebensstil begriffen. Der früh von der Szene geprägten Slogan „hardcore is more than music“ verweist darauf, dass es nicht nur um wütende Texte und schnelle Musik, sondern auch um die eigene Initiative geht, etwas zu verändern. Das vom Punk übernommene Prinzip des „Do it yourself“ (DIY) sorgte dafür, dass dezentral viele Szenegänger selbst aktiv wurden, nicht nur als Musiker, sondern auch als Organisatoren von Konzerten, Herausgeber von Fanzines oder Produzenten von Platten (Calmbach 2007). Politisch war das Spektrum von Anfang an heterogen, es reichte von linksradikalen, eher anarchistisch geprägten Bands über radikalökologische Gruppen bis zu solchen, die eher auf eigenen, teilweise auch esoterisch verbrämten Bewusstseinswandel setzten. Ende der 1980er Jahre wurde Hardcore auch unter unpolitischen oder patriotischen Skinheads populär und begeisterte zunehmend selbst Neonazis. Aus ihren Reihen entstammen die ersten neonazistischen Hardcore-Bands wie Max Resist & The Hooligans, die aus der Skinhead-Band Haken Kreuz hervor gegangen war, die Blue Eyed Devils, Angry Aryans, Aggravated Assault und Bound For Glory. Heute sind sie die Urgesteine des NSHC, dessen Bezeichnung erst Jahre später geprägt wurde.

In Deutschland, dessen Szene traditionell offen ist für Produktionen nicht-deutscher RechtsRock-Bands, fand die US-amerikanische Musik schnell Verbreitung. Die zunehmende Popularität zeigte sich vor allem in den Besucherzahlen von Konzerten der Band Blue

21 Nachzuhören auf: Heimattreue Deutsche Jugend: Der Freiheit wildes Lied. Ein Tonträger im Gedenken an Alexander Scholz. CD, Eigenverlag, 2002; sowie: Dies.: Sturm in die Herzen. CD, Eigenverlag, 2006.

Eyed Devils. Zu einem Konzert 1997 in Klein Bünzow kamen 500 und nach Berlin 800 Besucher, zwei Jahren später sollen es in Garitz sogar mehr als 2.000 Neonazis gewesen sein (Deutscher Bundestag 1.2.2000).

Langsam begannen schließlich auch deutsche Musiker sich diesem Stil zuzuwenden.

Als

„die Amis anfangen, die ersten Scheiben nach Europa zu verschiffen, waren wir sehr angetan von dieser Energie, der Kraft, die von dieser Musik ausgeht. Jahrelang haben wir in Deutschland keine musikalischen Neuerungen erlebt, doch diese Musikrichtung gab vielen Bands eine neue Richtung“ (Blood & Honour Deutschland 2000/9: 51)²²,

erzählte der Sänger der Wernigeroder Band S.E.K. (Skinhead Einsatz-Kommando) in einem Interview. Auf ihrer Demo-Kassette „Hass“ versuchten sie sich entsprechend selbst an dem Stil. Fasziniert waren und sind diese extrem rechten Fans des Hardcore, die bis heute auch Konzerte nicht rechter Bands des Genres besuchen, vor allem von der schnellen und harten Dynamik der Hardcore-Songs und der Wut, mit der die Texte ins Mikrophon gebrüllt werden.

In Deutschland bezeichnete das neonazistische Spektrum derartige Musik zunächst, auch wenn es um ‚ihre‘ Bands ging, schlicht als Hardcore. Doch bereits Ende der 1990er Jahre setzte sich für die extrem rechte Variante in der Szene der Begriff Hatecore durch. Geprägt worden war er zum Anfang des Jahrzehnts von der linksradikalen New Yorker Band S.F.A., deren Sänger Brendan Rafferty die Wortschöpfung auf die Wut zurückführte, mit der er über soziale und politische Missstände sang.²³ In der Begriffsverwendung durch die neonazistischen Bands und Fans ist dieser emanzipative Charakter nicht vorhanden, sie erachten den Begriff vielmehr als passende Bezeichnung für ihre hasserfüllten, gegen Minderheiten gerichteten Texte. Erst in den letzten vier Jahren gehen die Protagonisten der extrem rechten Hardcore-Szene langsam dazu über ihre eigene musikalische Variante der Musik als NSHC zu bezeichnen, als National Socialist Hardcore.

Wie vielfältig diese Szene mittlerweile in Deutschland ist, demonstriert der im Mai 2008 veröffentlichte Sampler „Hardcore until the end“, der auf dem Magdeburger Label Until the end Records erschien. Musikalisch die ganze Bandbreite des Genre abdeckend, orientieren sich die Texte der elf auf der CD vertretenen Gruppen eher an den gesellschaftskritischen Texten des emanzipatorischen Hardcore, als an den zum Teil äußerst einfältigen Ergüssen US-amerikanischer NSHC-Bands. Allerdings sind auch sie deutlich ideologisch eingefärbt: Painful Awakening aus Mecklenburg-Vorpommern beklagt beispielsweise im Song „Hate keeps me alive“:

„corruption everywhere, your country is going under [...] it’s so hard to see, our people going down the drain [...] my trust is broken for this democracy [...] bring back our glory.“

Und die Brandenburger Gruppe Anger Within prophezeit im Lied „rebirth of nature“:

„A dark night, the oceans overflow, it’s the end for a time of waste, better human beings have to grow, than those who destroy the woods, those who poisoned the water, those who turned our people from the strong to the weak, nature now fights back to slaughter.“

22 SEK, Interview von Hannes mit Marcel. Das Interview ist ursprünglich für das Fanzine Axtschlag geführt worden, in dem es aber nicht erschien.

23 Vgl. Begleitheft von: S.F.A. (1991): Pure Hate. CD. Wreckage.

Das dieses Auftreten in der Regel wohl strategisch motiviert ist, bestätigt die Band Daily Broken Dream aus Sachsen-Anhalt, die ähnliche Lieder verfasst: „Textlich sind die neuen Lieder sicher interpretationsfähiger als die meisten Lieder anderer Szene-Bands. [...] Über weite Strecken ließen sich solche Lieder vermutlich auch von unpolitischen Bands hören“, erklärt Maik von der Band in einem Interview: „dies hat zwei Vorteile: Erstens werden diejenigen, die erstmals mit ‚nationaler Musik‘ konfrontiert werden, nicht durch überdeutliche Parolen abgeschreckt, und zweitens regen die Texte doch sehr zum Nachdenken an.“ Seine weiteren Äußerungen zeigen deutlich das Kalkül, auf das nicht nur die Magdeburger Band dabei setzt:

„Erst kürzlich hatten wir in der Band eine Diskussion darüber, inwieweit Musik als nützliches Propagandainstrument auch ‚eindeutige‘ Botschaften transportieren muss. Ich bin der Meinung, dass gerade Musik wie unsere, die ihre Vorbilder doch allesamt außerhalb der ‚rechten Szene‘ findet, nicht zwangsläufig extreme Polit-Texte braucht, um Wirkung zu zeigen: Schon oft habe ich begeisterten Zuspruch von Leuten aus der Hardcore-Szene bekommen, wenn ich ihnen CDs wie die von Teardown oder Path Of Resistance gab. Dadurch kam man auch ins Gespräch über Politik. Inzwischen sind einige dieser Leute selbst in der nationalen Bewegung aktiv. Hätte ich denen Landser & Co. gezeigt, wären sie (zumindest damals noch...) sicherlich abgeschreckt und vor allem von der doch sehr einfachen Musik wenig begeistert.“²⁴

Aus der RechtsRock-Szene gibt es jedoch auch Kritik am NSHC, da die deutschen Bands ihre Songs in der Regel auf Englisch und nicht auf Deutsch vortragen.

Doch nicht nur die Musik übernehmen die Protagonisten des NSHC, sondern sie eignen sich auch die dem Hardcore eigene Symbolik, Bekleidungsweise, Farbvielfalt und Formen der Körpermodifikationen an – das relativ neue Phänomen der Autonomen Nationalisten finden hier seinen Ursprung – und verinnerlichen dessen Lebensstil.

„Nach einer guten halben Stunde machte sich nun der Headliner des Abends fertig. Bühne frei für Moshpit und rein in die Höhle des Löwen. Von Anfang bis Ende zogen sie eine Hammer-Show ab und die Menge war einfach nur am Platzen. Überall flogen Leute umher, keine blieb mehr ruhig stehen. Immer wieder kletterten welche die Boxen hoch und ließen sich in die Menge fallen und wurden dann auf Händen getragen. Die Stimmung mehr als passend zur Musik und mit Worten schwer beschreibbar, so was muss man erlebt haben um mitreden zu können“²⁵,

heißt es in einem Bericht über eine Record-Release-Party von Moshpit am 27. Oktober 2007 in Hermsdorf.

Mittlerweile vollzieht die NSHC-Szene viele Entwicklungen des alternativen Hardcore nach. Neben Total War aus den USA war Daily Broken Dream beispielsweise die erste Straight-Edge-Band der extremen Rechten. Zurück geht diese Bezeichnung auf die US-amerikanische Band Minor Threat des alternativen Hardcore, die sich in einer vom Konsum weicher und harter Drogen geprägten Szene bewusst gegen einen solchen aussprach, da diese den Punk/Hardcore und sein Anhänger zu Grunde richten würden. Als Symbol fungiert bei ihnen jenes X, das Jugendliche unter 21 Jahren in den USA auf den Handrücken gemalt bekommen, wenn sie eine Kneipe mit Alkoholausschank besuchen (Haenfler 2007).

24 Interview mit NSHC bei Until-the-end-records.com (i.e. untilhend-records.com).

25 „Moshpit – CD release party“ auf nach Brandenburg (i.e. altenburg.freies-netz.net).

„I’m proud to be a straight edge, a brotherhood drug free, take pride in who are but never cross the line, show respect and you will get it back, keep an eye on your brothers“,

singt Daily Broken Dream im Song „XXX“ auf besagtem Sampler. Die Motivlagen der neonazistischen Bands für ein drogenfreies Leben ähneln dabei dem der normalen Straight-Edge-Szene:

„[...] es hat jeder seine eigenen Gründe weshalb man die Straight Edge Lebenseinstellung für sich gewählt hat. Ich für meinen Teil denke, dass es einfach das Beste für mich persönlich ist und darum sollte es meiner Meinung nach auch gehen. Ich fühle mich ohne Alkohol und die daraus resultierenden Nebenwirkungen einfach viel besser [...] Drogen werden ja in unseren Kreisen verteufelt, aber wiederum dieselben Leute, die diese Aussagen treffen, finden es okay, sich bis in Delirium zu saufen... das verstehe ich nicht so ganz und werde es wohl auch nie. Gerade auf dem letzten Konzert (und auch auf vielen anderen), auf dem wir gespielt haben, hatte ich das Gefühl das diese so genannte ‚Szene‘ fast nur noch aus Alkoholikern besteht“²⁶,

berichtet beispielsweise Christopher Heyer, Sänger der Band und Inhaber des Label Until The End Records.

Der NSHC und der mit ihm einhergehende Lifestyle haben in den letzten Jahren deutlich die extreme Rechte verändert, zumindest dort, wo sie von Jugendlichen und jungen Erwachsenen repräsentiert wird. Wie schon beim RAC zeigt sich, dass der Motor für die ‚Modernisierung‘ dieses Spektrums nicht von den politischen Strategen einschlägiger Organisationen und Parteien bestimmt wird, sondern aus der Dynamik jugendkultureller Entwicklungen in extrem rechten Jugendszenen resultiert.

4 Black Metal

Dem Genre des Black Metal räumen die meisten Händler eine eigene Rubrik ein, mal heißt sie „Black Metall“ (Wikinger Versand), mal „Black/Death/Metal“ (V7 & TTV Versand, Odinseye), „NS/Black Metal“ (Whitenoise Records) oder einfach „Black Metal“ (Front Records, Gjallarhorn Klangschmiede). Das dem so ist, hat damit zu tun, dass die dort angepriesenen extrem rechten Bands nicht aus der neonazistischen Skinheadszene, sondern aus der ‚normalen‘ Black-Metal-Szene erwachsen sind.

Der Name des musikalischen Stils bezieht sich explizit auf die in Texten präsentierten und über den Lifestyle kolportierten Inhalte: Satanismus, Okkultismus, Krieg gegen das Christentum und verstärkt nordisch-germanischer „Artglaube“. Entstanden ist die Stilrichtung, die ihren Namen dem Album „Black Metal“ (1982) der britischen Band Venom verdankt, aus dem Heavy Metal der frühen 1980er Jahre. Doch die Gruppen dieser Gründerzeit kokettierten mehr mit dem Satanismus als dass sie sich als ernsthafte Okkultisten begriffen. Erst mit der Renaissance des Black Metal, die Anfang der 1990er Jahre ihren Ursprung in Skandinavien nahm, ging die Stilrichtung als unheiligste Musik in die Annalen der Popgeschichte ein (vgl. Dornbusch/Killguss 2008). Die norwegischen Gruppen Mayhem, Burzum und Emperor sangen nicht nur über Satanismus und den Krieg gegen das Christentum, sondern steckten auch selbst Kirchen in Brand. Zwischen 1992 und 1995 wurde an rund vierundvierzig Kirchen in Skandinavien Feuer gelegt, einige von ihnen brannten bis auf die

26 Siehe Fussnote 25.

Grundmauern nieder. In Interviews oder auf Plattencovers wurden dies zu „direkten Aktionen“ verklärt und die Taten zu einseitigen Kriegserklärungen gegen das Christentum stilisiert. Dies brachte der entstandenen Szene den Ruf ein, äußerst „extrem“ zu sein. Berühmt berüchtigt wurde dabei der Musiker Kristian „Varg“ Vikernes von der Band Burzum, der unter anderen die Stabkirche im Bergener Stadtteil Fantoft in Flammen aufgehen ließ. Dem britischen Metal-Magazin „Kerrang“ erzählte er im Rahmen einer ersten großen Story über diese entstehende Szene im März 1993, dass er Menschen für nutzlos und dumm halte und nur dafür bestimmt sehe, einem Gott oder einem Führer zu folgen. Er, erklärte Vikernes mit einem Anflug von Größenwahn, unterstütze alle Diktaturen, ob die von Stalin, Hitler oder des Rumänen Ceausescu, und wolle selbst Diktator von Skandinavien werden (Arnopp, Jason 1993: 43). Kaum fünf Monate später, am 10. August, erstach er seinen einstigen Freund und Musikerkollegen Ostein „Euronymous“ Aarseth von der Band Mayhem. Vikernes wurde daraufhin wegen Mordes und Brandstiftung zu 21 Jahren Gefängnis verurteilt. In Teilen der entstehenden Black-Metal-Szene avanciert er damit zum Star, der seinen verbalen Äußerungen auch Taten folgen ließ. Zwischenzeitlich, im Februar 1994, waren auch in Deutschland drei Mitglieder der selbst erklärten Black-Metal-Band Absurd zu langjährigen Jugendstrafen verurteilt worden. Im Frühjahr des Vorjahres hatten sie einen Mitschüler ermordet und seine Leiche im Wald verscharrt. Obwohl musikalisch dilettantisch, avancierte die Band in der Black-Metal-Szene zum Kult und die Musik erhielt endgültig den Ruf das Faible militanter Satanisten und Mörder zu sein.

Eindeutig politische Töne kamen in der Musik indes erst auf, als die Musiker in Norwegen beziehungsweise in Deutschland im Gefängnis saßen und sich dort dem völkischen Denken zuwandten. Insbesondere Vikernes kam dabei eine bedeutende Rolle zu. In den Jahren 1993 folgend wandelte er sich vom Satanisten zum bekennenden Odinisten und Antisemiten. Das Christentum begriff er, wie er in einem Interview hervorhebt, als „just another jewish tool of manipulation“. Und als Satanist verstehe er sich nur, betonte er, „if you intepret the hebrew word ‚satan‘ as ‚the adversary‘. I am definately an adversary to everything jewish, including their childish fairytail [sic!] ‚god‘“ (Genocide Mag 1996/2: 27). Heil fand er dagegen im Heidentum:

„I am into Asatru. I see that as a natural consequence of being a National Socialist, as these two things are two sides of the same coin. The first follows the second. Just like National Socialism, Odinism/Asatru has been a natural thing for me throughout my whole life.“²⁷

Doch nur ein Teil der seinerzeit noch kleinen Szene ging auf Distanz zu ihm, während andere seine Äußerungen begierig aufgriffen und meinten, dass derartiges Gedankengut eben auch zum Black Metal gehöre. Langsam entstand so ab Mitte der 1990er Jahre am rechten Rand dieses musikalischen Genre in Europa eine politische Variante des Black Metal, der National Socialist Black Metal (NSBM). In der Szene wird dieses Kürzel heute für solche Bands verwandt, die eindeutig extrem rechtes Gedankengut in ihren Liedtexten propagieren, wie beispielsweise die griechische Gruppe Der Stürmer:

„The Strong from Above beheld this Ancient Soil. His blazing Eye gave rise, like phoenix from the ashes, to the One whose name was damned by many. He who grasped the eons to leave a

27 Into the Pentagram, Nr. 7, 1999. Burzum. Das Interview ist ein Wiederabdruck aus dem Prisoner Of War Magazin und wurde von Keith Butcher geführt.

burning mark. behold he who united the Aryan nations, whose hand would crush the Semitic snakes. He who brought the triumphant rise of Fyrfos. Hitler, your name shall be praised!²⁸,

heißt es zum Beispiel im Song „Hitler, der Große“. In der ersten Hälfte des Jahres 2008 haben die Griechen wiederholt mit der deutschen Band Absurd zusammen auf Konzerten gespielt, einer Band, die in Teilen der deutschen Black-Metal-Szene mittlerweile verharmlosend als Pagan-Metal-Band skizziert wird. Zurückgeführt wird dies auf ihre heidnischen Texte, die auf den ersten Blick keine politischen Implikationen aufweisen:

„Raben kreisen hoch am Himmel, halten stille Wacht. Eisig weht der Wind von Norden, der die Glut entfacht. Feindesherrschaft muss vergehen, fremder Glaube fällt, Hammerschlag malmt zu Vergang'nem, die das Kreuz erwählt. [Refrain:] Der Hammer zerschmettert das Kreuz und der Sturm weht alles Fremde hinfot“,

singt Ronald „Wolf“ Möbus in Anlehnung an die nordische Göttersaga im Song „Der Hammer zerschmettert das Kreuz“. Im Interview mit dem britischen Blood & Honour Magazin hatte die Band 2005 erklärt, dass ihr 1999 veröffentlichtes Album „Asgardsrei“ „das politischste Album von Absurd“ sei und auch bleiben sollte (Blood & Honour 2005/30: 24). Und an anderer Stelle erzählt der Sänger, dass sie in der Vergangenheit bereits genug Ärger mit der Polizei gehabt hätten, „deswegen müssen wir uns etwas weniger deutlich ausdrücken. Wenn du definitiv ein Hakenkreuz auf einer CD brauchst, können wir deine Bedürfnisse nicht mehr befriedigen“.²⁹ Das „politischste“ Album ist indes stets erhältlich, im Frühjahr 2008 wurde es gerade zum sechsten Mal aufgelegt, inklusive dem Lied „Germanien über alles“, in dem es heißt:

„In den Divisionen ‚Wiking‘ und ‚Nordland‘ waren geeint, unsre Ahnen unerschütterlich für das Reich gegen den Feind. Ihre Ehre die hieß Treue, in den Adern floss ein Blut und ihr Heldentum soll leiten uns und stets härten unsren Mut. Großgermanien seit Äonen schon, von Ost- bis Engeland, von der Arktis, vom Eismeer, bis zum südlichen Alpenrand. Ein einig Volk, eine Glaube an uralte Heidenmacht, an die Raben an den Hammer, an den Sieg in jeder Schlacht! Ein Volk [...] ein Glaube – uraltes Heidentum! Germanien über alles, für alle Zeiten nun!“

Das diese Band dennoch zum Teil als unpolitische Pagan-Metal-Band begriffen wird, ist zurückzuführen auf das Politikverständnis dieses Spektrums. Die Musikgruppen dieses Genre widmen sich inhaltlich den Germanen und Wikingern sowie dem damaligen Götterpantheon. Dabei beruht ihre Rezeption in der Regel auf einer Identifikation mit dieser Zeit beziehungsweise mit den damals Lebenden, die als ‚Ahnen‘ begriffen werden im Sinne eines allgemeinen Rückbezugs auf ‚die germanischen Vorfahren‘. Mit dieser Betonung geht eine völkisch konnotierte Konstruktion der Bezugsgröße ‚Volk‘ einher. Implizit nimmt jeder Musiker und letztlich auch Fan an, dem Kollektiv im Rahmen seiner eigenen Familienfolge seit Jahrhunderten anzugehören, ohne Rücksicht auf die vielfältigen Migrationsbewegungen, die es immer schon gegeben hat. Ferner werden dem Zeitalter der Germanen und den damals von ihnen verehrten Göttern bestimmte Werte zugeschrieben (Männlichkeit, Tapferkeit, Stolz, etc.), die gegen vermeintliche moderne Werte, die ihren Ursprung im Christentum (Nächstenliebe, Demut, etc.) und in der individualistischen Lebensweise (Egozentrismus,

28 Der Stürmer: A Banner Greater Than Death. CD. Die Todesrune Rex. 2006.

29 Interview mit Absurd (i.e. www.killtosurvive.org).

Konsumismus), ins Feld geführt werden. Resultat ist ein antiquiertes Gesellschaftsbild, in dem der nur grob vereinfacht wahrgenommenen heutigen Gesellschaft der Wunsch nach einer überschaubaren Gemeinschaften entgegen gestellt wird. Dabei wird diese rückwärts gewandte Modernekritik, die ihr Vorbild in der völkischen Bewegung der 1870er Jahre folgende hat, nicht mehr als extrem rechts wahrgenommen. Die Entpolitisierung des Politischen sorgt dafür, dass nur noch solche Bands als extrem rechts wahrgenommen werden, die ihre identitären Entwürfe mit eindeutigen neonazistischen Bezügen versehen, wie es beispielsweise bis heute die Band *Der Stürmer* im Gegensatz zu Absurd macht.

5 Szene

Die Fans dieser verschiedenen extrem rechten musikalischen Stile finden in lokalen oder regionalen Cliquen zusammen, die hochgradig politisch kodiert sind (vgl. Hafener 2007; Hafener/Jansen et al. 2002; Hafener/Jansen 2001). Sie bilden mehr oder weniger lose Netzwerke und sind die Basis einer RechtsRock-Szene (vgl. Dornbusch/Raabe 2004: 127-131; Dornbusch/Raabe 2006: 49-51). Gemeinsam teilen sie, trotz des unterschiedlichen Musikgeschmacks, die Präferenz für extrem rechte Texte samt einer damit verbundenen Sicht auf gesellschaftliche Verhältnisse sowie die Verwendung gleicher Zeichen, Symbole und Bekleidungsmarken. Gerade durch diese Zugehörigkeits- und Distinktionsmerkmale wird die Szene als Szene überhaupt erst sicht- und wahrnehmbar.

Die in der Szene, vor allem über die Liedtexte fortwährend präsentierten gesellschaftlichen Deutungsangeboten bestimmen das Denken und Handeln der Szenegänger unter Umständen bis in alle Lebenslagen hinein. Dabei muss im Szenealltag das Politische, obwohl es den gemeinsamen Bezugsrahmen darstellt, nicht primär im Vordergrund stehen. Für die Jugendlichen und jungen Erwachsenen stellt die Szene vor allem eine Vergemeinschaftungsform dar, im Rahmen derer sie mit Gleichgesinnten ihre Freizeit gestalten können, in Form gemeinsamen ‚Abhängens‘, Fußball spielend, Konzerte besuchend oder an Aufmärschen teilnehmend.

5.1 Lifestyle

Der Lifestyle dieser extrem rechten Jugendkulturszene(n) hat sich in den letzten zehn Jahren deutlich ausdifferenziert, bedingt durch die Öffnung des Spektrums gegenüber anderen musikalischen Stilen. Aufmärsche, Konzerte und Open-Air-Veranstaltungen gleichen dabei teilweise einer Modenschau mit einer kaum zu überschauen Anzahl von T-Shirt-Motiven und Symbolen in ungeahnter Vielfalt. Trotz der Vielfalt ist die Kleidung bis heute Mittel der Selbstinszenierung und der Herstellung von Gruppen- und Szene-Identität.

Unter den Bekleidungsmarken ist in diesem Spektrum die Firma *Mediatex GmbH* mit ihrer Marke *Thor Steinar* mit Abstand der Marktführer, schon 2005 notierte sie einen Jahresumsatz mit zwei Millionen Euro (vgl. *Investigate Thor Steinar* 2008: 9). Die qualitativ hochwertigen und sehr teuren Produkte der Firma, die teilweise an Outdoor-Bekleidung erinnern, zeigen häufig Motive, die in der RechtsRock-Szene große Nachfrage erfahren, wie zum Beispiel Schriftzüge in Runenschrift, mit Bezügen zur nordischen Mythologie oder auf das Dritte Reich (vgl. *Investigate Thor Steinar* 2008). Vertrieben wird die Beklei-

derung einerseits über den Versandhandel, sie ist aber auch in einer Reihe von Szeneläden erhältlich wie beispielsweise im Geschäft „Narvik“ mit Sitz im Hundertwasserhaus Magdeburg, dem „Hatecore“ in Lüneburg oder in den Läden der Kette „Tønsberg“ in Dresden, Leipzig und Berlin.

Obwohl sich die RechtsRock-Szene musikalisch ausdifferenziert hat, greifen die Musiker und Hersteller von Accessoires zu einem großen Teil auf einen gemeinsamen Zeichenschatz zurück, der aus nordisch-germanischen sowie nationalsozialistischen Symbolen besteht wie Runen, Thorshammer, Schwarzer Sonne, Zahnrad-Motiv etc. sowie aus Motiven, die in der extremen Rechten nach 1945 kreiert wurden, wie das Keltenkreuz und die stilisierte rechte, zur Faust geballte Hand (Jürgens 2007: 9-11). Ferner hat in den letzten vier Jahren mit der Popularisierung des NSHC und dem Auftreten der Autonomen Nationalisten die Übernahme linker bis linksradikaler Symbolik zugenommen. Das Logo der Kampagne „Good night white pride“ aus der alternativen Hardcoreszene wurde umgewandelt in „Good night left side“, das Symbol der „Antifaschistischen Aktion“, dessen Schriftzug sich rund um ein stilisiertes Bild zweier im Wind wehender roter Fahnen zieht, wurde ersetzt durch „Nationalen Sozialisten Bundesweite Aktion“ und aus dem Slogan „Kein Bock auf Nazis“ der von der Punkband ZSK 2006 gestarteten Kampagne wurde „Kein Bock auf ZOG“. Auch die Renaissance des Buttons, jener ein Euro großen Anstecker, spiegelt sich in diesem Spektrum. Neben gängigen Motiven der extremen Rechten wie Zahlenkombinationen, Schriftzügen wie „Fuck Israel“ im Stil des Coca-Cola-Logos oder eben jener skizzierten germanisch oder nationalsozialistischen Symbolik, verwendet die Szene trotz des immer wieder betonten Anti-Amerikanismus auch beliebte Figuren aus den US-amerikanischen Zeichentrickserien „Simpsons“ und „Southpark“ und legt ihnen kurze Sprüche in den Mund: „The racewar is beginning. Fight or die“, steht auf einem Button mit Homer Simpson, der mit einem Revolver auf den Betrachter zielt. Auf einem mit dem schwarz verummten Stan Marsh („Southpark“) steht „Autonom & Militant. Nationaler Widerstand“. Gerade diese Motive erleben in der Szene derzeit eine enorme Verbreitung, drücken sie doch gegenüber dem gegebenenfalls unpolitischen Betrachter aus, nicht zu den „Letzten von gestern“ zu gehören, sondern durchaus im jugendkulturellen Trend zu liegen.

5.2 Konzerte

Konzerte sind für die RechtsRock-Fans das Highlight ihrer Wochenendgestaltung. Mit 150 bis zu 1.500 Besuchern und mehr nimmt die kaum fassbare Szene Kontur an. Diese Events sind Treffpunkte für die verstreuten Cliques, ein Ort der Begegnung, des Austauschs und des miteinander Feierns. Im mitunter dicht gedrängten Raum vor der Bühne, wenn die Band mitreißende und vorwärts treibende oder rührselige und pathetische Lieder spielt, verschmilzt der Einzelne, einstimmend in den Chor der mitsingenden Vielen, mit der Masse – dann wird die Gemeinschaft fühlbar.

Das Erlebnis des Konzerts wird gesteigert durch einen Anreisemodus, der einer Schnitzeljagd gleicht. Anstehende Auftritte von Bands werden nur mit Datum, äußerst wagen Ortsangaben und der Kontakt Nummer eines Mobiltelefons im Vorfeld angekündigt. Maximal zwei Tage vor der Veranstaltung, in der Regel jedoch noch kurzfristiger, wird der Austragungsort näher bestimmt, doch immer noch nicht mitgeteilt. Die potentiellen Besucher werden bei ihrer Anreise nämlich zunächst zu einem Schleusungspunkt geleitet, von

dem sie nach Inaugenscheinnahme weiter dirigiert werden. Dieses Procedere soll dafür sorgen, dass das Konzert beziehungsweise den Ort vor Polizei, Journalisten und antifaschistischen Initiativen geheim zu halten, so dass die Veranstaltung ungestört durchgeführt werden kann. Das Konzept geht zumeist auf. Der Polizei gelang es 2007 lediglich 21 Konzerte im Vorfeld zu verhindern, was noch einmal auf den konspirativen Charakter der Veranstaltungen verweist. 22 der 200 Veranstaltungen wurden außerdem im Zuge von Exekutivmaßnahmen vorzeitig aufgelöst. Nicht immer geht das glimpflich über die Bühne:

„Ein als private Geburtstagsfeier getarntes rechtes Rockkonzert ist von der Rostocker Polizei in der vergangenen Nacht aufgelöst worden. Dabei wurden die Beamten von den circa 50 Teilnehmern überaus brutal angegriffen. Mit Bänken, Bierkästen und Feuerlöschern gingen die Konzertbesucher auf die Polizisten los. 11 Beamte wurden dabei leicht verletzt“³⁰,

meldete die Polizeidirektion Rostock am 24. August 2008.

Die Zahl der Konzerte scheint in den letzten Jahren leicht rückläufig zu sein. 2005 wurden circa 255, 2006 mindestens 230 und 2007 rund 200 derartiger Veranstaltungen organisiert. Diese Zahlen sind jedoch nur Minimalwerte, denn nicht alle Konzerte werden jemals öffentlich bekannt. Der Umfang des Dunkelfelds ist nicht abzuschätzen.

Entgegen der weit verbreiteten Meinung finden die meisten Konzerte nicht fortwährend in den ostdeutschen Ländern statt. 2005 führte beispielsweise Sachsen die von den Autoren geführte Konzertstatistik mit 78 Veranstaltungen an, gefolgt von Bayern und Thüringen mit je 31 Konzerten. 2006 übernahm der bayrische Freistaat die Spitze mit 45 Musikveranstaltungen, 2007 fanden die meisten Veranstaltungen in Sachsen und Mecklenburg statt. Eine zunehmende Bedeutung kommt in den letzten Jahren der NPD und den „Freien Kameradschaften“ zu, die unter dem Label „politische Veranstaltung“ Freiluftkonzerte mit Redebeiträgen und Musikdarbietungen organisieren. Diese werden bei den Behörden im Vorfeld angemeldet. Einer Genehmigung stehen im Regelfall nur formale Gründe oder die mögliche Gefährdung der öffentlichen Ordnung im Wege. Derart formal angemeldete Veranstaltungen können von Seiten der extremen Rechten lange vorher beworben werden und haben einen niedrigschwelligen Charakter. Während zu jenen klandestin durchgeführten Konzerten neue oder junge Szenegänger nur über ältere Personen gelangen können, steht ihnen der Besuch von NPD-Sommerfesten oder ähnlichen Veranstaltungen problemlos offen.

Um dem Repressionsdruck zu entgehen, sind Neonazis im Westen teilweise dazu übergegangen in Zusammenarbeit mit Aktivisten aus dem angrenzenden europäischen Ausland in deren Ländern, insofern sie über eine liberale Rechtsauffassung verfügen, entsprechende Konzerte zu organisieren. Insbesondere im flämischen Teil Belgiens finden seit Jahren derartige Veranstaltungen unter Beteiligung deutscher Bands statt, die bis zu 2.000 Besucher anziehen, von denen in der Regel Dreiviertel aus Deutschland kommen.

6 Fazit

Der RechtsRock und seine Szene hat sich in den letzten rund 25 Jahren ohne wesentliche Einflussnahme der organisierten extremen Rechten entwickelt und ist zum „Motor“ einer jugendkulturell fundierten Bewegung von rechts geworden. Damit haben die Protagonisten

30 PM der Polizeidirektion Rostock vom 24.8.2008: Rostocker Polizei löst rechtes Rockkonzert auf.

dieser Szene die extreme Rechte modernisiert. Spätestens seit Anfang der 1990er Jahre versuch(t)en in Deutschland Parteien die Musiker und Fans für sich zu gewinnen, stellen sie doch einen wesentlichen Teil jenes außerparlamentarischen Spektrums dar, von dem in Wahlanalysen in den letzten Jahren häufiger die Rede ist. Die NPD erreicht dies vor allem mit der Produktion von Gratis-CDs und der Organisation von Freiluftveranstaltungen sowie durch die Einbindung junger Aktivisten. Doch bereitet der Partei die Fortentwicklung des RechtsRock samt seiner Differenzierung auch Schwierigkeiten, da es ihr nur teilweise gelingt, bestimmte jugendkulturell bedingte Entwicklungen wie die Autonomen Nationalisten zu vereinnahmen. Hinzu kommt, dass die Hörer und Hörerinnen der Musik oft Gefallen an der Eindeutigkeit der Texte des RechtsRock finden, in denen teilweise unverblümt der Nationalsozialismus verherrlicht und zum „Rassenhass“ aufgerufen wird – dem kann die Partei nur bedingt nachkommen, will sie ihre ‚moderateren‘ Mitglieder und Wähler nicht verlieren. Letztlich ist und bleibt der RechtsRock die Musik jener extrem rechten jugendkulturellen Szene, die die NPD umwerben, aber nicht völlig vereinnahmen kann.

Literatur

- Arnopp, Jason (27.3.1993): We are but slaves of the one with horns. In: Kerrang 1993, Nr. 436: 42-44.
- Blood & Honour Deutschland (2000): SEK, Interview von Hannes mit Marcel. In: Blood and Honour 2000, Nr. 9: 51.
- Blood & Honour Großbritannien (2005): Absurd. Blood & Honour 2005, Nr. 30: 24-25.
- Büsser, Martin (1995): If the kids are united: von Punk zu Hardcore und zurück. Mainz.
- Calmbach, Marc (2007): More than music. Einblicke in die Jugendkultur Hardcore. Bielefeld.
- Deutschland Erwache (1990/6): Kraftschlag.
- Dornbusch, Christian/Raabe, Jan (2004): RechtsRock. Das Modernisierungsmoment der extremen Rechten. In: Braun, Stephan/Hörsch, Daniel (Hg.): Rechte Netzwerke – eine Gefahr. Wiesbaden: 123-132.
- Dornbusch, Christian; Raabe, Jan (2006): RechtsRock. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen. 19.Jg., H. 3: 47-53.
- Dornbusch, Christian/Killguss, Hans-Peter (2008): Unheilige Allianzen. Black Metal zwischen Satanismus, Heidentum und Neonazismus. 3. Korrigierte Auflage. Hamburg/Münster.
- Deutscher Bundestag (2000): Drucksache 14/2637 vom 1.2.2000.Forschungsgruppe Wahlen e.V. (2006): Wahl zum Abgeordnetenhaus in Berlin und Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern. 17. September 2006. Mannheim.
- Funkenflug (2007): Lichtverwandte Zeit. In: Funkenflug 2007, Nr. 3: 7.
- Genocide Magazin (1996): Burzum. In: Genocide Maganzin 1996, Nr. 2: 24-29.
- Haenfler, Ross (2007): Straight Edge. Clean-Living Youth, Hardcore Punk and social change. New Brunswick/New Jersey/London.
- Hafeneger, Benno/Jansen, Mechtild M. (2001): Rechte Cliques: Alltag einer neuen Jugendkultur. Weinheim/München.
- Hafeneger, Benno/ Jansen, Mechtild M. et al. (2002): Rechte Jugendcliques in Hessen: Szene, Aktivitäten, Folgerungen. Schwalbach.
- Hafeneger, Benno/Becker, Reiner (2007): Rechte Jugendcliques. Zwischen Unauffälligkeit und Provokation. Eine empirische Studie. Schwalbach.
- Hamburger Sturm (1999): Gespräch mit Udo Voigt. In: Hamburger Sturm 1999/21.
- Hitzler, Ronald/Bucher, Thomas (2001): Niederbacher, Arne: Leben in Szene. Formen jugendlicher Vergemeinschaftung heute. Opladen.

- Hoffmann, Uwe (1999): Die NPD. Entwicklung, Ideologie und Struktur. Frankfurt/M. (u. a.).Neu, Viola (2004): Landtagswahl im Saarland am 5. September 2004. Wesentliche Bestimmungsgründe der Wahlentscheidung und das Wahlergebnis. Berlin.
- Investigate Thor Steinar (2008): Eine kritische Auseinandersetzung mit einer umstrittenen Marke. Berlin.
- Metal Hammer (2008): 25. Jg., H.3.
- Nachrichten der HNG (2006): 28. Jg., H. 304: 6ff.
- Peters, Jürgen (2007): Neonazistische Symbolik und Codes. In: Thema Jugend. Herausgegeben von der Katholischen Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NW e.V. 2007, H. 4: 9-11.
- Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (2004): Wahlen im Freistaat Sachsen 2004.
- Sächsischer Landtag (2004): Ergebnisse der Repräsentativen Wahlstatistik. Dresden.
- Röpke, Andrea; Speit, Andreas (Hg.) (2004): Braune Kameradschaften. Die neuen Netzwerke der militanten Neonazis. Berlin.
- Virchow, Fabian (2006): Dimension der „Demonstrationspolitik“ der extremen Rechten in Deutschland. In: Klärner, Andreas; Kohlstruck, Michael (Hg.): Moderner Rechtsextremismus in Deutschland. Hamburg: 68-101.

Internetquellen

- „Abrafaxe“ in Thiazi-Forum (18.7.2008): Forumsbeitrag: Frontalkraft – Nacktes Land. In: <http://forum.thiazi.net/showthread.php?t=132677> (zuletzt abgerufen am 7.8.2008).
- Die Lunikoff-Verschwörung, Gigi und die Braunen Stadtmusikanten & Brainwash am 16. August live in Altenburg... (24.8.2008). In: <http://altenburg.freies-netz.com/allgemein/die-lunikoff-verschwörung-gigi-und-die-braunen-stadtmusikanten-brainwash-am-16-august-live-in-altenburg%E2%80%A6/> (zuletzt abgerufen am 27.2.2009).
- „Hään“ (23.2.2008): Forumbeitrag in Metal Hammer. In: <http://forum.metal-hammer.de/showthread.php?t=20767&highlight=kate...&page=3> (zuletzt abgerufen am 5.3.2008).
- „Hannes O.“ (24.2.2008) im Forum von Metal-Hammer. forum.metal-hammer.de/showthread.php?t=20767&highlight=kategorieC&page=6 (zuletzt abgerufen am 5.3.2008).
- Interview mit Absurd. In: <http://killtosurvice.org/renouveauthrash>, (zuletzt abgerufen am 23.4.2004)
- Interview mit Frontalkraft (o. Dat.): In: <http://donaufront.com/FK/Inti%20Acht-Acht-Org.htm> (zuletzt abgerufen am 5.8.2008).
- Interview mit NSHC bei Until-the-end-records.com. In.: <http://untiltheend-records.com/rrinti.htm> (zuletzt abgerufen am 14.8.2008) Kurzbeschreibung zu *Non Plus Ultra* (o.Dat.). In: <http://www.gjallarhorn-klangschmiede.com/assets/s2dmain.html?http://www.gjallarhorn-klangschmiede.com/index2.html> (zuletzt abgerufen am 28.2.2009).
- „Michael Müller“ (27.2.2008): Forumbeitrag in Metal Hammer. In: <http://forum.metal-hammer.de/showthread.php?t=20767&highlight=kate...&page=11> (zuletzt abgerufen am 5.3.2008).
- Moshpit – CD release party – auf nach Brandenburg. In: <http://altenburg.freies-netz.net/?p=238#more-238> (zuletzt abgerufen am 31.10.2007).
- Report Mainz, (2004): Sendung vom 26. April 2004 In: <http://www.swr.de/report/archiv/sendungen/040426/05/04042605.rtf> (o. Dat.).
- „WPMP3“ in Thiazi-Forum (14.6.2006): D.S.T. – Ave et Victoria. In: <http://forum.thiazi.net/showthread.php?t=58530> (zuletzt abgerufen am 1.8.2008)
- „Rückendecker“ (23.2.2008): Forumsbeitrag in Metal Hammer. In: <http://forum.metal-hammer.de/showthread.php?t=20767&highlight=kate...&page=2> (zuletzt abgerufen am 5.3.2008).

Fußball als Extrem-Sport – Die Unterwanderung des Breitensports als Strategieelement der extremen Rechten

Alexander Geisler und Martin Gerster

1 Einleitung: Querpässe von rechts außen

In Deutschland ist Fußball ein Breiten- und Nationalsport. Er ist weit über seine Rolle als beliebte Freizeitbeschäftigung hinaus Gesprächsthema, Identifikationsobjekt und Politikum. Das macht ihn zum Gegenstand politischer Vereinnahmungsversuche (vgl. Mittag/Nieland 2007) – auch von Seiten bundes- und landespolitischer Prominenz, die sich des Fußballs als öffentlicher Bühne und Imagekomponente bedient. Nicht erst seit dem „Wunder von Bern“ (vgl. Scheuble/Wehner 2006: 26) wurde der Fußball immer wieder als Deutungsschablone des politischen Zeitgeschehens herangezogen und Parallelen zwischen dem Abschneiden der deutschen Nationalmannschaft und der Lage der Nation konstruiert. Gerade internationale Fußballturniere erhalten als Medienereignisse dadurch politische Bedeutung, dass sie integrierend wirken und zur kollektiven Identität von Nationen beitragen können (vgl. Holtz-Bacha 2006: 7).

Nationale Identität stellt einen – wenn nicht den – zentralen Bezugspunkt rechter Ideologien dar. Entsprechend naheliegend ist die Annahme, dass gerade in diesem politischen Spektrum verstärkte Bestrebungen existieren, sich den Fußball als Vehikel politischer Botschaften und Glaubenssätze dienstbar zu machen. Die unumstritten große Bedeutung des Fußballs für die nationale Kultur bietet gerade dem extrem rechten Spektrum Ansatzpunkte für strategische Instrumentalisierungsbestrebungen aller Art. Beobachtet und kommentiert werden die entsprechenden Tendenzen bereits seit Jahren und das keineswegs nur in Deutschland. So konstatierte Michael Funk anlässlich der WM 2006:

„Rechtes Gedankengut ist wieder ‚chic‘ im Spitzenfußball, und das auf paneuropäischer Ebene. Betroffen sind so hochkarätige Spielklassen wie die englische *Premier League*, die italienische *Serie A* oder die spanische *Primera División*, in deren Stadien Hooligans und radikale Fangruppen, so genannte ‚Ultras‘, gleichermaßen gefürchtet wie stillschweigend toleriert werden. Abgesehen haben es diese bei ihren Verbalattacken vorrangig auf Spieler nicht-weißer Hautfarbe. Rassistische Gesänge gehören ebenso zur Tagesordnung wie Nazi-Schmierereien oder das Zeigen von Hitlergruß und antisemitischen Symbolen“ (Funk 2006: 38).

Sicherlich ist es irreführend, Ultras und Hooligans undifferenziert in den Kontext rechtsextremer Ideologien zu stellen: Das Gros der deutschen Ultras steht Gewalt und politischen Hintergründen distanziert gegenüber; ihr Selbstverständnis kreist um die bedingungslose Unterstützung ihres Vereins (vgl. Blaschke 2008: 11). Das von Funk gezeichnete düstere Lagebild wurde jedoch im Vorfeld der FIFA-WM auch im Ausrichterland Deutschland durch eine ganze Reihe von Vorfällen untermalt, die auf bedrohliche Konvergenzen zwischen Teilen der Ultraszene, dem deutschen Hooliganismus und dem rechtsextremistischen

Spektrum¹ hindeuteten. Die Reaktionen von Politik und Gesellschaft blieben nicht aus: Schnell entwickelte sich eine neue Dynamik bei Fanprojekten, Vereinen, Verbänden und Polizei, die – zumeist aber nicht immer mit Rückenwind aus der Politik – verstärkt aktiv wurden, um Gegenstrategien zu entwickeln und zu erproben (vgl. Pilz u. a. 2006: 11).

Gleichzeitig rüsteten auch die Vertreter des organisierten deutschen Rechtsextremismus in Sachen Fußball-WM auf: Das massive mediale Interesse an diesem sportlichen Großereignis sollte gezielt genutzt werden, um sich durch provokante Aktionen und Aufmärsche mediale Publizität zu erschleichen (Funk 2006: 40). So beabsichtigte die rechtsextreme NPD einen eigenen WM-Planer herauszugeben, in dem der damals in Bremen spielende Bundesligaprofi Patrick Owomoyela wegen seiner deutsch-afrikanischen Abstammung verspottet werden sollte. Auf dem Cover prangte der Schriftzug „Weiß. Nicht nur eine Trikot-Farbe! für eine echte NATIONAL-Mannschaft!“ vor dem Torso eines weißen Spielers mit Owomoyelas Rückennummer, der 25. Zwar konnte das Machwerk mit einer einstweiligen Verfügung unterbunden werden, die Partei reagierte jedoch mit einer Abänderung des Entwurfs, der kaum weniger rassistisch war, als der vorige (vgl. Abbildungen 1 und 2) und mit Blick auf 2010 ebenfalls gegen eine vermeintliche Überfremdung der Nationalelf polemisierte. Nach einem Strafantrag des DFB wurde auch dieser zweite WM-Planer mittels einer einstweiligen Verfügung aus dem Verkehr gezogen.

Der Ursprüngliche NPD-WM Planer



Der modifizierte Entwurf



Auch auf der neurechten Seite dieses politischen Spektrums wurde die Weltmeisterschaft strategisch aufgearbeitet. So räsionierte der Chefredakteur der Jungen Freiheit (JF) (vgl.

¹ Zu dieser Diagnose vgl. auch den Beitrag von Gunter Pilz im vorliegenden Band.

Braun/Geisler/Gerster 2006) die Bedeutung der Weltmeisterschaft für die nationale Selbstfindung der Deutschen:

„Mittlerweile sind sich alle Kommentatoren einig darüber, daß der patriotische Taumel, der überall im Land herrscht, nicht nur reiner Partylaune entsprungen ist. Es gibt unübersehbare Indizien, die diese nationale Begeisterung zu einem Politikum machen. Deutschland schwimmt sich seelisch frei. Deutscher zu sein, ist keine Erbkrankheit oder lästige Hypothek – es ist plötzlich etwas, worauf man stolz sein kann, ohne daß dies ins gegenteilige Extrem umschlüge. [...] Nach dem Ende der WM werden sicherlich viele schwarz-rot-goldene Fahnen eingerollt und eingemottet. Die schwarz-rot-goldene Schminke wird auf den Wangen der Mädchen verblassen. Mancher wird den Text der Nationalhymne wieder verlernen. Folgenlos wird diese einmal ausgelebte und von der überwältigenden Mehrheit des Volkes getragene nationale Begeisterung aber nicht bleiben. Die WM 2006 wird mehr sein als das neudeutsche Woodstock-Erlebnis der heutigen Generation. Lehrer werden sich auf ganz veränderte Weise den Fragen von Schülern stellen müssen, die sich mit einer antinational-depressiven Geschichtserzählung nicht weiter abspeisen lassen wollen. Dem patriotischen Gefühl wird die nationale Erkenntnis folgen müssen“ (Dieter Stein, Der Traum ist nicht zu Ende JF: 28/06 07. Juli 2006).

Fußballerisch gedeutet versuchte sich innerhalb des extrem rechten Spektrums die NPD als propagandistische Sturmfront, während man bei der Jungen Freiheit den rechtskonservativen Strafraum mittels tendenziell revisionistischer Pässe zum ‚unverkrampft-nationalen‘ Libero freizuhalten suchte.

Sicherlich stellen diese Beispiele nur Momentaufnahmen dar. Dennoch stellt sich die Frage, welche Rolle der Sport für die extreme Rechte spielt. Und warum und mit welchem Erfolg sich dieses politische Spektrum den Breitensport als strategisches Einfallstor in die gesellschaftliche Mitte auserkoren hat. Schließlich wäre auch zu klären, wie sich die gesellschaftlichen Reaktionen auf die entsprechenden Bemühungen gestalten. Dabei soll zunächst die Frage aufgegriffen werden, was den Sport – speziell den hier im Mittelpunkt stehenden Fußball – so attraktiv für die politische Rechte macht.

Eine Antwort darauf sollen einleitende Überlegungen zur gesellschaftlichen Bedeutung des Sports unter besonderer Berücksichtigung der Fußballkultur geben. Hieran knüpft eine kurze Darstellung unterschiedlicher extrem rechter Deutungs- und Handlungsmuster an, die auf eine strategische Instrumentalisierung des ‚Volkssports‘ Fußballs und seiner gesellschaftlichen Wirkung hindeuten. Abschließend gilt es, den politischen Umgang mit den entsprechenden Phänomenen anzusprechen und die Erfolgspotentiale der dargestellten Strategien perspektivisch zu bewerten.

2 Bewegung für die Bewegung – Fußball und seine Bedeutung für die deutsche Rechte

„Fußball ist ein wesentlicher Bestandteil der internationalen Beziehungen unserer Zeit, die schon lange nicht mehr exklusiv auf der Ebene der Diplomatie beruhen. Fußball ist allerdings nicht nur ein sportlicher Zeitvertreib, sondern auch ein Mittel gesellschaftlicher Integration wie auch Kristallisationspunkt sozialer Kämpfe und ein wichtiges ökonomisches Gut. Fußball kann zu verstärktem Nationalismus, ja Rassismus führen. Fußball kann auch als Ausgleichsventil für Marginalisierung im politischen Raum dienen“ (Woyke 2006: 28).

In der modernen Gesellschaft erfüllt der Sport eine Vielfalt gesellschaftlicher Funktionen. Gerade dem Mannschaftssport wird in Beiträgen von Politikern und Sportfunktionären immer wieder ein großes Integrationspotential – bis hin zu geradezu sozialtherapeutischen Eigenschaften – zugeschrieben. „Ohne Übertreibung kann man davon sprechen, dass sich der Sport zu einer Großmacht entwickelt hat und unmittelbar nach der Politik, wenn nicht sogar vor der Politik die wichtigste gesellschaftliche Realität darstellt“ (ebd.: 13).

Selbst wenn diese Einschätzung übertrieben wirken mag, erscheint es sinnvoll, die kulturelle und politische Bedeutung des Sports sowie die damit einhergehenden Einflussmöglichkeiten nicht zu unterschätzen. Hierzu genügt ein Blick auf die im Deutschen Fußball Bund (DFB), dem Dachverband des deutschen Fußballsports, organisierten Personenpotentiale. Hier sind gegenwärtig mehr als 6,5 Millionen Mitglieder in knapp 26.000 Vereinen mit über 180.000 Mannschaften organisiert. Erweitert man die Perspektive auf den Deutschen Olympischen Sportbund als Dachverband des organisierten Sports in Deutschland, vereinigt der Sport rund 27 Millionen Mitglieder in 91.000 Turn- und Sportvereinen. Damit erreicht der vereinsmäßig organisierte Sport rund ein Drittel der deutschen Bevölkerung.

Als Multiplikator besitzt der organisierte Vereinssport somit eine gewaltige Reichweite, was auch für die strategischen Berechnungen politischer Kommunikatoren von Bedeutung ist. Gerade im Kontext rechter Diskurse ist jedoch nicht nur die strukturelle Ebene des Sports von Relevanz. Es gilt gleichermaßen, die alltagskulturellen Aspekte des Themas auf ihre Potentiale im Rahmen extrem rechter Agitations-, Propaganda- und Rekrutierungsstrategien anzusprechen.

2.1 *Fußball und die Neue Rechte*

Nicht nur der Fußball (vgl. Eisenberg 2004: 14 f.), auch die deutsche politische Rechte hat sich in den vergangenen vierzig Jahren inhaltlich modernisiert, was in unterschiedlichem Ausmaß und mit unterschiedlicher Zielrichtung für ihre gemäßigten, radikalen (vgl. Minckenberg 1998) und extremen Teile (vgl. Klärner/Kohlstruck 2006) gilt. Das aus dem Fundus der politischen Linken entlehnte Motiv der kulturellen Hegemonie findet dabei sowohl in den metapolitischen Ansätzen der intellektuellen „Neuen Rechten“ als auch – weitaus weniger raffiniert – im „Kampf um die Köpfe“ des Drei-Säulen-Konzepts der NPD unter Udo Voigt seinen Niederschlag.

Im Lager der intellektuellen Neuen Rechten steht die Normalisierung nationalistischer Diskurse im Mittelpunkt, durch die der Boden für eine fragwürdige politische Saat bereitet werden soll: Die Revitalisierung eines völkischen-kulturellen Deutschtums unter Ausklammerung der nationalsozialistischen Vergangenheit, die beschönigend als Verirrung auf dem grundsätzlich richtigen Weg der antidemokratisch-nationalen Bewegung aus der Weimarer Republik interpretiert wird. Aus dieser Perspektive erscheint es nur konsequent, die Forderung nach einem unverkrampften Patriotismus als chiffriertes Plädoyer für eine generelle Rückbesinnung der (ethnisch) Deutschen auf ihren Nationalstolz, inklusive der mehr oder weniger impliziten Forderung nach Schlussstrichen bezüglich der Verarbeitung historischer Schuldfragen zu verknüpfen. So nehmen sich auch Teile der so genannten „Neuen Rechten“ dort gezielt des Themas Sport an, wo dieser national-kulturelle Fragen berührt

und bemühen sich, diese im Sinne ethnopluralistischer² Argumentationen ethnisch-kulturell aufzuladen:

„Ausgangspunkt dieser Wirklichkeitskonstruktion ist eine in der Regel mit der ‚nationalen Frage‘ (vor 1989) verknüpfte Krisenwahrnehmung, die sich nicht mit der Diagnose von Funktionsdefiziten der (west)deutschen Demokratie aufhält, sondern diese vielmehr als Urheber einer zugespitzten Situation der Überfremdung oder ‚Umvolkung‘ der deutschen Nation und damit ihres endgültigen Souveränitätsverlustes ansieht und diffamiert“ (Minkenberg 1998:160).

Insofern sind diese Schritte Teil des größeren neurechten Projektes, durch metapolitische Strategien Einfluss auf die Entwicklung gesellschaftlicher Diskurse zu nehmen und gezielt den freiheitlich-demokratischen Konsens zur Ausgrenzung völkisch-nationalistischen Gedanken anzugreifen. Um die Ablehnung der Bevölkerung, auf die rechtes Gedankengut in der Breite stößt, abzubauen gilt es – so die taktische Linie –, Zugang zu öffentlichen Debatten zu finden und diese (mehr oder weniger heimlich) mit rechten Positionen zu unterfüttern. Eine langfristige Veränderung der politischen Machtverhältnisse soll über den Weg einer rechten Hoheit über die öffentliche Meinung erreicht werden. Wegweisend formulierte der neurechte Vordenker Karlheinz Weißmann dieses Credo im rechtskonservativen Theorieorgan *Criticón*:

„In einer pluralistischen Gesellschaft definiert sich der Einfluss einer Gruppierung nicht allein und vielleicht nicht einmal zuerst durch ihren sichtbaren Anteil an der politischen Macht. Worauf es ankommt, ist zunächst die Besetzung von Feldern im vorpolitischen Raum“. (Weißmann (1988): Zeitschrift *Junge Freiheit*. In: *Criticón*. Nr. 105. Januar/Februar 1988, S.58).

Was dies für den Sport als vorpolitisches Spielfeld der neurechten Publizistik heißt, verdeutlicht die eingangs zitierte Berichterstattung der neurechten Wochenzeitschrift „*Junge Freiheit*“. Ähnliche Tendenzen zur nationalpolitischen Aufladung des Sports finden sich auch im neurechten Nachwuchssektor. Beispielsweise, wenn sich Carlo Clemens in der neurechten Jugendzeitschrift „*Blaue Narzisse*“ (BN) des Themas „Deutschland, Fußball und EM: Das letzte nationale Aufbegehren“ annimmt: „Clemens stellt dabei die provokante Frage, ob – wenn das sportliche Messen von ‚Nationen‘ ihren Ausdruck im Wettkampf von Nationalmannschaften findet – eine um sich greifende Einbürgerung von Sportlern rein aus sportlich-wirtschaftlichem Interesse Weltmeisterschaften und Olympische Spiele nicht langfristig ad absurdum führe“ (Brodkorb 2008).

Mit anderen Worten wird die Frage aufgegriffen, inwieweit die Kommerzialisierung des Sports dessen prägende Kraft für die nationale Identitätsbildung gefährdet. Eine Argumentation, die selbstverständlich keineswegs extrem rechten Kreisen vorbehalten ist. Sie fordert jedoch implizit zur Gegenfrage heraus, warum nicht auch die sportlich-wirtschaft-

2 Ethnopluralistische Argumentationen stellen eine Abkehr vom wertenden Rassismus des klassischen Rechtsextremismus dar und gelten als zentrales ideologisches Modernisierungselement neurechter Bewegungen. Statt rassistischer Überlegenheit fordert der Ethnopluralismus die parallele Existenz verschiedener ethnischer Gruppen in getrennten Räumen, was jedoch faktisch auf die Forderung nach ethnisch „reinen“ Gesellschaften bzw. die Ausweisung „kulturfremder“ hinausläuft (vgl. Pfahl-Traughber 2006: 45). Im Intro einer CD, mit der die rechtsextreme Szene auf Schulhöfen um Szenenachwuchs wirbt, findet sich der Slogan „Wir lieben das Fremde – in der Fremde“. Das Beispiel illustriert anschaulich, wie ethnopluralistische Rhetorik in der gesamten Bandbreite des rechtsextremen Spektrum Anwendung findet (<http://www.im.nrw.de/sch/doks/vs/Schulhofaktion.pdf>).

lichen Potentiale einer Nation bzw. ihre daraus resultierende Attraktivität für ausländische Sportler Teil ihres „nationalen“ Charakters und des entsprechenden Wettstreits sein könnten. Offensichtlich kreist das neurechte Bild eines sinnvollen nationalen Selbstverständnisses bzw. der nationalen Identität der Sportler um andere Kriterien. Wie diese aussehen könnten, verdeutlicht ein weiterer Beitrag aus dem Online-Angebot der BN. Darin scheut sich Michael Schulz – im Gegensatz zu Clemens – nicht vor der Bemühung offen rechtspopulistischer Topoi und erklärt, die „Sportromantik“ des Kreisklassenfußballs sei aufgrund der angeblich mangelnden kulturellen Kompatibilität von Menschen mit Migrationshintergrund aus „Innenstadtvereinen“ gefährdet, wobei er kaum ein ausländerfeindliches Klischee auslässt:

„Vor allem wenn ausländische Innenstadtvereine aufeinandertreffen, kommt es zu Schlägereien und Handgreiflichkeiten – beispielsweise zwischen anwesenden Eltern. Falls der Gegner für die körperliche Auseinandersetzung fehlt, sind der Schiedsrichter oder die gegnerischen Spieler das Ziel von Beleidigungen und Beschimpfungen. Das Benehmen insbesondere von ausländischen ‚Fans‘ lässt nicht nur gehörig zu wünschen übrig, sondern zeigt auch die kulturellen Unterschiede. Schauen wir uns ein Nachholspiel aus der Kreisklasse an: Bereits das Eintreffen des türkischen Fanblocks macht Eindruck. Drei kopftuchtragende Frauen mit langen Mänteln (trotz 25 Grad Celsius und strahlendem Sonnenschein) gehen mit jeweils 2-3 kleinen Kindern quer über die Bahn, ohne auf die Benutzung durch trainierende Leichtathleten zu achten. Gefolgt von weiteren türkischen Zuschauern bekommt man das Gefühl, die Speerspitze des Islams trifft ein.“ (Schulz 2008).

Neben der klassischen islamophob-rechtspopulistischen Ausrichtung der hier montierten Eindrücke illustriert der zitierte Beitrag auch die neurechte Strategie, die Angst vor den angeblich notorisch aggressiven und (nicht nur sportlich) unkultivierten „Fremden“ mit der Verächtlichmachung abweichender politischer Meinungen zu kombinieren. Wenn „Deutsche“ in solchen Diskursen als Täter auftauchen, müssen es nach neurechter Logik schon „linksgerichtete“ Deutsche sein:

„Solch grob unsportliches Verhalten schürt ausländerfeindliche Ressentiments und verstärkt die Kluft zwischen Deutschen und Ausländern. Gerade beim Sport gäbe es sehr gute Möglichkeiten, mit solchen Ressentiment aufzuräumen, wenn die ausländischen Spieler sich besonders sportlich, fair und nett verhalten würden. In der Realität aber ist das Gegenteil der Fall. Ein sich selbst ‚links verortender‘ Jugendfußballspieler eines anderen Dorfvereins, gibt uns zu Protokoll, dass er am Wochenende, wenn er wieder gegen einen Stadtverein spielt, ‚Türken treten‘ geht. Und die Türken sagen sich wahrscheinlich jedes Wochenende – auf Türkisch selbstverständlich –, daß es wieder zum ‚Deutschen treten‘ geht.“ (ebd.)

Dass es abseits der Profiligen keineswegs nur „gute“ autochthone Deutsche und „böse“ von Zuwanderern dominierte „Innenstadtvereine“ und linke Rassisten gibt, zeigt ein Blick in die idyllisch verklärten ländlichen Regionen, in denen Schulz die heile Basis der deutschen Fußballwelt vermutet. Gerade dort stoßen nämlich multiethnische Mannschaften wie Türkiyemspor oder der auf jüdische Wurzeln zurückgehenden Fußballclub TUS Makkabi auf massive Vorurteile und entsprechende Diskriminierungen: „Bei Spielen im Osten, in Neuruppin, Eisenhüttenstadt oder Rathenow hatten wir das Gefühl, die Menschen würden nur ins Stadion strömen, um einmal lebende Türken zu sehen“, berichtet der Türkiyemspor Spieler Fatih Aslan von seinen Erfahrungen: „Wir kamen uns vor wie die Affen im Zoo“

(Blaschke 2008: 121). Fußballer von Türkiyemspor werden bei Auswärtsspielen zuweilen mit Fladenbrot beworfen. Beim TUS Makkabi sehen sich Spieler und Funktionäre, übrigens völlig unabhängig von ihrer tatsächlichen ethnischen oder religiösen Herkunft, immer wieder mit krudesten antisemitischen Anfeindungen konfrontiert. Unterm Strich illustriert der zitierte Artikel von Schulz eine strategische Beschwörung rechtspopulistischer Topoi, die sich als vermeintliche Auseinandersetzung mit der Rolle von Migrantenvereinen bei der Genese und Lösung von Integrationsproblemen zu tarnen sucht.

Trotz der allgemein eher mageren Erfolgsbilanz neurechter Versuche, öffentliche Diskurse nachhaltig zu beeinflussen, darf das suggestive Potential der entsprechenden Argumentationen nicht unterschätzt werden. So weisen Becker/Wagner/Christ (2007) zu Recht darauf hin, dass mit wachsendem Nationalstolz schnell die Bereitschaft zur Abwertung von Minderheiten einhergeht. In Toleranzfragen erweisen sich die dem Patriotismus zugeschriebenen positiven Effekte bei genauerer Betrachtung als trügerisch: Nicht die patriotische Identifikation mit Deutschland bewirkt eine Abnahme gesellschaftlicher Vorurteile sondern lediglich die generelle Wertschätzung demokratischer Prinzipien als Teil des patriotischen Denkens (ebd.: 146). Gerade im Kontext der Fußballweltmeisterschaft wurde deutlich, dass sich die allgemein zelebrierte Toleranz- und Weltoffenheitsrhetorik („Die Welt zu Gast bei Freunden“) faktisch nicht in einem Abbau rassistischer und nationalchauvinistischer Denkmuster niederschlagen sollte.

Die Verbreitung solcher Ansichten wiederum erlaubt es der extremen Rechten, an die breitengängigen Diskurse des Rechtspopulismus anknüpfen zu können und möglicherweise tatsächlich öffentliches Terrain zu erobern. So wäre zu untersuchen, ob der messbare Rückgang der Integrationsbereitschaft, die gewachsene „Fremden“-feindlichkeit und der verstärkte Wunsch der deutschen Mehrheitsgesellschaft nach kultureller Assimilation als Eingliederungsmodell für Zuwanderer auch als Resultat der entsprechenden öffentlichen Debatten zu bewerten sind (vgl. Zick/Küpper 2007: 162) und inwieweit sich hier neurechte Argumentations- und Interpretationsschemata durchgesetzt haben.

Allgemein ist im rechten Spektrum die Tendenz zu beobachten, auf der Suche nach Brückenköpfen in die gesellschaftliche Mitte auf scheinbar unpolitische Wege der Kontaktaufnahme zu setzen:

„Kulturarbeit ist für die rechtsextreme Szene der zentrale Hebel zur Akzeptanz für ihre Werte sowie zur Rekrutierung von Nachwuchs. Sie präsentiert sich als aktive und authentische Alternative zum bestehenden politischen wie gesellschaftlichen System“ (Borstel 2007: 202).

Bezogen auf die Zielgruppe Jugend wird hierbei vor allem auf die Wirkung der rechtsextremen Szenemusik gesetzt, die Rechtsextremismus als eine für Jugendliche attraktive, vermeintlich politikfreie Erlebniswelt präsentieren will. Dahinter steht das Kalkül, „Nationalismus [...] als spannendes Erlebnis oder gar Abenteuer zu verkaufen“, wie es der rechtsextreme Vordenker Jürgen Schwab formuliert. Auch der Sport wird im Rahmen dieser Strategie als niedrighschwelliger Zugang im Kampf um die Köpfe erkannt und instrumentalisiert.

3 Fußball und Rechtsextremismus

„Sport wird benutzt, das nennt man heute Eventkultur. Nicht nur Jugendliche, aber die besonders, haben den Drang dahin zu gehen, wo etwas los ist. Wenn man aber weiß, dass da zigtau-

send Leute hingehen, da ist das gemeinsame Fußballschauen für viele auch eine Art gesellschaftlicher Anschluss“ (Schönlebe/Leischwitz 2008: 12).

In der Tat konstituiert auch der Sport eine eigene Erlebniswelt, in der sich ein Gemeinschaft stiftendes Lebensgefühl mit einem gewissen Freizeitwert und den politischen Botschaften einer bestimmten Szene verbinden lässt (vgl. Pfeiffer 2007: 37). Innerhalb dieser Erlebniswelten werden den Anhängern attraktive Identitätsangebote gemacht, die gleichzeitig eine Abgrenzung in Form von Feindbildern ermöglichen. Gerade Mannschaftssportarten mit großer Breitenwirkung wie der Fußball bieten sich an, um die sportlichen Konzepte von Konkurrenz und Teamgeist in nationalistische, ethnopluralistische oder gar rassistische Bahnen zu lenken. Der weitverbreitete Gedanke, dass Politik und Sport ihrem Wesen nach „nichts miteinander zu tun“ hätten (vgl. Jütting/Delschen 2006: 109), dürfte den Erfolg solcher Umdeutungsversuche fördern.

Generell kommen die im Fußball miteinander verbunden Ideen und psychologischen Grundmuster einer strategischen Instrumentalisierung von rechts entgegen. Wie Chlada und Dembowski (2000: 5) feststellen, bietet der Fußballsport durch sein „starrs Regelwerk mit Befehl, Gehorsam und Bestrafung ein Präsentationsfeld für konventionelle, patriarchale Wertvorstellungen und autoritäre Charaktere. Das ihm zugrunde liegende männliche Weltbild kann autoritäre Charakterstrukturen, Nationalismus, Rassismus, Gewalt, Identitätsdenken, Chauvinismus, Sexismus verstärken.“ Insofern erscheint die These nachvollziehbar, dass Fußball und das Vereinswesen generell als „Brenngläser“ (Blaschke 2008: 101) oder „Parabolspiegel“ (Staud 2008: 1) gesellschaftliche Problemlagen gleichzeitig abbilden und bündeln bzw. besser sichtbar werden lassen. Bezüglich der dem Fußballsport innewohnenden Tendenzen betont der Philosoph und Sportsoziologe Gunther Gebauer: „Es verging keine Phase in der Geschichte, in denen Sportstätten nicht auch Schauplätze von Gewalt waren. Stadien sind Orte mit anderen Verhaltensregeln und anderen Vorstellungen. Die natürliche Gewalt auf dem Spielfeld ist eingebettet in Männlichkeitsrituale. Sportler und Fans pflegen Begriffe wie Kampf, Ehre und Treue“ (Blaschke 2008: 143).

Nach Beobachtungen des Bundesinstituts für Sportwissenschaften sind direkte rassistische und antisemitische Beschimpfungen in den Stadien zwar auf dem Rückzug. Doch nach wie vor darf Fußball primär als „Männerwelt“ gesehen werden. Homosexualität ist tabuisiert und sexistische bzw. homophobe Fangesänge und Beschimpfungen werden auch auf den Rängen stärker akzeptiert als beispielsweise rassistische oder antisemitische Kommentare. Auch Teile extrem rechter Ideologien beinhalten einen gewissen Männlichkeitskult (vgl. Geden 2006: 299 f.), der sich in der gewalttätigen Seite der Fußballkultur Bahn brechen kann (vgl. Meuser 2008). Ähnliches gilt für die Kompatibilität von Ideen wie Mannschaftsgeist und rechtem Kameradschafts-, Homogenitäts- und Gemeinschaftsdenken sowie für die (auch) dem Fußball zugrundeliegende Dichotomien von Sieg und Niederlage, Freund und Gegner, die rechtes Denken spätestens seit den Schriften Carl Schmitts prägen. Die von Ferdinand Tönnies geprägte Unterscheidung von innerlich verbundener „Gemeinschaft“ und dem eher abstrakten Zweckverband der „Gesellschaft“ erfährt im rechten Denken ihre kulturkritische Zuspitzung auf die Ablehnung einer durch formale Gleichheit fragmentierten Gesellschaft und der nationalen Gemeinschaft als sozialem Rückzugsraum. (vgl. Schäfer/Roose 2008).

Generell steht – sobald über das Verhältnis von Fußball und Rechtsextremismus berichtet wird – ausschließlich das Problem der Gewaltkriminalität im Mittelpunkt. Trotz teilweise ähnlicher Ursachen gilt es allerdings im Auge zu behalten, dass die Gewaltprob-

ematik im Fußball keineswegs mit Rassismus, Antisemitismus und anderen Aspekten des politischen Rechtsextremismus in und vor den Stadien identisch ist (vgl. Gabriel/Wagner 2008). Die propagandistischen Aktivitäten der extrem rechten Szene rücken verhältnismäßig selten ins Licht der öffentlichen Aufmerksamkeit – allzu oft nur im Zusammenhang mit Gewaltexzessen. Doch auch jenseits der Gewaltproblematik ist zum einen die Präsenz rechtsextremer Parolen und Symbolik in den Stadien zu thematisieren, zum anderen gilt es, die Aktivitäten rechtsextremer Gruppierungen in Vereinsstrukturen und auf den Plätzen in den Blick zu nehmen. Während sich für ersteres nach wie vor auch in den Profiligen Beispiele finden lassen, liegt bei zweiterem der Problemschwerpunkt stärker auf den Amateurligen – speziell im Osten der Republik.

4 Rechtsextreme auf den Rängen

Trotz der Tatsache, dass rechtsextremistische Einstellungen innerhalb der Bevölkerung durchaus verbreitet sind, gelingt es den Anhängern dieser Ideologie nur in sehr engen Spielräumen, dieses Potential in politischen Einfluss umzumünzen. Das dürfte nicht zuletzt an der kritischen medialen Begleitung liegen, mit der die Öffentlichkeit rechtsextremen Beeinflussungsversuchen begegnet. Das inhaltlich ohnehin schwachbrüstige Angebot der extremen Rechten findet abseits kleiner Kreise kaum statt. Um überhaupt wahrgenommen zu werden, lassen die Spielregeln der Mediendemokratie Rechtsextremisten lediglich eine strategische Option: Provokation³. Es ist kein Zufall, dass sich Götz Kubitschek als Mannschaftskapitän des offensiver agierenden Flügels der Neuen Rechten diese Strategie zum Thema und Leitmotiv erkoren hat. Kubitschek formuliert seine Konzepte zum metapolitischen Konter so: „Wahrgenommen wird das Unerwartete, wahrgenommen wird der gezielte Regelverstoß, wahrgenommen, zwingend wahrgenommen wird die bewußte oder unbewußte Verletzung des Regelwerks der Harmlosigkeit, das die derzeitige deutsche, nur scheinbar nach allen Seiten offene Herrschaftsstruktur absichert und abwehrt.“ (Kubitschek 2007: 24). Mit der „Konservativ Subversiven Aktion“ (KSA) hat Kubitschek in neurechten Kreisen den Nukleus einer elitären Sponti-Bewegung von rechts geschaffen, die mit den Methoden der 68-er gegen deren vermeintliche Erben rebellierte. Die von ihm als Öffentlichkeitsstrategie propagierte Provokation findet sich in vulgarisierter Form auch an den Schnittstellen von Fußball und rechtsextremer Szene wieder. Auf den Rängen und auf dem Platz ist Provokation ein fester Bestandteil des Spiels. Sie dient – analog zur KSA – gleichzeitig der Verunsicherung des Gegners und der Vergewisserung des eignen Selbst.

So wie das rechtsextreme Demonstrationsverhalten – im NPD-Jargon als „Kampf um die Straße“ etikettiert – dazu dienen soll, die Aktivitäten der Szene in der öffentlichen Wahrnehmung zu verankern, dienen auch die Fußballstadien der Republik als Bühnen zur Selbstinszenierung unter medialer Beobachtung. Da eine zunehmende Verdrängung der entsprechenden Phänomene aus den gut überwachten Stadien der oberen Ligen in die unteren Klassen stattfindet, stammen die augenfälligsten Beispiele auch aus diesen Spielklassen. So formierten sich im Februar 2006 bei einem Spiel der A-Jugend Mannschaften von Lokomotive Leipzig und Sachsen Leipzig Anhänger der rechtsextremen Szene in Form eines Hakenkreuzes auf der Tribüne. Das Beispiel sorgte für Schlagzeilen und bescherte den rechtsextremen Aktivisten überregionale Publizität. In ähnlicher Art und Weise wird

3 vgl. hierzu den Beitrag von Helmut Kellersohn im vorliegenden Band.

versucht, durch Fahnen und Transparente mit rechtsextremen Botschaften, über die Grenzen der eigentlichen Sportberichterstattung hinaus Bilder zu prägen und Botschaften zu platzieren. Im April 2006 schwenkten beispielsweise Fans des Chemnitzer FC bei einem Regionalligamatch gegen den FC St. Pauli rote Fahnen mit weißen Kreisen, in denen lediglich das (verbotene) Hakenkreuz ausgespart war (vgl. Dembowski 2007).

Auf individueller Ebene wird die gemeinsame politische Orientierung durch ein komplexes System von Symbolen und Zahlencodes zur Schau gestellt. Sie dienen als gemeinschaftsstiftende Elemente, die es den rechtsextremen Anhängern ermöglichen, sich in den Stadien zu erkennen, zu sammeln und den Fußball gemeinsam in ihre politische Erlebniswelt zu integrieren. Die hierbei zur Anwendung kommenden Szenekennzeichen sind mittlerweile vielfältig und teilweise komplex: Der klassische rechte „Bomberjacken und Springerstiefel-Skinhead“ ist auch in den Fanblocks zu einem eher randständigen Phänomen mutiert.

Neue Zeichen beherrschen das Bild: Tätowierungen und Kleidung mit Ziffern wie 18 und 88 stehen beispielsweise für die entsprechenden Buchstaben des Alphabets – also das „A“ bzw. das „H“ – und signalisieren eine Identifikation mit Adolf Hitler oder dem nationalsozialistischen Gruß „Heil Hitler“. Die Kennziffer „28“ stellt eine Kodierung der Initialen „BH“ dar, hinter denen sich das verbotene Neonazinetzwerk Blood & Honour verbirgt. Aber auch szenetypische Symbole, die oft verfremdete NS-Symbolik beinhalten oder der germanischen Mythologie entliehen sind, und Marken wie Thor Steinar fungieren Szenenanhängern als Erkennungszeichen und Identitätsanker. Die jeweiligen Kodierungen sind dabei – nicht zuletzt zur Vermeidung staatlicher und zivilgesellschaftlicher Repression – einem beständigen Wandel unterworfen: „Stadien und ihr Umfeld werden so zu Präsentationen eines sich permanent modernisierenden rechtsgerichteten Patchwork-Lifestyles genutzt“ (Dembowski 2007: 217).

5 Rechtsextreme auf dem Platz

Die Erkenntnis, dass Rechtsextremisten sich über Vereinsaktivitäten im zivilgesellschaftlichen Raum festzusetzen suchen, ist keineswegs neu. Das Vorgehen charakterisiert Günther Hoffmann vom Berliner Zentrum Demokratische Kultur als Teilaspekt eines strategischen Gesamtvorgehens, das sich als taktisches Pendeln „zwischen Militanz und Bürgerlichkeit“ (vgl. Klärner 2008) bezeichnen lässt:

„Tatsächlich ist das eine größere Strategie. Den Rechtsextremen geht es darum, auch im Bürgerum ernst genommen, akzeptiert zu werden. Zum Auftreten gehört, dass sie öffentlich nicht mehr gewalttätig agieren, sondern vielmehr durch Gespräche und Argumente. In Vereinen, Verbänden und Versammlungen verbreiten sie langsam ihre Ideologie. Sie sind im Handwerksverband, in Feuerwehren oder im Fußball“ (Laberenz 2007).

An diesen Versuchen beteiligen sich nicht nur Aktivisten der NPD, sondern auch Rechtsextreme aus dem Spektrum der so genannten „freien Kräfte“, die sich einer parteilichen Bindung entziehen: „In den unteren Ligen sind sie als Zuschauer präsent. Aus dem brandenburgischen Rathenow zum Beispiel ist bekannt, dass es dort immer wieder Versuche gab, eigene Mannschaften in Ligen unterzubringen. Es gibt Fußballvereine, in denen Einzelpersonen aktiv sind – mit gut organisierten Fans im Hintergrund. Hier finden sich in jedem

Fußballstadion Einzelne, bis hin zu gut organisierten Grüppchen, die Nachwuchs organisieren, die agitieren. Sie sind auch immer weniger erkennbar – die gestiefelten Glatzen spielen seit etlichen Jahren überhaupt keine Rolle mehr.“ (ebd.)

Was die Graswurzelstrategie auf dem Fußballrasen der NPD angeht, machte vor allem das Beispiel des SV Germania Hildburghausen Schlagzeilen. Der Verein wurde im Sommer 2007 vom NPD-Kreisvorsitzenden Tommy Frenck und einigen Gesinnungsgenossen gegründet (vgl. Meyer 2008). Zwischenzeitlich hat der Verein angekündigt, sich um die Aufnahme im Landessportbund Thüringen zu bemühen, und plant nach eigenen Angaben, sein Angebot um Handball und Volleyball zu erweitern. Im Vorfeld der Vereinsgründung war Frenck bereits durch seinen Versuch aufgefallen, die freiwillige Feuerwehr seines Heimatortes zu unterwandern.

Das Beispiel Hildburghausen illustriert, dass vor allem Vereine der unteren Ligen ins Visier der rechtsextremistischen Bestrebungen gerückt sind. Klaus Beier, seines Zeichens NPD-Landesvorsitzender und Bundessprecher der Partei, kommentierte diese Strategie wie folgt:

„Für uns ist die Zweite Liga interessant, vor allem aber die Regional- und Oberligen, was unsere nationalen Botschaften angeht. Die Bundesliga selbst ist schon so kommerziell, und die meisten Besucher dort sind politisch völlig abgestumpft; das sind doch nur Brot und Spiele. Für die unteren Ligen könnten wir aber ein spezielles Flugblatt entwickeln. Wenn wir wieder Geld in den Kassen haben, könnten wir auch mit einer Stadion-CD nach außen gehen. Aber unsere finanzielle Lage ist ja gerade etwas prekär, das ist ja kein Geheimnis. Auch Aufkleber ‚Ein Herz für Deutschland‘ sind eine Option. All diese Dinge können wir hoffentlich 2007 umsetzen, auch wenn sie nicht ganz oben auf der Agenda stehen“ (Sundermeyer 2007).

In seinen Ausführungen unterstreicht Beier nicht nur die ideologische Nähe der heutigen NPD zum Körperkult der NS-Zeit, sondern streift auch die Bemühungen der rechtsextremen Partei, mit weiteren Sportofferten andere Zielgruppen anzusprechen:

„Ja. Der Fußball wird in der Szene immer benutzt. Fußball verbindet. Fußball ist gesund und bringt Körper und Geist in Einklang, das haben wir andauernd propagiert. Aber es war nicht nur Fußball. Auch Kampfsport oder Wandern haben wir als Freizeitaktivitäten angeboten“ (ebd.).

Kernzielgruppe sind aber auch hier eindeutig die politisch noch nicht gefestigten Jugendlichen, die in besonderem Maße unter den fehlenden alternativen Freizeitangeboten leiden und entsprechend offener für die rechtsextremen Lockvogelangebote sein dürften. In einem Interview führte der aus der Szene ausgestiegene NPD-Aktivist Gabriel Landgraf aus, wie der Fußball für ihn und andere zum Einstieg ins rechtsextreme Milieu wurde:

„Wir hatten einen Bolzplatz, auf dem wir wöchentlich zum Kicken einluden. Wenn da einer war, aus dem man was machen konnte, hat man ihn zum Fußball eingeladen, danach wurde noch gegrillt und Bier getrunken. So werden die 15-, 16-Jährigen geködert und rekrutiert. Zum Fußball haben wir speziell die Jugendlichen eingeladen, die noch nicht so gefestigt waren. Danach wurde aussortiert, mit wem kann man was anfangen, mit wem nicht. Beim nächsten Mal hat man den Nachwuchs dann zum Spiel ins Stadion mitgenommen oder zu einer Demo. So funktioniert das heute noch“ (Dobbert/Labrenz 2007).

Dort wo die rechtsextreme Szene organisatorisch besonders gut aufgestellt ist, veranstaltet sie sogar eigene „nationale Fußballturniere“. Solche Veranstaltungen fanden in den vergangenen Jahren beispielsweise in Brandenburg oder im mecklenburg-vorpommerischen Ueckeründe statt, wo 2004 insgesamt 17 Teams vor 200 Zuschauern gegeneinander antraten. Fürs Siegerfoto posierte die Gewinnermannschaft mit T-Shirts der Anti-Wehrmachtsausstellung und dem Slogan „Opa war in Ordnung“⁴.

Auch im „Kampf um die Bolzplätze“ schlagen sich flankierende Modernisierungspänomene des zeitgenössischen Rechtsextremismus nieder. So haben sich Teile der rechten Szene massiv globalisierungskritische und antikapitalistische Positionen zu Eigen gemacht, die sich im Fußballumfeld an Diskussionen um die Kommerzialisierung des Sports und ihre Folgen für Fans und Vereine andocken lassen.

Sportvereine lassen sich – wie Vereine generell – als Organisationen des sogenannten Dritten-Sektors verstehen, was bedeutet, dass sie sich zwar im Austausch mit – aber nach anderen Eigengesetzlichkeiten als – Markt und Staat entwickeln. Die Ökonomisierung und Professionalisierung des Vereinsfußballs stößt deshalb gerade bei denjenigen Anhängern auf besonderen Widerstand, die sich am stärksten mit ihren Clubs als Sozialgemeinschaften identifizieren (vgl. Pilz u. a. 2006: 14 f.). Eine Dychotomie, die in der Unterscheidung zwischen Kommerzfußball und Gefühlsfußball (Ballensiefen/Nieland 2008: 238) fortlebt und vor allem in der so genannten Ultraszene dankbar aufgenommen wird. Diese grenzt sich bewusst von Medien, Polizei, der FIFA und dem DFB ab, wobei die beiden Letzteren als Katalysatoren der verhassten Ökonomisierung des Fußballsports gesehen werden. Doch auch abseits der Ultraszene kann der Sportverein zum Identitätsanker gegen die Unübersichtlichkeit der gesellschaftlichen Gegenwart und ihrer Bedrohungspotentiale werden.

So kommt die tendenziell modernisierungsresistente Struktur gerade kleinerer Sportvereine der dem rechtsradikalen Denken eigenen Modernisierungsskepsis sehr entgegen: „Die in der Öffentlichkeit gerne (teils seit Jahrzehnten) thematisierten Probleme (z.B. Individualisierung, Rückgang der Ehrenamtlichkeit, Wandel zum Dienstleistungsverein, Wunsch nach Professionalisierung, Wertewandel) bilden sich in den empirischen Studien zu den Sportvereinen nicht ab. So kann auf empirischer Grundlage vermutet werden, dass die Handlungslogik des wechselseitigen und zielgerichteten Nutzens, der für Dritter Sektor-Organisationen typisch ist, in den Sportvereinen als freiwillige Vereinigungen fest verankert sind“.

Mit anderen Worten bietet sich der vereinsmäßig organisierte Fußball vor allem als Konzept zur Produktion lokaler verwurzelter nationaler Identität in einer globalisierten Welt, an. Insofern bettet sich auch die Kritik an der Globalisierung des Fußballs nahtlos in die generell zu beobachtenden Versuche der extremen Rechten ein, auf den populären Zug der Globalisierungskritik aufzuspringen und diesen im Sinne der eigenen politischen Agenda umzuleiten. Der Wunsch nach kollektiver Identität fängt die verbreiteten Ängste vor einer als Vereinzelung verstandenen Moderne, der das Individuum quasi hilflos ausgeliefert ist, ein. Überdies bietet sich die Schablone der Globalisierungskritik auch zur Aktivierung antisemitischer Affekte gegen das vermeintlich jüdisch-dominierte Kapital an. Bereits seit Anfang der 80er Jahre beobachten Szenekenner einen Anstieg des Antisemitismus auf den Fußballplätzen der Nation, wo – wieder vor allem abseits der – Profiligen regelmäßig in Fangesängen „U-Bahnen nach Auschwitz“ gebaut werden und Schiedsrichter als angeblich käufliche „Juden“ angefeindet werden. Im September 2006 brachen die Spieler des TUS

4 <http://www.netz-gegen-nazis.com/lexikontext/Neonazis-im-Sport>, eingesehen am 22.2.2009)

Makkabi eine Partie gegen die VSG Altglienecke in der 76. Minute ab, nachdem der Schiedsrichter massive antisemitische Parolen („Vergast die Juden“) aus dem Publikum hartnäckig ignoriert hatte. Als der so angefeindete Verein die Vorgänge öffentlich machte, wurde ihm vorgeworfen, lediglich auf eine „nationale und internationale Medienkampagne“ (Blaschke 2008: 125) zur Selbstdarstellung aus zu sein.

Gerade in Berlin haben antisemitische und rechtsextreme Provokationen im Fußball traurige Tradition: Noch in den neunziger Jahren agierten im Umfeld von Hertha BSC Fanclubs wie „Wannseefront“, „Endsieg“ und – besonders drastisch – „Zyklon B“, so benannt nach dem zur industriellen Massenvernichtung der Juden verwendeten Gas (vgl. Engel 2005, vgl. Blaschke 2008: 134 f.).

6 Gegenmaßnahmen und fehlende Ansätze

Spätestens seit der Vorbereitung auf die Fußball WM 2006 ist auch das Problemfeld von Gewalt und Extremismus im Fußball verstärkt in den Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit gerückt, nicht zuletzt da man um das gute internationale Renommee der Bundesrepublik bemüht war. Dementsprechend brachte man auch im Umfeld des Profifußballs weitere Maßnahmen auf den Weg, um gewalttätige und rechtsextreme Exzesse, die das Image des Sports und der Vereine nachhaltig schädigen könnten zu vermeiden.

Der von Politik und Sportfunktionären lange unterschätzten Fanarbeit kommt dabei eine tragende Rolle zu. Erste Schritte auf diesem Weg wurden Anfang der 1990er Jahre gemacht – damals als Reaktion auf die eskalierende Gewaltproblematik in den deutschen Stadien, die 1991 beispielsweise im Abbruch des Europapokalspiels zwischen Dresden und Roter Stern Belgrad gipfelte (vgl. Blaschke 2008: 55).

Unter dem Druck der sich zuspitzenden Entwicklung einigten sich der Deutsche Fußballbund, der Deutsche Sportbund, der Deutsche Städtetag, die Konferenzen der Innen-, Jugend-, Sportminister der Länder sowie die Bundesministerien des Innern und das damalige Bundesministerium für Frauen und Jugend auf ein gemeinsames Paket von Regelungen, die im Nationalen Konzept Sport und Sicherheit (NKSS) zusammengefasst wurden. Darin wurden Fragen zur Ausgestaltung der Stadionordnungen, der Stadionsicherheit und der Ordnerdienste ebenso geklärt, wie der Umgang mit Stadionverboten und die Koordination der beteiligten Stellen. Von besonderer Relevanz waren jedoch die im NKSS festgehaltenen Vorgaben zur weiteren Ausgestaltung der Fanarbeit, aus denen 1993 die Koordinierungsstelle Fanprojekte (KOS) hervorging.

Diese in Frankfurt ansässige Einrichtung widmet sich der Koordinierung und Bewertung der Fanprojektarbeit in Deutschland und liefert darüber hinaus Beratungsdienstleistungen für Ansprechpartner aus allen gesellschaftlichen Bereichen. Insgesamt drei Mitarbeiter betreuen ein Netzwerk von Fanprojekten, das von ursprünglich zwölf auf mittlerweile 44 Initiativen angewachsen ist. Die entsprechenden Projekte erfuhren in der Vergangenheit allerdings unterschiedlich starke politische Unterstützung. So verweigerten sich insbesondere die Bundesländer Sachsen und Baden-Württemberg lange, die im NKSS vereinbarte Drittelfinanzierung zwischen Land, Kommune und dem Deutschen Fußball Bund (DFB) bzw. der Deutschen Fußball Liga (DFL) mitzutragen. Das Finanzierungsmodell sieht vor, dass die beiden Fußballverbände jedem Projekt jährlich 60.000 Euro zur Verfügung stellen, sofern die öffentliche Hand die restlichen zwei Drittel zuschießt. Derzeit beteiligen sich die

Kommunen mit 2,2 Millionen Euro, die Länder stellen jedoch insgesamt nur 1,4 Millionen zur Verfügung, weshalb die seitens von DFB/DFL gesetzte Fördergrenze auch 2008 nicht ausgeschöpft werden konnte.

2008 erklärte sich die sächsische Landesregierung nach langem Zögern bereit, ihren Anteil in der vorgesehenen Form beizutragen, wodurch die Fanprojekte in Dresden, Aue, Chemnitz, Leipzig und Zwickau nun auch in die Lage versetzt wurden, die zuvor rein ehrenamtlich geleistete sozialpädagogische Arbeit auch finanziell zu honorieren. An den deutschlandweit 40 Projektstandorten (in Berlin, Hamburg, Leipzig und München existieren zwei Fanprojekte) sind derzeit etwas mehr als 80 Personalstellen eingerichtet, wobei sich durchschnittlich 1,5 Mitarbeiter eine Stelle teilen. Diese werden durch zahlreiche ehrenamtliche Mitarbeiter, Praktikanten und Honorarkräfte unterstützt. Damit bleibt die personelle Ausstattung der Fanprojekte nach wie vor deutlich hinter den Vorgaben des NKSS zurück, in dem für jede Maßnahme drei Vollzeitstellen vorgesehen waren. Anfang 2009 bewegte sich schließlich auch Baden-Württemberg in der Finanzierungsfrage und signalisierte Bereitschaft, das NKSS-Modell künftig mitzutragen, um die bis dahin von den kommunalen Mehrleistungen abhängigen Fanprojekte in Mannheim und Karlsruhe zu sichern (vgl. KOS 2009). Inklusiv der zusätzlich zur Drittelfinanzierung eingeworbenen Sondermittel von 163.000 Euro stehen den Fanprojekten insgesamt 5,5 Millionen Euro zur Verfügung. Um die Höchstfördersumme der Sportverbände auszuschöpfen und alle Fanprojekte optimal auszustatten, wären weitere 2,8 Millionen Euro aufzubringen (KOS 2008: 52 f.).

Eng mit der Arbeit der Fanprojekte vernetzt sind zahlreiche politische, verbandliche und zivilgesellschaftliche Initiativen, die sich des Themas Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt im Fußball annehmen. Hier ist insbesondere das 2007 gestartete Projekt „Am Ball bleiben – aktiv gegen Rassismus und Diskriminierung“ zu nennen, das eine gemeinsame Initiative des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSJ) und des DFB darstellt. Hauptanliegen des auf drei Jahre angelegten Projektes ist es, die vielfältigen Präventions- und Informationsmaßnahmen, die sich mit Rassismus, Rechtsextremismus und Diskriminierung im Fußballumfeld befassen, zu dokumentieren und hierdurch dem gesamten Thema zu größerer öffentlicher Aufmerksamkeit zu verhelfen. Zudem sollen lokale Netzwerke innerhalb und außerhalb des Fußballs aktiviert und gefördert werden, die sich aktiv gegen die rechtsextreme Ideologien und andere Diskriminierungsformen wenden (vgl. ebd.: 54).

Gemeinsam mit der KOS und dem von der Bundesregierung gegründeten „Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt“ organisierte „Am Ball Bleiben“ im November 2007 einen bundesweiten Kongress zum Thema „Verein stark machen – Was tun gegen Rassismus und Diskriminierung im Fußballverein“. Hier tauschten sich die Organisatoren mit engagierten Fans, Betreuern, Trainern, Schiedsrichtern, Vereins- und Verbandsfunktionären über die besten Ansätze aus, wie die entsprechenden Probleme auch auf Ebene der Amateurvereine angegangen werden können. Die erarbeiteten Ergebnisse finden sich komprimiert in einer Broschüre („11 Fragen nach 90 Minuten“), die an dieser Stelle stellvertretend für zahlreiche Publikationen anderer Initiativen und Organisationen⁵ angesprochen werden soll, die zwischenzeitlich zum Thema erschienen sind und sich als Hilfestellung für die Praxis vor Ort verstehen (vgl. Bündnis für Demokratie und Toleranz 2008).

5 In ähnlicher Form haben sich beispielsweise auch Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung Mecklenburg-Vorpommern (LfK) (2007) oder der Landessportbund Thüringen e.V. (2008) der Schwierigkeiten der Vereine angenommen und entsprechende Ratgeber bzw. praxisorientierte Handlungsleitfäden veröffentlicht.

Darin werden zunächst grundsätzliche Fragen angesprochen, wie auch kleinere Vereine effizient und gut vernetzt gegen rassistische, antisemitische und sonstige rechtsextreme Tendenzen im sportlichen Umfeld vorgehen können. Hieran knüpfen Informationen zu Kennzeichen der rechtsextremen Szene und zum richtigen Umgang mit ihren Anhängern bei Veranstaltungen und sportlichen Ereignissen an. In diesem Zusammenhang wird auch auf Möglichkeiten verwiesen, Vereine für Migranten attraktiv zu machen, um dadurch gezielt der Verbreitung rassistischer bzw. interkultureller Vorurteile entgegenzuwirken. Überdies greift die Publikation auch die Frage auf, wie Vereine allgemein mit der Gewaltproblematik im Sport umgehen können und stellt praktische Handlungsoptionen für Trainer, Schiedsrichter und Fans vor, die sich gegen Gewalt und Menschenfeindlichkeit im Fußball engagieren wollen. Abschließend werden konkrete Vorschläge, wie Satzungsklauseln, Stadienordnungen und Ausschlussklauseln gestaltet werden können, um Rassisten und Rechtsextremen frühzeitig die rote Karte zu zeigen, dargestellt.

Hierzu ist speziell innerhalb der kleineren Vereine ein Umdenken notwendig, das sich auch beim DFB erst unter seinem derzeitigen Präsidenten Theo Zwanziger⁶ (vgl. Blaschke 2008: 103 f.) vollzogen hat und auch in den regionalen Fußballverbänden zu wirken beginnt, die in unterschiedlichem Ausmaß mit den entsprechenden Phänomenen zu kämpfen haben. Analog zur Politik sind auch bei Vereinen und Verbänden Tendenzen zu beobachten, eventuell vorhandene Probleme mit Rassismus und Rechtsextremismus eher totzuschweigen, um nicht stigmatisiert zu werden. Eben dieses Totschweigen ist jedoch als das größtmögliche Foul zu betrachten. Genau wie bei Landes- und Kommunalpolitikern sind auch im Fußball zunächst Ehrlichkeit und Aufmerksamkeit gefordert, um rechtsextremistischen Ideologieelementen erfolgreich begegnen zu können. Gefordert ist die gelebte Zivilcourage der Fans, der Vereinsvorstände und Funktionäre – vom Zeugwart bis zum Stadionsprecher.

Um diese öffentliche Aufmerksamkeit herzustellen und der Tolerierung rechtsextremen Denkens in und vor den Stadien entgegenzuwirken, ist dabei speziell das öffentliche Engagement prominenter Spieler und Trainer hilfreich. Wichtige Beiträge aus dem Bereich des Profifußballs leisten beispielsweise Spieler wie Gerald Asamoah, der nach eigenem Bekunden erwägt, sich nach dem Ende seiner Sportkarriere dem Kampf gegen Rechtsradikalismus widmen zu wollen⁷, oder Thomas Hitzlsperger, der auf der Internetplattform „Störungsmelder“ gegen rechtsextreme Umtriebe im Fußball Stellung bezieht. Gerade die Vorbildfunktion von Sportlerinnen und Sportlern kann helfen, junge Menschen gegen den Missbrauch des Sports als Transportvehikel rechtsextremer Scheinargumente zu immunisieren.

6 So ist der DFB beispielsweise Mitinitiator der 2008 gestarteten Projektes Netz-gegen-Nazis (www.netz-gegen-nazis.de), das die Amadeu-Antonio Stiftung gemeinsam mit der Wochenzeitung die ZEIT, dem Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB), der Deutschen Bundesliga und dem Deutschen Feuerwehrverband ins Leben gerufen hat. Gemeinsam mit Medienpartnern wie dem ZDF oder dem Internetportal „Mut gegen rechte Gewalt“ soll hier über Formen extrem rechten Denkens aufgeklärt und Gegenstrategien gefunden bzw. entsprechende Initiativen gefördert werden.

7 Vgl.: <http://archiv.mut-gegen-rechte-gewalt.de/artikel.php?id=87&kat=87&artikelid=2435>; eingesehen am 5.3.2009.

7 Fazit: Nach rechts die Räume eng machen!

Sicherlich kann der Kampf gegen Rechtsextremismus im Fußball auf eine Reihe von Erfolgen zurückblicken: Im Bereich des Spitzenfußballs haben rassistische und rechtsextreme Verhaltensweisen auf den Rängen in den vergangenen Jahren generell nachgelassen, wenngleich sie keineswegs verschwunden sind. Überdies wäre es falsch, Veränderungen im Zuschauerverhalten mit dem Verschwinden der entsprechenden Meinungen in den Köpfen des Publikums gleichzusetzen. Als Ursachen für den Rückgang offener Zurschaustellungen von Rassismus und Rechtsextremismus im Profifußball werden neben den Gegenstrategien von Verbänden und Politik immer wieder auf die positiven Selbstregulierungsbestrebungen innerhalb der Fanszene verwiesen. Doch auch zunehmende Präsenz von Spielern mit Migrationshintergrund in den Vereinen und Mannschaften sowie die zunehmende Eventisierung des Sports werden als Ursachen hinter dieser Entwicklung identifiziert. So wird angenommen, dass sich mit der wachsenden medialen Vermarktung des Sports auch das fußballinteressierte Publikum in die Mittelschichten hinein verbreitert habe, woraus insgesamt eine Tendenz zur „Verbürgerlichung“ der Fußballkultur abgeleitet wird (Pilz u. a. 2006: 23). Gerade dort, wo diese Entwicklungen nicht greifen, bleibt ein gefährliches Vakuum, das ideologische Spielräume für rechtsextreme Instrumentalisierungsstrategien lässt. Insofern verlangt die räumliche Verlagerung rechtsextremistischer Selbstdarstellungen aus den Stadien ins Vorfeld (ebd.: 342) und die unteren Spielklassen nach weiteren Schritten. Beim DFB und den politischen Akteuren hat angesichts solcher Entwicklungen in den vergangenen Jahren ein Umdenken eingesetzt. Erkannt wurde, dass die Vereine auch dort, wo Geld und Strukturen für Fanarbeit fehlen, Hilfestellungen brauchen, um sich gegen rechtsextreme Unterwanderungs- und Profilierungsversuche zur Wehr zu setzen.

Tatsache ist: Als national beliebter Breitensport bietet der Fußball zahlreiche Ansatzpunkte für rechtsradikale und rechtsextreme Ideologien: Neben einer starken emotionalen Aufladung verbindet er die Idee des Wettkampfs mit nationalistisch interpretierbaren Identitäts- und Abgrenzungsangeboten.

Gemeinschaft und Zugehörigkeit sind urmenschliche Bedürfnisse. Dass sie der Breitensport – speziell der Fußball – weltweit und mit großem Erfolg vermitteln, macht diesen so wichtig. Dies darf allerdings nicht um den Preis geschehen, dass Integrationskraft als Gegenidentität zum vermeintlich „Fremden“ instrumentalisiert wird. Eben dies betreiben die neurechten Segmente der extremen Rechten, indem sie aktiv auf eine (Re-)Nationalisierung sportlicher Großereignisse hinzuwirken suchen und auch den Fußball zur publizistischen Mobilisierung rechtspopulistischer Abwehrreflexe gegen Andersdenkende und Zuwanderer nutzen. Der politische Rechtsextremismus geht hingegen noch einen Schritt weiter und versucht, die Sportplätze der Republik als Bühnen und Sammelpunkte zu nutzen. So hat die NPD längst erkannt, dass sich ihr Slogan „Sozial geht nur national“ schnell in „Fair Play – nur für Deutsche“ ummünzen lässt. Gerade in den unteren Ligen Ostdeutschlands finden sich zahlreiche Beispiele, die für die Existenz eines strategischen „Kampf um die Bolzplätze“ sprechen.

Um diese Manöver zu stören, gilt es, die Stärken von Sport und Vereinsleben zu wahren und zu fördern und ihnen die Augen für die Gefahren zu öffnen, die mit solchen Versuchen einhergehen. Vereine, Verbände und Fans müssen für die Gefahren hinter dieser Strategie sensibilisiert werden. Wie im Umgang mit dem Thema Rechtsextremismus allgemein, ist vorschneller Alarmismus jedoch unangebracht: Provokative Strategien können nur wir-

ken, wenn sie – frei nach Bruno Labbadia – entsprechend „hochsterilisiert“ werden. Wenn es gelingt, die Räume eng zu halten, wird die extreme Rechte das Spiel nicht machen können.

Literatur

- Ballensiefen, Moritz/Nieland, Jörg-Uwe (2008): „Wir sind mitreißend“ – Von der Schwierigkeit, Vergemeinschaftung zu fixieren, in: Klein, Gabriele/Meuser, Michael (Hg.): Fußball-Gemeinden. Zur politischen Soziologie eines populären Sports. Bielefeld: 227-250.
- Becker, Julia/Wagner, Ulrich/Christ, Oliver (2007): Nationalismus und Patriotismus als Ursache von Fremdenfeindlichkeit. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): Deutsche Zustände, Folge 5, Frankfurt: 131-149.
- Blaschke, Ronny (2008): Im Schatten des Spiels. Rassismus und Randalen im Fußball. Göttingen.
- Borstel, Dierck (2007): Heimat und Zukunft in Ueckermünde. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): Deutsche Zustände, Folge 5, Frankfurt: 197-206.
- Braun, Stephan/Geisler, Alexander/Gerster, Martin (2007): Die „Junge Freiheit“ der „Neuen Rechten“. Bundes- und landespolitische Perspektiven zur „Jungen Freiheit“ und den Medien der „Neuen Rechten“. In: Braun, Stephan/Vogt, Ute (Hg.): Die Wochenzeitung „Junge Freiheit“. Kritische Analysen zu Programmatik, Inhalten, Autoren und Kunden. Wiesbaden: 15-42.
- Brodkorb, Matthias (2008): Publizistischer Bandscheibenvorfall: Die „Blaue Narzisse“ verhebt sich an der Postmoderne. http://www.endstation-rechts.de/index.php?option=com_content&view=article&id=1937:publizistischer-bandscheibenvorfall-die-blaue-narzisseq-verhebt-sich-an-der-postmoderne&catid=158:blaue-narzisse&Itemid=362, eingesehen am 5.3.2009.
- Bündnis für Demokratie und Toleranz (2008): 11 Fragen nach 90 Minuten. Was tun gegen Rassismus und Diskriminierung im Fußball? Frankfurt am Main.
- Chlada, Marvin/Dembowski, Gerd (2000): Und täglich drückt der Fußballschuh. <http://www.eurozine.com/articles/2000-01-08-chlada-de.html>, eingesehen am: 1.3.2009.
- Clemens, Carlo (2008): Fußball in der Kreisklasse. 2:0 für die Unsportlichkeit. http://www.blaunenarzisse.de/v2/index.php?option=com_content&task=view&id=438&Itemid=34 (eingesehen am 1.3.2009).
- Dembowski, Gerd: Rassismus – Brennglas Fußball. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.) (2007): Deutsche Zustände. Folge 5. Frankfurt am Main.; 217-225.
- Dobbert, Steffen/Laberenz, Lennart: (2007): „Der Fußball wird benutzt“ in: RUND-Magazin (1.3.2007). (<http://www.rund-magazin.de/cmsms/index.php?mact=News,cntnt01,print,0&cntnt01articleid=50&cntnt01showtemplate=false&cntnt01returnid=23>), abgerufen am 8.4.2009.
- Eisenberg, Christiane (2004): Fußball als globales Phänomen. Historische Perspektiven. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 26: 7-15.
- Engel, Björn (2005) Eine bunte Mischung Fußballspieler. Berliner Morgenpost. 7.7.2005 (http://www.morgenpost.de/printarchiv/sport/article318393/Eine_bunte_Mischung_Fussballspieler.html), abgerufen am 8.4.2009.
- Funk, Michael (2006): Die Welt zu Gast bei braunen Kameraden. Fußball und Rechtsextremismus. In: Die neue Gesellschaft, Frankfurter Hefte: Jg. 53 (2006), H. 5: 37-40.
- Gabriel, Michael/Wagner, Gerd (2008): „Extremismus und Gewalt im Fußball“. Fragenkatalog zur Anhörung im Sportausschuss des Deutschen Bundestages am 12. November 2008 in Berlin. Frankfurt am Main.
- Geden, Oliver (2006): Die Thematisierung von Männlichkeit in der Freiheitlichen Partei Österreichs. In: Klärner, Andreas/Kohlstruck, Michael (Hg.): Moderner Rechtsextremismus in Deutschland. Bonn: 275-301.
- Glaser, Stephan/Pfeiffer, Thomas (Hg.) (2007): Erlebniswelt Rechtsextremismus. Menschenverachtung mit Unterhaltungswert. Hintergründe – Methoden – Praxis der Prävention. Bonn.
- Heitmeyer, Wilhelm (Hg.) (2007): Deutsche Zustände. Folge 5. Frankfurt am Main.

- Holtz-Bacha, Christina (Hg.) (2006): Fußball – Fernsehen – Politik, In: dies. (Hg.): Fußball – Fernsehen – Politik. Wiesbaden: 5-21.
- Jütting, Dieter H./Delschen, Ansgar (2006): Sportvereine zwischen Staat und Markt. In: Woyke, Wichard (Hg.) (2006): Sport und Politik. Eine Einführung. Schwalbach im Taunus: 83-113.
- Klärner, Andreas (2006): „Zwischen Militanz und Bürgerlichkeit“. Tendenzen der rechtsextremen Bewegung am Beispiel einer ostdeutschen Mittelstadt. In: Klärner, Andreas/Kohlstruck, Michael (Hg.): Moderner Rechtsextremismus in Deutschland. Bonn: 44-67.
- Klärner, Andreas (2008): Zwischen Militanz und Bürgerlichkeit. Selbstverständnis und Praxis der extremen Rechten. Hamburg.
- Klein, Gabriele/Meuser, Michael (Hg.) (2008): Ernste Spiele. Zur politischen Soziologie des Fußballs. Bielefeld.
- Koordinierungsstelle Fan Projekte (KOS) bei der dsj (2009): Fanprojekte 2009. Zum Stand der sozialen Arbeit mit Fußballfans. Nationales Konzept Sport und Sicherheit – die örtlichen Fanprojekte. Sachbericht zum Stand der Arbeit (1993-2009). Frankfurt/Main.
- Kubitschek, Götz (2007): Provokation. Schnellroda.
- Labrenz, Lennart (2007): „Der Rechtsextremismus hat eine breite Akzeptanz gewonnen“. In: Rundmagazin.de, 4.2.2007, (<http://www.rundmagazin.de/cmsms/index.php?mact=News,cntnt01,print,0&cntnt01articleid=53&cntnt01showtemplate=false&cntnt01returnid=23>), abgerufen am 11.03.2009.
- Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung Mecklenburg-Vorpommern (Hg.) (2007): Impulse. Informationsblatt für kommunale Kriminalprävention. Gegen Gewalt und Rassismus im Amateurfußball. 100 Hinweise und Empfehlungen für die Präventionsarbeit. Rostock.
- Landessportbund Thüringen e.V. (Hg.) (2008): Rechtsextremismus im Sport – Nicht mit uns! o.O. (download unter: http://beratungsnetzwerk-hessen.de/uploads/uploads_allgemein/LSB_Thringen_Broschre_REX.pdf)
- Mittag, Jürgen/Nieland, Jörg-Uwe (Hg.) (2007): In: dies.: Das Spiel mit dem Fußball. Interessen Projektionen und Vereinnahmungen.
- Meyer, Olaf (2008): Fußball-Nazis – neu entdeckt: 6.3.2008, <http://www.redok.de/content/view/1047/36/>, eingesehen am 1.3.2009.
- Meuser, Michael (2008): It's a Men's World. Ernste Spiele männlicher Vergemeinschaftung. In: Klein, Gabriele/Meuser, Michael (Hg.) (2008): Ernste Spiele. Zur politischen Soziologie des Fußballs. Bielefeld: 113-134.
- Mimkenberg (1998): Die neue radikale Rechte im Vergleich. USA. Frankreich. Deutschland. Opladen/Wiesbaden, 1998.
- Pfahl-Traughber, Armin (2006⁴): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. München.
- Pfeiffer, Thomas (2007): Menschenverachtung mit Unterhaltungswert. Musik, Symbolik, Internet – der Rechtsextremismus als Erlebniswelt. In: Glaser, Stephan/Pfeiffer, Thomas: Erlebniswelt Rechtsextremismus. Menschenverachtung mit Unterhaltungswert. Hintergründe – Methoden – Praxis der Prävention. Bonn: 36-52.
- Pilz, Gunther A./Behn, Sabine/Klose, Andreas/Schwenzer, Victoria/Steffan, Werner/Wölki, Francisca: Wandlungen des Zuschauerhaltens im Profifußball. Schriftenreihe des Bundesinstituts für Sportwissenschaft, Bd. 114. Schorndorf.
- Schäfer, Mike S./Roose, Jochen: Die gesellschaftliche Bedeutung von Fußballbegeisterung, Vergemeinschaftung und Sozialkapital-Bildung auf dem Prüfstand. In: Klein, Gabriele/Meuser, Michael (Hg.) (2008): Ernste Spiele. Zur politischen Soziologie des Fußballs. Bielefeld: 201-227.
- Scheuble, Verena/Wehner, Michael (2006): Fußball und nationale Identität. In: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hg.): Der Bürger im Staat, Jg. 56, H.1: 26-31.
- Schönlebe Dirk/Leischwitz, Christoph (2008): „Kapital Körper, Was bedeutet uns Sport eigentlich?“. In: Bundeszentrale für politische Bildung: Fluter, H.27, Juni 2008: 11-13.
- Schulz, Michael (2008): Fußball in der Kreisklasse: 2:0 für die Unsportlichkeit , http://www.blauenarzisse.de/v2/index.php?option=com_content&task=view&id=438&Itemid=34, abgerufen 1. Februar 2009.

- Staud, Toralf (2008): „Die Rechtsextremisten entdecken die Vereine“ – Vier Thesen. Konferenzpapier zum Fachtag „Ist der Linksaußen ein Rechtsaußen? – Rechtsextremismus im Breitensport“. 11.-12. Februar 2008 in Jena. (<http://www.bpb.de/files/BX9IJK.pdf>)
- Stein, Dieter (2006): Der Traum ist nicht zu Ende. In: Junge Freiheit, H. 28/06, 07. Juli 2006.
- Sundermeyer, Olaf (2007): „Vor allem die Regional- und Oberligen sind interessant“, In: Rundmagazin.de (<http://www.rund-magazin.de/cmsms/news/55/23/>, abgerufen am 11.3.2009)
- Woyke, Wichard (Hg.) (2006): Sport und Politik. Eine Einführung. Schwalbach im Taunus.
- Woyke, Wichard (2006): Olympische Spiele und Fußballweltmeisterschaften. Mega-Events und ihre Bedeutung für die Politik. In: ders. (Hg.): Sport und Politik. Eine Einführung. Schwalbach im Taunus: 11-33.
- Zick, Anreas/Küpper, Beate (2007): Nachlassende Integrationsbereitschaft in der Mehrheitsbevölkerung. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): Deutsche Zustände. Folge 5. Frankfurt am Main: 150-168.

Rechtsextremistinnen heute – Aktuelle Entwicklungen und Fallbeispiele

Ellen Esen

1 Einleitung

„Rechtsextremismus bei Frauen: Die Gefahr in unserer Mitte“ – „Rechtsextreme Frauen wollen Gesellschaft unterwandern“ – „Türöffner in die Gesellschaft“. Mit solchen und ähnlichen Schlagzeilen sind Artikel aus dem Sommer 2008 überschrieben. Die mediale Öffentlichkeit hat, so scheint es, ein Thema für sich entdeckt: Frauen und Rechtsextremismus. Lange Zeit widmete man dem Wirken von Frauen am rechten Rand keine oder nur unzureichende Aufmerksamkeit. Zu unspektakulär traten sie in Erscheinung, nämlich nicht als Gewalttäterinnen, die zuschlugen, sondern als Akteurinnen im Hintergrund. Ihr politisches Engagement wurde entweder nicht gesehen oder unterschätzt. Erst als sich der Blick für subtilere Formen rechtsextremer Aktivitäten schärfte, die schleichende Unterwanderung von Vereinen und Verbänden als Bedrohung wahrgenommen wurde, gerieten Frauen und Mädchen mehr und mehr in den Fokus der öffentlichen Wahrnehmung. Ihnen scheint es weitaus besser zu gelingen, sich dort zu bewegen, wo rechtsextreme Parteistrategen so gerne sein wollen: in der „Mitte des Volkes“. Als ehrenamtlich Tätige wirken Rechtsextremistinnen in Elternbeiräten mit, geben Unterricht in Sportvereinen, organisieren Mutter-Kind-Treffen, Sonnenwendfeiern, bieten Fahrdienste an etc. Ihre politische Ideologie verstecken sie zwar nicht, aber mit offensiven und plakativen Aussagen üben sie zunächst Zurückhaltung.

Klischeevorstellungen über rechtsextreme Frauen machen ihr Wirken leicht. Kaum eine der aktiven Rechtsextremistinnen sieht aus wie aus einem BDM-Film entsprungen mit Zöpfen und langen Röcken oder läuft martialisch gekleidet als Skingirl durch die Gegend. Es sind erschreckend normale Mädchen und Frauen, die sich ganz rechts engagieren. Sie entstammen allen Gesellschaftsschichten und Berufsgruppen – bilden einen Querschnitt durch die Bevölkerung. Gemeinsam ist ihnen ein völkisches Weltbild: Sie sind Rassistinnen, Antisemitinnen, extreme Nationalistinnen. Sie bekämpfen den demokratischen Staat, das von ihnen verhasste System. Doch so lange sich das Bild der friedfertigen Frau hält, die resistenter ist gegenüber rechtsextremen Welterklärungsmodellen, werden die braunen Kameradinnen als politische Akteurinnen nicht wirklich wahr- und ernstgenommen. Wenn sie auf Staat und Gesellschaft schimpfen, soziale Schieflagen beklagen, nach Kindergärten und Schulen suchen, in denen der Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund möglichst gering ist, sind sie zudem in ihrer Denkweise und Argumentation nicht so weit entfernt vom gesellschaftlichen Mainstream.

Als ganz normale Frauen, die von ihrem Umfeld keineswegs ausgegrenzt werden, sehen sich auch jene Rechtsextremistinnen, die im dritten Teil dieser Untersuchung vorgestellt werden. Sie gehören unterschiedlichen Spektren des Rechtsextremismus an und verkörpern Frauentypen, die gegensätzlicher nicht sein könnten. Als „Volksmutter“ mit acht Kindern leistet die eine ihren Beitrag für die „nationale Sache“, die anderen bringen sich

ein als politische Kämpferinnen, kritisieren das Patriarchat und postulieren sogar einen „Nationalen Feminismus“. Die Fallstudien illustrieren nicht zuletzt das, was den modernen Rechtsextremismus heute so stark macht. Er ist nicht festgelegt auf bestimmte Verhaltensweisen oder Rollenbilder, sondern offen für verschiedene Spielarten des Engagements, wenn sie denn nur der „nationalen Sache“ dienen und helfen, seine Basis und Ausstrahlkraft zu erweitern.

Die extreme Rechte ist zwar ein politischer Bereich, der immer noch stark von Männern dominiert wird, er war aber noch nie ein reines Männerphänomen. In den ersten Teilen dieser Abhandlung wird es darum gehen, zu zeigen, in welchem Ausmaß Frauen und Mädchen im deutschen Rechtsextremismus verstrickt sind und welche Entwicklungstendenzen sich gegenwärtig abzeichnen.

2 Frauen im Rechtsextremismus: Empirische Befunde und aktuelle Entwicklungen

Bei Erhebungen zu politischen Einstellungen wird schon seit Jahren klar, dass Frauen keineswegs immun sind gegen braune Ideologien. Die SINUS-Studie von 1981 konstatierte: „Wir können davon ausgehen, dass Frauen und Männer gleichermaßen anfällig bzw. unerreichbar für rechtsextreme Ideologie sind.“ (SINUS-Studie 1981: 87) Auch jüngere Untersuchungen bestätigen diesen Befund. Auf der Einstellungsebene unterscheiden sie sich Frauen nicht wesentlich von Männern (vgl. Heitmeyer 2007: 117; vgl. Stöss 2005: 66). Lediglich die Form rechte Einstellungen auszuleben ist geschlechtsdifferenziert. Die Göttinger Sozialwissenschaftlerin Renate Bitzan beziffert den Frauenanteil an verschiedenen Ausdrucksformen des Rechtsextremismus in folgenden Größenordnungen: Straf- und Gewalttaten: lange ca. 3-5 Prozent, inzwischen bis zu 10 Prozent; Mitgliedschaften in Parteien: 7-20 Prozent, Funktionärinnen: bis zu 20 Prozent; Kameradschaften, Organisationen, Cliques: ca. 10-33 Prozent; Wahlen: ca. 33 Prozent; Einstellungen: ca. 50 Prozent (Bitzan 2002 und 2008).

2.1 *Rechtsextremistinnen und Gewalt: Kampfbereit für den „Tag X“*

Bei der Beteiligung an Straf- und Gewalttaten ist der Anteil von Frauen stetig gestiegen, aber immer noch marginal, wobei allerdings nicht übersehen werden darf, dass Mädchen und Frauen nicht zuletzt als Anstifterinnen im Hintergrund sehr wohl an Straftaten mitwirken. Diese Form von Beihilfe wird jedoch meist nicht aktenkundig. Die Frauenforscherin Michaela Köttig vermutet, „dass beim Meldeverhalten, den polizeilichen Ermittlungen und der Fahndung Mädchen und Frauen als Täterinnen eher übersehen werden bzw. ihre Beteiligung bagatellisiert wird, selbst wenn sie bei Straftaten anwesend sind.“ (Köttig 2004: 44) Die Journalistin und Szenekennerin Andrea Röpke teilt diese Einschätzung und nennt ein Beispiel:

„Staatsanwälte und Richter tun sich schwer, die Eigenverantwortlichkeit vieler rechter Täterinnen zu erkennen und verklären sie oftmals zu labilen Mitläuferinnen wie im Fall der ‚Kameradschaft Süd‘ in München. Zu deren militanter Kerngruppe, die 2003 einen Sprengstoffanschlag auf den Neubau eines jüdischen Begegnungszentrums plante, gehörten drei Frauen. Obwohl sie

die tödlichen Pläne ihres Anführers aktiv unterstützten und bereits zuvor politische Gegner ausspionierten, wurde ihre Rolle nicht sonderlich ernst genommen.“ (Röpke 2005: 17)

Mittlerweile ist jedoch auch die Polizei stärker sensibilisiert. In einem Interview über die Zunahme der Gewaltbereitschaft von Jugendlichen sagte Konrad Freiberg, Chef der Gewerkschaft der Polizei (GDP): „Zudem findet bei den Mädchen auch ein Emanzipationsprozess statt. Das sehen wir vor allem bei den Rechtsextremisten. Dort nehmen die Mädels einen immer größeren Einfluss.“ (Thüringer Allgemeine, 23.05.08)

Man schätze den Anteil von Mädchen und Frauen an der gewaltbereiten rechtsextremistischen Szene auf ca. 12 Prozent, gibt das Sächsische Innenministerium Ende November 2008 in seiner Antwort auf eine Große Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen zum „Rechtsextremismus in Sachsen“ an¹. (Drucksache des Sächsischen Landtags/ Dokument 4/13281) Um ein Beispiel zu nennen: Zur der am 26.4.2007 verbotenen Kameradschaft „Sturm 34“, die in der Region Mittweida für rechtsextremen Terror und Gewalt stand, zählten überdurchschnittlich viele weibliche Akteure. (Köditz 2009: 105) Sie stabilisierten die militante Gruppierung, deren „harter Kern“ beim Verbot aus 50-60 Personen bestanden haben soll und beteiligten sich an den Gewalttaten. In der öffentlichen Berichterstattung wurden sie jedoch ausgeblendet.

Das Gewaltausübung keineswegs tabu ist für junge Frauen und auch ihnen zu einem gewissen „Kick“ verhelfen kann, erfuhr ein Kriminalbeamter aus Sachsen bei der Vernehmung einer 18jährigen, die an einer Schlägerei teilgenommen hatte und mit schweren Gesichtsverletzungen im Krankenhaus lag. Auf die von ihm geäußerte Hoffnung, sie habe nun gelernt, antwortete sie: „Sie können sich überhaupt nicht vorstellen, was das für ein Gefühl ist, mittendrin zu sein. Kommen sie mal mit, dann werden sie verstehen!“ (Gespräch mit der Autorin, 19.07.2008) Dies mögen noch Einzelfälle sein.

Es lässt sich jedoch beobachten, dass gerade junge Rechtsextremistinnen, die sich als aktive Kämpferinnen verstehen, durchaus strategisch gezielt Vorbereitungen treffen für gewalttätige Auseinandersetzungen. Sie gehen in Sportvereine, stählen ihren Körper und trainieren Kampfsportarten wie Kick-Boxen oder erlernen den Umgang mit Waffen in Schützenvereinen. Patricia, Aussteigerin aus der militanten Neonazi-Szene, trainierte für den „Tag X“ und sagt, ihr historisches Vorbild seien weibliche Wehrwolf-Gruppen im Dritten Reich gewesen (Interview mit der Autorin, November 2007). In Diskussionsforen der extremen Rechten wird zudem deutlich, dass rechtsextreme Mütter sehr viel Wert legen auf die sportliche Ertüchtigung ihres Nachwuchses. Im Blick haben sie dabei weit mehr als den gesundheitlichen Aspekt. Wehrhaft und kampfbereit sollen ihre Kinder sein. An eine friedliche „nationale Wende“ glauben jene Frauen nicht und diese Einstellung geben sie weiter.

Eine Thüringer Rechtsextremistin, ebenfalls im Neonazi-Spektrum aktiv, ist der Meinung, Gewaltausübung müsse kalkuliert eingesetzt werden, dort wo es Sinn mache, aber nicht in Regionen, die ohnehin schon von Rechts erobert seien, wie das Muldental in Sachsen. Sie sagt:

1 In selbiger Quelle werden für den Zeitraum 2004 bis zum ersten Halbjahr 2008 auch konkrete Zahlen zur – bisherigen – Beteiligung von Frauen und Mädchen an rechtsmotivierten Gewalt- und Straftaten genannt. Demnach waren von 976 ermittelten Tatverdächtigen im Bereich der Gewaltdelikte lediglich 25 weiblichen Geschlechts. Auch bei den ermittelten Straftaten, 7244 insgesamt, bewegte sich der weibliche Anteil mit 448 Tatverdächtigen im einstelligen Prozentbereich.

„Nun die Frage bezüglich der Gewaltanwendung ist schwierig zu beantworten. Ich würde sie nie ablehnen, aber auch nicht öffentlich dafür plädieren. In Zeiten wie diesen, bekommt man niemanden durch Gewalt auf seine Seite. Ich meine vom normalen Volk. Da muss man zu friedlichen Mitteln greifen.“ (Korrespondenz mit der Autorin, 24.11.2004)

2.2 *Nicht mehr in der Minderheit? Wählerinnen rechtsextremer Parteien*

Beim Wahlverhalten gegenüber rechtsextremen Parteien fällt auf, dass nur etwa ein Drittel der Wählerschaft weiblich ist. Diese Geschlechterverteilung erwies sich über Jahre hinweg als konstante Größe. Allerdings deutet sich auch hier möglicherweise eine Trendwende an. Eine Umfrage des Emnid-Instituts für Bild am Sonntag (BamS) förderte im August 2007 zu Tage, dass sich 14 Prozent der Frauen vorstellen können, bei den nächsten Landtagswahlen für eine rechtsextreme Partei zu votieren. Bei den Männern waren es hingegen lediglich neun Prozent (BamS, 26.8.2007). Emnid-Chef Klaus Peter Schöppener kommentierte:

„Das ist überraschend und wurde so noch nicht gemessen. Frauen neigen normalerweise nicht so stark dem rechten Spektrum zu. Eine Erklärung könnte sein: Konservative Frauen, die einem traditionellen Familienbild anhängen, sind von der modernen Familienpolitik der Union enttäuscht. Manche gehen gar nicht mehr wählen, andere wenden sich Parteien an rechten Rand zu.“ (ebenda)

Solche Einschätzungen decken sich allerdings nicht mit den Ergebnissen der Geschlechterforschung. Die Berliner Psychologin Birgit Rommelspacher unterstreicht:

„Wenn Frauen diese Parteien wählen oder gar Mitglied oder Funktionärin werden, dann tun sie dies in der Regel nicht wegen ihrer Geschlechterpolitik, sondern vor allem wegen ihrer rassistischen Programmatik und ihrer Sicherheits- und Ordnungsvorstellungen.“ (Rommelspacher 2006: 96)

Rommelspacher räumt extremen Parteien zudem dann eine Chance ein, wenn sie im Auftreten moderater werden und sich ihre Programmatik in das breite Gesellschaftsverständnis einfügt (vgl. Rommelspacher 2006: 92-93).

2.3 *Rechtsextreme Parteien: Keineswegs „Frauenfreie Zonen“*

Als Bestätigung der These, Rechtsextremismus sei ein Männerphänomen, wird nicht selten auf die angeblich geringe Anzahl weiblicher Mitglieder in rechtsextremen Parteien hingewiesen. Rechtsextreme Parteien wie die NPD geben jedoch an, dass sie gegenwärtig einen bemerkenswerten Zulauf von Mädchen und Frauen haben. Peter Marx, ehemaliger Generalsekretär der NPD, beziffert den Anteil der weiblichen Parteimitglieder auf 27 Prozent. Bei den Neueintritten sollen es 50 Prozent sein (vgl. Aden/Röpke 2007). Aussagekräftig werden solche Daten erst dann, wenn sie zu den Frauenanteilen in anderen Parteien in Bezug gesetzt werden. Laut Statistischem Bundesamt ergibt sich für Ende 2002 – basierend auf Eigenangaben der Parteien – folgendes Bild: Schlusslicht bildet die CSU mit einem Frauenanteil von 17,7 Prozent. In der FPD sind 23,6, in der CDU 25,1, in der SPD 29,7, bei den Grünen 37,2 und bei der PDS 45,8 Prozent Frauen organisiert (vgl. Statistisches Bundesamt

2006: 165-166). Der Prozentsatz der Frauen in der NPD liegt somit nicht wesentlich unter dem Durchschnitt, was den Schluss nahe legt, dass Parteipolitik insgesamt von Männern dominiert wird. Ohnehin ist es nur eine verschwindende Minderheit der Deutschen, die sich in Parteien engagiert. Im Jahre 2002 verfügten 1,6 Millionen Männer und Frauen über ein Parteibuch. Das entspricht einem Anteil von etwas weniger als 2,7 Prozent der Bevölkerung (vgl. Statistisches Bundesamt 2006: 165-166). Im Jahre 2007 hatte die NPD 7200 Mitglieder (vgl. Verfassungsschutzbericht 2007). Wenn man davon ausgeht, dass ein Viertel davon weiblich ist, wären das 1800 Nationaldemokratinnen.

Was die Funktionsapparate rechtsextremer Parteien betrifft, so sind auch diese keine „frauenfreien Zonen“. Bitzans Angaben von bis zu 20 Prozent berufen sich auf die Daten des Bundeswahlleiters und sind ein Annäherungswert. Tendenziell ist damit aber auch gesagt, dass Frauen durchaus entsprechend ihres Mitgliederanteils in Funktionen rechtsextremer Parteien anzutreffen sind. Bestätigt wird diese Einschätzung durch die Angaben des Sächsischen Innenministeriums aus dem Jahr 2008. „Der Frauenanteil bei der Besetzung von Vorstandsämtern entspricht etwa dem des Frauenanteils in der NPD-Mitgliedschaft.“ (Drucksache des Sächsischen Landtags/Dokument 4/13281) Spitzenfunktion üben sie hingegen seltener aus. „Wegen des in der rechtsextremen Szene vorherrschenden Rollenverständnisses sind Frauen als Führungspersönlichkeiten nur selten anzutreffen“, analysiert das Ministerium. Jedoch zeige sich in jüngster Zeit. „dass Frauen durchaus für die NPD kandidieren und insofern auch als politischer Partner akzeptiert werden“. (ebenda.)

Die Journalistin Rena Kenzo sieht die Chancen für NPD-Frauen auf die verstärkte Übernahme von Funktionen perspektivisch als günstig an. Einerseits gebe es weibliche und männliche NPD-Mitglieder, die einen Vorteil darin sehen, Frauen bei der Besetzung von sozialen Themen, zur Verbesserung der Außenwirkung und zur Demonstration der vermeintlich gewaltfreien NPD einzusetzen, andererseits hätten sich männliche Parteimitglieder durch Straftaten etc. als Kandidaten disqualifiziert (vgl. Kenzo 2008: 210-211).

Zurzeit gibt es drei Landtagsabgeordnete in Reihen von NPD und DVU. Im Landtag von Sachsen sitzt Gitta Schülßer als eine von insgesamt neun NPD-Abgeordneten. In der NPD-Fraktion im Schweriner Landtag findet sich hingegen keine Frau. In der sechs Personen umfassenden Landtagsfraktion der DVU in Brandenburg sind mit Birgit Fechner und Liane Hesselbarth zwei Frauen vertreten. Damit stellen sie ein Drittel der Fraktion. Auf Ebene der Bundesvorstände von NPD und DVU sind Frauen zwar vertreten, aber unterrepräsentiert.

Die NPD hat auf ihrem Sonderparteitag am 4./5. April 2009 in Berlin keine Frau in den Vorstand gewählt. Mit Gitta Schülßer als Vertreterin des „Rings nationaler Frauen“ (RNF) und Dörthe Armstropp, die den NPD-Landesverband in Rheinland-Pfalz leitet, sind jedoch zwei Frauen kraft Amtes in der Führungsriege vertreten. Vor kurzer Zeit sah das Bild noch anders aus. Mit Stella Hähnel saß eine gewählte Funktionärin im Parteivorstand und war dort zuständig für das Ressort „Familienpolitik“. Lange Zeit gehörte ebenfalls Doris Zutt aus Hessen dem Parteivorstand an. Bevor sie im Zuge von Parteiquerelen aus ihren Ämtern schied, fungierte Frau Zutt als „Seniorenbeauftragte“ der NPD. Interne Konflikte und politische Richtungskämpfe führten dazu, dass weitere Frauen ihre Ämter als Landesverbandsvorsitzende und damit ihren Sitz im Parteivorstand verloren. Dazu gehören Anja Zysk aus Hamburg und Carola Holz aus Sachsen-Anhalt. Gleichwohl bleibt festzuhalten, dass es Frauen durchaus möglich ist, Führungspositionen innerhalb der NPD einzunehmen.

Im Parteivorstand der DVU des Jahres 2009 sind von 15 Mitgliedern vier weiblich. Elfriede Budina aus Bremen ist zuständig für „Senioren und Umweltschutz“. Birgit Fechner für „Jugend und Erziehung, Frauen“. Liane Hesselbarth, Spitzenkandidatin der DVU bei den Europawahlen 2009, hat als Arbeitsschwerpunkte „Sozialpolitik, Wirtschaft, Europapolitik“. Michaela Schmidinger, Kreisvorsitzende der DVU in München, ist im Vorstand der DVU zuständig für „Verwaltung, Mitgliederwerbung und Personalwesen“. Analog zu demokratischen Parteien bekleiden rechtsextreme Funktionärinnen häufig Positionen als Beisitzerinnen, sie sind zuständig für die Kasse und Schriftführung und bekommen das Ressort Frauen- und Familienpolitik übertragen. Auch diese Zuschreibung von klassisch weiblichen Arbeitsbereichen hebt rechtsextreme Parteien nicht von dem ab, was demokratische Parteien als Funktionen für weibliche Mitglieder vorsehen.

2.4 Jenseits der Parteien: Zunehmende Präsenz von Frauen und Mädchen

Was die Beteiligung von Mädchen und Frauen jenseits der Parteien, in Cliques, Vorfeldorganisationen und so genannten Kameradschaften betrifft, so beruhen alle diesbezüglich gemachten Angaben auf Schätzungen und Beobachtungen von Szenekundigen. Wenn Renate Bitzan angibt, 10-33 Prozent Frauen seien in derartigen Verbindungen aktiv, dann fasst diese Aussage das zusammen, was Verfassungsschutz, Journalistinnen und Journalisten beobachten. Zumal die Szene stark fluktuiert und es erhebliche regionale Unterschiede gibt, sind die Einschätzungen höchst unterschiedlich und in ihrer Spannweite so weit gefasst. Eine verstärkte Präsenz von Frauen im rechtsextremen Spektrum zeigt sich gegenwärtig bei Aufmärschen, Kinder- und Familienfesten und beispielsweise auch im Versandangebot rechtsextremer Händler.

Jenseits der Parteistrukturen entwickelt sich eine nahezu entgrenzte rechte Jugendkultur. Sie ist im Mainstream angekommen und wird für Mädchen und junge Frauen attraktiv. (Vgl. Esen 2009) Während in den 90er Jahren die vor Männlichkeit und Chauvinismus nur so trotzende Skinhead-Szene ein dominanter jugendkultureller Bestandteil der extremen Rechten war, werden jetzt z.B. Dark Wave-, Black Metal-, Techno- und Hardcore-Szene von rechts erobert und mit rassistischem Gedankengut völkisch aufgeladen (vgl. Fromm 2008). Mit an Bord kommen können nun auch jene Mädchen und junge Frauen, die sich bisher abschrecken ließen vom martialischen und sexistischen Auftreten der trinkfesten, rechtsextremen Skinheads. Melanie, eine Aussteigerin aus der rechtsextremen Kameradschaftsszene, fühlte sich vom neuen Gesicht der rechtsextremen Szene angesprochen und sieht in dem moderateren, bunten Auftreten eine große Gefahr und gefährliche Strategie.

„Ich fühlte mich eben auch von diesen „normal“ wirkenden Menschen in keinster Weise zu etwas gezwungen, und konnte mich mit meiner Art z.B. zu kleiden integrieren. Es galt nicht der übliche starre Kleidungskodex und ich hatte den falschen Eindruck, mich auch individuell verwirklichen zu können“, sagt sie.

Melanie erzählt weiter:

„[...]dieses moderne Outfit ist im wesentlichen strategischer Natur. Schließlich lassen sich Jugendliche eher auf etwas ein, was ihnen offen und neu erscheint, als auf Konzepte und Dogmen, die auch von ihren Großeltern stammen könnten. Zudem werden sie mit dem neuen Outfit nicht

von jedem erkannt und schaffen optische Anknüpfungspunkte an verschiedene alternative Jugendsubkulturen. Ein modernes Auftreten bedeutet aber eben nicht gleich eine fortschrittliche oder vorwärtsgerichtete Ideologie. Was ich damit zum Ausdruck bringen möchte, ist, dass diese neuen Erscheinungsformen ganz einfach darauf abzielen, Menschen zu gewinnen und diese, auf einem scheinbar poppigen und oberflächlichen Weg zu binden. Vielen ist es gar nicht bewusst, auf was sie sich dort eigentlich einlassen.“ (Baumgärtner: 2007)

2.5 Nazi-Chic für Frauen und Kinder: Steigende Angebote

Auf ein Anwachsen der Zahl weiblicher Anhänger deutet auch das Warenangebot rechtsextemer Vertriebe hin. Seit der Jahrtausendwende kommt kein größerer rechter Devotionalienhändler mehr ohne eine Girlie-Abteilung aus, in der Bekleidungsstücke, Schmuck, etc. für Frauen und Mädchen feilgeboten werden. „Walküre“ heißt ein Damenduft, der verspricht: „Mit diesem Duft wirken Sie garantiert für jeden Patriot anziehend“. Wer dem nicht traut, kann auf Nummer sicher gehen und sich Reizwäsche bestellen, neckisch bedruckt mit der „88“, die in der Szene für „Heil Hitler“ steht. Männerunterwäsche kommt dezent mit weißem Spermium und dem Schriftzug „White Power“ daher, aber auch plakativer mit dem Slogan: „Ficken für Deutschland“. Ganz erfolglos scheinen solche Bemühungen nicht zu sein, denn zurzeit wird das Marktsegment auf Artikel für den „nationalen Nachwuchs“ ausgeweitet: Babylatz, Kinderkleidung, Spiele. Gerne bedient man sich für die ganz Kleinen aus dem Fundus der germanischen Mythologie oder bei den Wikingern. „Odin“, „Freya“, „Walküre“ und „Kleiner Wikinger“ sind beliebte Schriftzüge auf T-Shirts.

2.6 Nationale Familien

Mittlerweile gehören auch Kinder- und Familienfeste zum festen Bestandteil öffentlichen Auftretens. Dort gibt es dann kostenlose Bratwürstchen, Ponyreiten und Hüpfburg für die ganz Kleinen. Solche Feste dienen nicht nur strategisch zur Imageaufbesserung und Anwerbung neuer Mitglieder, sondern sind auch für den Zusammenhalt der eigenen Klientel wichtig geworden als ein Element der Freizeitgestaltung, das die gesamte nationale Familie anspricht. Wie viele solcher Familien es mittlerweile gibt, lässt sich nicht beziffern. Wir werden uns jedoch von der Vorstellung verabschieden müssen, dass stolz-deutsche Jungmänner der Szene den Rücken kehren, wenn sie eine Freundin finden. Die Chance, auf eine gleichgesinnte Partnerin zu treffen, hat sich erhöht. Damit stabilisiert sich die Szene. Manches kleine Mädchen muss nicht erst später in die rechtsextreme Szene einsteigen. Es wurde bereits hineingeboren und dementsprechend sozialisiert. Die ganz Hartgesottenen wählen Namen aus der germanischen Mythologie für ihren Nachwuchs. Die kleine Freya ist heute schon in bundesdeutschen Kindergärten und Schulen anzutreffen. Kinder wie sie bringen Bestandteile rechtsextremistischer Alltagskultur, politische Einstellungen und Slogans in den Klassenverband sowie in die Freizeit- und Spielgruppe hinein. Gelernt haben sie das von ihren Eltern, von denen mindestens ein Partner rechtsextremistisch sozialisiert und politisiert wurde (Fahr 2005: 6).

Nimmt man alle quantitativen Befunde und Einschätzungen zusammen, so verbietet es sich, Rechtsextremismus als ein Männerphänomen anzusehen. Frauen und Mädchen mischen in allen Bereichen mit. Die Tendenz geht in die Richtung von mehr weiblicher Betei-

ligung, leider auch an den Straftaten. Auf eine größere Beteiligung und stärkere Aktivierung von Mädchen und Frauen zielen auch rechtsextreme Frauengruppen ab.

3 Organisatorische Einbeziehung von Frauen im Rechtsextremismus

Die Angebote für Mädchen und Frauen, sich am Projekt „Volksgemeinschaft“ zu beteiligen, sind ausgesprochen vielfältig. Sie können sich in gemischtgeschlechtlichen Gruppen einbringen, aber auch in rechtsextremen Frauenorganisationen. Der heutige Rechtsextremismus ist aus vielen verschiedenen Strömungen, Organisationen, Parteien zusammengesetzt und thematisch so breit aufgefächert, dass für jede etwas dabei sein könnte. Eine rechtsextreme Parallelwelt bietet fast unbegrenzte Betätigungsfelder. Rechtsextreme Tierschutz- und Umweltgruppen suchen Aktivistinnen, Nationale Sanitätsdienste werben um Helferinnen, Organisationen wie die mittlerweile verbotene „Heimatreue Deutsche Jugend“ (HDJ) oder die „Hilfsgemeinschaft für nationale Gefangene“ (HNG) brauchen Mitstreiterinnen. Die HNG, eine der ältesten rechtsextremen Organisationen, wird von einer Frau geleitet, von Ursula Müller, die in der Szene höchstes Ansehen genießt. Von 1984-1988 führte Ursula Müller die mittlerweile aufgelöste „Deutsche Frauenfront“ (DFF) an (vgl. Grumke/Wagner 2002: 285-286). Die beiden zurzeit bestehenden Nationalen Sanitätsdienste, werden ebenfalls von Frauen geleitet. „Familie. Heimat. Volksgemeinschaft“ offerieren „Nationale Elternprojekte“ wie „Feenwald“, betrieben von der Erfurterin Isabell Pohl, die vorher die mittlerweile aufgelöste „Aktive Frauen Fraktion“ (AFF) anführte. Auf ihren Namen war auch eine Website mit dem unverfänglich klingenden Namen „Pro-Kid“ eingetragen.

Höchst willkommen sind Frauen und Mädchen auch in den Reihen der DVU und der NPD. Mittlerweile hat sich bei der NPD die Erkenntnis durchgesetzt, dass es einen Nachholbedarf bei der Rekrutierung von Frauen und Mädchen gibt, dass Organisationsangebote für jene weibliche Klientel zu schaffen sind, die nach rechts tendieren, die sich aber nicht unbedingt wohlfühlen in gemischt-geschlechtlichen Zusammenhängen.

3.1 Rechtsextreme Frauengruppen – eine emanzipatorische Entwicklung?

Im September 2006 hat die NPD den „Ring Nationaler Frauen“ (RNF) gegründet. Spezielle Frauengruppen im rechtsextremen Spektrum gibt es schon weitaus länger. So unterhielt beispielsweise die 1994 verbotene „Wiking-Jugend“ einen Mädelsbund. In der 1995 verbotenen, militant-neonationalistischen „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ (FAP) existierte eine so genannte Frauenschaft. Frauenforscherinnen und Rechtsextremismus-Expertinnen verzeichnen seit Ende der 90er Jahre geradezu einen Gründungsboom, sie warnen jedoch davor, diesen Trend als eine emanzipatorische Entwicklung zu interpretieren. Die Stärkung des Selbstbewusstseins von Frauen als eine positive Errungenschaft der Frauenbewegung mache zwar vor extrem rechten Ideologien nicht Halt, aber das zunehmende Selbstbewusstsein rechter Frauen sei weder darauf angelegt, eine Geschlechteregalität in der rechten Szene zu erreichen, noch emanzipatorische Ziele zu verfolgen. Vielmehr gehe es den rechtsextremen Frauen darum, in der Szene politisch anerkannt und wahrgenommen zu werden (vgl. Döhring/Feldmann 2005: 18). Eine Aussteigerin aus einer mittlerweile verbotenen Mädelsgruppe, die im Spektrum der so genannten Kameradschaften aktiv war, bes-

tätigt diese Einschätzung. Mit der Gründung ihrer Mädelsgruppe hätten die jungen Frauen letztendlich zeigen wollen: „Hallo, wir sind auch da!“ Die meisten Aktivitäten habe man jedoch gemeinsam mit den Männern der Kameradschaft unternommen. An eine organisatorische Trennung war nicht gedacht (Interview mit der Autorin, November 2007).

Die wichtigsten und mitgliederstärksten rechtsextremen Frauenorganisationen sind gegenwärtig die seit 2000 bestehende „Gemeinschaft Deutscher Frauen“ (GDF) und die recht junge Frauenorganisation der NPD, der „Ring Nationaler Frauen“ (RNF). Beide Organisationen sind im Gegensatz zu den meisten anderen Frauengruppen, die in und außerhalb von Parteien existieren, überregional organisiert.

3.2 „Gemeinschaft Deutscher Frauen“: Kaderschmiede und völkische Sekte

Die „Gemeinschaft Deutscher Frauen“ (GDF) trat 2000 die Nachfolge des Skingirl-Freundeskreises Deutschland“ (SFD) an. Der SFD gründete sich zum Jahreswechsel 1990/91 und löste sich im Oktober 2000 selbst auf. Hintergrund dieser Auflösung war der Vorgriff auf ein befürchtetes Verbot des SFD im Zuge des NPD-Verbotsverfahrens. Die rechtsextreme Szene reagierte auf die Auflösung mit vehementer Kritik, was nicht zuletzt die Bedeutung einer solchen Organisation unterstreicht. Viele der heute führenden Rechtsextremistinnen waren bereits im SFD aktiv und setzten ihre Tätigkeit in der GDF fort. Dazu gehört auch Stella Hähnel aus Berlin, die heute Mitglied im Bundesvorstand der NPD ist. In ihrer Tätigkeit wirkt die GDF, die in Regionalgruppen organisiert ist, eher innerhalb, denn außerhalb der rechtsextremen Szene. Ähnlich wie ihre Vorläuferorganisation ist die GDF eine Gruppierung, die den Zusammenhalt und Gedankenaustausch ihrer Anhängerinnen pflegt, die interne Schulungen und Treffen durchführt, die es aber nicht so sehr an die Öffentlichkeit drängt. Experten beziffern den Kreis der engeren GDF-Kader auf ca. 50 Personen (vgl. Röpke/Speit 2008: 125). Die GDF pflegt ein sehr elitäres Bewusstsein und grenzt sich gegen Frauen ab, die nur aus „Genussucht, Egoismus und Unterhaltungsbedarf“ mitmachen wollen.² So einfach Mitglied in der GDF werden, ist nicht möglich. Ähnlich wie in (religiösen) Sekten gibt es regelrechte Aufnahme-rituale und Zeremonien. In einem Werbeflyer heißt es: „Wir brauchen nicht jede, aber vielleicht gerade Dich!“³ Auf ihrer Homepage schreibt die GDF: „Wir sind etwas Besonderes! Nein, nicht Du und ich – unsere Gemeinschaft!“ Von Frauen wird erwartet, sich unterzuordnen, der Sache zu dienen und dem „geliebten deutschen Volk“ zu helfen. Idealtypisch erwartet die GDF dies durch das Gebären von Kindern und eine entsprechende Erziehung des Nachwuchses im völkischen Sinn. Dementsprechend erstrecken sich die Themen der GDF vornehmlich auf Brauchtum, Kultur und Kindererziehung, alles gespickt mit einer völkisch nationalistischen Note (vgl. Döh-ring/Feldmann 2005: 20).

3.3 Der „Ring Nationaler Frauen“

Anders als die GDF richtet der im September 2006 gegründete „Ring Nationaler Frauen“ (RNF) seine Tätigkeit nach außen hin aus. Einerseits geht es ihm darum, Frauen auch jen-

2 Website der GDF (zuletzt abgerufen am 27.08.2008).

3 Werbeflyer der GDF undatiert.

seits der NPD mit ins „nationale Boot“ zu holen. Andererseits soll er national eingestellte Frauen dazu ermutigen, politisch aktiv zu werden und Mandate zu übernehmen. Geleitet wird der RNF von Gitta Schübler, MdL in Sachsen und Mitglied im Parteivorstand der NPD. Als Pressesprecherin des RNF fungiert die rechtsextreme Multifunktionärin Stella Hähnel, deren Ehemann, der rechtsextreme Liedermacher Jörg Hähnel, die Funktion eines Medienbeauftragten im Parteivorstand der NPD innehat. Das Amt der Geschäftsführerin des RNF bekleidet Jasmin Apfel, die Ehefrau von Holger Apfel, dem Vorsitzenden der NPD-Landtagsfraktion in Sachsen.⁴ Politische Impulse, die über das hinausgehen, was die NPD ohnehin fordert, sind vom RNF bisher nicht ausgegangen. Wie es scheint, konzentriert sich der RNF zurzeit auf den Ausbau seiner Organisation. Mittlerweile soll der RNF über 150 Mitglieder verfügen, die in Regional- und Landesgruppen organisiert sind. Im Verfassungsschutzbericht von 2007 ging man noch von 100 organisierten Frauen aus (vgl. Verfassungsschutzbericht 2007: 80). Zumindest im Vorstand der NPD wird das Engagement des „Rings Nationaler Frauen“ wohlwollend betrachtet. In der Partei selbst war die Gründung einer Frauenorganisation hingegen umstritten. Auf dem Bamberger Parteitag 2008 nahm die NPD eine Satzungsänderung vor, die dem RNF einen Platz im Bundesvorstand und damit größeres Mitspracherecht einräumt. Am 5. Oktober 2008 trat ein neues Statut des Rings Nationaler Frauen in Kraft. Darin wird der RNF zum integralen Bestandteil und zur Teilorganisation der NPD erklärt. Die im Statut festgeschriebenen Aufgaben und Ziele der NPD-Frauenorganisation sind durchaus vergleichbar mit jenen von Frauengemeinschaften in demokratischen Parteien. Sie zielen ab auf mehr Partizipation von Frauen innerhalb der NPD, eine inhaltlich-beratende Funktion aus „frauenspezifischer Sicht“ und nach außen gerichtet auf die Rekrutierung neuer Mitglieder. Zwei Punkte machen jedoch – neben der grundsätzlich nationalistischen Ausrichtung – den kleinen, aber wichtigen Unterschied aus: Die Mitgliedschaft bleibt ausschließlich deutschen Frauen vorbehalten und der RNF spricht sich eindeutig gegen jedwede Quotenregelung aus. In Paragraph 2, Punkt 3 heißt es: „Da der RNF die natürliche Unterschiedlichkeit von Mann und Frau anerkennt, wird eine Quotierung abgelehnt“. (Statut des RNF vom 5.10.08)

Mittlerweile hat der RNF drei Flugblätter herausgegeben. Eines diente der Selbstdarstellung und Mitgliederwerbung, ein anderes forderte Müttergehalt statt Elternzeit. Ein drittes Flugblatt beschäftigt sich mit dem Thema Gender Mainstreaming. Ein Ansatz, der von rechtsextremen Frauen als Umerziehung strikt abgelehnt wird. Für das Wahlkampfsjahr 2009 sind drei neue Flugblätter angekündigt, die u.a. die Themen Alters- und Kinderarmut behandeln sollen.

Neben der völkisch ausgerichteten GDF und dem als verlängerter Arm der NPD fungierenden RNF gibt es eine Reihe weiterer Frauengruppierungen, die jedoch oft nur aus wenigen Aktivistinnen bestehen und zumeist an Partei- oder Kameradschaftsstrukturen angebunden sind. Organisationen wie die „Mädelgruppe“ der „Kameradschaft Tor“, die mittlerweile verboten ist, und der „Mädelring Thüringen“ (MRT) traten sehr selbstbewusst in Erscheinung und forderten in ihren Reihen mehr Gleichberechtigung für Frauen ein. Der MRT propagierte sogar einen „Nationalen Feminismus“.

4 Zur weiteren Führungsriege des RNF gehören folgende Frauen, die am 27.09.08 in den Vorstand gewählt wurden: Judith Rothe (Sachsen-Anhalt), die neben Stella Hähnel als stellvertretende Bundesvorsitzende fungiert. Als Beisitzerinnen wurden gewählt: Heidrun Walde (Sachsen-Anhalt), die das Amt der Schatzmeisterin des RNF bekleidet, Ricarda Riefling (Niedersachsen) und Edda Schmidt (Baden-Württemberg).

Ob gemeinsam mit oder ohne Männer, Frauen haben die Qual der Wahl, wie sie sich im rechtsextremen Spektrum organisieren möchten. Und wer sich nicht entscheiden kann, dem steht es offen, gleich in mehreren Organisationen dabei zu sein. Doppel- und Mehrfachmitgliedschaften sind im Rechtsextremismus nicht die Ausnahme, sondern die Regel. Ob es rechtsextremen Frauengruppen gelingt, über die eigene Szene hinaus mehr weibliche Anhänger zu rekrutieren und für die „nationale Sache“ zu gewinnen, ist fraglich. Ein wichtiger Teilerfolg solcher Gruppierungen ist es jedoch, dass ihre Organisationen geschulte weibliche Kader hervorgebracht haben, die heute mehr und mehr vom Hintergrund in den politischen Vordergrund treten. Das über Jahre verfolgte Empowerment-Konzept scheint aufgegangen zu sein. Insofern sind Frauenorganisationen wie der „Ring nationaler Frauen“ weit mehr als ein Aushängeschild, mit dem die NPD ihr Image aufpolieren will (vgl. Elverich 2008: 211-218).

3.4 Moderne Frauen – verstaubte Ideologie

Inwieweit Frauen zukünftig verstärkt Einfluss auf die programmatische Ausrichtung des Rechtsextremismus nehmen werden, ihn verändern und die immer noch vorherrschende, einseitige Fixierung auf die Mutterschaft als die „naturegegebene Aufgabe der Frau“ aufbrechen, muss abgewartet werden. Der deutlichste Bruch mit dem Mutterkult und verstaubten Rollenbildern vollzieht sich derweil im praktischen Leben der Rechtsextremistinnen, die keineswegs das „Heimchen am Herd“ abgeben. Frauenforscherinnen wie Renate Bitzan verzeichnen bei ihnen eine bunte Vielfalt an Vorstellungen zum Geschlechterverhältnis. Das Spektrum reicht von radikal differenz-orientierten Positionen bis zu egalitären Ansichten (vgl. Bitzan 2008).

Unter dem Dach eines modernen Rechtsextremismus finden heute konservativ-traditionell orientierte Frauen ihren Platz, aber auch „nationale Feministinnen“. Dabei können Frauen ihren Beitrag für das übergeordnete „Projekt Volksgemeinschaft“ frei wählen: Als Mutter, die durch das Gebären und die Erziehung möglichst vieler Kinder dem „nahenden Volkstod“ entgegensteuert oder als politische Akteurin, die sich aktiv für die „nationale Sache“ engagiert – oder beides (vgl. Bitzan 2008). In dieser Vielfalt möglicher Rollenbilder liegt letztendlich eine Stärke des Rechtsextremismus. Er umschmeichelt jene, die in ihrer Rolle als Hausfrau und Mutter aufgehen und bietet ihnen Identität und Rückhalt. Für politische Aktivistinnen bringt er heute zunehmend Anerkennung als geschätzte Mitkämpferinnen gegen das verhasste „System“ der Demokratie. Über Details der „Frauenfrage“ wird man sich später nach der „nationalen Machtübernahme“ unterhalten müssen... Im ohnehin theoriefeindlichen Rechtsextremismus spielt die Geschlechterfrage zurzeit keine nennenswerte Rolle.

4 Fallbeispiele

Wie rechtsextreme Frauen denken und in Wechselwirkung mit ihrem Umfeld agieren, sollen die folgenden Beispiele illustrieren. Es gibt sie nicht, die typische Rechtsextremistin und insofern ist eine Auswahl bestimmter Personen schwierig. Die Entscheidung für die vorzustellenden Frauen fiel, weil sie innerhalb der rechtsextremen Szene und in Fachkrei-

sen einen gewissen Bekanntheitsgrad erreicht haben. Sie sind keine Nobodys. Außerdem gehören sie unterschiedlichen Spektren des Rechtsextremismus an. Silvia Kirschner, besser bekannt unter dem Namen Berisha, versteht sich heute als „nationale Bioheidin“, die völkisch-traditionell orientiert ist. Mareike Bielefeld und Marlen Pucknat könnten vom Alter her ihre Töchter sein. Sie sehen sich als politische Kämpferinnen und „Nationale Sozialistinnen“. Als die beiden führenden Mitglieder des „Mädelrings Thüringen“ waren sie es, die Thesen zum „Nationalen Feminismus“ publizierten.

4.1 Silvia Kirschner – Völkische Bioheidin

„Das ist eine ganz patente Frau, die sich in der Kommune engagiert“, so urteilt ein Nachbar über Silvia Kirschner (Gespräch mit der Autorin, Juni 2007). Die achtfache Mutter lebt in einer kleinen Gemeinde im Landkreis Schmalkalden/Meiningen und ist das, was man eine gestandene Rechtsextremistin nennen könnte. Besser bekannt unter dem Namen Berisha, war sie bereits seit den frühen 90er Jahren in der Naziszene aktiv. Sie gehörte dem Skingirl-Freundeskreis Deutschland (SFD) an, kandidierte in Niedersachsen für die NPD bei den Bundestagswahlen 2002, zog nach Thüringen und leitete dort als eine der ganz wenigen Frauen in einer solchen Funktion den NPD-Verband im Wartburgkreis. Im Jahre 2006 gab sie die Führung des Kreisverbandes offiziell in jüngere Hände ab. Gleichwohl hat sie ein Auge auf die Nachwuchskader, besucht gemeinsam mit ihnen Veranstaltungen, auch des politischen Gegners, schreibt unter Pseudonym für das lokale Mitteilungsblatt ihrer Gesinnungsgenossen und ist zur Stelle, wenn Kinderbetreuung für eine Partei-Veranstaltung benötigt wird.

Als „Mutter der Kompanie“ genießt sie höchstes Ansehen. Nicht nur ihre politische Erfahrung wird geschätzt, sondern es ist vor allem ihre große Kinderzahl, die ihr Respekt und Anerkennung der Kameradinnen und Kameraden verschafft. Die Kinder der 40jährigen sind es auch, von denen besagter Nachbar lobend erwähnt, sie seien immer ordentlich angezogen und würden stets freundlich grüßen – so wie es sich gehört! Was er wohl nicht weiß, die Kinder erlernen Zucht und Ordnung nicht zuletzt in der Heimatreuen Deutschen Jugend (HDJ); einer rechtsextremen Vorfeldorganisation, die, wie Kritiker anmerken, in der Tradition der verbotenen Wiking-Jugend steht. Auch in dieser umstrittenen Organisation ist die rechtsextreme Multifunktionärin seit Jahren aktiv (vgl. Röpke 2007). Im Frühjahr 2008 und wohl ahnend, dass es zu einem Verbot der HDJ kommen würde, schickt sich Silvia Kirschner an, einen „Familienkreis“ in Thüringen zu gründen. „Seine Aufgabe“, schreibt sie im Mitteldeutschen Gesprächskreis der NPD, „soll es sein, Familien zusammen zu führen, sich auszutauschen, gemeinsam Freizeit zu verleben und mit den Kindern zu basteln, spielen usw.“ Gefragt, wieso es denn schon wieder eine Neugründung geben müsse, anstatt bestehende Organisationen zu nutzen, präzisiert Kirschner ihr Anliegen: „Unser Familienkreis wird einen völkischen Charakter haben und sich somit aus dieser Perspektive mit den Kindern und Eltern beschäftigen.“⁵ Was sie unter völkisch versteht, konkretisiert sie an anderer Stelle, nämlich in dem wohl bekanntesten Forum der rechtsextremen Szene, dem Thiazi-Netz. Dort schreibt sie: „Nun, wenn ich völkisch meine, dann rede ich von

5 Der Aufruf zur Gründung eines Familienkreises wurde von S. Kirschner unter dem Nick „Skadixx“ am 23. April 2008 gepostet. In: www.m-g-k.de/gespraechskreis/viewtopic.php?t=355.

freien Heiden, der Artgemeinschaft, der HDJ usw.“⁶ Letztere Organisationen sind Dauer­gäste in den Verfassungsschutzberichten des Bundes und der Länder.

Virtuell anzutreffen ist Silvia Kirschner in diversen Diskussionsforen der extremen Rechten und was sie dort schreibt, bringt das Bild der engagierten Mutter erheblich ins Schwanken, offenbart ihre Geisteshaltung und politische Überzeugung, aber auch Anknüpfungspunkte an Themen, die in Teilen der Gesellschaft virulent und zumindest auf den ersten Blick nicht typisch rechtsextrem sind.⁷

Silvia Kirschner war in ihren jungen Jahren rechtes Skingirl, Mitglied einer Subkultur von der sie sich heute distanziert. „Ich war Skingirl als ich Mutter wurde“, schreibt sie.

„Für mich war aber klar, dass man aus einer Subkultur heraus nicht wirklich deutsch erziehen kann. [...] Ich war also wirklich froh, als ich die ‚Spaßgesellschaft‘ und somit auch die Subkultur hinter mir lassen konnte.“

Mit dem viel beschriebenen Hass der Konvertiten führt sie heute einen Feldzug gegen jegliche Subkulturen innerhalb der rechtsextremen Szene, deren Verhalten sie als artfremd deutet. „Ich will keine Rockmusik egal welcher Farbe, Suff usw.“⁸ Was sie auch nicht will, sind Jeans, Kaugummis, Nintendo, Playstation und Gameboy für ihre Kinder. Eingeschult wurden ihre Mädchen in Dirndl. Röcke und Kleider für die weiblichen Mitglieder ihrer Kinderschar sind ihr wichtig. Bei ihr zu Hause steht eine Schimpfwortkasse, deren Inhalt sich füllt, „wenn englische Wörter benutzt werden, die durch deutsche hätten ersetzt werden können. Das gilt insbesondere für „cool“ (und dergleichen) sowie für Kraftausdrücke.“⁹ Erziehung wider den Zeitgeist, nennt sie ihr Konzept.

Das Ex-Skingirl versteht sich heute als „naturverbundene, nationale Bioheidin“.¹⁰ Sie ist Vegetarierin, baut ihr Gemüse nach dem Mondkalender an, benutzt Waschnüsse statt Waschpulver, kuriert Krankheiten mit Naturheilmitteln aus. Schulmedizin lehnt sie ab, ist strikte Impfgegnerin und die Antibabypille kommt bei ihr sowieso nicht ins Haus. Als ihre „Heimatseite“ nennt Skadixx, so lautet ihr Pseudonym in den Weiten des World Wide Web, die unverfänglich klingende Homepage www.naturglaube.de. „Naturglaube: Zurück zu den alten Grundwerten, zu Brauchtum, Kräuterkunde und heidnischen Idealen“ oder „Naturglaube: Ihr heidnischer Zufluchtsort im Netz. Tierschutz – Brauchtum – Heilkunde“, so lauten die Slogans auf den Werbebannern dieser Website. Betreiber sind ein ehemaliger Kader der verbotenen FAP und seine Ehefrau. Beide leben heute in Schweden, werben aber unter deutschen Rechtsextremisten und Rechtsextremistinnen für Siedlungsbewegungen in das skandinavische Land. Propagiert wird ein autarkes Leben in und mit der Natur. Beim genaueren Hinsehen werden durchweg rassistische Inhalte verbreitet. „Rasse ist Klasse“, dieser in rechtsextremen Kreisen beliebte Slogan, findet seine Anwendung nicht nur auf Menschen, sondern auch auf Flora und Fauna. Silvia Kirschner selbst züchtet auf ihrem

6 Skadixx am 06.03.2008 im thiazi.net: <http://forum.thiazi.net/showthread.php?p=1119079>

7 In den folgenden Ausführungen beziehe ich mich hauptsächlich auf die Äußerungen Silvia Kirschners im Thiazi.net. Allein dort hat sie innerhalb von zwei Jahren mehr als 600 Beiträge geschrieben. Ich verzichte auf Einzelzitierung, wenn mir ein Beleg nicht als zwingend erforderlich erscheint. Alle Postings von Skadixx wurden zuletzt durchsehen und überprüft am 30. August 2008.

8 Skadixx am 29.08.2007 im thiazi.net: <http://forum.thiazi.net/showthread.php.p?p=926784>

9 Skadixx am 01.03.2008 im thiazi.net: <http://forum.thiazi.net/showthread.php?p=1114113>

10 Skadixx am 29.08.2008 im thiazi.net: <http://forum.thiazi.net/showthread.php?p=926784>

Bauernhof Thüringer Barthühner, Hühner, die vom Aussterben bedroht sind und um deren Erhalt sie sich nun verdient macht.

Auf dem platten Lande fühlt sich die Bioheidin wohl. Als klaren Standortvorteil betrachtet sie dabei den geringen Ausländeranteil in der Thüringer Provinz. Kindergärten und Schulen seien quasi ausländerfrei. Für eine Rassistin wie Kirschner ist das schon die halbe Miete, wenn es um das gedeihliche Aufwachsen der Kinder geht. Als engagierte, „nationale“ Mutter würde sie „die Erziehung [...] NIE dem Staat und seinen Vollstreckern“¹¹ überlassen, denn überall wittert sie Umerziehung, geplante Strategien, einen neuen Menschen zu schaffen. Nicht zuletzt deshalb engagiert sie sich als Elternvertreterin in den Schulen ihrer Kinder. In einschlägigen Internetforen plädiert sie dafür, es ihr gleich zu tun, denn „über diese Schiene kann man wirklich gut mit den Eltern sprechen“. Dazu gibt sie auch noch Tipps wie die Chance erhöht werden kann, in ein solches Amt zu kommen. Von politischer Offensive hält sie nichts und rät stattdessen zu einem subtileren Vorgehen:

„Am besten man macht am Anfang des Elternabends irgendeinen Vorschlag (z.B. es ist warm im Raum). Dann spricht man kurz das an, steht auf und öffnet das Fenster. Von politischen Vorschlägen rate ich ab, das will zuerst keiner hören! Die Masse erkennt dann, dass man bereit ist sich für etwas einzusetzen bzw. das Wort zu ergreifen. Somit wird man oft als Wahlleiter vorgeschlagen, regelt man das souverän, wird man oft auch als Elternsprecher oder Stellvertreter gewählt.“¹²

Ende Juni 2007 informieren Lokalzeitungen über Kirschners Aktivitäten. Entsetzt konstatieren sie: „Die NPD-Strategie der kommunalen Verankerung zieht zunehmend weite Kreise. Offenbar sind selbst die Schulelternvertretungen längst im Visier der deutschen Jungrechtchen.“ (Meiniger Tageblatt, 30.6.2007) In einem gründlich recherchierten Artikel verortet der Autor, Matthias Thüsing, das Selbstverständnis der „politischen Überzeugungstätlerin“ ideologisch irgendwo in der Zeit zwischen 1933 und 1945. Selbst im „Hühnerforum“ – ansonsten ein Tummelplatz für den Geflügelfreund zwischen Futterplänen und Vogelgrippe – lobt Skadixx den Führer Adolf Hitler für die Wahl seiner Selbstmordmethode: „Er nahm Zyankali und im selben Moment hat er sich erschossen, um ganz sicher zu gehen. Hätt’ ich nicht anders gemacht.“ (ebenda)

Silvia Kirschner beeindruckte ihre Enttarnung nicht sonderlich, sondern sie stellte den besagten Artikel quasi als Trophäe ihres Wirkens in diverse rechtsextreme Foren ein. Acht Monate nach Erscheinen des Zeitungsberichts, Ende Februar 2008, lässt sie die geneigten Leserinnen und Leser wissen:

„Heilsa, ich wollte eigentlich nur mal zum Besten geben, dass sich die Zeitung selbst ein Ei ins Nest gelegt hat! Habe selten so viel Zuspruch gehabt wie jetzt. Die Zusammenarbeit an den Schulen ist gleichgut geblieben. Somit können sie das gerne wiederholen.“¹³

Ob ihr eine kritische Berichterstattung wirklich so egal ist, darf bezweifelt werden. Nach der spektakulären Auflösung eines Sommercamps der Heimattreuen Deutschen Jugend im August 2008 und detaillierten Presseberichten über den Anmelder, droht sie unverhohlen:

11 Skadixx am 30.1.2008 im thiazi.net: <http://forum.thiazi.net/showthread.php?p=1082351>

12 Skadixx am 23.03.2007 im Forum von feenwald.tk, einer „nationalen Elternseite“, betrieben von Isabell Pohl aus Erfurt.

13 Skadixx am 01.03.2008 im thiazi.net: <http://forum.thiazi.net/showthread.php?p=1109741>

„Sollte es einmal anders kommen als es jetzt ist, müssen sich diese Vorreiter von Spitzel und CoKg nicht darüber wundern, dass gegen sie keine Wattebäuschchen geworfen werden...“.¹⁴ Wahrscheinlich meint sie damit nicht die Eier ihrer reinrassigen Barthühner... Die Eier ihrer „glücklichen“ Hühner benötigt sie zudem anderweitig. Sie sind, weil unverfälscht und wohlschmeckend, sicher immer ein willkommenes Geschenk für die Nachbarschaft.

Und in dieser Nachbarschaft kommt eine Frau wie Silvia Kirschner gut an mit ihrem konservativen und biederem Auftreten, ihrer freundlichen Verbindlichkeit. Gleichwohl gibt es auch Kritikerinnen und Kritiker auf kommunaler Ebene, doch jene sind in der Minderzahl. Sie waren es auch, die 2004 den Thüringer Ministerpräsidenten vor einer PR-Katastrophe warnen wollten, aber kein Gehör in der Administration fanden. Damals stand die obligatorische Übernahme der Patenschaft für das 6. Kind der Familie durch den Ministerpräsidenten an. Üblicherweise wird dies von Verwaltungsbeamten übernommen, aber 2004 war Wahlkampf in Thüringen und Althaus kam persönlich um der gestandenen Rechtsextremistin zu gratulieren. Ein Foto seines Einsatzes mit dem Baby auf dem Arm ging durch die Medien, überregional. Mittlerweile ist auch der amtierende Bundespräsident, Horst Köhler, Pate eines Sprösslings der rechtsextremen Familie. Einer Familie, die nichts als Hohn und Spott für die Repräsentanten der Bundesrepublik übrig hat. „Wischiwaschidemokratie“ nennt Kirschner den Staat. Die demokratische Gesellschaft sei „nur etwas für Schmarotzer und Blutsauger“, in der es „unausgeschriebene Wettbewerbe ums Belügen und Betrügen gibt“.¹⁵

Ihre politischen Positionen und das, was sie als Vielschreiberin tagtäglich in rechtsextreme Foren setzt, scheint entweder nicht zur Kenntnis genommen zu werden, stößt auf Gleichgültigkeit oder befindet sich im Bereich des Konsensfähigen. Indizien dafür gibt es, zumal eine Frau wie Silvia Kirschner strategisch vorgeht, nicht agitiert, sondern zunächst einmal Sympathien als engagierte Mutter, Naturschützerin, Tierfreundin, etc. aufbaut. Und dieser netten Mutter von nebenan wird nicht zwingend zugetraut, dass sie zu den bekanntesten Neonazis der Bundesrepublik gehört.

4.2 *Mareike und Marlen: Nationale Sozialistinnen mit feministischen Ansprüchen?*

Im östlichsten Zipfel Thüringens, im Altenburger Land, sind zwei der führenden Akteurinnen des Mädlerings Thüringen beheimatet. Jener Frauenkameradschaft, die bei „Freund“ und „Feind“ für Irritationen sorgt, weil sie es ist, die 2006 Thesen zum „Nationalen Feminismus“ zur Diskussion stellt (vgl. Röpke/Speit 2008: 129-130; vgl. Eder 2008).

„Deutsche Frauen wehrt euch – gegen das Patriarchat und politische Unmündigkeit“, mit diesem für nationale Kreise geradezu revolutionären Slogan wirbt der Mädlering Thüringen seit 2003 für mehr weibliches Engagement in Reihen der Neonazis. Verlinkt wird die Website der Frauenkameradschaft zunächst ausschließlich von einem bekannten Nazi aus Jena: André Kapke, Gewalttäter und berüchtigtes Mitglied des „Thüringer Heimat-schutzes“, einem Kameradschaftsbündnis, das in Thüringen seit Mitte der 90er Jahre für rechtsextremen Terror steht (vgl. Hübner 2001). Kapke ist es auch, der presserechtlich für einen Werbeflyer des Mädlerings verantwortlich ist.¹⁶ Seinen ersten öffentlichen Auftritt

14 Skadixx am 11.08.08 im thiazi.net: <http://forum.thiazi.net/showthread.php?p=1276889>

15 Skadixx am 06.08.08 im thiazi.net: <http://forum.thiazi.net/showthread.php?p=1264140>

16 Mädlering Thüringen (2003/2004): Wer wir sind und was wir wollen. o.J.

hat der Mädelring beim so genannten „3. Thuringentag der nationalen Jugend“ am 29. Mai 2004 in Saalfeld (Verfassungsschutzbericht Thüringen 2004: 90-91).

Eine Kontaktaufnahme zum Mädelring gestaltet sich unerwartet einfach. Eine Reaktion erfolgt prompt. Rieke, die „Pressesprecherin“ des Mädelrings, damals kurz vor dem Abitur stehend, gibt Antworten, offene und oftmals, in ihrer Eindeutigkeit und Klischeehaftigkeit, nachgerade groteske.

Auf die Frage, was denn nun das Volk sei, was man mit einer „Reinhaltung des Blutes“ und ähnlicher Floskeln meine, sagt sie:

„Ich glaube, wenn ich eine Bluttransfusion von einer anderen Rasse bekommen sollte, würde ich schon ablehnen. Es wäre ein komisches Gefühl zu wissen, dass nun mein Blut vermischt wäre. Die Seele des Menschen liegt im übertragenen Sinne schon im Blut. Aber vor allem liegt sie im eigenen Volk und zu diesem gehört nun einmal das Blut.“ (Korrespondenz mit der Autorin, 22.10.2004)

Beim Mädelring ist man froh über potentielle Interessentinnen, auch wenn diese explizit nicht nationalsozialistisch eingestellt sind. Dieser verräterische Begriff rutscht ihr raus, als sie spontan auf eine Mail antwortet. Nationalsozialistisch? In der Öffentlichkeit präsentieren sich Neonazi-Gruppierungen, die dem sozialistischen Flügel der NSDAP um die Gebrüder Strasser huldigen, unter dem Label „Nationale Sozialisten“. Auch der Mädelring Thüringen zählt zu diesem Flügel und schreibt auf seiner Website: „Der Mädelring Thüringen ist ein Zusammenschluss aktiver nationaler Sozialistinnen, die den Befreiungskampf speziell in Thüringen, unterstützen möchte.“¹⁷ Intern wird der ideologische Bezugspunkt oft eindeutiger formuliert und so begrüßt der Mädelring seine LeserInnen im „Informationsheft des Mädelring Thüringen“, Ausgabe 1/2004, mit einem donnernden „Heil euch, Kameradinnen und Kameraden!“

Auch die Bezeichnung Mädelring kommt nicht von ungefähr, hat er doch seine Verwurzelung im Nationalsozialismus und in den Strukturen des Bundes Deutscher Mädel (BDM). Gleichwohl wird Rieke beteuern, man sei keineswegs altbacken, sondern jung und modern. „Wir unterscheiden uns in keinerlei Weise von anderen Jugendlichen“, sagt sie und unterstreicht, „dass wir uns im Grunde auch gegen das ‚Altbackendasein‘ wehren“. Mit „Proll-Glatzen“, die ideologisch nicht gefestigt sind, Rechts-Sein für „in“ halten, die ihrer Meinung nach nur blind draufschlagen, will sie nichts zu tun haben. Und weil sie sich von dieser Klientel, die sie abfällig „Kunden“ nennt, distanziert, trifft sie in ihrem Umfeld auf Akzeptanz. In der Schule, in der alle ihre rechtsextremen Positionen kennen, schätzt man ihren Intellekt und fragt nicht so genau nach. Schließlich ist Rieke keine Schlägerin...

Rieke – und mit ihr der Mädelring – bewegt sich zudem in einem Zirkel junger Leute, die ihren Hass auf das System mit modernen Mitteln transportieren. Altenburg gilt szenintern als Hochburg des NS-Hardcore mit einer Vielzahl von Bands, die schnelle harte Rhythmen rassistisch unterlegen und die – eine Albtraum-Vorstellung für völkische Traditionalisten – auch noch englisch singen (vgl. Dornbusch/Raabe 2006: 40-44). Eine alte

17 Website des Mädelrings Thüringen, Rubrik: „Wer wir sind“ (Zuletzt abgerufen am 2.5.2008). Die Homepage des MRT war bis vor kurzer Zeit zu erreichen unter: www.maedelring.tk. Seit August 2008 ist dies nicht mehr der Fall, was aber nicht zwingend als ein Indiz für die grundsätzliche Abschaltungen der Website oder gar Auflösung des Mädelrings genommen werden darf. Im Verfassungsschutzbericht 2007 des Landes Thüringen taucht der Mädelring nicht mehr namentlich auf, was einem Rückgang der Aktivitäten dieser Frauenorganisation entspricht.

Ideologie zeitgemäß verpackt. Von Teenagern, denn diese stellen das Gros der Szene in Altenburg und auch den Kern des Mädlerings. Gesellschaftlich ausgegrenzt sind weder die jungen Frauen des Mädlerings, noch die mit ihnen aufs Engste verbundenen, lokalen Akteure der „Freien Kameradschaften“.

Im Altenburger Raum, einer Region, die wirtschaftlich abgehängt ist, jahrelang Spitzenreiter bei den Arbeitslosenquoten in der Bundesrepublik war, unterscheidet man nicht immer so ganz genau, wenn geschimpft wird auf die Entwicklung nach der Wende. Linke und rechte Positionen vermischen sich, gerade dann, wenn beide behaupten „antikapitalistisch“ zu sein. Auf diesem Nährboden einer schleichenden Akzeptanz auch extrem rechter Positionen, gedeiht der Mädlering.

Hinzu kommt, dass Freunde der Kameradinnen, Haftstrafen wegen Körperverletzung in der Jugendvollzugsanstalt Hohenleuben absitzen und die „Mädels“ es sind, die sich jenseits der schwedischen Gardinen um Außenkontakte kümmern. Vor diesem Hintergrund durchlaufen sie einen Emanzipationsprozess. Sie lernen sich in rechtsextremen Strukturen zu bewegen und entwickeln ein eigenes Selbstbewusstsein als Akteurinnen der Szene.

Rieke erklärt, dass sich die Arbeit des MRT keineswegs gegen Männer richte. Man wolle nicht gegeneinander, sondern miteinander kämpfen:

„Natürlich stellen wir uns gegen Typen, die uns als Frauen bevormunden wollen und ein chauvinistisches Verhalten an den Tag legen, aber unsere Arbeit richtet sich keineswegs gegen den Mann im Allgemeinen, sondern soll der Frau dienen, aus ihrem Käfig auszubrechen und auch aktiv zu werden.“ (Korrespondenz mit der Autorin, 7.10.2004)

Die „Frauenfrage“ ordnet der MRT eindeutig dem gemeinsamen Kampf für Volk und Vaterland unter. Es geht den Kameradinnen weder um Geschlechteregalität noch um emanzipatorische Ziele, sondern darum, in den eigenen Reihen politisch anerkannt und wahrgenommen zu werden.

Auch inhaltlich möchte sich der Mädlering keineswegs auf Frauenthemen festlegen. „Die MRT Arbeit zielt nicht nur auf Frauenthemen“, sagt Rieke.

„Ich lehne das kategorisch ab. Natürlich sprechen wir im internen Kreis auch über spezielle Frauenangelegenheiten, aber unsere externe Arbeit besteht in erster Linie darin, dass wir die Öffentlichkeit zu aktuellen politischen und sozialen Themen aufklären. Unser Frauenthema Nr.1 ist nach wie vor, wie bekommen wir unsere Frauen dazu, aktiv am politischen Kampf mitzuwirken.“ (Korrespondenz mit der Autorin, 27.10.2004)

Ein Hervortreten aus dem Schatten der Männer soll nicht zuletzt durch eigenständige Demonstrationen, angemeldet von Frauen des MRT, in die Tat umgesetzt werden.

„Viele reine Frauenkameradschaften verkriechen sich und arbeiten lieber im Rahmen der Thematik Brauchtum. Wir dagegen wollen uns aktiv am politischen Kampf beteiligen, d.h. Infostände durchführen, im Umweltschutz aktiv werden, nicht nur zu Demos fahren, sondern auch selber welche organisieren.“ (Korrespondenz mit der Autorin, 22.10.2004)

Für Samstag, den 27. November 2004, meldet der Mädlering Thüringen unter dem Label „Mädlerbund Schmölln“ einen Infostich und Lampionumzug unter dem Motto „Licht ins Dunkel der Staatskassen bringen – keine Agenda 2010“ in Apolda an. Daraus wird ein Fackelmarsch mit 60 Teilnehmer und Teilnehmerinnen. Im Aufruf und der Berichterstat-

tung der braunen Szene kommen die Frauen des MRT so gut wie gar nicht vor. Für Rieke, die sehr viel Energie in die Veranstaltung gesteckt hat und im Vorfeld stolz ankündigt, bald sei von ihren Aktionen zu lesen, ist dies im Nachhinein jedoch kein Grund zur Aufregung. Sie nimmt es hin, dass sich Männer exponieren, denn intern sei schon klar, wer selbige Demonstration organisiert habe. Schließlich sei man ja nicht profilierungssüchtig. Auf der Demo sprechen zwei Männer und Rieke.

„Wir haben kein Auswahlkriterium wer sprechen darf und wer nicht, es kommt darauf an, ob er sprechen kann bzw. ob er sich mit der Thematik auseinandergesetzt hat. Da ist es mir persönlich egal, ob Männlein oder Weiblein. Es gibt zudem nur wenige Frauen, die sprechen, da muss man zwangsläufig männliche Kameraden einspannen. Wir kooperieren mit jedem, der gegenüber uns gut gesinnt ist. Da gibt es einige oder besser gesagt, ich kenne nur wenige Typen, die unsere Aktionen verlachen, der Rest ist positiv überrascht und findet es klasse was wir machen.“ (Korrespondenz mit der Autorin, 29.10.2004)

Einbezogen ist die Frauenkameradschaft in das „Nationale und soziale Aktionsbündnis Mitteldeutschland (NSAM)“,¹⁸ das im April 2004 eine Kampagne gegen die „Agenda 2010“ und die damit verbundenen Arbeitsmarktreformen, bekannt als „Hartz IV“, startet. Hier ist es insbesondere Marlen Pucknat, die sich stark engagiert und an der Konzeption der rechtsextremen Kampagne wesentlichen Anteil hat. Die Kameraden zollen ihr, der ideologischen Hardlinerin, dafür hohen Respekt. Mädlering und lokale Aktivistinnen, die sich mitunter so unverfängliche Tarnnamen wie „Schöner Wohnen Altenburger Land“ geben, starten Anti-Agenda-Wochen in Ostthüringen. Zwischen den 3. und 6. August 2004 bauen die KameradInnen Infotische in Altenburg, Meuselwitz, Schmölln und Lucka auf. Die Resonanz der Bevölkerung ist jedoch eher gering. Nur wenige, vorwiegend ältere Leute, nehmen das braune Propagandamaterial mit. Der Mädlering resümiert:

„Die Umerziehung hat auch hier deutliche Spuren hinterlassen. Das Desinteresse für politische Themen und auch die Gleichgültigkeit gegenüber der Volksgemeinschaft befinden sich derzeit auf dem Höhepunkt. Deshalb müssen wir durch gezielte Aktionen wie der Öffentlichkeitsarbeit, versuchen immer mehr deutsche Bürger auf unsere Seite zu ziehen. Gerade im Ostthüringer Raum muss dahin gehend noch einiges geschehen. Das Volk muss erkennen, dass wir ihre Probleme und Sorgen ernst nehmen und dass wir eine Alternative bieten können. Doch dies geschieht nur, wenn wir volksnah sind und für sozial Schwache, beispielsweise eintreten, indem wir uns in sozialen Einrichtungen engagieren oder die Menschen durch gezielte Propaganda aufklären.“¹⁹

Das hier eingeforderte „volksnahe“ Engagement in sozialen Einrichtungen, wird von der rechtsextremen Szene heute auf vielfältige Weise praktiziert – man geht in Altersheime, bietet Hausaufgabenhilfe an, unterhält Beratungsstellen für Hartz IV-Betroffene, engagiert sich in Vereinen, etc. Und es sind gerade auch Rechtsextremistinnen, die ganz gezielt in Ausbildungszweige und Studiengänge gehen, die später eine Arbeitsstelle im sozialen Bereich versprechen. Von Marlen Pucknat heißt es, sie strebe aktuell – 2008 – eine Stelle als Jugendsozialarbeiterin an.

18 Beim NSAM handelte es sich um einen überregionalen, losen Zusammenschluss von „Freien Kameradschaften“ aus den Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Berlin, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen (vgl. Grumke /Klämer 2006: 88-92).

19 Informationsheft des Mädlering Thüringen (2004): Ausgabe I/04. Altenburg. 5.

Ohnehin sind einige Veränderungen im Leben von Rieke und Marlen eingetreten: Rieke hat 2005 ein Studium aufgenommen. Im gleichen Jahr bekam sie ihr erstes Kind. Auch Marlen ist mittlerweile Mutter. Vor diesem Hintergrund verschiebt sich die Tätigkeit des Mädlerings. Er tritt weniger öffentlich in Erscheinung, sondern als Organisator von Mutter-Kind-Treffen. Ein Szenekundiger kommentiert: „Die machen jetzt einen auf deutsche Mutter“.

Sicherlich ist es nicht zuletzt die veränderte Lebenssituation, die Rieke dazu veranlasst, 2006 einen Artikel zu schreiben, der für Furore sorgt: „Nationaler Feminismus – Ein Paradoxon?“. In der Tat ist das, was sie zu Papier bringt und auf der Website des Mädlerings veröffentlicht, widersprüchlich. Sie fordert einerseits ihre Mitstreiterinnen dazu auf, sich den Feminismus anzueignen und für die Gleichberechtigung von Frauen auf allen gesellschaftlichen Gebieten einzutreten. Andererseits grenzt sie sich deutlich ab von der Emanzipationsbewegung der 70er Jahre. Ihr „nationaler Feminismus“ kommt bildlich gesprochen auf Samtpfoten daher. Wissend, dass selbst vorsichtige Bemühungen, um eine Veränderung des Frauenbildes in rechtsextremen Kreisen, einen beinahe revolutionären Touch haben, schreibt sie an die Adresse der KameradInnen gerichtet:

„Um voreiligen Kritikern den Wind aus den Segeln zu nehmen, weisen wir darauf hin, dass sich unser Frauenbild nicht gegen die Männer richtet, wie die Emanzipationsbewegung in den 70er Jahren. Es geht uns nicht um die Männerwelt, sondern um das Selbstverständnis der Frau. Denn nur wenn wir dazu in der Lage sind uns im öffentlichen Raum zu reproduzieren, werden wir auch ernst genommen und chauvinistische und sexistische Ansichten verlieren ihren Nährboden.“

Gewissermaßen auf halber Strecke steckenbleibend, erweist sich auch die Kritik am überkommenen „Frauenbild, das vor allem im Dritten Reich geprägt worden ist“. Dieses sei nicht mehr im vollen Umfang vertretbar, eine übertriebene Stilisierung der Mutterrolle müsse vermieden werden, heißt es, um dann gleich wieder klarzustellen: „Es ist unsere völkische Pflicht, Kinder zu bekommen“.

Übergeordnetes Ziel der Emanzipationsbestrebungen und aller Verbalradikalität des Mädlerings ist und bleibt der gemeinsame Kampf für Volk und Vaterland. Der Mädlering möchte ein neues Frauenbild schaffen, nämlich das der politischen Soldatin. Auf gleicher Augenhöhe mit den Kameraden sollen „nationale“ Frauen kämpfen gegen den demokratischen Staat und für eine rassistisch fundierte Volksgemeinschaft.

Noch ist die Zeit nicht reif für solche Ansätze, wie die Frauen des MRT erfahren müssen. Ihre Thesen zum „Nationalen Feminismus“ treffen in den eigenen Reihen auf Unverständnis, chauvinistische und sexistische Sprüche. Gerade die Hitleristen unter den Neonazis fühlen sich vom Mädlering auf den Schlipps getreten.

„Ich habe weder in den Schriften von Gertrud Scholz Klink noch sonst irgendwo etwas von der Unterdrückung der Frau gelesen. Ich finde es also überflüssig, so etwas wie einen ‚nationalen Feminismus‘ zu forcieren. Dessen bedarf es nicht und zweitens bringt diese Sache die Gefahr mit, dass es missverstanden wird und sich irgendwann wirklich der gemeinschaftsschädigende Feminismus unter unseren Frauen breit macht“,

kommentiert ein führender NPD-Funktionär im Mitteldeutschen Gesprächskreis der NPD.²⁰

20 Patrick (Wieschke) am 26.06.2006 im Mitteldeutschen Gesprächskreis der NPD Thüringen. Wieschke, mittlerweile Landesgeschäftsführer der NPD in Thüringen und in der NPD-Zentrale in Berlin betraut mit Wahlkampforganisation, meint die Reichfrauenführerin Gertrud Scholtz-Klink.

Auch wenn der rechte Mainstream nach wie vor nichts von Feminismus wissen will, so sind es (junge), gebildete Frauen wie Marlen und Rieke, die mit ihren vermeintlich progressiven Ideen zur Modernisierung des Rechtsextremismus beitragen. Die Hoffnung, ein hoher Bildungsabschluss und die Aufnahme eines Studiums, würden bei Rieke einen Wandel der politischen Gesinnung herbeiführen, erweist sich als trügerisch.

„Glaube kaum, dass mich ein Studium von meinen politischen Ansichten abbringen könnte. Ich bin zwar schon sehr gespannt auf das was da kommen möge, aber meine Weltanschauung ist zu tief in mir verwurzelt“,

sagt sie 2005. Statt ihr rassistisches Weltbild zu revidieren, hat sie neue Erfahrungen und Erkenntnisse integriert in ihre braune Ideologie.

5 Fazit

Frauen und Mädchen wirken heute auf allen Ebenen des Rechtsextremismus mit. Sie werden als politische Akteurinnen verkannt und haben es deswegen leicht, ihre Ideologie unter das Volk zu bringen. Mögen sie privat noch so nette Menschen sein, als politisch Handelnde arbeiten sie an der Abschaffung des demokratischen Staates. Ihr Ziel ist die homogene arisch-reine Volksgemeinschaft, in der Andersdenkende, Andersgläubige und Menschen mit Migrationshintergrund keinen Platz haben. Moderne Rechtsextremistinnen können durchaus ein Mehr an Frauenrechten einfordern, sich gegen Patriarchat und Sexismus aussprechen. Ihre Forderungen und Anliegen beziehen sie jedoch ausschließlich auf die weiße, deutsche Frau. Wenn ihre verfassungs- und menschenfeindliche Agitation unwidersprochen bleibt, wie es die Fallstudien leider belegen, sind sie angekommen in der Mitte der Gesellschaft.

Literatur

- Aden, André/Röpke, Andrea (2007): Ohne die Frauen geht nichts mehr. In: Tagesschau. Dossier Rechtsextremismus. In: www.tagesschau.de/inland/meldung61758.html (zuletzt abgerufen am 2.9.2008)
- Antifaschistisches Frauennetzwerk, Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus (2005): Braune Schwestern? Feministische Analysen zu Frauen in der extremen Rechten. Münster.
- Baumgärtner, Maik (2007): Da muss ich durch – Eine Frau steigt aus. Internetquelle: www.maikbaumgaertner.de/?p=29 (zuletzt abgerufen am 30.11.2007)
- Bitzan, Renate (2008): Frauen im Rechtsextremismus in Theorie und Praxis. Impulsreferat im Rahmen der Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin am 23.1.2008. Thema: Brave Mädels und echte Kerle? Theorie und Praxis von Geschlechterrollen im Rechtsextremismus. In: www.fes.de/rechtsextremismus/pdf/080123_bitzan.pdf
- Bitzan, Renate (2002): Frauen in der rechtsextremen Szene. In: Grumke, Thomas/Wagner Bernd (Hg.): Handbuch Rechtsradikalismus. Personen – Organisationen – Netzwerke vom Neonazismus bis in die Mitte der Gesellschaft. Opladen: 87-104.
- Döhring, Kirsten/Feldmann, Renate (2005): Akteurinnen und Organisationen. Die Involviertheit von Frauen in der extremen Rechten. In: Antifaschistisches Frauennetzwerk, Forschungsnetzwerk

- Frauen und Rechtsextremismus (2005): Braune Schwestern? Feministische Analysen zu Frauen in der extremen Rechten. Münster: 17-33.
- Döhring, Kirsten/Feldmann, Renate (2002): Ich weiß genau was ich will, halt nicht die Schnauze und bin still... Frauenbilder in rechten Subkulturen. In: Dornbusch, Christian/Raabe, Jan (Hg.) RechtsRock. Bestandsaufnahme und Gegenstrategien. Münster: 187-214.
- Dornbusch, Christian/Raabe, Jan (2006) RechtsRock – Made in Thüringen. Erfurt
- Drucksache des Sächsischen Landtags/Dokument 4/13281 (2008): Große Anfrage von Bündnis 90/Grüne zum „Rechtsextremismus in Sachsen“. Eingereicht am 15.09.2008 – beantwortet am 20.11.2008. Das Dokument ist abrufbar in der Parlamentsdatenbank des Sächsischen Landtags unter <http://edas.landtag.sachsen.de>.
- Eder, Flora (2008): Düütsche Deerns, wir kriegen euch! Nach Che Guevara und den Palästinensertüchern haben Rechtsextreme auch den Feminismus für sich entdeckt. In: Jungle World, Nr. 32, 7.8.2008.
- Elverich, Gabi (2008): Was verbirgt sich hinter dem Ring nationaler Frauen (RNF)? In: Virchow, Fabian/Dornbusch, Christian (Hg.): 88 Fragen und Antworten zur NPD. Weltanschauung, Strategie und Auftreten einer Rechtspartei – und was Demokraten dagegen tun können. Schwalbach/Ts.: 211-214.
- Esen, Ellen (2007): Rechte Mädels, Skingirls und Biederfrauen: Über Akteurinnen der Szene und über Möglichkeiten auszusteigen. In: Bundesarbeitsgemeinschaft Mädchenpolitik e.V., Heft 7/2007: Mädchen und Frauen im Spannungsfeld von Demokratie und rechten Ideologien. Berlin.27-37. Der Artikel ist online abrufbar unter www.maedchenpolitik.de.
- Esen, Ellen (2009): Was macht Rechtsextremismus für Mädchen und Frauen attraktiv? Einsiegs motive von Mädchen und jungen Frauen. In: Betrifft Mädchen, 1/2009, Thema: „smart + extrem“ Mädchen in rechten Szenen, Weinheim: 12-17.
- Fahr, Margitta-Sybille (2005): Spirit of 88. Rechtsextreme Zeichen und Symbole. Erfurt.
- Fromm, Rainer (2008): We play NS-Hardcore! Die Mythisierung rechten Gedankenguts in der Musik. In: www.bpb.de/themen/F2U2XB.html
- Grumke, Thomas/Klärner,Andreas (2006): Rechtsextremismus, die soziale Frage und Globalisierungskritik. Eine vergleichende Studie zu Deutschland und Großbritannien seit 1990. Berlin.
- Heitmeyer, Wilhelm (Hg.) 2007: Deutsche Zustände. Folge 5. Frankfurt/M.
- Hübner, Carsten (2001): Rechtsextremismus in Thüringen. Eine Bestandsaufnahme. In: Dwars, Jens-F./Günther, Mathias (Hg.): Das braune Herz Deutschlands? Rechtsextremismus in Thüringen. Jena.
- Kenzo, Rena (2008): Was machen die Frauen in der NPD? In: Virchow, Fabian/Dornbusch, Christian (Hg.): 88 Fragen und Antworten zur NPD. Weltanschauung, Strategie und Auftreten einer Rechtspartei – und was Demokraten dagegen tun können. Schwalbach/Ts.: 208-211.
- Köditz, Kerstin (2009): Und Morgen? Extreme Rechte in Sachsen.Berlin.
- Köttig, Michaela (2004): Lebensgeschichten rechtsextrem orientierter Mädchen und junger Frauen. Biographische Verläufe im Kontext der Familien- und Gruppendynamik. Gießen.
- Röpke, Andrea (2007): Ferien im Führerbunker. Die neonazistische Kindererziehung der Heimattreuen Deutschen Jugend (HDJ). Mit einem Vorwort von Gideon Botsch. Braunschweig.
- Röpke, Andrea (2005): Retterin der weißen Rasse. Rechtsextreme Frauen zwischen Straßenkampf und Mutterrolle. Braunschweig.
- Röpke, Andrea/Speit, Andreas (2008): Die deutsche Frau. In: Röpke, Andrea/Speit, Andreas (Hg.): Neonazis in Nadelstreifen. Die NPD auf den Weg in die Mitte der Gesellschaft. Berlin:112-131.
- Röpke, Andrea/Speit, Andreas (2005): Nicht mehr nur die Freundin eines Nazis. In: Röpke, Andrea/Speit, Andreas (Hg.): Braune Kameradschaften. Die militanten Neonazis im Schatten der NPD. Berlin: 87-106.
- Rommelspacher, Birgit (2006): Der Hass hat uns geeint – Junge Rechtsextreme und ihr Ausstieg aus der Szene. Frankfurt/M.
- Ruf, Christoph/Sundermeyer, Olaf (2009): In der NPD. Reisen in die National Befreite Zone, München.

- SINUS-Studie über rechtsextreme Einstellungen die den Deutschen (1981): 5 Millionen Deutsche: Wir sollten wieder einen Führer haben... Reinbek bei Hamburg.
- Staud, Toralf (2005): Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD. Köln.
- Stöss, Richard (2005): Rechtsextremismus im Wandel. Herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung. Berlin.
- Statistisches Bundesamt (2006): Datenreport 2006.
- Verfassungsschutz Thüringen (2005): Verfassungsschutzbericht Freistaat Thüringen 2004. Erfurt.

„Auf kommunaler Ebene Ausgrenzung unterlaufen“ Kommunale Dominanzbemühungen der NPD in Regionen von Mecklenburg-Vorpommern

Andreas Speit

1 Vorbemerkung: Graswurzelstrategie von rechtsaußen

Rechtsextremistische Ressentiments im öffentlichen Bewusstsein als alltäglich zu verankern und zu normalisieren, stellt für die NPD ein zentrales strategisches Ziel dar. Im vorpolitischen Raum wollen sie so Akzeptanz für ihr Personal und ihren Strukturen gewinnen. Vor allem in den neuen Bundesländern gibt es Anzeichen, dass dieses Vorgehen zumindest in Ansätzen erfolgreich ist. Ein Stadt-Land-Gefälle ist aber auch im Westen zu beobachten, im ländlichen Raum gelingt Parteikader durch Vereins- und Gemeindeaktivitäten sich als nette Nachbarn und wählbare Vereinsbrüder zu gerieren. Wie die Partei auf dieses Ziel hinarbeitet, soll anhand des folgenden Fallbeispiels erläutert werden, dessen Ausgangspunkt eine Reportage aus dem ländlichen Mecklenburg-Vorpommern bildet.

2 Ortsbesuch in Lübbtheen

Laute Stimmen dringen durch die offene Tür. In dem Büro wird sich gut gelaunt unterhalten. Auf dem Gehweg weist ein Stellschild in Lübbtheen auf die Öffnungszeiten hin. Höflich lächeln Udo Pastörs und Stefan Köster von dem Schild. In bester Ortslage haben der NPD-Fraktionschef Pastörs und der Parlamentarische Geschäftsführer Köster ihr Bürgerbüro eröffnet. Leben sie doch auch in der mecklenburg-vorpommerischen Kleinstadt. „Wir kümmern uns“ steht auf einem Werbeträger im Schaufenster. Keine leere Versprechung, beobachtet eine Sozialarbeiterin. „Die bieten wirklich Hilfe an, helfen bei Anträgen für Wohngeld oder Hartz IV“, berichtet sie. Bei Festen für Demokratie kommen sie mit ihren Familien. Das Motto schreckt sie nicht ab, sagt die Sozialarbeiterin und erzählt, als einmal Regen einsetzte, brachten die NPD-Kader sogleich Zelte herbei. In den Kindergärten der Region, in den Sportvereinen, weiß sie, sind hauptberufliche Erzieherinnen und ehrenamtliche Trainer schon lange besonders herausgefordert.

Vor Weihnachten wird in den Räumen, in denen Pastörs vor der Landtagswahl 2006 ein Juweliergeschäft betrieb, Basteln mit Tannengrün angeboten – für die ganze Familie. „Nationale Menschen sind in Lübbtheen in der Mitte des Volkes“ betont Köster, der neben seinem Landtagsmandat zugleich NPD-Landesvorsitzender ist. Er räumt ein, dass nicht bloß durch das alltägliche Zusammenleben „nationale Menschen“ als „nette Nachbarn“ lieb gewonnen wurden. Über die Kinder wäre man sich besonders nahe gekommen, hebt er hervor. „In vielen Regionen unserer Heimat ist es mittlerweile unerheblich“, verkündet er, „ob der Feuerwehr- und Sportkamerad in der nationalen Opposition tätig ist“. Manchen Anwohner stört auch nicht mehr, dass Köster wegen Körperverletzung verurteilt wurde. Bei

einer Wahlveranstaltung im schleswig-holsteinischen Steinburg 2004 hatte er mit anderen NPD-Kadern auf eine am Boden liegende Gegendemonstrantin eingetreten.

Den Aussagen Kösters möchte SPD-Bürgermeisterin Ute Lindenau nicht widersprechen. Schon lange will sie in der Stadt mit den vielen Linden nichts beschönigen. Am Wahltag, dem 17. September 2006, erreichte die NPD in der Gemeinde mit knapp 5.000 Einwohnern, ungewöhnlich niedriger Arbeitslosigkeit und sich stetig ansiedelnder Wirtschaft rund 16 Prozent der Wähler. Landesweit ermöglichten der NPD 7,3 Prozent den Einzug ins Schweriner Schloss. In 33 von 36 Wahlkreisen kam die Partei bei der Wahl 2006 über 5 Prozent. In Ostvorpommern erreichte sie in einigen Dörfern über 30 Prozent: Postlow 38,6 Prozent; Blesewitz 32,2 Prozent; Bargischow 31,6 Prozent und Neu-Kosenow 31,1 Prozent.

Sechs Bürgerbüros hat die NPD dank des Wahlerfolges in dem großen Flächenbundesland eröffnet. Donnerstags und Freitags sind in Lübtheen die Türen offen. „Die NPD achtet peinlichst genau darauf die Öffnungszeiten einzuhalten“, betont Ute Lindenau und berichtet: „Mancher Bürger geht da hin“. Telefonisch können Termine vereinbart werden. „Sie bemühen sich sehr sich als jene zu gerieren, die sich kümmern würden“, sagt sie. Die stadtbekanntesten NPDler würden auch immer höflich und zuvorkommend auf die Anwohner zugehen. Suchten das Gespräch. Manch Jugendlicher schaut aber einfach nur mal so beim Büro vorbei. „Hey wie geht’s“, wird er auf dem Gehweg begrüßt. „Danke“ nickt er und stellt sein Fahrrad zum kurzen Smalltalk ab. Politische Gespräche sollen die Kader der Partei aber gar nicht ständig führen. Nicht nur die Bürgermeisterin und die Sozialarbeiterin betonten, Pastors und Köster hätten NPD-Positionen gar nicht laut verkündet. „Die haben nie so was gesagt, wie die NPD meint, die NPD schreibt oder so was“, erzählt eine Jugendliche. Ihre Mutter ergänzt: „Über die Steuer, oder das Kindergeld, na über die Politik, die die da oben machen haben die geredet, was uns das wieder koste und uns nichts bringen würde.“ Beide betonen aber auch: So richtig redet man gar nicht über „die“. Man weiß ja auch nicht immer, wer hier wie zu denen steht, sagt die Jugendliche und betont, auch nicht bei allen Mitschülern.

Durch die NPD ist die Stadt gespalten, sagt Ute Lindenau. Offen betont die Bürgermeisterin, was früher nicht erkannt wurde: „Die Herren haben mit ihren Familien sehr wohl Politik ins Gemeindeleben hineingetragen. Wir haben das allerdings zu spät wahrgenommen.“ Lautstarke Partei-Reden schwenkten Pastors und Köster eben auch nicht, massenhafte NPD-Flugblatt-Verteilaktionen unterblieben auch – anfänglich

2.1 „Wenn wir die Möglichkeit haben ziehen wir zusammen in eine Region“

In den Wendejahren ab 1989 siedelten sich gezielt Kader aus dem Spektrum der NPD und „Freien Kameradschaften“ in der Region an. Doch die Ansiedlung kann kaum den gesellschaftlichen Zuspruch erklären. Bei den alt Eingesessenen müssen die neuen Siedler angekommen sein. „Westimport“: Diese frühere Abwehrgumentation hört man in der Lindenstadt kaum noch. Im Osten des Bundeslandes konnte noch weniger auf die „West-Nazis“ als Ursache für die gesellschaftliche Rechtsentwicklung verwiesen werden. Die Kader kommen aus der Region.

Gleich hinter der Elbe auf der Ostseite erwarben Thomas Wulff und Michael Grewe ein großes Gutshaus in Amholz. Das rote Backsteingebäude liegt gut versteckt in der Ge-

meinde Teldau. Nur über einen holprigen Sandweg ist das von Bäumen und Gestrüpp abgeschirmte Gebäude zu erreichen. An die 300.000 Mark sollen sie für das Anwesen bezahlt haben. Die Kaufpreise waren mit einer der Gründe, warum Rechtsextreme in den Osten zogen. Der Pressesprecher des niedersächsischen Verfassungsschutzes, Rüdiger Hesse, bestätigte damals nicht nur, „es ziehen immer mehr Personen in die Gegend“. Er nannte gleich zwei weitere Gründe. „Keine Ausländer, keine Antifa“.

Nach dem Wandel durch die Wende waren die Biografien der Menschen im Osten und das Wertgefüge der „verschwundenen“ Gesellschaft erschüttert. „Ein Vakuum war entstanden das bis heute nachwirkt“, betont Günther Hoffmann, langjähriger Rechtsextremismus-Experte für Mecklenburg-Vorpommern. „Den Rechtsextremen spielte zudem der mangelnde zivilgesellschaftliche Widerspruch entgegen.“

Längst haben sich Wulff und Grewe mit ihren Familien in der Gemeinde eingelebt. Ihre Kinder gehen hier zur Schule. In der Elternarbeit versprach Wulff sich einzubringen. T-Shirts für eine Schulveranstaltung soll er besorgt haben. Für die NPD zog Grewe 2004 in den Gemeinderat von Teldau. Seine Vergangenheit störte nicht. Im August 1997 fanden Polizeibeamte bei einer Hausdurchsuchung in Grewes Wohnung Hamburg-Lohbrügge eine Maschinenpistole, einen Karabiner, zwei Pistolen und über 1.000 Schuss Munition. Der Karriere in der NPD war seine Geschichte auch nicht hinderlich. Er ist nicht nur Beisitzer im Landesvorstand und stellvertretender Vorsitzender in Westmecklenburg, er ist auch bei der Landtagsfraktion angestellt.

Keine 30 Kilometer von Amholz entfernt haben sich die Familie Pastörs und Köster bei Lübtheen niedergelassen. Ende der 1990er Jahre zog Pastörs von Bad Zwischenahn nach Briest. Der ehemalige Bundeswehroffizier und gelernte Uhrmacher bewohnt dort mit seiner Frau ein weitläufiges Parkgelände. Baumaßnahmen an Nebengebäuden lassen immer wieder Vermutungen über Schulungs- und Tagungsräume aufkommen.

Nicht unweit von Pastörs lebt Köster. In Paeow hat er mit Frau und Kind ein neues Eigenheim bezogen. Keine dreißig Autominuten entfernt, im Laupin hat sich damals auch der verurteilte Revisionist Erhard Kemper niedergelassen. In die Region kam ebenso Andreas Theißen. Der Ludwigsluster NPD-Kreisvorsitzende Theißen hat sich mit Frau und fünf Kindern in Langenheide angesiedelt. In Lübtheen leitet er als Wahlkreismitarbeiter von Pastörs dessen Büro. Öffnet die Tür, ist einfach da. 1999 verurteilte das Amtsgericht Hagenow Theißen, der aus Berlin stammt, wegen vorsätzlichen und fahrlässigen Verstoßes gegen das Sprengstoffgesetz zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von 15 Monaten auf Bewährung. Seine Frau, Birkhild Theißen, ist wie er im Gemeindeleben stark engagiert. Sie war Elternsprecherin in einer Grundschulklasse in Lübtheen und zeitweilig Betreuerin in einer Krabbelgruppe. Mit ihren Kindern nahmen sie an Veranstaltungen der „Heimattreuen Deutschen Jugend“ (HDJ) teil. Die HDJ wollte bis zu ihrem Verbot durch das Bundesinnenministerium am 31. März 2009 Kinder und junge Menschen im Alter von sieben bis 29 Jahren im rechten Geist erziehen und körperlich stählen. Die völkische Ausrichtung nannten sie beschönigend auf ihrer Website „Volks- und Heimattreue“. Andrea Röpke, die als Journalistin zur HDJ jahrelang recherchierte, wird deutlicher: „Bei der HDJ fanden eine nationalistische, antidemokratische Bildungsdressur im Innercircle der braunen Szene statt. Sie wollten die Kader von morgen schulen.“ Bei Theißens beobachten Anwohner völkische Lager mit Kindern. Groß wird jedoch über diese Events nicht gesprochen. Man will keinen Ärger, heißt es hinter vorgehaltener Hand.

Seit Jahren sind Wulff und Grewe mit der Familie Bärthel bekannt. Schon aus Hamburg kennen sie sich. Fast zeitgleich war der rechtsextreme Rentner Klaus Bärthel in die Region gezogen. In Ludwigslust lies die Familie sich nieder. In der Kleinstadt, berichteten Anwohner vor Jahren, gehen „die Jungen“ oft „den Alten“ besuchen. „Die fasziniert, dass ein so alter Herr sich treu bleibt“, glaubt eine Frau. „Wir haben diese Entwicklung genau verfolgt“, erzählt Hans-Jürgen Zimmermann, der seit Jahren Bürgermeister der Stadt ist. Der Grünen-Politiker hebt hervor, dass „leider auch ausländische Mitmenschen und anders denkende Jugendliche attackiert“ wurden. Die nahe gelegene KZ-Gedenkstätte Wöbbelin schänden Rechtsextreme öfters, ebenso den jüdischen Friedhof in Boizenburg. „Aber in Ludwigslust selbst“, betont er „sind die Rechten heute nicht mehr so präsent“. Das Straßenbild der Kreisstadt mit dem Schloss prägen die rechtsextrem orientierten Jugendlichen nicht mehr. Inga Hinrichs, Leiterin des Jugendzentrum ZEBEF in Ludwigslust erzählte früher schon: „Die Rechtsradikalen haben ihre Strategie geändert.“ Nachdem das ZEBEF 2002 eine Ausstellung zum Thema Neofaschismus zeigte, versuchten die Rechtsextremen zunächst, die Mitarbeiter mit Aufmärschen einzuschüchtern. Ohne Erfolg. „Nun verzichten Bärthel und Co. auf die direkte Konfrontation“, berichtet sie. Die veränderte Situation in Ludwigslust dürfte aber nicht alleine der Strategie der Rechten geschuldet sein. Seit Jahren führen Stadt, Parteien und Initiativen Aktionen gegen Rechtsextremismus durch. „Wir mussten uns der Entwicklung entgegenstellen“, betont Hans-Jürgen Zimmermann, auch „wenn es nicht immer leicht ist“.

Fand hier in Westmecklenburg-Vorpommern eine gezielte Ansiedelung statt? Gab es Absprachen? Es erscheint zumindest plausibel. Bestätigen möchten das aber weder Pastörs, noch Köster. Mit Journalisten reden beide nur, wenn sie etwas verkünden möchten, ein eigenes Anliegen haben – von Werbung bis Rechtfertigung. Alleine Wulff führt auf Nachfragen zu den Ansiedlungen aus: „Wenn wir die Möglichkeit haben, versuchen wir zusammen in eine Region zu ziehen.“ Mit der Hoffnung, „dort“ Einfluss zu gewinnen. Und er sagt: „Zunehmend wirken wir in die Bevölkerung hinein.“ Köster hebt indes nur hervor: „Nationale Menschen sind in Lübtheen in der Mitte des Volkes“ und betont „Lübtheener pflegten freundschaftliche Kontakte zu der nationalen Opposition“. Fast prahlerisch erklärt Pastörs: „Hier wächst eine Kernmannschaft der nationalen Opposition zusammen mit den Menschen, die hier leben.“

Augenscheinlich keine bloßen Propagandasprüche: Im November 2003 übernahm Köster den Landesvorsitz. Rund 100 Mitglieder hatte die Partei damals. Langsam begann mit Köster der Aufstieg des Landesverbandes. Erste Wahlzusprüche stellten sich ein. Bei der Europawahl 2004 erreicht die NPD 1,7 Prozent der Stimmen. Zehn Mandate erlangte sie bei der Kommunalwahl. In sieben Kreis-, Stadt- und Gemeindevertretungen zogen sie ein: Kreistag Ludwigslust, Stadtrat Ludwigslust, Gemeinde Teldau, Kreistag Ostvorpommern, Stadtrat Anklam, Kreistag Müritz und in die Bürgerschaft Stralsund (vgl. Hoffmann 2007a: 18ff.). Bei der Bundestagswahl 2005 erreichte die NPD in Mecklenburg-Vorpommern 3,5 Prozent. Köster bekam 8,6 Prozent – mehr Stimmen als FDP und Grüne zusammen. In 35 Gemeinden erzielte die NPD zweistellige Ergebnisse.

Vor allem dort, wo die Partei oder die „Freien Kameradschaften“ fest verankert sind, wächst der Wahlzuspruch, betont Karl-Georg Ohse vom „Mobilen Beratungsteam für Demokratien und Kultur“ in Mecklenburg-Vorpommern und hebt hervor: „Die Akzeptanz der Bevölkerung gegenüber rechtsextremen Inhalten wächst weiter an.“ Schon 2003 stellte eine Forsa-Untersuchung fest, dass 30 Prozent der Befragten in dem Bundesland rechtsextreme

Einstellungen aufweisen. Die Studie von Oliver Decker und Elmar Brähler „Bewegung in der Mitte. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2008“ offenbart, dass in dem Bundesland 32,2 Prozent „ausländerfeindliche“ Aussagen zustimmen. 16 Prozent befürworten eine Diktatur. Eine traurige Spitzenstellung weit vor Sachsen-Anhalt mit 9,7 Prozent. Der „Verharmlosung“ des Nationalsozialismus stimmten 7,2 Prozent zu. Mit Baden-Württemberg bildet Mecklenburg-Vorpommern hier die Spitze (vgl. Decker/Brähler 2008: 42-53). Der Einstellungswandel fällt aber gerade in dem Land zwischen Haff und Elbe längst mit dem Wahlverhalten zusammen.

2.2 „Bürgernähe zeigen“

In Mecklenburg-Vorpommern wirkt sich eine langfristig ausgerichtete Strategie der NPD aus. Die Ansidlung geht mit ihr einher. Vor dreizehn Jahren, 1996, übernahm Udo Voigt den Parteibundessvorsitz. Mit engen Vertrauten leitete der ehemalige Bundeswehroffizier eine strategische Neuorientierung und ideologische Neuausrichtung ein. „Bürgernähe zeigen, vor Ort siegen“ ermahnte Voigt die Partei immer wieder. Im Gespräch mit der „neurechten“ Wochenzeitung „Junge Freiheit“ betont er am 24. September 2004: „Im übrigen interessiert die Leute auf der Straße nicht der Holocaust, sondern die Alltagsprobleme wie etwa Hartz IV.“ Auf „kommunaler Ebene“, so erklärt er immer wieder, könne die vermeintliche „Ausgrenzung unterlaufen“ werden.

Mit dem Amtsantritt rückten die sozialen Themen nachhaltig und verstärkt ins Politikverständnis der NPD. Parteistrategen versuchen die „soziale Frage“ national zu beantworten, um nicht nur kurzfristig Protestwähler für sich zu gewinnen. Holger Apfel, NPD-Bundessvize und Fraktionschef in Sachsen, der in Mecklenburg-Vorpommern den Landtagswahlkampf lenkte, erklärt im „Klartext“, einem Informationsblatt des sächsischen NPD-Fraktion, deutlich: „So wichtig der Kampf um die historische Wahrheit ist: Wir werden daran gemessen, was wir zur Lösung der sozialen Frage beizutragen haben.“ In der „Deutschen Stimme“ legte Jürgen Gansel im Februar 2006 dar:

„Insofern haben wir Nationalisten zwingend Gegenwartsthemen aufzugreifen und die soziale Frage konsequent zu nationalisieren. Laden wir die soziale Frage weiterhin völkisch auf – ‚Wir Deutsche oder die Fremden‘, ‚Unser Deutschland oder das Ausland‘ – und untermauern wir den Schlachtruf ‚Gegen Verausländerung, Europäische Union und Globalisierung‘ noch stärker programmatisch, werden wir die etablierten Volksbetrüger schon bald das Fürchten lehren.“

Deutlich sagt er in der Parteizeitung, „Deutsche Stimme“, (monatliche Auflage 25.000 Exemplare) dass die Partei eine Re-Nationalisierung des Sozialen vorantreiben soll. Genau so offen erklärt er, um „deutsche Interessen“ wirkungsvoll vertreten zu können, sei es unerlässlich eine „Ethnisierung des Sozialen und damit eine klare Trennung von Eigenen und Fremden“ zu beschleunigen. Diese angedeutete Volksgemeinschaft, darf betont werden, schließt nicht alle Menschen ein. In diesem „Gemeinschaftsdenken“ haben nicht alle die gleichen Rechte.

Als Voigt das Amt übernahm, hatte die Partei etwa 2.800 Mitglieder, zudem war sie überaltert. „Altherrenpartei“ war eine nicht gerade wohlwollende Beschreibung in der extrem rechten Szene. Die Parteiführung war damals heftig zerstritten, die Kassen leer und das Programm nicht einmal für überzeugte Rechtsextreme ansprechend. 2008 haben jedoch

rund 7.200 Personen ein NPD-Parteibuch.¹ Gezielt strebt die NPD, ganz wie Voigt seit Amtsantritt dachte, in den Ländern und Gemeinden die enge Zusammenarbeit mit der „nationalen Opposition“ an. „Es zählt was eint“, ist sein Motto. Mit der „Deutschen Volksunion“ (DVU) um den mittlerweile vom NPD-nahen Matthias Faust abgelösten Bundesvorsitzenden Gerhard Frey, wurde ein „Deutschland-Pakt“ vereinbart. Sie legten damals fest, wer wann wo kandidiert, um sich nicht gegenseitig die geneigten Wähler abspenstig zu machen. Die NPD öffnete sich schon vor dem „Pakt“ den „Freien Kameradschaften“, einem Netzwerk aus militanteren Gruppen, die früher grundsätzlich das Programm der NPD zu moderat, und die Strategie zu legalistisch auf Parlamente ausgerichtet fanden.² Auch wenn der Pakt oft von NPD- und „Freie Kameradschafts“-Kader hinterfragt wird, diese Vereinbarungen leitet eine Phase des Wiederaufstiegs für die rechtsextreme Partei ein.

In der Kameradschaftsszene finden ständig Aktionen, Konzerte und Partys statt. Das Politische geht in das Private über: man kämpft, man feiert gemeinsam. Ihren hohen Aktivismus und enormes Engagement, das wussten damals Voigt und Apfel, braucht die Partei, um Wahlkämpfe führen zu können. 2004 erfüllten sich Voigts mit dem Kurswechsel verbundene Hoffnungen. Mit 9,2 Prozent gelang es der NPD, in den Landtag von Sachsen einzuziehen. Nach 36 Jahren zog die NPD erstmals wieder in ein Landesparlament. Kritik an dem Kurs wurde in der Partei und auch bei den „Freien Kameradschaften“ kaum noch laut. In Sachsen griff die Strategie, soziale Themen vor Ort aufzugreifen und die Taktik, mit den „Freien Kameradschaften“ den Wahlkampf in den flächen Bundeslang gemeinsam zu führen. Die Wahlstrategie wurde auch in Mecklenburg-Vorpommern zum Erfolgsmodell.

In dem Bundesland sind NPD-Fraktion und Landesverband auf Linie der Bundesführung. Bemühungen von Pastörs Ende 2008 und Anfang 2009 Voigt als Vorsitzenden abzulösen, Streitereien um interne Parteiprobleme und selbstverschuldete Finanzkrisen führen in Mecklenburg-Vorpommern nicht zu einem Kurswechsel. Schon die nächsten Wahlen in dem Bundesland im Blick, versuchen NPD und „Freie Kameradschaften“ weiterhin, soziale Themen aufzugreifen, die kommunale Verankerung auszubauen und eng zusammen zu arbeiten. In der „Deutschen Stimme“ nannte schon im September 2006 Köster die Strategie: „Raus aus den Hinterzimmern!“ und forderte die Kameraden auf, „im bundesrepublikanischen Alltag aktiv [zu] sein“. Ihr Leben in der „Gemeinschaft der volkstreuern Bewegung“ dürfte nicht „nur in dieser Gemeinschaft stattfinden“, erklärte er in der NPD-Monatszeitung. In einer „örtlichen Bürgerinitiative, in einem Sportverein, der Freiwilligen Feuerwehr oder anderen überparteilichen Organisationen“ sollten die rechten Männer und Frauen mitwirken, hob er hervor. Pastörs legte auf Parteiveranstaltungen derweil immer wieder die konzeptionelle Intention dieses politischen Arrangements mit den Kameradschaften dar: „Ohne den Sieg in den Parlamenten, gibt es keinen Sieg auf der Straße“ und „ohne den Sieg auf der Straße, keinen Sieg in den Parlamenten“.

In Ost und West des Bundeslandes wissen die Kader von NPD und Kameradschaften, dass sie ohne einander keine nachhaltigen Erfolge auf der Straße oder den Parlamenten erringen können. „Geschlossenheit“ ist auch Kösters und Pastörs Erfolgskonzept. Lange konnte in Mecklenburg-Vorpommern eine regionale Aufteilung beobachtet werden: Im Westen war vor allem die NPD aktiv, im Osten die Kameradschaften. Bereits vor der Land-

1 Siehe ausführlich: Speit, Andreas (2008): Höchststrafe für das deutsche Parteiensystem. In: Andrea Röpke/Speit, Andreas (Hg): Neonazis in Nadelstreifen. Die NPD auf dem Weg in die Mitte der Gesellschaft. Berlin.

2 Siehe weiter: Speit, Andreas (2005): Wir marschieren bis zum Sieg. In: Andrea Röpke/Speit, Andreas. (Hg.): Braune Kameradschaften. Die militanten Netzwerke im Schatten der NPD. Berlin.

tagswahl 2006 arrangierten sich die führenden Kader beider Strukturen. Der Erfolg in Sachsen strahlte aus. Bis zum Jahresende traten an die 100 Kameradschaftler der NPD bei, sagt Günther Hoffmann. Dem Landesverband gehören mittlerweile an die 400 Mitglieder an. Durch den Mitgliederzuwachs konnte die NPD ihre Präsenz im Land ausbauen. Im März 2006 wurden die Kreisverbände neu strukturiert, in: Kreisverband Westmecklenburg/Ludwigslust (Schwerin, Parchim, Wismar, Nordwestmecklenburg), Kreisverband Mecklenburg-Mitte (Rostock, Demmin, Müritz, Bad Doberan, Güstrow), Kreisverband Stralsund (Nordvorpommern, Rügen), Kreisverband Ostvorpommern/Greifswald, Kreisverband Neubrandenburg/Mecklenburg Strelitz und Kreisverband Uecker-Randow (vgl. Hoffmann 2007a: 18ff.).

Den Aktionismus und die Radikalität der „Freien Kameradschaften“ und der Neonazis skinheadszenen betrachtet so manches NPD-Mitglied skeptisch. In der Bundesführung fürchten die Kader nicht minder um das bemüht moderat bürgerliche Image. Aber die Parteiführung weiß, ohne die Hilfe der Kameradschaften, deren Angehörige zum Teil aus verbotenen Neonazistrukturen kommen, kann die Partei kaum landesweit handeln.

Die Partei sorgt besonders das Agieren der „Autonomen Nationalisten“ regelmäßig. Jene „Autonomen Nationalisten“ gehören zu dem Netzwerk der „Freien Kameradschaften“; für sie ist die NPD aber immer noch zu moderat in der Programmatik und zu parlamentarisch in der Strategie. Seit 2002 fallen diese Kameradschaften nicht bloß wegen des von den Links-Autonomen kopierten Namens auf. Sie greifen auch deren Aktionsformen auf. Die Dynamik, der Gestus gefällt, sagt Axel, der im November 2008 die Szene verließ. „Schwarze Blöcke“ bilden sie bei braunen Aufmärschen. Der modernere Habitus, so Axel gegenüber der taz sollte allerdings nicht täuschen: „Sie beziehen sich auf den Nationalsozialismus und sind vom italienischen Faschismus ebenso begeistert“ (Röpke/Speit 2008). In einem Szenepapier erklären die „Autonomen Nationalisten“ offen: „Jeder, der begriffen hat, dass wir mit Betteln nicht weiterkommen, sondern uns unsere Forderungen erkämpfen müssen, kann beim nationalrevolutionären schwarzen Block mitmachen“ und rief dazu auf: „Support your local NS black block“. Vor allem jüngere Neonazis im Alter von 18- bis 25-Jahren schließen sich der so genannten „NS-Bewegung“ an. Diese Kameradschaften, betont 2008 Verfassungsschutzchef Heinz Fromm, zeigen eine „neue Qualität“ der rechtsextremen Gewalt auf.

Die Militanz der „Autonomen Nationalisten“ nötigte Voigt, die Parteilinie wiederholt klar zu stellen. Bei NPD-Veranstaltungen, erklärte er Mitte 2008, wären weder ausländische Sprachen auf Transparenten, noch geballte Kommunistenfäuste oder schwarze Blöcke erwünscht. Von ihren Aufmärschen, betonte er, dürfte keine Gewalt ausgehen, um Polizei und Bürger nicht gegen sich aufzubringen. „Gewalttätige Wählerschrecks dürfen keinesfalls unter der Fahne der NPD laufen“, unterstrich er, und hob aber sogleich hervor, alle konstruktiven Kräfte aus den Kameradschaften seien willkommen. Die Distanzbemühungen Voigts karikierten jedoch nicht minder sein Engagement für Jürgen Rieger. Dank seiner Empfehlung wurde der Hamburger NPD-Landeschef beim Bundesparteitag in Bamberg 2008 erstmals zum Bundesvize gewählt. „Die Wahl von Herrn Rieger zum Stellvertreter ist eine politische Katastrophe“, sagte damals Andreas Molau, NPD-Landesvize in Niedersachsen und Fraktionspressesprecher in Mecklenburg-Vorpommern. Den ehemaligen Waldorflehrer sorgt wie einige Mitglieder, dass Rieger sich nicht von den Gewalttaten der „Autonomen Nationalisten“ beim 1. Mai Marsch in Hamburg distanziert. Auf dem außerordent-

lichen Bundesparteitag 2009 in Berlin wurde aber Rieger erneut zu einem der Vize bestimmt.

In Mecklenburg-Vorpommern sind die „Autonomen Nationalisten“ kaum verankert, weshalb die Kameradschaften das Verhältnis zur Partei und Kameradschaften nicht sonderlich belasten. Schon die Landtagsfraktion offenbart das enge Miteinander. Zwei der Abgeordneten der sechsköpfigen Fraktion kommen nicht von der NPD. Birger Lüssow war bei der „Aktionsgruppe Festungsstadt Rostock“ aktiv. Im „sozialen und nationalen Bündnis Pommern“ (SNBP) engagiert sich Tino Müller. Mit der „Bürgerinitiative schöner und sicher wohnen in Ueckermünde“ sammelte er 2004 Unterschriften gegen ein geplantes Flüchtlingsheim. Die Aktion brachte ihm breite Anerkennung. Zur Bundestagswahl 2005 erhielt er in seinem Wahllokal 19,4 Prozent der Stimmen, bei der Landtagswahl 2006 bekam er 35 Prozent der Stimmen.

2.3 „National befreite Zone“

Ein rechtsextremes Konzept für den Aufbau der regionalen Infrastruktur hält Günther Hoffmann gerade für Vorpommern bedeutend: Das Konzept der sogenannten „National befreiten Zonen“ (vgl. Hoffmann 2007b: 21). Anfang der 1990er Jahre tauchte der Begriff in der Szene auf. In der Zeitschrift „Einheit und Kampf“, die die NPD-Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN) verantwortet, wird er im September 1990 erstmals unter dem Titel „Strategie. Der Aufbau einer nationalen Gemeinschaft“ angeführt. „In den konzeptionelle Überlegungen verschmelzen Finanzierungsmodelle politische Arbeit mit denen persönlichen Absicherungen“, betont Uta Döring in ihrer Studie „Angstzone. Rechtsdominierte Orte aus medialer und lokaler Perspektive“ (vgl. Döring 2008: 51). Der Strategietext empfiehlt auch gleich, ökonomische Unabhängigkeit anzustreben, um die „Erpresserversuche und den Preisdruck von Staat und geldgierigen Kapitalisten“ zu umgehen. Die finanzielle Kraft der eigenen Strukturen sollte durch Vertrieb und Herstellung von Szeneprodukten, zum Beispiel „T-Shirts, Schallplatten, Videos, Kassetten, Dahlen, Plakate, Aufkleber [und] Anstecker“ gestärkt werden. Später könnte das Anbieten von Dienstleistungen, landwirtschaftlichen Produkten und Buchdruck folgen. In dem Model hebt Uta Döring hervor, sei „zugleich eine sozialräumliche Vorstellung immanent“. Heißt es doch, die Strategie strebe: „auch die Schaffung ‚befreiter Zonen‘, auf die der Staat und seine Handlanger keinen Einfluss haben werden“ an, indem „wir [...] uns selbst zu regieren beginnen während der Staat und seine Machtmittel immer irrelevanter für die Lebensgestaltung der Angehörigen der nationalistischen Gemeinschaft werden“. Was hier groß angedacht wird, wird in der Folge auf kleinere Kontexte herunter gebrochen. So böte schon der Besitz eines Hauses den Vorteil, nicht mehr vertrieben werden zu können. Die Homepage sollte in Kleinstädten, ländlichen Gemeinden und Stadtteilen aufgebaut werden. Ziel müsste sein: „Mit der restlichen Bevölkerung in Kontakt zu treten, ihr zu helfen, ihr positive wirtschaftliche und soziale Alternativen anzubieten.“ (Döring 2008: 52)

Knapp ein Jahr später, im Juni 1991, erscheint in der „Vordersten Front“ ein weiterer Artikel, in dem der Begriff erneut auftaucht. In der „Zeitschrift für politische Theorie und Strategie“, herausgegeben von der Studentenorganisation der NPD, dem „Nationaldemokratischer Hochschulbund“ (NHB), wird die soziale Dimension wieder betont:

„Alten Leuten kann man beim Ausfüllen von Formularen helfen, sie beim Einkaufen unterstützen, man kann Babysitter bei arbeitenden Ehepaaren oder alleinstehenden Mütter spielen, man kann den Garten in Ordnung bringen, die Straßen sauber und durch regelmäßige Nachtpatrouillen sicher halten.“

Der Autor Thomas Hetzer empfiehlt weiter, alteingesessene Mieter gegen Miethaie zu schützen, bedrohte Eckkneipen ebenso zu unterstützen wie den Protest gegen den Bau von Autobahnen durch ein Wohnviertel. Aber auch gegen „den Aufmarsch von Scheinasylanten und anderer Lichtgestalten“ solle vor Ort agitiert und protestiert werden. Deutlich wird die militante Dimension des Konzepts, wenn er weiter schreibt:

„Wir betrachten die befreiten Zonen aus militanter Sicht, also aus der Sicht des politischen Aktivisten. Es geht keinesfalls darum eigenständige staatliche Gebilde oder ähnlichen Unsinn ins Leben zu rufen. Nein, befreite Zonen bedeuten für uns zweierlei. Einmal ist es die Etablierung einer Gegenmacht. Wir müssen Freiräume schaffen, in denen wir faktisch die Macht ausüben, in denen wir sanktionsfähig sind, d.h. wir bestrafen Abweichler und Feinde, wir unterstützen Kampfgefährtinnen und -gefährten, wir helfen unterdrückten, ausgegrenzten und verfolgten Mitbürgern [...] Wir sind drinnen, der Staat bleibt draußen.“

Ihre Intention: „Man muss so handeln, dass man in einem Meer der Sympathie schwimmt, dass die ‚normalen‘ Bewohner für uns ‚die Hand ins Feuer legen‘.“ (Hetzer 1991)

In der bundesdeutschen Szene, so analysierte Uta Döring, wurde das Konzept der „befreiten Zonen“ nach Erscheinen in „allgemein zugänglichen Veröffentlichungen“ aber nicht weiter rezipiert. Günter Hoffman widerspricht dem nicht, er weist nur darauf hin, dass in Vorpommern die deutsche Sektion der britischen Organisation „Blood & Honour“ „teilweise mit einer erschreckenden Konsequenz“ die Strategie verfolgte. „Im Gasthof ‚Zur Linde‘ in Klein Bünzow nahe Anklam organisierten sie bis 1999 mindestens 13 Konzerte“, betont er und hebt hervor, mehrere lokale Kameradschaften wurden zudem gegründet, die vor Ort sich nicht bloß mit dem Musikangebot verankerten (vgl. Hoffmann 2007b: 22).

Mitte der 1990er Jahre erwerben bekannte Rechtsextremisten allerdings nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern vermehrt Immobilien, auffallend oft in Dörfern oder Kleinstädten. Das Wortgebilde „National befreite Zone“ greifen die rechtsextremen Käufer und Ansiedler aber selten auf. Steffen Hupka, einst NPD-Kader, erklärte indes 1999 in der „Deutschen Stimme“ unter dem Titel „Befreite Zonen – aber wie“, dass die Kameraden nicht aus der Gesellschaft aussteigen sollten, sondern sie verändern sollten. Die Zonen sollen „Mittel zum Zweck“ werden, sie könnten sowohl materielle als auch geistige, moralische und seelische Kraftquellen sein – „Nachschubbasis“ und „Heimatfront“ (vgl. Röpke 2005: 116).

Neben dieser Veröffentlichung folgten spätere weitere Beiträge zu derartigen Überlegungen. Ab 1997 beginnt erst langsam das Weiterdebattieren der „National befreiten Zone“ in der Szene, stellt Uta Döring fest. In jener Zeit wurde in den seriösen Medien allerdings zuvor wegen der gestiegenen Gewalttaten gegen Flüchtlinge, Obdachlose, Behinderte und nicht-rechte Jugendliche über „national befreite Zonen“ debattiert. Im September 2000 greift der damalige Bundespräsident Wolfgang Thierse auf den Terminus zurück, erinnert Uta Döring, um rechtsextremes Dominanzverhalten zu erfassen. Ein Jahr später, 2001, küren Sprachwissenschaftler das Wortgebilde „national befreite Zone“ zum „Unwort des Jahres“ 2000. Mit dem Auftauchen des Begriffs in den Nicht-Szene-Publikationen erscheint er prompt verstärkt in Szene-Periodika. Alleine in der „Deutschen Stimme“ folgen ab 1999

vierzehn Artikel, zu dem Thema, in denen vor allem zum Aufbau von ökonomischen und kommunikativen Freiräumen aufgerufen wird. Eine einheitliche Strategie „zur Installierung von ‚national befreiten Zonen‘ ist nicht erkennbar“ betont jedoch Uta Döring und hebt nach einer breiten Medienanalyse hervor: „Das Thema wurde also nicht von rechtsextremen Kreisen nach außen, sondern vielmehr von der öffentlichen Thematisierung nach innen getragen“ (Döring 2008: 82ff.).

Der Terminus ist so auch längst zu einem Symbol geworden. Ein Passepartout, das, weil es so bedeutungsvielfältig ist, eine Wirkungskraft als politischer Kampfbegriff entfaltet hat, denkt Uta Döring. 2001 hatte auch das „Zentralorgan“ getitelt: „National Befreite Zonen! Kameraden, schafft sie euch!“. Das Magazin aus dem Spektrum der „Freien Kameradschaften“, das offiziell Klaus Bärthel verantwortete, hatte die Auszeichnung des Wortgebildes zum „Unwort des Jahres“ dazu animiert, gleich auf dem Cover die Losung zu veröffentlichen. Die Macher spiegeln die Offenheit des Begriffs wieder. So definieren sie: „Wo auch wir frei unsere Meinung äußern, uns versammeln, demonstrieren, Konzerte veranstalten und politische Opposition sein dürfen – dort sind: National Befreite Zonen.“³ In keiner Ausgabe in dem von 1997 bis 2002 erscheinenden Magazin wurde sonst auf das Konzept eingegangen. Im „Wolf-Verlag“ vertrieb Bärthel aus Ludwigslust das „Zentralorgan“, mit einer Auflage von 2000 bis 4000 Exemplaren.

Zwei Jahre nach dem Erscheinen der Ausgabe mit dem Cover „National Befreite Zonen“ mussten Bärthel und zwei weitere Magazinmacher sich wegen Volksverhetzung und Aufruf zur Gewalt vor dem Amtsgericht Ludwigslust verantworten. Bürgermeister Hans-Jürgen Zimmermann hatte Anzeige erstattet, denn: „In dem Titelblatt sehen wir eine Bedrohung gegen unsere Bürger“. Am ersten Verhandlungstag, 20. August 2003, setzten sich aber gleich die Verteidiger wie Jürgen Rieger durch. „National befreite Zonen? Das sind Orte, an denen nationale Menschen von der Gesellschaft akzeptiert werden“, erklärte damals der Hamburger Neonazianwalt und heutige NPD-Bundesvize. Am 10. September 2003 sprach die Amtsrichterin die Angeklagten frei. Die gesamte Ausgabe hatte sie nicht vorliegen. Zudem kannte sie das Strategiepapier nicht. In der Ausgabe Nummer 11 wurden wie in dem Strategieartikel angedacht, ausgemachte „Feinde der nationalen Bewegung“ geoutet. Unter dem Titel „Etablierte heucheln, hetzen, lügen!“ werden Politiker und Mitglieder von Bürgerinitiativen, die sich im schleswig-holsteinischen Neumünster gegen das Neonazizentrum „Club 88“ engagieren, gleich mit Bild vorgestellt (vgl. „Zentralorgan“, Februar 2001). Die militante Dimension, die in diesem Zusammenhang meist stärker als die kommunal-soziale Dimension des Konzepts thematisiert wird, scheint in der erstinstanzlichen Entscheidung fast gänzlich ausgeblendet worden zu sein.

2.4 „Berufsbedingt alles übertreiben“

„Befreite Zonen“: Tim Bleis von der „Landesweiten Opferberatung, Beistand und Information in Mecklenburg-Vorpommern“ (Lobbi) hinterfragt den Begriff kritisch. „Vor allem auf die Gewaltebene wird er reduziert, was der Idee ja nicht ganz entspricht“, wirft er ein und merkt an: „Schon deshalb ist er unpassend“, aber auch, weil er die Wirklichkeit nicht genau erfasst. Er betont – genau wie Mitarbeiter von Opferberatungen in anderen Bundesländern – dass viel eher von „Angstzonen“ und temporären „No-Go-Areas“ gesprochen werden

3 Cover des „Zentralorgan“ vom Februar 2001.

sollte. Nicht um die rechtsextreme Gewaltdimension schön zu reden, sondern um deren tatsächliche Bedrohung genauer zu erfassen. Seit Jahren findet sich Mecklenburg-Vorpommern auf den Rängen um Platz 6 in der Straf- und Gewaltstatistik des Bundesamts für Verfassungsschutz. Im Vergleich zu den anderen Bundesländern, berechnet nach je 100.000 Einwohnern liegt das Land 2007 bei den Gewalttaten auf Platz 7 zwischen Schleswig-Holstein und Berlin (vgl. Bundesministerium des Innern 2008: 37). Der Begriff „Befreite Zone“ wecke jedoch, so die Opferberatungen, eine Assoziation von einer regionalen Vorherrschaft durch ständige Präsenz und Gewalt der Szene. Das sei aber nicht immer so, betont Tim Bleis. „Wir können eher beobachten, dass sich Gewalttaten dort wo die NPD und auch die Freien Kameradschaften in der Bevölkerung zunehmend akzeptiert werden, nicht so häufen.“ Dennoch kein Grund zur Entwarnung, im Gegenteil: In fast allen Regionen Mecklenburg-Vorpommerns hebt er hervor, gebe es Gegenden in denen sich nicht-rechte Jugendliche und Asylsuchende nicht angstfrei bewegen können. Sie wüssten, wann sie welche Orte in der Kleinstadt oder in der Gemeinde besser meiden sollten. Denn dann würde dort die rechte Szene „abhängen“. Ein Vermeidungsverhalten von potenziellen Opfern der rechtsextremen Szene, das sie oftmals regelrecht in ihrem Alltag einschränkt.

Eine Region, in der oft „Vorfälle“ stattfinden, ist der Kreis Güstrow. „Hier besteht eine sehr gewaltbereite rechtsextreme Subkultur“, betont Tim Bleis.

Ein Mob griff in der Nacht zum 25. August 2007 in der Kleinstadt Bützow eine deutsch-pakistanische Familie an. Alleine auf Grund eines Handyvideos landeten am 3. März 2008 sechs Männer im Amtsgericht Güstrow auf der Anklagebank. Die Tatverdächtigen im Alter von 18 bis 24 Jahren waren auf den Aufnahmen bei dem Krawall zu erkennen. Das Amtsgericht verurteilte den Hauptschuldigen Michael W. zu einer Haftstrafe sowie Martin M., Sebastian M. und Eric Andre W. zu Bewährungsstrafen. Gemeinnützige Tätigkeiten müssen Hannes W. und Tim W. ausüben.

In der Tatnacht hatte eine alkoholisierte Menge im Rahmen der „Gänsemarkttag“ begonnen Stände umzustürzen und Feuer zu legen. Dabei hatte die Polizei zuvor noch eingeschätzt, das Volksfest sei noch nie so ruhig gewesen und war weggefahren. Ungestört konnte der Mob den Imbiss von Saqib Mahmood aufbrechen. Über dem Laden in seiner Wohnung erlebte der Imbissbesitzer mit seiner Familie den Angriff – auch seine vierjährige Tochter. „Deutschland den Deutschen“ sollen die Angreifer gegrölt haben, als sie glühende Kohle vom Grill über den Boden verteilten. „Scheiß Türke, wir kommen hoch und machen dich fertig!“, hätten sie gerufen, erinnerte sich Mahmood und sagte: „Wir hatten zum ersten Mal Angst um unser Leben.“ Der Mob griff auch einen türkischen Händler mit Eisenstangen an. Erst eine Stunde nachdem die Polizei herbeigerufen war, kamen zwei Beamte. Als Flaschen flogen, zogen sie sich zurück.

Um die 50 Männer sollen laut Zeugenaussagen bei diesen Angriffen beteiligt gewesen sein, dennoch mussten sich nur sechs vor Gericht verantworten. Ohne das Handyvideo, das Mahmood zugespielt wurde, wären die Ermittlungen wohl folgenlos geblieben. Bei der Verhandlung berichteten Zeugen immer wieder vom Versagen der Polizei. „Schwerwiegende Führungsfehler“ räumte später Thomas Lenz, Staatssekretär des Innenministeriums, ein. Als Triebfeder der Krawalle macht Lenz aber nicht Rassismus, sondern „vielmehr Alkohol“ aus. Die Staatsanwältin Maureen Wiechmann warf den Tätern schweren Landfriedensbruch und versuchte gefährliche Körperverletzung vor. Die Staatsanwältin teilte jedoch die Sicht des Staatssekretärs. Einige Angeklagte kämen zwar aus der rechtsextremen

Szene, sagte sie, dennoch sei das Motiv nicht Ausländerfeindlichkeit, sondern zu viel Alkohol.

Mancher Bürgermeister nutzt diese Bewertungen um solche „Vorfälle“ zu beschönigen. Nicht so Bützows Bürgermeister Lothar Stroppe. Bei der Verhandlung erklärte er, er habe nicht vermutet, hier Zeuge einer „Suchtberatung“ zu werden. Er kennt das Video, für ihn war der Angriff „eindeutig ausländerfeindlich“. Die Stadt bestreitet nicht, eine rechte Szene zu haben. Mit unterschiedlichen Projekten versuchen Initiativen der Szene entgegen zu treten. Wie schwierig diese Auseinandersetzung sein kann, erlebte der Präsident des Fußballvereins TSV Bützow, Karl Bittermann. Mit einer Erklärung gegen Rassismus wollte der Verein ein Zeichen setzen. Doch es dauerte lange, bis alle Unterschriften gesammelt waren. Zwei TSV-Kicker gehören zu den Verurteilten.

Nicht einfach verlief auch für die Gemeinde Boizenburg die Auseinandersetzung mit einem rassistischen Übergriff. Am Abend des 25. November 2007 wartete der kurdische Asylbewerber C. auf ein Taxi, um zur abgelegenen Aufnahmestelle zu kommen. „Bist du Ausländer?“, habe ihn zunächst die Frau vom Kiosk gefragt, berichtete das 32-jährige Opfer. Eine Gruppe Männer fragte noch mal nach. Als C. ja sagte, griffen ihn bis zu 20 Personen an, schlugen und traten auf ihn ein. Mit letzter Kraft gelang ihm die Flucht.

Gut drei Wochen später, am 19. Dezember 2007, waren alle Sitzplätze in der Pfarrkirche belegt. Am barocken Altar der evangelischen St.-Marien-Gemeinde stand ein Weihnachtsbaum. Besinnliche Stimmung kam dennoch nicht auf. An jenen Abend wollten rund 300 Besucher über den Angriff reden. Zu der „Andacht gegen Gewalt und Rechtsextremismus“ war aber auch Udo Pastörs mit mehreren Parteifreunden gekommen. Im Kirchenschiff hatten sie sich geschickt verteilt. Leises Gemurmel erfüllt das Kirchenschiff. Besorgte Blicke wandern durch die Reihen. Zu Beginn der Andacht betonte Pastor Dino Steinbrink: „Wir befinden uns in einer Kirche! Es herrscht Friedenspflicht. Rassistische und antisemitische Äußerungen werden nicht geduldet.“ Eine Warnung, deren Berechtigung der Abend bestätigte.

„Zu lange haben wir weggesehen“, gestand eine Frau in der Kirche. Bürgermeister Harald Jäschke (parteilos) berichtete: „Im Vorjahr wurde ein griechischer Gastwirt zusammengeschlagen. Daraufhin gab er sein Restaurant auf.“ Ein Mann erzählte von Pöbeleien gegen Asylsuchende beim Einkaufen. Zu viel Betroffenheit für die NPD-Kader. Höflich warteten sie, bis man ihnen das Mikrophon hinhielt, doch dann versuchten sie, den Vorfall zu verharmlosen. „Die polizeilichen Ermittlungen sind nicht abgeschlossen“, sagte Pastörs und mahnte zur „Vorsicht vor zu schnellen Urteilen“. Der Ludwigsluster NPD-Kreisvorsitzende Theißen sprach nun von der „Ausländergewalt in Boizenburg“. Getreu der Wortergreifungsstrategie versuchten sie jetzt die Debatte zu beherrschen. Ihre Anschauungen, so erklären NPD-Kader die Strategie, würden aber hier nicht zur Diskussion stehen, es ginge nur um die Einflussnahme. Wie mochten sich die pauschal als „ausländische Straftäter“ denunzierten Zuhörer gefühlt haben, als Pastörs weiter ausführte, dass Opferberatungen für rassistische Gewalt „berufsbedingt alles übertreiben müssen“ und dieser „Büßergottesdienst“ gänzlich verfehlt sei. „Bitte verlassen Sie die Kirche“, schritt Dino Steinbrink ein und forderte Pastörs auf, zu gehen. Erst als Pastörs die Kirche verließ konnten die Menschen über das reden, was sie bewegte: Wie können die Bewohner der Stadt mit ihre Nachbarn aus dem Flüchtlingsheim mehr zusammen kommen.

Eine Angstzone in Lübtheen benennen Anwohner indes seit Jahren. „Bei den Garagen traut sich zu bestimmten Uhrzeiten keiner hin“, erzählten sie Andrea Röpke. Die Journalistin hörte immer wieder, dass dieser Komplex lieber gemieden wird.

3 Schlussbetrachtung: „Wir sind längst in der Mitte des Volkes angekommen“

In Mecklenburg-Vorpommern gelingt der NPD der ambivalente Spagat zwischen Verbürgerlichung und Radikalität. Im Osten, an der Grenze zu Polen, greifen NPD und Freie Kameradschaften auch lokalpolitische Probleme und sozialökonomische Konflikte auf, geben sich bürgernah vor Ort und hilfsbereit im alltäglichen Gemeindeleben. Am Wahltag 2006 hatte Michael Gielnik ein wenig Pech. Auf Platz sieben der Landesliste kandidierte er und verfehlte so knapp den Einzug ins Landesparlament. In Graz bekam die NPD mehr als 23 Prozent der Erststimmen. Knapp ein Viertel der Wähler gaben Gielnik ihre Zweitstimme. Graz wurde so zu der Gemeinde auf Usedom, die am meisten „rechts“ gewählt hatte (vgl. Janowski 2007: 37ff.). Ein Wahlerfolg, so Günther Hoffmann, der ebenfalls der nachhaltigen Verwurzelungsstrategie geschuldet war.

Vor Jahren wurde auf Usedom die „Initiative für Volksaufklärung“ gegründet. Laut Satzung dient die Initiative „dem Zweck, allen Volksgenossen kostenlose Hintergrundinformationen aus Politik, Wirtschaft, Geschichte und Kultur zu liefern, die von der gleichgeschalteten Medienindustrie verschwiegen werden.“ (Hoffmann 2007b: 24) Seit 2001 erscheint von der Initiative so auch die Wurfsendung „Der Inselbote“. Sonderschriften, wie gegen die Privatisierung von „öffentlichem Eigentum“ veröffentlichen sie zudem. Die Auflage des „Inselboten“ soll zwischen 30.000 bis 58.000 Exemplaren liegen. Dabei sorgt nicht allein die Tatsache, dass der „Bote“ kostenlos ist, dafür, dass dem Blatt seitens der Leserschaft durchaus Beachtung geschenkt wird. „Der Ton der Schriften ist bewusst ‚volksnah‘ gehalten und schwankt zwischen sympathisch-naiv und beleidigend“, erklärt Günther Hoffmann die Resonanz. Und auch, weil sie „angstbesetzte Themen wie Sozialabbau und ‚Überfremdung‘ „ mit „kommunalpolitischen Diskursen wie Deichunterhaltung und Privatisierung“ verweben. Verantwortlich für das Blatt ist Enrico Hamisch, seit der Wahl NPD-Mitarbeiter wie Gielnik.

In Anklam gelang besonders Michael Andrejewski, die NPD fest zu verankern. Zwei Jahre vor dem Einzug in den Landtag zog der jetzige Landtagsabgeordnete mit 8 Prozent der Stimmen in den Stadtrat. Zugleich kam er in den Kreistag von Ostvorpommern. „Lebenshilfe“ würde er seinen Wählern anbieten, erklärt er seine Wahlerfolge. Einmal im Monat bietet der Jurist auch eine Hartz-IV-Beratung an. Offen sagt Andrejewski, dass der „Landtagszirkus“ für ihn eine Nebensache sei. Seine Wähler interessierten sich ohnehin nicht für die Parlamentsarbeit, „die sind zufrieden, wenn wir denen in Schwerin mal ordentlich die Meinung geben“ (Geisler 2007).

Hier klingt an, was andernorts zum Tragen kommt. Im Landtag weigert sich die NPD in den Ausschüssen mitzuarbeiten. Im Schweriner Schloss durfte sich der SPD-Abgeordnete Mathias Brodkorb vom Andrejewski zur Ausschussarbeit anhören: „Sie interessieren sich nicht für unsere Argumente, wir uns nicht für Ihre“. Mathias Brodkorb betont: „Die NPD-Fraktion konzentriert sich voll auf die Landtagssitzungen, da veranstalten sie Ramba-zamba“, denn „da sind die Kameras“ (Speit 2008). Das Parlament dient der Partei aber nicht nur als Bühne für gezielte Provokationen zur Steigerung Ihrer medialen Präsenz im

Lande. Tino Müller betont, „die kommunale Arbeit ist mir persönlich wichtiger“ und nutzt den Landtag, um Informationen und Geld zu bekommen. Die Sorgen der Bürger greift er mit schriftlichen Anfragen aus Vorpommern auf. Die Antworten verarbeitet er später in Flugblättern. So fragte Müller nach Krebserkrankungen im Umfeld einer Mobilfunkstation oder wollte über die Zukunft von Arbeitsplätzen bei einer möglichen Schließung der Justizvollzugsanstalt in Ueckermünde Bescheid wissen (vgl. Staud 2008: 35ff.). Selbstsicher durch die Wahlerfolge erklärt er ebenso gern: „Die NPD ist gesellschaftlich verankert. Wir sind längst in der Mitte des Volkes angekommen“.

Die Studie „Die NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern – Ihre Parlamentsarbeit im ersten Jahr“ von der Universität Greifswald stellt fest, dass die NPD-Mandats-träger professioneller arbeiten als Rechtsextremisten in anderen Landtagen (vgl. Niemann 2008). Die Präsenz im Landtag, betont die Autorin Laura Niemann, ist für die NPD „ein wichtiges Puzzleteil in der Gesamtstrategie der Partei“, die Fraktion weiß um ihre „Leuchtturmfunktion“ (vgl. Knödler, 30.7.2008).

Ihre Themen wählt die NPD denn auch bewusst aus, um sich weiterhin als „soziale“ Kraft für die „einfachen Leute“ zu gerieren. Schon vor dem G-8-Gipfel in Heiligendamm 2007 warnte die Fraktion vor den Kosten, auf denen das Bundesland sitzen bleiben könnte. Im Schweriner Schloss zeterte Pastörs über die möglichen „Schulden für Gala-Essen“, statt das Geld für die „Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“ einzusetzen. Er stellte auch einen Änderungsantrag zu „Strom- und Gasnetze in die öffentliche Hand“, da die „Liberalisierungen des Strommarktes“ gescheitert sei. Mit dem gleichen sozialpopulistischen Nimbus forderte er: „Keine Anrechnung des Neugeborenen-Begrüßungsgelds“ bei Hartz-IV-Empfängern. Die Rente ab 67 Jahren sollte die Landesregierung im Bundesrat abwehren. Diese Regelung würde „jene Menschen“ bestrafen, die wegen „Arbeitslosigkeit oder gesundheitlichen Schäden“ die Altersgrenze nicht erreichen. Bei einer aktuellen Stunde wollte Köster indes den Hungertod der kleinen Lea Sophie auf die Tagesordnung setzen. Das Schicksal des Mädchens ausschlagend hat die NPD zudem eine Broschüre zur Erkennung von Kindesmisshandlungen herausgebracht.

In Lübbtheen gelingt der NPD besonders das Zusammenspiel von parlamentarischen Möglichkeiten und außerparlamentarischen Angeboten. In der Gemeinde treten Pastörs und Köster als die Politiker mit „Bodenhaftung“ auf. Die Kader der Partei kommen zu Festen, begleitet von Frau und Kindern auf, drängen in die Vereine. Erst als die Unterwanderungs-bemühungen der NPD im Verein offen thematisiert wurden konnte entgegenwirkt werden, berichtet Dieter Karczewski, Geschäftsführer des Sportvereins „Concordia“. „Mit ihren Kindern kamen sie, wollten im Training helfen“, erzählt er. Nun ist in der Satzung ein Passus gegen Rechtsextremismus eingefügt. „Die Diskussion darum war aber das Wichtigste“, hebt er hervor. Schweigen, gar Verschweigen, helfe nur denen, so Karczewski, der 2009 für sein Engagement den „Courage-Preis“ der Linksfraktion erhielt.

Andere „Politikprominenz“ ist seltener vor Ort, heißt es in der Stadt immer wieder. Diese durch die demokratischen Parteien nicht besetzten Freiräume nutzt die NPD. So dürften mit dazu geführt haben, dass nach Infratest dimap 16 Prozent der Befragten bei der Landtagswahl aus „Überzeugung“ ihr Kreuz bei der NPD gemacht haben. 16 Prozent bekundeten, dass für sie die NPD eine „demokratische Partei“ sei. Die Verbürgerlichungsstrategie der NPD greift. Die NPD hat das Stigma der „ewig Gestrigen“ bei vielen Bürgern verloren, betonen Sandra Pingel-Schliemann und Karl-Georg Ohse. In Mecklenburg-Vorpommern verfüge die Partei über eine „wachsende Stammwählerschaft“, heben sie hervor,

„die ideologisch mit den systemfeindlichen Ideen der NPD übereinstimmen“ (vgl. Pingel-Schliemann/Ohse 2007: 13ff.).

Literatur

- Bundesministerium des Inneren (2008): Verfassungsschutzbericht 2007. Berlin.
- Decker, Oliver/Brähler, Elmar (2008): Bewegung in der Mitte. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Berlin.
- Döring, Uta (2008): Angstzone. Rechtsdominierte Orte aus medialer und lokaler Perspektive. Wiesbaden.
- Geisler, Astrid (8.9.2007): Die Landnahme. In taz.
- Hetzer, Thorsten (2.6.1991): Revolutionärer Weg konkret. Schafft befreite Zonen. In: Vorderste Front.
- Hoffmann, Günther (2007a): Von der Bedeutungslosigkeit zur Landtagsfraktion. In: Regionale Arbeitsstelle für Jugendhilfe, Schule und interkulturelle Arbeit (RAA) Mecklenburg-Vorpommern e.V. (Hg.): Rechts oben. Vorpommern als Modellregion er extremen Rechten, o.O.
- Hoffmann, Günther (2007b): Freie Radikale. Kameradschaften in Vorpommern. In: Regionale Arbeitsstelle für Jugendhilfe, Schule und interkulturelle Arbeit (RAA) Mecklenburg-Vorpommern e.V. (Hg.): Rechts oben. Vorpommern als Modellregion er extremen Rechten. o.O.
- Janowski, Frank H. (2007): Wählen, wo andere Urlaub machen. Usedom und die NPD. In: Regionale Arbeitsstelle für Jugendhilfe, Schule und interkulturelle Arbeit (RAA) Mecklenburg-Vorpommern e.V. (Hg.): Rechts oben. Vorpommern als Modellregion er extremen Rechten. o.O.
- Knödler, Gernot (30.7.2008): NPD zweckentfremdet Landtag. In: taz.
- Niemann, Laura (2008): Die NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern. Greifswald.
- Pingel-Schliemann, Sandra/Ohse, Karl-Georg (2007): Erntefest. Der Wahlerfolg der NPD in Mecklenburg-Vorpommern. In: Regionale Arbeitsstelle für Jugendhilfe, Schule und interkulturelle Arbeit (RAA) Mecklenburg-Vorpommern e.V. (Hg.): Rechts oben. Vorpommern als Modellregion er extremen Rechten. o.O.
- Speit, Andreas (7.8.2008): FDP in Meck-Pomm will Neonazis bloßstellen. In: taz.
- Speit, Andreas (2008): „Höchststrafe für das deutsche Parteiensystem“. In: Andrea Röpke/Ders. (Hg.): Neonazis in Nadelstreifen. Die NPD auf dem Weg in die Mitte der Gesellschaft, Berlin.
- Staud, Toralf (2008): Enges Korsett im Parlament, freie Hand auf der Straße?. In: Mathias Brokorb/Volker Schlotmann (Hg.): Provokation als Prinzip. Die NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern. Schwerin.
- Röpke, Andrea/Speit, Andreas (3.12.2008): „Ich hatte den Stein schon in der Hand“. In: taz.
- Röpke, Andrea (2005): Nachschubbasis und Heimatfront. In: Röpke, Andrea/Andreas Speit (Hg.): Braune Kameradschaften. Die militanten Netzwerke im Schatten der NPD. Berlin.
- Zentralorgan (Februar 2001): Etablierte heucheln, hetzen. lügen!

Immobilienkäufe durch Rechtsextremisten

Andrea Röpke

Zahlreiche publik gewordenen Versuche der rechten Szene, Immobilienbesitz zu erwerben, sorgten in den vergangenen Jahren massiv für Schlagzeilen. Gleichzeitig wuchs in den Redaktionsstuben der Medien, die das Thema regional und überregional aufgriffen, das Problembewusstsein, durch die Berichterstattung möglicherweise den strategischen Absichten der beteiligten Akteure in die Hände zu spielen. So warnten auch Verfassungsschützer davor, dass Spekulanten und Rechtsextreme gemeinsame Sache machten, um die Preise für mögliche Kaufobjekte künstlich in die Höhe zu treiben.

Der Beitrag schildert – ausgehend von Impressionen aus der journalistischen Arbeit zu diesem Thema – aktuelle Beispiele aus dem Umfeld der NPD die Hintergründe und Zusammenhänge der rechtsextremen Strategien beim Erwerb von Immobilien.

1 Hetendorf Nr. 13 – Lehrstück in Sachen rechtsextremer Immobilienkäufe

Die alte Frau saß im Lehnstuhl, hinter ihr prangte ein großes Jugendfoto vom Führer. „1945 hätte ich nicht gedacht, dass es noch einmal so gut für uns laufen würde“, sagte Gertrud Herr im Wohnzimmer ihres kleinen Häuschens an der Strandtreppe, hoch über der Elbe, im noblen Hamburger Stadtteil Blankenese. Das kleine Zimmer war angefüllt mit NS-Büchern, Flugblättern und Zeitschriften. Schräg unter dem Jugendportrait Hitlers stapelten sich 24er Packungen Aldi-Bier für jungen Besuch. Ihr Blick wandte sich immer wieder um, auf das vergilbte Antlitz des Diktators: „War Hitler nicht ein schöner Mann?“ Gertrud Herr hat nie geheiratet, ihre einstige Liebe, ein junger Mann, war im „großdeutschen Freiheitskampf“ gefallen. Sie blieb nicht nur ihm sondern auch den NS-Helfern nach dem Ende des Dritten Reiches treu. Als zahlreiche deutsche Kriegsverbrecher über organisierte Fluchtrouten ins Ausland flohen oder andere Belastete sich vor Gericht verantworten mussten, organisierte sie sich gemeinsam mit zahlreichen anderen Frauen und Mädchen, um die Männer zu betreuen und ideologisch „bei der Stange“ zu halten (vgl. Schröm/Röpke 2006).

„Heute ist Jürgen mein Lenker“, erzählte die ehemalige BDM-Führerin mit stolz erhobenem Haupt und kam auf den Rechtsanwalt und Neonazi-Drahtzieher Jürgen Rieger zu sprechen. Bereits über 25 Jahre arbeitete sie mit ihm zusammen. Sie wohnte nur einen Katzensprung von seiner Kanzlei an der Elbchaussee entfernt. Die überzeugte Altnazistin, die den Begriff „Dame“ strikt ablehnte, weil sie eine „deutsche Frau“ sei und eine Vorliebe für Kaffee mit Rum offenbarte, bewunderte Rieger, der seit Jahren seine Stellung als Anwalt benutzt, um im Gerichtssaal für die Verbreitung der – von ihm geteilten – nationalistischen und rassistischen Positionen zu streiten. Gemeinsam bauten sie eine Vielzahl von einschlägigen Vereinen wie die „Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung“, den „Heide-Heim e.V.“ oder den „Freundeskreis Filmkunst“ auf. Sie sammelten eine Schar von älteren Sympathisanten um sich, die ihr Faible für das Dritte Reich

und den Elitegedanken der „weißen Rasse“ teilten, darunter Ärzte, Lehrer und Wissenschaftler.

Ohne Altnazis wie Gertrud Herr, die die Neonazi-Szene seit Jahrzehnten aus dem Hintergrund bei ihren Bemühungen unterstützen, sich einerseits ideologisch zu stabilisieren, andererseits aber auch gesellschaftlich Fuß zu fassen, hätte vor allem Rieger seinen politischen Zielen nie so nahe kommen können. Der „Freundeskreis Filmkunst“ etwa mietete in den 90er Jahren einmal monatlich eines der großen City-Kinos in Hamburg, um in einer Art Privatvorführung den Vereinsmitgliedern Filme wie „U-Boote westwärts“, „Waffen für 16000 Mann“ und „Reitet für Deutschland“ zu zeigen – alles alte Nazi-Streifen. Allerdings schienen diese cineastischen Events vor allem eines: Fassade für einen anderen Zweck. Bereits 1979 hatten die rechten Filmfreunde im kleinen Dörfchen Hetendorf in der Lüneburger Heide, nahe Celle, ein großes bebautes Gelände erworben, worauf sie ein Schulungszentrum für junge und alte Neonazis aus ganz Nord- und Mitteleuropa errichteten. Das 15000 Quadratmeter große Anwesen mit vier Gutshäusern hatte der Verein nach Gertrud Herrs Angaben „für`n Appel und `n Ei“ erstanden. Ganze 120.000 Mark wollte das Bundesvermögensamt im nahen Soltau dafür noch haben. Die Bundesbehörde hatte selbst zuvor 1,2 Millionen Mark dafür gezahlt. Rieger und seine Mitstreiter schienen über gute Verbindungen in weitreichende Kreise zu verfügen.

Als bekannt wurde, dass hinter dem Käufer „Freundeskreis Filmkunst“ Neonazis wie Rieger und Herr steckten, erkannte das zuständige Finanzamt dem Verein die Gemeinnützigkeit ab. Damit waren Spenden nicht mehr steuerbegünstigt absetzbar. Das Gut wechselte schnell den Besitzer, Eigentümer wurde der „Heide-Heim e.V.“, der laut Satzung ein „Volksbildungs- und Jugendheim“ in Hetendorf unterhalten wollte, welches „eine Stätte sein soll, in der sich Familien begegnen können, wo Gedankenaustausch und Weiterbildung in Fragen der Kinder- und Jugendziehung auch auf internationaler Basis möglich“ wird. Dieser Verein galt als gemeinnützig und war von der Körperschaftssteuer befreit, konnte damit Förderern steuermildernde Quittungen aushändigen.

Aber auch hinter diesem Verein als Neubesitzer der großen, eingezäunten Immobilie am Rande des Truppenübungsplatzes Munster steckten die Blankeneser Drahtzieher Gertrud Herr und Jürgen Rieger. Gemeinsam mit zahlreichen anderen Sympathisanten veranstalteten sie auf dem Anwesen bis 1997 regelmäßig die „Hetendorfer Tagungswochen“. Auf dem Programm standen vor allem rassistische und pseudowissenschaftliche Vorträge, aber auch skurril anmutende Themen wie „Heilpädagogik und Landwirtschaft“ und „die Luren – Wunderwerke germanischen Instrumentenbaus“. Heute einflussreiche Neonazis wie Thomas Wulff oder Thorsten Heise gingen durch die braune Schule, sie beteiligten sich an den Tagungswochen in Hetendorf Nr. 13 von Jürgen Rieger. Nicht allein für die hochbetagte Gertrud Herr wurde das Anwesen vor ihrem Tod zur zweiten Heimat.

Hetendorf Nr. 13 ist ein Lehrstück im aktuellen Umgang mit versuchten und tatsächlichen Immobilienkäufen von rechter Seite. Nicht nur hinsichtlich von Beschaffung, Finanzierung und praktischer und ideologischer, vor allem aber langfristiger Umsetzung politischer Ziele durch gemeinsames Hintergrund-wirken zeigen sich ähnliche Verhaltensmuster.

Höhepunkte der mehrtägigen Treffen im Sommer in Hetendorf waren stets eine Sonnenwendfeier mit Volkstanz um den „Metkessel“ und ein „Germanischer Sechskampf“, bei dem sich glatzköpfige Uniformierte gegeneinander maßen, während ihnen junge Frauen mit Zöpfen und langen Röcken Kinderwagen schiebend zuschauten. Tagsüber erinnerte das emsige Bild auf dem gut bewachten Gelände in Hetendorf an eine Mischung aus altmodi-

schen Kindergarten, Pfadfinderlager und Bundesjugendspielen. Ältere Knaben zeigten ihre Kräfte beim „60-megalithischen-Elle-Lauf“, Axtzielwurf, Steinstoß, Dreisprung oder Bogenschießen. „Wir pflegen hier altes Brauchtum“, verharmloste Rieger das anachronistische Treiben.

Abends dann war der Rechtsanwalt als Anführer des heidnischen Festes in seinem eigentlichen Element. „Aus dieser Asche“ predigte er, „aus dieser Asche wird das Deutsche Reich wieder auferstehen.“ Er schwadronierte von der „Reinheit der Rasse“, denn Riegers Ansicht nach begeht jeder Mann „biologischen Verrat“, der eine Partnerin „fremder Rasse“ heiratet und „Kinder anderer Rassen adoptiert“, sie in unseren „Lebensbereich“ bringt und dadurch die „Bastardisierung“ fördere. Zu später Stunde dann sprang ein junges Liebespaar, er in Kniebundhose, sie mit Zöpfen und Leinenrock Hand in Hand durch das lichter lodernde Sonnenwendfeuer. „Ein altes heidnisches Ritual“ erklärte Rieger damals gerührt, „die beiden sind hiermit verlobt“.

In der 500-Seelen-Gemeinde Hermannsburg, nur vier Kilometer vom Neonazi-Zentrum Hetendorf Nr. 13 entfernt, bekamen bereits etliche Anwohner den Hass der Heiden zu spüren. Anonyme Anrufe mit der Drohung: „Hey, du Drecksau, wir kriegen dich. Sieg Heil!“ erhielten jene Dorfbewohner, die es gewagt hatten, gegen das Zentrum zu protestieren. Andere erhielten gar Post von Jürgen Rieger selbst. Darin drohte ihnen der Rechtsanwalt: „Wer Krieg haben will, soll ihn bekommen. Wir haben uns genau gemerkt, wer im Dorf uns verleumdet, gegen uns gehetzt und sich gegen uns gestellt hat.“

Die Immobilie der Neonazis wurde zur Festung. Bei Veranstaltungen ließ Rieger das Anwesen bewachen wie einen Hochsicherheitstrakt. Das gesamte Areal war umzäunt mit Nato-Draht, rund um die Uhr sicherte eine „Schutzstaffel“ das Gelände. Angeführt vom damaligen Hamburger Neonazi Thomas Wulff, genannt „Steiner“, patrouillierten Glatzköpfe mit Pitbull-Hunden und Baseballschlägern. Sie trugen Springerstiefel, schwarze SS-Hosen und T-Shirts mit Aufschriften wie „Odin statt Jesus“. Jürgen Rieger wollte sichergehen, dass die Veranstaltungen ungestört über die Bühne gehen konnten. Neben der Sonnenwendfeier, getarnten Wehrsportübungen und militärischen Ausmärschen auf den nahen Truppenübungsplatz stand auch Theorie auf dem Schulungsprogramm – speziell für den jungen Nachwuchs.

Zuständig für die politische Schulung der Jugend war während der „Tagungswoche“ 1997 Gertrud Herr. Weil sie im Dritten Reich auf Rügen eine Führerschule geleitet „und diese Zeit also miterlebt hat“, sei sie eine rar gewordene Zeitzeugin, stellte Rieger den Jugendlichen seine politische Ziehmutter vor. Sie könne deshalb „aus erster Hand“ schildern, wie es wirklich gewesen war.

Mehr als 200 Kinder und Jugendliche lauschten der alten Frau. Gertrud Herr erzählte von der „ganzen Herrlichkeit dieses Reiches“, die sie erleben durfte.

„Ich habe einen Verwandten gehabt, der ist Vertrauensarzt gewesen in Auschwitz. Und den haben wir ja auch genügend bekniert [zur Frage der Vergasungen]. Und er sagte uns, ach, gar kein Gedanke daran. Er sagte auch warum: Wir haben doch die Hände dieser Menschen gebraucht. Von welcher Rasse die waren, war uns doch egal. Es ging um unsere Rüstung und um weiter nichts, und damit die die Rüstung leisten konnten, sind sie so gut behandelt worden, wie es die Kriegsverhältnisse nur zuließen. Sie haben eine bessere Verpflegung gehabt als das Zivil“

Sie war jetzt richtig in ihrem Element und berichtete weiter: in Auschwitz habe „kein Mensch einen Menschen absichtlich umgebracht“. Wenn Unterernährung bei den Juden

vorkam, dann habe der Lagerleiter gesagt, da könne er nichts machen. „Diese kriegen ihr Kontingent, und wenn die großen Juden den kleinen was wegessen, da kann ich nicht für sorgen.“ Sie räumte gegenüber ihrer jungen Zuhörerschaft ein, dass es mitunter auch Tote gegeben habe und wegen der Seuchengefahr habe man die Leichen verbrennen müssen. „Weiter ist da wirklich nichts gewesen.“

Zur intensiven Ideologiebildung und zur Stabilisierung der Szenestrukturen hat das Neonazi-Zentrum Hetendorf jahrelang maßgeblich beigetragen. Hinter verschlossenen Türen, ohne Eingriff der Sicherheitsbehörden tagten Rassisten und Militante ungestört. Erst durch den Protest einiger engagierter Bürger und Antifaschisten wurden Behörden und Verfassungsschutz verstärkt vorstellig. Sie mussten sich allerdings – bis zur endgültigen Schließung – mit Fahrzeug- und Personenkontrollen vor dem Anwesen begnügen. Der Ruf von Hetendorf Nr. 13 ist innerhalb der braunen Szene bis heute legendär, der Inbegriff für ein funktional arbeitendes, nationales Zentrum. Nach wie vor tagen gefährliche Ideologietransmitter von damals wie das „Deutsche Kulturwerk“ oder die „Gesellschaft für freie Publizistik“ unbeachtet.

2 Das Erbe der Rechtsextremen – Jürgen Rieger und seine Gönner

Jürgen Riegers Engagement für die neue NS-Bewegung wollte Gertrud Herr gern belohnen. Sie kündigte bereits Jahre vor ihrem Tod 2003 an, in ihrem Testament nicht nur ihr heidnisches Begräbnis, sondern auch das finanzielle Erbe zu regeln, und zwar zugunsten der nächsten Mitstreiter-Generation. „Meine Villa im schönen Binz auf Rügen soll der Jürgen einmal bekommen“, erklärte sie bei einem Treffen in ihrer Wohnung.

„Das Haus liegt besonders schön, fast direkt am Ostseestrand. 14 deutsche Eichen standen dort einmal, aber die Roten haben alle gefällt. Trotzdem hat man mir schon 1,3 Millionen Mark dafür geboten.“

Heute steht ihr grauer Findling unter riesigen Eichen, am Rande der Ahnenstätte Conneforde im friesischen Ammerland. In den Naturstein hat die frühere BDM-Führerin ihren Namen, ihr Geburtsjahr 1910, eine Lebensrunne und einen Vers ihres Lieblingsdichters aus der NS-Zeit meißeln lassen: „Was man nicht aufgibt, hat man nicht verloren.“ Die Steine in Conneforde erinnern nicht nur an die stramme Nationalsozialistin, sondern auch an SS-Offiziere und NSDAP-Funktionäre. Auch der 2002 verstorbene Bremer Lehrer Wilhelm Tietjen hat seinen kleinen Findling nicht weit von Herr entfernt im neueren Teil der Kultstätte.

Zahlreiche Altnazis vermachen Jürgen Rieger Geld oder Grundeigentum. Der 1903 geborene Tietjen lebte im Alter zurückgezogen, galt in der Nachbarschaft als geiziger „Waldschrat“. Anwohnern, die ihm manchmal zu essen brachten, fiel auf, dass der Hamburger Anwalt kurz vor dessen Tod regelmäßig im Bremer Stadtteil Hemelingen auftauchte. Tietjen, der selbst keine Kinder zeugen konnte, hatte sein Millionenvermögen aus Aktiengewinnen einer eigenwilligen Befruchtungsförderung zugebracht. „Der Onkel war in Riegers Verein ‚Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung‘“, erzählte eine seiner Nichten gegenüber einem Fernsichteam von Radio Bremen. Er habe „zeitlebens von einem neuen Lebensborn geträumt.“ (vgl. Röpke/Speit 2008)

Um die Erbschaft des braunen Lehrers sinnvoll zu investieren, richtete Rieger zunächst die britische Briefkastenfirma „Wilhelm Tietjen Stiftung für Fertilisation Ltd“ in London ein. Danach erwarb er 2003 für 360.000 Euro ein Hotel in Pößneck in Thüringen und im Frühjahr 2004 für 255.000 Euro die ehemalige Standortkommandantur der Bundeswehr im niedersächsischen Dörverden, den sogenannten „Heisenhof“. Für den Bundestagswahlkampf 2005 wurden die dortigen vier ehemaligen Bundeswehrgebäude, mit Atom bunker und unterirdischen Schießanlagen, als eine der Wahlkampfzentralen der NPD genutzt. Seit 2008 ist Multifunktionär Rieger auch stellvertretender Bundesvorsitzender der Partei, bereits ein Jahr zuvor übernahm er den Vorsitz in seiner Heimatstadt Hamburg.

Jürgen Rieger ist dank der Erbschaften alter Wegbereiter ein reicher Mann. Während zahlreiche NPD-Funktionäre noch davon träumen, Immobilien als strategische Rückzugsräume und sichere Mobilisierungspunkte für ihre Anhänger zu erwerben, verfügt der Hamburger Rechtsanwalt über ein eigenes Imperium. Immobilien wurden zu seiner Obsession. Sie sollen ihm und seinen politischen Plänen Sicherheit vor dem Zugriff von Polizei und Behörden geben, sowie das Bedürfnis nach materieller Sicherheit als „diskriminierter Neonazi“ bestärken.

Als sein bisher größter Immobiliencoup galt – wie geschildert – „Hetendorf Nr. 13“, die damals „bedeutendste deutsche Schulungsstätte alter und neuer Nazis aus dem In- und Ausland“ in der Lüneburger Heide. Doch als die Trägervereine 1998 vom niedersächsischen Ministerpräsidenten Gerhard Schröder verboten und das Gelände enteignet wurde, gerieten auch Riegers weitere Expansionsbegehren zunächst in Vergessenheit. Dabei unterhielten seine Vereine längst weitere Häuser in Kakenstorf bei Tostedt und in Hamburg-Harburg. Dort wurden je nach Bedarf junge Familien aus heidnischen Kreisen untergebracht. An manchem Abend wollen die Nachbarn des Anwesens in Kakenstorf einschlägige Gesänge gehört haben. Bereits Mitte der 90er Jahre hatte Rieger für über 2 Millionen Mark ein 650 Hektar großes Landgut in Schweden gekauft. 1999 kam für rund vier Millionen Mark ein Gebäudekomplex mit 5 Kinosälen, Ladengeschäften und Mietwohnungen in der Hamelner Innenstadt hinzu, in dem heute Neonazis wohnen. Zwei Bauernhöfe an der Schlei und in Nordfriesland sowie ein geräumiges Haus im schleswig-holsteinischen Kollmar erwarb der Neonazi nicht nur für private Zwecke. Gemeinsam mit seinem Vater, einem angesehenen Gynäkologen, betrieb Rieger dreizehn Jahre lang einen Campingplatz neben dem Wohnhaus in Kollmar an der Elbe. Zum Ärger vieler Anwohner gelang es Rieger, junge Leute aus dem Ort für seine politischen Ziele anzuwerben, der Campingplatz wurde immer wieder zum Treffpunkt für Neonazis.

3 In rechtsextremer Hand – Die „Siedlungspolitik“ der rechten Szene

Der Kauf von Großimmobilien durch Neonazis ist längst kein Einzelfall mehr. Bis zu vierzig größere Anwesen sind bundesweit in rechtsextremen Händen. Kaum eine Woche vergeht ohne eine Meldung, nach der Neonazis Interesse am Kauf einer neuen Immobilie zeigen. Überwiegend sollen die Häuser für Schulungs- und Veranstaltungszwecke genutzt werden. Aber auch Merchandising-Shops oder Musikversände werden errichtet. Die lukrativsten Geschäfte werden im Osten des Landes abgewickelt. Frühen strategischen Überlegungen zufolge ist es Ziel der rechten Szene, von eigener Seite dominierte Freiräume zu schaffen, in denen sie ihre „Gegenmacht“ etablieren können. Zugang erhält nur, wer ins

rassistische Weltbild passt. Es geht vorrangig nicht mehr darum, Migranten und linksalterna-tive Jugendliche mit Baseballschlägern und Stiefeltritten von bestimmten öffentlichen Plätzen zu vertreiben, sondern um langfristig gesicherte eigene Mobilisierungsräume, die dem Zugriff der Behörden weitestgehend entzogen sind. Ein wegweisender Aufsatz von Steffen Hupka trug den Titel: „Befreite Zonen – aber wie?“ Danach sollten diese Zonen „Mittel zum Zweck“ sein:

„Denn Nationalisten wollen nicht aus der Gesellschaft aussteigen, sondern sie beeinflussen und verändern. Das bedeutet, dass eine befreite Zone nicht nur die materielle Basis unseres Kampfes, sondern auch seine geistige, moralische und seelische Kraftquelle sein muss. Sie muss unsere Nachschubbasis und unsere Heimatfront sein.“

Von „befreiten Zonen“ wird heute intern kaum mehr gesprochen. Zwar wollen Neonazis auf eigenem Grund und Boden ungestört feiern und lernen können, aber dennoch anders als zuvor in Hetendorf Nr. 13 nicht aggressiv auf ihre Umgebung einwirken. Im Gegenteil. Im Einklang mit einer Verbürgerlichungsstrategie und dem Ziel einer kommunalpolitischen Verankerung der NS-Bewegung möchten sie als „normale“ Mitbewohner erscheinen. Un-auffällig bieten sie jungen Szene-Anhängern günstige Mietgelegenheiten und sammeln so eine immer größer werdende nationale Gemeinde. Über eigene wirtschaftliche Zugänge wie Lokale oder Handwerksbetriebe lässt sich eine von ihnen dominierte, nach außen gerichtete Infrastruktur aufbauen, aus der heraus weitere Anhänger aus dem vorpolitischen Raum rekrutiert werden können.

Neonazis sind gezielt auf der Suche nach geschichtsträchtigen Gemäuern, wie Burgen oder Gutshöfen, bevorzugt werden aber leerstehende Gasthöfe. Sie checken Zufahrten, Umgebung und logistische Verkehrsanbindung, kaufen dann heimlich. Erst im Nachhinein erfährt die Öffentlichkeit von den wahren Drahtziehern im Hintergrund oder dem wirklichen Gebaren der neuen Käufer, wie im Falle eines ehemaligen Bergwerksgeländes im sächsischen Borna, nahe Leipzig. Ein Düsseldorfer Architekt ersteigerte das Anwesen 2005, zunächst völlig unauffällig, für einen „Verein Gedächtnisstätte“ als Hauptnutzer. Das 10.500 Quadratmeter große ehemalige Bergbaugelände mit Gebäude und Park war von einer Immobiliengesellschaft des Bundes für nur 99.000 Euro veräußert worden. Am Namen des Käufers, Ludwig Limmer, hatte niemand Anstoß genommen. Als der inzwischen verstorbene Limmer das geplante Projekt, eine „Gedenkstätte für deutsche Kriegsofopfer“, im Oktober 2005 vom Bauausschuss der Stadt Borna absegnen ließ, sprach er noch lapidar von einer Gruppe „Heimatvertriebener“, die ihm 250.000 Euro für eine „Erinnerungsstätte“ zur Verfügung gestellt hätten. Wären die acht Ausschussmitglieder hellhörig geworden, hätten den politischen Hintergrund des „Vereines Gedächtnisstätte“ prüfen lassen, dann wäre dem Antrag auf Baugenehmigung vielleicht nicht zugestimmt worden.

Denn der arglose Schein tög. Das Ehepaar Limmer gehörte zum illustren Kreis um Ursula Haverbeck, einer der wenigen Frauen, vor deren Aktivitäten in den Verfassungsschutzberichten der Länder seit Jahren gewarnt wird. Über 50 Jahre stand die 1928 geborene Haverbeck im politischen Schatten ihres Ehemannes, der in der NS-Zeit zeitweilig in der Reichsleitung der NSDAP beschäftigt war. Nach dessen Tod übernahm die fanatische Hitler-Verehrerin die Leitung des 1963 gegründeten Schulungszentrums „Collegium Humanum“ im westfälischen Vlotho. Sie führte es aus seiner politischen Bedeutungslosigkeit im extrem rechten Lager heraus. Es gelang ihr, den Trägerverein als gemeinnützig anerkennen zu lassen, damit galten Spenden als steuerlich begünstigt. Bei dem von Jürgen Rieger orga-

nisierten Marsch zum Gedenken an den Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß in Wunsiedel 2004 durfte Haverbeck als einzige Rednerin vor rund 3000 Neonazis auf die Bühne. Das Amtsgericht Bad Oeynhausen hatte sie kurz zuvor, im Juni 2004, wegen Volksverhetzung zu einer Geldstrafe verurteilt. Drei Jahre später stand die notorische Nationalsozialistin erneut vor Gericht, die Staatsanwaltschaft des Landgerichtes Dortmund charakterisierte Haverbeck als „Überzeugungstäterin“.

Durch antifaschistische Flugblattaktionen, Anwohnerproteste und Medienberichte rückte Haverbecks westfälisches Schulungsheim mit der Zeit ins Blickfeld einer kritischen Öffentlichkeit. Wolfgang Spanier, SPD-Bundestagsabgeordneter in Ostwestfalen warnte in einer parlamentarischen Aussprache im Frühjahr 2008 vor der „überregionalen Ausstrahlung des Collegium Humanum“, es werde „bundesweit von NPD-Anhängern, militanten Neonazis, Auschwitz-Leugnern und Nationalrevolutionären genutzt“. Im darauf folgenden Mai wurden drei der Trägervereine vom Bundesinnenministerium wegen verfassungsfeindlicher Aktivitäten verboten, darunter der „Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten“ (VRBHV). Die Immobilie in Vlotho, ein ehemaliges Volksschulgebäude, hatte das „Collegium“ bereits 2006 zusammen mit etwa zwei Hektar Land und dem gesamten Vereinsvermögen an die „Bauernhilfe e.V.“ übertragen, die ebenfalls vom Verbot betroffen war. Mit der Enteignung sollte den Holocaustleugnern ein zentraler Treffpunkt entzogen werden. Doch die hatten bereits vorsorglich Abhilfe geleistet: die neue feudale Großimmobilie im sächsischen Borna gilt als passabler Ersatz.

Zum engeren politischen Umfeld der Nutzer zählen Altnazis, Professoren, ein pensionierter Chefarzt, eine Schauspielerin, sowie ein Schweizer Revisionist. Das Gründungsmitglied der einschlägigen Gedenkstätte, der Solinger Bauunternehmer Günther Kissel, der laut Gerichtsbeschluss als „rechtsextremistischer Drahtzieher“ bezeichnet werden darf, hatte bereits im Juli 2003 das Ehepaar Limmer, gemeinsam mit Ursula Haverbeck, dem notorischen Holocaustleugner Horst Mahler und anderen Neonazis zum „gemeinschaftlichen Mittagessen“ mit Informationsgespräch in sein Privathaus nach Solingen eingeladen. Der Coup war von langer Hand geplant worden. Der ehemalige Obermeister der Bauinnung soll das gemeinsame Projekt in Sachsen mit einer großzügigen Spende bedacht haben.

Die älteren Rechtsextremisten teilen ihre nationalen Zentren bewusst mit Vertretern jüngerer Generationen. Eine Neonazi-Kameradschaft aus Leipzig feierte auf dem Gelände in Borna ihr Sommerfest mit „80 jungen, deutschen Freiheitskämpfern“. Sachsens Justizminister Geert Mackenroth urteilte zum neuen Treffpunkt: „Der Personenkreis um die Initiatoren der Gedenkstätte“ in Borna lasse befürchten, „dass hier Rechtsextreme das Andenken an die Opfer dazu missbrauchen, Unterstützung für die Verdrehung unbezweifelbarer historischer Tatsachen und extreme nationalistische Positionen zu erlangen“.¹

Anfang August 2008 feierten rund 200 junge und alte Gäste des rechten Spektrums den 95. Geburtstag des ehemaligen Göring-Vertrauten und Ritterkreuzträgers Hajo Herrmann, unter ihnen Ursula Haverbeck und Gisela Limmer. Zu den Gratulanten zählten der NPD-Vorsitzende Udo Voigt, sowie der extrem rechte Liedermacher Frank Renniecke. Junge Männer, artig mit Scheitel und in weißen Hemden gekleidet, zelebrierten auf der Anlage ungestört ein anachronistisch anmutendes Szenario mit Fahmenträgern, Schweigemarsch und Heldenliedern, wie im Internet veröffentlichte Videoaufnahmen zeigen. Verborgener hinter Mauerwerk und Bäumen, abgesichert von bulligen Kameraden in martialischem

1 Vgl. Blick nach rechts, Nr. 6/2008

Outfit, entwickelt sich mitten im sächsischen Landkreis Leipziger Land ein „Mekka für junge und alte Nazis“.

„Wenn wir die Möglichkeit haben, dann versuchen wir zusammen in eine Region zu ziehen“, formulierte der Hamburger Neonazi und enge Rieger-Vertraute Thomas Wulff die Bemühungen zahlreicher norddeutscher Kameradschaftsaktivisten und NPD-Anführer. Der Umzug von der Großstadt ins Flächenland Mecklenburg-Vorpommern entpuppte sich als gezielte Strategie einer großen Gruppe von Rechtsradikalen, um sich so der öffentlichen Aufmerksamkeit und dem Verfolgungsdruck zu entziehen. Mitte der 90er Jahre kam es auch durch das Hamburger Innenministerium zu einer Verbotswelle von Gruppen wie der „Nationalen Liste“ oder „Hamburger Sturm“. Nicht nur das Pflaster der Hansestadt war einigen Neonazis zu heiß geworden.

Auf der Suche nach politischer Ungestörtheit stieß Wulff auf ein 1910 erbautes, völlig heruntergekommenes Herrenhaus östlich der Elbe im Landkreis Ludwigslust. Gemeinsam mit der Familie von Michael Grewe erwarb er das Anwesen in Amholz bei Teldau für rund 300.000 Mark. Warnungen über Wulffs politische Pläne, das Gutshaus in Amholz zu einem Schulungszentrum auszubauen, nahmen die zuständigen Stellen in Schwerin nicht ernst, wiesen sie sogar bewusst zurück. So hieß es im Verfassungsschutzbericht 2001 des Landes: „Unter anderem wird der Eindruck erweckt, es könnte hier bereits in Kürze ein – der früheren Stätte im niedersächsischen Hetendorf vergleichbares – rechtsextremistisches Tagungs- und Schulungszentrum entstehen.“ Diese Informationen von Fachjournalisten seien durch die VS-Erkenntnisse „nicht gedeckt“. Eine Einschätzung, die nur teilweise stimmte – ein Schulungszentrum entstand nicht, nur ein neuer Treffpunkt. Doch es sollte für Mecklenburg-Vorpommern noch viel schlimmer kommen.

In Amholz gaben Wulff und Grewe 2000 die erste Sonnenwendfeier auf eigenem Gelände. Der Verfassungsschutz ließ im NDR-Regionalfernsehen die politische Kehrtwende verlauten und vor den zugezogenen Neonazis in „Gut Amholz“ warnen.

Anders als noch in Hetendorf versuchten die routinierten jungen Neonazis nicht sich abzuschotten und an militanten Provokationen festzuhalten. Wulff prahlte: „Wir wirken in die Bevölkerung hinein.“ Nachbarschaftlich integrierten sie sich in der mecklenburgischen Dorfgemeinschaft. Der polizeibekanntene Neonazi-Anführer Wulff wurde in die Elternvertretung der Klasse einer seiner Söhne gewählt. Sein Hausmitemigentümer Grewe zog 2004 mit 7,5 Prozent der Stimmen in den Gemeinderat von Teldau ein. Der gewaltbereit anmutende politische Hintergrund des ehemaligen Hammerskin störte wenig. Heute arbeitet Grewe in der NPD-Landtagsfraktion im Schweriner Schloss.

Parallel zu den Hamburger Kameradschaftsaktivisten bezogen auch die heutigen Mitglieder der NPD-Landtagsfraktion Udo Pastörs und Stefan Köster nach und nach ihre neuen Häuser in Lübtheen im Landkreis Ludwigslust östlich der Elbe. Es kamen weitere Anhänger unter anderem aus Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bremen hinzu. Inzwischen verfügen die Neonazis in der Region über nicht zu unterschätzenden Einfluss. In der Lindenblütenstadt Lübtheen erzielte die NPD bei der letzten Landtagswahl 2006 bereits rund 16 Prozent. Das weitläufige Anwesen des ehemaligen Schmuckhändlers Udo Pastörs im ehemaligen Reichsmusterdorf der Nazis Benz-Briest wird immer wieder für rechte Treffen und Feiern genutzt. In den Geschäftsräumen seines ehemaligen Juweliergeschäfts im Zentrum von Lübtheen errichtete die NPD ein Bürgerbüro. Die Tür steht den Einwohnern offen.

Die Hemmschwelle gegenüber den Neonazis ist in Lübtheen gesunken. Die Pastörs-Anhänger beteiligen sich im Herbst 2008 an einem Schießwettbewerb des örtlichen Schüt-

zenvereines – und gewinnen den Pokal der Bürgermeisterin. Als sich ein zu Geld gekommener rechter Weggefährte aus Hamburg im benachbarten Ort ein Schloss kauft und seine internationalen Handelsfirmen in die Region verlegt, suchen die NPDler den Kontakt. Manfred Börm, Bauunternehmer aus dem nahen Lüneburg und langjähriges Mitglied im NPD-Bundesvorstand übernimmt zahlreiche Sanierungs- und Bauarbeiten in der Region. Von Kameraden für Kameraden.

Eine Kampagne mit dem Titel „Das nationale Netzwerk“ startete 2007 in Rheinland-Pfalz. Die Strategen des NPD-Landesverbandes wollen die „Finanzkraft nationaler Menschen“ damit stärken, dass „Nationalisten bei Nationalisten kaufen“. Ihren Angaben zufolge konnten bereits „1000 nationale Selbstständige registriert“ werden, darunter seien im Saarland und in Rheinland-Pfalz Apotheker, Gaststätten, Bestattungsunternehmer, Kfz-Betriebe, Rechtsanwälte, Weinbauern, Schreiner, Finanzberater sowie Ärzte.

Ebenso basteln auch in Mecklenburg-Vorpommern Neonazis nicht nur an einer eigenen Homepage, sondern darüber hinaus auch eifrig an eigenen Infrastrukturen. In Lübtheen fielen die schwarzen Firmenwagen des Abrissunternehmens von Sven Krüger aus Jamel auf. Vor Jahren sorgte der bullige Glatzkopf mit seiner Hammerskin-Truppe für Schlagzeilen, als er die Region in Schrecken versetzte. „Ein Dorf in Angst?“ titelte noch 2007 der „Spiegel“. Seit 1992 hatte sich in dem Dreißig-Seelen-Ort bei Grevesmühlen ein rechtsextremer Mob breitgemacht, der dem „Führer“ huldigte und nordische Götter verehrte. Die „tageszeitung“ berichtete, dass an Hitlers Geburtstag über 120 Neonazis im Gutshaus der Krügers feierten. Über Jahre hinweg sollen sie Einheimische und Zuzugswillige systematisch eingeschüchtert haben. Die Reichskriegsflagge flatterte im Dorf. Auch heute noch sehen anreisende Besucher oft als Erstes bullige Glatzköpfe am Ortseingang stehen. Sven Krüger dagegen machte sich im Dorf breit, seiner Familie gehören inzwischen mehrere Häuser. Krüger sei mehrfach im Gefängnis gewesen, aber immer vorzeitig entlassen worden, beklagte ein Mitarbeiter der Landesweiten Opferberatung für Betroffene rechter Gewalt (Lobbi e.V.) 2003 gegenüber der „tageszeitung“.

Noch immer mag Sven Krüger Drohgebärden. Bei NPD-Aufmärschen geraten Gegendemonstranten und Journalisten schon mal ins Visier des Glatzkopfes im blauen Fleischerhemd und seiner Truppe. Der nutzt sein Image auch fürs Geschäft. Auf seinem Hof stehen Fahrzeuge mit der Aufschrift „Die Jungs fürs Grobe. Brigade z.b.V.“ – zur besonderen Verwendung. Krüger betreibt ein Abrissunternehmen. Aus welchen finanziellen Quellen er seine Aktionen finanziert, „bleibt im Dunkeln“, so Experten des Mobilen Beratungsteams in Mecklenburg-Vorpommern, aber sie vermuten, dass er eine „Aktionsbasis“ schaffen will. Seit einiger Zeit ist der polizeibekannt Glatzkopf häufig in der Nähe von Udo Pastörs und den Mitarbeitern seiner Landtagsfraktion anzutreffen. Beim „Nationalen Fußballturnier“ im Englischen Garten des Dammereezer Schlossparks (mit rund 200 Teilnehmern) sponserte Krügers Abrissfirma ein Team in schwarzen Shirts mit Firmenlogo. Angemeldet war das einschlägige Neonazi-Treffen im Herbst 2007 von „einem Handwerker aus Lübtheen“ – dahinter verbarg sich der NPD-Kreisvorsitzende und Dachdecker Andreas Theißen aus dem Lübtheener Ortsteil Langenheide. In der Region nimmt kaum noch jemand Anstoß an solchen braunen Großevents.

Auch nach der Veräußerung des mitten in Lübtheen gelegenen „Volkshauses“ an einen Käufer aus dem persönlichen Pastörs-Umfeld regte sich wenig Protest. Manch einer nahm es mit Resignation hin. Zulange hatte die Gerüchteküche bereits gebrodelt. Der Verkauf des zu DDR-Zeiten beliebten Tanztempels war nach Recherchen der „Schweriner Volkszei-

tung“ bereits notariell besiegelt. Die Sanierungsarbeiten gingen schnell vonstatten. Als im Herbst 2008 die erste Tanzveranstaltung über die Bühne ging, scheuten rund 200 Einwohner nicht den Zutritt. Um weitere Befürchtungen über ein mögliches rechtes Zentrum zu entkräften, versicherte der Neueigentümer gegenüber der Lokalzeitung:

„Es gibt in der Präambel des Vertrags einen Passus, in dem steht: Jegliche Art politischer Veranstaltungen ist ausgeschlossen. Es werden rein gesellschaftliche und kulturelle Veranstaltungen von Leuten aus der Region sein, die der Stadt und der Umgebung eine Menge zurückgeben möchten.“

Heimlich und hinter vorgehaltener Hand hegen kritische Lübtheener Zweifel daran, dass das „Volkshaus“ nicht doch in nächster Zeit vom Kreis um Pastörs instrumentalisiert werden könnte. „Hinter dem Begriff Kultur kann sich ja viel verbergen“, glaubt einer, der nicht genannt werden möchte. „Die warten nur ab bis Ruhe einkehrt und dann tauchen die Pastörs-Leute da schon auf“, fürchtet eine ältere Frau, immerhin seien der Neukäufer und die NPDler ja „eng“ miteinander.

Auch Jugendliche fürchten sich offen gegen rechts zu positionieren. Immer wieder gibt es Übergriffe gegen sogenannte „Wolgadeutsche“, wie sie in Lübtheen genannt werden. Thematisiert werden die gewalttätigen Aktionen nur leise. Auch ein Teil der berühmten Garagenkomplexe, abgelegen in der Nähe des Sportplatzes, soll verkauft worden sein, heißt es. Aber dorthin traut sich schon lange niemand nach Einbruch der Dunkelheit. Dort haben glatzköpfige Rechte wohl das Sagen.

Die engagierte Bürgerinitiative „Wir in Lübtheen“ um Bürgermeisterin Ute Lindenau bemüht sich weiterhin um eigenständige Kulturarbeit und größtmögliche Aufklärung. Trotz aller öffentlichen Anti-Rechts-Aktionen stecke Lübtheen aber in einer schwierigen Situation, räumt Lindenau gegenüber der „Schweriner Volkszeitung“ ein.

„Das Image leidet massiv, diese Truppen können eine ganze Stadt zugrunde richten. Die weit über die Grenzen reichenden Nachrichten hätten Folgen für Investitionen, Haus- und Grundstückskäufe und für Vereine, die sich nicht mehr nach Lübtheen trauen“,

zählte sie bitter auf. „Aber einfach nur den Kopf in den Sand stecken, das funktioniert nicht“, ergänzt die Bürgermeisterin. „Irgendwann muss man Farbe bekennen.“

Die Siedlungspolitik der extrem Rechten ist vielschichtig. Jürgen Riegers Pläne für ein „germanisches Landkollektiv“ mit Familien der „nordisch-blonden Rasse“ blieben bisher nur Träume eines elitären Neonazis. Bereits vor Jahren hatte er versucht, per Inserat in einschlägigen Blättern Anhänger auf sein Anwesen nach Schweden zu locken, für „ein Leben nach eigener Art, unbeeinflusst durch Umerziehung, Überfremdung, Drogen und Rauschgift mit eigenem Kindergarten und eigener Schule“. Ohne Erfolg. Doch seit Jahren treffen sich die Familien der rassistischen „Artgemeinschaft- Germanische Glaubensgemeinschaft“, der Rieger vorsteht, für mehrtägige sogenannte „Arbeitseinsätze“ auf dem weitläufigen rund 23.000 Quadratmeter großen ehemaligen Bundeswehrgelände „Heisenhof“ im niedersächsischen Dörverden. So auch im Sommer 2008.

Weltlichere Ambitionen hegen extrem Rechte bei ihren Siedlungsbemühungen im geographischen Speckgürtel von Berlin. Ähnlich der Szene-Devise „Wir erobern die Städte vom Land aus“ ziehen zunehmend völkisch-nationalistisch orientierte Neonazi-Kader mit ihren Familien aufs Land. Auch in den Grenzregionen von Thüringen und Sachsen-Anhalt,

teils in Sichtweite des Kyffhäusers, interessieren sich Rechte verstärkt für Immobilien, um in der Nähe bereits ansässiger befreundeter „Sippen“ leben zu können. Junge Neonazis gründen nationale Wohngemeinschaften in gekauften oder angemieteten Immobilien. In einem geerbten Wohnhaus im Stadthagener Ortsteil Lindhorst, nahe Hannover lebten bis vor kurzem mehrere Angehörige der als militant geltenden „Nationalen Offensive Schaumburg“. Neben den zur Zeit inhaftierten Köpfen der Kameradschaft wohnten dort zeitweilig auch ein Neonazi, der fünf Jahre Haft abgesessen hatte, wegen gefährlicher Körperverletzung mit Todesfolge, sowie ein junger Glatzkopf, der im März 2008 unter Mordverdacht an einer 48-Jährigen festgenommen und später verurteilt wurde. Ein unscheinbares Haus in der Langgasse im hessischen Butzbach-Hochweisel sorgte 2008 als rechte Wohngemeinschaft für Schlagzeilen, weil sich dort Anhänger von NPD und „Freien Nationalisten Rhein-Main“ niedergelassen hatten. Die Gruppe um den verurteilten ehemaligen Parteichef Marcel Wöll strebte mit dem Wohnprojekt eine „befreite Zone“ mit dem Ziel eines „reformierten Nationalsozialismus“ an. Mittlerweile soll die Szene ihre Aktionsbasis vier Häuser weiter verlegt haben. Nationale WGs wie im vorpommerschen Salchow oder das „braune Haus“ im Jenaer Plattenbau-Stadtteil Lobeda können sich bereits seit Jahren halten.

Als einen Treffpunkt von „herausragender Bedeutung“ bezeichnet der Magdeburger Verfassungsschutz die ehemalige Gaststätte „Zum Thingplatz“ in Sotterhausen im östlichen Harzvorland. 2003 erwarb der Kameradschaftsanführer Enrico Marx den geräumigen Backsteinbau mitten im Ort, der wie ein geschlossenes dreieckiges Fort wirkt. Gemeinsam mit seiner Partnerin Judith Rothe bot Marx dort Platz für Szenepartys, Proben von Rechtsrock-Bands oder Politveranstaltungen. Aus dem Gebäude heraus betrieb das Paar den „Staatsfeind“-Versand sowie „Barbarossa“-Records als kommerzielle Einnahmequellen, bis ihnen die Gewerbeerlaubnis entzogen wurde. „Es gibt keinen rechten Szene-Treff in Sachsen-Anhalt, der mit Sotterhausen vergleichbar wäre“, sagte Innenstaatssekretär Rüdiger Erben der „Mitteldeutschen Zeitung“. Die Polizei hatte in dem Anwesen in der Vergangenheit wiederholt neo-nazistische Treffen aufgelöst. Mittlerweile hätten die Behörden Marx die Nutzung des Saals für Veranstaltungen verboten. Doch Grund zur Entwarnung gibt es nicht. Die dreifache Mutter und Neonazistin Judith Rothe konnte mit rund 15 Prozent der Stimmen in ihrem Heimatort für die NPD in den Kreistag einziehen. Sie gehörte zu den Mitgründerinnen der bundesweiten Parteiunterorganisation „Ring Nationaler Frauen“, die sich im September 2006 in Sotterhausen trafen. Das Bild von der friedfertigen, politisch aktiven Mutter kommt bei der Bevölkerung gut an. In die Schulvertretung wurde sie „von 24 Eltern gewählt“. Jedes Jahr feiern NPD und Kameradschaften ihr „Sommerfest“ in Sangerhausen mit Hüpfburg, Musik und Klamottenverkauf. Als „Ausgangspunkt zahlreicher Aktivitäten mit lokaler und überregionaler Bedeutung“ registriert die Mobile Opferberatung die zentrale Neonazi-Immobilie und warnt vor dem „Nährboden für menschenverachtende Gewalt“, der sich dort bietet.

4 Neurechter Besuch in altrechten Häusern – Schulungszentren der extremen Rechten

Wenig beachtet doch nicht minder gefährlich gestaltet sich der Besitz eines abgelegenen Gehöfts im Dorf Steinbrücken. Unweit von Sotterhausen haben Funktionäre der „Jungen Landsmannschaft Ostdeutschland“ (JLO), einer Vorfelddorganisation der NPD, 2001 den

ehemaligen Bauernhof ersteigern können, um dort mehrtägige Schulungen abhalten zu können. In den darauffolgenden Jahren trafen sich zahlreiche Aktivisten aus dem neurechten Spektrum zunächst für Sanierungs- und Renovierungsarbeiten. Bald wurde ein kleineres Haus in der Nachbarschaft zur Erweiterung von Übernachtungsmöglichkeiten hinzugekauft. Während ihrer Abwesenheit kümmert sich ein älterer Nachbar um das Anwesen, er mag die „netten Jungs“ von der JLO. Im Sommer 2006 fanden nach Angaben des Landesamtes für Verfassungsschutz eine „1. Preußische Akdademie“ und im August des folgenden Jahres eine „2. Preußische Akademie“ statt. Laut einem Bericht in der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme“ vom September 2007 referierten unter anderem der ehemalige Leiter des „Instituts für Staatspolitik“ in Schnellroda, Götz Kubitschek sowie der rechtsextremistische Publizist und ehemalige Spitzenkandidat der NPD in Niedersachsen Andreas Molau.

Im sachsen-anhaltinischen Bernburg bezogen die „Jungen Nationaldemokraten“ ein Haus direkt am Marktplatz der Kleinstadt. Auch dort schult die von Studenten angeführte Nachwuchsorganisation der NPD künftige Kader.

Geplagt von fortwährenden Geldnöten, bleibt vielen NPD-Vertretern oftmals nur die Möglichkeit per Miete in den Genuss bereits bestehender oder zur Verfügung gestellter Anwesen und Gasthöfe zu kommen. Es gelang NPD-Anhängern Immobilien von Szene-Sympathisanten in Franken, Rheinland-Pfalz, Thüringen oder in Sachsen zu pachten. Auch auf einem einstigen Stasi-Gelände in Biesenthal im uckermärkischen Landkreis Barnim soll per Pachtvertrag ein neonazistisches Schulungszentrum entstehen. In der ostvorpommerischen Haffstadt Ueckermünde konnte der NPD-Abgeordnete Tino Müller 2007 einen Pachtvertrag über die Immobilienfirma eines CDU-Stadtrates abschließen. In den Räumlichkeiten in der Wallstraße richtete Müller ein Bürgerbüro ein. Im nahen Anklam gelang es zwei von Müllers Kameraden eine ehemalige Kaufhalle für politische Zwecke sogar zu erwerben.

Im Vogtland an der Landesgrenze zwischen Thüringen und Sachsen steht der regionalen Neonazi-Szene seit längerem der Gasthof „Drei Mädle Haus“, an der Bundesstraße 92 bei Schönbach gelegen, zur Verfügung. Dort fanden bereits „Nationale Liederabende“ und Vortragsveranstaltungen statt. Auf der sächsischen Seite, im nahen Mylau betreibt ein Neonazi mit „Ragnarök“ seit Jahren einen Szeneladen. Im März 2009 wird bekannt, dass Olaf Martin, ein ehemaliger NPD-Kreisrat, mittlerweile aktiv im „Freien Nationalen Bündnis“, das ehemalige Ferienlager mit 40 Zimmern erworben haben soll.

5 Rechtsextremismus als Geschäftsmodell?

Als im Dezember 2008 der Passauer Polizeichef Alois Mannichl vor seiner Haustür in Fürstenzell – nach ersten Angaben von einem kurzhaarigen Täter mit kräftiger Statur – mit einem Messer schwer verletzt wird, wirft der scheinbar rechts motivierte Anschlag auch ein Augenmerk auf die regionale NPD-Szene. Die trifft sich ungestört in „Traudls Café“ für eigene Grillfeste, regelmäßige Stammtische oder einem „offenen Gesprächskreis“. Nach Recherchen der Passauer Neuen Presse gehört die heruntergekommene Immobilie nahe dem Marktplatz bereits einem Mann aus dem Umfeld der extremen Rechten. Tatsächlich nutzen die das nicht mehr öffentliche Lokal regelmäßig, nachdem die Marktgemeinde dafür „keine Verwendung“ hatte. „Die NPD ist in der Region sehr aktiv, sehr präsent“, sagt Robert Andreasch, Rechtsextremismusexperte aus Bayern. Die Grenzlage des Ortes lädt auch

Kameraden aus Österreich zum Treffen ein. In der niederbayerischen Gemeinde mit rund 7.800 Einwohnern gilt der NPD-Kreisverband als verankert. „Der Kreisvorsitzende ist zwar noch nicht sehr lange hier, kein Alteingesessener“, sagt Andreasch gegenüber der „tageszeitung“, „aber der Verband hat hier schon lange Parteimitglieder.“ Im Hintergrund wirkten gar zwei bekannte Immobilienhändler für die Partei, heißt es.

Die Neonazis scheinen derweil einen neuen Geschäftszweig entdeckt zu haben. Allein die Erwähnung des Namens von NPD-Bundesvorstandsmitglied Jürgen Rieger reicht aus, um Kommunen bundesweit in Schrecken zu versetzen, erfolglose Verkäufer maroder Immobilien dagegen hellhörig werden zu lassen. Menden, Melle, Fassberg oder Warmensteinach, keiner dieser Gemeinden blieb es im letzten Jahr erspart sich mit realen oder vorge-täuschten Kaufabsichten von Rieger auseinander zu setzen. Im Gegensatz zur NPD gilt der Hamburger Häuser-Sammler als durchaus liquide. Gerissen nutzt der Neonazi seinen vorauseilenden Ruf.

Der Fall ging bundesweit durch die Presse: Jürgen Rieger bietet 2006 angeblich 3,4 Millionen Euro für ein Hotel im niedersächsischen Delmenhorst. Fachleute schätzten den Wert des leerstehenden Gebäudes auf nur 1,5 Millionen Euro. Öffentlicher Druck veranlasste die Stadt das Vorkaufsrecht zu nutzen. Der Oberbürgermeister von Delmenhorst unterschrieb einen Vertrag über 3 Millionen Euro, engagierte Bürger sammelten fleißig Spenden. Doch lange besteht der Verdacht, es handle sich um ein mögliches Scheingeschäft, mit dem NPD-Anhänger wie Rieger die Kasse aufbessern wollen. Sie könnten sich den Gewinn aus den überhöhten Zahlungen mit den Vorbesitzern teilen, urteilen Experten. Der Verdacht liegt nahe. Auch dann, wenn ein als äußerst geizig geltender Investor wie Rieger Kaufabsichten öffentlich durchsickern lässt wie im Falle der „Embser Mühle“ nahe Bremen. Als Vorhut schickte er zwei NPD-Aktivisten, die recht unglaubwürdig verkündeten: „Geld spielt keine Rolle“. „Die Partei hat erkannt, dass sie damit Druck auf die Kommunen ausüben kann, um überhöhte Preise für die Altbesitzer zu erzielen“, warnt Frank Dittrich vom Landesamt für Verfassungsschutz in Stuttgart. „Wenn die NPD mit dem Verkäufer zusammenarbeite und eine Provision erhalte, dann könne dies ein ‚lohnendes Geschäft‘ sein“, so Dittrich. Gewieftester Werbeträger für solche Pläne scheint Rieger zu sein.

Bereits 2005 hatte die NPD in Jena halb scherzhaft einen Service für Immobilienverkäufer angeboten:

„Gegen Zahlung einer Parteispende stellen wir Ihnen schriftlich aus, ein gesteigertes Interesse am Erwerb Ihrer Immobilie zu haben. Ebenfalls in diesem Service enthalten, ist eine Pressemitteilung an die örtliche Lokalpresse. Damit haben Sie beste Chancen, dass Ihre Immobilie zu Höchstpreisen von der Stadt ‚aufgekauft‘ wird.“

Seither berichten Insider von zahlreichen Offerten, mit denen skrupellose Eigentümer ihre maroden Besitztümer bei der NPD anpreisen, darunter eine „brauereifreie“ Kneipe in Nordrhein-Westfalen oder ein Hotel in der Nähe von Berlin. Immer seltener aber gelingen die rechten Coups.

Wie ein für die Rechtsextremen ideales Geschäft funktionieren kann, hatte der damalige rheinland-pfälzische Landesvorsitzende Peter Marx bereits 2003 vorgemacht, als er ein ihm und seiner Ehefrau gehörendes Gebäude der Kommune in Dahm zum Kauf anbot. Als Grund für dieses Angebot soll Marx angegeben haben, er habe seiner Schwiegermutter versprechen müssen, das Haus vor einem Verkauf an die NPD zunächst der Stadt anzubie-

ten, berichtete die Pirmasenser Zeitung.² Pikanterweise hatte das Gebäude vor dem Erwerb durch die Familie seiner Ehefrau jüdische Vorbesitzer. Die Stadt Dahn nahm dennoch Abstand vom Kauf. Im Mai 2005 trat dann ein enger Vertrauter von Marx aus Saarbrücken als Kaufinteressent auf, ein Vertrag wurde arrangiert. Der potentielle Käufer war Leiter des Ordnungsdienstes der NPD im Saarland und den Behörden bestens bekannt. Schnell übte die Stadt Dahn ihr Vorkaufsrecht aus und ließ das Gebäude später abreißen. Einem erneuten potentiellen „Abzock“-Versuch, wie es der damalige Bürgermeister nannte, verweigerte sich die Stadt dann. Man habe sich damals auf Anraten der Behörden nicht an der Versteigerung einer weiteren Immobilie in der Vogelsbergstraße beteiligt, ließ er verlauten, da die Motive von Marx offenkundig gewesen seien. Der NPD-Mann blieb auf seinem Gut 2005 sitzen. Zwei Jahre später versuchte es die NPD erneut und tat ihr Interesse an einer Pension in Dahn, zu „Schulungszwecken“, kund. Die Stadt sah die Drohung erneut als Täuschungsmanöver an. „Wir lassen uns nicht erpressen“, mahnte Bürgermeister Schreiner zur Gelassenheit. „In Dahn haben Rechte schlechte Karten“, bekräftigte er und verwies „auf die übergroße Mehrheit“ der Bürger und Bürgerinnen.³

Die NPD behielt Dahn im Visier. Das Haus der Familie Marx in der Vogelsbergstraße diente dem umtriebigen stellvertretenden Landesvorsitzende Sascha Wagner und einem Schulungsleiter der Partei als Meldeanschrift. Bei seiner Kandidatur zur Bürgermeisterwahl im Dezember 2008 erzielt NPD-Stratege Wagner in der Verbandsgemeinde Dahn in der Südwestpfalz rund sieben Prozent der Stimmen – im Ortsteil Hirschthal sind es sogar zwölf Prozent.

Literatur

Röpke, Andrea/Speit, Andreas (2008): Neonazis in Nadelstreifen. Berlin.

Schröm, Oliver/Röpke, Andrea (2006): Stille Hilfe für braune Kameraden. Berlin.

2 PZ vom 12.12.2007

3 Stellungnahme des Stadtrates „zum Versuch der NPD in Dahn Fuß zu fassen“, vom 10. Dezember 2007.

Widerstand und Provokation: Strategische Optionen im Umkreis des „Instituts für Staatspolitik“

Helmut Kellershohn

1 Einleitung

Das *Institut für Staatspolitik* (IfS) ist als Bestandteil eines Netzwerks von arbeitsteilig operierenden Einrichtungen entstanden. Nach der erfolgreichen Etablierung der *Jungen Freiheit* (JF) erfolgte im Jahr 2000 die Gründung des Instituts mit Persönlichkeiten aus dem Umfeld der Berliner Wochenzeitung, parallel dazu wurde ein neuer Verlag, die *Edition Antaios*, ins Leben gerufen. Institut wie Edition waren ursprünglich in Hessen angesiedelt, in Bad Vilbel in unmittelbarer Nähe der Mainmetropole. Später (2003) erfolgte der Umzug auf das Rittergut Schnellroda in Sachsen-Anhalt.

Die jungkonservative¹ Führungsriege aller drei Einrichtungen – ein bemerkenswertes Phänomen – kam aus den Reihen einer kleinen, traditionsreichen bündischen Studentenverbindung, der *Deutschen Gildenschaft* (DG).² Dieter Stein, der Chefredakteur der JF, entstammte der Hochschulgilde Balmung zu Freiburg; von den drei Mitgliedern des „Gründerkollegiums“³ des Instituts waren die beiden Hauptpersonen ebenfalls Gildenschafter. Der Spiritus Rector des Instituts und regelmäßiger Autor in der JF, der bekennende Preuße, nationalprotestantische Theologe und Historiker Karlheinz Weißmann, häufig auch als „Vordenker der Neuen Rechten“ apostrophiert, gehörte der Göttinger Gilde an; die Geschäfte des Instituts führte bis vor kurzem Götz Kubitschek, langjähriger Aktivensprecher der DG (bis 2002)⁴ und zeitweilig für das Ressort „Sicherheit und Militär“ (1995-97) in der JF zuständig. Er zeichnete auch verantwortlich für die Edition Antaios.

Die Aufgabenverteilung in diesem jungkonservativen Netzwerk – bei unterschiedlichen, aber nicht inkompatiblen strategischen Optionen – war relativ klar umrissen. Die Wochenzeitung JF versuchte ihre Position in der Presselandschaft weiter auszubauen und diverse rechtspopulistische Projekte medial zu begleiten und zu unterstützen. Das IfS widmete sich den Bereichen von Forschung und Wissenschaft, Fortbildung und Politikberatung, um dem Mangel „an geistiger Orientierung“ abzuhelpfen. „Uns geht es“, umschrieb Weißmann die metapolitische Stoßrichtung des Instituts,

1 Zur jungkonservativen Neuen Rechten vgl. Gessenharter/Pfeiffer 2004.: 53ff.; Pfahl-Traughber 1998.

2 Zur Geschichte der DG vor und nach 1945 vgl. Haar 2000: 70-76; Kellershohn 1994: 63-71 und 2004: 255-292.

3 Zum Gründungskollegium gehörte als Dritter im Bunde noch der Rechtsanwalt Stefan Hanz, der vermutlich das Projekt juristisch betreuen sollte.

4 Im Mai 2003 verkündete Kubitschek bei dol2day, dass er aus der DG ausgetreten sei. Über die Hintergründe schwieg er sich aus (vgl. Chat-Transkript v. 26.5.2003). – Neuer Geschäftsführer ist seit dem 1.9.2008 der promovierte Philosoph Erik Lehnert

„um geistigen Einfluss, nicht die intellektuelle Lufthoheit über Stammtischen, sondern über Hörsälen und Seminarräumen interessiert uns, es geht um Einfluss auf die Köpfe, und wenn die Köpfe auf den Schultern von Macht- und Mandatsträgern sitzen, umso besser.“

Der Edition Antaios verblieb die Aufgabe, Arbeitsergebnisse, die im Kontext dieses Netzwerks entstehen und insbesondere aus der Arbeit des Instituts resultieren sollten, zu publizieren – eigene Akzentsetzungen natürlich nicht ausgeschlossen.

Mittlerweile zeigen sich Risse im jungkonservativen ‚Gebälk‘. Die Ausdifferenzierung des Netzwerks ist weiter fortgeschritten, was mit Veränderungen auf der Ebene der strategischen Optionen einhergeht und die Gefahr einer Überdehnung in die eine oder andere Richtung mit sich bringt. Die Irritationen verdichteten sich zu Debatten um Sinn oder Unsinn des Begriffs „Neue Rechte“. So sah sich die JF bei ihrem „Marsch“ in das konservativbürgerliche Lager genötigt, sich nicht nur stärker von der NPD, sondern auch – zumindest verbal – von Idee und Begriff einer Neuen Rechten als „unbrauchbar“ oder „Hindernis“⁵ abzugrenzen. Was Dieter Stein nicht hindert, sich in regelmäßigen Abständen auf Carl Schmitt, einem der Kronzeugen der Neuen Rechten, zu berufen, allerdings nicht ohne einschränkend auf die notwendige Historisierung der Konservativen Revolution zu verweisen (vgl. JF 3/2009: 11).

Gegenüber diesen diskurstaktischen „Verrenkungen“ hielt das IfS am Begriff „Neue Rechte“ fest, einschließlich des Rückgriffs auf die Konservative Revolution, und setzte auf mehr Entschiedenheit und Entschlossenheit, auf weltanschauliche Klarheit statt kompromisslerischer Anpassung.⁶ 2003 erschien zum ersten Mal die institutseigene Zeitschrift *Sezession*. Man stieß damit in eine publizistische Lücke, die die Umwandlung der Zeitschrift *Criticón* zu einem „Wirtschaftsblatt“ (Kurt Heißig) hinterlassen hatte, konnte aber die *Criticón* zugeschriebene „Funktion eines ‚Sammlungsorgan[s] für Intellektuelle rechts von der Union‘ (Pfahl-Traughber 1992: 44) und eine[r] führende[n] Rolle bei der Annäherung von Rechtskonservativen und der Neuen Rechten“ (Schmidt 2001: 30ff.) bislang nicht so recht ausfüllen. Symptomatisch steht dafür die harsche Ablehnung durch Günter Rohrmoser, der sich – in einem Vortrag auf einem Seminar der Jugendorganisation des *Studienzentrum Weikersheim* (SZW), *Jung-Weikersheim* – aus der Perspektive eines christlichen Konservatismus wie folgt äußerte:

„[...] der Konservativismus wäre eine hoffnungslose Angelegenheit, wenn man ihn als Postulat dem herrschenden Trend, dem vermeintlichen, entgegensetzen würde. Er wäre hoffnungslos, wenn er sich gar nostalgisch daran orientieren würde, Verlassenes, Traditionelles wieder herzustellen, sondern das, was Weikersheim von der neuen Rechten unterscheiden muss [...] [ist], dass es zwei verschiedene Dinge sind: entweder das Rechte als Gegenentwurf gegen eine angeblich der Linkliberalität und Verführung verfallenen Gesellschaft entgegensetzen und dann mit Herrn Weißmann eine Revolution von rechts mit linken Mitteln zu fordern[.] Das ist Scheiß! [sic!] [...] Das ist einer ernsthaften Diskussion nicht mehr würdig [...], weil es nicht in der

5 So Dieter Stein auf einer Tagung des IfS (9. Sommerakademie) lt. Bericht in JF 38/08: 14; mit Beginn des neuen Jahres legte Stein nach: „Der Begriff der ‚Neuen Rechten‘ ist dauerhaft als Definition einer antidemokratischen, genuin rechtsextremistischen Position markiert, und wer ihn annimmt, schließt sich damit selbst aus. [...] Entscheidender als eine nette Verpackung (Begriff) ist der Inhalt (Position).“ (JF 3/2009: 11) Ausführlich hat Stein seine Position begründet in: Stein 2005.

6 Zur Klärung des Begriffs „Neue Rechte“ vgl. IfS 2003, besonders Seite 32; vgl. auch Weißmann 2006: 13-45.

Lage ist zu begreifen, was heute ist und wie fundamental sich die Bedingungegenüber der 20er Jahre geändert haben.“ (Rohrmoser 2006)⁷

Diese brüske Zurückweisung von Seiten eines doch prominenten konservativen Philosophen und Mitbegründers des SZW⁸ mag den Hintergrund bilden für den Versuch Weißmanns, die Leitidee eines „kämpferischen Konservatismus“, von der bereits Caspar von Schrenck-Notzing (Schrenck-Notzing 1980: 107) als Herausgeber von *Criticón* ausging, zu rekonstruieren; also den Begriff „konservativ“ wieder „als Kampfbegriff zu etablieren“, anders ausgedrückt: den Begriff aus der Perspektive einer jungkonservativen Neuen Rechten zu besetzen. Sein programmatisches Büchlein *Das konservative Minimum* (2007) enthält eine „Inhalts- und Positionsbestimmung“, die, wie der Titel bereits andeutet, umfänglich den kleinsten begrifflichen Nenner für einen solchen Kampfbegriff formulieren will und darüber hinaus ein Handlungskonzept („Agenda“) empfiehlt, das Grundlage sein könnte für eine breitere Widerstandsbewegung gegen die von Weißmann immer wieder beschworene Dekadenz.

Götz Kubitschek seinerseits nahm die Spannungen im Verhältnis zum SZW zum Anlass, auf die grundsätzliche Linie des IfS hinzuweisen.⁹ In seinem „Politischen Tagebuch“ schrieb er:

„Das christlich-konservative Studienzentrum kann sich mit der Armin-Mohler-Linie unseres Instituts nicht anfreunden. Die Armin-Mohler-Linie: das ist das Angriffslustige, das Kalte, das Grundsätzliche, das zutiefst Pessimistische, das Unversöhnliche – kurz: das Gegenteil von dem, was man als Beschwichtigungs-Konservatismus und Leise-Treterei bezeichnen kann.“ (Weblog des IfS, 20.7.2006)

Anders aber als Weißmann hat Kubitschek dieser grundsätzlichen Bestimmung der Instituts-Linie eine besondere Note hinzugefügt: In jüngster Zeit sorgt eine eigenartige organisatorische Verbindung für Aufmerksamkeit, die *Konservativ-subversive Aktion* (KSA)¹⁰, die sich zum Ziel gesetzt hat, die traditionell metapolitische Ausrichtung des IfS um eine aktivistische Komponente, um eine Art „Propaganda der Tat“ zu bereichern. Die Gruppe um die Leitfigur Götz Kubitschek besteht aus jungen Leuten aus dem Umfeld des Instituts; insbesondere zu erwähnen ist hier die Gruppe um die Schülerzeitung *Blaue Narzisse*¹¹, die von einem bunten Gemisch von bündisch beziehungsweise burschenschaftlich geprägten jungen Menschen getragen wird.

Die ersten Aktivitäten der KSA zeigen – oberflächlich betrachtet – eine gewisse Affinität zum Aktionsstil der 68er, worauf ja bereits die Anspielung auf die sogenannte *Subver-*

7 Das Seminar fand im September 2006 statt. Ursprünglich sollte Weißmann auf diesem Seminar einen Vortrag zur „Konservativen Revolution“ halten, wurde dann aber ausgeladen. Laut Kubitschek (im Weblog des IfS, 20.7.2006) habe der Vorsitzende des SZW, Bernhard Friedmann, den Vorwurf des „Leninismus von rechts“ erhoben: „Untergangphantasien, je schlechter desto besser, und im Moment des Zusammenbruchs die revolutionäre Karte spielen.“ – Rohrmoser spielt an auf Weißmann 2006: 75-88.

8 Zur politischen Verortung des Studienzentrums vgl. Stephan Braun unter <http://www.netz-gegen-nazis.de/artikel/das-studienzentrum-weikersheim> (zuletzt abgerufen am 27.2.2009)

9 Bei dieser Gelegenheit hob Kubitschek hervor, dass die Jung-Weikersheimer „zum Teil zu unseren Lesern (Sezession) gehören“. (Weblog des IfS, 20.7.2006)

10 Im Internet präsent unter: www.ungebeten.de

11 Im Internet unter: www.blaue-narzisse.de. Führende Mitglieder der Gruppe sind Felix Menzel und Benjamin Jahn Zschocke.

sive Aktion¹² verweist. Nachdem man am 2. Mai 2008 mit der Störung eines Kongresses zu '68, veranstaltet durch die *linksjugend[solid]* und *dielinke.sds*, debütiert hatte, folgten Mitte Juni Aktionen gegen einen Vortrag von Egon Krenz in Chemnitz und am 31. August gegen eine Veranstaltung mit Günter Grass im Hamburger Thalia-Theater, bei der Grass sein neuestes Buch *Die Box* vorstellte.

Eckhard Fuhr schrieb in der Online-Ausgabe der *Welt* unter dem Titel *Konservative Spontis* (sic!) *attackieren Günter Grass*:

„Durch die ‚Box‘ weiß man jetzt, dass es eine ‚Konservativ-subversive Aktion‘ gibt. Eine Handvoll Aktivisten versuchte, die Buchpremiere zu stören, und rief dazu auf, Günter Grass als moralische Instanz vom Sockel zu stoßen. Plakate wurden entrollt [...] auf denen zu lesen war: ‚www.ungebeten.de grüßt die moralische Instanz Günter Grass. Vatti ist immer dabei‘. Als Wortführer tat sich Götz Kubitschek hervor.“

Gerade der multimediale Ansatz dieser Aktionen¹³ – Verteilung von Flugblättern, Entrollung von Plakaten, Intervention durch Wortbeiträge, Pressemitteilungen, Internetpräsenz, Videoaufzeichnungen, Diskussion der Aktionen in Weblogs – und insgesamt das Bestreben, Öffentlichkeit herzustellen und die oftmals zitierte „Schweigespurale“ zu durchbrechen, erinnern in der Tat an die Protestformen der 68er. Gleichwohl weist die theoretische Unterfütterung der KSA in eine andere Richtung. Kubitschek greift in seinem Büchlein *Provokation* (2007)¹⁴ – teilweise in Überschneidung mit Weißmanns Positionsbestimmung – auf den Jargon des Politischen Existentialismus, das Kunstverständnis Gottfried Benns und nicht zuletzt auf den *Faschistischen Stil* seines Lehrmeisters Armin Mohler zurück (Mohler 1974). Damit deutet sich eine andere mögliche Überdehnung des jungkonservativen Netzwerkes an: Während Stein mit seiner Kultivierung des Machbaren Positionen im hegemonialen Diskurs besetzen will, setzt Kubitschek mit einer Strategie der Provokation auf eine jugendlich intellektuelle Protestkultur, die – cum grano salis – von der Jungen Union¹⁵ bis hin zu intellektuellen Kräften im Umfeld der Jungen Nationaldemokraten¹⁶ oder gar der Autonomen Nationalisten¹⁷ reichen könnte.

12 Die Gruppe Subversive Aktion um Dieter Kunzelmann war eine Abspaltung der aus der Situationistischen Internationale ausgeschlossenen Gruppe SPUR. Mitglieder waren u.a. Frank Böckelmann und – eine Zeitlang – Rudi Dutschke und Bernd Rabehl. Böckelmann bewegt sich mittlerweile ebenso wie Rabehl im Umfeld des IfS und der JF. Zu Böckelmann vgl. sein Interview zu '68, in: JF 16/08: 3; oder seinen Artikel Vielfaltsmasse, in: Sezession 24/2008: 18-22.

13 Vgl. hierzu den Artikel Felix Menzels zur Störung des '68er Kongresses: Ikonen schaffen – Vom Kampf um Aufmerksamkeit, in: Sezession 24/2008: 30-33 (mit Fototeil).

14 Das Thema „Provokation“ beschäftigt Kubitschek schon länger. Bereits sein Auftritt auf der Fachtagung Die Neue Rechte – eine Gefahr für die Demokratie des NRW-Innenministeriums in Köln, Oktober 2003, stand unter diesem Motto (vgl. dazu sein Interview in der JF 43/2003: 3; Sezession 3/2003: 43); auf dem „ersten Sommerkongress der freiheitlichen Jugend Europas“ im Juni 2005 referiert er auf Einladung der Republikaner zum Thema „Provokationseliten“ (Pressemitteilung der Republikaner 35/05 vom 14.06.2005); Dieser Begriff wurde vor allem von Bernd Rabehl in Hinblick auf die Geschichte des SDS geprägt (vgl. Lönnendonker et al. 2002).

15 Felix Menzel berichtet von Kontakten zur Jungen Union Hamburg im Juni 2008: „Die Jungpolitiker wollten von mir wissen, wie man intelligent linke Veranstaltungen stören könne. Vorgestern nun hat die JU Hamburg selbst eine Protestaktion durchgeführt. Mit dem Slogan ‚Jedes Kind ist einzigartig! NEIN zur Einheitsschule!‘ störten sie die Auftaktveranstaltung einer Initiative zur Einführung der Einheitsschule.“ (BlauNarzisse-Podcast und Blog, 20.9.2008)

16 Zu denken wäre hier u.a. an das Theorieorgan der sächsischen Jungen Nationaldemokraten, Hier&Jetzt. Mit Angelika Willig (Chefredakteurin) und Arne Schimmer (Redakteur) versuchen hier eine ehemalige JF-

Im Folgenden werde ich – nach einem eher summarischen Rückblick auf die bisherige Arbeit des IfS – auf die programmatischen Ausführungen Weißmanns und Kubitscheks näher eingehen. Von Interesse sind insbesondere die strategischen Optionen, die politischen Möglichkeiten, die sie eröffnen, sowie die Überdehnungen, aber auch neue Synthesen, die damit verbunden sein könnten.

2 Rückblick auf die Arbeit des Institutes

Das IfS wurde, wie gesagt, im Mai 2000 von Karlheinz Weißmann und Götz Kubitschek gegründet.¹⁸ Im Vorfeld der Institutsgründung wurde in der JF und im „Ostpreußenblatt“ eine PR-Kampagne gestartet, die mit dem Slogan vom „*Reemtsma-Institut von rechts*“ (Ostpreußenblatt, 5.2.2000) für die nötige Aufmerksamkeit sorgen sollte. Er signalisierte, dass man sich als eine Art Gegeninstitut am Vorbild des *Hamburger Instituts für Sozialforschung* messen wollte; weniger in Ermangelung eines potenten Geldgebers in finanzieller Hinsicht, als vielmehr in Hinblick auf die dem Institut zugeordnete wissenschaftliche und politische Funktion, nämlich „eine Plattform für unabhängige Forschung und Bildungstätigkeit“ (JF, 7/2000) zu bieten und „Forschung, Information und Orientierung“ (Weißmann in JF, 45/1999¹⁹) in institutionalisierter Form miteinander zu verknüpfen, so dass man dem Vorbild folgend die politische Öffentlichkeit beeinflussen kann. Der „Wehrmachtsausstellung“ des Hamburger Instituts wurde in dieser Hinsicht ein relativer Erfolg attestiert (ebenda). Lehrreich sei auch, wie die Hamburger „zahlreiche Verbindungen in den universitären, den publizistischen und den politischen Bereich, aber eben auch zur antifaschistischen Subkultur“ geknüpft hätten. Sie hätten „eine ‚Scharnierfunktion‘ zwischen dem Linksradikalismus und der demokratischen Linken“ – eine Formulierung, die man den IfS-Verantwortlichen getrost als Wunschvorstellung, natürlich mit umgekehrten politischen Vorzeichen, unterstellen durfte.

3 Forschungs- und Publikationstätigkeit

Laut Präsentation im Internet (www.staatspolitik.de) wollte und will das Institut fünf Arbeitsfelder abdecken, bei denen man davon ausgeht, dass die damit angesprochenen Themen für eine „Öffentlichkeitsoffensive“ (Kubitschek), sprich für die Erringung der kulturellen Hegemonie (die man probaterweise immer noch auf der Seite der „Achtundsechziger“

Redakteurin bzw. ein ehemaliger JF-Autor einen „modernen Nationalismus“ zu prägen. Arne Schimmer diskutierte im Weblog des IfS fleißig mit.

17 Auch die sogenannten Autonomen Nationalisten bedienen sich „linker“ Stilmittel: „Revolutionäres Pathos, antibürgerlicher und provokativer Habitus zielen vornehmlich auf Jugendliche und Heranwachsende. Die Protagonisten übernehmen Insignien der „linken“ Protestkultur, einschließlich ihrer militanten Aktionsformen und versuchen sich als Avantgarde einer neuen Jugendrevolte zu inszenieren [...]“ (Bundesamt für Verfassungsschutz 2007: 8)

18 Im Folgenden greife ich auf meine frühere „Berichterstattung“ zum IfS (Kellershoen 2003) zurück und aktualisiere sie.

19 In diesem Interview mit Dieter Stein erinnert Weißmann auch an die vorbildliche Rolle des Politischen Kollegs, einer „Art privater Hochschule“. Das Kolleg war Bestandteil des jungkonservativen „Ring“-Kreises um Moeller van den Bruck und Heinrich von Gleichen und eine bedeutende „nationalpolitische“ Bildungsinstitution für die nachwachsende konservative akademische Jugend (vgl. dazu Petzinna 2000: 143-189).

vermutet) von Relevanz sein könnten. Für ein Institut, das den Begriff „Staatspolitik“ im Namen führt, versteht es sich natürlich von selbst, dass an aller erster Stelle die Auseinandersetzung mit der zukünftigen „Rolle des Staates im 21. Jahrhundert“ steht. Gegen den inneren Feind, „die politische Linke“²⁰, richtet sich ein zweiter, gegen die Bedrohung der Nation durch „Zuwanderung und Integration“ ein dritter Arbeitsbereich. Den internationalen Beziehungen widmet sich nicht etwa ein Bereich Friedensforschung, vielmehr firmiert dieser unter dem bezeichnenden Titel „Kriegs- und Konfliktforschung“. Last not least folgt an fünfter Stelle das gildenschaftliche Steckenpferd, nämlich der Bereich „Erziehung und Bildung“.

Die Arbeitsgruppen, die zu diesen Arbeitsfeldern arbeiten, sollen ihre Ergebnisse im Rahmen einer institutseigenen „Wissenschaftlichen Reihe“ veröffentlichen. Sie sind auch im Internet abrufbar. Auffallend ist, dass bisher – mit einer Ausnahme – nur die ersten drei Arbeitsgruppen Resultate abgeliefert haben, die in Heftform (Umfang ca. 30-50 Seiten) erschienen sind. Dies lässt auf eine gewisse Personalknappheit schließen, wenn nicht gar das Arbeitsgruppenkonzept eher eine nach außen gerichtete (Werbe-)Funktion hat. Die Übersicht²¹ zeigt, dass die kleinen Studien eine politische ad-hoc-Funktion haben, sich auf brisante diskursive Ereignisse beziehen und den politischen Gegner treffen sollen beziehungsweise die Interventionsmöglichkeiten von rechts in den hegemonialen Diskurs untersuchen sollen.

Neben der institutseigenen Publikationstätigkeit, zu der auch seit 2003 die Herausgabe der Zeitschrift *Sezession* zählt (*siehe unten*), will das IfS Publikationen, „die inhaltlich zu seiner Arbeit passen“, fördern und interessierten Verlagen – primär ist wohl an die Edition Antaios gedacht – Fördergelder (für Honorar, Lektorat und Druckkosten) zukommen lassen. Wieweit diese Förderung insgesamt reicht, ist nicht bekannt. Zumindest heißt es in einem institutsinternen Mitteilungsblatt (IfS intern Nr. 1, Juni 2002):

„Eine der Aufgaben des IfS ist die Arbeit an der Überlieferungstradition bestimmter Denker und Denkrichtungen: Wer sucht, soll fündig werden können. Diese Aufgabe wird unter anderem dadurch erfüllt, dass zwei Publikationsreihen im Verlag Edition Antaios inhaltlich und finanziell unterstützt werden. Die *Reihe Perspektiven* bietet Einführungen in das Denken und Wirken einzelner Persönlichkeiten. [...] Die *Reihe Themen* klärt Grundbegriffe.“

In der Reihe *Perspektiven* erschienen bisher Einführungen zu Georges Sorel (von Armin Mohler), Arnold Gehlen (von Karlheinz Weißmann), Botho Strauss (Michael Wiesberg), Gerhard Nebel (von Erik Lehnert), Oswald Spengler (von Frank Lisson), Nicolás Gómez

20 Mittlerweile firmiert die Arbeitsgruppe auch unter dem Titel „Politische Kultur“.

21 Arbeitsgruppe 1: Nationale Identität (Heft 3/2001); Politische Kampagnen. Erfolg und Misserfolg in der „Leitkulturdebatte“ und im „Antisemitismusstreit“ (4/2002); Politik ohne Überzeugung. Merkels Union (8/2005); Arbeitsgruppe 2: Der Aufstand der Anständigen. Hintergründe und Erklärungsansätze (2/2001); Die „Neue Rechte“. Sinn und Grenzen eines Begriffs (5/2003); Erosion der Mitte. Die Verflechtung von demokratischer und radikaler Linker im „Kampf gegen Rechts“ am Beispiel der Amadeu Antonio-Stiftung (6/2004); Kritik als Ideologie. Die „Kritische Diskursanalyse“ des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung (7/2004); Parteigründung von rechts. Sind schlanke Strukturen möglich? (10/2007); „Meine Ehre heißt Reue.“ Der Schuldstolz der Deutschen (11/2007); `68. Ursachen und Folgen (12/2008); Extremismus als Mode. Der Fall „Sascha Jung“ und die Bekämpfung der Münchner Burschenschaft Danubia im Freistaat Bayern (13/2008); Arbeitsgruppe 3: Zuwanderung nach Deutschland. Chancen, Mythen, Risiken (1/2000/01); „Das hier ist Krieg!“ Die Rassenunruhen [sic!] in Frankreich und die Zukunft der multikulturellen Gesellschaft (9/2005); Arbeitsgruppe 5: Die Bueb-Debatte. Zur neueren Diskussion über Disziplin und Führung in der Erziehung (14/2008).

Dávila (von Till Kinzel), Michael Oakeshott (von Till Kinzel), Alain de Benoist (Michael Böhm). Außerdem *verirrte* sich Bernd Rabehls Büchlein zu Rudi Dutschke in diese Reihe, in dem er ein weiteres Mal behaupten durfte, „dass die selbsternannten Erben Dutschkes seinen eigentlichen, nationalrevolutionären Ansatz verraten“ (Verlagsprospekt 2004) hätten. In besagtem Mitteilungsblatt angekündigte Bände zu Clausewitz, Scheringer, Ernst Jünger und Stefan George sind bislang nicht erschienen.

Zur „Arbeit an der Überlieferungstradition“ finden sich zudem in der Edition Schriften zu Ernst und Friedrich Georg Jünger, zu Mircea Eliade sowie von und zu Armin Mohler, darunter die Festschrift zu Mohlers 80. Geburtstag.

Die *Reihe Themen* weist bislang nur ein Bändchen von Weißmann zum Begriff „Nation“ auf. Geplante Arbeiten zu Krieg, Politischer Romantik und Fundamentalismus wurden ebenfalls nicht realisiert.

In einer dritten Reihe jüngeren Datums (seit 2007) mit dem verschroben anmutenden Titel *Kaplaken* erschienen handliche Bände im Reclam-Format mit festem Einband, die für das Selbstverständnis des Institutes von besonderer Bedeutung zu sein scheinen, wie zum Beispiel ein Band von Bernhard Willms zur *Philosophie der Selbstbehauptung*. Insbesondere die Bände von Weißmann (*Das Konservative Minimum*) und Kubitschek (*Provokation*) umreißen die aktuelle Debatte über die strategischen Optionen des Instituts, die bereits eingangs angesprochen wurde. Ergänzend sei noch auf Thorsten Hinz' *Zurüstung zum Bürgerkrieg* (2008) und Frank Lissons *Widerstand. Lage-Traum-Tat* (2008) hingewiesen.

Zum insgesamt etwa 50 Titel umfassenden Verlagsprogramm der Edition Antaios gehören darüber hinaus mehrere Eigenprodukte der Institutsleiter, institutsnaher Mitarbeiter und ständiger Autoren der JF, wie Günter Zehm (*Jenaer Vorlesungen*) oder Thorsten Hinz. Hinzu kommen Einzeltitel, zum Beispiel eine Neuausgabe von Ernst Noltes *Faschismus. Von Mussolini zu Hitler* und allein drei Titel im Kontext der Hohmann-Affäre.

4 Wissenschaftliche Nachwuchsarbeit

In der *Salzburger Erklärung* der Deutschen Gildenschaft von 1992 heißt es: „Die Deutsche Gildenschaft [ist eine] akademische Erziehungsgemeinschaft mit nationaler Überzeugung und bündischer Tradition.“²² Fichtes „deutsche Nationalerziehung“ und Wilhelm Stapels „volksbürgerliche Erziehung“ stehen hier Pate. Daran knüpft beispielsweise Weißmann an, wenn er Volk weniger als „natürlich“ gegebene Größe im romantischen Sinne, sondern „immer auch [als] das Ergebnis von Volksbildung und Volkserziehung“ (JF 46/2000: 14) begreift. „Der Volksgeist kann nur manifest werden, wenn es die gibt, die dafür sorgen.“ – Von dorthin erklären sich sowohl der Arbeitsbereich „Erziehung und Bildung“ als auch die immer wieder hervorgehobene Aufgabenstellung, zur „Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses“ beizutragen. Was hier wie eine Formulierung aus einem Antrag auf Zuerkennung der Gemeinnützigkeit klingt, erinnert zum einen an die Tätigkeit des Politischen Kollegs (siehe Anm. 19); zum anderen umschreibt sie die Intention, auf die Herausbildung einer „volksbewussten“ politischen Elite Einfluss zu nehmen. In den bereits erwähnten institutsinternen „Mitteilungen“ heißt es diesbezüglich: „Das IfS begründet eine Denkschule, richtet sich also im Wesentlichen an den akademischen Nachwuchs. Das bedeutet: Elixierbildung und Denkanstrengung.“

22 Die Salzburger Erklärung ist abgedruckt in: Blätter der Deutschen Gildenschaft 3/1992: 85ff.

Der Förderung des sogenannten „wissenschaftlichen Nachwuchses“ dient die Einrichtung von *Sommer-* und *Winterakademien*. Die erste Sommerakademie fand bereits im August 2000, also kurz nach Institutsgründung statt. Sie war dem Thema „Krisen“ gewidmet und deklinierte dieses nach allen Regeln der Kunst durch. Weitere Sommerakademien waren den Themen „Strategien“ (2001, mit Martin Hohmann als Referent), „Geschlechter“ (2002), „Rechts“ (2003), „Identität“ (2004), „Religion“ (2005), „Jugend“ (2006), „Strategie“ (2008) gewidmet. Die Winterakademien beschäftigten sich mit den Themen „Mythos“ (2001), „Globalisierung“ (2002), „Krieg“ (2003), „Links“ (2004), „1945“ (2005), „Multikulturalismus“ (2006), „Christentum“ (2007), „Masse“ (2008). Die auf den Akademien gehaltenen Vorträge wurden teilweise seit 2003 in der Institutszeitschrift *Sezession* veröffentlicht.

„Wissenschaftliche Nachwuchsarbeit ist ein ruhiges und wenig spektakuläres Geschäft“, schrieb Kubitschek in einem Institutsbrief im Dezember 2000. Die Akademiethemen waren aber auch Gegenstand einer Vortrags- und Veranstaltungsreihe in Berlin („*Berliner Kolleg*“), in der sich das Institut in öffentlichen Vorträgen und Diskussionen präsentierte. Bis zum November 2007 gab es fünfzehn derartiger Veranstaltungen. Das jüngste Kolleg 2008, unter dem Thema „Widerstand. Lage – Ziel – Tat“ stehend, begab sich erstmals von der ‚Hauptstadt‘ in die ‚Provinz‘, gastierte also nicht nur in Berlin, sondern auch in drei anderen Städten.

5 SEZESSION: „Brückenkopf konservativer Publizistik“

Um eine breitere Öffentlichkeit bemüht, gab das IfS im April 2003 erstmals eine Zeitschrift heraus, die vierteljährlich erschien und seit 2007 in einem zweimonatigen Rhythmus herauskommt. Bis Ende 2008 sind 27 Ausgaben mit einem seitlich angeschnittenen Din-A4-Format erschienen. Zur Redaktion gehören Weißmann, Kubitschek (verantwortlich) und Wolfgang Dvorak-Stocker vom österreichischen Stocker-Verlag, seit 2007 auch noch Erik Lehnert, der allerdings jüngst durch Ellen Kositzka ersetzt wurde, weil er, wie erwähnt, in die Geschäftsführung des Instituts wechselte. Der Name der Zeitschrift nimmt Bezug auf Botho Strauss' *Anschwellender Bocksgesang*.²³ Dort heißt es:

„Dabei: so viele wunderbare Dichter, die noch zu lesen sind – so viel Stoff und Vorbildlichkeit für einen jungen Menschen, um ein Einzelgänger zu werden. Man muss nur wählen können; das einzige, was man braucht ist der Mut zur Sezession, zur Abkehr vom Mainstream.“ (Strauss 1994: 28)

Im Internet wird das redaktionelle Konzept folgendermaßen beschrieben: „SEZESSION ist eine politische Zeitschrift, in der realpolitisch, nicht gesinnungspolitisch gedacht wird. Sie unterstützt den Vorsatz ihrer Leser, Entscheidungen zu treffen. Kontroverse ist erwünscht, jedoch nicht als intellektuelles Spiel.“

Was darunter zu verstehen ist, hat Weißmann im Editorial der ersten Ausgabe erläutert. Er diagnostizierte eine

23 Schlüsseltext, mit dem 1994 Heimo Schwilk und Ulrich Schacht das Programmbuch einer „neuen demokratischen Rechten“ (Rainer Zitelmann) eröffneten: Die selbstbewusste Nation.

„Angst des herrschenden Meinungslagers davor, dass sich die großen politischen Visionen des letzten Jahrhunderts als Chimären erweisen und damit die Bereitschaft wüchse, sich einer härteren und kälteren, aber auch ehrlicheren Lehre von der Politik zuzuwenden.“

Als Kronzeugen einer ehrlichen Lehre von der Politik zitiert Weissmann Ludwig August von Rochau („Altachtundvierziger und Vorkämpfer der liberalen Bewegung“):

„Das Studium der Kräfte, welche den Staat gestalten, tragen, umwandeln, ist der Ausgangspunkt aller politischen Erkenntnis, deren erster Schritt zu der Einsicht führt: dass das Gesetz der Stärke über das Staatsleben eine ähnliche Herrschaft ausübt wie das Gesetz der Schwere über die Körperwelt.“

Rochaus „Gesetz der Stärke“, nicht zufällig Bismarcks „Eisen und Blut“- Rede von 1862 vorwegnehmend, inspirierte dann die JF in Gestalt Dieter Steins zu dem Wunsch, dass sich die neue Zeitschrift zu einem „Brückenkopf konservativer Publizistik“ (JF 18/2003: 1) und als „Artillerie des Geistes“ (Antoine de Rivarol) mit „viel Kampfkraft und Durchhaltewillen“ entwickeln möge.

6 Reideologisierung des Konservatismus

Die Gründung des Instituts ging, so heißt es in *IfS intern*, von einer Lageanalyse aus, die „eine Arbeit am Fundament“ erforderlich mache. Die „geistige Enge und Verquastheit der deutschen [Denk-]Situation“ sei nüchtern zur Kenntnis zu nehmen; die intellektuelle Neue Rechte verfüge über keine „Mentoren, Maßstäbe setzende[n] Institutionen oder auf Dauer angelegte[n] Strukturen; die Überlieferungstradition sei abgebrochen und zusammen mit dem „Fehlen echter Lehrer [sei] das geistige Erbe einer Alternative zur ‚neuen Mitte‘ in Vergessenheit geraten“; das Bürgertum sei „in völliger Auflösung begriffen“ und werde „in seiner Feigheit stets seine möglichen Vorkämpfer im Ernstfall allein“ lassen. Die Arbeit müsse daher nachhaltig „nicht tages-, sondern metapolitisch“ angelegt werden. Und: „Die Was-tun-Frage wird nicht gestellt. Es werden jedoch die Grundlagen zu ihrer Beantwortung erarbeitet.“ Gleichwohl und trotz dieser Selbstbeschränkung auf eine „Arbeit am Fundament“ stellte und stellt sich immer die Frage der generellen politischen Orientierung des Instituts.

Karlheinz Weißmann hatte noch Jahre zuvor in der Zeitschrift *Criticón* die Idee einer „Graswurzel-Revolution von rechts“, einer „konservative[n] Basisbewegung“ mit einem Standbein im parlamentarischen Raum verfolgt und sah damals (1989!) noch die Republikaner als einen aller ersten organisatorischen „Aggregatzustand“ einer solchen Bewegung (vgl. Weißmann 1989). Im Vorfeld der Gründung des Instituts lautete sein Credo anders: „Die CDU wird bis auf weiteres die einzige nichtlinke Partei von Bedeutung bleiben“ (*Ostpreußenblatt*, 5.2.2000). Folglich sei dies auch der *primäre* Bezugspunkt der Institutsarbeit! Er empfahl ein langfristiges Konzept, da man nicht glauben solle, „dass in einem kurz- bis mittelfristigen Zeitraum eine nationalkonservative Strömung innerhalb der CDU zum Durchschlag kommen“ könne. Der Erfolg werde aber langfristig eintreten, wenn man die wenigen nationalkonservativen Kräfte in der CDU *kontinuierlich* „durch solide außerparteiliche Arbeit“ unterstütze. Er plädierte für die Entwicklung von tragfähigen, das heißt *mehrheitsfähigen* politischen Konzepten, die die nationalkonservativen Kräfte dazu befähigen

sollen, in Hinblick auf eine sich krisenhaft verschärfende Situation „die Medienblockade innerhalb kürzester Zeit zu überwinden“ und eine „Spontanzündung“ im Bewusstsein der Bevölkerung hervorzurufen. Als Modellfall galt ihm die Kampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft in Hessen, die bekanntlich erheblich zum damaligen Regierungswechsel in Hessen beigetragen hat.²⁴

Es ging Weißmann also um die Reideologisierung des Konservatismus *innerhalb* und im Umfeld der Unionsparteien in einer Zeit, in der zum einen die nationalkonservativen Kräfte in der CDU ideologischer Schützenhilfe bedurften und zum anderen die CDU insgesamt – als Oppositionspartei – sich in einer Orientierungskrise befindet. Hier sah Weißmann langfristig gesehen günstige Bedingungen für eine ideologische Intervention.

7 Die neuere strategische Debatte im IfS

Hintergrund der neueren strategischen Debatte ist eine veränderte Lageanalyse. In seinem in der Reihe Kaplaken erschienenen Bändchen *Das konservative Minimum* eröffnete Weißmann die Debatte mit einer Revision seiner Einschätzung des staatstragenden Konservatismus der Unionsparteien, speziell der „Merkel-CDU“:

„Es existiert in Deutschland keine Partei, die man mit Recht als ‚konservativ‘ bezeichnen könnte, und in der Union, die viele Konservative lange Zeit als ihre politische Heimat betrachtet haben, vollzieht sich ein Prozess, der dazu führt, dass das konservative Element komplett verschwindet oder endlich mundtot gemacht wird.“ (Weißmann 2007: 64)

Damit fehle den (wahren) Konservativen in einer Zeit, in der konservative Ideen eine „unerwartete Renaissance“ erführen, der „politische Bezugspunkt“. Anders ausgedrückt: Die Grundlage für die oben beschriebene Strategie des Entrismus, des Hineinwirkens in die Unionsparteien, ist entfallen. Ein Umdenken ist notwendig geworden. Der „Ausschluss des Abgeordneten Hohmann, die Verdrängung von Merz, Schönbohm und Nitzsche, die Disziplinierung Steinbachs und Oettingers und die finanzielle Austrocknung der organisatorischen Reste des rechten Parteiflügels“ zeigten, dass die CDU aus machtpolitischen Kalkül es nicht mehr für notwendig erachte, auf ihre konservativen Kräfte Rücksicht zu nehmen, da sie „in der Partei machtlos“ seien und keine nennenswerten Klientel mehr repräsentierten (ebenda).

Mit seinem programmatischen Bändchen entwickelt Weißmann nun ein Angebot an die heimatlos gewordenen Konservativen, seien sie außerhalb oder – aus welchen Gründen auch immer – noch innerhalb der Union, ein strategisches Angebot, das auf der Basis einer konservativen „Inhalts- und Positionsbestimmung“ (Weißmann 2007: 9) die Frage nach dem „Was tun?“ zu beantworten sucht.

²⁴ Vgl. hierzu die diskursanalytisch angelegte Arbeit von Andreas Klärner: *Aufstand der Ressentiments. Einwanderungsdiskurs, völkischer Nationalismus und die Kampagne der CDU/CSU gegen die doppelte Staatsbürgerschaft*, Köln 2000.

8 Das konservative Minimum

Vorbereitet wurde das Angebot an *prominenter* Stelle durch eine fünfteilige Artikelserie Weißmanns in der *Jungen Freiheit*, die unter Vorwegnahme des späteren Buchtitels zusammengestellt wurde. Ein typisches Beispiel für die Kooperation zwischen JF und dem Institut. Chefredakteur Dieter Stein ließ es sich nicht nehmen, die Artikelserie selbst vorzustellen und ihr damit die nötige Aufmerksamkeit in der Leserschaft zu verschaffen, nicht ohne dabei einige eigene Akzente zu setzen.

In seiner Ankündigung (JF 29/2007: 3) zeichnete Stein zunächst das dramatische Bild eines sich zuspitzenden Krise der gesellschaftlichen Entwicklung „im Zuge galoppierender Globalisierung, Vergreisung westlicher Metropolen, grassierender Ethnomorphose“,²⁵ um dann einen bevorstehenden Umschlag zu diagnostizieren. „Noch sind die gesellschaftlichen Großexperimente von links nicht gänzlich ausgelaufen, streben – Stichwort Gender Mainstreaming – ihrem furiosen Höhepunkt zu. Die Klimax ist teilweise aber schon erreicht und überschritten.“ In dieser Situation, in der die „Menschen vor einem ideologischen Trümmerhaufen“ stünden, erhalte der negativ gefärbte Begriff Konservatismus eine „neue Konnotation“: „Der Konservative ist, wie in Goethes ‚Zauberlehrling‘, der alte Meister, der nun die außer Rand und Band geratenen Kräfte des Fortschritts und der Dekadenz wieder bändigen soll.“

Stein skizziert hier in wenigen Worten eine Trias von Dekadenz, „sich verdichtender Krise“ (Apokalypse) und der „Notwendigkeit der Bändigung“ (Heroismus), die zu den „Evergreens“ (Kurt Lenk) konservativ-revolutionärer und – im europäischen Maßstab gesehen – faschismus-affinen Krisensemantik gehört (vgl. Lenk 2005: 61). Es verwundert daher nicht, dass Stein, wie immer, wenn er mal Grundsätzliches sagen will, auf Carl Schmitt und dessen Figur des Katechon, des Aufhalters zurückgreift, um dem heroischen Geschäft der Bändigung die höheren Weihen zu verleihen.

Im neutestamentlichen Zusammenhang, der „Miniapokalypse“ (Raphael Gross) des Zweiten Thessalonicher-Briefs, steht der oder das Aufhaltende, ohne näher von Paulus bestimmt zu werden, im Kontext der Erklärung der Parusieverzögerung: Solange das Wirken des Widersachers, des Antichristen, aufgehalten wird, ist das endzeitliche Geschehen noch nicht da. Erst dann, wenn der Widersacher „zur festgesetzten Zeit offenbar wird“ (2 Thessalonicher: 2, 6), nachdem der Aufhalter „beseitigt“ (2, 7) worden ist, und „die Kraft des Satans“ (2, 9) sich entfaltet“, sind die Voraussetzungen für die Parusie, die Wiederkunft Jesu Christi, gegeben.

Carl Schmitt hat die im Mittelalter popularisierte Figur des Katechon aufgegriffen und in einen politisch-theologischen Zusammenhang gegen die Kräfte der Beschleunigung gestellt. Stefan Breuer umschreibt ihre Adaption durch Schmitt folgendermaßen:

„Gemeint ist damit der Staat, und zwar nicht in seiner modernen, religiös und weltanschaulich neutralen, sondern in seiner antiken, durch die Einheit von Staat und Kirche gekennzeichneten

25 Der völkisch konnotierte Begriff „Ethnomorphose“ wurde von Robert Hepp Anfang der 80er Jahre in die bevölkerungspolitische Debatte geworfen („Identitätsverlust durch Ethnomorphose“), von Andreas Mölzer (FPÖ) in Österreich in der Übersetzung „Umvolkung“ verbreitet und dann erstmals 2001 in der JF in seiner Kolumne eingeführt (JF 30/2001). Die Verwendung des Begriffs „Ethnomorphose“ geht auf Max Hildebert Boehm *Das eigenständige Volk* (Göttingen 1932: 65, 131, 151) und besonders auf Willy Hellpach *Einführung in die Völkerpsychologie* (Stuttgart 1938: 24ff., 29ff.) zurück. Ein explizit nationalsozialistischer Bezug findet sich etwa bei Hans Joachim Beyer in *Fragen der Umvolkung* (Stuttgart 1937).

Gestalt. Dessen Aufgabe ist es, das Böse, den Feind, zu benennen und zu vernichten, die anti-christliche Erfüllung, gedacht als restlose Funktionalisierung und Ökonomisierung, aufzuhalten.

Es ist dies das Ideal einer Politik und Religion verbindenden, Innen und Außen integral umfassenden Ordnung, das Schmitts ‚Begriff des Politischen‘ zugrunde liegt, das seine Sympathien für klerikal-autoritäre Lösungen nach iberischem Muster begründet; und das wohl auch – allerdings erst nach der Machtergreifung – seine Option für den nationalsozialistischen Führerstaat steuert, besonders als dieser Staat mit den Konkordat seine Bereitschaft zur Kooperation mit der katholischen Kirche zu dokumentieren scheint.“ (Breuer in FAZ, 27.2.1995)²⁶

Auch wenn man nicht unterstellen muss, dass Dieter Stein diesen gedanklichen Zusammenhang insgesamt intendiert, so dient zumindest der Bezug auf Schmitt der Versicherung an den Leser, dass die Renaissance des Konservatismus nicht mit der Hausse der so genannten „Neuen Bürgerlichkeit“ und eines „konservativen Lifestyles“ verwechselt werden dürfe: Es sei ein „Trugschluss, wenn man den Konservativen als den Behaglich-Gemütlichen“ verstünde, „der lediglich aus einer gewissen Behäbigkeit heraus das Tempo gedrosselt sehen möchte.“ Nein, angesagt sei eine „rigorose politische Kurskorrektur“, womit dem Leser bedeutet wird, dass er den Spuren der Konservativen Revolution zu folgen habe, wenn er sich der Lektüre des *Konservativen Minimums* zuwendet.

Weißmann knüpft an die einführenden Worte Dieter Steins an, nimmt den „konservativen Trend“ zum Anlass einer „Inhalts- und Positionsbestimmung“ und bezeichnet seine Ausführungen als „Versuch, dem Begriff ‚konservativ‘ wieder einen guten Sinn zu geben, und das heißt: ihn als Kampfbegriff zu etablieren.“ (Weißmann 2007: 9) Und zwar – das legt der Begriff „Minimum“ nahe –, auf dem Niveau des „kleinste[n] gemeinsame[n] Nenner[s]“ (Kubitscheck In Sezession 23/2008: 31) mit allen denjenigen, die das zweifellos unscharfe Etikett *konservativ* für sich reklamieren wollen beziehungsweise unter diesem Etikett ansprechbar sind, ohne sich darüber im Klaren zu sein, dass es sich selbst hier um eine „Kampfansage“ handelt: „nach innen [gerichtet gegen den sogenannten ‚nachfaschistischen Defaitismus‘ der Rechten] und nach Außen [gerichtet gegen jene, die unser Land auf den Hund haben kommen lassen].“ (ebenda)

Der Fixierung des begrifflichen Minimums widmet Weißmann das zweite Kapitel seiner Schrift. Er hebt besonders vier Ideologeme hervor:

1) Eine *Philosophie des Lebens*: „Leben“, das heißt im Sinne der Lebensphilosophie, auf die sich Weißmann unausgesprochen bezieht, „das von Menschen gelebte Leben“ (Dilthey), gilt als eine nicht hintergehbare Größe, die als Ausgangspunkt des „konservativen Denkstils“ nicht weiter begründet zu werden braucht, sondern einen quasireligiösen Status zugewiesen bekommt. Die Grundentscheidung, die Weißmann damit trifft, beruht freilich auf einer Abstraktion. Alles das, was die von Menschen hervorgebrachte menschlich-geschichtliche Welt ausmacht, „lebt“, existiert nur in einem bestimmten historisch-gesellschaftlichen Kontext, ist daher auch nur relational zu diesem Kontext zu bestimmen und lässt sich nicht durch Eigenschaften, die unter einem allgemeinen Begriff des Lebens subsumiert werden, erschöpfend bestimmen. Nicht die Analyse des historischen Prozesses und der gesellschaftlichen Zusammenhänge ist hier der Ausgangspunkt konservativen Denkens, sondern die Explikation eines vermeintlich aus sich selbst heraus zu verstehenden Lebensbegriffs an bestimmten Phänomenen.

26 Bei Stefan Breuers FAZ-Beitrag handelt es sich um eine Rezension zu: Meuter, Günter (1994): „Der Katechon“. Zu Carl Schmitts fundamentalistischer Kritik der Zeit. Berlin.

Dass beispielsweise aus „der Hochschätzung des Lebenden [...] die Neigung des Konservativen zum Konkreten, die Feindschaft gegenüber der Abstraktion“ (Weißmann 2007: 24ff.) folgt, scheint zunächst einleuchtend, wenn man unter dem Konkreten etwa die je besondere Existenz des Menschen versteht. Gleichwohl vollziehen die meisten Menschen in einer kapitalistischen Lebensweise jeden Tag eine nicht eingebaute, vielmehr reale Abstraktion an sich selbst, wenn sie ihre Arbeitskraft gegen Geld auf dem Arbeitsmarkt anbieten. Dies zu erkennen, ist aber nur möglich, wenn die gedankliche Abstraktionskraft von den je empirischen Begleiterscheinungen dieses Vorgangs absieht und als Mittel der Analyse die wesentlichen Elemente herausarbeitet.²⁷

Gleichfalls ist unverständlich, warum aus der „Vielgestaltigkeit“ des Lebens die Ablehnung aller „Arten von Gleichmacherei“ (ebenda: 25) folgen soll, ja sogar, wie Weißmann an anderer Stelle zuspitzt, „Egalitarismus tötet“ (Weißmann 2006: 18). Bedeutet dies zum Beispiel, dass Konservative sich um die Abschaffung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts bemühen sollten, weil es „lebensfremd“ sei? Muss man als Konservativer folgender These eines bekannten Schriftstellers aus der Ahnenreihe des Jungkonservatismus zustimmen? Walter Schotte, Politikberater Franz von Papens, schrieb 1932 in einem unverkennbar lebensphilosophischen Jargon:

„Ein mindestens ebenso schwerer Mangel [des damaligen Wahlrechts – H.K.] ist, dass es völlig unorganisch, rein mechanisch ist; die an und für sich doch nur vor Gott gegebene Gleichheit aller Menschen, die eben doch nur in ihrer unpolitischen, rein biologischen und vor allem in ihrer moralischen Wertigkeit vor dem höchsten Natur- und Sittengesetz besteht, [dass es] diese Gleichheit zum politischen Prinzip erhebt, dem Prinzip, das die große Revolution von 1789 verkündete.“ (Schotte 1932: 32)

Man sieht, zu welchen Konsequenzen eine sich lebensphilosophisch gerierende („unorganisch“, „mechanisch“) konservative Weltanschauung führt, von der auch Weißmann feststellt, dass sie „sich deutlicher erst im Kampf gegen die ‚Ideen von 1789‘“ (Weißmann 2007: 23) ausbildete. Herbert Marcuse schrieb in seiner Kritik der Konservativen Revolution, die bei ihm unter dem Titel „heroisch-völkischer Realismus“ firmiert, dass „solche Philosophie des Lebens [...] mit der echten Lebensphilosophie Diltheys nur den Namen gemein“ habe und „von Nietzsche [den Weißmann neben Goethe als den größten Konservativen bezeichnet – H.K.] nur Beiwerk und Pathos“ übernehme und ansonsten sich „jeder rationalen Begründung, Rechtfertigung und Zwecksetzung“ (Marcuse 1967: 41) entzöge.²⁸

2) *Zyklisches Geschichtsbild*: Weißmann erachtet einerseits die Bewahrung des Lebens in seinen „organischen“ Zusammenhängen als eine Herzensangelegenheit des Konservativen; andererseits sei das Leben einem ständigen „Veränderungsprozess“ (Weißmann 2007: 24) unterworfen und mitnichten „in dieser Welt etwas für die Ewigkeit bestimmt“ (ebenda: 26), vielmehr „das notwendige Ausmünden historischer Vorgänge“ zu unterstellen. Der Konservative bewegt sich daher in einem tragischen, weil nicht auflösbaren Konflikt. Er muss nämlich entscheiden, wann eine bestimmte historische gewordene Lebensform gegen

27 Erinnert sei hier an den bekannten Satz von Marx: „Bei der Analyse der ökonomischen Formen kann [...] weder das Mikroskop dienen noch chemische Reagentien. Die Abstraktionskraft muss beide ersetzen.“ (Karl Marx: Das Kapital, Band 1. In: Marx-Engels-Werke, Bd. 23: 12)

28 Es wäre reizvoll, die vielen Bezüge auf Nietzsche – und die Art der Bezüge – bei Weißmann und Kubitschek eingehender zu untersuchen, was ich aber im Folgenden unterlasse.

„mutwilligen Eingriff oder inneren Verfall“ (ebenda: 24) vor Zerstörung bewahrt oder aber als überlebt dem „Schicksal“ (ebenda: 26) des Ausmündens überlassen werden soll. Ist also beispielsweise die Frauenemanzipation ein Zeichen des Verfalls oder ein Zeichen der Vitalität des Lebens in einer bestimmten Phase der historischen Entwicklung? Ist der Nationalstaat eine überholte Lebensform, weil als *Standort* ökonomisch nicht haltbar, oder muss ihm die ganze „Sorge“ (ebenda: 26) des Konservativen zu teil werden? Wann muss der Konservative Widerstand leisten, wann sich wie Nietzsche dionysisch zum Schicksal bekennen (*amor fati*)? Oder muss er die Haltung des Trotzdem einnehmen und Widerstand leistend dem unvermeidlichen Untergang entgegengehen?

Man versteht nun, warum Weißmann dem Konservativen „eine gewisse Melancholie bei der Betrachtung der Geschichte im Ganzen“ (ebenda: 26) konstatiert. Dem Auf und Ab der Geschichte, von Weißmann an anderer Stelle zu einer „Auffassung von einer alternierenden oder im Zyklus verlaufenden Bewegung“ der Geschichte (Weißmann 2006: 77) ausgedeutet, begegnet der Konservative letztlich durch eine nicht kommunizierbare, existentielle Entscheidung, nämlich dahingehend, inwieweit „eine politische Einheit [z.B. eine Nation – H.K.] ‚in Form‘ ist, eine bestimmten Stil hat, der durch überlegenen Willen auferlegt wird.“ (ebenda: 78) Es gibt folglich keine objektiven Kriterien, die den Umbruch einer Lebensform im „Wechsel von Aufstieg und Abstieg“ (ebenda) anzeigen könnten; vielmehr ist der vorhandene Wille, sie zu erhalten, bereits Ausweis genug, um ihre Erhaltung zu rechtfertigen.

3) *Notwendigkeit der Ordnung*: Trotz oder vielmehr wegen aller Veränderungsprozesse brauche der Mensch, so Weißmann, immer eine „Ordnung“ (Weißmann 2007: 27).

„Aber die Ordnung ist für den Konservativen so wenig absolut wie das Bestehende. Sie erhält ihre Bedeutung eigentlich erst aus der Einsicht in die Kraft der Veränderung, die für den Menschen etwas Festes nötig werden läßt.“ (ebenda: 27).

Nun, in dieser Allgemeinheit wäre selbst ein Anarchist ein Konservativer, denn auch er will Ordnung, allerdings eine andere als die, die er vorfindet. Weißmann hat aber nicht irgendeine Ordnung im Auge, sondern – mit Arnold Gehlen – solche Institutionen, die mit Regeln, einem „überindividuellen Geltungsanspruch“ und mit Machtausübung verbunden seien und – wie Familie, Kirche und Staat – „Halt“ und „Bindung“ ermöglichten (ebenda). Weißmann klammert die Frage der gesellschaftlichen Funktion und Zweckdienlichkeit sowie der Legitimität von Institutionen, soweit diese über die bloß anthropologische Sichtweise („Halt“ und „Bindung“) hinausweist, aus. Stattdessen verbindet er das Lob der Institutionen mit einer Sichtweise, die die Gründung von Institutionen als Ausdruck einer heroischen Tat erscheinen lässt – „daher die konservative Verehrung für die Ausnahmehenschen, die Helden und Stifter“. (ebenda) Die Brechtsche Frage „Wer baute das siebentorige Theben?“ ist damit anscheinend erledigt.

4) *Pessimistische Anthropologie*: Herbert Marcuse beschrieb 1934 die „Heroisierung des Menschen“ als eine der Quellen der Konservativen Revolution beziehungsweise des so genannten „heroisch-völkischen Realismus“:

„[...] gegen den ‚Bourgeois‘ des 19. Jahrhunderts mit seinem kleinen Glück und seinen kleinen Zielen, gegen den Krämer- und Händlergeist und die zersetzende ‚Blutarmut‘ des Daseins [...]

wurde ein neues Bild des Menschen entgegengehalten, zusammengemischt aus den Farben der Wikingerzeit, der deutschen Mystik, der Renaissance und des preußischen Soldatentums: der heldische Mensch, gebunden an die Mächte des Blutes und der Erde, – der Mensch, der durch Himmel und Hölle, der sich fraglos ‚einsetzt‘ und opfert, nicht zu irgendeinem Zweck, sondern demütig gehorsam den dunklen Kräften, aus denen er lebt. Dieses Bild steigert sich bis zur Vision des charismatischen Führers, dessen Führertum nicht gerechtfertigt zu werden braucht aus dem, wohin er führt [...]“ (Marcuse 1967: 40)

Der heldische Mensch – Weißmann umschreibt ihn im dritten Kapitel als den „entschiedene[n] Menschen“ (ebenda: 44), als den das „Staats Schiff“ in unruhigen Zeiten (im „Ernstfall“ also) lenkenden Steuermann – ist eine Ausnahmeerscheinung. Er gehört zu den wenigen, an denen „die Masse der Menschen [...] sich nicht [...] messen kann“ (Weißmann 2007: 27) Weißmann hält dies für eine Erfahrungstatsache, begründet sowohl in der eigenen als auch in der „gesammelte[n] Erfahrung“ (ebenda: 30), i.e. Tradition. Er attestiert dem konservativen Denkstil den Vorzug eines „besondere[n] Realismus“, der auf der „Schonungslosigkeit“ beruhe, „mit der sie [die Konservativen – H.K.] das Wesen des Menschen“ (ebenda: 27) beurteilen.

Das gilt auch auf dem Feld der Erziehung. Im Lichte eines anthropologischen Pessimismus oder Skeptizismus, für Carl Schmitt bekanntlich Grundlage aller „echten politischen Theorien“ (Schmitt 1963: 61), sieht Weißmann im Angewiesensein des Menschen auf Kultur als Ausdruck seiner mangelnden Instinktsicherheit den Grund für die Notwendigkeit von Erziehungsprozessen, in denen die den Menschen haltende Kultur und die Imperative der Institutionen verinnerlicht werden müssen. Aber:

„Der Konservative erwartet nicht, dass jeder durch Erziehung erreicht werden kann, und er teilt nicht die Hoffnung aller Progressiven, durch Erziehung eine bessere Welt vorwegzunehmen und dann durch die Erzogenen zu realisieren. Aber erhofft auf die Wirkung bei einzelnen. Er weiß auch hier um die Bedeutung der Ausnahmen, der Wenigen, der Begabten.“ (Weißmann 2007: 29)

Insofern kommt Weißmann zu dem Schluss, dass es doch einen kleinen Lichtblick gibt, und zitiert zustimmend Moeller van den Bruck: „Der konservative Mensch denkt von dem Menschen sehr hoch und sehr niedrig zugleich.“ (Weißmann zitiert nach van den Bruck 2006: 200)

Wir brechen an dieser Stelle die Auseinandersetzung mit dem begrifflichen Rahmen des konservativen „Minimums“ ab. Es sollte deutlich geworden sein, dass der „kleinste gemeinsame Nenner“ aus der Perspektive der Konservativen Revolution beziehungsweise der Neuen Rechten formuliert wird. Es stellt sich die Frage, welche praktisch-politischen Schlussfolgerung Weißmann zieht, und zwar unter folgenden Prämissen (Weißmann 2006: 79):

„Wir leben in einer Phase der Dekadenz, die sich allmählich vollendet. [...] Es gibt für jede Kultur die Gefahr des Verlöschens oder der äußeren Zerstörung. Beide Möglichkeiten kommen heute durchaus in Betracht. [...] Die einzige Chance ist der Widerstand. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass er vergeblich ist, aber darauf kommt es nicht an [sic!], wenn man für die gerechte Sache streitet.“ (Hervorhebung v. H.K.)

9 Konservative Agenda

Die Agenda (zum Folgenden vgl. Weißmann 2007: 85-91) umfasst zehn Forderungen und Handlungsanweisungen, ausgehend von dem „archimedischen Punkt“, der „Parteinahme für das Leben“ und zielend auf die Vorbereitung des Widerstands:

Punkt 1 empfiehlt Konservativen die „Selbstverständigung über die eigene politische und kulturelle Identität“ als Daueraufgabe der Präzisierung dessen, was Konservativsein zu bedeuten hat. Nicht ein verschwommener Wert- oder Kulturkonservatismus oder das Bekenntnis zum Primat der Wirtschaft seien maßgeblich, sondern die Bestimmung des „Wir“ und „Nicht-Wir“, im Klartext die von Freund und Feind. Diese, nennen wir sie mit Carl Schmitt „innerstaatliche Feinderklärung“, habe „allem anderen vorzugehen“.

Punkt 2 fordert die Besinnung auf „die konservative Tradition“. Diese Rückbesinnung dürfe aber nicht in Nostalgie schwelgen und nicht bloß der eigenen „Kostümierung“ dienen. Will sagen: Vergangenes lässt sich nicht eins zu eins auf heute übertragen.

Punkt 3 warnt vor der illusionären Hoffnung auf „ein Ende der Ideologien“. Im Gegenteil: Metapolitik ist für Weißmann nichts anderes als die notwendige Vermittlung von „Welt-Anschauung“. Metapolitik diene „der Absicherung im Prinzipiellen“ und stelle „die geistigen Mittel“ für den „in den Metropolen“ geführten und zu führenden „Kulturkampf“ zur Verfügung.

Punkt 4 definiert Metapolitik als Politik und damit als eine Form des politischen Kampfes, die den Regeln von Politik „als Kunst des Möglichen unterworfen“ sei. Weißmann grenzt sie ab von der Flucht in irgendwelche unverbindlichen „Allgemeinheiten“ (Wertkonservatismus) oder in kulturelle Aktivitäten jenseits einer vermeintlich „schmutzigen“ Politik (Kulturkonservatismus).

Punkt 5 versucht den Vorwurf des Reaktionären zu entkräften. Tatsächlich „reagiere“ man auf die Abscheulichkeiten der Dekadenz. Die Geschichte lasse Verbesserungen zu, „aber die Bestimmung dessen, was als Verbesserung zu gelten hat, ist nicht an Kriterien der Modernität gebunden“.

Punkt 6 plädiert für eine konservative Haltung, die er an anderer Stelle als „politischen Verismus“ bezeichnet hat (Weißmann 1994: 309-326): eine Haltung, die sich nicht davor scheut, die „hässliche Wahrheit“ auszusprechen und die „Tatsachen“ gegen die „Tabuisierung der Wirklichkeit“ (Armin Mohler) durch den „Konsens der Beschwichtiger“ zur Geltung zu bringen: „[...] ganz gleich, ob es sich dabei um die Kriminalitätsrate handelt oder um den Analphabetismus, um die Kosten der europäischen Integration oder die Fälschung der deutschen Geschichte.“

Punkt 7 zeigt auf die Grenzen der intellektuellen Analyse und fordert die Schaffung „organisierende(r) Zentren“ sowie die mentale Stärkung der Kampfbereitschaft.

Punkt 8 konstatiert günstigere Bedingungen für konservative Politik, nicht zuletzt deshalb, „weil die Konservativen weniger Rücksicht zu nehmen“ hätten. „Die Parteiräson kann ihnen gleichgültig sein, von denen, die sie vertreten, haben sie nichts zu erwarten.“

Punkt 9 sieht im Aufstieg lebensfeindlicher Kräfte die Legitimationsgrundlage für eine Sammlungsbewegung, eine „Partei des Widerstandes“.

Punkt 10 betont noch einmal den Minimalcharakter der Agenda. „Wichtige Fragen“ (z.B. zur Außenpolitik) blieben offen, „denn eine konservative Position ist gegenwärtig nicht genauer zu bestimmen.“ Sie müssten in der Auseinandersetzung, im Streit geklärt werden. Erst darauf aufbauend könne ein „vollständiges Programm“ erstellt werden.

Fasst man dieses Zehn-Punkte-Programm zusammen, ergibt sich folgendes Handlungskonzept, das in gewisser Weise auch eine Verlaufsform, eine Entwicklung erkennen lässt:

Ausgangspunkt ist ein Prozess der „Selbstverständigung“ konservativer Kräfte mit der Klärung der eigenen Identität und der Bestimmung des Feindes unter Rückgriff auf konservative Traditionen. Man kann davon ausgehen, dass Weissmann das „konservative Minimum“ einschließlich des hier zur Diskussion stehenden Handlungskonzeptes als Verständigungsgrundlage, betrachtet. Als Hauptkampffeld gilt wie eh und je die Metapolitik, der Kampf um die kulturelle Hegemonie; ein Weltanschauungskampf, bei dem es um die Propagierung der konservativen Leitideen unter Berücksichtigung der realen Gegebenheiten und Möglichkeiten geht. Hauptthema ist die Dekadenz, von Weißmann als der Hauptfeind schlechthin bezeichnet; der Verismus, die Enttabuisierung der Wirklichkeit, bezeichnet den Hebel, der Welt quasi *die Augen zu öffnen*.

Die Tragfähigkeit des metapolitischen Ansatzes hängt nicht zuletzt von denen ab, die diesen Weg verfolgen. Deren Stabilität und Kampfbereitschaft sollen „organisierende Zentren“ dienen. Ziel ist der Aufbau einer Art Sammlungsbewegung, die als „Partei des Widerstands“ fungieren soll. Das „vollständige“ Programm dieser „Partei“ werde sich mittels Streit und Auseinandersetzung finden.

Bleibt zum Abschluss noch die Frage nach dem Adressaten. Weißmann begnügt sich in den Vorbemerkungen zur Agenda mit dem knappen Hinweis auf die Intellektuellen (Weißmann 2007: 85), das heißt es geht ihm um die Bildung einer intellektuellen Avantgarde. An anderer Stelle heißt es: „Es müssen sich, um eine Formel Enzensbergers zu benutzen, ‚historische Minoritäten‘ bilden, die notfalls gegen erdrückende Mehrheiten ihre Position behaupten und wenn der Fall eintritt, handlungsbereit sind.“ (Weißmann 2006: 80) Und:

„Ich rechne zum einen mit der jüngeren Generation, die noch begreift, dass sie systematisch um ihre Lebenschancen betrogen wird. Eine besondere Rolle kommt dabei der ‚freischwebenden Intelligenz‘ zu, die in allen Umbruchphasen eine wichtige Rolle gespielt hat. Und nicht zuletzt setze ich auf eine Repolitisierung überhaupt.“ (ebenda: 81)

10 Politischer Existentialismus: Provokation

In dem bereits erwähnten Artikel in der *Sezession* (23/2008) setzt Götz Kubitschek sein Bändchen *Provokation* in ein bestimmtes Verhältnis zu Weißmanns Konzept. Beide Texte umschrieben „unser[en] Standpunkt“:

„Man muss diese Bändchen hintereinanderweglesen [sic!] [zuerst *Das konservative Minimum, dann Provokatio*]), denn die eine Perspektive ergänzt und spiegelt die andere, und ebenso verhält es sich mit den Unterschieden im Ton: hier der kleinste gemeinsame Nenner, dort die Zuspitzung.“ (Kubitschek in *Sezession* 2008: 31)

Beschreibt also das eine Bändchen eine „Rückzugslinie“, so das andere eine offensive Stoßrichtung:

„Wir treten mit dem Vorsatz an, die Substanz unserer Nation zu retten und ihr die Möglichkeit zu bewahren, wieder zu sich selbst zu gelangen und als die Mitte Europas auszustrahlen. Und weil wir uns dieser Aufgabe widmen, stehen wir in einem geistigen Bürgerkrieg gegen die Lobbyisten der Zersetzung.“ (ebenda: 32)

Der Sache nach umschreibt Kubitschek hier nichts anderes als den metapolitischen Auftrag des IfS, wie ihn Weißmann formuliert. Dennoch lässt die Formel vom „geistigen Bürgerkrieg“ (anstelle etwa von Kulturkampf) aufhorchen. Und die Fragestellung, die Kubitschek seinem Band zugrunde legt, lässt eine aktivistische Verschiebung des metapolitischen Ansatzes erkennen: „Wir rücken andere Fragestellungen in den Mittelpunkt unserer Überlegungen, etwa die, woher Legitimation und Energie für gezielte Regelverstöße im öffentlichen Raum kommen.“ (ebenda: 32) Kubitschek erkundet also Sinn und Zweck von „Provokation“ als einer strategischen Option, die ein – im Vergleich zu den bisherigen Aufgabefeldern des IfS – neuartiges Kampffeld betritt, ohne aber, so der Anspruch, mit dem „Standpunkt“ des Instituts zu brechen:

„Vielleicht kommt es noch in diesem Jahr zum Sprung in die Aktion. Dieser Sprung ist vorbereitet, organisatorisch und begrifflich: Wer einen Standpunkt hat, kann abspringen, kann ungebeten dort aufschlagen, wo sich der Gegner [die Lobbyisten der Zersetzung –H.K.] sicher fühlt, kann selbstbewusst sein ‚Ich nicht‘ sagen – und mehr.“ (ebenda: 32)

Zu klären ist zunächst, welche spezielle Lageanalyse (angedeutet durch den Begriff „geistiger Bürgerkrieg“) es gestattet, den „Sprung in die Aktion“ zu wagen; welcher Art sind die Aktionen und welchem Ziel dienen sie?

11 Die Lage: Vorbürgerkrieg

Kubitschek nimmt einen Artikel von Doris Neujahr (i.e. Thorsten Hinz) zum Fall Mügeln (JF 36/2007), in dem dieser einen „medialen Bürgerkrieg“, geführt von einer antideutschen „Intelligenzija“, konstatiert zum Anlass einer Bestimmung der Lage, in der sich Deutschland befinde. Er greift dabei auf Gedanken Hans Magnus Enzensbergers in dessen Essay *Vor dem Bürgerkrieg* zurück. 1993 sprach Enzensberger von einem „molekularen Bürgerkrieg“ (Enzensberger 1993: 18) und bezog sich damals auf die Zunahme von exzessiven

Gewaltausbrüchen in den Metropolen. Unabhängig von den unterschiedlichen Anlässen und den je konkreten Trägergruppen hätten diese Ausbrüche etwas gemeinsam:

„Was hier wie dort auffällt, ist zum einen der autistische Charakter der Täter, und zum anderen ihre Unfähigkeit, zwischen Zerstörung und Selbsterstörung zu unterscheiden. In den Bürgerkriegen der Gegenwart ist jede Legitimation verdampft. Die Gewalt hat sich von ideologischen Begründungen vollkommen freigemacht.“ (ebenda: 20)

Obwohl Enzensberger dies bezogen auf Deutschland am Beispiel rechtsradikaler oder neonazistischer Gewalt demonstriert und davon ausgehend auch die Programmatik des politischen Rechtsradikalismus wie der Neuen Rechten kritisiert (vgl. ebenda: 26-28), greift Kubitschek den Neologismus „molekularer Bürgerkrieg“ auf, um ihn in den Zusammenhang einer Diagnose zu stellen, die von einer umfassenden Krise der Nation („todkrank“ – Kubitschek 2007: 8) ausgeht und insbesondere den Multikulturalismus und das Versagen staatlicher Autorität angesichts der „offenen Gewalttätigkeit türkischer, arabischer, kurdischer Jugendbanden“ (ebenda: 8) dafür verantwortlich macht.

Der molekulare Bürgerkrieg, von ihm als „Vorbürgerkrieg“ (ebenda: 10) bezeichnet, sei gekennzeichnet

„von latenten Konflikten entlang von Bruchlinien, die mitten durch die Gesellschaft verlaufen. Es fehlt die Offensichtlichkeit des Konfliktpotentials: Wer die Bruchlinien wahrnehmen will, wird Dutzende Beispiele finden und auf den Begriff bringen können. Jedoch ist auch das Gegenteil möglich: den schwelenden Konflikt und sein exemplarisches Aufblühen abzutun und den Vorbürgerkrieg zu bestreiten.“ (ebenda: 11)

Dieser „Deutungsspielraum“ lähme entschlossenes Handeln, zumal „eine Kriegserklärung“ fehle. Und es bestünde die Gefahr, dass die „deutsche Seite [...] aufgrund einer nicht nur historisch bedingten Rückgratsschwäche zu unterliegen“ (ebenda: 11) drohe. Eine der „demographisch dynamischen Minderheiten [die in vielen westdeutschen Städten bald Mehrheiten bilden]“ könnte versuchen, „unseren Staat anders zu organisieren oder zumindest so etwas wie ethnisch befreite Zonen bilden“, so Kubitschek in seinem *Politischen Tagebuch* (Weblog des IfS, 3.9.2007).

Die Schlussfolgerungen, die Kubitschek im Weblog – wie auch ähnlich in seinem Bändchen (vgl. Kubitschek 2007: 17) – daraus zieht, sind diese: Es gibt nur eine Alternative: „Gegenwehr oder Verschwinden“! Und:

„Wenn die Deutschen zu zivilisiert für die Notwendigkeiten des Vorbürgerkriegs bleiben, ist die Auseinandersetzung bereits entschieden: ‚Nur Barbaren können sich verteidigen‘ (Nietzsche). [...] der Vorbürgerkrieg [ist] vor allem ein geistiger Bürgerkrieg, in der die Gegenwehr begrifflich und strukturell organisiert wird. *Wer den Vorbürgerkrieg ernst nimmt, muss den Bürgerkrieg wollen. Nur so wird er ihn vermeiden können.*“ (Hervorhebung v. H.K.)

Der Leser wird nach der Beschaffenheit der Gegenwehr oder des Widerstandes fragen müssen, wenn der Vorbürgerkrieg mehr ist als „vor allem ein geistiger Bürgerkrieg“ beziehungsweise wenn dieser nur ein „Teilbereich“ des Vorbürgerkrieges ist, wie Kubitschek an gleicher Stelle betont. Und: wie sieht eine nicht „zu zivilisierte“ Gegenwehr aus – begriff-

lich und strukturell? Dies ist das eigentliche Thema, an dem sich Kubitschek in seinem Büchlein *Provokation* abarbeitet.²⁹

12 Provokation!

Bei Gelegenheit der Lektüre muss man daran erinnern, dass Kubitschek Oberleutnant der Reserve ist, außer Diensten gewissermaßen, aber: „Um Soldat zu sein, bedarf es der Schulterklappen nicht, und um dem zu dienen, muss man kein Staatsdiener sein.“ (Sezession 23/2008: 30) Kubitschek prägt Sätze, die eine spezielle Vorliebe für soldatische Tugenden durchscheinen lassen. Halten wir uns daher zwei Dinge vor Augen:

Erstens: Ein Soldat führt einen Auftrag aus, ein Offizier gibt Anweisungen. Dazu bedarf es einer klaren, komplexitätsreduzierten Lagebeschreibung. Bezogen auf den Vorbürgerkrieg:

„Diese Lage scheint eindeutig zu sein, aber wie immer, ist sie nur für den eindeutig, der in bester Barbaren-Manier die Kunst der Vereinfachung komplexer Sachverhalte noch beherrscht. Aber diese Barbaren-Manier, diese Übersetzung des Wahrnehmbaren in ein klares Weltbild und einen simplen Auftrag, ist mit Sicherheit das genaue Gegenteil von dem, was diejenigen wollen, die uns seit einiger Zeit zum Einsatz für unser Land auffordern.“ (Kubitschek 2007: 18)

Zweitens: Ein Soldat diskutiert nicht, er handelt. Er ist ein Mann der Tat: „Der Kampf um die Vorherrschaft im eigenen Raum ist ein Kampf, keine Diskussion.“ (ebenda: 17) Und:

„Hüten wir uns aber, die Wirkung des geschriebenen Worts, des luziden Gedankens, der Aufklärung zu überschätzen. Selbst wenn es sich nicht um das unerhörte und ungehörte Wissen von uns Wenigen [sic!] handelte, sondern um Kenntnisse, die an Lehrstühlen erarbeitet und über ganze Semester ausgekippt würden: Was wäre all dieses Wissen gegen die eine [!] Tat, die das, was man bloß wusste, verdichtet und übersetzt und mit einer Überzeugungskraft auflädt, die die Lektüre einer halben Bibliothek überflüssig macht!“ (ebenda: 21)

Man sieht (und damit soll es auch der Verweise auf das Soldatische genug sein): Im Vorbürgerkrieg muss das Geschäft der Metapolitik „in bester Barbaren-Manier“ vereinfacht werden („klares Weltbild“) und zweitens zu einer die Menschen beeindruckenden, sie herausfordernden „Tat“ verdichtet werden. Dieser „Tat“ bedarf es, denn noch mal: „Ich bin überzeugt, dass die Wirkmächtigkeit des besseren Arguments und des gründlichen Wissens

²⁹ Das Bürgerkriegsthema wird weiter ausgewalzt von JF-Autor Thorsten Hinz. Vgl. den in der Kaplaken-Reihe erschienen Band *Zurüstung zum Bürgerkrieg* (2008). – Bemerkenswert ist auch die Tatsache, dass mittlerweile das Thema im Witikobund, der „nationalen Gesinnungsgemeinschaft“ innerhalb der Sudetendeutschen Landsmannschaft, angelangt ist. Hans Mirtes, der Bundesvorsitzende, schreibt mit verschwörungstheoretischem, das heißt antisemitischem Unterton: „Wir befinden uns in einem geistigen Bürgerkrieg und einem realen Vorbürgerkrieg. [...] Diejenigen, die noch etwas retten wollen, müssen sich zu einer Solidargemeinschaft zusammenfinden, die in der Lage ist, dem [islamischen – H.K.] Ansturm zu begegnen, der unser Volk verunsichert und letztlich das Staatswesen zerstören wird. Die Angriffe haben mittlerweile eine volksverhetzende antideutsche Dimension angenommen, in manchen Stadtbezirken sogar eine antisemitische – mit letzterem war sicherlich nicht zu rechnen. Vielleicht erklärt sich aus dieser Tatsache der Umschwung in der Berichterstattung in einigen Medien. Ich glaube, dass von den Hintermännern [sic!] die aufkommende antisemitische Stimmungslage so nicht gewollt war und ihnen allmählich die Ereignisse aus dem Ruder zu laufen beginnen.“ (Der neue Witikobrief 1/2008: 5)

allgemein überschätzt wird.“ (Kubitschek, in: JF 38/2008) Und noch expliziter, gegen die internen Kommunikationsformen seines eigenen Instituts gerichtet, heißt es:

„Verbrämen wir niemals unsere lehrreichen Versammlungen und Gespräche: Sie gleichen dem Bau eines Museums, wenn sie nicht zum Bekenntnis und zur Tat beflügeln. Irgendeiner muss doch den Speer ein Stückchen weiterschleudern. Jeder muss doch dort, wo er steht, davon zeugen, dass es auch einen anderen Blick auf die Dinge gibt, eine rechte Sicht, und eine Art sich zu bewegen und überhaupt zu leben, die dazu passt.“ (ebenda: 21)

Die Warnung vor einer Musealisierung der Institutsarbeit und der fast schon verzweifelt vorgetragene Wunsch, den „Speer [doch] ein Stückchen weiter[zus]schleudern“ zeugen von einer Kritik, die den von Weißmann beschworenen Widerstand endlich praktische Wirklichkeit werden lassen will. Es geht also nicht nur darum, den „Standpunkt“ des Instituts in die politische Praxis umzusetzen, sondern einen entschiedeneren Weg als den, den Weißmann in seiner Agenda vorschlägt, zu eröffnen: Kubitschek konzipiert Tat als Provokation, und der organisatorische Rahmen für die Provokation ist, wie eingangs angesprochen, nicht mehr das Institut, sondern die *Konservativ-subversive Aktion*.

Was ist unter „Provokation“ zu verstehen? In seinem Bändchen trifft Kubitschek mehrere Unterscheidungen, die aber ihren grundlegenden Zusammenhang in der elementaren Betonung des bekenntnishaften Charakters der rechten Weltansicht haben: die „rechte Sicht“ (de Benoist) ist ein weltanschauliches Gebäude und die dazu passende Lebensform ein bekenndes, Zeugnis abgebendes Leben, eine Haltung, die sich in einem Handeln äußert, das aufs Ganze zielt. Dies, so Kubitschek, sei „an und für sich schon eine Provokation, bekenndes Leben ist provozierendes Leben“ (ebenda: 22).³⁰

Diese elementare Bestimmung verweist auf das anthropologische Fundament des politischen Existentialismus, wie man es schon bei Weißmann registrieren konnte. Ist bei Weißmann der „Ausnahmemensch“ der das Staatsschiff lenkende „Steuermann“ oder der „Stifter“ staatstragender Institutionen (der er selbst *nicht* ist!), so zelebriert sich Kubitschek selbst als dieser „Ausnahmemensch“, nämlich als Confessor, als Bekenner,³¹ der für sich in Anspruch nimmt, die „bitteren Konsequenzen“ seines Handelns voll und ganz auf sich zu nehmen:

„Wessen Leben und Tun keine bitteren Konsequenzen nach sich zieht, hat sich zu gut getarnt, hat zu oft geschluckt, was er demjenigen, der ihm diese Kost reichte, gleich wieder hätte vor die Füße spucken müssen. Wer also ein Leben lang an sozialer Ächtung und Anfeindung vorbeisteuert, war zu geschickt für das, was unsere Zeit braucht: weniger Schläue, mehr Mut, weniger Glätte, mehr Kante.“ (ebenda: 60)

Vor dem Hintergrund dieser Selbststilisierung wird deutlich, warum für Kubitschek Provokation mehr ist als nur ein politisches Kalkül, als ein zweckmäßig eingesetztes Instrument politischer Arbeit. Dies ist sie aber auch, und so definiert Kubitschek die realpolitische Seite provozierendes Handeln als Versuch, aus einer randständigen Position der eigenen Schwäche durch einen medial wirksamen Coup in das *Rampenlicht* der Öffentlichkeit zu gelangen und die Schweigespirale zu durchbrechen:

30 So Kubitschek bereits in Sezession 3/2003: 43

31 Der religionsgeschichtliche Begriff „Confessor“ (Bekenner) bezieht sich auf denjenigen, der ein Martyrium lebend überstanden hat.

„Sie ist das einzige Mittel der Schwachen: Wer über Machtmittel verfügt, der drückt, was er möchte, einfach durch, erzählt, was er möchte, einfach auf allen Kanälen. Wer keine Macht hat, bereitet sich lange und gründlich vor, studiert die Reflexe des Medienzeitalters und erzwingt durch einen Coup öffentliche Wahrnehmung. Denn daran muss sich der Provokateur messen lassen: Was nicht in den Medien ist, ist aus der Welt, hat nicht stattgefunden, nicht verfangen. Für die stille Bildungsarbeit mögen andere Gesetze gelten; Provokationen leben von der Wahrnehmung, denn ihr Ziel ist, eine Reaktion (und sei es nur die Verblüffung) hervorzurufen.“ (ebenda: 23ff.)

Die „Wirkungsrichtung“ (ebenda: 76) der Provokation ist eine doppelte: nach außen zielt sie auf „Zuspitzung, Konfrontation, Aufmerksamkeit“. Sie beunruhigt denjenigen, gegen den sie sich richtet, den Gegner, und stört ihn in seiner Sicherheit.³² Nach innen fasst sie diejenigen ins Auge, die sie von der Legitimität des eigenen Handelns überzeugen will. Sie zielt

„auf Beispiel, Mobilisierung und Rekrutierung. Eine gelungene provokante Aktion ist ein Beispiel für Kreativität, Organisationsfähigkeit, Durchsetzungskraft und persönlichen Mut. Im günstigen Fall mobilisiert sie Nachahmer oder originelle Kräfte und weckt ein Milieu, eine Szene aus der Lethargie oder aus einem an dandyen Vorbildern geschulten Defaitismus.“ (ebenda)

Vornehmlich wendet sich die provozierende Tat an „ganz bestimmte Charaktere, die sich durch das öffentliche Stehen für eine Sache, durch Authentizität und die damit verbundene Widerborstigkeit gewinnen lassen“ (Weblog des IfS, 27.8.2008). Solche innerlich zur Revolte neigenden Charaktere glaubt Kubitschek vor allem in einem jugendlichen Umfeld zu finden. „Unsere Hoffnung“, zitiert er, obzwar unvollständig (*siehe unten*), Ernst Jünger, „ruht in den jungen Leuten, die an Temperaturerhöhung leiden“ (ebenda).

Soweit die realpolitische Seite. Sie lässt sich mit Kategorien eines politischen Kalküls umschreiben (Zweck, Mittel, Adressat etc.). Zugleich scheint hier wieder das Bekenntnis-hafte durch: das politische Kalkül ist rückgebunden an eine existentielle Komponente: „das öffentliche Stehen für eine Sache“, die „Authentizität“ des Provokateurs verbürgen erst die Wirkmächtigkeit der Provokation, beruhend auf subjektiven Qualitäten des jeweiligen Akteurs, die als Voraussetzung wie Produkt der Provokation zu betrachten sind:

„Zu provozieren, sich in einem wahrnehmbaren Gegensatz zu dem zu bringen, was den Fluss hinuntergespült wird, ist im Moment der Tat, im Moment der vollzogenen Provokation immer auch eine Selbstvergewisserung, ein Selbstkonzept, eine *Betonung des Ichs*, eine Formung dieses Ichs, das sich aufrichten muss, um die Provokation zu vollbringen, und das die Provokation vollbringt, um sich aufrichten zu können.“ (Kubitschek 2007: 61 – Hervorhebung i. Orig.)

Neben den nüchtern zu wägenden Nutzen der Provokation tritt quasi als therapeutischer Effekt ihr Beitrag zur Selbstfindung des Akteurs, zur Steigerung seines Selbstbewusstseins, getreu der Devise, die Kubitschek als Inbegriff des Politischen Existentialismus bezeichnet: „Ich handle, also bin ich“.³³ In dieser Hinsicht betont Kubitschek in Abgrenzung gegenüber

32 Vgl. Weblog des IfS, 27.8.2008: „Warum KSA?“ Dieses Thesenpapier ist auch zu finden unter: www.ungebeten.de/wordpress/?page_id=5 (zuletzt abgerufen am 27.2.2009)

33 Kubitschek in einem Video, in dem er erneut die Notwendigkeit der KSA begründet. Siehe: http://de.youtube.com/results?search_query=kubitschek&search_type=&q=f (zuletzt abgerufen am 27.2.2009) – Alfred Bäuml, von Kubitschek als Vorbild gepriesen (2007: 49), schreibt: „Handeln heißt nicht: sich entscheiden für

dem Zweck-Mittel-Charakter der Provokation ihren Wert an sich als einer emotionsgeladenen Äußerung eigenen Lebenswillens. Unabhängig von irgendwelchen logischen Begründungszusammenhängen trage sie in sich „immer etwas Wildes, etwas Unerhörtes, Brachiales, Eruptives“ (Kubitschek 2007: 62), das allemal wertvoller sei als die „amorphe Erregung“ des Speißers, der „einen flammenden Appell aus der Sofaecke“ (ebenda: 63) richte.

„Es ist elektrisierend, als Angehöriger einer an die Wand gequetschten politischen Richtung wenigstens für ein paar Stunden oder für einen ganzen Tag Herr der Lage zu sein. Das verleiht dem politischen Leben einen jähen, einen eruptiven Sinn.“ (Weblog des IfS, 27.08.2008)

Kubitschek räumt ein, dass ein derartiges „Aufflammen, Lodern und Verrauchen nichts Stetiges“ (ebenda: 62) ist. Gleichwohl weigert er sich, ein längerfristig angelegtes politisches Handlungskonzept zu umreißen, aus dem hervorgeht, wie die Kette von möglichen oder tatsächlichen Provokationen sich zu einer Strategie für die von ihm beschworene Rettung der Nation erweitern könnte.³⁴ Vielmehr steht die Einsicht, dass es einen solchen großen Plan, einen solchen „großen Hebel“ nicht gibt (ebenda: 74), geradezu am Ausgangspunkt seiner Überlegungen. Die Provokation erscheint insofern als ein Akt, von dem angenommen wird, dass er *irgendwie* schon in die richtige Richtung weist, Hauptsache, er hinterlässt überhaupt eine „Spur“, wie Kubitschek an einer Stelle, Armin Mohler zitierend, schreibt (ebenda: 43). Dies ist ein bemerkenswertes Eingeständnis für jemanden, der für sich (und das IfS) die Position des Retters der Nation einnehmen will, aber nicht weiß, wie die Rettung erfolgen soll, und statt dessen empfiehlt, sich aus dem *Sumpf* durch einen kräftigen Zug an den eigenen Haaren heraus zu ziehen. Kubitschek freilich macht aus der Not eine Tugend, indem er zu guter Letzt die provozierende Tat ästhetisch überhöht, Provokation als politische Kunstform etabliert sehen will. Gelingt die Verbindung der verschiedenen Seiten der Provokation, gelingt ihr eine Form, die den Kriterien der Zweckmäßigkeit (in dem genannten Sinne) entspricht und überdies (und weitaus wichtiger) zum überzeugend *gestalteten* Ausdruck eines sich bekennenden Ichs gerät, dann entsteht so etwas wie „politische Kunst“:

„Es berühren sich an diesem Punkt nämlich die Politik, die Kunst und das Ich. Weil der gelungenen Provokation ein zündender Gedanke vorausgeht, ein Geistesblitz oder eine sorgfältige Komposition; wird das Politische in seiner provokativen Form zur Kunst und damit zum Abbild des Formwillens und des gestaltgebenden Formbewusstseins eines Ichs, das sich äußern will.“ (Kubitschek 2007: 63)

Mit der Betonung der Form – Kunst sei das „Zusammentreffen von Formbewusstsein, Formwille, Formungsvermögen in einem glücklichen Moment“ (ebenda) – knüpft Kubitschek an Gottfried Benn an, der in seinem Verständnis von Kunst und der Rolle des Künstlers prototypisch „das Problem der Unverbindlichkeit, die Auflösungstendenzen der Mo-

[...], denn das setzt voraus, dass man wisse, wofür man sich entscheidet, sondern handeln heißt: eine Richtung einschlagen, kraft eines schicksalhaften Auftrags, kraft ‚eigenen Rechts‘ [...] Die Entscheidung für etwas, das ich erkannt habe, ist schon sekundär.“ (Männerbund und Wissenschaft, Berlin 1934: 94; zit. nach Marcuse 1967: 66)

34 In seinem Artikel „Provokation!“ (in: Sezession 12/2006: 23) von 2006 ging Kubitschek noch von folgender Vorstellung aus: „Angesichts des Zustandes unseres Landes ist praktisch jedes Mittel legitim, das zu Veränderungen führt. Provokation muß, wenn sie der Auftakt zu Umwälzungen sein will, als Baustein innerhalb einer Strategie ihren Platz haben.“

derne als Krise und Ende der Normativität wahrgenommen“ (Kubitschek in Sezession 14/2006: 6) habe. Dem Zerfall der letztlich religiös begründeten sittlich-moralischen Weltordnung, dem Verlust der Bindung des Menschen an vorgegebene Werte habe aber Benn nicht durch den Appell an das Engagement des Künstlers für soziale Gerechtigkeit begegnen wollen.³⁵ Insofern es utopisch sei, im Alltagsleben und in der Politik – im Makrokosmos der „geschichtlichen Welt“ – eine verbindliche „Normativität von Dauer“ zu schaffen, sei der Künstler (und Dichter) auf den Mikrokosmos der „Ausdruckswelt“ verwiesen. Das bedeute:

„Indem der Dichter den Worten eine Form gibt, bildet er im Mikrokosmos den Makrokosmos nach, der zerstört, zerdacht, zerfallen bleibt. Und diese Formung ist die Konsequenz des Nichts und des Chaos, das die Moderne übriggelassen habe. Benn spricht von der ‚formfordernden Gewalt des Chaos‘, und sein Dichter – er – wird zu einem, der ins Chaos greift, eine Form bildet, sie als Abglanz der vordem großen Ordnung hinstellt, zusammenhanglos neben allen anderen so entstandenen Gebilden. Es ist dies: erreichte Normativität im einzelnen Kunstwerk. Statistisch daran ist das Gebundene [...] und die Einsicht, dass Beschränkung die Voraussetzung für Perfektion und somit für das gültige Abbild, den gültigen Abglanz ist.“ (Kubitschek in Sezession 14/2006: 7)

Überträgt man Benns Chaos-Form-Theorie auf Kubitscheks *Theorie* der Provokation, so erscheint letztere als eine Art Gesamtkunstwerk, als eine normsetzende Einheit von Wort, Bild und – als Dominante – Tat, die Bindung im Chaos (laut Kubitschek das „Gewusel“) ermöglicht: Wort, insofern es im Gegensatz zum bloßen „Gequatsche“ „jähem Sinn“ (Benn) stiftet, das heißt der Tat im Wort adäquate sprachliche Form verleiht; Bild, insofern die kunstvoll gestaltete Tat eine „erzählbare Geschichte und [ein] immer wieder reproduzierbare[s] Bild“ generiert und „das ‚Ich‘ des Provokateurs zum ‚Wir‘ des Betrachters vervielfältigt“ (Weblog des IfS, 27.8.2007) und Gemeinschaft (das „Wir“) konstituiert; und Tat, insofern sie es ist, die eine „Spur“ legt, die dem Provokateur „eine Alternative zum Dasein als Treter im Hamsterrad“ (Kubitschek 2007: 69) eröffnet.

Kubitschek bemerkt dazu lakonisch: „Der Weg zum Faschismus ist nun nicht weit.“ (Sezession 14/2006: 7)

13 Der faschistische Stil

Im Zusammenhang der Auseinandersetzung mit dem Studienzentrum Weikersheim schreibt Kubitschek, wie eingangs bereits zitiert:

„Das christlich-konservative Studienzentrum kann sich mit der Armin-Mohler-Linie unseres Instituts nicht anfreunden. Die Armin-Mohler-Linie: das ist das Angriffslustige, das Kalte, das Grundsätzliche, das zutiefst Pessimistische, das Unversöhnliche – kurz: das Gegenteil von dem, was man als Beschwichtigungs-Konservatismus und Leise-Treterei bezeichnen kann.“ (Weblog des IfS, 20.7.2006)

35 „Die Verharmlosung und Banalisierung des Menschen durch seine sozialdemokratische Abfederung, das heißt: die Reduzierung der Problemlage der modernen Welt auf Umschichtungsfragen im Zusammenhang mit der Ungleichheit der Lebensumstände, kam seinen Vorstellungen von dem, was der Mensch sein könnte, nicht im mindesten entgegen. Er sah darin eher den Verlust des schöpferischen Milieus.“ (ebenda)

Kubitschek umreißt hier die Linie des Instituts nicht mit programmatisch-politischen Aussagen, sondern hebt eine bestimmte Haltung und einen bestimmten Stil hervor, durch die sich die Arbeit des Instituts auszeichne. Seine Ausführungen zur provokativen Tat lassen sich zwanglos dieser Charakterisierung zuordnen und verweisen explizit (Kubitschek 2007: 56) auf einen Text von Armin Mohler, der in methodologischer wie inhaltlicher Hinsicht als prototypisch für Kubitscheks Gedankengang betrachtet werden kann.

In seinem Essay *Der faschistische Stil* (1973) wendet sich Mohler gegen eine bloß ideologiekritische und sozialgeschichtliche oder soziologische Sichtweise des Faschismus, wie sie in der Faschismusforschung gang und gäbe sei. Sein „physiognomischer Zugriff“ (Mohler 1973: 173), geschult an kunstgeschichtlichen Analysemethoden, versucht vielmehr die verschiedenen Erscheinungsformen des (als Arbeits- bzw. Oberbegriff zu verstehenden) „rechten Totalitarismus“ (ebenda: 172) in der Zwischenkriegszeit unter stilistischen Gesichtspunkten zu klassifizieren. Seine Arbeit versuche „die Antriebe freizulegen, die sowohl zur Ideologiebildung wie zur Bildung bestimmter Gemeinschaftsformen oder gesellschaftlichen Organisationsformen“ (ebenda: 188ff.) führten. Analog zum Begriff des „Kunstwollens“ sieht er die Antriebe in einem elementaren „Politikwollen“ (ebenda: 189), das sich nach bestimmten Politikstilen ausdifferenziere. Von dorthier kommt Mohler zu dem Ergebnis, dass sich der „rechte Totalitarismus“ der Zwischenkriegszeit in „drei Stränge“ (ebenda: 183ff.) gliedern lasse, den Nationalsozialismus, den Etatismus und den Faschismus.³⁶ Der „rechte Totalitarismus“ enthalte

„in jedem europäischen Lande (diese) drei Elemente, von denen mal das eine, mal das andere dominiert – und zwar nicht nur in den einzelnen Bewegungen, sondern selbst im Leben einzelner Personen“ (ebenda: 185).

Mohlers Ausführungen über den Faschismus als einem bestimmten Stilgefühl nehmen vor allem Bezug auf Bennis, den Futurismus (Marinetti) und Ernst Jünger. Sie fassen den Faschismus „als Verhaltenslehre und ästhetisches Phänomen“ (Kubitschek in Sezzession 14/2006: 7) im Kontext der von Mohler immer wieder hervorgehobenen „nominalistischen Wendung der Neuzeit“, der Verabschiedung universalistischer „Welterklärungssysteme“ (Mohler 1973: 176). „Was hier als ‚Faschismus‘ zu umschreiben versucht wird, ist schon eine recht besondere Art, sich aus dem Debakel der Allgemeinheiten und der Systeme auf die Existenz zurückzubeziehen.“ (ebenda: 179) Mohler spricht von der „Überwindung des Idealismus durch den Existentialismus“ (ebenda: 176). Der Mensch, schreibt Mohler an anderer Stelle mit Bezug auf Bennis *Rede auf Marinetti* von 1934,

„weiß zwar, er schafft es nie, die Welt als Ganzes zu verstehen; er schafft es nie, die Welt als Ganzes umzugestalten, aber trotzdem tut er etwas in seinem begrenzten Teil, den er vor sich hat. Er schafft etwas. Schafft eine Form, eine Gestalt und nicht nur Ideen. In der Marinetti-Rede von Bennis gibt es einen wunderbaren Satz, dass der Mensch aus dem Chaos all das Geformte heraus-

36 „Dort, wo sich eine ohnehin chiliastische, von Leidenschaften getragene Bewegung wie der Sozialismus mit so gefühlsschweren Gehalten wie ‚Volk‘, ‚Nation‘, ‚Rasse‘ verbindet [...] – dort drängt sich der Begriff Nationalsozialismus [...] auf. Dann gibt es die kühlere Zone, wo es darum geht, inmitten der Reste oder der Trümmer alter Ordnungen ein neues Gehäuse zu errichten, und zwar ohne Fanatismus, in nüchterner Einsicht in die Schwächen des Menschen, aber mit einem unbestreitbaren ästhetischen Behagen an dem, was funktioniert und sachlich richtig ist. Es ist die Zone des Staates [...]. Hier ist die Bezeichnung Etatismus am Platze. Dort aber, wo das in dieser Arbeit umschriebene Stilgefühl vorherrscht, verwenden wir den Begriff Faschismus.“ (Mohler 1973: 185)

arbeitet. Das ist das einzige, was der Mensch kann. Das ist das Unvergessliche.“ (Mohler 1990: 42)

In ästhetischer Hinsicht sieht Mohler mit Benn im Faschismus genau dies, den Primat des Stils, der Form, die selbst schon „die definitive moralische Entscheidung gegen reinen Stoff, Natur, Chaos, Rücksinken, Ungeformtes“ (Benn, zitiert nach Mohler 1973:175ff.)³⁷ sei. Wenn daher Benn von den „drei grundlegenden Werten des Faschismus“ spreche, meine er damit „keine allgemeinen Ideen, nicht einmal ethische Imperative, sondern [...] drei Formen“ (ebenda: 175): „Das Schwarzhemd in der Farbe des Schreckens und des Todes, der Kampfruf ‚a noi‘ und das Schlachtenlied, die Giovinezza.“ (Benn)³⁸ In moralischer Hinsicht bedeute dies „den Verzicht auf die universale, auf alles passende Moral; ‚moralisch‘ wird die einzelne, dem Chaos abgetrotzte Bindung“ (ebenda: 176). Aus Benns Loblied auf Marinetti, den Futurismus und den italienischen Faschismus liest Mohler das Wirken einer im Krieg geborenen Lebensweise, die durch „Dynamik“ und „Rhythmus“ gekennzeichnet sei und den „Kampf an sich“ (ebenda: 175) in den Mittelpunkt stelle:

„Mitten in einem Zeitalter stumpf gewordener, feiger und überladener Instinkte verlangten und gründeten Sie eine Kunst, die dem Feuer der Schlachten und dem Angriff der Helden nicht widersprach ...Sie forderten die ‚Liebe zur Gefahr‘, die ‚Gewöhnung an Energie und Verwegenheit‘, ‚den Mut‘, die ‚Unerschrockenheit‘, ‚die Rebellion‘, ‚den Angriffspunkt‘, ‚den Laufschritt‘, den ‚Todessprung‘, und dies nannten Sie ‚die schönen Ideen, für die man stirbt‘.“ (Benn)

An anderer Stelle, in einem längeren Abschnitt zu Ernst Jüngers *Das abenteuerliche Herz* (1929), spricht Mohler von der „Sehnsucht nach einer anderen, unbedingteren Lebensform“ (ebenda: 179) als dem verbindenden, Todesbereitschaft einschließenden Signum der Frontkämpfergeneration und überträgt dieses Signum auf die junge Generation. In diesem Zusammenhang zitiert er eine von Kubitschek unvollständig (*siehe oben*) wiedergegebene Passage:

„Unsere Hoffnung ruht in den jungen Leuten, die an Temperaturerhöhung leiden, weil in ihnen der grüne Eiter des Ekels frisst, in den Seelen von Grandezza, deren Träger wir gleich Kranken zwischen der Ordnung der Futtertröge einherschleichen sehen. Sie ruht im Aufstand, der sich der Herrschaft der Gemütlichkeit entgegenstellt, und der der Waffen einer gegen die Welt der Formen gerichteten Zerstörung, des Sprengstoffes, bedarf, damit der Lebensraum leergefegt werde für eine neue Hierarchie.“ (Jünger 2008: 133ff.)³⁹

Benns „Entscheidung gegen das Ungeformte“ (Mohler 1973: 175) werde hier, so Mohler, sinnlich⁴⁰ ausgedrückt durch „das eigenartige Wechselspiel von Zerstörung, Anarchie auf der einen Seite und Gestalt, Stil auf der anderen“ (ebenda: 179) beziehungsweise durch die „Polarität von ‚Aufstand‘“ (gegen die *erstarrten*, obsolet gewordenen Formen) und „neuer Hierarchie“. Implikat dieser Polarität ist die Gewalt- und Todesbereitschaft im faschistischen Stil (Attentat, Putsch etc.). Mohler bringt sie mit der Idee der *direkten Gewalt* in der Tradition des Syndikalismus, der mit zu den Wurzeln des Faschismus gehöre, in Verbin-

37 Die Passagen aus Benns Rede auf Marinetti werden hier nach Mohler zitiert.

38 a noi = Herüber zu uns; Giovinezza = Die Jugend

39 zit. bei Mohler: 179, ohne Hervorhebung

40 Wörtlich: „Aber Jünger meint [...] dasselbe wie Benn.“ (ebenda: 179)

„Man dürfe faschistische Gewalt nicht mit den „anonymen Massenliquidationen“ (ebenda: 181) des Nationalsozialismus oder Bolschewismus verwechseln; sie sei „direkte, nämlich plötzliche, sichtbare, demonstrative Gewalt, die immer zugleich auch symbolisch wirken“ solle: so der „Sternmarsch auf ein Zentrum der Macht, das Aufpflanzen der eigenen Fahne auf dem feindlichen Hauptquartier oder etwa das Halten eines als sinnbildlich geltenden Gebäudes um jeden Preis [...]“ (ebenda: 181). Prototypisch hierfür sei eine Szene im Spanischen Bürgerkrieg bei der Belagerung des Alcazar in Toledo durch republikanische Milizen. Mohler erzählt (ebenda: 181ff.):

Oberst Moscardó, Kommandant des Alcazars, wird telefonisch aufgefordert, den Alcazar zu übergeben, andernfalls werde sein Sohn von den „Roten Milizen“ erschossen. Es kommt zu einem telefonischen Dialog, in dem der Vater seinem Sohn, der ihn mit ‚Papa‘ anredet, mitteilt: „Dann empfehle Deine Seele Gott, rufe ‚viva l’España‘ und stirb wie ein Patriot.“ Woraufhin Vater und Sohn sich im Geiste umarmen. Der Sohn wird erschossen.

Für Mohler ist dies eine „typisch faschistische Szene“:

„Helden der Handlung sind nicht wie im Nationalsozialismus Massen [...], sondern zwei fest umrissene Gestalten [...]. Die Szene wickelt sich in jenem ‚kalten Stil‘ ab, mit gebändigten Emotionen, jeder auf die Durchführung seiner Rolle (nicht seiner ‚Mission‘) bedacht, das Ganze aus der Spannung von Jugend (der ‚Papa‘ sagende Sohn) und Tod (die Drohung des Milizchefs) lebend.“ (ebenda: 181ff.)

Kalter Stil – das ist das, was Benn bei Marinetti, Mohler als Inbegriff des faschistischen Stils sieht und nicht zuletzt Kubitschek für seine Idee der Provokation in Anspruch nimmt.⁴¹

14 Fazit

Zu Beginn des Jahres 2007 führte Götz Kubitschek ein Gespräch mit der *Deutschen Stimme* (DS), dem Parteiorgan der NPD. Sein Gesprächspartner ist Andreas Molau, ein Bekannter aus alten Tagen. Denn auch Molau ist Gildenschafter, stammt aus der Deutschen Hochschulgilde Trutzburg Jena zu Göttingen, in die er 1989 aufgenommen worden war. In der JF betreute er bis zu seiner Entlassung 1994 die Kulturredaktion. Zum Zeitpunkt des Interviews ist Kubitschek stellvertretender Chefredakteur der DS.⁴² Im Interview beschreibt er das grundsätzliche Dilemma, in dem sich heute Jungkonservative befinden. Auf der einen Seite betont er (wie auch Weißmann) die Notwendigkeit einer staatlichen Ordnung:

„Ohne Staat ist keine Ordnung, kein innerer Friede, keine Handlungsfähigkeit, kein Schutz, kein geschichtlicher Weg im Massenzeitalter. Unser Staat ist die derzeit gemäße Form der deutschen

41 In der Süddeutschen Zeitung vom 6./7.9.2008 überschreibt Marc Felix Serrao einen ganzseitigen Artikel zu Kubitschek, KSA und IfS mit dem Titel „Der kalte Blick von rechts“. Der Autor hält es nicht für nötig, die Implikate dieses Titels offen zu legen. – Anders dagegen Mathias Brodtkorb. Verwiesen sei auf seinen anregenden Artikel Götz Kubitschek: der Faschist vom Rittergut Schnellroda? (5.11.2008), siehe unter: <http://endstation-rechts.de/index.php?view=artic-le&catid=202%3Afa>

42 Später wird Molau Leiter des Amtes Bildung beim NPD-Parteivorstand und wissenschaftlicher Mitarbeiter des Parteivorsitzenden Voigt. Er galt zeitweise – nach seinem Rückzug aus dem Parteivorstand im Zusammenhang der Kemna-Affäre – als dessen potentieller Nachfolger im Parteivorsitz. Molau ist zudem Vorsitzender der Gesellschaft für Freie Publizistik, der wichtigsten rechtsextremen Kulturorganisation.

Nation auf ihrem Weg durch die Geschichte.“ (DS 1/2007, zitiert nach der von Kubitschek autorisierten Fassung)

Auf der anderen Seite missfällt ihm die derzeitige konkrete politische Verfasstheit „unser[es]“ Staates:

„Der Staat, in dem wir leben, fördert eine Entwicklung, die der deutschen Nation nicht dient. Er versagt in der Familien- und Bevölkerungspolitik, er versagt in der Zuwanderungspolitik, er versagt in der Geschichtspolitik, in der Bildungspolitik und in der Außenpolitik. Er verhindert, dass die deutsche Nation nach der Katastrophe von 1945 zu sich selbst zurückfindet, dass sie ihren besonderen Charakter behält und souverän über ihren weiteren Weg entscheidet.“

Mit anderen Worten: Der real existierende Staat versagt auf der ganzen Linie, es herrscht das Benn'sche „Chaos“, der Bürgerkrieg droht. Die totale Diskrepanz zwischen Ideal und Wirklichkeit erfordert eine totale Antwort. Bezogen auf den gegenwärtigen Staat heißt dies für den selbsternannten „Wahlpreußen“ Kubitschek:

„Er muss bekämpfen, was den Staat zerstört und die Nation kastriert. Das bedeutet nichts anderes, als dass er den Staat von seinen abträglichen Institutionen befreit, ohne die Institution des Staates an sich in Frage zu stellen.“

Welches diese „abträglichen Institutionen“ sind, liegt auf der Hand, es sind die liberal verfassten Institutionen des von ihm so genannten „multikulturellen Arbeits- und Konsumstaats“ (Kubitschek 2007: 16).

Wie dies freilich geschehen soll, darüber kann (und will) Kubitschek, wie oben angesprochen, keine Auskunft geben. Dies ist das zweite Dilemma des heutigen Jungkonservativen à la Kubitschek. Die Strategie des Machbaren, wie sie Dieter Stein (*siehe Einleitung*) vorschwebt, lehnt er kategorisch ab:

„Der Wahlpreuße von heute muss im Blick auf diesen Staat aufhören, sich wie ein Preuße zu benehmen. Wenn er es nicht tut, wird er zur lächerlichen Figur. Er wird zum nützlichen Idioten, der weiterhin stabilisiert, was andere mit seiner Unterstützung noch etwas länger und etwas ertragreicher aussagen können.“ (Kubitschek, 18.11.2006)

Was bleibt, ist die Haltung des Provokateurs, der die „Idee [des Staates – H. K.] vor der Wirklichkeit“ retten will. „Er muss den Tabubruch, den gezielten Regelverstoß, den zivilen Ungehorsam, die Respektlosigkeit als politische Waffe einüben und einsetzen.“ Der Jungkonservative, der Wahlpreuße mutiert hier, in dem Zwiespalt zwischen „dienen wollen“ und „nicht dienen können“, zum „nationalen Anarchisten“ (sic!) aus Verzweiflung, der sein „Trotzdem!“ der dekadenten Wirklichkeit per Tat entgegenschleudert (ebenda). Dies *in Form* gebracht, das ist der faschistische Stil im Sinne Mohlers.

Ein abschließender Vergleich mit Weißmann zeigt folgendes:

1. Weißmann, formuliert einen Standpunkt, der auch von Kubitschek geteilt wird. Insbesondere der lebensphilosophische Ansatz (vgl. Kubitschek 2007: 40) oder die Beschwörung der Dekadenz, das Lob der Ordnung – all dies sind Ideologeme, die sich auch bei Kubitschek finden.

2. Auch in praktischer Hinsicht zeigen sich mögliche Übereinstimmungen. Die „Partei des Widerstandes“, die Idee der „organisierenden Zentren“, von der Weißmann spricht, könnte ein Dach sein, unter dem auch aktivistische Zuspitzungen wie die KSA einen Platz einnehmen könnten.⁴³
3. Gleichwohl hat sich Weißmann nicht an den Aktivitäten der KSA beteiligt, weil dies offensichtlich nicht zu seinem Habitus als „Vordenker“ passt und er die Aufgabe des Instituts von derartigen Aktivitäten getrennt sehen möchte.

In der Konsequenz hat dies zu einer neuen Aufgabenverteilung im Institut geführt. In einer Erklärung Kubitscheks (in einem Rundbrief an alle Förderer des Instituts) heißt es:

„Polemische Aktion und Wissenschaftlichkeit vertragen sich nicht. Natürlich haben wir die Aktionen auf der weltanschaulichen Grundlage des Instituts durchgeführt, aber eine personelle und institutionelle Gemeinsamkeit zwischen IfS und ksa ist auf Dauer schädlich für den Anspruch des Instituts.“ (Sezession 26/2008: 56)

Kubitschek hat zum 1. September 2008 seine Tätigkeit als Geschäftsführer im Institut eingestellt, betreut aber weiterhin als verantwortlicher Redakteur die Sezession. Die Überdehnung als Folge einer Ausdifferenzierung des jungkonservativen Lagers, von der eingangs gesprochen wurde, wird kooperativ aufgefangen durch eine Neujustierung der Arbeitsteilung in Form einer organisatorischen Trennung. Inwieweit sich die jungkonservative Neue Rechte durch die Ausbildung unterschiedlicher beziehungsweise in der Tendenz inkompatibler strategischer Optionen „selbst zerlegt“, wie Mathias Brodkorb Anfang 2009 schreibt, wird die weitere Entwicklung zeigen (vgl. Brodkorb, 2.1.2009),⁴⁴ ist aber vielleicht der falsche Ausdruck für mögliche Verschiebungen im politischen Raum, die durch Weißmanns „Partei des Widerstandes“ oder durch Kubitscheks Bekenntnis zum „nationalen Anarchisten“ angedeutet werden. Die terminologischen Anklänge an den „nationalen Widerstand“ oder etwa Ernst Niekischs Widerstandsbewegung (Pittwald 2002) sowie die Autonomen Nationalisten sind nicht zufällig. Während aber Weißmann die Widerstandslosung in das Spektrum der heimatlos gewordenen Konservativen hineinragen will, bemüht sich Kubitschek auch um junge nationalrevolutionäre Kräfte, soweit sie für eine Erziehung zum faschistischen Stil empfänglich sind.

Aber auch von einer anderen Seite bahnen sich möglicherweise neue Synthesen an. Das vierzehn Punkte umfassende Thesenpapier Molau (Molau 2009) im Vorfeld seiner Kandidatur für den NPD-Parteivorsitz schlägt vertraute Töne an („Vernetzung der Struktu-

43 Andererseits gab es negative Reaktionen auf Weißmanns Agenda. Im ehemaligen Ostpreußenblatt, jetzt Preußische Allgemeine Zeitung (19/2008) schrieb Ansgar Lange: „Zu kurzatmig. Mißglückter Versuch, Konservatismus zu definieren.“ Insbesondere verwies Lange auf die Ignoranz Weißmanns gegenüber Fragen der Wirtschaftspolitik. – Abgedruckt wurde die Agenda, wie nicht weiter verwunderlich, in der unregelmäßig erscheinenden Zeitschrift Unsere Agenda (sic!) der von Caspar v. Schrenk-Notzing geführten Förderstiftung Konservative Bildung und Forschung (7/2008).

44 Vgl. Mathias Brodkorb (2.1.2009): „Ende des Vertrauens?“ – Die „Neue Rechte“ zerlegt sich selbst (i.e. www.endstation-rechts.de). Hintergrund für den Artikel bildet eine heftige Diskussion im Weblog der Blauen Narzisse anlässlich der Verleihung des Gerhard-Löwenthal-Preises für Journalisten an Ellen Kositzka (IfS) und des Ehrenpreises an Peter Scholl-Latour (vgl. <http://www.blaunenarzisse.de/podcast/index.php?id=991>), an der sich auch Kubitschek und Stein beteiligten.

ren“, „Streitkultur“, „Graswurzelrevolution“, „Minimalkonsens“ etc.) und setzt auf eine stärkere Reputierlichkeit der NPD für bürgerlich-konservative Kräfte.⁴⁵ Molau schreibt:

„1. Angesichts sich auflösender Bindungen an Parteien und traditionelle Vereine sind politische Organisationsformen neben der NPD im nationalen Spektrum zu begrüßen. [...] 3. Freie Kräfte, darunter sind konservative Vortragskreise ebenso zu verstehen wie Kameradschaften und NPD müssen sich vernetzen, ihre Arbeit koordinieren. Sinnvoll wird diese Vernetzung der Strukturen dort insbesondere, wo sie strategisch unterschiedlich angreifen. Arbeiten Freie Kräfte parallel, entstehen sinnlose Reibungsverluste.“ (Molau 2009)

Könnte dies auch ein Angebot an das Institut für Staatspolitik sein?

Literatur

- Breuer, Stefan (27.2.1995): Der letzte Ritter der heiligen Johanna. Ein Anti-Hobbes: Günter Meuter legt die Fundamente von Carl Schmitts Zeitkritik frei. In: FAZ, 27.2.1995.
- Brodkorb, Mathias (2.1.2009): „Ende des Vertrauens?“ – Die „Neue Rechte“ zerlegt sich selbst. In: http://endstation-rechts.de/index.php?option=com_content&view=article&id=2601 (zuletzt abgerufen am 28.2.2009)
- Bruck, Moeller van den (2006): Das Dritte Reich. Berlin 1923,. (Neudruck). Toppenstedt.
- Enzensberger, Hans Magnus (1993): Aussichten auf den Bürgerkrieg. Frankfurt/M.
- Haar, Ingo (2000): Historiker im Nationalsozialismus. Deutsche Geschichtswissenschaft und der „Volkstumskampf“ im Osten (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Band 143). Göttingen.
- Institut für Staatspolitik (2003): Die „Neue Rechte“. Sinn und Grenze eines Begriffs. Schnellroda
- Jünger, Ernst (1987): Das abenteuerliche Herz (zuerst 1929). Stuttgart.
- Kellershohn, Helmut (1994): Die selbsternannte Elite. Herkunft und Selbstverständnis des Personals der Jungen Freiheit. In: Kellershohn, Helmut (Hg.): Das Plagiat. Der völkische Nationalismus der Jungen Freiheit. Duisburg: DISS. 51-116.
- Kellershohn, Helmut (2003): Aufrüstung wider den Zeitgeist. Ein gildenschaftliches Netzwerk: Institut für Staatspolitik – Edition Antaios – Junge Freiheit. In: Martin Dietzsch et al.: Nation statt Demokratie. Sein und Design der „Jungen Freiheit“. Duisburg.
- Kellershohn, Helmut (2004): Im „Dienst an der nationalsozialistischen Revolution“. Die Deutsche Gildenschaft und ihr Verhältnis zum Nationalsozialismus. In: Jahrbuch des Archivs der deutschen Jugendbewegung, Band 19/1999-2001. Schwalbach/Ts. 255-292.
- Kubitschek, Götz (2006): Gottfried Benn – Versuch über einen Faschisten. In: Sezession 14/2006.
- Kubitschek, Götz (18.11.2006): Preußen! Was nun? Vortrag im Rahmen des 12. Berliner Kollegs des IFS vom 18.11.2006. In: <http://staatspolitik.de/pf/kubitschek-preussen.pdf> (o.Dat.)
- Kubitschek, Götz (2007): Provokation (Reihe Kaplaken, Band 6). Schnellroda.
- Kubitschek, Götz (2008): Unser Standpunkt – winterlicher Nachtrag zu einem sommerlichen Aufruf. In: Sezession 2008, Nr.23.
- Lenk, Kurt (2005): Das Problem der Dekadenz seit Sorel. In: Heiko Kauffmann et al.: Völkische Bande. Dekadenz und Widergeburt – Analysen rechter Ideologie. Münster. 49-63.
- Lönnendonker, Siegward et al. (2002): Die Antiautoritäre Revolte. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund nach der Trennung von der SPD. Band 1: 1960-1967 (=Schriften des Otto-Stammer-Zentrums im Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin, Band 91). Wiesbaden.

45 Nach der Wiederwahl Voigts zum Parteivorsitzenden der NPD orientieren Molau und sein Umfeld auf eine neurechte Sammlungsbewegung rund um die DVU. Ob dies zu nennenswerten Abspaltungen von der NPD führen wird, sei dahingestellt.

- Marcuse, Herbert (1967): Der Kampf gegen den Liberalismus in der totalitären Staatsauffassung (zuerst 1934). In: Wolfgang Abendroth (Hg.): Faschismus und Kapitalismus. Theorien über die sozialen Ursprünge und die Funktion des Faschismus. Frankfurt/M. 39-74.
- Mohler, Armin (1973): Der faschistische Stil. In: Gerd-Klaus Kaltenbrunner: Konservatismus international. Stuttgart. 172-198.
- Mohler, Armin (1990): Interview mit Armin Mohler, geführt von Petra Müller. Maschinenschriftliches Manuskript o.O.
- Molau, Andreas (2009): Die Ausbildung eines nationalen Milieus – Vierzehn Thesen. In: <http://patriotischesforumsueddeutschland.wordpress.com/2009/01/04/andreas-molau-die-ausbildung-eines-nationalen-milieus-vierzehn-thesen/> (zuletzt abgerufen am 28.2.2009)
- Petzinna, Berthold (2000): Erziehung zum deutschen Lebensstil: Ursprung und Entwicklung des jungkonservativen „Ring“-Kreises 1918-1933. Berlin.
- Pfahl-Traughber, Armin (1992): Rechte Intelligenzblätter und Theorieorgane. In: ‚vorgänge‘ 116/1992: 37ff.
- Pfahl-Traughber, Armin (1998): Konservative Revolution und Neue Rechte. Rechtsextremistische Intellektuelle gegen den demokratischen Verfassungsstaat. Opladen.
- Pfeiffer, Thomas (2003): Die Kultur als Machtfrage. Die Neue Rechte in Deutschland. Herausgegeben vom Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf.
- Pittwald, Michael (2002): Ernst Niekisch. Völkischer Sozialismus, nationale Revolution, deutsches Endimperium. Köln.
- Rohrmoser, Günter (2006): Die Wiederkehr der Geschichte. In: <http://212.227.6.81/jw2007/images/rohrmoser2006.pdf> (zuletzt abgerufen 27.2.2009)
- Schmidt, Friedemann (2001): Die Neue Rechte und die Berliner Republik. Parallel laufende Wege im Normalisierungsdiskurs. Wiesbaden.
- Schmitt, Carl (1963): Der Begriff des Politischen. Text von 1932 mit einem Vorwort und drei Corollarien. Berlin.
- Schrenck-Notzing, Caspar von (1980): [Critilo] Über die Kulturrevolution zur politischen Revolution. Editorial. In: Criticón 59/1980: 107.
- Stein, Dieter (2005): Phantom „Neue Rechte“. Die Geschichte eines politischen Begriffs und sein Mißbrauch durch den Verfassungsschutz. Berlin.
- Strauss, Botho (1994): Anschwellender Bocksgesang. In: HeimoSchwilk/Ulrich Schacht (Hg.): Die selbstbewusste Nation. Frankfurt/M./Berlin. 19-40.
- Schotte, Walter (1932): Der neue Staat. Berlin.
- Weißmann, Karlheinz (1989): Die konservative Option. In: Criticón 1989, H.113: 129-133.
- Weißmann, Karlheinz (1994): Herausforderung und Entscheidung. Über einen politischen Verismus in Deutschland. In: HeimoSchwilk/Ulrich Schacht (Hg.): Die selbstbewusste Nation. Frankfurt am Main/Berlin. 309-326.
- Weißmann, Karlheinz (2006): Unsere Zeit kommt. Im Gespräch mit Karlheinz Weißmann. Schnellroda.
- Weißmann, Karlheinz (2007): Das konservative Minimum (Reihe Kaplaken, Band 1). Schnellroda.

Virtuelle Gegenöffentlichkeit und Ausweg aus dem „rechten Ghetto“

Strategische Funktionen des Internets für den deutschen Rechtsextremismus

Thomas Pfeiffer

1 Einleitung

Das World Wide Web ist ein Schaufenster des deutschen und internationalen Rechtsextremismus. Kaum eine Szene-Gruppe verzichtet darauf, im Netz auf sich aufmerksam zu machen – mal krude und provokant, zunehmend in adrettem Design und mit gewählter Sprache. Mit mehr oder minder aufwändigen Websites sind rechtsextremistische Parteien im Netz vertreten, neonazistische „Aktionsbüros“ und „Kameradschaften“, Bands und Online-Versände, Zeitungen, Zeitschriften und Verlage, pseudowissenschaftliche Rassisten, Holocaust-Leugner, selbst ernannte „Reichsbürger“, neurechte Intellektuelle und obskure Zirkel. Hinter den Seiten stehen teils Gruppen und Organisationen, die auch in der realen Welt zu den Motoren rechtsextremistischer Mobilisierung zählen – teils Splittergruppen oder Randfiguren, die sich als gewichtige Instanzen „der Bewegung“ inszenieren. Ersteres und Letzteres ist im Netz nicht immer auf Anhieb zu unterscheiden.

Die Präsenz der Szene im Netz ist fast so alt wie das Internet selbst – seit es vom Kommunikationsforum für militärische oder wissenschaftliche Teilöffentlichkeiten in den späten 1980er und frühen 1990er Jahren zum preiswerten Massenmedium mit stetig sinkenden Zugangsschwellen geworden ist, sind Rechtsextremisten beteiligt. Ein näherer Blick auf die Funktionen, die computergestützte Kommunikation für diese Szene leisten kann, zeigt, dass sie gerade im Zuge des Veränderungs- und Modernisierungsprozesses des Rechtsextremismus seit den 1990er Jahren strategische Vorzüge bietet. Rechtsextremisten sind sich dessen bewusst – in ihrem Medienmix nimmt das Netz seither einen prominenten Platz ein. Wie haben sich rechtsextremistische Websites entwickelt? Welche Funktionen erfüllen sie für die strategischen Ziele der rechtsextremistischen Szene? Fragen wie diesen geht der folgende Beitrag an Beispielen nach.

2 Aufbruch ins digitale Zeitalter – Entwicklung rechtsextremistischer Websites

Als das Modell späterer rechtsextremistischer Web-Propaganda bezeichnet das New Yorker Simon Wiesenthal Center die 1983 eingerichteten Computer-Mailboxen des US-Neonazis George Dietz (West Virginia), die eigene Schriften und solche gleich gesinnter Autoren online verfügbar machten. Wenig später knüpfte der „Ku-Klux-Klan“-Aktivist Louis Ray Beam an dieser Technik an („Aryan Nations Liberty Net“), gefolgt vom militanten Skinhead-Führer Tom Metzger („White Aryan Resistance“, WAR). Den strategischen Nutzen

moderner Kommunikationsmittel exerzierten die frühen Online-Aktivisten vor – entsprechend stiegen US-amerikanische Neonazis ins World Wide Web ein, sobald diese Technologie dem breiten Publikum zur Verfügung stand (vgl. iReport 2008: 6).

Generell hat die Produktion eigener Medien für den deutschen Rechtsextremismus seit den 1990er Jahren an Bedeutung gewonnen. Dies gilt desto mehr, je stärker dieses politische Lager von losen Strukturen geprägt ist: Flexible Aktionsbündnisse, informelle Projekte und regionale „Kameradschaften“ haben starren Organisationen den Rang abgelassen. Den Hintergrund bilden nicht zuletzt die Verbotswellen neonazistischer Organisationen der 1990er Jahre. Autonome Strukturen, wie sie sich im Aufbau der „Kameradschaften“ spiegeln, erschweren staatliche Repression. Vernetzung genießt seither Priorität vor formalen Hierarchien – für die Vernetzung bietet kein Medium bessere Voraussetzungen als das Internet. Entsprechend prägte computertechnische Aufbruchstimmung in den 1990er Jahren Teile des deutschen Rechtsextremismus, insbesondere seine jüngeren Anhänger. Beginnend mit dem Mailboxnetz „Thule-Netz“ (ab 1993), mit ersten Websites ab 1995 machten sich deutsche Aktivisten die Computertechnik zu Eigen. In jüngsten Jahren hat die Ausbildung autonomer Strukturen einen weiteren Schub erfahren: Etwa seit dem Jahr 2005 ist mit den „Autonomen Nationalisten“ eine neonazistische Strömung auf den Plan getreten, die sich in Habitus und Sprache an linksautonome Gruppen anlehnt. Es liegt nahe, dass das Internet gerade für diese Strömung eine wichtige Rolle spielen kann, ihre Dauerhaftigkeit ist zurzeit allerdings nicht mit Gewissheit abzusehen.

Die Zahl rechtsextremistischer Websites ist in den 1990er Jahren – dem allgemeinen Boom des Internets entsprechend – rapide gestiegen und bewegt sich inzwischen auf hohem Niveau: Die Verfassungsschutzbehörden gehen seit dem Jahr 2005 von rund 1.000 deutschsprachigen Seiten aus. Demnach steht der konstanten Gesamtzahl eine hohe Fluktuation gegenüber – insbesondere im neonazistischen Bereich und in der rechtsextremistischen Skinhead-Szene: „So konnten im vergangenen Jahr [2007] über 250 neue rechtsextremistische Internetpräsenzen beobachtet werden; demgegenüber verschwand eine annähernd gleich große Anzahl aus dem Netz.“ (Bundesministerium des Innern 2008: 49) Da die Zählweisen nicht übereinstimmen, lassen sich diese Daten nur sehr eingeschränkt mit den Zahlen anderer Stellen vergleichen. jugendschutz.net stellt in seinem Bericht für das Jahr 2007 einen Anstieg deutschsprachiger rechtsextremistischer Webangebote fest: von 1.323 im Jahr 2006 auf 1.635 Angebote. Gestiegen sei insbesondere die Zahl der Websites aus der neonazistischen Kameradschaftsszene und aus der NPD. jugendschutz.net beobachtet eine Konsolidierung zentraler Angebote:

„Mehr als 92 Prozent der Websites aus der rechtsextremen Musik-Szene sowie von rechtsextremen Parteien und Publikationen waren Ende des Jahres noch online (Vorjahr: 82 Prozent). Selbst in vormalig unsteten Bereichen wie dem so genannten Nationalen Widerstand und privaten Websites festigt sich das Gesamtangebot.“¹

Auch das Simon Wiesenthal Center veröffentlicht regelmäßig Bestandsaufnahmen über Zahl, Inhalt und Technik der „Hate-Pages“. Den jüngsten Report „Digital Terrorism & Hate 2.0“ vom Sommer 2008 stützte das Center auf rund 8.000 entsprechende Websites weltweit. Die Dunkelziffer dürfte erheblich sein (vgl. Simon Wiesenthal Center 2008).

1 jugendschutz.net (2007): Hass im Netz wirksam bekämpfen. Rechtsextremismus im Internet. Bericht 2007. In: http://www.jugendschutz.net/pdf/Projektbericht_2007.pdf (zuletzt abgerufen am 18.07.2008)

Mehr noch als die quantitative Entwicklung sind qualitative Prozesse bemerkenswert. Das Bild rechtsextremistischer Websites hat sich kontinuierlich verändert: Viele Websites sind inzwischen mit Sachverstand erstellt – manche Betreiber integrieren neue technische Möglichkeiten umgehend in ihre Internetpräsenzen. Optische Effekte, Intros, Chat-Rooms und Gästebücher zählen seit geraumer Zeit zu den Standards. Zuletzt sind vor allem für das Handy optimierte Webangebote hinzugekommen und sogenannte „RSS-Feeds“, über die ein Nutzer Inhalte einer Website abonnieren oder auf einer Website einbinden kann. Die jüngste Entwicklung bezeichnet das Schlagwort Web 2.0, von dem seit dem Jahr 2005 die Rede ist. In der Regel steht es für neue Anwendungsmöglichkeiten, die einer noch höheren Interaktivität des World Wide Web die Bahn geebnet haben: zum Beispiel Wikis, Blogs oder Videoportale (zum Begriff Web 2.0 vgl. O'Reilly 2005). Mehrere rechtsextremistische Portale sind als Pendants zu erfolgreichen internationalen Plattformen der Web-2.0-Community entstanden: So lehnte sich das Nachrichtenforum „Altermedia“ (2003, siehe 4.2.) an „Indymedia“ an, das Videoportal „NS-Media“ (2007, siehe 4.4.) an „YouTube“, die Informationspools „Metapedia“ und „Encyclopaedia Germanica“ (2007, siehe 4.5.) lehnten sich an „Wikipedia“ an. Die Funktionsweisen der rechtsextremistischen Angebote, nicht die Art der Inhalte, entsprechen den Originalen – Nutzerzahlen und die Zahl der Beiträge bleiben aber sehr deutlich hinter diesen zurück.

Auch die Konkretisierung des deutschen Online-Rechts hat rechtsextremistische Websites verändert. Zur Klärung der Rechtslage haben beispielsweise das Informations- und Kommunikationsdienste-Gesetz (1997), der Jugendmedienschutz-Staatsvertrag (2002) und entsprechende, zum Teil höchstrichterliche Rechtsprechung beigetragen. Thomas Günter geht davon aus, dass das Internet „aufgrund seiner Schnelligkeit, der Flüchtigkeit der Inhalte und der unmittelbaren Verfügbarkeit von Angeboten über Ländergrenzen hinweg eine Sonderstellung unter den medialen Verbreitungsformen“ einnimmt – dem könne mit rechtlichen Mitteln nicht immer ausreichend Rechnung getragen werden (vgl. Günter 2007: 71). Kein Zweifel besteht an dem Grundsatz, dass auch im Internet verboten bleibt, was offline illegal ist. Der Rechtsprechung zur Haftung für Links zufolge kann sich strafbar machen, wer bekanntermaßen strafbare Inhalte auf diese Weise zugänglich macht. Auch Inhalte, die außerhalb Deutschlands ins Netz eingespeist werden, können den Straftatbestand der Volksverhetzung nach deutschem Recht erfüllen. Diese Präzisierungen – in Verbindung mit einem generellen Trend zur symbolischen und verbalen Tarnung im Rechtsextremismus – haben dazu geführt, dass strafbare Inhalte auf deutschsprachigen rechtsextremistischen Websites heute weniger präsent sind als in der Vergangenheit.

3 Rechtsextremistische Websites – ein Kernelement der Erlebniswelt Rechtsextremismus

Die Produktion rechtsextremistischer Websites ist keine isolierte Aktion, sondern Teil und Ausdruck systematischer und tendenziell professionalisierter Bemühungen um das junge Publikum mit Hilfe von Tonträgern, Online- und Printmedien. Spätestens im Jahr 2004, in dem deutsche Neonazis das „Projekt Schulhof“ begannen und die erste Gratis-CD mit rechtsextremistischen Musikstücken vorlegten, wurde diese Entwicklung offensichtlich. Die NPD zog nach und hat inzwischen vier „Schulhof-CDs“ vorgelegt, nach eigenen Angaben bereits die erste Fassung in einer Auflage von 200.000 Stück (vgl. Innenministerium

NRW 2006: 54). Diese CDs spiegeln die Verbreiterung der rechtsextremistischen Musiklandschaft – vom treibenden Skinhead-Rock bis zur melancholischen Ballade. Strafrechtlich relevante Inhalte sind auf den „Schulhof-CDs“ der NPD nicht zu finden. Die Partei, die auf eine junge Mitgliederstruktur verweist und Jungwähler als zentrale Zielgruppe sieht, ist auch im Netz besonders aktiv: Auf ihren Websites ist eine rechtsextremistische Agitation im jugendgerechten Gewand zu finden, zu deren Grundlagen multimediale Wahlwerbung, Musik als Köder, „jugendaffine Themen und demokratiefeindliche Sozialdemagogie“ zählen.² In Kreis- und Landesverbänden der NPD sind zudem mehrere Jugendzeitschriften entstanden – wie „stachel“ (Berlin/Brandenburg), „Schinderhannes (Rheinland-Pfalz), „Jugend Rebelliert“ (Sachsen-Anhalt) oder „perplex“ (Sachsen) –, die überwiegend im Vierfarbdruck, teils in bemerkenswert modernen Designs und in einigen Fällen in mehreren Ausgaben erschienen sind. Darüber hinaus hat die rechtsgerichtete und vom Verfassungsschutz NRW beobachtete Organisation „pro Köln“ vier Ausgaben der Zeitschrift „Objektiv“ veröffentlicht. In besonders markanter Form zeigen solche Jugendzeitschriften typische Diskursstrategien, mit denen rechtsextremistische Medien Jugendliche ansprechen: die Gleichzeitigkeit von Provokation und Tarnung. Viele Periodika stellen ihren provokanten Charakter ausdrücklich und werbewirksam heraus, mitunter inszenieren sich die Autoren als Enthüller unbequemer Wahrheiten, die andere „auf die Palme bringen“ („perplex“) – andererseits nehmen sie eine wahrhaft demokratische, aufgeklärte (oder auch „objektive“) Haltung in Anspruch, unterstreichen eine vorgebliche Seriosität durch den Bezug auf glaubwürdige Quellen oder greifen die öffentliche Warnung vor dem Rechtsextremismus ironisch auf und machen sie auf diese Weise lächerlich (vgl. Pfeiffer 2008: 300f.).

Solche (Jugend-)Medien haben entscheidend zum Entstehen einer Erlebniswelt Rechtsextremismus beigetragen. Diese Erlebniswelt ist von einem modernisierten Erscheinungsbild geprägt – in ihr verschmelzen Lebensgefühl, Freizeitaktivitäten und politische Botschaften. Der Begriff meint alle Formen jugendgerechter Angebote der Szene, insbesondere solche, die mit Aktion verbunden sind und Unterhaltungsmöglichkeiten unter rechtsextremistischen Vorzeichen liefern. Zu den Unterhaltungs- und Freizeitangeboten der Szene zählt neben den Medien ein breiter Fächer unmittelbar politischer oder politisch aufgeladener Events, wie Demonstrationen, Konzerte, Liederabende, volksfestartige Veranstaltungen oder Wochenendausflüge. Gruppengefühle – das Versprechen von Kameradschaft, sozialer Heimat, Zusammenhalt in unsicheren Zeiten – sind zentraler Bestandteil der Erlebniswelt Rechtsextremismus. Spaß und Unterhaltung als Werbemittel sind keine zufälligen Erscheinungen, vielmehr ist der Aufbau der Erlebniswelt zumindest teilweise ein bewusster, strategisch motivierter Prozess, der mit dem rechtsextremistischen Skinhead-Aktivisten Ian Stuart in den 1980er Jahren seinen Anfang nahm und mit Aktionen wie dem „Projekt Schulhof“ bzw. den „Schulhof-CDs“ deutlicher und systematischer hervortritt (vgl. Pfeiffer: 2007: 44ff.). Für die Verknüpfung politischer Inhalte mit jugendaffinen, unterhaltenden Formen ist das interaktive Multimediale Web 2.0 mit seiner nach wie vor stark von jungen Menschen geprägten Nutzerschaft ein geradezu ideales Instrument.

2 jugendschutz.net: Jugendgefährdende Inhalte auf NPD-Angeboten. In: http://www.jugendschutz.net/pdf/Recherchebericht_NPD_Sept06.pdf (zuletzt abgerufen am 10.07.2008)

4 Funktionen und strategische Bedeutung rechtsextremistischer Websites

4.1 *Gegenöffentlichkeit und Breitenwirkung – Kommunikationsziele neuer sozialer Bewegungen*

Der deutsche Rechtsextremismus in seiner zeitgenössischen Gestalt ist als eine neue soziale Bewegung zu verstehen. Darauf hat der Politikwissenschaftler Hans-Gerd Jaschke bereits in den frühen 1990er Jahren hingewiesen (vgl. Jaschke 1993). Demnach ist diese Szene in ihren heutigen Strukturen und Aktionsweisen – selbstverständlich nicht in ihren Inhalten und Zielen – den überwiegend links orientierten neuen sozialen Bewegungen der 1960er bis 1980er Jahre vergleichbar wie den Studenten-, Friedens-, Öko-, Frauen- oder Dritte-Welt-Bewegungen. Dafür sprechen beispielsweise die informellen Organisationsformen und eine politische Agitation, die in erheblichem Maße im vorpolitischen Raum ansetzt. Vor diesem Hintergrund lässt ein kursorischer Blick auf die grundlegenden Kommunikationsziele neuer sozialer Bewegungen die spezifischen Funktionen rechtsextremistischer Websites und ihre Bedeutung für diese Bewegung schärfer hervortreten.

Die kommunikativen Stränge erfolgreicher Bewegungen verlaufen gleichermaßen nach innen (Gegenöffentlichkeit) und nach außen (Breitenwirkung). Nach innen kann ein politisches Lager, das als „Netzwerk von Netzwerken“ strukturiert ist – wie der Soziologe Friedhelm Neidhardt neue soziale Bewegungen beschrieben hat (Neidhardt 1985: 197ff.) –, seine Anhänger nicht allein mit Hilfe zentraler Organe erreichen, vielmehr bedarf es einer Vielzahl bewegungseigener Informationskanäle. Im engeren Sinne sind diese Kanäle mit dem Begriff der Gegenöffentlichkeit gemeint. Er trat seine Karriere in der Studentenbewegung an und war zunächst ein vager Gegenbegriff zu

„einer von Massenmedien und politischen Autoritäten manipulierten Öffentlichkeit. Gerichtet gegen die ‚Manipulationszentren‘ und die täglichen ‚Produktions- und Reproduktionsorgane‘, die Öffentlichkeit dem Scheine nach herstellen. Insofern ist Gegenöffentlichkeit auch ein Kampfbegriff, der sich gegen das, den Herrschaftszusammenhang legitimierende Mediensystem wendet, gegen dessen Struktur und Arbeitsweise.“ (Stamm 1988: 40)

Die Kritik der massenmedialen „Manipulation“ ist durch die Kritische Theorie geprägt, insbesondere durch Adorno, Horkheimer und Marcuse. Ausgehend von Brechts Rundfunktheorie, gab Enzensberger linker Medienkritik eine positive Wendung, indem er als Kontrast eine „Gegenöffentlichkeit“ beschrieb, die auf emanzipatorischen Inhalten und Praktiken basieren sollte (vgl. Enzensberger 1970).

Rechtliche Grenzen, die die eigenen Gestaltungsspielräume beschränken, und geringer Zugang zu etablierten Kommunikationswegen sind wesentliche Gründe, aus denen heraus sich auch die rechtsextremistische Bewegung auf Konzepte von Gegenöffentlichkeit beruft. Am pointiertesten kommt dies in der Schrift „Schafft befreite Zonen. Revolutionärer Weg konkret“ zum Ausdruck. Im selben Umfeld – dem der NPD-Nachwuchsorganisation „Junge Nationaldemokraten“ – entstand 1993 der Mailboxverbund „Thule-Netz“, der mit dem Slogan „Wir sind drinnen – der Staat ist draußen“ und dem Anspruch antrat:

„Mit den Mailboxen des THULE-Netzes wollen wir eine Gegenöffentlichkeit schaffen – politisch, national. In den Mailboxen des THULE-Netzes stehen Texte und Informationen zu Themen wie: Anti-Antifa, Europäischer Nationalismus, Gesellschaft, Jugendzeitungen, Kultur, Me-

dien, Organisation, Konservative Revolution, Recht, Zeitgeschichte und vielen anderen Bereichen mehr. Über das Netz lassen sich nationale Aktivisten und Pressedienste, Verlage und Parteien erreichen.“ (Einleitung o.Dat.)

Der Begriff ist auch hier als Abwendung von Staat und etablierten Massenmedien zu verstehen. Die rechtsextremistische Vorstellung von Gegenöffentlichkeit umfasst jenes normativ-emanzipatorische Moment jedoch allenfalls in rudimentärer Form, an das ihn vorangegangene neue soziale Bewegungen untrennbar gebunden hatten. Im Rechtsextremismus ist der Begriff kaum theoretisch fundiert – gleichwohl bezeichnet er auch hier eine Abkehr von formal-hierarchischen Diskursen zu Gunsten loser Vernetzung, die hier maßgeblich strategisch motiviert ist und sich in Computernetzen besonders effektiv verwirklichen lässt. Zur Gegenöffentlichkeit der rechtsextremistischen Bewegung tragen Medien mit unterschiedlichen Profilen und Zielgruppen bei. Sie begegnen auch der Gefahr, dass die Bewegung angesichts ihrer informellen Strukturen und eines heterogenen Erscheinungsbildes zerfrant: Informationelle Vernetzung und symbolische Integration führen sie zusammen und machen sie aktions- und strategiefähig. Bewegungsmedien wirken somit als ein „informationelles Kapillarsystem“, das Kampagnenthemen verbreitet, Begriffe und Ideologieelemente generiert (vgl. Pfeiffer 2002: 342).

Auf der anderen Seite versandete eine Bewegung oder würde zur Sekte, drehte sie sich ausschließlich um die eigene Achse und könnte sie nicht eine gewisse Breitenwirkung entfalten. Die „Mobilisierung von Bewegungsanhängern sowie die Erlangung öffentlicher Aufmerksamkeit und Zustimmung“ sind ihre zentralen Ressourcen (Rucht 1994b: 348, 339). Vorangetrieben durch die Aktivisten im Kern der Bewegung, die Bewegungseliten, ist es ihr wichtigstes Ziel, möglichst viele außen stehende Personen zu binden: „Bystanders“ zumindest in Sympathisanten zu verwandeln (vgl. Rucht 1994a: 86). Bewegungsmedien können die Kommunikation in beide Richtungen maßgeblich unterstützen. Sowohl für die Schaffung von Gegenöffentlichkeit wie für die Breitenwirkung bieten Computernetzwerke besonders günstige Voraussetzungen. Von ihrem Beitrag zu einem dieser zentralen Ziele oder zu beiden hängt der strategische Nutzen einzelner rechtsextremistischer Websites ab. Diesen Funktionen gehen die folgenden Abschnitte genauer nach.

4.2 Vernetzung

Kontakt und Kooperation rechtsextremistischer Gruppen auf nationaler und internationaler Ebene zu fördern zählt seit ihrem Entstehen zu den erklärten Hauptfunktionen entsprechender Internetpräsenzen. So sah sich die „Stormfront“-Page – die 1995 als Prototyp neonazistischer Websites ans Netz ging – als:

„resource for those courageous men and women fighting to preserve their White Western culture, ideals and freedom of speech and association. A forum for planning strategies and forming political and social groups to ensure victory“.³

3 Stormfront. White Nationalist Resource Page. In: <http://www.stormfront.org/> (zuletzt abgerufen am 4.12.2003). Stormfront o.Dat.

Heute umfasst die Seite eine Sammlung von Diskussionsforen zu zahlreichen Themen („Stormfront White Nationalist Community“). Rechtsextremistische Webforen dienen als Informations- und Kontaktbörsen sowie als Unterhaltungsplattform für Szenegänger. In diesen Funktionen tragen sie erheblich zur Vernetzung bei. Einzelne deutschsprachige Foren weisen Nutzerzahlen im vierstelligen Bereich auf: So hat sich Anfang 2007 vom mehrsprachigen „Skadi-Forum“ das deutschsprachige „Thiazi-Forum“ („Germanische Weltnetzgemeinschaft“) abgespalten, das inzwischen über mehr als 17.000 aktive Nutzer verfügt. Ein wichtiges Nachrichtenportal für den deutschsprachigen Raum ist darüber hinaus der Weblog „Altermedia“ („World Wide News For People of European Descent“), der auch die Inhalte des seit 1997 bestehenden Portals stoertebeker.net aus Mecklenburg-Vorpommern spiegelt. Das Portal fordert die Nutzer auf, eigene Beiträge und empfehlenswerte Internet-Einstellungen an die Redaktion zu schicken. Im Unterschied zu „Indymedia“ sind so genannte „Open Postings“, die unmittelbar im Netz erscheinen würden, nicht möglich. Die „Altermedia“-Hauptseite in den USA hatte ursprünglich der frühere Klan-Aktivist David Duke eingerichtet – sie verweist inzwischen auf 23 nationale Bereiche.

In Webforen finden virtuelle Begegnungen mit saloppem, nicht selten rauem Umgangston statt. In dieser Umgebung entwickelt sich eine tatsächliche oder empfundene Vertrautheit regelmäßiger User, die Forum-Communities entstehen lässt. Unmittelbare Kontakte können Forumstreffen stiften, die in den unterschiedlichsten Foren des Internets recht häufig verabredet werden, gelegentlich auch in rechtsextremistischen.⁴ Somit finden Diskussionen in Webforen zwar in vertraulicher Atmosphäre, grundsätzlich aber (netz)öffentlich und damit ungeschützt statt. Daher sprechen sich rechtsextremistische Aktivisten seit einigen Jahren dafür aus, interne Diskussionen ausschließlich in Foren zu führen, die nur nach Anmeldung eingesehen werden können und auf Verschlüsselungssoftware für vertrauliche Nachrichten zurückzugreifen. Die meisten rechtsextremistischen Foren umfassen inzwischen durch Passwörter geschützte Bereiche (vgl. Bundesministerium des Innern 2008: 49).

Neben den Foren sind Portale der „Aktionsbüros“, „Kameradschaften“ oder kameradschaftsähnlicher Gruppen wichtige Vernetzungsinstrumente im neonazistischen Teilbereich des Rechtsextremismus. „Aktionsbüros“ verstehen ihre Websites als Informationsknoten für Aktivisten und Gruppen insbesondere auf regionaler Ebene. Auch im Netz zählt das „Aktionsbüro Norddeutschland“ zu den aktivsten. Seine Website bietet Verbindungen zu praktisch allen ihm nahe stehenden neonazistischen Gruppen überwiegend in Hamburg, Bremen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein, aber auch zu wichtigen Portalen bundesweit. Die „Aktionsbüros“ liefern aktuelle Übersichten über Termine neonazistischer Demonstrationen und Kundgebungen (teilweise auch solche der NPD), Hinweise zu rechtlichen Auflagen, Kontakttelefonnummern oder Mailadressen für Anreiseinformationen sowie fertig gestaltete Flugblätter und Broschüren zum Download und weitergehende rechtliche Hinweise für Aktivisten.

Bernd Nickolay spricht in seiner 1999 abgeschlossenen Studie über das Internet als Mobilisierungskapital einer rechtsextremistischen Bewegung von „umfassende[n] Vernetzungen“ des „gesamten rechten Lagers im Internet“. Die einzelnen Einheiten seien in hohem Maße verbunden – nicht nur durch Links, sondern „in vielen Fällen auch durch die gegenseitige Übernahme ideologischer Texte und Schriften aus den verschiedenen Segmen-

4 Fallbeispiel: vgl. Rechts 2005. Rechts – Extrem erfolgreich im Netz? In: <http://www.im.nrw.de/sch/doks/vs/events.pdf> (zuletzt abgerufen am 21.07.2008).

ten des rechtsextremen Spektrums.“ (Nickolay 2000: 340) Aus gegenwärtiger Sicht erscheint die Feststellung überzogen. Einerseits macht gerade die Leichtigkeit, mit der Websites verlinkt werden können, auch die Schwierigkeit deutlich, den Grad der Vernetzung zu messen: Steht ein Link für einen tatsächlichen Kontakt oder gar eine Zusammenarbeit – oder wird beides simuliert? Ersteres ist möglich: So treten der Verlinkung von Websites in der Szenerie der Holocaust-Leugner eine langjährige publizistische Kooperation der Akteure zur Seite, persönliche Bekanntschaften und ein Zitier-Kartell, die auf diese Weise abgestützt werden. Links auf Websites der NPD und mit ihr verbündeter freier „Kameradschaften“ spiegeln die Zusammenarbeit im Rahmen des „Nationalen Widerstandes“, die mit einer gewissen symbolischen Integration – einem gemeinsamen Wir-Gefühl – verbunden ist. Andererseits sind Rivalitäten trotz erkennbarer Bündnisbemühungen keineswegs aus dem deutschen Rechtsextremismus verschwunden – Links werden mitunter mit Bedacht vermieden, um sich von bestimmten Gruppen abzugrenzen. Auch die Rechtsprechung zur Haftung für Links hat den Grad der Verlinkung verringert: Namentlich bekannte Betreiber rechtsextremistischer deutscher Websites setzen in der Regel keine Links auf strafbare Inhalte und – so erklärt das „Aktionsbüro Norddeutschland“ – wünschen auch „nur mit den Seiten verlinkt zu werden, die sich an die in der BRD geltenden Gesetze halten“.⁵

Grundsätzlich ist das Internet gerade für internationale Vernetzung bestens geeignet. Ausmaß und Qualität der Verbindungen rechtsextremistischer Akteure im In- und Ausland werden in der Forschung unterschiedlich akzentuiert. Thomas Grumke geht von einem globalisierten Rechtsextremismus aus – einem „transnationalen Netzwerk“, das von einer „kollektiven Identität und einer international kompatiblen Ideologie getragen“ werde. Das wichtigste Element der „transnationalen Infrastruktur“ dieser Szenen sei das Internet (vgl. Grumke 2006: 130). Dagegen weist Christoph Busch darauf hin, dem internationalen Austausch und der Kooperation von Rechtsextremisten mit Hilfe des World Wide Web ständen nach wie vor erhebliche Hindernisse entgegen: „vor allem Sprachbarrieren, die Ideologie des Ultranationalismus und die Zerstrittenheit der radikalen Rechten untereinander“. Das Internet beseitige diese Probleme zwar nicht, stelle aber „etliche kommunikationstechnische Möglichkeiten zur Intensivierung der Vernetzung“ bereit (vgl. Busch 2005: 77).

4.3 Mobilisierung

In dem Maße, in dem der deutsche Rechtsextremismus den Charakter einer neuen sozialen Bewegung angenommen hat, steigt die Bedeutung direkter Aktionen. Dies gilt vor allem für Demonstrationen und Kundgebungen der NPD sowie der Neonazi-Szene. Die strategischen Funktionen solcher Veranstaltungen bringt Fabian Virchow mit dem Begriff der „Demonstrationspolitik“ zum Ausdruck: Mit ihr versuche diese Szene, „die Bewegung zu stabilisieren und auszuweiten beziehungsweise ihren Machtanspruch zu dokumentieren“ (vgl. Virchow 2006: 69). Für rechtsextremistische Demonstrationen sind Websites das Mobilisierungsmedium Nummer eins.

Dies zeigt der Blick auf die Portale neonazistischer „Aktionsbüros“. Demonstrationstermine stehen im Zentrum aller Seiten. Hintergrundinformationen und konkrete Hinweise gehen vor bedeutenden Veranstaltungen aus Sonderseiten hervor: Ein typisches Beispiel ist die Sonderseite zur dritten Demonstration neonazistischer Kräfte unter dem Motto „Gefan-

5 Rechtshinweise. In: <http://aktionsbuero.netzwerknord.com> (zuletzt abgerufen am 05.08.2008)

gen – Gefoltert – Gemordet! Damals wie heute – Besatzer raus!“ am 2. August 2008 im niedersächsischen Bad Nenndorf. Die Seite wird von den meisten relevanten Neonazi-Websites verlinkt und nennt Ort, Zeit, Treffpunkt der Demonstration, Hinweise zum Veranstalterpektrum („regionale freie Kräfte“), Kontakt-Email und Telefonnummer sowie eine vorläufige Rednerliste (hier Neonazis aus dem In- und Ausland sowie NPD-Vertreter). Die Website bietet Mobilisierungsmedien wie Plakate, Aufkleber und Flugblätter zum Download oder zur Bestellung an, eine Bilderbibliothek enthält Fotos der Veranstaltung im Vorjahr. Zwei multimediale Elemente unterstützen die Mobilisierung: ein mit Musik unterlegter gesprochener Aufruf und ein Filmclip („Mobilisierungsvideo“). Darüber hinaus liefert die Website Texte zum Hintergrund der Veranstaltung: Sie nimmt ein ehemaliges britisches Verhörlager in Bad Nenndorf zum Anlass, historische „Lügengebilde“ und einen „seit Kriegsende gezüchtete[n] Schuldkomplex“ zu attackieren. Auf diese Weise knüpft sie an geschichtsrevisionistischen Diskursen an.⁶

Im Falle von langfristig vorbereiteten Veranstaltungen an symbolisch neuralgischen Orten und/oder Daten haben sich in der Vergangenheit Mobilisierungswellen herausgestellt, in denen unterschiedliche Medientypen im Vordergrund stehen. Das Internet ist in der dritten und kurzfristigen Mobilisierungsphase für die Veranstalter entscheidend – insbesondere weil sich die Rechtslage noch in den letzten Stunden vor der Demonstration ändern kann. In der langfristigen Phase wird der Hinweis auf die Demonstration eher unsystematisch und über persönliche Kontakte gestreut, in der mittelfristigen Phase ist der Aufruf über rechtsextremistische Zeitungen und Zeitschriften am wichtigsten (vgl. Pfeiffer 2002: 45-53). Es erscheint plausibel, dass dieses Grundschemata der Mobilisierung für zentrale Veranstaltungen fortbesteht. Neben den langfristig geplanten finden kurzfristige, mitunter tatsächlich oder scheinbar spontane rechtsextremistische Demonstrationen statt. Virchow zählt den „hohen Grad an Aktionsbereitschaft“ zu den qualitativen Veränderungen rechtsextremistischer Demonstrationspraxis. Ohne öffentlich erkennbare Mobilisierung und mit einer Vorlaufzeit unter 36 Stunden könnten bis zu 200 Personen zusammenkommen (vgl. Virchow 2006: 78).

Ein bemerkenswertes Fallbeispiel für die kurzfristige Kampagnenfähigkeit der Szene insbesondere mit Hilfe des Internets sind die Demonstrationen, die im April 2008 in Stolberg (bei Aachen) stattgefunden haben. Zum Hintergrund: Am Abend des 4. April wird in Stolberg der 19-jährige Kevin P. niedergestochen und verstirbt wenig später im Krankenhaus. Als mutmaßlicher Täter wird am folgenden Tag ein aus dem Libanon stammender Mann festgenommen. Ob Kevin P. engere Beziehungen zur rechtsextremistischen Szene hatte, ist unklar – nach Angaben seiner Familie war dies nicht der Fall. Die Polizei geht nicht von einem politischen Hintergrund der Tat aus.⁷ Die binnen Stunden einsetzende rechtsextremistische Agitation stilisiert das Opfer dagegen zu einer Art Märtyrer der eigenen Szene und nimmt das Ereignis zum Anlass breiter Mobilisierung, die maßgeblich über das Internet, über die NRW-Grenzen hinaus und aus unterschiedlichen Bereichen des Rechtsextremismus für teilweise unterschiedliche Zielgruppen erfolgt.

Unmittelbar nach der Tat verbreitet sich auf rechtsextremistischen Internetseiten die Nachricht, dass „Ausländer“ einen „Kameraden“ getötet hätten. Diese Darstellung ist mit dem Aufruf zu Spontandemonstrationen verbunden – eine solche Demonstration findet in

6 In: <http://badn.medienwelt.org/Daten.html> (zuletzt abgerufen am 25.07.2008)

7 Diese Einschätzung bestätigte später das Landgericht Aachen, das den Täter am 21. Oktober 2008 wegen Totschlags zu sechs Jahren Jugendhaft verurteilte.

Stolberg am folgenden Tag mit rund 160 Personen statt, darunter Anhänger der rechtsextremistischen Szenen vor Ort und aus anderen Teilen Nordrhein-Westfalens. Einen Tag später geht ein Weblog online, der zur Demonstration „Keine Gewalt gegen Deutsche – Multikulti abschalten!“ aufruft, die am 12. April in Stolberg stattfinden soll. Die Seite ist auch unter der symbolträchtigen URL vierer-april.net abrufbar. Anmelder der Demonstration ist Christian Worch – als Unterstützer werden diverse Gruppen aus dem Spektrum der „Kameradschaften“ sowie der „Autonomen Nationalisten“ in Nordrhein-Westfalen und bundesweit genannt. Eine für denselben Tag geplante Demonstration in Bayern wird zugunsten der Stolberger Veranstaltung abgesagt.

Mehr oder minder zeitgleich geht die Website trauermarsch-stolberg.de ans Netz. Sie mobilisiert zu einer Demonstration unter dem Motto „Gegen Ausländergewalt und Inländerfeindlichkeit – Kriminelle Ausländer raus!“ in Stolberg am 26. April. Die Demonstration ist aus NPD-Kreisen initiiert worden. Als Veranstalter nennt die Website lokale NPD-Verbände, den NPD-Landesverband NRW und „freie Nationalisten der Region“ (gemeint ist vermutlich die der NPD eng verbundene „Kameradschaft Aachener Land“). Inhaber der Domain ist der thüringische NPD-Vorsitzende Frank Schwert, Anmelder der Demonstration der Vorsitzende des NPD-Kreisverbands Stolberg Willibert Kunkel, Hauptredner ist der NPD-Vorsitzende Udo Voigt.

Die NPD im Raum Stolberg und die „Kameradschaft Aachener Land“ stehen in einem gespannten Verhältnis zu den „Autonomen Nationalisten“ – insofern stehen beide Websites bzw. Demonstrationen in Konkurrenzbeziehungen und bedienen teilweise unterschiedliche Szene-Publika. Dieses Verhältnis drückt sich auf der Sonderseite zur Demonstration am 12. April in spitzen bis scharfen Bemerkungen über die zweite Website aus („Von Spaltern und Provokateuren...“). Gleichwohl sind die Websites wechselseitig verlinkt und ihre Betreiber rufen zumindest der Form halber dazu auf, auch an der jeweils anderen Demonstration teilzunehmen („Heraus auf die Straße – Gemeinsam statt gegeneinander!“). Beide Websites enthalten Mobilisierungsfilme, die überwiegend aus der NPD-nahen Gruppe „Volksfront Medien“ in Hessen stammen (siehe 4.4.). Die Seite trauermarsch-stolberg.de enthält weitere Spots, Interviewsequenzen und später kurze Filmberichte über den Verlauf der Demonstration. Auf diese Weise entspricht sie einer ungewöhnlich umfangreichen und multimedial gestalteten Sonderseite. Gemessen an der Kürze des Vorlaufs und an den üblichen Teilnehmerzahlen rechtsextremistischer Demonstrationen, ist die Mobilisierung beträchtlich: Nach Polizeiangaben nehmen an der Demonstration am 12. April etwa 680 Personen teil – am 26. April etwa 650 bis 700 Personen.⁸

Websites allein reichen für sehr kurzfristige Mobilisierung nicht aus. Soweit die Seiten öffentlich zugänglich sind, sind sie zudem für die Vorbereitung von Veranstaltungen, die unter klandestinen Bedingungen stattfinden, kaum geeignet – dies gilt beispielsweise für rechtsextremistische Konzerte. In solchen Fällen stehen Mittel der Individualkommunikation im Vordergrund: Dies gilt beispielsweise für Botschaften per Mobiltelefon, häufig als SMS. Es entspricht üblichem Kommunikationsverhalten auf rechtsextremistischen Websites, prekäre Details anzudeuten – nähere Hinweise erhalten Personen aus dem engeren Umfeld auf vertraulichem Wege.

8 Die Adressen der Startseiten lauten: <http://logr.org/stolberg/> und <http://www.trauermarsch-stolberg.de> (zuletzt abgerufen am 25.07.08).

4.4 *Jugendaffine Werbung mit multimedialen Mitteln*

Moderne Optik, interaktive und multimediale Angebote dürften zu den wichtigsten Faktoren zählen, die die Attraktivität von Websites auf Jugendliche bestimmen. Diese Faktoren prägen rechtsextremistische Websites desto deutlicher, je mehr Jugendliche in ihrem Blickpunkt stehen und sie diese mit Inhalten, Medien und Gruppen der Szene in Beziehung bringen möchten.

Besonders konsequent setzte die Website „Nazis in Mittelhessen“ auf diesen jugendaffinen Mix. Die Website firmierte als Jugendprojekt „Autonomer Nationalisten“ innerhalb des „Aktionsbüros Mittelhessen“ und ist inzwischen nicht mehr am Netz. Geradezu brennglasartig zeigte sie die Kernelemente der Erlebniswelt Rechtsextremismus: ein modernes Erscheinungsbild – Comic-Optik statt nostalgischer NS-Ästhetik, den durchgängigen Slogan „Wir rocken das System“ –, unterhaltsame mediale Formen – Musik- und Videoangebote – sowie das Versprechen von Spaß und Kameradschaft:

„Hast du Bock mal auf ner Demo oder Konzert mitzumachen? – Willst du auch mal an einem Wochenende mit dem Bus mitzufahren und zum Beispiel eine Brauereibesichtigung oder Party zu machen? Kein Problem! Du kannst uns einfach mal eine E-Mail schreiben oder unten rechts Kontakt zu uns aufnehmen. Man sieht sich! ;-)“ (Fehler im Org.)⁹

Rechtsextremistische Musik ist das am weitesten verbreitete Mittel, mit dem Szene-Websites das junge Publikum umwerben. Sie ist für Michael Wörner-Schappert die „Leimrute, die den Weg zu nahezu allen anderen virtuellen Inhalten und Ausprägungen des heutigen Rechtsextremismus öffnet“: Als Hintergrundmusik, als Download oder als Bestandteil von Flash-Animationen, als Design-Element in Form von Liedzitaten oder Band-Logos tauche sie in vielfältigen Formen auf einschlägigen Websites auf (vgl. Wörner-Schappert 2007: 105). Zu den wichtigsten Verbreitern rechtsextremistischer Musik im Netz zählt die NPD, die auf ihrem Medienserver drei Ausgaben der „Schulhof-CDs“ zum Download anbietet. Multimedial ausgerichtet war bereits das „Projekt Schulhof“ aus der deutschen Neonazi-Szene: Die Musik-CD enthielt auch eine Datei, die propagandistische Schriften, Kontaktadressen von Rechtsrock-Händlern, rechtsextremistischen Gruppen und entsprechende Links umfasste. Die Materialien fanden sich teilweise auf der Website schulhof.net wieder, die nach dem allgemeinen Beschlagnahmebeschluss gegen die CD vom August 2004 neue Musikstücke zum Download anbot. Die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien hat diese Seite indiziert, im Netz ist sie nicht mehr verfügbar.

In Zeiten des Web 2.0 tauchen Videoclips immer häufiger auf rechtsextremistischen Websites auf. Zu den ersten Produktionen, die innerhalb und außerhalb der Szene Aufmerksamkeit erregten, zählten die „Kritischen Nachrichten“ der Gruppe „Volksfront Medien“ aus Hessen um den ehemaligen NPD-Landesvorsitzenden Marcel Wöll. Das seit 2006 unregelmäßig eingespeiste Internetprogramm imitiert Optik und Ablauf der „Tagesschau“ – wenn auch mit laienhaften Mitteln. Dieser Rahmen soll zur seriösen Außenwirkung der Nachrichten aus rechtsextremistischer Sicht beitragen. Andere Videos der hessischen Gruppe geben sich ein aktionistisches, kämpferisches Image: Junge Hauptdarsteller, schnelle Schnitte, Kamerafahrten, Musik – mal orchestral, mal Rockmusik – und nicht selten ein

⁹ Zitat nach dem im Google-Cache abgerufenen unvollständigen letzten Stand der Seite. Ursprüngliche URL: <http://nazis.ab-mittelhessen.de> (zuletzt abgerufen am 28.07.08)

eigentümlicher Humor geben solchen Clips einen provokant-dynamischen Charakter. Dabei bedient sich die Gruppe zwar unterhaltsamer Techniken, inhaltlich spiegeln ihre Clips diskursive Kernelemente des zeitgenössischen Rechtsextremismus – beispielsweise eine Globalisierungskritik mit antisemitischen Bezügen.

Von Beginn an tauchten die Clips von „Volksfront-Medien“ nicht nur auf der eigenen Website auf – wichtig ist den Verantwortlichen auch der Versuch, diese über Massenportale wie „YouTube“ verfügbar zu machen. Unter dem Gesichtspunkt der Breitenwirkung unter jungen Nutzern sind solche Portale für Rechtsextremisten strategisch interessant. jugendschutz.net dokumentierte für das Jahr 2007 „mehr als 750 rechtsextreme Videos und Profile in Web-2.0-Angeboten wie YouTube oder SchülerVZ“.¹⁰ Auf die rechtsextremistischen Inhalte aufmerksam geworden, hat „YouTube“ entsprechende Clips gelöscht. Vor diesem Hintergrund verfolgte die Website „NS-Media“ das Ziel, eine szeneeigene Videoplattform aufzubauen. In dem anonymen, in den USA gehosteten, deutschsprachigen Portal fanden sich auch Inhalte, deren Verbreitung nach deutschem Recht strafbar ist. Einem Beitrag auf „Altermedia“ zufolge ist mit dem Videoportal:

„Vorsorge getroffen worden [...], Nationalisten auch künftig ein Medium zur Verfügung zu stellen, auf dem sie ihre Videos hochladen können. Unabhängig davon ob die Macher von YouTube nun eine schärfere Zensur einführen, oder nicht. So ist YouTube sicher hervorragend geeignet um mit brauchbaren Videomaterial auch an die übrigen User weltweit zu kommen, währenddessen das nationale Pendant NS-Media zweifellos als Sammelsurium nationaler Filmkunst betrachtet werden darf.“ (Fehler im Org.)¹¹

Zum künstlerischen Sammelsurium zählte der Clip „Geliebter Führer Adolf Hitler“, der auf NS-Propaganda-Bildern beruhte. „NS-Media“ ging 2007 ans Netz, aus dem die Seite bereits im selben Jahr wieder verschwand. Antifa-Gruppen erklärten im Netz, sie hätten den Server der Seite gehackt.

4.5 Breitenwirkung

In keinem anderen Medium sind geringer (Kosten-)Aufwand und immense Breitenwirkungspotenziale so eng verbunden wie im Internet. Breitenwirkung ist für alle sozialen Bewegungen ein hohes Gut – mit herkömmlichen rechtsextremistischen Medien aber nur begrenzt erreichbar: Entsprechende Printmedien erreichten zumindest in der Vergangenheit, wie es ein Verantwortlicher des „Thule-Netzes“ bereits 1993 ausdrückte, „kaum Personen außerhalb des ‘rechten Ghettos’“ („Alfred Tetzlaff“ 1993: 26). Große Hoffnungen, seine Reichweite zu erhöhen, machte sich vor allem der im Netz aktive Zirkel der Holocaust-Leugner. Der französische Holocaust-Leugner Robert Faurisson zog im Juni 2008 eine vorläufige Bilanz, die zwischen Selbstmitleid und -überschätzung changiert:

„Der Revisionismus war lange Zeit ein intellektuelles Abenteuer, das von einigen Hochschulangehörigen, Forschern und verschiedenen Einzelpersonen betrieben wurde, die bereit waren, ihr Leben oder ihre Behaglichkeit für die Verteidigung der historischen Wahrheit und der Gerech-

10 jugendschutz.net (2007): Hass im Netz wirksam bekämpfen.

11 NS-Media statt YouTube (06.10.07). In: http://de.altermedia.info/general/ns-media-statt-youtube-061007_11495.html (zuletzt abgerufen am 04.08.2008)

tigkeit zu opfern. Heute wird der Revisionismus auf internationaler Bühne zu einem öffentlichen Streitthema.“ (Faurisson 2008)

Das Vehikel, das der Holocaust-Leugnung zu dieser Anerkennung verholfen habe, so ist Faurisson zu verstehen, sei das Internet. Unter dem Gesichtspunkt erstrebter Breitenwirkung ist es bezeichnend, dass der Beitrag nicht nur im rechtsextremistischen Portal „Altermedia“ gepostet wurde, sondern auch im Forum von „T-Online“. Das Internet hat die Reichweite den Holocaust leugnender Materialien sicherlich erhöht – ihre faktische Breitenwirkung bleibt hinter solchen Erklärungen allerdings deutlich zurück.

Auch Portale wie die „Encyclopaedia Germanica“ können eine Hilfe sein, „die mediale Geschichtshoheit offiziöser Organe zu durchbrechen“ – so sieht es eine Nutzerin auf „Altermedia“, die den im Februar 2007 in Österreich begründeten Informationspool begrüßt („Lina“ 2009).¹² „Encyclopaedia Germanica“ (EG) sieht „Wikipedia“ zum Verwechseln ähnlich – setzt sich von diesem aber in aller Entschiedenheit ab: Letzteres habe sich als ein „deutschfeindliches Desinformationsorgan erwiesen [...], das vorwiegend Lügen und Unwahrheiten gegen das Deutschtum“ verbreite. Alle „Deutschbewussten“ seien daher aufgerufen, an der „Encyclopaedia Germanica“ mitzuwirken. Das Portal steht abermals für den Versuch, rechtsextremistisches Gedankengut im seriösen Gewand zu präsentieren – bietet allerdings auch bizarre Inhalte wie die Definition Elsass-Lothringens: ein „Land in Südwestdeutschland, das [...] seit November 1944 unter französischer Fremdherrschaft“ stehe. In anderen Artikeln sind die Tendenzen weniger offensichtlich. Hierzu trägt die Tatsache bei, dass manche Beiträge – gegen den Willen der EG-Betreiber – weitgehend vom verhassten Original „Wikipedia“ übernommen sind. Ähnliches gilt für das Portal „Metapedia“, das 2006 von Schweden aus ans Netz ging und im Mai 2007 einen deutschsprachigen Bereich startete. „Metapedia“ umfasst Bereiche in elf Sprachen, von denen der deutschsprachige zu den kleinsten gehört. Dem Selbstverständnis nach ist die Website ein „Nachschlagewerk für alltägliche Begriffe aus Kultur, Philosophie, Wissenschaft und Politik und soll darüber hinaus, auch Themen ansprechen, welche im Heute absichtlich verklärt werden um das Morgen zu beeinflussen.“ (Fehler im Org.) Schwülstige Sprache und der Begriff der Metapolitik – mit dem das Ziel der Kulturellen Hegemonie durch gezieltes Einwirken auf gesellschaftliche Diskurse verbunden ist – erinnern an den Duktus und strategischen Ansatz der intellektuellen Neuen Rechten. Diese hatte die verbale Tarnung („politische Mimikry“), die Breitenwirkung erst möglich mache, teilweise bereits in den 1980er Jahren propagiert. Auf „Metapedia“ gelingt sie nur eingeschränkt.¹³

Anderen Gruppen und Projekten ist in dieser Hinsicht mehr zuzutrauen. Um eine Reichweite eigener Inhalte, die in die Mitte der Gesellschaft führt, geht es vor allem Organisationen am Rande der Bewegung, die deren Ziele nur teilweise und in abgeschwächter Form vertreten. Dies gilt beispielsweise für die Organisation „pro Köln“, die sich als „Bürgerbewegung“ versteht und mit fünf Abgeordneten im Kölner Stadtrat vertreten ist (siehe 3.). „Pro Köln“ und der Arbeitskreis „Jugend pro Köln“ agitieren vor allem mit Printmedien – darunter Flugblätter und die Schülerzeitung „Objektiv“ –, sie sind aber auch im Internet präsent. Zentrales Thema ist der Bau einer Moschee in Köln-Ehrenfeld, den „pro

12 „Lina“: Kommentar zum Beitrag: Encyclopaedia Germanica statt Wikipedia? – Warum eigentlich nicht (09.05.07). In: http://de.altermedia.info/general/encyclopaedia-germanica-statt-wikipedia-warum-eigentlich-nicht-090507_9506.html (zuletzt abgerufen am 25.08.2008)

13 Die Startseiten unter den Adressen: <http://www.encyclopaedia-germanica.org/de/index.php/Hauptseite>, <http://de.metapedia.org/wiki/Hauptseite> (zuletzt abgerufen am 25.08.08)

Köln“ attackiert und offenbar auf Zustimmung in Teilen der Bevölkerung setzt. In diesem Zusammenhang zeichnet sich die Organisation auch durch eine pauschale Negativdarstellung des Islam im Allgemeinen aus. Bezeichnend ist die Tatsache, dass sie ihre für September 2008 in Köln geplante aufwändige Veranstaltung in der Regel als „Anti-Islamisierungskongress“ ankündigt, aber auch der Begriff „Anti-Islam-Kongress“ auf der Website vorkommt.¹⁴ Das Verwaltungsgericht Düsseldorf kam in seinem noch nicht rechtskräftigen Urteil vom Dezember 2007 zu dem Schluss, „pro Köln“ wolle „Ausländer bzw. Migranten generell bzw. solche bestimmter Volks- und Religionsgruppen bewusst als unerwünschte, nicht integrierbare Menschen zweiter Klasse darstellen und in der Bevölkerung Ablehnung und Hass gegenüber diesen Personen schüren“. Das Gericht stützte sich dabei vor allem auf die „Infoblätter“ von „pro Köln“ und auf Beiträge der Website (vgl. Verwaltungsgericht Düsseldorf 2007: 9ff.).

Aus vermutlich gänzlich anderen Kreisen stammte ein mit eigentümlichen Mitteln unternommener Versuch, rechtsextremistischen Online-Inhalten Breitenwirkung zu verleihen: Unbekannte Propagandisten lösten in den Jahren 2004 und 2005 mit Hilfe des Internetwurms „Sober“ eine Flut rechtsextremistischer E-Mails aus. So wurden Anfang 2005 Mails verbreitet, die den Empfänger glauben machen sollten, er sei bei der Verlosung von WM-Tickets erfolgreich gewesen. Weitere Details seien dem Anhang zu entnehmen. Wer die angehängte Datei öffnete, infizierte den eigenen Rechner mit dem Wurm. Die auf diesem Weg im großen Stil gestreuten Mails enthielten einen Link, der vielfach auf rechtsextremistische Homepages führte. Diese Spam-Mails stießen auch in rechtsextremistischen Kreisen überwiegend auf Unverständnis. Nur wenige haben die Aktion als einen gelungenen Coup gesehen, um die gewünschte Breitenwirkung zu erzielen (vgl. Innenministerium NRW 2006: 85ff.).

4.6 *Kommerzieller Vertrieb von Szene-Produkten*

„Kein Medium leistet auch nur ansatzweise – für die patriotische Musikszene – ähnliche Dienste wie das Internet.“ Diese Feststellung traf der frühere Chefredakteur des Rechtsrock-Magazins „RockNORD“, der auch Händler mit entsprechender Musik war, bereits 1999 (zit. nach Pfeiffer 2002: 277). Die Notwendigkeit von Websites für Zeitschrift und Verlag begründete er mit der ständigen Erreichbarkeit des Versandhandels sowie geringen Möglichkeiten, die geschäftlichen Aktivitäten von außen zu behindern. Rund anderthalb Jahre zuvor – im Februar 1997 – waren parallel zur Printausgabe Websites von „RockNORD“ online gegangen, die seinerzeit innerhalb des deutschen Rechtsextremismus ungewöhnlich vielfältig waren. Sie umfassten den Zugriff auf ausgewählte Beiträge der Printausgaben, ein Gästebuch, das Audioprogramm „Nord-Rock-Radio“ sowie den Internet-Katalog des Vertriebs mit Bestellmöglichkeit. Der Katalog zeigte die gesamte Produktpalette des Unternehmens, insbesondere ein umfangreiches CD-Angebote (aufgeteilt in die Sparten „Deutschland“ und „Weltweit“) sowie T-Shirts mit Schriftzügen rechtsextremistischer Skinhead-Bands oder mit Slogans wie „Hier marschiert der Nationale Widerstand“ (vgl. Pfeiffer 2002: 282ff.).

14 Neues zum Kölner Kongress. Anti-Islam-Kongress – Ankündigungen. In: <http://www.pro-nrw-online.de/content/view/623/1/> (zuletzt abgerufen am 13.08.2008)

In technisch fortgeschrittener Form bieten inzwischen Dutzende von Online-Versänden Tonträger und andere Propagandamaterialien an. Im Jahr 2007 waren 83 entsprechende Unternehmen bundesweit aktiv, 2006 waren es 91 (vgl. Bundesministerium des Innern 2008: 94). Die Handhabung ihrer Websites unterscheidet sich für den Nutzer nicht nennenswert vom üblichen Online-Geschäft kommerzieller Versandhäuser. In Deutschland ansässige Szene-Vertriebe bieten in aller Regel Produkte an, die strafrechtlich zulässig sind. Gänzlich andere Rechtslagen existieren zum Teil im Ausland und spiegeln sich in den Beständen der Vertriebe in aller Deutlichkeit: Fahnen mit Hakenkreuzen oder SS-Runen, volksverhetzende CDs wie die „12 Doitschen Stimmungshits“ der Gruppe „Zillertaler Türkenjäger“ tauchen im dortigen Versandgeschäft auf. Zu den obszönsten Produkten zählt ein Ketchup, den der Vertrieb „SSRegalia“ in Maryland/USA unter der Bezeichnung „Holocaust Hot Sauce“ vermarktet („The Final Solution in Hot Sauce. 6 Million Sold“).¹⁵ Es liegt nahe, dass ausländische Online-Vertriebe für die deutsche Szene eine Quelle strafbarer Materialien sind.

Solche Versandhandlungen zeigen, dass rechtsextremistische (Internet-) Aktivitäten – als Hauptmotiv oder Nebeneffekt – auch ein Geschäft sein können. Allerdings steht der Szenehandel vor ähnlichen Problemen wie die Musikbranche insgesamt: Tonträger sind weniger lukrativ als in der Vergangenheit, da MP3 – zum Teil illegal – als Download zur Verfügung stehen und CDs selbst gebrannt werden können. Die Vertriebe haben einerseits darauf reagiert, indem sie MP3 kostenpflichtig anbieten. So kündigt der Downloadshop „Rock-O-Rama-Load“ an, 600 „bekannte[n] und zum Teil vergriffene[n] Tonträger“ Schritt für Schritt in dieser Weise verfügbar zu machen.¹⁶ Andererseits hat sich die Produktpalette der rechtsextremistischen Vertriebe ausgeweitet: Als ein größeres Segment ist Streetwear ohne klare politische Bezüge hinzugekommen. Angeboten werden:

„teilweise auch Kleidungsstücke im Mittelalter-Look wie Miederjacken, Leinenröcke und Gothic-Kleider [...], während andere Vertriebe Fußballfans mit Hooligan-Affinität als Zielgruppe ausgemacht haben und mit entsprechenden Textilien bedienen. Ein nordrhein-westfälischer Vertrieb bietet auch Panzermodelle, Tarnbekleidung sowie übliche Outdoor-Ausrüstung (Zelte, Decken, Schlafsäcke), Rucksäcke, Taschen und Trinkhörner an.“ (Innenministerium NRW 2008: 84)

Henning Flad geht davon aus, dass diese Szene-Ökonomie inzwischen von „primär politisch motivierten Aktivisten“ beherrscht werde – Personen, die in der Szene zum Teil seit den frühen 1990er Jahren sozialisiert seien und ihre „street credibility“ im Kampf um den rechtsextremistischen Markt einsetzten. Sie fungierten als Szene-Elite – der Begriff entspricht hier offenbar dem der Bewegungselite (siehe 4.1.) – und genauer: als Organisationselite in Abgrenzung zur Reflexions- oder Repräsentationselite. Sie seien „Knotenpunkte in informellen Netzwerken“ und trügen auf diese Weise zur Stabilisierung der Szenestrukturen sowie zur internationalen Vernetzung bei (vgl. Flad 2006: 107ff., 113ff.). Einige Versandhändler behaupten, ein Teil ihres Gewinns fließe in die Szene zurück. Auf diese Weise stellen sie sich als authentische Mitstreiter dar und wehren den Image-schädigenden Ruch der Kommerzialität ab (vgl. Innenministerium NRW 2008: 82).

15 SSRegalia. Holocaust Hot Sauce. In: <http://www.ssregalia.com/HolocaustHotSauce.html> (zuletzt abgerufen am 07.08.2008)

16 Willkommen im Shop von Rock-O-Rama-Load. In: <http://www.rockorama24.com/catalog/index.php> (zuletzt abgerufen am 04.08.2008)

4.7 Strafvermeidung

Das Internet bietet deutschen Rechtsextremisten Möglichkeiten, Inhalte einzuspeisen, die nach hiesigem Recht strafbar und gleichwohl weltweit abrufbar sind. Entsprechende Seiten werden anonym ins Internet eingestellt – mit Hilfe von Internetdienstleistern im Ausland, beispielsweise in den USA. Dies können in die Szene eingebundene Provider sein oder nicht rechtsextremistische Unternehmen, die den Charakter der (deutschsprachigen) Websites nicht erkennen oder ihn tolerieren, soweit die Inhalte gegen das Recht am Sitz des Providers nicht verstoßen. Provider ohne Bezug zur Szene nehmen entsprechende Websites, die über ihren Server gehostet werden, vielfach vom Netz, wenn sie auf den rechtsextremistischen Inhalt aufmerksam gemacht werden. Häufig widersprechen fremdenfeindliche bzw. rassistische Inhalte – unabhängig von der Strafbarkeit – den eigenen Geschäftsbedingungen.¹⁷

Anders bei Szene-Providern: Als Ansprechpartner für den deutschen Rechtsextremismus versteht sich beispielsweise der US-amerikanische Neonazi Gary Lauck. Auf seiner Website wirbt er für „Deutsche Webseiten in den sicheren USA“ und bietet sich als Mittler an. Auf diese Weise würden die Seiten „höchstwahrscheinlich nicht gesperrt“, zudem stellt er sich als einen „politisch zuverlässigen, deutschsprachigen, als Geschäftsmann erfahrenen Mitarbeiter in den USA“ dar. Lauck verspricht größtmögliche Vertraulichkeit:

„Anonyme Netzseiten sind möglich! Der Domain Name wird im Namen einer U.S.-Firma registriert. Sogar unsere Firma braucht nicht unbedingt Ihre Identität zu wissen. (Die Bezahlung kann im anonymen Brief mit einem Hinweis auf Ihre Netzseite geschickt werden).“¹⁸

Dieses Angebot stößt bei deutschen Gleichgesinnten auf begrenztes Interesse. Lauck berechnet für seine Dienste 20 Euro pro Monat. Andere Unternehmen im Ausland, die nicht politisch motiviert sind und sich über Werbeeinblendungen finanzieren, bieten dagegen kostenlose Internetseiten an.

Nach Angaben von jugendschutz.net wurden 2007 12 Prozent der dort bekannten, deutschsprachigen rechtsextremistischen Websites von Szene-Providern ins Netz gestellt.¹⁹ Diese bieten – soweit sie im Ausland ansässig sind – den Verfassern der Websites nicht nur weitgehenden Schutz vor Strafverfolgung, sondern auch die Gewähr, dass die Seiten nicht aus politischen Gründen vom Netz genommen werden. Auf entsprechenden Internetseiten sind mitunter besonders krude Inhalte zu finden – zum Beispiel auf einer Website, die mit der Melodie des Horst-Wessel-Liedes akustisch unterlegt ist, mit einem Foto Hitlers auf dem Nürnberger Reichsparteitagsgelände empfängt und dem Slogan „Deutschland muss leben und wenn wir sterben müssen!“ Im Weiteren enthält sie einen Beitrag unter der Überschrift „Deutsche auf zum totalen Krieg gegen die Kanakenrepublik“ (Für Volk und Vaterland o.Dat.).²⁰ „Spiegel-Online“ zufolge sind auf diesem Weg auch „Anti-Antifa“-Seiten ans Netz gegangen, die Fotos politischer Gegner und Drohungen enthalten (vgl. Kleinhubert 2008). Eine in dem Beitrag angesprochene, von Lauck gehostete Website war im Sommer 2008 offline. Insbesondere Webforen gehen häufig über Szene-Provider im Aus-

17 jugendschutz.net (2007): Hass im Netz wirksam bekämpfen. 5ff.

18 Deutsche Webseiten in den sicheren USA! In: <http://www.zensurfrei.com> (zuletzt abgerufen am 01.08.2008)

19 jugendschutz.net (2007): Hass im Netz wirksam bekämpfen. 2.

20 Für Volk und Vaterland. Deutschland muss leben und wenn wir sterben müssen! In: <http://www.beepworld.de/members27/gleilefraudeluxe/index.htm> (zuletzt abgerufen am 05.08.2008)

land ans Netz. Anonym sind im Netz auch Videoclips eingestellt, die bewegte Bilder mit volksverhetzenden Liedern beispielsweise der Band „Landser“ verbinden. Als Mittel der Strafvermeidung nimmt die Bedeutung ausländischer Provider – dies gilt für Szene-Provider und andere – allerdings in dem Maße ab, in dem eine knapp unterhalb der Strafbarkeitsschwelle angesetzte Agitation den deutschen Rechtsextremismus bestimmt und nach hiesigem Recht offen strafbare Inhalte seltener werden.

5 Zusammenfassung und Fazit

Eine netzwerkartige Struktur, potenziell unbegrenzte Reichweite und begrenzte Regulierbarkeit, eine Aura der Modernität, ein junger Nutzerkreis und vielfältige Möglichkeiten, Inhalte unterhaltsam, geradezu spielerisch zu präsentieren – mit diesen Eigenschaften ist das Internet zu einem äußerst attraktiven Aktionsfeld für den Rechtsextremismus geworden. Dies gilt desto mehr, je stärker diese Szene von autonomen Strukturen und einer Agitation im vopolitischen Raum geprägt ist, einer Erlebniswelt Rechtsextremismus, in der politische Agitation und Unterhaltung verschmelzen. Dieser anhaltende Prozess struktureller und strategischer Veränderung hat dazu geführt, den deutschen Rechtsextremismus als eine neue soziale Bewegung zu verstehen – ein Netzwerk von Netzwerken, das das Netz der Netze, kaum überraschend, zu schätzen weiß. Das Internet ist nicht der Grund der Veränderungen, sondern ein Instrument, zum Teil auch Schrittmacher der Entwicklung. Technische Innovationen im Netz haben kontinuierlich das überwiegende Erscheinungsbild und die Angebote rechtsextremistischer Präsenzen verändert. Insofern trägt das Internet dazu bei, dass der Rechtsextremismus in Bewegung bleibt.

Für die Kommunikationsziele der Bewegung leistet das Netz wichtige Dienste. Webforen, Blogs und Informationsportale unterstützen Kontakt und Kommunikation der Akteure auf regionaler und nationaler Ebene. Zumindest tendenziell gilt dies auch international. Für die Mobilisierung insbesondere zu Demonstrationen stehen Portale der „Aktionsbüros“ und Sonderseiten zur Verfügung. Für Demonstrationen sind Internetseiten das Mobilisierungsmedium Nummer eins – sie bieten Serviceinformationen, Zugang zu weiteren Mobilisierungsmedien und aktuelle Hinweise zur Rechtslage.

Mitunter verstehen sich rechtsextremistische Websites als breitenwirksame Instrumente. Dies gilt für die zum Teil umfangreichen und international ausgerichteten Portale der Holocaust-Leugner. Breitenwirkung ist Websites allerdings vor allem dann zuzutrauen, wenn sie am Rande der Bewegung angesiedelt sind und ideologisch weniger aggressiv auftreten. Solche Inhalte sind beispielsweise anschlussfähig an fremdenfeindliche Einstellungen, die weit über aktive Rechtsextremisten hinaus verbreitet sind. Breitenwirkung aus Teilbereichen mit intensiver rechtsextremistischer Ideologie setzt die Fähigkeit zur verbalen Tarnung voraus, die insbesondere die NPD in jüngsten Jahren zunehmend entwickelt hat. Die zurzeit wichtigste Klientel, bei der Rechtsextremisten (Breiten-)Wirkung entfalten möchten, sind Jugendliche. Viele Websites sind auf diese Gruppe zugeschnitten: Sie erscheinen modern, vermeiden rechtsextremistisch besetzte Symbolik und Ästhetik, locken mit interaktiven und multimedialen Angeboten – insbesondere mit Musik und Videoclips. Imagebotschaften zählen zum Wichtigsten, was solche Seiten vermitteln können: Rechtsextremismus steht hier für Modernität, Dynamik, Unangepasstheit und Selbstbewusstsein.

Andere Portale – wie die Informationspools „Metapedia“ und „Encyclopaedia Germanica“ – sind vermutlich eher dem Anspruch nach breitenwirksam, faktisch erscheinen sie als Projekte unter Gleichgesinnten. Nach innen und außen richtet sich das Interesse der kommerziellen rechtsextremistischen Webangebote. Der Online-Handel bedient einerseits den inner-circle, zu dem auch Weiterverkäufer zählen – er ist aber auch für Kaufinteressenten attraktiv, die den Besuch eines Szene-Ladens scheuen. Insofern steht der Online-Versand stellvertretend für merklich gesunkene Zugangsschwellen zu rechtsextremistischen Materialien – sei es aus dem Bereich der Musik oder ideologiebildender Schriften. Dies gilt auch für Medien, deren Verbreitung nach deutschem Recht strafbar ist. Sie sind im Netz weiterhin vorhanden, wenngleich Materialien – mitunter knapp – unterhalb der Strafbarkeitsschwelle das Bild des deutschen Rechtsextremismus auch im Internet prägen.

Im Netz demonstriert die Szene Stärke – ohne ihre Schwächen vollständig verdecken zu können. Hierzu zählen teilweise anhaltende Rivalitäten, die dem Wir-Gefühl und der Handlungsfähigkeit entgegenstehen. Nicht jeder einzelnen Website ist jener Professionalisierungsprozess zu bescheinigen, der das rechtsextremistische Spektrum des Internets generell prägt. Verbale Tarnung mit dem Ziel der Breitenwirkung gelingt diesen Internetseiten mal mehr, mal weniger. Manchen Projekten wie den Szene-Wikis fehlt es an aktiver Unterstützung, ihre Inhalte bleiben somit bereits quantitativ hinter dem Netzüblichen zurück. Professionalisierungstendenzen sind vor allem in demjenigen Bereich deutlich geworden, der sich als „Nationaler Widerstand“ bezeichnet, dem – nicht spannungsfreien – Bündnis aus NPD und Teilen der Neonazi-Szene, sowie im Online-Handel. Insbesondere dort dürften sie sich fortsetzen. Im Rückblick der vergangenen gut zehn Jahre, in denen Rechtsextremisten im Web aktiv sind, hat das Medium Internet diese Szene in zentralen strategischen Punkten vorangebracht: Ihre Gegenöffentlichkeit ist facettenreicher und dynamischer als zuvor, die Vernetzung enger – in punkto Breitenwirkung haben sich nicht alle Anfangshoffnungen erfüllt, gleichwohl nutzen etliche Websites die Möglichkeiten des Netzes durchaus geschickt, um ihre Reichweite zu erhöhen – breitenwirksamer als in Zeiten des Internets dürften deutsche Rechtsextremisten nach 1945 jedenfalls kaum zuvor gewesen sein.

Literatur

- Bundesministerium des Innern (Hg.) (2008): Verfassungsschutzbericht 2007. Berlin.
- Busch, Christoph (2005): Rechtsradikale Vernetzung im Internet. In: WeltTrends H. 13, Jg. 48: 67-78.
- Einleitung (o.Dat.). In: Thule-Journal, H.1: 1.
- Enzensberger, Hans Magnus (1970): Baukasten zu einer Theorie der Medien. In: Kursbuch Jahrgang? 20. 159-186.
- Flad, Henning (2006): Zur Ökonomie der rechtsextremen Szene – die Bedeutung des Handels mit Musik. In: Klärner, Andreas/Kohlstruck, Michael (Hg.): Moderner Rechtsextremismus in Deutschland. Hamburg. 102-115.
- Glaser, Stefan/Pfeiffer, Thomas (Hg.) (2007): Erlebnisswelt Rechtsextremismus. Menschenverachtung mit Unterhaltungswert. Schwalbach i.Ts.
- Grumke, Thomas (2006): Die transnationale Infrastruktur der extremistischen Rechten. In: Greven, Thomas/Grumke, Thomas (Hg.) (2006): Globalisierter Rechtsextremismus? Die extremistische Rechte in der Ära der Globalisierung. Wiesbaden. 130-159.

- Günter, Thomas (2007): Das Internet – kein rechtsfreier Raum. In: Glaser, Stefan/Pfeiffer, Thomas (Hg.): Erlebniswelt Rechtsextremismus. Menschenverachtung mit Unterhaltungswert. Schwalbach i.Ts. 71-86.
- Innenministerium Nordrhein-Westfalen (Hg.) (2006): Verfassungsschutzbericht 2005, Düsseldorf.
- Innenministerium Nordrhein-Westfalen (Hg.) (2008): Verfassungsschutzbericht 2007, Düsseldorf.
- Jaschke, Hans-Gerd (1993): Formiert sich eine neue soziale Bewegung von rechts? Folgen der Ethnisierung sozialer und politischer Konflikte. In: Mitteilungen des Instituts für Sozialforschung an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt/M, H. 2, Jg. 1993: 28-44.
- Klärner, Andreas/Kohlstruck, Michael (Hg.) (2006): Moderner Rechtsextremismus in Deutschland, Hamburg.
- Neidhardt, Friedhelm (1985): Einige Ideen zu einer allgemeinen Theorie sozialer Bewegungen. In: Stefan Hradil (Hg.): Sozialstruktur im Umbruch. Karl Martin Bolte zum 60. Geburtstag. Opladen. 193-204.
- Nickolay, Bernd (2000): Rechtsextremismus im Internet. Ideologisches Publikationselement und Mobilisierungskapital einer rechtsextremen sozialen Bewegung? Würzburg.
- Pfeiffer, Thomas (2002): Für Volk und Vaterland. Das Mediennetz der Rechten. Presse – Musik – Internet. Berlin.
- Pfeiffer, Thomas (2007): Menschenverachtung mit Unterhaltungswert. Musik, Symbolik, Internet – der Rechtsextremismus als Erlebniswelt. In: Glaser, Stefan/Pfeiffer, Thomas (Hg.): Erlebniswelt Rechtsextremismus Menschenverachtung mit Unterhaltungswert. Schwalbach i.Ts. 36-52.
- Pfeiffer, Thomas (2008): Parteinahе Jugendzeitschriften einer neuen sozialen Bewegung von rechts. Eine Analyse zu Funktion und Inhalten von sechs Periodika. In: Pfahl-Traugher, Armin (Hg.): Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung. Bd. 1. Brühl. 264-302.
- Rucht, Dieter (1994a): Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich. Frankfurt a.M./New York.
- Rucht, Dieter (1994b): Öffentlichkeit als Mobilisierungsfaktor für soziale Bewegungen. In: Neidhardt, Friedhelm (Hg.): Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen, Opladen. 337-358.
- Simon Wiesenthal Center (2008): Digital Terrorism & Hate 2.0, New York. (CD-ROM)
- Stamm, Karl-Heinz (1988): Alternative Öffentlichkeit. Die Erfahrungsproduktion neuer sozialer Bewegungen. Frankfurt a.M./New York.
- Tetzlaff, Alfred (1993): Widerstand. Mailbox gegen Konformismus und Zeitgeist. In: Die Saufeder, H. 1, Jg. 1993. 26-27.
- Verwaltungsgericht Düsseldorf (2007): Urteil vom 04.12.2007. Az: 22 K 1286/06.
- Virchow, Fabian (2006): Dimensionen der „Demonstrationspolitik“ der extremen Rechten in Deutschland. In: Klärner, Andreas/Kohlstruck, Michael (Hg.): Moderner Rechtsextremismus in Deutschland. Hamburg. 68-101.
- Wörner-Schappert, Michael (2007): Was macht Hass-Seiten attraktiv? Fallbeispiel: Musik als virtuelle Propagandawaffe. In: Glaser, Stefan/Pfeiffer, Thomas (Hg.): Erlebniswelt Rechtsextremismus. Menschenverachtung mit Unterhaltungswert. Schwalbach i.Ts. 98-106.

Internetquellen

- Aktionsbüro.netzwerknord.com: Rechtshinweise. In: <http://aktionsbuero.netzwerknord.com> (zuletzt abgerufen am 05.08.2008)
- Badn.medienwelt.org: In: <http://badn.medienwelt.org/Daten.html> (zuletzt abgerufen am 25.07.2008)
- Encyclopaedia Germanica. Unter: <http://www.encyclopaedia-germanica.org/de/index.php/Hauptseite> (zuletzt abgerufen am 25.08.2008)

- Faurisson, Robert: Geostrategische Folgen des Revisionismus – die iranische Lektion. In: http://de.altermedia.info/general/robert-faurisson-geostrategische-folgen-des-revisionismus-die-iranische-lektion-150608_14721.html (zuletzt abgerufen am 29.07.2008)
- Für Volk und Vaterland. Deutschland muss leben und wenn wir sterben müssen! In: <http://www.beepworld.de/members27/gleilefraudeluxe/index.htm> (zuletzt abgerufen am 05.08.2008)
- Innenministerium NRW (Stand September 2005): Rechts – Extrem erfolgreich im Netz? In: <http://www.im.nrw.de/sch/doks/vs/events.pdf> (zuletzt abgerufen am 21.07.2008)
- iReport. Online Terror and Hate: the First Decade. In: <http://www.wiesenthal.com/site/apps/s/link.asp?c=fwLYKnN8LzH&b=4145951> (zuletzt abgerufen am 11.07.2008)
- jugendschutz.net (Stand September 2006): Jugendgefährdende Inhalte auf NPD-Angeboten. Ergebnisse einer Recherche zur Jugendschutzrelevanz von Websites der rechtsextremen NPD. In: http://www.jugendschutz.net/pdf/Recherchebericht_NPD_Sept06.pdf (zuletzt abgerufen am 10.07.2008)
- jugendschutz.net (2007): Hass im Netz wirksam bekämpfen. Rechtsextremismus im Internet. Bericht 2007. In: http://www.jugendschutz.net/pdf/Projektbericht_2007.pdf (zuletzt abgerufen am 18.07.2008)
- Kleinhubbert, Guido (2008): Neo-Nazis Using Web Sites to Threaten Opponents. In: <http://www.spiegel.de/international/germany/0,1518,567147,00.html> (zuletzt abgerufen am 05.08.2008).
- „Lina“ (Stand 09.05.2008): Kommentar vom 9.05.2007 zum Beitrag: Encyclopaedia Germanica statt Wikipedia? – Warum eigentlich nicht. In: http://de.altermedia.info/general/encyclopaedia-germanica-statt-wikipedia-warum-eigentlich-nicht-090507_9506.html (zuletzt abgerufen am 25.08.2008)
- O'Reilly, Tim (2005): Was ist Web 2.0? Entwurfsmuster und Geschäftsmodelle für die nächste Software Generation. In: http://www.oreilly.de/artikel/web20_trans.html (zuletzt abgerufen am 17.07.2008).
- Metapedia. Unter <http://de.metapedia.org/wiki/Hauptseite> (zuletzt abgerufen am 25.08.08)
- Mobilisierungsseite zur Demo in Stolberg: <http://logr.org/stolberg/> (zuletzt abgerufen am 25.07.08)
- Nazis.ab-mittelhessen.de: Zitat nach dem im Google-Cache abgerufenen unvollständigen letzten Stand der Seite. Ursprüngliche URL: <http://nazis.ab-mittelhessen.de> (zuletzt abgerufen am 28.07.08)
- pro-nrw-online.de (Stand 05.08.2008): Neues zum Kölner Kongress. Anti-Islam-Kongress – Ankündigungen. In: <http://www.pro-nrw-online.de/content/view/623/1/> (zuletzt abgerufen am 13.08.2008)
- NS-Media (Stand 06.10.07): NS-Media statt YouTube. In: http://de.altermedia.info/general/ns-media-statt-youtube-061007_11495.html (zuletzt abgerufen am 04.08.2008)
- RockORama24: Willkommen im Shop von Rock-O-Rama-Load. In: <http://www.rockorama24.com/catalog/index.php> (zuletzt abgerufen am 04.08.2008)
- Stormfront. White Nationalist Resource Page. In: <http://www.stormfront.org/> (zuletzt abgerufen am 4.12.2003)
- SSRegalia. Holocaust Hot. In: <http://www.ssregalia.com/HolocaustHotSauce.html> (zuletzt abgerufen am 07.08.2008)
- Trauermarsch Stolberg.de: <http://www.trauermarsch-stolberg.de> (zuletzt abgerufen am 25.07.08)
- Zensurfrei.com: Deutsche Websites in den sicheren USA! In: <http://www.zensurfrei.com> (zuletzt abgerufen am 01.08.2008)

Strategische Rückgriffe der extremen Rechten auf Mythen und Symbole

Georg Schuppener

1 Grundlagen

Wie jede nennenswerte politische Bewegung ist auch die extreme Rechte weder gänzlich homogen noch statisch, sondern vielmehr von verschiedenen Strömungen geprägt und bei aller Fortschreibung struktureller politischer Grundüberzeugungen dem ständigen Wandel unterlegen. Allerdings erweisen sich vermeintlich neue Phänomene oftmals lediglich als Rückgriff auf bereits Bekanntes oder als bloße Variation überkommener Muster und Traditionen. Dies trifft auch für die hier untersuchte Thematik zu, nämlich die Vereinnahmung und Umdeutung von Mythen und Symbolen im Rechtsextremismus.

Jede politische Bewegung verfügt zur Identitätsstiftung über ein gewisses Repertoire an Symbolen und Riten. Diese schaffen, zusätzlich zu rational-politischen Übereinstimmungen, auch emotional ein Gemeinschaftsgefühl und bieten zugleich nach innen und außen einen Wiedererkennungseffekt. Ebenso wie Unternehmen eine Corporate Identity haben, gilt dies auch für Parteien und politische Gruppierungen. Diese Gesichtspunkte treffen grundsätzlich auch für den Rechtsextremismus zu.

Anders als in allen anderen politischen Richtungen spielt im rezenten Rechtsextremismus der Rückgriff auf die Mythologie eine wichtige Rolle für die Identitätsstiftung. Definiert man den Mythos – stark vereinfacht – als „Erzählung über Menschen und Götter/höhere Wesen zum Zwecke der Erklärung der Welt“ und grenzt ihn zugleich von kanonisierten Religionen ab, so kann man feststellen, dass außerhalb des Rechtsextremismus keine nennenswerte politische Richtung Elemente des Mythos adaptiert, auch wenn man unter einem erweiterten Mythos-Begriff durchaus Tendenzen zur Mythisierung in vielerlei Form (Gründungsmythen, Verklärung von Personen etc.) erkennen mag. Im Rechtsextremismus ist die Adaption von Mythen, speziell aus der germanischen Mythologie, hingegen dezidiert nachweisbar. Insbesondere werden durch den Bezug auf Mythen ein Großteil rechtsextremer Symbolik sowie einige Riten der rechtsextremen Szene fundiert.

Es sei aber darauf hingewiesen, dass nicht jede Bezugnahme auf germanische Mythologie automatisch auf einen rechtsextremen Hintergrund schließen lässt. Vielmehr gibt es durchaus auch eine Hinwendung zu dieser Thematik aus anderen Richtungen, so beispielsweise aus neuheidnischer Sicht, ohne dass damit zwingend eine rechtsextreme politische Intention verbunden wäre.

Beim Rückgriff auf die Mythologie handelt es sich – zumindest auf den ersten Blick – um ein vergleichsweise junges Phänomen. Im Rechtsextremismus der Nachkriegszeit besaß die Bezugnahme auf die Mythologie bis in die 1980er Jahre hinein keine oder nur eine marginale Relevanz.¹ Erst seit den 1990er Jahren findet Mythologisches verstärkt Eingang in rechtsextreme Identitäten. Die Frage, welche Funktionen den Mythen dort zugewiesen

¹ Dies zeigt ein Blick in die umfangreiche zweibändige Dokumentation Tauber 1967.

werden, soll hier beantwortet werden, nachdem zuvor einige Befunde beschrieben worden sind.

2 Bestandsaufnahme

2.1 Mythen

Betrachtet man, auf welche Mythen der aktuelle Rechtsextremismus im deutschsprachigen Raum referiert, so stellt man rasch fest, dass diese fast ausschließlich aus der germanischen, genauer gesagt aus der nordgermanischen Mythologie stammen. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Elemente, die aus der so genannten Edda, d.i. der wichtigsten Quelle zur nord-germanischen Mythologie, herrühren. Dass primär die nordgermanische mythologische Tradition aufgegriffen wird, erklärt sich leicht daraus, dass für den südgermanischen Bereich vergleichbar umfassende Überlieferungen zur Mythologie fehlen. Südgermanische Quellen, in denen mythologische Elemente zu finden sind, werfen wie beispielsweise die Merseburger Zaubersprüche nur Schlaglichter auf die Mythologie, ohne dass aus ihnen allein größere Zusammenhänge zu erkennen wären.

Eine eingehendere Bezugnahme auf germanische Mythologie ist daher nur in Form eines Rückgriffes auf die nordgermanische Mythologie möglich, wobei implizit vorausgesetzt wird, dass diese strukturell identisch sei mit derjenigen der anderen germanischen Volksstämme, sofern diese Problematik überhaupt reflektiert wird.

Ohne die Fragwürdigkeit einer solchen Übertragung hier zu diskutieren, soll im Folgenden vorgestellt werden, welche Aspekte der nordgermanischen Mythologie im rezenten Rechtsextremismus Verwendung finden. Dabei finden insbesondere sprachliche Gesichtspunkte Beachtung (vgl. dazu auch Schuppener 2008).

Zunächst erscheint die Vereinnahmung der germanischen Götter erwähnenswert. Vor allem sind es die Hauptgötter, deren Namen immer wieder in rechtsextremen Kontexten gebraucht werden. Aufgrund der Vielfalt an Belegmaterial kann hier nur eine kleine Auswahl präsentiert werden:

1) ODIN: Als oberster Gott der nordgermanischen Mythologie gilt Odin (südgermanisch: Wodan oder auch Wotan). Er ist der höchste Gott des Göttergeschlechts der Asen. Man verstand ihn als Gott des Krieges und des Todes in der Schlacht (*Wal*, deshalb auch als *Walvater* bezeichnet), aber auch der Weisheit und der Dichtkunst. Nach der Mythologie ist er der Erfinder der germanischen Schrift- und Zaubersprüche, der Runen. Zu seinen Attributen gehören insbesondere die beiden Raben Huginn und Muninn, denen besondere Weisheit zugeschrieben wird.

Der Name des Gottes wurde bereits im Jahre 1987 von einer rechtsextremen Gruppe in Berlin vereinnahmt, die sich *Wotans Volk* nannte (vgl. Grumke/Wagner 2002: 415). Auch in jüngerer Vergangenheit ist eine ähnliche Gruppenbezeichnung, nämlich *Odins Volk Sachsen*, belegbar (vgl. Schuppener 2007: 99ff.). Eine andere auf Wodan bezogene Selbstbezeichnung militanter Rechtsextremisten (u.a. auch als Bandname) lautet *Söhne Wotans* (vgl. Fahr 2004: 132). Eine Band aus Ostsachsen nennt sich *W.O.T.A.N.*,² eine andere *Odins Erben* (vgl. Fahr 2005: 10). Den Namen *Odins Erben* wählte sich im Übrigen auch eine

2 Freundlicher Hinweis durch das Landesamt für Verfassungsschutz des Freistaates Sachsen.

rechte Ordensgemeinschaft (vgl. Heller/Maegerle 1998: 172). Ein Lokal in Mücka/Sachsen, Treffpunkt der rechten Szene, nannte sich *Wodan*. Kleidung, die in rechtsextremen Kreisen getragen und speziell für diese produziert wird, weist immer wieder Bezugnahmen zu Odin/Wodan auf. Hierzu gehören Aufdrucke wie die bloße Namensnennung *Odin*, aber auch von Bandnamen wie *Wotanskrieger*, *Wotanorden*, Aufschriften wie *Odins Law*, *Odin statt Jesus* oder *Wotans Volk* (vgl. Korgel/Borstel 2002: 212).

Im Internet wird der Name des Gottes auf rechtsextremen Seiten immer wieder gebraucht (vgl. Fromm/Kernbach 2001: 117, 127). Dies gilt nicht nur für Internetseiten selbst, sondern auch bei Pseudonymen greift man in rechtsextremen Diskussionsforen im Internet gern auf Wodan/Odin zurück: *Krieger Odins*, *Odin77*, *Wotan88*³ usw. (vgl. Fromm/Kernbach 2001: 169, 171, 173).

Die Rolle der Musik als „Szenekitt“ ist allgemein anerkannt. So ist es nicht verwunderlich, dass nicht nur bei den Bandnamen, sondern auch in Liedtexten vieler Gruppen immer wieder Bezüge auf die germanische Mythologie allgemein und auf Odin/Wodan im Besonderen zu finden sind (vgl. Fahr 2005: 10). So trug eine der ersten CDs des mittlerweile verstorbenen populären rechten Musikers Daniel Eggers den Titel *Odins Land* (vgl. Grumke/Wagner 2002: 465). Explizite Bezüge auf Odin und die Asen im Allgemeinen enthält das Lied *Thule* der gleichnamigen Band. Dasselbe gilt für das Lied *Wikinger* der Gruppe *Division Wiking*. Ferner sei darauf hingewiesen, dass figurale Darstellungen Odins/Wodans in reicher Variation zum Produktspektrum rechter Vertriebe zählen und als Devotionalien in Kreisen der extremen Rechten gelten können.

2) THOR: Noch weit mehr als Odin/Wodan steht jedoch Thor (südgermanisch: Donar) im Fokus der Aufmerksamkeit, die rechtsextreme Gruppen auf die germanische Mythologie richten. Ausdruck dessen ist beispielsweise, dass die wohl bekannteste Mode-Marke rechtsextremer Kreise momentan *Thor Steinar* darstellt.

Thor/Donar gilt als besonders starker und gewalttätiger Gott, zu dessen Attributen als wichtigstes der Hammer Mjöllnir zählt, mit dem Thor die Feinde der Asengötter vernichten kann. Thor ist insbesondere auch der Gott des Gewitters: Der Blitz entsteht – so glaubte man – durch den Einschlag des Thorshammers, der Donner wird durch das rollende Geräusch des von Böcken gezogenen Streitwagens des Gottes erzeugt.

Neben der Modemarke *Thor Steinar* lassen sich zahlreiche weitere Belege dafür nennen, wie der Göttername Thor/Donar in rechtsextremen Kontexten gebraucht wird: So gehören ebenfalls in den Bereich rechtsextremer Mode T-Shirts mit der Aufschrift *Thor Donnergott*, die vom rechtsextremen Deutsche Stimme-Verlag (Riesa) im Versand angeboten werden. Ein Treff der rechten Szene war in Dresden vor einigen Jahren das inzwischen (2003) wieder geschlossene Lokal namens *Thor*.⁴ Eine rechtsextreme Band aus Schneeberg (Erzgebirge) erwählte für sich den Namen *T.H.O.R.*,⁵ eine Berliner Skinhead-Band gab sich den Namen *Legion of Thor*, eine Brandenburger Band den Namen *Thorshammer* (vgl. Brodkorb/Schmidt 2002: 98; Stöss 2000: 164). Der altnordische Name des Thorshammers findet sich im Bandnamen *Mjöllnir*, und ein Schweizer Vertrieb von rechtsextremem Mate-

3 Dabei steht 88 für HH = „Heil Hitler“, da h der achte Buchstabe des Alphabets ist. Die 77 bei *Odin77* ist mutmaßlich das Geburtsjahr der betreffenden Person.

4 Es sei erwähnt, dass Demonstranten, die die Schließung dieser Gaststätte forderten, sich im Sprachspiel die Homophonie zu Tor zunutze machten, indem sie forderten: „Thor zu!“

5 Freundlicher Hinweis durch das Landesamt für Verfassungsschutz des Freistaates Sachsen.

rial gab sich den Namen *Mjölnir Diffusion* (vgl. Fromm/Kernbach 2001: 151, 187). Wie Odin/Wodan wird auch Thor/Donar in Liedern rechtsextremer Bands als Bezugspunkt erwähnt, so im Lied *Thors Hammer* der Gruppe *Volksaufstand*. Vor allem Abbildungen des Thorshammers beziehungsweise Amulette in dieser Form zählen zu den beliebtesten Abzeichen mythologisch interessierter Rechtsextremisten.

Andere Gottheiten neben Odin und Thor nehmen in der Aneignung durch den rezenten Rechtsextremismus eine eher untergeordnete Position ein. Dies reflektiert zumindest teilweise die Tatsache, dass Odin und Thor in der nordgermanischen mythologischen Überlieferung am prominentesten dargestellt sind. Von den wenigen Fällen, in denen andere Gottheiten rezipiert werden, können hier die Folgenden genannt werden:

3) SKADI, FREYJA und OSTARA: Frauen in der rechtsextremen Szene greifen auf die weiblichen Gottheiten Skadi und Freyja zurück, wobei im letzteren Fall nicht zu beurteilen ist, ob hier ausnahmsweise eine Vanengottheit, nämlich die Liebesgöttin Freyja, rezipiert wird oder ob nicht vielmehr eine falsche Schreibung der ähnlich heißen Asen-Gottheit Freia (nordgermanisch: Frigg), der Frau Odins/Wodans, vorliegt. So waren im Internet rechtsextreme Seiten mit dem Titel *Freyja88* oder auch *Skadi* nachweisbar (vgl. Fromm/Kernbach 2001: 117, 131, 158). Auch die vermeintliche germanische Frühlingsgottheit Ostara wird zur Identifikationsfigur rechter Kreise. In Anlehnung an die gleichnamige Zeitschrift aus dem Anfang des 20. Jahrhunderts, die von Lanz von Liebenfels herausgegeben wurde (vgl. Hundseder 1998: 36), nennt sich ein Szene-Magazin aus Sangerhausen *Ostara* (vgl. Stöss 2000: 164). Auch eine österreichische Internet-Plattform trägt diesen Namen (vgl. Fromm/Kernbach 2001: 265ff.).

Die Göttin Skadi ist eine Riesentochter und fungiert als Göttin der Jagd. Nach Asgard wurde sie der Überlieferung nach aufgenommen, als sie sich bewaffnet an Thor für die Ermordung ihres Vaters rächen wollte.

Freyja gilt als die bedeutendste und schönste der germanischen Göttinnen. Sie gehört zu dem Göttergeschlecht der Vanen und ist damit ihrer Herkunft nach eine Fruchtbarkeitsgöttin.

Eine Göttin Ostara ist in der nord- und südgermanischen Tradition nicht überliefert. Der angelsächsische Mönch und Gelehrte Beda Venerabilis (673-735) versuchte den Namen des Osterfestes auf eine Frühlingsgöttin solchen Namens zurückzuführen. Im 19. Jahrhundert wurde diese Deutung wieder aufgegriffen, die aber heute als überholt gilt.

4) TYR, LOKI UND ANDERE GÖTTER: Vereinzelt Bezugnahmen in der rechtsextremen Szene finden sich auch auf den Kriegsgott Tyr, den in der Mythologie nur selten bezugten Forseti, der als Gott des Rechtes gedeutet wird, oder auch auf den, unter die Asen aufgenommenen, ehemaligen Riesen Loki. Mit *Tyr88* bezeichnete sich im Internet eine rechte Skinhead-Seite, Forseti wurde in der friesischen Form *Forsite* (vgl. Simek 1995: 108) als Name eines rechten Verlages aus Bottrop gebraucht und eine Musikgruppe gab sich den Namen *Lokis Horden* (vgl. Fahr 2005: 10). Schließlich eignete sich den bei Tacitus überlieferten Namen des germanischen Urgottes Tuisto ein Magazin der Deutschen Heidnischen Front an. Sehr selten gebraucht werden weiterhin Namen von Riesen, zu denen bekanntlich auch Loki ursprünglich zählte.

Andere durchaus nicht unbedeutende Gestalten aus dem Spektrum der germanischen Götter finden in der rechtsextremen Rezeption des Germanentums überhaupt keine nen-

nenswerte Beachtung, so beispielsweise Balder, der wohl wegen seiner schöngeistig-weichen Darstellung nicht in das Bild der vermeintlich heldenhaften und kämpferischen Germanengottheiten passt.

Tyr (südgermanisch: Ziu) ist der Kriegs-, Versammlungs- und Rechtsgott der Germanen. In der Überlieferung wird er als einarmig dargestellt.

Loki ist ein ehemaliger Riese, der aufgrund seiner Listigkeit in den Kreis der germanischen Götter aufgenommen wurde. Er ist der wohl facettenreichste Gott, der zugleich wegen seiner Stellung als Vater der Weltfeinde sehr ambivalente Züge trägt.

Balder ist unter den germanischen Göttern eine durchweg positiv gezeichnete Gestalt. Der Sohn Odins gilt als der weiseste und beste aller Götter. Er wird auf Initiative von Loki durch den blinden Gott Höd mit einem Mistelzweig durchbohrt und getötet.

Die Funktionen des Gottes Forseti sind angesichts einer nur dürftigen Überlieferung unklar. Die Zuschreibung einer Rolle als Gerichtsgott ist umstritten.

Der Urgott Tuisto ist ein Zwitterwesen. In der „Germania“ des Tacitus wird er als mythischer Stammvater der Germanen überliefert.

Das Götterpantheon der nordgermanischen Mythologie allgemein greifen Bezeichnungen auf, in denen von Asgard, dem Götterwohnsitz gesprochen wird, wie beispielsweise bei *Asgards Helden* (vgl. Fahr 2004: 132) oder *Asgard* als Name einer rechtsextremen Band (vgl. Süner 1999: 186). Auch der Bandname *Asatru* (=„Asenglaube“) stellt den Bezug zu den germanischen Göttern allgemein heraus.

Andere Orte aus der nordgermanischen Mythologie werden ebenfalls als Band-Bezeichnungen oder als Zeitschriftentitel gebraucht: Neben Asgard gibt es in der Dreigliederung der Welt in der germanischen Mythologie noch Midgard, das Reich der Menschen, und Utgard, die unwirtliche, lebensfeindliche Außenwelt, in der die Riesen und Zwerge hausen. *Utgard* bezeichnete sich beispielsweise eine Band aus dem sächsischen Wurzen (vgl. Sächsisches Staatsministerium des Innern/Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen 2003: 20), *Midgard* nimmt eine rechtsextreme Zeitschrift in den Titel, und auch die Zeitschrift des rechts orientierten Armanen-Ordens bezeichnet sich zumindest im Untertitel als *Mitgart-Zeitung* (sic!) (vgl. Schnurbein 1992: 40ff.). Das Fanzine der Skingirlfront Deutschland – ab etwa 1995 umbenannt in *Skingirl-Freundeskreis Deutschland* (jeweils abgekürzt SFD) – trug ebenfalls ursprünglich den Titel *Midgard* (vgl. Menhorn 2001: 179).

Verbunden wird Asgard mit Midgard durch die Brücke Bifröst; diese stellt also den Zugang von der Menschen- zur Götterwelt dar. Auch *Bifröst* ist als Name einer rechtsextremen Zeitschrift belegbar (vgl. Schuppener 2007: 106).

In Asgard befindet sich mit Walhall diejenige Stätte, an die die im Kampf gefallenen Krieger von den Walküren geführt und dort von ihnen umsorgt werden. Diese Kämpfer werden Einherier genannt. Alle diese Bezeichnungen werden im Rechtsextremismus verschiedentlich genutzt. Die Bezeichnung *Walhall* gab beispielsweise einer Band den Namen; auch *Einherier/Einherjer* ist als Bandname belegt (vgl. Innenministerium Nordrhein-Westfalen 2006: 62). Frauen der rechtsextremen Szene tragen Kleidungsstücke mit der Aufschrift *Walküre*, und auch ein Parfüm trägt diesen Namen (vgl. Bitzan 2002: 94). Die zunächst *Midgard* betitelte Zeitschrift des Skingirl-Freundeskreis Deutschland wurde nach juristischen Problemen in *Walküre* umbenannt (vgl. Menhorn 2001: 179). *Walhalla* oder auch *Walhall Germany* sind als Kleideraufschriften beziehungsweise -marken in rechtsextremen Kreisen beliebt. Walhall wird aber auch in Liedern thematisiert, genannt sei hier nur der Titel *Heroes of Valhalla* der Gruppe *Division Wiking*.

Walhall als Sammelstätte für Krieger, die ihr Leben in heldenhafter Weise auf dem Schlachtfeld verloren haben, gewinnt in der germanischen Mythologie Bedeutung vor allem mit Blick auf die Ragnarök, den Endkampf von Göttern und Weltfeinden. In diese finale Schlacht, die mit dem Untergang der alten Ordnung endet, rücken zur Unterstützung der Götter auch die Einherier aus Walhall aus. Konzept und Benennung des Endkampf-Ereignisses werden ebenfalls im Rechtsextremismus rezipiert und schon sehr lange vereinahmt. Bereits im Jahre 1977 gründeten Mitglieder des *Nationaldemokratischen Hochschulbundes* (NHB) eine Band mit dem Namen *Ragnarök* (vgl. Staud 2006: 159). Denselben Namen führte auch ein inzwischen umbenannter einschlägig rechtsextremer Laden in Halberstadt. Implizit auf die Ragnarök bezogen sind auch Wortbildungen mit *Endzeit-*, die Institutionen in rechtsextremen Netzwerken bezeichnen, so das Musik-Label *Endzeit-Klänge*, der *Endzeit-Versand*, das *Endzeit-Forum* usw. (vgl. Lohmann 2008: 27).

Verschiedentlich greift man in rechtsextremen Kreisen auch auf andere Elemente der nordgermanischen Mythologie zurück, die man beispielsweise zur Selbstbezeichnung nutzt. Hier sind insbesondere Attribute der Götter zu nennen. Bereits erwähnt wurde der Thorshammer Mjöllnir. Auch Sleipnir, das achtbeinige Ross Odins, ist als Bezeichnung präsent, so als Titel einer Zeitschrift (vgl. Wagner 2002: 27; Pfeiffer 2002: 107), als Bandname oder als Künstlername eines rechtsextremen Sängers (vgl. Innenministerium Nordrhein-Westfalen 2006: 61; Fromm/Kernbach 2001: 89). Die Namen der beiden Raben Odins Huginn und Muninn finden im Rechtsextremismus ebenfalls Verwendung: So nannte sich beispielsweise ein heute nicht mehr aktiver Verlag, der vor allem Literatur zur Verherrlichung der NS-Zeit und der Waffen-SS im Programm hatte, *Munin*. Die Förderkreise des rechtsextremen, jedoch ohne breitere Wirkung gebliebenen Thule-Seminars wurden nach Huginn, Muninn und Odins Speer Gungnir benannt (vgl. Grumke/Wagner 2002: 434). Im Jahre 1980 wurde in Berlin der ideologisch rechtsextreme *Asgard-Bund* gegründet, dessen Zeitschrift den Titel *Der Wotansspeer* erhielt (vgl. Eschebach/Thye 1995: 47). Schließlich sind auch die so genannten Berserker ein Motiv der germanischen Mythologie: Nach der nordgermanischen mythologischen Überlieferung handelt es sich dabei um unverwundbare wütend-ekstatische Krieger (vgl. Simek 1995: 47ff.). Aufgegriffen wird diese Vorstellung in der Kameradschaftsszene, so ist beispielsweise eine Kameradschaft namens *Berserker Kirtorf* in Kirtorf/Vogelsbergkreis seit mehr als zehn Jahren aktiv.

Elemente der so genannten „niedereren Mythologie“, also der in der Volksüberlieferung tradierten magischen Vorstellungen, in denen zwar Wesen mit höherer Macht, nicht jedoch Gottheiten präsent sind, werden im Rechtsextremismus nur selten rezipiert. Zauberer, Quell- oder Baumgeister, Elfen usw. haben für die rechtsextreme Aneignung von Glaubensvorstellungen der germanischen Volksstämme keine Bedeutung. Als einzige Ausnahme kann hier lediglich die Vorstellung vom Werwolf gelten, eines Wesens, das bei Tageslicht Mann ist, sich bei Dunkelheit jedoch in ein wildes, reißendes Tier (Wolf) verwandelt. Eine Skinband gab sich beispielsweise den Namen *Werwolf*. Sie trat unter anderem als Vorband der rechtsextremen Vorzeigeband *Skrewdriver* 1989 in Nieheim (NRW) auf und hatte in den 1990er Jahren zahlreiche Auftritte in den Neuen Bundesländern (vgl. Menhorn 2001: 205, 213ff.). Auf Kleidungsstücken, die in rechtsextremen Kreisen gerne getragen werden, prangen Aufschriften beziehungsweise Markennamen wie *Werwolf Germany* oder (mit falscher Schreibung – wohl um bewusst den Bezug zum Kampf herzustellen) *Wehr-*

wolf.⁶ Im rechtsextremen Fanzine *Feuer & Sturm* (Nr. 10) gibt sich ein Autor ironisch verkleinert das Pseudonym *Werwölfchen*. In derselben Zeitschrift wird Werwolf als Bestandteil von E-Mail-Anschriften genutzt, offensichtlich auch, um die Zugehörigkeit zur rechten Szene über die Anschrift zu verdeutlichen. Die rechtsextreme Black-Metal-Band *Absurd* gab einem Album den Namen *Werwolfthron*.

Schließlich findet der auch heute in manchen ländlichen Gebieten noch bekannte Volksglaube der Wilden Jagd (vgl. Schuppener 1997: 59ff.) einen gewissen Widerhall in der rechtsextremen Szene. So benannte die schon erwähnte Band *Absurd* eine im Jahre 1999 erschienene CD nach der altnordischen Entsprechung *Asgardsrei*.

2.2 Symbole und Riten

Wie schon der Nationalsozialismus, der Elemente aus verschiedenen Mythen traditionen, Religionen und Kulturen zusammenführte, die sich in sein ideologisches Konzept einfügen beziehungsweise für dieses nutzen ließen (vgl. Sünner 1999: 9), so verfügt auch der aktuelle Rechtsextremismus über ein eklektisches Repertoire von Symbolen: Das Hakenkreuz (Swastika) entstammt als altes Glücks- und Sonnensymbol dem indischen Kulturkreis. Da die Abbildung des Hakenkreuzes verboten ist, wird dieses Symbol entweder verfremdet dargestellt oder durch ähnlich aussehende grafische Elemente ersetzt. Hierzu zählt beispielsweise die Verwendung der Triskele, eines ornamentalen Motivs aus drei radialen, gewundenen Linien mit gegebenenfalls magischer Bedeutung, das wohl ursprünglich aus der keltischen Kunst stammend auch im germanischen Bereich zu finden war.

Abbildung 1: Stilisiertes Hakenkreuz



Abbildung 2: Triskele



6 Am 2. April 1945 wurde durch das nationalsozialistische Regime die Bildung einer Untergrundarmee namens Werwolf proklamiert, die bis zum „Endsieg“ weiterkämpfen sollte.

Ebenfalls der keltischen Kulturtradition entnommen ist das so genannte „Keltenkreuz“. Dieses wird in Übereinstimmung mit US-amerikanischen Rechtsextremisten gedeutet als „Symbol für die Überlegenheit der weißen Rasse“.

Abbildung 3: Keltenkreuz



Selbst Symbole aus dem Christentum werden unter Umdeutung rezipiert: Als eine Neuschöpfung in Anlehnung an das Auge Gottes in der christlichen Kunst zierte ein so genanntes Wodansauge die Fahne der *Deutschen Heidnischen Front*.

Als wichtigste grafische Symbole mit mythologischem Bezug können im aktuellen Rechtsextremismus aber wohl die Runen gelten. Die Runen wurden vorwiegend im nordgermanischen Bereich verwendet. Sie besaßen in der germanischen Tradition einen Doppelcharakter, nämlich einerseits als Schrift-, andererseits als magische Zeichen. Hinzuweisen ist dabei allerdings auf die Tatsache, dass Runen in der Regel nur für kürzere Texte gebraucht wurden, wobei es sich häufig um Besitz-, Beschwörungs- oder Weiheinschriften handelte. Die Wortgeschichte zeigt den magischen Charakter der Zeichen. Die Bedeutung des Wortes *Rune* geht auf das semantische Feld „geheime Rede, Geheimnis, Geflüster“ zurück (vgl. Pfeifer 1993: 1149ff.), etymologisch verwandt ist das neuhochdeutsche Wort *raunen*. In der germanischen Mythologie wird den Runen göttliche Herkunft zugeschrieben: In Odins Runenlied im „Havamal“ der Edda wird geschildert, wie Odin quasi in Selbstopferung neun Tage am Baum hängt und unter Schmerzen zum Wissen um die Runen gelangt.

Bereits im Nationalsozialismus fanden Runen im Rahmen der Erberezeption des Regimes breite Verwendung, wovon die doppelte Sigrune als Abzeichen der SS nur den heute noch bekanntesten Fall darstellt (Weiteres u.a. bei Schuppener 2007: 108ff.; Hunger 1984: 99ff.).

Abbildung 4: Sig-Rune



Wie schon im Nationalsozialismus wird auch im rezenten Rechtsextremismus darauf referiert, dass jeder Rune außer ihrer Schriftzeichenfunktion noch eine allgemeinere symboli-

sche Bedeutung zukommt. In diesem Sinne werden Runen häufig in der rechtsextremen Szene verwandt.

So wird die so genannte Algis-Rune (auch Elch-Rune) als Lebensrune gedeutet und ihre Umkehrung (Sturzrune) als Todesrune. Verwendung findet diese Deutung beispielsweise in Familienanzeigen oder bei der Angabe von Lebensdaten in rechtsextremen Publikationen (vgl. Versteckspiel 2005: 15).

Abbildung 5: Algis-Rune

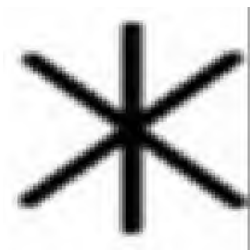


Auch die rechts orientierte *Deutsche Heidnische Front* führt beide Runen auf ihrer Flagge. In einem grafischen Zeichen kombiniert werden Lebens- und Todesrune zur so genannten Hagal-Rune, die esoterisch als Zeichen für das Allumfassende gedeutet wird. Den Namen *Hagal* führt beispielsweise eine rechts orientierte Dresdner Zeitschrift.

Abbildung 6: Fahne der Deutschen Heidnischen Front mit Wodansauge sowie Lebens- und Todesrune



Abbildung 7: Hagal-Rune



Neben der Algis-Rune und ihren Variationen finden auch die Sig-, die Tyr- und die Odal-Rune in der rechtsextremen Szene Verwendung. Die Odal-Rune war das Abzeichen des schon 1961 verbotenen *Bundes nationaler Studenten*, später dann der 1984 verbotenen *Wiking-Jugend* (vgl. Stuhl 2001: 123). Aufgrund dieser Verbote ist die Verwendung der Odal-Rune für Rechtsextremisten nicht ohne Probleme möglich, da juristisch problematisch. Dies bedeutet aber nicht, dass nicht der Name der Rune genutzt werden könnte, so nennt sich eine rechtsextreme Musikgruppe *Odal*.

Abbildung 8: Tyr-Rune



Abbildung 9: Odal-Rune



Die rechtsextreme Adaption der Tyr- und der Algis-Rune reicht mancherorts auch über den szeneeinternen Gebrauch in den öffentlichen Raum hinein:

„Es stehen seltsame Kreuze an den Straßen Vorpommerns. Die Querbalken weisen schräg nach unten, und nach oben laufen sie spitz wie Pfeile zu. Die Kreuze erinnern an Verstorbene, die hier mit ihren Autos an den Straßenbäumen zerschellten – sehr spezielle Verstorbene: Rechtsradikale, die alles Christliche ablehnen und nun auch im Tod nicht mit einem christlichen Symbol belästigt werden wollen. An den Bäumen Vorpommerns stehen immer öfter solche hölzernen Runen. Und im Telefonbuch des Städtchens Anklam wirbt der Dachdecker Mirko Gudath mit einer Lebensrunen für seine Dienste – für jeden Neonazi sofort als Zeichen der eigenen Szene erkennbar. Gudath ist einer der Anführer der rechtsradikalen Kameradschaft Anklam [...].“ (Ramelsberger 2005: 5)

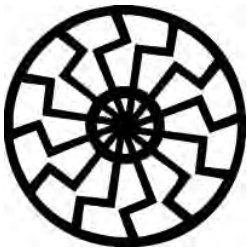
Weiterhin sind die so genannte Wolfsangel sowie ihre Zusammensetzung mit der Tyr-Rune (als solche auch als Gibor-Rune bezeichnet) im Rechtsextremismus präsent (vgl. Versteckspiel 2005: 15). Eine Gruppierung, die auch ein Liederbuch mit einschlägigem Liedgut veröffentlichte, gab sich nach der entsprechenden Rune den Namen *Gibor-Jugend*.

Abbildung 10: Wolfsangel



Besondere Bedeutung im heutigen Rechtsextremismus besitzt schließlich das Symbol der so genannten Schwarzen Sonne (vgl. Sünner 1999: 141ff.). Hierbei handelt es sich um ein Rad, dessen zwölf Speichen aus Sigrunen bestehen. Das Symbol leitet sich aus dem so gestalteten Mosaik im Boden des Obergruppenführersaals der Wewelsburg (südlich von Paderborn) her, die zu NS-Zeiten als SS-Ordensburg diente. Dabei ist zu beachten, dass bei der Anzahl der Runen auch die Zahlensymbolik, die ebenfalls in der germanischen Mythologie verwurzelt ist, eine gewisse Rolle spielt, da die Zahl Zwölf für Vollständigkeit und Macht steht (vgl. Schuppener 1998: 21ff.). Auf der Internetseite des rechtsextremen *Mädlerings Thüringen* wird die Schwarze Sonne, umklammert von der Midgardschlange, als Symbol dargestellt, wobei in der germanischen Mythologie die Midgardschlange, die die Menschenwelt Midgard umfasst, zu den Weltfeinden zählt.

Abbildung 11: Schwarze Sonne



In Anlehnung an die germanische Mythologie gebraucht der rezente Rechtsextremismus nicht nur die Runen als grafische Identifikationszeichen, sondern auch Riten beziehungsweise Kulte mit tatsächlichem oder vermeintlichem germanisch-mythologischem Hintergrund werden von Rechtsextremisten gepflegt: Am bekanntesten und am stärksten nach außen getragen sind wohl die Sonnenwendfeiern (vgl. z.B. Engert 2008: 82). In manchen kleinen Ortschaften Ostdeutschlands gehören derartige Feiern zur Sommer- beziehungsweise Wintersonnenwende inzwischen fast als fester Bestandteil zum dörflichen Kulturleben. Aber auch eine Neuinterpretation des *Things*, der altgermanischen Stammes- und Gerichtsversammlung, ist belegbar, so in Form von Treffen unter dieser Bezeichnung, z.B. das *Mitteldeutsche Jugendthing*, ein Ferienlager für den rechtsextremen Nachwuchs. Schließlich zählen auch Zusammenkünfte, teils auch Konzerte an tatsächlichen oder vermeintlichen germanischen Kult- beziehungsweise Weihestätten zum rituellen Repertoire des rezenten Rechtsextremismus.

3 Funktionen der Mythologie für den Rechtsextremismus

Die Motive für den rechtsextremen Rückgriff auf die Mythologie weisen eine große Bandbreite auf. Oftmals wirken mehrere von ihnen zusammen. Als einzelne Funktionen lassen sich die folgenden identifizieren, wobei hier nicht der Anspruch erhoben wird, dass die Aufzählung vollständig ist:

Eine sehr allgemeine Funktion, die der Rückgriff auf die germanische Mythologie für rechtsextreme Gruppen besitzt, besteht in der bloßen Identitätsstiftung. Erkennbar wird dies beispielsweise daran, dass teilweise eine geschlechtsspezifische Vereinnahmung von Gottheiten erfolgt: So ist die Berufung auf die weiblichen Gottheiten Freyja, Skadi oder auch

auf die im Dienste der Götter stehenden Walküren im Wesentlichen Frauen der rechten Szene vorbehalten. Die Identifizierung durch den Bezug zu Odin beziehungsweise Thor impliziert in vielen Fällen deutlich sichtbar auch die Übertragung der Eigenschaften dieser Gottheiten auf diejenigen, die sich mit ihnen identifizieren. Hier sind es gerade Merkmale von besonderer Männlichkeit, wie Kraft, Gewalt, Macht und Überlegenheit, die besonders herausgestrichen werden und durch die Dedikation den einzelnen Gruppenmitgliedern zukommen sollen.

Dabei ist darauf hinzuweisen, dass die germanischen Gottheiten in ihrer Wahrnehmung auf einige passende Aspekte verengt werden. So erfährt beispielsweise Odins Charakterisierung als Gott der Dichtkunst, die in der mythologischen Tradition durchaus präsent ist, in der Rezeption durch die rechtsextreme Szene de facto keine Beachtung. Die Gottheit wird weitgehend nur als Gott des Krieges und der Gewalt wahrgenommen – oder wie ihn die Gruppe *Landser* (2000) betitelte – als *Lenker der Schlachten*. Thor wird gleichfalls primär rezipiert als Gott der rohen, ungezügelten Gewalt, wie beispielsweise T-Shirt-Beschriftungen wie *Thor Donnergott* oder auch der Bandname *Donnertyrann*, der offenkundig auf Thor/Donar bezogen ist, zeigen.

Die Gewalttätigkeit als Spezifikum der eigenen Gruppe wird in Namen wie *Lokis Horden* deutlich, wobei *Horde* eben nicht irgendeine Konfiguration von Personen bezeichnet, sondern die Konnotation von Wildheit und zügelloser Respektlosigkeit besitzt. Indem diese Gruppe sich zudem Loki weiht, werden auch dessen Attribute der Gewalttätigkeit, Verschlagenheit und List auf die Mitglieder übertragen.

Auch für die Bezugnahme auf die Berserker, so im Namen der Kameradschaft *Berserker Kirtorf*, ist wohl die Schaffung einer eigenen Identität, die sich wesentlich auf dem Gewalttätigen gründet, ausschlaggebend. Das Bekenntnis zur Gewalt ist hier umso eindeutiger und für die Allgemeinheit umso deutlicher erkennbar, als die Redewendung *wüten wie ein Berserker* sehr allgemein bekannt ist und zu den wenigen Phraseologismen gehört, in denen heute noch Spuren germanischer Mythologie nachzuweisen sind.

Dingsymbolisch für die manifeste Gewalt steht auch der Thorshammer Mjöllnir. Der Name impliziert unmäßige Macht und Gewalt und zugleich Unbesiegbarkeit – Eigenschaften, die die betreffenden Personen sich und ihrer politischen Sendung gerne selbst zuschreiben.

Analoges kann für die Referenz auf Gungnir, den Wotansspeer, gelten; und auch die Berufung auf Sleipnir, als achtbeiniges Pferd besonders schnell, beziehungsweise auf die weisen Raben Huginn und Muninn proklamiert Überlegenheit (und im letzteren Falle auch höheres Wissen).

Selbst der einzige nennenswerte Fall einer Bezugnahme auf ein Motiv aus der „niederen Mythologie“, nämlich auf den Werwolf, ist aus der Glorifizierung von Gewalt zu erklären: Werwölfe gelten als Inbegriff des Gefährlichen, Unberechenbaren und Gewalttätigen, wobei die von ihnen ausgehende Gefahr dadurch verstärkt wird, dass ihr Wirken im Dunklen, Verborgenen erfolgt. Hierdurch ist eine Verbindung zu den Idealen rechtsextremer Gruppen deutlich gegeben, wobei der vermeintlich heroische Kampf im Untergrund in der letzten Phase des Zweiten Weltkrieges noch ein weiteres Vorbild darstellt – parallel zum heutigen Kampf rechter Gruppen gegen das demokratische „System“. Wenn also Sympathisanten oder Angehörige der rechtsextremen Szene Kleidungsstücke mit der Aufschrift *Werwolf* tragen oder ihre Autos mit entsprechenden Aufklebern schmücken, so soll die Aufschrift die zugehörige Person charakterisieren, die Eigenschaften des Mythos sollen

sich auf den Kleidungsträger beziehungsweise den Autofahrer übertragen – eine *Translatio*, die bereits seit frühesten Kulturstufen in analogen Formen bekannt ist. Zusätzlich expliziert wird die Intention des gewaltbereiten Handelns durch die falsche Schreibung *Wehrwolf*, in der das erste Wortglied noch einen Anklang an *Wehrmacht* bieten und somit den Rückbezug auch auf das Dritte Reich herstellen soll.

Neben der Propagierung von Gewalt und der Schaffung einer hierauf bezogenen Identität kann die Mythologie auch noch in anderem Sinne zur Identitätsstiftung beziehungsweise Profilierung genutzt werden:

3.1 Musik

Im Bereich der Musik kann man festhalten, dass manche rechtsextreme Band sich der Verarbeitung von Motiven aus der germanischen Mythologie primär deshalb verschrieben hat, um diese Thematik zu ihrem speziellen Merkmal, quasi zum Markenzeichen, zu machen. Als Beispiel sei hier die Band *Absurd* genannt, die in zahlreichen Liedern nahezu das ganze Repertoire germanischer Mythologie anspricht, diese Elemente jedoch immer dezidiert in rechtsextremer (verengter/selektiver) Sichtweise interpretiert und nutzt. Die Lieder der Band, wie z.B. *Asgardsrei*, *Germanien über alles*, *Als die Alten noch jung waren* oder auch *Tod vor Sonnenaufgang* sind durchdrungen von der missbräuchlichen Aneignung germanischer Mythologie.

Aus den Verwendungen germanischer Mythen erkennt man deutlich, dass hierbei eine Erberezeption erfolgt. Bezeichnungen wie *Wotans/Odins Volk*, *Odins Erben*, *Söhne Wotans* zeigen eindeutig, dass man sich in die Nachfolge der Germanen, aber auch der germanischen Götter stellen will. Eigenschaften wie Macht und Gewalt, die den Göttern zukommen, werden über die Namensgebung in Übertragung denjenigen zugeschrieben, die sich mit diesen Benennungen identifizieren. Eine wichtige Funktion ist damit die Selbsterhebung der so bezeichneten Gruppen, die über die Identitätsstiftung hinaus zugleich eine Glorifizierung der eigenen Identität darstellt.

Erberezeption bedeutet aber auch, dass man eine Tradition konstruiert, die auf die Vergangenheit zurückgreift. Vergangenheitsbezogene Argumentationen, aber auch Themen innerhalb des Liedgutes findet man im rechtsextremen Bereich allenthalben. Zwar dominieren bei den Vergangenheitsbezügen solche auf das Dritte Reich, doch lassen sich durchaus auch Bezugnahmen auf die germanische Vergangenheit und die germanische Mythologie belegen. So beginnt das Lied *Ein Krieger* der Gruppe *Nahkampf*, das auch auf der Schulhof-CD der NPD präsentiert wurde, mit folgenden Worten: „Ein Krieger aus alter Zeit...“ Explizit hervorgehoben wird dann der Glaube an die (germanischen) Götter, der das Motiv für das edel- und heldenmütige Handeln des Kämpfers darstellt.

In einem Zusammenhang mit der Erberezeption stehen die Heraushebung und Idealisierung bestimmter Eigenschaften und Tugenden, wie Ehre, Treue, Mut, Furchtlosigkeit, Aufopferungsbereitschaft etc. Über die Hervorhebung dieser Eigenschaften grenzt man sich auch von der Gegenwartskultur ab, in der diese in der Regel nur eine zweitrangige Bedeutung besitzen (vgl. Scholz 2008: 22). Referenzpunkte für solche Tugenden bietet die Mythologie, zugleich bietet sie ihnen auch den Bezugsrahmen. Treue wird – so z.B. im oben genannten Lied *Ein Krieger* – insbesondere auch den Göttern geschworen.

Inwieweit mit der Berufung auf die germanischen Götter auch ein Glaube an diese verbunden ist, lässt sich im Einzelfall nur schwer beurteilen. In der Regel kann man wohl annehmen, dass die Bezugnahme zur germanischen Mythologie weniger Ausdruck einer konkreten Glaubenshaltung, sondern vielmehr Betonung einer Antihaltung, insbesondere in Form einer Ablehnung der Ideale des Christentums und dessen jüdischer Wurzeln darstellt.

Deutlich wird dies in *Walvater Wotan* der Gruppe *Landser*, wo es u.a. im Text lautet:

„Wir wollen Euren Jesus nicht, das alte Judenschwein. Denn zu Kreuze kriechen kann nichts für Arier sein. [...]. Odins Raben wachen und sehen eure Taten. Ein Blitz aus Donars Hammer schlägt in die Kirche ein. Nun fleh zu deinem Judengott, er hört dich nicht, du Christenschwein.“ (Landser. CD Best of Landser. 2001. Textabschrift Polizei)

Ähnlich martialische Texte sind auch von anderen rechtsextremen Bands belegt (vgl. Scholz 2008: 19ff.). Aber auch Aufkleber oder beliebte T-Shirt-Aufschriften wie *Odin statt Jesus* zeugen von diesem Antagonismus (vgl. Ramelsberger 2005: 6).

Selbst ein Bandname wie *Asatru* („Asenglaube“) muss kein eindeutiger Beleg für eine tatsächliche Glaubenshinwendung zu den germanischen Göttern sein, sondern er ließe sich ebenfalls im Sinne einer Antihaltung interpretieren. Allerdings betont die Band im Lied *Wir rufen euch*: „Wir beten euch an [...]“, wobei eindeutig die germanischen Götter gemeint sind.

Auch andernorts finden sich religiöse Elemente in der rechtsextremen Beschäftigung mit der germanischen Mythologie, z.B. in Form von sakraler Sprache. Ein Beispiel hierfür bietet das Gedicht *Der suchende Gott*, das der Autor Marcel N. aus der JVA Zeithain dem rechtsextremen *Freien Rundbrief Dresden* (3/2004) beisteuerte. Dort heißt es beispielsweise in der vierten Strophe:

„Komm Odin, einäugiger Odin
Herr des Kampfes und der Aufopferung
Verwundeter König inspiriere mich
Deine Führung werde mein Sieg.“

Verse wie die folgenden aus einem rechtsextremen Liedtext geben ebenfalls Hinweise darauf, dass mit den germanischen Göttern und der germanischen Mythologie auch gewisse Heilserwartungen verknüpft werden: „Odin, jetzt heißt es siegen oder sterben, Odin, rette uns aus dem Verderben!“ (Standpunkte 2002)

Elemente der Transzendenz sind jedenfalls durchaus nachweisbar in der Gedankenwelt rechtsextremer Kreise. Dies drückt sich in Liedtexten aus, aber auch in Selbstbezeichnungen oder Zeitschriftentiteln. Wenn eine Zeitschrift sich beispielsweise *Bifröst* nennt und damit den Namen des Überganges von der Menschen- zur Götterwelt, von Midgard nach Asgard, im Titel führt, darf dies schon programmatisch gedeutet werden, z.B. im Sinne eines höheren Auftrages, der hinter der rechtsextremen Ideologie steht.

Insbesondere aber auch der Bezug zu Walhall ist hier zu nennen: Der heldenhafte Einsatz für die rechte Sache führt die Kämpfer nach dem Tode in eine Ruhmes- und Weihestätte, an der ein (transzendentes) Weiterleben – und sei es nur in der Erinnerung der Kameraden – garantiert ist. Im bereits angeführten Lied *Ein Krieger* der Band *Nahkampf* heißt es: „Und wird man ihn je besiegen, so nehmen sie [d.h. die germanischen Götter] ihn bei sich

auf.“ Das Motiv des Eingangs der gefallenen Helden nach Walhall wird hier also deutlich dargestellt.

Wenn die sächsische Band *Asatru* neben Liedern wie *Wewelsburg* oder *Germanische Klänge* auf einer CD auch einen Titel *Fylgjur* präsentiert und damit die Fylgien, „die vom Leib der Menschen losgelösten Seelenwesen“ (Simek 1995: 119), besingt, so sind auch hier transzendente Elemente im Gedankengut zu erkennen.

Wichtiges und allgegenwärtiges Motiv, das den Einsatz von Elementen aus der nordgermanischen Mythologie motiviert, ist also die Ablehnung des Christentums.⁷ Der biologisch-sozialdarwinistischen Ideologie des Neonazismus, in der sich allein der Stärkste durchsetzt, sind wesentliche Grundgedanken des Christentums, wie beispielsweise die Feindesliebe, aber auch Momente der so genannten Caritas, der Hinwendung zu Schwachen und Kranken, einschließlich der Behinderten und gesellschaftlich am Rande Stehenden, zuwider. Hinzu kommt, dass man das Christentum aus antisemitischer Grundhaltung heraus als jüdische Religion auffasst und dementsprechend ablehnt. Der „artgemäße“ Glaube kann daher nur eine Religion der Stärke sein, wofür wesentliche Bestandteile der nordgermanischen mythologischen Überlieferung, in der es um den Triumph von Gewalt und Macht, die Durchsetzung des Stärkeren beziehungsweise Listigeren und um die Verherrlichung des Helden und Kampfes geht, die geeignete Schablone bieten. In Analogie soll sich die germanische Götterwelt mit Gewalt gegen das Christentum durchsetzen, wie es die Gruppe *Kroizfoier* im Lied *Den Göttern nah* martialisch formuliert, wenn sie Donar/Thor huldigt: „Herr über Donner, Blitz und Regen. Dein Hammer soll das Kreuz zerschlagen.“ (Kroizfeuer: CD Blut für Blut. 1999. Textabschrift Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen) Ebenso plastische Fantasien für den gewaltsamen Kampf gegen das Christentum finden sich auch im Lied *Wikinger* der Gruppe *Division Wiking*, wobei diese noch verbunden sind mit einem programmatischen Bekenntnis der zugrunde liegenden Weltanschauung: „Odin-Wotan opfern wir nur das Christenblut. Nur der Starke lebt, und der Schwache fällt.“ (Division Wiking: CD Abschaum der Nation. 1997. Textabschrift Polizei)

3.2 Substitution christlicher Symbole

Die Verwendung von Runen zur Substitution christlicher Symbole beziehungsweise die Neuschöpfung von vermeintlich germanisch-mythologischen Analoga wie dem Wotansauge haben ferner die Funktion, das Christentum gleichfalls symbolisch zu eliminieren. An die Stelle des Kreuzes beispielsweise tritt die Schwarze Sonne, die als Symbol des Heils, der Erneuerung und der Wiedergeburt nach den Ragnarök, dem Untergang des bestehenden Systems, verstanden wird (vgl. Scholz 2008: 24). Ebenso erfolgt eine Ersetzung beziehungsweise Umdeutung christlicher Feste durch tatsächlich oder vermeintlich germanische Traditionen: Dies gilt für die Ersetzung von Weihnachten durch das germanische Mittwinterfest (Julfest) oder auch die Motivierung von Ostern als germanisch begründet durch die (wohl vermeintliche) Frühlingsgöttin Ostara.⁸ Selbst überkommene Redewendungen wie

7 Zu den einzelnen Gruppierungen und ihren Argumentationen gegen das Christentum vgl. Christiansen et al. 2006: 169ff.

8 Es soll hier jedoch nicht bestritten werden, dass auch bei den Germanen der Frühlingsanfang kultisch begangen wurde. Vgl. auch Udolph 1999: 20ff.

Gott sei Dank werden germanisch-mythologisch modifiziert in *Odin sei Dank* (vgl. Gerdes 2008: 55).

Der Bezug auf Mythologisches kann auch indirekte programmatische Aussagen beinhalten, die auf den ersten Blick nicht erkennbar sind: Ziel rechtsextremer Gruppen ist – in welcher konkreten Form auch immer – die Wiederherstellung eines nationalistischen Führerstaates und eines Großdeutschen Reiches (so beispielsweise formuliert als „[...] und das Reich wird neu erstehn“ in der neu erdichteten vierten Strophe des Deutschlandliedes im Liederbuch der deutschen Gibor-Jugend). Gerade diese quasi-religiöse Vorstellung der Wiederauferstehung lässt sich auch durch Elemente der Mythologie ausdrücken: Zunächst sei hier die Frühlingsgöttin Ostara erwähnt. Diese wird nicht nur dezidiert gegen das Christentum gesetzt, indem sie als eigentlicher Hintergrund des Osterfestes gesehen wird, sondern sie personifiziert auch das Neue, das Überwinden des Niederganges.

3.3 Endzeitmotiv Ragnarök

Deutlich martialischer und zwar im Sinne einer gewaltsamen „nationalen Revolution“, wird die Zielsetzung der Überwindung des demokratischen Systems ausgedrückt durch den Rückgriff auf die Ragnarök. In der nordgermanischen Mythologie stellen die Ragnarök („Götteruntergang“) den Kampf der Götter gegen die Weltfeinde dar, in dem beide Seiten untergehen. Aus der völligen Vernichtung alles Bestehenden geht dann eine neue Welt mit einem neuen Göttergeschlecht hervor. Sehr deutlich wurde diese Vorstellung beispielsweise bei einem rechtsextremen Laden in Reichenbach im Vogtland, der den Namen *Ragnarök* führte, der überdies ergänzt wurde durch den programmatischen Satz *und eine neue Zeit beginnt*.⁹ Die Ragnarök aus der germanischen Mythologie dienen also als Chiffre für den geplanten gewaltsamen Umsturz zur Ablösung des pluralistisch-demokratischen Systems.

Auf die Ragnarök referierte implizit auch der rechtsextreme Anwalt Horst Mahler, wenn er in einem offenen Brief an Michel Friedman von einer „Götzendämmerung“ des jüdischen Kapitals sprach (vgl. Fromm/Kernbach 2001: 77), handelt es hierbei doch um ein Wortspiel mit der Wagnerschen Übertragung des Wortes *Ragnarök* als „Götterdämmerung“. Auch hier stehen die Ragnarök für die Beseitigung des derzeitigen politisch-ökonomischen Systems.

An diesem Endkampf in der Mythologie auf Seiten der Götter (= des Guten) gegen die Weltfeinde (= das Schlechte) beteiligt sind die so genannten Einherier, bewährte, tapfere menschliche Kämpfer, die zuvor ihren Tod auf dem Schlachtfeld gefunden haben und von dort von den Walküren nach Walhall gebracht wurden, wo sie sich, gepflegt von den Walküren, auf den Endkampf mit den Weltfeinden vorbereiten. Insofern stellt auch die Selbstbezeichnung von Rechtsextremen als *Einherier/Einherjer* (z.B. als Bandname) eine programmatische Äußerung dar (vgl. Süner 1999: 186), drückt sie doch die Bereitschaft zum gewaltsamen Endkampf gegen die Demokratie (= die Weltfeinde) aus, aber auch die Idealisierung des Todes im Kampfe. Vergleichbare Inhalte transportiert ebenso die bei weiblichen Rechtsextremisten beliebte Selbstbezeichnung als *Walküre*.

Ähnlich manchen religiösen Bewegungen findet somit in Teilen des Rechtsextremismus eine Endzeitstimmung Ausdruck, wobei diese Endzeit verstanden wird als bevorste-

9 Information auf der kommunalpolitischen Fachkonferenz „Vernetzung gegen Rechts“ der Friedrich-Ebert-Stiftung in Leipzig am 11./12. 3. 2005.

hende gewaltsame Ablösung beziehungsweise als notwendiger Untergang des bestehenden demokratischen Systems. Propagiert wird dies beispielsweise in Musik rechter Bands, wovon Titel wie *Dämmerung* (1996, gemeint sind die Ragnarök) der Gruppe *Chaoskrieger* oder *Walhalla ruft!* (1995) der Gruppe *Nordwind* zeugen (vgl. Farin/Flad 2001: 58ff.).

3.4 Zusammenfassung

Es ist also durchaus berechtigt, der Adaption der germanischen Mythologie, insbesondere mit Blick auf Sinn und Identität suchende Jugendliche und Heranwachsende, sinnstiftende Funktion zuzuschreiben. Die Bezugnahme auf die germanische Vergangenheit und zugleich deren Verklärung suggerieren eine stilisiert harmonisch geordnete Welt mit klaren Strukturen, deren Überschaubarkeit gerade das kontrastiert, was Pluralismus und globalisierte Welt nicht zu bieten vermögen. Eine eklektische Auswahl aus der historischen germanischen Mythologie übernimmt letztbegründende und den Sinn des Daseins motivierende Funktionen, die sonst speziell Religionen zukommen (Einiges dazu u.a. bei Jennerjahn 2006: 59ff.). Ob das weitgehend religiöser Bindungen beraubte Ostdeutschland davon besonders betroffen ist, wie bisweilen behauptet (z.B. Staud 2006: 171), scheint zwar plausibel, bliebe aber empirisch zu belegen.

Ein Faktum ist jedoch, dass weit über die rechtsextreme Szene hinaus Esoterisches und Überkommenes aus einer schon recht weit entrückten Vergangenheit Aufmerksamkeit findet. Ausdruck dessen sind die Mittelaltermärkte, Stände mit Angeboten mit mittelalterlicher Aura, die sich auf nahezu jedem größeren Jahrmarkt, aber auch auf Weihnachtsmärkten finden, das sich entfaltende Spektrum von Publikationen und Periodika über Mythologie und Heidentum historischen und pseudohistorischen Inhaltes, die Beschäftigung mit Hexen, Magie und Zauber und ähnlichem. Die hierin erkennbare Faszination für das Alte und Geheimnisvolle kann rechtsextremen Kreisen als Chance dienen, auf zunächst scheinbar unpolitischem Feld Sinnsuchende anzusprechen.¹⁰ Zudem vermag man sich in verbreitete Strömungen der Kultur- und Gesellschaftskritik (auch in Form von Kapitalismus- und Globalisierungskritik) einzubetten, um auch auf diese Weise nach Alternativen suchende Menschen zu erreichen.

Trotz des weit verbreiteten Interesses für die Vergangenheit sind die Kenntnisse über germanische Mythen in der deutschen Gegenwartsgesellschaft marginal. Hieraus resultiert ein weiteres Motiv für den rechtsextremen Zugriff auf germanische Mythologie. Auf diese Weise gelingt es nämlich, dass sich Rechtsextremisten als Träger elitären Wissens gerieren können. Die verbreitete Unkenntnis über germanische Mythologie erlaubt ebenso eine Verwendung der Runen als Chiffren, die einerseits als Erkennungs-, andererseits als Geheimzeichen für rechtsextreme Gruppen dienen können. Vereine wie *Die Artgemeinschaft – Germanische Glaubens-Gemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung e.V.*, die vom Namen her zunächst nur als bloße neuheidnische Interessengruppen erscheinen, können vor diesem Hintergrund als Tarnorganisationen rechtsextremer Kreise dienen, nimmt doch der bekannte Rechtsextremist Jürgen Rieger den Vorsitz dieses Vereines ein. Die *Artgemeinschaft* unterscheidet sich von anderen neuheidnischen Gruppen darin, dass sie nicht eine reine Wiederbelebung der germanischen Mythologie anstrebt, sondern ihr Zweck besteht

¹⁰ Zugleich diskreditiert der rechtsextreme Zugriff auf diese Bereiche die ideologisch nicht rechtsextreme Befassung mit solchen Themen.

darin, neben dem Rückbezug auf einen vermeintlichen germanischen Glauben im Sinne der Mythologie eine nach dem Führerprinzip gelenkte Volksgemeinschaft zu propagieren und zugleich eine Vernetzung rechtsextremer Gruppen zu leisten (vgl. Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2006: 50).

Die Funktionen germanischer Mythologie als Mittel der Geheimhaltung nach außen und zugleich als szeneeinternes programmatisches Erkennungszeichen der Zugehörigkeit spiegeln sich auch in Pseudonymen im Internet wider: Götternamen sind dort auf rechtsextremen Foren allerorten zu finden.

Die wichtigste Funktion, die der Nutzung germanischer Mythologie im Rechtsextremismus zukommt, ist jedoch ohne Zweifel, dass auf diese Weise Bezugnahmen auf das Dritte Reich und die Ideologie des Nationalsozialismus möglich sind, ohne dass damit in der Regel juristische Probleme verbunden wären. Mythologie darf als Kulturgut gelten, das nicht verboten werden kann. Das Alter der Mythen kann zudem zu einer vermeintlichen Legitimation der rechtsextremen Weltanschauung herangezogen werden. Wesentliche Grundelemente der nationalsozialistischen Ideologie lassen sich aber durch eine (sehr stark verkürzte und damit verfälschende) Rezeption germanischer Mythen transportieren. Hierzu gehört insbesondere die sozialdarwinistische Sichtweise der Geschichte, indem aus der Mythologie der Schluss gezogen wird, dass sich allein der Stärkere durchsetzt und überlebt. Hiermit verbunden ist die Idealisierung von Krieg und Kampf (vgl. Scholz 2008: 23).

Somit dient die Mythologie dazu, ein neues Gesellschaftssystem unter Überwindung bisheriger Verhältnisse zu postulieren, und zwar mit Rückkehr in die vermeintlich glorreiche Vergangenheit. Darunter wird in rechtsextremen Kreisen eindeutig das Dritte Reich verstanden, für das die germanische Vergangenheit und die germanischen Mythen nur als Chiffren stehen.

Zu der durch germanische Mythologie vermittelten, das heißt indirekten Referenz auf den Nationalsozialismus ist auch zu rechnen, dass über einen mythischen Heldenkult auf dem Wege einer Gleichsetzung von den Soldaten der Wehrmacht beziehungsweise nationalsozialistischen Führungspersonlichkeiten einerseits und Gestalten der germanischen Mythologie, wie z.B. den Einheriern, andererseits eine Verherrlichung und Idealisierung des Dritten Reiches und des Zweiten Weltkrieges erfolgen kann.

Zumindest erwähnt werden sollte abschließend noch das Faktum, dass der Verkauf von allerlei – mehr oder minder fantasievollen – Produkten zur germanischen Mythologie auch zur Finanzierung rechtsextremer Strukturen beiträgt. Einschlägig bedruckte Mode, Aufkleber, Schmuckstücke, aber auch Statuen germanischer Götter, Publikationen zur germanischen Mythologie und so weiter sind in rechtsextremen Läden oder auch im rechtsextremen Versandhandel erhältlich (vgl. Christiansen et al. 2006: 149). Das breite Angebot deutet auf entsprechende Nachfrage hin.

3.5 Ursachen und mögliche Gegenstrategien

Vereinnahmung und Missbrauch germanischer Mythologie im Rechtsextremismus leben davon, dass diese Thematik bis heute im öffentlichen Bewusstsein kaum präsent oder gar tabuisiert ist. Fehlende Kenntnisse in einer breiten Öffentlichkeit ermöglichen es Rechtsextremisten insbesondere, ohne nennenswerten Widerspruch Gehalte der germanischen Mythologie für ihre Ziele entsprechend aus- beziehungsweise umzudeuten.

Sieht man von wenigen Ausnahmen ab, spielt die germanische Mythologie als Thema in Schulen oder auch an Universitäten keine Rolle. Erwähnungen in Lehrplänen (so z.B. in Sachsen) sind de facto rein proklamatorischer Natur. Weder im Bereich der Germanistik noch in der Religionswissenschaft oder auch in der Geschichtswissenschaft wird in nennenswertem Maße Wissen über germanische Mythologie vermittelt. Die Vereinnahmung von germanischer Mythologie im Nationalsozialismus wird auch in der Ausbildung angehender Lehrkräfte an allgemein bildenden Schulen nicht thematisiert. Dies gilt sowohl für deren akademische Ausbildung als auch für Weiterbildungsangebote. Insofern stehen Lehrerinnen und Lehrer der rechtsextremen Rezeption germanischer Mythologie weitgehend kenntnis- und somit hilflos gegenüber. Dies beginnt bei Aufschriften auf Kleidungsstücken und gilt ebenso für Publikationen oder für Musik, die von Schülern gehört wird. Eine Diskussion mit Jugendlichen, die Umdeutungen, selektiven Ausdeutungen oder Vereinnahmungen der germanischen Mythologie fundiert entgegneten kann, ist auf dieser Grundlage nicht möglich. Dies gibt rechtsextremen Ideologen die Deutungshoheit über diesen Bereich des kulturgeschichtlichen Erbes.

Mangelnde Kenntnisse und auch Berührungängste aufgrund der gesellschaftlichen Tabuisierung der Thematik stellen aber auch außerhalb des Bildungswesens, so z.B. in der Jugendarbeit oder in der politischen Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus, Ursachen dafür dar, dass eine dezidierte und engagierte Befassung mit germanischer Mythologie kontrastiv zu deren Ausdeutung im Rechtsextremismus nirgends erfolgt.

Eine aktive Gegenstrategie, die nicht allein auf bloße Repression und Tabuisierung setzt, bedarf aber gerade der intensiven, auch fachlich fundierten Auseinandersetzung mit der Thematik der germanischen Mythologie. Dies bedeutet, dass Kenntnisse über die Kultur der Germanen, zu der auch die Mythologie als ein zentraler Aspekt gehört, in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen verstärkt vermittelt werden müssten. Wesentlicher Bestandteil sollte dabei die Aufklärung über den Missbrauch der Thematik im Nationalsozialismus und im rezenten Rechtsextremismus sein, ohne jedoch einer Beschäftigung mit dem Germanentum und der germanischen Kultur per se eine negative moralische Konnotation zu geben.

Vielmehr erscheint es sinnvoll, darüber aufzuklären, dass in der Tat germanische Volksstämme und deren Kultur einen Bestandteil der deutschen (Früh-)Geschichte darstellen, sie jedoch nur eine kulturelle Wurzel neben vielen weiteren (keltischen, slawischen, griechisch-römischen, christlich-jüdischen) Einflussfaktoren bilden, die zur Ausprägung unserer heutigen Kultur beitrugen. In diesem Zusammenhang ist insbesondere auch auf die problematische Annahme einer (im Rechtsextremismus heute in der Regel ebenso wie bereits im Nationalsozialismus unhinterfragt vorausgesetzten) Identität von germanischer Mythologie und Kultur im Allgemeinen und nordgermanischer Überlieferung im Besonderen hinzuweisen.

Vor dem Hintergrund fundierteren Wissens ließe sich recht leicht nachweisen, dass die rechtsextreme Rezeption von Mythen, speziell von germanischer Mythologie, aber auch von germanischem Kulturerbe insgesamt, lediglich sehr selektiv ist und wesentliche Aspekte ausblendet (vgl. auch Scholz 2008: 25). Hierzu gehören insbesondere die historischen Kontextbedingungen, unter denen die betreffenden Mythen entstanden. Die Betonung von Stärke, Kraft und Gewalt ist im Übrigen nichts Spezifisches für die Germanen, sondern vielen frühen Kulturen eigen und zumindest zu einem guten Teil aus deren prekären Lebensumständen zu erklären.

Ebenso wäre es auf einer solchen Basis möglich, zahlreiche inhärente Widersprüche im ideologischen Konglomerat der extremen Rechten aufzudecken, von denen hier nur einige wenige genannt seien: Zwar kann die Ethnisierung sozialer Beziehungen als wesentliches Element rechtsextremer Weltanschauung gelten, und sie gehört ohne Zweifel zu den Hauptstoßrichtungen rechtsextremer politischer Propaganda (z.B. gegen Ausländer, Asylanten etc.), solche ethnischen Aspekte lassen sich aus der historisch überlieferten germanischen Mythologie jedoch nicht ableiten. Ethnische Fragen spielten hier nämlich überhaupt keine Rolle. Vergleichbares gilt für eine vermeintliche Ausdeutbarkeit der germanischen Mythologie im Sinne sozialdarwinistischer Prinzipien. Wenngleich Kraft, Stärke und Männlichkeit ebenso wie Kampf und Krieg in der germanischen Mythologie große Bedeutung besitzen, so ist doch eine Fokussierung der germanischen Mythen-Überlieferung allein auf diese Aspekte eine Verkürzung, bleiben auf diese Weise Gestalten wie Balder oder auch die Tatsache ausgeblendet, dass der Krieg zwischen den Göttergeschlechtern der Asen und Vanen nicht mit Sieg und Niederlage, insbesondere nicht mit dem Untergang des Schwächeren, endet, sondern vielmehr mit einem Ausgleich und Friedensschluss.

Eine dezidierte Auseinandersetzung mit der Traditionsaneignung im heutigen Rechtsextremismus böte überdies auch die Chance, generell über Erberezeption und die Konstruktion von Geschichte in Vergangenheit und Gegenwart sowie speziell in der Politik nachzudenken. Dies ermöglichte einen kritischeren und kompetenteren Blick auf derartige Phänomene, auch im Sinne einer aufgeklärteren Sicht auf Politik und Ideologien insgesamt.

4 Fazit

Mit der germanischen Mythologie hat sich der rezente Rechtsextremismus ein in nahezu jeder Hinsicht ideales Themenfeld erschlossen, dessen Vereinnahmung und Umdeutung es erlaubt, zentrale Botschaften rechtsextremer Ideologie zu vermitteln, ohne unmittelbare juristische Folgen befürchten zu müssen. Die Inhalte germanischer Mythologie werden rassistisch-sozialdarwinistisch auf die Glorifizierung von Kampf und gewaltsamer Durchsetzung des Rechtes des Stärkeren verengt. Zwar ist diese Form der Erbeaneignung eklektizistisch, indem sie allein passende Elemente der Mythologie betont und zugleich alle anderen kulturellen Einflüsse auf Mitteleuropa ausblendet, doch mangels Kenntnissen in breiten Teilen der Bevölkerung besteht kaum Gefahr, dass derartige missbräuchliche Deutungen thematisiert und der extremen Rechten argumentativ entgegengehalten würden.

Darüber hinaus bietet die Mythologie die Möglichkeit einer geeigneten Identitätsstiftung, wobei diese Identität sich als Gegenentwurf zur pluralistischen Gesellschaft versteht. Die Antihaltung, die über die Adaption der Mythologie propagiert wird, richtet sich insbesondere gegen das Christentum, das als nicht artgemäße Religion der Schwäche abgelehnt wird.

Nicht zu unterschätzen ist auch die Rolle, die das Wiederaufgreifen der germanischen Mythologie im Rahmen der Erlebniswelt Rechtsextremismus spielt, indem sie in rechtsextremen Publikationen und rechtsextremer Musik prominent verarbeitet wird.

Aktive Gegenstrategien gegen diesen Missbrauch der germanischen Mythologie sind nur vorstellbar in Form von verstärkter Aufklärung und Vermittlung von Wissen über dieses Kulturgut, um auf diese Weise der extremen Rechten das Deutungsmonopol über germanische Mythologie und damit die Möglichkeit zu deren Instrumentalisierung zu entziehen.

Literatur

- Bitzan, Renate (2002): Frauen in der rechtsextremen Szene. In: Grumke, Thomas/Wagner, Bernd (Hg.): Handbuch Rechtsradikalismus. Personen – Organisationen – Netzwerke vom Neonazismus bis in die Mitte der Gesellschaft. Opladen. 87-104.
- Brodkorb, Mathias/Schmidt, Thomas (2002): Gibt es einen modernen Rechtsextremismus? Das Fallbeispiel Mecklenburg-Vorpommern. Schwerin.
- Christiansen, Ingolf/Fromm, Rainer/Zinser, Hartmut (2006): Brennpunkt Esoterik. Okkultismus, Satanismus, Rechtsradikalismus. Hamburg.
- Engert, Marcus (2008): Sprache des Rechtsextremismus – Merkmalsbestimmung auf der Grundlage der sprachlichen Analyse von vier sächsischen Magazinen. In: Schuppener, Georg (Hg.): Sprache des Rechtsextremismus. Spezifika der Sprache rechtsextremistischer Publikationen und rechter Musik. Leipzig. 78-95.
- Eschebach, Insa/Thye, Elke (1995): Die Religion der Rechten. Völkische Religionsgemeinschaften – Aktualität und Geschichte. Dortmund.
- Fahr, Margitta-Sybille (2004): Heimlicher Runenzauber. Symbolsprache und Kennzeichen der Rechten. In: Gertoberens, Klaus (Hg.): Die braune Gefahr in Sachsen. Personen, Fakten, Hintergründe. Dresden.
- Fahr, Margitta-Sybille (2005): Spirit of 88. Rechtsextreme Zeichen und Symbole. Erfurt.
- Farin, Klaus/Flad, Henning (2001): Reaktionäre Rebellen. Rechtsextreme Musik in Deutschland. In: Archiv der Jugendkulturen (Hg.): Reaktionäre Rebellen. Rechtsextreme Musik in Deutschland. Berlin. 9-98.
- Fromm, Rainer/Kernbach, Barbara (2001): Rechtsextremismus im Internet. Die neue Gefahr. München.
- Gerdes, Gesche (2008): Die Sprache im rechtsextremen Fanzine „Der Foiersturm“. In: Schuppener, Georg (Hg.): Sprache des Rechtsextremismus. Spezifika der Sprache rechtsextremistischer Publikationen und rechter Musik. Leipzig. 50-58.
- Grumke, Thomas/Wagner, Bernd (Hg.) (2002): Handbuch Rechtsradikalismus. Personen – Organisationen – Netzwerke vom Neonazismus bis in die Mitte der Gesellschaft. Opladen.
- Heller, Friedrich Paul/Maegerle, Anton (1998): Thule. Vom völkischen Okkultismus bis zur Neuen Rechten. Stuttgart.
- Hundseder, Franziska (1998): Wotans Jünger. Neuheidnische Gruppen zwischen Esoterik und Rechtsradikalismus. München.
- Hunger, Ulrich (1984): Die Runenkunde im Dritten Reich. Ein Beitrag zur Wissenschafts- und Ideologiegeschichte des Nationalsozialismus. Frankfurt/M./Bern/New York/Nancy.
- Jennerjahn, Miro (2006): Neue Rechte und Heidentum. Zur Funktionalität eines ideologischen Konstrukts. Frankfurt/M./Berlin/Bern/Brüssel/New York/Oxford/Wien.
- Korgel, Lorenz/Borstel, Dierk (2002): Rechtsextreme Symbolik und Kleidung im öffentlichen Raum. Bestandsaufnahme und Handlungsstrategien. In: Grumke, Thomas/Wagner, Bernd (Hg.): Handbuch Rechtsradikalismus. Personen – Organisationen – Netzwerke vom Neonazismus bis in die Mitte der Gesellschaft. Opladen. 213-228.
- Lohmann, Juliane (2008): Die Sprache des Rechtsextremismus am Beispiel des Fanzines „Sachsens Glanz“. In: Schuppener, Georg (Hg.): Sprache des Rechtsextremismus. Spezifika der Sprache rechtsextremistischer Publikationen und rechter Musik. Leipzig. 26-37.
- Menhorn, Christian (2001): Skinheads: Portrait einer Subkultur. Baden-Baden.
- Innenministerium Nordrhein-Westfalen (2006): Musik – Mode – Markenzeichen. In: Innenministerium Nordrhein-Westfalen (Hg.). Rechtsextremismus bei Jugendlichen. Düsseldorf.
- Pfeifer, Wolfgang (Hg.) (1993): Etymologisches Wörterbuch des Deutschen. 2 Bände. Berlin.
- Pfeiffer, Thomas (2002): Publikationen und Verlage. In: Grumke, Thomas/Wagner, Bernd (Hg.): Handbuch Rechtsradikalismus. Personen – Organisationen – Netzwerke vom Neonazismus bis in die Mitte der Gesellschaft. Opladen. 105-115.

- Ramelsberger, Annette (2005): Erkundungen in Ostdeutschland. Essay. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 42. 3-8.
- Schnurbein, Stefanie von (1992): Religion als Kulturkritik. Neugermanisches Heidentum im 20. Jahrhundert. Heidelberg.
- Scholz, Volker (2008): Rechtsextremismus und Mythologie aus Sicht des Verfassungsschutzes. In: Schuppener, Georg (Hg.): *Sprache des Rechtsextremismus. Spezifika der Sprache rechtsextremistischer Publikationen und rechter Musik*. Leipzig. 18-25.
- Schuppener, Georg (1997): Zwischen den Jahren. Bräuche und Vorstellungen in den heiligen zwölf Nächten. In: Schuppener, Georg/Tetzner, Reiner (Hg.): *Kultur und Mythos. Beiträge zum Projekt „Dichtung und Erfahrung – Mythen als Mittel der Verständigung“*. Leipzig. 53-70.
- Schuppener, Georg (1998): Bedeutende Zahlen in der germanischen Mythologie. In: Schuppener, Georg/Tetzner, Reiner (Hg.): *Glaube und Mythos*. Leipzig. 9-29.
- Schuppener, Georg (2007): Spuren germanischer Mythologie in der deutschen Sprache. Namen, Phraseologismen und aktueller Rechtsextremismus. Leipzig.
- Schuppener, Georg (Hg.) (2008): *Sprache des Rechtsextremismus. Spezifika der Sprache rechtsextremistischer Publikationen und rechter Musik*. Leipzig.
- Simek, Rudolf (1995): *Lexikon der germanischen Mythologie*. Stuttgart.
- Standpunkte (2002): *Erziehung für Demokratie – gegen Rechtsextremismus*. CD-ROM herausgegeben vom Berliner Landesinstitut für Schule und Medien (LISUM). Berlin.
- Staud, Toralf (2006): Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD. In: *Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung* 566. Bonn.
- Stöss, Richard (2000): *Rechtsextremismus im vereinten Deutschland*. Berlin.
- Stuhl, Frauke (2001): Ich weiß nicht, was soll es bedeuten ... Die Symbolik der extremen Rechten. In: *Archiv für Jugendkulturen* (Hg.): *Reaktionäre Rebellen. Rechtsextreme Musik in Deutschland*. Berlin. 117-130.
- Sünner, Rüdiger (1999): *Schwarze Sonne. Entfesselung und Missbrauch der Mythen in Nationalsozialismus und rechter Esoterik*. Freiburg.
- Tauber, Kurt P. (1967): *Beyond Eagle and Swastika. German Nationalism Since 1945*. 2 Bände. Middletown.
- Udolph, Jürgen (1999): *Ostern. Geschichte eines Wortes*. Heidelberg.
- Sächsisches Staatsministerium des Innern/Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (2003): *Verfassungsschutzbericht Freistaat Sachsen 2003*. Dresden.
- Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2006. Pressefassung. Düsseldorf.
- Versteckspiel (2005): *Lifestyle, Symbole und Codes von neonazistischen und extrem rechten Gruppen*. Berlin.
- Wagner, Bernd (2002): Kulturelle Subversion von rechts in Ost- und Westdeutschland: Zu rechtsextremen Entwicklungen und Strategien. In: Grumke, Thomas/Wagner, Bernd (Hg.): *Handbuch Rechtsradikalismus. Personen – Organisationen – Netzwerke vom Neonazismus bis in die Mitte der Gesellschaft*. Opladen. 13-28.

Übernahme von Ästhetik und Aktionsformen der radikalen Linken – Zur Verortung der „Autonomen Nationalisten“ im extrem rechten Strategiespektrum

Jan Schedler

1 Einleitung

Spätestens seit den Ausschreitungen am 1. Mai 2008 in Hamburg sind sie bundesweit Thema: auf Demonstrationen häufig verummumt und militant in einem schwarzen Block und auch im Alltag in Habitus und Agitation auf den ersten Blick kaum von der radikalen Linken zu unterscheiden, agieren Teile der neonazistischen Szene seit 2002 unter dem Label *Autonome Nationalisten* (AN). Inzwischen bestimmt dieser sich besonders radikal und militant gerierende Flügel der *Freien Kameradschaften* bei zahlreichen Aufmärschen das Bild, Tendenz steigend.

Deutlich aktionsorientiert, definiert sich diese neue Generation von Neonazis vor allem über ihre Abgrenzung von der etablierten extremen Rechten, insbesondere der als reformistisch – teilweise auch reaktionär – verachteten NPD. Zentrales Merkmal ist die Übernahme und Anpassung der Symbolik und Aktionsformen der linken Autonomen. Auftreten, Kleidung und Habitus sind zum Teil bis ins Detail dem politischen Gegner entlehnt, die Agitation von antikapitalistischer Phraseologie bestimmt. Gezielt wird versucht, sich jugendkulturell zeitgemäß zu präsentieren und thematisch bislang eher von der Linken bestimmte Politikfelder zu besetzen.

Im Mittelpunkt der Analyse steht hier das strategische Konzept der *Autonomen Nationalisten*, mittels einer Entlehnung und extrem rechten Re-Kodierung von Ästhetik, aber auch einer versuchten Übernahme der politischen Praxis der radikalen Linken, sowohl deutlich an Attraktivität für Jugendliche zu gewinnen wie auch begrenzt die eigene politische Handlungsfähigkeit auszuweiten. Wie gestaltet sich die politische Strategie der *Autonomen Nationalisten*? Welche Bedeutung kommt diesem Teil der extremen Rechten gegenwärtig zu, wie ist die weitere Entwicklung einzuschätzen?

Während die *Autonomen Nationalisten* erst nach den Ereignissen von Hamburg einer breiteren Medienöffentlichkeit bekannt geworden sind, fanden sie bereits vor mehreren Jahren Eingang in die Verfassungsschutzberichte verschiedener Bundesländer. Das Bundesamt für Verfassungsschutz veröffentlichte im Mai 2007 eine erste Studie, deren Untertitel „Eine militante Randerscheinung“ (BfV 2007) zwar die gewalttätige Ausrichtung betonte, aber vor allem andeutete, dass man dem ganzen keine große Bedeutung zumaß. Doch bereits ein Jahr später warnte Heinz Fromm, Präsident des Bundesamts, angesichts des 1. Mai 2008 in Hamburg vor einer „Entwicklung, die man sehr genau im Auge behalten muss“ (Wittrock 2008). Die Wissenschaft entdeckte das Thema ebenfalls erst spät (vgl. Menhorn 2008).

2 Entstehungsgeschichte

Um die Genese der Autonomen Nationalisten zu erklären, ist ein kurzer Rückblick auf die neuere Entwicklung der neonazistischen Szene hilfreich. Zu Beginn der 1990er Jahre wurden zahlreiche extrem rechte und insbesondere explizit neonazistische Organisationen wie die Nationale Liste (NL), Nationale Offensive (NO), Deutsche Alternative (DA) und insbesondere die Nationalistische Front (NF) sowie die Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP) verboten.

Der wesentlichen Elemente ihrer Organisationsstruktur beraubt, setzte in der Folge ein Diskussionsprozess über die zukünftig zu verfolgende organisatorische Ausrichtung ein. Aus der Erfahrung der Repression heraus versuchte man, neue Wege zu beschreiten. Bereits im März 1994 sprach ein FAP-Funktionär angesichts eines drohenden Verbots der FAP davon, man werde in diesem Fall „autonome Strukturen“ ohne Mitgliedschaften und feste Organisationsformen bilden, um staatlicher Repression zu entgehen (vgl. Spreuk 2005). Tatsächlich reagierten viele Neonazigruppen mit einer Abkehr von den traditionellen Strukturen der bislang vor allem in Parteien und parteiähnlichen Vereinigungen organisierten Szene. Stattdessen organisierte man sich in kleinen, lose strukturierten Gruppen auf lokaler Ebene, den *Kameradschaften*. Sich politisch einer Gruppe zuzuordnen, ganz ohne „einen Mitgliedsausweis oder ein Parteibuch in der Tasche zu haben“, war für altgediente Neonazis ein „geradezu revolutionärer Gedanke; vielen erschien er hart an der Grenze zu völliger Auflösung, zu Anarchie“, so Christian Worch im Rückblick (Worch 2005: 4).

Nichtsdestotrotz waren und sind diese zumeist mittels moderner Kommunikationsmittel gut vernetzt und koordinieren ihre politische Arbeit häufig in regionalen Aktionsbündnissen. Die neuen Strukturen eröffneten der Szene andere Möglichkeiten, neue Personennetze für den Neonationalsozialismus zu gewinnen – speziell Jugendliche, die von den für Parteien typischen Regularien eher abgeschreckt werden.

Parallel zu dieser Entwicklung öffnete sich die NPD ab 1996 unter ihrem neuen Parteivorsitzenden Udo Voigt verstärkt für Mitglieder aus den verbotenen Organisationen und für bekennend neonazistische Personen aus der rechten Jugendkultur. Voigt gelang es, die Partei aus der relativen Bedeutungslosigkeit der 1970er und 1980er Jahre herauszuführen, die NPD entwickelte sich in der Folge allmählich zum wesentlichen Akteur der extremen Rechten – neben den organisatorisch eigenständigen Kameradschaften. Diese wurden zur zentralen Organisationsform des explizit neonazistischen Spektrums außerhalb der NPD und gelten inzwischen zu Recht als das „Kernstück der Modernisierung des heutigen Rechtsextremismus“ (Wagner 1998: 40).

Trotz der regional unterschiedlich stark ausgeprägten Zusammenarbeit mit der NPD, bestehen die Kameradschaften auf ihrer Eigenständigkeit. Diese fand zunächst ihren Ausdruck in der Selbstbezeichnung als *Freie Kameradschaften*. Durchgesetzt hat sich inzwischen jedoch ein anderer Begriff – die auch von Wissenschaft, Medien und Sicherheitsbehörden übernommene Bezeichnung als *Freie Nationalisten* oder auch *Freie Kräfte*. Die Betonung ihrer Eigenständigkeit rekurrierte im Fall der Kameradschaften auf zwei zentrale Aspekte. Zum einen wurde die Abkehr von parteiähnlichen Strukturen nicht nur als durch die Verbote erzwungener Strukturwandel begriffen, sondern auch als Chance, ungehemmt von wahltaktischen Überlegungen die eigenen ideologischen Positionen offensiv vertreten zu können. Zum anderen unterwerfe man sich als *Freier Nationalist* nicht den Zwängen einer bestimmten politischen Organisation, sondern bewahre sich die Freiheit, über Partei-

grenzen und Organisationszwänge hinweg zu agieren, ohne Einschränkungen durch Vorsitzende oder Parteiprogramme (vgl. Autorenkollektiv: 3). Verstärkt wurde diese Entwicklung durch das NPD-Verbotsverfahren 2002. Während die Partei für einige Zeit auf Demonstrationen verzichtete, um kein zusätzliches Material für ein Verbot zu produzieren, machten die *Freien* die Erfahrung, dass sie solche auch ohne den Rückhalt der Partei eigenständig juristisch durchsetzen konnten. Zeitgleich mit diesem organisatorischen Wandel entwickelte sich seit Mitte der 1990er Jahre eine insbesondere in den neuen Bundesländern stark ausgeprägte extrem rechte Jugendkultur, die in manchen Regionen Formen alltagskultureller Dominanz angenommen hat (Wagner 1998: 7). Ursprünglich stark von rechten Skinheads geprägt, hat sich diese inzwischen ausdifferenziert, so dass sich rechte Jugendliche heute auch der Codes anderer Jugendkulturen bedienen. Neben der Kleidung ist vor allem extrem rechte Musik als Stilmittel extrem rechter Selbstinszenierung und Mobilisierung von Bedeutung (Häusler: 277). Es ist gerade diese Nutzung subkultureller Stilmittel zur Vermittlung ihrer ideologischen Botschaften, durch die der extremen Rechten eine erlebnisorientierte Modernisierung gelungen ist, die entscheidend dazu beigetragen hat, dass ihr inzwischen ein Bewegungskarakter zugesprochen werden muss.

Hatte diese Ausdifferenzierung des neonazistischen Lagers mit Beginn des neuen Jahrtausends bereits zum Aufbrechen des zuvor recht begrenzten optischen Erscheinungsbilds geführt, so waren es 2002 einzelne Aktivisten aus dem Berliner Kameradschaftsspektrum, die sich nicht nur in ihrem Äußeren verstärkt an der radikalen Linken orientierten, sondern auch mit der provokativen Selbstbezeichnung als *Autonome Nationalisten Berlin* (ANB) Bezug nahmen auf die Autonomen und deren militantes Selbstverständnis. Die Entstehung der *Autonomen Nationalisten* ist folglich weniger als strategische Entscheidung zu betrachten, sondern ist vielmehr zum einen eine Folge der beschriebenen Ausdifferenzierung. Zum anderen lässt sich die Tatsache, dass diese Entwicklung ihren Ausgang in Berlin nahm, rückblickend mit der in manchen Stadtteilen auch im Alltag ständig wahrnehmbaren linksradikalen Szene erklären. Nicht nur in ihrer politischen Arbeit, sondern auch in ihrem persönlichen Umfeld stark von den Ausdrucksformen, der Ästhetik aber auch den Aktionsformen einer sich in zahlreichen politischen Zentren manifestierenden Szene konfrontiert, begannen Neonazis insbesondere aus dem Umfeld der *Kameradschaft Tor*, sich Stilelemente des politischen Gegners anzueignen. Hierin liegt das eigentliche Novum, denn der Vorbildcharakter der Autonomen hinsichtlich ihrer Organisationsstrukturen und ihrer Aktionsformen war bereits Mitte der neunziger Jahre von führenden Köpfen der neonazistischen Szene diskutiert worden (vgl. Worch 2005: 3). Die Übernahme linker Ästhetik durch die ersten *Autonomen Nationalisten* betraf nicht allein politische Veranstaltungen, sondern umfasste auch den persönlichen Alltag. Neben der Tatsache, dass sich deren Protagonisten dem ehemals szenetypischen Äußeren immer mehr entfremdeten und nach einem zeitgemäßen Lifestyle strebten, ermöglichte ihnen dieser auch ein konfliktfreies Agieren in von der politischen Linken dominierten Kiezen. Die Adaption kann zudem sowohl als Provokation gegenüber der Linken, als auch gegenüber dem eigenen politischen Lager verstanden werden, stellte jedoch zumindest zu Beginn nur bedingt eine Strategie dar, die Anziehungskraft für Jugendliche gezielt zu verstärken.

Im Rahmen einer NPD-Demonstration am 1. Mai 2003 waren es eben jene Neonazis aus dem Umfeld der *Kameradschaft Tor*, die unter dem Label ANB mit einem Transparent mit der Aufschrift „Organisiert den nationalen schwarzen Block – Unterstützt örtliche Anti-Antifa-Gruppen – Wehrt Euch und schlagt zurück – Autonome Nationalisten Berlin“ erst-

mals öffentlich forderten, neben der Selbstbezeichnung und deren äußerem Erscheinungsbild mit dem aus der autonomen Szene bekannten *Schwarzen Block* auch Aktionsweisen der radikalen Linken zu übernehmen. In der regionalen neonazistischen Szene hatte das zu diesem Zeitpunkt auf den Großraum Berlin beschränkte Auftreten der AN intensive Konflikte innerhalb der etablierten Kameradschaftsstrukturen zur Folge.

Parallel zu dieser Entwicklung führte in Folge des gescheiterten Verbotsverfahrens einerseits die zunehmende Verankerung der NPD in Ostdeutschland und die reale Chance auf Wahlerfolge bei dortigen Landtagswahlen seit dem Jahr 2003 zu einem Aufbrechen der Ablehnung des zuvor häufig als legalistisch verspotteten Ansatzes der Wahlpartei NPD durch die FN. Andererseits öffnete sich die Partei wieder verstärkt für neonazistische Gruppen. Generell lässt sich sagen, dass NPD und *Freie Nationalisten* sich teilweise wieder annäherten, wobei sich ein eher NPD-kritischer Flügel um Worch und ein der Partei eher zugeneigter Teil um Wulff abzeichneten.

Vor der Landtagswahl in Sachsen 2004 verstärkte sich die Zusammenarbeit zwischen Partei und Wulffs Teil des Kameradschaftsspektrums. Kurz vor dem Wahlerfolg in Sachsen traten Wulff und zwei weitere wichtige Führungskader der Kameradschaften in die NPD ein. Nach der Wahl proklamierte die NPD eine *Volksfront von rechts*, die nicht nur Absprachen zwischen NPD und DVU beinhaltete, sondern auch die FN einbinden sollte. Deren in die Partei eingetretenen Führungspersonen beschworen die gemeinsame *Volksfront* mit der NPD.

Während die neuen NPD-Mitglieder betonten, man wolle und dürfe die NPD auf ihrem zukünftigen Weg nicht alleine lassen (vgl. Wulff et. al. 2004), kritisierte Worch, das Engagement von „parteegebunden freien Nationalisten“ innerhalb der NPD sei mit dem ursprünglichen Konzept der FN „allenfalls noch teil-identisch“ (Worch 2005: 5). Diese Kritik wurde von großen Teilen der neonazistischen Szene geteilt, die einer Einbindung in die vergleichsweise starren Parteistrukturen skeptisch gegenüber standen. In Folge dieser Entwicklung verstärkten sich seit 2004 die Abgrenzungsbestrebungen zahlreicher *Freier Nationalisten* vom Parteikonzept.

In expliziter Ablehnung der von ihnen als reformistisch und reaktionär verachteten NPD sowie der mit dieser kooperierenden *Freien*, griffen zunächst vor allem jüngere Neonazis aus Nordrhein-Westfalen, die zum eher NPD-kritischen Flügel der FN gehörten und Kontakte zur *Kameradschaft Tor* aufgebaut hatten, deren Ansatz auf und bezeichneten sich als *Autonome Nationalisten*. Ihre Kritik beschränkt sich nicht auf die NPD, sondern schließt auch Teile der *Freien* mit ein, denen sie vorwerfen, sich zeitgemäßerer Ausdrucksformen zu verschließen. Dementsprechend setzen sie anknüpfend an die Bestrebungen der AN in Berlin auf ein modernes, jugendkulturell zeitgemäßes und stark aktionsfokussiertes Erscheinungsbild, das sich an der autonomen *Antifa*-Bewegung orientiert und begreifen dieses spätestens seit 2006 als politische Strategie, um gerade Jugendliche für neonazistische Politikformen zu begeistern.

3 Potenzial und Strukturen

3.1 Personenpotenzial

Die Neonazis, welche sich in den AN-Gruppen engagieren, sind überwiegend Jugendliche oder junge Erwachsene, deren Altersdurchschnitt sich zwischen 15 und 20 Jahren bewegt. Auch die Führungsaktivisten sind mit einem Alter, das in der Regel zwischen 18 und 25 Jahren liegt, relativ jung. Das Durchschnittsalter der AN liegt damit unter dem der *Freien Nationalisten*. Worch spricht daher nicht ganz unzutreffend von einem Generationswechsel im neonazistischen Spektrum (vgl. Worch 2005: 9).

Das Personenpotenzial, welches den *Autonomen Nationalisten* zuzurechnen ist, umfasst nach Ansicht der Sicherheitsbehörden in Deutschland gegenwärtig etwa 400 bis 500 Personen, was etwa zehn Prozent der gesamten Neonaziszene ausmachen würde (vgl. BMI 2008: 61). Damit hätte sich die Anhängerschaft dieser Strömung innerhalb von nur zwei Jahren verdoppelt (vgl. BMI 2007: 60). Worch rechnet den AN sogar ein Viertel der parteifreien Neonazis zu (vgl. Worch 2007a), was gut 1.000 Personen wären. Ein genaue Zahl ist schwer zu ermitteln, denn zum einen beteiligen sich an den Aktionen der AN wie beispielsweise dem *Schwarzen Block* auch Neonazis, die ansonsten nicht zu diesem Spektrum gezählt werden können. Zum anderen gestaltet sich die Zuordnung einzelner Gruppen zu den AN mitunter schwierig, da nicht immer eine Eigenbezeichnung als *Autonome Nationalisten* erfolgt und häufig auch Begriffe wie *Nationale Sozialisten* oder wechselnde Bezeichnungen genutzt werden. Trotzdem kann nach einem Überblick über bestehende Gruppen und vergangene Aktionen von einer starken Zunahme und einem gegenwärtigen Potenzial von etwa 800 AN gesprochen werden.

Die Popularität der AN ist nicht zuletzt auch im Kontext einer teilweisen Ablösung des klassischen Rechtsrock durch extrem rechten Hardcore zu sehen, welcher sich mit kapitalismuskritischen oder auch umweltpolitischen Statements und seinem Style an der eher linken Hardcoreszene orientiert und damit die politische Strategie der AN unterstützt.

3.2 Strukturen

Inzwischen existieren in fast allen Bundesländern neonazistische Strukturen, die im Spektrum der AN zu verorten sind, allerdings handelt es sich zum Teil nur um vereinzelte Kleingruppen. Regionale Schwerpunkte liegen nach wie vor in NRW, im Großraum Berlin sowie in Süddeutschland.¹

Nachdem die bei der Entstehung der *Autonomen Nationalisten* wesentlich beteiligte *Kameradschaft Tor* ebenso wie die *Berliner Alternative Süd-Ost* 2005 verboten worden sind, kann in der Hauptstadt eine Reihe unabhängiger Aktionsgemeinschaften den AN zugerechnet werden. Die Bezeichnung *Autonome Nationalisten Berlin* wird nicht allein von einer bestimmten Gruppe genutzt, sondern dient einem größeren Kreis als eine Art Label, dessen sich verschiedene Gruppen aus der Kameradschaftsszene bedienen (vgl. Berliner Senatsverwaltung für Inneres und Sport Abteilung Verfassungsschutz 2008a). Während den AN hier etwa 100 Neonazis zugeordnet werden können, besteht in Nordrhein-Westfalen ein

1 Zitiert werden hier insbesondere AN aus NRW, da die relevanten schriftlichen Ausführungen fast ausschließlich aus diesem Bundesland stammen. Diese sind jedoch weitgehend repräsentativ für das Spektrum.

Potential von gut 200 Personen. Dieses verteilt sich auf etwa zwanzig Gruppen und Kleinstgruppen, die sich explizit als *Autonome Nationalisten* bezeichnen, sowie weitere, die ebenfalls zum Spektrum der AN gerechnet werden müssen. Damit zählt ein großer Teil der nordrhein-westfälischen Neonaziszene zu den *Autonomen Nationalisten*. Diese sind gut vernetzt und organisieren sich in regionalen Aktionsbündnissen. Die Schwerpunkte liegen im Ruhrgebiet und dem Rheinland, neben Berlin gilt insbesondere Dortmund als Hochburg der AN.

Stärkere Strukturen der AN existieren darüber hinaus auch im Süden Deutschlands, insbesondere in den größeren Städten, wie beispielsweise die unter wechselnden Bezeichnungen auftretenden *Autonomen Nationalisten München*.

3.3 Ost-West-Gegensatz?

Bis vor kurzem konnte man von den *Autonomen Nationalisten* als einem ausgesprochenen *West-Phänomen* sprechen und auch jetzt fällt bei der Betrachtung der geografischen Verteilung der AN ein starker Überhang in den westlichen Bundesländern ins Auge. Außerhalb Berlins finden sich die wesentlichen Gruppen, aber auch die größere Anzahl an Aktivisten, mehrheitlich in den alten Bundesländern. Eine der Ursachen dürfte die unterschiedliche Ausrichtung des neonazistischen Spektrums sein, die sich an regionalen politischen Verhältnissen orientiert. In Westdeutschland ist die Ablehnung der bürgerlichen Mehrheit gegenüber einer offen neonazistischen Szene wesentlich ausgeprägter, als dies im Osten der Fall ist. Es ist daher anzunehmen, dass das Konzept der AN in Ostdeutschland auf weniger fruchtbaren Boden fällt, da die *Freien Nationalisten* über eine deutlich tiefere Verankerung in der Bevölkerung verfügen, die sie mit einem antibürgerlichen, rebellischen und vor allem militanten Auftreten verspielen würden. Denn während im Westen die NPD eher schwach organisiert ist, ist sie in den neuen Bundesländern wesentlich stärker vertreten, und mit der zunehmenden gesellschaftlichen Verankerung und den Wahlerfolgen der Partei hat sich auch eine stärkere Bindung der *Freien Nationalisten* an die Partei entwickelt. Aus diesem Grund geben diese sich in den ostdeutschen NPD-Hochburgen vergleichsweise bürgernah.

Allerdings stellt sich die Frage, ob diese Entwicklung anhält, wenn die NPD aus wahltaktischen Gründen auf Abstand zu deutlich neonazistischen Positionen und radikalen Ausdrucksformen geht. In manchen Regionen der östlichen Bundesländer sind schon jetzt stärkere Strukturen der AN auszumachen. Größerer Beliebtheit erfreut sich deren Konzept gegenwärtig vor allem bei den im *Freien Netz* organisierten *Freien Kräften* aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, die sich teilweise das Auftreten der AN zu eigen machen, oder sich – wie die *Autonomen Nationalisten Zwickau* – auch selbst als solche bezeichnen. Darüber hinaus können auch in Mecklenburg-Vorpommern, Hessen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein einzelne Gruppen den AN zugeordnet werden. Teilweise handelt es sich um neue Strukturen, häufig sind es jedoch *Freie Nationalisten*, die sich jetzt positiv auf die AN beziehen.

3.4 Stadt-Land-Gegensatz?

Wenngleich die ersten bedeutenden AN-Strukturen allesamt in Großstädten entstanden sind, zeigt die jüngere Entwicklung, dass sich vielerorts auch in kleineren Städten junge Neonazis den *Autonomen Nationalisten* zuwenden. Auf der einen Seite bemühen sich ältere AN-Gruppen stark um Cliques jugendlicher Neonazis aus ihrem Umland, die sowohl beim Aufbau eigener Internetseiten, aber auch bei ihren ersten aktionistischen Gehversuchen organisatorische wie personelle Unterstützung erfahren. Auf der anderen Seite sind die AN stark mit jugendkulturell trendigen Websites und Blogs im Internet und zudem mit Aktionsvideos in zahlreichen Onlineportalen vertreten, so dass auch Jugendliche ohne bestehende Milieukontakte sich leicht in die AN-Szene einbringen können.

Sind die *Autonomen Nationalisten* ein originär deutsches Phänomen, so lässt sich seit etwa 2007 beobachten, dass sich teilweise auch junge Neonazis aus dem europäischen Ausland an deren Strategie orientieren. Besonders stark ist diese Tendenz in der Tschechischen Republik, aber auch in den Niederlanden, Österreich und der Schweiz existieren AN-Strukturen.

4 Selbstverständnis

Zentrales Merkmal der *Autonomen Nationalisten* ist ein antibürgerlicher und provokativer Habitus, verbunden mit revolutionärem Pathos und rebellischem Auftreten. Ebenso wie ihr jugendnaher und zeitgemäßer Lifestyle steht dies im Gegensatz zum tradierten Auftreten sowohl der NPD wie auch der klassischen Kameradschaften.

Zumindest ansatzweise stehen die AN auch für eine Veränderung des organisatorischen Konzepts der *Freien Nationalisten*. Zu lange sei man in den eigenen Reihen dem Führerprinzip gefolgt (vgl. AG Ruhr-Mitte 2008a). Ohne dieses grundsätzlich in Frage zu stellen, erklären die AN, jetzt solle *Do it yourself* das Leitmotiv sein:

„Wir brauchen keinen Vormund, wenn wir selbst alle im Stande sind, für uns selbst zu sprechen. [...] Selbstständig, willensstark und opferbereit, das sind die Eigenschaften, die zählen. Und kein Amt innerhalb einer Partei, kein Status innerhalb einer Kameradschaft [...]“ (Ebd.).

In der Realität ist aber nur sehr begrenzt ein tatsächliches Aufweichen autoritärer Strukturen zu vermerken. Weiterhin bestimmen Führungskader und hierarchische Strukturen das Bild (vgl. Jülich 2008).

Ihr Selbstverständnis definieren die AN zentral über Abgrenzung gegenüber anderen Fraktionen der extremen Rechten. Diese gilt nicht nur den als reaktionär verachteten Wahlparteien wie DVU und NPD, sondern betrifft auch die klassischen *Freien Nationalisten*. Diente das Attribut *frei* letzteren als Zeichen ihrer Abgrenzung insbesondere von der NPD, so bezieht sich die zunächst an den politischen Gegner erinnernde Selbstbezeichnung der *Autonomen Nationalisten* in der Betonung ihrer Unabhängigkeit auch auf das Verhältnis zu den *Freien Nationalisten*. Ausdrücklich verteidigt werden die AN gegen Kritik an ihrer Begriffswahl von Worch: „Gerade weil einige nun mehr nicht mehr ganz freie (= parteifreie) Nationalisten weiterhin für sich in Anspruch nehmen, im gleichen Maße als Freie Nationalisten angesehen zu werden wie früher, darf sich niemand wundern, wenn der Begriff ‚Freie Nationalisten‘ damit verwässert wird, wenn er aufgeweicht wird. Und wenn die,

die sich davon dann abgrenzen wollen, gerade ihrer eigenen Freiheit wegen den Begriff ‚frei‘ durch den ein wenig links klingenden Begriff ‚autonom‘ ersetzen“ (Worch 2005: 12).

Die Abgrenzung ist allerdings nicht ideologischer Natur: „Der Autonome Nationalismus bezeichnet eine Agitationsform, welche sich die letzten Jahre innerhalb der nationalen Bewegung entwickelt hat. Eine eigene Weltanschauung o.Ä. ist mit AN nicht gemeint“ (Autonome Nationalisten Sauerland 2008a). Die Neuausrichtung wird von den Protagonisten selbst dementsprechend vielmehr als strategische Modernisierung definiert, den sogenannten *autonomen Nationalismus* verstehen sie als eine „längst notwendig gewordene neue Strategie“ (Autonome Nationalisten Oldenburg 2008).

Deren zentrale Instrumente sind die Enteignung und Adaption von Symbolik, aber auch von Formen politischer Praxis der radikalen Linken. Die Nutzung der Selbstbezeichnung als *Autonome* geht einher mit einem Prozess des Kopierens und extrem rechten Rekodierens von Ausdrucksformen der linksradikalen Autonomen, insbesondere der autonomen *Antifa*.

5 Die politische Strategie der *Autonomen Nationalisten*: Ästhetik und Symbolik

5.1 Kleidungsstil

Bereits seit mehreren Jahren findet in der neonazistischen Szene eine Ausdifferenzierung des individuellen Erscheinungsbildes statt, die sich auch in deren öffentlichen Aktivitäten manifestiert. Damit einher geht eine Abkehr vom Skinheadoutfit und eine Zuwendung zu zeitgemäßerem Bekleidungsstilen, welche gerade von den AN bewusst vorangetrieben wird: „Wir sind keine gewalttätigen arbeitslosen Schläger mit Glatze und Stiefeln, wie es in den Medien berichtet wird“ (Autonome Nationalisten Sauerland 2008b). Nicht das Erscheinungsbild des Einzelnen sei bedeutend, sondern allein dessen politische Gesinnung: „Für uns ist es nicht wichtig, welche Kleidung man trägt oder wie lang die Haare sind, was zählt ist der Einsatz für Deutschland, der Wille sich politisch voll für die Sache einzusetzen und das Wissen, was man mit sich trägt“, so die zu den wichtigsten Zusammenschlüssen der AN zählende *Aktionsgruppe Rheinland* (2007a). Die Aussage „Ihr seid ja gar keine richtigen Nazis – das sind doch die mit Glatze und Springerstiefeln!“ beantwortet man freimütig mit: „Falsch!“ Wer immer noch glaube, dass er Springerstiefel und Bomberjacken tragen müsse, um bei den AN mitmachen zu können, irre sich. In Abgrenzung zur etablierten extremen Rechten verkünden die AN: „Ultrakonservatives Gerede können wir nicht mehr hören“ (Autonome Nationalisten Wuppertal/Mettmann 2007). Stattdessen setzen sie sich offensiv dafür ein, „alle relevanten Teile der Jugend und der Gesellschaft zu unterwandern und für [ihre, J.S.] Zwecke zu instrumentalisieren“ (ebd.).

In der Realität hingegen ist zumindest von optischer Diversität bei den meisten AN-Gruppen wenig zu sehen – in der Veränderung des Kleidungsstils orientiert man sich bis ins Detail an der jugendkulturell wesentlich zeitgemäßerem linken Szene. Weite Cargohosen, mit den Logos von Szenebands oder politischen Slogans versehene Kapuzenpullover, Baseball-Caps und Skateschuhe haben Bomberjacke und Springerstiefel abgelöst. Selbstkritisch bemerkt ein Neonazi: „Es kommt mir vor, als ob wir von der Skinkultur nun in eine autonom-alternative Kultur flüchten“ (zitiert nach Thein: 290). Analog zum modischen Vorbild der Autonomen wird die Kleidung mit Buttons und Aufnähern besetzt, die politi-

sche Slogans und Symbole vermitteln. Auch hier werden nicht nur die grafische Gestaltung, sondern ebenso der Duktus – zum Teil sogar einzelne Parolen und Slogans – wortgleich verwendet oder nur geringfügigen Änderung unterzogen.

Ziel ist es dabei, nicht mehr der gesellschaftlichen Klischeevorstellung des dumpfen, ewiggestrigen Skinheads zu entsprechen, sondern gerade dem Bedürfnis neonazistischer Jugendlicher nach einem zeitgemäßen Lifestyle entgegenzukommen. Ermöglicht es dieses moderne Outfit doch extrem rechten Jugendlichen, sich identitär einer Subkultur angehörig zu fühlen, ohne sich durch das gleichermaßen gesellschaftlich stigmatisierte wie unzeitgemäße Skinhead-Outfit der Lächerlichkeit preiszugeben. Nicht zu vernachlässigen ist auch die damit verbundene Verringerung der Gefahr, von seinem sozialen Umfeld als *Nazi* ausgegrenzt oder zur kritischen Auseinandersetzung mit der eigenen Ideologie gezwungen zu werden. Neben der Möglichkeit, durch diese Erweiterung des in der Szene auszulebenden Lifestyles die eigene Basis kontinuierlich zu erweitern, wird auf diese Weise nicht nur die Einstiegsschwelle für interessierte Jugendliche gesenkt, sondern es werden gleichzeitig auch neue Agitationsfelder erschlossen. Die Strategie der *Autonomen Nationalisten* stellt vor allem auch einen Versuch dar, in neue Jugendkulturen vorzudringen und so neue Anhänger zu rekrutieren.

Bei Demonstrationen sind Neonazis aus dem Spektrum der AN dementsprechend häufig kaum von ihrem politischen Gegner zu unterscheiden. Schwarz gekleidet, mit Sonnenbrillen, buttonbesetzten Baseball-Caps sowie Kapuzen und Halstüchern oder Palästinenserschals verummmt, gleichen sie auf den ersten Blick zahlreichen Gegendemonstranten. Auf Grund dessen wird den AN beispielsweise vom *Aktionsbüro Süddeutschland* im Namen „vieler Kräfte aus Süddeutschland“ vorgeworfen, „im Gewande von Antifa-„Lifestyle““ aufzutreten und in Frage gestellt, ob die AN so überhaupt in der Lage seien, die ihrer Weltanschauung entsprechenden politischen Inhalte an die Bevölkerung zu vermitteln (*Aktionsbüro Süddeutschland* 2005). Gleichlautender Kritik der NPD entgegenen die *Autonomen Nationalisten*, es gelte bei Demonstrationen zwar die Herzen der Bürger zu gewinnen, doch dafür brauche es ein modernisiertes Auftreten, einen optischen Pluralismus:

„Aber was muß sich der Jugendliche am Rande der Demonstrationsstrecke denken, wenn an ihm ausschließlich Cord-Hosen- und Braunhemd-Träger vorbeilaufen? Spricht es die Jugend nicht vielmehr an, wenn bspw. der Metal-Head oder der locker gekleidete Skater im Demonstrationszug seinesgleichen entdeckt? Oder aber der Nationalist im Stil des „Bürokaufmanns“ mit dabei ist?“ (Autorenkollektiv linker Niederrhein 2007)

5.2 Symbolik

Doch nicht nur in punkto Kleidung werden Elemente übernommen, die in der Regel mit der linken Protestkultur assoziiert werden. Die Strategie der gezielten Enteignung und Adaption des Erscheinungsbilds findet ihren Ausdruck auch in der Wahl der bei politischen Aktionen benutzten Symbole und Insignien. Die Modernisierung extrem rechter Agitation durch die AN ist daher vor allem eine stilistische und ästhetische Neuerung. Dominierten früher wenige, häufig in Frakturschrift, mit Runen verzierte und in wenigen Farben gehaltene Transparente das Bild neonazistischer Aufmärsche, gleichen die Spitzen der von den AN organisierten oder dominierten Demonstrationzüge inzwischen rein optisch denen des politischen Gegners. Aufwändig gestaltete, mehrfarbige Front-, Hoch- und Seitentranspa-

rente bedienen sich nicht nur moderner Schriftarten und jugendkultureller Comicfiguren, sondern orientieren sich in deren Auswahl und in der grafischen Gestaltung bewusst am linken Vorbild: „Die Linke macht dies seit langem erfolgreich vor, nun liegt es an uns, selbiges Konzept aufzugreifen und es auszubessern“ (AG Ruhr-Lippe 2008). Diese Entwicklung verläuft allerdings nicht ohne Widerspruch. Häufig wird den *Autonomen Nationalisten* durch andere Neonazis vorgeworfen, die Übernahme gestalterischer Elemente sei nicht mit der politischen Ausrichtung vereinbar. Dem halten die AN entgegen: „Bunte, rebellische und ausgefallene Transparente haben so wenig mit Multikultur und Unterwerfung vorm Zeitgeist zu tun, wie die USA mit Anti-Imperialismus“ (Autonome Nationalisten Gladbeck 2007).

Während dies alleine als reine Modernisierung des öffentlichen Ausdrucks gewertet werden könnte, so zeigt die häufig bis ins Detail gehende Übernahme der Symbolik der linken Autonomen, wie stark man sich in der eigenen politischen Arbeit auf den direkten politischen Gegner bezieht. Symboliken und Insignien werden dabei aus ihrem ursprünglichen politischen Kontext gerissen, beziehungsweise auf einzelne Aspekte reduziert, um diese in neonazistischem Zusammenhang nutzbar zu machen und schlussendlich von rechts neu zu besetzen. Bereits 2004 trugen *Autonome Nationalisten* provokant rote Fahnen vor sich her, inzwischen sind *Che Guevara*-T-Shirts keine Seltenheit mehr. Die AN bedienen sich nicht allein solcher im weitesten Sinne linker Insignien, sondern benutzen bewusst das Symbol ihres direkten politischen Gegners, der autonomen *Antifa*-Bewegung. Das Zeichen der *Antifaschistischen Aktion* versehen sie mit der Beschriftung „Nationale Sozialisten“ beziehungsweise bedienen sich einer anderen Ausrichtung der im Logo enthaltenen Fahnen.

Gezielt versucht man auf diese Weise, nicht nur den politischen Gegner zu irritieren, sondern insbesondere junge Menschen für die rechte Szene zu interessieren, die sich unabhängig von den politischen Inhalten durch Ästhetik und Codes der Linken angezogen fühlen. Dieses Vorgehen stellt keine reine Anpassung an den Zeitgeist dar, sondern wird stattdessen durchaus als strategisches Projekt begriffen:

„Diese ‚Autonomen‘ kopieren den Stil und die Aufmachung der linken Strukturen und von linken bisher agitierten Jugendkulturen, dabei werden die bekannten Symbole und Outfits mit unseren Inhalten besetzt und in unserem Sinne interpretiert. [...] Mittels dieses Auftretens besteht die Möglichkeit sozusagen unerkannt, da dem bekannten Bild des ‚Faschisten‘ entgegen laufend, in die bisher von gegnerischen Lagern beherrschten Gebiete vorzudringen, politisch und kulturell. Graffitis sprühen, unangepasst und ‚hip‘ sein können nicht nur die Antifazkes, sondern auch wir, damit erreichen wir ein Klientel welches uns bis dato verschlossen geblieben ist“ (Axel W. Reitz 2004).

Mit dem gleichen Ziel spielen *Autonome Nationalisten* bei ihren Aufmärschen nicht volkstümliche Balladen oder klassischen Rechtsrock, sondern auch Musik, die eher der Linken zugerechnet wird. Neben trendigem Hardcore gilt dies auch für die Punkband *Die Ärzte* oder die der linksradikalen Hausbesetzerszene entstammende Gruppe *Ton, Steine, Scherben*; zuweilen wissen die AN auch durch den in der rechten Szene verhassten HipHop zu provozieren. In der Neonaziszene ist dieses Auftreten ein Novum, das für viele im Gegensatz zur nationalsozialistischen Einstellung steht – beispielhaft illustriert durch eine Stellungnahme *Freier Nationalisten* aus Süddeutschland: „Wir nationalen Sozialisten sind durch eine gemeinsame Weltanschauung, unter anderem basierend auf den 3 Eckpfeilern

Arbeit – Ehrlichkeit – Sauberkeit, miteinander verbunden und nicht durch einen von ‚Hip-Hop-Musik‘ geprägten ‚Lifestyle‘!“ (Aktionsbüro Süddeutschland 2005).

5.3 Anleihen in der Diktion

Die *Autonomen Nationalisten* beschränken sich in ihrer Strategie nicht auf eine Übernahme der visuellen Erscheinungsformen, sondern versuchen auch durch semantische Anleihen beim politischen Gegner, sich neue Zielgruppen zu erschließen. Zum Ausdruck kommt dies in Aufrufen wie jenem zum Aufmarsch am 1. Mai 2007 in Dortmund.

„Das Kapital kassiert, das Volk blutet! Egal, welche ‚Strömung‘ dabei gerade die Oberhand hat. [...] Solange ein Schulterchluss mit den Vasallen und Apologeten der Ausbeutung gesucht wird, solange kann soziale Gerechtigkeit nur eine Worthülse bleiben“ (Parteifreie Nationalisten 2007).

Transparente mit Aufschriften wie „Revolution – nicht mehr/weniger“, „Gegen Krieg und Kapitalismus“, „Repression und Überwachung entgegnetreten!“ oder auch „Freiheit für alle – aus dem System ausbrechen“ zitieren nicht nur linke Parolen, sondern brechen zudem aus den arrivierten Grenzen der Szene aus. Auch die dort übliche dogmatische Ablehnung englischsprachiger Slogans ist den AN fremd. „Capitalism kills“, „Fight the system – fuck the law!“ – dem Zeitgeist entsprechend greifen sie bei der Gestaltung von Transparenten oder auch Webseiten häufig auf Anglizismen zurück und begreifen dies als strategisches Vorgehen im Sinne einer Zielgruppenorientierung: „Wir sollten das ganze mal aus werbetechnischer Sicht begutachten. Wer soll [...] angesprochen werden? Soll im BB [Black Block, J.S.] eine ultradeutsche Volkstanzgruppe mitlaufen, oder die Arbeitsgruppe Christentum der NPD? Es sollen eben nicht traditionelle Leute angesprochen werden die in Trachten in den BB kommen, wir wollen junge, entschlossene und radikale Personen ansprechen die bereit sind, Widerstand zu leisten. [...] Werbung passt man an die Zielgruppe an, das wusste schon Hitler.“ (User ‚Freiheit‘ 2004b)².

Hier zeigt sich auch der im Gegensatz zur NPD fundamental andere Politikansatz der AN. Während letztere unter rebellischen Slogans wie „Revolution statt Reform!“ (AG Rheinland 2007a) agieren, erklärt das NPD-Präsidium: „Wir wollen die Menschen nicht bekämpfen – wir wollen sie überzeugen und ihre Herzen gewinnen. Doch um glaubwürdig zu agieren, müssen wir zunächst einmal selber überzeugend wirken. Das können wir aber nicht, wenn wir die Optik, Sprache (Anglizismen), Parolen und Inhalte des Gegners kopieren.“ (NPD-Parteipräsidium 2007a).

Es wäre verkürzt, die Aneignung originär linker Codes, die Entlehnung von Symbolik und Ästhetik sowie die antikapitalistischen und globalisierungskritischen Anleihen in der Diktion als reine Anpassung an den Zeitgeist zu deuten. Mit den veränderten Darstellungsformen extrem rechter Inhalte verfolgen die AN auch eine Strategie der Dekontextualisierung, indem sie in der Vermittlung ihrer politischen Ziele gezielt versuchen, diese von ihren historischen und ideologischen Zusammenhängen zu entkoppeln. Wenn die AN die eigene Weltanschauung mit einer antikapitalistischen Attitüde versehen, so geschieht dies zudem

² Bei dem User handelte es sich um einen der führenden Köpfe der Autonomen Nationalisten, vgl. Spreuk (2006).

nicht allein um sich neue klassisch „linke“ Zielgruppen zu erschließen, sondern dies ist auch Ausdruck ihres ideologischen Selbstverständnisses. Denn wenngleich sie einerseits betonen, es gehe „hier nicht um Musik, Kleidung, Haarschnitte, Videos, Buttons, oder sonst etwas. Es geht einzig und alleine um die Verbreitung des NS zum Schutze von Volk, Nation und Rasse“ (User ‚Hannes Larsson‘ 2007), so verstehen sich die AN tatsächlich als revolutionäre, antikapitalistische Kraft, was sich auch in den Themen ihrer politischen Agenda beziehungsweise deren propagandistischer und praktischer Umsetzung niederschlägt.

6 Die politische Strategie der „Autonomen Nationalisten“: Themen

Diese Anleihen in der Diktion deuten bereits an, dass die *Autonomen Nationalisten* sich inhaltlich an Themenfeldern ausrichten, die in der Vergangenheit zumeist eher mit der politischen Linken assoziiert wurden. Im Vordergrund stehen als zentrale Themen der Kapitalismus und die Globalisierung; gleichzeitig wird der gesellschaftlichen Wirklichkeit des verhassten *Systems* die Vision eines *Nationalen Sozialismus* gegenübergestellt. Diese Schwerpunktsetzung folgt sowohl den ideologischen Prämissen der AN, ist aber auch Teil ihrer politischen Strategie, gerade Jugendliche mit Kritik am gegenwärtigen politischen System für sich zu gewinnen, indem sie sich gegenüber der Linken als *wahre* Vertreter der Interessen insbesondere der Arbeiterschaft inszenieren.

6.1 Antikapitalismus und Globalisierungskritik

Der Großteil der politischen Agitation der *Autonomen Nationalisten* ist gekennzeichnet von antikapitalistischer Phraseologie. Bereits seit mehreren Jahren setzt die extreme Rechte auf die Besetzung der sozialen Frage von ganz rechts außen. Sowohl die Propaganda der NPD als auch jene von Seiten der *Freien Nationalisten* wird bestimmt von antikapitalistischen und gegen die Globalisierung gerichteten Motiven (vgl. Sommer 2008: 305). Wie empirische Untersuchungen zeigen, treffen sie damit genau die Stimmung ihrer Adressaten (Stöss 2008: 94). Kern ihrer Kapitalismus- und Globalisierungskritik sind Antisemitismus und Antiamerikanismus (Virchow 2007: 228).

Während die AN bemängeln, man habe sich hier zu lange auf veraltete Parolen beschränkt (vgl. Autonome Nationalisten Gladbeck 2008), versuchen sie sich selbst mit rebellischen Slogans wie „Capitalism kills!“ an einer Modernisierung dergleichen. Insofern ist nicht das Thema AN-spezifisch, sondern eher ihr radikaler Ausdruck unter Verwendung revolutionär klingender Slogans und Parolen. „Kapitalismus zerschlagen – Für einen sozialistischen Nationalismus“ hieß es plakativ während eines Neonaziaufmarschs auf einem Großtransparent am 1. Mai 2007 in Dortmund, was – zusammen mit den wie die Gegendemonstranten gekleideten Neonazis – bei manchem Bürger Verwirrung stiftete. Doch bei genauerer Betrachtung ließ sich auch hier die tiefere Botschaft erschließen, denn im neben dem Slogan abgebildeten *Antifa*-Symbol wehten nicht allein eine schwarze und eine rote Fahne, sondern der weiße Kreis in der roten Fahne, dem nur noch das Hakenkreuz fehlte. So wurde unmissverständlich angedeutet, dass die Zielvorstellung eines *sozialistischen Nationalismus* nichts anderes meint, als schlicht Nationalsozialismus. Ebenso wie NPD und

FN setzen auch die AN dem Kapitalismus und der Globalisierung den altbekannten Gegenentwurf der Volksgemeinschaft entgegen. (vgl. AG Ruhr-Mitte 2008b).

Der vermeintliche Antikapitalismus der AN folgt dementsprechend einem Kapitalismusverständnis, das aufbauend auf der Unterscheidung von *schaffendem* und *raffendem* Kapital begrenzt ist auf eine Kritik des „Zins als Übel der Menschheit“, den es als „unnatürliches Schmiedewerk internationalistischer Volkszer-setzer, zu bekämpfen und zu deklarieren“ gelte (ebd.). Ihre antisemitisch konnotierte Phraseologie kulminiert in der Forderung, im Kampf gegen die „Hochfinanz, die allherschende Kraft [...] muss und wird die Parole wieder sein: Brecht die Zinsknechtschaft!“ (ebd.) Ihren Ausdruck findet diese in Transparenten mit Aufschriften wie „Kampf dem ewigen Kapitalismus“ oder dem Fronttransparent am 1. Mai 2007 in Dortmund. Als dort 1.800 Neonazis unter dem Motto „Gemeinsam gegen Kapitalismus – Heraus zum 1. Mai!“ aufmarschierten, wählte man für dieses den bezeichnenden Slogan: „Ob Dortmund, Erfurt oder Buxtehude – der Feind ist & bleibt der Kapitalismus!“

Während der Kapitalismus im Zentrum der politischen Agitation der *Autonomen Nationalisten* steht, gilt ihr Kampf ebenso der – in verschwörungstheoretischer Manier als Instrument des Kapitals verstandenen – Globalisierung. Um sich international Absatzmärkte wie Arbeiter zu sichern, ziele die „Hochfinanz“ auf die Abschaffung von Grenzen, „Rassen“ und „Völkern“ (vgl. Parteifreie Nationalisten 2007). Im Gegenzug setzt die Globalisierungskritik der extremen Rechten im nationalen Rahmen auf die Rekonstruktion einer ethnisch definierten Volksgemeinschaft und international auf eine Re-Nationalisierung der Staatenwelt nach völkischen Kriterien (vgl. Greven 2006: 26). So fordern die AN „Volksgemeinschaften statt einer grenzenlosen Weltgesellschaft!“ (AG Ruhr-Mitte 2008b).

6.2 Der politischer Gegner im Visier der AN

Auch über Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit ihren eigenen Demonstrationen hinaus hat die offensive Bekämpfung des politischen Gegners häufig eine zentrale Bedeutung für die AN. Veranstaltungen gegen Rechts werden mit Gegendemonstrationen, aber auch mit gezielten Störaktionen und Angriffen beantwortet. In der Folge richten sich im Gegensatz zu vielen extrem rechten Gewalttaten jene der AN in der Mehrzahl nicht gegen gesellschaftliche Minderheiten wie Migranten. Was die Berliner Sicherheitsbehörden für die dortigen AN-Strukturen konstatieren, hat bundesweit Bestand: „Der Fokus von Aktionen der ‚Autonomen Nationalisten‘ richtet sich ganz auf den politischen Gegner, auf ‚Antifa‘, Polizei und neuerdings auch Journalisten“ (Senatsverwaltung für Inneres und Sport des Landes Berlin, Abteilung Verfassungsschutz 2008: 10).

Gezielt sammelt man Informationen über das private Umfeld vermeintlicher politischer Gegner, die anschließend für Einschüchterungsaktionen genutzt oder mit entsprechenden Hinweisen versehen im Internet veröffentlicht werden. Diese sogenannte *Anti-Antifa*-Arbeit zählt zu den Aktionsschwerpunkten der *Autonomen Nationalisten*. Sie betrifft nicht nur Personen, die der *Antifa*-Bewegung zugerechnet werden, sondern kann jeden treffen, der den AN als politischer Gegner erscheint – Aktivisten zivilgesellschaftlicher Organisationen ebenso wie Repräsentanten des Staates. Das Beispiel Dortmund, bundesweit eine Hochburg der AN, verdeutlicht dies. Nachdem dort im Jahr 2005 ein Punk durch einen jugendlichen Neonazi erstochen worden war, tönnten dessen *Kameraden* im Internet:

„Die Machtfrage wurde gestellt und wurde für uns befriedigend beantwortet: Dortmund ist unsere Stadt! [...] Nun ist für jeden ersichtlich, dass das Demo/Gegendemo Prinzip (auf das viele ihren Kampf gegen Rechts beziehen) kein Kinderspiel ist“ (User ‚Gregor Weber‘ 2005). Um dem Ausdruck zu verleihen, wurden gleichzeitig Namen und Wohnorte vermeintlicher *Antifa*-Aktivisten genannt und diesen unverhohlen gedroht: „Jeder muss sich im Klaren darüber sein, dass man nicht nur geben, sondern auch nehmen muss. Ihr seid für uns keine anonyme Masse, ihr müsst alleine für das gerade stehen, was ihr in der Masse macht!“ Auf Plakaten bekannte man unmissverständlich „Wer der Bewegung im Weg steht, muss mit den Konsequenzen leben“. Aufkleber zeigten ein blutiges Messer, versehen mit der Aufschrift „Antifaschismus – ein Ritt auf Messers Scheide“. Ob Anschläge auf Parteibüros wie jene von Bündis90/Die Grünen oder Die Linke, alternative Cafés und private Wohnhäuser oder Überfälle auf Gruppen wie Einzelpersonen – wer sich gegen Neonazis engagiert, wird zum Ziel von Drohungen und Gewalttaten.

Angestrebt wird die Machtausübung im öffentlichen Raum; durch den Aufbau von Drohkulissen und das Schaffen von Angsträumen soll der politische Gegner eingeschüchtert, die politische Handlungsfähigkeit Andersdenkender eingeschränkt und auf diese Weise langfristig der Handlungsspielraum der neonazistischen Szene erweitert werden. Nicht zu übersehen ist aber auch die strategisch durchaus bedachte, anziehende Wirkung dieses militanten Aktionismus auf erlebnisorientierte Jugendliche.

6.3 Antikriegs-Phraseologie

Spätestens seit Beginn des Irakkriegs haben die *Autonomen Nationalisten* ein weiteres Themenfeld für sich entdeckt, das ihnen auf der einen Seite ermöglicht, weite Kreise der Bevölkerung, gerade aber die Jugend, anzusprechen und bei dessen Bearbeitung sie auf der anderen Seite ebenfalls ihrem Antiamerikanismus und Antisemitismus frönen können. Gezielt setzen die AN auf eine Antikriegs-Phraseologie, welche jedoch nicht das Geringste mit dem Pazifismus verbindet.

Der sogenannte Krieg gegen den Terror und speziell der Irakkrieg haben in Deutschland eine starke Kritik in großen Kreisen der Bevölkerung ausgelöst. Gerade im Kontext der Ablehnung des Irakkriegs wurden dabei vielfach antiamerikanische Motive sichtbar. Die breiten Proteste gegen Kriegseinsätze wie im Irak, aber auch Kritik am Vorgehen Israels gegen terroristische Gruppen bieten der extremen Rechten eine Basis für antiamerikanische und antisemitische Agitation unter dem Deckmantel einer Antikriegs-Phraseologie. *Autonome Nationalisten* demonstrierten in der Vergangenheit regelmäßig unter Mottos wie „Nie wieder Israel, nie wieder Krieg – Solidarität mit Palästina!“ und mit Transparenten wie „Weltweit den Antizionismus vorantreiben!“ gegen die israelische Politik gegenüber den Palästinensern und solidarisierten sich mit palästinensischen Terroristen.

Seit 2005 nutzen *Autonome Nationalisten* aus Dortmund den Antikriegstag, um unter Mottos wie „Gegen imperialistische Kriegstreiberei und Aggressionskriege“ an diesem bisher stark von der politischen Linken geprägten Tag ihren Antisemitismus auf die Straße zu tragen und gleichzeitig dem Nationalsozialismus zu huldigen. Dass es sich auch bei diesem *Antikriegstag* mitnichten um eine pazifistische Veranstaltung handelt, bewies beispielsweise 2007 der Vorsitzende der *Nederlandse Volks Unie* Constant Kusters, als er verkündete, man werde kämpfen wie die Vorväter, um das Reich wieder herzustellen.

Kusters konkret: „Wir haben noch ein Gebiet zurückzuholen, das liegt in Polen. Das gehört Deutschland.“ (Sager 2008). Zugleich nutzt man die Chance, sich am Tag des Überfalls auf Polen positiv auf den Nationalsozialismus zu beziehen. So zitierte das Fronttransparent 2008 ein Zitat aus einer Rede Adolf Hitlers, welche dieser 1935 im Münchner Hofbräuhaus gehalten hatte: „Für den Frieden jederzeit ein Ja, für die Aberkennung deutscher Ehre stets ein Nein! – München, 24.02.1935“. Strategisch bietet sich den AN die Möglichkeit, an öffentliche Diskurse anzuknüpfen und sich gerade für Jugendliche als vermeintlich ebenfalls pazifistische Alternative zur Linken zu inszenieren.

6.4 *Rassismus*

Wenngleich die genannten Punkte die Hauptaktionsfelder der AN darstellen, so ist nicht zu vernachlässigen, dass auch andere, klassisch extrem rechte Themen bearbeitet werden. Neben der NS-Verherrlichung im Rahmen von Gedenkveranstaltungen und der Agitation gegen den vermeintlichen *Schuldskult* (vgl. AG Ruhr-Mitte 2008c) betrifft dies auch die rassistische Hetze gegen Menschen mit (vermeintlichem) Migrationshintergrund. Wenngleich dieser in der Propaganda der *Autonomen Nationalisten* im Vergleich zur gesamten extremen Rechten vordergründig eine unbedeutende Rolle zuzukommen scheint, so bestätigt eine eingehende Analyse ihres aus Versatzstücken antikapitalistischer und nationalistischer Ideologie bestehenden Weltbildes, dass tatsächlich die rassistische Komponente eine genauso zentrale Bedeutung besitzt. In ihrer Propaganda fokussieren die AN nicht auf den einzelnen Migrant, nicht der Einzelne sei ihr Feind, sondern die in ihren Augen für die Migration verantwortliche Politik (vgl. AG Rheinland 2008a). Hinter dieser stehe die „Hochfinanz“, welche versuche, Europa gezielt durch Masseneinwanderung aus dem vorderasiatischen und afrikanischen Raum zu zersetzen (Parteifreie Nationalisten 2007). Tatsächlich verzichten die AN zurzeit lediglich aus taktischen Gründen darauf, stärker die rassistische Karte zu spielen, würde dies doch ihre strategischen Bemühungen um die Jugend zum Teil konterkarieren. Die Auflistungen vermeintlicher Verfehlungen von Migrantinnen und die kulturalistisch gefärbte Hetze, welche in zahlreichen Publikationen durchscheint, zeichnen jedoch ein anderes Bild, so fordert man „Eine starke Volksgemeinschaft, statt diesem Multi-Kulti-Brei.“ (AG Rheinland 2009) und erklärt Jugendlichen, man leiste „Widerstand gegen die Strippenzieher des (Multikulti-)Internationalismus die dafür sorgen das in deinem Klassenzimmer kaum noch deutsch gesprochen wird“ (Autonome Nationalisten Marl 2008).

6.5 *Umweltschutz und Tierrechte*

Zusätzlich greifen einzelne AN-Gruppen auch noch weitere Themen auf, die bislang eigentlich Domänen der radikalen Linken gewesen waren. Zu erheblicher Verwunderung sowohl bei ihren „Kameraden“ aber auch in der Öffentlichkeit hat insbesondere die Agitation für Tierrechte gesorgt, der sich die *AG Tierrecht* verschrieb, und die auch von einzelnen Gruppen wie den *Autonomen Nationalisten Ahlen* verfolgt wird. Politische Aktionen wie Proteste gegen Pelzbekleidung werden zum Teil sogar mit Forderungen nach einer veganen Lebensweise verbunden. Allerdings handelt es sich dabei, genauso wie bei einer Ablehnung

jeglichen Drogenkonsums in expliziter Anlehnung an die aus der alternativen Hardcore-Szene stammende *Straight Edge*-Bewegung, eher um Stilblüten als um für das gesamte Spektrum repräsentative Agitationsfelder.

7 Ideologie

Wie in ihrem Selbstverständnis bereits angedeutet, konstruieren die AN ihre Identität nicht durch eine ideologische Abgrenzung. Die Basis ihres politischen Denkens ist wie in der gesamten neonazistischen Szene ein rassenbiologisch geprägtes, völkisches Menschenbild, ihre Zielvorstellung ein von einer ethnisch definierten Volksgemeinschaft gekennzeichnete, autoritärer Staat im Sinne des historischen Nationalsozialismus. Daran dass die radikale äußere Veränderung mitnichten mit einer ideologischen Flexibilisierung korrespondiert, lassen die AN keinen Zweifel: „Wir streben daher nach dem, was uns einst genommen wurde – der Volksgemeinschaft“ (AG Ruhr-Mitte 2008b). Dieses dokumentieren auch von AN-Versänden angebotene T-Shirt-Motive wie „Revolution since 1933“.

Zwar bedienen sich die *Autonomen Nationalisten* in ihren Verlautbarungen gerne des Begriffes *nationalrevolutionär*, aber dies ist in der Regel eher ein Ausdruck ihres rebellischen Habitus als eine tatsächliche Bezugnahme auf die mit diesem beschriebene ideengeschichtliche Strömung. Zwar gibt es vereinzelt Verweise auf nationalrevolutionäre Positionen, zumeist beschränken sie sich aber auf deren antibürgerliche Ausrichtung und ihr revolutionäres Pathos. Die Bezeichnung *Nationalrevolutionär* dient den sich als Revolutionäre verstehenden AN stattdessen zumeist lediglich der offensiven Herausstellung der eigenen Radikalität.

Allerdings lässt sich konstatieren, dass im Zuge der Liberalisierung des äußeren Erscheinungsbildes auch die Bedeutung ideologischer Bekenntnisse bei der Rekrutierung neuer Anhänger gesunken ist. In Kombination mit den thematischen Schwerpunkten der AN führte dies dazu, dass sich einzelne Aktivisten von basalen Ideologemen des Nationalsozialismus distanzieren und sich beispielsweise gegen Sozialdarwinismus oder Rassismus aussprechen und sich teilweise als *nationale Antifaschisten* bezeichnen. Nachdem 2008 eine ganze Reihe teils langjähriger *Autonomer Nationalisten* aus Niedersachsen, NRW und Hessen der Szene den Rücken gekehrt haben und einzelne ihre politische Zukunft jetzt sogar in den Reihen der *Antifa* sehen, hat ein Prozess der Selbstkritik eingesetzt. Gerade jetzt, da Aktionsformen wie Erscheinungsbild in ständigem Wandel begriffen seien, gelte es umso mehr zu beachten, dass die einst niedergeschriebene Weltanschauung die gleiche bleibe. „Unsere Positionen sind keine Auslegungssache, sondern klar niedergeschrieben und bilden das Fundament unserer Weltanschauung“, erklärte die „AG Ruhr-Mitte“ (AG Ruhr-Mitte 2009). In einer gemeinsamen Erklärung betonen zahlreiche Gruppen aus dem Spektrum der AN: „Es gibt, und wird ewig, nur einen wahren Nationalen Sozialismus geben. Als Weltanschauung entwickelt sich dieser selbstständig weiter, modernisiert sich bezüglich der Aktionsgebiete, basiert aber weiterhin auf den grundlegenden Leitsätzen, die einst in eindeutigen Schriften und Büchern festgelegt wurden. Diese darf und kann man weder revidieren, verändern noch im Nachhinein wegreden“ (Nationale Sozialisten aus dem Rheinland und Westfalen 2008).

8 Die politische Strategie der *Autonomen Nationalisten*: Aktion

8.1 Aktionismus

Autonome Nationalisten begreifen sich selbst als Speerspitze des *Nationalen Widerstands* und versuchen sich als revolutionäre Avantgarde zu inszenieren. Stärker als die traditionellen *Freien Nationalisten* verstehen sie sich originär als politische Kämpfer. Offensiv widersetzt man sich mit Transparenten wie „Keine Volksfront mit der Reaktion“ der als Vereinnahmung verstandenen Volksfrontpolitik der NPD und Teilen der FN. Während die in die NPD eingetretenen Führungskader der FN betonen, der Kampf um die Parlamente sei gegenwärtig ebenso wichtig wie der parallel hierzu verlaufende Kampf um die Straße (vgl. Wulff et. al. 2004), lehnen die AN ersteren kategorisch ab und propagieren eine strikt anti-parlamentarische Politik. Ihr politisches Wirken zielt alleine auf die revolutionäre Überwindung des demokratischen Verfassungsstaats, sie konzentrieren sich dabei weniger auf den von der NPD verfolgten „Kampf um die Köpfe“, sondern verfolgen einen rigiden Aktionismus. Allerdings wäre es verkürzt, dieses Vorgehen auf ein militantes Agieren wie in Hamburg zu reduzieren.

Im Vergleich zum restlichen neonazistischen Spektrum sind die AN äußerst aktionsorientiert. Ihre politische Praxis ist geprägt von einer großen Zahl kleinerer Aktionen, die auch mit einer geringen Personenanzahl durchgeführt werden können. Diese relativ kurzfristig, oft zu aktuellen Anlässen organisierten Veranstaltungen reichen von der Verteilung von Flugblättern oder Mahnwachen bis hin zu Spontandemonstrationen, Störungen missliebiger Veranstaltungen, Gegendemonstrationen, aber auch „Solidaritätspartys“. Auch hier lassen sich Anleihen bei der radikalen Linken finden. Mobilisiert wird in der Regel über moderne Kommunikationsmittel wie E-Mail- und SMS-Verteiler. Zum Aktionsrepertoire zählen auch *Direkte Aktionen*; so führten Berliner *Autonome Nationalisten* symbolische Hausbesetzungen durch, um ihre Forderung nach einem „nationalen Jugendzentrum“ zu unterstreichen.

Ihre Aktivitäten fokussieren häufig nicht primär auf das Verbreiten politischer Inhalte, sondern dienen vor allem dem Ziel, in Konkurrenz zum politischen Gegner den öffentlichen Raum zu besetzen oder sich gegenüber der Staatsmacht zu behaupten. Die Erfolge eigener Aktionen werden dementsprechend oft an Existenz und Dynamik der Reaktionen seitens der radikalen Linken oder der Polizei gemessen. Das intensive Bestreben, dauerhaft den öffentlichen Raum zu besetzen, zeigt sich auch in der massiven Verbreitung eigener Propagandamittel. Wiederum in Orientierung am politischen Gegner wird nicht nur mit Aufklebern, sondern auch mit aus der Graffiti-Kultur entlehnten Elementen wie Sprüh-schablonen, Tags³ und vereinzelt auch Graffitibildern versucht, die Sozialräume als *eigenes* Territorium zu markieren. Zugleich werden Jugendliche, für die das nächtliche, illegale Agieren häufig einen Reiz darstellt, durch derartige erlebnisorientierte Aktionsformen in politische Aktivitäten eingebunden.

Im Vergleich zu den meisten Kameradschaften und dem Großteil der NPD verfügen die AN-Gruppen in der Regel über für Jugendliche ansprechend gestaltete Websites, die sich fast gänzlich an den Codes der linken Szene orientieren. In der Agitation gerade junger Menschen bedient man sich besonders stark des Mediums der Internetvideos. Beinahe von

3 Tags bezeichnen in der Graffitiszene die mit Markern oder Sprühdosen angebrachten Buchstabenkürzel der Sprayer.

jeder größeren Aktion werden Aktionsvideos auf eigenen Videoportalen, aber auch auf kommerziellen Projekten wie *YouTube* eingestellt, die zum Teil auch als Handyvideos kursieren. Professionell gestaltet, mit passendem Soundtrack unterlegt, wechseln sich nächtliche Sprayaktionen und Rangeleien mit der Polizei während einer Demonstration ab, bis schließlich verummte Neonazis gegen den Kapitalismus, Globalisierung und Einwanderung wettern. Gezielt versucht man als Teil der politischen Strategie, Jugendliche für das aktionistische Programm der AN zu begeistern und gleichzeitig die Einstiegsschwelle in die neonazistische Szene zu senken. Notwendig sind weder persönliche Kontakte noch tiefere ideologische Überzeugungen. Allein der Wille zur Tat interessiert. Unterstützt wird dies zum Beispiel durch das zentrale Bereitstellen von Propagandamaterialien, die es auch Jugendlichen ohne Kontakte in die Szene erlauben, mit geringem Aufwand selbst aktiv zu werden. Professionell gestaltete und produzierte Flugblätter, Plakate und Aufkleber sind nicht nur über eigene Versandunternehmen kostengünstig zu beziehen; Vorlagen können ebenso wie Sprüschablonen oder *Schnipsel* von Internetseiten heruntergeladen werden. Die Einstiegsschwelle wird so erheblich gesenkt: „Du hast Langeweile? Du hast es satt, wie es in deiner Stadt zugeht? Dann beweg etwas! Druck dir ein Flugblatt aus, in schwarz/weiß gehalten, geh zum nächsten Kopiershop, mach fünfzig Abzüge und leg los!“ (AG Ruhr-Mitte 2008d). Auch hier orientiert man sich am politischen Gegner, bezieht sich auf das aus der eher links-alternativen Hardcore-Szene stammende *Do it yourself*-Prinzip.

Dementsprechend finden sich auf einschlägigen Portalen wie der *Jugend-Offensive* nicht allein Berichte und Videos etablierter Gruppen, sondern auch Aktionsberichte Jugendlicher, die stolz Bilder ihrer ersten Wandparole *Nationaler Sozialismus oder Untergang* präsentieren. Im Web haben interessierte Jugendliche zahlreiche Möglichkeiten, eigene Webseiten beziehungsweise Blogs zu gestalten. Einzelne AN-Strukturen bieten nicht nur diverse Logos und Hintergründe zur Gestaltung an, sondern interessierten Gruppen auch die Möglichkeit, diese über eigene Domains zu hosten. In Folge dieser stark gesunkenen Einstiegsschwellen ist es schwer zu erkennen, ob es sich um nahezu virtuelle Projekte Einzelner oder aktionsfähige Strukturen handelt.

Die zentrale und auffälligste Aktionsform der *Autonomen Nationalisten* ist jedoch ihr Auftreten bei Demonstrationen.

8.2 *Black Block*

Haben Bilder von Neonazis, die Che-Guevara-T-Shirts und Transparente mit antikapitalistischen Losungen tragen, bereits häufig zu Irritationen im Umfeld rechter Aufmärsche geführt, so hat spätestens das Auftreten *Autonomer Nationalisten* in einem *Schwarzen Block* in Hamburg am 1. Mai 2008 eine öffentliche Diskussion über diese offensichtliche Übernahme von Ausdrucksformen der linksradikalen Autonomen in Gang gesetzt.

Bei diesem *Schwarzen Block* handelt es sich um eine der zentralen Aktionsformen der *Autonomen Nationalisten*, die das Selbstverständnis ihrer Aktivisten ebenso prägt wie die Außenwahrnehmung der AN durch die Öffentlichkeit, aber auch die Wahrnehmung innerhalb der extremen Rechten selbst. Die Taktik, mittels eines einheitlich schwarz gekleideten, häufig auch verummten und in jedem Fall gewaltbereit auftretenden Blocks bei Demonstrationen ein Drohpotenzial gegenüber Polizei wie Gegendemonstranten aufzubauen, ist vollständig dem militanten Auftreten linksradikaler Autonomen entlehnt. Dass es sich dabei

ursprünglich um eine Aktionsform der radikalen Linken handelt, wird nicht negiert, sondern man bezieht sich offen auf die im Gegensatz zum Status quo rechter Aufmärsche als erfolgversprechender erachtete Strategie des politischen Gegners (vgl. Aktionsbündnis Mittelhessen 2004: 3).

Während es in Hamburg zum ersten Mal zu einem eigenständigen militanten Vorgehen eines größeren neonazistischen *Schwarzen Blocks* kam, ist die Forderung nach einem solchen genauso alt wie die Strömung der *Autonomen Nationalisten*. Bereits während der ersten öffentlichen Auftritte *Autonomer Nationalisten* aus Berlin wurde 2002 und 2003 die Forderung nach einem eigenen *Schwarzen Block* formuliert. Größere Aufmerksamkeit erhielt dieses Unterfangen erstmalig im Vorfeld eines Aufmarschs am 1. Mai 2004 in Berlin. Bewusst nahmen die AN in einem Konzeptentwurf Abstand vom bisher üblichen Verhalten der extremen Rechten:

„Der gewaltfreie, friedliche Kampf hat fast 60 Jahre stattgefunden und wir haben nichts erreicht. Es ist unverantwortlich, wenn heute noch Kameraden davon reden, absolut und situationsunabhängig, gewaltfrei zu bleiben.“ (User ‚Freiheit‘ 2004a)

In einem Aufruf für einen „revolutionären Block“ benannte man die Funktion dieses „nationalrevolutionären schwarzen Blockes“:

„Die schwarze Kleidung ermöglicht es uns, dass wir von Antifas, Bullen und anderen nicht mehr auseinandergehalten und erkannt werden können. [...] Der nationalrevolutionäre Block unterscheidet sich nicht hauptsächlich durch sein Äußeres von den anderen DemonstrantInnen, sondern durch die revolutionären Inhalte und seine Aktionen (Blockaden, Besetzungen, Verweigerungen etc.)“ (o.Verf.)

Inzwischen dominiert ein *Schwarzer Block* die von Gruppen aus dem Spektrum der AN organisierten Aufmärsche wie jene in Nordrhein-Westfalen oder in Berlin. Aber auch bei vielen anderen Demonstrationen der extremen Rechten bestimmt dieser – wie am 1. Mai 2008 in Hamburg – das Bild. Das Agieren als *Schwarzer Block* wird zum einen als geeignetes Instrument betrachtet, sich gegen die als Einschränkung empfundenen polizeilichen Maßnahmen zur Wehr zu setzen, zum anderen versteht man die neue Taktik auch als Kritik am bisherigen Verhalten der eigenen Szene:

„Man hatte es einfach satt, von den ausführenden Organen dieses Systems wie eine Herde Lämmer vorgeführt zu werden, sich mit Schikanen und Willkürmaßnahmen überziehen zu lassen, dabei tatenlos zuzusehen und dann noch von ‚Nationalem Widerstand‘ zu sprechen.“ (Militante Rechte, o. J.)

Dementsprechend verläuft diese Entwicklung nicht ohne Widersprüche. Bereits 2004 entzündete sich ein intensiver Streit. Nicht die NPD, sondern *Freie Nationalisten* aus Magdeburg und Hamburg waren es, die mit einer Erklärung „Schwarze Fahnen – statt schwarze Blöcke“ massive Kritik übten:

„Ein Zeichen von politischer Radikalität ist dieser Mummenschanz sicher nicht [...]wer unsere politischen Zusammenhänge mit einem Abenteuerplatz verwechselt, sollte lieber ganz schnell aus unseren Reihen verschwinden. [...] Der einfache Volksgenosse auf der Straße wird höchstwahrscheinlich wenig Sympathien für einen Mob von verummumten schwarzgekleideten Perso-

nen entwickeln können, welche sich nach Antifamanier mit ihren Transparenten einigeln. Vielmehr wird dieser „schwarze Mob“ Angst und Abneigung beim Betrachter erzeugen! [...] Unser Ziel ist die Überwindung des herrschenden Systems und das geschieht nur mit dem Volk, für das Volk. [...] Wir zeigen offen, wer wir sind und was wir wollen für jedermann sichtbar – nur so kann es uns gelingen, Akzeptanz und Sympathien im Volk für unsere Sache zu gewinnen“ (Kameradschaft Festungsstadt Magdeburg/Aktionsbüro Norddeutschland 2004).

Dies stellt bis heute die zentrale Konfliktlinie zwischen AN, Teilen der FN und der NPD dar. Aggressive Auseinandersetzungen zwischen *Autonomen Nationalisten* und NPD-Ordern während eines Aufmarsch der Partei am 7. Juli 2007 in Frankfurt am Main führten dazu, dass diese nicht umhin kam, sich schließlich eindeutig zu positionieren. Unter dem Titel „Unsere Fahnen sind schwarz – unsere Blöcke nicht!“ formulierte die NPD-Führung eine scharfe Abgrenzung gegenüber dem Demonstrationsgebaren der AN und erklärte öffentlich: „Hoch die schwarzen Fahnen der Wut, nieder die schwarzen Kappen der Vermummung“ (vgl. NPD-Parteipräsidium 2007a). *Schwarze Blöcke* seien kein Ausdruck revolutionären Handelns, sondern „anarchistische Erscheinungsformen“, die auf Außenstehende beängstigend und abstoßend wirkten. In einem *Schwarzen Block* agierende AN seien weder für die breite Masse Sympathieträger, noch könnten sie mit ihrem Aussehen und Auftreten eine „neue Ordnung vertreten, die deutsche Werte einfordert“. Deutlich erklärte die Partei, man sei trotz der „Gefahr geringerer Teilnehmerzahlen nicht bereit, sich diesem Zeitgeistphänomen anzupassen“ (ebd.).

Nicht nur von Seiten der AN löste dies einen Sturm der Entrüstung aus, auch viele *Freie* kritisierten die NPD. Worch beispielsweise attestierte der Erklärung eine „unnötig spalterische Tendenz“ (Worch 2007b). Sie sei nicht allein eine „Abgrenzung gegenüber gewissen äußerlich erkennbaren Erscheinungsformen bei Demonstrationen“, sondern auch eine Abgrenzung „gegenüber den dahinterstehenden Gedanken und den Leuten, die diese Gedanken tragen.“ Von vielen *Freien* wurde die Ausgrenzung der AN als eine Ausgrenzung von radikalen Aktivisten gesehen, welche den bürgerlicheren Kurs der NPD nicht mittragen wollen. Unverhohlen drohte man der Partei, diese erwecke den Eindruck, selbst „Teil des Problems“ zu sein, die NPD laufe Gefahr, zukünftig auch dementsprechend behandelt zu werden (vgl. Skoda 2008). Unabhängig von Kritik an Aktionsformen der AN bekundete der Großteil der neonazistischen Szene diesen gegenüber Solidarität, so dass die AN deutlich gestärkt aus dem Konflikt hervorgingen.

Das Verhalten der NPD ist seitdem gespalten, während man einerseits im September 2007 mit einer zweiten Erklärung versuchte die Wogen zu glätten (vgl. NPD-Parteipräsidium 2007b), goss NPD-Parteichef Voigt in einem Interview (vgl. Voigt 2007) Ende 2007 wiederum Öl ins Feuer, nachdem er erst kurz zuvor beim niedersächsischen Wahlkampfauftakt den Schulterschluss mit den AN gesucht hatte. Nach den Ausschreitungen von Hamburg hielt die Partei sich aber auffällig bedeckt. Offenbar war man von der vergangenen Unterstützung der AN durch die Mehrheit der „Freien“ überrascht gewesen und fürchtete, mit einer eindeutigen Positionierung die in vielen Bundesländern dringend notwendige Zusammenarbeit mit den Kameradschaften zu gefährden.

Tatsächlich offenbaren die Differenzen zwischen NPD und AN ein fundamental unterschiedliches Politikverständnis, während die Partei auf die Masse der Bürger abstellt und diese langfristig für sich gewinnen will, setzen die AN besonders auf die Jugend und verfolgen diffuse Revolutionsvorstellungen. Durch die generell hohe Anzahl neonazistischer Demonstrationen haben diese bislang zumeist wenig spektakulären Veranstaltungen inzwi-

schen gerade für jugendliche Neonazis an Attraktivität verloren. Bei ihnen haben häufig subjektive Erfolgsergebnisse Vorrang vor der Vermittlung politischer Inhalte. Durch das rebellische Auftreten der „Autonomen Nationalisten“ und die offensiv propagierten Auseinandersetzungen mit Polizei wie Gegendemonstranten erhalten die Aufmärsche zunehmend Erlebnisharakter, insbesondere die Wahrscheinlichkeit von Ausschreitungen stellt inzwischen ein entscheidendes Element für das Mobilisierungspotenzial unter jungen Neonazis dar.

Inzwischen haben die *Autonomen Nationalisten* die anziehende Wirkung der neuen, erlebnisorientierten Ausrichtung gerade auf Jugendliche erkannt und sehen im „Schwarzen Block“ nicht mehr allein ein Instrument, um sich gegenüber Polizei und Gegendemonstranten militant in Szene zu setzen:

„Primäres Ziel ist es friedlich, kreativ und lautstark den Protest für nationalen Sozialismus und gegen dieses System auf die Straße zu tragen und die deutsche Jugend zu erreichen, die sich heutzutage einfach nicht mehr nur durch politische Inhalte überzeugen lässt, sehr wohl aber in Verbindung mit unserem Erscheinungsbild – Ausstrahlung von Stärke, Geschlossenheit, Gruppengefühl und kreative Gestaltung von Transparenten – davon begeistert.“ (Militante Rechte, o. J.)

Gerade dieser Erlebnisharakter ist nicht zu vernachlässigen, denn besonders auf männliche Jugendliche übt das zumindest gewaltbereite Agieren in größeren, über eine gemeinsame Identität zusammengehaltenen Gruppen gegenwärtig eine große Anziehungskraft aus, wie die massive Beteiligung sehr junger Heranwachsender an den *Ultra*-Gruppen in der Fußball-Fankultur bezeugt.

8.3 Gewalt

Das divergierende Politikverständnis von AN und NPD äußert sich auch in einer vehement unterschiedlichen Linie, was die Anwendung von Gewalt betrifft. In der Regel verzichten sowohl die NPD als auch der überwiegende Teil der *Freien Nationalisten* bei öffentlichen Aktionen auf Gewalt. Da man versucht, politische Inhalte an breite Bevölkerungsschichten zu vermitteln und unter diesen Sympathisanten gewinnen will, ist man zumeist um ein möglichst gesetzeskonformes Verhalten bemüht.

Den AN hingegen sind solche Bestrebungen fremd – die provokativ zur Schau getragene Gewaltbereitschaft und das aggressive Auftreten sind zentrale Elemente ihres politischen Selbstverständnis, die sich in der Diktion ihrer Publikationen ebenso äußern wie in ihrem Auftreten auf der Straße. Während andere Organisationen nach der Devise handelten „Wenn dich einer auf die rechte Wange schlägt, dann halte auch die andere Wange hin“, erklären die AN provokant: „Wer uns auf die rechte Wange schlägt, der bekommt anschließend Rechts und Links eine!“ (Autonome Nationalisten Wuppertal-Mettmann 2006). Die Anwendung von Gewalt wird von den AN-Aktivisten dementsprechend häufig als Form der Selbstverteidigung legitimiert. So erklärten die *Autonomen Nationalisten Wuppertal-Mettmann*: „Wir wollen friedlich und gewaltfrei unsere Meinung in das Volk tragen. Wer aber meint, er müsse uns mit Gewalt davon abhalten, der wird sehr schnell die passende Antwort erhalten.“ (ebd.).

In der Praxis resultiert aus dieser Einstellung ein sowohl quantitativ wie auch qualitativ erheblich gestiegenes Niveau der gewalttätigen Angriffe. Gerade bei Veranstaltungen der AN registrieren die Sicherheitsbehörden eine signifikante Zunahme der Gewaltbereitschaft gegenüber dem politischen Gegner und der Polizei (BMI 2008: 61).

Entgegen ihrer Schutzbehauptung gilt Gewalt den AN als grundsätzlich legitimes Mittel. Ihre ostentative Gewaltbereitschaft äußert sich nicht nur in rebellischen Parolen wie „Autonom, militant, nationaler Widerstand“, sondern findet ihren Ausdruck auch in martialischen Darstellungsformen. „Die Neonazis bei den Autonomen Nationalisten sind sehr erlebnisorientiert, das heißt, sie sind richtig heiß darauf, dass es zu Ausschreitungen und Auseinandersetzungen kommt“, bekennt ein Aussteiger aus der Szene (Jülich 2008). Die Randalen des eigenen Lagers in Hamburg gilt den AN denn auch als Erfolg. Die gewalttätigen Angriffe markierten einen Wendepunkt im Verhalten des „Nationalen Widerstands“, heißt es euphorisch (Nationaler Widerstand Recklinghausen 2008).

Diese erlebnisorientierte Ausrichtung und die an den Tag gelegte Gewaltbereitschaft sind nicht zuletzt auch als Kritik an den etablierten Strukturen der *Freien Nationalisten* zu verstehen, die sich aus Sicht der AN einem modernen, aktionsorientierten und jugendkonformen Erscheinungsbild verschließen. Gewalt ist jedoch nicht nur ein Instrument, ein Mittel zum Zweck, sondern die ständige Bereitschaft zur Gewaltausübung und die gesuchten Konfrontationen sind ein nicht zu vernachlässigendes Element der spezifischen extrem rechten Erlebniswelt der *Autonomen Nationalisten*. Für Einzelne, so ein Aussteiger, sei die Aussicht auf Randalen sogar die Hauptmotivation, sich an Aktionen zu beteiligen: „Die wollen den ‚Kick‘, genau wie Hooligans im Umfeld von Fußballspielen.“ (Jülich 2008).

9 Fazit

Ohne Zweifel ist es den *Autonomen Nationalisten* gelungen, durch eine Übernahme und Adaption ikonografischer Formen der linksradikalen Autonomen, der Enteignung linker Codes und Handlungsrituale und deren extrem rechter Kodierung die Attraktivität der neonazistischen Szene für Jugendliche zu vergrößern und insbesondere bei Demonstrationen einen Erlebnischarakter zu gewährleisten. Die AN erweitern auf diese Weise das jugendkulturelle Identitätsangebot der extremen Rechten. Dies ist besonders von Bedeutung, da die Rekrutierung Jugendlicher für die organisierte extreme Rechte häufig weniger über die direkte Vermittlung von Inhalten, sondern über kulturelle und soziale Einbindungen erfolgt. Angesichts ihrer Strategie kultureller Subversion kann von den AN ähnlich dem NS-Hardcore auch als einer Form der „subkulturellen Modernisierung“ (Fromm 2008: 18) gesprochen werden.

Wenngleich diese Modernisierung vielen als Novum erscheint, so handelt es sich historisch gesehen mitnichten um eine neue Entwicklung. Vielmehr erinnert dieser Prozess an die Formenteignungen ihres historischen Vorbilds in der Aufstiegsphase des Nationalsozialismus. Bereits der Philosoph Ernst Bloch beschrieb die Enteignung der sozialen Interaktions- und Kommunikationsformen der Arbeiterbewegung durch den Nationalsozialismus und sprach von „Entwendungen aus der Kommune“ (Bloch 1926: 70). Denn die historischen Vorbilder der AN ermöglichten durch die gezielte Übernahme von Aktions- und

Agitationspraktiken, aber auch musikalischer Elemente sukzessive den Arbeitern eine Annäherung an die faschistische Gesellschaftsvorstellung der Volksgemeinschaft, ohne dass diese ihren kulturellen Code ändern mussten.

Allerdings fokussieren die AN mit den Formen politischer Selbstdarstellung der linken Autonomen auf ein begrenztes Publikum, denn Symbolik und Codes sind – abgesehen von Jugendlichen – nur bedingt über die eigene Szene und das Spektrum des politischen Gegners hinaus verständlich, so dass eine weitergehende Vermittlung politischer Inhalte bezweifelt werden kann. Unabhängig von realen Erfolgen ihrer Strategie stellt sich perspektivisch die Frage, wieweit es den AN gelingt, eine langfristige politische Strategie zu entwickeln, die über diffuses Revolutionsgerede hinausgeht. Die weitere Entwicklung der *Autonomen Nationalisten* dürfte zunächst aber vor allem von zwei Faktoren beeinflusst werden.

Zum einen bestimmt das Verhältnis der NPD zu den FN maßgeblich die Chance der regionalen Ausbreitung der AN. Momentan ist davon auszugehen, dass die FN und auch die AN gestärkt werden, nachdem die Volksfrontpolitik Anfang 2009 durch Wulff weitgehend für gescheitert erklärt worden ist. Allerdings bleibt abzuwarten, wie sich die NPD in Zukunft ausrichten wird. Bundesweit – besonders jedoch in den neuen Bundesländern – ist auch bedeutend, ob der NPD in Sachsen der Wiedereinzug in den Landtag gelingt, denn davon hängt es ab, wie sich das Unterfangen einer „taktischen Zivilisierung“ (Klärner 2008: 19) entwickeln wird. Auch ist zu fragen, wie sich die Mehrheit der FN in der Militanzfrage in Zukunft positionieren wird.

Zum anderen mehrten sich gegenwärtig die internen Widersprüche des politischen Mimikryspiels der AN, stellt sich die grundsätzliche Frage, bis zu welchem Punkt die analysierte Strategie getrieben werden kann, ohne das eigene Beharren auf einer nationalsozialistischen Identität des Einzelnen und das gemeinsame Streben nach einem völkischen Autoritätsstaat ad absurdum zu führen. Gerade im Zusammenhang mit dem Ausstieg mehrerer *Autonomer Nationalisten*, von denen manche sich jetzt gegen ihre ehemaligen Kameraden engagieren wollen, sprechen Neonazis offen von hausgemachten Problemen: „In dieser Szene legt man wenig Wert auf inhaltliche Positionen, viel auf Äußerlichkeiten – das ist die geeignete Spielwiese für Leute, denen es nur auf ‚Event‘ und Inszenierung ankommt. Wenn sich die AN-Mode ausgelutscht hat, zieht man weiter – zur Antifa oder zur CDU [...]“, heißt es in einer Diskussion (User ‚Sache des Volkes‘ 2008). Ein Verfechter des AN-Ansatzes gibt zu, es werde zum Teil versucht, ideologische Grundpfeiler durch eine neue und coole „MTV Popkultur“ zu ersetzen. Inhalte, die einem weiteren Mitgliederzuwachs im Wege stünden, würden als veraltet und kontraproduktiv abgekanzelt (User ‚Hannes Larson‘ 2008). Der Nationalsozialismus werde von manchen als trendige Jugendkultur mit hohem Spaßfaktor dargestellt, mit dem Ergebnis, dass vielerorts der „Widerstand“ zum Freizeitvergnügen verkomme. Stattdessen müsse jeder sich „ausnahmslos als Diener unseres Volkes begreifen. Es geht hier nicht um persönliche Interessen, Vorlieben, oder den Spaß an der Sache“ (ebd.). Hier zeigt sich die begrenzte Anpassungsfähigkeit der ästhetischen Modernisierung an die nationalsozialistische Ideologie. Die AN werden Opfer ihrer eigenen Strategie. Als Folge sowohl der Übernahme linker Elemente, wie auch des sehr jungen Altersdurchschnitts, vor allem aber zurückzuführen auf die Tatsache, dass die AN viele Jugendliche durch ihr aktionistisches Politikverständnis gewinnen konnten und auf eine spätere politische Sozialisierung gesetzt haben, werden bisher weitgehend unhinterfragte ideologische Grundpositionen plötzlich zur Disposition gestellt.

Während ein NPD-Bundesvorstandsmitglied bekennt, das „autonome Getue“ sei nicht sein Stil, aber pragmatisch erklärt: „Mir ist es recht, wenn neue Leute zu unseren Demonstrationen kommen. Denen geht es zwar um Action, nicht um Inhalte, aber die politisieren wir dann eben später!“ (Bauer/Schrenk 2008: 26), sehen manche *Autonomen* diese Strategie als gescheitert an. Hätten zu Beginn von Informationsportalen wie der *Jugend-Offensive* die meisten Videos noch sorgfältig überlegt, gut vorbereitete und durchgeführte Aktionen dokumentiert, so seien inzwischen viele Aktivitäten reine Propagandaaktionen ohne eigenen politischen Inhalt (Freie Nationalisten Gladbeck 2008). Daher fordert man eine strategische Neuausrichtung der AN. Anstatt allein möglichst anziehend auf Jugendliche zu wirken, sei eine Rückbesinnung auf völkische Werte notwendig (ebd.). Jugendliche, die nicht bereit seien, die theoretischen Grundsätze zu verinnerlichen, dürften nicht aus Gründen der Quantität die Reihen füllen. Für die weitere Entwicklung des Phänomens *Autonome Nationalisten* dürfte es vor allem von Bedeutung sein, ob es den AN gelingen wird, diese ideologische Festigung mit ihrem neuen Lifestyle zu kombinieren, oder ob sie nicht die gesunkene Eintrittsschwelle mit einer starken Erhöhung des in der Szene ohnehin sehr hohen Fluktuationsgrades bezahlen.

Quellen und Literatur

- AG Rheinland (2008): Aktiv werden: mitmachen- anpacken- handeln! In: <http://www.ag-rheinland.net/werdeaktiv.htm> (zuletzt abgerufen am 03.11.2008).
- AG Rheinland (2008b): Grafik, In: <http://www.ag-rheinland.net/d-bilder/desktopgross7.jpg> (zuletzt abgerufen am 04.11.2008).
- AG Ruhr-Lippe (2008): Autonomie. In: http://www.ag-rl.info/?page_id=6 (zuletzt abgerufen am 05.12.2008).
- AG Ruhr-Mitte (2008a): AG? Was ist das?. In: <http://www.ag-ruhr-mitte.info/Aktionsgruppe%20Ruhr-Mitte/agwasistdas.html> (zuletzt abgerufen am 07.11.2008).
- AG Ruhr-Mitte (2008b): Die Volksgemeinschaft als Gegenpol zur Weltgesellschaft. In: <http://www.ag-ruhr-mitte.info/Aktionsgruppe%20Ruhr-Mitte/index.html> (zuletzt abgerufen am 07.11.2008).
- AG Ruhr-Mitte (2008c): Dresden 1945. Der Tod von Dresden- alliierter Massenmord am deutschen Volk. In: http://www.ag-ruhr-mitte.info/Aktionsgruppe%20Ruhr-Mitte/downloads/diy/flugblatt_dresden.pdf (zuletzt abgerufen am 02.11.2008).
- AG Ruhr-Mitte (2008d): Do it yourself – Material. In: <http://www.ag-ruhr-mitte.info/Aktionsgruppe%20Ruhr-Mitte/downloads/diy.html> (zuletzt abgerufen am 08.11.2008).
- AG Ruhr-Mitte (2009): Gedanken zum Jahreswechsel: Für den einzig wahren Nationalen Sozialismus gegen Verfälschungen und kontraproduktive Erneuerungen! In: <http://www.ag-ruhr-mitte.info/Aktionsgruppe%20Ruhr-Mitte/aktionsberichte/januar%2009/gedanken-zum-jahreswechsel.html> (zuletzt abgerufen am 03.01.2009).
- Aktionsbündnis Mittelhessen (2004): Der Schwarze Block- eine notwendige Klarstellung. Überarbeitete Auflage. In: http://www.ab-mittelhessen.de/downloads/schwarzer_block2.pdf, (zuletzt abgerufen am 06.11.2008).
- Aktionsbüro Süddeutschland (2005): Stellungnahme zum Thema ‚Autonome Nationalisten‘. In: <http://freies-forum.net/board/thread.php?threadid=4419> (zuletzt abgerufen am 26.07.2005).
- Aktionsgruppe Rheinland (2007a): Bestehende Vorurteile gegen nationale Sozialisten! In: <http://www.ag-rheinland.net/aktuelles/221007bestehendevorurteile.htm> (zuletzt abgerufen am 23.06.2008).
- Autonome Nationalisten Gladbeck (2007): Wir über uns. In: <http://www.ag-ruhr-mitte.info/Aktionsgruppe%20Ruhr-Mitte/autonomenationalistengladbeck.html> (zuletzt abgerufen am 22.07.2007).

- Autonomen Nationalisten Marl (2008): Jugend zu uns! In: <http://anm-info.net/wordpress/jugend-zu-uns/> (zuletzt abgerufen am 16.11.2008).
- Autonome Nationalisten Sauerland (2008a): Autonomie. In: <http://logr.org/ansauerland/autonomie/> (zuletzt abgerufen am 08.11.2008).
- Autonome Nationalisten Sauerland (2008b): Komm zu uns! In: <http://logr.org/ansauerland/jugend-zu-uns/> (zuletzt abgerufen am 08.11.2008).
- Autonome Nationalisten Wuppertal-Mettmann: Selbstdarstellung. In: <http://www.ab-west.net/anwm.html> (zuletzt abgerufen am 21.05.2006).
- Autorenkollektiv linker Niederrhein: NPD vs. 'schwarzer Block'. In: <http://www.ab-west.net/nachrichten/84neu.html> (zuletzt abgerufen am 24.08.2007).
- Bauer, Patrick/Schrenk, Jakob (2008): Der schwarz-braune Block. In: Neon November 2008, S. 19-26.
- Berliner Senatsverwaltung für Inneres und Sport Abteilung Verfassungsschutz (2008a): Verfassungsschutzbericht 2007, Berlin.
- Berliner Senatsverwaltung für Inneres und Sport Abteilung Verfassungsschutz (2008b): Lageanalyse „Autonome Nationalisten“, Berlin.
- Bloch, Ernst (1926): Erbschaft dieser Zeit. In: Ders.: Gesamtausgabe Bd.4, Frankfurt a.M.
- Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) (2007): ‚Autonome Nationalisten‘. Eine militante Rander-scheinung, Köln.
- Bundesministerium des Innern (BMI) (2008): Verfassungsschutzbericht 2007, Berlin.
- Bundesministerium des Innern (BMI) (2008): Verfassungsschutzbericht 2007, Berlin.
- Freie Nationalisten Gladbeck (2008): Die politische Aktion im Mittelpunkt?– Gedanken zur momen-tanen Lage. In: <http://www.ag-ruhr-mitte.info/Aktionsgruppe%20Ruhr-Mitte/index.html> (zuletzt abgerufen am 07.11.2008).
- Fromm, Rainer (2008): ‚We play NS-Hardcore‘. Neue Tendenzen am rechten Rand – zwischen Pro- test und Extremismus. In: BPJM-Aktuell 1/2008, S. 12-21.
- Greven, Thomas (2006): Rechtsextreme Globalisierungskritik: Anti-globaler Gegenentwurf zu Neoli- beralismus und Global Governance, In: Ders./Grumke, Thomas (Hg.): Globalisierter Rechtsex- tremismus? Die extremistische Rechte in der Ära der Globalisierung, Wiesbaden: 15-29.
- Häusler, Alexander (2002): Szene, Stil, Subkultur oder Bewegung? In: Dornbusch, Christian/Raabe, Jan (Hg.): Rechtsrock. Bestandsaufnahme und Gegenstrategien, Hamburg/Münster, S. 263-285.
- Jülich, Peter (2008): Innenansichten aus der Neonaziszene: Ein Autonomer Nationalist steigt aus. In: <http://www.netz-gegen-nazis.com/artikel/innenansichten-aus-der-neonaziszene-ein-autonomer-nationalist-steigt-aus> (zuletzt abgerufen am 11.12.2008).
- Nationaler Widerstand Recklinghausen (2008): 1.Mai in Hamburg – Eine kurze Einschätzung. In: <http://www.ag-ruhr-mitte.info/Aktions-gruppe%20Ruhr-Mitte/aktionsberichte/mai/regla-1.mai.html> (zuletzt abgerufen am 26.06.2008).
- Kameradschaft Festungsstadt Magdeburg/Aktionsbüro Norddeutschland (2004): Schwarze Fahnen- statt schwarze Blöcke, Flugblatt.
- Klärner, Andreas (2008): Versuch und Scheitern einer taktischen Zivilisierung der extremen Rechten. Der Konflikt zwischen NPD, ‚Freien Kameradschaften‘ und ‚Autonomen Nationalisten‘. In: Newsletter zur Geschichte und Wirkung des Holocaust 17. Jahrgang Nr. 33: 16-21.
- Menhorn, Christian (2008): Autonome Nationalisten, In: Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (Hg.): Jahrbuch Extremismus und Demokratie 2007, Baden-Baden: 213-225.
- Militante Rechte: Aufruf und Definition ‚Schwarzer Block‘ In: <http://www.ag-ruhr-mitte.info/Aktions-gruppe%20Ruhr-Mitte/politischeleitsaetze/definitionblackblock.html>, (zuletzt abgerufen am 04.11.2008).
- Nationale Sozialisten aus dem Rheinland und Westfalen (2008): Für den einzig wahren Nationalen Sozialismus – Gegen Verfälschung und kontraproduktive Erneuerungen. In: <http://www.ab-west.net/nachrichten/176neu.html> (zuletzt abgerufen am 02.11.2008).
- Nationale Sozialisten Oldenburg (2008): Nationaler Sozialismus? In: <http://logr.org/nsol/nationalier-sozialismus/> (zuletzt abgerufen am 08.11.2008).
- NPD-Parteipräsidium (2007a): Unsere Fahnen sind schwarz – unsere Blöcke nicht! In: http://www.npd.net/index.php?sek=0&pfad_id=9&cmsint_id=1&detail=923, (zuletzt abgerufen am 02.09.07).

- NPD-Parteipräsidium (2007b): Unsere Fahnen sind schwarz – unsere Blöcke nicht! In: http://www.npd.de/index.php?sek=0&pfad_id=25&cmsint_id=1&detail=946, (zuletzt abgerufen am 22.09.2007).
- o.V.: Aufruf „Black Block at Berlin“. In: <http://www.autonom.biz> (zuletzt abgerufen am 11.03.2004).
- Parteifreie Nationalisten (2007): Aufruf zur 1.Mai-Demonstration in Dortmund. In: <http://www.widerstand.info/854/01052007-dortmund/> (zuletzt abgerufen am 08.11.2008).
- Reitz, Axel W. (2004): o.T. In: <http://freies-forum.net/board/thread.php?threadid=1044>, (zuletzt abgerufen am 21.05.2004).
- Sager, Tomas (2008): 'Friedensfreunde'. In: Blick nach Rechts Nr. 17/2008 <http://www.bnr.de/archiv/jahrgang2008/ausgabe172008/friedensfreunde/> (zuletzt abgerufen am 02.11.2008).
- Skoda, Sven: Spielt nicht mit den Schmuttelkindern, oder alter Wein in neuen Schläuchen- Ein Stimmungsbild parteifreier Kräfte aus dem Westen, In: http://de.altermedia.info/general/svenskoda-spielt-nicht-mit-den-schmuttelkindern-oder-alter-wein-in-neuen-schlauchen-200807_10839.html (zuletzt abgerufen am 12.11.2008).
- Sommer, Bernd (2008): Anti-capitalism in the name of ethno-nationalism: ideological shifts on the German extreme right. In: Patterns of Prejudice Jg. 42 Nr. 3: 305-316.
- Spreek, Jan (2006): Der Ober-'Autonome'. In: Lotta Nr. 22: 23-25.
- Stöss, Richard (2008): Rechtsextremismus und Globalisierungskritik. Eine empirische Analyse zum Zusammenhang bei den Einstellungen in der Bevölkerung. In: Pfahl-Traughber, Armin (Hg.): Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2008: 66-94.
- Thein, Martin (2009): Wettlauf mit dem Zeitgeist- Der Neonazismus im Wandel. Eine Feldstudie, Göttingen.
- Voigt, Udo (2007): Interview. In: Hier & Jetzt Nr. 8 http://www.sachsenpublizistik.de/inhalt_detail-18-1-5.html (zuletzt abgerufen am 02.11.2008).
- User ‚Freiheit‘ (2004a): o.T. In: <http://freies-forum.net/board/thread.php?threadid=931> (zuletzt abgerufen am 21.05.2004).
- User ‚Freiheit‘ (2004b): o.T. In: <http://freies-forum.net/board/thread.php?threadid=1053> (zuletzt abgerufen am 21.05.2004).
- User ‚Hannes Larsson‘ (2007): o.T. In: <http://forum.widerstand.info/showthread.php?s=27c4511293c62b8524> (zuletzt abgerufen am 04.11.2008).
- User ‚Hannes Larsson‘ (2008), o.T. In: <http://forum.widerstand.info/showthread.php?p=1738> (zuletzt abgerufen am 12.11.2008).
- User ‚Sache des Volkes‘ (2008): o.T. In: http://de.altermedia.info/general/wer-will-noch-mal-wer-hat-noch-nicht-111208_20215.html#more-20215, (zuletzt abgerufen am 14.12.2008).
- Virchow, Fabian (2007): Die extreme Rechte als globalisierungskritische Bewegung?, In: Bemerburg, Ivonne/Niederbacher, Arne (Hg.): Die Globalisierung und ihre Kritik(er). Zum Stand der aktuellen Globalisierungsdebatte, Wiesbaden: 215-232.
- Wagner, Bernd (1998): Rechtsextremismus und kulturelle Subversion in den neuen Ländern, Berlin.
- Wittrock, Phillip (2008): Schwarzer Neonazi-Block alarmiert Polizei und Politik. 15.05.08. In: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,553493,00.html> (zuletzt abgerufen am 07.06.2008).
- Worch, Christian (2005): Über Freien und Autonomen Nationalismus. In: <http://lmai.net.rundbriefe/05-02-25.htm> (zuletzt abgerufen am 09.08.2005).
- Worch, Christian (2007a): o.T. In: http://de.altermedia.info/general/das-wars-dann-wohl-mit-den-grossdemos-mpd-unsere-fahnen-sind-schwarz-unsere-blocke-nicht-160807_10798.html, 16.08.07, 19.59 Uhr (zuletzt abgerufen am 02.11.2008).
- Worch, Christian (2007b): o.T. In: http://de.altermedia.info/general/das-wars-dann-wohl-mit-den-grossdemos-mpd-unsere-fahnen-sind-schwarz-unsere-blocke-nicht-160807_10798.html, 18.08.07, 8.57 Uhr (zuletzt abgerufen am 02.11.2008).
- Wulff, Thomas/Heise, Thorsten/Tegethoff, Ralph (2004): Erklärung zum Eintritt in die NPD. In: <http://www.eine-bewegung-werden.de/eintritt.htm> (zuletzt abgerufen am 14.11.2008).

Die Rechte und das Recht

Rudolf Kleinschmidt

1 Frontstellung

„Wir gehen in den Reichstag hinein, um uns im Waffenarsenal der Demokratie mit deren eigenen Waffen zu versorgen. [...] Uns ist jedes gesetzliche Mittel recht, den Zustand von heute zu revolutionieren. [...] Wir kommen als Feinde! Wie der Wolf in die Schafherde einbricht, so kommen wir.“ (zit. nach Begründung Verbotsantrag: 39)

Bis heute scheint diese Aussage eines Joseph Goebbels der extremen Rechten ins Stammbuch geschrieben zu sein; bis heute versucht sie, die Möglichkeiten der freiheitlich-demokratischen Gesellschaft auszunutzen, um genau diese Ordnung zu beseitigen. Wer die wehrhafte Demokratie bekämpft und abschaffen will, kollidiert allerdings mit bestehenden Gesetzen, und so ist es naheliegend, dass innerhalb dieser Szene ein breites Spektrum an Beratungsangeboten und Rechtshilfetipps existiert. Oft wird darin ein menschenverachtendes und antidemokratisches Verständnis von Recht und Gesetz transportiert, wie beispielsweise im Text: „Dein Verhalten gegenüber Polizei und Justiz“, der sich bei der NPD und in der Kameradschaftsszene findet. Darin wird unter anderem ausgeführt:

„Das heute herrschende System unterscheidet sich von einem Volksstaat – in dem nach germanischem Brauch Recht ist, was dem Volke nützt – gewaltig. In der Justiz wird heute ‚Gut und Böse‘ (das, was sein soll und das, was nicht sein soll) durch Gesetze bestimmt.“ (NPD Zwickau)

Das Postulat „Recht ist, was dem Volke nützt“ negiert Rechtsgrundlagen unserer Gesellschaft. Fundamentale Prinzipien wie „Keine Strafe ohne Gesetz“, Menschenwürde, Menschenrechte, Gleichheit der Menschen vor dem Gesetz und Unabhängigkeit der Gerichte werden abgelehnt. Stattdessen wird ein Grundsatz propagiert, auf dem bereits die Unrechtsurteile des nationalsozialistischen Volksgerichtshofes basierten. Der Begriff des „Volksstaats“ erscheint in diesem Zusammenhang als eine Replik auf die NS-Volksgemeinschaftsideologie. Auch deren völkischer Kollektivismus beinhaltet die Ablehnung elementarer Freiheits-, Gleichheits- und Menschenrechte.

Die extreme Rechte nutzt den Satz: „Recht ist, was dem Volke nützt“ häufig auch in abgewandelter Weise oder als generellen Code der Ablehnung der Demokratie. So manifestiert das „Selbstverständnis als freier Nationalist“, eine der zentralen ideologischen Publikationen der neonazistischen Kameradschaftsszene:

„Ich alleine bin verantwortlich für mein politisches Wollen, das immer nur dem einen Grundsatz verpflichtet ist: Was meinem Volk nutzt, ist recht! Mein Widerstand gegen die herrschenden Zustände kennt keine faulen Kompromisse.“ (Selbstverständnis: 3)

Demnach heiligt der Zweck die Mittel auf dem Weg zur Volksgemeinschaft – ein Selbstverständnis, das jedes Vergehen rechtfertigen kann. Was dies bedeutet, lässt sich an der

polizeilichen Statistik zur „Politisch Motivierten Kriminalität, Phänomenbereich rechts“ (PMK-rechts) ablesen. Neben Propagandadelikten, Volksverhetzung und Auschwitzleugnung zählen zu den phänotypischen Delikten Beleidigungen, Bedrohungen und Gewaltverbrechen (Körperverletzung, Mord, Totschlag) – wie der Überfall mehrerer Neonazis im Sommer 2008 auf ein linkes Sommercamp in Nordhessen, bei dem ein 13-jähriges schlafendes Mädchen mit einer Flasche von Kevin Schnippkoweit, Neonazi-Aktivist und Bindeglied zwischen NPD und militanter Neonazi-Szene (vgl. Hessischer Landtag: 2), lebensgefährlich verletzt wurde. Dieser auch in der rechten Szene umstrittene Mordversuch wurde im Neonazi-Portal „Altermedia“ schöneredet, gerechtfertigt und heruntergespielt:

„Die 13-Jährige ist nichts weiter als ein Kollateralschaden in den Auseinandersetzungen zwischen Rechts und Links. Schließlich wird sie ja wohl niemand gezwungen haben, im SOLID¹-Jugendcamp zu übernachten oder an der Demonstration gegen Rechts einen Tag zuvor teilzunehmen. Dann gehört es gewissermaßen auch zum Berufsrisiko, in Auseinandersetzungen mit politischen Kontrahenten zu geraten. [...] Zweifellos muss aber auch eine andere Frage geklärt werden. Nämlich warum sich ausgerechnet, der namentlich bekannte Aktivist Kevin Schnippkoweit an solchen Kindereien beteiligt hat?“ (zit. nach altermedia)

2 Unsere Ehre heißt Treue – „Kameradenhilfe“ bis heute

Auch wenn Naziverbrechern nach dem Ende des Krieges die Flucht ins Ausland gelang, häufig verbunden mit Fluchthilfe- und „Kameraden“-Organisationen wie der ODESSA, der „Organisation der ehemaligen SS-Angehörigen“, oder der so genannten „Rattenlinie“, so blieb das Gros der vom Nationalsozialismus Belasteten indes in Deutschland – und nur teilweise mit einer falschen Identität. Der ehemalige regierende Bürgermeister von Berlin, Pfarrer Heinrich Albertz, erklärte vor diesem Hintergrund:

„Es hat ja keinen wirklichen Bruch mit der Vergangenheit gegeben in dem Sinne, daß man sich mit ihr ernsthaft beschäftigt hat, daß man sich überlegt hat, was wir Deutsche angerichtet haben in der Welt und in unserem eigenen Volke. Es ist ja eine der schlimmsten Legenden, daß das Jahr 1945 eine Stunde Null gewesen sei. Wir haben alles mit herübergeschleppt, die Schuld, die Probleme und vor allen Dingen auch die Menschen, um die es sich gehandelt hat. Es hat keine Selbstreinigung gegeben und gar keine Revolution“ (Vinke 1981: 122)

2.1 Die Legende von der Stunde Null

Das Klima der Nachkriegszeit war geprägt von Wiederaufbau, Schlussstrich- und Besiegten-Mentalität sowie dem aufkommenden Ost-West-Konflikt. Die ersten Schlussstriche kamen rasch: Schon 1949 verabschiedete der Bundestag ein Amnestiegesetz, und durch den Artikel 131 des Grundgesetzes wurden viele jener Beamten wieder übernommen, denen wegen ihrer NS-Vergangenheit der Zugang zum öffentlichen Dienst zuvor versperrt war. Gerade sie gelangten in die Gerichte, Polizei und Bundeswehr und bis in die höchsten Spitzen von Verwaltung und politischer Macht. Zugleich verlangten – nicht nur – diese Kreise nach einer Generalamnestie.

¹ Die Linksjugend solid ist der Jugendverband der Partei Die Linke.

„Ihren Ausgangspunkt hatte die Forderung nach ‚Generalamnestie‘ in einer im Herbst 1949 vorgelegten Denkschrift Friedrich Grimms gehabt. Das Zentrum der politischen Unterstützung lag in der nordrhein-westfälischen FDP, an ihrer Spitze deren Landesvorsitzender Middelhauve sowie Ernst Achenbach.“ (Herbert: 451f.)

Die Essener Kanzlei des FDP-Landtagsabgeordneten Achenbach, im Nationalsozialismus mitverantwortlich für die Deportation französischer Juden in die Vernichtungslager, war die Basis des ab 1951 aktiven Vorbereitenden Ausschusses zur Herbeiführung der Generalamnestie. Hier waren weitere Juristen mit NS- Vergangenheit vereint, darunter der ehemalige Justiziar der SS und Stellvertreter Heydrichs im Reichssicherheitshauptamt (RSHA), Werner Best.

„In seinem Büro in der Kanzlei Achenbach liefen viele Fäden zusammen. Er hielt nicht nur Kontakt zu den Soldatenverbänden und zahlreichen rechten und rechtsradikalen Organisationen, zu dem vom einstigen Flieger-Heroen Rudel gegründeten ‚Kameradenwerk‘ in Buenos Aires, zur Naumann-Gruppe oder zum extrem-nationalistischen ‚Hilfswerk‘ der Prinzessin zu Isenburg², sondern auch zu den verschiedenen Beamtenbünden [...]“ (Herbert: 464)

Einige Forderungen jener Gruppen, die eine Generalamnestie forderten, gehören bis heute zum Repertoire der extremen Rechten, wie ein Flugblatt der Vereinigung „Die Ehemaligen“ von 1957 zeigt, das eintrat für die:

„Bekämpfung der andauernden Verleumdungen, Diskriminierungen und Beleidigungen, denen die ‚Ehemaligen‘ im In- und Ausland ausgesetzt sind, Wiedergutmachung allen an den ‚Ehemaligen‘ begangenen Unrechts, der erlittenen Schäden und deren Folgen. Schaffung eines gerechten Geschichtsbildes über die ‚Epoche des 3.Reiches‘“ (Hirsch: 271).

Zudem blieb eine juristische Aufarbeitung der NS-Justiz weitestgehend aus. Belastete Juristen wurden vielfach in den Justizdienst und die universitäre Ausbildung übernommen, und erst die Studentenunruhen brachten Ansätze einer kritischen Auseinandersetzung, durchbrachen überkommene Traditionen mit provokanten Aktionen wie „Unter den Talaren der Muff von 1000 Jahren“ und machten sie so einer breiteren Öffentlichkeit bewusst. Bis dahin galt:

„Unbelehrbarkeit, das war damals geradezu die Voraussetzung für eine wissenschaftliche Karriere. Wer bei einem der 131er-Professoren – und andere gab es kaum – promovieren, habilitieren oder sonst reüssieren wollte, musste gegen Nürnberg zu Felde ziehen. Eine konsequente Parteinahme für die Nürnberger Prinzipien, kritische Anmerkungen zur deutschen Vergangenheit oder gar eine Abrechnung mit der in Justiz und Rechtswissenschaft ‚herrschenden Lehre‘ hätte das Ende jeder akademischen Laufbahn bedeutet.“ (Müller: 268)

2.2 *Stille Hilfe für Kriegsgefangene und Internierte e.V.*

Neben Gruppen, die sich für eine Amnestie aller NS-Belasteten engagierten, entstanden weitere wie die „Arbeitsgemeinschaft zur Rettung der Landsberger Häftlinge“ der Prinzes-

² Siehe auch 2.2: Stille Hilfe für Kriegsgefangene und Internierte e.V.

sin Helene-Elisabeth zu Isenburg, die sich speziell für inhaftierte oder zum Tode verurteilte Nazi-Verbrecher engagierte.

„Ein Beispiel ist die ‚Stille Hilfe‘, ein als gemeinnützig anerkannter Verein, der selbst aus dem Einsatzgruppenführer Otto Ohlendorf einen Unschuldengel machen wollte. Im Vorstand arbeiteten 1951 Wurm, Neuhäusler und Caritasdirektor Augustinus Rösch unter anderem mit dem ehemaligen SS-Obersturmführer Gerhard Kittel, dem ehemaligen SS-Standartenführer und Gruppenleiter im Reichssicherheitshauptamt, Wilhelm Spengler, sowie dem bereits erwähnten Ex-Obersturmbannführer Heinrich Malz zusammen. [...] Die ‚Stille Hilfe‘, bis heute als gemeinnütziger Verein anerkannt³, hatte keine Hemmungen, zugunsten ihrer Klientel die deutsche Zeitgeschichte zurechtzubiegen.“ (Klee 1992)

Der Verein, der auch juristisch unterstützt, verfügt bis heute über Verbindungen in die gesamte extreme Rechte. Doch nicht nur seine Klientel zeugt von deutschen Kontinuitäten. Einer seiner Mitbegründer, der Münchner Rechtsanwalt Rudolf Aschenauer, verteidigte in Nürnberg, im Frankfurter Auschwitz-Prozess sowie im Ulmer Einsatzgruppenprozess NS-Verbrecher. Als Leiter des von ihm eingerichteten Büros zur Koordinierung der Verteidigung stellte er den ehemaligen persönlichen Referenten von Ernst Kaltenbrunner, Heinrich Malz, ein. Aschenauers Denken offenbarte er unter anderem in dem 1980 im rechtsextremen Druffel-Verlag erschienen Buch: „Ich, Adolf Eichmann“: „Nicht vergessen sei, dass Fachleute die Vergasung gerade für Auschwitz bestreiten, und zwar auch aus technischen und räumlichen Gründen“.

Mit Gudrun Burwitz geborene Himmler steht dem Verein eine lebende Ikone der rechten Szene vor, und auch der 1989 in ihr Kuratorium berufene Münchner Rechtsanwalt Klaus Goebel fügt sich in dieses Spektrum ein: „Der Anwalt hatte seit Jahren Kontakte ins Milieu der Rechtsextremisten und Holocaust-Leugner – aber auch zu allerhöchsten Kreisen der CDU und CSU“ (Schröm/Röpke 73). Zu seinen Klienten zählten der bayerische Neonazi Ewald Althans, der österreichische Neonazi und Holocaust-Leugner Gerd Honsink sowie der wegen Leugnung des Holocaust verurteilte David Irving.

„Rund 100 Mitglieder zählt die ‚Stille Hilfe‘ noch. Es werden immer weniger, denn nicht nur die Kriegsverbrecher, auch ihre Sympathisanten kommen in die Jahre. Die ‚Stille Hilfe‘ hat indes vorgesorgt: Mit der ‚Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene‘ (HNG) gibt es bereits einen Nachfolger. Sie kümmert sich im Verborgenen um inhaftierte Neonazis.“ (Leber 2001)

3 „Kameradenhilfe“ aktuell

Bei den „alten Kameraden“ stand oftmals das Untertauchen vor der Justiz und die Versuche, sich nicht der Verantwortung für die Verbrechen der NS-Zeit zu stellen oder stellen zu müssen, im Vordergrund. In der heutigen extremen Rechten sind dagegen Rechtshilfe, juristische Unterstützung und Gefangenenhilfe wesentliche Merkmale der „Kameradenhilfe“.

3 Der Stillen Hilfe wurde nach einem fünfjährigen Rechtsstreit mit letztinstanzlichem Urteil des Bundesgerichtshofes vom 17.11.1999 die Gemeinnützigkeit aberkannt.

3.1 HNG – die „Stille Hilfe“ für Neonazis

Mit ihren ca. 600 Mitgliedern gilt die 1979 gegründete *Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.* (HNG) als mitgliederstärkste bundesweit agierende Neonazi-Organisation. Laut Satzung will sie

„nationale politische Gefangene und deren Angehörige materiell und ideell unterstützen. Darüber hinaus sind die ‚Nachrichten der HNG‘ im Rahmen von Leserbriefen Austauschforen über rechtsextremistische Netzwerke und Kommunikationsorgane von Inhaftierten aus dem rechtsextremen Forum.“ (Plenarprotokoll Brandenburg 72/03: 4916)

Diese Nachrichten enthalten Rechtshilfetipps, Knastberichte und Texte über die „Justizwillkür“, in denen Rechtsextremisten zu „Dissidenten“ mutieren, die „Sondergesetzen“ wie auch einem „verordneten Geschichtsbild“ unterliegen. Weiterhin – und viel zitiert in der rechten Szene – enthalten die Nachrichten der HNG regelmäßig aktualisierte Listen inhaftierter Rechtsextremisten. Auf ihnen werden Alt- und Neonazis, Mörder, Totschläger und andere Gewaltverbrecher geführt, darunter Erich Priebke, Ernst Zündel, Sylvia Stolz und Germar Rudolf und der Polizistenmörder Kai Diesner. Meist besteht die Gefangenenbetreuung der HNG aus Briefkontakten oder Rechtshilfebroschüren, aber auch in der Vermittlung „nationaler“ Anwälte. Darüber hinaus bemüht sie sich:

„die Eingriffe des BRD-Regimes in die politischen Grundfreiheiten nationaldenkender Menschen lückenlos zu dokumentieren. [...] Um die Verantwortlichen später einmal zur Rechenschaft ziehen zu können, brauchen wir möglichst viele Informationen. [...] Dazu gehören auch die Namen von Staatsanwälten, Einsatzleitern der Polizei oder Richtern, die mit den jeweiligen Vorgängen zu tun haben.“ (BT-Drucksache 14/6131: 5)

Zeitweise war für die HNG auch das Internet „unverzichtbarer“ Bestandteil ihrer Aktivitäten. Ihre eigene Website ist zwar seit Jahren nicht mehr online, durch die auf zahlreichen Websites, Blogs und Foren veröffentlichte Gefangenenliste, Berichte über ihre Jahresversammlungen oder Aufrufe zur Unterstützung der HNG ist sie auch ohne eigene Online-Aktivitäten virtuell äußerst präsent.

„Aufgrund des eng umrissenen Vereinszwecks spielen ideologische oder strategische Meinungsverschiedenheiten der HNG-Mitglieder keine große Rolle. Die HNG ist bemüht, sich aus politischen Auseinandersetzungen innerhalb des Rechtsextremismus herauszuhalten, einen ‚neutralen‘ Status zu wahren und die Vernetzung innerhalb des Rechtsextremismus zu fördern.“ (Hintergrundinfo RE Berlin:185)

3.2 HNG reloaded: Der JVA-Report

Die Vernetzung von Neonazis innerhalb wie außerhalb des Strafvollzugs ist auch Ziel des JVA-Reports, der bis zur neunten Ausgabe als „Freundeskreis Brandenburg“ erschien. Ins Leben gerufen wurde die Publikation von Enrico Hilprecht, der im Juni 2000 in Dessau den Mosambikaner Alberto Adriano zu Tode getreten hatte. Seit 2006 ist der Wittmunder NPD-Funktionär Stefan Richardt, als Inhaber des zum JVA-Report gehörigen Postfachs bzw. Kontos, maßgeblich beteiligt. Die Umbenennung in „JVA-Report“ war zugleich Start-

schuss einer eigenen Website, die nach offizieller Lesart die fehlende HNG-Website ersetzen kann und deren Struktur teilweise mit der früheren HNG-Site übereinstimmt.

Schwerpunkt des JVA-Reports sind Interviews mit Neonazis, Rechtshilfetipps und Prozessinformationen aus der Szene. „Schwerpunktmäßig gibt der ‚JVA-Report‘ im Gefängnis einsitzenden Rechtsextremisten und Kriegsverbrechern ein Forum.“ (Klaus 2008: S.5) Über die Website werden weitere Informationen publiziert, darunter eine „Gefangenensliste“ von Alt- und Neonazis im In- und Ausland, von denen Interviews, Gnadengesuche (wie bei Erich Priebke) oder sonstige Szene-Informationen publiziert werden. Ihre Publikationen proklamieren offen den Nationalsozialismus und ein szenetypisches, der Demokratie diametral entgegenstehendes Rechtsverständnis:

„Nationale Freiheit muss sich mit deutsch-sozialem Recht paaren, um zu einer geschlossenen fest gefügten Ordnung zu gelangen. Nationale Rechtsauffassungen mögen sich während geschichtlicher und sittlicher völkischer Prozesse längerfristig wandeln. [...] Es ließe sich auch leicht feststellen, dass demokratische Rechtsnormen mit deutsch sittlichem Rechtsempfinden nicht übereinstimmen [...] Nationalsozialismus bedeutet nichts weiter als die Erhebung und Durchsetzung deutschen Rechts“

Im Sommer 2008 begann der JVA-Report mit dem Verkauf eines „Solidaritäts-T-Hemds für Kai Diesner“, um mit dessen Erlös die finanzielle Unterstützung im bevorstehenden „Rechtskampf“ des Polizistenmörders um eine vorzeitige Entlassung zu finanzieren. Der Rückenaufdruck des T-Shirts zeigt Diesners Mordwaffe, eine Pumpgun, und die Aufschrift: „im Kampf gegen ZOG⁴“. Eine „rechtliche Würdigung“ des JVA-Reports durch die Staatsanwaltschaft Cottbus steht derzeit noch aus, ebenso der Abschluss eines Verfahrens gegen den Seitenbetreiber wegen Verstoßes gegen §§ 86, 86a, 130 StGB.

3.3 Weitere „Knastkameradschaften“ und Unterstützungsgruppen

Neben der HNG oder dem zu ihrem provokant agierenden Ableger mit modernisiertem Auftreten mutierten „JVA-Report“ kommt es immer wieder zur Gründung rechtsextremer Unterstützungsgruppen.

„Die ‚Interessengemeinschaft zur Unterstützung Angehöriger von nationalen Gefangenen‘ kümmert sich ebenso wie das Deutsche Rechtsbüro im wesentlichen um die juristische Unterstützung inhaftierter Nationaler und gibt in entsprechenden Broschüren juristische Tips und Hinweise. Die Vereinigung zum Schutz der Bürgerrechte arbeitet zudem an einem Projekt, mit dem nationalen Gefangenen ein Jura-Studium ermöglicht werden soll. Zur nationalen Gefangenearbeit gehört auch die Bildung von Zusammenhängen innerhalb der BRD-Knäste zu sogenannten Knastkameradschaften.“ (HNG-Nachrichten: 207)

2002 versuchte laut Nachrichten der HNG ein „Kameradschaftsbund für Thüringer POWs⁵“, (später: PVD (POW) – Projekt für Thüringer PVD) mit einem Informationsblatt, die Bildung eines informellen Gefangenennetzwerks zu forcieren, Kontakte zwischen inhaftierten

4 ZOG: „Zionist Occupation Government“ (oder „Zionist Occupied Government“), steht als Synonym für die Vorstellung der von Juden beherrschten Regierung(en weltweit). Antisemitische Verschwörungstheorie.

5 POW: Prisoner of war: Kriegsgefangener; in der rechtsextremen Szene übliche Bezeichnung für inhaftierte Neonazis.

Rechtsextremisten herzustellen sowie Verhaltenshinweise gegenüber Behörden und Informationen über Rechtsangelegenheiten zu vermitteln – was später mit dem JVA-Report gelang.

4 Was tun, wenn's brennt?

Immer wieder versuchen Aktivisten und Szene-Kader wie Christian Worch, Axel Reitz und Siegfried Borchardt juristische Grenzen auszureizen und nehmen dabei auch Gesetzesverstöße und Verurteilungen in Kauf. Im Gegensatz zu ihnen verstößt das Gros der Szene weniger bewusst und beabsichtigt gegen Gesetze. Das geschieht in der Regel unter Alkoholmissbrauch aus der Gruppe heraus und führt häufig zu schweren Gewalttaten. Immer wieder überrascht auch die frappierende Unkenntnis über Gesetze und Konsequenzen einer Tat. Sie zeigt sich ebenso in Hilferufen in rechtsextremen Online-Foren wie in den Reaktionen darauf, die eine szenetypische Mischung aus Ratlosigkeit und Beistand offenbaren.

„Die gegenseitige Unterstützung ist dort besonders ausgeprägt, wo es gegen die gemeinsamen ‚Hass- und Feindbilder‘ geht, aber auch dort, wo es gegen den Rechtsstaat geht, von dem man sich zumeist bedroht und verfolgt fühlt. Besonders deutlich wird diese Hilfestellung von erfahrenen Rechtsextremen für den jungen Nachwuchs in den veröffentlichten ‚Verhaltensmaßnahmen‘, also konkrete Anleitungen für das Verhalten in ganz bestimmten Situationen.“ (Gabriel 2008: 1)

Elementar für diese Unterstützung sind Hinweise über den Umgang mit der Polizei und Justiz oder zur Minimierung des staatlichen Verfolgungsdrucks. Diese ohnehin vielfältige Rechtshilfe- und Beratungsangebote haben durch das Internet eine neue Dimension bekommen. Heute umfasst das Spektrum neben Rechtshilfeorganisationen und einschlägigen Anwälten auch Artikel in Szenepublikationen, eigene Veröffentlichungen zu rechtlichen Problemen, Tipps auf Websites, Diskussionen in Foren sowie die einfache und direkte Bezugsmöglichkeit einschlägiger Ratgeber per Mausclick.

5 Die Rechts-Beratung – das „Deutsche Rechtsbüro“

„Zum Kommunikations- und Informationszentrum zwischen Kadern und Rechtsanwälten hat sich neben dem älteren Deutschen Rechtsschutzbüro (DRSK), deren Mitteilungsblatt *Recht und Justiz* Rieger zeitweise herausgab, das 1992 ins Leben gerufene Deutsche Rechtsbüro (DRB) entwickelt, mit dem auch Riegers ehemalige Mitarbeiterin Gisa Pahl in Verbindung gebracht wird“ (Grumke:10)

Das „Deutsche Rechtsbüro im Deutschen Rechtsschutzbüro e.V.“ (DRB) versteht sich als „Selbsthilfegruppe zur Wahrung der Rechte, insbesondere der Grundrechte ‚politisch unkorrekter‘ Deutscher“. Hervorgegangen ist es aus dem Deutschen Rechtsschutzbüro, dessen Wurzeln bis 1965 reichen. Damals schlossen sich unter anderem Parteien wie die Deutsche Gemeinschaft (DG) und die Deutsche Freiheits-Partei (DFP) zu der Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher (AUD) zusammen. Mit der sich abzeichnenden Liberalisierung der AUD verlies vier Jahre später die „nationale“ Opposition die Partei. Im Umfeld

der nordrhein-westfälischen Dissidenten entstanden die extrem rechten Unabhängigen Freundeskreise (UFK), die noch im gleichen Jahr erstmals die – bis heute monatlich erscheinenden – Unabhängigen Nachrichten (UN) herausgaben. (vgl. Stöss 1986: 310 ff.)

„Der in Oberhausen ansässige ‚Freundeskreis Unabhängige Nachrichten‘ entfaltet seine Aktivitäten insbesondere durch die Herausgabe der in mehreren tausend Exemplaren erscheinenden Monatsschrift ‚Unabhängige Nachrichten‘; darin wird auch antisemitisch und ausländerfeindlich agitiert. Zum ‚Freundeskreis Unabhängige Nachrichten‘ haben Personen aus dem gesamten rechtsextremistischen Spektrum, vereinzelt auch Neonazis, Kontakt“ (BT-Drucksache 14/8237)

Zehn Jahre später entstand als UFK-Gründung der Deutsche Rechtsschutzkreis e.V. – Deutsche Rechtsschutzkasse (DRsK), der laut Satzung „politische Justiz“ abwehren und allen

„ideelle und materielle Unterstützung gewähren [will; r.k.], die wegen Inanspruchnahme von Grundrechten oder wegen ihrer völkischen Abstammung oder ihres Bekenntnisses zum deutschen Volk politischer Verfolgung unterworfen werden.“ (Satzung DRsK, §2)

Zu seinen Dienstleistungen zählen die finanzielle und juristische Unterstützung bei Strafverfahren, Rechtsberatungen, das Vermitteln von Anwälten und das Archivieren und Dokumentieren von relevanten Informationen und Rechtsentscheidungen für die Szene. Sein Mitteilungsblatt „Recht und Justiz“ erschien zeitweise als Beilage der Unabhängigen Nachrichten (UN). Für diverse Artikel in den UN sowie für drei dieser „Mitteilungen zur Entwicklung des Rechtslebens im politischen Bereich“ zeichnete eine Gisela Sedelmaier verantwortlich, ein Pseudonym, das der Rechtsanwältin Gisa Pahl zugeschrieben wird. Weitere Publikationen des DRsK sind seine „Schriftenreihe zur Geschichte und Entwicklung des Rechts im politischen Bereich“, für die unter anderem Jürgen Rieger und der Auschwitzleugner Wilhelm Stäglich schrieben. Über den DRsK konnte zeitweise auch das ausschwitzleugnende „Leuchter-Gutachten“ bestellt werden (vgl. Fromm 1994, S.146).

Ab 1992 taucht das Deutsche Rechtsbüro (DRB) als eigenständige Organisation auf; seine Ursprünge liegen indes im DRsK. Zeitweise postalisch im Umfeld der rechtsextremen Hamburger Burschenschaft Germania oder der neu-rechten Deutsch-Europäischen Studiengesellschaft (DESG) angesiedelt, ist es seit 1996 über Richard Miosga aus Berlin erreichbar, dessen Biographie als Beispiel für die Vernetzung von Rechtsextremisten aller Lager gilt: So war er unter anderem Funktionär der Republikaner, der Berliner Kulturgemeinschaft Preußen oder der Partei Die Nationalen, zudem trat er gemeinsam mit Neonazi-Aktivisten auf. Mittlerweile ist er NPD-Mitglied und kandidierte für diese bei diversen Wahlen.

5.1 Die Rechts-Hilfe

Mit seinen Dienstleistungen und Anwälten erleichtert das DRB seinem Klientel das Ausnutzen und Ausweiten rechtlicher Grenzen und Grauzonen und reduziert so den Repressionsdruck, auch durch ein Verzeichnis „vertrauenswürdiger“ Rechtsbeistände, die „politisch unkorrekte“ Betroffene beraten und verteidigen. Das Rechtsbüro behauptet von sich aufklären und vorbeugen zu wollen, indem es die Grenzen des Erlaubten aufzeige. Sein Archiv

von über 2.700 Urteilen ist die Grundlage seiner „Rechtshilfe“-Publikationen und „Monatsnachrichten“. Diese informieren über aktuelle Urteils- und Entscheidungslagen. Das so genannte Tonträgerarchiv des DRB ist ein weiteres szenerelevantes Entscheidungsarchiv, das Indizierungsentscheidungen und Urteile zu mehr als 1.500 einschlägigen Tonträgern ebenso enthält wie eventuell vorhandene Gutachten über eine mögliche Straflosigkeit. Solche Gutachten werden unter anderem von DRB-Anwälten oder aus dessen Umfeld verfasst. Hier fällt immer wieder der Name Gisa Pahl, die als Ratgeberin und Verteidigerin zahlreicher neonazistischer Gewalttäter wie als Inhaberin der DRB-Domainadresse bekannt ist. Sie beriet unter anderem bei der Produktion der neonazistischen Schulhof-CD „Anpassung ist Feigheit“, was jedoch deren Einstufung als schwer jugendgefährdend nicht verhinderte. Auch beim Revisionsprozess des Bundesgerichtshofs gegen den NPD-Funktionär und Rechtsrock-CD-Produzenten Jens Pühse, der sich wegen des Vertriebs volksverhetzender Tonträger verantworten muss, lag ein Gutachten von ihr vor, das eine Zulässigkeit der Inhalte annahm. In seinem Urteil hielt der BGH allerdings unter anderem fest, dass „in zumindest einem früheren Fall [...] trotz eines Gutachtens von Rechtsanwältin P. [...] die CD im Nachhinein bezüglich dreier Lieder durch die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften indiziert wurde“ (BGH 2008:22). Daher könne nicht ohne Weiteres auf das Ergebnis ihrer Beratung vertraut werden. Es seien Zweifel an der Verlässlichkeit ihrer Auskunft angebracht, so der BGH weiter. Pahls Aktivitäten reichen bis ins bürgerliche rechte Spektrum. So referierte sie bei der Verbandstagung der Deutschen Burschenschaft im März 2007 in Landau unter anderem:

„Ich jedenfalls finde es bezeichnend für den Zustand unseres Landes, dass Ehre, Treue und die alten Werte jugendgefährdend sind. Lassen Sie mich daher zusammenfassen: Das Vaterland ist Scheiße, die Freiheit ist eingeschränkt und die Ehre ist jugendgefährdend, – das ist die heutige Lage.“ (Pahl 2007)

5.2 *Agitprop mit Mäxchen Treuherz und den Monatsberichten*

Unter dem Namen „Mäxchen Treuherz“ erschien 1990 erstmals der Rechtsratgeber des Rechtsbüros, herausgegeben von Gisa Pahl – unter ihrem Pseudonym Gisela Sedelmayer. Diese Publikation liegt mittlerweile in der dritten Auflage vor, als Herausgeber fungiert jetzt die 1960 gegründete rechtsextreme Gesellschaft für freie Publizistik (GfP), bei der Pahl bereits zuvor referierte. Das Buch wird vielfach vertrieben und beworben und ist einer der „Megaseller“ der Szene.

„Seine übersichtliche Gliederung hilft dem juristischen Laien, sich im Dschungel der rechtlichen Interpretationsvarianten zurechtzufinden. Musterbriefe, die einfach der jeweiligen Situation anzupassen und abzuschreiben sind, erleichtern dem politisch Aktiven die Arbeit in den Bereichen des Versammlungs-, Wahlkampf- und Presserechtes, aber auch des Strafprozeßrechtes.“ (NPD-Ratgeber)

Praxisorientierte Light-Versionen sind dagegen die auch online abrufbaren DRB-Monatsberichte, die meist zu Schwerpunktthemen erscheinen und aktuelle Urteile aufbereiten. Zugleich geben sie Ratschläge zum Vermeiden juristischer Konflikte. So wurde im April 2008 eine komplette Publikation dem §86a StGB (Verwendung von Kennzeichen

verfassungswidriger Organisationen) gewidmet. Neben der Aufzählung strafbarer und rechtlich umstrittener Symbole und Lieder, von deren Verwendung man abriet, wurden zulässige Symbole, Labels und Lieder quasi als Ersatzkennzeichen benannt. Zugleich wurde aufgefordert:

„Wenn gegen Sie ein Strafverfahren wegen der oben genannten, erlaubten Zeichen eingeleitet wird, legen Sie bitte Rechtsmittel bis zur letzten Instanz ein. [...] Senden Sie uns Gerichtsentscheidungen und Meldungen zu § 86a StGB und zu anderen juristischen Fragen für unser Archiv.“ (DRB 3).

Die Dienste und Publikationen des DRB werden von der extremen Rechten aufgegriffen und weitergegeben. Am deutlichsten zeigt sich dies im Internet. Hier sind Hinweise auf das Rechtsbüro und seine Mitteilungen auf zahlreichen Websites, in Foren und Blogs quer durch alle Fraktionen des Rechtsextremismus ebenso zu finden wie auf Militaria-Sites und in gänzlich szenefremden Politikforen. Allein eine erste Webrecherche zeigt mehr als über 500 Webseiten, die direkt auf die DRB-Website verweisen, mehrheitlich aus dem rechtsextremen Spektrum.

6 Das Internet als Rechtsberatungsplattform

Exemplarisch für die breite Divergenz juristischer Kenntnisse in der extremen Rechten sind Diskussionen in Internetforen. Phänotypisch dafür eine Diskussion im NPD-Forum „Nationales Forum Deutschland“:

„Hallo Kameraden, ich habe folgendes Problem und würde mich sehr über einen Rat von euch freuen: Ich soll zu einer Zeugenaussage ins Polizeipräsidium, möchte dort aber nicht antanzen, da ich mich z.T. selbst und natürlich einen Kameraden belasten würde. Frage: Muss ich mich da melden? Kann ich eventl. mit einer Strafe rechnen? Ich wäre über jeden Rat bzw. Verweis zu entsprechnenden Rechtshilfen dankbar.“ (NFD 2005; Rechtschreibfehler im Original)

Die Antworten zeugen von einem Wissenspektrum, das von völliger Unkenntnis bis hin zu einem, nicht selten auf eigener Erfahrung aufbauenden, fundierten Sachwissen reicht. Auffällig dabei ist, dass gerade Forenadministratoren und offenkundig fest in der Szene verhaftete Aktivisten einschlägige juristische Kenntnisse haben. Ebenso auffällig ist, dass schnell „Mäxchen Treuherz“ und das Rechtsbüro als Informations- und Hilfequelle genannt werden. Vergleichbares ist im deutschsprachigen Neonazi-Forum Thiazi zu finden. So ist sich dort Anfang 2008 eine „Franken Dani“ öffentlich unklar, ob die Polizei bei ihr ohne einen Durchsuchungsbefehl ins Haus darf und ob sie schriftlich zu einer Vernehmung aufgefordert wird. Schon die zweite Antwort war (nicht der einzige) Verweis auf das DRB, und in weiteren Postings wurden ausführlich juristische Möglichkeiten und einschlägige Verhaltenstipps erklärt.

„Ich kann jedem Kameraden nur empfehlen sich das „Mäxchen Treuherz-Rechtsratgeber“ Buch vom „Deutschen Rechtsbüro“ anzuschaffen. In diesem Buch erfahrt ihr eure Rechte und Pflichten im politischen Alltag, desweiteren werden ausführlich die strafrechtlichen Konsequenzen aufgeführt, die euch erwarten wenn ihr dem geltendem Recht zuwider handelt. Eine lohnende Anschaffung, die euch eine Menge Ärger und Strafen ersparen kann“ (thiazi 2007: Eintrag 4)

Der Diskurs im öffentlichen virtuellen Raum ist jedoch nur eine Facette. Problemlos kann von diesem in ein privates und nicht-öffentliches Zwiesgespräch gewechselt werden. Dazu bedarf es weder großer Kenntnisse noch hoher technischer Anforderungen, da dies mittlerweile zu den in vielen Foren implementierten Standards zählt und daher mit einem Knopfdruck zu bewerkstelligen ist. Ein Diskussionsfragment des Rock Nord-Forums belegt, dass diese Möglichkeit auch genutzt wird. Ein im April 2008 geposteter Beitrag unter dem Titel: „Verbotene CD's HILFE“ und die anschließende Diskussion sind nur noch rudimentär vorhanden, wesentliche Teile und komplette Postings wurden entfernt. Dies legt auch nahe, dass es hier um justiziable Inhalte ging und dass in der Diskussion Rückschlüsse auf Personen möglich waren. Nicht entfernt wurde die Aufforderung: „Ab jetzt nur noch per PN!“⁶, die deutlich macht, dass der Diskurs nicht nur im öffentlichen Raum stattfand. Vielmehr steht diese Aufforderung für den Wechsel der Kommunikation vom forenöffentlichen zum foreninternen direkten Austausch.

Neben der direkten Hilfe ermöglicht das Internet den Rückgriff auf einen umfassenden Bestand von Rechtshilfe-Publikationen. Viele Websites der extremen Rechten enthalten Rechtshilfe-Publikationen oder ein- bis zweiseitige Factsheets und Zusammenfassungen zu juristischen Fragen und Themen, die auf die Schnelle umgesetzt werden können – oft auch übernommene Texte vom Deutschen Rechtsbüro. Noch umfangreicher fällt die Hilfe in manchen Foren aus. So gibt es im Thiazi-Forum einen eigenen „Schulungsbereich“ mit Links zu Rechtshilfetexten, aber auch Musterschreiben für Beschwerden und Anzeigen. Eher atypisch agieren dagegen die Autonomen Nationalisten aus Dortmund auf ihrer Website, auf der sie die Zusammenfassung einer internen Rechtsschulung publizieren. Inhalte dieser Schulung waren unter anderem Demonstrationsrecht, Vermummung, Auflagen, Widerstand, Verhaftung, Vorladungen und Hausdurchsuchung – was den Schluss nahelegt, dass die „Hamburger Zustände“ des 1. Mai 2008 auch andernorts vorbereitet werden. Hier eskalierte eine NPD und Kameradschaftsszene angemeldete Demonstration, die Szenintern als „Arbeiterkampftag 2008“ beworben war, zu den bislang brutalsten Krawallen im Umfeld einer Neonazi-Demo. Es kam zu Straßenschlachten, brutalen Verfolgungsszenen und Übergriffe auch auf Journalisten, die Polizei sprach von nackter Gewalt und von mehreren hundert „autonomen Nationalisten“, die zu Beginn der Auseinandersetzungen auf die Gegendemonstranten eingestürzt seien und „wüste Schlägereien“, so der Einsatzleiter der Polizei, begannen. Nur das Eingreifen der Polizei habe Schlimmeres verhindert: „Wenn wir das nicht getan hätten, wären Tote zurückgeblieben.“

7 Facetten im Rechts-Streit

7.1 Kampf um die Gerichte – Aufruf zur Schöffenwahl NPD

Die ehrenamtlichen Schöffen in der Strafrichterbarkeit sind Teil deutscher Rechtsprechung und tragen zugleich zur demokratischen Legitimation des Rechtssystems bei. Sie werden regelmäßig neu gewählt, und genauso regelmäßig rufen mittlerweile die NPD oder andere rechtsextreme Gruppen ihr Umfeld dazu auf, zur Schöffenwahl zu kandidieren, um darüber „dem gesunden Volksempfinden Geltung verschaffen“, wie es die sächsische NPD 2008 postulierte:

6 PN: Private Nachricht, eine Art Chat- oder Mailfunktion in Foren.

„Die Berufung nationaler Bürger zu Schöffen eröffnet die Möglichkeit, sich gesellschaftlich weiter zu verankern und den geistig-politischen Einfluß auszuweiten. Als ehrenamtlicher Richter in strafgerichtlichen Prozessen kann man das gesunde Volksempfinden in die Urteilsfindung einfließen lassen, zumal die beiden Schöffen den Berufsrichter auch überstimmen dürfen. Damit kann der liberalen Weichei in der Rechtsprechung, die Täterschutz vor Opferschutz stellt, entgegengewirkt und ein höheres Strafmaß etwa gegen kriminelle Ausländer und linksradikale Gewalttäter durchgesetzt werden.“ (NPD Sachsen 26.03.08; Rechtschreibfehler im Original)

Diese Aufrufe zur Unterwanderung der Justiz werden mittlerweile propagandistisch ausgeschlachtet und haben damit eine neue Qualität erreicht. Inzwischen bewerben sich selbst bekannte Funktionäre der extremen Rechten als Laien-Richter, oft flankiert von Presseerklärungen und wohl wissend, dass diese Publicity ihre potentielle Wahlchance ad absurdum führt. Der politische Profit ist indes deutlich: Sie gerieren sich als Demokraten, demonstrieren der eigenen Klientel die „Unterdrückung“ durch „das System“ und können zudem gegenüber der kritischen Öffentlichkeit eine Drohkulisse aufbauen, bei der es wie bei anderen Verlautbarungen der extremen Rechten unklar bleibt, inwiefern es sich dabei um „potemkinsche Dörfer“ handelt:

„Die (politische) Selektion – die es angeblich nicht geben darf, da sie verfassungsfeindlich ist – stand vorher schon fest. Nicht umsonst gingen wir in die Offensive und warfen mit meiner Kandidatur eine ‚Nebelkerze‘. [...] Selbstverständlich kandidierten neben mir auch der NPD sehr nahe stehende Bürger. Mit dem Stadtratsbeschluß von Zittau steht nun der nächste Kandidat auf der Vorschlagsliste für die Amtsgerichte. Wie viele es tatsächlich sind, wird selbstverständlich dem linksradikalen und globalisierungsextremistischen Zeitgeist der schwarz-roten Versager nicht verraten.“ (NPD Löbau-Zittau Mai 2008)

Die Vorstellung eines „nationalen“ Korrektivs gegenüber Tätern aus der rechten Szene erscheint nur auf den ersten Blick abwegig. Aufgrund der Gesetzeslage ist klar, dass es bei rechtsextremen Schöffen nicht um das Verhindern von Urteilen, wohl aber um das Erschweren der Urteilsfindung, mögliche Prozessverschleppungen oder Versuche der Straf-milderung gehen soll. Das immer wieder kolportierte Gegenargument, rechtsextreme Schöffen würden sich im Urteilsfindungsprozess entlarven und den Selbstreinigungskräften der Justiz anheim fallen, ist ein realitätsfremdes Zerrbild. Die Vorstellung, dass Anhänger der extremen Rechten unfähig zum Diskurs seien oder ihre wahren politischen Ansichten nicht geschickt verbergen könnten, wird von der Realität immer wieder Lügen gestraft. So war Peter Knott, Mitglied der so genannten „Republikaner“, 2001 Laienrichter beim Prozess gegen Norman Bodin und andere, die einen Ausländer fast tot geprügelt hatten. Oliver Hilburger, Musiker der schwäbischen Neonazi-Band Noie Werte, war von 2004 bis 2008 ehrenamtlicher Richter beim Arbeitsgericht Stuttgart und wurde erst durch das Landes-arbeitsgericht Baden-Württemberg amtsenthoben. Das Bundesverfassungsgericht bestätigte die Amtsenthebung und legte zugleich die Marke und Hürde für eine solche bei Rechtsextremen fest, die verdeutlicht, dass eine rechtsextreme Einstellung alleine kein Ausschlussgrund für das Schöffenamtsamt ist.

„Auch außeramtliches Verhalten eines ehrenamtlichen Richters könne eine grobe Amtspflichtverletzung darstellen. Dem Beschwerdeführer sei es auch außerhalb seines Amtes versagt, in der Öffentlichkeit die Verfassung zu bekämpfen und deren Abschaffung zu proklamieren. Der ehrenamtliche Richter könne seines Amtes aus dem Gesichtspunkt mangelnder Verfassungstreue

enthoben werden, wenn diese konkret nachgewiesen werde. Der Umstand, dass der Richter eine bestimmte Überzeugung habe, sei nicht ausreichend; erforderlich sei vielmehr ein gewichtiges Fehlverhalten.“ (BVerfG, 2 BvR 337/08)

7.2 *Das Recht des Notariatsgehilfen*

Ein 30-jähriger einschlägiger brauner Werdegang, zu dem Haftstrafen, Verbotsverfahren und Flügelkämpfe ebenso wie ein umfangreiches Kontaktnetz zu Neonazis im In- und Ausland zählen, haben den gelehrten Notariatsgehilfen Christian Worch zu einem der führenden Drahtzieher im braunen Netz gemacht. Er gilt sowohl als Strategie und Ideologe wie als Organisator zahlreicher Aufmärsche und Veranstaltungen, die er auch vor Gericht durchzusetzen versucht.

„Wofür oder wogegen Worch demonstriert, ist ihm ziemlich egal. Im niedersächsischen Tostedt will er gegen das Verbot demonstrieren, während einer Kundgebung Stiefel zu tragen. Durch den Hamburger Stadtteil Bahrenfeld zog er mit rund 90 Skinheads, weil er, gerichtlich genehmigt, gegen die Fotoauswahl der „Hamburger Morgenpost“ protestieren wollte.“ (Buse 2000)

Zu seinen Strategien zählt die Ausweitung von Grenzen und Möglichkeiten für die Szene durch immer neue juristische Wege, die er einschlägt. So zeigte er 1994 wegen einer gegen Neonazis gerichteten Karikatur den Karikaturisten Horst Haitzinger wegen „Verherrlichung von Gewalt“ und „Volksverhetzung“ an – die Klage selbst scheiterte, doch mit der Einstellungsverfügung erhielt er eine Argumentationshilfe für künftige Agitationen. Zur Fußball-WM 2008 verteilten Neonazis bei Public-Viewing-Veranstaltungen Flugblätter, in denen sie anstelle des temporären Fußballpatriotismus forderten, dass „unsere“ Fahnen immer und überall wehen müssten. Presserechtlich verantwortlich für die Flugblätter zeichnete sich Worch.

Seine Verfahren als Klagender wie als Beschuldigter verleihen ihm szenintern den Nimbus des Kämpfers gegen die Demokratie mit allen juristischen Mitteln. Sein Erfahrungsschatz aus diesen Prozessen bis hin vor das Bundesverfassungsgericht dürfte das wesentliche Fundament seiner juristischen Fachkenntnisse sein. Auf seiner Website präsentiert er Teile seiner „Ergebnisse“ wie Gerichtsurteile, Berichte zu Demonstrationen und anderes. Texte und Kommentare von ihm sind zudem in einschlägigen und für die Szene relevanten Foren, Portalsites und Newsportalen, aber auch auf NPD-Seiten zu finden.

Darüber hinaus sind in der Szene diverse von ihm verfasste Rechtshilfetipps wie seine Anleitung zur Spontandemonstration oder zur „Straffreiheit von ‚Widerstand gegen die Staatsgewalt‘ und ‚Landfriedensbruch‘ bei rechtswidrigen Handlungen der Staatsgewalt“ verbreitet. Darin gibt er die bestehende Rechtslage kurz wieder und kommentiert und erklärt sie an Beispielen und in einfacher Sprache, um so möglichst vielen in der Szene diese Kenntnisse zugänglich zu machen. Letztlich sind es Anleitungen zum kalkulierten Ausreizen juristischer Grenzen – sie könnten auch als Aufforderung zum kalkulierten Gesetzesverstoß verstanden werden.

7.3 *Stolz zündeln gegen den Holocaust*

„Ernst Zündel ist einer der aktivsten und aggressivsten Leugner des Holocaust und einer der wichtigsten Protagonisten beim weltweiten Vertrieb von neonazistischem und ‚geschichtsrevisionistischem‘ Propagandamaterial“ (Grumke/Wagner: 345)

Ein erster Prozess im November 2005 gegen den aus Kanada ausgewiesenen Holocaustleugner scheiterte durch die Strategie seiner Pflichtverteidigerin Sylvia Stolz schon vor Verlesung der Anklageschrift. Stolz wurde aufgrund ihres Antrags auf Verfahrenseinstellung das Mandat entzogen, da sie sich darin die Argumentation der Auschwitzleugner zu Eigen gemacht hatte. Drei Jahre zuvor entschied der BGH – damals gegen Rechts-Anwalt Jürgen Rieger – höchstrichterlich:

„Wer als Strafverteidiger in einem Verfahren wegen Volksverhetzung in einem Beweis Antrag den unter der Herrschaft des Nationalsozialismus an den Juden begangenen Völkermord leugnet, macht sich damit grundsätzlich seinerseits nach § 130 Abs. 3 StGB strafbar. Eine derartige Erklärung ist regelmäßig als verteidigungsfremdes Verhalten zu bewerten [...]“ (BGH)

Ohne Erfolg versuchte Stolz zudem, als Assistenten den notorischen Antisemiten Horst Mahler ins Prozessgeschehen zu integrieren, obwohl gegen ihn bereits ein Berufsverbot verhängt worden war. Der Befangenheitsantrag der Verteidigung scheiterte ebenso wie ihr Versuch, die Öffentlichkeit ausschließen zu lassen, um so im Rahmen der Verteidigung den Holocaust nicht „öffentlich“, also vor Zeugen, leugnen zu müssen⁷.

Zum zweiten Prozess Anfang 2006 erschien Zündel – außer mit neuer Pflichtverteidigung – mit einer Riege einschlägig verorteter Anwälte als Wahlverteidiger, darunter die verurteilten Volksverhetzer Jürgen Rieger und Ludwig Bock, der als Verteidiger von Holocaustleugnern bekannte 85-jährige Anwalt Herbert Schaller aus Österreich und Sylvia Stolz, die Ende März erneut vom Prozess ausgeschlossen wurde.

„Die Wahlverteidigerin sei der versuchten Strafvereitelung dringend verdächtig, weil sie die Verhandlung vor dem Landgericht Mannheim wiederholt durch Reden mit teilweise strafbarem nationalsozialistischem Inhalt sabotiert habe, entschied das OLG am Freitag. Dies könne nicht mehr als sachgerechte Verteidigung angesehen werden. Die Anwältin habe versucht, den Prozess publikumswirksam zur Farce zu machen.“ (tagesspiegel 31.03.2006)

Stolz hatte bis dahin wiederholt im Gericht den Holocaust geleugnet und das „Dritte Reich“ als fortbestehend bezeichnet und mehrfach Unterbrechungen der Sitzungen provoziert. Ihren Ausschluss nutzte Stolz für einen weiteren Eklat. Sie erkannte den Ausschluss nicht an, nahm am folgenden Verhandlungstag an der Verteidigerbank Platz und musste durch die Polizei entfernt werden. Ihre fast 70-seitige pathologisch anmutende Beschwerde gegen den Ausschluss ist bis heute auf diversen Neonazi-Websites abrufbar. Darin wendet sie sich „in Geschäftsführung ohne Auftrag für das Deutsche Reich“ gegen den Ausschluss an „der Mitwirkung an der Verteidigung des Bürgers des Deutschen Reiches, Ernst Zündel“. Ihr Schreiben schließt mit „Heil Hitler!“

⁷ § 130.3 des Strafgesetzbuches (Leugnen des Holocaust) besagt, dass eine Strafbarkeit die öffentliche Billigung, Leugnung oder Verharmlosung erfordert.

Jürgen Rieger bestritt im Prozess den Massenmord an Juden im Nationalsozialismus und bezweifelte in seinem Schlussvortrag die Zahl der getöteten Juden, Ludwig Bock hatte zuvor in seinem Plädoyer Passagen aus „Mein Kampf“ und den Nürnberger Rassegesetzen zitiert.

„Die 6. Strafkammer des Landgerichts Mannheim hat am 15.02.2007 den Angeklagten Zündel wegen Volksverhetzung in 14 Fällen, davon in einem Fall in Tateinheit mit Beleidigung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener zu der Gesamtfreiheitsstrafe von 5 Jahren verurteilt.“ (Landgericht Mannheim 2007)

Sylvia Stolz wurde am 14. Januar 2008 vom Landgericht Mannheim wegen Volksverhetzung zu dreieinhalb Jahren Haft verurteilt, zudem wurde gegen sie ein fünfjähriges Berufsverbot ausgesprochen. Verteidigt wurde sie von Ludwig Bock.

7.4 *Keine letzte Ruhe für Rudolf Heß*

Rudolf Heß ist eine Ikone der extremen Rechten. Seinen Selbstmord hat die Szene zum Mord umdeklariert. Sie verherrlicht Heß als „Friedensflieger“ und „Märtyrer des Friedens“, der mit einem angeblichen deutschen Friedensangebot nach England flog. Dass dieses nicht angenommen wurde, gilt der extremen Rechten als Ursache des Auswachsens zu einem „Weltkrieg“. Diese Geschichtsverfälschung soll Deutschland von der Schuld am Weltkrieg und implizit auch von den NS-Verbrechen entlasten. Einer der Protagonisten dieses Irrglaubens ist der britische Publizist Martin Allen, der seine Thesen unter anderem mit gefälschten Dokumenten zu belegen versuchte, die er selbst ins britische Nationalarchiv einschleuste. In Deutschland wird das Allensche Zerrbild vor allem vom Revisionist Olaf Rose propagiert. Rose ist heute als NPD-Bundesvorstandmitglied, Autor und Vortragsredner quer durch die Szene unterwegs, unter anderem bei HNG oder NPD.

„Alles lauscht gespannt seinen Ausführungen über das Nürnberger Rachetribunal. Seine historisch belegten und dokumentarisch nachweisbaren Fakten, die ein so gänzlich anderes Bild der alliierten Siegerjustiz formen, als es die von den Besatzern diktierten Geschichtsbücher tun, treffen den Nerv der Zuhörer vollkommen. Verfahrensfehler, Folter von Angeklagten, Manipulation von Zeugen – zahllose Rechtsbrüche, Versäumnisse und Taschenspielertricks der alliierten Siegermächte legt Olaf Rose in seinem anderthalbstündigen Vortrag offen“ (vgl. NPD: Von Rache, Folter und Siegerjustiz. Historiker Dr. Olaf Rose zu Gast am See)

Der Gedenkmarsch als Melting-Pot

Seit Rudolf Heß in Wunsiedel begraben liegt, versuchen Rechtsextremisten, zu seinem Todestag dort einen Gedenkmarsch zu zelebrieren. Sofern sie stattfindet, ist diese Heß-Gedenkveranstaltung ein zentraler Melting-Pot nicht nur der deutschen extremen Rechten, bei dem Vertreter aller Strömungen aufeinandertreffen. Der Massenaufmarsch zu Ehren eines zur ikonisierten Kriegsverbrechers ist zugleich identitätsstiftend und szeneverfestigend. In seiner wechselhaften Geschichte wurde der erste Aufmarsch, organisiert unter anderem von Christian Worch, 1988 erst vor Gericht durch Jürgen Rieger durchgesetzt.

Zwischen 1991 und 2000 war er in Wunsiedel verboten und fand an verschiedenen Ausweichorten statt. Ironischerweise wurde der sich abzeichnende Bedeutungsverlust dieser Märsche durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes mit gestoppt:

„Im Jahre 2000 hatte sich, gestützt auf mehrere Urteile des Bundesverfassungsgerichts, die Praxis des Verbots neonazistischer und rechtsextremer Aufmärsche grundlegend geändert. Die bislang angeführte Bedrohung der öffentlichen Sicherheit, die den meisten Verboten zugrunde lag, wurde nun nicht mehr als gegeben angesehen. So mußten viele in der ersten Instanz ausgesprochene Verbote von neonazistischen Aufmärschen von den Gerichten wieder aufgehoben werden. Auch die anwaltliche Vertretung der Neonazis hatte sich deutlich professionalisiert.“ (Dörfler, Querner 2004: 76)

Bis zum Jahr 2004 wuchs die Zahl der Teilnehmer des Heß-Marsches auf 5.000 an, bevor in Folge der Verschärfung des Volksverhetzungsparagraphen 130 StGB im Jahr 2005 wieder eine juristische Möglichkeit existierte, einen solchen Aufmarsch zu verbieten. Gegen die Rechtmäßigkeit dieses Verbots klagte Jürgen Rieger erfolglos durch alle Instanzen und scheiterte erst im Juni 2008 letztinstanzlich vor dem Bundesverwaltungsgericht. Bis heute mobilisiert die Szene nach Wunsiedel, unter anderem mit dem so genannten „Wunsiedel-Komitee“. Auf dessen Website werden „alle Informationen zum Rechtskampf für 2008 und zu den laufenden Hauptsacheverfahren [...] zeitnah veröffentlicht.“. Das Verbot des Aufmarsches versuchte Rieger 2008 mit der Ankündigung einer nicht-öffentlichen Saalveranstaltung in einer „Gastwirtschaft mit Saal und mehreren Hektar Freigelände im Umkreis von 30 Kilometer von Wunsiedel“ auszuhebeln und so die bisherige Argumentation gegen das Heß-Gedenken zu umgehen:

„Da die Veranstaltung mithin nicht öffentlich ist, kann durch das, was dort gesagt wird, der öffentliche Friede nicht gestört werden, so daß § 130 Abs. 4 nicht berührt ist. [...] Die Ehrung von Rudolf Heß findet also entweder in Wunsiedel oder im Umkreis von Wunsiedel auf jeden Fall statt!“ (Wunsiedel: Der Kampf geht weiter)

Riegers Plan ging nicht auf – sowohl der Aufmarsch wie die Ersatzveranstaltung wurden letztinstanzlich verboten. Riegers Idee der Privatveranstaltung mag tendenziell geschickt sein – durch das Bewerben im Internet, so die schlüssige Gegenargumentation, wurde daraus ebenfalls eine öffentliche Veranstaltung.

Rechtsstaatliche Vorführungen zum Sterbejubiläum

Regelmäßig um den Todestag von Rudolf Heß werden in Deutschland Propagandadelikte und –aktionen begangen, darunter Transparente an Autobahnbrücken, Schmierereien oder Klebeaktionen. Zum 20. Todestag von Rudolf Heß wurde als eine „besondere Aktion“ eine so genannte Deutschland-Tour eines LKW mit riesigem Heß-Konterfei und der Aufschrift: „Mord verjährt nicht“ durchgeführt.

„Aktuell sollte es ein 7,5 Tonnen-Lkw sein, der schön und interessant bedruckt und beklebt durch die Großstädte, dort wo sich die Massen unseres Volkes tummeln, fahren sollte. Die Aufdrucke sollten Aufmerksamkeit erregen und für Neugierige auf eine Internetseite mit weiteren Informationen hinweisen. (...)Auf dem Weg, der durch die Bundesländer Bayern, Sachsen,

Brandenburg, Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Hessen führte, bekam der Wagen viel Zustimmung in Form von aufzeigenden Daumen, Applaus und anderen eindeutig zustimmenden Gesten.“ (46jahre.de 2008)

Die eingehenden Vorbereitungen durch zwei Szeneanwälte und „zahlreicher Berater“ führten dazu, dass diese in einer juristischen Grauzone stattfindende Aktion zahlreiche Polizeikontrollen passieren konnte, bevor der Spuk durch die hessischen Behörden beendet wurde. Das Ordnungswidrigkeitsverfahren wegen „Belästigung der Allgemeinheit“ führte mittlerweile zu einem Bußgeldbescheid von 1.000 Euro.

7.5 Streit um jeden Meter – rechtes Volk ohne Raum?

Aufmärsche, Saalveranstaltungen oder Konzerte der extremen Rechten sind in Deutschland mittlerweile fast alltäglich geworden. Der Anmeldung folgen in der Regel die Versuche der betroffenen Gemeinden, die Veranstaltungen zu untersagen oder zumindest mit Auflagen zu erschweren. Die Folge ist oft ein Rechtsstreit, der immer häufiger über mehrere Instanzen geführt wird. Das Verbot einer Veranstaltung und die erste Instanz gelten als Mindestmaß, um eine Distanzierung vom Rechtsextremismus zu demonstrieren, auch wenn die Durchsetzung als unwahrscheinlich gilt – allerdings hängt dies auch von der Frequenz der Aufmärsche und den Erfolgsaussichten ab.

Ein Versammlungsverbot der Stadt Lüneburg gegen den von Christian Worch angemeldeten Aufmarsch „Keine Demonstrationsverbote – Meinungsfreiheit erkämpfen“ wurde 2007 in der ersten Instanz wieder aufgehoben – jedoch musste Worch umfangreiche Auflagen hinnehmen, darunter das Verbot von Uniformen, Uniformteilen oder gleichartigen Kleidungsstücken, Springerstiefeln oder Musikinstrumenten wie Trommeln und Pauken sowie Transparente, Fahnen und ähnliches, die an den Nationalsozialismus erinnern könnten oder die antisemitisch oder rassistisch waren. Immerhin 140 Demonstranten konnte Worch trotzdem vereinen – und sah sich bei der Veranstaltung fast dem Vierfachen an Gegendemonstranten gegenüber. In Leipzig versuchte er über Jahre, ein Exempel zu statuieren. Hier marschierte er seit 1998 regelmäßig auf und meldete über Jahre Demonstrationen zum Völkerschlachtdenkmal an. Seine Aufmärsche konnte er anfangs erst vor dem Verwaltungs- oder Obergericht durchsetzen, bei späteren Terminen beschränkte sich Leipzig dann nur noch auf die Verhängung von Auflagen. Sein letztes Aufgebot in Leipzig waren klägliche 37 Teilnehmer – danach sagte Worch sämtliche bis 2012 dort angedrohten Aufmärsche ab.

7.6 Klagefreudig gegen Demokraten am Beispiel NPD

Auch mit den Mitteln des Rechtsstaates versucht die extreme Rechte, ihre Kritiker zum Schweigen zu bringen – oft scheinbar ohne Erfolg. So ist die NPD bislang zweitinstanzlich darin gescheitert, dem Berliner Innensenator Ehrhart Körting zu untersagen, diese Partei „verfassungswidrig“ zu nennen. Ebenfalls gescheitert ist ihr Versuch, dem Leipziger SPD-Ortsverein Mitte gerichtlich verbieten zu lassen, sie „verfassungsfeindlich“ zu nennen – also genau das, was Funktionäre dieser Partei selbst postulieren.

Umgekehrt wollte die sächsische NPD gerichtlich das Presserecht beugen und die Berichterstattung über ihre Landtagsfraktion in der Sächsischen Zeitung erzwingen. Dieses Ansinnen wies das zuständige Landgericht zurück. Zugleich stärkte es im Urteil die Pressefreiheit sowie die Freiheit der Berichterstattung. Gescheitert ist die NPD auch mit den Versuchen, gegen Konstantin Weckers Formulierung „ein braunes Pack und eine Verbrecherbande“ oder gegen die Forderung des Vorsitzenden der israelitischen Kultusgemeinde in Nürnberg, Arno Hamburger, juristisch vorzugehen. Hamburger hatte erklärt, dass es an der Zeit sei, diese Verbrecherpartei endlich zu verbieten. Nach dem Scheitern dieser Anzeige ereiferte sich der sächsische NPD-Landtagsabgeordnete Jürgen Gansel im November 2007 zu einer bis heute auf der NPD-Website abrufbaren Presseerklärung:

„Wieder einmal hat sich die BRD-Justiz als Hure der antideutschen Politik erwiesen. Juden unterliegen einem weitgehenden strafbewehrten Kritikverbot, dürfen gegen volkstreu Deutsche und deren Partei aber hetzen und beleidigen, wie es ihnen paßt. Die ‚Auserwählten‘ genießen Sonderrecht.“

Dies hatte die Aufhebung seiner parlamentarischen Immunität und eine Anklage zur Folge.

Ein Kernpunkt solcher Prozesse ist nicht zwingend der Erfolg der Forderungen, wohl aber das Binden von Kräften und Ressourcen, um dem politischen Gegner Zeit zu nehmen. Das wiederum bietet die Möglichkeit einer „außergerichtlichen Regelung“ im Sinne von Unterlassungserklärungen, Gegendarstellungen oder Nachgeben gegenüber Rechtsextremen, um diese Kapazitäten zurück- oder aufrechtzuerhalten. Was dies bedeuten kann, wurde in Hessen deutlich. Hier verzichtete das Land in einem Rechtsstreit um die fristlose Kündigung der Lehrerin Ingeborg Godenau auf ein abschließendes Urteil und schloss einen Vergleich: Godenau, Ex-Mitglied der Republikaner und Spitzenkandidatin des rechtsextremen „Bürgerbündnisses Schwalm-Eder“ bei der Hessischen Kommunalwahl 2006, wurde bis zum Auslaufen ihres befristeten Vertrages weiterbeschäftigt.

7.7 Recht deutlich: Drohungen

Versuche, den Rechtsstaat zu instrumentalisieren, seine Grenzen auszuloten und ihn „vorzuführen“, sind eine Seite des rechten Kampfes gegen die Demokratie. Die andere Seite sind Drohungen, Gewalt und Terror – und die Klagen ob der „Gesinnungsjustiz“, dem „Justizterror“ und der „unterdrückten Meinungsfreiheit“, sobald Gesetzesverstöße von rechts sanktioniert werden. Wer sie bekämpft, ist ihr Gegner – und so erstaunt es nicht, dass die extreme Rechte unter dem Begriff „Antifa“ ein umfassendes Feindbild subsumiert. So definiert die rechtsextreme Kampfschrift „Antifa heißt Gewalt“ Antifa als linksextreme Gewalttäter sowie ihre „bürgerlichen nützlichen Idioten“ und Helfershelfer bei den Medien und den „Hebeln der Macht“. Dazu gezählt werden ebenso Funktionäre von Parteien, Kirchen und Gewerkschaften oder die „unvermeidbaren jüdischen Organisationen und Interessenverbände, die sich vom Zentralrat der Juden bis hin zum Internationalen Auschwitz-Komitee erstrecken.“ Damit einher gehen zahlreiche Aufrufe, die so genannte „Anti-Antifa-Arbeit“ zu unterstützen, wie zum Beispiel auf dem Gros der Websites neonazistischer Kameradschaften. Nicht nur im Internet kursieren zudem diverse Listen mit persönlichen Daten dieser „Gegner“. Was das letztlich bedeuten kann, führte das NPD-Parteivorstandsmitglied Jürgen Rieger, mehrfach vorbestraft unter anderem wegen Körperverletzung, ge-

genüber Fernsehjournalisten aus: „Warten Sie es doch ab: Wenn der erste Reporter umgelegt ist, der erste Richter umgelegt ist, dann wissen Sie, es geht los. Reporter, Richter, Polizist, Sie!“ (ZAPP 13.9.2006)

7.8 *Recht pekuniär: Klagen um Konten*

Der Kampf gegen die Demokratie ist nicht kostenlos – und daher ohne Konten schwerlich machbar. So liegt es nahe, dass der Streit um (drohende) Kontenverluste oft vor Gericht ausgetragen wird. Zwar urteilte 2003 der BGH, dass Konten rechtsextremer Parteien nicht gekündigt werden könnten, nur weil die Bank bei ihnen verfassungsfeindliche Ziele sieht, die Verfassungswidrigkeit müsse durch das oberste Gericht festgestellt werden. Jedoch gab es auch in der Folge Kündigungen von Konten und Rechtsstreitigkeiten. Eine gewisse Rechtssicherheit schuf hier erst das OLG Stuttgart mit einer Berufungsentscheidung im Februar 2007, durch die eine Kündigung rechtsextremer Konten erleichtert wurde. Im konkreten Fall klagte die NPD vergeblich gegen die Kündigung ihres Parteikontos bei der Volksbank Ludwigsburg, das sie vertragswidrig als Spendenkonto nutzte. In dem Urteil, das keine Revision zulässt, wurde zudem festgehalten, dass das so genannte ‚Konto für Jedermann‘ nicht für Parteien gelte. Dieses Urteil und Presserecherchen führten zur Kündigung zahlreicher bestehender rechtsextremer Konten im Zuge von ordentlichen Kündigungen und der Erklärung verschiedener Banken, keine neuen rechtsextremen Konten mehr zuzulassen. Nach wie vor wird gegen solche Kündigungen mit unterschiedlichem Erfolg geklagt. Während die saarländische NPD Ende 2007 verkündete, das Landgericht Saarbrücken habe die Genossenschaftsbank Bank 1 Saar verpflichtet, NPD-Konten trotz einer Kündigung weiter zu führen, entschied das Landgericht Lübeck im März 2008 mit dem Hinweis auf die Vertragsfreiheit der Genossenschaftsbanken, dass die Raiffeisenbank Lauenburg kein NPD-Girokonto führen müsse – eine Kündigung des Kontos sei jedoch erst zum September 2010 möglich. In dieser Zeit will die NPD gerichtlich die Eröffnung eines Kontos bei der Sparkasse durchsetzen, die dem Kontrahierungszwang unterliegt.

Wie ernst für die rechtsextreme Szene der Verlust von Bankverbindungen ist, machte ein Beitrag des ARD-Magazins Report Ende 2007 deutlich. Reporter, die sich als iranische Journalisten ausgaben, interviewten NPD-Spitzenfunktionären und bekamen ebenso denkwürdige wie erschreckend klare Aussagen. So bestritt Udo Voigt den Holocaust, und Sascha Roßmüller, damaliger stellvertretender NPD-Parteivorsitzender, fragte direkt nach der – nach dem Parteigesetz illegalen – Finanzierung aus dem Iran an.

„Es gibt natürlich auch Probleme, die es schwer machen, vom Ausland, wie transferiert man das Geld, dass es der Bundestag anerkennt und uns nicht abzieht oder als Strafzahlungen[...] Aber man muss sich die Regeln, die Gesetze, man muss es genau anschauen. Es gibt immer Wege, wenn man will. Die versuchen, dass wir kein Bankkonto in Deutschland mehr bekommen. Gibt es Möglichkeiten über iranische Banken, dass die NPD Zugang zu Konten hat?“ (REPORT Mainz, 10.12.07)

8 Recht ambivalent

Die Mehrschichtigkeit und Ambivalenz des Verhältnisses von extremer Rechte und Recht ist an verschiedenen Punkten kurz angerissen worden. Auf den augenfälligsten Punkt, rechtsextreme Übergriffe und Gewalttaten, ist nur ansatzweise eingegangen worden, da dieser sich regelmäßig in Pressemeldungen und Polizeistatistiken manifestiert. Aufgezeigt wurden die weitreichenden Traditionslinien rechter „Kameradenhilfe“ in der Auseinandersetzung mit Recht und Gesetz und dem vielfältigen Beistand bei Gesetzesverstößen.⁸

Aufgezeigt wurden auch Bereiche, in denen die extreme Rechte, ganz im Goebbel-schen Sinne, das „Waffenarsenal der Demokratie“ nutzt, um genau diese zu bekämpfen – zur juristischen Durchsetzung ihrer eigenen Politik (Aufmärsche, Veranstaltungen etc.) oder bei der Bekämpfung politischer Gegner.

Dieser knappe Einstieg in die vielfältigen Facetten der Thematik „Die Rechte und das Recht“ zeigt, dass sich die entsprechenden Fragestellungen zur nicht nur auf repressive Maßnahmen und Strafrechtsnormen beschränken, sondern weitreichender und vielfältiger sind. Die extreme Rechte versucht, auch die Möglichkeiten des Rechtsstaates zu nutzen, um die Demokratie und die Zivilgesellschaft abzuschaffen. Eine Antwort darauf kann und muss das verstärkte zivilgesellschaftliche Engagement und Eintreten für die grundlegenden Werte der Demokratie und des Zusammenlebens sein. Dies fängt an mit dem Eintreten für die ebenso fundamentale wie von Rechtsextremen negierten Basis unserer Gesellschaft: Die Würde des Menschen ist unantastbar.

Literatur

- Buse, Uwe, Mestmacher, Christoph et al. (2000): Warum ich ein Nazi bin; in: SPIEGEL 10/2000, 01.10.2000, Seite 50 ff. / <http://www.spiegel.de/reporter/0,1518,307972-5,00.html>; (zuletzt gesehen am 3.08.08)
- DIE LINKE, Fraktion im Hessischen Landtag (2008): Berichts-antrag betreffend Vorfälle mit rechts-extremem Hintergrund im Schwalm-Eder-Kreis. Hessischer Landtag Drucksache 17/664, Wiesbaden.
- Klaus, Tomas (2008): Knastkameraden. In: blick nach rechts, 28. August 2008; S.5, Berlin.
- Stöss, Richard (1986): Die Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher. In: Richard Stöss (Hg): Parteienhandbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945 – 1980. Band 1, S. 310 ff., Opladen.
- Vinke, Hermann (1981): Mit zweierlei Maß. Die deutsche Reaktion auf den Terror von rechts. Eine Dokumentation.

8 Der folgende Artikel von Anton Maegerle und Stephan Braun vertieft dies nochmals am Beispiel rechtsextremer Anwälte.

Rechtsanwälte der extremen Rechten

Stephan Braun und Anton Maegerle

Zwei Stunden lang sprach Rechtsanwalt Thomas Jauch über Haus- und Wohnungsdurchsuchungen und darüber, wie man sich im Falle einer Vorladung oder Verhaftung gegenüber der Polizei und der Staatsanwaltschaft verhalten sollte. 80 Aktivisten, darunter Gemeinde- und Stadträte aus dem Landkreis Sächsische Schweiz, der NPD-Landtagsabgeordnete Uwe Leichsenring und Frank Rohleder, Mitglied im NPD-Parteivorstand, diskutierten „Fragen, die so manchem auf der Seele brannten“. Papiere zu „Vorladung – Aussage“, „Strafanzeige – Strafantrag“ und „Wohnungsdurchsuchung“ vertieften die Inhalte der Rechtsschulung, berichtet Thomas Rackow, Kreisgeschäftsführer der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) Sächsische Schweiz auf der Website seines Kreisverbandes.¹ Auch die Vernehmung durch die Polizei, der „Umgang mit Polizei und Geheimdienste(n)“ sowie „Hinweise zu Spitzel, Saboteuren und Provokateuren“² sind häufig Bestandteil solcher Schulungen.

Rackow weiß nur zu genau, in welche Situationen einer im Kampf für die nationale Sache kommen kann. Schließlich war er Rädelführer der vier Jahre zuvor verbotenen „Skinheads Sächsische Schweiz“ (SSS), die etliche Gewalttaten gegen politisch Andersdenkende verübt hatten. (Verfassungsschutzbericht des Bundes 2002: 39) Auch Rackow ließ sich damals von Jauch vertreten.³

Rechtsschulungen, die häufig auch mit einem Multiple-Choice-Test enden, sind seit Jahren gefragt in der Szene. Das Feindbild ist klar. Wenn Rechtsanwalt Wolfram Nahrath schildert, welche Vorkommnisse „im Kampf für nationale Interessen auftreten können“ und erklärt, dass „Gesetzesvertreter im großen Stil gesetzeswidrige Handlungen vollziehen“, sind seine Zuhörer ganz Ohr. Schließlich gilt es, die Gesetzesverstöße „seitens der Staatsmacht im Keim zu ersticken“ und in „rechtlich unklaren Situationen nicht hilflos ausgeliefert zu sein“, so ein Teilnehmer.⁴

Klar ist: Niemand soll in rechtlich unklaren Situationen hilflos sein und jeder Beschuldigte hat das Recht auf einen qualifizierten und engagierten Rechtsbeistand. Politisch, bisweilen auch juristisch bedenklich wird es, wenn Zerrbilder des demokratischen Rechtsstaats und seiner Organe in einer Weise gezeichnet werden, die den demokratischen Staat selbst in die Nähe eines Gegners rücken, den es zu bekämpfen gilt. Bedenklich wird es erst recht dann, wenn aus der legitimen juristischen Vertretung Kumpanei entsteht und Anwälte sich selbst in rechten Netzwerken verorten.

Dazu gehören beileibe nicht nur jene Ewiggestrigen wie Hajo Herrmann und Herbert Schaller, die den Nationalsozialismus selbst erlebt haben und nun der extremen Rechten als Ikonen dienen. Einige gehören rechtsextremistischen Parteien an und haben dort wichtige

1 <http://www.npd-saechsische-schweiz.de/aktuell.htm>, eingesehen am 27.12.2005.

2 http://pohl-markus.de/dueren/meldungen_dueren/neue_rechtsschulung_abgehalten.htm, eingesehen am 27.02.2009.

3 Urteil im "Sprengstofflabor-Prozess", Thu, 2005-10-06 14:37 — admin, rechtgegenrechts.org, eingesehen am 20.02.2008.

4 <http://www.npd-saechsische-schweiz.de/aktuell.htm>, eingesehen am 20.02.2008.

Aufgaben und Ämter übernommen. Es gehören Anwälte dazu, die nicht mehr oder zeitweise nicht mehr praktizieren dürfen und solche, die sich im Graubereich zwischen rechtskonservativem und extrem rechtem Spektrum bewegen. Solche, die speziell auf die Szene zugeschnittene Rechtsratgeber⁵ erstellen, und solche, die aus dem Umfeld der inzwischen verbotenen „Blood&Honour“-Bewegung kommen und in neonazistischen Skinhead-Bands selbst zum Instrument oder Mikro greifen. Einige dieser Anwälte stellen wir in diesem Beitrag vor.

Thomas Jauch ist nur einer von mehreren Anwälten, die bislang die Szene systematisch schulten. Noch in den 1980er Jahren als Kreisvorsitzender der Jungen Union Ostwestfalen-Lippe und als Stadtrat der CDU-Fraktion Bad Salzuflen engagiert, hat sich der heute in Weißenfels in Sachsen-Anhalt wohnende Jurist zum „Geheimtipp“ unter Skinheads entwickelt. (Stern 52/97: 70) Neben Thomas Rackow verteidigte er u. a. den Schläger der SSS, Daniel Betke aus Pirna, Neonazi-Kader wie Karsten Scholz aus Dresden und das frühere NPD-Bundesvorstandmitglied Steffen Hupka. Auch der Chemnitzer Jan Botho Werner, der sich als Unterstützer der Neonaziband „Landser“ hervorgetan hat, zählt zu Jauchs Mandanten. „Landser“ wurde inzwischen als kriminelle Vereinigung verurteilt. Laut Bundesgerichtshof hatte sich die Band zusammengeschlossen, um Lieder mit strafbaren Texten zu produzieren. Mit Erfolg. Mindestens jeder zweite Text sei strafbar. Der Weißenfelder Anwalt, dem offensichtlich der zweifelhafte Ruf vorausseilt, Taten seiner Klientel zu relativieren und antisemitische Darstellungen unter dem Deckmantel der Meinungsfreiheit zu tolerieren, bleibt einer der Lieblinge der Szene.⁶

Jürgen Rieger

Reinbek bei Hamburg. Jürgen Hans Paul Rieger trägt den Kampfanzug der Wehrmacht und rauscht im Kübelwagen aus dem Zweiten Weltkrieg an der Polizeistreife vorbei. Auf dem Nummernschild finden sich SS-Runen und Abzeichen der 12. SS-Panzerdivision „Hitler-Jugend“. Das war im Jahr 1993 und brachte dem Hamburger Rechtsanwalt eine Geldstrafe von 14.000 DM wegen Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen ein. Rieger scheint solche Auftritte zu lieben. Das kommt an in Teilen der neonazistischen Szene. Ein Neonazi in Anwaltsrobe.

Seit Ende der 60er Jahre zählt Rieger zu den führenden Köpfen des rechtsextremen Spektrums in der Bundesrepublik. Er ist bekannt als Multiaktivist. Seit 2007 führt er zudem die Hamburger NPD, seit Mai 2008 ist er stellvertretender NPD-Bundesvorsitzender.

Zu seiner Klientel zählt der Anwalt Holocaustleugner, Neonazis und NS-Kriegsverbrecher. Er selbst wurde bereits mehrfach verurteilt: wegen Volksverhetzung, wegen Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener, wegen Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und wegen Körperverletzung. Rieger verfügt über ein Millionenvermögen aus Nazi-Erbschaften, tritt immer wieder als eine Art Immobilienmakler der extremen Rechten in Erscheinung und erwirbt selbst Immobilien als Tagungs- und Versammlungszentren für die Szene (vgl. Roepke in diesem Band).

5 Vgl. auch Rudolf Kleinschmidt: Die Rechte und das Recht in diesem Band.

6 Urteil im „Sprengstofflabor-Prozess“, Thu, 2005-10-06 14:37 — admin, rechtgegenrechts.org, eingesehen am 20.02.2008.

Jürgen Rieger, 1946 im niedersächsischen Blexen bei Oldenburg geboren, ist seit seiner Gymnasialzeit in rechtsextremen Zusammenhängen aktiv. Bereits als Schüler trat er der gebietsrevisionistischen „Aktion Oder-Neisse“ (AKON) bei, die als Kampfbund gegen die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als Westgrenze Polens gegründet worden war. Die AKON definierte sich als freiwilliger und loser Zusammenschluss von Privatpersonen, die sich aktiv gegen jeden Verzicht auf die deutschen Ostgebiete einsetzen. Unter den „deutschen Ostgebieten“ verstand sie „Ostpreußen mit Memelland, Westpreußen mit Danzig, Pommern, Ostbrandenburg, die deutschsprachigen Randgebiete der Provinz Posen, Schlesien und das Sudetenland“ (vgl. Hirsch: 169). Rieger war später, in seiner Studienzeit, Referent für die AKON, wurde schließlich Landesbeauftragter für Hamburg, Berlin und Schleswig-Holstein sowie stellvertretender AKON-Bundesvorsitzender.

Noch während des Studiums schloss sich Rieger den extrem rechten Gruppierungen „Republikanischer Studentenbund Deutschland“ sowie dem „Bund Heimattreuer Jugend“ (BHJ) an.

In einschlägigen Kreisen machte Student Rieger auch mit einer sechzigseitigen Broschüre auf sich aufmerksam, die 1972 als jugendgefährdend auf den Index gesetzt werden musste. Sie trug den Titel „Rasse – ein Problem auch für uns!“ (Rieger 1969) und fiel durch Passagen auf wie „Wir müssen endgültig mit der sentimental ‚Onkel Tom‘-Stimmung aufräumen. [...] Die Rassenkämpfe der Zukunft sollen uns nicht unvorbereitet sehen“ (Rieger 1969: 47) oder „Wecken wir die Kräfte unserer Rasse, die unter der genormten Zivilisationsfassade verborgen schlummern. ‚Die Weißen Riesen kommen!‘ dröhnten die Trommeln vor der Kampfgruppe des Oberst Hoare im Kongo. Erweisen wir uns dieses Namens als würdig!“ (Rieger 1969: 50) Der Verfassungsschutz stuft Rieger seit Jahrzehnten als rassistisch ein.⁷ 1970 nahm Rieger in Würzburg an einer gewalttätigen Demonstration der revanchistischen „Aktion Widerstand“ teil und wurde in Folge dessen wegen Körperverletzung verurteilt. Außerdem war Rieger mitbeteiligt an der vorgetäuschten Entführung des AKON-Bundesvorsitzenden Berthold Rubin, mit der versucht werden sollte, die Landtagswahlen in Schleswig-Holstein zu beeinflussen.

Von 1972 bis Mitte der 1990er Jahre amtierte Rieger als Vorsitzender der rassistischen „Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung e.V.“ (GfBAEV). Die GfBAEV verbreitete unter dem Deckmantel der wissenschaftlichen Disziplin „Anthropologie“ rassistische Thesen, die sich gegen eine „Vermischung der Rassen“ richtete. Danach begehe jeder Mensch biologischen Verrat, der einen Partner fremder „Rasse“ heirate.

Seit November 1988 leitet der Anwalt die rassistische „Artgemeinschaft – Germanische Glaubens-Gemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung e.V.“ und ist „Schriftleiter“ ihrer „Nordischen Zeitung“ mit dem Untertitel „Die Stimme des Artglaubens“. Die mehrere hundert Mitglieder starke Organisation versteht sich als heidnische Weltanschauungsgemeinschaft, die sich „zum germanischen Kulturerbe und dessen Weiterentwicklung“ („Artbekenntnis“) bekennt. Das Landesamt für Verfassungsschutz Berlin kam zu dem Ergebnis, diese Organisation formuliere in ihren programmatischen Schriften eine „pervertierte Lebensphilosophie, in deren Zentrum nicht das Leben, sondern Kampf, Opfer und Tod“ stün-

7 Der Begriff Rassismus nimmt Bezug auf die Rassenideologie des Nationalsozialismus, die die Selektion und Vernichtung von Millionen Menschen biologisch begründete. Rassisten leiten aus genetischen Merkmalen der Menschen eine naturgegebene soziale Rangordnung ab. Sie unterscheiden zwischen wertvollen und minderwertigen menschlichen „Rassen“.

den. Als gesellschaftspolitisches Vorbild gelte eine behauptete germanische Wert- und Stammesordnung.

„Dieses Weltbild basiert auf der biologistisch-rassistischen Annahme von verschiedenen ‚Menschenarten‘ mit unterschiedlichen Wertigkeiten. Die Bewahrung und Förderung der eigenen Art ist für die ‚Artgemeinschaft‘ das höchste Ziel. Erreicht werden soll dieses Ziel durch ‚gleichgeartete Gattenwahl, die Gewähr für gleichgeartete Kinder‘. Zwischen den Menschenarten nimmt die ‚Artgemeinschaft‘ eine klare Unterscheidung in ‚Eigene; und ‚Fremde‘ vor, wobei erstere als ‚Freunde‘, letztere als ‚Feinde‘ wahrgenommen werden.“ (Landesamt für Verfassungsschutz Berlin 2004: 212 f.)

Seit Anfang der neunziger Jahre richtet Rieger seine Agitation vor allem gegen Ausländer und hat dazu einen „Neun-Punkte-Plan zur Ausländerrückführung“ entwickelt. Diesen Plan hat u. a. die Neonazi-Vereinigung „Nationalistische Front“ (NF) verbreitet bis sie 1992 bundesweit verboten wurde.⁸ Später vertrat Rieger die Interessen der NF auf Wiederezulassung vor dem Bundesverfassungsgericht.

Gern gesehen wurde der Anwalt auch als Referent bei der „Gesellschaft für freie Publizistik“ (GFP), die von ehemaligen SS-Offizieren und NSDAP-Funktionären gegründet worden war und als größte rechtsextreme kulturpolitische Vereinigung Deutschlands mit revisionistischer Ausrichtung gilt. Ihr gehören rund 500 Mitglieder an, vor allem Schriftsteller, Journalisten, Verleger und Buchhändler dieses Spektrums. Das Recht auf Freiheit scheint nach Riegers Verständnis aber offenbar nicht jeder zu haben. Das Recht auf körperliche Unversehrtheit und Leben offensichtlich auch nicht. So drohte der Anwalt in einem Interview mit dem ARD-Magazin „Panorama“: „Wenn der erste Reporter umgelegt ist, der erste Richter umgelegt ist, dann wissen sie, es geht los. Nicht die Großen, da wird nicht der Präsident des Bundesverfassungsgerichtshofs, alles Quatsch, das interessiert nicht, aber die Gruppierungen, die sind dran [...] Reporter, Richter, Polizisten, Sie.“⁹ Drei Jahre später wurde er auf einer Kundgebung der DVU in der Passauer Nibelungenhalle vor 2.300 Besuchern mit dem Freiheitspreis der „National-Zeitung“ ausgezeichnet und unter frenetischem Applaus als unerschrockener Kämpfer für die Freiheit des deutschen Volkes gewürdigt.

Von 1991 bis 1997 galt Rieger als Zentralfigur der jährlichen „Hetendorfer Tagungswochen“. Im Schulungszentrum Hetendorf, in der Nähe des einstigen Konzentrationslagers Bergen-Belsen gelegen, traf sich regelmäßig die Elite der extremen Rechten, verherrlichte den Nationalsozialismus, leugnete die Judenvernichtung, propagierte rassistische und fremdenfeindliche Thesen, lehnte die freiheitliche demokratische Grundordnung ab und agitierte gegen die staatlichen Institutionen. Bis zu deren Verbot am 11. Februar 1998 führte Rieger die neonazistischen Organisationen „Heideheim e.V.“ und „Heide-Heim e.V.“, die das Schulungszentrum auf dem 15.000 Quadratmeter großen Anwesen betrieben. (vgl. Roepke in diesem Band.)

Auch als Veranstalter von Aufmärschen hat sich Rieger einen Namen gemacht. 2001 organisierte der Szene-Anwalt erstmals nach zehn Jahren wieder eine zentrale Gedenkveranstaltung für Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß im bayerischen Wunsiedel. Eine Veranstaltung zum Todestag des Mannes, dessen Selbstmord am 17. August 1987 im Alliierten Kriegsverbrechergefängnis in Berlin-Spandau von den Neonazis bis heute bezweifelt wird.

8 So sprach Rieger im November 1990 beim 1. Bundesseminar der NF im niedersächsischen Hetendorf zum Thema „Hintergrund der Ausländerintegration“.

9 Zit. nach Panorama vom 11.01.1993.

Rieger betreibt seit 1975 seine Kanzlei im noblen Hamburger Stadtteil Blankenese und gilt als reisender Staranwalt der Alt- und Neonazis. Der Neonazi in Anwaltsrobe hat notoriische Holocaustleugner wie Thies Christophersen und den Schweizer Max Wahl verteidigt, Neonazis wie Michael Kühnen oder den Niederländer Eite Homann, die Skin-Band „Kraftschlag“ und Meinolf Schönborn, Vorsitzender der verbotenen „Nationalistischen Front“ (NF). Die Interessen der NF auf Wiederezulassung vertrat Rieger vor dem Bundesverfassungsgericht. Ebenso verteidigte der Jurist in einem Aufsehen erregenden Prozess den Holocaustleugner Ernst Zündel, der sich vor dem Landgericht Mannheim wegen Volksverhetzung verantworten musste.

Der Hamburger Anwalt ist für seine „Verschleppungstaktik“ bei Prozessen bekannt. Als er 1993 führende Neonazi-Kader des „Komitees zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag Adolf Hitlers“ (KAH) vor dem Stuttgarter Landgericht verteidigte, verlangte er die Vernehmung von 500 Zeugen, wurde als Pflichtverteidiger abgelöst und mit einem Strafverfahren wegen Begünstigung und Strafvereitelung bedacht – allerdings ohne Folgen.

Einen Skandal provozierte Rieger 1981 beim Strafverfahren gegen den Warschauer SS-Polizeiführer und SS-Obersturmführer Arpad Wiegand. Rieger hatte in seinem Plädoyer ausgeführt, das Ghetto sei lediglich eingerichtet und abgesperrt worden, um den Flecktyphus einzudämmen. Die herrschende Hungersnot wäre „bei ein bißchen Solidarität“ der dort lebenden „260.000 Juden, die Kapitalisten oder Arbeiter waren“, verhindert worden. Rieger: Es sei „durchaus fraglich, ob auch nur ein Jude an Hunger im Ghetto gestorben wäre, wenn es mehr Solidarität unter den Juden gegeben hätte“ (dpa-Meldung vom 29.09.1987). Die darauf folgende Verurteilung Riegers wegen Beleidigung der Opfer nationalsozialistischer Gewaltherrschaft und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener wurde später vom Bundesgerichtshof (BGH) wieder aufgehoben, da der Hamburger Anwalt, nach Ansicht des Gerichts, als Verteidiger unter Wahrnehmung berechtigter Interessen für seinen Mandanten gehandelt habe.

Auf diese Argumentationslinie des BGH konnte Rieger später nicht mehr bauen. 2004 bestätigte der BGH ein Urteil des Landgerichts Hamburg, das den Anwalt wegen Volksverhetzung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener belangt hatte. Rieger hatte bei einem Strafverfahren gegen einen Neonazi vor dem Landgericht Hamburg die planmäßige Massenvernichtung von Juden in NS-Konzentrationslagern unter Hinweis auf das Pseudogutachten des Revisionisten Germar Rudolf geleugnet. Ebenfalls 2004 bestätigte der BGH die weitere Verurteilung Riegers wegen Volksverhetzung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener. Rieger hatte bei der Verteidigung eines Angeklagten erklärt, die Konzentrationslager Auschwitz und Auschwitz-Birkenau seien keine Vernichtungslager gewesen, in denen Menschen durch Giftgas getötet worden seien.

Thor von Waldstein

Die Kanzlei von Waldstein & Holland in der Mannheimer Oststadt wirkt edel und seriös, das Jugendstilhaus, seine Innenansicht und Bibliothek einladend. Stolz verweist die Website der Anwälte auf „eine in Jahrzehnten gewachsene Expertise und ein deutschlandweites sowie internationales Profil“ im Binnenschiffahrtsrecht. Das „JUVE-Handbuch – Wirtschaftskanzleien“ zählt die Kanzlei zu den führenden Binnenschiffahrtskanzleien in

Deutschland. Waldstein und Holland haben im Binnenschiffrechtsrecht promoviert und sind Autoren eines im Jahr 2007 in 5. Auflage erschienenen Kommentars. Mehrere Leitscheidungen des Bundesgerichtshofes und des Europäischen Gerichtshofes gehen auf Fälle zurück, die von der Kanzlei bearbeitet wurden, ist auf der Website der Anwälte zu ersehen.¹⁰ Nicht zuletzt verweisen Dr. Dr. Thor von Waldstein und Dr. Hubert Holland auf die Liste ihrer Publikationen der vergangenen Jahre.

Vollständig ist diese Liste nicht. Thor von Waldstein, Jahrgang 1959, ist auch als Anwalt für die extreme Rechte tätig. Er hatte Ende der 1970er und in den 1980er Jahren wichtige Funktionen für die NPD übernommen, führte von 1979 bis 1982 den Vorsitz des Nationaldemokratischen Hochschulbundes (NHB) und trat 1984 als Kandidat der NPD bei den Europawahlen an. Als Anwalt verteidigte von Waldstein u. a. den amerikanischen Holocaustleugner Fred Leuchter (1994), den Herausgeber der reichstreuen „Staatsbriefe“ Hans-Dietrich Sander (1998), sowie den Geschichtsrevisionisten und Verleger Wigbert Grabert (2007).

Zudem genießt von Waldstein den Ruf, ein wichtiger Stichwortgeber der extremen Rechten zu sein. Er schrieb Beiträge für die vom Verfassungsschutz beobachtete Wochenzeitung „Junge Freiheit“, für das rechtsextreme Theorie- und Strategieorgan „Nation & Europa“ und für die „Staatsbriefe“ Sanders. Wer seine „Thesen zu Grosswestdeutschland“ dort nachliest, kann sich vorstellen, warum er auch als Autor für die geschichtsrevisionistische Vierteljahreszeitschrift „Deutschland in Geschichte und Gegenwart“ und als Referent der „Gesellschaft für freie Publizistik“ gern gesehen ist:

„Bonn ist nicht Bromberg, Bonn ist nicht Dresden, Bonn ist Auschwitz; der Holocaust ist die raison d' être der Bundesrepublik. Seine unablässige ‚Bewältigung‘ ist das Credo der Kostgänger der deutschen Geschichte, die uns heute regieren. Die Vergangenheit darf nicht vergehen, weil die Zukunft der Deutschen nicht stattfinden soll.“ (Staatsbriefe 2/1997: 3)

Darüber hinaus referierte von Waldstein bei der NPD-nahen „Deutschen Akademie“, sprach im Rahmen der „Bogenhausener Gespräche“ im Haus der Burschenschaft Danubia und bei der NS-apologetischen „Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik“ aus Österreich sowie bei dem „Ausschuß für burschenschaftliche Arbeit“ (AfbA).

Von Waldstein wird der Neuen Rechten zugeordnet und hat über Carl Schmitt promoviert¹¹, den Kronjuristen der Nationalsozialisten, der auch nach dem Krieg nie seinen Frieden mit dem Grundgesetz gemacht hatte und die unveräußerlichen Menschenrechte als „unveräußerliche Eselsrechte“ verspottete. Thor von Waldstein weiß das und empfiehlt:

„Die Bücher Carl Schmitts [...] sollten – wie ein guter schottischer Malzwhisky – pur genossen werden. Wer mit dem Grundgesetz unter dem Kopfkissen schläft, braucht Carl Schmitt nicht. Wer jedoch erkannt hat, dass die Verfassung das Gefängnis ist, in dem die res publica der Deutschen – gerade auch nach der kleinen Wiedervereinigung – gefangen gehalten wird, greift gerade jetzt zu seinen Werken.“ (Waldstein 1992: 17)

Einen Namen gemacht hat sich von Waldstein nicht zuletzt als Kapitalismuskritiker der extremen Rechten. In seinen „Thesen zum Kapitalismus“¹² führte er aus:

10 Vgl. <http://www.rawaho.de/>, eingesehen am 08.01.2009.

11 Thor v. Waldstein: Der Beutewert des Staates. Carl Schmitt und der Pluralismus, 2008.

12 Vgl. Waldstein 1998a: 13-15, Waldstein 1998b: 3, und Waldstein 1998c: 96-98.

„Die Kapitalismuskritik in Deutschland ist heute intellektuell verwaist. Die Gretchenfrage für die politische Rechte in diesem Lande wird sein, ob es ihr gelingt, die Positionen des Antikapitalismus aus den Traditionsbeständen der beamteten APO-Opas herauszubrechen, um sie mit nationalen Inhalten aufzuladen. Entweder es kommen endlich die ‚linken Leute von rechts‘, oder es kommen keine Leute von rechts.“ (Waldstein 1998b: 15)

Nach Ansicht des Mannheimer Wirtschaftsrechtsanwalts führe der Kapitalismus zu geistiger und seelischer Unterernährung, löse ökologische und soziale Katastrophen aus und zerstöre die menschliche Gemeinschaft und die natürlichen Lebensgrundlagen. Eine konzeptionelle Alternative Waldsteins zu der so beschriebenen Wirtschaftsordnung ist nicht bekannt. Aber er hat immerhin seinen Beitrag dazu geleistet, ein wichtiges Agitations- und Themenfeld rechtsextremistischer Aktivitäten zu besetzen (vgl. Pfahl-Traugber: 54 f.).

Wolfram Nahrath

Der Antragslawine sei er hilflos ausgeliefert, klagte Richter Dönitz im so genannten „Gubener Hetzjagdprozess“, bei dem sich elf junge Männer verantworten mussten, weil sie den Algerier Omar Ben Noui in den Tod getrieben hatten. Allein 25 Befangenheitsanträge gegen den Richter zogen den Prozess über ein Jahr hinaus und einer der Verteidiger bekannte: „Je länger man das Verfahren rauszögert, desto besser. Denn desto schlechter können sich die Zeugen erinnern.“ Gleichzeitig sollte der politische Hintergrund der Täter klein geredet werden. Ihre Mandanten seien lediglich „junge Männer mit einer national gängigen Meinung“ (zit. nach Berliner Zeitung, 13.11.2000). Anwalt Wolfram Nahrath versuchte es mit einer Täter-Opfer-Umkehr: Die „eigentliche Hetzjagd“ sei die der Medien. Und die habe seinem Mandanten gegolten (zit. nach Die Welt, 06.12.2000).¹³

Wolfram Nahrath, Jahrgang 1962, ist in der rechtsextremistischen Szene wohl bekannt. Der im brandenburgischen Birkenwerder wohnende Rechtsanwalt war in der Nachfolge seines Vaters Wolfgang und seines Großvaters Raoul Nahrath Bundesführer der neonazistischen „Wiking-Jugend“ (WJ). 1994 wurde die Organisation vom Bundesminister des Inneren verboten. Heute ist Wolfram Nahrath für die „Heimatreue Deutsche Jugend“ (HDJ) aktiv, die „inhaltlich und personell“ eine Kontinuität zur verbotenen „Wiking-Jugend“ erkennen lässt. Nahrath bekleidet dort keine offizielle Funktion. „Aber er ist der führende Kopf, der vor allem aus dem Hintergrund agiert.“¹⁴ Fotos, die der Staatsanwaltschaft Osnabrück von einem HDJ-Sommerlager aus dem Jahr 2006 vorliegen, „zeigen makabre Inszenierungen und Posen im Söldner-Stil, Scheinhinrichtungen und Männer in Tarnkleidung, die am Tisch sitzend schießen. Auf einem Foto drückt eine Person einer anderen eine Machete an den Hals. Einem anderen wird ein Waffenlauf in den Mund gehalten“ (Röpke: Braune Parallelwelt).

Nahrath betreibt seine Anwaltskanzlei in Berlin-Weißensee. Auf dem 28. ordentlichen NPD-Bundesparteitag im März 2000 wurde Nahrath zum Vorsitzenden des Bundesschiedsgerichtes gewählt. 2006 vertrat er den Bandleader der rechtsextremen Skinheadband „Race

13 vgl. Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung, Jan Buschbom: Rechts Anwälte, <http://www.politische-bildung-brandenburg.de/extrem/anwaelte.htm>, eingesehen am 26.02.2008.

14 <http://www.verfassungsschutz.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.132906.de>

War“, als dieser sich wegen des Vorwurfs der Bildung einer kriminellen Vereinigung vor dem Stuttgarter Landgericht verantworten musste.

Seit Jahren tritt Nahrath beim NS-apologetischen „Freundeskreises Ulrich von Hutten“ als Referent in Erscheinung. 2006 sprach er bei dessen „31. Gästewoche“ über „Das Ringen der germanischen Seele im christlichen Abendland“. 2007 forderte Nahrath vor diesem Kreis „eine Ehrenerklärung für den deutschen Soldaten, die als Fanal für die ganze Welt das lügenhafte Bild von den angeblichen Verbrechen der Deutschen Wehrmacht zum Einsturz bringen würde“. So ist das in den „Huttenbriefen für Volkstum, Kultur, Wahrheit und Recht“ dokumentiert.

Zudem engagiert sich Nahrath auch für die eng mit dem Freundeskreis Ulrich von Hutten verbundene „Notgemeinschaft für Volkstum und Kultur e.V.“, einer – laut Eigendarstellung – „Gemeinschaft der aufrechten Deutschen zur Verwertung testamentarischer Hinterlassenschaften und Vermögenswerte“. Wer beabsichtigt, „zugunsten der Förderung deutschen Lebens eine testamentarische Verfügung zu treffen“, möge sich, so die „Huttenbriefe“, an Nahrath wenden. Vorsitzende beider Vereine ist Lisbeth Grolitsch, ehemals „Gau-Unterführerin“ des „Bundes Deutscher Mädels“ (BDM).

Mehrfach führte Nahrath in den vergangenen Jahren durch das Programm des „Märkischen Kulturtages“. Zu diesen konspirativ durchgeführten Veranstaltungen laden gemeinsam die „Gemeinschaft Deutscher Frauen“ (GDF), die HDJ und die „Berliner Kulturgemeinschaft Preußen“ (BKP, früher „Deutsche Kulturgemeinschaft Berlin“) ein. In den 90er Jahren engagierte sich Nahrath stark für die 1983 von oppositionellen Berliner NPD-Mitgliedern gegründete BKP. Die Geburt seiner Kinder gab Nahrath in der „Nordischen Zeitung“ bekannt, dem Sprachrohr der rassistischen „Artgemeinschaft“ unter Führung von Jürgen Rieger.

Günther Herzogenrath-Amelung

Im Frühjahr 2003 erteilte Günther Herzogenrath-Amelung der Gruppe um Martin Wiese noch eine Rechtsschulung. Zwei Jahre später sahen sich der Regensburger Anwalt und die vier Neonazis der Münchener „Kameradschaft Süd“ vor dem Bayerischen Obersten Landesgericht in München wieder. Herzogenrath-Amelung als Pflichtverteidiger des Rädelsführers Martin Wiese. Wiese und seine Komplizen hatten für den 9. November 2004 einen Sprengstoffanschlag auf die Grundsteinlegung für das jüdische Kulturzentrum in München geplant und wurden wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung und Planung des Sprengstoffanschlags rechtskräftig verurteilt. Herzogenrath-Amelung räumte die Schulung ein. Er habe jedoch „immer darauf hingewiesen, dass man die Finger von Waffen und Sprengstoff lassen soll“. Seine politische Überzeugung stünde im Übrigen nicht zur Diskussion, so der Anwalt.¹⁵

Herzogenrath-Amelung gehört zu jener Sorte rechter Szene-Anwälte, bei der man nicht so genau weiß, wo die Szene aufhört und wo der Anwalt beginnt.¹⁶ Er verteidigte den österreichischen Hitlerbewunderer Gerd Honsik, den Holocaust-Leugner Erhard Kemper und den NS-Kriegsverbrecher Erich Priebke, der 1944 als Stellvertreter des deutschen Poli-

15 <http://www.br-online.de/bayern-heute/artikel/0502/03-wiese-verteidiger/index.xml>, eingesehen am 22.02.2008.

16 Vgl. <http://www.taz.de/index.php?id=archivseite&dig=2005/05/04/a0177>, eingesehen am 22.02.2008.

zeichens in Rom in führender Funktion am Massaker in den Ardeatinischen Höhlen beteiligt war (vgl. Schröm/Röpke 2006: 128 f.).

Die beiden Neonazis Reiner Mehr und Michael Swierczek konnten auf Günther Herzogenrath-Amelung zählen wie auch der rechtskräftig verurteilte Holocaustleugner Germar Rudolf. Rudolf dankt dem Anwalt dafür namentlich in seinem so genannten Rudolf-Gutachten, das auf pseudowissenschaftliche Art Zweck und Funktionsweise der Gaskammern im KZ Auschwitz-Birkenau bestreitet.

Zu Herzogenrath-Amelungs Mandaten zählte auch Jens Pühse, der langjährige Produktionsleiter und Geschäftsführer im NPD-Verlag „Deutsche Stimme“, der sich für den Vertrieb von CDs mit strafbaren Inhalten vor dem Bundesgerichtshof verantworten musste. Die Staatsanwaltschaft warf Pühse vor, seine im Vorfeld der CD-Produktion in Auftrag gegebenen Rechtsgutachten hätten das Ziel gehabt, „das Aufstacheln zu Hass, Wut und Gewalt in Formulierungen zu gießen, die bisher von der Rechtsprechung noch nicht eindeutig verboten wurden“. Herzogenrath-Amelung warnte dagegen, die Gesinnung seines Mandanten zu bestrafen. Im Übrigen sei die Behandlung der „Auschwitzlüge“ – die gar nicht zur Debatte stand – durch die Justiz „kein Ruhmesblatt“. ¹⁷ Mit der Anerkennung geschichtlicher Fakten scheint sich der Regensburger Anwalt ohnehin schwer zu tun. Schon 1992 bei einem Prozess vor dem Amtsgericht Coburg zog er den Holocaust in Zweifel. Die Vielzahl der Überlebenden spräche gegen „eine totale Ausrottung der Juden“. ¹⁸

Herzogenrath-Amelungs Anschrift fand sich auch in der Adressenkartei der ehemaligen österreichischen Neonazi-Gruppe „Volkstreue Außerparlamentarische Opposition“ (VAPO), die den 1991 verstorbenen deutschen Neonaziführer Michael Kühnen beim Aufbau neonazistischer Gruppen in der ehemaligen DDR unterstützte und in Österreich Wehrsportübungen organisierte. ¹⁹

Wie kurz der Weg von Wehrsportübungen in den Terror ist, zeigt das Beispiel der „Wehrsportgruppe Hoffmann“, deren Mitglied Gundolf Köhler am 26. September 1980 durch seinen Sprengstoffanschlag auf dem Münchner Oktoberfest zwölf Besucher in den Tod riss und zweihundert Menschen teils schwer verletzte. Diese rechtsterroristische Wehrsportgruppe hatte offenbar mehr vor. Nach ihrem Verbot im Jahr 1980 beschlagnahmte die Polizei bei Hausdurchsuchungen in drei Bundesländern 18 Lastwagenladungen voller Bajonette, Karabiner, Pistolen, Munition und Handgranaten.

Auch Herzogenrath-Amelungs Herz schlägt politisch schon lange für die NPD. So hämmerte er nicht nur bei Rechtsschulungen der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) den Teilnehmern ein, bei der Polizei „niemals mehr zu sagen, als die Angaben zur Person“. ²⁰ Er unterzeichnete auch die von Horst Mahler initiierte Solidaritätserklärung „Ja zu Deutschland, ja zur NPD“.

Beim 23. Bundesparteitag der NPD 1990 wurde er für den Parteivorstand vorgeschlagen. Acht Jahre später zählte Herzogenrath-Amelung zum kleinen Kreis der Ehrengäste beim 1. Tag des Nationalen Widerstands der NPD in Passau, dessen Teilnehmer zu 80 Prozent aus jungen Skins und Neonazis bestanden. Unter den Besuchern waren mit Friedhelm Busse, Christian Worch, Michael Swierczek, Wolfram Nahrath und Torsten de Vries

17 Vgl. BGH prüft Freispruch von NPD-Funktionär – Volksverhetzung durch CDs?, dpa-Meldung vom 26.02.2008. Der BGH hob den Freispruch von Pühse in weiten Teilen auf und verwies den Fall an eine andere Kammer des Landgerichts Dresden zurück (Urteil vom 3. April 2008, Az. 3 StR 394/07).

18 Zit. nach Coburger Tageblatt: „12.000 Mark Geldstrafe für „Unbelehrbaren“, 05.06.1992.

19 Vgl. <http://www.doew.at/frames.php?projekte/rechts/organisation/links/vapo.html>, eingesehen am 22.02.2008.

20 Vgl. Unterlagen des ehemaligen JN-Computerspezialisten Sascha Stange.

ehemalige Führer der inzwischen verbotenen Gruppierungen „Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei“, „Nationale Liste“, „Nationaler Block“, „Wiking Jugend“ und „Deutscher Kameradschaftsbund“ vertreten. Auch der Hamburger Rechtsanwalt Jürgen Rieger und der Österreicher Herbert Schweiger durften nicht fehlen.

Ludwig Bock

Der Mannheimer Rechtsanwalt Ludwig Bock, Jahrgang 1942, hat mehrfach Holocaustleugner verteidigt und wurde selbst wegen Volksverhetzung verurteilt. Seinen politischen Werdegang startete Bock während des Jura-Studiums. Er wurde beim 1967 gegründeten „Nationaldemokratischen Hochschulbund“ (NHB) aktiv und rückte bereits im Gründungsjahr in den NHB-Bundesvorstand auf. 1972 kandidierte Bock im Wahlkreis Freiburg für die NPD bei der Bundestagswahl. Danach konzentrierte Bock seine Tätigkeiten auf das im Juli 1973 im pfälzischen Morbach gegründete „Nationaleuropäische Jugendwerk“ (NEJ), eine extrem rechte Schulungsstätte, die er über Jahre hinweg leitete. Zeitweilig amtierte Bock als Vorsitzender des Schiedsgerichts der „Gesellschaft für freie Publizistik“ (GfP).

Juristisch stand Bock unter anderem der Neonazi-Band „Tonstörung“, den Holocaustleugnern Ernst Tag und Frederik Toben sowie mehrfach dem Ex-NPD-Bundesvorsitzenden Günter Deckert zur Seite. Bundesweit bekannt wurde der Anwalt 1977 im Düsseldorfer Majdanek-Prozess als Beistand der ehemaligen KZ-Aufseherin Hildegard Lächert, genannt „die blutige Brygida“. Lächert war des 1.196-fachen Mordes angeklagt. Am 154. Verhandlungstag hatte Bock beantragt, die Zeugin Henryka Ostrowska im Gerichtssaal festnehmen zu lassen – wegen Beihilfe zum Mord. Die ehemalige KZ-Gefangene hatte ausgesagt, sie sei in Majdanek gezwungen worden, Behälter mit Zyklon B in die Gaskammern zu bringen.

Am 6. April 2000 bestätigte der BGH in Karlsruhe (Az.: 6 KLS 503 Js 69/97) ein Urteil des Landgerichts Mannheim vom März 1999, das Bock für eine Äußerung als Verteidiger in einem Strafprozess zu 9.000 DM Geldstrafe wegen Verharmlosung des Holocausts verurteilt hatte. Damit, so das GfP-Sprachrohr „Das Freie Forum“, sei erstmals ein Verteidiger für Formulierungen bei einem Volksverhetzungsverfahren persönlich bestraft worden. Bei der Verteidigung des angeklagten Günter Deckert hatte Bock am 3. April 1997 einen Hilfsbeweis Antrag vor dem Landgericht Mannheim vorgelegt. Darin wollte er führende Repräsentanten des deutschen Staates als Zeugen dafür benennen, „dass es primär massive politische Interessen“ seien, „welche dem Durchbruch der historischen Wahrheit im Zusammenhang mit dem Holocaust entgegenstehen“.

Seinen vorerst letzten großen Auftritt hatte Ludwig Bock im Februar 2007. Beim Prozess gegen den Holocaustleugner Ernst Zündel vor dem Mannheimer Landgericht verlas Bock in seiner Eigenschaft als dessen Wahlverteidiger Passagen aus Hitlers „Mein Kampf“ und den NS-Rassengesetzen.

Ingmar Knop

Er ist vielseitig, bringt alles unter einen Hut und kennt keinerlei Berührungszwänge: der Rechtsanwalt Ingmar Knop, Jahrgang 1975, aus Dessau. Auf seiner Website verweist er auf seine Ausbildung in Klavier, Musiktheorie und Komposition an der Hochschule für Musik

und Theater Leipzig „Felix Mendelssohn Bartholdy“, auf mehrjährige Konzerttätigkeit und auf seine politischen Funktionen: Landesvorsitzender der DVU in Sachsen-Anhalt seit 2005, Spitzenkandidat zur Landtagswahl 2006, Spitzenkandidat der DVU zur Oberbürgermeisterwahl in Dessau 2007. Noch im gleichen Jahr wurde er Mitglied im Bundesvorstand der DVU und Mitglied im Stadtrat Dessau-Rosslau. 2009 folgt ein weiterer Karrieresprung: Knop wird stellvertretender Bundesvorsitzender seiner Partei. Er ist einer der wenigen vorzeigbaren Mitglieder.

Der Dessauer Anwalt verweist in seiner Vita auch auf seine umfangreiche Tätigkeit als Autor und Referent. Zu seiner Arbeit als Jurist findet sich in dieser Vita wenig.²¹ Dies mag auch der Grund sein, warum er im NPD-Organ „Deutsche Stimme“ und in der „National-Zeitung“ auf Kundensuche geht. Gleich neben der Werbung des Deutschen Buchdienstes für Hans-Ulrich Rudel: „Von den Stukas zu den Anden“ und für das Buch von Emmy Göring: „An der Seite meines Mannes“.

Der Dessauer Anwalt bezeichnet sich selbst als „Schöngeist“ und will die Zukunft „für alle Menschen lebenswert und nachhaltig gestalten“, die Politik durch Wertorientierung von Pragmatismus und „Faszinationslosigkeit“ befreien. So muss er sich wohl gegenüber der „tageszeitung“ geäußert haben (Bartsch). Das hindert den Schöngeist nicht, einen Wahlkampf mit Plakatsprüchen wie „Schnauze voll!“ und „Kriminelle Ausländer raus!“ zu führen und Jungwähler anzuschreiben mit Sätzen wie „Immer weniger Arbeitsplätze für Einheimische. Immer mehr Jobkiller aus dem Ausland. Immer weniger Gut. Immer mehr Wut.“²²

Ingmar Knop ist sich sicher: Der Weg zur Selbstbefreiung der Nation führt über das von äußerer Bevormundung befreite „völkische Ich“. (Bartsch) Der zwischen NPD und DVU geschlossene Deutschlandpakt ist für ihn ein wichtiger Schritt dorthin: „Deutsche Volksunion und NPD, die Parteien des Deutschland-Paktes, stehen einem Bollwerk des Hasses gegenüber. Aber von Union und FDP hat Deutschland ebenso wenig zu erwarten wie von Rot-Grün. Bündeln wir also unsere Kraft im gemeinsamen Willen zu Deutschlands Erneuerung!“²³ Und so schrieb er für „Deutsche Geschichte“, die „Deutsche Stimme“ und schwadronierte in der „National-Zeitung“ über die Gefährlichkeit der EU mit dem Satz, dieser Tage liege „der faulige Atem eines aus Washington angestachelten, nach Beute gierenden Raubtiers über Europa“. („National-Zeitung“ 25/5) Knop kennt auch keine Scheu, auf Jahreskongressen der geschichtsrevisionistischen Gesellschaft für freie Publizistik aufzutreten, beispielsweise 2006, als der Kongress unter dem Motto stand: „Im Namen der Gerechtigkeit – Politik im Würgegriff der Justiz“.

Markus Beisicht

Es werde viel zu wenig zwischen Rechtspopulismus und Extremismus unterschieden, klagt Markus Beisicht. Doch sein eigener Fall macht die Unterscheidung nicht leicht.²⁴ Markus Beisicht, Jahrgang 1963, ist Gründer und seit 2004 Vorsitzender der „Bürgerbewegung Pro

21 Vgl. <http://www.ingmarknop.de>, eingesehen am 13.01.2009.

22 <http://dokmz.wordpress.com/2006/03/23/volksstimmede-anwaltskammer-kritisiert-knops-werbung-fur-die-dvu/>, eingesehen am 13.01.2009.

23 Pressemitteilung des DVU-Landesverbands Sachsen-Anhalt vom 04.04.2005 zum Landesparteitag der DVU am 03.04.2005.

24 Vgl. Parth/Farin: Kein Kölsch. Rechtsextreme im Anmarsch. Köln vor dem „Anti-Islamisierungskongress“.

Köln“, die der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen wegen des Verdachts rechtsextremistischer Bestrebungen beobachtet.²⁵ Zudem wurde er auf dem Gründungsparteitag von Pro Nordrhein-Westfalen (Pro NRW) im September 2007 zu deren Vorsitzenden gewählt.

Neben seiner Parteitätigkeit tritt Beisicht als Szene-Anwalt in Erscheinung. So klagte er im August 2006 im Namen der neonazistischen Organisation „Schutzbund Deutschland“ gegen die Verbotsverfügung, die das brandenburgische Innenministerium gegenüber dem „Schutzbund“ verhängt hat. Auch die überregional bekannten Neonazis Axel Reitz, Christian Malcucci, Daniela Wegener und Michael Krick gehörten zu den Klienten seiner Kanzlei.

Schließlich war er Bevollmächtigter in einem Verfahren, das für eine Gruppierung „Initiative der weißen Art“ eine Neonaziveranstaltung unter dem Motto „Ruhm und Ehre der Waffen SS“ an der Wewelsburg, einem der Lieblingsplätze des Reichsführers der SS, Heinrich Himmler, durchsetzen wollte. Das Verwaltungsgericht (VG) Minden sprach von einer „besonders schwerwiegenden Provokationswirkung“ hinsichtlich des Veranstaltungsortes und bestätigte das Verbot der Veranstaltung durch die Polizei. An einem Ort die Parole „Ruhm und Ehre der Waffen-SS“ verbreiten zu wollen, die ein Zentrum der NS-Ideologie und eine Weihestätte für tote SS-Führungspersonen werden sollte und das Festzelt in der Nähe des Ortes zu errichten, an dem mindestens 1.285 KZ-Häftlinge ums Leben gekommen seien, enthalte eine „nicht hinnehmbare Verhöhnung der Opfer und der Menschenwürde der Hinterbliebenen“. Zudem seien die vorgesehenen Redner entweder ehemalige Aktivisten oder Vorsitzende verbotener rechtsextremistischer Organisationen, was für die Annahme spreche, dass mit der Wahl des Veranstaltungsortes „bewusst die Nähe zur Terrorherrschaft des NS-Regimes“ gesucht werde. Die beim Oberverwaltungsgericht eingelegte Beschwerde gegen die Entscheidung des VG Minden blieb ohne Erfolg. Ebenso scheiterte der Versuch Beisichts, beim Bundesverfassungsgericht eine einstweilige Anordnung durchzusetzen.²⁶

Bereits in den 1980er Jahren begann die wechselhafte politische Karriere des Markus Beisicht. Von 1984 bis 1987 war er Bundesvorsitzender des „Rings Freiheitlicher Studenten“ (RFS), der 1977 von Mitgliedern der Kölner Burschenschaft Germania gegründet worden war. 1988 trat er den Republikanern (REP) bei und wurde deren Kölner Kreisvorsitzender, schließlich auch Beisitzer des REP-Bundesvorstandes. Ein Jahr später kam er über die REP-Liste in den Kölner Stadtrat, blieb der Fraktion jedoch nicht lange erhalten. Zwei Jahre später gehörte Beisicht zur Fraktion der – unter seiner Mitwirkung – neu gegründeten rechtsextremistischen „Deutsche Liga für Volk und Heimat“ (DLVH).²⁷ Für die DLVH saß er bis 1994 im Rat der Stadt Köln und stieg sogar zum DLVH-Landesvorsitzenden und Mitglied des Bundesvorstandes auf. Die DLVH war angetreten, die zersplitterte extreme Rechte unter ihrer Führung zu einen. Mitglieder der DLVH sollen auf regionaler Ebene immer wieder mit Aktivisten verbotener Organisationen zusammengearbeitet haben, wie etwa der „Wiking Jugend“, der seit 1995 verbotenen FAP und der „Nationalistischen Front“.²⁸ Nach dem Scheitern der DLVH sattelte Beisicht auf „Pro Köln“ um, zu deren Gründern und Initiatoren er zählt. Seit 2004 ist er deren Vorsitzender. Mit „Pro NRW“ will Beisicht 2010 den Sprung in den nordrhein-westfälischen Landtag schaffen.

25 Verfassungsschutzbericht NRW 2007.

26 Vgl. Eberhard Reinicke: Die Ehre von „pro NRW-Chef“ Beisicht und die Ehre der Waffen SS. Prozess in Leverkusen, in: Neue Rheinische Zeitung, <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=12882>, eingesehen am 10.01.2009.

27 Verfassungsschutzbericht Baden-Württemberg 2007.

28 Verfassungsschutzbericht NRW 1991, 1998, 1999.

2004 konnte „Pro Köln“ bei den Kommunalwahlen einen Erfolg verbuchen. Sie zog mit fünf Abgeordneten und damit in Fraktionsstärke in den Rat der Stadt ein. Seit 2007 sorgte „Pro Köln“ durch die Aktivitäten gegen den Bau einer Großmoschee in Köln-Ehrenfeld bundesweit für Schlagzeilen. Zuletzt versuchte die Organisation einen umstrittenen Kongress „Gegen Islamisierung“ durchzuführen, der jedoch am breiten Widerstand der Kölner Bevölkerung scheiterte.

Inzwischen gibt es rund ein Dutzend Ableger von „Pro Köln“ in den Städten und Gemeinden Nordrhein-Westfalens, die 2009 bei den Kommunalwahlen antreten wollen. Beisicht kandidiert selbst in Köln. Er will damit verhindern, „dass wir bald Pariser Verhältnisse in Köln bekommen. Das Vorhaben einer Integration aller Ausländer ist gescheitert.“ So schrieb er in einem „Offenen Brief an alle Kölner Bürger“ vom 25. Februar 2008.

Engste Kontakte pflegen „Pro Köln“ und „Pro NRW“ zu den rechtsextremen Parteien „Vlaams Belang“ (VB) in Belgien und der „Freiheitlichen Partei Österreichs“ (FPÖ). Gegenüber der NPD distanzieren sich „Pro Köln“ und „Pro NRW“ offiziell. Doch diese Distanzierung wirkt wachsw weich. So stand Beisicht der NPD-Parteizeitung „Deutsche Stimme“ im Juli 2007 Rede und Antwort. Im September des gleichen Jahres informierte die rechts-extreme Fraktion „Identität – Tradition – Souveränität“ (ITS) im Europäischen Parlament über ein von ihr organisiertes Treffen, an dem neben Funktionären der NPD, der DVU und der Republikaner auch Markus Beisicht teilgenommen habe. Die Gruppenerklärung „Gemeinsam für ein Europa der Vaterländer“ wurde dann auch von Markus Beisicht und Markus Wiener unterzeichnet, die „Pro Nordrhein-Westfalen“ und „Pro Köln“ vertraten.

Judith Wolter

Judith Wolter, Jahrgang 1978, gehört als geschäftsführende stellvertretende Vorsitzende von „Pro Köln“ und Vorsitzende ihrer Fraktion im Rat der Stadt zu deren Spitzenfunktionären. Die Juristin, die früher für die Republikaner in den Rat einziehen wollte, versteht sich nach eigenen Angaben als „wertkonservativ“.²⁹ An anderer Stelle erklärt sie: „Wir bekennen uns aus voller Überzeugung zu Demokratie und Rechtsstaat. Die Bundesrepublik muss nicht abgewickelt werden, sondern bestehende gesellschaftliche Mißstände müssen auf demokratischem Wege beseitigt werden. Wir orientieren uns an den erfolgreichen europäischen rechtsdemokratischen Politikmodellen unserer Partner FPÖ oder „Vlaams Belang“ und haben mit klischierten NS-Apologeten-Trüppchen von gestern nichts zu tun.“³⁰ Gleichzeitig ist für sie der 8. Mai, der Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs, „sicherlich kein Datum zu feiern“. Schließlich sei damals „de facto ein Drittel des damaligen Reichsgebiets verloren gegangen“.³¹

Sie selbst trat nicht nur als Interviewpartnerin der FPÖ-nahen Zeitschrift „Die Aula“ und der extrem rechten österreichischen Monatszeitschrift „Der Eckart“ in Erscheinung. Sie rühmt sich auch, zusammen mit der Pressesprecherin des französischen „Front National“

29 Vgl. Pascal Beucker: „Pro Köln“ verwechselt rechts mit Recht, in: taz, 03.09.2004, <http://www.beucker.de/2004/tk04-09-03.htm>.

30 Zit. nach „Hinein in die Mitte unserer Gesellschaft“, Interview mit der pro-Köln-Fraktionsvorsitzenden, Rechtsanwältin Judith Wolter zum Jahreswechsel, vom 24. Dezember 2008, <http://www.pro-koeln-online.de/archiv2008.htm>, eingesehen am 27.02.2009

31 Zit. nach Damm, Andreas/Schmalenberg, Detlef: Pro Köln: „Indizien“ für Neonazi-Kontakte, in: Kölner Stadtanzeiger vom 23.04.05.

(FN), Françoise Vilar, aufgetreten zu sein.³² Zwei Mal (2006 und 2007) gab sie dem DVU-Sprachrohr „National-Zeitung“ ein Interview. Auch dem Parteiorgan der NPD „Deutsche Stimme“ stand sie für ein Interview zur Verfügung. Es ist nicht der einzige Bezug von „Pro Köln“ zur NPD. Der Schatzmeister von „Pro Köln“ und Geschäftsführer der Fraktion „Pro Köln“, Manfred Rouhs, war langjähriger Funktionär dieser Partei. Beim Bundeskongress des NPD-Jugendverbandes „Junge Nationaldemokraten“ sprach sie im Februar 2003 ein Grußwort und trat bei einer Veranstaltung der NPD-Vorfeldorganisation „Deutsches Kulturwerk“ in Leverkusen auf.³³ Im Interview mit der „Deutschen Stimme“ führte Wolter aus:

„Ich wünsche mir für Deutschland, dass es nicht in einem Multi-Kulti-Einheitsbrei untergeht, sondern seine eigene Identität und Kultur bewahrt. [...] Deutsche Politik darf letztendlich nicht in New York oder Washington gemacht werden, sondern von einer neuen selbstbewußten Politikergeneration Berlin. [...] Wir brauchen hierzu jedoch keinen ängstlichen konservativen Juniorpartner der CDU, sondern eine Fundamentalopposition gegen die politische Klasse, Multikulturalismus, Globalisierung, Überfremdung, Korruption, Amerikanisierung und Werteverfall.“ (Deutsche Stimme 1/2003)

Am 7. Juni 2009 wird sie im Rhein-Erft-Kreis als Landrätin kandidieren.³⁴

Björn Clemens

Der in Düsseldorf niedergelassene Anwalt Björn Clemens, Jahrgang 1967, scheint nicht sehr viel von der deutschen Justiz zu halten. Mit den Worten „Wer z. B. glaubt, nichts anderes zu tun, als seine freie Meinung zu äußern, hat heutzutage schnell Post von der Staatsanwaltschaft im Briefkasten. Dann ist rechtskundiger Rat das Wichtigste“, bietet er auf seiner Website seine Dienste an und zitiert prominent Friedrich den Großen:

„Denn ein Justiz-Collegium, das Ungerechtigkeiten ausübt, ist gefährlicher und schlimmer, wie eine Diebesbande, vor die kann man sich schützen, aber vor Schelme, die den Mantel der Justiz gebrauchen, um ihre üblen Passiones auszuführen, vor die kann sich kein Mensch hüten. Die sind ärger, wie die größten Spitzbuben, die in der Welt sind, und meritiren eine doppelte Bestrafung.“³⁵

So lassen sich Unterschiede, beispielsweise zwischen legitimer Meinungsfreiheit und zu recht strafbarer Volkshetzung, verwischen, aus Tätern Opfer und aus Organen rechtsstaatlicher Demokratie Täter machen. Ein häufig gebrauchtes Argumentationsmuster der rechten Szene, der Clemens hier offensichtlich gezielt seine Dienste anbietet.

Das scheint auch die Rubrik „Erfolge“ zu belegen, in der der Anwalt stolz darauf verweist, erfolgreich einen Ratsherrn verteidigt zu haben, der die „Gedenkstätteninflation“ für die Opfer des Nationalsozialismus mit den Worten kritisiert hatte: „Wenn das so weiter geht, haben wir irgendwann einmal mehr Mahnmale als ermordete Juden.“ Auch eine Beschlagnahme der „schwarz-weiß-roten Fahne des Kaiserreichs“ sei aufgrund seiner anwalt-

32 FPÖ-Chef Strache kommt nach NRW. Pressemitteilung vom 06.01.2008, <http://pro-nrw-patriot.de>, eingesehen am 10.01.2009.

33 Siehe <http://www.redok.de/content/view/1176/40/>

34 Vgl. <http://www.pro-nrw-online.de>, eingesehen am 10.01.2009.

35 Vgl. <http://bjoern-clemens.de/introseite.htm>, eingesehen am 06.02.2009.

lichen Tätigkeit aufgehoben worden. Zudem stand Clemens dem rechtsextremistischen Verlag „Volk in Bewegung – Verlag & Medien OHG“ im baden-württembergischen Rosenberg-Hohenberg juristisch zur Seite.

Björn Clemens zeigt auch als Autor und Referent, wo er sich politisch selbst verortet. So schrieb er u. a. für das NPD-Zentralorgan „Deutsche Stimme“, für die „Burschenschaftliche(n) Blätter“, die neurechte Wochenzeitung „Junge Freiheit“ und das rechtsextremistische Strategie- und Theorieorgan „Nation & Europa“. Er preist eine Festschrift für den „nationalen Dissidenten Hans-Dietrich Sander“ an, für den Björn Clemens neben Thor von Waldstein, Bernd Rabehl, Günter Zehm, Franz Uhle-Wettler einen Artikel beige-steuert hat. Ebenso wirbt er für den Kongressreport der „Gesellschaft für freie Publizistik“ mit dem Titel „Im Namen der Gerechtigkeit – Politik im Würgegriff der Justiz“. Der klar rechtsextremistischen GfP geht es weniger um Meinungsfreiheit als darum, das Bild der angeblich verzerrt dargestellten deutschen Geschichte revisionistisch zu korrigieren. Und Clemens schwadroniert dort über „Gesinnungsjustiz“.

Der seit 1999 praktizierende Anwalt ist Mitglied der Burschenschaft Rheinfranken Marburg. Er versucht, einen neuen Kurs für die extreme Rechte zu finden. Als Student in den 1990er Jahren war er Landesjugendbeauftragter der „Republikanischen Jugend“ in Hessen und REP-Kreistagsabgeordneter in Gießen. Bei den REPs gilt er später als „der wichtigste Repräsentant des für eine Annäherung an die NPD eintretenden Parteiflügels“ (Verfassungsschutzbericht Niedersachsen 2006: 77), kann sich aber wiederholt nicht gegen Schlierer durchsetzen und verliert auf dem Bundesparteitag im Dezember 2006 die Kampf-abstimmung um den Vorsitz mit 135 gegen 71 Delegiertenstimmen. Anfang 2007 verlässt er seine alte Partei mit den Worten, die REPs seien ein „Totenschiff“ und er fühle sich „noch zu jung zum Sterben“ (zit. nach Sager 2008), sympathisiert kurz mit den „pro“-Gruppen in Nordrhein-Westfalen und gleitet immer weiter nach Rechtsaußen ab. Der Düsseldorf-Rechtsanwalt ist dort angekommen, wohin er schon lange tendiert. Ganz Rechtsaußen.

Sylvia Stolz

Sylvia Stolz, Jahrgang 1963, zählt zu den führenden Köpfen unter den Holocaustleugnern. Die Lebensgefährtin des Ex-RAF-Terroristen und späteren zeitweiligen NPD-Mitglieds Horst Mahler, trat als Referentin bei dem inzwischen verbotenen „Collegium Humanum“³⁶ im nordrhein-westfälischen Vlotho auf, ebenso bei dem zwischenzeitlich ebenfalls verbotenen „Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreiten des Holocaust Verfolgten“ (VRBHV).³⁷ Die von Gleichgesinnten liebevoll „Fräulein Stolz“ genannte Juristin verteidigte den inzwischen wegen Volksverhetzung verurteilten Rechtsextremisten Rigolf Hennig, Holocaustleugner wie Ernst Günter Kögel und so genannte „Reichsbürger“ wie Christian Bärthel. Diese sektiererische Gruppe von Rechtsextremisten, denen auch Stolz zuzu-

36 Dort gab sie im September 2005 einen Ausblick auf den Zündelprozess und sprach über die Bedeutung der „Vorlesungen über den Holocaust“ des Holocaustleugneres Germar Rudolf. Das „Collegium Humanum“ wurde am 7. Mai 2008 von Bundesinnenminister Schäuble verboten.

37 Stolz stand neben notorischen Holocaustleugnern wie Udo Walendy und Bernhard Schaub im November 2005 auf der Referentenliste des VRBHV, dessen Ziel es war, einen „Feldzug gegen die Offenkundigkeit des Holocausts“ (Horst Mahler) zu führen. Der VRBHV wurde am 7. Mai 2008 zusammen mit dem Collegium Humanum und der „Bauernhilfe e.V.“ verboten.

rechnen ist, vertritt die Ansicht, dass das Deutsche Reich nie untergegangen sei und es somit auch keine rechtliche Grundlage für die Bundesrepublik Deutschland gäbe.

Im Januar 2008 fand Stolz' juristische Karriere ein vorläufiges Ende. Das Mannheimer Landgericht verurteilte die Juristin selbst zu einer Haftstrafe von dreieinhalb Jahren und einem fünfjährigen Berufsverbot.³⁸ Sie hatte sich der Volksverhetzung, versuchter Nötigung, Beleidigung, versuchter Strafvereitelung, Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole und der Beihilfe zum Verstoß gegen das Berufsverbot schuldig gemacht, heißt es in dem 73 Seiten starken Urteil. Die Anwältin hatte u. a. versucht, das Verfahren zur Farce zu machen. Während der Befragung des Angeklagten durch den Vorsitzenden Richter hatte sie sich – trotz mehrfacher Ermahnung, wiederholtem Entzug des Rederechts und mehrmaliger Sitzungsunterbrechung – in einer Art „Parallelverhandlung“ fortwährend in einer Rede an die Zuhörer gewandt, den Holocaust gelegnet, das „Deutsche Reich“ als fortbestehend bezeichnet und Richter wie Schöffen bedroht.

Stolz hatte die Bundesrepublik Deutschland als „Marionettenregime“ und – in Anlehnung an ihren Mentor Horst Mahler – als „Organisationsform einer Modalität der Fremdherrschaft“, kurz „OMF-BRD“ diffamiert. Sie hatte das Verfahren gegen Zündel mit dem Nürnberger Kriegsverbrecherprozess verglichen und dem Vorsitzenden Richter „unbändigen Hass gegen alles Deutsche“ vorgeworfen. Der Holocaust ist für Stolz eine „gigantische Propagandalüge“ beziehungsweise eine „Erfindung der Juden“, die sie als „Feindvolk“ beschimpft hatte, das andere Völker „versklave“. Dem Gericht hatte die Anwältin „talmudische Barbarei“ vorgeworfen sowie den Schöffen und Richtern der Strafkammer wegen „Feindbegünstigung und Volksverleumdung“ mit der „Todesstrafe“ gedroht.³⁹ Öffentlich erklärte Stolz, „dass der Hauptsieger des Zweiten Weltkrieges vermittels [...] [eines] Fremdherrschaftsapparates in Fortsetzung des Vernichtungskrieges gegen das Deutsche Reich jetzt mit den Mitteln der psychologischen Kriegsführung – insbesondere mit der ‚Auschwitzkeule‘ – sein Kriegsziel, die Vernichtung des Deutschen Volkes als rassistisch geschlossene Lebens- und Schicksalsgemeinschaft weiterverfolgt“.⁴⁰

Gisa Pahl

Gisa Pahl, Jahrgang 1957, ist bekannt als Ratgeberin und Verteidigerin zahlreicher neonazistischer Überzeugungstäter. Nach Informationen der Brandenburger Landeszentrale für Politische Bildung gehörte Pahl 1992 gemeinsam mit dem Hamburger Neonazi-Anwalt Jürgen Rieger zu dem Gründungskreis des Deutschen Rechtsbüros, das sich als Kommunikations- und Informationszentrum für (rechtsextreme) Szene-Juristen versteht und dessen Domain sie hält.⁴¹

Gisa Pahl wurde 1957 in Stuttgart als Gisela Degner geboren und entstammt einer Vertriebenenfamilie. Nach dem Studium der Rechtswissenschaften in Tübingen arbeitete sie in der Hamburger Kanzlei des Neonazis Jürgen Rieger. Von 1973 bis 1983 war Pahl beim

38 Das Landgericht Mannheim verhandelte im Frühjahr 2009 erneut über die Höhe der Strafe: Die Haftstrafe für Stolz wurde um drei Monate, auf nun 3 Jahre und drei Monate, verkürzt. Das fünfjährige Berufsverbot wurde vom Gericht bestätigt (Urteil vom 8. Mai 2009).

39 Vgl. Landgericht Mannheim, 4. Große Strafkammer, Urteil der Strafsache gegen Sylvia Stolz, Geschäftsnummer: 4 KLs 503 Js 2306/06

40 Ebd.

41 Vgl. auch den Beitrag von Rudolf Kleinschmidt in diesem Band.

„Bund Heimattreuer Jugend“ (BHJ) aktiv. Im März 1979 gehörte sie zu den Vortragenden beim Programmpunkt „Die Jugend fragt und antwortet“ bei den „Norddeutschen Kulturtagen“ in Lüneburg, einem rechtsextremen Stelldichein: Szene-Größen wie Udo Walendy, Günter Deckert, Holle Grimm, Dietmar Munier und Reinhard Pozorny sprachen dort. Später gehörte Pahl dem Hamburger Landesverband der „Republikaner“ an. Ehe sie 1993 diese Partei verließ, fungierte die Juristin als Vorsitzende deren Landesschiedsgerichtes.

Pahl betreibt in Hamburg eine Kanzlei. Als Rechtsanwältin stand sie unter anderem dem NPD-Bundesvorsitzenden Udo Voigt, der NPD-Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN), dem rechtslastigen Esoterik-Bestsellerautor Jan Udo Holey (alias Jan van Helsing), dem Hamburger Landesvorsitzenden der „Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit ehemaliger Angehöriger der Waffen-SS“ (HIAG), Franz Schmitz, dem Bundesvorsitzenden des Vereins „Die Deutschen Konservativen“ Joachim Siegerist, dem GFP-Referenten Hans-Helmuth Knütter und dem „Junge-Freiheit“-Autor Robert Hepp zur Seite, ebenso Werner Symanek, dem Inhaber der vom nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz als rechtsextremistisch eingestuften Firma „Verlag & Agentur Werner Symanek (VAWS).“⁴²

Auch außergerichtlich berät sie Rechtsextremisten. So erwähnt der Verfassungsschutz Niedersachsen Pahl im Zusammenhang mit der ersten Schulhof-CD „Anpassung ist Feigheit“ (vgl. Verfassungsschutzbericht Niedersachsen 2004). Im Jahr 2004 sollte mit dieser CD Propaganda-Musik an Schulen, in Jugendtreffs oder auch Bushaltestellen kostenlos an Jugendliche verteilt werden. Gisa Pahl prüfte die geplanten Inhalte, ließ das juristische Gutachten Matthias Herrmann, einem der Köpfe des neonationalsozialistischen Aktionsbüros Rhein-Neckar, zukommen und bewegte die Macher zum Austausch einzelner Titel beziehungsweise zur elektronischen Überblendung von Textpassagen. Die geplante Verteilung von 50.000 Tonträgern wurde von Strafverfolgungsbehörden allerdings in weiten Teilen verhindert. Über das Internet stand die CD jedoch über einen ausländischen Server zum kostenlosen Herunterladen bereit.

Unter dem Pseudonym Gisela Sedelmaier veröffentlichte Pahl 1992/93 zwei jeweils über 100 Seiten umfassende Ratgeber-Broschüren für die rechtsextreme Szene. In handlicher und leicht verständlicher Form – durch das Heft führt ein „Mädchen Treuherz“ – wird darin erklärt, wie man sich scharf an der Grenze der Strafbarkeit bewegt, ohne diese etwa bei Demonstrationen, Hausdurchsuchungen, Zeugenaussagen etc. eindeutig zu überschreiten. Aus Sicht eines objektiven Lesers nahe liegend bezeichnete das Bremer Landgericht 2003 die Interpretation, es gehe bei „Mädchen Treuherz“ u. a. darum, wie man Gesetze umgehen könne, die rassistische Mordaufrufe unter Strafe stellen. Schließlich kläre das Buch sehr deutlich darüber auf, dass der Ausspruch „Nur ein toter Jude ist ein guter Jude!“ strafbar sei und vermieden werden sollte. Pahl wende sich also an ein Publikum, das gewillt sei, sich so zu äußern und damit zu Morden aufzurufen.⁴³ 2005 wurde das Werk beim NPD-Verlag „Deutsche Stimme“ neu aufgelegt.⁴⁴ Als Herausgeber fungiert das 1992 gegründete „Deutsche Rechtsbüro“ (Birkenwerder/Brandenburg).

Die „szenebekannte Rechtsanwältin“ (Verfassungsschutzbericht Niedersachsen 2004) ist als Interviewpartnerin des DVU-Sprachrohrs „National-Zeitung“ in Erscheinung getre-

42 Stoppenhagen, Till: Grufties nicht tot zu kriegen, in: taz, 28.03.2003.

43 Vgl. ebd.

44 Deutsches Rechtsbüro: Mädchen Treuherz und die juristischen Fußangeln – Rechtsratgeber für den politischen Aktivistinnen zur Verwirklichung von Grundrechten und Rechtsstaatlichkeit. Oberboihingen o.J. Inzwischen ist der Ratgeber auch als Hörbuch erschienen.

ten, hielt unter anderem Referate bei der „Deutschen Studiengemeinschaft“, dem Verein „Die Deutschen Konservativen“, der „Gesellschaft für freie Publizistik“, dem „Arbeitskreis für deutsche Politik“ und der „Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft“ (SWG.). Im März 2007 war Pahl – unter anderem neben dem Chefredakteur der „Jungen Freiheit“, Dieter Stein – Podiumsteilnehmerin auf einem Symposium der „Deutschen Burschenschaft“ im rheinland-pfälzischen Landau. Ihr Thema „Meinungsfreiheit heute“. Die sieht sie vor allem durch den Volksverhetzungsparagrafen (§ 130 StGB) und das Jugendschutzgesetz (§ 27, Verbreitung jugendgefährdender Medien) eingeschränkt.

Im Gegensatz zu Jürgen Rieger, der sich gern in den Medien zeigt, scheut Pahl in der Regel die Öffentlichkeit. Ihre Bedeutung in der rechtsextremen Szene wird deshalb weithin unterschätzt. Dies offenbarte ein rechtsextremes Spitzentreffen im September 2007. Auf Initiative des österreichischen FPÖ-Europaabgeordneten Andreas Mölzer fand ein Treffen „maßgeblicher Vertreter der deutschen Rechten“ bei der damaligen rechtsextremen EP-Fraktion „Identität – Tradition – Souveränität“ (ITS) in Straßburg statt. Neben Spitzenpolitikern wie Udo Voigt und Holger Apfel (NPD), Gerhard Frey (DVU) und Rolf Schlierer (Republikaner) unterzeichnete auch Pahl die gemeinsame Erklärung „Gemeinsam für ein Europa der Vaterländer“.

Steffen Hammer

„Mein Name ist Steffen Hammer, ich bin von Beruf Rechtsanwalt und – was mich für viele interessant macht – seit über 20 Jahren Sänger einer Band namens Noie Werte.“ So stellt sich der Reutlinger Anwalt auf seiner Website vor. In der Tat: „Werktags klemmt er sich das Bürgerliche Gesetzbuch unter den Arm, am Wochenende taucht Rechtsanwalt Steffen Hammer in die Neonazi-Szene ab.“ (Mausshardt)

Seit 1988 ist er Frontsänger der ein Jahr zuvor im Stuttgarter Raum gegründeten Band. Er gilt als Kopf der Gruppe, die zu den am längsten bestehenden Skinheadbands in Deutschland zählt und national wie international einen hohen Bekanntheitsgrad genießt. Die Band veröffentlichte seit ihrer Gründung zahlreiche Tonträger, verschiedene Sampler und rühmt sich „von Stuttgart bis Australien bei über 200 Konzerten“ aufgetreten zu sein. Zu den Bandmitgliedern gehörte zeitweise auch der spätere baden-württembergische NPD-Landesvorsitzende Michel Wendland.⁴⁵ Einen Schlagzeuger soll Hammer nach Angaben der Berliner „tageszeitung“ 1998 gefeuert haben, weil er eine Freundin mit „nicht aus unserem Kulturkreis stammenden Vorfahren“ hatte (vgl. Mausshardt).

Die Kanzlei Steffen Wilfried Hammer hat sich auf Internetscheidungen spezialisiert (www.internet-scheidung.com – „Ihr Scheidungsportal“). Dann und wann vertritt Hammer aber auch Mitglieder der rechtsextremistischen Szene. Zusammen mit dem Rechtsanwaltskollegen Alexander Heinig, Sänger und Bassist der RechtsRock-Band „ultima ratio“, verteidigte er die Karlsruher Neonazis Andreas E., Jörg M. und Martin S., die sich vor Gericht verantworten mussten, weil sie für eine Bandansage des „Nationalen Info-Telefons“ Karlsruhe und im Internet die Parole „Ruhm und Ehre der Waffen-SS“ verbreitet hatten. Auch Janus Nowak, der sich als Landesgeschäftsführer der NPD der Wahl- und Urkundenfälschung schuldig gemacht hatte, zählte zu seinen Mandanten.

45 Vgl. www.steffen-hammer.de, www.internet-scheidung.com, www.noiewerte.de

1991 traf Hammer erstmals mit dem Briten Ian Stuart Donaldson zusammen, dem Sänger der neonazistischen Skinhead-Kultband „Skrewdriver“. Donaldson, der 1993 bei einem Autounfall ums Leben kam, hatte 1987 die Waffen-SS-treue Organisation „Blood & Honour“ (B & H) gegründet. Sie will junge Leute für nationalistische und rassistische Politik gewinnen. In der Bundesrepublik wurden die inzwischen international agierende Skinheadvereinigung und deren Jugendorganisation „White Youth“ im Jahr 2000 durch den Bundesminister des Inneren verboten. Beide Organisationen richteten sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung und den Gedanken der Völkerverständigung, so die Begründung. „Noie Werte“ rühmt sich, noch zu Donaldsons Lebzeiten bei Konzerten neben dessen Band „Skrewdriver“ aufgetreten zu sein.⁴⁶

Die 1991 von „Noie Werte“ veröffentlichte CD „Kraft für Deutschland“ wurde durch die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) indiziert, da ihr Inhalt auf Kinder und Jugendliche verrohend wirke, zu Gewalttätigkeiten und Rassenhass reize und immanent nationalsozialistisches Ideengut vertrete. Die Texte der Band sind eindeutig rechtsextrem, die Themenpalette reicht von Wikinger-Mythen und Skinhead-Kult bis zu Balladen über Heimatvertriebene. Die Botschaft einer solchen Musik ist klar: Vom Wehrmachtssoldaten bis zu den NS-Größen wird sich aufgerichtet und – unterschwellig oder deutlich – vermittelt: In unseren Reihen bist Du nicht allein und unbedeutend. Du gewinnst Bedeutung nicht weil Du Du bist, sondern weil Du zu einem machtvollen Kollektiv gehörst. Für Jugendliche auf Identitätssuche können solche Angebote verlockend sein.⁴⁷

Eine im Jahr 2000 erschienene „Noie-Werte“-CD stellt nach Ansicht der mittlerweile verbotenen Neonazi-Publikation „Hamburger Sturm“ eine „klare Kampfansage an das herrschende System und seine Handlanger“ dar. Hammer balanciert inzwischen ziemlich sicher auf dem schmalen Grad zwischen Volksverhetzung und Legalität und bedient sich des Mittels der Insinuation. Wenn er bei aufgeheizten Skinheadkonzerten vor 1.000 und mehr Leuten grölt „Ich kenne Deinen Namen, ich kenne Dein Gesicht, Du bist die Faust nicht wert, die deine Nase bricht“, dann kann dies durchaus als Aufruf zur Gewalt verstanden werden. Hammer selbst würde im Gerichtssaal, so ist zu vermuten, diese Zeilen als Engagement in Sachen Gewaltprävention verteidigen. Seine Zielgruppe versteht ihn genau. Wenn er das Lied „Alter Mann von Spandau“ singt, weiß das Publikum, dass der Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß gemeint ist, ohne dass er ihn beim Namen nennt, und viele Fans recken den rechten Arm zum Hitlergruß.

Über Jahre haben Musiker der Band an verschiedenen Projekten mitgewirkt. „Germann-British-Friendship“, „Lieder der Hoffnung“, „Exxtrem“, „Faktor Widerstand“ und „Faust“ sind nach eigenen Angaben „nur einige davon“.⁴⁸ Für die mit Beschlagnahmeabschluss versehene „Projekt Schulhof“-CD „Anpassung ist Feigheit – Lieder aus dem Untergrund“ steuerten „Noie Werte“ zwei Titel bei.⁴⁹

Der Bassist und spätere Gitarrist der Band, Oliver Hilburger, war ehrenamtlicher Richter beim Arbeitsgericht Stuttgart und wurde im Januar 2008 vom Landesarbeitsgericht in Stuttgart des Amtes enthoben. Auch eine Beschwerde gegen die Amtsenthebung vor dem

46 Vgl. Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg, 04/2008: „Noie Werte“ – Rechtsextremistische Skinheadband seit über 20 Jahren, www.verfassungsschutz-bw.de/rechts/files/r_skins_2008-04.htm

47 Vgl. Pfeiffer, Thomas: Menschenwahn als Unterhaltungswert. Musik, Symbolik, Internet – Der Rechtsextremismus als Erlebniswelt. Vortrag bei der Anhörung der SPD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg 2005. http://www.stephan-braun-mdl.de/landtag/rechtsextrem/rechtsrock/Anhoerung_05/pfeiffer_erlebniswelt.htm

48 <http://www.noiewerte.de/Rueckblick.html>, eingesehen am 06.02.2009.

49 Beschluss des Amtsgerichts Halle/Saale vom 4. August 2004 gemäß §§ 90a, 185, 187 StGB.

Bundesverfassungsgericht hatte keinen Erfolg. Das Landesarbeitsgericht ist nach eingehender Auseinandersetzung mit den Liedtexten und dem Auftreten der Band zu dem Schluss gekommen, „dass diese bei einer Gesamtwürdigung der Umstände Assoziationen zum nationalsozialistischen Regime weckten, gewaltverherrlichend seien und von einer verfassungsfeindlichen Ideologie zeugten“.⁵⁰ Das Bundesverfassungsgericht kam zu dem Urteil: „Wer Liedtexte wie die der Band ‚Noie Werte‘ singe oder mit der Gitarre begleite, könne bei der Amtsausübung als ehrenamtlicher Richter in einem Verfahren, an dem ausländische Arbeitnehmer oder Arbeitgeber beteiligt seien, nicht mehr gemäß § 13 Abs. 1 und Abs. 2 LRiG nach bestem Wissen und Gewissen ohne Ansehen der Person urteilen. Das Ansehen der Arbeitsgerichtsbarkeit sei in hohem Maße gefährdet“.⁵¹ Die Tübinger Rechtsanwaltskammer, der Hammer seit November 2002 angehört, hält einen Ausschluss aus der Standesorganisation für „schwierig“. Dazu sei eine Verurteilung Hammers notwendig, erklärte 2003 deren Vizepräsident Christoph Geprägs gegenüber der Presse (vgl. Mausshardt).

Alexander von Stahl

„Kaum ein Name ist so sehr mit dem Kampf der JUNGEN FREIHEIT um die Pressefreiheit verbunden wie der des Generalbundesanwalts a. D. Alexander von Stahl“, schreibt die „Junge Freiheit“ zu dessen 70. Geburtstag im Jahr 2008.⁵² Das publizistische Flaggschiff der Neuen Rechten in Deutschland, einer Strömung, die unter dem Deckmantel des Konservatismus ein Scharnier zwischen Rechtsextremismus und demokratischem Spektrum bildet, hat dem Berliner Juristen viel zu verdanken (vgl. Braun/Vogt 2007).

Von Stahl hatte in Nachfolge von Manfred Brunner die juristische Vertretung der Berliner Wochenzeitung bei ihrer Verfassungsbeschwerde wegen der Einstufung des Blattes als „rechtsextremistisch“ durch Verfassungsschutzberichte übernommen. Seine Strategie, die Pressefreiheit in den Fokus seiner verfassungsrechtlichen Argumentation zu stellen, brachte den gewünschten Erfolg. Das Bundesverfassungsgericht hat die Pressefreiheit stärker gewichtet und die Hürde für eine Aufnahme in Verfassungsschutzberichte angehoben.⁵³ Seitdem wurde die „Junge Freiheit“ (JF) in keinem Bericht der Behörden mehr erwähnt. An der politischen Einordnung des Blattes ändert dieses Urteil allerdings wenig (Braun/Vogt 2007). „Hinter ihrem gemäßigten Duktus verbergen sich oft antidemokratische und fremdenfeindliche Konzepte“, weiß das nordrhein-westfälische Innenministerium zu berichten.⁵⁴ Und der baden-württembergische Innenminister Heribert Rech stellt klar: „Die Junge Freiheit unterliegt auch weiterhin der Beobachtung durch das Landesamt für Verfassungsschutz.“ (Drucksache 14/128 des Landtags von Baden-Württemberg).

Das Engagement Alexander von Stahls für die neurechte Wochenzeitung geht über ein übliches anwaltliches Mandat weit hinaus. Er skandalisiert geradezu die Beobachtung der JF durch den Verfassungsschutz, veröffentlicht in der „Edition JF“ eine so genannte Dokumentation, in dem er den Weg des Blattes bis zum Bundesverfassungsgericht nachzeich-

50 http://www.bverfg.de/entscheidungen/rk20080506_2bvr033708.html

51 http://www.bverfg.de/entscheidungen/rk20080506_2bvr033708.html

52 Vgl. Alexander von Stahl zum Siebzigsten, in: JF vom 10.06.2008.

53 Siehe BVerfG 1BvR1072/01 sowie die Begründung des baden-württembergischen Innenministeriums in der Drucksache 14/128 des Landtags von Baden-Württemberg.

54 Vgl. Presseinformation des Innenministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen vom 28.06.2005.

net⁵⁵, unterschreibt den „JF-Appell für die Pressefreiheit“, übernimmt dafür die presserechtliche Verantwortung und stellt sich selbst als Werbeträger für die Gewinnung neuer Abonnenten zur Verfügung.

Alexander von Stahl gehört seit 1961 der FDP an und seit 1967 deren Berliner Landesverband. Er wird Staatssekretär in der Berliner Justizverwaltung, später Generalbundesanwalt, bis ihn Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) 1993 in den einstweiligen Ruhestand versetzt. Seither ist er als Rechtsanwalt in Berlin tätig.

Innerparteilich macht sich von Stahl für eine nationalliberale Kehrtwende der FDP stark, will sie rechts von der CDU positionieren. Das gelingt ihm nicht. 1998 spricht er sich „gegen die Ausgrenzung der Republikaner“ aus.⁵⁶ Vier Jahre später nimmt er an einem Strategietreffen teil, zu dem Jörg Haider eingeladen hatte. Rund 50 Teilnehmer, von Sympathisanten der Dänischen Volkspartei bis zur italienischen Lega Nord, waren nach Kärnten gekommen, um über die Chancen einer Rechtsaußen-Fraktion nach den Europawahlen 2004 zu beraten. Unter ihnen Alexander von Stahl.⁵⁷

Der Mann hat in der Tat über Jahre hinweg nachgewiesen, dass er kaum Berührungspunkte zum rechten Spektrum kennt. Er wirbt für die JF mit seinem Konterfei auch in der FPÖ-nahen Monatszeitschrift „Die Aula“ (Aula, März 2006) wie in der „Deutschen Militärzeitschrift“ (DMZ Nr. 46) und stellt sich diesem Blatt auch als Interviewpartner zur Verfügung. (DMZ Nr. 60: 42 ff.). Er ist Podiumsgast des „Cannstatter Kreises“, diskutiert dort vor rund 200 Zuhörern mit dem Chefredakteur der JF, Dieter Stein, sowie dem Rechtsextremisten Alfred Mechtersheimer und schwadroniert dabei über „den ständig steigenden Strom von Ausländern, die hier nach ihren eigenen Regeln, aber auf unsere Kosten leben wollen“ (Badische Zeitung vom 30.10.1995).

Auch bei den Burschenschaften ist er gern gesehen. 2004 nimmt er als Podiumsgast beim „Burschentag“, dem höchsten Beschluss fassenden Gremium der „Deutschen Burschenschaft“ teil. Zwei Jahre später hält er den Festvortrag beim Bundestag der „Deutschen Gildenschaft“ auf Burg Ludwigstein, einer elitären Kleinstorganisation im Korporationswesen.

Von Stahl ist als Referent auch bei der „Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft“ (SWG) gefragt und hält den Festvortrag zum 40jährigen Jubiläum der Organisation, die als Scharnier zwischen rechtskonservativem und ultrarechtem Spektrum gilt und selbst einem bekennenden Faschisten wie Armin Mohler ein Podium bot.

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ nennt von Stahl eine „Symbolfigur der ‚neuen Rechten‘ in der FDP“ (FAZ vom 08.06.1995: 14), die „Süddeutsche Zeitung“ attestiert ihm ein „geschlossenes Rechtsaußen-Weltbild“ (SZ vom 07.06.2002) und selbst die JF charakterisiert von Stahl als „nationalliberalen Politiker“ (JF vom 10.06.2008). Dem neurechten Blatt bekannte er, wie er an der deutschen Rechten leide:

„Seit wann zeichnet sich die deutsche Nachkriegsintelligenz durch Mut aus? Gibt es überhaupt eine rechte Intelligenz, die den Willen hat und stark genug ist, gegen den Strom zu schwimmen? Mit den Wölfen zu heulen, den Aufstand der Anständigen unterstützen und nur nicht unangenehm auffallen – das ist doch die Devise.“ (Interview mit von Stahl, in JF 28/2005)

55 Vgl. von Stahl 2003.

56 Vgl. Focus, 37/1998: 13.

57 Vgl. „Rechte Allianz für Europa“, in: Focus 32/2002, S. 17.

Klaus Kunze

Er gibt den Biedermann, erstellt Ortssippenbücher und wird auf der offiziellen Website seines Stadtteils prominent als „Ortsheimatpfleger geführt“.⁵⁸ An anderer Stelle wettert Klaus Kunze dann gegen „alliierte Umerziehung“⁵⁹ und „das Dogma von der Alleinschuld Deutschlands und von der Einzigartigkeit seiner Verbrechen“.⁶⁰ Er klagt, „das politische Establishment“ sei dabei, „die Existenz des deutschen Volkes zu beenden“ (Kunze 1992). Wörtlich schreibt der Uslarer Anwalt, Klaus Kunze, Jahrgang 1953:

„Von diesen Leuten werden wir heute regiert. In ihrem pathologischen Selbsthass zerstören sie bewusst die kulturelle, dann die politische und schließlich die biologische Existenz des deutschen Volkes. Der Weg führt von der Vergangenheitsbewältigung über die Ausländerbeauftragte, den ‚ausländischen Mitbürger‘, das Ausländerwahlrecht und das Einwanderungsland Deutschland bis hin zur multikulturellen Gesellschaft, wobei multikulturell als Gegensatz zu deutsch und Gesellschaft als Gegensatz zu Volk zu verstehen ist.“ (ebd.)

Kunze ist davon überzeugt, dass „die Bundesrepublik [...] sich seit ihrer Gründung im ideologischen Kriegszustand mit dem Dritten Reich [befindet.] Darum werden alle damaligen Werte zu Unwerten erklärt und ihr Gegenteil zum Wert“, so der Anwalt.⁶¹ Während das Grundgesetz die Würde des einzelnen Menschen in den Mittelpunkt stellt, die freie Entfaltung der Persönlichkeit und die Rechtsgleichheit aller Menschen garantiert, klagt er: „Der Einzelne bedeutet alles und das Volk nichts, alle Menschen sind gleich und darum austauschbar, gesellschaftliche Rangunterschiede werden allenfalls durch den Faktor Geld geregelt.“ (ebd.)

Der Szene-Anwalt verteidigte Hardcore-Neonazis wie Thorsten Heise, vormals Chef der „Kameradschaft Northeim“ und Mitglied im Bundesvorstand der NPD. Er war für Thomas Persdorf, den Betreiber des rechtsextremen Wurzener Versandhandels „Front Records“ anwaltlich tätig, vertrat die „Republikaner“ vor dem Stuttgarter Verwaltungsgericht gegen das baden-württembergische Landesamt für Verfassungsschutz und stand mehrfach der neurechten Wochenzeitung „Junge Freiheit“ juristisch zur Seite. Seine Website gibt Aufschluss darüber, wo Kunze seine wichtigste Klientel sieht. Seitenweise befasst er sich dort mit „politischem Recht“ und „politischem Strafrecht“, dokumentiert eine umfangreiche Liste seiner einschlägigen Publikationen und antwortet beispielsweise auf die Frage: „Darf meine Geburtstagsfeier aufgelöst, und dürfen meine Gäste nach Hause geschickt werden, weil meine Feier ein ‚Skinheadkonzert‘ sei?“ Als einer seiner Spezialitäten gelten strafbewehrte Unterlassungserklärungen.

Während seines Jura-Studiums trat Kunze 1974 der Kölner Burschenschaft „Germania“ bei. Drei Jahre später zählt er zu den Mitbegründern des extrem rechten „Rings Freiheitlicher Studenten“ (RFS), dessen Vorsitz er zeitweilig führte, und engagiert sich als Korrespondent für die rechtsradikale Zeitschrift „student“. 1989 kandidierte er für die Republikaner für den niedersächsischen Landtag und wurde ein Jahr später Landessprecher dieser Partei.

Kunze war ständiger Autor der „Jungen Freiheit“, die nach wie vor unter Beobachtung des Verfassungsschutzes steht. Beiträge von ihm finden sich auch in den rechtsextremen

58 Vgl. www.fuerstenhagen.net, eingesehen am 02.03.2008.

59 Vgl. Kunze: Der totale Parteienstaat, 1992.

60 Vgl. Kunze: Exklusivität deutscher Verbrechen als Staatsräson? Die Justiz und die historische Wahrheit, 1991.

61 Vgl. Kunze: Das Plebiszit als Sollbruchstelle des Parteienstaates, 2007.

Zeitschriften „Nation & Europa“, „Staatsbriefe“ und „Deutsche Geschichte“. Als Referent trat Kunze in einschlägigen Kreisen auf – darunter bei der Sommeruniversität der „Jungen Freiheit“, der „Gesellschaft für freie Publizistik“, der NPD-nahen „Deutschen Akademie“, der „Alten Breslauer Burschenschaft der Raczecks zu Bonn“, bei den Bogenhausener Gesprächen in den Räumen der Burschenschaft „Danubia“ und dem Verein „Die Deutschen Konservativen“, den Joachim Siegerist führt, der wegen Volksverhetzung vorbestraft ist.

Der Uslarer Jurist kämpft seit Jahren für die „Überwindung“ der freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland. Sein Ansatz hat sich mit der Zeit allerdings geändert. 1992 war er noch davon überzeugt, dass es „keinen systemimmanenten Weg [gebe], das deutsche Volk langfristig biologisch und als politisch selbstbestimmungsberechtigte Einheit zu erhalten, die über ihr Sein und ihre Existenzform selbst entscheiden kann“ (Kunze 1992). Heute vertritt er die Ansicht: „Eine Strategie der Systemüberwindung kann nur je nach Lage der Dinge, also jetzt und hier, anhand der [...] Machtverhältnisse und Spielregeln entworfen werden“ (Kunze 2007). Ein Mittel ist nach Kunzes Worten dabei die Waffe des gezielten Tabubruchs:

„Er ist der erste Schritt zur nötigen Umwertung der Werte. Diese beginnt mit dem gezielten Lächerlichmachen der gegnerischen Ideologeme, soweit diese nicht angeeignet und umgepolt werden können, wie z.B. das Demokratieprinzip.“ (Kunze 1995: 216)

Dabei ist für ihn das Plebiszit die „Sollbruchstelle“. In Bielefeld führte er Ende 2007 aus:

„Wir müssen uns eines integralen Wertes der Verfassungsordnung bemächtigen und zum Angriffsinstrument umfunktionieren. Nur dann greifen seine systemimmanenten Abwehrmechanismen nicht [...] Wir können das demokratische Prinzip gegen das liberale ausspielen. Die Eigenlegitimation des Systems beruht dermaßen auf dem Demokratieprinzip, dieses ist so sehr weltanschaulich überhöht und quasireligiös funktionalisiert worden, daß es bei Strafe gesellschaftlicher Acht und Banns nicht in Frage gestellt werden darf. Der Forderung nach mehr Volksabstimmungen und –entscheiden kann ohne Verstoß gegen das demokratische Dogma nichts entgegen gehalten werden. [...] Das Einfordern plebiszitäre Mitbestimmungsrechte dient aber nicht nur dem langfristigen Ziel, das vom strengen Repräsentationsprinzip abhängige oligarchische Parteiensystem zu unterminieren, es ist auch Teil einer Strategie der Delegitimierung.“ (Kunze 2007)

Schlussbemerkung

So deutlich wie Klaus Kunze formuliert nicht jeder Anwalt der extremen Rechten sein Ziel. Er will mit den Werten der Verfassung die Verfassung selbst bekämpfen. Und mit dem Recht den Rechtsstaat? Diese Frage drängt sich auf und erinnert an den strategischen Ansatz der Nationalsozialisten, sich „im Waffenarsenal der Demokratie mit deren eigenen Waffen zu versorgen“ (Joseph Goebbels), um die Demokratie selbst zu Fall zu bringen.

Es konnte nachgewiesen werden, dass sich etliche Anwälte der extremen Rechten selbst klar in rechten Netzwerken verorten. Manche bilden ein Scharnier zwischen demokratischem und extrem rechtem Spektrum. Andere übernehmen selbst wichtige Aufgaben und Funktionen innerhalb des organisierten Rechtsextremismus. Wieder andere sind selbst straffällig geworden. Sie alle stehen exemplarisch für Etliche, die die extreme Rechte anwaltlich vertreten.

Was ist zu tun, wo die Grenze zu ziehen? Muss beispielsweise der demokratische Rechtsstaat Anwälte akzeptieren, die sich offen in den Reihen seiner Gegner verorten? Rechtlich lässt sich gegen Anwälte nur vorgehen, wenn sie sich strafbar gemacht haben.

Auch Anwaltskammern und Anwaltsgerichte dürfen erst einschreiten, wenn die Grenze zur Strafbarkeit überschritten ist, etwa im Falle einer rechtskräftigen Verurteilung wegen Volksverhetzung oder wegen Verbreitens von Propagandamitteln verbotener Organisationen.⁶²

Die Hürden liegen hoch. Und das ist gut so. Die Frage ist, inwieweit der Rechtsstaat seine vorhandenen Spielräume gegenüber Anwälten der extremen Rechten tatsächlich nutzt. Eine weitere Frage ist, in wie weit es in Deutschland auch Richter und Staatsanwälte gibt, die sich im Spektrum der extremen Rechten verorten. Beide Fragen wären in eigenen Untersuchungen zu klären.

Unabhängig davon ist es Aufgabe der Politischen Bildung, hier das Bewusstsein zu schärfen. Der demokratische Rechtsstaat ist nur so stark wie die Zivilgesellschaft, die ihn trägt, aus der seine Repräsentanten, Akteure – und damit auch Juristen – kommen.

Dass die Justiz verstärkt in den Fokus öffentlicher Beobachtung und Auseinandersetzung gerät, ist nötig. Bereits 2003 meldete „Nation & Europa“ die Gründung von „Jus et Patria“, einer internationalen Vereinigung von Juristen, die „mit der politischen Rechten sympathisiert“, über Mitglieder in Belgien, Frankreich, Griechenland, Italien und der Schweiz verfügt und deutsche Korrespondenz-Anwälte sucht.⁶³ Das GfP-Blatt „Das freie Forum“ berichtete 2008 über ein Juristentreffen, zu dem die GfP eingeladen habe. Den Teilnehmern sei ein für Praktiker „sehr hilfreiches Archiv“ von Gerichtsentscheidungen vorgestellt worden. Der Umfang dieser Urteilssammlung gehe „über die in dem bekannten Rechtsratgeber Mäxchen Treuherz aufgeführten Entscheidungen hinaus“ heißt es unter Verweis auf das Deutsche Rechtsbüro.⁶⁴ Dort liegen nach Angaben der NPD mehr als 2.700 Urteile vor. Die wichtigsten Entscheidungen seien bereits digitalisiert.⁶⁵ Inzwischen ruft die NPD ihre Anhänger auch zur Beteiligung an der Schöffenvwahl auf.

„Als ehrenamtlicher Richter in strafgerichtlichen Prozessen kann man das gesunde Volksempfinden in die Urteilsfindung einfließen lassen, zumal die beiden Schöffen den Berufsrichter auch überstimmen dürfen. Damit kann der liberalen Weicheierei in der Rechtsprechung, die Täterschutz vor Opferschutz stellt, entgegengewirkt und ein höheres Strafmaß etwa gegen kriminelle Ausländer und linksradikale Gewalttäter durchgesetzt werden.“⁶⁶

Da man „Anhänger der nationalen Opposition“ heute kaum noch an ihrem äußeren Erscheinungsbild erkenne, rechnet sich die NPD gute Chancen aus, Anhänger in einem Schöffengericht platzieren zu können.⁶⁷

Literatur

„Alexander von Stahl zum Siebzigsten“, in: JF vom 10.06.2008.

Bartsch, Michael: Ein „Schöngeist“ auf Stimmenfang, taz, 23.03.2006

62 Vgl. auch Bundesrechtsanwaltsordnung § 7 und § 14.

63 Vgl. Nation & Europa, Nr. 7-8/2003: 63.

64 Vgl. auch Kleinschmidt in diesem Band.

65 <http://npd-barnim.de/blog/index.php/2009/01^/16/deutsches-rechtsbuero-urteil-des-archives-des-rechtsbueros-jetzt-digitalisiert/> eingesehen am 18.01.2009.

66 Pressemitteilung des NPD-Kreisverbandes Meißen, zit. nach <http://npd-riese-grossenhain.de/Seiten/archiv/08/03/7-1.html>, eingesehen am 20.02.2009.

67 Vgl. <http://www.suedwest-aktiv.de/landundwelt/politik/3536050/artikel.php>

- Beucker, Pascal: „Pro Köln“ verwechselt rechts mit Recht, in: taz, 03.09.2004, <http://www.beucker.de/2004/tk04-09-03.htm>
- Braun, Stephan/Vogt, Ute (Hrsg.): Die Wochenzeitung „Junge Freiheit“. Kritische Analysen zu Programmatik, Inhalten, Autoren und Kunden, Wiesbaden 2007.
- Damm, Andreas/Schmalenberg, Detlef: Pro Köln: „Indizien“ für Neonazi-Kontakte, in: Kölner Stadtanzeiger vom 23.04.05.
- Deutsches Rechtsbüro (Hrsg.): Mäxchen Treuherz und die juristischen Fußangeln – Rechtsratgeber für den politischen Aktivist*innen zur Verwirklichung von Grundrechten und Rechtsstaatlichkeit. Oberboihingen o.J.
- Hirsch, Kurt: Rechts von der Union. München 1989.
- „Jus et Patria“. Rechte Juristen vernetzen sich, in: Nation & Europa, Nr. 7-8/2003: 63.
- Kailitz, Steffen: Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung, Wiesbaden 2004.
- Klaus Kunze, Exklusivität deutscher Verbrechen als Staatsräson? Die Justiz und die historische Wahrheit, in Junge Freiheit Juli/August 1991, zit. nach <http://klauskunze.com/kanzlei/presse/jf0791.htm>, eingesehen am 20.02.2009.
- Klaus Kunze, Der totale Parteienstaat, in Junge Freiheit Jan./Feb. 1992, zit. nach <http://klauskunze.com/kanzlei/presse/jf0192.htm>, eingesehen am 20.02.2009.
- Klaus Kunze: Wege aus der Systemkrise, in: Andreas Molau (Hrsg.), Opposition für Deutschland – Widerspruch und Erneuerung, Berg am Starnberger See 1995, S. 202-223.
- Klaus Kunze: Das Plebiszit als Sollbruchstelle des Parteienstaates, Vortrag bei der „3. Bielefelder Ideenwerkstatt“ vom 11.11.2007, zit. nach <http://klauskunze.com/kanzlei/presse/db1.htm>, eingesehen am 20.02.2009.
- Landtag von Baden-Württemberg: Drucksache 14/128.
- Maegerle, Anton: Rechtsanwalt und Neonazi: Jürgen Rieger, Tribüne, Heft 180, 4. Quartal 2006
- Mausshardt, Philipp: Grönländer Jurist, in: taz, 07.10.2003.
- NPD-Kreisverband Meißen, zit. nach <http://npd-riese-grossenhain.de/Seiten/archiv/08/03/7-1.html>, eingesehen am 20.02.2009.
- Parth, Christian/Farin, Tim: Kein Kölsch. Rechtsextreme im Anmarsch. Köln vor dem „Anti-Islamisierungskongress“, in : Zeit Online, <http://www.zeit.de/2008/39/LS-Demos-Moscheebau>
- Pfahl-Traughber, Armin: Droht die Herausbildung einer Antiglobalisierungsbewegung von rechtsextremistischer Seite? Globalisierung als Agitationsthema des organisierten Rechtsextremismus, in: Politischer Extremismus in der Ära der Globalisierung. Ein Symposium des Bundesamtes für Verfassungsschutz, 20. Juni 2002: 54 f.
- Pfeiffer, Thomas: Menschenwahn als Unterhaltungswert. Musik, Symbolik, Internet – Der Rechtsextremismus als Erlebniswelt. Vortrag bei der Anhörung der SPD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg 2005. http://www.stephan-braun-mdl.de/landtag/rechtsextrem/rechtsrock/Anhoerung_05/pfeiffer_erlebniswelt.htm
- Prantl, Heribert: Eine Partei, zwei Spieler, in: Süddeutsche Zeitung vom 07.06.2002.
- Pro Köln: „Hinein in die Mitte unserer Gesellschaft“, Interview mit der pro-Köln-Fraktionsvorsitzenden, Rechtsanwältin Judith Wolter zum Jahreswechsel, vom 24. Dezember 2008, <http://www.pro-koeln-online.de/archiv2008.htm>
- Reinicke, Eberhard: Die Ehre von „pro NRW-Chef“ Beisicht und die Ehre der Waffen SS. Prozess in Leverkusen, in: Neue Rheinische Zeitung,; <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=12882>, eingesehen am 10.01.2009.
- Rieger, Jürgen: Rasse – ein Problem auch für uns! Hamburg 1969.
- Röpke, Andrea/ Vogl, Berny: Rechte Glücksritter in Ostdeutschland. Auf den Spuren der rechten Aufbauhelfer-Ost, in: RAUMZEIT, Nr. 25 vom 15.10. 2003.
- Röpke, Andrea: Braune Parallelwelt. Die ideologische Arbeit der HDJ. http://www.bpb.de/themen/VCZMSU,5,0,Braune_Parallelwelt.html
- Sager, Tom: Begehrtes Multitalent, in: Blick nach Rechts 05/2008.
- Schröm, Oliver/Röpke, Andrea: Stille Hilfe für braune Kameraden, Berlin 2006.

- Siegler, Bernd: Nazi-Skins in der Nibelungenhalle, in: TAZ vom 09.02.1998, <http://web.uni-marburg.de/dir/NACHRICHT/add/090298.html>, eingesehen am 22.02.2008.
- Stoppenhagen, Till: Grufties nicht tot zu kriegen, in: taz, 28.03.2003.
- Verfassungsschutzbericht Baden-Württemberg 1999.
- Verfassungsschutzbericht Baden-Württemberg 2007.
- Verfassungsschutzbericht Berlin 2004.
- Verfassungsschutzbericht Brandenburg 2007.
- Verfassungsschutzbericht Niedersachsen 2004
- Verfassungsschutzbericht Niedersachsen 2006.
- Vernier, Robert: Ins Aus marschiert, in: Focus Nr. 46/1994.
- Völklein, Ulrich: Strafsache gegen Kühnen und andere. Ich bin kein Demokrat, DIE ZEIT, 13.07.1979
- von Stahl, Alexander: Kampf um die Pressefreiheit. Chronologie eines Skandals, Berlin 2003.
- Waldstein, Thor von, Thesen zum Kapitalismus, in: Staatsbriefe, 9. Jg., Nr. 5/Mai 1998a: 3.
- Waldstein, Thor von: 16 Thesen zum Kapitalismus: Dem Geld dienen oder dem Volk?, in: Nation & Europa, 48. Jg., Nr.10/Okttober 1998b.
- Waldstein, Thor von: Thesen zum Kapitalismus, in: Das Geld, die macht und das Elend der politischen Klasse. Anmerkungen zur Lebenserwartung des Kapitalismus in Deutschland, in: Gesellschaft für freie Publizistik (Hrsg.), Mut zur Freiheit. 1848-1998: 150 Jahre Kampf um Selbstbestimmung und Einheit, Oberboihingen 1998c: 77-98.
- Waldstein, Thor von: Der Beutewert des Staates. Carl Schmitt und der Pluralismus. 2008
- Waldstein, Thor von: Sechzig verwehrt. Carl Schmitt: „Glossarium“. In: Junge Freiheit Oktober 1992: 17.

Die Funktion von Holocaustleugnung und Geschichtsrevisionismus für die rechte Bewegung

Wolfgang Benz

Als „Revisionisten“ bezeichnen sich Rechtsradikale, die gegen das auf Forschung und Fakten gegründete Geschichtsbild über den Nationalsozialismus und seine Verbrechen Amok laufen. Ursprünglich waren es alte Nationalsozialisten, die seit den 1950er-Jahren an der Verteidigung des Nationalsozialismus arbeiteten. Zuerst bemühten sie sich darum, die deutsche Schuld am Ausbruch des Zweiten Weltkriegs zu verkleinern. Als Kronzeuge diente Anfang der sechziger Jahre der Amerikaner David L. Hoggan mit seinem Buch „Der erzwungene Krieg“, das im rechtsradikalen Grabert Verlag erschien. Es gab sich als wissenschaftliche Studie und wartete mit einer Fülle von Quellenzitataten und Querverweisen, Fußnoten und Literaturangaben auf. Damit sollte der Anschein der Seriosität und umfassenden Dokumentenkenntnis erweckt werden und ein Geschichtsbild, das Hitler als überlegenen friedfertigen Staatsmann und seine Gegner als kriegslüsterne Monster zeichnete, sollte als wissenschaftlich erwiesen dargestellt werden.

Bei genauerer Betrachtung erwiesen sich die Quellenzitate allerdings als falsch oder verfälscht, die Literaturangaben als weithin unkorrekt und die Argumentation als unsinnig. Als revisionistische Propagandawaffe war das Buch aber sehr tauglich, denn es genügte, den Titel als Programm zu nehmen und auf die vermeintlich schlüssige Dokumentation zu verweisen (vgl. Hoggan 1963: 492-514).

Der „Revisionismus“ etablierte sich als Hilfsideologie im Dienste rechtsextremer Ziele mit dem Anspruch, Geschichte zu „entkriminalisieren“ und das Geschichtsbild durch Fälschung und Manipulation zu schönen. Die „Auschwitzlüge“ hat die zentrale Funktion im Konzept des Revisionismus, als der Ideologie des Negierens der Verbrechen des NS-Staates, mit der Hitler-Apologeten, Alt- und Neonazis und Nationalisten das historische Bild des Nationalsozialismus retuschieren wollen (vgl. Zarusky 2001: 63-86).

Zu den „Autoritäten“, auf die sich die Revisionisten berufen, gehört seit den sechziger Jahren der Franzose Paul Rassinier („Was ist Wahrheit? Die Juden und das Dritte Reich“). Sein Epigone Robert Faurisson stützt sich unter anderem auf den Juristen Wilhelm Stäglich, der 1979 das Buch „Der Auschwitz-Mythos“ schrieb. Zu diesem Kreis zählen auch der amerikanische Professor im Fachgebiet Elektrotechnik Arthur R. Butz („Der Jahrhundertbetrug“, 1977), der Brite David Irving und das in Kalifornien angesiedelte „Institute for Historical Review“ oder das in Südaustralien von dem deutschstämmigen Frederick Thoben betriebene „Adelaide-Institut“ (vgl. Bailer-Galanda/Benz/Neugebauer 1996; Lipstadt 1994; Menasse 2000). Bemerkenswert ist, dass alle diese „Autoritäten“, die als „Wissenschaftler“ auftreten und die in der einschlägigen Literatur als Experten, Doktoren, Professoren tituliert werden, keinerlei Fachkompetenz in Anspruch nehmen können. Ziel der Revisionisten ist nur Propaganda gegen die historische Wahrheit. Die Polemik, die sich „streng wissenschaftlich“ gibt, erfolgt in Arbeitsteilung. Die Erwähnten spielen dabei die Rolle der gelehrten Autoritäten, sie verfassen Schriften und Bücher, deren Inhalt von Neonazis wie Ernst

Zündel in Kanada, Gary Lex Lauck in den USA, Walter Ochensberger und Gerd Honsik in Österreich, Manfred Roeder, Udo Walendy und vielen anderen in Deutschland unters Volk gebracht wird – in Pamphleten, Flugblättern, Zeitschriften, Internetauftritten.

Der Revisionismus bedient sich pseudowissenschaftlicher Argumente und trägt sein Anliegen in bürgerlicher Sprache vor. Die Imitation von Wissenschaft durch Übernahme ihrer Formen – Abhandlung und Fußnote, Vortrag und Seminar, Tagung und Zeitschrift – konstituiert jedoch nicht Wissenschaftlichkeit und Seriosität, sondern dient lediglich dem Zweck, Verwirrung zu stiften und historische Wahrheit zu verneinen.

Der Ausdruck „Auschwitzlüge“, mit dem unterstellt wird, die Realität des nationalsozialistischen Völkermords an den Juden existiere nicht, erschien erstmals als Titel einer 1973 veröffentlichten Broschüre des deutschen Nazis Thies Christophersen (1918-1997). Er war 1944 als SS-Mann in Auschwitz in einer Versuchsabteilung für Pflanzenzucht tätig gewesen. Die Kompetenz des Augenzeugen in Anspruch nehmend, wollte Christophersen (der mit dem Mordprogramm nichts zu tun hatte und dessen Arbeitsplatz sich an der Peripherie des Lagerkomplexes befand) nachweisen, dass Auschwitz für alle, auch für Häftlinge ein eher harmloser Aufenthaltsort war. Bei der Arbeit sei getanzt und gesungen worden und es habe einige Zeit gedauert, bis sich die in unterernährtem Zustand eingelieferten Häftlinge in Auschwitz „herausgefüttert“ hätten (vgl. Christophersen 1973).

Der Amerikaner Fred Leuchter, selbst ernannter Ingenieur und Hinrichtungsfachmann, verfasste den so genannten „Leuchter-Report“, der seit 1988 kursiert. Mit ihm haben die Leugner des Völkermords und Apologeten des Nationalsozialismus eine neue Taktik der Anzweiflung historischer Realität eingeführt, nämlich den Versuch, mit naturwissenschaftlichen und technischen Argumenten zu beweisen, dass die Morde in Auschwitz, Treblinka, Majdanek und allen anderen Vernichtungsstätten aus technischen Gründen gar nicht möglich gewesen seien. „Naturwissenschaftliche Sachbeweise“ sollen historische Dokumente (deren Echtheit anzuzweifeln unter Auschwitz-Leugnern lange Tradition hat) entwerten und ersetzen, um historische Realitäten ungeschehen zu machen. Zu den Methoden gehören Spekulationen über die Wirkung des in Auschwitz verwendeten Giftgases Zyklon B ebenso wie „Berechnungen“ über den Koksverbrauch, die Kapazität der Krematorien in den Vernichtungslagern oder über die Brenndauer von Leichen, immer mit dem Ziel nachzuweisen, dass die Massenmorde an den Juden gar nicht möglich waren. Das Urteil professioneller Naturwissenschaftler hierzu ist vernichtend, hindert die Auschwitz-Leugner aber nicht an ihrer Propaganda (vgl. Bailer 1996: 130-152; Wellers 1991: 230-241).

Als sich der Altnazi Otto Ernst Remer (Generalmajor a.D. und nach 1945 jahrzehntelang einer der Protagonisten der Neonazi-Szene) 1992 wegen Leugnens des Völkermords vor Gericht verantworten musste, beauftragte er einen Diplom-Chemiker mit einem „Gutachten über die Bildung und Nachweisbarkeit von Cyanid-Verbindungen in den ‚Gaskammern‘ von Auschwitz“. Mit Tabellen und Kurven, Zahlen und „chemischen Analysen“ sollte einmal mehr bewiesen werden, dass die Morde in Auschwitz naturwissenschaftlich gar nicht möglich waren. Nach ihrem Verfasser heißt diese Schrift auch „Rudolf-Report“. Germar Rudolf (Jahrgang 1964) begann mit dem „Gutachten“ eine Karriere als Rechtsexpert. Er betätigte sich unter dem Namen Germar Scheerer (ebenso unter dem Pseudonym Ernst Gauss) im Ausland weiterhin einschlägig, wurde Chefredakteur einer Zeitschrift „Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung“, die sich der Leugnung des Holocaust widmet. Vom Gericht wurde das Gutachten seinerzeit nicht akzeptiert. Für den Revisionismus wurde es zum zentralen Dokument, sein Verfasser zum Märtyrer einer Bewegung

Unbelehrbarer. Im März 2007 wurde er, nachdem ihn die USA, wo er jahrelang wohnte, ausgeliefert hatten, in Mannheim zu zweieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt. Schon mit seiner Auslieferung durch die USA an die Bundesrepublik habe das revisionistische Spektrum einen herben Verlust erlitten, urteilte der Verfassungsschutz. Die Zeitschrift „Vierteljahresshefte für freie Geschichtsforschung“ änderte den Kurs, anstelle Rudolfs Bemühens um eine „wissenschaftliche“ Argumentation agiert das Organ jetzt mit offener Holocaustleugnung (Verfassungsschutzbericht Vorabfassung 2007: 111).

Die Leugner des Holocaust spekulieren mit solchen Methoden auf die Unsicherheit des Publikums gegenüber den historischen und moralischen Problemen, greifen verbreitete Vorbehalte und Stereotype gegen Juden auf und arbeiten geschickt mit Verschwörungstheorien und nationalistischen Emotionen.

Auftrieb erhoffte sich die einschlägige Szene von den Israel-feindlichen und Holocaust-leugnenden Äußerungen des iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinejad und der von ihm initiierten Konferenz „Review of the Holocaust: Global Vision“, die am 11./12. Dezember 2006 in Teheran stattfand. Der iranische Präsident, der mit der Leugnung des Holocaust seinen Hass gegen Israel politisch instrumentalisiert, wurde für die Revisionisten zur Instanz, auf die sie sich beriefen. Unter dem Titel „Danke, Herr Präsident!“ war in der rechtsextremen Zeitschrift „Nation und Europa“ die Hoffnung auf Befreiung aus der vermeintlichen „immerwährenden Schuldknechtschaft“, die der Judenmord konstituierte, artikuliert:

„Die von Washington und Tel Aviv mit Meinungsterror und militärischer Gewalt am Leben erhaltene Welt-Unterordnung sieht sich mit einem Mal in die Schranken gefordert. Die ‚One-World‘ hat plötzlich wieder Konkurrenz bekommen: die Vision einer alternativen, gerechteren und vor allem ehrlicheren Weltordnung.“ (Vergeiner 2006: 10)

Auf der revisionistischen Szene hat ein Generationen- aber kein damit verbundener Paradigmenwechsel stattgefunden. Den Wegbereitern Thies Christophersen, Paul Rassinier, Robert Faurisson, Wilhelm Stäglich sind jüngere gefolgt wie David Irving (Jahrgang 1938), Ernst Zündel (Jahrgang 1962), Germar Rudolf (Jahrgang 1964), Siegfried Verbeke (Jahrgang 1941).

Die groteske Beliebigkeit extremistischer Thesen zeigt sich wohl am deutlichsten im Fanatismus, mit dem Horst Mahler den Holocaust leugnet. Der einstige Anwalt (Jahrgang 1936) war in den 1970er Jahren Mitgründer der Rote Armee Fraktion (RAF) und saß wegen Beihilfe zum gemeinschaftlich versuchten Mord und zur gemeinschaftlichen Gefangenenbefreiung fast zehn Jahre lang in Haft, ehe er sich vom Linksextremisten zum Rechtsextremen wandelte und Ende der 1990er Jahre als Ideologe des Revisionismus in Erscheinung trat. Von 2000 bis 2003 war Mahler Mitglied der NPD gewesen und hatte deren Verteidigung im Verbotsverfahren organisiert. Seinen Parteiaustritt begründete er mit der mangelnden Radikalität der NPD. Mahler entdeckte, gestützt auf ein paar Anhänger, die er 1994 im „Deutschen Kolleg“ um sich scharte, die Fortexistenz des Deutschen Reiches, schwang sich zum Protagonisten einer „Wortergreifung“ auf und begann einen „Feldzug gegen die Offenkundigkeit des Holocaust“. Getrieben von pathologischem Geltungsbedürfnis produzierte er sich – weit unterhalb seiner intellektuellen Fähigkeiten – als „Reichsverweser“ und verkündete: „Das Deutsche Reich lebt! Die Judäo-Amerikanische Despotie und ihre globalen Kapos werden zu Grunde gehen.“ (Vergeiner 2006: 10) Er stützte seine Argumentation

auf die These, der Judenmord habe nicht stattgefunden, er werde lediglich behauptet, um die deutsche Nation unterdrücken zu können.

Wegen Volksverhetzung saß Mahler von Februar 2004 bis Januar 2005 auf der Anklagebank der Großen Strafkammer des Berliner Landgerichts. Er wurde zu neun Monaten Freiheitsstrafe ohne Bewährung verurteilt. Den Prozess hatte Mahler benützt, um sich als Antisemit darzustellen und in endlosen Tiraden, juristisch deklariert als „Einlassungen zur Sache“ mit Zitaten, Mutmaßungen, Behauptungen, revisionistische Positionen zu vertreten. Das Gericht bescheinigte ihm, dass seine keineswegs originellen Darlegungen vom Genuss an der Provokation geprägt seien, dass er aus intellektueller Selbstgefälligkeit und Geltungssucht schwadroniere.

Die kleine Schar seiner Anhänger hat er mit seinen Monologen überwiegend gelangweilt oder in die Flucht getrieben. Als Vordenker des Revisionismus hat sich Mahler durch Eloquenz und dramaturgisches Geschick mit Phrasen und Zitaten, die im Internet Wirkung entfalteten, etabliert. Er hat die Ideologie des Revisionismus in dem infamen Satz komprimiert, der die Emotionen der Holocaustleugner vielleicht am treffendsten spiegelt:

„Milliarden von Menschen wären bereit, Hitler und dem Deutschen Volk den Völkermord an den Juden zu verzeihen, wen er ihn denn begangen hätte, nur weil sie sich keine andere Lösung der Judenfrage vorstellen können, als die Ermordung der Juden.“ (Erb, Rainer/Kläerner, Andreas 2005: 123 ff.)

Die Sekte der Revisionisten hat am 9. November 2003 den „Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten e.V.“ mit Sitz in Berlin gegründet. Der Verfassungsschutz ging für 2005 von bundesweit etwa 120 Mitgliedern aus. Die Gründungserklärung, die wie das ganze Unternehmen Horst Mahlers Handschrift trägt, fordert

„endlich den Allgemeinen Volksaufstand zur Wiedererlangung der Handlungsfähigkeit des Deutschen Reiches durch einen organisierten und geordneten Angriff auf die Auschwitzlüge als dem Fundament der Fremdherrschaft über das Deutsche Reich zu beginnen“.

Im Dezember 2006 reisten Mitglieder des Vereins nach Teheran, um an der Veranstaltung „Review of the Holocaust: Global Vision“ teilzunehmen. Prominenz wie Horst Mahler und andere waren am Auftritt beim Revisionisten-Treffen wegen Gefängnisarrests verhindert. Allerdings nimmt die Bedeutung des Mahler-Kreises rapide ab, weil aller Fanatismus der Anhänger nicht die Ermüdung durch die pseudo-intellektuellen Tiraden ihres Vordenkers ausgleichen kann. Mahler wurde zunehmend zur bizarren Figur am Rande der Neonazi-Szene.

Der Anspruch auf Deutungshoheit über die deutsche Geschichte in nationalistischem und exkulpatorischem Verständnis ist die eigentliche Triebfeder revisionistischen Bemühens. Die Leugnung oder mindestens Verharmlosung historischer Tatsachen im Zusammenhang mit der nationalsozialistischen Herrschaft hat eine Tradition, die bald nach dem Zusammenbruch Hitlerdeutschlands einsetzt. Die unbelehrbaren (zugleich enttäuschten) Nationalsozialisten hatten existentielle Interessen an der Bagatellisierung der deutschen Kriegsschuld, an der Rechtfertigung der Überfälle auf Polen und die Sowjetunion (die als Präventivkriege interpretiert wurden), an der Versklavung und Beraubung ganzer Völker (was als nationale oder militärische Notwendigkeit gerechtfertigt wurde), und der Verleugnung des Judenmords (für den es allerdings keine Rechtfertigungsmöglichkeit gab). Auch

diejenigen, die nicht an den Verbrechen selbst beteiligt waren, wollten sich vielfach auf den Zustand der Unschuld durch Nichts-Gewusst-Haben, durch Unbeteiligt-Sein, wenigstens durch inneren Widerstand gegen Augenschein und Wissen, zurückziehen.

Die Leugnung der Realität des Holocaust, das Nicht-wahrhaben-wollen von sechs Millionen ermordeter Juden, das Fortargumentieren nationalsozialistischer Verbrechen war und ist einem kleinen Kreis von ideologisch festgelegten Apologeten des NS-Regimes vorbehalten, dessen Bedeutung in der rechtsextremen Szene zwar zu schwinden scheint, deren Argumente aber in der Mitte der Gesellschaft mit wachsendem Abstand zu den historischen Ereignissen auf Zustimmung stoßen oder Hoffnungen bedienen. Das Bemühen, die Historie entgegen den Tatsachen zu korrigieren und ein neonazistisches Geschichtsbild zu etablieren isolierte das internationale revisionistische Kartell der Holocaust-Leugner lange Zeit nicht nur gegenüber der Mehrheit sondern auch gegenüber vielen Rechtsextremisten, die nicht als Neonazis definiert sein wollten. Spätestens in den 80er Jahren hat sich das geändert. Obwohl kein ernsthafter Historiker den revisionistischen Zirkeln angehört und obwohl in Deutschland die Leugnung des nationalsozialistischen Völkermords kriminalisiert ist, gab es in den 80er Jahren erste Versuche, den „Revisionisten“ das Entrebilletts in die seriöse Wissenschaft zu verschaffen. Ernst Nolte etwa hat durch vage Formulierungen den Anschein zu erwecken versucht, es lohne sich, die Argumente der Revisionisten zu prüfen und er verstieg sich, die in den USA und Frankreich tätigen Ideologie-Produzenten des „radikalen Revisionismus“, die Auschwitzleugner also, zu charakterisieren als „nach Beherrschung des Quellenmaterials und zumal in der Quellenkritik“ den „etablierten Historikern in Deutschland“ überlegen (Nolte 1993: 304).

Es gelang zwar nicht, die „Revisionisten“ seriös zu machen, wie der Historikerstreit gezeigt hatte, bei dem es darum gegangen war, ob Auschwitz nur ein Reflex auf originäre Verbrechen Stalins gewesen und damit nicht singulär und weniger gravierend gewesen wäre. Die Debatte hat aber Spuren hinterlassen und im Publikum eine gewisse Ratlosigkeit erzeugt, die sich in wachsender Unlust zu weiterer Auseinandersetzung zeigt.

Ein deutscher Schriftsteller hat öffentlich gemacht, was viele empfinden, er hat damit spontanen Beifall gefunden und anhaltenden Streit ausgelöst: Überdross an einem Thema, das alle peinlich berührt, das ratlos und verlegen macht, demgegenüber „normale Verhaltensweisen“ nicht möglich sind. Das Plädoyer des Schriftstellers Martin Walser im Herbst 1998 für die Privatisierung der Erinnerung und den Holocaust hat eine Diskussion in Gang gesetzt, in der die Emotionen vieler deutscher Bürger öffentlich artikuliert wurden als Motive zur Abwehr kollektiver Erinnerung an Auschwitz, keineswegs zur Leugnung des Geschehens oder zur Abwertung von Schuld, wohl aber zur Ausgrenzung des Themas aus dem öffentlichen Diskurs und damit zur Relativierung des Sachverhalts: Es gebe andere Probleme, die aktueller und bewegender seien.¹

Für das Nachlassen der Aufmerksamkeit gegenüber dem Holocaust gibt es mehrere Gründe. Der wachsende zeitliche Abstand macht das Ereignis für neue Generationen immer

1 Die Debatte eskalierte zum „Walser-Bubis-Streit“, in dem die von Walser propagierte Privatisierung der Erinnerung an den Holocaust zurückgewiesen und gegen den Schriftsteller der Vorwurf geistiger Brandstiftung in Sinne des Antisemitismus erhoben wurde. Ein Beitrag zugunsten Walsers von Klaus von Dohnanyi (Frankfurter Allgemeine Zeitung 14.11.1998) machte die Dimension der Auseinandersetzung für das öffentliche Bewusstsein mit folgender Sentenz deutlich: „Allerdings müssten sich natürlich auch die jüdischen Bürger in Deutschland fragen, ob sie sich so sehr viel tapferer als die meisten anderen Deutschen verhalten hätten, wenn nach 1933 ‚nur‘ die Behinderten, die Homosexuellen oder die Roma in die Vernichtungslager geschleppt worden wären.“

abstrakter und schwerer fassbar. Ohne Holocaust-Überlebende, die durch ihren Auftritt in den Schulen und vor einer interessierten Öffentlichkeit Empathie mit dem Schicksal der Opfer stiften, wie das immer noch geschieht, wird die Vermittlung von anschaulichen Kenntnissen über den Völkermord künftig ausschließlich vom pädagogischen Engagement des Lehrers, den narrativen und interpretatorischen Talenten der Historiker und von den Medienangeboten abhängen. Das Interesse nimmt natürlicherweise ab, weil es mit immer zahlreicher werdenden Gegenständen von meist größerer Attraktivität geteilt werden muss. Dazu kommt die natürliche Abwehr in den Folgegenerationen gegenüber jedem Thema, das die Väter bewegte.

Im moralisch und emotional besonders besetzten Themenkomplex Holocaust gibt es aber auch gleichzeitig wirkende, unbewusste Delegationsaufträge im Diskurs der Generationen, und zwar in der Tätergesellschaft wie bei den Nachkommen der Opfer. Auf der einen Seite ist es die Suche nach brauchbaren Traditionen deutscher Vergangenheit, die Suche nach positiven Elementen in der deutschen Geschichte, möglichst auch im Nationalsozialismus. Der Delegationsauftrag lautet, es dürfe und könne doch nicht alles negativ sein, was die Väter taten. Auf der Suche nach einer positiven nationalen, kollektiven Identität sind die Verbrechen der Nationalsozialisten auch für Nachgeborene unangenehm, weil sie eine Schuld Diskussion aufrecht erhalten und lästig, weil so oft in einem moralischen Sinne davon die Rede ist.

Auf der anderen, der jüdischen, Seite besteht der unbewusste Auftrag, Wachsamkeit und Argwohn zu institutionalisieren, die Erinnerung zu provozieren, die Verbrechen an den Vorfahren nicht Geschichte werden zu lassen, sondern im Bewusstsein aller Deutschen lebendig zu halten. Der intergenerative Delegationsauftrag, Mahner zu sein, kontrastiert mit dem Wunsch der Gegenseite, nichts mehr von den Untaten der eigenen Vorfahren hören zu müssen und stärkt Ressentiments wie das von den „nicht versöhnungsbereiten Juden“.

Der Bombenkrieg der NATO Ende der 90er Jahre gegen Serbien bot die Gelegenheit, Paradigmen zu wechseln. Der Pazifismus, der sich jahrzehntlang auf die Verbrechen des NS-Staats berief, verstummte und Politiker wie Intellektuelle wetteiferten in der Rechtfertigung der militärischen Aktionen, die dazu dienen sollten, „ein zweites Auschwitz“ zu verhindern.² Dass Deutschland zum ersten Mal seit 1945 an kriegerischen Handlungen teilnahm stimulierte solche Begründungen, da eine längst erhoffte „Normalisierung“ im internationalen Umgang mit Deutschland erreicht schien, weil Deutschland – in seltener Einmütigkeit der öffentlichen Meinung wurde dies konstatiert – jetzt auf der moralisch richtigen Seite engagiert war.

Eine künftig wohl noch stärker auftretende Form der Relativierung ist die inflationäre und instrumentalisierende Beschwörung des Holocaust, um aktuelle politische, moralische oder sonstige Zielsetzungen zu legitimieren. Zur Rechtfertigung der Bomben im Krieg der NATO gegen Serbien bemühten Politiker, Philosophen, Dichter im Namen von Ethik, Demokratie und Humanität historische Vergleiche, die allerdings trotz der guten Absicht nur das historische Geschehen relativierten und banalisierten. Der Schriftsteller Peter Handke beklagte, dass für ihn das erste Opfer des Krieges immer die Sprache sei und wollte damit die Apologeten der Gewalt und ihren undifferenzierten Gebrauch von Schlagworten treffen, wollte Propaganda als solche entlarven. Er bot allerdings im gleichen Atemzug selbst ein

2 Gelegentlich waren auch Holocaust-Experten eingeladen, die moralische Notwendigkeit militärischer Intervention durch schlichte historische Vergleiche und Deduktionen zu beweisen (vgl. Goldhagen 1999).

drastisches Exempel für das, was er bekämpfte: Die NATO habe ein „neues Auschwitz erreicht“, als sie behauptete, es verhindern zu wollen.

Auf den Einwand, Auschwitz sei aber doch etwas anderes, entgegnete er im Mai 1999 in einer großen deutschen Tageszeitung:

„Der Horror der Geschichte wiederholt sich nicht seitengleich oder spiegelbildlich. Dieser Krieg zeigt auf fürchterlich unvermutete Weise die ewige Barbarei: Nur bricht die im Jugoslawien-Krieg in grundanderer Gestalt aus als in der planen Wiederholung. Damals waren es Gashähne und Genickschusskammern; heute sind es Computer-Killer aus 5000 Meter Höhe.“³

Wenn alles mit allem verglichen wird, wenn die Tragödie des Völkermords nur noch als historische Sensation wahrgenommen und beliebig in die Argumentation eingefügt wird, ist der Weg zu ihrer endgültigen Relativierung beschritten. Es gibt bereits eine fatale unreflektierte Verwendung des Begriffs „Holocaust“, die nur dazu dient, Aufmerksamkeit zu verstärken im Sinne bekannter Public Relations-Strategien, die Aufregung als Stimulanz herbeiführen wollen. Wenn jeder, der über irgend etwas besonders empört ist, den Terminus „Holocaust“ als rhetorisches Mittel verwendet – wenn Tierschützer vom Holocaust an den Rindern sprechen, oder wenn vom „roten Holocaust“ die Rede ist, um mit einer griffigen Formel Untaten unter kommunistischer Ideologie zu brandmarken –, dann ist der Völkermord an den Juden als ideologisch motivierte, systematisch geplante, bürokratisch perfektionierte und konsequent durchgeführte Tat seiner Einmaligkeit entkleidet und marginalisiert. Der britische Außenminister Robin Cook hat, um den serbischen Diktator Milošević zu stigmatisieren, von dessen „Endlösung“ gesprochen und damit die demokratische Seite profilieren wollen, in Wirklichkeit aber durch die Instrumentalisierung eines singulären historischen Begriffs diesen entwertet.

Mit voller Absicht erfolgte im Januar 2005 im Sächsischen Landtag eine revisionistische Attacke der NPD-Fraktion. In der Sitzung am 21. Januar 2005, bei der der Bombardierung Dresdens 1945 gedacht wurde, hatte zunächst der NPD-Abgeordnete Holger Apfel vom „kaltblütig geplanten industriellen Massenmord an der Zivilbevölkerung“ Dresdens geredet und die Forderung nach einer „Staatsstiftung als zentrale Gedenkstätte für die zivilen Opfer des Bombardements“ erhoben. Dann hatte Jürgen Gansel (NPD) erklärt:

„Der Bomben-Holocaust von Dresden steht ursächlich weder im Zusammenhang mit dem 1. September 1939 noch mit dem 30. Januar 1933. Die Pläne zur Vernichtung des Deutschen Reiches existierten nämlich schon lange, bevor in Versailles der erste Nationalsozialist geboren wurde.“ (Plenarprotokoll Sächsischer Landtag 21.1.2005: 460 ff.)

Provokation gegen den Konsens der Erinnerungskultur war die Methode, mit der die um intellektuelles Niveau bemühte sächsische NPD einige öffentliche Aufmerksamkeit errang. Stolz verwiesen die Provokateure auf die Zustimmung, die sie für höhnische Attacken gegen das als „Reichsopferfeld“ oder „Bundesschamanlage“ apostrophierte Denkmal für die ermordeten Juden Europas angeblich „aus der Mitte der Gesellschaft“ erhielten, und auf Ergebnisse der Demoskopie, nach denen „nationale Einstellungen“ mit Ressentiments gegen Ausländer im Vormarsch seien. Unter dem Titel „Revisionismus für die politische Mitte“ wurde im März 2005 im NPD-Blatt „Deutsche Stimme“ der „Tabubruch Dresden“

3 „Moral ist ein anderes Wort für Willkür. Der Schriftsteller Peter Handke über die NATO-Bomben auf Serbien und über die Frage, warum Amerika um erzogen werden muss.“ (Süddeutsche Zeitung 15./16.05.1999)

bilanziert mit dem Signal „Antideutsche Bußprediger unter Druck“. Absicht und Ziel wurden in der vorausseilenden Erfolgsmeldung, die zur Methode der Provokation gehört, unter Aufbietung martialischer Bilder, enthüllt:

„Im ‚Supergedenkjahr‘ 2005, das die Umerziehungsmaschinerie sechzig Jahre nach Kriegsende noch einmal mit Schmieröl versorgen soll, schmerzt es die Sühnepolitiker besonders, dass die nationale Opposition geschichtsrevisionistische Positionen auch in der gesellschaftlichen Mitte zu setzen vermag. Mit ihrem beherzten Auftreten und dem Tabu-verletzenden, aber historisch völlig statthaften Wort vom ‚Bomben-Holocaust‘ hat die NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag große Löcher in den Schuldurm geschossen, in dem die Deutschen seit genau sechzig Jahren gefangen gehalten werden.“ (Deutsche Stimme, März 2005)

Der NPD-Abgeordnete Jürgen Gansel hatte die Metapher vom „Bomben-Holocaust“ im Sächsischen Landtag benutzt, um den Untergang Dresdens in die Dimension des Genozids zu steigern und gleichzeitig den Völkermord an den Juden zu relativieren. In der März-Ausgabe des NPD-Blattes „Deutsche Stimme“ trumpfte er mit einem Artikel „Warum die NPD-Wortwahl im Sächsischen Landtag richtig war“ noch einmal auf. Ausführungen zur Semantik und Verwendung des Begriffs Holocaust, vermischt mit Zitaten aus unterschiedlichsten Quellen, in denen (möglichst hohe) Zahlen der Opfer des Luftangriffs auf Dresden genannt sind, sollten die Gleichsetzung des Judenmords mit dem Luftkrieg über Deutschland untermauern. Die Argumentation, die ideologische Intentionen und historischen Kontext bewusst außer Acht lässt, folgt dem Muster der „Beweisführung“ der Revisionisten, die, um den Holocaust zu marginalisieren, Quellen ohne Relevanz anführen und ein Zitatonskartell einschlägiger Autoren bemühen. Die Absicht ist leicht zu erkennen, nämlich den Anschein seriöser und wissenschaftlicher Beweisführung zu erwecken, damit Verwirrung zu stiften und die eigene Lesart im Publikum zu verankern.⁴

Als Fazit des Dresdner Skandals erklärte Gansel im NPD-Blatt „Deutsche Stimme“: „Die NPD-Wortwahl im Parlament war nicht nur sachlich richtig, sondern auch geschichtspolitisch wichtig, um die Exzesse der Vergangenheitsbewältigung im 60. Jahr der Kriegsniederlage wenn schon nicht zu verhindern, so doch wenigstens einzudämmen.“ Gansel verwies unter selektiver Zitierung der „Süddeutschen Zeitung“ auf einen Vordenker, den er als „linksgewirkten Historiker“ apostrophiert, den Historiker Jörg Friedrich, der in seinen publikumswirksamen Büchern über den Luftkrieg die Konnotationen nahe gelegt hat mit Vergleichen, in denen die amerikanischen und britischen Bomberverbände „Einsatzgruppen“, die brennenden Luftschutzkeller „Krematorien“, die Toten „Ausgerottete“ genannt werden.

Heribert Prantl machte in der „Süddeutschen Zeitung“ auf die Methode und ihre Tendenz aufmerksam:

„Die allgemeine Empörung über das freche Benehmen der Neonazi-Abgeordneten, die sich einer Gedenkminute für Auschwitz und für die Opfer des Holocaust lärmend verweigert haben, lenkt nämlich von der Tatsache ab, dass die Relativierung und Beschönigung der Nazi-Wirklichkeit nicht exklusive Spezialität der Schreier von Dresden ist. Das Wort ‚Bomben-Holocaust‘ beispielsweise, das ein NPD-Abgeordneter zur Bezeichnung der Bombardierung von

4 „Deutsche wieder den aufrechten Gang lehren. Warum die NPD-Wortwahl im Sächsischen Landtag richtig war“ (Deutsche Stimme März 2005). Dieser sowie der Artikel „Revisionismus für die politische Mitte“ stehen unter der Kopfzeile „Tabubruch Dresden“, mit der offensichtlich ein Symbol konstituiert werden soll.

Dresden kreierte, hat seine sprachliche Vorformung: In seinem Bestseller-Buch über den Bomben-Krieg der Alliierten („Der Brand“) benutzt Jörg Friedrich dafür Begriffe, die sofort an das Vernichtungslager in Auschwitz und an die Mordverbände der Einsatzgruppen denken lassen. Der Historiker Hans Ulrich Wehler hat das scharfsinnig analysiert: ‚Wenn Friedrich schreibt, die Bomberflotten seien ‚Einsatzgruppen‘, brennende Luftschutzkeller ‚Krematorien‘ und die Toten ‚Ausgerottete‘, dann hat man sprachlich die völlige Gleichsetzung mit dem Holocaust‘.“(Prantl: 2005)

Inszeniert war das Aufbäumen der NPD gegen die Erinnerungs- und Geschichtskultur der Bundesrepublik als nationalpatriotische Aufwallung. Sie unterstellte in verschwörungstheoretischer Manier zielgerichtetes und planmäßiges Handeln nicht genannter finsterner Mächte gegen die Interessen des Vaterlandes:

„Durch eine systematische Schuldneurotisierung sollen die Deutschen von der Vertretung ihrer Lebensinteressen abgehalten werden. Durch injizierte Schuldgefühle sollen sie moralisch gedemütigt, politisch bevormundet und finanziell ausgepresst werden. Der nationalen Opposition muss es jetzt gelingen, diesem Volk seinen Selbstbehauptungswillen wiederzugeben. Die selbstbewusste Vertretung deutscher Gegenwartsinteressen ist nur durch einen Schlusstrich unter eine irrwitzige Vergangenheitsbewältigung möglich. Mit den eingeübten Selbsterniedrigungsritualen und dem neurotischen Schuld kult muss Schluss sein. 60 Jahre nach Kriegsende ist es hoch an der Zeit, dass die Deutschen wieder den aufrechten Gang erlernen. Nur so haben sie als Volk eine Zukunft.“ (Plenarprotokoll Sächsischer Landtag 21.1.2005)

Wesentlicher als rechtsextreme Provokationen und Versuche der Relativierung des Holocaust – bei denen immer auch das Argument des zunehmenden Abstandes zum Ereignis eine Rolle spielt – sind Erscheinungen wie die Erosion des Konsens über die historische Wahrheit aus Desinteresse und Unkenntnis sowie die versuchte Konstruktion von sekundären Geschichtsbildern bei gleichzeitiger Dekonstruktion einer Geschichtskultur, die als Erfahrung aus nationalsozialistischer Vergangenheit (mit unterschiedlichen Akzenten in BRD und DDR) gepflegt wurde. Dafür ist das folgende ein repräsentatives Beispiel.

Im Juni 1998 wurde ein Buch mit dem Titel „Politisch nicht korrekt – eine Streitschrift für Deutschland“ an „kompetente Meinungsführer“ verschickt; es kann als Prototyp für den Umgang mit nationalsozialistischer Vergangenheit gelten, wie er von rechtskonservativen bis rechtsextremen Vertretern der zweiten oder dritten Generation in Deutschland gepflegt wird. Verfasser der Schrift ist ein Zahnarzt in Berchtesgaden, seine Gedankengänge gehören in das Spektrum deutschnationaler Agitation, wie sie auch im publizistischen Spektrum des Rechtsextremismus anzutreffen ist.⁵ Ausgangspunkt war möglicherweise die Diskussion um das Denkmal für die Opfer des Holocaust in Deutschland. Moderater vorgetragen und argumentativ nicht auf den ersten Blick und auch nicht durchgängig als rechtsextrem/nationalistisch einzuordnen, lautet die zentrale These des Buches:

„Die meisten Probleme, die uns heute beschäftigen, haben ihren Ursprung in unserem Umgang mit unserer jüngeren Geschichte. Fast unbemerkt und unbewusst steht in Deutschland das politische Empfinden, Denken und Handeln unter dem Schock, den vor allem wir Nachgeborenen in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus empfinden. Wir erkennen die Zusammen-

5 Ludwig Römhild (1998): Politisch nicht korrekt.

hänge kaum noch, die zwischen den aktuellen politischen und sozialpolitischen Entscheidungen und jenem tiefen Schock bestehen.“⁶

Das Pamphlet ist eine Facette des Verweigerungsdiskurses, in den auch Martin Walsers Frankfurter Rede und die anschließende Debatte gehören, es ist als Montage gängiger Klischees und stereotyper Vorstellungen bemerkenswert, widersteht in seiner Banalität aber jeder ernsthaften Analyse. Die Addition von Abwehrreaktionen und Aversionen operiert mit der angeblich gegen Deutsche instrumentalisierten Kollektivschuldthese, konstatiert Selbstgerechtigkeit und Flagellantentum der Deutschen, Selbsthass bis zum schleichenden Selbstmord durch Überfremdung in einer unerwünschten, multikulturellen Gesellschaft und kommt zu dem Schluss, es mangle der deutschen Nation an Identität, also an Selbstbewusstsein. Der Sehnsucht nach dem „weltoffenen Nationalstaat“ steht die „einseitige Fixierung auf den deutschen Nationalsozialismus“ im Wege. Als Kernaussage sind die „Folgen der deutschen Schuldkultur“ zusammengefasst in tabellarischer Form unter dem Motto „andauernde Schuldzuweisungen (auch „besondere Verpflichtungen“ genannt) lösen viele Gefühle und Reaktionen aus, die sich wiederum auf das jeweilige Verhalten auswirken.“

Die Liste der Gefühle besteht aus Angst, Scham, Wut, Trauer, Melancholie und Minderwertigkeitsgefühl, die Reaktionen darauf enthalten u.a. „Unsicherheit, Überreaktionen, Zwangsvorstellungen, unsicheres Verhalten, Willfährigkeit, Aggression, Selbstverachtung“. Und folgende Auswirkungen resultieren daraus wie „Besuche von KZs als pädagogisches Instrument (Erziehungsprinzip Angst)“ als Beispiel für Überreaktion, „undifferenzierte Auseinandersetzung mit der Geschichte des 3.Reiches“ als Zwangsvorstellung, „verkrampftes Verhalten gegenüber jüdischen Mitbürgern und Ausländern“ als „Merkmal unsicheren Verhaltens“, „Akzeptanz klassischer Schuldtheorien der Nachkriegszeit (Sippenhaft, Perpetuierung der Schuld in die Zukunft)“ als Reaktion der Willfährigkeit oder „Schändung jüdischer Friedhöfe und Gedenkstätten“ als Form der Aggression, die wiederum als Reflex von Wut als „Folge der deutschen Schuldkultur“ ausgemacht wird (Römhild 1998: 64-65). Das Pamphlet ist auch dafür als Symptom zu werten, dass es Wirkung hat, weil es in der Machart seriöser wirkt als übliche rechtsextreme Publizistik. So fand es sogar einen Rezensenten im seriösen Berliner „Tagesspiegel“, dessen Spalten solcher Art von Druckerzeugnissen normalerweise nicht zur Verfügung stehen. Mit einigem Verständnis wurden dort die Positionen des Autors referiert, die These vom „allgegenwärtigen Schuldkomplex“, die Vorstellung eines „Superlativs der Reue“, der zur „typisch deutschen Maximalmoral“ führe, die völlig überdimensional „dort alles wieder gut zu machen versucht, wo es eigentlich gar nicht hinpasst“. Asylpolitik und die Vision einer multikulturellen Gesellschaft stünden im Gegensatz zu nationalen Interessen und Bedürfnissen – so wird die Botschaft verstanden und ein Stück weiter transportiert (Tagesspiegel Berlin, 12.12.1998). Hier wird eine Nahtstelle zwischen verbreiteten Bedrohungsängsten und ihrer Instrumentalisierung durch rechtsextreme Propaganda deutlich.

Das wirksamste Medium revisionistischer Publizistik ist die „National-Zeitung“ des Verlegers Frey, zu dessen Unternehmungen auch die Deutsche Volksunion (DVU) gehört. Themen sind seit Jahrzehnten, eintönig aber mit Enthüllungspathos vorgetragen: der Zweite Weltkrieg, Alliierte Kriegsverbrechen, Judenmord. Aufbereitet in der Absicht, ein apologisches Geschichtsbild gegen die historischen Fakten durchzusetzen. Typisch ist ein Artikel

6 Schreiben Römhilds vom Juni 1998, mit dem das Buch an „kompetente Meinungsführer“ übersandt wurde.

mit der Überschrift „War Deutschland allein schuld? – Wie es wirklich zum Zweiten Weltkrieg kam“. Dort wird behauptet:

„Wer es in heutiger Zeit wagt, der These der deutschen Alleinschuld am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges zu widersprechen und auf den jeweiligen Schuldanteil der Siegermächte zu verweisen, muss Mut aufbringen. Auch 70 Jahre nach Ausbruch des fürchterlichen Völkerringens ist in der Bundesrepublik Deutschland keine Souveränität im Umgang mit Wahrheit zu erkennen, sondern nach wie vor gilt, was bereits US-Präsident Truman wusste: ‚Die Geschichte schreibt immer der Sieger.‘“ (National-Zeitung, 2.5.2008)

Ein großer Teil des redaktionellen Textes der „National-Zeitung“ besteht aus Buchwerbung, die Titel sind im angeschlossenen Versandhandel Freys erhältlich, in diesem Fall heißt der Titel „Das letzte Geheimnis – Wie es wirklich zur Katastrophe des Zweiten Weltkrieges kam“. Das Buch hat keinen Verfasser, ist dafür „spannend bebildert“. Als „neuen Tabubrecher“ schätzt das Blatt den polnischen Historiker Bogdan Musial, der so sehr um Aufsehen bemüht ist, dass seine Seriosität darunter leidet. Unter dem Titel „Keine Feigheit vor Fakten“ wird er im Frühjahr 2008 als mutiger Kämpfer dargestellt, dessen Buch „Kampfplatz Deutschland – Stalins Kriegspläne gegen den Westen“ wieder einmal die Präventivkriegsthese strapaziert (National-Zeitung, 28.03.2008). Wenig später erscheint Musial wieder in der „National-Zeitung“, diesmal als Kronzeuge eines angeblichen Historikerstreits in Polen um die Vertreibung der Deutschen. Der Artikel dient wiederum als Werbeträger für Musials Buch und für eine andere Schrift, in der unter dem Titel „Der andere Holocaust“ die Vertreibung der Deutschen einschlägig thematisiert ist.⁷

Wenn es der Beweise bedürfe, wie notwendig Aufklärung statt Wegsehen über historische Sachverhalte ist, die Redaktion der „National-Zeitung“ liefert sie Woche für Woche und stereotyp Jahr für Jahr aufs schlichteste. Das Wesentliche steht jeweils zwischen den Zeilen und im Anzeigenteil, in dem Bücher mit Titeln wie „KZ-Lüge“ oder „Wer ist wer im Judentum?“ feilgeboten werden. Das erfolgreichste, am weitesten verbreitete und langlebigste Wochenblatt der rechtsextremen Szene in Deutschland, die „National-Zeitung“, ist charakterisiert durch den monotonen Appell an muffigen Patriotismus, an Gefühle des Selbstmitleids, der Bedrohung durch Fremde. Die Beschwörung traditionell nationalistischer Wertvorstellungen kristallisiert sich thematisch am Zweiten Weltkrieg, an der Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa nach 1945, an Besatzungsherrschaft und behaupteter, andauernder deutscher Ohnmacht, an „Überfremdung“ durch Migranten. Leitmotiv der Agitation ist ein aggressiver Revisionismus, der von der „Kriegsschuldfrage“ bis zur Anzweiflung der Dimensionen des Holocaust reicht, den Völkermord relativiert und Antisemitismus artikuliert. Verbrämt durch stereotypes Bedauern über die Verfehlungen einer kleinen Minderheit von Tätern werden antijüdische Ressentiments bedient und an Gegenständen wie der Debatte um das Denkmal für die ermordeten Juden Europas, um die Entschädigung von Holocaust-Opfern, um den vermuteten jüdischen Einfluss in Deutschland und in der Welt thematisiert.

Das Konstrukt jüdischer Aggression – ausgedrückt in der Unterstellung einer Perpetuierung des Schuldvorwurfs, unangemessener oder erschlicherer Entschädigungsleistungen und Wiedergutmachungszahlungen – ist wirksam, weil es mit Ängsten und Ressentiments

⁷ National-Zeitung (06.06.2008). Vgl. die dreiteilige Serie „Die Hölle der Vertreibung“, in der die „National-Zeitung“ beanspruchte, „den ungesühnten und lange Zeit tabuisierten Vertreibungs-Holocaust“ zu dokumentieren (National-Zeitung, 09.03.2007).

korrespondiert, die keineswegs auf rechtsextreme Kreise beschränkt sind, die in der gesamten Gesellschaft existieren und bei einer Minderheit einen sekundären Antisemitismus stimulieren, der aus der Abwehr von Schuldgefühl und Scham wegen des historischen Judenmords entsteht.

Dieses Konstrukt wird in die Geschichte zurück verlängert in der oft widerlegten aber ebenso eifrig reanimierten Behauptung einer „jüdischen Kriegserklärung“, an Deutschland.⁸ Gestützt auf „Beweise“ wie die Schlagzeile der britischen Boulevardzeitung Daily Express vom 24. März 1933 „Judea declares war on Germany“ und den Brief Chaim Weizmanns Ende August 1939 an den britischen Premierminister (in dem ausgedrückt war, dass die Juden ihren Beitrag zur Verteidigung der Demokratie leisten würden) wird eine Argumentation aus Geschichtsklitterungen und „Dokumenten“ aufgebaut, die den Zweck hat, zu beweisen, dass der nationalsozialistische Staat quasi aus Notwehr die Juden verfolgen musste.⁹

Das Bild vom feindseligen, rachsüchtigen und mächtigen Juden wird propagiert, um tradierte Vorurteile wach zu halten, es ist Bestandteil einer Inszenierung, die den historischen Judenmord und seine Folgen im kollektiven Gedächtnis und Bewusstsein manipuliert. Jüdische Prominente sind im Rahmen dieser Inszenierung regelmäßig die Zielscheibe abgefeimter Attacken der „National-Zeitung“.

Die Brückenfunktion beim Transport von ahistorischen Konstrukten – deren übelstes die „Auschwitzlüge“ ist – vom rechtsextremen Spektrum über das konservative Lager in die Gesamtgesellschaft ist unübersehbar. Anteil an der Verankerung von Ressentiments im öffentlichen Diskurs haben neben Revisionisten und Rechtsradikalen rechtskonservative Zirkel, die aufklärerische Absichten für sich beanspruchen, die Bedrohung der Meinungsfreiheit durch „Denkverbote“, Sprachregelungen und die vermeintlich publizistische Übermacht linker Medien argwöhnen und gegenaufklärerische Bastionen zur Überwindung „neototalitärer Methoden und Strategien“ aufrichten wollen.

Hauptziel des Kreuzzugs gegen vermuteten Gesinnungsdruck und behaupteten verordneten Gesinnungskonformismus ist in der Nachfolge älterer Feindbildkonstrukte („Kollektivschuld“, „Umerziehung“) die „political correctness“. Mit verschwörungstheoretischer Ambition wird der Begriff als eine mächtig wirkende allgegenwärtige Gesinnungsmaschinerie verstanden, die von feindlichen Kräften (vor allem „den Linken“) bedient wird, der Widerstand zu leisten ist, um Gefahren für Nation, Vaterland und andere Werte abzuwenden. Ein ultrakonservatives „Professorenforum“ hat sich zum Kampf für christliche Wert-

8 Die „jüdische Kriegserklärung“ ist ein alter Topos rechtsextremer Propaganda, der gegen alle Aufklärungs-bemühungen am Leben gehalten wird. In der National-Zeitung war im Frühjahr 1999 ein Buch angekündigt: „Jüdische Kriegserklärungen an Deutschland. Vorgeschichte – Wortlaut – Folgen. Ca. 400 Seiten, viele fak-similierte Originaldokumente, DM 49,90. Das Buch erscheint im Sommer. Zur Vorbestellung schon jetzt wird geraten.“ (National-Zeitung 16.04.1999).

9 Eines der „Beweisstücke“ ist der Plan des Theodore N. Kaufman, das deutsche Volk durch Sterilisierung auszurotten und das Territorium aufzuteilen. Die Hintergründe der von Kaufman 1941 in New York publizierten Broschüre „Germany must perish“ sind mit allen Details aufgeklärt, es handelte sich um einen wirren Einzelgänger, der sich bald selbst von seiner Schrift distanzierte (vgl. Benz 1981: 615-630). Die Legende, Kaufman sei ein einflussreicher Vertreter des Judentums, Berater des US-Präsidenten gewesen, sein Plan habe weite Zustimmung gefunden, wird unermüdlich weiterverbreitet, auch in Römhilds Pamphlet wird phantasiert: „Dieses Buch enthält keineswegs, wie verschiedentlich behauptet, die von deutschen Rechten böswillig über-bewerteten Phantasien eines nicht ernst zu nehmenden Unzurechnungsfähigen, sondern ernst gemeinte Über-legungen zur Massensterilisation der Deutschen, die in der amerikanischen Presse einschließlich der renom-mierten ‚New York Times‘ auf reges Interesse stießen. Dank lebhafter Lesernachfragen erfreute sich Kaufmans Buch mehrfacher Neuauflagen.“ (Römhild 1998: 23)

vorstellungen etabliert und bietet dabei auch dem Kampf gegen „political correctness“ eine Plattform. Verstanden wird unter diesem Begriff offensichtlich der liberaldemokratische Konsens der Gesellschaft der Bundesrepublik, die Verbrechen des Nationalsozialismus in kollektiver Erinnerung zu halten und moralische Konsequenzen aus dieser Erinnerung zu ziehen.

Auf einem Symposium dieses „Professorenforums“ vorgetragen und dann in beträchtlicher Auflage gedruckt wurden Ausführungen über die Gefahren einer angeblich herrschenden „neototalitären Gesinnungsdiktatur“, in der selbstgerechter Tugendterror der öffentlichen Verurteilungskultur herrsche und „Gewissensprüfungen durch straflüsterne Moralgiganten“ veranstaltet würden – das sei eine „political correctness“, deren Methode auf Goebbels zurückgehe. Die Stichworte hatte dem referierenden Professor der Schriftsteller Martin Walser gegeben, der – lange vor der Frankfurter Friedenspreis-Rede – im November 1994 bei einer früheren Preisverleihung zitierfähige Formulierungen gefunden hatte:

„In diesem von ‚liberalen Erledigern‘ geschaffenen öffentlichen Klima mit seinen Reizklischees samt der ‚Macht des Fernsehens über die Schläfrigen‘, angesichts dieser ‚Zeigefingerbemühungen der Herbeter, Abfrager, Insgewissenredner‘ und ihrer ‚politisch-moralischen Lynchstimmung‘ im ‚Correctness-Rausch‘ sollen wieder einmal Einsichten, Erfahrungen und Gewissen in typisch totalitärer Manier standardisiert werden.“ (Hornung 1999: 63)

Ein trivialer, aber wesentlicher Grund für die Relativierung des Holocaust im allgemeinen Bewusstsein liegt sicher auch in den neuen Informationsmedien, die zugleich den Leugnern neue und wirksame Möglichkeiten bieten. Im Internet marginalisiert das Riesen-Angebot an Informationen zu allen beliebigen Themen nicht nur die Informationen selbst, das Medium eignet sich auch hervorragend zur gezielten Desinformation und zur Tarnung ihrer Urheber. Das Internet ist innerhalb eines Jahrzehnts das weltweit wichtigste Propagandainstrument geworden. Kriminalisierte Sachverhalte wie die Behauptung der „Auschwitz-Lüge“ werden (z.B. über US-amerikanische Provider) anonym ins Netz gestellt und damit der deutschen Strafjustiz entzogen (Verfassungsschutzbericht 1998). Die Leugnung des Holocaust ist in den Kommunikationsmedien begleitet von Manifestationen des traditionellen Antisemitismus. Ein „Bürgerreform Europa“ verbreitet zum Beispiel per Homepage einen Text „Talmud ohne Maske“ und die Behauptung, alle Prophezeiungen der „Weisen von Zion“ seien seit 1900 „punktgenau und mit vernichtender Sicherheit“ realisiert worden (Wetzel 1997: 98).

Welche Möglichkeiten der Abwehr gibt es gegen das Leugnen des Holocaust? Die Mittel der Strafjustiz sind begrenzt, weil sich, trotz der gesetzlichen Kriminalisierung in der Bundesrepublik („Auschwitz-Gesetz“) die Revisionisten auf Meinungsfreiheit berufen und weil mit einigem Geschick tatsächenswidrige Hetze juristisch unangreifbar betrieben werden kann. Das beweist die rechtsextreme Presse stets aufs Neue, wenn sie ihre Behauptungen in die Form des Zitats, der Frage, garniert mit scheinheiliger Entrüstung über Verbrechen des Nationalsozialismus kleidet. Die Strafjustiz trifft deshalb die Unvorsichtigen oder Propagandisten, die der Wirkung halber die Märtyrerrolle suchen.

Die Möglichkeiten des Jugendschutzes sind ebenfalls begrenzt. Alles dankenswerte Bemühen der Bundesprüfstelle, politische Pornographie wie die Holocaust-Leugnung (in Filmen, Computerspielen, Druckschriften, im Internet usw.) von der Jugend fernzuhalten und durch Indizierung die Verbreitung zu erschweren, hat enge Grenzen. Die Liste jugend-

gefährdender Schriften kann leicht zum Informationssystem für Interessenten über aktuelle Angebote werden (vgl. Dittler 1996: 5-6; Dittler 1996: 7).

Unerlässlich bleibt die Aufklärung über die nationalsozialistische Judenverfolgung in der Schule. Sachgerecht betrieben – also kognitiv orientiert und nicht an Schuldgefühle und moralische Emotionen appellierend – muss der Schulunterricht das Fundament von überzeugendem Wissen legen, das nicht leicht erschüttert werden kann. Unterstützung braucht die Schule aber auf der einen Seite durch die Wissenschaft und durch die Medien, auf der anderen Seite durch das Elternhaus. Wenn die Bildungsinhalte der Schule in der Familie durch leichtfertigen Zweifel, durch Ignoranz oder Desinteresse relativiert werden, haben die antisemitischen Leugner der Wahrheit Terrain gewonnen. Deshalb bleibt die wichtigste Voraussetzung der Abwehr der demokratische Konsens der Bürger, die historische Wahrheit weder der Sensationslust gewisser Medien noch den politischen Interessen einer Minderheit von aggressiven Nationalisten, Neonazis und Rechtsextremisten auszuliefern.

Literatur

- Bailer, Josef (1996): Die „Revisionisten“ und die Chemie. In: Bailer-Galanda et al. (Hg.). Auschwitz-Leugner. Berlin. 130-152.
- Bailer-Galanda, Brigitte/ Benz, Wolfgang/ Neugebauer, Wolfgang (Hg.)(1996): Die Auschwitz-Leugner. „Revisionistische“ Geschichtslüge und historische Wahrheit. Berlin.
- Benz, Wolfgang (1981): Judenvernichtung aus Notwehr? Die Legenden um Theodore N. Kaufman. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 29: 615-630.
- Christophersen, Thies (1973): Die Auschwitz-Lüge. Mohrkirch.
- Deutsche Stimme (2005): Deutsche wieder den aufrechten Gang lehren. Warum die NPD-Wortwahl im sächsischen Landtag richtig war. In: Deutsche Stimme, März 2005.
- Dohnanyi, Klaus (1998): Beitrag zugunsten Walsers von Klaus von Dohnanyi. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.November 1998.
- Dittler, Ullrich (1996): Nazis und Computernetze. Alte Propaganda in neuen Medien. In: Jugend Medien Schutz-Report 19, Aprilheft 2: 5-6.
- Erb, Rainer/Klärner, Andreas (2005): Horst Mahler vor Gericht. In: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 14: 111-134.
- Goldhagen, Daniel J. (1999): Eine „deutsche Lösung“ für den Balkan. In: Süddeutsche Zeitung, 30. April/1./2.Mai 1999.
- Handke, Peter (1999): Moral ist ein anderes Wort für Willkür. In: Süddeutsche Zeitung, 15./16.Mai 1999.
- Hoggan, David L. (1963): Der erzwungene Krieg. Ursachen und Urheber des 2. Weltkriegs. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 14: 492-514.
- Hornung, Klaus (1999): Political Correctness oder politische Freiheit – Gefahren einer neototalitären Gesinnungsdiktatur. In: Pluralismus und Ethos der Wissenschaft 1. Symposium des Professorenforums 28./29. März 1998 in Frankfurt/M. Gießen.
- Lipstadt, Deborah E. (1994): Betrifft: Leugnen des Holocausts. Darmstadt.
- Menasse, Eva (2000): Der Holocaust vor Gericht. Der Prozess um David Irving. Berlin.
- Nolte, Ernst (1993): Streitpunkte. Heutige und künftige Kontroversen um den Nationalsozialismus. Berlin.
- Prantl, Heribert (2005): Auschwitz, beiseite gebombt. In: Süddeutsche Zeitung, 14.1.2005.
- Römhild, Ludwig (1998): Politisch nicht korrekt. Bielefeld.
- Sächsischer Landtag (2005): Plenarprotokoll. 4. Wahlperiode. 8. Sitzung. 21.1.2005.
- Verfassungsschutzbericht 1998
- Verfassungsschutzbericht 2007: Vorabfassung.

- Vergeiner, Anton (2006): In: Nation und Europa 7/8: 10.
- Wellers, Georg (1991): Der „Leuchter-Bericht“ über die Gaskammern von Auschwitz. Revisionistische Propaganda und Leugnung der Wahrheit. In: Dachauer Hefte 7: 230-241.
- Wetzel, Juliane (1997): Antisemitismus im Internet. In: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.): Das Netz des Hasses. Rassistische, rechtsextreme und neonazistische Propaganda im Internet. Wien.
- Zarusky, Jürgen (2001): Die Leugnung des Völkermords. „Revisionismus“ als ideologische Strategie. In: Benz (Hg.) Auf dem Weg zum Bürgerkrieg. Rechtsextremismus und Gewalt gegen Fremde in Deutschland. Frankfurt am Main. 63-86.

Die Funktionen von Antisemitismus und Fremdenfeindschaft für die rechtsextreme Bewegung

Rainer Erb und Michael Kohlstruck

1 Volksfeindkonstruktion als essentieller Bestandteil des völkischen Denkens

Rechtsextreme Akteure stellen heute eine soziale Bewegung dar, die von der Forschung mit dem Instrumentarium der Bewegungsforschung untersucht wird (vgl. Bergmann 1994; Bergmann/Erb 1996; Hellmann/Koopmans 1998; Benthin 2004). Charakteristisch für die Form der sozialen Bewegung ist das breite Spektrum von Akteuren (Parteipolitiker auf Bundes-, Landes- und Kommunal-Ebene, Bewegungseliten, lokale Aktivisten und ein ansprechbares Umfeld) sowie ihrer Aktivitäten, die hohe Heterogenität ihrer Organisationsformen (Partei, Kameradschaften, lose Verbindungen, Infrastruktur aus Kneipenszene und Versandgeschäften) und die Vielfalt der Medien (Druckerzeugnisse, Internet, Musik), mit der sie sich als Teil der „nationalen Opposition“ darstellen. Ungeachtet aller programmatischen und lebensweltlichen Querelen untereinander ist die gemeinsame Ideologie ein wichtiges Bindeglied. Jenseits der tagesaktuellen Entwicklungen wie der Konjunkturen der Wahlerfolge bildet sie dauerhaft das geistige Fundament des Rechtsextremismus.¹ Für die biologisch-völkische Weltanschauung ist das Volk die zentrale Bezugsgröße (vgl. Bott 1969; Schwagerl 1993: 101-161). Dieses wird holistisch, also als ein Ganzes verstanden, das gegenüber Einzelpersonen, Familien und gesellschaftlichen Gruppen den höheren Rang hat. Die höchste Würde wird dem Volk als solchem und ganzem, nicht dem einzelnen Individuum zugesprochen. Kurt Lenk hat deshalb zutreffend von einem mythischen „Übersubjekt“ gesprochen (vgl. Lenk 1971: 35).

Einheit, Reinheit und Selbstbewusstsein des Volkes sind die maßgeblichen moralischen und politischen Werte: Die Fähigkeit, politisch und geschichtlich erfolgreich zu agieren ist in der völkischen Sicht davon abhängig, dass sich ein Volk als eigenes, von anderen charakteristisch unterschiedenes Volk versteht und seine Identität schützt. Als wirkliche Volksangehörige gelten nur diejenigen, die sich neben ihrer objektiven Herkunft bewusst zu ihrem Volk bekennen und die mit dem Beitritt zur „volkstreuem Rechten“ für ihr Volkstum kämpfen (vgl. Fischer in DS 2007: 16).

Im heutigen deutschen Rechtsextremismus wird diese Einheit und Reinheit sowohl restriktiv biologistisch als auch kulturalistisch konzipiert (vgl. Backes/Jesse 1996: 59). Eigenart und Kultur eines Volkes werden aus seinem Erbgut, seiner Tradition und dem Bekenntnis der Volksangehörigen abgeleitet. Die moralische und politische Maxime von Selbsterhaltung und Selbststeigerung des Volkes bedeutet deshalb zunächst, den Bestand zu

1 Die Begründung in der völkischen Ideologie macht das Spezifische von rechtsextremen Positionen aus. Diese Fundierung kann nur bei einer Minderheit der Bevölkerung beobachtet werden. Unterschlägt man die ideologische Rahmung der manifesten Aussagen, scheinen sie sich von manchen konservativen Auffassungen wenig zu unterscheiden – tatsächlich aber liegt die Ähnlichkeit nur im Auge des Betrachters (dies ist z.B. bei Häusler 2006 der Fall).

erhalten und vor fremden Einflüssen zu schützen. Der Kern des völkischen Denkens ist das biologische Ordnungsmodell mit der Idee eines Organismus, der sich vor fremden, mithin schädlichen Einflüssen schützt (vgl. Bott 1969: 84ff.). Die Freund-Feind-Dichotomie ist damit ein Wesenselement der völkisch-rechtsextremen Denkwelt (vgl. Pörksen 2005: 94ff.). Völkische Vorstellungen sind an konkrete Völker gebunden. Die Gemeinsamkeit von Franzosen, Deutschen oder Türken erschöpft sich darin, sich jeweils gegen den Fremden zu schützen. Austausch und Vermischung werden strikt abgelehnt, Kritiker dieser Konzeption gelten als Verräter. Der rechtsextreme Ideologe Jürgen Schwab stellt dies klar:

„Doch das völkische Denken ist ein unverzichtbarer Bestandteil nationaler Politik; wer dieses negiert, steht konsequenterweise im Widerspruch zum Nationalismus, nicht nur in Deutschland, sondern weltweit. Denn die hier zu besprechenden Grundprinzipien einer nationalen Politik sind nicht nur für das deutsche, sondern für alle Völker gültig.“ (Schwab 2002: 152)

Im Vergleich zu den 1920er Jahren ist die hierarchisierende Bewertung von Völkern heute seltener zu finden. Nur gelegentlich trifft man auf kolonial-rassistische Aussagen, dominant ist der Abwehr Rassismus. Charakteristisch für die Volksfeind-Ideologie ist die statische Kombination von „Volk“ und „Raum“: Jedes Volk hat legitimen Anspruch auf einen „natürlichen“ Lebensraum, in dem es seine Eigenart entfaltet, seine Reinheit pflegt und das Recht hat, fremde Völker auszuschließen. Seit Jahrzehnten wird diese aggressive Linie von „Unsere Nachrichten“ (UN) verfolgt:

„Was soll das vielfache Gestammel von Humanität in Verbindung mit den Ausländern, zumeist Personen aus völlig fremden Kulturkreisen des nahen und fernen Orients oder Afrikas? Die Bundesrepublik ist ein Teil des Territoriums der Deutschen und nicht anderer Völker, egal ob Personen aus deren Mitte bei uns Arbeit oder als Wirtschaftsflüchtlinge Aufnahme suchen [...]. Die Idee einer multikulturellen Gesellschaft [...] ist ein ideologischer Wahn, wie die auf der Stammesgeschichte des Menschen basierende Biologie der Erkenntnis objektiv beweist.“ (aus UN 1991, zitiert nach Frindte et al. 1994: 129ff.)

Der Primat des Völkischen charakterisiert auch die Weltanschauung der NPD. Dieses Prinzip wird in immer neuen Varianten durchgespielt.² Ausdrücklich wird in der „Deutschen Stimme“ (DS), der monatlich erscheinenden Zeitung der NPD, darauf hingewiesen, dass „die NPD in den neunziger Jahren ihr völkisches Profil schärfte und den Gastarbeitern, Asylanten und exklusiven Minderheitenvertretern in der BRD ‚gute Heimreise‘ wünscht...“. Die Führung der REP, namentlich Rolf Schlierer wird kritisiert, da „sich bei den REP in dieser Hinsicht nichts geändert“ habe (Schwab 2000 in DS: 3).

Unter Berufung auf den nationalsozialistischen Pädagogen Ernst Krieck heißt es in einer anderen Ausgabe der DS:

„Dein Lebensweg ist durch diese schicksalhafte völkische Verknüpfung vorgegeben. Dieser überpersönliche Standpunkt muss Ausgangspunkt und Ziel von Bildung sein. [...] Alle müssten dem höheren Gemeinschaftssinn dadurch verpflichtet sein, dass sie mit den tieferen Sphären der Volksseele verbunden sind. Zum Volk wird ein Volk erst, wenn es von einer bestimmten Kraft durchgehend durchzogen ist, die ihm einen Stil verleiht. So hat jedes Volk seine eigene Gestalt,

2 Vgl. Brandstetter 2007 auf unzureichender Quellenbasis – vornehmlich auf Grundlage der geglätteten Programmaussagen.

seinen eigenen Charakter. Diese Kraft strebt aus einem Volk hoch und versucht, den Nachwuchs zu gestalten [...].“ (Mayer in DS 2006: 16)

Nichtdeutsche Migranten werden aus einem doppelten Grund zu einem Problem:

„Nicht nur für einen einheitlichen Volkscharakter [...], sondern auch für die gesamte soziale Verfassung des Landes. Diese Menschen, so schreibt Kriek, die nicht zur Volksgemeinschaft gehören und einen anderen Rassecharakter haben, werden sich einer vollkommenen Angleichung und Eingliederung durch Erziehung immer widersetzen. Sie widersetzen sich aber nicht nur der Integration, sondern sie versuchen zwangsläufig – über ihren eigenen Rassecharakter getragen – die Kultur der Gastgeber zu beeinflussen. Das Ziel eines jeden Volkes, durch Erziehung und Fortpflanzung sich selbst zu erhalten, geht durch diese fremdgesteuerten Prozesse verloren.“ (Mayer, in DS 2006: 16)

In seinem „Plädoyer für einen deutschen Sonderweg“ setzt Jürgen Schwab den vermeintlich mittel- und osteuropäischen Nationskonzepten bewusst ein westeuropäisches gegenüber und begründet damit das „Recht auf ethnischen Selbsterhalt“:

„Während die Idee des Volkes als Abstammungsgemeinschaft typisch deutsch, polnisch, serbisch und russisch ist, ist die Einwanderungsgesellschaft und der ‚Rassismus‘-Vorwurf dagegen typisch westlich. Deshalb ist der Versuch, dieses Recht der Nation auf völkische Ausschließlichkeit und die damit verbundene Forderung nach Ausländerrückführung zu kriminalisieren [...] zurückzuweisen.“ (Schwab 2007: 236)

Die rassenideologische Grundlage ist deutlich zu identifizieren – auch wenn die Urheber das Wort „Rasse“ ungern ausschreiben: „Es ist jedoch Fakt, dass auf dieser Erde verschiedene R... leben. Dies soll auch so bleiben, damit nicht die ganze Vielfalt in einer einzigen menschlichen R... aufgeht.“ (Fanzine „Der Foiersturm“; zitiert nach Gerdes 2008: 56)

Die völkische Ideologie versucht vom naturwissenschaftlichen Renommee der Biologie und der Anthropologie zu profitieren. Das so genannte „lebensrichtige Menschenbild“, das die NPD für sich beansprucht, beruft sich auf einzelne Ergebnisse biologischer und verhaltenswissenschaftlicher Forschungen. Was für „Natur“ gilt, soll auch für „Kultur“ gelten. Geschichte und Gesellschaft werden damit so behandelt, als agierten hier Lurche und Larven und nicht Personen, Gruppen oder Institutionen. Der emotionale Wert dieser Ideologie ist hoch, ihr Erkenntniswert ist gering. Sie ist von ihrem ganzen Zuschnitt her eine Angstmobilisierungsideologie, das heißt ein System von Aussagen, bei dem der Akzent deutlich auf der Emotionalisierung und Mobilisierung von Anhängern liegt. Schlagworte dazu sind „Werteverfall“, „Degeneration“ oder „demografische Katastrophe“ (vgl. Straßner 1987: 12-14; Pörksen 2005: 90).

In der tagespolitischen Auseinandersetzung wird diese weltanschauliche Grundlage nicht vollständig ausformuliert, die Publikationen und Redebeiträge beziehen sich schon vom Medium (Zeitung, Flugblatt, Wahlplakat) oder vom Anlass (politische Rede, Wahlkampf) her auf aktuelle politische oder gesellschaftliche Probleme. In grundsätzlichen Darstellungen aber sind diese Ideen breit ausgeführt.

Antisemitische und fremdenfeindliche Aussagen werden in Diagnosen und ihren Lösungsangeboten ganz unterschiedlich gelagerter Probleme eingebaut. Die jeweils erstellten rechtsextremen Deutungsrahmen führen für viele Probleme „die Juden“ oder „die Migranten“ als zentrale Ursache an. Die dritte, hier nicht weiter behandelte Feindgruppe sind die

„antideutschen Eliten“ in Politik, Justiz und den Medien. Entsprechend sind auch die Bearbeitungs- oder Lösungskonzepte der extremen Rechten auf diese beiden Bevölkerungsgruppen ausgerichtet. „Entfremdung, Entwurzelung, Ausländerströme, Multikulturalpolitik, Globalisierung, „Werteverfall“, Vereinsamung, Arbeitslosigkeit und Hoffnungslosigkeit sind nicht bloß das Ergebnis einer schlechten Politik der Herrschenden, sondern als ‚Endlösung‘ der Deutschenfrage geplant.“ (Voigt in DS 2003: 10)

Die „Globalisierungsvormacht USA“ sei in mehrfacher Hinsicht „Verursacherin und Profiteurin der völkerzerstörenden Wanderungsbewegungen“:

„Planvoll soll der Konkurrenzkontinent Europa durch fremdrassige Flüchtlingsmassen zersetzt werden, weil interventionsfähige Nationalstaaten gestaltend ins Räderwerk der Globalisierung greifen und ethnisch homogene Völker beträchtliche Gemeinschaftskräfte freisetzen können. Starke Nationalstaaten und intakte Völker sind natürliche Schutzräume und Solidarverbände, die den Globalkapitalisten im Weg stehen und deshalb ausgeschaltet werden sollen.“ (Gansel in DS 2007: 20)

Diese Zitate verdeutlichen, dass für die völkische Weltanschauung neben den dargestellten zentralen Inhalten (Volk, Reinhaltung, Fremde als Feinde) auch bestimmte strukturelle Merkmale im Denkstil kennzeichnend sind: Die Weltanschauung operiert mit wenigen Unterscheidungen und ist in diesem Sinne nicht komplex, sondern simpel. Die Deutungen sind geschlossen, insofern sie Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft auf wenige Prinzipien reduzieren. Die Ideologie folgt einem intentionalistischen Grundverständnis, für das die Ursachen gesellschaftlicher Veränderungen ausschließlich auf den bewussten Willen handelnder Subjekte zurückgeführt werden. Für diese personalistische Sicht existieren schlechterdings keine strukturellen Entwicklungen, keine Zufälle oder nichtbeabsichtigte Folgen von Handlungsketten (vgl. Groh 1992). Ein weiteres Merkmal ist die Dynamik, die notwendigerweise mit dem absolut gesetzten Ideal des Volkes verbunden ist. Gemessen an unbedingten Zielen erscheint jede geschichtliche Wirklichkeit ungenügend. Entgrenzte Homogenitäts- und Reinheitsforderungen sind die Folgen. Praktisch wird damit eine Eskalation in Gang gesetzt, die zur Definition von immer neuen äußeren Volksfeinden oder Verrätern in den eigenen Reihen führen muss. Die Phantasie der Säuberung ist maßlos. Mit einem Wort: Das „völkisch-monistische Weltbild“ (Bott 1969: 23) kann die Wirklichkeit nicht angemessen verarbeiten, es kann aber beträchtlichen Terror ausüben, falls es von politischer Macht gestützt wird.³

2 Antisemitismus

Antisemitismus ist die politische Lebenslüge der Rechtsextremen. Sie wird von ihnen kollektiv geteilt und bestimmt ihre ideologische Identität. Man muss den gegenwärtigen Antisemitismus aus zwei Gründen in eine weitere Perspektive rücken und nicht bei der Untersuchung seiner unmittelbaren Verbreitung im vergangenen Jahrzehnt stehen bleiben. Einmal sind antisemitische Denker und Agitatoren geistig steril, sie bringen ideologisch wenig Originäres hervor. Zum anderen greifen sie auf den schon im späten Mittelalter voll etab-

3 Die limitierten kognitiven Kapazitäten dieser Weltanschauung korrespondieren mit den psychologischen Beobachtungen zur Rigidität im Denken (vgl. Scheuch/Klingemann 1967) und wissenssoziologischen Analysen zu Dogmatismus (vgl. Backes 1989, 301ff.) bzw. Denkstil (vgl. Berger/Berger/Kellner 1973).

lierten anti-jüdischen Fundus zurück („Geheimnis und Betrug“ bestimmen strukturell alles antisemitische Denken) und geben von Zeit zu Zeit Antworten auf den Stand der „Judenfrage“. Dabei stehen tagespolitische Ereignisse ebenso auf dem Programm wie vermeintlich „ewige“ Sachverhalte. Plagiate und abstruse Synthesen betrachten die Antisemiten aber nicht als Schwäche ihres Denkens sondern vielmehr als Stärke, soll doch die ständige Wiederholung den altbekannten Schlagworten Glaubwürdigkeit verleihen und beweisen, dass den Grundmustern Realität zukommt. Bei negativen Ereignissen ist die Sinnspitze der antisemitischen Kritik immer dieselbe: Angesichts nationaler Katastrophen, sozialer Krisen oder wie auch immer gearteter persönlicher Misere beschuldigt sie stets die „Außenstehenden“ und entlastet die Eigengruppe. Daher ist nach überkommenen Mustern zu fragen, die politische Entscheidungen, aber auch alltägliches Handeln vorstrukturieren.

2.1 *Alter Wein in alten Schläuchen*

Diese Vorprägungen, etwa die Stereotypen über Juden, sind älteren Datums, werden jedoch zu gegenwärtigen Anlässen aktualisiert. Antisemiten erkennen historische Tatsachen der jüngsten Vergangenheit und die Gegenwart nicht an. Die Fakten werden durch Verfälschungen aggressiv in Abrede gestellt. Dazu gehören folgende Versatzstücke: Vor allem „der Jude“ wird für den „unglücklichen“ Verlauf der nationalen Geschichte und dessen Folgen verantwortlich gemacht. Jüdische Agitatoren seien verantwortlich, dass den auf den Schlachtfeldern des Ersten Weltkriegs unbesiegten deutschen Armeen der Dolch in den Rücken gestoßen wurde (vgl. Barth 2003).⁴ „Der Jude“ sei es letztlich gewesen, der das Erstarken Deutschlands in der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft mit Neid und Feindschaft verfolgt habe und mit seiner Einkreisungspolitik einer antideutschen Weltkoalition das „Dritte Reich“ in den Krieg getrieben habe. Als Beweisstücke dienen eine angebliche „jüdische Kriegserklärung“ aus dem Frühjahr 1933 und als langfristiger Masterplan die geheimen „Protokolle der Weisen von Zion“.⁵ Bei den „Protokollen“ handelt es sich um ein verschwörungslogisch angelegtes antisemitisches Machwerk (vgl. Körner 1992).

Der Krieg einer antideutschen Weltkoalition sei nur die eine Seite des Versuchs des internationalen Judentums, Deutschland zu knechten. Demokratisierung und Rechtsstaatlichkeit im Inneren seien die andere. Nach der Kapitulation der Wehrmacht und dem Zusammenbruch des NS-Regimes sei den Deutschen durch die von den Alliierten lizenzierten Parteien und kontrollierte Presse, letztlich völkerrechtswidrig eine „undeutsche“ Ordnung, das Grundgesetz, aufgezwungen worden, deren Nutznießer allein die Juden und der Staat

4 Aus der Fülle der einschlägigen Literatur einige sprechende Titel: Hans Bursch (1935): Der Weltkrieg gegen das deutsche Volk. Breslau; David Hoggan (1969), Der erzwungene Krieg. Die Ursachen und die Urheber des Zweiten Weltkriegs. Tübingen; Otto Werner (1971): Englands Kriegspolitik gegen Deutschland. München; Dirk Kunert (1984): Ein Weltkrieg wird programmiert. Hitler, Roosevelt, Stalin. Die Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges nach Primärquellen. Kiel; Adolf von Thadden (1996): Stalins Falle. Er wollte den Krieg. Rosenheim; Helmut Gordon (Hg.) (1992): Kriegsreden 1936-1941. Das Kesselreiben gegen Deutschland. Leoni. Die Zahl der Titel steht im umgekehrten Verhältnis zu ihren monotonen Inhalten.

5 Am 23. Juni 1941, direkt nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion titelte der Völkische Beobachter: „Komplot mit London und Moskau offen zugegeben. Beide Komplizen einig im Vernichtungswillen gegen Deutschland und Europa“. Zur massenwirksamen Ausformung dieser Geschichtspolitik gehört das jährliche Gedenken an Rudolf Heß. Im Auftrag Adolf Hitlers sei er im Mai 1941 nach Großbritannien geflogen, um dort Friedensverhandlungen zu führen. Durch seine Glorifizierung wird das gesamte nationalsozialistische System als friedenswillig verharmlost (Kohlstruck 2004).

Israel seien. Das Grundgesetz sei daher ein „Besatzerkonstrukt“, die Bundesrepublik wird als „Vasallenrepublik“ oder gleich als „Judenrepublik“ diffamiert.⁶

Die antisemitisch konnotierte „Kriegsschuldlüge“ und „Auschwitzlüge“ sind Schlüsselthemen, die für das gesamte rechtsextreme Spektrum maßgeblich sind. So ist Antisemitismus das entscheidende ideologische Bindeglied der verschiedenen, oftmals zerstrittenen, völkischen, ultranationalistischen und neonazistischen Gruppen und Grüppchen. Antisemitismus ist die gemeinsame Plattform im Kampf gegen die „undeutsche“, parlamentarisch-demokratische Ordnung, ihre politische Kultur und ihre Repräsentanten. Die Geschichtsrevisionisten wollen den Mord an den europäischen Juden nicht wahrhaben, sondern erklären ihn zu einer Lüge macht- und geldgieriger Juden, die dazu in die Welt gesetzt worden sei, die Deutschen für alle Zeit zu Schuldigen zu machen, um sie moralisch zu erpressen und finanziell auszubeuten.⁷

„Das BRD-Establishment hat den zehn christlichen Geboten längst ein elftes hinzugefügt: Du musst die Juden ehren! Danach hat der Jude als das Opfer der Weltgeschichte schlechthin, als das Unschuldslamm aus der Wüste Kanaans, zu gelten – gestern, heute und morgen, in der Politik, der Wirtschaft und in der Kultur!“ (Gansel in DS 2002: 5)

Der Kampf der Rechtsextremen zielt selbstbewusst auf „Wahrheit“ in der Geschichte und auf „Gerechtigkeit“ für Deutschland. Die BRD sei auf einer Lüge gebaut und folglich sei der Holocaust die Achillesferse des Systems. Aus Selbstschutz könne das System aber keine freie Forschung und offene Diskussion über die Mordtechniken und die Zahl der Opfer in Auschwitz zulassen und verfolge abweichende Meinungen zu diesem historischen Komplex mit unerbittlicher Härte.⁸

Argumentiert wird hier in der Logik einer Täter-Opfer-Umkehr. Verglichen mit den Juden, die die Lüge propagierten, stehen die Rechtsextremen auf der Seite der Wahrheit. Die nationalsozialistischen Untaten seien letztlich keine Untaten, sondern feindliche Akte der Juden. Der neutestamentliche Topos – „die Juden sind Zeugen ihrer Bosheit und unserer Wahrheit“ – strukturiert de facto noch die Vorstellungskraft der heutigen atheistischen Auschwitzleugner. Ihre abstrusen Ideen führen zu ihrer gesellschaftlichen Randstellung. Aus ihrem geradezu religiös anmutenden Glauben, im Besitz einer unwiderlegbaren Lehre zu sein, wird diese Marginalisierung in eine Avantgard-Position umgedeutet. Niederlagen und Verluste werden nicht länger als Makel, sondern als Opfer und Beleg ihrer Richtigkeit interpretiert (vgl. Paris 1998: 79). „Ehre bedeutet für uns Nationaldemokraten die Standhaftigkeit und den Mut zu haben, trotz aller Repressalien, Verleumdung und Hetze, weiterhin für die Wahrheit und Gerechtigkeit in unserer Heimat einzutreten!“⁹

6 Parole auf einer Demonstration in Frankfurt am Main Juli 2007 anlässlich des NPD-Wahlkampfes in Hessen: „BRD, Judenstaat, wir haben Dich zum Kotzen satt“.

7 Vgl. den Artikel „Israel – 60 Jahre auserwählte Moral“ in: Taschenkalender des nationalen Widerstandes 2008, DS-Verlag Riesa, Eintrag im September. Für 15.- € kann dort der schlichtere, aber aktionistische „Widerständler“ ein „T-Hemd“ mit dem Aufdruck „Kein Geld für Usrael“ [sic!] erwerben.

8 Vgl. zu diesem Themenmix das Interview, das Andreas Molau für die Deutsche Stimme mit Benedikt Frings, NPD-Mitglied und Teilnehmer an der Holocaust-Konferenz Dezember 2006 in Teheran, führte (DS 2007, 2: 3ff.). Er, Frings, habe sich im Rahmen von NPD-Veranstaltungen gut auf die Reise vorbereitet. Kriegsschuld und Holocaust seien in der BRD zur Quasi-Staatsreligion erhoben worden; das Staatsgebilde Israel sei aufzulösen, es habe keine Existenzberechtigung; Ahmadinejad sei ein ausgesprochener Philosemit; die Hauptverdächtigen am Anschlag vom 11. September seien CIA und Mossad.

9 Leitantrag des Landesvorstandes der NPD Thüringen für den Programmparteitag 2007 unter dem Motto: „Ehre, Freiheit, Vaterland“, Dezember 2007.

Die Kontinuität der Gegnerschaft durch die Geschichte wird von der Ideologie konstruiert. Weltanschauungen vermitteln seit jeher durch ihren Blick von oben auf das Ganze eine dem „wissenden Auge“ sich unmittelbar erschließende Komplexität in gottähnlicher Perspektive. Wer diese Anschauung gewonnen hat, der ist naturgemäß nicht bereit, sie zu korrigieren und sich mit einem weniger umfassenden Wissensstandpunkt zu begnügen. So bedeutet Antisemitismus Selbstermächtigung durch Pseudo-Erkenntnis. Antisemitismus vermittelt die Illusion der Kontrolle, die insbesondere für die Verarbeitung von Krisenerfahrungen wichtig ist. Antisemitismus ist das Mittel gegen den Zufall. Nichts geschieht zufällig, alles was geschieht ist determiniert und intendiert von einer kleinen, aber mächtigen Gruppe von Verschwörern.

Vor allem im Zusammenhang mit der ökonomischen, sozialen und kulturellen Globalisierung werden antikapitalistische und antiamerikanische mit antisemitischen Positionen vermischt. In den Publikationen und im Wahlkampfmaterial stehen die antisemitische Deutung der US-Außenpolitik und des Nahost-Konflikt an vorderer Stelle. Der Politik der USA wird unterstellt, sie sei von „jüdischen Interessen“ gelenkt. Insbesondere der Nahost-Konflikt stellt eine Projektionsfläche dar, die zur Entlastung von den Verbrechen in der deutschen Geschichte geeignet scheint. Die Solidarität mit den Palästinensern soll zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Einmal stellt man sich auf die Seite der Feinde Israels, zum anderen wird behauptet, man sei weder fremdenfeindlich – und mittels einiger begrifflicher Verrenkungen – auch nicht antisemitisch, schließlich seien doch die Araber die Semiten.

Das Führungspersonal der deutschen Politik stehe in Abhängigkeit von Israel. So kommentiert das Wochenblatt der DVU, die „National-Zeitung“, den Israel-Besuch von Kanzlerin Merkel mit den Worten:

„Kanzlerin Merkel schmolz bei ihrem Nahostbesuch [...] vor Israels amtierendem Ministerpräsidenten Ehud Olmert geradezu dahin. Die Besucherin aus Deutschland trat vor Scharons Statthalter auf wie ‚Nipper‘, der berühmte Wau-Wau von Electrola, vor dem Grammophon, aus dem die Stimme seines Herrn ertönt.“ (National-Zeitung 2006: 1ff.)

So wie die Bundesrepublik außenpolitisch eine Marionette in den Händen Washingtons und Tel Avivs sei, stehe sie innenpolitisch in Abhängigkeit vom Zentralrat der Juden. Die antisemitische Parteilegende der NPD besagt, bereits die Einleitung des Verbotsverfahrens gegen die NPD im Jahr 2000 sei auf die Intervention des Zentralrats der Juden erfolgt. Erst das Drängen des damaligen Vorsitzenden Paul Spiegel habe den zögernden Innenminister Otto Schily dazu bewogen. Die Legende wird in Bezug auf das „Collegium Humanum“ wiederholt. „Aus Sicherheitskreisen“ verlaute, dass die Vorsitzende des Zentralrats persönlich bei der Bundesregierung auf ein Verbot gedrängt habe (vgl. Stegner in DS 2008: 5). In der folgenden Ausgabe der Zeitung wird dem Zentralrat, der „über einen langen Arm“ ins politische Establishment verfüge, erneut „Einmischung“ und „Bevormundung“ vorgeworfen: „Nicht schon wieder, Frau Knobloch!“ (In DS 2008a: 4)

2.2 Adressaten und Akteure

Gegenwärtig hat die antisemitische Agitation der Rechtsextremen drei Zielgruppen im Auge: zum Einen den rebellischen Teil der Jugend. Zum Anderen diejenigen Teile des

breiten Publikums, die mit der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Situation unzufrieden sind (Nicht- und Protestwähler), darunter Menschen, die mit Vielfalt nicht umgehen können und kulturelle Andersartigkeit ablehnen. Und schließlich zum Dritten die eigenen Anhänger und Kernwähler. Die Agitation ist auf diese drei Adressaten abgestimmt.

Ein Teil der Jugend ist nationalistisch, fremdenfeindlich und krawallorientiert und daher empfänglich für derartige Propaganda, wenn sie adressaten-gerecht im modernen Gewand von eingängiger Musik, illustrierten Heftchen, Internetangeboten und vor allem durch Dauergerede in den Cliques verbreitet wird. Ausgesprochen hoch zu veranschlagen ist die Relevanz der privaten Verständigung zwischen den „Kameraden“, die der Vermittlung von Weltbildern und politischen Bewertungen dient. Die alltägliche Reproduktion völkischer Ausdrucksweisen und Denkfiguren etabliert im Vorstellungshorizont der Cliques einen Normalitätsstandard. Sie ist wichtiger als die offizielle Parteipropaganda. Damit ist der Glaube an die deutsche Volksgemeinschaft das Produkt der parteioffiziösen Propaganda und der Cliqueskommunikation.¹⁰

Es bildet und reproduziert sich eine Subkultur mit eigenen Deutungen, Ritualen, Symbolen und Parolen, mit eigenem Sprachstil, eigenen Kleidungs-, Ess- und Heiratsregeln, die sich damit von den Umgangsformen in der so genannten „Mitte der Gesellschaft“ entfernt. Aus der Not des individuellen Verlorenseins und Versagens wird die Tugend des scheinbaren Bescheidwissens im Kreise gleich gestimmter „Kameraden“. Dicke Bücher und umfangreiche Broschüren, die wenig gelesen werden, sind für diese Zielgruppe ungeeignet und werden daher auch kaum verwendet. Die Palette propagandistischer Möglichkeiten ist breit: Seit Jahren ergießt sich eine wahre Flut von völkisch-antisemitischen Hetzliedern, Karikaturen und Illustrationen über die „Kameraden“. Der Erfolg dieser massiven Beeinflussung ist sichtbar in Zeichen und Parolen, die an Hauswänden, Bushaltestellen und auf T-Shirts („gegen ZOG“¹¹) prangen. Die Aggression richtet sich gegen Friedhöfe, Mahnmale und gegen die Erinnerungen an jüdisches Leben (Stolpersteine).¹²

Empfänglich sind auch Erwachsene, die sich verbittert in der Moderne, im liberalen Alltag, aus Misstrauen gegen die Großstädte mit ihrem hohen Migrantenanteil, den selbstbewussten jüdischen Organisationen und in der durch soziokulturellen Wandel veränderten „Heimat“ nicht mehr zurechtfinden. Doch bei ihnen verfängt die antisemitische Propaganda in aller Regel deutlich weniger als die Fremdenfeindschaft. Dass diese Deutungsvorgaben auf Elementen der völkischen und nationalsozialistischen Propaganda beruhen, stärkt ihre Überzeugungskraft nicht, im Gegenteil. Die überwiegende Mehrheit der Deutschen lehnt Diktatur und Gewaltherrschaft, einschließlich ihrer ideologischen Begründungen (völkische Ideologien und die Ideen der konservativen Revolution), ab. Um Breitenwirkung zu erzielen, rücken deshalb Rechtsextreme eine manifeste Fremdenfeindschaft ins Zentrum. Antisemitismus ist für die Außenwerbung weniger geeignet, aber im Binnenraum der rechtsextremen Bewegung unverzichtbar.¹³ Für die interne Schulung der eigenen Anhänger ist die gegenseitige Durchdringung von tagesaktueller Ideologisierung und grundsätzlicher Xenophobie kennzeichnend. Hier genügen Schlüsselreize wie „Ostküste“, „Globalisten“ oder

10 Unsere kontinuierlichen Feldbeobachtungen und Interviews im Raum Berlin/Brandenburg belegen, dass die Hetze gegen Juden in diesen Cliques in hoher Blüte steht, z.B. die anti-jüdische Namensschnüffelei.

11 Der Begriff „ZOG“ steht in (speziell nordamerikanischen) rechtsextremen Kreisen für die Abkürzung Zionist Occupied Government, eingedeutscht „Zionistisch besetzte Regierung“.

12 Vgl. zur Handschrift der Schändungen (Apabiz/MBR 2008: 24ff.).

13 Auch die Versuche von Politikern demokratischer Parteien, die antisemitische Karte zu spielen, sind deutlich gescheitert (Möller, Hohmann).

„nichtlegitimierte Kreise“, um die Schuldigen und die verantwortlichen Hintermänner zu identifizieren. Ausführliche Erklärungen sind nicht nötig, sprachliche und symbolische Anspielungen reichen aus, um den antisemitischen Deutungshintergrund zu aktivieren.¹⁴ Jürgen Gansel, ein Vordenker der NPD im Sächsischen Landtag, verfasste im Jahr 2006 eine interne „Handreichung“ für seine Parteifreunde mit dem Titel: „Argumente für Kandidaten & Funktionsträger“, in der er empfiehlt, pädagogisch geschickt vorzugehen (vgl. NPD-Parteivorstand 2006). In diesem, vom NPD-Parteivorstand herausgegebenen Text kommt die antisemitische und völkische Grundlage der Partei, trotz aller Versuche zur taktischen und juristischen Verschleierung, deutlich zum Ausdruck (vgl. die kritische Auseinandersetzung mit diesem Dokument bei Wagner 2008).

Zweifellos weist der Antisemitismus der Mitglieder, der Kernwähler und der Entscheidungsträger eine Varianzbreite aus, sowohl in seiner inhaltlichen Fundierung als auch in seiner Handlungsmotivierung. Aktiviert und bestätigt werden diese Einstellungen vom Milieu und in der Organisation, die Konformismus in Richtung der radikalsten Meinung verlangt.¹⁵ Ein Auschwitzleugner ist außerhalb seiner Bezugsgruppe ein Spinner, innerhalb der Organisation aber ein Held:

„Nur wenn der Eine andere findet, die seinen Köhlerglauben teilen, kann er selbst ihn bewahren. In geschlossenem Verein vermag man dem Lächeln der Umwelt standzuhalten. Die Bestätigung seitens anderer befreit mich von der Verantwortung für die Ungereimtheit meines Glaubens.“ (Geiger 1963: 202)

Die anti-jüdische Hasspropaganda findet gesellschaftlich wenig Anklang und sie wird von der Gesetzgebung und Rechtsprechung sanktioniert. Erhebliche Wirkung hatte die strafrechtliche Verfolgung, der es in den vergangenen Jahren gelungen ist, die Verbreitung der Auschwitzleugnung einzudämmen. In Deutschland kann derartige Propaganda nicht ungehindert publiziert werden, sie ist aber über das Internet jedem zugänglich. Auf die Repression reagierten die Revisionisten mit publizistischer Zurückhaltung. Die gegenwärtige Situation ist von einer Ambivalenz zwischen Geheimhaltung und Propagierung gekennzeichnet. Einerseits wird die Rechtsordnung abgelehnt und die juristische Sanktion gefürchtet, andererseits verlangen Glaubwürdigkeit und die Konformität mit der Gruppenordnung die offene Äußerung als demonstrativen Beweis der Zugehörigkeit.

Um ein Mindestmaß an Reputation zu wahren und um sich der strafrechtlichen Verfolgung zu entziehen,¹⁶ haben die Spezialisten für historischen Revisionismus unter aktiver Beteiligung bekannter NPD-Mitglieder (u.a. Frank Rennie, Udo Walendy, das ehemalige NPD-Mitglied Horst Mahler), eigene Zusammenschlüsse gegründet, so den „Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten“ (VRBHV).¹⁷ Diese Auslagerung ist als Rosstäuschertrick leicht zu durchschauen, denn als viel gefragte Vortrags-

14 Die „National-Zeitung“ aus dem Hause Frey bedient sich seit Jahrzehnten der Technik des uneigentlichen Sprechens. Schlägt man ältere Analysen zu diesem Wochenblatt auf, wird sichtbar, wie stur an politischen Wunschträumen, eingewurzelten Vorurteilen, an bewährten Feindbildern und Hassobjekten festgehalten wird (vgl. Vogt 1980).

15 Vgl. zur Bedeutung der politischen Gruppe als Gesinnungsgemeinschaft, als Partizipationsraum und als Gratifikationsmedium: Erb 2007.

16 Udo Voigt in Bamberg: „In dieser Partei findet nichts Verbotenes statt – eine Partei, die nichts Verbotenes tut, kann auch nicht verboten werden.“ (vgl. Vergeiner in DS 2008: 13). Dies sagte er in Anwesenheit des Parteirengastes und bekennenden Hitler-Verehrsers Horst Mahler.

17 Der Verein wurde im April 2008 vom Innenministerium verboten.

redner und Publizisten wirken sie doch wieder in die Partei zurück. Das Mitglied im Vorstand des VRBHV, Auschwitzleugner und „Reichsbürger“ Bernhard Schaub tourte im Frühjahr 2008 zu seiner Vortragsreise durch verschiedene NPD-Kreisverbände in Sachsen. Die zahlreichen Solidaritätsbekundungen für verurteilte Revisionisten und antisemitische Hetzer (für David Irving, Gernar Rudolf, Ernst Zündel und für viele andere) legen das Zusammenwirken parteininterner und –externer Kräfte offen.¹⁸

2.3 *Rhetorische Motivierung*

Die Rhetorik der Defensive ist beim Kampf gegen die Juden immer präsent. Antisemitismus vertauscht die Sicht von Tätern und Opfern, so dass sich Judenfeinde als Bedrohte wahrnehmen. Das Vorgehen gegen die Juden wird als Notwehr, als Gebot der Selbsterhaltung oder als selbstlose Befreiungstat verklärt. Diese Notwehr-Rhetorik ist psychologisch brisant, bei Einzelnen und bei bestimmten Gruppen gefährlich, weil sie zur Aggression ermutigt und diese legitimiert (vgl. Bachem 1999: 102). Antisemiten und Rassisten sind Apokalyptiker, die massive Eingriffe in die bestehende Ordnung unter Berufung auf die in ihrer Existenz bedrohte Religion, Rasse, Volk oder Nation („Volkstod“) durch allergrößte Gefahren rechtfertigen. Rechtsextreme stilisieren sich stets als Verteidiger, niemals als Angreifer, immer sind sie Reagierende, nie die Agierenden („Hier marschiert der nationale Widerstand“). Damit bringen sie sich subjektiv in eine moralisch vorteilhafte Position. Vielleicht ist diese defensive Rhetorik ein Grund dafür, dass die antisemitische Agitation von etlichen Beobachtern übersehen oder als weniger aggressiv bagatellisiert wird? Lange bevor die Rechtsextremen in der Lage sind, den demokratischen Rechtsstaat herauszufordern und zu schwächen, finden fremdenfeindliche Gewalt und antisemitische Attacken statt. Deren Zielgruppen werden erschreckt, erniedrigt und durch Terror aus Deutschland zu vertreiben versucht.

Konsequenzen aus der anti-jüdischen Feinderklärung werden kaum offen ausgesprochen, aber angedeutet und nahe gelegt, dass die Gruppe (und deren Helfer – „Lakaïen Israels“ oder „Judenlobby“), die eine derartig hohe Schuld auf sich geladen habe, mit äußerster Härte zu rechnen hat. Mit Einschüchterungen und Drohungen wird die „deutsche Volksgemeinschaft“ abgegrenzt, um diejenigen auszuschließen, denen die Rechtsextremen das Teilhaberecht in Deutschland absprechen. Die nationale Einheit und die völkische Gesundheit könne nur wieder hergestellt werden, wenn den Juden endgültig ihre schädliche Einwirkung verwehrt werde. Es scheint, dass die rechtsextremen Parteien eine „gesetzliche Lösung der Judenfrage“ favorisieren und eine Konfrontation mit pogromartiger Straßengewalt vermeiden wollen, weshalb sie die Diskussion dieser brisanten Themen verschieben und auf ein Ende von Einzelaktionen drängen. So bleiben Konsequenzen implizit, aber die unausgesprochene Schlussfolgerung lautet: Für die Deutschen sei es lebensnotwendig, dass die Juden und Ausländer verschwinden. Vermutlich aufgrund der Erfahrungen mit Staatsschutz und Justiz werden explizite Drohungen vermieden, ohne indes vollständig zu fehlen.

In den Schulungsrichtlinien ist davon die Rede, dass es der „weltanschaulichen Bildung“ nicht um reine Wissensvermittlung, sondern um Praxis- und Alltagsbezug gehe (vgl. die Handreichung von Gansel). Über die Forderung hinaus, jeglichen Kontakt mit Juden

18 Eins von zahllosen Beispielen: Der Vorsitzende des NPD-Kreisverbandes Hildburghausen hängte ins Fenster seiner Wohnung ein Plakat mit der Forderung: „Freiheit für Ernst Zündel“ aus (Foto bei indymedia 3.9.2007).

(und Ausländern) zu meiden und die eigenen Identitätsmerkmale weiterzuentwickeln, fehlen konkrete Handlungsanleitungen zum Umgang mit Juden. Implizit aber werden bestimmte Wahrnehmungs- und Handlungsmuster nahe gelegt. Dabei geht es um geteilte Visionen und geteilte Aversionen.

Exponierte Agitatoren wie Horst Mahler, der 2008 verstorbene Friedhelm Busse, Günther Deckert, Bernhard Schaub, Axel Reitz oder der „Hausmeister“, der Chefbetreuer des rechtsextremen Nachrichtenportals Altermedia, appellieren an ihre Anhänger: „Zeigt Mut, schließt euch fester zusammen. Sprecht die Wahrheit aus!“ Erst soll mit Worten der jüdische Einfluss bekämpft werden, dann sollen Taten folgen.

Die Vorsitzende des seit Mai 2008 verbotenen „Collegium Humanum“ in Vlotho, Ursula Haverbeck-Wetzel, drohte der Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland, Charlotte Knobloch, die sich dafür ausgesprochen hatte, den Holocaustleugnern im „Collegium Humanum“ das Handwerk zu legen, im Internet: „Ich warne Sie. [...] Machen Sie so weiter wie bisher, dann könnte sich ein neues Pogrom ereignen, das entsetzlich würde.“ Und sie fuhr fort:

„Wenn Ihnen hier so vieles nicht gefällt, dann gehen Sie doch zurück in Ihr Ursprungsland, nach Innerasien¹⁹ [...]. Bereiten Sie sich auf den Tag der Wahrheit vor. Er ist nahe und nicht mehr aufzuhalten.“ (zitiert nach: Altermedia 13.02.2008 und nach der Verbotungsverfügung des Bundesministeriums des Innern 18.04.2008: 37)

Die Verbindung von jugendlicher Militanz mit dem „Erklärungsmodell“ Antisemitismus ist für die Entwicklung der anti-jüdischen Straftaten und der Verbreitung von aggressiven Vorurteilen verantwortlich. Derartige Straftaten praktizieren Ausgrenzung und sie benennen mit der Verwendung der NS-Symbolik, mit welcher Begründung und mit welcher Programmatik die anti-jüdische Aggression betrieben wird. Die Einbindung zahlreicher „Kameradschaften“ in Parteiaktivitäten zähmt die jungen Krieger keineswegs, sondern wertet sie im Gegenteil auf und gibt dadurch dem Gedanken an militante Aktionen erst recht Auftrieb.

2.4 *Vom Gerede zur Tat*

Zur Analyse der Handlungsoptionen sind die Zukunftserwartungen der verschiedenen Akteursgruppen zu berücksichtigen. Die Cliques junger Schläger oder Neonazis handeln spontan und impulsiv. Sie geben ihren Überzeugungen ungefiltert und handgreiflich Ausdruck. Hingegen muss die Führung rechtsextremer Parteien strategisch und kalkuliert handeln, will sie sich langfristig dem Wählervotum stellen, um sich die finanziell lukrativen Partizipationschancen zu sichern. Auch wenn eine partielle taktische Zivilisierung des parteipolitischen Rechtsextremismus zu beobachten ist (vgl. Klärner 2008), so darf nicht übersehen werden, dass Rowdytum und Enthusiasmus junger Krieger („Wir befinden uns im Krieg mit dem System“ – so das Fronttransparent einer Demonstration) schwerlich zu kontrollieren sind, dass sie ihre eigenen Ziele verfolgen und ihre Disziplinierung dauerhaft nicht

19 Mit „Innerasien“ ist nicht Israel gemeint, sondern ein nicht lokalisierbares Gebiet in Mittelasien, aus dem angeblich die Vorfahren der Juden stammen.

gelingt.²⁰ Manche dieser so genannten „Freien Kräfte“ entwickeln sich zu Herrschaftsträgern im Kleinen und terrorisieren ihre Umwelt.

Einheitliche Politik zwischen den verschiedenen Gruppen ist schon deshalb ein Ding der Unmöglichkeit, weil die Primärmotive unterschiedlich sind. In Parteien – mit ihrem höheren Personalbedarf – definiert sich der Zusammenhalt stärker politisch. Die Aufgabenstellung liegt nicht in risikoreicher Freizeitgestaltung, in gewalttätigen Auseinandersetzungen mit dem politischen Gegner oder der Polizei, sondern in der Absicht, langfristig und planmäßig auf die Wähler einzuwirken. Die jüngste Generation in der rechten Szene – die sich „Autonome Nationalisten“ nennt – ist hier und heute an Spaß und am Abenteuerurlaub in der „Reichshauptstadt“, interessiert, ohne sich durch die Meinung potenzieller Wähler und spießiger Parteioberer behindern zu lassen. Ihre Ziele sind nicht Unterordnung, Parteibindung, finanzielle Belastung durch Beiträge, kontinuierliche, zeitintensive Parteiarbeit mit vagen Erfolgsaussichten. Antisemitische Äußerungen dienen hier von vornherein als probates Mittel zur Provokation.²¹ Eine Lösung für den Widerspruch zwischen Spontaneität mit impulsiven Aktionen und dem Anspruch auf Langfristigkeit und einem komplexeren Verständnis von Politik ist nicht in Sicht.

Freilich sind die Grenzen zwischen Krawallszene und Partei nicht unüberwindbar, zeigt doch die Karriere etlicher militanter Neonazis, dass man problemlos, trotz erheblicher Vorstrafen, zwischen Gewaltmilieu und allen Funktionärrängen wechseln kann.²² Wie es scheint, soll dies auch in Zukunft so bleiben, hat sich doch Udo Voigt auf dem Bamberger Parteitag 2008 nicht inhaltlich von den autonomen Neonazis distanziert, sondern lediglich von ihrem Erscheinungsbild. Einen „anständigen Deutschen“ stelle man sich anders vor.²³

Konfrontiert man antisemitische Kernaussagen mit der sozialen Realität, so wirken sie lächerlich bis abstrus. Allein die Realitätsprüfung durch einen unvoreingenommenen Beobachter kann allerdings nicht die Attraktivität von antisemitischen Deutungen erklären. Dazu müssen die Bedeutungen und die Funktionen, die derartige Vorstellungen bei ihren Propagandisten und Rezipienten haben, beachtet werden (vgl. Pfahl-Traugher 1993). Für den Antisemitismus sind vier Funktionen zu nennen: 1) Identität, 2) Erkenntnis, 3) Mobilisierung und 4) Legitimation.

1) Antisemitische Vorstellungen vermitteln das Gefühl der Zugehörigkeit und zwar nicht über die Nennung von eigenen Identitätsmerkmalen, sondern über die Abgrenzung von der als „böse Macht“ geltenden feindlichen Gruppe. Diese Wirkung erzielt das dualistische Weltbild, das von einem Kampf der „Guten“ gegen die „Bösen“ ausgeht (Identitätsfunktio-

20 Ein Beispiel: Udo Voigt und weitere Funktionäre der Partei reisten im Frühjahr 2007 zu einer SS-Gedenkveranstaltung nach Budapest. Am Abend gab es ein Konzert u.a. mit Hardcore-Liedern der Band „Landsker“: „Adolf Hitler, steig hernieder, und regiere Deutschland wieder. Zum Himmel heben wir die Hand, für Führer, Volk und Vaterland“. Aus lauter Begeisterung zeigten Norman Bordin und Matthias Fischer, Mitglieder im Vorstand der NPD Bayern, den „Hitler-Gruß“. Nachdem das Fernseh-Magazin „Panorama“ (Nr. 679 vom 15.3.2007) davon Filmaufnahmen ausgestrahlt hatte, distanzierte sich anderen Tags der NPD-Generalsekretär Peter Marx von diesen „antisemitischen Ausfällen“. Die beiden hätten mit einem Schiedsgerichtsverfahren zu rechnen. Aber Folgen hatte dies nicht, beide waren weiterhin in ihren Parteiämtern tätig und wurden als Kandidaten zur bayerischen Kommunalwahl aufgestellt.

21 Ein Transparent, dass mit seinem merkwürdigen Text mehrmals durch deutsche Straßen geschleppt wurde: „Tel Aviv ist nicht Berlin, Israel ist nicht Deutschland und Friedmann [sic!] ist nicht unser Freund!“

22 Das jüngste Beispiel: Der fünfzehnfach vorbestrafte Lutz Giesen wird ab Juni 2008 Mitarbeiter der NPD-Fraktion im Schweriner Landtag (vgl. Ostsee-Zeitung, 19.06.2008).

23 „Gewalt ist für uns völlig inakzeptabel!“ Udo Voigt auf dem Bamberger Bundesparteitag über ‚Anti-Antifa‘, schwarze Fahnen und den ‚Schwarzen Block‘ (vgl. DS 2008b: 14).

on). Mit der Markierung eines absoluten Feindes begründet sich die Fundamentalopposition gegen die Demokratie („Artgleichheit“ statt „Gleichheit“) – einschließlich aller „Fremdkörper“ und derjenigen, die überhaupt die Unterscheidung jüdisch-deutsch nicht treffen wollen.

Nun folgt der Wähler aber verlässlich nicht den „Rettern Deutschlands“. Dem Bürger ist leidenschaftliche Verneinung suspekt. Bei Wahlen schneiden die rechtsextremen Parteien bisher in den westdeutschen Bundesländern zumeist mit dürftigen Stimmanteilen ab. Zwar sind ihre Ergebnisse in den ostdeutschen Ländern besser, dies dürfte jedoch nicht in den antisemitischen Aspekten ihrer politischen Positionen begründet sein. Diese relative Erfolglosigkeit ist aber für die Antisemiten kein Grund zur Revision ihrer Programmatik und zur Neujustierung ihrer ideologischen Identität. Vielmehr sehen sie darin den Beweis für die Macht der Juden und den Grad an Degeneration und Verblödung des eigenen Volkes, das dann als „Opfer der Umerziehung“ oder als egoistischer „Amüsierpöbel“ geschmäht wird. Scheitern wird uminterpretiert in eine Bestätigung der eigenen Weltansicht, und Gegenargumente werden flexibel neutralisiert. Unbeirrt von Rückschlägen, Niederlagen, Strafverfolgung hält der Dogmatiker an seinem Feindbild und damit an seinem Selbstbild fest. Um seine Glaubwürdigkeit zu bewahren, bleibt er standfest, irregeleitet bis in alle Fasnaden – aber eben sich selbst treu.

2) Das antisemitische Weltbild erleichtert seinen Anhängern das Verständnis komplexer historisch-politischer Entwicklungen, die ansonsten nur schwer erklärbar sind. Statt sich über die unterschiedlichen Ursachen eines besonderen Sachverhalts Gedanken zu machen, fällt es weitaus leichter, die Gründe für negativ eingeschätzte Entwicklungen in den schädigenden Handlungsweisen einer Feindgruppe zu suchen. Wer steckt dahinter? Wer sind die Schuldigen? Wer ist der Verursacher? Anstelle der Suche nach Ursachen tritt die Fahndung nach Verursachern. Der Antisemit weiß nichts, kann aber alles erklären. Die antisemitische Erkenntnis bietet eine personalisierte Erklärung und *zugleich* eine Lösung für jedes Übel dieser Welt an (Antisemitismus als Erkenntnisinstrument). Als Formel zur Erklärung der Welt kommt dem Antisemitismus die zusätzliche Funktion zu, die verschiedenen Elemente rechtsextremer Ideologie auf einen Hauptfeind zu konzentrieren.

3) Auffassungen über das angeblich schändliche Treiben der Juden als den eigentlichen Verursachern negativer, politischer Entwicklungen können als „Entlarvung“ oder als „Enttarnung“ über die wahren Hintermänner und ihre Absichten auch zur Mobilisierung der jeweiligen Zielgruppe genutzt werden. Es wird dabei ein zentrales Feindbild geliefert, worauf sich alle als negativ geltenden Vorkommnisse im Sinne einer Schuldzuschreibung übertragen lassen (Sündenbockmechanismus, Mobilisierungsfunktion).

Eine Erklärung, die Antisemitismus lediglich als eine strategische Haltung versteht, die zur bewussten Manipulation des Publikums im Dienste von machiavellistischen Interessen eingesetzt wird, verkennt das Problem. Das kann Antisemitismus auch sein, wohl aber nur auf sekundäre Art und Weise. Einmal müssen antisemitische Ressentiments bereits bei den Adressaten vorhanden sein, sonst würde die Propaganda keinen Sinn ergeben, weil sie keine Resonanz findet. Zum anderen ist die überwiegende Zahl der Demagogen von ihrer „Wahrheit“ überzeugt – sie ist fester Bestandteil ihrer persönlichen und kollektiven Identität. Antisemiten bluffen nicht, sie wollen nicht die anderen etwas glauben machen, woran sie selbst nicht glauben.

4) Sind die Schuldigen erkannt, dann legitimiert Antisemitismus auch Unterdrückungs-, Vertreibungs- und Vernichtungsmaßnahmen. Die Behauptung von der zersetzenden jüdischen Macht dient als ideologische Begründung zur Bekämpfung ihrer Protagonisten und Sympathisanten. Gleichzeitig verschaffen sich die Verfolger ein reines Gewissen, weil sie ja im Dienste einer guten Sache das Böse eindämmen (Legitimationsfunktion).

3 Fremdenfeindschaft

Fremdenfeindschaft wird im Rahmen des vorliegenden Beitrags verstanden als prinzipielle Migranten- und Migrationsfeindlichkeit. Für diese generelle Ablehnung ist es charakteristisch, dass sie auf einer ideologischen Grundlage argumentiert und gerade nicht konkrete Integrationsprobleme thematisiert, um sie zu verringern. Die Feindschaft gegenüber Migranten folgt seit dem Ende des Ersten Weltkriegs den gleichen Stereotypen:

„Die Fremdgruppe ist kommunistisch ‚infiziert‘, weist eine überproportionale Kriminalität auf, führt eine parasitäre Lebensweise, verbreitet ansteckende Krankheiten, gefährdet die biologische Substanz des Volkes und entzieht dem deutschen Volksvermögen ungeheure Summen.“ (Bott 1969: 93)

Reale Probleme der Zuwanderung werden aufgegriffen, um die vermeintliche Unvereinbarkeit des Eigenen und des Fremden zu demonstrieren.²⁴ Dieses ideologische Framing ist daran zu erkennen, dass die Thematisierung von Migration und Migranten seit Jahrzehnten in den gleichen gedankenarmen Bahnen verläuft.²⁵ Überlieferte Geschichten und Gerüchte verdichten sich von Zeit zu Zeit zu Publikationen; in wenig neuen Varianten werden die Warnungen der Öffentlichkeit vorgelegt. Von wortreichen Untersuchungen mit wissenschaftlichem Anstrich bis zu eifernden Pamphleten reicht die Palette, deren magerer Inhalt sich auf den einen Satz reduziert: „Ausländer raus!“ Die manifesten Proteste richten sich gegen eine vermeintliche regierungspolitische Privilegierung von Ausländern im Verhältnis zu den Ansässigen, gegen die Bedrohung der Deutschen durch Ausländerkriminalität, Überfremdung („Landnahme“) und Krankheiten (Drogen, Aids) sowie gegen eine aggressive Sexualität von ausländischen Männern (vgl. Fanzine „Sachsens Glanz“, zitiert nach Lohmann 2008: 34).

Wenig erfolgreich verliefen indes die Versuche, die Bevölkerung davon zu überzeugen, dass ihr Unglück von einem einzigen Verantwortlichen herrührt, dessen man sich leicht entledigen kann. Schon 1980 hieß es:

„Durch das Gesamtkontingent der Ausländer droht dem bundesrepublikanischen Teil der deutschen Nation eine ethnische Überfremdung, die in der Menschheitsgeschichte ihresgleichen sucht. Das Volk in der Mitte Europas geht, falls sich nichts ändert, dem biologischen Tod entgegen.“

24 Diese ideologische Struktur der Aussagen zu Migranten und Migration hat eine wichtige Bedeutung für die Frage, wie man auf rechtsextreme Fremdenfeindlichkeit reagieren kann. Es ist angesichts ihres ideologischen Charakters ein Irrtum, sachliche Information und Aufklärung über Migration könnten die völkische Position ändern.

25 Analysen zu Inhalten und sprachlichen wie visuellen Techniken fremdenfeindlicher Ideologie und Propaganda finden sich u.a. bei Bott 1969; Bachem 1983, 1999; Hellfeld 1987; Kirwel 1996; Januschek 1998; Pörksen 2005.

gen, zumal es sich selber nicht mehr reproduziert, sondern rascher stirbt als nachwächst.“ (in „Deutscher Anzeiger“ 21.11.1980: 2; zitiert nach Dudek/Jaschke 1981: 107ff.)

Der Versuch von rechtsextremen Aktionisten, anlässlich der Begegnung Türkei-Deutschland bei der Fußball-Europameisterschaft 2008 Fremdenhass zu schüren, ist bekanntlich gescheitert. Dies war vor 25 Jahren kaum anders. Im Vorfeld zum Qualifikationsspiel für die Europameisterschaft zwischen der Türkei und der Bundesrepublik am 26. Oktober 1983 wurde in Berlin ein Flugblatt verteilt. Darin hieß es unter anderem:

„Hinter diesem Spiel steht besonders der Kampf der Deutschen um Arbeitsplätze im eigenen Land und der Wille eines Jeden in Deutschland, unter deutschen Landsleuten zu leben und nicht mit ansehen zu müssen, wie eine immer größer werdende Ausländerzahl die Zukunft eines starken Deutschland gefährdet. Wir – zum Teil jugendliche Fußballfans – müssen uns erheben und gemeinsam Front machen gegen die Ausländerschwemme (speziell Türken) in Deutschland. [...] Nur Gewalt kann uns noch befreien. Werft die Ausländer raus aus Deutschland.“ (Zitiert nach Weber-Klüver 1993: 41)

Bei aller Kritik an Migranten und Migrationspolitik in der Breite der Bevölkerung verfangen die Aufrufe zu gewalttätiger Selbsthilfe nicht.

Welche Funktionen erfüllt die Fremdenfeindschaft für die rechtsextreme Bewegung? Sechs Funktionen lassen sich unterscheiden (vgl. Backes 1989: 314-316): 1) Erklärung, 2) Identität der Bewegung in ideologischer und sozialer Hinsicht, 3) Handlungsappell für die Akteure der Bewegung, 4) Demonstration von Politikfähigkeit, 5) Propagandathema für die Bevölkerung, 6) Öffentliche Aufmerksamkeit.

1) Die Interpretation und die Thematisierung von aktuellen Problemen von Migration und Integration nach den Vorgaben des ideologischen Rahmens hat zunächst die Funktion einer Erklärung für schwer zu durchschauende Phänomene. Da diese Erklärungen aus der Sicht des völkischen Denkens erfolgt, erfüllen sie auch die Funktion, die Leistungsfähigkeit dieses Deutungsrahmens als Ganzem zu demonstrieren.

2) Für die rechtsextreme Bewegung gehört Fremdenfeindschaft zu ihrem spezifischen ideologischen Profil. Die „volkstreue Rechte“ grenzt sich mit ihrem Bekenntnis zur Volksgemeinschaft der Gleichartigen dezidiert von konkurrierenden Strömungen und Parteien am rechten Rand des politischen Spektrums ab. Sie werden als prinzipienlose Rechtspopulisten kritisiert und verachtet (vgl. Kohlstruck 2008). Die Feindschaft gegen nichtdeutsche Ethnien und Kulturen ist konstitutives Element des ideologischen Selbstverständnisses. Eine besondere Relevanz hat darüber hinaus die Feindschaft gegenüber denjenigen Migranten, die sich äußerlich von der Mehrheit der Autochthonen unterscheiden. Sie entsprechen dem ideologischen Feindbild am besten und stellen zudem eine sichtbare Fremdgruppe dar. Die Feindschaft gegen visuell wahrnehmbare „Fremde“ dient den einzelnen Cliques innerhalb der rechtsextremen Bewegung als Abgrenzung beim Aufbau ihres eigenen Zusammenhalts. Die sichtbaren Unterschiede werden als Evidenz der Andersartigkeit „der Fremden“ und der von ihnen ausgehenden Bedrohung verstanden (vgl. Frindte et al. 1994).

3) Eng mit dem sozialen Aspekt der individuellen und der kollektiven Identität hängt die handlungsstimulierende Funktion der fremdenfeindlichen Kommunikation zusammen. Die

Selbstkonstitution von sozialen Gruppen über die Feindschaft zu identifizierbaren Fremdgruppen bedeutet an sich bereits eine Legitimierung von Angriffen: Die Fremdgruppe wird als Gefahr für die Eigengruppe konstruiert, so dass Attacken als „Notwehr“ oder „Selbstverteidigung“ gerechtfertigt werden. In diesem Zusammenhang ist das Wort bereits die Vorbereitung zur Tat. Fehlen dann polizeiliche oder soziale Kontrollen und sind die Fremden situativ in der Unterzahl, sind die Cliques überdies alkoholisiert, kann die gruppeninternen übliche fremdenfeindliche Kommunikation die Hemmungen senken und dadurch zu physischen Gewalttätigkeiten stimulieren. Gerade in den Liedtexten rechtsextremer Musik finden sich neben Beleidigungen von Migrant*innen und verachtenden Äußerungen viele Aufforderungen zu gewalttätigen Angriffen (vgl. Farin/Flad 2001; Flad 2002).

4) Integrations- und Zuwanderungspolitik ist in Deutschland seit Jahren ein eigenes Politikfeld. Hier agieren Rechtsextreme mit Meinungsäußerungen sowie mit parlamentarischen Stellungnahmen und Beschlussvorlagen. So gehört der Vorstoß von Berliner NPD-Kommunalpolitikern im Sommer 2007 in diesen Zusammenhang. Die NPD-Frakturen in den Berliner Bezirksverordnetenversammlungen stellten gleichlautende Anträge, die Integrationsbeauftragten in „Beauftragte für Ausländerrückführung“ umzubenennen. Ein Sprecher begründete die „Ausländerrückführung“ als „Rückführung von raum- und kulturfremden Menschen“ (vgl. Senatsverwaltung für Inneres 2008: 9ff.). Der Vorschlag enthielt für NPD-Mitglieder und überzeugte Anhänger nichts Neues, denn derartige Forderungen gehören seit Jahren fest zum Programm. Nicht der Inhalt, sondern Rahmen und Zeitpunkt war entscheidend. Rechtsextreme Gemeindevertreter stellen sich mit derartigen Provokationen gegenüber ihren Anhängern als aktive und mutige Politiker dar. Sie „tun“ etwas und stellen ihre Glaubwürdigkeit unter Beweis. Das Politikfeld Integration und Migration stellt das zentrale praktische Erprobungsfeld der völkischen Ideologie dar.²⁶ Insoweit es den rechtsextremen Wortführern gelingt, hier ihre Beiträge zu platzieren, erweist das Völkische seine praktische Relevanz. Die ideologiekonformen Positionierungen zur Integrations- und Migrationspolitik sind damit ein wichtiger Prüfstein sowohl für die Ideologie wie für die Handlungsfähigkeit rechtsextremer Politaktivisten.

5) Die wichtigste agitatorische Funktion hat das Thema Fremdenfeindlichkeit für das Verhältnis zwischen rechtsextremen Akteuren und der Bevölkerung. Hier existieren Vorbehalte und Ressentiments, teilweise wird Migration als solche abgelehnt oder die staatliche Migrationspolitik wird missbilligt. Darüber hinaus hat die unzureichende Integrationspolitik, die über lange Jahre die soziale und politische Bedeutung von Zuwanderung unterschätzt hat, für Konflikte zwischen Zugewanderten und Autochthonen gesorgt und Proteste zur Folge gehabt (vgl. Bade 2007).

An die inhaltlich verschieden ausgeprägten wie auch unterschiedlich reflektierten, mithin also uneinheitlichen Stimmungen, Meinungen und Positionen, die innerhalb der Bevölkerung als Vorbehalte gegen Migration existieren, versuchen Rechtsextreme mit fremdenfeindlicher Propaganda anzuknüpfen. Ihr Ziel ist das Ziel allen politischen Handelns, nämlich für ihre Positionen Anhänger zu finden und damit neben der Erweiterung ihrer „Deutegemeinschaft“ mittelfristig auch Wählerstimmen oder aktive Mitstreiter zu gewinnen (vgl. Frindte et al. 1994). Rechtsextreme setzen um so mehr auf die Ablehnung

26 Es wird in seiner Bedeutung nur noch von erinnerungspolitischen Provokationen erreicht wie der der NPD im sächsischen Landtag im Januar 2005 (vgl. Bündnis 90/Die Grünen Fraktion im Sächsischen Landtag 2006).

von „Fremden“ als sie die Erfahrung machen, dass ihre anderen politischen Ziele auf recht geringe Resonanz stoßen. Die Wiedererrichtung „des Reiches“, die Rückgewinnung der früheren Ostgebiete und Südtirols oder die Autarkie der „raumbezogenen Volkswirtschaft“ finden nur im engsten Kreis ihrer entschiedenen Anhänger Zustimmung.

Vor diesem Hintergrund wird die Funktion des Themas für die rechtsextreme Bewegung deutlich: Die häufig anzutreffende Ablehnung von Migration in der Bevölkerung, deren Begründung und Motivation von Gefühlen der sozialen Distanz bis hin zu alltagsrassistischen Versatzstücken reicht, können durch die fremdenfeindlichen Darstellungen, Erklärungen oder Forderungen des Rechtsextremismus ideologisiert, dramatisiert und politisiert werden. Fremdenfeindschaft schafft eine oberflächliche Verbindung zwischen Teilen des Alltagsbewusstseins und der dezidiert völkisch angelegten Feindschaft des Rechtsextremismus. Oberflächlich ist diese Verbindung, weil große Unterschiede zwischen der völkischen Fremdenfeindschaft und den Alltagsvorstellungen in der Breite der Bevölkerung bestehen. Hier herrscht in aller Regel die Erwartung einer weitgehenden Anpassung von Migranten (Integration und Assimilation) vor, während das völkische Denken von der völlig entgegengesetzten Vorstellung einer prinzipiellen Unvereinbarkeit verschiedener Ethnien und Kulturen bestimmt wird (Exklusion).

6) Die Anträge der NPD in Berliner Kommunalvertretungen und ähnliche Ereignisse sind unter einem weiteren Gesichtspunkt zu betrachten. Für die Akteure selbst war zu erwarten, dass sie sich mit ihren Provokationen – abgesehen vom Beifall aus den eigenen Reihen – nur Ärger und Ablehnung einhandeln würden. An einen Erfolg im Sinne ihrer Anträge kann selbst bei der NPD niemand geglaubt haben. Ihr Wert lag nicht in einem materialen Ertrag, sondern im Nachrichtenwert der Provokation und damit in der prognostizierbaren Medienresonanz. Ideen, die radikal vom Üblichen abweichen, führen zu einer intensiven Berichterstattung. Damit erzielen rechtsextreme Gruppierungen regelmäßig eine öffentliche Beachtung und eine Medienpräsenz, die ihr tatsächliches politisches Gewicht bei weitem überschreiten.

4 Zusammenfassung

Die Funktionen von Antisemitismus und Fremdenfeindschaft für die extreme Rechte lassen sich vergleichen, da es in beiden Fällen um „Fremde“ geht, die als Bedrohungen des vermeintlich gefährdeten Volkskörpers betrachtet werden.

Auf weite Strecken erfüllt die Feindschaft gegen Juden und Ausländer auch ähnliche Funktionen. Dies betrifft etwa die Erklärungsfunktion, die Bedeutung für die eigene ideologische Identität der rechtsextremen Bewegung, für die Glaubwürdigkeit ihrer Aktivisten nach innen oder die Rolle von provokativen Verstößen gegen die Regeln mitmenschlicher Ordnung und der politischen Kultur.

Differenzen bestehen nicht so sehr in den einzelnen Funktionen als solchen als vielmehr im Grad ihrer Ausprägung sowie im konkreten Inhalt der jeweiligen Feindschaft. Antisemitismus erfüllt von Alters her die Doppelfunktion eines Erklärungs- wie eines Verhaltensmodells. Die alltagspraktische Ablehnung, der gesellschaftliche und der rechtliche Ausschluss von Juden gehen einher mit der Behauptung, ihre Macht und ihr Geld regierten die Welt. Mit dieser „Erklärungsfunktion“ unterscheidet sich Antisemitismus grundsätzlich

von der Fremdenfeindschaft. Die Fremden – Ausländer, Migranten oder Asylbewerber – werden als lästig empfunden: Es seien zu viele, sie seien laut, schmutzig, besonders ihr männlicher Nachwuchs sei kriminell, sie beuteten die Sozialkassen aus, kurz: sie sollten verschwinden. Abgelehnt werden sie als diejenigen, die angeblich außerhalb der „guten Gesellschaft“ stehen. Dieses Unterschichtenstereotyp rechnet ihnen jedoch keine Macht zu. Macht und Einfluss werden allein den Juden zugeschrieben. Oder hat man jemals davon gehört, dass kurdische Banken die Weltfinanzen manipulieren?

Fremdenfeindschaft wie Antisemitismus bieten Erklärungen. Sie beziehen sich im Fall der Fremdenabwehr auf aktuelle, umgrenzte Sachverhalte, etwa die Verschuldung der öffentlichen Haushalte infolge einer vermeintlich besonderen Belastung durch Ausländer. Die mit Antisemitismus verbundenen Erklärungen setzen umfassender und tiefer an. Die Gegenwart wird als Teil der Geschichte verstanden, die heute wie früher von der gleichen Interessengruppe und ihren globalen Machtbeziehungen bestimmt werde.

Ein weiterer wichtiger Unterschied betrifft die heutigen rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen von Antisemitismus und Fremdenfeindschaft in Deutschland. Nach den Verbrechen der Nazis ist der Antisemitismus in Deutschland gesellschaftlich geächtet. Die strafrechtlichen Sanktionen wurden in den letzten Jahrzehnten überdies sukzessive verschärft (vgl. Dewitz 2006). Das hat dazu geführt, dass antisemitische Forderungen, die sich gegen hier lebende Juden richten, wenig Anklang in der Bevölkerung finden und rechtlich geahndet werden können. Radikale Positionierungen zum Thema Jude und Judentum finden sich deshalb eher an den Rändern der rechtsextremen Bewegung als in Parteipublikationen oder in etablierten Zeitschriften. Demgegenüber werden über Einwanderung und die Integration von Migranten seit Jahren intensive und hoch kontroverse Debatten geführt. Innerhalb der rechtsextremen Bewegung dominieren Forderungen nach massiven Eingriffen in die Rechte der „Ausländer“, nach außen herrschen Propaganda gegen Migranten und eine aggressive Polemik gegen die wirtschaftliche und politische Ordnung der Bundesrepublik vor (vgl. Stöss 2007).²⁷

Die Intensität der rechtsextremen Forderungen nach Ausländerrückführungen und einem Ausschluss der Migranten von staatlichen Sozialleistungen hat noch einen anderen Grund: Anders als gegenüber den Juden existieren in der Bevölkerung gegenüber dem Islam keine historisch begründeten Verpflichtungsgefühle. Umso übler kann deshalb die fremdenfeindliche Propaganda ausfallen.

Auf die unterschiedlichen Rahmenbedingungen sind auch die Versuche von Rechtsaußen zurückzuführen, über das Migrationsthema ihre eigene Politikfähigkeit zu demonstrieren oder an politische Einstellungen in der Bevölkerung anzuknüpfen. Die gesellschaftliche Gesamttendenz verläuft seit Jahren jedoch in Richtung Integration von Zuwanderern bzw. anderen Minderheiten, so dass die rechtsextreme Volksfeindideologie wahlpolitisch wenig Zustimmung erfährt.

27 „Gute Heimreise“ lautet der Slogan auf einem NPD-Flugblatt, mit dem gegen Integration mobilisiert wird (angeboten vom Materialdienst der NPD, 2005); u.a. für die Auftaktveranstaltung des niedersächsischen Landtagwahlkampfes am 15.9.2007 wurde mit dem Motto „Sozial geht nur national“ geworben.

Quellen

- Altermedia (13.02.2008): Drohung von Ursula Haverbeck-Wetzel gegen Frau Charlotte Knobloch.
- apabiz e.V./MBR (Hg.) (2008): Berliner Zustände 2007. Ein Schattenbericht über Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Berlin.
- Bundesministerium des Inneren (2008): Verbotungsverfügung gegen das Collegium Humanum vom 18.4.2008. Berlin: 37.
- Deutsche Stimme (2008): Nicht schon wieder, Frau Knobloch! Zentralratsvorsitzende mischt sich auch beim Nakba-Gedenken ein. In: Deutsche Stimme 33, Nr. 7: 4.
- Fischer, Fritz (2007): Nationale Töne von links. Über Jürgen Elsässers „Angriff der Heuschrecken“. In: Deutsche Stimme 32, Nr. 6: 16.
- Gansel, Jürgen W. (2002): Walser-Verurteilung durch den Literaturgerichtshof. Antisemitismus-Streit im Literaturbetrieb um Martin Walsers neuen Roman „Tod eines Kritikers“. In: Deutsche Stimme 27, Nr. 7: 5.
- Gansel, Jürgen W. (2007): Die Arbeitsnomaden von Kosmopolis. Über den Zusammenhang von Globalkapitalismus und Verausländerung. In: Deutsche Stimme 32, Nr. 2: 20.
- Molau, Andreas (2007): Interview mit Benedikt Frings. In: Deutsche Stimme 32, Nr.2: 3ff.
- Mayer, Michael (2006): Bildung aus dem Strom des Blutes. Plädoyer für einen neuen Erziehungsbegriff. In: Deutsche Stimme 31, Nr.4: 16.
- National-Zeitung (2006): Für wen Merkels Herz schlägt. In: National-Zeitung 56, Nr. 6: 1ff.
- NPD-Parteivorstand, Amt für Öffentlichkeitsarbeit (Hg.) (2006): Argumente für Kandidaten & Funktionsträger. Eine Handreichung für die öffentliche Auseinandersetzung. 2. Auflage. Berlin.
- Ostsee-Zeitung (19.06.2008): Über Lutz Giesen als Mitarbeiter der NPD-Fraktion im Schweriner Landtag.
- Schwab, Jürgen (2000): Ohne völkische Substanz. Republikaner setzen auf Integrationsangebote an Ausländer. In: Deutsche Stimme Nr. 25, 3: 25.
- Schwab, Jürgen (2002): Volksstaat statt Weltherrschaft. Das Volk – Maß aller Dinge. Hohenrain.
- Schwab, Jürgen (2007): Die „Westliche Werte-Gemeinschaft“. Abrechnung – Alternativen. Tübingen.
- Senatsverwaltung für Inneres und Sport Berlin, Abteilung Verfassungsschutz (Hg.) (2008): Verfassungsschutzbericht 2007. Berlin.
- Stegner, Bernd (2008): Collegium Humanum verboten. Intervention des Zentralrats der Juden? In: Deutsche Stimme 33, Nr. 6: 5.
- Vergeiner, Anton (2008): „Vorwärts, Nationaldemokraten!“ 32. Bundesparteitag der NPD in Bamberg. In: Deutsche Stimme 33, Nr. 7: 13.
- Voigt, Udo (2003): Mit Wortergreifungsstrategie zum Erfolg. Udo Voigt über das geistig offensive Auftreten im öffentlichen Raum. In: Deutsche Stimme 28, Nr. 8: 10.
- Voigt, Udo (2008): „Gewalt ist für uns völlig inakzeptabel!“ Udi Voigt auf dem Bamberger Bundesparteitag über „Anti-Antifa“, schwarze Fahnen und den „Schwarzen Block“. In: Deutsche Stimme 33, Nr. 7: 14

Literatur

- Auerbach, Hellmuth (1992): „Kriegserklärungen“ der Juden an Deutschland. In: Benz, Wolfgang (Hg.): Legenden, Lügen, Vorurteile. Ein Wörterbuch zur Zeitgeschichte. München: 122-126.
- Bachem, Rolf (1983): Rechtsradikale Sprechmuster der 80er Jahre. Eine Studie zum Sprachgebrauch der „harten NS-Gruppen“ und ihnen nahestehender Rechtsextremisten. In: Muttersprache 93, H. 1/2: 59-81.
- Bachem, Rolf (1999): Rechtsextreme Ideologien. Rhetorische Textanalysen als Weg zur Erschließung rechtsradikalen und rechtsextremistischen Schriftmaterials. Wiesbaden.

- Backes, Uwe (1989): Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer normativen Rahmentheorie. Opladen.
- Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (1996): Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. 4. Auflage. Bonn.
- Bade, Klaus J (2007).: Versäumte Integrationschancen und nachholende Integrationspolitik. In: Bade, Klaus J./Hiesserich, Hans-Georg (Hg.): Nachholende Integrationspolitik und Gestaltungsperspektiven der Integrationspraxis. Göttingen: 21-95.
- Barth, Boris (2003): Dolchstoßlegenden und politische Desintegration. Das Trauma der deutschen Niederlage im Ersten Weltkrieg 1914-1933. Düsseldorf.
- Benthin, Rainer (2004): Auf dem Weg in die Mitte. Öffentlichkeitsstrategien der Neuen Rechten. Frankfurt a. M.
- Bergmann, Werner (1994): Ein Versuch, die extreme Rechte als soziale Bewegung zu beschreiben. In: Bergmann, Werner/Erb, Rainer (Hg.): Neonazismus und rechte Subkultur. Berlin: 183-207.
- Bergmann, Werner/Erb, Rainer (1996): „Weder rechts noch links, einfach deutsch!“ Kollektive Identität rechter Mobilisierung – im Vergleich zu anderen Bewegungen. In: Berliner Debatte/Initial 1996, H. 1: 21-26.
- Bott, Hermann (1969): Die Volksfeind-Ideologie. Zur Kritik rechtsradikaler Propaganda. Stuttgart.
- Brandstetter, Marc (2007): Die Programmatik der NPD. Vom Deutschnationalismus zum Neonationalsozialismus? In: Backes, Uwe/Steglich, Henrik (Hg.): Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei. Baden-Baden: 317-355.
- Bündnis 90/Die Grünen. Fraktion im Sächsischen Landtag. (Hg.) (2006): Die NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag. Strategie und Ideologie. Dresden.
- Dewitz, Clivia von (2006): NS-Gedankengut und Strafrecht. Die §§ 86, 86a StGB und § 130 StGB zwischen der Abwehr neonazistischer Gefahren und symbolischem Strafrecht. Berlin.
- Dudek, Peter/Jaschke, Hans-Gerd (1981): Die Deutsche National-Zeitung. Inhalte, Geschichte, Aktionen. München.
- Erb, Rainer (2007): Organisierte Antisemiten. In: APuZ 2007, H. 31: 19-26.
- Farin, Klaus/Flad, Henning (2001): Reaktionäre Rebellen. Rechtsextreme Musik in Deutschland. In: Archiv der Jugendkulturen (Hg.): Reaktionäre Rebellen. Rechtsextreme Musik in Deutschland. Bad Tölz: 9-98.
- Flad, Henning (2002): Trotz Verbot nicht tot. Ideologieproduktion in den Songs der extremen Rechten. In: Dornbusch, Christian/Raabe, Jan (Hg.): RechtsRock. Bestandsaufnahme und Gegenstrategien. Hamburg/Münster: 91-123.
- Frindte, Wolfgang/April, Karin/Funke, Friedrich et al. (1994): Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus als soziale Konstruktionen – theoretische Hintergründe und empirische Zugänge eines Thüringer Forschungsprojekts. In: Zeitschrift für Politische Psychologie 1994, H.2: 119-144.
- Geiger, Theodor (1963): Demokratie ohne Dogma. Die Gesellschaft zwischen Pathos und Nüchternheit. München.
- Gerdes, Gesche (2008): Die Sprache im rechtsextremen Fanzine „Der Foiersturm“. In: Schuppener, Georg (Hg.): Sprache des Rechtsextremismus. Spezifika der Sprache rechtsextremistischer Publikationen und rechter Musik. Berlin: 50-58.
- Groh, Dieter (1992): Die verschwörungstheoretische Versuchung oder: Why do bad things happen to good people? In: Groh, Dieter (Hg.): Anthropologische Dimensionen der Geschichte. Frankfurt/M.: 267-304.
- Häusler, Alexander (2006): „MultiKulti“ als Bedrohungsszenario in Medien der extremen Rechten. In: Butterwegge, Christoph/Hentges, Gudrun (Hg.): Massenmedien, Migration und Integration. 2. Auflage. Wiesbaden: 111-130.
- Hellfeld, Matthias von (Hg.) (1987): Modell Vergangenheit. Rechtsextreme und neokonservative Ideologien in der Bundesrepublik. Köln.

- Hellmann, Kai-Uwe/Koopmans, Ruud (Hg.) (1998): Paradigmen der Bewegungsforschung. Entstehung und Entwicklung von Neuen sozialen Bewegungen und Rechtsextremismus. Opladen/Wiesbaden.
- Höroid, Laura (2008): Der Aufbruch #2. In: Schuppener, Georg (Hg.): Sprache des Rechtsextremismus. Spezifika der Sprache rechtsextremistischer Publikationen und rechter Musik. Berlin: 59-77.
- Januschek, Franz (1998): Der Sprachgebrauch in Populismus und Rechtsextremismus. In: Reinalter, Helmut/Petri, Franko/Kaufmann, Rüdiger (Hg.): Das Weltbild des Rechtsextremismus. Die Strukturen der Entsolidarisierung. Innsbruck. Wien: 305-321.
- Kirwel, Thomas (1996): Ausländerfeindlichkeit in der deutschen Presse. Untersucht an „Bild“, „FAZ“, „taz“ und der „Deutschen National-Zeitung“. Hamburg.
- Klärner, Andreas (2008): Zwischen Militanz und Bürgerlichkeit. Selbstverständnis und Praxis der extremen Rechten. Hamburg.
- Körner Ruth (1992): Protokolle der Weisen von Zion. In: Benz, Wolfgang (Hg.): Legenden, Lügen, Vorurteile. Ein Wörterbuch zur Zeitgeschichte. München:165-167.
- Kohlstruck, Michael (2004): Fundamentaloppositionelle Geschichtspolitik. Die Mythologisierung von Rudolf Heß im deutschen Rechtsextremismus. In: Claudia Fröhlich/Horst-Alfred Heinrich (Hg.): Geschichtspolitik. Wer sind ihre Akteure, wer ihre Rezipienten? Stuttgart: 95-109
- Kohlstruck, Michael (2008): Rechtspopulismus und Rechtsextremismus. Graduelle oder qualitative Unterschiede? In: Faber, Richard/Unger, Frank (Hg.): Populismus in Geschichte und Gegenwart. Würzburg: 211-228.
- Lenk, Kurt (1971): Volk und Staat. Strukturwandel politischer Ideologien im 19. und 20. Jahrhundert. Stuttgart.
- Lohmann, Juliane (2008): Die Sprache des Rechtsextremismus am Beispiel des Fanzines „Sachsens Glanz“. In: Schuppener, Georg (Hg.): Sprache des Rechtsextremismus. Spezifika der Sprache rechtsextremistischer Publikationen und rechter Musik. o.O.: 26-37.
- Paris, Rainer (1998): Stachel und Speer. Machtstudien. Frankfurt/M.
- Pfahl-Traughber, Armin (1993): Der antisemitisch-freimaurerische Verschwörungsmythos in der Weimarer Republik und im NS-Staat. Wien.
- Pörksen, Bernhard (2005): Die Konstruktion von Feindbildern. Zum Sprachgebrauch in neonazistischen Medien. Wiesbaden.
- Scheuch, Erwin K./Klingemann, Hans-Dieter (1967): Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften. In: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik 1967. 12: 11-29.
- Schwagerl, Joachim H. (1993): Rechtsextremes Denken. Merkmale und Methoden. Frankfurt/M.
- Stöss, Richard (2007): Rechtsextremismus im Wandel. 2. aktualisierte Auflage. Berlin.
- Straßner, Erich (1987): Ideologie – Sprache – Politik. Grundfragen ihres Zusammenhangs. Tübingen.
- Vogt, Hannah (1980): Rechtsradikale Propaganda in der Bundesrepublik. In: Tribüne 19, 1980, H. 73: 45-60.
- Wagner, Wolf (2008): Die Rechtsextremen sagen Erfurt.
- Weber-Klüver, Katrin (1993): „Neger raus, gegen „Zeugen Yeboahs“. Fußball und Rassismus in Deutschland. In: Beiersdorfer, Dietmar et al. (Hg.): Fußball und Rassismus. Göttingen: 27-72.

Zwischen Feindbild und Partner: Die extreme Rechte und der Islamismus

Claudia Dantschke

1 Einleitung

Ein Auftritt von bekannten Rechtsextremisten bei der Veranstaltung einer islamistischen Gruppierung. Ein Interview mit einem Vertreter des radikalen Islam in einer rechtsextremen Zeitung. Immer wenn das Potential einer Zusammenarbeit zwischen islamistischen und extrem rechten Gruppierungen öffentlichkeitswirksam ausgelotet wird, schaut die öffentliche und veröffentlichte Meinung genau hin. Handelt es sich hier um Einzelfälle, oder wird bewusst das Feld für eine Allianz von Islamisten und Rechtsextremisten abgesteckt?

Fakt ist, ein bindendes Element sind die gemeinsamen Feindbilder. Antimodernismus, Antisemitismus und Antiamerikanismus gehören zum festen ideologischen Repertoire beider Bewegungen. Doch reichen diese Gemeinsamkeiten aus, um beispielsweise das in rechtsextremistischen Kreisen gern gebrauchte Drohbild einer „Islamisierung Europas“ zu kontern?

„Lieber Bruder Amin!...

Was die jetzige Position Udo Voigts und Horst Mahlers angeht, so tut es ihrem Recht nichts ab, eine öffentliche islamische Veranstaltung zu besuchen. Inwieweit sie für die Übergriffe in Ostdeutschland verantwortlich sind, ist mehr als fraglich. Nicht einmal die deutsche Polizei konnte ihnen etwas nachweisen. Bei Horst Mahler handelt es sich ja lediglich um den Anwalt der Gruppe, der in den siebziger Jahren auch die linksextreme RAF verteidigt hat. [...] Außerdem ist es für jemanden wie Udo Voigt gerade dann sinnvoll, einen islamischen Vortrag zu besuchen, wenn er mit seiner jetzigen Einstellung hingeht. Denn gerade seine jetzige Haltung – wenn sie anti-islamisch sein sollte – soll ja durch den Vortrag revidiert werden. Übrigens hat Udo Voigt selbst erklärt – du wirst es nicht glauben Bruder – dass seine positive Meinung über den Islam durch den Vortrag bestätigt wurde. Auch bei Menschen nationaler Gesinnung sollte man also differenzieren!

Wenn du lieber Bruder die Parole aus gibst: ‚Nazis raus – kein Fußbreit den Faschisten‘, dann musst du im gleichen Atemzug auch sagen, USA raus aus der islamischen Welt – kein Fußbreit den kapitalistischen Ausbeutern und Unterdrückern!‘ Andernfalls läufst du Gefahr, gerade von diesen Kräften instrumentalisiert zu werden.

Dein Bruder Shaker“

„Lieber Bruder im Islam Shaker,

Warum lenkst du in deinem letzten Absatz von dem eigentlichen Diskussionspunkt ab – dass wir alle gegen den Imperialismus der USA sind, ist doch selbstverständlich, und dass wir gegen Kapitalismus und neoliberale Globalisierung sind, auch. Nur ist dies nicht der augenblickliche Diskussionspunkt – sondern die Diskussion geht darum, ob wir es einer besonders schlimmen

Sorte von Kuffar¹, nämlich den Nazis, erlauben sollen, auf Veranstaltungen von Muslimen teilzunehmen [...].

Man kann nicht auf der einen Seite gegen Nationalismus predigen, und auf der anderen Seite Nazis bei sich zulassen. Deswegen nochmals: Warum wurden Voigt und Mahler nicht von der Veranstaltung entfernt? Reden und Handeln müssen im Islam eine Einheit sein! [...]

Die Hizb ut-Tahrir² war auch ganz richtig mit ihrer Kritik an Jamal Abd Al-Nasser³ und dessen arabischen Nationalismus – nur: die NPD vertritt den gleichen Nationalismus auf deutscher Ebene [...] warum hast du dann Voigt und Mahler nicht als das bezeichnet, was sie sind, nämlich als Nazis und Islamfeinde [...] Lass dich doch nicht von ihrem schmeichelnden Gelabere täuschen [...].

Und warum wird die Rolle von Voigt und Mahler innerhalb der NPD und innerhalb der gesamten Fascho-Szene so verharmlost [...]. Noch nie was von ‚geistigen Brandstiftern‘ gehört???? Es sind an vielen Orten in Deutschland NPD-Kader für Angriffe auf Ausländer, Behinderte und Andersdenkende verantwortlich gewesen [...] einige NPD-Funktionäre wurden auch schon dafür verurteilt! Auch wenn Voigt und Mahler (noch) nicht irgendwie juristisch belangt wurden, tragen sie eine politische Verantwortung für die (Un-)Taten ihrer Parteimitglieder [...] und die Angriffe dieser Faschos entspringt eindeutig der Ideologie, wie sie Voigt und Mahler vertreten [...].

euer Bruder im Islam AMIN“⁴

„Nazis bei der Hizb ut-Tahrir“ war der Thread im Internet-Forum der „Muslimischen Jugend in Deutschland (MJD)“ überschrieben, aus dem diese Diskussionsbeiträge in Auszügen entnommen sind. Zwischen dem 29. Oktober und dem 6. November 2002 hatte das repräsentative Mitglied von Hizb ut-Tahrir, Dipl.-Ing. Shaker Assem (Bruder Shaker), in mehreren Erklärungen versucht, die Teilnahme der NPD-Größen Udo Voigt und Horst Mahler an der Hizb ut-Tahrir-Veranstaltung „Irak: Ein neuer Krieg und die Folgen!“, die am 27. Oktober 2002 in der Alten Mensa der Technischen Universität Berlin stattgefunden hatte, zu rechtfertigen und zu relativieren. Der über die Medien bekannt gewordene Vorfall hatte für breites Aufsehen gesorgt und die panislamistische Kalifats-Bewegung Hizb ut-Tahrir auch innerislamisch in erhebliche Erklärungsnot gebracht. Nun lief sie Gefahr, ihren Einfluss auf bildungsnahe, politisch-religiös orientierte junge Muslime zu verlieren, wie sie sich beispielsweise in der Jugendorganisation „Muslimische Jugend in Deutschland“ finden. Der Student Amin Hasanein, ein Mitglied der MJD aus München, bringt in seiner Erwiderng stellvertretend für diese Zielgruppe die unüberbrückbaren Hürden für eine auch nur ansatzweise zu diskutierende Akzeptanz der Neonazis als potentielle Bündnispartner der politisch-islamischen Bewegung auf den Punkt: Rassismus und Nationalismus.

Panislamistische Bewegungen, wie die Hizb ut-Tahrir, die Muslimbruderschaft oder ihr türkisches Pendant, die Milli-Görüs-Bewegung, buhlen um den Einfluss auf die Muslime in Deutschland. Längst haben diese Menschen die jahrelang aufrechterhaltene Illusion einer Rückkehr in die ursprüngliche Heimat aufgegeben und sich auf ein Leben in Deutschland und eine Perspektive für ihre Kinder in diesem Land eingerichtet. Bei ihren Bemühun-

1 Nichtmuslime, pejorativ „Ungläubige“.

2 Hizb ut-Tahrir – Partei der Befreiung, unter „Befreiung“ wird die Errichtung eines islamisches Kalifats verstanden.

3 Von 1954-1970 ägyptischer Staatspräsident und Leitfigur des Panarabismus (ein Staat vom Atlantik bis zum Persischen Golf auf nationaler, säkularer Grundlage). Bei Islamisten, vor allem Muslimbrüdern, ist Nasser besonders verhasst, da er in Ägypten die Muslimbruderschaft verbot und auch brutal gegen sie vorging, nachdem 1954 die Muslimbruderschaft ein Attentat auf ihn verübt hatte.

4 Ehemals unter: www.mj-net.de/discus/index.html (zuletzt abgerufen am: 6.11.2002).

gen, als gleichberechtigte und gleichwertige Mitglieder dieser Gesellschaft anerkannt und akzeptiert zu werden, stoßen sie jedoch immer wieder auf rassistisch begründete Ablehnung, auch in Form von Übergriffen und Mordanschlägen. Auch wenn nur eine Minderheit selbst Erfahrungen dieser Art machen musste, so hat sich doch ein kollektives Bewusstsein entwickelt, Teil einer Opfergruppe zu sein, die aufgrund der nichtdeutschen Herkunft abgelehnt, diskriminiert oder sogar angegriffen wird. Keine politische oder religiöse Organisation, die vorgibt, die Interessen dieser Menschen vertreten zu wollen, kann das ignorieren und mit den Trägern dieser rassistischen Ideologie und den davon beeinflussten Tätern hierzulande ein Bündnis eingehen, ohne an Einfluss zu verlieren.

Hinzu kommt, dass auch auf der intellektuellen Ebene das Konstrukt der Einteilung der Menschen in so genannte „Rassen“ nicht nur mit dem islamisch-religiösem sondern auch mit dem islamistischen Menschenbild kollidiert. Vor allem die panislamistischen Bewegungen propagieren eine homogenisierende Gemeinschaftsidentität, die „Gemeinschaft der Muslime“, jenseits nationaler, kultureller oder sozialer Kategorien. Dem gegenüber stehen die Nichtmuslime, die jederzeit durch Konversion zur Gemeinschaft der Muslime wechseln können. So kann ein „Herkunftsdeutscher“ zum Islam übertreten und vollwertiges Mitglied dieser muslimischen Gemeinschaft werden, während in der rechtsextremen rassistischen Ideologie ein Deutscher türkischer Herkunft immer „ein Türke“ bleibt.

2 Dogmatische Identitätskonzepte

Die meisten Muslime fühlen sich auf der religiösen Ebene der Weltgemeinschaft der Muslime, der Ummah des Propheten Muhammad, zugehörig. Das bedeutet aber nicht, dass sie aus diesem Zugehörigkeitsgefühl allein ihre Identität ableiten. So kommt auch die im Oktober 2007 veröffentlichte Milieustudie des Heidelberger Instituts Sinus Sociovision zu „Lebenswelten von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland“ zu dem Ergebnis, dass „Faktoren wie ethnische Zugehörigkeit, Religion und Zuwanderungsgeschichte zwar die Alltagskultur beeinflussen, aber letzten Endes nicht Identität stiftend sind.“ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2007) Inwiefern diese Aussage der Studie, in der nicht nur Zuwanderer aus islamisch geprägten Milieus untersucht wurden, so generell haltbar ist, bleibt noch zu erforschen. Zumindest deutet diese erste qualitative Untersuchung aber darauf hin, dass der Islam nicht so Identität stiftend ist, wie oft angenommen, auch wenn die Studie ein Milieu ausgemacht hat, das von seiner religiösen Bindung (Islam) geprägt ist.

In ihren gesellschaftspolitischen Konzepten erheben islamistische Ideologen diese religiöse Bindung jedoch zum alles dominierenden Aspekt menschlicher Existenz und zur Basis einer auf Abgrenzung ausgerichteten Wir-Identität, also einer homogenen, kulturell-religiös definierten Gruppenidentität. In diesem Punkt entsprechen sie den auf „kulturell-ethnischer Zugehörigkeit“ basierenden rassistischen Identitätskonstruktionen der Rechtsextremen.

Diese Gemeinsamkeiten haben die jeweiligen Träger dieser Ideologien als solche auch erkannt, was zwar nicht zu einem Bündnis aber zumindest zu einem quasi-intellektuellen Austausch führt. „Als Muslime tasten wir die deutsche Ordnung nicht an, nehmen aber für uns in Anspruch zu sagen, dass wir unsere Identität bewahren wollen“, erklärte dementsprechend auch Shaker Assem in einem ausführlichen Interview, das er im Januar 2003 der

Monatszeitung „Deutsche Stimme“, dem Parteiorgan der NPD, gab (Deutsche Stimme, Februar 2003).

Eine Bewegung wie die Hizb ut-Tahrir,⁵ die zunächst die mehrheitlich von Muslimen bewohnten Länder islamisieren und in einem Kalifat zu vereinigen sucht, und die die Muslime in Europa zur Unterstützung dieses Ziels durch radikale Agitation gewinnen will, profitiert vom Nationalismus und Rassismus der Rechtsextremen. Statt sich in Deutschland zu integrieren, werden sich die Muslime, so Assems Erwartung, auf ihre „wahre“ Identität besinnen, denn:

„was die Muslime in Europa betrifft, so sind sie Teil der islamischen Gemeinschaft, der ‚Ummah‘. Daher gilt es, auch bei ihnen ein islamisches Bewusstsein zu erzeugen, damit sie sich für eine Gründung des islamischen Staates in der islamischen Welt – und nicht etwa in Deutschland oder Europa – bemühen.“ (Deutsche Stimme, Februar 2003)

Das wiederum sei schließlich auch im Interesse der Rechtsextremen und deren Forderung nach „Ausländerrückführung statt Integration“.

„Ich kenne sehr viele Muslime in diesem Land und nur sehr wenige von ihnen fühlen sich wirklich wohl hier. Sobald sich die wirtschaftliche Situation in ihren Heimatländern durch die Gründung des islamischen Staates gebessert hat, werden die meisten von ihnen meiner Meinung nach wieder zurückkehren.“ (ebenda)

So Assem im Parteiorgan der NPD. Die Rechten sollten ihn und seine Bewegung daher eher als Bündnispartner betrachten und sich gegenüber den Muslimen in Geduld, „Toleranz und Menschlichkeit“ üben, denn schließlich sei es ihm ein Anliegen „nationalbewussten Deutschen klarzumachen, dass der Islam nicht ihr Feind ist“.

Dieser Feind, so Assem, sitze in ihren Köpfen:

„Es ist dies die Spaßgesellschaft, die Sucht nach immer mehr Vergnügen, ohne die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen und auf etwas Spaß zugunsten von Kindern und Familie zu verzichten. Es ist der grenzenlose Individualismus, der ganze Familien zerstört, weil er auf das egoistische Streben nach persönlicher Befriedigung fixiert ist.“ (ebenda)

Diese Erkenntnis ist in rechten Kreisen nicht neu, trifft quasi ins rechtsextreme Herz und wird in verschiedenen Aufsätzen führender Rechter auch rege diskutiert. So einfach sich am Beispiel der Hizb ut-Tahrir die gemeinsamen Feindbilder und die ideologischen Schnittmengen aufzeigen lassen, so ambivalent gestalten sich die aktuellen Auseinandersetzungen.

Längst haben auch die Rechtsextremisten begriffen, dass die von ihnen bewunderten Islamisten nicht nur Ambitionen in den mehrheitlich von Muslimen bewohnten Ländern verfolgen, die Hizb ut-Tahrir mit ihrer Strategie eher die Ausnahme und eine kleine Minderheit im islamistischen Spektrum hierzulande darstellt.

So begrüßt der NPD-Vorsitzende Udo Voigt zwar einerseits eine von Islamisten betriebene Infrastruktur, wie beispielsweise einen im Berliner Wedding eröffneten „islamischen“ Kindergarten, als Hort der „Bewahrung und Pflege ihrer Kultur“ und damit der

5 Am 15. Januar 2003 verbietet Bundesinnenminister Otto Schily der Hizb ut-Tahrir (Partei der Befreiung) die Betätigung in Deutschland, da sie Gewaltpropaganda und antijüdische Hetze verbreitet.

Segregation, denn „sie [die Muslime] sollen ja auch irgendwann in ihre Heimat zurückkehren!“ und „sich von den Fremden zu scheiden ist der erste Schritt zur Rückführung der selben.“ (Voigt 2008) Gleichzeitig erhebt er aber die eben noch gelobte islamistische „Kulturbewahrung“ zur innenpolitischen Bedrohung, wobei er Migranten muslimischer Herkunft, Muslime und Islamisten gleichsetzt. Statt

„sich anzupassen, sich assimilieren zu lassen, zu Deutschen zu mutieren und ihre eigene Kultur, Religion und Lebensgewohnheiten aufzugeben oder zumindest soweit zu unterdrücken, dass sie die deutsche Noch-Mehrheitsbevölkerung nicht stört“,

wie Integration, laut NPD, in Wahrheit gemeint sei, würden „die Ausländer“ Moscheen bauen, islamische Friedhöfe, islamische Altenheime und irgendwann islamische Bäder.

„Es gibt schon den islamischen Einzelhandel, der uns in manchen Bezirken dominant vor kommt. Dominant. Ja, irgendwann wird jeder Berliner Bezirk zum Einwandererbezirk und die Deutschen zur Minderheit“, so Voigt (ebenda).

Aus diesem Grund ist für die Rechtsextremen jeder Moscheebau Ausdruck islamistischer Ambitionen in Deutschland, eine „planvolle Landnahme“, „um die grüne Fahne des Propheten überall dort hinzutragen, wo sie noch nie wehte und auch niemals wehen darf“, wie es der NPD-Abgeordnete im Sächsischen Landtag, Jürgen Gansel, am 20. Oktober 2007 in seiner Rede auf einer NPD-Demonstration gegen einen Moscheebau in Frankfurt-Hausen formulierte.

Rechten wie Gansel und Voigt geht es dabei keineswegs um die Abwehr einer wie auch immer definierten „islamistischen Gefahr“. Für sie sind die als „kulturell fremd“ deklarierten Muslime aufgrund ihrer nichtdeutschen Herkunft und Religion eine Bedrohung für „die kulturelle Eigenart, Identität und letztlich Qualität“ des „deutschen Volkes und der deutschen Nation“. Eine Integration oder auch Assimilation dieser Menschen in die deutsche Gesellschaft darf es deshalb nicht geben, da sonst die „nationale Identität“ bedroht sei. Entsprechend diesem als Ethnopluralismus bezeichneten Ideologiekonstrukt der Neuen Rechten sieht Gansel in jedem Moscheebau eine Bedrohung, denn „eines ist doch klar: wer baut, der will bleiben“. Das aber, so Gansel, müsse verhindert werden, denn „wir wollen die Orientalen hier aber nicht haben, sondern sie in rechtsstaatlicher Weise in ihre Heimatländer zurückführen“. Der Islam als solcher, so Gansel, sei dabei nicht das Thema, „sondern seine Ausbreitung bei uns. In Europa ist er kultur- und lebensfremd und deshalb unerwünscht“.

Die Projektion des rechtsextremen Identitätskonstruktes, nachdem Völker unveränderliche homogene kulturelle Identitäten besäßen, auf die Muslime nichtdeutscher Herkunft, seien diese nun religiös oder nicht, Anhänger islamistischer Ideologien, einfache Gläubige oder Atheisten, Handwerker, Gewerbetreibende, Arbeiter, Intellektuelle oder Arbeitslose, spielt den Islamisten in die Hände, was durchaus beabsichtigt zu sein scheint.

„Der Islam“, so Gansel in einem Aufsatz über den „Nationalismus im ‚Kampf der Kulturen‘“:

„[...] bindet die Fremden zu einem großen kulturellen Kollektiv zusammen, das seine Angehörigen vollständig vereinnahmt und die unaufhebbare kulturelle Differenz zum Gastland unterstreicht. So wirkt die Lehre des Propheten Mohammed in Europa als positive Anleitung zur

Selbstghettoisierung der Gläubigen und zum Verzicht auf Mischehen mit Ungläubigen. Damit leistet der Islam zweifelsohne einen wichtigen Beitrag zum ethno-biologischen Erhalt auch der Deutschen. Solange die Fremden wegen der politischen Verhältnisse noch nicht ausgewiesen werden können, muss ihre islamische Identitäts- und Glaubensgemeinschaft möglichst intakt bleiben, damit es nicht zu kulturellem Einheitsbrei und Völkervermischung kommt.“ (Gansel 2006)

Und deshalb müsse man, führt Gansel aus, „vielen orientalischen Landbesetzern bis zum Tag ihrer Rückführung nur viel Koranfestigkeit wünschen“. Allerdings dürfe „diese partielle Wertschätzung des Islam nur vorübergehender und taktischer Natur sein“, denn kein Nationalist dürfe daran zweifeln, dass „der Islam in Europa eine Fremd- und Feindreligion ist“ (ebenda).

In der rechtsextremen Szene wird diese ambivalente Argumentation der rechten „Vordenker“ längst kontrovers diskutiert, wie ein Auszug aus dem Portal „Altermedia-Deutschland“ zeigt. Bezugnehmend auf die Kampagne des NPD-Landesverbandes Hamburg gegen den Bau einer Moschee im Stadtteil Bergedorf kritisiert einer der Diskutanten, dass „ein Teil der Menschen des sog. Nationalen Widerstandes die Überfremdung als Hauptproblem“ ansieht und deshalb auch keine Moscheen haben wolle. Damit werde aber, so die Kritik an dieser Prioritätensetzung, auch der „einzig aktiv ernst zunehmende Gegner des westlichen Giersystems, nämlich der Islam“ abgelehnt.

Dass der „Protest gegen Moscheebau“ eine „schmale Gratwanderung“ sei, räumt auch Jürgen Schwab, ehemaliges NPD-Mitglied und Autor zahlreicher rechter Publikationen, ein. „Für den Nationalismus geht es streng genommen nicht darum, dass in Hamburg eine Moschee gebaut wird, sondern dass – ganz allgemein! – ein Gotteshaus für Nicht-Deutsche gebaut wird“, schreibt er.

„Nichts wäre schlechter für uns als türkische Muslime, die schön pflegeleicht für die BRD wären. Dann würde Multi-Kulti gut funktionieren. Also, solange die Türken hier sind, kann es für mich gar nicht genug ‚Islamisten‘ unter ihnen geben“,

fügt er hinzu und unterstützt damit die anti-muslimische aber pro-islamistische Argumentationslinie seiner rechten Kollegen Gansel und Voigt.

Dem widersprechen die im März 2007 aus der NPD ausgetretene ehemalige Hamburger NPD-Landeschefin Anja Zysk und auch der Hamburger Neonazi Christian Worch, einer der führenden Kader in der Szene der sogenannten „Freien Kameradschaften“. Sie halten nichts von dieser Hoffnung auf die Bindungskraft islamistischer Gruppen, schließlich sei in Hamburg bereits „jeder 2. Einwohner unter 25 Jahren ein Bürger mit Migrationshintergrund“. Die Mehrheit der hier lebenden Bevölkerung würde das (neben der sozialen Frage) als das drängendste Problem empfinden, betont Zysk.

„Wollen wir die westlichen Besatzer loswerden, um in ein paar Jahrzehnten als ethnische Minderheit in einer dann ‚Islamischen Republik Deutschland‘ weiterzuexistieren? Unter der Sharia? Da wandere ich doch lieber aus“,

echauffiert sie sich (Altermedia, 8.1.2007).

Und auch Worch ist strikt gegen den Bau von Moscheen, „damit die Zuwanderer sich nicht noch heimischer fühlen“. Das, so Worch, sei auch kein Widerspruch dazu, dass „ich

den Kampf sunnitischer und schiitischer Iraker gegen die US-Besatzung ihres Landes sympathisch finde“ (ebenda).

Je mehr sich bei den Rechtsextremisten die Erkenntnis durchsetzt, dass die politische Agenda islamistischer Gruppen längst auch Europa und speziell Deutschland einschließt, desto weniger werden die rechten „Vordenker“ der eigenen Basis die Islamisten als strategische Partner offerieren können, und sei es auch nur auf der abstrakten Ebene. Dann werden die Islamisten, unabhängig aller ideologischer Schnittmengen, auch für den letzten rechten Chefstrategen nur noch eines sein – ein unerbittlich zu bekämpfender Gegner.

3 Der Große und der Kleine Satan

Noch aber halten die rechten Strategen an ihrer taktisch motivierten „Wertschätzung“ und ihrem abwägenden Diskurs fest und versuchen, diesen der Basis zu vermitteln. Zwar stünden Islamismus und Amerikanismus aufgrund ihrer Weltherrschaftsansprüche dem „nationalistischen Kernanliegen, das Selbstbestimmungsrecht des eigenen Volkes in einer Welt identitätsstarker Völker durchzusetzen“, feindlich gegenüber, die größere Gefahr gehe aber zum jetzigen Zeitpunkt „klar vom Amerikanismus aus, der sich auf einen funktionierenden Weltherrschaftsapparat aus Großkapital, Medien, Geheimdiensten und Militär stützen kann“, wie Gansel in seinem Aufsatz ausführt. „Die Entamerikanisierung Europas“, so Gansel, „geht der Entislamisierung voraus wie der Blitz dem Donner“ (Gansel 2006).

So positiv die wachsende Islamfeindlichkeit innenpolitisch also auch sei,

„weil sie die nationalistische Forderung nach Ausländerrückführung salonfähig macht, so bedenklich ist sie außenpolitisch, weil sie den Judeo-Amerikanern und ihrer Aggressionspolitik gegen die arabische Welt in die Hände spielt.“ (ebenda)

Der Islam habe dort, „wo er historisch beheimatet ist und die Lebensordnung der Menschen prägt, eine uneingeschränkte Existenzberechtigung“, erklärt Gansel den Muslimen, während er gegen deren Moscheebau in Frankfurt-Hausen zu Felde zieht. „Und ich gehe noch einen Schritt weiter: Gegen den Neokolonialismus Amerikas und gegen den Staatsterrorismus Israels können sich die Muslime zuhause der Solidarität nationaler Deutscher sicher sein“. (Gansel 2007)

Im Kampf zwischen „Dschihad“ und „McWorld“, also zwischen „Islamismus“ und „Amerikanismus“, sollte Europa „jede sich ergebende Schwächung der beiden Konfliktparteien zur Durchsetzung eigener Interessen nutzen und damit zum ‚lachenden Dritten‘ in der Weltarena werden“, um „wieder Herr im restlos überfremdeten Eigenheim zu werden“ (Gansel 2006), erklärt Gansel seinen Gesinnungsgenossen.

In das gleiche Horn bläst auch Gerhard Frey, ehemaliger Bundesvorsitzender der von ihm gegründeten rechtsradikalen „Deutschen Volksunion“ DVU. Unter der Fragestellung „Ist der Islam Deutschlands Feind?“ schimpft Frey in der von ihm herausgegebenen „National-Zeitung“ auf die Bundeskanzlerin Angela Merkel und den niederländischen Rechtspopulisten Geert Wilders gleichermaßen. „Die Bundeskanzlerin“, so Frey:

„erklärt Deutschland zur Partei an der Seite Israels und der USA. Der ‚Rechtspopulist‘ Wilders aus den Niederlanden, der sein Vaterland in Israel gefunden hat, verteuftelt als Agent Israels den Islam als mörderische Gefahr für die ‚westliche Wertegemeinschaft‘.“ (Frey 2008)

Es sei aber nicht der Islam das eigentliche Problem, so Frey, sondern die „Masseneinwanderung speziell von Türken in Mitteleuropa“. Nach der „Eroberung von Belgrad im Jahre 1717 durch Prinz Eugen“ hätten sich „die Beziehungen zwischen Türken und Deutschen immer mehr normalisiert und schließlich harmonisch und sogar freundschaftlich gestaltet“. Das aber sei nur möglich gewesen „auf der Grundlage der Trennung von Morgenland und Abendland“. Und deshalb könne das „Allheilmittel für die deutsche Außenpolitik“ nur eine „Neutralität nach dem durch die Jahrhunderte bewährten Vorbild der Schweiz sein“. Frey fordert deshalb die Beherzigung der Lehre Bismarcks, nach der es in der Außenpolitik keine Freunde gibt, „sondern nur die Vertretung der Interessen des eigenen Landes“ (ebenda).

Vor diesem Hintergrund plädieren die Rechtsextremen für das selbstverständliche Recht des Iran „auf eine selbstbestimmte Nutzung der Atomenergie ohne Einflussnahme der feindseligen Atomkräfte USA und Israel“. Und auch die „radikal-islamische Hamas“ ist für sie deshalb „ein legitimer Ausdruck palästinensischen Selbstbehauptungswillens“ (Gansel 2006), schließlich geht es gegen Israel und die USA.

Jede muslimische oder auch islamistische Demonstration in Deutschland, deren Thema in dieses Raster passt, darf sich deshalb der Unterstützung und sogar Beteiligung rechtsextremer Antisemiten und Antiamerikaner sicher sein.

Die Welle von anti-israelischen und anti-amerikanischen Demonstrationen arabischer, türkischer oder auch islamistischer Gruppierungen in verschiedenen deutschen Städten im Frühjahr 2002 bejubelte das rechtsradikale Internet-Magazin „National Journal“ dann auch als „Beben“, das die „Tabu-Festung BRD“ erschüttert habe. Die der NPD nahestehende „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ aus Nürnberg stimmte in diesen Jubel ein, denn das Kalkül der „Führungsjuden“ sei nicht aufgegangen. „Die jüdischen Machtzentren“ hätten „im Namen der Liberalität pausenlos die Einfuhr von Millionen und Abermillionen fremder Invasionsheere nach Deutschland verlangt“. Ihr Ziel sei ein „zerrütteter Vielvölkerstaat gewesen, wo jeder gegen jeden ist, da die Gemeinsamkeit fehlt, um von einer unvermischten Elite – den Führungsjuden – gelenkt zu werden“, so die rechtsextreme und antisemitische Verschwörungslogik.

„Was den jüdischen Machtzentren vorschwebte, waren Millionen muslimischer (möglichst rassendurchmischter) Schoßhündchen nach dem Muster des multikulturellen Vorzeige-Plüsch-Türken Cem Özdemir (Grüne)“, heißt es in diesem Pamphlet aus dem Jahre 2002 weiter. Diese Rechnung aber sei nicht aufgegangen, wird triumphierend konstatiert, denn:

„die Muslime konnten weder dekadent gemacht, noch liberalisiert werden. Sie blieben stark und der dekadenten Spaßgesellschaft haushoch überlegen. Sie wissen genau, was sie wollen und was sie nicht wollen. Und was sie nicht wollen, das sagen sie viel unverblümter als die Deutschen. Jüdische Bevormundung mögen sie z.B. gar nicht. Weder ein frech das vorlaute Maul aufreißender, noch ein betroffenheitsnotorisch herumgreinender Zentralratsjude kann sie beeindruckten. Und sie wollen die immer brutaler wütenden jüdischen Völkermord-Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Palästina nicht länger hinnehmen. Zum ersten Mal in der langen Geschichte des Judentums ist dem auserwählten Volk in der Diaspora eine ihre Macht gefährdende Gegnerschaft erwachsen.“ (National Journal unter www.auslaenderstopp.com 2002)

Inzwischen hat die „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ nach den bayerischen Kommunalwahlen im Winter 2008 ein zweites Mitglied im Nürnberger Stadtrat sitzen und ist in München mit einem Mandat ins Rathaus eingezogen. Die noch 2002 als „stark und der dekadenten Spaßgesellschaft haushoch überlegen“ hochgelobten „Muslime“ sind längst zum zentra-

len Wahlkampfthema dieser „Bürgerinitiativen“ geworden. Entsprechend der rechtsextremen Strategie, sich an kommunalpolitische Themen und Konfliktfelder anzuhängen, um sich darüber in der Bevölkerung zu verankern, gehören der Kampf gegen den Bau von Moscheen und die rassistische und xenophobe Hetze gegen Migranten und besonders gegen Muslime zu ihren programmatischen Schwerpunkten. Die schon der eigenen Basis schwer vermittelbare ambivalente Argumentation zwischen Hass und Bewunderung ist für derartige NPD-Ableger im Hinblick auf diese Verankerungsstrategie in Zukunft kaum noch aufrecht zu erhalten.⁶

Anders sieht das bei der neonazistischen Kameradschaftsszene aus, die den parlamentarischen Weg ablehnt, weil „Wahlen nichts ändern“ und „auch der Einzug einer rechten Partei in Parlamente eher Schaden als Nutzen bringt“. Die Kameraden setzen deshalb auf den „Kampf um die Straße statt mit Krampf in die Parlamente“ zu gelangen (vgl. u.a. Altermidia 27.2.2008). Vor diesem Hintergrund haben sie auch geringe Berührungängste gegenüber den sonst so verachteten Migranten und Muslimen, wenn diese gegen den „gemeinsamen Feind“ auf die Straße gehen.

Als muslimische Vereine und Verbände aus verschiedenen Städten Westfalens am 15. März 2008 in Bielefeld für „ein freies Palästina“ demonstrierten, marschierten dann auch Anhänger der „Nationalen Sozialisten aus Schaumburg und OWL“ (Freie Kameradschaft Gütersloh) mit. Der Sprecher des muslimischen Organisationskomitees, Nihat Köse, Mitglied des IGMG⁷ Regionalverbandes Nord Ruhr und zuständig im Milli-Görüs-Bezirk Bielefeld für interkulturelle Kommunikation, erklärte gegenüber der Lokalpresse, dass „die Aggressionen gegen die Bevölkerung in Gaza“ der Anlass für diese Demonstration gewesen sei. „Viele Muslime würden ihn und andere immer wieder darauf ansprechen, wie sie sich hier gegen die Gewalt in Palästina wehren könnten“, zitiert ihn das Bielefelder Tageblatt am 17. März 2008. Im Demonstrationsaufruf wurde dann auch ein „Ende der Gewalt im Gaza und Westjordanland“ gefordert, sowie ein „menschenwürdiges Leben für die Palästinenser, ein Ende der ethnischen Säuberung Palästinas“, ein Ende des „Völkermords an den Palästinensern“ und ein „Freies Palästina/Freies Jerusalem“.

Dass sich rechtsextreme Kameraden unter die 300 Teilnehmer dieser Demonstration mischten, dürfte vor dem Hintergrund dieser völlig einseitig gegen den Staat Israel ausgerichteten Losungen kaum verwundern. In ihrem Internetportal feiern sie danach diese „Demonstration gegen Landraub, Rassismus und Mord“ als Ausdruck der Forderung nach „Freiheit und Selbstbestimmung nicht nur für unser Volk, sondern für alle Völker in ihrer angestammten Heimat“. Der „wahre Rassismus“, so die Argumentation der Neonazis, sei „für uns Nationale Sozialisten auch Multikulti-Wahn, der alle freien Völker beseitigen will um einen Einheitsmenschen zu schaffen, der dem ‚Geist‘ willens und untertan ist“. Und deshalb sei der wahre Schuldige eben jener „Geist“, „der seit Tausenden von Jahren seinen Pesthauch in die gesunden Völker dieser Welt streut“.

Es handelt sich hier um eine Verklausulierung des rechtsextremistischen antisemitischen Topos der „jüdisch-amerikanischen Verschwörung zur Weltherrschaft“. Diese Verklausulierung ist aus Sicht der Neonazis notwendig, denn

6 Das zeigt sich bereits bei den so genannten rechtspopulistischen „Pro“-Bewegungen, wie z.B. Pro Köln, die eine eindeutig antimuslimische Agenda verfolgen

7 IGMG – Islamische Gemeinschaft Milli Görüs, größte nicht gewaltorientierte islamistische Organisation in Deutschland

„aus brd-(un)rechtlichen Gründen darf dieser ‚Geist‘ hier nicht genannt werden, da auch unser Deutschland besetztes Land ist. Eine Republik in der dieser ‚Geist‘ seine Marionetten in ‚Politik‘, ‚Kultur‘ und ‚Wirtschaft‘ tanzen lässt!“⁸

Damit die „in unserem Land lebenden Angehörigen anderer Völker eine blühende Heimat zum zurückkehren haben“, müsse nicht nur Deutschland von diesem „Geist“ befreit werden, so die Neonazis weiter, sondern auch die Herkunftsländer der Migranten. Deshalb sei es die „Pflicht“ der Neonazis gewesen, an der Demonstration der muslimischen Vereine und Verbände teilzunehmen.

Nach eigener Darstellung der Neonazis kam es während der Demonstration zu „aufschlussreichen“ Gesprächen mit palästinensischen Teilnehmern, wobei „Gemeinsamkeiten auf die Fragen warum, wieso und weshalb“ gefunden worden wären. Auch wenn man bei den Selbstauskünften rechtsextremer Gruppen im Internet den Wahrheitsgehalt mehr als einmal hinterfragen und anzweifeln muss, so deutet diese Beschreibung doch auf etwas hin, was immer wieder zu beobachten ist: die punktuelle Verständigung auf der Grundlage gemeinsamer Verschwörungstheorien. Die analogen antiamerikanischen und antisemitischen Welterklärungsmuster lassen in bestimmten Kontexten, wie beispielsweise während einer Demonstration gegen Israel, die anderen Feindbilder, Unterschiede und Abgrenzungen kurzzeitig in den Hintergrund rücken. Das zeigte sich erneut im Januar 2009 während des so genannten Gaza-Krieges, allerdings nicht nur auf der Straße. So stellte sich der islamische Multifunktionär Ibrahim el-Zayat⁹ der neurechten Wochenzeitung „Junge Freiheit“ in einem langen Interview zur Verfügung. In dem Gespräch versicherte el-Zayat der Leserschaft des Blattes, dass sie „die Muslime“ nicht als Bedrohung fürchten müssen, denn auch „die Muslime“ wissen zwischen den [pro-israelischen] Positionen der Bundeskanzlerin Angela Merkel und denen „der“ Deutschen zu unterscheiden. Und auf die hoffnungsvolle Frage der „Jungen Freiheit“, ob er darauf setze, „dass die muslimische Einwanderung zu einer Veränderung der deutschen Position im Nahost-Konflikt führt“, verweist el-Zayat geschickt auf die lange Freund- und Partnerschaft Deutschlands mit der arabischen und muslimischen Welt.

„Der Besuch Kaiser Wilhelm II. in Jerusalem 1898 ist noch heute unvergessen. Dieses besondere Verhältnis gilt es weiterzuentwickeln und zu pflegen.“ (Junge Freiheit, Januar 2009)¹⁰ Eine Botschaft, die im Umfeld eines Blattes wie der „Jungen Freiheit“ wohl verstanden wird.

Aus der oben beschriebenen örtlich und zeitlich begrenzten Annäherung zwischen Neonazis und einzelnen Teilnehmern einer von Muslimen und Islamisten veranstalteten Kundgebung¹¹ lässt sich aber kein Zusammengehen oder Bündnis beider Gruppen hierzulande ableiten.

8 Nationale Sozialisten aus Schaumburg und OWL-Homepage, 20.3.2008.

9 Ibrahim el-Zayat ist Präsident der Islamischen Gemeinschaft in Deutschland e.V., die vom Verfassungsschutz beobachtet wird und als „mitgliederstärkste Organisation von Muslimbruderschaft-Anhängern“ bezeichnet wird. (Verfassungsschutzbericht 2007, S. 218), er ist auch Generalbevollmächtigter der EMUG, dem Immobilienverein der europäischen Milli Görüs.

10 Junge Freiheit (13.1.2009): Unter den Muslimen brodelt es“, Interview von Moritz Schwarz mit Ibrahim el-Zayat, unter: <http://www.jungefreiheit.de/Single-News-Display.268+M5824ccc639c.0.html>, zuletzt abgelesen am: 20.03.2009.

11 Oft werden Demonstrationen, wie in Bielefeld, nicht von einer islamistischen Organisation allein veranstaltet, sondern von verschiedenen Vereinen oder Organisationen, die nicht pauschal alle dem islamistischen Spektrum zuzuordnen sind.

Die Hoffnung der Neonazis, die Organisatoren oder Teilnehmer der Bielefelder Demonstration würden nun im Gegenzug einer Einladung zum rechtsextremen „Antikriegstag“ nach Dortmund am 6. September 2008 Folge leisten, hat sich erwartungsgemäß nicht erfüllt. Dem steht der Rassismus der Rechten entgegen. Zwar werden Neonazis bei Demonstrationen von Islamisten geduldet, rechten Aufmärschen dagegen bleiben sowohl gemäßigte als auch radikale Muslime nichtdeutscher Herkunft fern.

Das zeigte sich bereits im Sommer 2006, als die wichtigste bundesweite Plattform der parteiunabhängigen Neonazis, der „Freie Widerstand“, schon einmal eine „Friedensdemonstration“ gegen Israel plante. Ihren Aufruf zur Demonstration am 2. September 2006 in Dortmund „gegen imperialistische Kriegstreiberei und Aggressionskriege“ Israels und der USA schickten die Neonazis auch dem islamistischen Internetportal www.muslim-markt.de. Dessen Betreiber, die Brüder Yavuz und Gürhan Özoguz, leiteten diesen Demonstrationaufruf nach eigenen Angaben an rund 350 muslimische Organisationen und Einzelpersonen weiter. Einer dieser Empfänger alarmierte Yavuz Özoguz. Der bat daraufhin die Empfänger der E-Mail für den „schweren Fehler“ um Entschuldigung. „Ich gebe zu, wir hatten das einfach ungeprüft weitergeleitet. Der Begriff ‚Freier Widerstand‘ ist zwar auffällig, aber wir bekommen einfach so viele E-Mails für Demonstrationaufrufe“, erläuterte Özoguz im Gespräch mit wdr.de (Stegers, 4.8.2006).

Anders sieht es aus im Kontext von Gruppen oder Organen wie der „Jungen Freiheit“, angesiedelt in der Grauzone zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus mit nationalistischem und ethnopluralistischem Selbstverständnis. Hier funktioniert das gegenseitige Verständnis über die gemeinsamen Feindbilder auf der „intellektuellen Ebene“, ohne dass sich Funktionäre wie el-Zayat dafür gegenüber der eigenen Basis rechtfertigen oder sogar entschuldigen müssen.¹²

4 Der Kampf gegen die „Moderne“

Die Betreiber des Muslim-Markt sind ein Paradebeispiel dafür, wie auch von islamistischer Seite versucht wird, Schnittmengen zwischen den beiden Szenen auszuloten.

Die türkisch-sunnitischen Brüder aus Delmenhorst bei Bremen, Yavuz und Gürhan Özoguz, waren aus Begeisterung für die „islamische“ Revolution im Iran zum Schiitentum konvertiert und stehen bis heute fest an der Seite der iranischen Mullahkratie. Wegen der Veröffentlichung einer Rede des Revolutionsführers und geistlichen Oberhauptes des Iran, Ajatollah Ali Chamenei, wurde Yavuz Özoguz im Jahr 2004 in erster Instanz wegen Volksverhetzung verurteilt, das Verfahren in der Berufung dann aber gegen eine Geldzahlung eingestellt.

Im Jahr 2003 hatten die Brüder ihre Autobiografie unter dem Titel „Wir sind ‚fundamentalistische Islamisten‘ in Deutschland“ veröffentlicht. Auch wenn sie die Bezeichnung „fundamentalistische Islamisten“ in Anführungszeichen setzen, so lassen ihre Schriften und Aktivitäten im Internet kaum Zweifel an ihrer islamistischen Gesinnung aufkommen. Zu dieser Einschätzung war auch der damalige Direktor des Deutschen Orient-Instituts, Prof. Dr. Udo Steinbach, gelangt. In einer öffentlichen Anhörung des Innenausschusses des Deutschen Bundestages am 20. September 2004 zum Thema „Islamistische Einflüsse auf

¹² Siehe Veröffentlichung des Interviews el-Zaytas in der „Jungen Freiheit“ auf der Internetseite der IGD: http://www.igd-online.de/pageID_7222843.html

die Gesellschaft und ihre Auswirkungen auf Integration und Sicherheit“ erzählte Steinbach, dass er nach der Lektüre dieser Autobiografie einem der beiden Brüder per Brief sein Befremden über die Anpreisung „der Demokratie des Herrn Chamenei als die eigentliche Demokratie“ zum Ausdruck gebracht habe. „Ich habe geschrieben“, so Steinbach:

„[...] was haben Sie denn eigentlich in dieser, unserer Gesellschaft noch zu suchen, gehen Sie doch nach Teheran und dann leben Sie in einer preiswerten Demokratie, hier müssen Sie doch ständig ein schlechtes Gewissen haben. Sie müssen dahin gehen, wo Sie hingehören, nämlich in die islamische Republik. Hier ist ein Graben zwischen Ihnen und der Gesellschaft und der Graben wird sich auch noch fortsetzen zwischen Ihren Kindern und der Gesellschaft, eigentlich gehören Sie gar nicht hier hin.“ (Protokoll Innenausschuss dt. Bundestag)

Sehr beeindruckt scheinen die Özoguz-Brüder von Steinbachs Schreiben nicht gewesen zu sein, wie ihre anti-israelischen, anti-amerikanischen und pro-iranischen Aktivitäten im Internet und auf der Straße zeigen. Zwar geben sie sich nach Möglichkeit Gesetzestreu, schließlich sei der Islam in Deutschland „eine Religion wie jede andere (auch wenn die Rechte geringer sind), die Bevölkerung will es so und das ihr gutes Recht!“. Doch wie man „in Deutschland nicht verfassungsfeindlich agieren darf“ und es „ab einem bestimmten Maß auch strafbar wird“, so dürfe man das eben in einem Islamischen Staat (z.B. Iran), in dem der Islam Verfassung ist, auch nicht. Immerhin sei das eine Verfassung, die „die absolute Mehrheit der Bevölkerung wollte, und das ist deren Recht“ (Muslim-Markt 25. August 2006).

Statt nun in dieses geliebte System auszuwandern, widmen sich die Muslim-Markt-Betreiber lieber der Aufgabe, Muslime und Nichtmuslime hierzulande zu agitieren. So verbreiten sie auf ihren Seiten nicht nur ausführlich iranische Staatspropaganda, sondern weisen jede kritische Äußerung von Forum-Teilnehmern zur Situation der Menschenrechte im Iran als Provokation zurück, die von den eigentlichen Verbrechen der USA, dem „Raubtierkapitalismus“ und vor allem Israel abzulenken versuche.

Bisweilen trägt die anti-amerikanische Phobie der Brüder auch groteske Züge, wie die Ausführungen von Yavuz Özoguz in einem Interview mit dem NPD-Parteiorgan „Deutsche Stimme“ im Mai 2006 zeigen. Auf die Frage von Andreas Molau, dem damals für Bildung zuständigen Mitglied des NPD-Bundesvorstandes, ob man denn überhaupt von „dem Islam“ sprechen könne, schließlich drohe „der Islam“ in Afghanistan gerade einem konvertierten Christen mit der Todesstrafe, schlägt Özoguz einen verschwörungstheoretischen Purzelbaum. Mit dem Verweis darauf, dass die USA nicht nur ehemals die Taliban ausgerüstet, sondern auch „mit Bombengewalt“ das aktuelle afghanische Regime aufgebaut sowie den Regierungschef ausgebildet hätten und das Rechtssystem unter ihrem Schutz gegründet worden sei, stelle er sich die Frage, „warum die Muslime für etwas verantwortlich gemacht werden, das sie gar nicht zu verantworten haben?“.

Zur Untermauerung seiner These zieht Özoguz eine aktuelle juristische Debatte in Deutschland heran und verkürzt diese auf die Formel, dass „die Konversion zum Christentum für Iraner in Deutschland nicht mehr als Asylgrund ausreicht, weil ihnen in der Heimat nichts droht“.¹³ In der simplen Logik Özoguz' ist damit der Schuldige gefunden, denn:

13 Zur komplexen Rechtsprechung in Bezug auf Abschiebungen von Iranern, die zum Christentum konvertiert sind, siehe: www.asyl.net/Laenderinfo/Iran2.html

„im Iran sind keine US-Soldaten stationiert, aber in allen Nachbarländern, in denen all jene Schandtaten erfolgen, nach denen Sie fragten. Nicht nur in der Vergangenheit wurden Frauen gesteinigt. Das erfolgt heute noch in Saudi-Arabien, eine besondere Feudalform eines US-Bundesstaates.“ (Deutsche Stimme, 2006)¹⁴

Wenn es der Verteidigung ihrer islamistischen Gesellschaftsvision dient, schrecken die Özoguz-Brüder auch vor der Relativierung des Holocaust nicht zurück. In ihrem Elaborat zur Verteidigung des iranischen Präsidenten Mahmoud Ahmedinejad interpretieren sie dessen Äußerungen zum Holocaust auch dementsprechend. So habe Ahmedinejad:

„[...] nie einen Zweifel daran gelassen, dass man diejenigen, die an der Judenverfolgung Schuld tragen, auch zur Verantwortung ziehen sollte. Wenn er dabei den Zusatz ‚so es denn stattgefunden hat‘ hinzufügt, und den heute zweifelsohne verfälschten Begriff Holocaust als ‚Mythos‘ bezeichnet, heißt das noch lange nicht, dass er die Judenverfolgung durch das Nazi-Regime leugnet. Ihm geht es um das Unrecht, das den Namen ‚Israel‘ trägt. Und genau das dürfte auch der Grund sein, dass man ihn dafür fertig machen will, denn diese ‚Heiligkeit‘ der westlichen Welt darf niemand angreifen!“ (Muslim-Markt, 27.2.2006)

Nicht dem Judentum als eine der drei monotheistischen Religionen oder den Juden als „Volk“ gilt der Hass und die Verachtung islamistischer Propagandisten wie Ahmedinejad und seinen Apologeten vom Muslim-Markt, sondern der „westlichen“ Moderne, dem auf der Trennung von Staat und Religion und den individuellen Menschenrechten basierenden demokratischen Gesellschaftssystem. In Israel sehen sie die „Speerspitze“ dieses verachteten Systems, das nicht nach Gottes Vorschriften konstituiert ist sondern nach dem freien Willen von Menschen und deshalb, entsprechend religiös-fundamentalistischer Logik, frei von Moral und Ethik sei.

In ihrer Propaganda rekurren die Fundamentalisten auf die religiöse Vorstellung des unfehlbaren Gottes und zementieren ein biologistisches Menschenbild, wonach der Mensch ohne göttliche Führung schutzlos seinen eigenen Begierden, Wünschen und Trieben ausgeliefert sei. Demzufolge muss ein Gesellschaftssystem, das auf einer Trennung von Staat und Religion basiert, also nicht nach den Vorgaben der unfehlbaren Gottheit sondern nach den Vorgaben des fehlbaren Menschen konstituiert ist, im Kern fehlbar, unmoralisch, dekadent und dem Untergang geweiht sein. Alle negativen Erscheinungen dieser von Menschen geschaffenen heutigen Welt, wie Ausbeutung, Unterdrückung, Dekadenz und Ungerechtigkeit, werden nach islamistischer Lesart als logische Konsequenz der Säkularisierung dargestellt.

„Das Konzept der aktuellen westlichen Politik“, schreiben dementsprechend die Özoguz-Brüder,

„ist ein Konzept der Kriegspolitik, die auf Gewalt, Brutalität, Mord und Totschlag aufgebaut ist. Israel stellt nur die Speerspitze dieser Politik dar. Aber solch eine Politik schadet allen Menschen gleichermaßen, den Muslimen wie den Nichtmuslimen zugleich. Der Muslim wird zwar ermordet, aber der von der westlichen Welt getragene Schütze wird zum Mörder.“

14 Der komplette Text wurde auch vom Muslim-Markt in seiner Rundmail vom 2.5.2006 verschickt.

Den Grund dafür, warum „ein auf Wirtschaftlichkeit und Materialismus basierendes Welt-system seine eigenen Fundamente zerstört“, sehen sie, der islamistischen Logik folgend, in eben diesem Fundament bereits angelegt.

„Moral, Ethik, menschliche Werte usw. sind schon längst auf der Strecke geblieben und dienen bestenfalls dazu, westliche Weltmachtansprüche zu festigen. Die Arroganz der Wertlosigkeit zerstört sogar den einzigen bestehenden eigenen Wert des Materialismus, das Kapital. Denn genau jener Verlust an Moral, Ethik und vor allem dem Gerechtigkeitsgefühl führt zur eigenen Zerstörung. Das so enorm mächtige westliche Weltimperium wird nicht das erste Imperium sein, das an der eigenen Arroganz und Morallosigkeit untergegangen ist; und möglicherweise auch nicht das letzte“ (Muslim-Markt, 24.6.2008),

frohlocken und warnen sie gleichermaßen.

Zur Abwehr und Dämonisierung dieser Moderne, der individuellen, gesellschaftlichen und vor allem politischen Säkularisierung, wird diese in der islamistischen Ideologie als Produkt einer jüdischen Verschwörung stigmatisiert, wonach Juden nicht nur ihre eigene Religion, das Judentum, verraten hätten, sondern auch die Christen durch Aufklärung und Französische Revolution von ihrer Religionen entfremdet hätten, um sie beherrschen zu können. Nun seien die Muslime und die islamische Welt an der Reihe, um dann die Welt-herrschaft zu erlangen.

Vor diesem Hintergrund ist es naheliegend, dass Islamisten auch das Bündnis mit der radikal-fundamentalistischen jüdischen Splittersekte Neturei Karta suchen. Sowohl die Muslim-Markt-Betreiber als auch die islamistischen Verbündeten im Iran greifen gern auf diese „jüdischen Kronzeugen“ zurück,¹⁵ die den Holocaust uminterpretieren zu einem Kampf der Moderne – die säkulare jüdische Nationalstaatsbewegung Zionismus – gegen die Religion – das orthodoxe Judentum.

So erklärte der selbst ernannte Wiener Rabbiner Moishe Arie Friedmann in seiner Rede im iranischen Esfahan zur Freude der Islamisten „die orthodoxen antizionistischen Juden“ zu den „ersten Opfern des Holocaust“. Die „wahren Hintergründe des Holocausts“, fordert Friedmann, müssten endlich „vor der Weltöffentlichkeit ausgeleuchtet werden“. Nach Friedmanns religiös-fundamentalistischer Verschwörungstheorie werde sich dann zeigen:

„[...] dass die Zionisten einen großen Teil der Verantwortung für den Holocaust tragen, dass sie nicht nur nicht versucht haben, ihn zu verhindern, sondern ihn im Gegenteil sogar provoziert haben und selbst das größte Interesse an dem Massenmord an dem frommen osteuropäischen Judentum hatten. Damit wurde der vom glaubenstreuen Judentum getragene Widerstand gegen die Errichtung des Staates Israel gebrochen, damit wurde vor der Weltöffentlichkeit die moralische Legitimation für die Gründung dieses Staates erreicht und sogar die Duldung der Weltöffentlichkeit, was die Vertreibungsmaßnahmen gegenüber den Palästinensern betrifft. Damit wurden auch die finanziellen Grundlagen des Staates Israel gelegt, für die die deutschen Buße- und Entschädigungszahlungen einen bedeuteten Teil geliefert haben. Bis heute profitiert der Staat Israel vom Holocaust, etwa wenn man an die vor kurzem erfolgte Lieferung von atomwaffen-tauglichen U-Booten denkt, die Israel von Deutschland erhalten hat.“ (Friedman, März 2006)

15 siehe u.a. „Muslim-Markt interviewt Oberrabbiner Moishe Arie Friedmann bei der Kundgebung „Tag von Jerusalem“ am 21.10.2006 in Berlin“ unter: www.muslim-markt.de/interview/2006/friedmann.htm; Weitere Externe Links unter: www.muslim-markt.de/Palaestina-Spezial/wehrensich/judenwehrensich.htm

Als die iranische Staatsführung im Dezember 2006 zu ihrer so genannten „Holocaust-Konferenz“ nach Teheran einlud, konnte sie sich nicht nur über die Anwesenheit international bekannter Holocaustleugner, Revisionisten und weiterer Rechtsextremisten freuen, sondern auch die Vertreter der Neturei Karta nebst Moishe Arie Friedmann herzlich begrüßen.

Interessant ist in diesem Zusammenhang die Argumentation der Muslim-Markt-Betreiber, mit der sie versuchen, diese revisionistische Propagandashow, die iranische Staatsführung und ihren „Kronzeugen“ Friedmann zu verteidigen. Letzterem wurde nach seinem Auftritt in Teheran zu Recht vorgeworfen, den Holocaust zumindest relativiert zu haben. Friedmanns Rede ist auf dem Internetportal der „Nationalanarchisten“, rechtsextremen Querfrontideologen mit Bezügen zur Holocaustleugnung, nachzulesen.

Erneut unterstreicht Friedmann in dieser Rede seine religiös-fundamentalistische Position, denn

„unser Weg ist der des Glaubens, und daher sehen wir ein Heil nur in der Rückkehr zu den Wurzeln der Gläubigkeit an Gott, egal ob es Muslims, Juden oder Christen sind“ (Friedmann, Dezember 2006).

Der Zionismus, den Friedmann als „verbrecherische Sekte“ bezeichnet, habe „eine Holocaust-Religion“ konstruiert, obwohl „die Zionisten“ zu den „Hauptverantwortlichen für die Verfolgung von Juden zählten“. Das Ziel der „Zionisten, die nicht den geringsten Glauben an Gott besitzen“ sei, so Friedmann, „die Ausrottung der Gläubigkeit an Gott in der gesamten Menschheit“. Und deshalb können antizionistische „strenggläubige orthodoxe Juden“ à la Friedmann und die Neturei Karta, „die zionistische Anwesenheit in Israel“ niemals akzeptieren, „da uns von Gott untersagt wurde, nach Palästina als Volk oder gar politische Macht zurückzukehren.“

Mit dieser Darstellung trifft Friedmann den Kern des bereits skizzierten klassischen islamistischen Antisemitismus. Dass Friedmann im weiteren Verlauf seiner Teheran-Rede auch den deutschen rechtsextremistischen Verschwörungstheorien das Wort redet, sei noch kurz angemerkt. So schildert er die „vom Glauben abgefallenen Juden“, also die „Zionisten“, als die wahren Schuldigen der Judenfeindschaft in Deutschland. Auch den 2. Weltkrieg haben nicht die Deutschen zu verantworten, denn die Zionisten hätten:

„[...] alle möglichen Maßnahmen in die Welt gesetzt, um das deutsche Volk zu provozieren, zu erniedrigen und zu boykottieren, und sie haben bei allen Weltregierungen erfolgreich gegen Deutschland Lobbyarbeit betrieben, unter anderem beim bolschewistischen Russland, aber auch in England und Amerika.“ (Friedman, Dezember 2006)

Auf all diese Aspekte gehen die Muslim-Markt-Betreiber in ihrer Verteidigungsschrift nicht ein. Sie versuchen statt dessen den Holocaust zu relativieren, in dem sie ihn mit anderen Verbrechen der Geschichte gleichsetzen, wie „die Ausrottung der Indianer oder der Ureinwohner Australiens durch den weißen Herrenmenschen“, und einer Instrumentalisierung des Holocaust zur Legitimation des Staates Israel als Vorposten des westlichen Imperialismus in der islamischen Welt das Wort reden.

„Der Holocaust war gerade zu Ende, da hat die westliche Welt ein neues Unrecht aufgebaut, das bis heute anhält, ein imperialistisches Staatsgründungsprojekt, das bis heute nicht abgeschlossen

ist und das bis heute als Ursache und Symbol für sehr viel Leid in dieser Welt steht! Die Ursache für den Konflikt liegt somit in der westlichen Welt, nicht im Iran!“,

lautet die Schlussfolgerung der deutsch-türkischen Islamisten.

Nun könnte man meinen, dass damit den Rechtsextremen aus der Seele gesprochen werde. In Teilen dieser Verteidigungsschrift ist dies durchaus der Fall. Aber trotz aller mit der rechtsextremen Ideologie kompatiblen Zionismus-, Israel- und Imperialismus-Kritik, so ganz mag der Text das rechtsextreme Herz dann doch nicht erfreuen. Zu offenkundig argumentieren die Muslim-Markt-Betreiber gegen die rechte völkische und ethnopluralistische Sichtweise. In ihrem Bestreben, jeglichen Zusammenhang zwischen dem Holocaust und der Gründung des Staates Israel als rassistisch und verbrecherisch zu brandmarken, reden sie einem multikulturellen und multireligiösen Nationalstaatskonzept das Wort. In ihrer rhetorischen Frage, was der Holocaust mit Israel zu tun habe, schreiben sie:

„Den Staat gab es damals doch gar nicht! Ermordet wurden. Deutsche, Polen, Russen, Franzosen und andere jüdischen Glaubens! Oder will man all diesen Menschen im Nachhinein sogar ihre Nationalität streitig machen? Verfällt man nicht damit in die Argumentation des Verbrechers Hitler, indem man Juden zu Israelis macht (als es den Staat noch gar nicht gab) und ihnen das Deutschein verweigert?“

Die rechtsextreme Sympathie verscherzen sich die Özoguz-Brüder mit ihrer auch vom iranischen Präsidenten Ahmedinejad inzwischen mehrfach wiederholten Forderung an Deutschland, für den Fall, dass „Nazi-Deutschland sechs Millionen Juden vernichtet hat“ (!) „ihnen ein Stück Land zu geben, das dieses Unrecht teilweise kompensieren oder zumindest sühnen kann“. Das können die Rechten von „Altermedia-Deutschland“ nicht unkommentiert lassen. „Hm, vielleicht sollte man ja, um dafür Platz zu schaffen, erst einmal alle Türken, Araber und sonstigen multikulturellen Bereicherungen aus Deutschland rauswerfen“, lautet ihre Anmerkung in Anspielung auf die türkische Herkunft der Muslim-Markt-Betreiber.

Endgültig auf Abwehr bei den Rechtsextremisten stoßen die Islamisten aber mit der ihrer Ideologie zugrunde liegenden Einteilung der Menschheit entlang der Religionszugehörigkeit und der damit einhergehenden Relativierung nationaler oder kultureller Zugehörigkeiten. Da spielt es dann auch keine Rolle mehr, dass sie damit gegen den Zionismus und Israel polemisieren.

„Wer aber die Verbrechen des Zionismus, die im missbrauchten Namen des Judentums erfolgen, nur deshalb verteidigt, weil sie im Namen des Judentums erfolgen, ist ebenfalls ein Antisemit, denn er wirft Juden pauschal vor, Zionisten und Israelis zu sein,“

heißt es am Ende der Muslim-Markt-Verteidigungsschrift. Diese:

„Antisemiten schaden derzeit dem Judentum und damit jedem gläubigen Juden weitaus mehr als alle anderen, denn sie sitzen an den Hebeln der Macht in der westlichen Welt. Und sie merken dabei nicht einmal, dass sie z.B. jedem deutschen Juden, der gar nicht ‚Israeli‘ sein will, sondern eben ‚nur‘ Deutscher jüdischen Glaubens, viel Schmerz zufügen, denn ein Deutscher jüdischen Glaubens scheint nicht vorgesehen.“

Das sei, so das Fazit der Rechtsextremen dazu, „ein klassisches Beispiel dafür, dass man sich davor hüten sollte, vor lauter Humanitätsduselei gleich jeden fremden Schmutzfinken an sein Herz zu drücken.“ (Muslim-Markt, 14.12.2006)

5 Rechter Fundamentalismus und linker Anti-Rassismus

Sieht man einmal von den Bemühungen der islamistischen Muslim-Markt-Betreiber ab, auf ihrer Suche nach Kronzeugen für ihre anti-israelischen und anti-amerikanischen Verschwörungstheorien auch im rechtsextremen und rechts-esoterischen Lager zu fischen,¹⁶ so muss man feststellen, dass sich die Rechten wesentlich stärker mit dem Islam und dem Islamismus auseinandersetzen als umgekehrt.

Selbst dort, wo es bisher zur engsten Verbrüderung zwischen den braunen und grünen Kameraden gekommen war, in der internationalen revisionistischen Szene, bröckelt das Bündnis zunehmend. Das liegt zum einen daran, dass die Szene der rechten Holocaustleugner und -Relativierer durch Strafverfolgungen¹⁷ und die biologische Uhr arg dezimiert wurde, zum anderen aber auch an der ernüchternden Erkenntnis auf Seiten der Rechten, für die Islamisten nur „Bauern in einem Schachspiel“ zu sein.

Der in Deutschland, Frankreich und der Schweiz wegen Volksverhetzung, Aufstachelung zum Rassenhass und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener zu Geld- und Haftstrafen verurteilte Schweizer Holocaustleugner Jürgen Graf stellt nach der so genannten Teheraner „Holocaust-Konferenz“ dann auch ernüchert fest, dass alle Hoffnungen auf eine dauerhafte Zusammenarbeit und eine institutionelle Unterstützung beispielsweise durch das iranische Mullah-Regime „auf Sand gebaut sind“. Aus seinem russischen Exil schreibt Graf einen langen Brief an die Berliner „Ernst-Zündel-Truppe“, ein Netzwerk rechter Revisionisten um den im Februar 2007 vom Landgericht Mannheim zu fünf Jahren Haft verurteilten Auschwitzleugner Ernst Zündel. Darin klagt Graf, dass er jederzeit „als illegaler Ausländer in die Schweiz und somit ins Gefängnis abgeschoben werden kann“. Bei der Teheraner Konferenz, so Graf, hätte sein „amerikanischer Freund David Duke“, der ehemalige Führer des Ku-Klux-Klan, den Präsidenten Ahmedinejad auf Grafs Lage hingewiesen, „worauf letzterer versicherte, mir werde ‚innerhalb Wochen‘ ein iranischer Pass ausgestellt“, was jedoch nicht geschehen sein soll. Auch auf Zuarbeiten Grafs für ein „Teheraner Institut zur Erforschung des Holocaust“ habe der dafür zuständige Mohammad Ali Ramin, ein Berater des iranischen Präsidenten Ahmedinejad, nicht reagiert (Graf, 24.5.2007).

Das bedeutet nicht das Ende des internationalen Revisionismus, erwachsen den Rechten doch in Osteuropa und vor allem in Russland längst neue Bündnispartner. Und auch die islamistischen Gruppen und Regime werden weiterhin den Holocaust leugnen oder relati-

16 siehe u.a. die gegenseitigen Interviews von Yavuz Özoguz und dem NPD-Funktionär Andreas Molau im Muslim-Markt und im NPD-Organ „Deutsche Stimme“ unter: www.muslim-markt.de/interview/2006/molau.htm und www.deutsche-stimme.de/Ausgaben2006/Sites/05-06-Gespraech.html; sowie Interview des Muslim-Markt mit Michael Friedrich Vogt, der gemeinsam mit dem NPD-Kader Dr. Olaf Rose 2004 den Geschichtsrevisionistischen Film „Geheimakte Hess“ drehte, und heute im rechtsextremen Fernsehkanal „Secret TV“ des antisemitischen Verschwörungsauteurs Jan van Helsing als Moderator tätig ist, unter: www.muslim-markt.de/interview/2008/vogt.htm

17 Unter anderem Verbot des Vereins „Collegium Humanum“ (CH) einschließlich seiner Teilorganisation „Bauernhilfe e.V.“ sowie des „Vereins zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten“ (VRBHV) durch das Bundesinnenministerium am 07.05.2008.

vieren, wenn sie es in ihrem Kampf gegen die „westliche Moderne“, gegen individuelle Menschenrechte, Liberalität und Demokratie strategisch für angebracht erachten. Die Hilfe und Unterstützung der Rechtsextremen brauchen sie dafür nicht mehr, der Ideologietransfer hat längst Wurzeln in der islamistischen Ideologie geschlagen.

Das Wissen um die ambivalenten Diskurse und vielfältigen Strömungen des rechten Lagers, von den Neonazis bis zur Neuen Rechten, von den Esoterikern bis zu den Revisio-nisten, ist sowohl bei den konservativen Muslimen als auch bei den Islamisten eher dürftig. Nach wie vor findet deshalb ein Ideologietransfer statt, da nur selten die politische Herkunft entsprechender Pamphlete hinterfragt wird. Das betrifft vor allem anti-amerikanische und anti-israelische Verschwörungsliteratur aus der rechts-esoterischen Szene, auch wenn die Islamisten längst die Kapitalismus-, Globalisierungs- und Zionismuskritik der radikalen Linken als gewinnbringender erkannt haben. War die Linke noch bis Ende der 80er Jahre aufgrund ihres Atheismus der Hauptfeind der Islamisten, so führt der Kampf gegen den US-Imperialismus Teile beider Szenen inzwischen zusammen. Maajid Nawaz, ein ehemaliges Mitglied der radikal-islamistischen Hizb ut-Tahrir, schildert nach seinem Ausstieg, wie er diese Kontakte erlebte. So war „gewissen Vertretern der westlichen Linken“, wie Nawaz schreibt, der „Sieg über den Kapitalismus wichtiger“ als

„die Frage, mit wem sie sich ideologisch ins selbe Bett legten. Ich sah, wie Vertreter des Hizb ut-Tahrir von gutmeinenden Liberalen und ideologisch motivierten Linken hofiert und als politische Kommentatoren ans Mikrofon gebeten wurden, während sich die Islamisten ob solcher Naivität ins Fäustchen lachten.“ (Nawaz, 12.6.2008)

Das taktische Bündnis islamistischer Kreise ins linksradikale Lager, für das sich zahlreiche weitere Beispiele unter anderem aus Wien, London oder Berlin anführen ließen, hat für islamistische Gruppen in Deutschland und Europa einen entscheidenden Vorteil gegenüber einem wie auch immer gearteten Bündnis mit dem rechten Lager: der Anti-Rassismus der Linken und ihr Eintreten für ein multikulturelles und multireligiöses Zusammenleben.

In diesem Punkt unterscheiden sich auch der linke und der rechte Anti-Amerikanismus. Für die Rechten ist Amerika „die gewalttätige Vormacht des Multikulturalismus und die Verkörperung der Anti-Nation“, wie es der NPD-Funktionär Jürgen Gansel formuliert. Amerika habe, so Gansel, den Europäern die Multikultur aufgezwungen, „damit diese keine nationalen Gemeinschaftskräfte mehr entwickeln können“ (Gansel 2006).

„Alle USA-Minister werden voraussichtlich in hundert Jahren nicht mehr wie Rumsfeld aussehen, sondern wie Powell oder die Sicherheitsberaterin Rice, und ihre Generäle wie der Chef der US-Truppen im Irak Sanchez“ (Rieger o.Dat.),

schreibt dazu der stellvertretende Vorsitzende der NPD, der Neo-Nazi-Anwalt Jürgen Rieger in einer Replik auf Samuel Huntingtons „Clash of Zivilisation“. Amerika werde, frohlockt Rieger, „an seinen inneren Rassenspannungen, seinem Multikulturalismus und seiner wirtschaftlichen Unfähigkeit [...] schneller seine Weltmachtrolle verlieren, als wir uns heute noch vorstellen können.“ (ebenda)

Anders als in Teilen des links-ideologischen Spektrums, wo zwar ein orthodoxer Islam nicht mehr verteufelt aber allenfalls als kulturelles Erbe und Quelle humanistisch und ethisch-moralischer Prinzipien verklärt wird, haben die Rechten keine Hemmungen, auch religiösem Fundamentalismus das Wort zu reden, was so manchem Islamisten imponieren

könnte. Zwar kann Jürgen Rieger einem „christlich-weißen“ Amerika nichts abgewinnen, seine Ablehnung des Christentums hat aber rassistische und nicht anti-religiöse Gründe, denn schließlich sei das Christentum, so Rieger, eine „orientalische Religion“, die „uns aufgezwungen wurde“. Ohne die Kämpfe „zwischen Kaiser und Papst im Mittelalter“ hätte sich die „germanische Religion aus eigenen Wurzeln weiterentwickeln können, hätte es keinerlei Auseinandersetzung zwischen geistlicher und weltlicher Macht gegeben, und die Freiheit war im heidnischen Germanien auch nie angetastet“. Das von Rieger propagierte Konzept der Artgemeinschaft basiert auf einer Verbindung von völkischem Rechtsextremismus und einer neuheidnischen Religiosität.

Weder Katholizismus noch Protestantismus, so Rieger, hätten Antworten auf die aktuellen „Probleme des Westens“, wie „Überfremdung, Instabilisierung durch Arbeitslosigkeit, mehrere Berufswechsel im Laufe eines Lebens und Vergreisung der Gesellschaft“. „Letztlich ist dies aber auch die Chance“, frohlockt er, „die wir als germanische Heiden haben, in dem im Untergang und Umbruch befindlichen Abendland erheblichen Zulauf für unsere germanisch-fundamentalistischen Vorstellungen zu gewinnen“.

Den Muslimen, ob in Deutschland oder in der islamischen Welt, müsse deutlich gemacht werden, so Rieger:

„dass wir für die Wahrung unseres germanischen Kulturerbes hier in Deutschland eintreten, dass in islamischen Staaten aber selbstverständlich die Bevölkerung das Recht hat, sich so wie von ihnen gewünscht islamisch auszurichten und die Scharia zu praktizieren, christliche Mission zu erschweren, das Tragen von Kreuzen in der Öffentlichkeit zu verbieten und dergleichen.“

Das „germanische Kulturerbe Deutschlands“ sei in erster Linie durch die „jüdisch-amerikanischen Weltherrschaftsbestrebungen und Unterdrückungen“ bedroht. Und deshalb, so Rieger, stelle sich die Frage, was „für unser Selbstbewusstsein schädlicher“ ist, „die Pflichtlektüre des Tagebuchs der Anne Frank in den Schulen, oder eine muslimische Schülerin mit Kopftuch?“ (ebenda)

Auch die rechtsextreme Publizistin Angelika Willig, Chefredakteurin des Theoriemagazins „Hier & Jetzt“ der Jungen Nationaldemokraten, plädiert „für einen neuen Umgang mit dem Islam“. „Das Kopftuch“ sei, so Willig im Januar 2007 in der NPD-Parteizeitung „Deutsche Stimme“, „eine Art Tracht, und die drückt Protest gegen die Moderne aus“. Das Christentum und auch der Islam hätten sich in ihren jeweiligen Ländern „innerlich bereits zu einer völkischen Religion umgedeutet“, und so bleibe nichts übrig, „als die kulturellen Verdienste von Christentum und Islam anzuerkennen und ihren konservativen Charakter zu nutzen“. Zwar müsse dem Bau von Moscheen in Deutschland mit „Entschlossenheit und Selbstbewusstsein“ entgegengetreten werden, aber „ohne Hass“. „Unversöhnliche Feinde sind jedoch die, die statt Gotteshäusern und Andachtsstätten immer neue Einkaufspassagen eröffnen und dabei von Toleranz und Menschlichkeit schwatzen“, gibt sie den rechten Kameraden zu bedenken (Willig 2007).

Dieser „Fundamentalismus freundliche“ rechte Diskurs wird bei den meisten organisierten Islamisten aufgrund der Ablehnung von Moscheebauten auf wenig Gegenliebe stoßen. Das schließt aber nicht aus, dass sich der eine oder andere deutsche Konvertit angesprochen fühlt und, wie bereits in der Vergangenheit, so auch weiterhin für einen „Meinungsaustausch“ und einen „differenzierten Umgang miteinander“ zur Verfügung steht. Schließlich haben die Konvertiten nicht unter dem Rassismus der Rechtsextremen zu leiden, werden von den Rechten allenfalls als „traurige Absurdität“ belächelt.

Literatur

- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend/Sinus Sociovision (2007): Die Milieus der Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland. In: www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/RedaktionBMFSFJ/Abteilung4/Pdf-Anlagen/migranten-milieustudie-zentrale-ergebnisse,property=pdf,rwb=true.pdf (zuletzt abgerufen am 16.2.2009)
- Frey, Gerhard (2008): Ist der Islam Deutschlands Feind? Der Kampf um die Weltherrschaft. In: National-Zeitung, 2.5.2008.
- Friedman, Moische Arye (März 2006): Rede bei der Int. Conference Esfahan Iran. In: www.filastin.at/friedman.shtml (zuletzt abgerufen am 16.2.2009).
- Friedman, Moische Arye (Dezember 2006): „Internationaler Friedensplan“. Rede auf der Konferenz „Review of the Holocaust: Global Vision“, 11./12. Dezember 2006, in Teheran. In: www.nationalanarchismus.org/Nationalanarchismus/teheran_holocaust_konferenz_1/Moische_Arye_Friedman/moische_arye_friedman.html (zuletzt abgerufen am 16.2.2009).
- Gansel, Jürgen (6.3.2006): Der Nationalismus im ‚Kampf der Kulturen‘. Eine Positionsbestimmung zwischen Islamismus und Amerikanismus. In: http://www.npd.de/index.php?sek=0&pfad_id=9&cmsint_id=1&detail=309 (zuletzt abgerufen am 14.2.2009).
- Gansel, Jürgen (20.10.2007): Heute tolerant und morgen fremd im eigenen Land! In: www.npd.de/index.php?sek=0&pfad_id=9&cmsint_id=1&detail=978 (zuletzt abgerufen am 16.2.2009).
- Graf, Jürgen (24.5.2007): Das Märchen von der Teheraner-Holocaust-Konferenz. Moskau. In: www.ernst-zundel-truppe.org/maerchen.pdf
- Innenausschuss Deutscher Bundestag (2004): Öffentliche Anhörung am 20. September 2004. In: Protokoll Nr. 15/42, Innenausschuss, 42. Sitzung.
- Nawaz, Maajid (2008): Warum ich mit den Islamisten gebrochen habe – Perspektiven auf den radikalen Islamismus. Neue Zürcher Zeitung, 12.06.2008. In: www.nzz.ch/magazin/dossiers/warum_ich_mit_den_islamisten_gebrochen_habe_1.756692.html
- Rieger, Jürgen (o.Dat.): Kampf der Kulturen – Kampf der Religionen? In: www.velesova-sloboda.org/geo/rieger-kampf-der-kulturen.html (zuletzt abgerufen am 16.2.2009).
- Stegers, Fiete (2006): Neonazis wollen mit Muslimen marschieren. WDR-Beitrag vom 4.8.2006. In: www.wdr.de/themen/politik/nrw03/feindbild_israel/index.jhtml
- Voigt, Udo/ NPD Landesverband Berlin (2008): Über die „Islamische Kita im Wedding“. In: http://berlin.npd.de/index.php?sek=0&pfad_id=12&cmsint_id=1&detail=352 (11.6.2008).
- Willig, Angelika (2007): Brechen wir die Fronten – Plädoyer für einen neuen Umgang mit dem Islam. In: Deutsche Stimme Januar 2007.

Internetquellen

- Altermedia (8.1.2007): Harte Bandagen – Hamburger NPD-Landesvorsitzende erstattet Anzeige gegen parteiinternen Kontrahenten. In: http://de.altermedia.info/general/harte-bandagen-hamburger-ndp-landesvorsitzende-erstattet-anzeige-gegen-parteiinternen-kontrahenten-080107_8318.html (zuletzt abgerufen am 14.2.2009).
- Altermedia (27.2.2008): AB-Nord: Kampf um die Straße statt mit Krampf in die Parlamente. In: http://de.altermedia.info/general/ab-nord-kampf-um-die-strasse-statt-mit-krampf-in-die-parlamente-270208_13050.html
- Deutsche Stimme (2003): Palästina von den Zionisten befreien. Interview mit Shaker Assem. In Deutsche Stimme, Februar 2003. In: www.deutsche-stimme.de/Sites/02-03-Assem.html (zuletzt abgerufen am 08.7.2004).
- Deutsche-Stimme (2006): Einheit oder Vielfalt? Im Gespräch mit Dr. Yavuz Özoguz vom Muslim-Markt. In: www.deutsche-stimme.de/Ausgaben2006/Sites/05-06-Gespraech.html (o.Dat.) kompletter Text versendet vom Muslim-Markt in seiner Rundmail am 2.5.2006.

- Muslimische Jugend Deutschlands-Homepage: Thread: Nazis bei der Hizb ut-Tahrir. Ehemals in: www.mj-net.de/discus/index.html (zuletzt abgerufen am: 06.11.2002).
- Muslim-Markt (25.8.2006.): <http://f25.parsimony.net/forum63498/messages/45235.html>
- Muslim-Markt (27.2.2006): Warum die westliche Welt Ahmedinejad nicht verstehen kann. In: <http://f25.parsimony.net/forum63498/messages/40566.htm>
- Muslim-Markt (14.12.2006): Und wenn es mehr als 10 Millionen Juden waren? In: http://de.altermedia.info/general/muslim-markt-und-wenn-es-mehr-als-10-millionen-juden-waren-141206_8093.html; sowie: <http://f25.parsimony.net/cgi-bin/topic-flat.cgi?Nummer=63498&Phase=Phase1&ThreadNummer=47793>
- Muslim-Markt (24.6.2008): Moral und Ethik gegen Israels Waffenstillstandsvorstellungen. In: <http://f25.parsimony.net/cgi-bin/topic-flat.cgi?Nummer=63498&Phase=Phase1&ThreadNummer=52377>
- National Journal (o.Dat.): Ein Beben erschüttert die Tabu-Festung BRD! In: National Journal. In: www.auslaenderstopp.com (zuletzt abgerufen am 20.7.2002).
- Nationale Sozialisten aus Schaumburg und OWL-Homepage (20.3.2008): FK-BI: Freiheit – nicht nur Palästinas Traum. In: www.fk-guetersloh.com/aktuelles.php?id=893 (zuletzt abgerufen am 16.2.2009).

Die Internationale der Nationalisten: Verbindungen bundesdeutscher Rechtsextremisten – am Beispiel von NPD/JN – zu Gleichgesinnten in ausgewählten osteuropäischen Staaten

Anton Maegerle

Die NPD und ihre Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN) unterhalten intensive Beziehungen zu Gleichgesinnten in West- und Osteuropa. Während über die rechtsextremen Querverbindungen der bundesdeutschen Szene innerhalb Westeuropas in den Medien relativ kontinuierlich berichtet wird, ist bislang wenig über die Kontakte bundesdeutscher Rechtsextremisten nach Osteuropa bekannt. Dieser Text soll einen Einblick in die *Internationale der Nationalisten* mit Schwerpunkt Osteuropa liefern.

Zu einem der größten rechtsextremen Aufmärsche sowohl bundes- als auch europaweit hat sich der vom sächsischen Landesverband der „Jungen Landsmannschaft Ostdeutschland“ (JLO) organisierte „Trauermarsch“ in Dresden entwickelt. Begangen wird der „Trauermarsch“ alljährlich im Februar im Zusammenhang mit dem Jahrestag der Luftangriffe auf die Stadt im Zweiten Weltkrieg. Unterstützer des „Trauermarsches“ sind unter anderem die Nationaldemokraten. Mehrere hundert der über 6.500 Teilnehmerinnen und Teilnehmer des „Trauermarsches“ am 14. Februar 2009 kamen aus dem Ausland. Vor Ort waren Neonazis aus der Schweiz, Österreich, Dänemark, Schweden, Spanien, Slowakei und Tschechien. Dieser Personenkreis ist auch gern beim „Fest der Völker“ gesehen. Rund 1.200 Rechtsextremisten nahmen am 13. September 2008 beim „3. Fest der Völker“ in Altenburg teil. Neben bundesweit bekannten Neonazis wie Jürgen Rieger (NPD-Bundesvize) und Thomas Wulff (zeitweilig persönlicher Sekretär des NPD-Bundesvorsitzenden Udo Voigt) ergriffen Gleichgesinnte unter anderem aus England, Schweden, Schweiz und Bulgarien das Wort. Den musikalischen Teil bestritten rechtsextreme Bands aus der Bundesrepublik, England und Italien.

Ausrichter des rechtsextremen Happenings ist der von Ralf Wohlleben geführte NPD-Kreisverband Jena. Mit der Veranstaltung in Altenburg wollten die NPD-Organisatoren ihren „Unmut über die Verhältnisse in Europa auf die Strasse“ tragen. Denn: „Unsere Regierungen haben uns schon längst verraten und verkauft, sie dienen nur noch dem Gott Mammon und seinen Handlangern in der internationalen Großfinanz.“ Beschworen wurde in dem Mobilisierungsaufruf dagegen die „Identität unserer Völker“. Das „I. Fest der Völker“ fand am 11. Juni 2005 in Jena statt. „Fest der Völker“ nannte die NS-Regisseurin Leni Riefenstahl ihren Film über die Olympischen Spiele 1936 in Berlin, die als nationalsozialistische Propagandaveranstaltung inszeniert wurden.

Zum Jahresbeginn 2009 haben sich rechtsextreme Jugendgruppen aus der Bundesrepublik, England, Tschechien und Schweden zur Schaffung eines „Europäischen Jugendnetzwerkes“ zusammengefunden. Der Einladung der schwedischen Vereinigung „Nationaldemokratisk Ungdom“ nach Göteborg waren die JN, „Youth BNP“, die Jugendorganisation

der „British National Party“ (BNP) und „Narodni Strana“ aus Tschechien gefolgt. Nach dem Kongress erklärte der JN-Bundesvorsitzende Michael Schäfer, dass jeder, der
 „in seinem Land für den Erhalt von Volk und Heimat kämpft, Kapitalismus und Ausbeutung beenden will und gegen die menschenverachtenden Ideen von Liberalismus und völkervernichtenden Marxismus aufsteht, [...] unser Verbündeter sein“

könne. Das Konzept ihrer noch vor Jahren als Erfolg angepriesenen „Europäischen Kongresse der Jugend“ haben die JN zwischenzeitlich ad acta gelegt, da „das kameradschaftliche Kennenlernen“ unter den „europäischen Aktivistinnen und Aktivisten viel zu kurz“ kam. Bislang einmalig blieb ein „Europatag“, den der bayerische Landesverband der Jungen Nationaldemokraten in Kooperation mit Freien Kräften am 5. Mai 2007 unter dem Motto „Nie wieder Bruderkrieg!“ durchführte. Referate hielten neben den NPD-Kameraden Norman Bordin und Andreas Thierry Gleichgesinnte aus Österreich, Schweiz, Dänemark und Ungarn. In einem Bericht über die Veranstaltung verkündeten die „Jungen Nationaldemokraten“, dass sich im Falle einer Wiederholung des „Europatages“ die Teilnehmerzahl „sicherlich mehr als nur verdoppeln“ werde. Worte, denen keine Taten mehr folgten.

Der Zusammenarbeit auf europäischer Ebene sieht sich die „European National Front“ (ENF) verpflichtet. Die ENF ist ein Versuch verschiedener rechtsextremer Gruppierungen und Parteien, auf europäischer Ebene zusammenzuarbeiten. Die Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 hatte die NPD inne. Die ENF wurde im Januar 2003 auf einer Versammlung der spanischen Falange gegründet. Dem Zusammenschluss gehören Gruppierungen und Parteien aus West- und Osteuropa an. Seit September 2004 präsentiert sich die ENF im Internet. Erklärtes Ziel der ENF ist es, die „nationalen“ europäischen Kräfte zu vereinigen und für „elementare Grundsätze“ einzutreten. Zu diesen Grundsätzen gehören unter anderem die Schaffung eines Europas der Vaterländer und die Verhinderung des EU-Beitritts von Israel und der Türkei. Ein vorrangiges Thema für die ENF ist der Kampf gegen eine „Islamisierung Europas“. Ideologische Vorbilder sind der spanische Faschist Jose Antonio Primo de Rivera (1903-1936) und der rumänische Antisemit Corneliu Zelea Codreanu (1899-1938). Am 16./17. Februar 2007 fand ein ENF-Treffen im sächsischen Riesa, dem Sitz des NPD-Verlages „Deutsche Stimme“, statt. NPD-Angaben zufolge nahmen Gruppierungen aus elf Staaten teil: „Falange“ (Spanien), „Noua Dreapta“ (Rumänien), „Forza Nuova“ (Italien), „Renouveau Francais“ (Frankreich), „Nationale Alliantie“ (Niederlande), „Juventude Nacionalista“ (Portugal), „Partei National Orientierter Schweizer“ (PNOS), „Freiheitliche Partei Österreichs“ (FPÖ), „Nordiska Forbundet“ (Schweden) und die „British National Party“.

Die Bemühungen europäischer Rechtsextremisten zur Vernetzung rufen Erinnerungen an den Europäischen Jugendverband und die Nationaleuropäischen Jugendkongresse wach. Der Europäische Jugendverband wurde am 14. September 1942 von Hitler-Deutschland in Wien gegründet. „Vierzehn Nationen“, so Jutta Rüdiger, von 1937 bis 1945 Reichsreferentin für den „Bund Deutscher Mädels“ (BDM),

„bekundeten ihren Willen zu einer engen und kameradschaftlichen Zusammenarbeit, die organisch gewachsen war durch Austausch-Besuche und durch viele gemeinsame Veranstaltungen, die ihre sichtbare Bewährung im gemeinsamen Kampf der Jugendführer an der Front gefunden hatte und nun durch die Gründung des ‚Europäischen Jugendverbandes‘ ihre organisatorische Form erhielt.“

Zum Ehrenpräsident des „Europäischen Jugendverbandes wurde dessen Initiator Baldur von Schirach, der deutsche Reichsleiter für Erziehung, zuvor bis 1940 Reichsjugendführer, ernannt. In seiner Rede zur Gründung des Europäischen Jugendverbandes führte Schirach aus:

„Wenn man mir den Vorwurf machen wollte, daß ich aus dieser Stadt Aberzehntausende von Juden ins östliche Ghetto abgeschoben habe, muß ich antworten: ‚Ich sehe darin einen aktiven Beitrag zur europäischen Kultur.‘“

Schirach, ab August 1940 bis Kriegsende NS-Gauleiter und Reichsstatthalter in Wien, ist verantwortlich für die Deportationen von 185.000 österreichischen Juden.

Der 1. Nationaleuropäische Jugendkongress wurde am 17. September 1972 in Planegg bei München abgehalten. Vor Ort fanden sich 1.000 Rechtsextremisten aus 11 Ländern ein. Zahlreiche Kongressteilnehmer waren Leser der Monatszeitschrift „Nation Europa“ (heute „Nation & Europa“). Der Titel der 1951 erstmals erschienenen Monatszeitschrift ist Ausdruck der vielfach in rechtsextremen Kreisen erfolgten Ersetzung von *Deutschland* durch *Europa*, der bereits in der Endphase des Dritten Reiches seinen Beginn hatte. Der Titel ist programmatisch gemeint. Bei der Waffen-SS, der einzigen europäischen Gliederung des Dritten Reiches, war nach dem Aufstellen von slawischen SS-Divisionen der NS-Begriff der Rasse zunehmend unglaubwürdig geworden. Die SS-Soldaten starben nun nicht mehr für das „deutsche Volk“, sondern für die „europäischen Völker“; wo zuvor von „germanisch“ die Rede war, hieß es nun „europäisch“. Geprägt wurde die Bezeichnung „Nation Europa“ durch den einstigen Führer der britischen Schwarzhemden, den Faschisten Oswald Mosley.

1 Russland

In Russland sind 2008 mindestens 97 Menschen der weiter zunehmenden rassistischen Gewalt zum Opfer gefallen, wie das „Sowa-Zentrum“ für Rassismus-Forschung im Februar mitteilte. 525 Menschen seien verletzt worden, sagte Sowa-Sprecherin Galina Koschewnikowa. Die meisten Opfer seien dunkelhäutige Wanderarbeiter. Nach Angaben dieser Nichtregierungsorganisation sprachen in diesem Zeitraum russische Gerichte 114 Verurteilungen wegen rassistischer Verbrechen aus. Russland ist ein Vielvölkerstaat, dessen Bevölkerungsmehrheit diese Tatsache jedoch nicht akzeptieren will. Nach Umfragen sympathisieren 15 Prozent der russischen Jugendlichen mit rassistischen Ideen. Schätzungsweise 150 rechtsextreme Gruppierungen gibt es. Sie agieren so unbehelligt wie nirgends sonst in Europa. Für weltweite Schlagzeilen sorgte im August 2007 eine Videoaufnahme, die die bestialische Hinrichtung eines Dagestaners und eines Tadschiken im Internet zeigte. Tatort war ein Waldstück vor einer Hakenkreuzfahne. Der Tat bezichtigte sich eine bislang unbekannte „National-Sozialistische Partei Russlands“ (NSPR).

Eine kleine NPD-Delegation unter Leitung des NPD-Bundesorganisationsleiters Jens Pühse hielt sich im November 2008 in Moskau auf. Die Nationaldemokraten nahmen dort an einer verbotenen Demonstration der „Bewegung gegen illegale Einwanderung“ (DPNI; Parole: „Rußland den Russen!“), die anlässlich eines russischen Feiertages stattfand, teil. Der 4. November hat in Russland seit Ende 2004 den 7. November, den Tag der Oktoberrevolution, als Feiertag abgelöst. Der „Tag der nationalen Einheit“ geht auf einen Feiertag der

russisch-orthodoxen Kirche zurück und erinnert an die Befreiung Moskaus von polnisch-litauischen „Besatzern und ihren Steigbügelhaltern“ im 17. Jahrhundert. Die chauvinistische DPNI schürt maßgeblich Fremdenfeindlichkeit in Russland, kämpft für die Vertreibung aller Ausländer und macht mit populistischen Parolen gegen Menschen aus dem Kaukasus mobil. Die 2002 gegründete Gruppierung mit geschätzten 20.000 Mitgliedern ist in mehr als 30 russischen Regionen aktiv. Die DPNI, die sich noch im Rahmen der russischen Verfassung bewegt, gilt als Ersatzorganisation für diverse rechtsextreme verbotene Gruppen. Auf Veranstaltungen dieser Bewegung werden faschistische Losungen gerufen und der Hitlergruß gezeigt.

Moskau-Reisender Pühse ist nach seinen Bekundungen seit seinem 14. Lebensjahr in politisch rechtsgerichteten Organisationen und Parteien aktiv. Zeitweilig gehörte Pühse der 1992 verbotenen Neonazi-Organisation „Nationalistische Front“ (NF) und später dem NPD-Bundesvorstand an. Vor seinem November-Trip 2008 war Pühse bereits zuvor im September 2008 zu politischen Gesprächen in Moskau. Eingeladen hatte ihn Alexander Belov (Geburtsname Potkin, Jg. 1976), seit 2002 Mitglied der DPNI, seit 2004 im Parteivorstand und seit Juli 2008 DPNI-Vorsitzender. Von 1992 bis 2002 gehörte Belov der antisemitischen „Nationalpatriotischen Front Rußlands“ (Pamjat) an. Belov war Ende August 2007 wegen Widerstands gegen Polizeibeamte zu einer fünftägigen Ordnungshaft verurteilt worden. Am 4. November 2007 demonstrierten Belov und mehrere tausend Rechtsextremisten bei DPNI-Kundgebungen in Moskau und in St. Petersburg anlässlich des „Tages der nationalen Einheit“. „Sieg Heil“-Geschrei war zu hören und zahlreiche Hände waren zum Hitlergruß erhoben. Wenige Wochen später rief Belov am 9. Dezember 2007 vor rund 150 Rechtsextremisten in Moskau in einer blutrünstigen Rede zur Gewalt gegen ethnische Minderheiten in Russland auf. Die Polizei, die friedliche Demonstrationen der Opposition regelmäßig niederknüpelt, verhielt sich bei diesem rechtsextremen Aufmarsch völlig passiv.

Im Mittelpunkt der Gespräche zwischen Belov und Pühse im September 2008 stand, so das NPD-Parteiorgan „Deutsche Stimme“, die Frage nach der Möglichkeit des Aufbaus einer Zusammenarbeit von NPD und DPNI. Als Höhepunkt der Zusammenkunft wertet die „Deutsche Stimme“ eine Konferenz der DPNI im Moskauer „Haus der Journalisten“, zu der der innere Führungskreis der DPNI und auch George Dimitroulias, der Auslandsbeauftragte der griechischen Neonazi-Organisation „Golden Dawn“ (Goldene Morgenröte), geladen waren. In seiner Rede würdigte Pühse Russland als „strategischen Partner von Bedeutung, um sich dem US-amerikanischen Weltmachtstreben entgegenzustellen.“ Bei der Pressekonferenz hing im Saal ein Transparent mit dem NS-Glaubensbekenntnis „We must secure the existence of our people and a future for white children“. Geprägt hat den Spruch der 2008 verstorbene US-amerikanische Rechtsterrorist David Lane, zeitweilig Führer der „American Nazi Party“. Im Rahmen der Gespräche wurde Belov von Pühse zu einem Gegenbesuch in die Bundesrepublik eingeladen. Belov wiederum regte für das Frühjahr 2009 einen „internationalen Kongress von Nationalisten“ in Moskau an. In einem Interview mit der „Deutschen Stimme“ führte dieser aus, dass Russland „kein multikultureller Vielvölkerstaat“ werden soll.

In zahlreichen Regionen ist die mit der Skinheadszene verzahnte „Volksnationale Partei“ (VNP) von Alexander Iwanow-Sucharewski aktiv. Der gelernte Kino-Regisseur, der acht Kindheitsjahre als Sohn eines Geheimdienstoffiziers in der DDR verbrachte, verbreitet Parolen wie „Russland den Russen“. Als „Symbol der deutsch-russischen Freundschaft“ würde Iwanow-Sucharewski gerne gemeinsam mit der NPD einen Kongress in „Königs-

berg“ (heute: Kaliningrad) durchführen. Die NPD bezeichnete der rechtsextreme Politiker in einem Interview in der Juni-Ausgabe 2007 der „Deutschen Stimme“ als „ein Zeichen der Wiedergeburt Deutschlands“. Hauptziel seiner Partei sei es, „unser Blut, Russland und Europa zu retten“. Das „Maximalprogramm“, bestehe laut Iwanow-Sucharewski „in der Schaffung einer Konföderation der weißen Völker“. In Broschüren rühmt der Politiker den „Übermenschen“ und präsentiert seine Truppe als „Armee der weißen Rasse“. Als „Freunde des deutschen Volkes“ gelten Wjatscheslaw Daschtschew und Alexander Kamkin.

Für den Hamburger Verfassungsschutz stellt der Moskauer Daschtschew (Jg. 1925) eine „internationale ‚Größe‘ des Rechtsextremismus“ dar. Anlass dieser Einschätzung war eine Stellungnahme der Verfassungsschützer (April 2008) zum Thema „Deutsche Rechtsextremisten wollen gute Beziehungen zu Russland“. Angelastet wird Daschtschew sein Engagement für die 2004 von den Schweden Patrik Brinkmann gegründete rechtsextreme „Kontinent Europa Stiftung“ (KES). Feindbild dieser „Vernetzung identitätsbewusster Europäer“ sind die USA und der Islam:

„Europa kann und muss jene Vormachtstellung in der Welt zurückgewinnen, die es vor 150 Jahren noch inne hatte. Nur so können sich die weißen Völker in einer multipolaren Welt zwischen einem aggressiven Amerikanismus und einem expandierenden Islam erhalten“

heißt es auf der Homepage der „Kontinent Europa Stiftung“. Gegen die „zunehmende Dominanz der USA auf allen Gebieten“ setzt man auf ein Bündnis mit Russland, das als „ein Teil des alten Kontinents“ gewertet wird. Angestrebt wird die „Schaffung eines euro-sibirischen Raumes“. Der in rechtsextremen Kreisen weithin verteufelte Euro soll als Währung auch in Russland eingeführt werden und weltweit den Dollar als Leitwährung ablösen. KES-Führungsmitglied ist unter anderem der im April von seinen NPD-Ämtern zurückgetretene bisherige NPD-Spitzenfunktionär Andreas Molau, zugleich Vorsitzender der NPD-nahen „Gesellschaft für freie Publizistik“ (GFP). Daschtschew hat Molau in „intensiven Gesprächen gezeigt, daß ein Europa ohne Rußland ein Europa ohne Seele ist.“ „Machtpolitisch“, so Molau in einem Interview mit der JN-Zeitschrift „Hier & Jetzt“ (2008), „benötigen wir überdies ein Gegengewicht zu den USA. Ohne Rußland ist Europa nur williger Vollstrecker der Wallstreet-Interessen.“ Die KES, so die Verfassungsschützer, hat eine „zentrale Bedeutung“ für den „Annäherungsprozess“ zwischen „Führungsfiguren des internationalen Rechtsextremismus“ mit russischen Rechtsextremisten.

Ende 2007 referierte Daschtschew auf einer KES-Vortragsveranstaltung in einem Berliner Hotel am Kurfürstendamm. „Nicht oft“, so die Zeitschrift „Deutsche Geschichte“ aus dem Verlagsimperium des Ex-NPD-Funktionärs Gert Sudholt, „erlebt man bei einem politischen Forum, daß die Teilnehmer so gebannt dem Referat folgen und so lebhaft die Diskussion mit dem Referenten führen wie in diesem Fall.“ Der Referent erfüllte sprichwörtlich die Erwartungen der Teilnehmer. So prophezeite Daschtschew das baldige Ende der „einseitigen Vormachtstellung der USA“. Ihr Ende bringe dann „Deutschland endlich die vollständige Souveränität“ und beschere „Europa eine große politische und wirtschaftliche Zukunft.“ Neben seinen KES-Aktivitäten wird Daschtschew von den Verfassungsschützern vorgeworfen, dass dieser seit Jahren Autor des DVU-Sprachrohrs „National-Zeitung“ und Referent der GFP sei. Im Januar 2007 war Daschtschew umjubelter Referent auf dem konspirativ ausgerichteten DVU-Bundesparteitag. Vom GFP-Vorsitzenden Molau wurde Daschtschew im April 2006 auf dem GFP-Jahreskongress mit der Ulrich-von-Hutten-Medaille ausgezeichnet.

Im Oktober 2005 beschuldigte Daschtschew die USA auf einer Tagung der CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung in Wildbad Kreuth, Russland „von innen beherrschen“ sowie „als einen globalen Akteur und ein politisches und militärisches Gegengewicht zu den USA“ beseitigen zu wollen. Mehrfach war Daschtschew als Referent bei Veranstaltungen des unionsnahen „Studienzentrum Weikersheim“ (SZW) zugegen. Er sei „ein Freund und häufiger Gast des Studienzentrums“ schrieb der SZW-Kader Stefan Winckler 2003 in der „Jungen Freiheit“. Ex-SZW-Präsident Klaus Hornung lobte Daschtschew in der stramm rechten „Deutschen Militärzeitschrift“ als „aufrechten Kämpfer gegen Ideologien“.

Daschtschew, Mitglied der Moskauer Akademie der Wissenschaften, war 1988/1989 einer der wichtigsten Deutschland-Berater des russischen Präsidenten Gorbatschow. Nach 1990 lehrte Daschtschew unter anderem als Gastprofessor an Universitäten in Berlin, München und Mannheim. Bei bundesdeutschen ultrarechten Kreisen war er schon vor dem Fall des Eisernen Vorhangs aktiv. Bereits im Juni 1986 stand der UdSSR-Bürger Daschtschew als Redner auf einer Seminareinladung des extrem rechten Gesamtdeutschen Studentenverbandes (GDS). Die „Ideen“ von Daschtschew, so die gemeinnützige extrem rechte „Gesellschaft für Kulturwissenschaft“ im Januar 2008, „trugen wesentlich [...] zur Wiedervereinigung Deutschlands bei.“

„Pamjat“-Auslandsbeauftragter Kamkin, ebenfalls Funktionär der „Kontinent Europa Stiftung“, trat wiederholt in der Bundesrepublik in rechtsextremen Zusammenhängen als Referent auf. Der Mitarbeiter von Daschtschew war unter anderem Redner beim „2. Fest der Völker“ der NPD am 8. September 2007 im thüringischen Jena und am 7. August 2004 beim 4. Pressefest des NPD-Verlages Deutsche Stimme im sächsischen Mücka. Für eine „Annäherung und Verbesserung des deutsch-russischen Verhältnisses“ warb ein Lesertreffen der rechtsextremen Zeitschrift „Volk in Bewegung & Der Reichsbote“, das vom 18. bis 20. April 2008 unter der Beteiligung von Kamkin, stattfand. Die Schirmherrschaft über die Tagung hatte die „Deutsch-Russische Friedensbewegung europäischen Geistes“ übernommen, deren Vorsitzender der österreichische NPD-Sympathisant Herbert Schweiger, einst SS-Untersturmführer der Division „Leibstandarte Adolf Hitler“ (LAH), ist. Nach der Veranstaltung wurde von der GFP und dem baden-württembergischen NPD-Landesverband eine Pressemitteilung verbreitet, die namentlich neben Schweiger, der NPD-Stadt- und Kreisrat Rigolf Hennig, der stellvertretende baden-württembergische NPD-Landesvorsitzende Andreas Thierry und Kamkin unterzeichnet haben. Demnach wollen die Teilnehmer des Treffens „ein Zeichen dafür gesetzt haben“, „daß ihnen ein Zusammenwirken mit Rußland ein Herzensanliegen“ sei. Notwendig sei eine „Achse Berlin – Moskau“ gegen „EU-Diktatur und US-Vasallenherrschaft!“ „Das zustande kommen einer solchen Achse“, so Schweiger an anderer Stelle,

„würde in erster Linie die Auflösung der NATO und dem entsprechend das Ende der Versallenabhängigkeit von den USA bedeuten. Ob Russland und Deutschland zu Militärverbündeten werden, wie es im 19. Jahrhundert war, ist offen; aber die heutige Politik der Beteiligung Deutschlands an der Einkreisung Russlands durch neue NATO-Mitglieder muss ein Ende haben.“

Als Redner war Kamkin auch bei der Jahrestagung der „Deutsch-Russischen Friedensbewegung europäischen Geistes“ am 10./11. Oktober 2008, die auf dem Anwesen von Thorsten Heise im thüringischen Fretterode stattfand, zugegen. Als Versammlungsleiter fungierte Andreas Thierry. Glühender Befürworter der „Achse Berlin – Moskau“ ist der zeitweilige

Leiter des Referats Außenpolitik der NPD, Jürgen Rieger, der sich als Redner in Fretterode ebenfalls eingefunden hatte. Grußworte zur Jahrestagung der „Deutsch-Russischen Friedensbewegung europäischen Geistes“ übersandten befreundete Organisationen aus Flandern und Bulgarien.

Gegründet wurde die „Deutsch-Russische Friedensbewegung Europäischen Geistes“ im August 2006. Am 31. März 2007 fand erstmals eine Veranstaltung des Vereins im thüringischen Hildburghausen, Ortsteil Pfersdorf, unter Beteiligung von Szene-Größen wie Thorsten Heise, Manfred Roeder, Jürgen Rieger und Frank Rennie statt. Die „Freien Kräfte Südthüringen“ bezeichneten die Veranstaltung als „Beginn für eine ernste und friedliche Verständigung der Brudervölker Deutschland und Russland“. Russland, so die Neonazis, „war schon immer ein Land, welches nicht durch den westlichen Kapitalismus geprägt und manipuliert wurde. Also nehmt Kontakt zu russischen Nationalisten auf und pflegt diesen auch.“ Anfänglich war die Veranstaltung als erweiterte Mitgliederversammlung des NPD-Kreisverbandes Hildburghausen-Suhl deklariert worden.

Handelsreisender in Sachen „deutsch-russische Beziehungen“ ist der knasterfahrene NPD-Politiker Rigolf Hennig. Hennig referierte am 7. November 2008 auf Einladung des NPD-Landesverbandes Hamburg zum Thema „Bündnispartner Deutschland-Russland“. Zum Überfall Nazi-Deutschlands auf die Sowjetunion merkte Hennig in antisemitischer Verschwörungsmanier an, „daß Russland zur gegebenen Zeit Opfer des menschenfeindlichen und mörderischen Bolschewismus war, der von raumfremden Mächten, nämlich der us-amerikanischen Ostküste im Wege Bronstein/Trotzkij eingeschleppt worden war.“ Von Haus aus sei der Russe „gastfreundlich, großzügig und gutmütig“. Erkenntnisse dieser Art konnte Hennig zuvor bereits am 19. Oktober 2008 verkünden. An diesem Tag war er als Redner zum Thema „Das Deutsch-Russische Verhältnis“ bei der „43. Politischen Akademie“ der NS-apologetischen „Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik“ (AFP) im österreichischen Offenhausen geladen.

„Rußland und der europäische Reichsgedanke“ lautete das Tagungsmotto einer Veranstaltung am 27./28. Juni 2008 im flämischen Dendermonde. Veranstalter war der Verein „Euro-Rus“ von Kris Roman. Roman hatte vor Jahren die rechtspopulistische Partei „Vlaams Blok“ verlassen, da ihm diese zu gemäßigt erschien. Zugegen bei der Veranstaltung war der NPD-Funktionär Thierry. Besonders angetan war Thierry von einem Referat des US-Amerikaners David Duke, ehemals Grand Wizard (Großer Hexenmeister) der „Knights of the Ku Klux Klan“. Duke bezeichnete Russland auf der Veranstaltung als „Bollwerk und Hoffnungsträger der weißen Welt“. Roman war im Sommer 2007 – ebenso wie die Bundesdeutschen Constantin von Hoffmeister und Manfred Roeder – Teilnehmer eines weißen Rassistenkongresses in Moskau. Auch beim ersten Rassistenkongress, der im Juni 2006 in Moskau unter dem Motto „Die Zukunft der Weißen Welt“ abgehalten wurde, hatte sich Nationalrevolutionär Hoffmeister neben Pierre Krebs vom „Thule-Seminar“ eingefunden.

Intensive Kontakte nach Russland unterhält der einstige Rechtsterrorist Manfred Roeder. Roeder, Kopf der sektiererischen „Deutschen Bürgerinitiative“ (DBI), veranstaltete im Juni 2008 auf seinem Anwesen „Haus Richberg“ im hessischen Schwarzenborn/Knüll eine Sonnenwende. Für die Gestaltung war Thorsten Heise zuständig. Vor Ort waren „russische Freunde“, die sich später nach einem Ausflug zur Wewelsburg und den Externsteinen zum Plausch mit einem Ritterkreuzträger „in dem Schulungszentrum von Thorsten“ einfanden. Ex-NPD-Bundestagskandidat Roeder selbst war in den letzten Jahren mehrfach zu Gast bei

Gleichgesinnten in Moskau. Diese können, so Roeder, „gar nicht genug von Deutschland hören.“ Gern gesehen ist Roeder in Russland beim rassistischen „Slawischen Bund“ (Slawianski Sojus), abgekürzt SS, von Dmitrij Demuschkin. SS-Gründer Demuschkin soll im Sommer 2005 an einem Sprengstoffanschlag auf eine Moschee bei Moskau beteiligt gewesen sein. Die „russischen Freunde“ fordern ganz im Sinne Roeders den Abzug der US-amerikanischen Truppen aus der Bundesrepublik sowie den Stop des Lufttransports von US-Kampftruppen über den Flughafen Leipzig-Schkeuditz. Von der „deutschen Zwangsmitgliedschaft in der NATO und der EU“ halten die „russischen Freunde“ selbstredend auch nichts.

Eine der bekanntesten bundesdeutschen Skin-Bands ist „Oidoxie“. Frontmann der Band ist Marko Gottschalk, der bei einem gemeinsam von der NPD Düren und der „Kameradschaft Aachener Land“ veranstalteten „Erntedankfest“ am 21. Oktober 2006 aufspielte. Anlässlich des 10-jährigen Bestehens von „Blood & Honour Russia“ musizierte „Oidoxie“ neben rechtsextremen Rockbands aus Russland und Weißrussland in Moskau vor 150 Neonazis. Noch nie zuvor hatte eine bundesdeutsche Neonazi-Band auf einem Konzert in Russland gespielt. Entsprechend euphorisch berichtete ein Teilnehmer der Veranstaltung auf dem international genutzten Blood & Honour-Forum „The Home Of Ian Stuart’s Blood & Honour“:

„The performance of this German band in Russia was the biggest event of the whole Russian skinhead history. We showed the whole world that Russians and Germans are brothers and that there are no problems between our nations. We showed that WW2 was only for the profit of the Jews. Together we must smash Zog and protect our countries from immigrant occupation.“

Mit ihrer Russland-Begeisterung knüpft die rechtsextreme Szene an den „Taugoggen- und Rapallo-Mythos“ an. 2002 war dazu in der „Deutschen Stimme“ zu lesen:

„Vor 80 Jahren wagten die deutsche und die sowjetische Delegation am Rande einer Wirtschaftskonferenz in Genua ein diplomatisches Husarenstück: sie schlossen zum Entsetzen der imperialistischen Kapitalmächte den Rapallo-Vertrag. Wichtiger als die Einzelbestimmungen des Vertrages war das politische Signal, das in der begonnenen Befreiung aus dem westlichen Würgegriff bestand. Deutschland und Rußland befinden sich heute wieder in der Verknechtung durch die kapitalhörigen Eliten des Westens, namentlich der Ein-Welt-Strategen der USA. Ein neues Rapallo als Zeichen der Völkerbefreiung wäre das absolute Gebot der Stunde.“

2 Rumänien

Den rumänischen Nationalfeiertag am 1. Dezember 2008 feierte die von Tudor Ionescu geführte nationalistisch-orthodoxe „Noua Dreapta“ (ND; Neue Rechte) mit einer Veranstaltung in Bukarest.

Aus dem Ausland angereist waren unter anderem Felipe Perez (Falange, Spanien), Boyan Rassate (Bulgarischer Nationalbund), Michal Lassak (Slovenska Pospolitost, Slowakei) und Christophe Lespagnon (Renouveau Francais). Die NPD vertrat Jens Pühse. Südost-Europa zählt in der Weltanschauung der NPD als „integraler Bestandteil einer europäischen Zukunftsordnung“. ND versteht sich als „nationale, soziale und christliche Rechte“ sowie als alleiniger „Nachfolger“ der 1927 von Corneliu Zelea Codreanu gegründeten

Legion „Erzengel Michael“, bekannter unter dem Namen ihres 1930 ins Leben gerufenen paramilitärischen Flügels „Eiserne Garde“ (später: „Alles für das Vaterland“). Kein politisches Programm, sondern „vier Pflugrillen“ bestimmten das Leben des Legionärs und richteten es aus: „1. Der Glaube an Gott / 2. Der Glaube an die Sendung der Legion / 3. Gegenseitige Liebe / 4. Das Lied“.

In Codreanu hatte Hitler den „vorherbestimmten Mann für die Führung Rumäniens“ gesehen. ND hat es sich zum Ziel gesetzt, die nationalistische Doktrin der Eisernen Garde, „den Kampf um nationale Auferstehung des rumänischen Volkes“, ins dritte Jahrtausend zu transportieren. Ihre Mitglieder rekrutieren sich vorwiegend aus der Studentenschaft. Der sonntägliche Kirchgang ist absolute Pflicht. Die militant Homosexuellen-feindliche Truppe beschimpft Schwule als „Schande für das rumänische Volk“, fordert eine Lösung des „Zigeunerproblems“, die „Wiedervereinigung“ Rumäniens, agitiert anti-amerikanisch und betreibt Kampagnen gegen Abtreibung. „Wir sind Zeugen eines nationalen Erwachens. Wir wollen nichts mehr von einer Romasprache hören, keine gebogenen Nasen und bläulichen Lippen mehr sehen“, heißt es in einem programmatischen Text der ND. Ins Leben gerufen wurde Noua Dreapta anlässlich des 100. Geburtstages von Codreanu am 13. September 1999. Codreanus „Legion“ war in den 30er Jahren eine ultranationalistische und antisemitische Massenbewegung. Nach der Machtübernahme 1940 errichteten die Legionäre gemeinsam mit dem Militärdiktator Ion Antonescu ein Regime nach deutschem Vorbild. Nach einem halben Jahr endete die Allianz, und die Legionäre putschten gegen Antonescu. Die sogenannte „Rebellion der Legionäre“ war begleitet von antisemitischem Terror in den jüdischen Vierteln Bukarests. Hunderte jüdische Frauen, Kinder und Männer wurden umgebracht.

Zuständig für Auslandskontakte bei der ND ist ihr Generalsekretär Claudiu Mihutiu, der in der nordbadischen Stadt Mannheim studiert hat. Mihutiu war Redner beim NPD-Aufmarsch gegen den Tag der Befreiung am 8. Mai 2005 in Berlin und beim „Fest der Völker“ 2005 in Jena. Grußworte beim NPD-Bundesparteitag am 11. November 2006 in Berlin überbrachte Swen Moritz Geblescu, einer der Führungsköpfe der Noua Dreapta. „Nur der moderne, europäische, christliche Nationalismus wird die Antwort auf den Imperialismus des 21. Jahrhunderts sein“, führte Geblescu vor den NPD-Delegierten aus. Geblescu studierte in München und diente zwei Jahre in der Bundeswehr. Neonazis von Noua Dreapta waren am 21. Juni 2008 in Dresden bei einer JN-Kundgebung zugegen. Zumindest zeitweilig war ND-Funktionär George Bara Webmaster von www.europeannationalfront.de.

Zur Verbreitung des Gedankenguts von Codreanu auch in NPD-Kreisen trägt maßgeblich der gebürtige Siebenbürger Gerd Zikeli (Jg. 1937) bei. Zikeli wurde 1980 wegen neonazistischer Umtriebe in der Schweiz von seinem Amt als evangelischer Pfarrer abberufen und ließ sich später in oberbayerischen Vilgertshofen-Stadl nieder. Sein Dauerthema heißt Codreanu, den er als „Vater des modernen Nationalismus“ verehrt. Anlässlich des 60. Jahrestages der Ermordung Codreanus veranstaltete die NPD-Studierendenorganisation „Nationaldemokratischer Hochschulbund“ (NHB) am 28. November 1998 in Augsburg eine Gedenkfeier für den „Vater aller europäischen Nationalisten“. „Codreanus Vermächtnis ist unser Auftrag“, hieß es in der NHB-Einladung. Einer der Vortragenden war Zikeli. Seinen Zuhörern rief Zikeli zu, dass die „Erinnerung an Codreanu, an die von ihm ins Leben gerufene Bewegung und seinen / ihren Kampf“, nicht allein in Rumänien, „sondern in allen nationalen Widerstands- und Freiheitsbewegungen in Europa und der übrigen Welt“ lebt.

Zikeli, Referent beim NS-apologetischen Freundeskreis Ulrich von Hutten, dem Blut-und-Boden-Flügel des Rechtsextremismus, arbeitete in den 80er Jahren zeitweilig als Sekretär bei dem Holocaustleugner und Generalmajor a.D. Otto-Ernst Remer, der führend an der Niederschlagung des Aufstandes von 20. Juli 1944 beteiligt war. Ebenfalls im November 1998 veröffentlichte die „Deutsche Stimme“ „In Erinnerung und Gedenken an den ‚Kapitan‘ Corneliu Zelea Codreanu“ einen Text über die Legionärs-Bewegung.

Die Teilnahme von Pühse an der ND-Feier im Dezember 2008 in Budapest hat in rechtsextremen Kreisen in Ungarn für „Unverständnis und Empörung“ gesorgt. So veröffentlichte die „Pax Hungarica“-Bewegung, Nachfolgeorganisation der verbotenen Neonazi-Truppe „Blood & Honour Hungaria“, im Januar 2009 einen „Aufruf bezüglich der neuesten ungarnefeindlichen rumänischen chauvinistischen Provokation“. Verärgert zeigte sich die „Pax Hungarica“-Bewegung darüber, dass auf der ND-Veranstaltung der 90. Jahrestag der rumänischen Annektierung Siebenbürgens gefeiert wurde. Dieses ehemals ungarische Gebiet beansprucht die extreme ungarische Rechte weiterhin für sich. Auch in der NPD war die Teilnahme Pühses an der ND-Veranstaltung umstritten. So distanzierte sich der NPD-Bundesgeschäftsführer Eckart Bräuninger in einem „Offenen Brief“ an die „Lieben ungarischen Kameraden“ von der NPD-Teilnahme bei der ND-Feier:

„Ich stelle mich in dieser Situation bewusst hinter meine ungarischen Kameraden. Denn wie denkt ihr, würde ich reagieren, wenn beispielsweise polnische Nationalisten die Einverleibung Ost- und Westpreussens oder Schlesiens feiern würden und auf dieser Feier die ungarischen Farben zu sehen wären?“ Bräuninger weiter: „Es kann nicht immer eine gesamte Organisation für das Verhalten von Einzelnen verantwortlich gemacht werden, auch wenn diese die Fahne dieser Organisation präsentieren.“

Im August 2007 stand der rumänische Holocaustleugner Ion Coja, seit 1996 Präsident der Bukarester Filiale der 1990 gegründeten rechtsextremen kulturellen Vereinigung „Rumänische Heimstatt“ (Vatra Romaneasca), der „Deutschen Stimme“ Rede und Antwort. Die „Rumänische Heimstatt“, die die zersplitterte rumänische extreme Rechte zusammenführen will, fordert unter anderem die „Wiedervereinigung“ mit Moldawien.

3 Tschechien

Die Verbindung zu Gleichgesinnten in der Bundesrepublik ist für die rechtsextreme tschechische Szene wichtig. „So können sie sich als gleichberechtigte arische Elite fühlen“, sagt der tschechische Rechtsextremismusforscher Miroslav Mares von der Universität in Brno (einst: Brünn). Deutsche Neonazis gelten als Berater und Vorbilder ihrer tschechischen Gesinnungskameraden. Die meisten Konzepte tschechischer Neonazis sind von ihren deutschen Vorbildern entnommen. Deutsche Neonazis wiederum, vornehmlich aus Sachsen, sind gerngesehene Gäste bei rechtsextremen Konzerten im Erzgebirge. Waffenkäufe erledigen deutsche Neonazis vornehmlich in Tschechien. Auch von der Ausbildung deutscher Neonazis an der Waffe in Tschechien ist immer wieder die Rede. Zu diesem Thema äußerte sich bereits am 20. Dezember 1999 ein sächsischer Verfassungsschützer auf einer Sitzung des Kreistags von Pirna. „Schlagringe“ bekomme man in Tschechien „hinterher geworfen“ war auf den Foren von „The Home Of Ian Stuart's Blood & Honour“ zu lesen. Auch Waffen seien „dort recht billig zu erwerben“, erklärte der Neonazi-Pseudonymus „NS-Hate-

core“ einem Gleichgesinnten. Es komme lediglich „drauf an, wo genau du dort einkaufst. In den Standortkasernen ist es jedenfalls ziemlich billig. [...] Ein kleiner Tipp: fahr am besten mit einem Reisebus, dort wirst du nämlich nie kontrolliert, falls was ist.“ Bei der grenzpolizeilichen Einreisekontrolle von Tschechien in die Bundesrepublik wurden im Zeitraum von 2005 bis 2007 immer wieder strafrechtlich relevante Tonträger sichergestellt; darunter eine CD der Band „Reinhard Heydrich ‚Sturm und Froinde‘“. Heydrich war Hitlers Statthalter in Prag. Er verachtete Tschechen ebenso wie Juden.

Vergessen scheint heute bei den tschechischen Neonazis auch die Schmach, die ihnen der Neonazi Jürgen Rieger am 21. August 2004 beim Rudolf-Heß-Gedenkmarsch in Wunsiedel bereitete. Damals lehnte Rieger das Grußwort eines tschechischen Gleichgesinnten der Neonazi-Gruppierung „Narodni Odpor“ (Nationaler Widerstand), die sich offen zur NS-Ideologie bekennt, ab. „Nationale Sozialisten aus Norddeutschland“ würdigten daraufhin in einer Stellungnahme das Verhalten von Rieger als „positiv“. Ihre Begründung: „Es wäre nicht dem Andenken von Rudolf Hess gleichgekommen, wenn eine Volksgruppe das Wort ergriffen hätte, die für Mord und Vertreibung der Sudetendeutschen verantwortlich gewesen ist.“

Seit 1989 wurden in Tschechien etwa 30 rassistisch oder ethnisch motivierte Morde verübt. 26 Aufmärsche, Demonstrationen oder Konzerte der rechtsextremen Szene wurden 2007 registriert. Als besonders aggressiv und gewalttätig gilt die mehrere hundert Mitglieder starke „Arbeiterpartei“ (Delnicka Strana – DS), die enge Kontakte zur NPD unterhält. Die DS wurde im Januar 2003 gegründet. An der Gründung wirkte Miroslav Sladek, vormals Vorsitzender der tschechischen Republikanischen Partei, mit. Hauptforderungen der DS sind unter anderem die Ausweisung von Ausländern aus Tschechien, die Überführung der Roma nach Indien und ein Verbot von gleichgeschlechtlichen Hochzeiten. Vorsitzender der DS ist Tomas Vandas, vormals Sekretär des Republikaner-Führers Sladek. Als Stellvertreter steht ihm Jiri Stepanek zur Seite. Am 17. November 2008 lieferte die DS europaweite Schlagzeilen. Gemeinsam mit „Narodni Odpor“ hatte die DS zu einer Kundgebung unter dem Motto „Schluss mit den Samthandschuhen“ (gegen Roma) auf dem „Platz des Friedens“ in nordböhmischen Litvinov (Oberleutensdorf) aufgerufen. 600 Neonazis folgten diesem Ruf. Die 27.000 Einwohner zählende Stadt liegt 150 Kilometer von Prag entfernt. Vandas verkündete auf der Kundgebung, dass das „derzeitige politische System schlimmer sei als der Kommunismus“. Weitere Redner waren unter anderem die slowakischen Rechts-extremisten Marian Kotleba, vormals Vorsitzender der verbotenen „Slovenska pospolitost“ und Radovan Novotny, Vorsitzender der Nachfolgeorganisation „Nove slobodne Slovensko“. Nach der Kundgebung machten sich die Neonazis, bewaffnet mit Schlagstöcken, Brandsätzen und Schusswaffen in Richtung Janov, etwa drei Kilometer vom Stadtzentrum von Litvinov entfernt, auf. Janov ist eine von rund 300 Enklaven in Tschechien, in denen überwiegend Roma wohnen. Obwohl bereits am 18. Oktober 2008 rund 200 Neonazi in dem Roma-Viertel randalierten, hatte die Polizei zu wenig Einsatzkräfte vor Ort. Nur mit größter Mühe gelang den 1.000 eingesetzten Polizisten die entfesselte Meute vom Sturm auf das Roma-Viertel abzuhalten. Stundenlang zogen sich die schweren Straßenschlachten zwischen Polizei und Neonazis, die von der einheimischen Bevölkerung unterstützt wurden, hin. Das europäische Neonazi-Informationportal „Syndikat Z“ jubelte nach dem Angriff auf die Roma, dass sich die Bevölkerung „solidarisch“ gezeigt habe: „So halfen die Bürger der Stadt den Kameraden sich Festnahmen zu entziehen, versorgten die Demon-

stranten mit Utensilien zur Selbstverteidigung, boten im Tumult ihre Ortskenntnis an und kümmerten sich um Verletzte.“

Vandas war einer der Redner des „3. Festes der Völker“ am 13. September 2008 in Altenburg. Versammlungsleiter war der thüringische NPD-Landesvorsitzende Frank Schwerdt. In Anlehnung an das „Fest der Völker“ wollte die „Arbeiterpartei“ am 16. August 2008 in Hradec Kralove (einst: Königgrätz) ein „1. Fest der Freiheit“ durchführen. Trotz Verbots veranstalteten die Neonazis eine Kundgebung bei der rund 300 Personen anwesend waren; darunter auch eine 7-köpfige NPD-Delegation. Zur Delegation gehörten u.a. Ex-NPD-Bundesvorstandsmitglied Per Lennart Aae, der die Grüße der sächsischen NPD-Landtagsfraktion überbrachte, Olaf Rose, parlamentarischer Mitarbeiter der sächsischen NPD-Landtagsfraktion, Karl Richter, Münchner Stadtrat des NPD-Ablegers „Bürgerinitiative Ausländerstopp“, die damalige sachsen-anhaltinische NPD-Landesvorsitzende Carola Nachtigall und die Regionalleiterin der NPD-Frauenorganisation „Ring Nationaler Frauen“ (RNF) Katrin Köhler, zugleich Vorsitzende des NPD-Kreisverbandes Chemnitz. Köhler organisierte in der Vergangenheit mehrere Besuche bei und mit den böhmischen Kameraden; so auch einen Besuch im sächsischen Landtag bei der NPD im Februar 2008. Freundschaftlich verbandelt ist der RNF mit der im Sommer 2007 gegründeten Frauenkameradschaft „Resistance Women Unity“ (RWU) in Tschechien. Eine der Führungsfiguren der RWU ist Mariana Bittnerova.

Tschechische Neonazis und Gleichgesinnte aus Ungarn, Österreich und Rumänien waren am 21. Juni 2008 in Dresden bei einer Kundgebung der Jungen Nationaldemokraten, die unter dem Motto „Willkür der Polizei und Justiz“ stattfand, zugegen. Vor Ort marschierten etwa 300 Rechtsextremisten auf. Während der Demonstration wurde der tschechische Fotoreporter Stanislav Krupar, der vor Ort war, von tschechischen Neonazis erkannt und daraufhin zusammengeschlagen.

500 Neonazis marschierten am 1. Mai 2008 bei einer DS-Demonstration in Prag auf. Als Redner tat sich auch ein Autonomer Nationalist aus Nordrhein-Westfalen hervor. Zu einer illegalen Kundgebung der tschechischen Jungen Nationaldemokraten („Mladi Narodni Demokrate“) am 10. November 2007 in Prag reisten NPD-Mitglieder bzw. Sympathisanten mit zwei Bussen aus dem Raum Chemnitz an. Beim „2. Fest der Völker“ am 8. September 2007 in Jena spielten neben „Sleipnir“ (Bundesrepublik) und „Brutal Attack“ (England) die tschechische Band „Conflict 88“ auf. Am 26. August 2006 fand im Gasthof „Goldener Hirsch“ im sächsischen Oberlauterbach ein rechtsextremes Konzert statt. Vor Ort waren auch Neonazis aus Tschechien. Neben Bands aus Tschechien, Ungarn und England spielte die nordrhein-westfälische Kombo „Oidoxie“ am 7. September 2005 bei einem Neonazi-Konzert in Krtetice auf. 20 Kilometer von Zittau entfernt, fand am 26. März 2005 in Jablonne v Podjestedi ein Neonazi-Konzert statt. Aufgespielt wurde unter anderem von der sachsen-anhaltinischen Band „Race Riot“. Die 400 Teilnehmer waren vornehmlich aus Sachsen und Thüringen angereist. Neonazis der verbotenen Vereinigung „Skinheads Sächsische Schweiz“ (SSS) feierten am 18. Dezember 2004 im tschechischen Most mit tschechischen Gleichgesinnten eine Wintersonnenwende verbunden mit einem Konzert.

NPD/JN-Kreise unterhalten auch Kontakte zu „Narodni Odpor“ (Nationaler Widerstand). Diese Neonazitruppe wurde im Jahr 2001 von ehemaligen B&H-Kadern gegründet. Die Gruppierung hat mehrere hundert Mitglieder mit Schwerpunkten in Prag, Ostrau und Brno. Die extrem Roma-feindliche Vereinigung hetzt gegen die wenigen farbigen Asylbewerber in Tschechien und verehrt Holocaust-Leugner. So schickte der Nationale Wider-

stand am 27. Januar 2007, dem Holocaust-Gedenktag, einen Offenen Brief an die „lieben Freunde in der islamischen Republik Iran“. In dem Schreiben wird den USA in verschwörungstheoretischer Manier unterstellt, „Israel-regiert“ zu sein. Israel wird als „krimineller Staat“ diffamiert, der von „Psychopathen“ geführt werde. Am 26. August 2006 demonstrierten drei Dutzend Neonazis des Nationalen Widerstandes mit Messern, Schlagstöcken und anderen Waffen versehen vor der Botschaft Israels in Prag. Die Polizei beschlagnahmte die Waffen und verhaftete die Teilnehmer. Lauthals forderten 70 Neonazis des Nationalen Widerstandes am 28. Oktober 2005 vor der bundesdeutschen Botschaft in Prag die Freilassung des im baden-württembergischen Mannheim inhaftierten Antisemiten und Holocaustleugners Ernst Zündel. Der 21-jähriger Neonazi Antonin Cermak leugnete bei der Demonstration öffentlich den Holocaust und wurde als Folge im Juni 2006 zu einer Bewährungsstrafe von zwei Jahren verurteilt. Damit wurde erstmals ein Tscheche wegen Holocaustleugnung in seinem Land verurteilt.

Die Versuche, rechtsextreme europäische Netzwerke zu schaffen, sind nicht neu. In den letzten Jahren kam nicht mehr dabei heraus, als sich bei Demonstrationen und Veranstaltungen gegenseitig mit ein paar Bussen von Gesinnungskameraden auszuhelfen. Die Orientierung Richtung Osten hat historische Vorläufer. Gemeinsam sind den europäischen Verbrüderungen der Rechtsextremen unter anderem Holocaustleugnung, Anti-Amerikanismus, Stimmungsmache gegen die EU und Fremdenfeindlichkeit. Sie sind der ideologische Kitt. Bei den Kernfragen heutiger Europapolitik (Antworten auf die Wirtschaftskrise, außenpolitische Abstimmung, gemeinsame Verteidigung...) kann sich der Rechtsextremismus nicht einbringen. Rechter Internationalismus war und ist ein Seitensprung derer, die das eigene Volkstum beschwören.

Kooperationsbestrebungen rechtsextremer und rechtspopulistischer Parteien im Europa-Parlament

Martin Schulz

Nach Jahrhunderten blutiger Kriege, prekärer Machtverhältnisse und der Katastrophe der beiden Weltkriege begann mit dem europäischen Einigungsprozess eine neue Ära in der Geschichte Europas. Die Gemeinschaft für Kohle und Stahl, der Kern aus dem später die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, die Europäische Gemeinschaft und die heutige Europäische Union erwachsen, war eine Antwort auf die europäische Geschichte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Europa hatte zwei Weltkriege erlebt, und war durch den Faschismus und durch Auschwitz, den Tiefstpunkt der Menschheitsgeschichte, tief erschüttert. Während die Reaktion der internationalen Staatengemeinschaft nach dem Ersten Weltkrieg Revanche, Rache und Unterwerfung war, lautete die Antwort auf den Zweiten Weltkrieg gänzlich anders: Integration, Kooperation und Versöhnung. Es ist dem Friedensprojekt Europa gelungen durch die regionale Integration der Staaten Frieden und Wohlstand für die Menschen zu schaffen. Seit dem Römischen Reich hat Europa keine so lang anhaltende Friedenszeit mehr erlebt. Die Überwindung der Kriegsangst und die offenen Grenzen sind die Erfüllung eines Menschheitstraums. Von den Anfängen des Einigungsprozesses, über die Grundsteinlegung des gemeinsamen Marktes in den Römischen Verträgen 1958 bis zum Euro hat die „monetäre Nichtangriffsgemeinschaft“ in hunderten kleiner Schritte einen atemberaubenden Integrationsgrad herbeigeführt. Die territorialen Machtansprüche von Nationalstaaten wurden besiegt und ethnische, religiöse und politische Intoleranz durch ökonomische und soziale Integration überwunden. Die Zahl der Mitgliedsländer hat sich von den sechs Gründungsstaaten Frankreich, Deutschland, Italien und den drei Beneluxländern in mehreren Erweiterungswellen auf die heutigen 27 Staaten erhöht. Frieden, Freiheit, Demokratie, Wohlstand und soziale Entwicklung wurden nach dem Ende ihrer Diktaturen nach Spanien, Portugal und Griechenland ausgeweitet, nach dem Ende des Kalten Krieges auch in die ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten. Die Osterweiterung beendete die künstliche Trennung Europas durch den eisernen Vorhang endgültig und trägt zur Stabilität in Europa bei. Ein Krieg zwischen den Mitgliedsstaaten der EU ist heute unvorstellbar. Der Binnenmarkt ist für fast 500 Millionen Menschen in 27 Ländern gelebte Realität. Mit der Wirtschafts- und Währungsunion ist der gemeinsame Markt die Voraussetzung für Wachstum, Beschäftigung und die internationale Wettbewerbsfähigkeit Europas in der globalisierten Wirtschaft. Die gemeinsamen europäischen Werte und Normen auf denen die Europäische Union gegründet ist, sind in vielerlei Hinsicht eine Antwort auf den chauvinistischen Nationalismus und den Faschismus, auf die Vertreibung und die Völkermorde der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Dem Hass auf Minderheiten, dem Rassenwahn, der Ausgrenzung von Menschen aufgrund von einer Behinderung oder ihrer Sexualität wurde eine supranationale Werte- und Rechtsgemeinschaft entgegengesetzt, die allen die gleichen Grundrechte und damit einen Platz in der Gesellschaft garantiert.

Die Existenz rechtsextremer und rechtspopulistischer Parteien im Europa-Parlament ist daher erst einmal ein Paradox – negiert ihre Weltanschauung doch die Werte des europäischen Friedensprojekts. Und doch gibt es sie, rechtsextreme und rechtspopulistische Politiker und Parteien im multinationalen Europa-Parlament. Denn der rechtsextreme und rechtspopulistische Wind, der durch Europa pfeift, hat in der Zwischenzeit auch das Europa-Parlament erreicht.

Seit den Wahlerfolgen der Front National unter Jean-Marie le Pen Mitte der 80er Jahre des vergangenen Jahrhunderts sind rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien in ganz Europa zur festen politischen Größe geworden. In vielen Ländern erzielten sie auf der nationalen Ebene zwischen 10 und 20 Prozent der Wählerstimmen. Seit Mitte der 90er Jahre des letzten Jahrhunderts spielen sie auch wieder eine Rolle in der nationalen Politik Mittel- und Osteuropas. In vielen Ländern haben es rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien sogar bis zum Regierungseintritt gebracht. Die vielerorts geäußerte Hoffnung, die Rechtsextremen würden durch eine Regierungsbeteiligung „entzaubert“, haben sich nicht erfüllt. Rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien wirken jedoch nicht nur auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene mit, sondern auch in der Europa-Politik.

Die Kooperation und der Zusammenschluss von rechtsextremen und rechtspopulistischen Parteien auf der europäischen Ebene ist zunächst ein Widerspruch, verlangt „die Internationale der Nationalisten“ doch, dass sich Anti-Europäer zu einer europäischen Bewegung vereinigen, und Nationalisten bereit sind, sich supranational zu organisieren. Die rechtsextremen und rechtsradikalen Parteien im Europa-Parlament bilden derzeit keinen homogenen politischen Block. Denn aus den unterschiedlichen nationalen Traditionen erwachsen divergierende Nationen- und Nationalismusverständnisse, die die europaweite Kooperation rechtsextremer und rechtspopulistischer Kräfte erschweren. Die Vertreter eines ethnischen Nationenmodells wollen ein „Europa der Völker“, das auf ethnischen Gemeinschaften und Nationen, nicht auf bestehenden Staaten aufbaut, während die Vertreter des Nationalstaats-Modells der etatistischen Linie eines „Europas der Vaterländer“ folgen.¹ Diese Ideologiedifferenz war in der Vergangenheit eine nicht versiegende Quelle der Spannungen und Streitigkeiten innerhalb der Euro-Rechten. Der Zusammenschluss von 23 ultranationalistischen Abgeordneten 2007 zur Fraktion „Identität, Tradition, Souveränität“ (ITS) brach bereits nach zehn Monaten wegen eines internen Streites auseinander. Dennoch gibt es einige gemeinsame ideologische Elemente, die als programmatische Eckpfeiler einer Kooperation rechtsextremer und rechtspopulistischer Parteien auf europäischer Ebene dienen können. Ob es den Euro-Rechten Parteien gelingt, ihre Gegensätze und internen Streitigkeiten zu überwinden, kann ein Hinweis für ihr Bedrohungspotenzial sein.²

„Das Ausmaß der Vernetzung der nationalen Rechtsextremismen, die Frage insbesondere, ob es ihnen gelingt, die nationalen und internationalen Gegensätze zu überwinden, kann als ein Indikator für die Politikfähigkeit und damit für das Bedrohungspotenzial, das vom Rechtsextremismus ausgeht, angesehen werden.“

Denn politisch wichtige Entscheidungen werden zunehmend nicht mehr ausschließlich im nationalen Rahmen, sondern auf europäischer Ebene getroffen. Will der Rechtsextremis-

1 Cas Mudde „Populist Radical Right Parties in Europe“, Cambridge, 2007, S. 1.

2 Richard Stöss, „Zur Vernetzung der extremen Rechten in Europa“, in: Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum Nr.5, S. 2.

mus und -populismus nicht nur eine Protestbewegung, sondern eine politisch relevante Kraft sein, dann muss er auch auf europäischer Ebene als handlungsfähiger Akteur auftreten.

Die Euro-Rechten sind in erster Linie durch eine gemeinsame Anti-Haltung verbunden: durch Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, durch Demokratie- und Parlamentarismuskritik. Die Euro-Rechte legitimiert sich insbesondere durch Gegenpositionen zur Globalisierung, zu Integration und zu Immigration.³

„Die national-partikulare Ablehnung der Globalisierung ist in den letzten Jahren geradezu zum identitären Gravitationszentrum rechter Parteien und Politik geworden.“

Die Globalisierung stößt auf Ablehnung, da die mit ihr verbundene ethnische Pluralisierung und die multikulturelle Gesellschaft aus einer national-partikularen Perspektive zurückgewiesen werden. Islamophobie und Sündenbock-Polemiken gegen Ausländer, und zunehmend gegen Roma, kristallisieren sich als gemeinsame Erkennungsmerkmale heraus. Ein weiterer Konvergenzpunkt ist die skeptische Haltung gegenüber der europäischen Integration, bzw. die grundsätzliche Ablehnung der Europäischen Union und die Forderung ihrer Auflösung. Während der 80er Jahre des vergangenen Jahrhunderts befürworteten einige Parteien der extremen Rechten noch den europäischen Integrationsprozess, an erster Stelle die Front National und die Republikaner. Doch mit dem Vertrag von Maastricht änderte sich ihre Haltung, jetzt sahen sie die europäische Gemeinschaft auf dem Weg zum totalitären Superstaat.⁴ Europa ist gerade wegen seiner Errungenschaften, der Öffnung der nationalen Wirtschaftsräume und seines supranationalen Charakters, sowie der Kandidatur der Türkei als EU-Mitglied zu einem der Hauptangriffsziele des Rechtsextremismus und des Rechtspopulismus geworden. In einer Plenaraussprache am 19.02.2008 in Straßburg äußerte sich der Vorsitzende der Front National Jean-Marie Le Pen paradigmatisch für die Haltung der Rechtsextremen und Rechtspopulisten zu Europa: „Jahrtausendealte, angesehene Nationen werden so zugunsten einer konstruktivistischen Utopie geopfert, die sie wehrlos den unheilvollen Folgen der Globalisierung und des zügellosen Liberalismus aussetzt: der Masseneinwanderung, der Unsicherheit, dem wirtschaftlichen Ruin, der sozialen Katastrophe, dem moralischen und kulturellen Verfall.“⁵ Die europaskeptische oder gar europafeindliche Haltung ist unverkennbar, die sich insbesondere auf den Charakter Europas als supranationale Institution oder multikulturelle Gesellschaft bezieht, da diese angeblich die nationale Unabhängigkeit gefährden. In der gleichen Plenardebatte erklärte Le Pen: „Der nationale Widerstand wird damit legitim; er ist für die Bürger ein Recht, für die Patrioten eine Pflicht“. Die Europa-Feinde inszenieren sich damit als Widerstandskämpfer gegen den „totalitären Superstaat“ EU. Eine vermeintlich jahrtausende alte „naturwüchsige“ nationale Kultur wird dem als konstruiert bezeichneten Charakter Europas, gegenüber gestellt. Ihr Modell eines „Europas der Vaterländer“, bzw. eines „Europas der Völker“ wollen sie dem „Völkergefängnis“ EU, in dem Menschen verschiedener Sprachen, Religionen und Kulturen zum Zusammenleben verdammt seien, entgegen halten. Ihr Ziel ist ein konföderales Europa, das auf unabhängigen Nationalkulturen gegründet ist. Wie genau diese Konfödera-

3 Albert Scharenberg, "Brücke zum Mainstream - Mainstream als Brücke. Europäische Rechtsparteien und ihre Politik gegen Einwanderung", in: Thomas Greven und Thomas Grunke (Hrsg.): Globalisierter Rechtsextremismus? Die extremistische Rechte in der Ära der Globalisierung, Wiesbaden, 2006, S.70 -111, S. 70.

4 Vgl. Mudde, 2007, S. 159ff.

5 Vgl. Europäisches Parlament, "Plenardebatten. Zukunft Europas".19.2.2008.

tion aussehen soll, wird meist nicht spezifiziert. Einigkeit besteht nur in negativen Bezugspunkten, darin wie und was Europa nicht sein soll.⁶

Ein zweiter, populistischer Kritikpunkt an der Europäischen Union ist ihr vermeintlich zentralistischer und elitärer Charakter. Mit Slogans wie „Ja zu Europa – nein zu Brüssel“ (Dänische Volkspartei), und „Nein zu Maastricht – ja zu einem Europa der Vaterländer“ (Front National) inszeniert sich die Euro-Rechte als Interessenvertreterin der kleinen Leute in Opposition zur „Elite der Brüssler Bürokraten“.⁷

„Die populistische Basiserzählung ist im politischen Tagesgeschäft stets darauf ausgerichtet, die immergleichen Konfliktlinien zu aktualisieren. Das Volk und sein (populistisches) Sprachrohr gegen die Eliten und deren "Günstlinge", will heißen: Wir gegen die Anderen.“

„Supranationale Institutionen und internationale Vereinbarungen sind mit einer populistischen Demokratieauffassung kaum vereinbar. Sie werden primär als Mittel gesehen, mit deren Hilfe das "Establishment" die nationalen Interessen "verrät" und am Volk vorbeiregiert.“⁸

Aus der Anti-Haltung gegenüber der Europäischen Union erwächst auch die Ablehnung einer Vertiefung der europäischen Integration und des Lissabonner Vertrags. Le Pen bezeichnete die Verfassungsgebende Versammlung in derselbigen Rede als „Kongress der Schande“, und erklärt Versailles sei damit erneut zur Hochburg der Aufgabe der französischen Souveränität geworden.

Die Ablehnung der europäischen Integration als vermeintliche Wegbereiterin der Globalisierung wird häufig als Verteidigung der europäischen Kultur und der nationalen Identität dargestellt. Wird Europa verteidigt, dann als Kampfbegriff, als ein „Christliches Abendland“, das es gegen äußere Feinde und Bedrohungen zu bewahren gilt, oder als eurozentristisches Konzept eines „weißen Europas“. Europa wird dann wahlweise gegen den Islam, die USA, die Globalisierung, und die multikulturelle Gesellschaft verteidigt. Das implizierte Ziel ist ein ethnisch homogenes und ökonomisch autarkes Europa der weißen Rasse. Eine Mitgliedschaft der Türkei wird von allen Euro-Rechten Parteien abgelehnt, da Europa als christlich konzeptualisiert wird. Gerade die Globalisierung eignet sich besonders gut als Projektionsfläche der Rechtsextremen und Rechtspopulisten, um sich als Bewahrer der Nation zu inszenieren. Die Nation als Gemeinschaft mit gemeinsamer Sprache, Geschichte, Tradition und Kultur wird einer universalistischen Weltkultur gegenüber gestellt, die alle Differenz in Homogenität aufzulösen sucht. Dabei wird die illusionäre Lösung einer Abkoppelung von der Globalisierung angeboten, sowohl um die nationale Identität zu bewahren, als auch um Massenarbeitslosigkeit zu verhindern. Der protektionistische und ethnisch homogene Nationalstaat soll in einem Zeitalter, in dem Gesellschaften und Staaten immer enger zusammenrücken und in wechselseitiger Abhängigkeit verbunden sind, Schutz vor kultureller, politischer und sozialer Einwirkung bieten.

Das Zitat von Le Pen illustriert auch die rechtsextreme Dekadenz-Theorie vom sittlichen Verfall der Gesellschaft. Familie, Kultur, und Moral sind in diesem Weltbild sowohl durch den US-amerikanischen „McDonald-Imperialismus“ als auch durch den Zustrom von Immigranten gefährdet. Bruno Mégret von der MNR, bezeichnete die EU als „Trojanisches

6 Vgl. Mudde, 2007, S. 167-169.

7 Oliver Geden: "Rechtspopulismus. Funktionslogiken - Gelegenheitsstrukturen - Gegenstrategien". Stiftung für Wissenschaft und Politik, Berlin, 2007, S.8.

8 Geden, 2007, S.22.

Pferd der Amerikaner“. Weitere zentrale ideologische Bausteine rechtsradikalen und rechtspopulistischen Denkens sind neben Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, die Ablehnung von Einwanderung. Die Ablehnung von Einwanderung, und damit auch die Ablehnung einer ethnischen Pluralisierung in einer multikulturellen Gesellschaft haben sich als zentrales, ideologisches Bindungsglied zwischen europäischen Rechtsparteien erwiesen. Gerade im Parteienwettbewerb fokussieren sich diese „one-issue“-Parteien, treffend auch als „anti-immigrant-parties“ bezeichnet auf das Thema Einwanderung. Nicht nur wird jede weitere Einwanderung abgelehnt und ein sofortiger Einwanderungsstopp gefordert, zum Teil wird sogar die Rückführung von Immigranten verlangt. Der Multikulturalismus wird zur Angriffsfläche, da er als Abwertung der Mehrheitskultur aufgefasst wird, die durch Einwanderung zerstört zu werden droht. Zudem werden bestehende gesellschaftliche Probleme ursächlich auf Migration zurückgeführt. Arbeitslosigkeit, Kriminalität, eine Überlastung der Sozialsysteme entstehen in diesem Weltbild erst oder sogar ausschließlich durch Migration.⁹

„Daher scheint im Umkehrschluss auch die Lösung populistisch-einfach: keine Einwanderung - keine Probleme.“

Aus der Forderung eines Zu- und Einwanderungsstopps folgt daher oftmals die rechtliche Ungleichbehandlung auf dem Arbeitsmarkt, im Bildungswesen und den Sozialsystemen. Aus der Bevorzugung der Angehörigen der eigenen Nation folgt die Schlechterstellung von Immigranten. In der Konstruktion dieser perversen Kausalkette und der daraus folgenden rechtlichen Ungleichbehandlung von Menschen liegt das Bedrohungspotenzial des Rechtsextremismus und des Rechtspopulismus. Dieser Provokation der Zivilgesellschaft und der Aushöhlung unserer Werte- und Rechtsgemeinschaft müssen wir uns entschieden entgegenstellen.

1 Rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien im Europa-Parlament

Anhand der derzeit im Europa-Parlament vertretenen rechtsextremen und rechtspopulistischen Parteien lässt sich anschaulich zeigen, welche politischen Forderungen aus dieser ideologischen Schnittmenge abgeleitet werden.

Die *Front National* wurde 1972 von Jean-Marie Le Pen in Frankreich gegründet. Das Primat der Nation, die als ethnische Gemeinschaft unter Ausschluss alles vermeintlich Fremden konzipiert wird, zeigt sich deutlich in ihrem Wahlspruch: „Frankreich und die Franzosen zuerst“.¹⁰

„The issue of immigration has been addressed by the FN since its inception. The party's constant theme is the link between immigrants, particularly North African immigrants from France's former colonies, and crime and unemployment.“

9 Scharenberg, 2006, S. 77

10 Rachel K. Gibson " The growth of Anti-Immigrant Parties in Western Europe, In: Studies in Political Science, Vol.3. Lewiston/Queenston/Lampeter, 2002, p. 28

Aus der grundsätzlichen Ablehnung der Einwanderung folgen Forderungen nach einer Verschärfung des Staatsangehörigkeitsrechts, einer sofortigen Verhängung eines Einwanderungsstopps und der umgehenden Abschiebung von illegalen Einwanderern. Zudem sollen, laut Front National, Immigranten nicht in vollem Umfang Sozialdienstleistungen in Anspruch nehmen können. Dies hätte eine faktische Ungleichbehandlung zur Folge. Durch seine wiederholte Kandidatur für das Präsidentschaftsamt 2002 und 2007, versuchte Le Pen seine Partei als moderate Rechtspartei darzustellen. 2002 gelang es ihm, die zweite Runde der Präsidentschaftswahl zu erreichen und dort 17,8 Prozent der abgegebenen Stimmen auf sich zu vereinigen. Bei den Wahlen zur Nationalversammlung 2007 musste die Front National jedoch eine Niederlage einstecken, denn mit 4,3 Prozent der Stimmen verfehlte sie den Einzug ins nationale Parlament. Im Europa-Parlament ist die Front National derzeit mit sieben Abgeordneten vertreten. Zu ihren zentralen politischen Forderungen auf europäischer Ebene gehört, dass die Einwanderungspolitik in der Kontrolle der Nationalstaaten verbleiben soll, genauso wie die Grenzkontrollen. Die europäische Staatsangehörigkeit wird als Verdrängung der nationalen Staatsangehörigkeit gewertet. Diese Forderungen zielen auf die Rückentwicklung der europäischen Integration ab, die von der Front National als Rückgewinnung der nationalen Unabhängigkeit dargestellt wird. Charakteristisch für die Haltung der Front National zu Europa ist die Ablehnung der supranationalen europäischen Zusammenarbeit, die sie als Verlust nationaler Autonomie und Steuerungsfähigkeit wertet. Diese Haltung teilt die Front National mit der Mehrheit der rechtsextremen und rechtspopulistischen Parteien auf EU-Ebene.¹¹

Die italienische *Alleanza Nazionale* gewann zusammen mit der Partei des Präsidenten Silvio Berlusconi, Forza Italia, auf der gemeinsamen Liste „Popolo della Liberta“ die nationalen Parlamentswahlen im April 2008 und ist seitdem an der italienischen Regierung beteiligt. Bei den Europawahlen 2004 erhielt sie 11,5 Prozent der Stimmen und ist mit neun Abgeordneten im Europa-Parlament vertreten. Gegründet wurde die *Alleanza Nazionale* 1987 von ihrem heutigen Vorsitzenden Gianfranco Fini, der als Jugendlicher dem neofaschistischen, in der Nachfolge Mussolinis stehenden Movimento Sociale Italiano angehörte. Von 2004-2006 gehörte Fini als Außenminister der Regierung Berlusconi an. Die *Alleanza Nazionale* bekennt sich zum Kampf gegen die Globalisierung und gegen die Einwanderung, um die „kulturelle Identität der Nation“ zu wahren. Die *Alleanza Nazionale* fordert einen sofortigen Zuwanderungsstopp und eine striktere Abschiebepaxis. Was es bedeutet, wenn diese Forderungen in die Praxis umgesetzt werden, wird in italienischen Aufnahmelagern sichtbar, deren erbärmliche Zustände von einer Delegation des Europa-Parlaments verurteilt wurden.¹² Auch die sofortige Abschiebung von 20.000 Roma aus Italien 2007 ging auf das Konto Finis, der nach der Straftat eines Roma die ausländerfeindliche Stimmung in Italien gezielt schürte. Der zur *Alleanza Nazionale* gehörende römische Bürgermeister Gianni Alemanno ließ mit der Ankündigung, eine Straße nach einem faschistischen Politiker benennen zu wollen, mit von ihm veranlassten Zwangsräumungen von Roma-Siedlungen und der Inhaftierungen von Ausländern, keinen Zweifel daran, was für eine Politik die *Alleanza Nazionale* verfolgt. Pläne der italienischen Regierung, Fingerabdrücke von Sinti- und Roma-Kindern zu nehmen, lösten internationale Proteste aus und wurden

11 Vgl Sabine Riedel "Nationalismus im EU-Parlament. Parteien, Standpunkte und Gegenstrategien vor den Europawahlen 2009". Stiftung für Wissenschaft und Politik, Berlin, 2009/Riedel, 2009, S. 14-16.

12 Vgl Europäisches Parlament, Bericht der Delegation des LIBE-Ausschuss über den Besuch des Zentralen Aufnahmelagers in Lampedusa (IT), Brüssel, 15.9.2005.

vom Europa-Parlament scharf verurteilt. Die Diskriminierung aufgrund der Rasse und der Volkszugehörigkeit weckt ungute Erinnerungen an historische Rassenregister in den Zeiten des italienischen Faschismus und widerspricht eindeutig den Grundprinzipien der Europäischen Union. Es besteht kein Zweifel daran, dass die Alleanza Nazionale eine gezielte Sündenbock-Politik betreibt und durch den Ausschluss und die Kriminalisierung ganzer Bevölkerungsgruppen den Gleichheitsgrundsatz auszuhöhlen sucht. Die EU-Abgeordneten Roberto Angelilli und Christiane Muscardini forderten in der Plenarsitzung Mai 2008 im Namen der Fraktion Union für ein Europa der Nationen ein gemeinsames europäisches Vorgehen gegen illegale Roma-Siedlungen. Unterstützt wurden sie dabei von Luca Romagnoli, dem Vorsitzenden des Movimento Sociale Fiamma Tricolore, der Gentests für alle Roma-Kinder und die Einrichtung eines Roma-Staates forderte, ebenso von Roberto Fiore, der für die Alternativa Sociale: Lista Mussolini die sofortige Abschiebung aller illegalen Einwanderer aus Südosteuropa verlangte. Das Thema der Plenardebatte, in der diese Beiträge erfolgten, war der Plan der italienischen Regierung Ausländer, unter ihnen viele Roma, die keinen „ausreichenden“ Lebensunterhalt nachweisen können, abzuschieben.¹³

Das *Movimento Sociale Fiamma Tricolore*, dem der Europa-Abgeordnete Luca Romagnoli vorsteht, ist wie auch die Alleanza Nazionale und die *Alternativa Sociale: Lista Mussolini* (AS) aus dem Movimento Sociale Italiano hervorgegangen und teilt mit ihr die ideologischen Wurzeln des Mussolini-Faschismus. Das Movimento Sociale Fiamma Tricolore und die Lista Mussolini, deren Abgeordnete Alessandra Mussolini eine Enkelin des „Duce“ ist, bekennen sich zu einem ethnisch definierten Nationenbegriff und fordern einen sofortigen Einwanderungsstopp. Beide Abgeordnete fallen im Europa-Parlament durch Globalisierungskritik auf. Romagnoli fordert darüber hinaus noch den Austritt Italiens aus der Wirtschafts- und Währungsunion. Im Widerspruch zu geltenden EU-Verträgen sieht auch die Alleanza Nazionale Nationalstaaten als alleinige Souveränitätsträger.

Am Beispiel der *Lega Nord*, die derzeit mit vier Abgeordneten im Europa-Parlament vertreten ist, lässt sich die Taktik der Islamophobie und der Sündenbock-Polemik besonders anschaulich nachvollziehen. Lega Nord-Politiker schüren mit provozierenden Aktionen und anti-islamischer Propaganda gezielt Ängste und eine islamfeindliche Stimmung in der Bevölkerung. Protestmärsche gegen den Bau von Moscheen gehören zum Standardprogramm einer Partei, deren Mitglied Roberto Castelli, ehemaliger Justizminister unter Berlusconi, ankündigte er wolle Kopftuch tragende Frauen mit einem königlichen Dekret von 1931 als „maskierte Herumlaufende“ verurteilen lassen. Ein führendes Lega Nord-Mitglied, der damalige Reformminister Roberto Calderoli, hatte sich mitten in den Auseinandersetzungen um in eine dänische Zeitung erschienene Mohammed-Karikaturen in einem T-Shirt mit einer Mohammed-Karikatur filmen lassen. In der Folge kam es zu Massenprotesten in Afrika bei denen zahlreiche Menschen starben. Ihre Beteiligung an der Regierung Berlusconi erlaubte der Lega Nord ihre rigiden Vorstellungen teilweise umzusetzen. Geht es nach der Lega Nord sollen illegale Immigranten ohne Arbeitserlaubnis sofort in ihr Herkunftsland abgeschoben werden können – ungeachtet der Menschenrechte. Derzeit fordert die Lega Nord einen totalen Einwanderungsstopp und die Aufhebung des kommunalen Wahlrechts von Ausländern. Ihr programmatisches Hauptziel bleibt weiterhin die Unabhängigkeit der Region und des Volkes „Padaniens“.¹⁴

13 www.europarl.europa.eu/sides/getDOC.do?pubRef=//EP//NONSGML+CRE+20080520+SIT+DOC+PDF+VO//DE&language+DE

14 Vgl Riedel, 2009, S. 12-16, Scharenberg 98ff.

Die *Freiheitliche Partei Österreich* (FPÖ) wurde 1956 unter der Beteiligung ehemaliger NSDAP-Angehöriger gegründet. Nach einer Phase politischer Liberalisierung führte Jörg Haider die Partei wieder auf einen nationalistischen Kurs zurück.¹⁵

„Es (...) bleiben die beiden ideologischen Kernelemente der „Traditionspflege“ und Agitation gegen Einwanderer bestehen. Erstere werden durch Haiders Anspielungen auf die NS-Tradition, einschließlich antisemitischer Ausfälle, immer wieder neu bestätigt.“

1999 wurde die FPÖ zur zweitstärksten Partei und zum Partner in einer Koalitionsregierung mit der Österreichischen Volkspartei. Unter ihrem seit 2005 amtierenden Vorsitzenden Heinz-Christian Strache bemühte sich die Partei um ein jüngeres Zielpublikum und ein gemäßigtes Auftreten. Doch Slogans wie „Österreicher zuerst, auch beim Arbeitsmarktservice“ und „Österreich zuerst“ lassen keinen Zweifel daran, dass es sich auch bei der FPÖ um eine Variante des chauvinistischen Nationalismus handelt, der auf Ungleichbehandlung abzielt. Die FPÖ will gezielt Stimmung gegen Zuwanderung und den Islam machen. Bei den letzten Nationalratswahlen im September 2008 konnte die FPÖ 17,5 Prozent der Stimmen gewinnen, bei den Europawahlen 2004 fiel sie auf 6,3 Prozent zurück.¹⁶

Die belgische Partei *Vlaams Belang*, wurde 2004 als Nachfolgerin des wegen fremdenfeindlichen und rassistischen Äußerungen gerichtlich verurteilten Vlaams Blok gegründet. Im Zentrum der Parteiprogrammatik stehen die Auflösung Belgiens und die Gründung eines unabhängigen Flanderns. Der ethnisch definierte, sich auch auf Sprache als Distinktionsmerkmal stützender Nationalismusbegriff des Vlaams Belang, wird in dieser Forderung erkennbar. Der Vlaams Belang fordert einen sofortigen Einwanderungsstopp, auch einen Stopp des Familiennachzugs, die sofortige Abschiebung illegaler Einwanderer, die Abschaffung des Ausländerwahlrechts und eine Ungleichbehandlung bei sozialen Diensten. Einbürgerung wird verengt als Assimilierung verstanden, auch um die vermeintliche Islamisierung Belgiens zu stoppen.¹⁷

„Dabei wird die Einwanderung immer suggestiv mit den für den VB [Vlaams Belang] wichtigen Fragen von Kriminalität und innerer Sicherheit sowie Familienpolitik verknüpft und die "Beendigung der Politik der Bevorzugung von Ausländern gefordert“.

Im flämischen Teil Belgiens gewinnt der Vlaams Belang 18 Prozent der Stimmen und erhielt auch bei den letzten Europa-Wahlen 13,4 Prozent der Wählerstimmen. Die drei Europa-Abgeordneten des Vlaams Belang treten für ein „konföderales Europa“ ein und stellen sich damit gegen eine Vertiefung der europäischen Integration. Folgerichtig wird der Lissabonner Vertrag abgelehnt, denn die EU würde die nationale Identität gefährden, so der Vlaams Belang.¹⁸

Die *Liga Polskisch Rodzin*, die Liga der polnischen Familien, wurde 2001 im Zusammenschluss der Katholischen Nationalbewegung und der Nationalen Partei als Sammelbecken der Gegner des EU-Beitritts Polens gegründet. Mit einer dezidiert Europa-feindlichen Kampagne erhielt die Liga 15,9 Prozent der Stimmen bei den Europa-Wahlen 2004. Nach dem Einzug ins polnische Parlament 2005 beteiligte sich die Liga der polnischen Familie an

15 Scharenberg, 2006, S.90.

16 Vgl Riedel, 2009, S. 12ff; Scharenberg,2006, S. 89ff

17 Scharenberg, 2006, S.97.

18 Vgl. Riedel, S.16-18; Scharenberg S. 96-98

der von Lech und Jaroslaw Kaczynskis Partei Recht und Gerechtigkeit geführten Regierung. Die national-katholische Ideologie diskriminiert Menschen deren ethnische Herkunft oder sexuelle Orientierung nicht dem konservativen Familienideal entsprechen. Bildungsminister und Liga-Mitglied Roman Giertych bezeichnete 2007 die Organisatoren der „Gleichstellungsparade“ in Warschau als „ekelhafte Kinderschänder“, denen man sich zur Verteidigung von Familienwerten entgegenstellen müsse. Die offene Diskriminierung von Homosexuellen durch Regierungsmitglieder und das gewaltsame Vorgehen der Ordnungskräfte gegen Kundgebungen für die Gleichberechtigung von Schwulen und Lesben, lösten internationale Entrüstung aus. Das Europa-Parlament erließ am 15.6.2006 eine Erklärung, die die Zunahme rassistisch motivierter und homophober Gewalt in Europa verurteilt. Derzeit ist die Liga der polnischen Familie mit 10 Abgeordneten im Europa-Parlament vertreten.¹⁹

Die bulgarische *Politeceska Partija Ataka*, wurde 2005 von dem Journalisten Volen Siderov gegründet, und erhielt bereits bei den Parlamentswahlen einen Monat später 8,9 Prozent der Stimmen. Bei den Europawahlen 2007 gewann Ataka 14,2 Prozent der Stimmen und konnte drei Abgeordnete nach Straßburg entsenden. Auch Ataka vertritt einen Nationenbegriff mit chauvinistischen Zügen, der auf Ethnie, Religion und Kultur basiert, und in dem Wahlslogan „Geben wir Bulgarien den Bulgaren zurück“ unverkennbar ist. Die Zukunft der türkischen Minderheit, der Roma und der Sinti, die zusammen etwa 15 Prozent der Bevölkerung in Bulgarien sieht Ataka nur der Assimilation, Minderheitenrechte sollen ihnen keine zugestanden werden.²⁰

Die *Partei Großrumänien* konnte am 1. Januar 2007 direkt fünf Abgeordnete ins Europa-Parlament entsenden, da sie bei den Wahlen zum rumänischen Parlament 2004 12,9 Prozent der Stimmen erhalten hatte. Bereits bei den ersten direkten Wahlen zum Europa-Parlament scheiterte die Partei indes an der 5 Prozent Hürde. Der Name der Partei ist Programm: die Ausweitung des rumänischen Staates auf Gebiete mit romanischsprachiger Bevölkerung, wie etwa die Republik Moldawien, stellt den programmatischen Kern dar. Von den Sprachminderheiten innerhalb Rumäniens, etwa der ungarischen Minderheit wird völlige Assimilation erwartet. Würde den Forderungen der Großrumänien Partei entsprochen, wäre es das Ende der Minderheitenrechte wie das Recht auf Unterricht in der Muttersprache.²¹

Die teilweise der Euro-Rechten zuzuordnende Anti-EU Partei *United Kingdom Independence Party* (UKIP) erhielt 16,1 Prozent der Wählerstimmen in Großbritannien und damit 12 Sitze im Europa-Parlament. Das Hauptziel der UKIP ist der Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union. Nach Ausschluss und Austritt verbleiben derzeit neun UKIP-Mitglieder in der europaskeptischen Fraktion Unabhängigkeit und Demokratie. Geegründet wurde die UKIP 1993 von Alan Sked und anderen Mitgliedern der Anti-Federalist-League, deren Ziel bereits damals der Austritt Großbritanniens aus der EU war. 1999 zog die UKIP erstmals mit drei Abgeordneten ins Europa-Parlament ein.

19 Vgl. Scharenberg, 2006, S. 102-10.

20 Vgl. Riedel, 2009, S.22ff.

21 Vgl. Riedel, 2009, S.29.

2 Fraktionen rechtsextremer und rechtspopulistischer Parteien im Europa-Parlament

Seit 1979 ist die Präsenz von rechtsextremistischen und rechtspopulistischen Parteien im Europa-Parlament kontinuierlich gewachsen, wenn auch 1999 ein Einbruch bei den Wahlerfolgen zu verzeichnen war. Um das Bedrohungspotenzial der Rechtsextremisten und Rechtspopulisten bemessen zu können, ist ihr Institutionalierungsgrad und ihre Fähigkeit sich als handlungsfähiger politischer Akteur zu konstituieren entscheidend.

Supranationale Fraktionen nehmen in der Arbeit des Europa-Parlaments eine wichtige Rolle ein. Die Fraktionen bestimmen die Tagesordnung der Plenarsitzungen und entscheiden über die Besetzung der Posten des Parlamentspräsidenten, dessen Vizepräsidenten, und die Vorsitzenden der parlamentarischen Ausschüsse. Zudem erhalten Fraktionen Finanzmittel und personelle Ressourcen. Zur Bildung einer Fraktion sind mindestens 20 Abgeordnete erforderlich, und in jeder Fraktion müssen Abgeordnete aus wenigstens einem Fünftel der Mitgliedsstaaten vertreten sein. Eine Fraktion gilt dann als gebildet, wenn beim Parlamentspräsidenten eine Gründungserklärung eingereicht wird, die den Namen der Fraktion, die Unterschriften ihrer Mitglieder und die Zusammensetzung des Fraktionsvorstandes enthält. Eine Mitgliedschaft in mehreren Fraktionen ist nicht möglich. Von Fraktionen geht eine wichtige integrative Wirkung aus, denn in Fraktionssitzungen kann es gelingen durch intensive Diskussionen nationale Standpunkte zu überbrücken und Kompromisslösungen zu finden. In der Folge kann eine Fraktionsbildung dazu führen, dass sich die Standpunkte einzelner Mitgliedsparteien annähern und die Vernetzung auf europäischer Ebene vorangetrieben wird.

Bereits vor der ersten Direktwahl zum Europa-Parlament 1979 begann sich der Rechtsextremismus transnational zu formieren. Im Januar 1978 verhandelte der Führer des Movimento Sociale Italiano (MSI), Giorgio Almirante, mit dem Führer der spanischen Fuerza Nueva, Blas Pinar, über die Bildung einer Euro-Rechten, der Eurodestra. Im April 1978 kam es zu einer Großkundgebung in Neapel an der 40.000 Demonstranten teilnahmen. Die Fuerza Nueva, konnte jedoch noch nicht an den Wahlen teilnehmen, da Spanien erst 1986 der EG beitrug. Die französische Parti des Forces Nouvelles stieß zum Parteienbündnis Eurodestra hinzu. Als politische Plattform erarbeiteten sie gemeinsame Richtlinien für eine zukünftige gemeinsame Politik im neu zu wählenden Europa-Parlament. Eine zentrale Forderung der Eurodestra betraf kulturelle Initiativen, um Europa seine Rolle „als kulturellen Mittelpunkt der Welt“ wiederzugeben. Die deutsche NPD trat wegen einer finanziellen und organisatorischen Krise gar nicht erst zur Europa-Wahl an. Die MSI-DN und die Forces Nouvelles taufte sich „Anti-Links-Koalition“, und erhofften sich die Zustimmung von konservativen Anti-Kommunisten, erlitten dann aber eine Wahlniederlage. Die MSI-DN war die einzige Partei der Eurodestra, die mit 5,5 Prozent der Stimmen vier Sitze in Straßburg erhielt. Eine Fraktionsbildung rechtsextremer und rechtspopulistischer Parteien war damit im ersten direkt gewählten Europa-Parlament verhindert.

Im Vorfeld der nächsten Europa-Wahlen 1984 kam es nicht zur Bildung einer gemeinsamen Euro-Rechten Wahl-Plattform, wohl aber nach der Wahl zu einer Fraktionsbildung. Unter dem Vorsitz Jean-Marie Le Pen von der französischen Front National wurde die Fraktion der Europäischen Rechten gegründet. Die Front National erhielt mit 11 Prozent der Stimmen zehn Mandate, die MSI-DN mit 5,5 Prozent der Stimmen fünf Sitze. Hinzu kamen 2,3 Prozent für die griechische E.P.E.N und damit ein Abgeordneter, sowie ein Par-

lamentarier der nordirischen Ulster Union Party. Jean-Marie Le Pen wurde Fraktionsvorsitzender. Infolge personeller Fluktuation gehörten 26 Personen im Laufe der Legislaturperiode der Fraktion an.

Nach den Europa-Wahlen 1989 wurde unter der Führung Le Pens eine Fraktion gebildet: die technische Fraktion der europäischen Rechten. Die Zahl potentieller Bündnispartner hatte sich zwischenzeitlich vergrößert. Erstmals waren die deutschen Republikaner mit sechs Abgeordneten vertreten und der Vlaams Blok mit einem Abgeordneten. Beide Parteien schlossen sich der Front National an, die wieder mit zehn Abgeordneten in das Parlament in Straßburg einzog. Die MSI trat der Fraktion nicht bei, da sie den Führungsanspruch Le Pens zurückwies. Auf einer Konferenz in Lissabon scheiterte die Fraktionsgründung auch wegen eines Streites über Südtirol zwischen italienischen und deutschen Abgeordneten, die eine Wiederherstellung des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 eintraten. Obwohl 23 rechtsextreme Abgeordnete 1989 ins Europa-Parlament einzogen, traten daher nur 17 der neugegründeten Fraktion bei. Die zwei Abgeordneten der Lega Lombarda schlossen sich damals der Regenbogen-Fraktion an.²²

Sowohl die Republikaner, die Front National, als auch der Vlaams Blok waren junge Parteien, denen erst in den 80er Jahren des letzten Jahrhunderts durch großangelegte Wählermobilisierung der Aufstieg zu breitenwirksamen Organisationen gelang. Der Name „Technische Fraktion der europäischen Rechten“ deutet bereits daraufhin, dass nur eine technische Zusammenarbeit angestrebt wurde und nicht eine wirkliche Fraktionsarbeit. Damit sollten Streitigkeiten und Zerwürfnissen ebenso vorgebeugt werden, wie einer Kollektivhaftung für provokative Äußerungen von Fraktionskollegen. Geteilte Standpunkte ja, aber nein zu Fraktionsbildung entlang politischer Positionen – politische Positionen könnten niemals über der Nationalität stehen, lautete die Devise. In der Folge entstanden Konfliktlinien zwischen den eher regionalistisch orientierten Republikanern und dem Vlaams Blok und den Mitgliedern der etatischen und zentralistischen Front National. Hier zeigt sich deutlich das große Konfliktpotential der unterschiedlichen Nationen-Verständnisse der Ultranationalisten. Auch wollte sich die Front National nicht zu eng an den Vlaams Blok binden, da ihre belgische Schwesterpartei die separatistische Programmatik des Vlaams Blok ablehnte. Besonders bei den Republikanern mehrten sich die internen Streitigkeiten, die in dem Parteiausschuss zweier Abgeordneter und schließlich dem Fraktionsaustritt des Vorsitzenden Schönhubers gipfelten. Im Januar 1991 kommt es zur Neugründung der Deutschen Allianz – Vereinigte Rechte. Der Fraktionsvorsitzende Le Pen löste zwischenzeitlich mit anti-amerikanischen Äußerungen eine öffentliche Führungskrise in der Front National aus. Währenddessen flogen einige deutsche Abgeordnete der Republikaner unter der Führung von Emil Schlee im November 1990 mit einer Delegation nach Bagdad von, um dort mit Saddam Hussein über die Freilassung deutscher Geiseln zu verhandeln.

Im Vorfeld zu den Europa-Wahlen 1994 kam es zu keiner Absprache mehr zwischen den rechtsextremen und rechtspopulistischen Parteien. Mit dem Ausscheiden der Republikaner waren im neuen Europa-Parlament keine deutschen Rechtsextremisten- und populistischen mehr vertreten. Die italienische Alleanza Nazionale (der ehemalige MSI) und die französische Front National erhielten jeweils 11 Sitze. Diese Pattsituation machte eine Fraktionsbildung unmöglich. Denn wären nur einige Abgeordnete der MSI der Fraktion beigetreten, hätten sie sich mit der Rolle des Juniorpartners in einer französisch dominierten Fraktion abfinden müssen. Wohingegen ein Beitritt aller Abgeordneten der MSI den Führungsan-

22 Vgl. Mudde, 2007, S. 177f.

spruch Le Pens in Frage gestellt hätte. Wieder einmal verhinderten persönliche Eitelkeiten die Entstehung eines handlungsfähigen rechtsextremen Akteurs auf europäischer Ebene. Denn die belgische Front National hatte einen Sitz und die belgische Vlaams Blok zwei Sitze errungen. Mit 25 Mandaten waren die rechtsextremistischen und rechtspopulistischen Parteien damit stärker vertreten als je zuvor. Da es zu keiner Fraktionsbildung kam, blieben die 25 Abgeordneten fraktionslos. Bis zum Ende der Legislaturperiode kamen sechs Abgeordnete der Freiheitlichen Partei Österreichs zu den Fraktionslosen hinzu, sowie die Abgeordneten der Lega Nord.²³

Bei der Europa-Wahl 1999 kam es zu schmerzhaften Verlusten für die Euro-Rechte. Die FPÖ erhielt nur mehr fünf Sitze, die Alleanza Nazionale neun Mandate, die Lega Nord verlor zwei Abgeordnete, die Front National sogar sechs und die belgische Front National schied ganz aus. Das italienische Movimento Sociale Fiamma Tricolore gewann einen Sitz und die Dänische Volkspartei war erstmals mit einem Abgeordneten vertreten, der Vlaams Blok weiterhin mit zwei. Damit verzeichnete die Euro-Rechte einen Verlust von zehn Sitzen. Die schwersten Verluste erlitt die französische Front National aufgrund einer Abspaltung unter der Führung Bruno Mégrets, der le Pens Politik als isolationistisch und extremistisch bezeichnete und 3,3 Prozent der Stimmen erhielt. Zwar waren die Front National, der Vlaams Blok und die Lega Nord zu einer Zusammenarbeit bereit, doch die FPÖ und die Alleanza Nazionale wollten keine Fraktion mit Extremisten bilden. Daher bildeten die kooperationsbereiten Abgeordneten zusammen mit der linksgerichtete italienischen „Liga Bonino“ eine „Technische Fraktion“, während die Alleanza Nazionale und die Dänische Volkspartei Mitglieder der Fraktion „Union für das Europa der Nationen“ wurden und die FPÖ-Abgeordneten fraktionslos blieben.

Zurzeit sind im Europa-Parlament sieben Fraktionen vertreten. Neben den großen Fraktionen der Europäischen Volkspartei, der Sozialdemokratischen Fraktion, der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa, gibt es die Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz, die Konföderale Vereinigung der Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke. 12 Prozent der Abgeordneten gehören den europaskeptischen Fraktionen Unabhängigkeit/Demokratie, der Union für ein Europa der Nationen an oder zählen zu den 32 fraktionslosen Abgeordneten.

Bei den Europa-Wahlen 2004 konnten rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien Zugewinne verbuchen – noch nie zuvor waren sie so zahlreich im Europa-Parlament vertreten. Der belgische Vlaams Belang gewann drei Sitze, die französische Front National erhielt 9,8 Prozent der Stimmen, die italienische Alleanza Nazionale neun Abgeordnete, die Fiamla Tricolore und die Alternativa Nazionale entsandten ebenfalls je einen Abgeordneten. Die Dänische Volkspartei gewann 6,8 Prozent der Stimmen, die britische euroskeptische Partei United Kingdom Independence Party mit 16,1 Prozent der Stimmen sogar 12 Sitze. Die Liga der polnischen Familien zog erstmals mit 10 Abgeordneten ins Europa-Parlament ein, die ebenfalls polnische ultrarechte Samoobroona gewann sieben Sitze. Auch aus Lettland, Slowenien, der Slowakei und Griechenland zogen rechtsextreme und -populistische Abgeordnete ins Europa-Parlament ein. Nur die österreichische FPÖ verlor drei von vier Sitzen.

Die Fraktion Union für ein Europa der Nationen (UEN) zählt derzeit 43 Abgeordnete und u.a. die Alleanza Nazionale, die Liga der polnischen Familien, über Vaterland und Freiheit, die Lega Nord und Fianna Fail zu ihren Parteien. Die irische Fianna Fail verfolgt

23 Vgl. Mudde, 2007, S. 177f.

das Ziel, die Republik Irland und das zu Großbritannien gehörende Nordirland zu einem ethnisch definierten Nationalstaat zu vereinen. Die Fraktion erklärt in ihrem Grundsatzprogramm, sie wolle die Tradition, Souveränität, Demokratie und Identität der europäischen Völker wahren. Die Fraktion steht dem supranationalen Charakter des europäischen Einigungswerkes deutlich skeptisch gegenüber und möchte die EU auf intergouvernementale Zusammenarbeit reduziert sehen.

Im Dezember 2004 schloss sich der UEN mit der Fraktion Unabhängigkeit/Demokratie (ID) zum Parteienbündnis Allianz für das Europa der Nationen zusammen. Die ID-Fraktion besteht aus 23 Mitgliedern und beschreibt sich in ihrem Programm als bestehend aus europakritischen und europaskeptischen Abgeordneten. Sinn und Zweck der Fraktion ist es, die Ablehnung des Lissabonner Reformvertrags in ihren jeweiligen Heimatländern zu erreichen. Zur ID gehören die Dänische Volkspartei, die italienische Alleanza Nazionale und die irische Fianna Fail. Damit beherbergt die Allianz einen Teil der rechtspopulistischen Parteien, doch die Mehrheit der rechtsextremen und rechtsradikalen Parteien blieb fraktionslos.²⁴

Die Fraktion Identität, Tradition, Souveränität (ITS) wurde mit dem EU-Beitritt Bulgariens und Rumäniens am 1.1.2007 gegründet. Die Front National, die Freiheitliche Partei Österreichs, die Politische Partei Ataka, sowie die Partei Großrumänien schlossen sich zu einer Fraktion von Parteien mit nationalistischer Programmatik zusammen. Die ITS-Fraktion fiel am 12.11.2007 im Streit auseinander. Die italienischen Abgeordneten Luca Romagnoli und Alessandra Mussolini hatten die sofortige Abschiebung rumänischer Roma aus Italien gefordert. Die Partei Großrumänien war erzürnt darüber, dass die Roma, die in ihren Augen nicht der Teil der rumänischen Nation sind, dem Ansehen Rumäniens geschadet hätten und ihre Fraktionskollegen keine Unterscheidung zwischen Roma und Rumänen machten.²⁵

Gelingt es den rechtsextremen und rechtspopulistischen Parteien sich auf europäischer Ebene wirkungsvoll zu vernetzen, kann das als Hinweis auf ein wachsendes Bedrohungspotential gewertet werden. Zunehmend werden politisch wichtige Entscheidungen nicht mehr im nationalen Rahmen, sondern auf europäischer Ebene getroffen. Will der Rechtsextremismus und -populismus nicht nur eine Protestbewegung, sondern eine politisch relevante Kraft sein, dann muss er auch auf europäischer Ebene als handlungsfähiger Akteur vertreten sein. Zumal pragmatische Überlegungen für eine Zusammenarbeit sprechen, etwa verbesserte Ressourcen und Handlungsmöglichkeiten als Fraktion.

Die Präsenz von rechtsextremen und rechtspopulistischen Parteien im Europa-Parlament ist seit 1979 kontinuierlich gewachsen – mit einem kleinen Rückschlag 1999. Programmatisch gibt es genügend Übereinstimmung, um eine koordinierte Zusammenarbeit möglich zu machen. Gerade die ausgesprochen europaskeptische, bzw. europafeindliche Haltung, die Ablehnung der Einwanderung, der multikulturellen Gesellschaft und der Globalisierung könnten als Eckpfeiler einer potentiell erfolgreichen Kooperation dienen. Die Kommunikation zwischen rechtsextremen und rechtspopulistischen Parteien ist ohne Zweifel gewachsen, aber sie sind großteils weiterhin unverbindlich und unstrukturiert. Daher kann bislang nicht von einer Euro-Rechten als einem handlungsfähigen politischen Akteur gesprochen werden. Bis heute ist der Institutionalisierungsgrad gering, denn eine einheitliche Ideologie, verbindliche Strukturen oder internationale Organisationen zu schaf-

24 Vgl. Riedel, 2009, 27f.

25 Vgl. Riedel, 2009, S. 28.

fen misslang, insbesondere wegen der fehlenden ideologischen Rechtfertigung für internationale Kooperation. Führungsstreitigkeiten, ideologische Unterschiede und nationale Sonderinteressen triumphierten bislang über pragmatische Kooperationserwägungen.

Der europäische Einigungsprozess war die Antwort auf den Faschismus, den Militarismus und den Ultrationalismus, der in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts die Vernichtung von Millionen Menschen und die Verwüstung eines ganzen Kontinents verschuldete. Durch die regionale Integration ist es gelungen Frieden nach Europa zu bringen, doch der Geist der Intoleranz und des Hasses, der Verfolgung von Minderheiten und der Sündenbockpolitik ist nach 60 Jahren noch immer nicht besiegt. Der Kampf gegen Antisemitismus, Rassismus und Intoleranz war meine persönliche Motivation, um mich politisch zu engagieren und auch der Grund warum ich meine politische Heimat in der SPD gefunden habe. Ich bin ein deutscher Abgeordneter im Europäischen Parlament und Vorsitzender einer multinationalen Fraktion. Die Geschichte meines Landes im 20. Jahrhundert war geprägt von den zivilisatorisch tiefsten Punkten der Menschheitsgeschichte. Daher habe ich es mir als deutscher Abgeordneter im Europäischen Parlament zur Aufgabe gemacht immer dann, wenn ich das Gefühl habe, dass Artikel 1 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland berührt ist, meine Stimme zu erheben. Dieser Satz, „die Würde des Menschen ist unantastbar“ ist das beste Programm gegen Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, und den Hass auf Minderheiten, mit denen wir in Europa heute leider wieder zu kämpfen haben. In Italien will ein Innenminister prophylaktisch Fingerabdrücke von Roma-Kindern nehmen. Der Vorsitzende der Lega Nord sagt in einer Parlamentsdebatte, sobald er Flüchtlingsboote im Mittelmeer sieht, wolle er Kanonendauer hören. Ein Regierungsmitglied in Polen ruft zur Gewalt gegen Homosexuelle auf. Der ungarische Ministerpräsident bekommt von Ultrationalisten „Hau ab, dreckiger Jude“ zu hören. In Antwerpen ist der offen rassistische und fremdenfeindliche Vlaams Belang die stärkste Partei. Wenn es diesem Geist gelingt, in den Mitgliedsstaaten zu einer Mehrheit zu gelangen, dann stehen der Völker verbindende, transnationale Charakter der Europäischen Union und damit das erfolgreichste Friedensprojekt in der Menschheitsgeschichte in Frage.

III. Antworten und Gegenstrategien

Rechtsextreme in Kommunalparlamenten am Beispiel der NPD in der Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick

Matthias Schmidt

1 Einleitung

Am 17. September 2006 wurde der Autor als Mitglied der SPD zum Bezirksverordneten in seinem Berliner Heimatbezirk Treptow-Köpenick gewählt. Nach einem engagierten Wahlkampf konnten sich die Sozialdemokraten über ein ansehnliches Ergebnis freuen. Bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus von Berlin, die dort immer gleichzeitig mit den Kommunalwahlen stattfinden, hatten die Sozialdemokraten alle sechs Direktmandate im Bezirk errungen; in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) wurde die SPD vom Wähler mit 19 von 55 Mandaten bedacht und stellte somit die stärkste Fraktion. Der Wähler hatte den demokratischen Parteien allerdings ein „Päckchen“ mit in die BVV geschickt: Die NPD konnte 5,3 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinigen und zog mit drei Mitgliedern und Fraktionsstatus in die BVV ein. Zusätzlich hatte der Wähler das Gremium zum buntesten in ganz Berlin gemacht: Vertreter von acht Parteien fanden sich zur konstituierenden Sitzung wenige Wochen später im Ratssaal des Rathauses Treptow ein. Das genaue Wahlergebnis zeigt die folgende Tabelle:

Tabelle 1: Wahlen zur Bezirksverordnetenversammlung (BVV) des Bezirks Treptow-Köpenick von Berlin am 17. September 2006 (amtliches Endergebnis) – BVV-Ergebnis für den ganzen Bezirk und Mandatsverteilung

	Stimmen 2006	in Prozent (2001)		BVV-Sitze
Wahlberechtigte	201.346	(188.502)		(55)
Wähler	114.406	56,8	(67,8)	
SPD	37.664	33,6	(34,1)	19
Die Linke.PDS	31.396	28,0	(36,2)	16
CDU	14.247	12,7	(14,1)	7
Grüne	7.958	7,1	(3,8)	4
NPD	5.990	5,3	(2,3)	3
FDP	5.386	4,8	(4,6)	2
Graue	4.743	4,2	(-)	2
WASG	4.008	3,6	(-)	2

Fraktionsübergreifend war schnell der Konsens hergestellt: es gibt sieben demokratische Parteien und die rechtsextremistische NPD. Für die Mitglieder der SPD-Fraktion stellten sich spontan viele Fragen: Wie geht man am besten mit den Vertretern der NPD um? Diskutieren wir bezirkliche Themen mit ihnen aus? Wie soll mit Anträgen verfahren werden,

die nichts mit der eigentlichen Bezirksarbeit zu tun haben? Sind das unsere Kollegen, begrüßen wir sie mit Handschlag, führen wir „Flurgespräche“? Und das war nur die erste Welle an Fragen, ohne je mit NPDlern in der BVV konfrontiert worden zu sein. Einige Punkte schienen leicht zu klären, doch in der Diskussion in einer 19-köpfigen Fraktion werden auch vermeintlich einfache Antworten kontrovers diskutiert. Und eine Vielzahl weiterer Fragen stellte sich erst im Verlauf der praktischen Arbeit.

Nach intensiver fraktionsinterner Diskussion wurde die Übereinkunft getroffen, eine Expertenanhörung durchzuführen. Wir suchten und fanden diese in der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus¹, dem „Blick nach Rechts“² und einschlägig spezialisierten Bundestagsabgeordneten. Zugleich wurde ein Fragenkatalog erarbeitet, der den Experten für ein zeitlich begrenztes Eingangsstatement einen Rahmen bot:

1. Wie verhalten wir uns bei „guten Anträgen“ der NPD?
2. Antworten alle demokratischen Parteien auf NPD-Anträge?
3. Antwortet man der NPD möglichst knapp, indem man ihre Fragen sehr wortgenau interpretiert und nicht nach Sinn und Zweck fragt?
4. Attackieren wir die NPD richtig hart, teilweise auch polemisch („Ich erkläre es gerne noch ein zweites Mal; die NPD-Vertreter werden es trotzdem nicht verstehen“)?
5. Wie sieht eine gute Öffentlichkeitsarbeit gegen Rechtsextreme aus?
6. Sollen die Fraktionen regelmäßig über die Aktivitäten der Rechten in der BVV berichten und dazu Stellung nehmen?
7. Sollten gezielt Debatten gegen die NPD „proviziert“ werden (z. B. Erklärungen zu bestimmten historischen Jahrestagen)?
8. Wie wurde aus externer Sicht der Umgang dieser BVV mit den Rechtsextremisten bisher wahrgenommen?

Diese Anhörung war gut geeignet, die Mitglieder unserer Fraktion auf einen aktuellen Stand zu bringen und gedanklich auf die kommenden Auseinandersetzungen vorzubereiten.

Zur Anhörung wurden auch die Vertreter der anderen demokratischen Parteien eingeladen, deren Engagement aber nicht in allen Fällen gleich ausgeprägt scheint. Diese Feststellung zieht sich durch die gesamte parlamentarische Arbeit der BVV: Den engagierten Kampf gegen Rechtsextremismus führen die Parteien in höchst unterschiedlicher Intensität. Das zeigte sich in der alltäglichen Arbeit genauso wie beispielsweise beim Organisieren der Gegenkundgebung zu einer Naziveranstaltung. Es kamen, außer der in diesem Bereich sehr engagierten Linkspartei, nur wenige andere Parteienvertreter. Auch zu der Gegendemonstration selbst erscheinen beispielsweise CDU- und FDP-Vertreter eher selten (von einigen löblichen Ausnahmen natürlich abgesehen). Für Treptow-Köpenick lässt sich feststellen, dass der Kampf gegen Rechtsextremismus hauptsächlich von SPD, Linkspartei und SAG³ getragen wird.

1 www.mbr-berlin.de

2 www.bnr-online.de

3 Bei der SAG handelt es sich um den Berliner Nachfolger der WASG, die 2007 mit der PDS zur Partei „Die Linke“ verschmolzen ist. Kurz vor deren Zusammengehen hat sich die SAG aus der WASG heraus in Berlin neu gegründet. In Treptow-Köpenick hatte die WASG zwei Mandate errungen; im Verlauf des ersten BVV-Jahres gesellte sich ein Vertreter der Grauen hinzu, so dass die WASG ebenfalls Fraktionsstatus erhielt. Diese drei traten nun der SAG bei und blieben eine eigenständige Fraktion.

2 Auftreten der NPD

„Mangels innerparteilicher Demokratie, fehlender lebendiger Parteiarbeit und einer Kultur abwägender, kompromissorientierter Konfliktlösungen werden Differenzen und Richtungsstreitigkeiten in den rechtsextremen Parteien und Parlamentsfraktionen autoritär ‚gelöst‘; es herrscht eine rigide Anweisungs- und Entscheidungspolitik der Parteiführung von oben nach unten. Dieses strukturelle Moment findet sich auch in der kommunalen Parlaments- und Alltagsarbeit wieder: Einzelne Personen dominieren und nutzen die parlamentarische Bühne stärker für ‚Polemik und Demagogie‘ oder agieren mit ‚Seriosität und Geschick‘ bzw. in abgestuften Varianten ‚moderater Parlamentsarbeit und kämpferischer Propaganda‘.“ (Hafenecker/Schönfelder 2007: 13)

In der Treptow-Köpenick ist die NPD mit folgenden drei Vertreter präsent: Udo Voigt ist Fraktionsvorsitzender und zugleich Bundesvorsitzender der NPD⁴; Eckhard Bräuniger ist von 2005 bis 2008 NPD-Landesvorsitzender in Berlin gewesen und Fritz Liebenow ist ein freiberuflicher Köpenicker Stadtführer, der aus seiner Sehnsucht nach der Monarchie keinen Hehl macht. Sein „Gott schütze unser deutsches Vaterland“ am Ende einer Rede gehört noch zu den eher drolligen Einlassungen der NPD.

Zu den Sitzungen der BVV erscheinen die NPD-Vertreter stets pünktlich. Udo Voigt scheint es zu schätzen, seinem sonst eher biederem Auftritt dadurch einen martialischen Anstrich zu geben, dass er gelegentlich in Begleitung von Personenschützern erscheint. Außerdem ist die NPD bemüht, in den BVV-Sitzungen einige, schon äußerlich erkennbare Unterstützer in den Zuschauerreihen zu platzieren. Diese neigen dann auch dazu, Wortbeiträge ihrer Parteivertreter durch johlenden Beifall vermeintlich aufzuwerten.

Dies ist nach § 63 Absatz 2 der geltenden Geschäftsordnung⁵ zwar untersagt. Trotzdem tut sich der Vorsteher der BVV naturgemäß schwer damit, dieses zu unterbinden. Die Verhaltensnormen für Zuschauer dürften in allen Kommunalparlamenten unterschiedlich geregelt sein. Wie Beifall und Missfallen von Zuschauern unterbunden werden kann, sollte also im Vorfeld vom Vorsteher für das jeweilige Kommunalparlament geklärt werden (vgl. weiter unten unter Punkt 3.3).

2.1 Konstituierende Sitzung

„Trotz des Strategiewandels der extremen Rechten und der veränderten Selbstinszenierung erweisen sich viele ihrer Fraktionen nach wie vor als faul, inkompetent und zerstritten“; sie schweigen, zeigen sich überfordert, sind nicht anwesend und verbinden ihre Tätigkeit häufig mit einem unverföhrenen Ausnutzen der materiellen Möglichkeiten ihres Mandats“ (Hafenecker/Schönfelder 2007: 13)

Zur konstituierenden Sitzung der BVV am 26. Oktober 2006 im Rathaus Treptow hatten sich zahlreiche Bürgerinnen und Bürger versammelt und verliehen ihrem Protest gegen Rechtsextremisten in Berliner Parlamenten deutlich vernehmbar Ausdruck. Um eine Konfrontation zu verhindern, musste die Berliner Polizei mit einem größeren Aufgebot Präsenz zeigen. Das war für alle Mandatsträger eine durchaus ungewöhnliche Situation: erstmals in die BVV gewählt, mussten sie sich den Weg in das Rathaus durch mehrere hundert lärm-

4 Ein Kurzporträt von Udo Voigt findet sich bei Staud (2006:19-28).

5 <http://www.berlin.de/ba-treptow-koepenick/bvv/geschaeftsordnung.html>, zuletzt eingesehen am 21.06.2008

de Demonstranten und zahlreiche Polizisten bahnen. Aber auch die lokalen Medien zeigten ein ausgeprägtes Interesse an der neu gewählten BVV. Dieses Interesse galt natürlich primär den drei „prominenten“ NPD-Abgeordneten. Bei den Berliner Wahlen hatten die Rechten ebenso den Einzug in vier andere Bezirksverordnetenversammlungen geschafft. Dort hielt sich das Medieninteresse in Grenzen. Die Rolle der Medien wird unter Punkt 3.5 in besonderer Form zu würdigen sein.

Gegenüber dem RBB erklärte Udo Voigt: „Wir vertreten in einem Kommunalparlament die Interessen der Bürger vor Ort. Wir leben hier, wir wohnen hier, wir arbeiten hier.“⁶ Bereits hier lässt sich dokumentieren, dass bei der kommunalpolitischen Arbeit der NPD Schein und Sein auseinanderklaffen: Udo Voigt hatte der NPD eine Spende über 10.250 Euro zukommen lassen. Diese wurde am 03.05.2007 vom Präsidenten des Deutschen Bundestages unter der Bundestags-Drucksache 16/5230 mit der bayerischen Wohnadresse des Spenders veröffentlicht. Udo Voigt wohnt oder wohnte in 85368 Moosburg. Dass die NPD-Vertreter „hier arbeiten möchten“ soll an dieser Stelle nicht in Abrede gestellt werden. Um die angekündigte Interessenvertretung besser beurteilen zu können, lohnt sich ein Blick in die Anwesenheitslisten der Ausschüsse. Es gibt Ausschüsse, in denen fehlte Eckhard Bräuniger im ersten Jahr bei mehr als der Hälfte der Sitzungen. Eine Tatsache, die den Wahrheitsgehalt der zitierten Absichtsbekundung zumindest in Frage stellt.

Im Sinne dieser Argumentation zahlt es sich aus, die Ausschussanwesenheit der rechten Volksvertreter statistisch zu erfassen. Bei geeigneten Debatten ist es so möglich, die Rechtsextremisten dann hart, aber gerecht zu attackieren. Keinesfalls sollte der Unmut über das Fehlen der Rechten bereits im Ausschuss zu Protokoll gegeben werden. Es gibt regelmäßig Plenardebatten, in denen die NPD – konfrontiert mit mangelnder Mitarbeit in Ausschüssen – sehr in Erklärungsnot kommt. Das Plenum erscheint als die geeignete Stelle, um die entsprechende Kritik zu artikulieren.

2.2 Redebeiträge der Rechten

„Die Fraktionen der extremen Rechten nutzen die Parlamente als Bühnen und Foren für ihre klassischen Themenbereiche und den damit verbundenen, immer wiederkehrenden Metaphern.“(Hafenecker/Schönfelder 1997: 11)

Die Redebeiträge der NPD-Vertreter in der BVV von Treptow-Köpenick sind stets schriftlich ausgearbeitet und werden gewöhnlich abgelesen. Hierbei tragen Voigt und Bräuniger teilweise in aggressivem Tonfall rechte Propaganda vor, die aber augenscheinlich vorher juristisch auf strafrechtsrelevante Inhalte geprüft wurde. Innerhalb der vom Strafrecht abgesteckten Grenzen nutzt die NPD auch im kommunalen Umfeld die „Provokation als Prinzip ihrer Selbstdarstellung“ (vgl. Brodkorb 2008).

Exemplarisch hierfür ist die Reaktion des Bezirksverordneten Bräuniger auf den Antrag der Linken (Drucksache VI/0700) „Mahnung an Bücherverbrennung“⁷ am 29. Mai 2008. Die Fraktion der Linken hatte beantragt, dass in den Bibliotheken des Bezirks die Bücher der Autoren, die von Nationalsozialisten vor 65 Jahren verbrannt wurden, durch

6 RBB-Abendschau am 10.09.2007

7 sämtliche im Folgenden zitierten Anträge können unter <http://www.berlin.de/ba-treptow-koepenick/bvv-online/vo040.asp>, zuletzt abgerufen am 21.06.2008, eingesehen werden

einen Stempel gekennzeichnet werden sollten. Bräuniger antwortete hierauf, in dem er zunächst an diejenigen Bücher erinnerte, die „im Dritten Reich millionenfach gelesen wurden und die heute verboten sind“⁸. Weiterhin gäbe es heute „ungezählte politische Bücher“, die indiziert seien. Daraus schloss er, dass „in diesem freiheitlichsten Staat ja anscheinend somit eine politische Zensur stattfindet, die es ja nach dem Grundgesetz so in dieser Form zunächst gar nicht geben dürfte“.

Trotzdem sei auch die NPD für eine Kennzeichnung dieser Bücher, Bräuniger schlug zugleich folgendes vor: „Wäre es denn nicht besser, diese Bücher gleich vorab nach außen hin sichtlich im Regal zu kennzeichnen.“ Den Höhepunkt erreichte seine Rede mit der unmissverständlichen Andeutung „Man weiß ja nie, wie sich alles entwickelt.“ Darum stimmte die NPD unter Tumulten im BVV-Saal dem Antrag der Linken zu.

An diesem Beispiel wird sehr gut sichtbar, dass demokratische Fraktionen und Gruppen jeden eigenen Antrag gut durchdenken müssen und auch ungewöhnliche Reaktionen der Verfassungsgegner bedenken sollten. Es zeigt ebenso, zu welcher Leidensfähigkeit der Wähler die Vertreter der demokratischen Parteien verdammt hat, wenn sie sich solche Wortbeiträge anhören müssen. Wichtig ist, dass diese Art von Beiträgen nicht unkommentiert bleibt. Im Beispiel des Antrages „Mahnung an Bücherverbrennungen“ hat der für Bibliotheken zuständige CDU-Stadtrat angemessen reagiert, in dem er den Redebeitrag Bräunigers auf das Schärfste verurteilte und darauf hinwies, welche Art von Literatur von den Nationalsozialisten verbrannt wurde. So gelang es, die Unvergleichbarkeit zwischen damals verbrannten und heute indizierten Büchern herauszustellen. Wenn ein Vertreter der Demokraten eine angemessene Antwort gefunden und vorgetragen hat, erübrigen sich weitere Wortmeldungen der Demokraten. Schließlich sollte den rechtsextremen Argumentationsmustern kein unnötiger Raum geboten werden.

Der Wortbeitrag Bräunigers macht überdies deutlich, wie sehr die Rechten versuchen müssen, ihre Klientel zu bedienen. Selbstverständlich erhält Bräuniger, der auch um seine Position innerhalb der Berliner NPD kämpfen muss, hierfür von seinen Anhängern regen Zuspruch. Schließlich sind seine Andeutungen nur schwerlich falsch zu interpretieren. Gleichwohl hat er das Entscheidende nur „zwischen den Zeilen“ gesagt und ist strafrechtlich wegen solcher Art Reden wohl – man mag das bedauern – nicht zu belangen. In diesem Zusammenhang spricht die Fachwissenschaft von der Methode der „Insinuation“. Dabei handelt es sich um Anspielungen, die so verschlüsselt sind, dass ihre Bedeutung dem voreingenommenen Interpreten in der Sache klar ist, ohne dass die entsprechenden Aussagen noch explizit getroffen werden müssten (vgl. Pfahl-Traughber 2004: 92).

Hierbei gilt es zu bedenken, dass den Rechten diese verbalen Gratwanderungen zu meist nur solange gelingen, wie sie schriftlich ausgefertigt sind und dementsprechend abgelesen werden können. Lassen die Demokraten sich auf eine längere Diskussion dieser Themen ein, können sie mit weiteren Wortbeiträgen der NPD-Vertreter rechnen, die dann naturgemäß nur begrenzt vorbereitet sind. Hieraus ergibt sich einerseits die Chance, dass sich die Rechten weiter demaskieren. Das ist zwar gut für eine öffentliche Auseinandersetzung; andererseits vergrößert es natürlich auch die Bühne für deren Propaganda.

Aus dieser Zwickmühle gibt es keinen allgemeinverbindlichen Ausweg. Jeder Parlamentarier muss hier seine eigenen Erfahrungen sammeln. Dadurch, dass die Demokraten unterschiedliche Wege ausprobieren, bleiben auch sie für die Rechtsextremisten unberechenbar. Dies ist der positive Aspekt an dem Dilemma.

8 Die Zitate stammen aus dem Wortprotokoll der Sitzung, das dem Verfasser vorliegt.

2.3 Anträge und Anfragen der NPD

„Sowohl bei den „Republikanern“ als auch bei DVU und NPD sind Versuche zu erkennen, das Etikett einer ‚Ein/Zwei-Themenpartei‘ abzustreifen und sich mit Anträgen, Anfragen und Öffentlichkeitsarbeit zu anderen Politikbereichen und einem breiteren kommunalen Themenspektrum (Verkehr, Kommunalverwaltung, Finanzen, Arbeit, Umwelt, Wohnungspolitik, soziale Infrastruktur etc.) zu äußern.“ (Hafenecker/Schönfelder 2007: 12)

Betrachtet man zunächst die Quantität der Anträge und großen Anfragen der Fraktion der NPD in der BVV von Treptow-Köpenick, so mag auf den ersten Blick die geringe Anzahl erstaunen. In den ersten 19 Sitzungen der monatlich stattfindenden BVV brachte es die NPD gerade mal auf 14 Anträge und vier große Anfragen. Im gleichen Zeitraum stellte die aus zwei Mitgliedern bestehende Gruppe der FDP gut 130 Anträge und große Anfragen, die vierköpfige Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen produzierte 170 derartige Drucksachen. Die SPD als größte Fraktion findet sich in den Veröffentlichungen des Vorstehers mit 440 Anträgen und großen Anfragen. Insgesamt wurden in diesem Zeitraum 2.880 Drucksachen produziert, was bei 55 Mitgliedern der BVV auf einen Durchschnitt von gut 50 Drucksachen schließen lässt. Dass der Anteil der NPD hieran deutlich unterrepräsentiert ist, darf als Zeichen eingeschränkten Engagements in der Sache gesehen werden, wobei selbstverständlich Quantität und Qualität nicht zwingend sich proportional entwickelnde Größen darstellen müssen.

Kleine Anfragen haben die drei NPD-Vertreter in ähnlich bescheidenem Maß an das Bezirksamt gerichtet. Der Fraktionsvorsitzende Udo Voigt kommt im oben abgebildeten Zeitraum auf zehn Kleine Anfragen, der damalige NPD-Landesvorsitzende hat seine acht Kleinen Anfragen alle an einem Tag (31. Juli 2007) gestellt. Sie alle waren thematisch verwandt. Dadurch, dass Eckart Bräuniger auch in zahlreichen Ausschusssitzungen abwesend war, verstärkt sich der Eindruck, dass die reklamierte kommunalpolitische Kompetenz nur ein Deckmäntelchen sein soll, mit dem die NPD-Vertreter von ihrem geringen kommunalpolitischen Interesse ablenken wollen. Fritz Liebenow, der selbstständige Stadtführer, kommt auf elf Anfragen und übertrifft damit seine beiden Kollegen leicht.

Anträge und Kleine Anfragen können auf der einschlägigen Homepage des Bezirksamtes Treptow-Köpenick⁹ leicht eingesehen werden. Es erscheint nicht notwendig, im Rahmen dieses Beitrags auf den Inhalt der Anfragen näher einzugehen.

Für betroffene Abgeordnete aus anderen Kommunalvertretungen oder Landesparlamenten sind die Anträge der NPD aufschlussreicher. Bereits aus der bloßen Anzahl lässt sich erkennen, dass kein demokratischer Politiker Angst haben muss, durch NPD-Anträge mit intensiver Arbeit belastet zu werden. Im Gegenteil: weniger als ein eigener Antrag pro BVV-Sitzung ist überschaubar und für die anderen Parteien zu bewältigen. Trotzdem empfiehlt es sich, innerhalb jeder demokratischen Fraktion quasi eine Expertin oder einen Experten im Kampf gegen Rechtsextremismus zu benennen und gegebenenfalls fortzubilden.

Grob gesagt lassen sich die NPD-Anträge in zwei Kategorien unterteilen. Einerseits gibt es Anträge, die nach dem Wortlaut primär kommunalpolitischen Bezug aufweisen. Gleichfalls gibt es aber auch Anträge, die ihren offenkundig rechtsextremen Inhalt nicht verbergen können und wohl auch nicht verbergen sollen. Manche Anträge weisen beide Komponenten auf und lassen sich somit nicht exakt zuordnen. Im hier geschilderten Fall

⁹ <http://www.berlin.de/ba-treptow-koepenick/bvv-online/ka040.asp> zuletzt abgerufen am 21.06.2008

gab es in den ersten 19 Sitzungen der BVV sieben Anträge mit primär kommunalpolitischem Bezug, fünf offenkundig rechtsextreme Klientelanträge und zwei, die beide Komponenten beinhalten. Primär kommunalpolitische Anträge waren u. a.:

- Aufstellung öffentlicher Toiletten (Drucksache VI/0490),
- Förderung der Hauptmanngarde (Drucksache VI/0497),
- Sichere Überquerung der Bahnhofstraße (Drucksache VI/0145) und
- Direkte Busverbindung von Müggelheim in die Altstadt (Drucksache VI/0703)

Allen diesen Anträgen ist gemeinsam, dass die NPD vorgibt, sich für die Interessen des „kleinen Mannes“ einzusetzen. Nicht zu übersehen ist das Ziel der NPD-Vertreter, sich mit diesen Anträgen als Sachwalter der Interessen der normalen Bürger zu präsentieren und sich als „normale Partei“ darzustellen. Diesem zentralen Ziel der NPD müssen die demokratischen Parteien entgegenarbeiten. Es gilt immer wieder, sich inhaltlich dieser Art von Anträgen zu stellen, aber zugleich deutlich zu machen, welche Ideologie sich hinter dieser Maske der vermeintlichen „Bürgerpartei“ versteckt (vgl. Staud 2005; vgl. Schlotmann 2008).

Insofern darf die inhaltliche Auseinandersetzung mit diesen Anträgen keinesfalls unterschätzt werden. Probates Mittel ist hier, wie im Übrigen bei den allermeisten demokratischen Anträgen auch, diese in die zuständigen Ausschüsse zu überweisen. Erfahrung des Autors ist, dass die NPD bei ihren Auftritten in der öffentlichen BVV alle populistischen Mittel ausschöpft, um sich im guten Licht erscheinen zu lassen. Die Arbeit in den Ausschüssen erscheint ihren Vertretern oft zu mühsam.

Wie bereits angeklungen, finden sich die NPD-Abgeordneten häufig nachweislich nicht im Ausschuss ein. Sofern sie anwesend sind, wirken sie oft gänzlich unvorbereitet und stimmen sogar gelegentlich – aus reinem Ungeschick – gegen die eigenen Anträge. Jedenfalls lässt sich aus der Ausschussarbeit oftmals gut begründen, warum die NPD-Anträge gewöhnlich als reine „Schaufensteranträge“ konzipiert wurden. Die Art und Weise der Ausschussarbeit lässt sich in der öffentlichen BVV gut dokumentieren. Deshalb ist gerade die intensive Diskussion kommunalpolitisch motivierter NPD-Anträge eine wichtige Aufgabe für alle demokratischen Parteien. Es ist schlechterdings unmöglich, alle Busverbindungen, Fußgängerüberwege und ähnliches im eigenen Bezirk so gut im Blick zu haben, dass nicht auch den Rechtsextremen gelegentlich einen Treffer landen können.

Gleichwohl finden sich in der Ausschussarbeit meist bessere Alternativen, die dann in Form eines eigenen Antrages bzw. eines Ausschussantrages eingebracht werden können. Die Erfahrung zeigt, dass die NPD-Anträge selten bis zu Ende gedacht wurden. Auch wenn es einen „guten Vorschlag“ geben sollte, lässt sich immer noch ein besserer Antrag zur gleichen Thematik erarbeiten. In der öffentlichen Sitzung sollte dann klar herausgearbeitet werden, dass man sich inhaltlich mit dem Anliegen der NPD auseinandergesetzt hat. Auch sollte häufig zu beobachtendes Desinteresse des NPD-Vertreterers in den Ausschüssen klar benannt werden. Das gefällt zwar den NPD-Vertretern überhaupt nicht; der Autor hat es trotzdem noch nie erlebt, dass die Rechten dies in Redebeiträgen dann bestritten hätte. Sie schweigen zu Kritik dieser Art.

Weiterhin ist es wichtig, den Bürgern zu signalisieren, dass die inhaltliche Auseinandersetzung zu einem verbesserten Antrag der demokratischen Parteien geführt hat. Sollte

ein Antrag der Rechten nur abgelehnt werden können – was auch vorkommt – so erscheint es ratsam, dies ausführlich und schlüssig zu begründen.

Völlig anders ist die Herangehensweise bei den offenkundig rechtsextrem motivierten Anträgen. Hierzu sind zu zählen:

- Umbenennung der Stelle der „Ausländerbeauftragten“ in „Beauftragte für Ausländer-rückführung“ (Drucksache VI/0237),
- Rote Stolpersteine gegen das Vergessen (Drucksache VI/0664),
- Errichtung eines Denkmals zur Deutschen Einheit (Drucksache VI/506) und
- Keine Verwendung von Anglizismen in der BVV (Drucksache VI/0179).

Bei dieser Art von Anträgen sollten die demokratischen Parteien nicht schablonenhaft reagieren. Auch die NPD ist lernfähig und ihr sollte nicht die Gewissheit gegeben werden, dass auf alle Anträge in der gleichen Form reagiert wird. Die Einbringung und Begründung des Antrages durch die antragstellende Fraktion ist ohnehin nicht zu verhindern. Die Einbringungsreden der NPD-Vertreter werden auf deren Klientel zugeschnitten und sind aus demokratischer Sicht zumeist nur schwer erträglich.

Parlamentarisch übliche Zwischenrufe sind selbstverständlich auch hier erlaubt und ausdrücklich geboten! Gleichwohl erfordert es von den zuhörenden Demokraten eine gehörige Portion Selbstdisziplin, nicht über das Ziel hinauszuschießen. Auch wenn es noch so sehr reizt, sollten Demokraten Vorbilder sein und keine beleidigenden Äußerungen gegen die NPD-Vertreter loslassen. In der BVV Treptow-Köpenick kam es seitens eines NPD-Vertreters wegen eines Zwischenrufs bereits zur Androhung einer Anzeige gegen einen Demokraten.

Beleidigende Äußerungen und Missachtungen der Menschenwürde sagen auf jeden Fall mehr über denjenigen aus, der sie äußert als über denjenigen, an den sie eigentlich gerichtet waren. Unterstellt man den in der BVV vertretenen demokratischen Kräften das gemeinsame Ziel, die Wähler der NPD zurück zu gewinnen und diese von den Vorzügen der Demokratie zu überzeugen, ist jeder Parlamentarier gut beraten, sich im Zaum zu halten. Eine plumpe Beleidigung der NPD-Vertreter beleidigt implizit auch immer deren Wählerinnen und Wähler.

Letztendlich – so die feste Überzeugung des Autors – sind die gewählten Vertreter der demokratischen Parteien dazu verdammt, sich die unerträgliche Propaganda der Rechtsextremisten anzuhören, ihren eigenen Ekel zu überwinden und angemessen zu reagieren. Dies sagt sich sehr leicht, in der Umsetzung erfordert es eine intensive Vorbereitung aller Demokraten auf die entsprechenden Themen.

In der BVV Treptow-Köpenick wurde die Übereinkunft getroffen, dass auf NPD-Anträge jeweils nur ein Vertreter der demokratischen Parteien antwortet (vgl. unten unter Punkt 3.2).

Es gibt neben der Gegenrede auch andere Möglichkeiten auf NPD-Anträge zu reagieren. Hier ist die Phantasie aller Demokraten gefordert. In einem Fall vereinbarten alle demokratischen Parteien, auf ihren Tischen Plakate der Größe DIN A 1 zu platzieren, die ein No-Nazi-Symbol zierten. Nach Ende der Debatte erhoben sich alle Demokraten und hielten dieses Plakat den in der letzten Reihe sitzenden NPD-Vertretern entgegen. In einem anderen Fall verließen zur Einbringungsrede alle Demokraten den Raum; lediglich die Fraktionsvorsitzenden verblieben im Saal. Zur Gegenrede des Demokraten, der auf ein sehr per-

sönliches Verfolgungsschicksal in seiner Familie mit seiner Rede hinwies, kehrten alle Parlamentarier wieder auf ihre Plätze zurück. Die sehr persönliche Gegenrede war ein beeindruckendes Beispiel, wie man auf ideologisch geprägte Anträge angemessen reagieren kann. Durch den lang andauernden Beifall der sich von den Plätzen erhebenden Demokraten konnte der angestrebte Eindruck der geschlossenen Ablehnung rechtsextremistischen Gedankenguts noch verstärkt werden.

Unmittelbar hiernach wurde „Übergang zur Tagesordnung“ beantragt. Dieses Mittel, genauso wie der „Schluss der Rednerliste“, muss in einigen Fällen eingesetzt werden. Dieses wird in den späteren Debatten von der NPD zwar weidlich ausgenutzt und als angeblich undemokratisches Verhalten gebrandmarkt. Wird diese Karte aber nicht gezogen, so wird auf jeden Demokraten wiederum ein weiterer NPD-Vertreter reagieren und erneut die Argumentationsmuster der Einbringungsrede vortragen. Dieser Eindruck einer lang andauernden Debatte um braunes Gedankengut ist nach Einschätzung des Autors verheerender als der so genannte „Übergang zur Tagesordnung“. Dies ist schließlich ein rein demokratisches Instrument, um die Arbeitsfähigkeit eines jeden Parlaments zu gewährleisten. Es ist in jedem Fall ein Mittel, das in unserer Geschäftsordnung in § 34 Absatz 6 normiert ist. Darauf, dass dieses Mittel demokratisch legitimiert ist und letztendlich der Funktionsfähigkeit der Demokratie dient, sollte gegebenenfalls hingewiesen werden.

3 Verhalten der Demokraten

Im Umgang mit Rechtsextremen besteht zunächst eine gewisse Scheu; diese ist nach Ansicht des Autors zwar menschlich, aber gänzlich unbegründet. Er empfiehlt, sich auf die Begegnung und den Umgang mit den Vertretern der NPD gedanklich und inhaltlich vorzubereiten. Besonders hilfreich waren für den Autor Gespräche und Diskussionen zu diesem Thema mit anderen Demokraten.

3.1 Umgang mit NPD-Abgeordneten

Im Ergebnis eines längeren Diskussionsprozesses kamen die Vertreter der demokratischen Parteien – noch vor dem ersten „Echtkontakt“ mit NPD-Abgeordneten – zu folgenden Erkenntnissen:

NPDler sind keine Kollegen; sie werden auch in Debatten nicht als solche angesprochen. Kollegen können in einem demokratischen Forum nur Demokraten sein. Allein die Tatsache, dass sie (leider) gewählt wurden, begründet keinen kollegialen Umgang. Der Wähler hat die Vertreter demokratischer Parteien zur Auseinandersetzung mit rechtsextremen Themen in allen Gremien angehalten und dieser Aufgabe stellen sie sich. Diese in der Sache harte Auseinandersetzung, die nicht gerade angenehm ist, wird stets geführt, ohne eine persönliche Bindung oder gar Nähe zu den Rechtsextremen aufkommen zu lassen.

Dies soll – dieser persönliche Exkurs sei an dieser Stelle gestattet – andererseits auch nicht bedeuten, dass man NPDler zu „Unmenschen“ erklärt. Ich versuche, in Ausschuss und Plenum die persönliche Begrüßung, besonders den Handschlag, zu umgehen. Dies gelingt relativ einfach, da die Rechtsextremen eine gewisse Unsicherheit im Umgang mit den Demokraten an den Tag legen und die Begrüßung ebenso umgehen. Eine ausgestreckte

Hand zum „Guten Tag“ würde ich aber keinem Menschen verwehren, also auch keinem „Nazi“. Dies ist meine persönliche Auffassung über die wir unter Demokraten lange diskutieren könnten. Eine Mehrheit für meine Sicht der Dinge wäre keinesfalls gewiss. Zwar mag es eine absonderliche Vorstellung sein, einem Rechtsextremisten die Hand zu geben. Man sollte aber berücksichtigen, dass in unserem Fall die drei NPD-Abgeordneten für knapp 6.000 Wähler stehen. Ein verweigerter Handschlag gegenüber einem gewählten Nazi bedeutet auch einen verweigerten Handschlag gegenüber 6.000 erwachsenen Menschen, die wir ja gerne zurückgewinnen wollen. Dies ist auch der Grund, weswegen ich die Nazis in Plenardebatten nicht als „Rattenfänger“ bezeichne, weil ich deren Wähler damit zu „Ratten“ machen würde. Das kann niemand wollen.

Im Ausschuss ist die Sachlage ähnlich wie bei Plenardebatten. Bei den wenigen NPD-Anträgen bekommen die Rechtsextremisten eine klare Absage. Eine freundliche Diskussion findet nicht statt, ihren klar ideologisch motivierten Anträgen werden nüchterne Argumente entgegengesetzt. Bei vermeintlich nicht rechtsextrem motivierten Anträgen (z.B. Zebrastrreifen vor Altenheim) erklären Demokraten, warum es sich auch hier um tiefer liegende rechtsextreme Gedanken und Strategien handelt. Diese genügen dann als Begründung für die demokratische Ablehnung.

Sollte tatsächlich, um bei dem Beispiel zu bleiben, ein Zebrastrreifen in der Nähe des Altenheims sinnvoll sein, dann ist es aus demokratischer Sicht sicherlich ärgerlich, dass dies vorher niemandem aus den eigenen Reihen aufgefallen ist. Bei Licht besehen wird man aber Lücken dieser Art niemals völlig ausschließen können. Daher ist es sinnvoll, auch für diese Art von Anträgen eine Strategie zu haben. Im Plenum wird, wie bei allen anderen Anträgen auch, die Überweisung in den Ausschuss beschlossen. Dort wird dann die Sacharbeit gemacht. Im Zweifel muss ein etwas besserer Antrag ausgearbeitet werden. Hier gilt es im Einzelfall zu begründen, warum beispielsweise eine Ampelanlage sinnvoller (und notwendig) ist oder die Lage des vorgeschlagenen Fußgängerüberwegs noch optimiert werden kann. Mit einem Augenzwinkern sei angemerkt: In der Regel lässt sich links von einem „NPD-Zebrastrreifen“ immer ein besserer Ort finden...

Noch eine eiserne und unumstößliche Regel: Es gibt keine Pausen- oder Flurgespräche mit Rechtsextremisten! Das, was auf kommunaler Ebene mit den demokratischen Parteien Brauch ist, darf mit den extremen Rechten nicht begonnen werden. Dieser Grundsatz muss über die gesamte Legislaturperiode immer wieder neu ins Gedächtnis gerufen werden. Besonders nach den Anfangsmonaten droht sich auch in Bezug auf die NPD eine gewisse Normalität einzustellen. Wie Hafenecker und Schönfelder betonen, wird dies von Seiten der Rechtsextremisten durchaus einkalkuliert:

„Die Kommunikation in der parlamentarischen Alltagsarbeit ist durch eine anbietende ‚Selbst-Normalisierungsstrategie‘ gekennzeichnet; das Ziel lautet: Anerkennung und Zugehörigkeit“ (2007:13).

Hier müssen alle Demokraten wachsam gegen sich selbst sein. Die vorgeschriebene parlamentarische Zusammenarbeit darf mit Rechtsextremen niemals alltäglich werden. Immer wieder gilt es, sich scharf abzugrenzen und hier klar zu machen, dass die NPD unsere parlamentarische Demokratie abschaffen will. Folglich kann es keine Kollegialität geben.

3.2 *Gegenreden*

In einer Kommunalvertretung ist es durchaus üblich, dass viele Parteien Einzug haben finden können. Darum ist es auch ganz normal, dass zu ausgewählten, meist strittigen Debatten ein demokratischer Schlagabtausch geführt wird. Auf den Antrag einer Partei geben einige der anderen Parteien – in einigen Fällen sogar alle – ihre Sicht der Dinge zu Protokoll. Das ist ein in allen Vertretungen der Gebietskörperschaften eingespieltes, gutes Verfahren.

Der Antrag einer nicht demokratischen Partei ist in diesem Gefüge allerdings etwas Besonderes. In der BVV Treptow-Köpenick wurde unter den demokratischen Parteien vereinbart, dass auf NPD-Anträge jeweils nur ein demokratischer Vertreter antwortet. Dies demonstriert zunächst die Einigkeit der Demokraten gegen die NPD; weiterhin wird dadurch schon rein zeitlich die populistisch motivierte Ausrichtung der NPD-Anträge im Rahmen gehalten. Außerdem steht zu befürchten, dass die Antwort mehrerer demokratischer Parteien den Eindruck hinterlässt, diese stünden nicht geschlossen hinter der Bekämpfung der Antidemokraten. Unvermeidlich wären bei mehreren demokratischen Rednern unterschiedliche Argumente bzw. Schwerpunkte. Genau diese könnten von den Nazis herausgearbeitet und gegen die Demokraten verwandt werden. Da alle demokratischen Fraktionen sich in der Ablehnung der Feinde der Demokratie einig sind, sollte wirklich jeweils nur eine Gegenrede erfolgen.

Diese Entscheidung erscheint aus Sicht des Autors gut und richtig. Schließlich wird so dokumentiert, dass sich – obwohl es das im demokratischen Wettstreit nur sehr selten gibt – in der Ablehnung von rechtsextremem Gedankengut alle Parteien einig sind. Die Einigung auf den einen Redner ist nicht immer einfach, sie hat aber im Interesse der gemeinsamen Sache in der BVV Treptow-Köpenick funktioniert. Meist gibt es besondere Gründe, warum der Redner einer demokratischen Fraktion – beispielsweise aufgrund seiner persönlichen Biografie – ein besonders geeigneter Gegenredner ist.

Da in eine Kommunalvertretung gewöhnlich Menschen gewählt werden, die gerne ihre Argumente verbal austauschen, erfordert diese Strategie ein erhebliches Maß an Selbstdisziplin und eine gute Absprache unter den demokratischen Fraktionsvorsitzenden.

3.3 *Die Vorsteherin, der Vorsteher*

In den Berliner Bezirksverordnetenversammlungen heißt der „Parlamentspräsident“ Vorsteher. Die Bezeichnung weicht sicherlich in anderen Kommunalparlamenten ab. Jede Vorsteherin und jeder Vorsteher kennt selbstverständlich die Geschäftsordnung des eigenen Gremiums in- und auswendig. Rechtsextreme in der Volksvertretung stellen aber eine besondere Herausforderung dar. Lange vor der konstituierenden Sitzung muss sich jede Vorsteherin und jeder Vorsteher mit extremen Situationen gedanklich auseinandersetzen. Was ist Volksverhetzung? Welche Grenzen kennt demokratisches Rederecht? Welche Ordnungsmittel hat das Sitzungspräsidium? Ist es sinnvoll, Sitzungen von der Polizei schützen zu lassen? Welchen Kontakt mit der Polizei sucht man? Wie viel Polizeischutz darf sein? Wird durch zuviel Polizei der Plenarbetrieb gestört oder gar beeinträchtigt? Welche Rechte haben die Zuschauer? Dürfen sie Beifall und Missfallen frei kundtun?

Als erstes muss jedoch eine zentrale Frage beantwortet werden: Ist die bisherige Geschäftsordnung geeignet, auch den Herausforderungen der neuen Situation stand zu halten? Diese Frage richtet sich zuvorderst an die demokratischen Parteien. Der Vorsteherin bzw. dem Vorsteher kommt natürlich auch bei der Überarbeitung der Geschäftsordnung eine besondere Rolle zu. Nur zu verständlich ist der Wunsch, den Rechtsextremen durch eine gut durchdachte Geschäftsordnung möglichst wenige Möglichkeiten einzuräumen, im Schutz des Abgeordnetenmandats ihre Ideologie auszubreiten. Grundsätzliche Redezeitbegrenzung oder das Recht, Anträge vor dem Einreichen im Ältestenrat prüfen zu lassen, wären hierfür denkbare Mittel. Aber Vorsicht: Die demokratischen Parteien sollten auf gar keinen Fall über das Ziel hinausschießen. Nach meiner sicheren Überzeugung sollten sich Kommunalparlamente keinesfalls Regeln in die Geschäftsordnungen schreiben, die ihre bisherige, demokratische Arbeit verändern würde.

Zurück zur Geschäftsordnung: Mein Rat ist es, keine „Lex NPD“ oder ähnliches zu schaffen. Ziel muss sein – wengleich dies sehr hart ist –, dass auch die Rechtsextremisten volle parlamentarische Rechte haben. Öffentlich kommt ein augenscheinliches „prozedurales Austricksen“ der entsprechenden Fraktionen ohnehin nicht gut an. Innerhalb ihrer braunen Klientel und leider auch in der Grauzone um sie herum würden die NPD-Vertreter in eine Märtyrerrolle gedrängt, die sie gewöhnlich auszuschlachten verstehen und in der sie sich gut gefallen.

Die BVV Treptow-Köpenick hat ihre Geschäftsordnung lediglich dahingehend geändert, dass bei Beitritten (zu Anträgen) die antragstellende Fraktion ihre Zustimmung erteilen muss. Es galt zu verhindern, dass die NPD mit auf einen Zug aufspringen kann, ohne dass die Antragstellerin dies verhindern könnte. Es würde die demokratischen Parteien in ein Dilemma stürzen; einerseits sind sie ja vom Guten im eigenen Antrag überzeugt, andererseits wollen sie auf keinen Fall verdächtig sein, mit Feinden der Demokratie gemeinsame Sache zu machen. Weil es diese Klausel in dieser Geschäftsordnung gibt, hat die NPD noch nicht einmal einen Beitritt beantragt.

Der Vorsteher der BVV hat es sich zur Angewohnheit gemacht, vor jeder Sitzung noch mal in Ruhe einen Blick in die Geschäftsordnung zu werfen. Besonders den Katalog möglicher Ordnungsmaßnahmen studiert er genau. Wenn nämlich am Rednerpult ein Rechtsextremer laut wird und seine Äußerungen drohen, volksverhetzenden Charakter zu bekommen, was nach § 130 StGB strafbar wäre, dann muss die Vorsteherin bzw. der Vorsteher unverzüglich reagieren. Sie bzw. er muss sofort – fast instinktiv – wissen, wann die Grenze zur Volksverhetzung überschritten ist und muss eingreifen, bevor es zu spät ist. Zu diesem Zeitpunkt besteht kaum noch die Möglichkeit, in der Geschäftsordnung nachzulesen.

Bedacht werden sollte ebenso, dass im Kommunalparlament zu diesem Zeitpunkt auch eine Art Ausnahmezustand herrschen wird. Wenn Vertreter der NPD am Rednerpult volksverhetzende Aussagen verbreiten, dann kann man von keinem demokratischen Parlament dieser Erde erwarten, ruhig und sachlich zu bleiben. Logischerweise schallen dem rechtsextremen Redner zahlreiche, nicht immer zimperliche Zwischenrufe entgegen.

Die Vorsteherin bzw. der Vorsteher kann diese Situation nur meistern, wenn die Vorbereitung im Vorfeld der Sitzung entsprechend gut war. Einerseits muss man, wie oben geschildert, die Geschäftsordnung „aus dem Effeff“ kennen, andererseits ist ein Mindestmaß an juristischer Vorbildung notwendig. Um einen ersten Eindruck zu bekommen, was Volksverhetzung ist, ist das Internet eine erste Informationsquelle.¹⁰ Unbedingt sollte dann

10 Eine erste Übersicht bietet auch Stegbauer (2000).

aber ein vertiefendes Gespräch mit dem Rechtsamt im Rathaus folgen. Nur im intensiven persönlichen Gespräch mit einer rechtskundigen Person des Vertrauens, kann die Vorsteherin bzw. der Vorsteher den vollen Umfang dieser Rechtsvorschrift im Strafgesetzbuch ermessen.

In der BVV Treptow-Köpenick hat es fast zwei Jahre gedauert, bis die NPD einen Antrag gestellt hatte, der nach Auffassung des Vorstehers mit volksverhetzenden Argumenten begründet wurde. Der Vorsteher hatte bei diesem Antrag („Rote Stolpersteine“ Drucksache VI/0664) die Möglichkeit, sich im Vorfeld der Versammlung mit dem Rechtsamt zu beraten. Dies ist natürlich – wie oben geschildert – bei volksverhetzenden Aussagen am Rednerpult nicht möglich. Im Beispiel des obigen Antrages musste der Vorsteher erkennen, dass er kein materielles (also inhaltliches) Prüfungsrecht besitzt. Folglich musste er den Antrag als solchen zulassen; er weigerte sich jedoch, die Begründung mit abzudrucken. Da Begründungen grundsätzlich nicht mit beschlossen werden und somit nicht Bestandteil des Antragstextes sind, ist dies möglich. Hinzu kam, dass der Vorsteher das Nichtabdrucken der volksverhetzenden Begründung zu Beginn des Tagesordnungspunktes öffentlich darlegte. Ein wichtiger und richtiger Schritt der seine öffentliche Wirkung nicht verfehlte. Im nichtöffentlichen Ältestenrat wies der Vorsteher den NPD-Vertreter zusätzlich auf folgendes hin: sollte er versuchen, Bestandteile der beanstandeten Begründung in der Einbringungsrede vorzutragen, würde er ihm nach der BVV-Geschäftsordnung das Wort entziehen. An diese klare Ansage sah sich der NPD-Vertreter – es war in diesem Fall wie so oft Udo Voigt, der den Antrag begründen sollte – gebunden.

Dieses Beispiel macht Mut! Auch der Vorsteher der BVV Treptow-Köpenick tut sich jetzt – nachdem er eine volksverhetzende Begründung erfolgreich unterbunden hat – leichter damit, bei den Rechtsextremen steuernd einzugreifen. Aber Vorsicht: Die meisten Rechtsextremen haben im Hintergrund einen „juristischen Beistand“. Sollte dieser die Chance wittern, einem BVV-Vorsteher unlauteres und undemokratisches Verhalten nachzuweisen, so wird er dies mit großer Freude und noch größerem Getöse tun. Die umfassende und gute Vorbereitung des Vorstehers ist hier das A und O.

3.4 Polizeipräsenz

Leider ist es notwendig, über das Thema „Polizeipräsenz in der BVV“ einige Worte zu verlieren. Ohne Polizeischutz kommt ein Kommunalparlament, in dem Rechtsextreme mitwirken, wohl kaum aus. Besonders bei der konstituierenden Sitzung war es dringend geboten, diese mit einem massiven Polizeiaufgebot zu schützen. Dies lag im hier geschilderten Fall besonders an der vergleichsweise prominenten Besetzung der NPD-Plätze durch den Bundes- und Landesvorsitzenden dieser extremistischen und nach Auffassung des Autors zutiefst verfassungsfeindlichen Partei. In den folgenden Sitzungen gab es einen weiteren Zwischenfall einer massiven Störung von außen: Übermotivierte Jugendliche meinten den Verlauf der BVV durch laute Musik, Verstreuen von Konfetti und Zünden von Stinkbomben stören zu müssen. Die unangenehme Wirkung der Stinkbombe machte eine längere Sitzungsunterbrechung notwendig, ansonsten wirkte sich dieser Vorfall nicht auf die Arbeit der BVV aus. Er zeigt aber lebhaft, dass es angebracht erscheint, jede öffentliche Sitzung der BVV von mindestens einem uniformierten Polizisten begleiten zu lassen. Dieser sollte sich allerdings sehr dezent im Hintergrund aufhalten, was im Falle der BVV Trep-

tow-Köpenick auch in hervorragender Weise geschieht. Ein guter Kontakt der Vorsteherin bzw. des Vorstehers zum zuständigen Polizeiabschnitt sollte rechtzeitig gesucht werden, damit man gemeinsam die unbedingt erforderlichen Maßnahmen (und nicht mehr!) absprechen kann.

3.5 *Die Rolle der Medien*

Zweimal war das RBB-Fernsehen bislang in der BVV Treptow-Köpenick zu Gast. Einmal drehten die Vertreter des öffentlich-rechtlichen Rundfunks die konstituierende Sitzung. Beim zweiten Mal schnitten Sie die Debatte zum NPD-Antrag „Gedenken für die Opfer des Terroranschlags in Afghanistan“ (Drucksache VI/0290 mit Änderungsantrag) mit. Beide Berichte waren sicherlich der „hochrangigen“ Besetzung der drei NPD-Plätze geschuldet. In diesem Zusammenhang stellt es sich als Glücksfall dar, dass die NPD nicht in viele Parlamente Bundes- und Landesvorsitzende entsenden kann. Die Berichterstattung der Fernsightteams kann als hochprofessionell bezeichnet werden. Die kritische Einstellung zur NPD war der Situation angemessen.

In der Praxis der meisten Kommunalparlamente dürfte die Rolle der lokalen Medien erheblich wichtiger sein. Diesen Lokaljournalisten kommt im Fall der Beteiligung von Rechtsextremen in Kommunalparlamenten eine besondere Verantwortung zu. Demokraten – besonders die Fraktionsvorsitzenden sind hier gefragt – sollten offene Gespräche mit den Journalisten suchen. Da die allermeisten Journalisten sich zu Recht als wichtigen Teil der Demokratie begreifen, kann dieses Gespräch rechtzeitig angebahnt werden. Hierin sollte für Klarheit gesorgt werden, dass Meinungsvielfalt nur innerhalb des demokratischen Grundkonsenses möglich sein sollte. Den Feinden der Verfassung darf kein Raum gegeben werden. Journalistische Pflicht ist es, auch von beantragten oder drohenden Verstößen gegen unseren demokratischen Grundkonsens zu berichten.

Es bietet sich deshalb an, alle Journalisten im persönlichen Gespräch zu bitten, mit O-Tönen von und Interviews mit Rechtsextremen sehr behutsam umzugehen. Das soll nicht bezwecken, Rechtsextreme in der Berichterstattung auszublenden, schließlich müssen Rechtsextreme auch die Gelegenheit bekommen, sich selbst zu entlarven. Die Erfahrung zeigt, dass sie davon Gebrauch machen. Wichtig ist aus Sicht des Autors, dass die Berichterstattung zu rechten Themen nicht punktuell bleibt. Für die Bürgerinnen und Bürger ist es eminent wichtig zu erfahren, was die gewählten Vertreter der extremen Rechten in den Kommunalparlamenten treiben bzw. eben nicht treiben! Dieses verlangt eine kontinuierliche Befassung auch mit den rechtsextremen Inhalten und Aktivitäten. Es besteht etwas die Gefahr, dass nur bei „reißerischen Themen“ berichtet wird. Dem sollten alle Demokraten – und die so genannte vierte Gewalt ist ausdrücklich mit eingeschlossen – aktiv entgegen wirken.

Jede Journalistin und jeder Journalist muss sich der besonderen Verantwortung bewusst sein, da viele Bürgerinnen und Bürger ihre Informationen aus den lokalen Printmedien beziehen. Eine eigene Teilnahme an öffentlichen Ausschuss- oder Plenarsitzungen ist – man mag das bedauern – der Ausnahmefall. Aus der BVV heraus deshalb der Appell: Berichten Sie also kontinuierlich und bringen Sie die antidemokratischen Tendenzen klar zum Ausdruck! Die Erfahrung mit den Anträgen der NPD ist, dass es diese Partei den Berichterstattem relativ leicht macht, diesen Anspruch zu erfüllen.

3.6 *Von der Reaktion zur Aktion*

Naturgemäß reagieren sich neu findende Fraktionen zunächst einmal überwiegend auf Handlungsweisen der NPD; so auch in den ersten Monaten in der BVV Treptow-Köpenick. Mit zunehmender Dauer der Legislaturperiode entwickelte sich unter den Demokraten aber auch ein Gespür für Möglichkeiten, selbst zu agieren und die NPD zu Reaktionen zu bewegen. Mitunter kann auch das Schweigen der NPD als beredtes Zeugnis gewertet werden. Allerdings wäre die Behauptung übertrieben, die BVV habe gezielt nach Anträgen gesucht, die die Nazis in eine schwierige Situation bringen. Oberste Maxime des Handelns der demokratischen Fraktionen bleibt die Ausrichtung an dem, was für die Kommune gut und sinnvoll erscheint.

Es ist aufschlussreich zu sehen, wie schwer sich die NPD bei demokratischen Aktivitäten zuweilen tut. Als Beispiele hierfür mögen folgende Anträge dienen:

- Gedenkstele für Otto Wels (Drucksache VI/0620),
- Charta der Vielfalt (Drucksache VI/0531) und
- Bauvorhaben Kanyon – modern Istanbul (Drucksache VI/0534).

Bei dieser Art von Anträgen wird der innere Widerspruch im vermeintlich demokratischen Auftreten der NPD und der Bedienung von Erwartungen ihrer Klientel deutlich. Wie will man sich als Demokrat gerieren und gleichzeitig eine Ehrung des von den Nazis verfolgten und vor ihnen geflohenen Otto Wels ablehnen? Otto Wels ist ein gutes Beispiel, weil er im Ortsteil Friedrichshagen des Bezirks Treptow-Köpenick lebte. Seine Rede am 23. März 1933 gegen das so genannte Ermächtigungsgesetz hat von ihrer Aktualität nichts verloren. Es ist eine der wichtigsten Reden, die je für die Demokratie gehalten wurden. Einige Zitate hieraus können noch heute so manche kommunalpolitische Debatte befruchten.

Es lohnt sich für Demokraten, über kommunalpolitisch sinnvolle Anträge nachzudenken, mit denen der beschriebene Widerspruch der Rechtsextremen offen zu Tage tritt und dann öffentlich dokumentiert wird.

4 **Fazit**

Kein Demokrat braucht Angst vor rechtsextremen Vertretern in Parlamenten zu haben. Eine gute Vorbereitung für Plenar- und Ausschusssitzungen ist selbstverständlich; durch die Wahl der extremen Rechten in kommunale Vertretungen ist die Vorbereitung um einige Aspekte zu erweitern. Jede demokratische Fraktion sollte sich vorab mit Verhaltensweisen der Rechtsextremen und Umgang mit deren Vertretern gedanklich auseinandersetzen. Eine Expertin bzw. ein Experte pro Fraktion, der sich besonders einarbeiten kann, erscheint hilfreich. Externer Sachverstand ist reichlich vorhanden und sollte in Anspruch genommen werden.

Da sich der parlamentarische Fleiß der NPD in der BVV Treptow-Köpenick in höchst überschaubarem Rahmen hielt, besteht auch keine Gefahr, dass aufgrund der Beteiligung von Rechtsextremisten am parlamentarischen Verfahren die eigentlich wichtigen kommunalpolitischen Themen aus dem Blick geraten.

Rechte zeigen in ihrer parlamentarischen Arbeit mitunter überraschend deutlich, welche antidemokratische Zielrichtung sie verfolgen. Ein offener Umgang mit den Anträgen der Rechten sowie das Herstellen von Öffentlichkeit wann und wo immer nötig, sollte dazu beitragen, die erschreckenden Wahlergebnisse der Rechten zurückzuführen. Auch gut vorbereitete NPD-Bezirksverordnete zeigen Schwachstellen und demaskieren sich selbst. Es ist der Auftrag aller gewählten Demokraten, sich intensiv damit auseinanderzusetzen, den wahren antidemokratischen Kern der rechten Bestrebungen zu erkennen und klar darzustellen.

Literatur

- Brodkorb, Mathias (2008): Provokation als Prinzip. Die NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, In: Schlotmann, Volker/Brodkorb, Mathias (Hg.): Provokation als Prinzip. Die NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern. Schwerin: 41-62.
- Hafeneger, Benno/Schönfelder Sven (2007): Politische Strategien gegen die extreme rechte in Parlamenten. Folgen für kommunale Politik und lokale Demokratie. Berlin.
- Pfahl-Traughber, Armin (2004): Die „Umwertung der Werte“, In: Gessenharter/Pfeifer: Die Neue Rechte – eine Gefahr für die Demokratie? Wiesbaden: 73-94..
- Staud, Toralf (2006): Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD. Bonn.
- Schlotmann, Volker (2008): Menschenverachtende Ideologie statt politischer Willensbildung. NPD als Herausforderung für die parlamentarische Demokratie, In: Schlotmann, Volker/Brodkorb, Mathias (Hg.): Provokation als Prinzip. Die NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern. Schwerin: 13-26.
- Stegbauer, Andreas (2000): Rechtsextremistische Propaganda im Lichte des Strafrechts. München.

Einschränkung rechtsextremer Handlungsräume – Möglichkeiten und Grenzen des Verwaltungsrechts

Rainer Litten

1 Einleitung

Ein neuerliches Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht mit dem Ziel, die NPD verbieten zu lassen, wird es vermutlich nicht geben. Dies dürfte nach der Konferenz der Innenminister des Bundes und der Länder im April 2008 in Bad Saarow feststehen. Gegen die Durchführung eines solchen Verfahrens ist unter anderem geltend gemacht worden, ein Verbot der NPD werde das Problem des Rechtsextremismus in Deutschland nicht lösen. Mit Recht wurde darauf erwidert: Natürlich wird es das nicht, aber es würde dem inzwischen zu Parlamentsreife herangewachsenen Rechtsextremismus einen besonders wichtigen Handlungsraum entziehen, die mit beträchtlichen Steuermitteln geförderte Teilnahme am parlamentarischen Leben auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene, die als Forum für die Verbreitung seiner Ideologie genutzt wird und – trotz aller Gegenstrategien der demokratischen Fraktionen – zur Akzeptanz und Reputation der Abgeordneten und Kommunalvertreter der NPD bei den Bürgerinnen und Bürgern beiträgt. Der Handlungsraum des Rechtsextremismus kann freilich auch unterhalb der Schwelle eines Verbots seiner wichtigsten Partei eingeschränkt werden. So ist zum Beispiel denkbar, den Zugang zu öffentlichen Ämtern, darunter auch kommunalen Wahlämtern, wie zum Beispiel dem eines Bürgermeisters, von einer Gewähr des jederzeitigen Eintritts für die freiheitliche demokratische Grundordnung abhängig zu machen. Das soll unter 2. näher betrachtet werden. Richtig ist auch, dass es weitere Aktionsräume gibt, die von einem Parteiverbot allenfalls indirekt betroffen wären oder auch ohne Parteiverbot eingeschränkt oder entzogen werden können. Aktionsräume dieser Art sind zum Beispiel die Vereine, die als Vorfeldorganisationen oder Kooperationspartner von Parteien gegründet oder nutzbar gemacht werden können. Sie sind durch das Vereinsrecht normativ strukturiert (siehe unter 3.). Konkrete Aktionsmöglichkeiten für Parteien, Vereine oder auch spontan handelnde Rechtsextremisten sind Demonstrationen oder auch Musikveranstaltungen, mit denen Anhänger gewonnen oder stabilisiert werden. Diese Aktivitäten unterliegen den Normen des Versammlungsrechts, hilfsweise des allgemeinen Polizeirechts (dazu unter 4.). Die Akteure können überdies von den Behörden des Verfassungsschutzes beobachtet und in deren Jahresberichten erwähnt werden (siehe unter 5.). Sämtliche Aktivitäten bedürfen der Finanzierung. Diese ist gefährdet, wenn die den Parteien aufgrund des PartG gezahlten Zuwendungen zurückgefordert werden, weil die erforderlichen Voraussetzungen nicht gegeben oder gar vorgetäuscht waren. Vereine genießen Steuerprivilegien, wenn sie gemeinnützig sind; diese entfallen, wenn die Vereinszwecke der freiheitlichen demokratischen Grundordnung widersprechen (dazu unter 6.). Ein besonderes Anliegen vor allem der NPD ist die Schulung ihrer Mitglieder und Sympathisanten. Hierfür bedarf sie ausreichender Räumlichkeiten, die sie inzwischen vermehrt – manchmal offen, manchmal verdeckt – zu erwerben sucht. Gelingt der Erwerb, so stellt sich

oft die Frage, ob das Grundstück auch entsprechend genutzt werden darf, was eine Frage des Bauplanungsrechts ist (siehe unter 7.). Abschließend sind gewerbliche Betätigungen zu untersuchen, bei denen der Rechtsextremismus in Erscheinung tritt und bei denen er bekämpft werden kann (siehe unter 8.).

Bei alledem muss man sich darüber klar sein, dass der Gebrauch des verwaltungsrechtlichen Instrumentariums ein Ausdruck der Wehrhaftigkeit unserer Demokratie ist, die Verfassungsfeinden auf diese Weise zwar entgegentreten sie durch Repression allein aber nicht beseitigen kann. Der beste Schutz der Verfassung gegen ihre Feinde ist ein entschlossenes Auftreten demokratisch gesinnter Bürgerinnen und Bürger, das rassistisches und antidemokratisches Verhalten marginalisiert oder der Lächerlichkeit preisgibt, eine Zivilgesellschaft, in der möglichst viele die demokratischen Institutionen mit Leben erfüllen und sich an der öffentlichen Willensbildung beteiligen, ein Sozial- und Kulturstaat, in dem auch die Leistungsschwachen Perspektiven für ein erfülltes Leben finden und schon deshalb nicht volksverhetzenden und autoritären Parolen auf den Leim gehen. Diese Art Verfassungsschutz ist so sehr in den Vordergrund zu stellen, dass die Frage aufgeworfen werden muss, ob es ergänzender repressiver Maßnahmen überhaupt bedarf, ja, ob durch den Einsatz des staatlichen Machtpotenzials nicht geradezu das Gegenteil bewirkt wird. Könnte es nicht sein, dass ein Parteiverbot an der Aufrichtigkeit unserer Demokratie zweifeln ließe? Muss man nicht befürchten, dass eine Beschränkung oder ein Verbot von Versammlungen, der Einsatz von Polizeibeamten gegen Demonstranten, die Beschränkung des Zugangs zu öffentlichen Ämtern als Machtmissbrauch gegenüber Minderheiten empfunden wird, als Maßnahmen, die, wie historische Beispiele zeigen, sehr wohl auf die eigene Gruppe zurückschlagen können, wenn die politischen Verhältnisse sich ändern? Je weiter wir uns von der historischen Erfahrung dem staatlichen Rechtsextremismus entfernen, desto lauter werden diese Fragen, die gern auch in unseren europäischen Nachbarländern gestellt werden. Man wird darauf antworten dürfen: Keine streng rechtsstaatlich abgesicherte Repression darf letztlich unter dem Gesichtspunkt des Machtmissbrauchs verdächtigt und nachhaltig in Zweifel gezogen werden. Die rechtsstaatliche Absicherung muss freilich auch gewährleistet sein. Kreativität beim Ersinnen diskriminierender Maßnahmen gegen Rechtsextreme, wie zum Beispiel Einschränkungen der Parteienfinanzierung rechtsextremer Parteien, würde den Rechtsstaat aushöhlen und die Legitimität des Angriffs gegen den Rechtsextremismus in Frage stellen. Ebenso ist eine Art Dialektik zwischen der faktischen Unmöglichkeit eines Parteiverbots und dem Einsatz repressiver Maßnahmen unterhalb der Schwelle des Verbots deutlich abzulehnen. Es wird im Folgenden auch zu überprüfen sein, inwieweit diese Instrumente rechtsstaatlichen Anforderungen genügen.

2 Beamte

Eine Partei darf nicht als verfassungswidrig behandelt werden, solange sie nicht in einem Verfahren nach Art.21 Abs.3 GG verboten worden ist. Gleichwohl können aus ihren verfassungsfeindlichen Zielsetzungen oder Verhaltensweisen Schlussfolgerungen gezogen werden. Sie kann zum Beispiel von den Verfassungsschutzbehörden beobachtet und in deren Berichten erwähnt werden (vgl. unter 5.). Insbesondere ist es zulässig, Bewerber um ein öffentliches Amt einer besonderen Überprüfung zu unterwerfen, wenn sie einer Partei mit derartigen Zielsetzungen angehören.

Die Rechtsprechung hat bei der NPD und (mit Einschränkung) bei den Republikanern eine derartige Zielsetzung bejaht. Eine verfassungsfeindliche Zielsetzung wird stets angenommen, wenn sie gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung verstößt. Das BVerfG versteht darunter eine

„Ordnung, die unter Ausschluss jeglicher Gewalt und Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit und der Freiheit und Gleichheit darstellt.“ (BVerfG E 2, 1: 70)

Dazu rechnet es: die Achtung vor den Menschenrechten, vor allem dem Recht der Persönlichkeit auf freie Entfaltung, die Volkssouveränität, die Gewaltenteilung, die Verantwortlichkeit der Regierung, die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, die Unabhängigkeit der Gerichte, das Mehrparteienprinzip und die Chancengleichheit für alle politischen Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition (vgl. jetzt auch § 4 Abs.2 BVerfSchG). Hinsichtlich der NPD hat das BVerfG in einer ausführlich begründeten Entscheidung einen Verstoß gegen die genannten Grundsätze festgestellt (vgl. BVerfG E 83: 136). Die Begründung fußt auf der Forderung der NPD nach einem Vorrang der Volksgemeinschaft vor dem Einzelnen, der Ablehnung des „liberalistischen“ Freiheitsbegriffs, der Ausländerfeindlichkeit und der darin enthaltenen prinzipiellen Verneinung der Gleichheit der Menschen, dem gegen alle anderen Parteien gerichteten Vorwurf, die vitalen Interessen des deutschen Volkes zu verraten, der Herabsetzung des durch das Grundgesetz konstituierten Staates und seiner Institutionen, die insgesamt – wie einst in der NS-Propaganda vor 1933 – als „System“ bezeichnet werden und der allgemeinen Verharmlosung oder gar Verherrlichung des Nationalsozialismus und seiner führenden Repräsentanten. Zudem wird auch darauf abgehoben, dass maßgebliche NPD-Funktionäre den derzeitigen Machtinhabern nach dem Beispiel des Nationalsozialismus empfindliche Strafen androhten, wenn sie erst einmal selbst zur Macht gekommen seien. Aus ähnlichen Gründen hat das OVG Münster die Republikaner als verfassungsfeindlich angesehen, bei diesen vor allem die pauschale Diskriminierung von Ausländern als Kriminelle, Schmarotzer und Sozialbetrüger als eine die Menschenwürde der diffamierten Gruppe missachtende Verhaltensweise bezeichnet (vgl. NWVBl. 2001: 178; BVerfG NJW 2002: 2774; anders freilich BVerfG DVBl. 2002: 122).

Schon in einer frühen Entscheidung hat das BVerfG gebilligt, dass von Beamten der jederzeitige Einsatz für die freiheitliche demokratische Grundordnung erwartet wird und Beamtenbewerber eine entsprechende Gewähr bieten müssen (vgl. BVerfG E 39: 334). Zum Zweck einer solchen Prognose dürfe das bisherige Verhalten des Bewerbers durchleuchtet werden. Ein Teil des Verhaltens, das für die Beurteilung der Persönlichkeit eines Bewerbers erheblich sei, könne auch die Zugehörigkeit zu einer politischen Partei sein, die verfassungsfeindliche Ziele verfolge, unabhängig davon, ob die Verfassungswidrigkeit durch Urteil des Bundesverfassungsgericht festgestellt worden sei oder nicht (ebenda: 359). Anders als bei einem Parteiverbot (und auch bei dem Verbot einer Vereinigung – vgl. unten 3.) kommt es dabei nicht darauf an, ob die Partei ihre Ziele auch aggressiv-kämpferisch verfolgt. Freilich muss dem Bewerber Gelegenheit gegeben werden, die durch seine Parteizugehörigkeit begründeten Zweifel an seiner Verfassungstreue auszuräumen, unter anderem dadurch, dass er sich innerhalb der Partei für deren verfassungskonformes Verhalten einsetzt oder sich deutlich von bestimmten verfassungsfeindlichen Äußerungen einzelner Parteifunktionäre distanziert. Die Beseitigung der Zweifel wird ihm jedenfalls dann kaum

gelingen, wenn er selbst Funktionär ist, insbesondere wenn er für die Partei bei Kommunal-, Landtags- oder Bundestagswahlen kandidiert hat. Die Rechtsprechung hat diese Grundsätze auch auf Soldaten und ehrenamtliche Richter angewandt, im übrigen nicht nur auf die Einstellung, sondern auch auf die Beförderung sowie überhaupt die Amtsführung mit der Möglichkeit der Sanktionierung durch Disziplinarmaßnahmen bis hin zur Entlassung aus dem Dienst (vgl. BVerfG B. vom 6.5.2008; BVerwG NJW 2005: 85).

Eine besondere Bedeutung erhält diese Rechtspraxis bei der Bewerbung kommunaler Wahlbeamter. Über deren Einstellung entscheidet nicht der Dienstherr, sondern das Volk, das sie wählt. Gleichwohl sind sie Beamte, auf die die Vorschriften für Beamte Anwendung finden. Auch für sie gilt die Verpflichtung zur Treue gegenüber der Verfassung, auch sie müssen daher die Gewähr bieten, jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung einzutreten.

In Mecklenburg-Vorpommern hat der Innenminister daraus den Schluss gezogen, auch den Bewerber um ein kommunales Wahlamt der Überprüfung durch den jeweiligen Kommunalwahlausschuss zu unterwerfen.¹ Dieser belehrt den Bewerber über seine Pflicht zur Verfassungstreue und verlangt von ihm die Erklärung, er werde diese Pflicht stets erfüllen, bejahe die freiheitliche demokratische Grundordnung und sei bereit, jederzeit für deren Erhaltung einzutreten. Der Bewerber hat darüber hinaus zu versichern, dass er keinerlei Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung oder eines ihrer grundlegenden Prinzipien jemals unterstützt habe oder künftig unterstützen werde und auch gegen die Grundsätze der Menschenrechte oder der Rechtsstaatlichkeit nicht verstoßen habe und nicht verstoßen werde. Auch dass ihm bewusst sei, dass ein Verschweigen zur Rücknahme der Ernennung wegen arglistiger Täuschung führen werde. Schließlich muss er eine weitere Erklärung unterschreiben, wonach er nicht Mitglied einer Partei oder sonstigen Gruppierung mit einer der Verfassungsordnung widersprechenden Zielsetzung sei. Wird die letztere Erklärung nicht unterzeichnet oder hat der Wahlausschuss Zweifel am Wahrheitsgehalt der vom Kandidaten unterschriebenen Erklärungen, prüft er ob die Zweifel an der künftigen Verfassungstreue ausgeräumt werden können. Aufgrund dieser Regelung sind zwei Landtagsabgeordnete der NPD, die im Jahre 2008 als Landräte kandidieren wollten, von den jeweiligen Wahlausschüssen zurückgewiesen worden, obwohl jedenfalls einer von ihnen die Verpflichtungserklärung unterzeichnet hatte (vgl. Süddeutsche Zeitung 5./6.4.2008; Schweriner Volkszeitung 9.4.2008). Dabei wurde nicht allein auf ihre Parteimitgliedschaft und die für ihre Partei wahrgenommenen Landtagsmandate, sondern auch auf weitere öffentliche Äußerungen sowie auf eine strafrechtliche Verurteilung abgestellt. Ihre beim Landeswahlausschuss eingelegten Rechtsmittel hatten keinen Erfolg (vgl. Nordkurier, 18.4.2008). Ihnen blieb die Möglichkeit der Wahlanfechtung, von der sie inzwischen Gebrauch gemacht haben. In einem Fall ist auch dieser Einspruch bereits zurückgewiesen worden (vgl. Schweriner Volkszeitung, 5.7.2008).

Das konsequente Vorgehen des Innenministers verdient durchaus Beifall. Man wird kommunalen Wahlausschüssen sicherlich auch nicht grundsätzlich die Kompetenz zur Überprüfung der Verfassungstreue hochgestellter NPD-Bewerber absprechen können. Die Verfassungsfeindlichkeit der NPD braucht angesichts der bereits dargestellten Rechtsprechung nicht immer wieder erneut im Einzelnen festgestellt zu werden und den beiden Landtagsabgeordneten kann sicherlich kaum ein Einsatz gegen die verfassungsfeindlichen Ziele

1 Hierzu verfasste er ein Rundschreiben an die Landräte, Oberbürgermeister, sowie Vorsteher der Zweckverbände (28.2.2007 u. 18.10.2007).

ihrer Partei nachgesagt werden. Ob freilich diese Kompetenz stets ausreicht, mag aber doch zweifelhaft erscheinen. So ist bei den Bürgermeisterwahlen im Jahre 2008 ein „unabhängiger“ Bewerber, der der NPD angehört, für sie aber nicht kandidiert hat, bei der Prüfung der Kandidaten nicht beanstandet worden. Die Überprüfung seiner Verfassungstreue durch ein ehrenamtlich besetztes Gremium, bestehend aus Vertretern mehrerer anderer Parteien, war wohl doch etwas schwieriger, so dass man den durch die Parteizugehörigkeit begründeten Zweifeln nicht weiter nachgegangen zu sein scheint. Im Innenministerium wurde daher erwogen, solche Prüfungen künftig durch die auch sonst damit befassten Gremien des öffentlichen Dienstes, Personaldezernenten oder Kollegialorgane, vorab durchführen zu lassen, damit die erforderliche Professionalität gewährleistet ist. In einem am 28.1.2009 verabschiedeten Gesetz ist inzwischen eine etwas andere Lösung gefunden worden. Ein Wahlausschuss, der Zweifel an der politischen Grundeinstellung eines Kandidaten hat, muss sich hiernach an die Rechtsaufsicht wenden, die ihrerseits Erkundigungen beim Verfassungsschutz einziehen kann. Die Verneinung oder Bestätigung der Bedenken durch den Verfassungsschutz sind dem Wahlausschuss mitzuteilen, der sodann über die Teilnahme an der Wahl entscheidet. In Brandenburg, wo am 28. September 2008 Kommunalwahlen stattgefunden haben, ist ein entsprechender „Demokratie-Check“ von Bewerbern nicht eingeführt worden; das dortige Innenministerium hat sich auf die Versendung eines Merkzettels beschränkt, in dem bereits eingestellte Beamte darauf hingewiesen werden, dass die Mitgliedschaft in extremistischen Organisationen mit der Dienstpflicht nicht vereinbar ist (vgl. tagesschau, 23.6.2008).

3 Vereinigungen

Gleichgesinnte, die sich gelegentlich spontan zu Musikveranstaltungen oder auch zu einer Demonstration zusammenfinden, können sich zu festen Bündnissen zusammenschließen, die auch als Kooperationspartner oder als Vorfeldorganisationen von Parteien dienen. So haben sich zum Beispiel rechte Skinhead-Gruppen mit anderen zusammengetan und dezentrale Freie Kameradschaften gebildet. Solche Vereinigungen sind manchmal inselartig über Teile eines Bundeslandes verstreut, sie können aber auch landesweit oder sogar bundesweit organisiert sein. Ihre Bildung ist frei (§ 1 Abs.1 VereinsG). Gemäß § 3 VereinsG in Verbindung mit Art.9 Abs.2 GG sind sie jedoch aufzulösen, wenn durch Verfügung der zuständigen Verbotsbehörde festgestellt ist, dass ihre Zwecke oder ihre Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder dass sie sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder den Gedanken der Völkerverständigung richten. Zuständige Verbotsbehörde ist in der Regel die oberste Landesbehörde, wenn die Organisation und die Tätigkeit der Vereinigung sich auf das Gebiet des betreffenden Landes beschränken, im übrigen der Bundesinnenminister für solche Vereinigungen, deren Organisation oder Tätigkeit sich über das Gebiet eines Landes hinaus erstrecken.

Eine nicht unerhebliche Anzahl von Vereinigungen ist in der Vergangenheit bereits verboten worden. Die letzten Entscheidungen dieser Art waren eine Verfügung des Bundesinnenministers vom 7. Mai 2008, durch die drei rechtsextremistische Vereinigungen verboten worden sind: das „Collegium Humanum“ in Vlotho, sowie dessen Teilorganisation „Bauernhilfe“ und der damit verflochtene „Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten“ (vgl. Süddeutsche Zeitung, 8.5.2008), davor ein Verbot

vom 12. September 2000 gegen die deutsche Division der Vereinigung „Blood & Honour“ (vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz Jahr 2006: 30).

Vereinigungen im Sinne des öffentlichen Vereinsrechts, die von solchen Verboten betroffen sein können, sind ohne Rücksicht auf die Rechtsform nach §2 Abs.1 VereinsG solche, in denen sich eine Mehrheit von Personen für eine gewisse Zeit zu einem gemeinsamen Zweck zusammengeschlossen und einer organisierten Willensbildung unterworfen hat. Sie dürfen freilich keine politischen Parteien sein, die gemäß Art.21 GG das Parteienprivileg genießen. Die Rechtsprechung hatte mehrfach darüber zu entscheiden, ob Vereinigungen, die sich zwar selbst als Parteien verstanden, bei denen dies aber zweifelhaft war, das Privileg für sich in Anspruch nehmen durften.² Dabei wurde entschieden, dass nicht als Parteien anzusehen sind solche Vereinigungen, deren parteipolitische Zielsetzung nicht als realistisch eingestuft werden kann, weil sie nach ihrem Organisationsgrad und ihren Aktivitäten offensichtlich nicht imstande sind, auf die politische Willensbildung des Volkes Einfluss zu nehmen (vgl. BVerfG DVBl. 1995: 462; BVerwG a.a.O.). Nach § 2 Abs.1 PartG verliert eine Vereinigung ihre Rechtsstellung als Partei, wenn sie sechs Jahre lang weder an einer Bundestagswahl noch an einer Landtagswahl mit eigenen Wahlvorschlägen teilgenommen hat.

Wann richten sich Zwecke und Tätigkeit einer Vereinigung gegen „die verfassungsmäßige Ordnung“ im Sinne des § 3 Abs.1 Satz 1 VereinsG? Nach der Rechtsprechung des BVerwG gehören zur verfassungsmäßigen Ordnung vor allem die Menschenrechte sowie das demokratische Prinzip mit der Verantwortlichkeit der Regierung, das Mehrparteienprinzip und das Recht auf Bildung und Ausübung einer Opposition (vgl. NVwZ-RR 2000: 71). Freilich genügt nicht schon – die bloß verbale – Ablehnung dieser Grundsätze; hinzukommen muss, dass die Vereinigung ihre verfassungsfeindlichen Ziele auch aggressiv-kämpferisch verwirklichen will. Hierfür wiederum bedarf es aber nicht der Absicht, Gewalt anzuwenden oder jedenfalls das Recht zu verletzen. Vielmehr reicht dafür aus, dass die Vereinigung die verfassungsmäßige Ordnung fortlaufend untergraben will. Das ist ohne weiteres dann zu bejahen, wenn ihr Programm, ihre Vorstellungswelt und ihr Gesamtstil eine Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus aufweisen. Diese Grundsätze sind, wie unter 2. bereits dargestellt, zunächst für ein Parteiverbot festgelegt worden, also für die Feststellung, dass die Beeinträchtigung oder Beseitigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung erstrebt wird (vgl. BVerfGE 2, 1: 70). Sie gelten aber ebenfalls für Vereinigungsverbote; denn die genannten Verhaltensweisen richten sich auch gegen die verfassungsmäßige Ordnung im Sinne des VereinsG. Wenn eine Vereinigung sich zur NSDAP und zu deren maßgeblichen Funktionsträgern bekennt und die demokratische Staatsform herabsetzt, eine diskriminierende Rassenlehre vertritt und eine entsprechende Überwindung der verfassungsmäßigen Ordnung anstrebt, erfüllt sie den Verbotstatbestand.

Woran sind entsprechende Zielsetzungen und Verhaltensweisen zu erkennen? Sicherlich müssen dabei zunächst Satzung und Programm in den Blick genommen werden. Häufig werden jedoch in diesen „Vereinsverfassungen“ die wahren Absichten aus Angst vor einem Verbot verschleiert. Die wirklichen Ziele lassen sich daher eher dem Auftreten in der Öffentlichkeit, in Publikationen sowie den Äußerungen von Funktionsträgern entnehmen. Insbesondere bei Publikationen kommt es darauf an, ob die Texte der Vereinigung auch wirklich zuzurechnen sind. Das ist allerdings in der Regel der Fall, wenn die Publikation im

2 z.B. die Freie Arbeiterpartei (vgl. BVerwG Buchholz 402: 45; VereinsG Nr.24; vgl. auch BVerwG Buchholz: 402: 25 Nr.25).

Namen der Vereinsleitung herausgegeben wird. Nur bei Leserbriefen mag das anders sein, wenn die Vereinigung sich von diesen zumindest distanziert.

In Anwendung dieser Grundsätze hat die Rechtsprechung die Verbote (u.a.) folgender Vereinigungen für rechtmäßig erklärt: der Freien Arbeiterpartei (vgl. BVerwG Buchholz 402.45 VereinsG Nr.24), der Nationalistischen Front (vgl. BVerwG Buchholz 402.45 VereinsG Nr.29) des Freundeskreises Freiheit für Deutschland (vgl. OVG Münster NWVBl. 1999: 149), der Nationalen Liste (vgl. Hamburger OVG vom 30.3.1998 OVG Bf III 26/95 bei Juris), der Wiking Jugend (vgl. BVerwG NVwZ-RR 2000: 70), des Vereins Heideheim (vgl. OVG Lüneburg Nds.RPfl.2000: 370) sowie der Kameradschaft Oberhavel (vgl. OVG Brandenburg NVwZ-RR 2000: 499). Immer wieder wurde dabei die bewusst gesuchte Nähe zum Nationalsozialismus und dessen führenden Repräsentanten wie Hitler, Göring, Heydrich und auch Heß hervorgehoben. Eine wichtige Rolle spielte auch der, in den genannten Vereinigungen gepflegte, Rassismus und Antisemitismus sowie schließlich die Herabsetzung der Bundesrepublik Deutschland und die Absicht, die parlamentarische Demokratie durch einen Führerstaat zu ersetzen, in dem andere Spielregeln gelten sollen.

Bis auf den heutigen Tag gibt es weiterhin rechtsextremistische Vereinigungen, die diesem Bild entsprechen. Ansätze für solche Zielsetzungen finden sich zum Beispiel bei der Heimattreuen Deutschen Jugend, wie von Andrea Röpke in einer sehr beachtenswerten Untersuchung ermittelt worden ist (Röpke 2007: 38-82). Der Verein wird vom Bundesamt für Verfassungsschutz beobachtet (vgl. Bundesverfassungsschutzbericht 2007: 58; Bericht des Verfassungsschutzes Mecklenburg-Vorpommern 2007: 70); im Oktober 2007 hat der Bundesinnenminister ein Uniformierungsverbot gegen ihn verhängt. Nachdem die Heimattreue Deutsche Jugend im August 2008 in einem Dorf südlich von Rostock für Kinder im Alter von 8 bis 12 Jahren ein Zeltlager veranstaltet hatte, in dem Schulungen in nationalsozialistischer Ideologie stattfanden, wurden im Oktober bundesweit Objekte des Vereins durchsucht, wobei Material für ein Verbot gesammelt wurde. Übrigens: Die örtlichen Behörden hatten das Zeltlager wegen Verstoßes gegen das Jugendschutzgesetz aufgelöst und ein Bußgeld wegen Verletzung des Uniformierungsverbots verhängt.

Auch wenn die Vereinsziele, wie ausgeführt, in den Satzungen häufig verschleiert werden, so treten die Vereinigungen doch im übrigen in der Regel offener als Parteien auf, weil ein Verbot weniger weitreichende Folgen hat als bei diesen.

Freilich: Wenn etwa zu erwarten ist, dass das Denken der Neuen Rechten auch bei rechtsextremistischen Vereinigungen Einzug hält, dürften die Verbotsmöglichkeiten an Grenzen stoßen. Wie unter anderem von Brodkorb (vgl. Brodkorb 2003: 67-97) dargelegt, sind die Grundsätze dieser auf Benoist zurückgehenden Denkrichtung sehr viel stromlinienförmiger dem Zeitgeist angepasst als das altnazistische Gedankengut. Zunächst einmal wird der Schulterchluss mit dem Nationalsozialismus nicht mehr gesucht. Allerdings genießt Heß auch bei den Neuen Rechten weiterhin Verehrung als „Märtyrer“. Der alte Rassismus mit seiner bekannten Hierarchie, also der weißen Rasse an der Spitze und der sogenannten arischen Rasse an der Spitze dieser Spitze, hat einem Ethnopluralismus Platz gemacht, in dem kein Vorrang der einen über die andere Rasse, sondern „nur“ noch die „Rassenreinheit“ postuliert wird. Selbst die Juden werden hier im Prinzip nicht mehr abgelehnt, im Gegenteil, es gibt eine Gruppierung (Nationale Sozialisten für Israel),³ die den Staat Israel ausdrücklich verteidigt, weil er durch die Sammlung von Juden aus aller Welt, das Prinzip der rassenhomogen Staatlichkeit besonders sinnfällig verwirklicht habe. Auch die Abschaf-

3 vgl. Endstation Rechts: <http://www.endstation-rechts.de/> (zuletzt abgerufen am: 21.5.2008).

fung der Demokratie wird danach nicht mehr gefordert. Ob es bereits Vereinigungen gibt, die dieser Denkweise verpflichtet sind, entzieht sich meiner Kenntnis. Immerhin wird man auch solchen Denkern von Verfassungen wegen entgegenzuhalten haben, dass die Unterwerfung des Individuums unter die Volksgemeinschaft, die Herleitung seiner Menschenwürde aus seiner Kultur, mit den Begriffen von Menschenwürde und Persönlichkeit, so wie sie im Grundgesetz niedergelegt sind, nicht vereinbart werden können. Dies gilt insbesondere dann, wenn Ausländern oder gar eingebürgerten Deutschen mit Migrationshintergrund ein Lebensrecht in unserem Land abgesprochen und deren zwangsweise Entfernung propagiert oder offene Gewalttätigkeit gegen sie im Lande praktiziert wird. Im Übrigen dürfte es gegen die verfassungsmäßige Ordnung verstoßen, wenn die demokratischen Institutionen unseres Landes auch von der neuen Rechten fortwährend verächtlich gemacht und damit untergraben werden.

Abschließend mag auf eine Initiative des Innenministers des Landes Mecklenburg-Vorpommern hingewiesen werden, mit der die rechtsextremistische Unterwanderung von Vereinen gestoppt werden soll. Besonders in demographisch gefährdeten Teilen Deutschlands ist die Zivilgesellschaft noch immer oder schon wieder prekär. Derartig geschwächte Gesellschaften ziehen das besondere Interesse der Rechten auf sich, weil sie leichter angreifbar sind. Wo das Vereinsleben austrocknet oder andere gemeinschaftsbezogene Unternehmungen an mangelndem Bürgerinteresse zu scheitern drohen, finden sich gerne Rechtsextreme ein und zeigen das im Prinzip gewünschte bürgerschaftliche Engagement, freilich um auf diese Weise ihre Mitbürger in ihrem Sinne zu beeinflussen. Vereine, die dem einen Riegel vorschieben möchten, sollen auf Anregung des zuständigen Ministeriums Vorschriften in ihre Satzung aufnehmen, die Personen mit verfassungsfeindlicher Zielsetzung den Zutritt zur Mitgliedschaft versagt oder bei nachträglicher Entdeckung den Ausschluss ermöglicht. Der Landessportbund hat einen entsprechenden Ehrenkodex verabschiedet. Andere Vereine haben inzwischen von der Möglichkeit der Satzungsänderung Gebrauch gemacht. Es gibt auch bereits entsprechende Ausschlussverfahren (z.B. aus dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge Mecklenburg-Vorpommern oder dem Technischen Hilfswerk).

4 Versammlungen

Gedenkfeiern, öffentliche Auftritte aus Anlass von Großveranstaltungen wie dem G8-Gipfel in Heiligendamm oder Rockkonzerte sind (auch) für Rechtsextremisten nützliche Gelegenheiten, „Flagge“ zu zeigen, auf die öffentliche Meinung einzuwirken, Anhänger zu werben oder zu stabilisieren oder ihre Kräfte in gewalttätigen Auseinandersetzungen zu erproben. Handelt es sich dabei um Versammlungen, so stehen die Veranstaltungen unter dem Schutz des Grundrechts nach Art.8 GG und den Regelungen des Versammlungsgesetzes; geht es um Treffen anderer Art, so gilt das allgemeine Polizeirecht, das heißt, die Polizeigesetze der einzelnen Bundesländer finden Anwendung (vgl. VG Lüneburg NJW 2006: 3299; VG Frankfurt NVwZ 1998: 770). Nach Art. 8 Abs.1 GG haben alle Deutschen das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln. Dieses Recht kann für Versammlungen unter freiem Himmel durch Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes beschränkt werden (Abs.2). Das derzeit gültige (Bundes)Versammlungsgesetz gilt nur für öffentliche Versammlungen (§1 Abs.1). Für öffentliche Versammlungen

unter freiem Himmel enthält das Gesetz besondere Vorschriften (§§ 14 ff.). Nachdem die Gesetzgebungskompetenz für das Versammlungsrecht vom Bund auf die Länder übergegangen ist, haben mehrere Länder Versammlungsgesetze verabschiedet, die das bisherige Bundesrecht stärker konkretisieren, unter anderem um künftig besser als bisher provozierende Versammlungen von Extremisten verhindern zu können.

Öffentliche Veranstaltungen müssen einen namentlich benannten Veranstalter haben (§ 2 Abs.1). Rechtsextremistische Treffs tarnen sich gern als private Geburtstags- oder Verlobungsfeiern, u.a. um dieses Erfordernis zu umgehen und dadurch ihre Aufdeckung zu erschweren. Überhaupt wird in der Vorbereitungsphase bei Einladung, Anmietung und Anreise der Teilnehmer vorzugsweise konspirativ vorgegangen. Eingeladen wird durch Mund-zu-Mund-Propaganda, über Internet oder SMS. Geeignete Räumlichkeiten, zum Beispiel Gaststätten oder Vereinsheime, werden häufig von Strohmännern unter einer Legende angemietet, und der Veranstaltungsort wird erst im letzten Moment durch Kontakttelefonnummern bekannt gegeben. Letztlich sind das gleichwohl öffentliche Versammlungen (Dietel et al. 2005: § 2 Rn.6). Sie mögen in geschlossenen Räumen stattfinden, unterliegen aber auch dann den Vorschriften des VersG, beispielsweise dürfen keine Waffen oder gefährlichen Gegenstände mitgebracht werden (§ 2 Abs.3). Im Übrigen können sie untersagt werden, wenn sie von einer verbotenen Partei oder Vereinigung durchgeführt werden oder wenn Äußerungen zu erwarten sind, die ein Verbrechen oder ein von Amts wegen zu verfolgendes Vergehen zum Gegenstand haben (§ 5 Nr. 1 und 4).

Eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel kann verboten oder von bestimmten Auflagen abhängig gemacht werden, wenn bei ihrer Durchführung die öffentliche Sicherheit oder Ordnung unmittelbar gefährdet ist (§ 15 Abs.1). Die öffentliche Sicherheit ist stets dann gefährdet, wenn ein gewalttätiger Verlauf angestrebt oder Teilnehmern Zutritt gewährt wird, die Waffen oder andere gefährliche Gegenstände mit sich führen (§ 5 Nr. 2 und 3). Auch Uniformen dürfen nicht getragen werden (§ 3).

Die Sicherheit ist auch dann gefährdet, wenn Gewalt zwar nicht von den Versammlungsteilnehmern, wohl aber von Gegendemonstranten zu erwarten ist. In diesem Fall darf die Versammlung grundsätzlich nicht verboten werden. Vielmehr sind die Polizeibehörden verpflichtet, deren reibungslosen Verlauf zu gewährleisten und die gewalttätige Gegendemonstration aufzulösen. Das BVerfG hat deutlich gemacht, dass Gewalt von links keine verfassungsrechtlich hinnehmbare Antwort auf eine rechtsextremistische Demonstration sein könne. Zur Gewährleistung der Demonstrationsfreiheit der Rechtsextremen können im Einzelfall freilich erhebliche Polizeikräfte erforderlich sein, die die örtlichen Kapazitäten übersteigen. Zwar sind diese dann durch Amtshilfe zu ergänzen; aber diese muss verhältnismäßig bleiben. In einem vom BVerfG entschiedenen Fall wurde der Einsatz von 6.000 Polizeibeamten gegen 1.500 gewaltbereite Linke in Göttingen nicht einmal als ausreichend erachtet (NVwZ 2006: 1049). Das gilt als polizeilicher Notstand, der auch Maßnahmen gegen die an sich nicht störende rechtsextremistische Versammlung erlaubt. Dabei ist zunächst an Auflagen zu denken, zum Beispiel eine Änderung des beabsichtigten Versammlungsorts. Allerdings darf dadurch der Versammlungszweck, zum Beispiel die Erringung öffentlicher Aufmerksamkeit durch eine Demonstration, nicht vereitelt werden, wie dies bei einer Verlegung eines Demonstrationzugs aus der Innenstadt Schwerins in ein Gewerbegebiet am südlichen Rand der Stadt vom BVerfG entschieden worden ist (NVwZ 2007: 641). Falls eine Verlegung innerhalb der Stadt die erforderliche Eindämmung der Gegengewalt nicht ermöglicht, kann die Demonstration auch verboten werden. Die gewalttätigen

Auseinandersetzungen anlässlich der Maiafeierlichkeiten des Jahres 2008 in Hamburg haben das hohe Risiko für Leib und Leben der betroffenen Demonstranten (und nicht zuletzt auch der Polizeibeamten) gezeigt, falls nicht ausreichend Polizeikräfte für den Schutz zur Verfügung stehen.⁴

Die öffentliche Sicherheit ist auch dann gefährdet, wenn die Begehung gewaltfreier Straftaten zu erwarten ist, wie z.B. Volksverhetzung (§ 130 StGB), die Präsentation verbotener Symbole (§86a StGB) oder die Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener (§ 189 StGB). So ist z.B. eine Versammlung der „Freien Nationalisten Rhein Neckar“ in Mannheim verboten worden, die unter dem Motto „Schafft Meinungsfreiheit – Freiheit für Zündel, Rudolf, Verbeke und Irving“ stehen sollte. Mit Recht (BVerfG NVwZ 2006: 815), weil schon im Hinblick auf die aufgebotenen Redner zu erwarten war, dass auf der Versammlung Straftaten nach § 130 Abs.3 StGB begangen würden. Auch mit ihren jährlich wiederkehrenden Versuchen, in Wunsiedel Veranstaltungen zum Gedenken an Rudolf Heß durchzuführen, sind Rechtsextremisten stets gescheitert. Die Veranstaltung des Jahres 2008 wurde mit der Begründung verboten, dass mit Straftaten nach § 230 Abs.4 StGB zu rechnen sei. Das BVerfG hat das Verbot mit Urteil vom 25. Juni 2008 bestätigt.⁵ Die Gefahr der Begehung einschlägiger Straftaten muss freilich auch wirklich dargetan, sie darf nicht bloß zu vermuten sein (BVerfG NJW 2005: 3202). Im Übrigen: Die Äußerung rechtsextremistischer Ansichten ohne strafbaren Inhalt ist kein ausreichender Grund für ein Versammlungsverbot. Zwar leitet das OVG Münster aus der Verfassung ein generelles Verbot nationalsozialistischen Gedankenguts her (vgl. NVwZ 2002: 737, und öfter), sieht deshalb in der Durchführung von Veranstaltungen mit derartigem Gepräge eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung und zieht daraus den Schluss, dass sie verboten werden können. Das BVerfG hat entsprechende Entscheidungen des OVG jedoch aufgehoben (NJW 2001: 1407, und öfter, mit einhelliger Zustimmung der Lehre, z.B. Schulze-Fielitz, in: Dreier § 8 Rn.2). Die Strafnormen zur Abwehr nationalsozialistischer Bestrebungen seien abschließend. Eine hiernach nicht strafbare Meinungsäußerung könne dann auch nicht aus anderen Gründen verboten werden. Und was von einzelnen frei geäußert werden dürfe, sei auch als Inhalt einer öffentlichen Versammlung erlaubt. Versammlungen, in denen nicht strafbare rechtsextremistische Ansichten vertreten werden, unterliegen freilich dann Einschränkungen, wenn die Art und Weise ihrer Durchführung gegen die öffentliche Ordnung verstößt (BVerfG NJW 2004: 2814). Das gilt etwa, wenn sie einschüchternden Charakter haben, die Teilnehmer zum Beispiel schwarze Fahnen und Landsknechtstrommeln mit sich führen oder Springerstiefel und Bomberjacken tragen (OVG Bautzen NVwZ 2002: 431). Dann kann das Weglassen der Symbole oder die Vermeidung einer bestimmten Kleidung zur Auflage gemacht werden. In Anlehnung an die zitierte Rechtsprechung des BVerfG kann nach § 15 Abs.2 VersG eine Versammlung insbesondere dann verboten oder von der Erfüllung bestimmter Auflagen abhängig gemacht werden, wenn sie an einem Ort stattfindet, der als Gedenkstätte von historisch herausragender, überregionaler Bedeutung an die Opfer des Nationalsozialismus erinnert und zu besorgen ist, dass durch die Versammlung die Würde der Opfer beeinträchtigt wird. Im Gesetz wird namentlich das Holocaust-Denkmal in Berlin genannt. Die neuen Landesgesetze sehen auch andere Orte vor (u.a. solche, die an die kommunistische Gewaltherrschaft erinnern sollen). Dabei werden nicht nur zum Beispiel

4 Freilich wurden die Gewalttätigkeiten in Hamburg vermutlich von dem sogenannten Schwarzen Block der rechten Seite (Autonome Nationalisten), also gerade nicht den Gegendemonstranten, begonnen.

5 Siehe: <http://rsw.beck.de/rsw/shop/default.asp?> (zuletzt abgerufen am 15.7.2008).

Synagogen oder die Gedenkstätte in Marienborn genannt (so im Entwurf Sachsen-Anhalt), sondern auch das Völkerschlachtdenkmal bei Leipzig (so im sächsischen Entwurf). Man fragt sich manchmal, ob diese Vorschläge nicht über das Ziel hinausschießen.⁶ Das gilt nicht weniger für das Verbot bestimmter Demonstrationen an einigen Gedenktagen. Auch solche Verbote sind im Prinzip aus einem Verstoß gegen die öffentliche Ordnung herzuleiten (BVerfG NJW 2001: 1409). Auftrumpfende Gedenkmärsche am 30. Januar oder am 20. April wären in der Tat schwer erträglich. Auch in den neuerlichen Gesetzen sind wiederum viele Tage genannt, die wegen einer Gefährdung der öffentlichen Ordnung demonstrationsfrei bleiben müssten. Die Verfassungsgerichtsbarkeit wird mit solchen Regelungen Arbeit bekommen. Das BVerfG (NVwZ 2006: 585) musste einmal das Verbot einer Veranstaltung aufheben, die für den 28. Januar vorgesehen war. Das Verbot war mit der Ausstrahlungswirkung der Gedenktage des 27. und des 30. Januar begründet worden.

Auch Rechts-Rock und andere rechtsextremistische Musikveranstaltungen unterliegen dem Versammlungsrecht. Nach der Rechtsprechung des BVerfG ist Versammlung im Sinne des Versammlungsrechts jedes Zusammentreffen von Personen zum Zweck einer kollektiven Meinungsbildung und -Äußerung (BVerfG NJW 2001: 2459). Freilich sind Veranstaltungen, die kommerziellen oder ausschließlich Unterhaltungszwecken dienen (BVerfG NJW 2001: 2459 Love-Parade, OVG Berlin NJW 2001, 1740 Weihnachtsparade, VGH Mannheim NVwZ 1998, 761) oder auch wissenschaftliche Kongresse (BayVGH NVwZ-RR 1994: 581), religiöse und private Feiern sowie sportliche Aktivitäten (OVG NRW NVwZ 2001: 1316) vom Schutzzweck des Art.8 GG ausgenommen. Das trifft auf Kino, Theater und auch Konzerte im Allgemeinen zu, nicht aber auf die hier infrage stehenden Musikveranstaltungen, bei denen die Liedtexte eine bestimmte politische Ideologie bedienen und geradezu den Zweck verfolgen. Anhänger zu werben, die auf politische Probleme nicht ohne weiteres ansprechbar sind (vgl. Bundesverfassungsschutzbericht 2007: 91 ff.; Süddeutsche Zeitung, 15.5.2008; Süddeutsche Zeitung, 17./18.5.2008). Sofern diese Lieder einen strafbaren Inhalt haben, können die Konzerte wegen einer Gefährdung der öffentlichen Sicherheit verboten werden (§ 15 Abs.2 VersG). Konzerte dieser Art sind freilich nicht nur durch Meinungs- und Versammlungsfreiheit geschützt, wie andere öffentliche Versammlungen, sondern zusätzlich durch das Recht auf Freiheit der Kunst (Art.5 Abs.3 Satz 1 GG). Letztlich bleiben indessen Angriffe auf die Menschenwürde anderer Personen, die hetzerische Herabsetzung in unserem Land lebender Ausländer, aber auch die Verunglimpfung von Staatssymbolen auch dann nicht straffrei, wenn sie in der Form künstlerischer Darbietungen ausgeführt werden (Soiné 2004: 386). Dies hat zur Folge, dass solche Veranstaltungen verboten oder durch Auflagen „entschärft“ werden können.

5 Äußerungen durch amtliche Stellen

Solange rechtsextremistische Parteien nicht verboten sind, darf keine staatliche Stelle deren Verfassungswidrigkeit geltend machen. Dies schließt indessen nicht aus, dass staatliche Stellen auf die Verfassungsfeindlichkeit dieser Parteien und entsprechender Vereinigungen hinweisen und Maßnahmen, wie ihnen begegnet werden kann, öffentlich diskutieren. Derartige Äußerungen können geradezu mit der Schutzpflicht des Staates für die freiheitliche

⁶ vgl. die kritischen. Stellungnahme der ASJ Sachsen, die dem Gesetzgeber bei der „Hierarchisierung von Gedenken in Gesetzesform“ stärkere Zurückhaltung empfiehlt.

demokratische Grundordnung begründet werden (vgl. BVerfGE 57: 1; vgl. VerfGH Rheinland-Pfalz DVBl. 2008: 193). Es unterliegt keinem Zweifel, dass solche staatlichen Äußerungen dem Ansehen der Betroffenen abträglich sind und sie in ihren politischen oder kommerziellen Bestrebungen empfindlich treffen können. Die Rechtsprechung hat dieses staatliche Verhalten in der Regel gebilligt. Berufen zu solchen Äußerungen sind zunächst einmal die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder; denn zu deren Aufgaben gehört es, Informationen über Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet sind, zu sammeln und auszuwerten und gegebenenfalls darüber die Öffentlichkeit in einem Jahresbericht zu unterrichten (vgl. §§ 3 Abs.1 Nr.1: 16 Abs.2 Satz 1 BVerfSchG). Das BVerfG hat die Erwähnung der NPD in einem Verfassungsschutzbericht des Bundesinnenministeriums als eine „Erscheinung des Rechtsradikalismus“ für zulässig erklärt (vgl. BVerfGE 40: 287, 292). Damit werde nicht etwa die Verfassungswidrigkeit der Partei geltend gemacht, die Äußerung stelle auch kein (verbotenes) administratives Einschreiten gegen die Partei dar, sondern sei ein reines Werturteil ohne rechtliche Auswirkungen. Soweit der NPD daraus faktische Nachteile entstünden, sei sie nicht durch Art. 21 GG geschützt. Es gebe freilich eine Schranke für solche Werturteile. Äußerungen, die bei verständiger Würdigung des das Grundgesetz beherrschenden Schutzgedankens nicht mehr verständlich seien und den Schluss nahe legten, dass sie auf sachfremden Erwägungen beruhten, seien nicht hinnehmbar (vgl. Murswiek 2006: 124). Auch hat das BVerfG die Erwähnung des Verlags „Junge Freiheit“ in dem Verfassungsschutzbericht 1994/95 des Landes Nordrhein-Westfalen als „rechtsextremistisch“ nicht zugelassen (BVerfGE 113: 63), weil es durch eine Erwähnung aufgrund eines nur möglichen Verdachts die Pressefreiheit (Art. 5 Abs.1 Satz 2 GG) verletzt sah. – Staatliche Äußerungen über Rechtsextremisten können im Übrigen auch in Antworten auf parlamentarische Anfragen enthalten sein. So antwortete der Bundesinnenminister auf eine entsprechende Anfrage im Jahre 1980, die NPD habe eine verfassungsfeindliche Zielsetzung, indem sie die Volksgemeinschaft überbewerte und das nationalsozialistische Regime verherrliche. Das BVerfG (BVerfG E 57: 1),⁷ bezeichnete auch diese Antwort als ein zulässiges Werturteil ohne rechtliche Auswirkungen. Diese seien auch nicht etwa darin zu sehen, dass ein der NPD angehörender Soldat unter Berufung auf das in der Antwort enthaltene Werturteil gemaßregelt worden sei; dagegen möge der Soldat sich mit den gegen solche Maßnahmen zulässigen Rechtsmitteln wehren. Schließlich ist durch den VGH Rheinland-Pfalz (DVBl.2008: 193) auch gebilligt worden, dass der dortige Minister des Innern und für Sport im Jahre 2007 eine Broschüre unter dem Titel „Maßnahmen gegen Rechtsextremismus: Ein Handlungsleitfaden für kommunale Entscheidungs-träger“ herausgegeben hat, in deren Fallbeispielen immer wieder ausdrücklich die NPD genannt wurde. Die Broschüre gebe lediglich ein Werturteil über die NPD wieder, das auch in den Verfassungsschutzberichten des Landes und des Bundes enthalten sei; gegen die dortigen Erwähnungen habe die Partei sich nicht zur Wehr gesetzt. Den angesprochenen Kommunen bleibe es vorbehalten, konkrete Maßnahmen zu ergreifen, gegen die um fachgerichtlichen Rechtsschutz nachgesucht werden könne.

Auf einem anderen Blatt steht die gegenteilige (viel empfindlichere) Beschwerde, in der öffentlichen Berichterstattung nicht erwähnt zu werden. Vergeblich klagte die NPD gegen die Sächsische Zeitung auf die Veröffentlichung eines Artikels, in dem die Stellungnahme der Partei zu der Frage der Erhöhung der Abgeordneten-Diäten wiedergegeben wurde,

7 in der vergleichbaren – aber die einstige DFU betreffenden – Entscheidung BVerfGE 13: 123 war von einem parlamentsinternen Vorgang ohne rechtliche Außenwirkungen die Rede.

nachdem alle anderen Parteien in der Zeitung zu Wort gekommen waren. Das LG Dresden wies die Klage mit der Begründung ab, einen solchen Anspruch gebe es nicht, mangels eines entsprechenden Hinweises könne aus dem Verschweigen der Position der NPD auch nicht der Schluss gezogen werden, dass die Partei in der Angelegenheit nichts zu sagen habe (vgl. AfP 2008: 321; vgl. Berliner Zeitung, 8.4.2008).

6 Finanzen

Kein eigentliches Aktionsfeld, aber notwendige Voraussetzung einer jeden Aktion, ist das Geld. Die rechtsextremistischen Parteien verfügen über Einkünfte aus Mitgliederbeiträgen und aus Spenden, der Löwenanteil stammt jedoch aus der staatlichen Parteienfinanzierung, die im Jahr 2006 immerhin auf rd. 1,4 Mio. Euro festgesetzt worden ist (Wikipedia Stichwort „Parteienfinanzierung“).

Die große Mehrheit der Innenminister der CDU lehnt zwar einen neuerlichen Antrag beim Bundesverfassungsgericht auf ein Verbot der NPD ab, einige von ihnen (z.B. der Innenminister Schünemann aus Niedersachsen)⁸ befürworten jedoch eine Kürzung der dieser Partei aus der Staatskasse zufließenden Geldmittel. Nach § 18 PartG hat sie – wie alle anderen in Wahlen einigermaßen erfolgreichen Parteien auch – Anspruch auf eine Teilfinanzierung ihrer Tätigkeit, für deren Höhe die bei den Europa-, Bundestags- und Landtagswahlen errungene Stimmenzahl, die Summe ihrer Mitglieder- und Mandatsträgerbeiträge sowie der Umfang der erhaltenen Spenden maßgeblich ist. Andere Differenzierungen sind insbesondere auch in § 5 Abs.1 PartG nicht vorgesehen, wonach alle Parteien gleich behandelt werden sollen, wenn ein Träger öffentlicher Gewalt ihnen Einrichtungen zur Verfügung stellt oder andere öffentliche Leistungen gewährt. Die in den Medien wiedergegebene Auffassung (so Innenminister Schönbohm nach einer Meldung der ddp vom 17.1.2008), der NPD könne der Aufwand für verfassungsfeindliche Betätigung, etwa die Herstellung und den Vertrieb eines ausländerfeindlichen Flugblatts, abgezogen werden, dürfte mit dieser Regelung kaum vereinbar sein. Letztlich ist alles, was diese Partei macht, ein Handeln gegen den Geist des Grundgesetzes. Die Versagung oder die Einschränkung der Finanzierung dieser Aktivitäten wäre eben jenes administrative Einschreiten gegen die Partei, das ein Verbot durch das BVerfG voraussetzt. Die von den Innenministern ebenfalls erwogene Kürzung von Zuwendungen an rechtsextreme Stiftungen (vgl. Frankfurter Rundschau, 7.12.2007) erscheint nicht zielführend, weil es solche Stiftungen bislang nicht gibt.

In einem Teilbereich jedoch, nämlich bei der Entrichtung von Steuern, könnten sehr wohl Differenzierungen vorgenommen werden, die sich auf Steuer zahlende Dritte, deren Finanzkraft und deren Spendenbereitschaft, auswirken. Bei bestimmten Steuern sind für Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen Erleichterungen vorgesehen, wenn sie gemeinnützigen Zwecken dienen. Sie brauchen zum Beispiel keine Körperschaftssteuer (§ 5 Nr.9 KStG) und nur eine ermäßigte Umsatzsteuer (§ 12 Abs.2 Nr.8 UstG) zu zahlen. Gewerbliche Unternehmen entrichten eine gekürzte Gewerbesteuer, wenn sie aus Mitteln des Gewerbebetriebs Zuwendungen an die genannten Körperschaften leisten, und nicht zuletzt ist bei der Berechnung der Einkommensteuer ein Teil solcher Zuwendungen als Sonderausgaben abzuziehen (§ 10b Abs.1 EStG). Allerdings zählen zu den genannten Körperschaften nicht die politischen Parteien selbst, wohl aber Vereine, Verbände, Genos-

⁸ vgl. „Schünemann will NPD den Geldhahn abdrehen“ (i.e. www1.ndr.de)

senschaften, Stiftungen, ja, selbst Bürgerinitiativen (Jachmann in: Beermann/Gosch 2007, § 51 R: 8ff.), die wichtige Vorfeldorganisationen politischer Parteien sein können. Die in §§ 52-54 AO geregelte Gemeinnützigkeit ist nicht definiert. Rechtsprechung (BFH BStBl. II 1985: 106; 1995: 134; BFH/NV 2005: 1741) und Lehre (Jachmann a.a.O. § 52 Rn. 36; Tipke in: Tipke/Kruse, § 52 Rn.4) sind sich jedoch darin einig, dass Vereinigungen mit verfassungsfeindlicher Zielsetzung oder gesetzwidrigen Verhaltensweisen nicht als gemeinnützig anerkannt werden können. So hat der BFH ausgeführt, der Sinngehalt des unbestimmten Rechtsbegriffs „Förderung der Allgemeinheit“ in § 52 AO werde im Wesentlichen durch die objektive Wertordnung geprägt, wie sie insbesondere im Grundrechtskatalog der Art.1, 19 GG zum Ausdruck komme (BFH/NV 2005: 174). Aus diesem Grund könne ein Verein, der sich zur art- und wesensgemäßen Ungleichheit der Menschen bekenne und dessen Mitglieder sich im Lebenskampf mit anderen „Arten“ sähen, nicht als gemeinnützig anerkannt werden. Die Finanzämter sind im Anwendungserlass zur AO (zu § 52 Nr. 16) angewiesen, die Gemeinnützigkeit entsprechend zu interpretieren. Die Differenzierung wird nunmehr durch einen neuen Satz 4 des § 51 AO nach Art.9 des Jahressteuergesetzes 2009 klargestellt.

Niemand kann indessen die NPD finanziell so stark in die Enge treiben, wie diese Partei sich selbst. Wie inzwischen durch Urteil des VG Berlin festgestellt, hat die Partei in ihren Rechenschaftsberichten für 1997, 1998 und 1999 ein überhöhtes Spendenaufkommen angegeben, um die u.a. auch danach bemessene (§ 18 Abs.1 PartG) Staatsfinanzierung zu erlangen (VG-Berlin-Urteil vom 20.5.2008 2 A 28.07 bei Juris). Mit Bescheid vom 12. Februar 2007 hat der Präsident des Deutschen Bundestags die entsprechenden Bewilligungsbescheide aufgehoben und die überzahlten Mittel in Höhe von fast 870.000 Euro zurückgefordert. Diese Rückzahlungspflicht wird der Partei ebenso zu schaffen machen wie die Veruntreuung von 700.000 EUR durch ihren vormaligen Schatzmeister, der deswegen zu einer Freiheitsstrafe von 2 Jahren und 8 Monaten verurteilt worden ist, sowie die falschen Angaben im Rechenschaftsbericht der Partei für 2006, die erneut Rückzahlungspflichten auslösen dürften.

7 Immobilien

Zur Infrastruktur auch rechtsextremistischer Organisationen gehört die Möglichkeit, Gebäude und andere Grundstücksflächen zu nutzen., sei es zur Unterbringung der Verwaltung oder zur Schulung von Mitgliedern und Anhängern, sei es als Kontaktstelle zur Öffentlichkeit (Bürgerbüro) oder zur Durchführung von Veranstaltungen und zum Vertrieb szenetypischer Gegenstände. Sofern hierfür nicht private Häuser und Wohnungen von Funktionären oder anderen Mitgliedern und Sympathisanten eingesetzt werden können, müssen die Immobilien angemietet oder erworben werden.

Für Veranstaltungen oder auch regelmäßige Treffs eignen sich insbesondere öffentliche Einrichtungen der Kommunen. Hat eine Kommune einen gemeindlichen Veranstaltungsraum auch für die Nutzung durch politische Parteien gewidmet, muss sie diesen wegen des Gleichbehandlungsgrundsatzes und des Parteienprivilegs auch rechtsextremisti-

schen Parteien zur Verfügung stellen, solange diese nicht verboten sind (§ 5 Abs.1 PartG).⁹ Dabei ist unerheblich, ob das Grundstück ihr überhaupt gehört oder ob sie etwa nur ein Nutzungsrecht hat. Nach einem Erlass des Innenministers von Mecklenburg-Vorpommern vom 16. November 2007 an die Landräte und Oberbürgermeister der kreisfreien Städte soll dies auch für andere politische Vereinigungen im Sinne des § 2 VereinsG gelten. Das erscheint fraglich, lässt sich zumindest aus § 5 Abs.1 PartG nicht herleiten und entspricht wohl auch nicht der durchgängigen Praxis. Tatsächlich gibt es sehr wohl Satzungen öffentlicher Einrichtungen, die Organisationen mit verfassungsfeindlicher Zielsetzung den Zugang versperren. Generell ist eine solche Sperre dann möglich und gilt dann allerdings für die Nutzung durch (sämtliche) politischen Parteien, wenn die Gemeinde die Widmung überhaupt beschränkt und alle politischen Veranstaltungen ausschließt (vgl. OVG Lüneburg DVBl.2007: 517). Diese Art „Quarantäne“ für kommunale Einrichtungen, die in dem genannten Erlass zwar nicht empfohlen, aber als eine wirksame Möglichkeit der Verhinderung des Zugangs rechtsextremistischer Parteien und politischen Vereinigungen aufgezeigt wird, erscheint problematisch; sie dient wohl kaum der Demokratieförderung. Darüber hinaus kann der Zugang abgelehnt werden, wenn die beabsichtigte Veranstaltung zur Begehung von Straftaten genutzt wird, was freilich aus konkreten Tatsachen hervorgehen muss. Sind nach dem Nutzungszweck private Feiern zugelassen, muss aber vermutet werden, dass hinter einer angemeldeten „Geburtstagsfeier“ in Wahrheit eine nicht zugelassene politische Veranstaltung steckt, kann der Ausschluss eines solchen Vorhabens im Mietvertrag festgehalten werden, was der Gemeinde ein Anfechtungs- oder ein Kündigungsrecht einräumt, falls gegen diese Bedingung verstoßen wird.

Allemaal sicherer für die Veranstalter ist die Verfügung über Grundeigentum. Nach Angaben der Bundesregierung standen im Jahr 2006 rund 20 Immobilien im Eigentum von Rechtsextremisten (vgl. Vieregge 2008: 184). Seither gab es mehrere Aufsehen erregende Versuche der NPD, zusätzliches Grundeigentum erwerben. So versuchte man im Sommer 2006, in Delmenhorst ein abgewirtschaftetes Hotel für 3,4 Mio. Euro zu kaufen, obwohl es nur 1,3 Mio. Euro wert war (vgl. Vieregge 2008: 189; vgl. Szczekalla 2008: 345). Die Nachricht schlug wie eine Bombe ein. Eine Bürgerinitiative ging sammeln, um den Kauf durch die NPD zu verhindern. Schließlich ging das Objekt für knapp 3 Mio. Euro an eine Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft; ein Drittel des Kaufpreises kam von der Bürgerinitiative.

Ein anderes Beispiel: Nur wenig später bot die NPD für den alten Bahnhof in Melle einen Kaufpreis von 700.000 Euro; auch hier lag der Verkehrswert erheblich niedriger, nämlich bei 300.000 Euro. Nachdem die Stadt die beabsichtigte Nutzung als Schulungszentrum durch die Aufstellung eines Bebauungsplans zu verhindern drohte, trat der Käufer vom Vertrag zurück (Szczekalla 2008: 346).

Ein dritter Fall spielte in Kirchheim (Rheinland-Pfalz). Dort wollte die NPD angeblich die „Alte gräflich Leininger Mühle“ kaufen, und der Gemeinde stellte sich die Frage, ob sie ihr Vorkaufsrecht ausüben sollte. Nach Beratung durch den Innenminister verzichtete sie darauf – mit dem Ergebnis, dass der Kaufvertrag rückabgewickelt wurde (Vieregge 2008: 187).

⁹ Etwas anderes gilt freilich, wenn die kommunale Einrichtung durch einen Privaten betrieben wird, auf den die Gemeinde nicht durch Wesungs- oder Mitwirkungsrechte Einfluss nehmen kann (vgl. OVG Lüneburg NVwZ-RR 2007: 363).

Nicht erst durch den letztgenannten Fall ist der Verdacht entstanden, dass der Grundstückserwerb durch die NPD sich zu einem einträglichen Geschäft für diese Partei und Notleidende Grundstückseigentümer zu entwickeln scheint. Die Ankündigung, man wolle in einem bestimmten Ort ein Gebäude erwerben, ruft verstörte Bürger auf den Plan, die dies buchstäblich mit allen Mitteln, also entweder durch öffentliche Sammlung für den Kaufpreis oder durch Druck auf die Gemeinde, das Objekt selbst zu kaufen, zu verhindern suchen. Wenn dann zu überhöhtem Preis verkauft wird, freut sich der Verkäufer und führt vereinbarungsgemäß eine namhafte „Spende“ an die Partei ab. Einzelne Kreisverbände der NPD haben bereits offen für eine solche betrügerische Praxis geworben.¹⁰ In Kirchheim ist das nun freilich schief gegangen. In einem „Merkblatt zum Kauf von Immobilien durch Rechtsextremisten“ warnt der Innenminister von Mecklenburg-Vorpommern vor dem Abschluss derartiger Scheingeschäfte und benennt hierfür folgende Verdachtsmomente:

1. Das Objekt ist auf dem freien Markt eher schwer verkäuflich
2. Der Preis ist überhöht
3. Die Solvenz des Käufers ist fraglich (die NPD handelt häufig durch Strohleute)
4. Der Kaufvertrag enthält unübliche Klauseln, durch die eine der Parteien auffällig bevorzugt oder benachteiligt wird
5. Von den Vertragsparteien wird bewusst Öffentlichkeit hergestellt.

Ernsthafte Kaufabsicht besteht in der Regel dann, wenn Rechtsextremisten bei einer Zwangsversteigerung mitbieten. Werden die Bieter erkannt, ziehen die Gläubiger gelegentlich den Vollstreckungsantrag zurück (z.B. die Banken bei einer Immobilie in Krefeld, als sie erfuhren, dass die NPD mitbieten wollte).¹¹

Falls der Erwerb nicht als Scheingeschäft in sich zusammenfällt oder auf einen Dritten abgelenkt werden kann, sondern tatsächlich mit der NPD zustande kommt, fragt sich, wie die Gemeinde – nach dem Vorbild der Stadt Melle – gleichwohl die beabsichtigte Nutzung verhindern kann. Die berechtigte Furcht vor mittelbaren Folgen, etwa gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen den neuen Eigentümern und deren politischen Gegnern oder dem schon öfter angedrohten Investitionsboykott auswärtiger Unternehmer, ist kein zulässiges Motiv für eine verhindernde Bauleitplanung (Szczekalla 2008: 349). Für alle Maßnahmen muss es genuin städtebauliche beziehungsweise bodenrechtliche Gründe geben. Sofern es sich um unbeplanten Innenbereich handelt (§ 34 BauGB), richtet sich die Nutzbarkeit nach den Vorschriften der Baunutzungsverordnung, die einer Verwendung als Schulungsgebäude – je nach der Art der Gegend – entgegenstehen können. Dabei gilt auch das Gebot der nachbarlichen Rücksichtnahme (BVerwGE 128: 118). Die Gemeinde ist aber auch nicht gehindert, eigene städtebauliche Vorstellungen zu entwickeln, die die beabsichtigte Nutzung ausschließen. Von Vorteil ist in einem solchen Fall, wenn es dafür bereits vor dem konkreten Anlass entsprechende Überlegungen gegeben hat. So war es in Melle, wo man schon vor dem Erwerb durch die NPD die Absicht hatte, im Einklang mit dem öffentlichen Personennahverkehr eine sogenannte „bahnaffine“ Nutzung des alten Bahnhofs herbeizuführen (vgl. Szczekalla 2008: 350). Aber es können auch – anlassbezogen – neue Planungen entwickelt werden, die lediglich älteren, bereits bestandsgeschützten Nutzungen nicht widersprechen dürfen (BVerwGE 50: 49). Ist eine entsprechende Bauleitplanung

¹⁰ Beispiel hier für: Die NPD in Jena (vgl. Vieregge 2008: 186)

¹¹ vgl. „Keine Rheinland-Zentrale in Krefeld“ vom 17.1.2008 (i.e. www.redok.de)

eingeleitet, kann die Gemeinde – wie in Melle geschehen – eine Veränderungssperre nach §§ 14, 17 BauGB erlassen. Eine solche Sperre versagt freilich, wenn es keine positiven städtebaulichen Ziele gibt. Alternativ kann das Bauvorhaben gem. § 15 BauGB zurückgestellt werden. Ein weiteres Mittel schließlich ist der Erlass einer Erhaltungssatzung gemäß § 17 Abs. 1 BauGB, die der Erhaltung zusammenhängender Stadtstrukturen einschließlich ihrer Bevölkerung dienen kann. Eine ungenehmigte Änderung der bisherigen Nutzung wäre dann eine bußgeldbewehrte Ordnungswidrigkeit. (§ 213 Abs.1 Nr.4 BauGB).

Nur als partiell zielführend erwiesen sich die Anstrengungen des Landkreises Ostvorpommern, in der Stadt Anklam die Nutzung einer ehemaligen Konsum-Kaufhalle, die bei einer Zwangsversteigerung an Neonazis veräußert worden war, als Schulungszentrum zu verhindern. Ein Schulungszentrum wird es dort zwar nicht geben, wohl aber eine „Pommersche Volksbücherei“, in der einschlägige Literatur ausgeliehen werden kann. Der Versuch, dieses Unternehmen durch eine strenge Stellplatzsatzung zu vereiteln, ist daran gescheitert, dass diese Satzung auch erwünschte anderweitige Nutzungen beeinträchtigt, vor allem aber, weil sich Ansiedler gefunden haben, die ihre Grundstücke als Stellplätze für den von der NPD betriebenen Zweck zur Verfügung stellten (vgl. Nordkurier Anklamer Zeitung, 23.7.2008).

8 Gewerbe

Szeneläden, Versandhandel oder auch Gaststätten können rechtsextremistische Bestrebungen unterstützen. Das wirft die Frage auf, ob eine derartige gewerbliche Betätigung untersagt werden kann. Diese Frage ist in der Rechtsprechung bisher unterschiedlich beantwortet worden.

Einem Gastwirt war die (vorläufige) Gaststättenerlaubnis gemäß § 11 Abs.1 GastG mit der Begründung versagt worden, sein Lokal sei ein Kristallisationspunkt der Rechtsradikalen, Angehörige der linken Szene hätten die Anwesenheit der Stammgäste beziehungsweise die in der Gaststätte stattfindenden Veranstaltungen zum Anlass von Gewalttaten genommen. Das Verwaltungsgericht verpflichtete die Kommune im Wege der einstweiligen Anordnung zur Erteilung der Erlaubnis. Der VGH Mannheim wies die Beschwerde zurück (NVwZ-RR 2006: 180). Eine gaststättenrechtliche Unzuverlässigkeit sei nicht dargetan. Strafrechtliche Handlungen der Stammgäste seien nicht ersichtlich; schon deshalb könne der Gastwirt nicht gegen seine gewerberechtliche Aufsichtspflicht verstoßen haben. Dass er die rechtsextremistische Gesinnung seiner Gäste womöglich teile, sei nicht rechtswidrig. Das Verhalten von Gegnern könne ihm nicht angelastet werden.

Anders entschied das VG Arnsberg im Fall eines rechtsextremistischen Händlers für Textilien und Freizeitartikel, Bücher sowie Tonträger, der wegen des Vertriebs seiner Waren schon mehrfach wegen Volksverhetzung hatte bestraft werden müssen (NVwZ-RR 2000: 17). Die darauf gestützte Untersagung der Ausübung des Gewerbes wurde vom Gericht gehalten. In der Begründung wurde freilich nicht nur auf die Gefahr weiterer Verstöße gegen strafrechtliche Bestimmungen Bezug genommen, sondern auch darauf, dass die gewerbliche Betätigung auch künftig zu Bestrebungen beitragen würde, die der Aufrechterhaltung der verfassungsmäßigen Ordnung entgegenwirkten. Das ließe sich durch mildere Maßnahmen, wie ein Verbot der Verbreitung bestimmter, in der Vergangenheit angebotener Materialien nur unvollkommen erreichen.

Die letztere Entscheidung erscheint jedenfalls insoweit problematisch, als nicht auf die Gefahr einer Begehung von Straftaten, sondern auf die Gefährdung der durch § 130 StGB geschützten Rechtsgüter abgestellt wird. Die nicht strafbare Verbreitung von rechtsextremistischem Gedankengut dürfte auch gewerberechtlich nicht unterbunden werden können.

Auch die Einschränkung des Vertriebs szenetypischer Waren ist, soweit durch den Verkauf nicht strafbare Handlungen begangen werden, in der Regel nicht möglich. Das betrifft insbesondere den Verkauf von Textilien der Marke „Thor Steinar“, die gern als neonazistisches Erkennungszeichen verwendet werden. Nachdem das OLG Brandenburg klargestellt hat, dass das frühere Markenlogo keinen Verstoß gegen §§ 86a Abs.2 Satz 1, 86 Abs.1 Nr.4 StGB darstelle, weil es keinem Originalkennzeichen ehemaliger nationalsozialistischer Organisationen entspreche (Neue Justiz 2005: 564), sind juristische Schritte gegen die oft unter lautem Protest der Nachbarschaft errichteten einschlägigen Läden immer wieder erfolglos geblieben. Allerdings hat das LG Magdeburg der Räumungsklage eines Vermieters mit der Begründung stattgegeben, der Mieter habe ihm bei der Angabe seines Sortiments den Verkauf dieser Marke arglistig verschwiegen (ZMR 2008: 461). Ihm sei nämlich deren ideologische Belastung bewusst gewesen und daher auch, dass sein Geschäft die Vermietbarkeit der übrigen Läden des Hauses beeinträchtige.

9 Schluss

Die Untersuchung hat gezeigt, dass der Rechtsstaat durchaus über einige repressive Mittel verfügt, mit denen er sich gegen die erklärten Feinde der Demokratie zur Wehr setzen kann. Hiervon wird erfreulicherweise auch zunehmend Gebrauch gemacht. Der Einsatz solcher Mittel überschreitet jedoch gelegentlich die Grenze hin zu unzulässiger Diskriminierung. Derartige Grenzüberschreitungen setzen die administrative Repression des Rechtsextremismus immer wieder ungerechtfertigten Zweifeln aus, die in die Forderung münden, man möge sich doch auf politische Mittel beschränken. Diese Forderung ist naiv, ihre Vertreter verkennen die Wirkung von Repression und wissen manchmal auch gar keine konkrete Antwort auf die Frage, wie sie sich den politischen Kampf gegen einen Gegner vorstellen, der die Regeln politischer Auseinandersetzung verhöhnt und am liebsten außer Kraft setzen möchte (siehe die Drohung des Vorsitzenden der NPD-Fraktion des Landtags von Mecklenburg-Vorpommern, man werde zu gegebener Zeit mit den derzeitigen Machthaber abrechnen, vgl. Niehoff: 122). Gleichwohl: Es erscheint ratsam, die von der Rechtsprechung inzwischen gezogenen Grenzen zu respektieren und nicht stets von neuem auszutesten. Eine solche Vorsicht vermeidet den Eindruck, dass der Rechtsstaat bei seiner Verteidigung selbst zu Mitteln greift, gegen die seine Verteidigung eigentlich gerichtet ist.

Literatur

- Barlen, Julian (2008): Klamotten für die Frontstadt Rostock. In: Brodkorb, Mathias/Schlotmann, Volker (Hg.): Provokation als Prinzip. Schwerin: 135-153.
- Beermann, Albert/Gosch, Dietmar (2007): AO/FGO. Lose-Blatt Kommentar. Bonn.
- Beljin, Sascha (2002): Neonazistische Demonstrationen in der aktuellen Rechtsprechung. In: DVBl. 2002: 15-22.
- Brodkorb, Mathias (2003): Metamorphosen von rechts. Münster.

- Bundesamt für Verfassungsschutz (Hg.) (2006): Symbole und Zeichen der Rechtsextremisten. Köln.
- Dietel, Alfred/Gintzel, Kurt/Kniesel, Michael (2005): Demonstrations- und Versammlungsfreiheit. Kommentar zum Gesetz über Versammlungen und Aufzüge. 14. Auflage. Köln.
- Dornbusch, Christian/Raabe, Jan (2008): Protestnoten für Deutschland. In: Röpke, Andrea/Speit, Andreas (Hg.): Neonazis in Nadelstreifen. Berlin: 154-177.
- Dreier, Horst (Hg.). Grundgesetz. Kommentar.
- Frankfurter Rundschau (7.12.2007): Kein Steuergeld für NPD-Umfeld
- Koch, Thorsten (2008): Fehlerhafte Rechenschaftslegung politischer Parteien und ihre Folgen. In: DVBl. 2008: 601-668.
- Morlok, Martin (2001): Parteiverbot als Verfassungsschutz – Ein unauflösbarer Widerspruch. In: NJW 200: 2931-2942.
- Murswiek, Dietrich (2006): Neue Maßstäbe für den Verfassungsschutzbericht. In: NVwZ2006: 121.
- Niehoff, Thomas (2008): Von nationaldemokratischen Kreidefressern. In: Brodkorb, Mathias/Schlotmann, Volker (Hg.): Provokation als Prinzip. Schwerin: 125-133.
- Röpke, Andrea (2007): Ferien im Führerbunker. Braunschweig.
- Soiné, Michael (2004): Rechtsextremistische Musik unter Grundrechtsschutz. In: JuS 2004: 382-387.
- Süddeutsche Zeitung (8.2.2008): Aus der Kasse in die Küche.
- Süddeutsche Zeitung (26.5.2008): Heimliche Darlehen von Sympathisanten.
- Szczekalla, Peter (2008): Das Baurecht als indirektes Instrument der Rechtsextremismus-Abwehr. In: DVBl. 2008: 345-354.
- Tipke, Klaus/Kruse, Heinrich Wilhelm (1961/2007): Kommentar zur Abgabenordnung und zur Finanzgerichtsordnung. Loseblattkommentar. Köln.
- Vierегge, Elmar (2008): Die NPD und die Immobilien. In: Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (Hg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie: 182-197.
- Wächter, Kay (2008). Die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts für das behördliche Vorgehen gegen politisch extreme Versammlungen. In: Verwaltungsarchiv 2008: 73-101.

Internetquellen

- BVerfG B (6.5.2008). In: http://www.bundesverfassungsgericht.de/entscheidungen_rk20080506_2bvr33708.html (zuletzt abgerufen am 29.7.2008).
- Keine Rheinland-Zentrale in Krefeld (17.1.2008). In: <http://www.redok.de/content/view/987/38> vom 17.1.2008 (zuletzt abgerufen am 29.7.2008).
- „Parteienfinanzierung“. In: Wikipedia, Die freie Enzyklopädie. Bearbeitungsstand: 14. Februar 2009, 08:19 UTC. In: Wikipedia <http://de.wikipedia.org/wiki/Parteienfinanzierung> (zuletzt abgerufen am 14.2.2009).
- Schünemann will NPD den Geldhahn abdrehen (14.4.2008). In: <http://www1.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/npd50.html> (zuletzt abgerufen am 29.7.2008).
- Verfassungsschutz gegen Rechtsextremismus (Stand 7.5.2008): In: <http://www.verfassungsschutz.gesundheitsministerium.de/aktuell> (Zuletzt abgerufen am 29.7.2008).

Von der Projektarbeit hin zur institutionalisierten Arbeit

Fritz Rudolf Körper

Es sind Nachrichten wie diese aus den zurückliegenden Jahren, die uns immer wieder aufschrecken:

„Nach dem Verbot ihrer zentralen Kundgebung zum Todestag des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß in Wunsiedel planen Neonazis andernorts Ersatz-Demonstrationen. Die meisten werden getarnt angemeldet, ohne Bezug zu Heß, dessen Suizid sich am heutigen Freitag zum 20. Mal jährt. Eine Ausnahme sollte München machen: Dort gebe es die "einzige in der BRD zugelassene Mahnwache zum Gedenken an Rudolf Heß", brüsteten sich noch am Donnerstag Rechte im Internet-Forum ‚Störtebeker-Netz‘. ‚Auch nach 20 Jahren seiner Ermordung gehen wir wieder auf die Straße um öffentlich unserem Helden und Märtyrer des Friedens Rudolf Heß zu gedenken‘, heißt es dort unter der Überschrift ‚Wenn schon nicht Wunsiedel, dann eben München‘“ (Frankfurter Rundschau, 17.08.2007)

An die 70 Dorfbewohner standen an jenem Sommerabend um das Feuer hinterm Dorfkrug, als die Männer ihre Blut- und Bodensprüche herunterbeteten. Dann zog jemand eine Tüte hervor und warf sie ins Feuer – eine US-Flagge kam zum Vorschein. Danach war Lars K. mit seinem Auftritt dran. Er hielt das Buch mit dem Foto der Anne Frank auf dem Titelblatt erst in die Höhe und warf es dann ins Feuer. (Prozessbericht, Süddeutsche Zeitung, 26.02.2007)

Trotz eines breiten bürgerschaftlichen Engagements, staatlich aufgelegter Programme gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit, trotz aufmerksamer und kritischer Medien, ist das rechtsextremistische Potential in Deutschland erheblich.

Der Verfassungsschutzbericht zählte im Jahr 2007 180 rechtsextremistische Organisationen und Personenzusammenschlüsse. Deren Mitglieder sowie die nicht organisierten Rechtsextremisten umfassen 31.000 Personen. Der deutliche Rückgang gegenüber dem Vorjahr ist alleine dem Umstand geschuldet, dass die Partei „Die Republikaner“ im Verfassungsschutzbericht 2007 nicht mehr als rechtsextremistisch geführt wird. Als „subkulturell geprägte und sonstige gewaltbereite Rechtsextremisten“ werden 10.000 Personen gezählt, dazu kommen 14.200 Mitglieder rechtsextremistischer Parteien, die Hälfte davon (7.200) in der NPD, 4.000 in sonstigen rechtsextremistischen Organisationen und 4.400 unorganisierte Neonazis.¹

Der politisch motivierten Kriminalität – PMK – widmen die Verfassungsschutzberichte von Bund und Ländern große Aufmerksamkeit. Dabei wird deutlich, dass es erheblich mehr Straftaten mit rechtsextremistischem als mit linksextremistischem Hintergrund gibt (2007: 17.176 gegenüber 2.765). Insgesamt ist die Zahl der rechtsextremistischen Straftaten hoch, zu hoch: Es wurden 17.176 Straftaten gezählt, davon 980 Gewalttaten. 473 dieser Gewalttaten waren antisemitisch oder ausländerfeindlich, also rassistisch motiviert; 294 Gewalttaten richteten sich gegen Linke. Drei Viertel dieser Gewaltdelikte waren Körperver-

1 BfV Verfassungsschutzbericht 2007: 52

letzungen.² Der größte Teil der PMK entfällt jedoch auf Propagandadelikte und Volksverhetzung.³

In absoluten Zahlen gab es 2007 mit 122 Gewalttaten die meisten dieser Übergriffe in Nordrhein-Westfalen, bezogen auf die Einwohnerzahl liegt NRW jedoch auf einem hinteren Platz. Die Länder mit den höchsten Zahlen bei Gewalttaten mit rechtsextremistischem Hintergrund, gemessen an der Einwohnerzahl, waren 2007 Brandenburg und Sachsen-Anhalt.

Das brandenburgische Innenministerium meldet bemerkenswert gesunkene Zahlen und deutet diese als Trendumkehr: Nach der vorläufigen Statistik für 2008 ist die Zahl der rechtsextremistischen Gewaltdelikte um etwa ein Drittel gesunken. Dies zeige, dass das von vielen gesellschaftlichen Gruppen getragene und weiter wachsende Engagement gegen Rechtsextremismus Früchte trägt. Rechtsextreme Gewalt werde in der Bevölkerung stärker geächtet als vor zehn Jahren. So kommentierte der brandenburgische Innenminister die neuen Zahlen gegenüber dem Berliner „Tagesspiegel“.⁴ Dem Bundestrend entspricht das nicht. Die im April 2009 veröffentlichten Zahlen des Bundesamtes für Verfassungsschutz zeigen für 2008 einen erneuten Anstieg der PMK-rechts, um 16 % gegenüber dem Vorjahr.

Der Landesverfassungsschutzbericht Sachsen-Anhalt beschreibt die gewaltbereite Szene so:

„Aus der subkulturellen Szene stammt der überwiegende Teil derjenigen Rechtsextremisten, die politisch motivierte Straftaten begehen. Gleichwohl ist der Lebensstil dieser rechtsextremistischen Jugendszene eher auf das Ausleben individueller Bedürfnisse, als auf eine systematische politische Arbeit ausgerichtet. Ohne über ein geschlossenes rechtsextremistisches Weltbild zu verfügen, geben ihre Anhänger unreflektiert dumpfe rechtsextremistische Parolen wieder. Ihre cliquenähnlichen Personenzusammenschlüsse weisen – wenn überhaupt – nur einen losen Organisationsgrad auf. Der Gruppenzusammenhalt ist nicht von einer hierarchischen Struktur bestimmt, sondern durch die persönlichen Beziehungen der Gruppenmitglieder untereinander. Den Mittelpunkt des Handelns bildet die gemeinsame Freizeitgestaltung, die sich auf die Teilnahme an rechtsextremistischen Szenezusammenkünften und Skinheadkonzerten erstreckt.“⁵

Das sind aber nur die Auffälligen. Sie können agieren, weil es in unserer Gesellschaft einen zwar latenten, aber dennoch verbreiteten Antisemitismus und Rassismus gibt. Rechtsextremistische Orientierungen entstehen aus der Ideologie der Ungleichwertigkeit, einhergehend mit der Überlegenheit über die vermeintlich Minderwertigen. Diese Ideologie ist häufig gepaart mit der Akzeptanz von Gewalt. „Ideologien der Ungleichwertigkeit sind das Kernstück verschiedener Facetten rechtsextremistischer Ideologien wie Rassismus (Abwertung anderer aufgrund der Bewertung biologischer Unterschiede), Antisemitismus (Abwertung vom Menschen jüdischer Herkunft oder Religion), Ethnozentrismus (Eigene Aufwertung durch Reklamation kultureller oder ökonomischer Leistung), Fremdenfeindlichkeit (Abwehr von Konkurrenz um Positionen, Plätze etc. aufgrund anderer ethnischer Herkunft), Heterophobie (Angst vor und Abwertung von Norm-Abweichung) und Etabliertenvorrechte

2 ebenda: 33

3 ebenda: 31-32

4 Der Tagesspiegel, 23.01.2009

5 Landesverfassungsschutzbericht Sachsen-Anhalt 2007: 6

(Reklamierung von raum-zeitlicher Vorrangstellung gegenüber Neuen).“⁶ Rechtsextreme unterdrücken andere, um sich selbst zu erhöhen.

Es gibt inzwischen, und hier wieder besonders in Ostdeutschland, sogenannte „No-go-areas“, die von den Rechtsextremisten gerne „national befreite Zonen“ genannt und überwiegend von den so genannten „Freien Kameradschaften“ kontrolliert werden. Sich dort aufzuhalten, ist für Ausländer, Linke, Homosexuelle, Obdachlose oder Behinderte gefährlich. „Potentielle Opfer rechter Gewalt müssen sich in solchen Arealen sehr wohl überlegen, welche Straßen und Kneipen oder andere Orte sie aufsuchen oder meiden. ‚No-go-areas‘ setzen Sympathie und Anerkennung aus dem sozialen Umfeld gegenüber einer rechten Jugendkultur voraus, um Bestand zu haben.“⁷

Die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung „Ein Blick in die Mitte“ belegt das deutlich: „Wir fanden rechtsextreme Einstellungen in allen gesellschaftlichen Gruppen und in allen Bundesländern vertreten. Zwar zeigten sich durchaus verschiedene Ausprägungen bezogen auf die sechs Dimensionen rechtsextremen Denkens, aber es fand sich keine Bevölkerungsgruppe oder Region, in der nicht Bestandteile rechtsextremen Denkens geäußert wurden. Deshalb haben wir konstatiert, dass der Begriff „Rechtsextremismus“ irreführend ist, weil er das Problem als ein Randphänomen beschreibt. Vielmehr handelt es sich bei Rechtsextremismus um ein politisches Problem in der Mitte der Gesellschaft.“⁸

Rechtsextrem orientierte Menschen werden in der Studie im Gegensatz zu anderen Gruppen so beschrieben: geringes Selbstwertgefühl, ängstlich, schätzen die eigene und die allgemeine wirtschaftliche Situation vergleichsweise schlecht ein, haben in ihrer Erziehung durch den Vater Ablehnung und Strafe erfahren, fühlen sich politisch einflusslos.

Schon in der Vorgängerstudie „Vom Rand zur Mitte“ hatten die Autoren festgestellt, dass rechtsextremes Gedankengut nicht zwangsläufig mit einem entsprechenden Wahlverhalten einhergeht. Vielmehr fanden sich unter den Wählern aller demokratischen Parteien solche mit rechtsextremen Einstellungen. Dabei dominierten in den alten Bundesländern antisemitische, in den neuen Bundesländern ausländerfeindliche Einstellungen.

Die dritte FES-Studie „Bewegung in der Mitte“ aus dem Jahr 2008 kommt zu dem Ergebnis, dass sowohl antisemitische als auch ausländerfeindliche Einstellungen in Bayern besonders stark verbreitet sind. Das ist aber allerdings gleichzeitig das Bundesland, in dem laut Verfassungsschutzbericht 2007, zusammen mit Hessen, die geringsten Fallzahlen rechtsextremistischer Straftaten zu verzeichnen sind.

Rechtsextremismus hat es in der Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik immer gegeben. Mitte der sechziger Jahre erhielt die NPD enormen Zulauf. Zwischen 1966 und 1968 konnte sie in sieben Landtage einziehen. In den achtziger Jahren waren es vor allem die Republikaner, die mit rechtspopulistischen Positionen extremes und extremistisches Wählerpotential an sich gebunden haben. Rechtsextremismus ist jedoch nicht alleine ein deutsches Problem. In der Nachkriegszeit gab es in Europa drei faschistische Diktaturen, nämlich in Spanien, Portugal und Griechenland. In das Europaparlament sind Rechtspopulisten eingezogen, die es in den meisten Mitgliedsstaaten gibt. Jean-Marie Le Pen, Jörg Haider,

6 Definitionen nach Sitzer/Heitmeyer 2007

7 Klein 2007: 19

8 Vgl. Decker 2008: 10f.; die Bestandteile rechtsextremer Einstellungen sind: Befürwortung einer Diktatur, Chauvinismus, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Sozialdarwinismus, Verharmlosung des Nationalsozialismus.

Umberto Bossi und andere haben für ihre Parteien zum Teil beängstigend hohe Wahlergebnisse erzielt.

Ein gesellschaftlicher Tiefpunkt war in der Bundesrepublik Deutschland Anfang der neunziger Jahre mit den ausländerfeindlichen Brandanschlägen in Hoyerswerda, Solingen, Mölln und Rostock-Lichtenhagen erreicht. Auf der anderen Seite trafen sich aber die Menschen im ganzen Land, um mit Lichterketten gegen diese Anschläge ein Zeichen zu setzen.

Besonders muss die Entwicklung in den neuen Bundesländern beachtet werden, wo sich, durch den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umbruch begünstigt, in den neunziger Jahren eine subkulturelle und gewaltbereite Jugendkultur herausgeprägt hat. Hinzu kam, dass NPD und DVU die neuen Bundesländer zu einem herausgehobenen Aktionsfeld gemacht haben. Beide Parteien wurden in Landtage und Kreistage gewählt. Bei den Landtagswahlen in Mecklenburg Vorpommern 2006 gaben 15 Prozent der Jungwähler ihre Stimme der NPD. Anfang 2009 scheint die DVU nach dem Rückzug ihres Gründers und Vorsitzenden Frey schnell an Bedeutung zu verlieren. Für Außenstehende stellt sich die Situation der NPD zum gleichen Zeitpunkt desolat dar, Richtungskämpfe und Finanzskandale bestimmen das Bild. Ihrer Integrationskraft in der Szene scheint das nicht zu schaden. Zum Jahrestag der Bombardierung Dresdens, am 14. Februar 2009, gelang es den Rechtsextremisten, mit 6.000 Teilnehmern den größten Aufmarsch von Neonazis in der deutschen Nachkriegsgeschichte zu organisieren. Neben den Parteienvertretern und anderen Neonazis aus dem In- und Ausland dominierten die immer gewalttätiger werdenden „Autonomen Nationalisten“ die Demonstration. Der sächsische NPD-Landtagsabgeordnete Jürgen Gansel kommentierte laut einem Zeitungsbericht diese Demonstration als „Schlag ins Gesicht der antideutschen Schuld- und Sühnepolitiker“.⁹

„Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Das Bekenntnis zur Menschenwürde ist der erste Satz des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland. Hieraus leiteten sich die Werte und die weiteren Bestimmungen der deutschen Verfassung ab. „Niemand darf wegen seines Geschlechts, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen und politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden“ (Artikel 3 Absatz 3 GG). Dieses allgemeine und umfassende Diskriminierungsverbot des Grundgesetzes bindet Legislative, Exekutive und Judikative unmittelbar.

Gegen ein so großes gesellschaftliches Problem wie den Rechtsextremismus gibt es kein Patentrezept. Zwei Antworten der Politik sind notwendig: die Stärkung der Zivilgesellschaft und die Strafverfolgung. Der Staat hat auf beide Anforderungen reagiert.

Seine repressiven Maßnahmen waren und sind

1. strafrechtliche Ahndung von Propagandadelikten, Verwendung von Symbolen verfassungswidriger Organisationen, Volksverhetzung bzw. Aufstachelung zum Rassenhass
2. Verbot von Vereinen und Kameradschaften durch die Innenminister von Bund und Ländern
3. Überwachung durch den Verfassungsschutz
4. Verschärfung des Versammlungsrechts, Auflösung von Demonstrationen durch Polizei und Gerichte

⁹ Die Tageszeitung, 18.02.2009

Das sind die Maßnahmen einer wehrhaften Demokratie. Das Instrumentarium ist unverzichtbar, um dem Rechtsextremismus strafrechtlich zu begegnen. Es darf keine Duldung von extremistischen Straftaten geben. Aber die repressiven Maßnahmen bekämpfen nur die Symptome, nicht die Ursachen.

Die ebenso wichtige Aufgabe des Staates ist es, die Bürgergesellschaft zu stärken, sich auf demokratische Weise mit dem Rechtsextremismus auseinanderzusetzen und ihm zu widerstehen. Das erfordert politische Bildung, historisches Wissen und die Vermittlung demokratischer Werte wie Solidarität, Toleranz, Übernahme von Verantwortung und Zivilcourage.

In Fragen der Bildung liegt die Zuständigkeit bei den Ländern. Extremismus zu bekämpfen ist aber von übergeordnetem, gesamtstaatlichem Interesse. Die Förderung der zivilgesellschaftlichen Strukturbildung kann nur gelingen, wenn alle Akteure zusammenarbeiten: Länder, Kommunen, Vereine, Gruppen, Schulen und Einrichtungen der Jugendarbeit, aber auch die Polizei, die diese Strukturen schützen muss.

Schon die CDU/CSU/FDP-Regierung hatte von 1992 bis 1996 ein Programm zur Bekämpfung des Rechtsextremismus aufgelegt. Angelehnt an den pädagogischen Ansatz der akzeptierenden Jugendarbeit richtete sich das „Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt“ (AgAG) gegen Extremismus allgemein, konzentrierte sich aber auf Rechtsextremisten in den neuen Bundesländern. Durch den Aufbau persönlicher Beziehungen und die Förderung von Jugendarbeit sollten rechtsextremistische oder gefährdete Jugendliche wieder in die Gesellschaft integriert werden. Dieser Ansatz scheiterte vor allem deshalb, weil es zeitgleich für andere Jugendfreizeiteinrichtungen an Geld und qualifiziertem Personal fehlte. Das brachte den Initiatoren des AgAG-Programms den Vorwurf ein, Neonazis die Versammlungsorte zu finanzieren und gut auszustatten, wodurch andere Jugendliche, die auf keine weiteren Freizeitangebote hoffen konnten, den Rechtsextremisten in die Arme getrieben wurden. Sowohl die extremistischen Parteien, aber auch die Kameradschaften haben diese Lücke genutzt und mit einem attraktivem Freizeitangebot, vor allem im Bereich der Musik, nach Halt und Inhalt suchenden Jugendlichen Raum und Bindung geboten.

Die SPD geführte rot-grüne Bundesregierung hatte sich in ihrem Koalitionsvertrag zur Bekämpfung des Rechtsextremismus verpflichtet:

„Die neue Bundesregierung wird die politische Auseinandersetzung mit und die Bekämpfung von Rechtsextremismus zu einem Schwerpunkt machen. Dabei werden wir ein Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt, für die Umsetzung der Werte und Garantien unseres sozialen und demokratischen Rechtsstaates schaffen.“

Im Jahr 2001 startete die Bundesregierung das Aktionsprogramm „Jugend für Toleranz und Demokratie“ mit den Programmen Civitas, Entimon und Xenos. Dies war aber lediglich Teil eines Gesamtkonzeptes, das am 8. Mai 2002 vom Kabinett verabschiedet wurde. Es trägt den Titel „Bericht über die aktuellen und geplanten Maßnahmen und Aktivitäten der Bundesregierung gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit“ und liegt als Bundestagsdrucksache vor.¹⁰

Darin heißt es: „Rechtsextremismus ist kein einheitliches, in sich geschlossenes Phänomen. Es zeigt sich insbesondere

10 BT-Drs. 14/9519

- in fremdenfeindlichen, antisemitischen und anderen rechtsextremistischen Straftaten, die sich gegen Minderheiten allein wegen ihrer ethnischen und/oder religiösen Zugehörigkeit, wegen ihrer als minderwertig definierten sozialen Randlage oder als politisch Andersdenkende richten,
- in neonazistischen Gruppierungen, die einen totalitären Staat propagieren,
- in Parteien, die über die Beteiligung an Wahlen politischen Einfluss erreichen wollen,
- im Schrifttum rechtsextremistischer Autoren und Verlage, die intellektuell oder propagandistisch agitieren,
- und nicht zuletzt in Einstellungsmustern und gesellschaftlichen Orientierungen, die aus diffusen Mentalitäten, emotionalen Relikten und Konstrukten des alltäglichen Lebens bestehen und sich mit rechtsextremistischen Ideologieelementen vermengen können.“¹¹

Ausgehend von dieser Beschreibung und dem damals zu beobachtenden Trend, dass die Akteure der rechtsextremistischen Szene immer jünger, gewaltbereiter und aktionistischer wurden, war das Gesamtprogramm stark auf junge Menschen ausgerichtet. Es umfasste die vier Säulen

- Menschenrechtspolitik
- Stärkung der Zivilgesellschaft
- Förderung der Integration von Ausländern
- Maßnahmen, die auf die Täter und ihr Umfeld zielen

Dies war, verglichen mit dem AgAG-Programm der Kohl-Regierung, ein klarer Paradigmenwechsel. Dieser, für die Bundesregierung neue, zivilgesellschaftliche Ansatz richtete sich explizit nicht an rechtsextremistische Jugendliche, sondern an diejenigen, die dem Rechtsextremismus widerstehen wollen. Es war die Hinwendung zum aktivierenden Staat, zu mehr Bürgerbeteiligung und mehr Eigenverantwortung.¹²

Zivilgesellschaft bezeichnet den Raum in einer Gesellschaft zwischen Staat, Markt und Familie und zeichnet sich durch das Engagement und die Teilhabe Einzelner oder Gruppen an der politischen Willensbildung aus. Dieses bürgerschaftliche Engagement in Initiativen, Gruppen, Organisationen und Vereinen ist eine wesentliche Säule der Demokratie.

Das Aktionsprogramm „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ umfasste drei Einzelprogramme: XENOS (griechisch: der Fremde, der Gast), CIVITAS (von civitates, lateinisch: Bürgergesellschaft) und ENTIMON (griechisch: Würde, Respekt). Es richtete sich nicht mehr ausnahmslos an Heranwachsende, sondern berücksichtigte, dass sich Rechtsextremismus in allen Altersgruppen und sozialen Schichten wiederfindet.

Mit XENOS verband die Bundesregierung erstmals die Themen Fremdenfeindlichkeit und Arbeitswelt und richtet sich an Betriebe, Verbände, Kommunen sowie Träger der beruflichen Bildung, um über arbeitsmarktbezogene Maßnahmen Fremdenfeindlichkeit abzubauen und Toleranz zu fördern. Das Programm XENOS ist im Bundesministerium für Arbeit und Soziales angesiedelt, das dafür auch Mittel aus dem europäischen Sozialfond zur Verfügung stellt. Das Programm XENOS wird weitergeführt.

11 ebenda: 3

12 Vgl. van Berg 2005: 469.

ENTIMON hatte vor allem das Ziel, Menschen mit Migrationshintergrund in die Gesellschaft einzubinden, die Fähigkeit zu entwickeln und zu stärken, Interessengegensätze und Konflikte demokratisch zu bewältigen sowie sich gegen Gewalt, Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus zu wenden und Minderheiten zu schützen. Der Schwerpunkt der Arbeit lag auf der Bildung lokaler Netzwerke und dem interkulturellen und interreligiösen Lernen. ENTIMON war bis Ende 2005 geplant und wurde bis Ende 2006 verlängert.

CIVITAS richtete sich als Aktionsprogramm gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern. Dort ist seit der Wiedervereinigung ein starkes rechtsextremistisches Potential festzustellen. Die Fallzahlen rechtsextremistischer Straftaten sind dort, gemessen an der Bevölkerungszahl, sehr hoch. In der Vergangenheit fanden dort besonders brutale Übergriffe auf Ausländer und Linke statt. CIVITAS förderte u.a. Modellprojekte zur Beratung von Opfern und potentiellen Opfern rechtsextremer Gewalt, mobile Beratungsteams und Kriseninterventionsteams. CIVITAS war das bekannteste, und wegen seiner herausragenden Projekte, das bundesweit am stärksten beachtete Programm. Wie ENTIMON war CIVITAS bis Ende 2005 konzipiert und wurde bis Ende 2006 verlängert.

In einer Studie für die Friedrich-Ebert-Stiftung hat Ludger Klein die Programme bewertet:

„Vielleicht ist der größte Erfolg des auslaufenden Aktionsprogramms in der Belebung sowohl des öffentlichen als auch des Fachdiskurses zu sehen. Zum einen haben Modellprojekte des Bundes stets auch eine Kampagnenfunktion, die für ‚Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus‘ als erfüllt gelten kann: Die Botschaft, dass Handlungsbedarf bezüglich der Rückeroberung des öffentlichen Raums besteht, dass Zivilcourage und bürgerschaftliches Engagement grundlegend für ein demokratisches und tolerantes Miteinander in Vielfalt sind und Anerkennung verdienen, sollte in jeden Winkel der Republik vorgedrungen sein. Zum anderen – und dies ist nicht zu unterschätzen – gab es Expert/innenrunden in bislang ungekannter Zusammensetzung: Landeskonferenzen haben auf regionale Problem- und Bedarfslagen aufmerksam gemacht, Fachtagungen im Rahmen der Teilprogramme, so auch die Transferworkshops im Rahmen von XENOS, haben zum Erfahrungsaustausch und zur Weiterqualifizierung der unmittelbar involvierten Akteure beigetragen.“¹³

Die Koalition aus CDU/CSU und SPD hat sich in ihrem Koalitionsvertrag von 2005 im Kapitel „Jugend und Toleranz“ festgelegt:

„Wir wollen den Kampf gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, für Demokratie und Toleranz fortführen und auf Dauer verstetigen. Es ist unser erklärtes Ziel, das Verständnis für die gemeinsamen Grundwerte und kulturelle Vielfalt zu entwickeln und damit die Achtung der Menschenrechte zu fördern bzw. jede Form von Extremismus, auch von links, zu bekämpfen. Ziel ist es, den Handlungsrahmen von Aktionsprogrammen umfassender auszulegen. Damit können wir auch einen wesentlichen Beitrag leisten, einer zunehmenden Gewaltbereitschaft junger Menschen entgegen zu wirken. Es geht um Vielfalt, Respekt für andere, Demokratie, Toleranz und die Bekämpfung des Antisemitismus. Wir wollen, dass Jugendliche vor Ort motiviert werden und in ihrem Engagement verlässlich unterstützt werden. Dabei setzen wir auf ein engeres Zusammenwirken mit Ländern und Kommunen, mit Medien, den Kirchen, Wirtschaft, Gewerkschaften, Sportvereinen, den Jugendverbänden und vielen anderen. Integrierte lokale Strategien sind besonders Erfolg versprechend. Es gilt, künftig noch stärker Brücken zu den Projek-

13 Klein 2007: 32 f.

ten zu schlagen, die sich mit gefährdeten bzw. in der rechten Szene bereits gefestigten Jugendlichen beschäftigen.“¹⁴

Um die Inhalte des neu aufzulegenden Programms wurde gerungen. Die Unionsparteien wollten die Extremismusbekämpfung auf alle Erscheinungsformen ausdehnen, also auch auf Linksextremismus und den Islamismus. Letztlich blieb es aber bei der Beschränkung auf den Rechtsextremismus. Zum einen, weil beim Linksextremismus, vor allem in Bezug auf linksextremistische Gewalttaten, gegenüber dem Rechtsextremismus auf bedeutend geringere Fallzahlen zu verweisen ist, zum anderen aber auch, weil Linksextremismus kein gesellschaftliches Problem ist, das über die organisierte Szene hinausgeht. Anders als Rechtsextremisten finden Linksextremisten kaum Widerhall bei der restlichen Bevölkerung. Außerdem passte die Einbeziehung nicht in den zivilgesellschaftlichen Ansatz der Programme. Zivilgesellschaftliche Strukturen können nur gestärkt werden, wenn diese vorhanden oder gebildet werden können. Unbestritten ist aber, dass jede Form des Extremismus mit Mitteln der politischen Bildung bekämpft werden muss. Es gehört zur Gesamtstrategie der Bundesregierung, praktische Demokratie und Toleranz zu fördern.

Zum 1. Januar 2007 hat das Programm „Vielfalt tut gut – Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ die Programme CIVITAS und ENTIMON abgelöst. Das Programm wird, wie die beiden Vorgängerprogramme, aus dem Haushalt des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend mit einem jährlichen Etat von 19 Millionen Euro finanziert. Daraus werden 90 Lokale Aktionspläne, davon 60 in den neuen und 30 in den alten Bundesländern gefördert, sowie 94 Modellprojekte. Die erste Programmphase ist bis Ende 2010 konzipiert. Die Ziele und Aufgaben werden so beschrieben:

„Angesprochen werden sollen mit ‚VIELFALT TUT GUT‘ insbesondere Kinder und Jugendliche, rechtsextremistisch gefährdete junge Menschen, Migrantinnen und Migranten sowie Eltern, Erzieherinnen und Erzieher, Lehrkräfte und die lokalen Meinungsbildnerinnen und Meinungsbildner vor Ort. Das Programm hat zwei Umsetzungsschwerpunkte: Erstens die Förderung lokaler Aktionspläne in kommunaler Verantwortung zur Stärkung der Demokratieentwicklung vor Ort. Und zweitens die Förderung von Modellprojekten, die innovative Ansätze zur Bekämpfung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus verfolgen.

Die Projekte widmen sich vier Themen:

- Auseinandersetzung mit historischem und aktuellem Antisemitismus
- Arbeit mit rechtsextremistisch gefährdeten Jugendlichen
- Präventions- und Bildungsangebote für die Einwanderungsgesellschaft
- Früh ansetzende Prävention“¹⁵

Zusätzlich fünf Millionen Euro fließen in der veranschlagten Laufzeit jährlich in „kompetent. für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“.

Ziel in der Selbstbeschreibung:

14 Gemeinsam für Deutschland. Mit Mut und Menschlichkeit, Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD, Kapitel VI, 6. Jugend, Rheinbach 2005: 124

15 Internetauftritt www.vielfalt-tut-gut.de

„Menschen in solchen schwierigen Situationen sollen vor Ort mit fachkompetenter Beratung und Hilfe Unterstützung finden. Um die Beratung und Unterstützung zu organisieren, wurde in jedem Bundesland eine Landeskoordinierungsstelle bzw. eine Erstkontaktstelle eingerichtet. Hier werden Informationen über die im Land vorhandenen Einrichtungen, Fachkräfte und ihre Kompetenzen gebündelt. Die Landeskoordinierungsstelle steuert und verknüpft diese Ressourcen und Hilfsangebote zu einem Beratungsnetzwerk. Tritt ein Konflikt mit rechtsextremem Hintergrund auf, können sich Opfer, Ratsuchende und kommunale Ansprechpartnerinnen und -partner direkt an die Landeskoordinierungsstelle oder an die Erstkontaktstelle des Bundeslandes wenden.“¹⁶

Rechtsextremismus bleibt eine Herausforderung an unsere Gesellschaft und an die Politik. Das zeigen die Studien zu rechtsextremen Einstellungen in der Bevölkerung und auch die neuerdings wieder steigenden Zahlen rechte extremistischer Gewalt. So muss die Frage gestellt werden, ob für die aktuellen, von der Bundesregierung initiierten Programme die richtigen Ansätze gewählt wurden und ob sie ausreichend sind. Sie müssen ständig auf ihre Wirksamkeit überprüft werden. Zwei Jahre nach Beginn der Laufzeit lässt sich festhalten:

Grundsätzlich ist es zu begrüßen, dass die Kommunen stärker in die Bekämpfung des Rechtsextremismus eingebunden werden. Die erste Säule des Bundesprogramms „Vielfalt tut gut“ legt die Verantwortung für die lokalen Aktionspläne in die Hand der Kommunen, sie werden allerdings ganz aus Bundesmitteln finanziert. Es ist jedoch fraglich, ob es sinnvoll war, den Kommunen die alleinige Verantwortung dafür zu überlassen. Immerhin ist in den betreffenden Kommunen in den Jahren zuvor Rechtsextremismus nicht selten deshalb zu einem Problem geworden, weil die Verantwortlichen weggesehen und nicht gehandelt haben. Das Problem wurde negiert, weil man es nicht wahrhaben oder den „guten Ruf“ der Kommune nicht gefährden wollte. Dementsprechend waren die Reaktionen von politisch Verantwortlichen auf Vorfälle oft abweisend: „Wir haben kein Problem mit dem Rechtsextremismus“, „Die kommen von außerhalb“, „Die Journalisten sind Schuld am schlechten Image, das unsere Stadt jetzt hat“.

Zumindest liegt deshalb in dem Programm die Gefahr, dass betroffene Kommunen zwar den Handlungsbedarf nicht ignorieren können, andererseits jedoch die zivilgesellschaftlichen Kräfte mit Hilfe ihrer Steuerungskompetenz daran hindern, ihre verdienstvolle Arbeit fortzusetzen, weil ihnen die finanziellen Mittel nicht zur Verfügung stehen. Über die Vergabe der Mittel entscheiden kommunale Organe. Und in nicht wenigen Kommunen, vor allem in Ostdeutschland, wo auch zwei Drittel der lokalen Aktionspläne angesiedelt sind, sitzen NPD oder DVU in den kommunalen Vertretungen.

Das Gleiche gilt für die zweite Säule von „Vielfalt tut gut“, nach der Modellprojekte gefördert werden. Diese erhalten zu 50 Prozent der Mittel vom Bund, die andere Hälfte muss durch die Länder kofinanziert werden. Das erweist sich für manches Projekt als eine unüberwindbare Hürde. Dennoch sehen die Akteure auch viel Positives. Dazu Timo Frank von der Amadeu Antonio Stiftung:

„Dafür hat es in anderen Bereichen erfreuliche Innovationen gegeben, wie den Bereich 'Früh ansetzende Prävention' mit den Unterpunkten 'Förderung von Partizipation bzw. die aktive Beteiligung an demokratischen Entscheidungsprozessen' und 'Entwicklung und Erprobung spezifischer Aus- und Fortbildungskonzepte für Erzieherinnen und Erzieher'. Hier wird das Prinzip der klassischen Intervention verlassen und andere Bereiche wie das Lernen von Anerkennung durch

16 Internetauftritt kompetent-fuer-demokratie.de

Beteiligung in den Vordergrund gestellt und auch in Rechnung gestellt, dass Multiplikatoren einer fundierten Ausbildung und Unterstützung bedürfen.“¹⁷

Sehr kritisch sieht Timo Frank aber das Bundesprogramm „Beratungsnetzwerke und Mobile Interventionsteams“:

„Statt auf Prävention und prozesshafte, ganzheitliche Intervention, setzt das zweite Programm auf die Bekämpfung von Krisen durch kurzfristige Aktion. Während in der ersten Generation des Bundesprogramms CIVITAS Prävention und Intervention zumindest gleichberechtigt nebeneinander standen, wurde mit dem strukturellen Ansatz der Beratungsnetzwerke eine Engführung vorgenommen.“

Er berichtete aber auch, dass einige Bundesländer diese Schwäche erkannt und durch Strukturförderung von mobiler Beratung und Opferberatung ergänzt hätten.¹⁸

Fazit

Eltern unterstützen

Wie Jugendliche zu Rechtsextremen werden, ist vielfach beschrieben worden. Der Aussteiger Jörg Fischer-Aharon schildert die Teilnahme an seinem ersten Deutschlandtreffen der NPD als einen „Rausch kollektiver Extase“. Jugendliche übernehmen die Deutungen ihres rechtsextremen Milieus, in dem diese Auffassungen als normal angesehen werden. Bei den in weiten Kreisen der Bevölkerung verbreiteten ausländerfeindlichen und antisemitischen Einstellungen können diese Deutungsmuster aus dem Elternhaus stammen. Nicht selten aber wollen sich Heranwachsende auch gegen ihre Familie abgrenzen. Es dauert oft lange, bis die Eltern die Entwicklung ihres Kindes verstehen. Mit ihren Argumenten können sie sich nicht richtig auseinandersetzen, die äußeren Symbole des neuen Denkens sind den Eltern oft unbekannt oder Musik, Springerstiefel, eindeutige Kleidung wird zu Hause schlicht verboten. In dieser eskalierenden Situation fühlen sich Eltern dann alleine gelassen. Kaum jemand erachtet sich bei diesem Thema als wirklich kompetent. Es gibt wenige Elterninitiativen von Betroffenen. Das Projekt „Licht-Blicke – Eltern stärken, Beratung, Vernetzung, Fortbildung zum Thema Familie und Rechtsextremismus“ berät solche Eltern. Eva Pausner von „Licht-Blicke“ beschreibt ihre Arbeit so:

„[...] wenn Eltern zu der Elterninitiative stoßen oder das Beratungsangebot von ‚Licht-Blicke‘ annehmen, dann haben sie schon einen langen Weg hinter sich, nämlich, dass sie z.B. des Öfteren in der Schule nachgefragt haben und um Hilfe gebeten haben oder auch schon beim Jugendamt waren[...]. Den Eltern fehlt in der Regel genau diese niedrigrschwellige, auf ihre Probleme bezogene Ansprechbarkeit.“¹⁹

17 Timo Frank, Mitarbeiter der Amadeu Antonio Stiftung, Anhörung Bündnis 90/GRÜNE

18 ebenda

19 Beitrag von Eva Pausner bei der Fachveranstaltung für Eltern und Fachpublikum: Gemeinsam gegen Rechtsextremismus

Eltern brauchen stärkere Unterstützung, denn sie sind „das wichtigste Bindeglied zur Gesellschaft, weil im Allgemeinen die Rechten die Brücken zu allen anderen abgebrochen haben oder allmählich abbrechen. Insofern sind die Eltern oft die einzige Chance, wenn (...) die inneren Widersprüche, also die Widersprüche innerhalb der Kameradschaft oder der Clique, so stark werden, dass die Jugendlichen offen für Signale von außen werden“.²⁰

Ausstiegswilligen helfen²¹

Besonders bei „nur“ subkulturell geprägten Rechtsextremisten besteht die Chance, dass sie sich aus der Szene auch wieder lösen. Folgende Ausstiegsmotivationen sind relevant:

- „Desintegrationserfahrungen im Szenekontext, vor allem durch hier selbst erlittene oder bei Nahestehenden beobachtete *Gewalt* und Demütigung, aber auch durch erlebte Enttäuschungen zum Beispiel hinsichtlich der für sie zentralen Werte wie ‚Zusammenhalt‘ und ‚Kameradschaft‘;
- als positiv erlebte Erfahrungen von *Integration*(schancen) außerhalb der Szene oder als schmerzhaft oder bedrohlich empfundene institutionelle Sanktionierung, die das Risiko eines Verbleibs in Szene- und Orientierungskontexten für eine gelingende Lebensbewältigung aufzeigt;
- die Einsicht, Statuspassagen des Übertritts in ein gesichertes Erwachsenenleben nicht erfolgreich absolvieren zu können, ohne die rechtsorientierte skinkulturelle Orientierung abzulegen.“²²

Wer diesen Schritt gehen will, braucht Rat und Unterstützung. Das bundesweit anerkannte Projekt „Exit“ (das in der Vergangenheit leider immer wieder mit Finanzierungsschwierigkeiten zu kämpfen hatte) hilft Ausstiegswilligen sowie betroffenen Eltern. Beim Bundesamt für Verfassungsschutz läuft seit April 2001 ein Aussteigerprogramm, das sich insbesondere an Schlüsselfiguren und Multiplikatoren in der rechtsextremistischen Szene wendet, sie berät und im Einzelfall sogar materielle Hilfe gewährt.

Arbeit bündeln, Projekte verstetigen

Allen Programmen, die hier beschrieben und bewertet wurden, ist gemeinsam, dass aus ihnen nicht institutionell gefördert wird, sondern dass sie nur in Form von zeitlich begrenzten Modellprojekten geführt werden können. Nach der Haushaltsordnung des Bundes darf es eine Projektförderung oder eine institutionelle Förderung durch den Bund nur dann geben, wenn der Bund auch die materielle Zuständigkeit hat. Das ist bei der Bekämpfung von Rechtsextremismus nicht der Fall. Nach dem Grundgesetz liegt die Zuständigkeit für die Bekämpfung des Rechtsextremismus eindeutig bei den Ländern. Deshalb muss eine Kofinanzierung durch die Länder vorliegen und die Projekte müssen zeitlich begrenzt sein. So hat es das Bundesverfassungsgericht entschieden.

20 Beitrag Birgit Rommelspacher, ebenda

21 Vgl. auch den Beitrag von Frank Buchheit in diesem Band.

22 Möller/Schuhmacher 2007

Die Bundesregierung hat im Jahr 2000 das „Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt“ (BfDT) gegründet. Seine Aufgabe ist es, zentrale Koordinierungsstelle an der Schnittstelle zwischen Staat und Zivilgesellschaft und Impulsgeber für die Zivilgesellschaft zu sein. Das BfDT muss ausgebaut werden, um stärker als Koordinierungsstelle für die Präventionsarbeit von Bund, Länder und Kommunen mit den zivilgesellschaftlichen Initiativen und Vereinen zu wirken. Rechtsextremismus ist ein gesamtdeutsches Problem, auch wenn es in den ostdeutschen Bundesländern stärker ausgeprägt ist. Nur einzelne westdeutsche Bundesländer haben eigene Landesprogramme aufgelegt. Die Länder sind gefordert, sich diesem Problem stärker zuzuwenden.

Es gibt aber ein gesamtstaatliches Interesse an der Bekämpfung des Rechtsextremismus. Deshalb ist unabdingbar, vorhandene Potentiale besser zu bündeln, überschaubarer zu machen und auszubauen. Es gibt viele Forderungen, wie dies geschehen könnte: die Einrichtung eines bundesweiten „Runden Tisches“ oder die Bestellung eines „Bundesbeauftragten für Demokratie und Toleranz“. Intensiv diskutiert wird die Errichtung einer Stiftung, deren Stiftungsfond ausschließlich aus dem Bundeshaushalt bestritten wird oder die über einen Stiftungsfond verfügt, an dem sich sowohl der Bund als auch gesellschaftliche Kräfte wie Gewerkschaften, Religionsgemeinschaften, Sportverbände usw. finanziell beteiligen sollten. Der Vorteil des Stiftungsmodells liegt auf der Hand: sie kann unbefristet Projekte fördern. Viele Projekte aus den ersten Bundesprogrammen haben sich sehr bewährt und haben Vorbildcharakter. Bislang steht ihre Finanzierung immer wieder aufs Neue in Frage. Diese Projekte dürfen nicht länger regelmäßig in ihren Strukturen zurückgeworfen oder gar zerschlagen werden. Besonders die Mittel für Krisenintervention und für Opferberatung müssen verstetigt werden. Eine solche Stiftung sollte an eine bestehende Stiftung oder Organisation angegliedert werden, die über Personal und Erfahrung verfügt, Projekte zu begutachten, zu fördern und zu begleiten. Vor allem muss eine solche Stiftung überparteilich sein, um die gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu verdeutlichen.

Rechtsextremismus-Prävention darf nicht weiterhin als Projektarbeit, sondern muss als institutionalisierte Arbeit, verstanden werden.

Literatur

- Decker, Oliver et al. (2008): Ein Blick in die Mitte. Zur Entstehung rechtsextremer und demokratischer Einstellungen, Berlin.
- Klein, Ludger (2007): 19. Die Demokratie braucht die Zivilgesellschaft, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- Möller, Kurt/ Schuhmacher, Nils (2007): Ein- und Ausstiegsprozesse rechtsextremer Skinheads, in: *ApuZ*, 37/2007.
- Sitzer, Peter/Heitmeyer, Wilhelm(2007): Rechtsextremistische Gewalt von Jugendlichen, in *APuZ*, 37/2007.
- van Berg, Lynen (2005): Die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus – eine Frage politischer Kulturen, in: Sammelband deutsche Jugend, Zeitschrift für Jugendarbeit 2005. Weinheim/München.

Durch Intervention zum Ausstieg

Frank Buchheit

In der Öffentlichkeit wird im Zusammenhang mit Programmen, die den Ausstieg junger Menschen aus der rechten Szene intendieren, knapp von „Aussteigerprogrammen“ gesprochen – was aber nur einen Teil der Aktivitäten der Programme, gleichsam nur das Kerngeschäft, abdeckt. Für das baden-württembergische „Aussteigerprogramm“, das 2001 als eines der ersten behördlichen Programme ins Leben gerufen wurde, soll dargelegt werden, warum der Begriff „Interventionsprogramm“ an sich zutreffender wäre.

Die organisatorische Anbindung von Ausstiegshilfen muss nicht zwingend, wie dies im baden-württembergischen Beispiel der Fall ist, an die Polizei erfolgen (auch wenn enge Kooperationsbedingungen zur Polizei in allen behördlichen Programmen Standard sind). Um zwei Nachbarbundesländer als Beispiele zu nennen: in Bayern wird das Aussteigerprogramm vom Landesamt für Verfassungsschutz ausgeführt, in Rheinland-Pfalz erfolgt es in Trägerschaft des Landesjugendamtes. Einmalig ist die Anbindung der niedersächsischen „Aussteigerhilfe Rechts“ an das Justizressort, als eine sehr spezielle Form der Bewährungshilfe. Die unterschiedlichen Trägerschaften der behördlichen Aussteigerprogramme bedingen auch unterschiedliche Zugänge zur Zielgruppe.¹ Hier soll ein kurzer Einblick in die baden-württembergische Praxis gegeben werden.

1 Programm

Das interministerielle Programm „Ausstiegshilfen Rechtsextremismus“ soll, in offensiver Weise, eine Bekämpfung der rechten Szene mit präventiven Mitteln bewirken. Konzeptionelle Taufpaten waren die skandinavischen EXIT-Programme, die mit verschiedenen Möglichkeiten und Funktionsweisen der Polizei Baden-Württembergs in Einklang gebracht wurden. Dies lässt sich z.B. am Programmziel der zukünftigen Straffreiheit ablesen, aber auch am Zugang zur Zielgruppe über die Datenbestände des polizeilichen Staatsschutzes (hierzu weiter unten noch genauer).

Eine zentrale Rolle im Gesamtprogramm kommt der „Beratungs- und Interventionsgruppe gegen Rechtsextremismus“ (BIG Rex) beim Landeskriminalamt Baden-Württem-

1 Alle Aussteigerprogramme beinhalten einen Kernbereich, der sich der Begleitung des individuellen Ausstiegs einzelner ehemaliger Szenemitglieder widmet. Unterschiede zwischen den einzelnen Initiativen ergeben sich, neben der Nähe zu verschiedenen gesellschaftlichen und staatlichen Trägern, bezüglich der Zieldefinition (v.a. Straffreiheit und/oder inhaltlicher Ausstieg), der Art des Zugangs auf die Zielgruppe (direkt aufsuchend, über Multiplikatoren und Medien oder reaktiv, z.B. über Hotlines) und den zusätzlich angebotenen Leistungen (Multiplikatorenschulungen, Präventionstätigkeiten, Community Coaching, gruppenbezogene Ansätze, Elternberatung, Selbsthilfegruppen, Öffentlichkeitsarbeit, Internetpräsenzen, Beteiligungen an Gremien, et cetera). Eine aktuelle vergleichende Darstellung der Programme ist nicht bekannt und würde den hier zur Verfügung stehenden Rahmen sprengen. Zuletzt wurde dies in einer bundesweiten Auswertung von Aussteigerprogrammen (Stand: September 2002) durch die Innenministerkonferenz unter Vorsitz von Baden-Württemberg intendiert, wobei bereits deutlich wurde, dass die einzelnen Aussteigerprogramme nur bedingt vergleichbar sind.

berg zu, die aus den Ermittlungsvorgängen herausgelöst ist und eine rein präventive Zielrichtung verfolgt. Personell setzt sich die BIG Rex aus zwei erfahrenen Kriminalbeamten des polizeilichen Staatsschutzes beim LKA, zwei Beamten der Bereitschaftspolizei (auf Abordnungsbasis), die in ihrer Altersstruktur der Zielgruppe näher sind und einem für das Programm eingestellten Diplom-Pädagogen zusammen.²

Aus den polizeilichen Datenquellen wird für das Programm regelmäßig eine Liste aller bekannten Mitglieder der rechten Szene in Baden-Württemberg zusammengestellt. Diese werden analog ihrer bisherigen strafrechtlichen Auffälligkeit nach den Zielgruppen eins (Sympathisanten, Mitläufer), zwei (Ersttäter), drei (Intensiv- und Wiederholungstäter) sowie zusätzlich der Zielgruppe vier (lose, regional aktive Gruppierungen) unterschieden. In Absprache mit der Kriminalpolizei der Kreisdienststellen wird festgelegt, ob eine Ansprache der Zielpersonen in Bezug auf das Programm sinnvoll erscheint, im Einzelfall auch, ob dies sinnvoller durch die örtliche Polizei oder die BIG Rex durchzuführen wäre. Grundsätzlich sind die Kreisdienststellen für die Zielgruppen eins und zwei, die BIG Rex für die Gruppen drei und vier zuständig.

2 Ansprache

In den bisherigen „Evaluationen“ der verschiedenen privaten wie behördlichen „Aussteigerprogramme“ spielt die Frage des Zugangs zur Zielgruppe eine zentrale Rolle.³ Alle pflegen eine passive Zugangsmöglichkeit, z.B. über eine Hotline-Nummer, E-Mail-Kontaktmöglichkeit et cetera. Viele setzen auf Multi-plikatoren in den Bereichen der Polizei, der Justiz oder der Sozialen Arbeit. Die allerwenigsten, darunter das baden-württembergische Modell, gehen aktiv auf Zielpersonen der rechten Szene zu.

Dies ist insbesondere in Fällen aktueller Straftaten, die massive staatliche Reaktionen oder gar eine Inhaftierung nach sich ziehen, sinnvoll, aber auch wenn ein anderes kritisches Lebensereignis aus dem Leben eines Szenegängers bekannt wird.

So wurde der BIG Rex bekannt, dass sich innerhalb einer Gruppierung der rechten Szene gewisse Zerwürfnisse ergeben hatten, die dazu führten, dass einzelne ehemalige Mitglieder ausgestoßen und isoliert wurden. In solchen Fällen erscheint eine Einzelansprache Erfolg versprechend.

Häufig schließt sich ein Bruch mit dem bisherigen (Szene-) Leben an eine neue partnerschaftliche Beziehung mit einer szeneeexternen Person an – das „kritische“ bezieht sich auf die bisherige Lebensführung und nicht auf die Bewertung des Lebensereignisses.

Neben der Einzelansprache besteht die Möglichkeit, alle Mitglieder einer räumlich eingrenzbaaren rechten Gruppierung innerhalb weniger Tagen anzusprechen und mit der Möglichkeit des Ausstiegs zu konfrontieren. Bei diesen unangemeldeten Ansprachen an der Haustüre ist die Gewinnung von Aussteigern nur ein mittelbares Ziel – nur in extrem seltenen Fällen wurden auf diese Weise Personen angetroffen, die schon seit geraumer Zeit mit dem Gedanken spielten, der Szene den Rücken zu kehren. Das etwas andere Auftreten der

2 Nicht nur aus Gründen der vereinfachten Lesbarkeit, sondern auch zur Anonymisierung wird durchgängig die männliche Form verwandt. Die BIG Rex hatte über die ganze Zeit immer mindestens eine Mitarbeiterin.

3 Eine vergleichende Evaluation der Programme, die strengen wissenschaftlichen Kriterien entspräche, liegt aktuell nicht vor. Neben Diplomarbeiten und der oben erwähnten Auswertung der Innenministerkonferenz sind nur Texte bekannt, die als überholt gelten müssen oder sich auf ungenügende Informationen stützen.

Polizei außerhalb von Ermittlungszusammenhängen soll bei diesen Ansprachen einerseits zum Ausdruck bringen, dass ein Ausstieg nicht alleine, ohne Hilfe und gegen Widerstände vollzogen werden muss, noch wichtiger aber: dass er überhaupt möglich ist!

Einen Spezialfall, nicht nur in der Ansprache, sondern auch in den Betreuungen, stellen Frauen der rechten Szene dar. Ihr Anteil an Ausstiegswilligen entspricht dem Frauenanteil an der rechten Szene und lässt sich zwischen zehn und zwanzig Prozent eingrenzen. In vielen Fällen sind Aussteigerinnen in weit geringerem Maße strafrechtlich, vor allem im Sinne von Gewaltdelikten, in Erscheinung getreten als junge Männer, dafür zeigen sich manche in ihren Einstellungen extremistischer, was den intervenierenden Zugang erschwert. Umso interessanter war die Begleitung einiger dieser Frauen auf dem Weg ihres Ausstiegs.

3 Intervention

In der rechten Szene wird zuweilen behauptet, ein Ausstieg wäre höchstens nach Gehirnwäsche möglich. Ausgestiegene werden als Verräter gebrandmarkt, denen nicht selten Vergeltungsmaßnahmen angedroht werden. Hier will das Programm intervenieren und einen Kontrapunkt setzen: ein Ausstieg aus der rechten Szene ist um ein Vielfaches normaler als der Einstieg in dieselbe!

Ein Nebeneffekt der Intervention über Ansprachen lässt sich beobachten, wenn die interne Kommunikation einer Gruppierung, zum Beispiel in Web-Foren mitgelesen werden kann. Zwischen den Zeilen kommt eine gewisse Unsicherheit der verbleibenden Szenegänger zum Ausdruck, ob aus der eigenen Gruppierung „Kameraden“ für einen Ausstieg gewonnen wurden.

Über eine Staatsschutzdienststelle wurde die BIG Rex auf ein Forum einer rechten Gruppierung in den Tiefen des Internets aufmerksam gemacht. Nach der Ansprachereaktion fand ein intensiver Austausch der Szenemitglieder untereinander statt, der sich über den Zeitraum von ca. vier Wochen darum drehte, wer was wann an wen weitergegeben hätte und wer noch fest zur Sache stünde. Dabei wurde immer wieder der Ausstieg thematisiert. Zwischen krasser Ablehnung, Unverständnis und der Auffassung, wem es nicht passe, der solle doch einfach gehen.

Über die Jahre lässt sich beobachten, dass sich der eine oder andere zu einem früheren Zeitpunkt Angesprochene, bei folgenden biografischen Brüchen wieder an die einst übergebene Visitenkarte der BIG Rex erinnert und sich über die Hotline-Nummer meldet.

Diese Form des indiskreten Zugangs hat auch Grenzen: wer partout nicht aussteigen will, kann auf diese Weise auch nicht „herausgebrochen“ werden. Andererseits kommt es bei Minderjährigen immer wieder vor, dass sie selbst keinen Kontakt wünschen, ihre Eltern aber einen großen Bedarf an Beratung sehen und die Mitarbeiter der BIG Rex sprichwörtlich offene Türen einrennen. Auch hier sind überzogene Erwartungen nicht angebracht; zumindest erfahren die Eltern, dass sie nicht alleine sind, wenn sie Bedenken bezüglich der Entwicklung ihrer Kinder haben. Ihnen können praktische Hinweise und eine Aufklärung über szenespezifische (Gesellschaftungs-) Gewohnheiten gegeben, sowie die Möglichkeit zu weiteren Beratungen eröffnet werden. Eltern haben im Vergleich zu ihren Kindern den Informationsnachteil, dass sie oftmals über Entwicklungen der rechten Szene nicht direkt, sondern nur über Internetseiten und einschlägige Literatur erfahren.

So gelingt es Szenemitgliedern, beispielsweise durch das Outfit des „Autonomen Nationalisten“ zu blenden, während die Eltern noch glücklich sind, keinen rechten Skinhead als Sohn zu haben.

Wichtigstes Ziel der intervenierenden ersten Ansprache ist, die Möglichkeit eines Folgekontakts zu eröffnen – im Sinne der Elternberatung oder in Richtung eines Ausstiegs.

Gelegentlich erleben die Mitarbeiter der BIG Rex Irritationen bei ihren Gesprächspartnern bezüglich der Abgrenzung polizeilicher Maßnahmen und denen des Verfassungsschutzes. Der Unterschied ergibt sich aus den Zielrichtungen: ein Verbleib in der Szene, um weiterhin an Informationen zu kommen, ist nicht mit dem Ziel des Ausstiegs vereinbar. Sollte ein potentieller Aussteiger den Wunsch äußern, seine (strafrechtlich relevante) Vergangenheit in einer Art „Lebensbeichte“ aufzuarbeiten, wird durch die BIG Rex ein Kontakt zur ermittelnden Seite der Polizei hergestellt. Eine solche Aussage ist nie Voraussetzung für eine Aufnahme in das Programm. Die personelle Trennung der Prävention und der Repression bleibt aber selbst dann immer gegeben.

Häufig findet der zweite Kontakt zur BIG Rex auf Anraten des Strafverteidigers oder der Bewährungs- bzw. Jugendgerichtshilfe statt. In diesen Situationen kann nicht immer von einem rein intrinsischen Interesse des potentiellen Aussteigers ausgegangen werden; oft sind die erhofften Vorteile im Strafprozess die dominante Motivation.

Dies muss aber nicht der schlechteste Start sein: ein junger Mann meldete sich bei der BIG Rex und gab an, aussteigen zu wollen. Als bald wurde offensichtlich, dass die Hoffnung auf ein mildes Urteil im Vordergrund stand. In den folgenden Gesprächen wurde der Zweifel an der Motivation hintan gestellt und versucht, Überzeugungsarbeit für einen Ausstieg zu leisten. Nach einigen Gesprächen kippte die Einstellung des Probanden zum Ausstieg. Hinzu kamen negative Erfahrungen in der Szene, die das „Wackeln“ als Anlass sah, den Konformitätsdruck zu erhöhen – genau so wie dies von den Ausstiegshelfern prognostiziert wurde. Der junge Mann zog die Konsequenzen und verließ die Gruppe, in der er nur als konformer Kamerad willkommen war, aber nicht als Freund, der auch Kritik äußern darf.

4 Gefährdungssituation

Zu Beginn der Betreuung, wenn maximal von Ausstiegswilligen gesprochen werden kann, gilt es, eine realistische Gefährdungsanalyse zu erstellen. In fast allen Fällen haben die Ausstiegswilligen überzogene Vorstellungen von ihrer Gefährdungslage. Das Programm „Ausstiegshilfen Rechtsextremismus“ hält Maßnahmen bis hin zum Zeugenschutzprogramm vor, um ein individuelles Sicherheitskonzept zu entwickeln. Bisher blieben die Maßnahmen jedoch weit unter dieser Schwelle. In vielen Fällen gilt es, den Kontakt zur örtlichen (Schutz-) Polizei neu herzustellen, der über die gemeinsame, zumeist unerfreuliche Geschichte, negativ belastet ist.

Die Sicherheitsmaßnahmen schließen auch Gespräche im Sinne eines Ausgleichs zwischen „politischen Gegnern“ ein, die in der Vergangenheit oftmals wechselseitig Täter oder Opfer waren. So konnte ein Gewalttäter der rechten Szene dazu gewonnen werden, sich mit Vertretern der linken Szene an einen Tisch zu setzen, um einen „Waffenstillstand“ (kein „Friedensvertrag“, wie beide Parteien betonten) zu schließen. Dieser Waffenstillstand trug über die Zeit des Ausstiegs und wurde, trotz weiterhin unterschiedlicher Einstellungen eingehalten.

Eine spezielle Situation stellt sich bei Ausstiegswilligen in Haft dar: einerseits ist der Kontakt erleichtert, da sich Termine besser verabreden lassen und eine gewisse soziale Kontrolle gegeben ist. Andererseits ergeben sich hierdurch neue Probleme, beispielsweise durch bestehende rechte Subkulturen im Strafvollzug, oder gewaltsame Konflikte mit anderen Inhaftierten. Die größte Problematik besteht darin, die erzielten Erfolge nicht mit dem Tag der Haftentlassung zu gefährden, sondern sie in das andere Leben nach der Haft hinüber zu retten. Dies kann nur durch eine dauerhafte Begleitung über diesen Tag hinaus erreicht werden.

5 Anamnese

In den ersten Treffen einer Betreuung erheben die Mitarbeiter der BIG Rex individuelle Gründe des Einstiegs in die rechte Szene, Erfahrungen, die in der Szene gemacht wurden und Problembereiche, die sich hieraus mit der bürgerlichen Gesellschaft ergaben. Hier verdeutlicht sich oft, dass junge Menschen zunächst Probleme haben, bevor sie welche machen. Ein Ausstieg kann auf Dauer nur gelingen, wenn diese Hintergründe und Erfahrungen angesprochen und aufgearbeitet werden.

Die Funktion der Musik als „Einstiegsdroge“ bewahrheitet sich in dieser Deutlichkeit nur in einigen Fällen. So kam ein späterer Aussteiger nur deshalb in Kontakt mit einer rechten Kameradschaft, da er dort aktuelle, strafrechtlich relevante Musik kaufen konnte, die ansonsten nur schwer zu beschaffen war. Er konnte im Rahmen des Ausstiegs zu einer Art „Musiksubstitution“ überzeugt werden und orientierte sich in Richtung Fun-Punk neu.

In gewisser Analogie zu Verfahren der Jugendhilfe werden hierauf Schritte mit den Ausstiegswilligen vereinbart, die beide Seiten gehen wollen und für beide überprüfbar sind. Über die Erfahrung der Berechenbarkeit und Aufrichtigkeit kann die Basis für ein vertrauensvolles Verhältnis gelegt werden, die Voraussetzung für den folgenden Prozess ist. In fast allen Betreuungsverhältnissen lässt sich ein Punkt beschreiben, an dem „das Eis brach“ und die weitere Zusammenarbeit um ein Vielfaches leichter vonstatten ging. An diesen Punkt zu kommen bedeutet, die wichtigste Hürde schon genommen zu haben.

6 Netzwerkarbeit

Viele Hilfestellungen und Unterstützungsleistungen lassen sich nicht, oder nur schlechter als durch andere, durch die BIG Rex selbst erbringen. In der Phase des Aufbaus von Hilfenetzen gilt die Maxime, jeder solle das leisten, was er am besten kann, oder – anders formuliert – die BIG Rex geht auf alle sinnvollen Hilfeleister zu, um sie für das Hilfenetz zu gewinnen. Viele Ausstiegswillige benötigen beispielsweise Hilfe in Bezug auf ihren Alkoholkonsum, oftmals müssen neue Arbeitsplätze gefunden oder offene Strafverfahren besprochen werden. Dies ohne die Beratungsleistungen der Suchtberatungsstelle, die der Bundesagentur für Arbeit oder die der Jugendgerichtshilfe zu versuchen, wäre vermessen.

Auf diese Weise werden Netzwerke geknüpft, die regional verankert und tragfähig sind. Die BIG Rex ist hierbei häufig Initiator, in der Folge aber nur ein Partner unter anderen – gerne auch derjenige, der das Netz nach einer gewissen Zeit wieder verlassen kann, ohne es dadurch zum Einsturz zu bringen. Nachhaltigkeit bedeutet für die BIG Rex in diesem Zusammenhang, sich selbst nach gegebener Zeit überflüssig zu machen.

Die Betreuungsdauer und -Intensität richtet sich nach der Problemtiefe und -Häufung des Ausstiegswilligen. So kann die Zusammenarbeit zwischen einem halben und dreieinhalb Jahren dauern – mit, in Krisensituationen täglichen, ansonsten aber 14-tägigen, monatlichen oder nur noch gelegentlichen Kontakten.

7 Einstellungsänderung

Die Kernkompetenz der BIG Rex liegt in der Moderation von Ausstiegsprozessen, in der Unterstützung und Beratung der Ausstiegswilligen (und den ihnen nahe stehenden Personen) sowie in der Förderung von Einstellungsänderungsprozessen. Letztere können zwar nur durch die Ausstiegswilligen selbst geleistet werden, bilden aber die beste Garantie gegen Rückfälle und sind daher unerlässlich.

So wurde eher durch Zufall in einem Betreuungsgespräch mit einem anscheinend schon Ausgestiegenen das Thema Fußball angesprochen und über die Mitglieder der Nationalmannschaft die Frage gestellt, ob es für ihn OK sei, wenn David Odonkor das deutsche Trikot trüge. Der scheinbare Aussteiger konnte seine Gefühle kaum in Zaum halten und geriet deutlich in Rage. Das Thema Rassismus wurde in der folgenden Verlängerung der Maßnahme bevorzugt thematisiert, bis sich auch hier Fortschritte abzeichneten.

Neben allen „oberflächlichen“ Belegen für einen Gesinnungswechsel (Übertätowierung, veränderte Kleidung, Musikpräferenzen, anderer sozialer Umgang, neuer Freundeskreis, andere Freizeitbeschäftigungen, et cetera) sind insbesondere überprüfbare Hinweise auf veränderte Einstellungen von Bedeutung, die sich in den Gesprächen ergeben.

Ein Aussteiger konnte beispielsweise glaubhaft versichern, dass er aus dem Rechtsextremismus ausgestiegen sei, obwohl er sich immer noch der Skinhead-Jugendkultur zugehörig fühle und auch regelmäßig dort verkehre. Stolz zeigte er die verschiedenen S.H.A.R.P.-Aufnäher (Skinheads against racial prejudice) auf seiner Kleidung und konnte mit solide recherchierten Fakten über den bunten, apolitischen working-class-Lifestyle die Bedenken der Mitarbeiter der BIG Rex zerstreuen.⁴

Liegen Indizien für eine Einstellungsänderung vor, können Ausstiegswillige als Aussteiger bezeichnet werden. Es gilt jedoch auch weiterhin, die verschiedenen Fragmente rechtsextremer Weltsicht auf einem umgangssprachlichen Niveau und mit alltagsweltlichem Bezug zu überprüfen, um den Erfolg der Zusammenarbeit sicherzustellen. Hierbei sind in einer nicht unbeträchtlichen Anzahl von Fällen gewisse „Reste“ antidemokratischer und menschenfeindlicher Einstellungen festzustellen. Da das Programm „Ausstiegshilfen Rechtsextremismus“ nicht mit strafrechtlich relevanten Rückfällen von Aussteigern umgehen

4 vgl. zur differenzierteren Darstellung der Skinhead-Jugendkultur z.B. George Marshall: „Spirit of 69. Eine Skinhead Bibel“ (S.T. Publishing, Lockerbie, 1993), den Dokumentarfilm „Skinhead Attitude“ (Regie: Daniel Schweizer. Schweiz, Frankreich, Deutschland, 2003. 90 Minuten) oder die Publikation des Verfassungsschutzes NRW: „Musik – Mode – Markenzeichen. Rechtsextremismus bei Jugendlichen“ (4. Aufl., Düsseldorf, 2007). In allen drei Publikationen werden die Ursprünge der Skinhead-Bewegung in den 1960er Jahren als unpolitische Szene des britischen Arbeitermilieus mit hohem Migrantenanteil und verschiedenster Hautfarbe beschrieben, deren Hauptaugenmerke auf Fußball, Bier, lauter (Ska) Musik und durchaus kontrovers zu sehenden Männlichkeitsritualen liegen.

kann, erscheint es manchmal vorteilhafter, sollte sich über längere Zeit keine Änderung ergeben, eine Ausstiegsberatung nicht erfolgreich zu beenden, auch wenn ein beträchtlicher Teil des Weges schon beschritten wurde.

So schaffte es ein Ausstiegswilliger nicht, seinen Alkoholkonsum unter Kontrolle zu bringen, noch sich einen Freundeskreis ohne Schnittmenge zur rechten Szene aufzubauen. Das Fatale bestand darin, dass er immer wieder unter Alkoholeinwirkung dem Einfluss der rechten Szene erlag und mit den „alten Kameraden“ weiter trank. Auch wenn er nüchtern glaubhaft seine Distanz zu rechten Einstellungen darlegen konnte, wurde die Betreuung einseitig durch die BIG Rex beendet.

Ein hervorragender Beleg für einen Gesinnungswandel ist die Bereitschaft eines Aussteigers, ein Presseinterview zu geben. Gleichzeitig sind solche Interviews auch eine gute Möglichkeit, die „Option Ausstieg“ in der Gesellschaft und damit auch in der rechten Szene wach zu halten. Im Kern verfolgt diese Form der Selbstoffenbarung in der Öffentlichkeit das pädagogische Ziel der Verantwortungübernahme des Aussteigers für einen Teil seiner Biografie, verbunden mit dem Wunsch, positiv auf andere einzuwirken, diese Erfahrungen erst gar nicht zu machen. Kein anderer Multiplikator kann dabei besser auf die Gefahren einer rechten Karriere hinweisen, als ein „Ex-Kamerad“, der dies selbst erlebt hat. Teilweise erfahren die Ausgestiegenen hierdurch jedoch eine gesellschaftliche Aufmerksamkeit, die sich mit der Zeit zu einer Art Sucht entwickeln kann.

So war es in einem Fall fast schwieriger, einem Ausgestiegenen klar zu machen, dass er in der Folge keine Interviewtermine mehr vermittelt bekomme, als ihn zuvor auf dem Weg des Ausstiegs zu begleiten. Trotz seiner beruflichen und privaten Integration (fester Ausbildungsplatz, solide Partnerschaft) wurde offensichtlich, dass ein Bestandteil zu einer ausgeglichenen „Anerkennungsbilanz“ fehlte. Dies konnte erst erreicht werden, als er eine leitende Position in einem (politisch gänzlich unverfänglichem) Verein eingenommen hatte.

8 Beratung

Neben der Intervention bietet die BIG Rex auch Beratung für verschiedene Zielgruppen an. Auch wenn dies nicht den absoluten Schwerpunkt der Aktivitäten darstellt und eher die pädagogische als die polizeiliche Seite des Programms beleuchtet, stellen Beratungstätigkeiten neben der Aussteigerarbeit ein wichtiges Standbein dar.

Während eines Begleitseminars für junge Frauen des Freiwilligen Sozialen Jahrs wurde durch die BIG Rex ein Workshop zum Thema „rechte Szene“ angeboten, nachdem die Leiterin des Seminars aus konkretem Anlass um diese Unterstützung gebeten hatte. Ein Konflikt zwischen einer Teilnehmerin, die früher der rechten Szene zugehörte und einer, die in der linken beheimatet ist, drohte zu eskalieren und die Gruppe zu sprengen. In den weit über die Workshop-Zeit hinaus reichenden Diskussionen konnten Vorurteile abgebaut und die Beschäftigung mit dem Thema auf eine rationalere Ebene gebracht werden. Durch die Leiterin wurde später berichtet, dass gegen Seminarende und auf der Basis der neutralen Informationen ein produktiver Austausch der beiden Protagonistinnen möglich war.

Oftmals ist eine Aufklärung über die jugendspezifische rechtsextremistische Szene der Ausgangspunkt für eine tiefere Beschäftigung mit dahinter stehenden Problemlagen. Wohl

auch deshalb sind Informationen über die rechte Szene, deren Dresscode und Musikgeschmack von Seiten der Schule und der Jugend-sozialarbeit immer wieder gefragt.

In der Beratung von Eltern stellt dies jedoch nur einen Einstieg dar, dem weitere Schritte folgen müssen, um im engeren Sinne von Beratungsarbeit sprechen zu können. Bisher wird aufgrund der sehr sporadischen Nachfrage eine individuelle Beratung angeboten, die sich in den allermeisten Fällen mit wenigen Treffen und einigen Telefonaten beschreiben lässt. Hier scheint die Bereitschaft der Eltern an eine Grenze zu kommen, die Polizei als „Elternberatungsstelle“ wahrzunehmen. Eine Alternative könnte gegebenenfalls die Elternberatung und -Selbsthilfegruppe von EXIT sein, auf die von unserer Seite verwiesen wird.

Die Beratung von Schulen setzt in aller Regel an konkreten Einzelfällen an, zum Beispiel, wenn Schüler offen rechtsextreme Tendenzen zeigen und darüber das Schulklima zu leiden beginnt, oder eine Polarisierung der Schülerschaft droht. Oft ist hier Hilfe zur Überwindung der „Schockstarre“ gefragt, die menschenverachtende Statements gelegentlich auslösen, um wieder handlungsfähig zu werden. Rechtsextremistische Orientierungen von Schülern können zu einem Teil mit pädagogischen Mitteln angegangen werden. Der Schule die Lösung des Problems alleine aufzubürden, verbietet sich. Sie aus der Verantwortung zu lassen, jedoch ebenfalls.

9 Vernetzung

Die spezielle Arbeit mit Aussteigern hat große Schnittmengen mit anderen Diensten und Angeboten der Sozialen Arbeit, weswegen der enge Kontakt zu den ständischen Vertretern (Landesarbeitsgemeinschaften offene, bzw. mobile Jugendarbeit) aber auch zu interessierten Fachkreisen der Bewährungs- und Jugendgerichtshilfe sowie der Jugendämter sehr produktiv sein kann. Diese Kontakte eröffnen Schnittstellen, die die Vermittlungswahrscheinlichkeit im Falle eines Ausstiegswilligen erhöhen.

Nicht zuletzt ist die BIG Rex Partner in den Programmen „EQIP“⁵ und „kompetent vor Ort. Für Demokratie – gegen Rechtsextremismus“⁶, die beide das Ziel verfolgen, Beratungskompetenz vor Ort zu fördern. Eine gewisse Schwierigkeit stellt die Gewichtung beratender Anteile an der gesamten Leistung der BIG Rex dar. Insbesondere im Bereich der Schule kann von einem Bedarf ausgegangen werden, der weit über den Möglichkeiten der BIG Rex liegt, sodass nur überregionale Veranstaltungen für Multiplikatoren angeboten werden können und ansonsten auf die oben genannten Initiativen verwiesen wird.

Der Bedarf, die verschiedenen behördlichen Aussteigerprogramme der Bundes- wie Länderebene zu vernetzen, wurde schnell offensichtlich, nicht zuletzt über Aussteiger, die über Landesgrenzen hinweg umzogen und weiterer Betreuung bedurften, sodass ein regelmäßiger Austausch der behördlichen Aussteigerprogramme seit 2004 stattfindet.⁷ Daneben

5 EQIP = „Entwicklung von Qualifizierung für Integration und Prävention“ unter anderem zu den Themen Antirassismus und Rechtsextremismus – gefördert durch das Bundesprogramm „Vielfalt tut gut“. Nähere Informationen unter: <http://www.eqip.agjf.de>.

6 Das Programm ist gefördert durch das Bundesprogramm „kompetent. Für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“. Nähere Informationen unter: <http://www.lago-bw.de> oder www.jugendstiftung.de

7 Durch die vielfältigen Kontakte zu anderen Programmen und der Wissenschaft kann ein Teil des Mankos der fehlenden, wissenschaftlich fundierten Qualitätssicherung im Sinne einer externen Evaluierung aufgefangen werden. Eine interne Evaluierung („Bewertung von leitfragen-gestützten Interviews von Aussteigern der ZG 3

verdienen bundesweite Fachkräftetagen Erwähnung, aus deren Teilnehmerkreis sich ein Netzwerk von Fachkräften bildete, über das der fachliche Austausch gewährleistet ist.⁸ Diese Kontakte sind zur Handhabung akuter Krisenfälle unverzichtbar, da hierdurch auf die breite Palette des Fachwissens unbürokratisch zugegriffen werden kann. Nicht zuletzt ist der enge Kontakt zur Wissenschaft förderlich, da hierüber konstruktive Reflexionshilfen und produktiver Wissenstransfer geleistet werden kann.⁹

10 Diskussionen zum Programm „Ausstiegshilfen Rechtsextremismus“

Zu der Frage, ob ein solches Programm bei der Polizei richtig angesiedelt ist, ließen sich viele Argumente finden – alleine: es scheint zu funktionieren. Von den bis zum Jahresende 2008 erfassten 2.911 potentiellen Zielpersonen wurden 1.742 Personen auf einen Ausstieg angesprochen, 314 Personen stiegen glaubhaft und dauerhaft aus der rechten Szene aus (davon 131 mit Hilfe der BIG Rex)¹⁰; die Aussteigerquote liegt demzufolge bei circa zehn Prozent, die Anzahl der Rückfälle im niedrigen einstelligen Bereich.

Bisher traten kaum nennenswerte Schwierigkeiten der Zielgruppe mit der Polizei als Träger des Programms auf, zumindest waren die nicht größer als die Probleme mit anderen Hilfesystemen, die auch nicht durchgängig positiv konnotiert sind.¹¹ In seltenen Fällen waren Grundsatzfragen in der Kooperation mit Fachdiensten der Sozialen Arbeit abzusprechen. Spätestens über den Pädagogen im Team konnten die Bedenken meist zerstreut werden.

Oftmals wurde das Programm „Ausstiegshilfen Rechtsextremismus“ kritisch gefragt, ob sich die Begleitung von jungen Menschen auf dem Weg ihres Ausstieges, bei dem auch zwangsläufig der strafrechtlich relevante Teil der persönlichen Vergangenheit eine Rolle spielt, mit dem Strafverfolgungszwang der Polizei (§163 StPO) vertrage. In der konkreten Arbeit spielte diese Frage bisher keine konfliktrträgliche Rolle, da die Mitarbeiter der BIG Rex schon im eigenen Interesse von Anfang an bemüht sind, Transparenz zu schaffen.

In einem Fall bemerkte ein Mitarbeiter der BIG Rex die neuen Turnschuhe eines Aussteigers, vor allem da es sich um eine in rechten Kreisen beliebte Marke handelte. Im folgenden Gespräch stellte sich heraus, dass der Aussteiger die Schuhe vor wenigen Tagen gestohlen hatte.

zur Feststellung möglicher Einstiegs- bzw. Ausstiegsmotivation aus der rechtsextremistischen Szene – VS-NfD“) fand bereits 2002 statt. Seither war das baden-württembergische Programm Thema einer Vielzahl von Diplomarbeiten aus den Bereichen der Pädagogik, Soziologie, den Rechtswissenschaften sowie der Fachhochschule der Polizei.

8 Als gutes Beispiel kann das „Bundespraktikertreffen Jugendarbeit in rechten Szenen“ des Lidicehaus Bremen genannt werden.

9 Hier ist insbesondere die Beteiligung der BIG Rex an einer Praktikerbegleitgruppe zur Erstellung des Buches von Nils Schuhmacher und Kurt Möller erwähnenswert (Rechte Glatzen. Rechtsextreme Orientierungs- und Szenezusammenhänge – Einstiegs-, Verbleibs- und Ausstiegsprozesse von Skinheads. Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden. 2007.), die den wechselseitigen Theorie-Praxistransfer intendierte.

10 Vgl. zu den aktuellen Zahlen den „Jahresbericht politisch motivierte Kriminalität“ unter <http://www.lka-bw.de/LKA/statistiken/>

11 In mehreren konkreten Fällen der Kontaktaufnahme mit potentiellen Aussteigern war die Bereitschaft mit der Polizei zu sprechen größer, als die mit anderen sozialen Diensten zu kommunizieren. Von Einzelnen wurden hierfür Gründe genannt, wie z.B., dass bereits ein positiver Kontakt zur Polizei bestanden hätte, dass die als konservativ konnotierte Polizei akzeptabler wäre, als die „linke“ Soziale Arbeit und dass eine geringere Gefahr gesehen wurde, durch die Polizei einer psychologisch orientierten Beratung unterzogen zu werden. Diese Einzelmeinungen sind jedoch nicht verallgemeinerbar oder als generelle Distanz zu allen Formen Sozialer Arbeit zu verstehen.

Durch den Mitarbeiter der BIG Rex wurde hierauf zum einen die Straftat zur Anzeige gebracht, zum anderen wurde der Aussteiger aufgefordert, sich bei dem Händler zu entschuldigen und die Schuhe zu bezahlen, um den Schaden zu begleichen. Aufgrund der bereits erfolgten Schadenswiedergutmachung wurde das Strafverfahren von der zuständigen Staatsanwaltschaft später eingestellt. Das Betreuungsverhältnis erlitt durch den Vorfall keinen Schaden.

In Einzelfällen, vor allem in Beratungssituationen, wäre der polizeiliche Strafverfolgungszwang tatsächlich ein Hindernis, beispielsweise, wenn eine Schule Ratschläge zur Handhabung eines auch strafrechtlich relevanten Vorfalls bedarf. Hier kann die Beratung durch den Pädagogen übernommen werden, der hier größere Handlungsspielräume hat.

Diese Form der Zusammenarbeit ist ein Positivbeispiel für die interdisziplinäre Besetzung des Teams der BIG Rex, das dann am besten funktioniert, wenn inhaltliche Fragen Vorrang haben. Selbstverständlich ist Teamarbeit mit unterschiedlichen Hintergründen und Vorerfahrungen nicht spannungsfrei, zumal die Maximen der Jugendhilfe nicht immer identisch mit Polizeidienstvorschriften sind. Die unterschiedlichen Betrachtungsweisen und Logiken beider Professionen lassen sich aber, wenn die Mitarbeiter hierzu persönlich bereit sind, zu einem funktionierenden System integrieren, das auf diese Weise auch mehr Möglichkeiten eröffnet, als dies ein monoprofessionelles hätte (vgl. Buchheit 2005).

Das sich immer wieder neu etablierende Team ist vergleichsweise häufig vor die Herausforderung eines Personalwechsels gestellt (vgl. Landtag Baden-Württemberg/Drucksache 14/1896). Dies ist insbesondere in Bezug auf die Arbeit mit Aussteigern ein Problem, da ein aufgebautes Vertrauensverhältnis nicht übergeben werden kann und gerade bei Langzeitbetreuungen die personelle Konstanz von entscheidender Bedeutung ist. Personalwechsel sind strukturell bei den abgeordneten Kräften der Bereitschaftspolizei nicht zu vermeiden. Einerseits ist dies bedauerlich, andererseits brachten die neuen Mitarbeiter in der Vergangenheit auch oft neue Ideen und Ansätze mit. In letzter Zeit erfuhr die BIG Rex häufig Unterstützung durch junge Beamtinnen der Bereitschaftspolizei, die nicht zuletzt auf Grund ihres Alters einen guten Zugang zu potentiellen Aussteigern finden und eine sehr gute Betreuungsarbeit leisten konnten. Vor- und Nachteile des systemimmanenten Personalwechsels wiegen sich gegenseitig nahezu auf. Schwieriger sind Wechsel im Personalstamm zu verkraften; doch auch hier stieß der Wechsel häufig konzeptionelle Weiterentwicklungen an, sodass nicht einseitig von einem Nachteil gesprochen werden sollte. Über die Aufteilung der Betreuungsfälle unter den Mitarbeitern lässt sich ein großer Teil der Probleme vorbeugen. Der Bereich der inhaltlichen Konsistenz der Hilfeangebote kann über interne Fortbildungen verbessert werden, bei externen Kooperationen hat es sich als zweckdienlich erwiesen, diese möglichst auf mehrere Beine zu stellen. Über einen Mitarbeiter besteht eine personelle Konstanz seit Anfang 2002, was sich immer wieder, vor allem in Bezug auf die Kenntnis von Personen und Strukturen, als vorteilhaft erweist.

11 Intervenierende Ausstiegshilfe

Das Programm „Ausstiegshilfen Rechtsextremismus“ berät einerseits junge, ausstiegswillige Mitglieder der rechten Szene auf dem Weg in ein entspannteres und straffreies Leben.¹²

12 Von Seiten der Aussteiger wurde oftmals thematisiert, dass sie seit dem Abschluss ihres Ausstiegs ein wesentlich entspannteres Leben führen können. Als Bezugspunkte hierfür diente nicht nur der alles andere als ent-

Darüber hinaus leistet insbesondere die BIG Rex Intervention, indem sie nicht abwartet, bis sich potentielle Ausstiegswillige bei ihr melden, sondern aktiv den Kontakt sucht und somit einen weit größeren Personenkreis mit der „Option Ausstieg“ konfrontiert. Die Intervention kann sicher auch von anderen Trägern mit anderen Zugängen angeboten werden.¹³ Wichtig erscheint, dass diese Arbeit überhaupt geleistet wird. Dies ist andererseits kein Plädoyer gegen die (primär-) präventive Stärkung der Zivilgesellschaft.¹⁴ Im Gegenteil: beide Ansätze sollten sich ergänzen, um den Aktivitäten der rechten Szene wirkungsvoll Paroli zu bieten.

Die spezielle Arbeitsweise der BIG Rex basiert auf polizeilichen Möglichkeiten, die eher aus dem Bereich der Gefährderansprachen und Gefahrenabwehr bekannt sind, lehnt sich aber im Verlauf der eigentlichen Betreuung an die Maximen der Jugendhilfe an. Dies ist im Bereich der Beratung und Begleitung von Ausstiegswilligen, insbesondere aber auch in der Förderung von Einstellungsänderungsprozessen unabdingbar.

Diese Herangehensweisen sind über die beiden Berufsgruppen der Polizei und Pädagogik personalisiert. Spätestens bei der Zielbestimmung wird die Gemeinsamkeit der Interessen deutlich: die Aussteiger sollen über eine Änderung ihrer Einstellungen zum Rechtsextremismus und bezüglich ihrer Gewaltakzeptanz nachhaltig davon abgehalten werden, wieder strafrechtlich auffällig zu werden. Die Hilfeleistungen der BIG Rex bauen auf bestehenden Basisdiensten auf, weswegen der Gedanke der Netzwerkarbeit zentral ist. Die BIG Rex leistet die Intervention und unterstützt die Beschäftigung von Aussteigern mit ihren rechtsextremen Einstellungen. Viele weitere wichtige Bestandteile zur Absicherung des Ausstiegs werden durch andere Träger erbracht. Insofern ist das Programm „Ausstiegshilfen Rechtsextremismus“ allgemein und die BIG Rex im speziellen als ein Teil eines gesamtgesellschaftlichen Strebens der wehrhaften Demokratie anzusehen. Nicht mehr und nicht weniger.

Literatur

- Buchheit, Frank (2005): Programm „Ausstiegshilfen Rechtsextremismus“ Oder: sozialpädagogische Polizeiarbeit!? In: Jugend, Beruf, Gesellschaft (BAG Jugendsozialarbeit) H.3.
- Landtag Baden-Württemberg (2007): Landtagsdrucksache 14/1896 (22.10.2007). Beratungs- und Interventionsgruppe Rechtsextremismus (BIG Rex) beim LKA Baden-Württemberg. In: http://www.landtag-bw.de/wp14/drucksachen/1000/14_1896_d.pdf (zuletzt abgerufen am 13.2.2009)

spannte Prozess des Ausstiegs, im Verlauf dessen z.B. oftmals Vergeltungsmaßnahmen der rechten Szene befürchtet werden, sondern vor allem die angespannte Situation vor dem Ausstieg, die oftmals von einer Differenz eigener Interessen und Wahrnehmungen und den herrschenden autoritären und doktrinären Verhaltensmaximen der rechten Szene gekennzeichnet ist. Nicht mehr alle Lebensbezüge im Kontext des „Kampfes gegen das System“ sehen zu müssen, wird häufig als Befreiung zu einer individuellen und selbstbestimmten Lebensgestaltung erlebt.

- 13 Beispielsweise der „Verein zur Förderung akzeptierender Jugendarbeit“ in Bremen, der „Vor-Ort-Arbeit am rechten Rand“ leistet. Nähere Informationen unter: http://www.vaja-bremen.de/_pdf/distanzierung_durch_integration-konzept_praxis_evaluation-2007.pdf
- 14 Hier beteiligt sich die Polizei beispielsweise durch die Kampagne „Wölfe im Schafspelz“ (www.polizei-beratung.de/aktionen/rechtsextremismus), bei deren Erstellung ein Mitarbeiter der BIG Rex beteiligt war.

Programme und Projekte gegen Rechtsextremismus vor Ort – das Fallbeispiel Wurzen

Miro Jennerjahn

1 Einleitung

Wurzen, eine sächsische Kleinstadt mit rund 18.000 Einwohnern, liegt ca. 30 Km östlich von Leipzig. Bundesweite Bekanntheit erlangte die Stadt seit der Wiedervereinigung nicht so sehr wegen ihrer historischen Altstadt oder der Tatsache, dass der Dichter Joachim Ringelnatz hier das Licht der Welt erblickte, sondern als „braune Hochburg“ oder „national befreite Zone“. Auch heute ist noch häufig der Satz zu hören, Wurzen sei vor allem für Nazis bekannt. Immer wieder berichten überregional rezipierte Medien über Wurzen im Zusammenhang mit rechtsextremer Gewalt, von der Wochenzeitung *Die Zeit* über die *Süddeutsche Zeitung*, die *Neue Zürcher Zeitung* bis hin zur *New York Times*. Gerade deren Schlagzeilen sind es, die das negative Bild prägen, das Wurzen in weiten Teilen der Öffentlichkeit hat. Das Thema Rechtsextremismus auf ein Imageproblem zu verkürzen, wäre jedoch grob fahrlässig. Denn das schlechte Ansehen der Stadt resultiert zum einen aus massiven Versäumnissen, die vor Ort – insbesondere von Seiten politischer Verantwortungsträger – in der Auseinandersetzung mit dem Thema Rechtsextremismus gemacht worden sind. Zum anderen hat sich über die Jahre hinweg eine gut strukturierte rechtsextreme Szene in Wurzen etabliert, die heute jedoch weniger auffällig ist als in den neunziger Jahren.

Aber auch im Zusammenhang mit zivilgesellschaftlicher Gegenwehr und Stärkung einer demokratischen Alltagskultur war und ist Wurzen Gegenstand der Berichterstattung. Häufig wird in diesem Zusammenhang die Arbeit des *Netzwerk für Demokratische Kultur e.V.* (NDK) und die mangelnde Unterstützung des Vereins vor Ort thematisiert. Ein Teil des Imageproblems liegt also auch im Umgang der Stadt Wurzen mit dem Verein begründet.

Dass die Arbeit des NDK seit seiner Gründung im Jahr 1999 kontinuierlich ausgebaut werden konnte, ist vor allem externen Faktoren wie der Etablierung des Programms *CIVITAS – initiativ gegen Rechtsextremismus in den Neuen Bundesländern* durch die Bundesregierung im Jahr 2001 zu verdanken. Das Auslaufen von *CIVITAS* und die Einrichtung des neuen Bundesprogramms *VIelfalt Tut Gut – Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie* haben dabei auch in erheblichem Maße die Arbeit des NDK berührt. In diesem Beitrag sollen daher die genannten Aspekte schlaglichtartig beleuchtet werden.

2 Rechtsextreme Strukturen in Wurzen und dem Muldentalkreis

Hierfür ist es zunächst notwendig, einen Blick auf die strukturelle Verankerung des Rechtsextremismus in der Region zu werfen, was sowohl die Rolle der NPD als auch die Aktivitäten der nicht parteigebundenen Szene betrifft.

2.1 Die NPD

Aufmerksamkeit erhält die NPD meist dann, wenn ihr vermeintlich spektakuläre Wahlerfolge gelingen, etwa nach den Landtagswahlen in Sachsen im September 2004, bei denen die NPD 9,2 Prozent der Stimmen erhielt und mit zwölf Abgeordneten in den Sächsischen Landtag einzog oder zwei Jahre später in Mecklenburg-Vorpommern, als ihr auch hier der Einzug in den Landtag gelang. Jenseits der oftmals hektischen Tagesdebatten, die über Erklärungsansätze der „reinen Protestwahl“ häufig nicht hinausgehen,¹ lohnt diesbezüglich ein Blick auf die jenseits der medialen Aufmerksamkeit tendenziell voranschreitende kommunale Verankerung der NPD. Der Journalist Toralf Staud beschreibt dies als „Faschisierung der ostdeutschen Provinz“, an der die NPD vorrangig arbeite, um die Voraussetzungen für weitere Wahlerfolge auf höheren politischen Ebenen zu schaffen (vgl. Staud 2006: 9ff.).

Die sächsischen Kommunalwahlen im Juni 2004 hätten ein erstes Warnsignal sein können. Landesweit erzielte die NPD 1,4 Prozent der Stimmen und errang damit dreizehn Kreistagsmandate. Dies erscheint auf den ersten Blick wenig, eine intensivere Auseinandersetzung mit dem Wahlergebnis legt jedoch eine andere Betrachtungsweise nahe, da die Partei lediglich in sechs von damals 22 Landkreisen angetreten war.²

Im Landkreis Mittweida gelang es der NPD mit 1,4 Prozent der Stimmen nicht, in den Kreistag einzuziehen, allerdings trat sie hier auch nur in zwei von neun Wahlkreisen an. In den Gemeinden, in denen sie antrat, erzielte die NPD jedoch Ergebnisse zwischen 5,5 Prozent und 14,6 Prozent.

In den Landkreisen Freiberg und Chemnitzer Land erlangte die NPD mit 3,0 Prozent (Freiberg) und 1,7 Prozent (Chemnitzer Land) je ein Mandat. Auch hier trat sie nicht flächendeckend, sondern in Freiberg in fünf von dreizehn und im Chemnitzer Land in drei von vierzehn Wahlkreisen, an. In den anderen Gemeinden zeigt sich ein ähnliches Bild wie im Landkreis Mittweida. Die Ergebnisse reichten von 5,8 Prozent bis 9,7 Prozent im Landkreis Freiberg und von 7,2 Prozent bis 10,5 Prozent im Landkreis Chemnitzer Land.

In den Landkreisen Meißen und Muldentalkreis erzielte die NPD 5,1 Prozent beziehungsweise 5,8 Prozent und errang jeweils drei Mandate. Auch hier war sie nicht flächendeckend angetreten. In Meißen konnte die NPD sechs von zehn Wahlkreisen besetzen, im Muldentalkreis sieben von acht. Im Landkreis Meißen lagen die Ergebnisse der NPD dabei zwischen 4,8 Prozent und 11,6 Prozent.³ Im Muldentalkreis war die Spannbreite größer und reichte von 3,2 Prozent bis 11,5 Prozent.

1 Studien zeigen, dass ein Zusammenhang zwischen rechtsextremen Einstellungen und der Wahl rechtsextremer Parteien besteht. Die Wahlentscheidung zugunsten der NPD erfolgt also nicht, wie es die Protestwahlthese suggeriert, trotz der menschenverachtenden Inhalte der NPD, sondern (auch) wegen dieser. Stöss verweist darauf, dass in Umfragen 42 Prozent der Befragten, die Bereitschaft zur Wahl einer rechtsextremistischen Partei signalisieren, auch über ein entsprechendes Einstellungspotential verfügen. Das heißt laut Stöss jedoch nicht, dass die übrigen 58 Prozent keinerlei Affinitäten zum Rechtsextremismus aufweisen (vgl. Stöss 2005: 98). Auch Arzheimer kommt zu dem Schluss, dass die Wahl extrem rechter Parteien in erheblichem Maße von ideologischen Faktoren gesteuert wird und weist dementsprechend die These der reinen Protestwahl zurück (vgl. Arzheimer 2008: 108 ff.; 287; 385). Das von Heitmeyer initiierte Langzeitforschungsprojekt zur „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ zeigt, dass zum Beispiel der von der NPD bediente Glaube, Deutschland sei überfremdet, oder Ausländer würden den ethnisch Deutschen Arbeitsplätze wegnehmen weit verbreitet ist (vgl. Heitmeyer 2008). Gleichwohl wählt ein großer Teil der Bevölkerung mit einem rechtsextremen Weltbild demokratische Parteien (vgl. Decker/Brähler 2006: 51ff.; Stöss 2005: 96ff.).

2 Durch eine Kreisgebietsreform zum 1. August 2008 reduzierte sich die Anzahl der Landkreise auf zehn.

3 Dieses Ergebnis erzielte die NPD in der Stadt Meißen, die sich in zwei Wahlkreise gliederte. Im Wahlkreis 7 (Meißen 1) lag das Ergebnis bei 12,9 Prozent im Wahlkreis 8 (Meißen 2) bei 10,5 Prozent.

Lediglich im Landkreis Sächsische Schweiz konnte die NPD alle vierzehn Wahlkreise besetzen. Hier erzielte sie mit 9,1 Prozent und fünf Kreistagsmandaten ihr bestes Resultat. Die Spannweite der Wahlergebnisse reichte hier von 4,7 Prozent bis 26 Prozent.

Zusammenfassend ergibt sich somit, dass die NPD fast überall, wo sie antrat, auch erfolgreich war. Nach den vorgezogenen Kommunalwahlen im Juni 2008,⁴ bei denen die NPD sachsenweit 5,1 Prozent der Stimmen erhielt und 44 Kreistagsmandate erzielte, wurden unterschiedliche Stimmen laut. Die einen sahen darin eine zunehmende Verankerung der NPD im kommunalen Raum, die anderen vor dem Hintergrund des Landtagswahlergebnisses erste Schwächeerscheinungen der Partei. Ein Vergleich der Kommunalwahlergebnisse 2004 und 2008 bestätigt eher die erste Lesart. Nicht nur, dass der Stimmenzuwachs sachsenweit 3,4 Prozent betrug, die NPD konnte darüber hinaus alle Wahlkreise in Sachsen besetzen und 224 Kandidaten für die Kreistage aufstellen. Des Weiteren ging sie in sieben von zehn Landkreisen mit eigenen Landratskandidaten ins Rennen. Die nachfolgende Tabelle zeigt die Zuwächse der NPD in den einzelnen Landkreisen.

Tabelle 1: Kommunalwahlergebnisse der NPD in Sachsen 2004 und 2008

Landkreis	NPD Ergebnis 2004	NPD Ergebnis 2008
Bautzen (bis 1. August 2008 Landkreise Kamenz, Bautzen und kreisfreie Stadt Hoyerswerda)	Nicht angetreten	5,5% 5 Sitze
Erzgebirgskreis (bis 1. August 2008 Landkreise Aue-Schwarzenberg, Annaberg, Stollberg und Mittlerer Erzgebirgskreis)	Nicht angetreten	5,7% 5 Sitze
Görlitz (bis 1. August 2008 Landkreise Niederschlesischer Oberlausitzkreis, Löbau-Zittau und kreisfreie Stadt Görlitz)	Nicht angetreten	5,5% 5 Sitze
Landkreis Leipzig (bis 1. August 2008 Landkreise Muldental und Leipziger Land)	2,8% 3 Sitze	4,7% 4 Sitze
Meißen (bis 1. August 2008 Landkreise Riesa-Großenhain und Meißen)	2,9% 3 Sitze	5,7% 5 Sitze
Mittelsachsen (bis 1. August 2008 Landkreise Mittweida, Döbeln und Freiberg)	1,8% 1 Sitz	4,7% 4 Sitze
Nordsachsen (bis 1. August 2008 Landkreise Torgau-Oschatz und Delitzsch)	Nicht angetreten	4,7% 4 Sitze
Sächsische Schweiz-Osterzgebirge (bis 1. August 2008 Landkreise Sächsische Schweiz und Weißeritzkreis)	4,8% 5 Sitze	7,5% 6 Sitze
Vogtlandkreis (bis 1. August 2008 Landkreise Vogtlandkreis und kreisfreie Stadt Plauen)	Nicht angetreten	3,6% 3 Sitze
Zwickau (bis 1. August 2008 Landkreise Chemnitzer Land, Zwickauer Land und kreisfreie Stadt Zwickau)	0,7% 1 Sitz	3,3% 3 Sitze

⁴ Diese waren nötig, da sich die Anzahl der Landkreise durch eine Kreisgebietsreform zum 1. August 2008 von 22 auf 10 reduzierte.

Errechnet man die Ergebnisse für die sechs Altlandkreise, in denen die NPD bereits 2004 antrat, zeigt sich die stärkere Verankerung der NPD im kommunalen Raum. In Mittweida, Freiberg und dem Chemnitzer Land legte die NPD zu. Im Muldentalkreis gewann sie rund 300 Stimmen⁵ und verbesserte sich leicht auf 5,9 Prozent, in der Sächsischen Schweiz verlor sie rund 700 Stimmen, konnte aber aufgrund der geringeren Wahlbeteiligung das Ergebnis von 9,1 Prozent halten. Einzig im Landkreis Meißen verlor die NPD recht deutlich 1.400 Stimmen und verschlechterte sich um 0,4 Prozent auf nunmehr 4,7 Prozent. Wenn die kommunale Verankerung eine wichtige Voraussetzung für Wahlerfolge auf höheren politischen Ebenen ist, muss davon ausgegangen werden, dass die NPD 2009 den Wiedereinzug in den Sächsischen Landtag schafft – möglicherweise nicht mit einem so spektakulären Ergebnis wie 2004, zwischen 5 Prozent und 7 Prozent erscheinen jedoch realistisch.⁶

Wie aus den bisherigen Ausführungen ersichtlich, war der ehemalige Muldentalkreis eine der Schwerpunktregionen der NPD. Innerhalb des Muldentalkreises nahm darüber hinaus die Stadt Wurzen lange Zeit eine Sonderstellung für die NPD ein. Bereits 1999 gelang es der NPD, hier einen Kandidaten in den Wurzener Stadtrat zu bringen. Im Juni 2004 fanden mit den Kreistags- und den Stadtratswahlen gleich zwei kommunale Abstimmungen statt. Bei beiden schnitt die NPD in Wurzen außerordentlich gut ab. Bei den Kreistagswahlen bekam sie mit 11,5 Prozent das beste Ergebnis im gesamten Landkreis. Bei den Stadtratswahlen erzielte sie 11,8 Prozent, zog mit drei Abgeordneten in das städtische Parlament ein und genießt seitdem Fraktionsstatus. Dass es sich bei diesem Ergebnis um keine Eintagsfliege handelt, zeigt die Landtagswahl im September 2004. Hier erhielt die NPD in Wurzen 11,4 Prozent der Zweitstimmen und lag damit deutlich über dem landesweiten Schnitt von 9,2 Prozent. Bei den Kreistagswahlen 2008 stabilisierte sich die NPD in den alten Kreisstrukturen des Muldentals insgesamt, musste jedoch in Wurzen einen Dämpfer hinnehmen. Hier erzielte sie mit 7,3 Prozent zwar immer noch ein beachtliches Ergebnis, schnitt aber deutlich schlechter ab als vier Jahre zuvor. Ob dies mit einer grundsätzlichen Abkehr eines Teils der Wählerschaft von der NPD zu erklären ist, oder dies eher situativen Faktoren wie der gleichzeitig statt findenden Oberbürgermeisterwahl in Wurzen geschuldet ist, kann an dieser Stelle noch nicht beantwortet werden. Weitere Klarheit darüber dürften erst die Stadtratswahlen im Juni 2009 bringen.

Im städtischen Parlament selbst verhält sich die NPD überwiegend passiv. Eigene Anträge und Ideen kommen von ihren Abgeordneten so gut wie gar nicht. Dies ist eine Beobachtung, die vielerorts gemacht wird (vgl. Beier et al. 2006; vgl. Hafenecker/Schönfelder 2007). Die NPD ist dem Selbstverständnis nach eine antiparlamentarische Partei. Die Teilnahme an Wahlen ist für sie lediglich Mittel zum Zweck der antidemokratischen Agitation. So bekannte der Parteivorsitzende Udo Voigt nach dem Wahlerfolg in der neurechten Wochenzeitung „Junge Freiheit“ sehr offen: „Es ist unser Ziel, die BRD ebenso abzuwickeln, wie das Volk vor fünfzehn Jahren die DDR abgewickelt hat. Dies geht offensichtlich auch über die Wahlurne.“ (Junge Freiheit, 40/2004) Wo die NPD zur Wahl antritt, dient dies vor allem der Absicherung der eigenen Arbeit, zum Beispiel durch Wahlkampfkostenerstattungen oder Fraktionsmittel, die mit den Landtagseinzügen verbunden sind. Sich generell den

5 Da in Sachsen jeder Wähler bei Kommunalwahlen bis zu drei Stimmen hat, die einem Kandidaten, verschiedenen Kandidaten einer Partei oder auch Kandidaten verschiedener Parteien gegeben werden können (sog. Kumulieren und Panaschieren), ist ein Zuwachs von 300 Stimmen nicht automatisch mit einem Zuwachs von 300 Wählern gleich zu setzen.

6 Für eine ausführliche Analyse der Kreistagswahlergebnisse der NPD in Sachsen 2004 und 2008 vgl. Jennerjahn 2008.

Spielregeln des Parlamentarismus zu unterwerfen, liegt hingegen nicht im Eigeninteresse der NPD. Außerdem hat die NPD trotz der Wahlerfolge auf kommunaler Ebene nach wie vor häufig Probleme, Kandidaten aufzustellen, die den parlamentarischen Abläufen intellektuell gewachsen und in der Lage sind, Spielräume eigenständig zu nutzen. Auch in Wurzen fallen zwei der drei Abgeordneten in diese Kategorie. Nur einer ist in der Lage, Beiträge in freier Rede vorzutragen, auch wenn diese Möglichkeit selten genutzt wird. Kommt es doch einmal zu inhaltlichen Positionierungen zu einzelnen Tagesordnungspunkten, werden diese meist wörtlich vom Blatt abgelesen. Oft sind diese jedoch auf hohem sprachlichem Niveau gehalten und können von den NPD-Abgeordneten nicht fehlerfrei vorgetragen werden. Der Verdacht liegt also nahe, dass diese Beiträge im Umfeld der Landtagsfraktion in Dresden entstehen und in die Kommune durchgereicht werden.

2.2 Weitere rechtsextreme Aktivitäten in Wurzen

In Wurzen bildete sich bereits kurz nach der politischen Wende 1989/90 eine starke rechtsextreme Szene aus.⁷ Bereits Mitte der 90er Jahre benannte das sächsische Landesamt für Verfassungsschutz den Muldentalkreis als Gebiet mit einer besonders deutlich ausgeprägten rechtsextremen Struktur und sprach in diesem Zusammenhang von zehn Kameradschaften (vgl. Fischer-Tahir/Af-folderbach 2004: 20). Nach außen – und somit prägend für das Bild von Wurzen als „braune Hochburg“ – drangen immer wieder die oftmals sehr gewalttätigen Übergriffe der rechtsextremen Szene. Bereits Anfang der 90er Jahre wurde ein Asylbewerberheim in Wurzen mehrfach angegriffen. Mit der Schließung der Einrichtung errang die rechtsextreme Szene letztlich einen Sieg. Jugendliche, die auf einem Zeltplatz in der Nähe von Wurzen übernachteten, wurden von Rechtsextremisten überfallen. Portugiesische Bauarbeiter, die am Bau des Wurzener Gymnasiums beteiligt waren, wurden attackiert. Einem halbblinden Obdachlosen wurde mit einem Luftgewehr das gesunde Auge ausgeschossen. Im November 2004 wurde auf die Bürogemeinschaft des NDK, des *Mobilen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus* und der Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt, *Amal*, ein Anschlag mit zwei Rohrbomben verübt, der jedoch glücklicherweise nur einen vergleichsweise geringen Sachschaden verursachte.

Von Bedeutung für die heutige Szene in Wurzen ist vor allem die Präsenz des rechtsextremen Internetversandhandels *Front Records*. Dieser ist seit dem Jahr 2004 in Wurzen ansässig und agiert von einer eigenen Immobilie in der Wurzener Walther-Rathenau-Straße aus. *Front Records* gilt laut Verfassungsschutz als einer der größten Versandhandel in der Bundesrepublik mit einem geschätzten Jahresumsatz von mehreren hunderttausend Euro (vgl. Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen/Ministerium des Innern des Landes Brandenburg 2008: 18). Neben dem Versandhandel befindet sich auf dem Gelände auch ein Veranstaltungsraum, in dem in der Vergangenheit (bis zu einem baurechtlichen Verbot) immer wieder Rechtsrock-Konzerte mit zum Teil mehreren hundert Besuchern stattfanden. Darüber hinaus betreibt der Besitzer ein eigenes Label, das neben der Wurzener Neonazi-Band *White Destiny* auch Szenegrößen wie *Andre Lüders* oder die Band *Hauptkampflinie* produziert hat. Neben diesen eindeutigen Aktivitäten sind zwei weitere Firmen mit Sitz in dem gleichen Objekt gemeldet, die auf den ersten Blick unpolitisch erscheinen: ein Druck-

7 Augenzeugen verweisen darüber hinaus auf den Umstand, dass es bereits in der Endphase der DDR in Wurzen zu gehäuften rechtsextremen Vorfällen kam.

unternehmen sowie ein Textilhandel, der neben einem Sitz in Wurzen auch einen Ableger im brandenburgischen Eberswalde hat. Ein genauere Blick lässt befürchten, dass hier mit der Kombination aus Versandhandel, Label, Druckerei und Textilhandel eine Strategie der wirtschaftlichen Autarkie verfolgt wird: Relevante Produktionsschritte zur Herstellung rechtsextremer Lifestyle-Produkte kommen so ohne externe Zuarbeit aus, vieles kann vor Ort in Eigenregie hergestellt werden.

Die Bedeutung, die dieses Unternehmen und sein Besitzer über Wurzen hinaus haben, wird auch an einem anderen Umstand deutlich. So wurde 2007 bekannt, dass sich eine deutsche Sektion der ursprünglich aus den USA stammenden Organisation *Aryan Brotherhood* in Leipzig angesiedelt hat. Dort wurde ein eigener Clubraum mit Verkaufsfläche für rechtsextreme Lifestyle-Produkte errichtet, sowie der Aufbau einer eigenen Security-Firma vorangetrieben. Bei der im Impressum der Homepage angegebenen Kontakt-Adresse handelt es sich um die gleiche Adresse, unter der auch *Front Records* in Wurzen anzutreffen ist.⁸ Und noch in einer weiteren Richtung müssen Querverbindungen angenommen werden: Mit dem Internetversandhandel *Problemfans* hat sich in der Wurzener Nachbargemeinde Falkenhain eine Firma angesiedelt, die sich vor allem an das gewalttätige Hooligan-Spektrum richtet. Das Gelände, auf dem das Unternehmen seinen Sitz hat, gehört nach Angaben des Falkenhainer Bürgermeisters dem Besitzer von *Front Records*. Zwar ist die Internetdomain in diesem Fall auf einen anderen Namen angemeldet, der jedoch identisch mit dem im Impressum des Internetauftritts der *Aryan Brotherhood* ist. Mitte 2008 wurde im Wurzener Stadtgebiet mittels Plakaten für einen Holzhandel in Falkenhain geworben. Die angegebene Adresse stimmt mit jener der Firma *Problemfans* überein. Eine Anfrage bei der Wurzener Stadtverwaltung ergab, dass die Plakatiergenehmigung vom Inhaber von *Front Records* beantragt wurde.

Auch im Falle des bereits oben angesprochenen Textilhandels in Eberswalde gibt es Berührungspunkte mit dem gewaltbereiten Hooligan-Spektrum. Die angegebene Geschäftsadresse ist identisch mit der des Unternehmens *Problemfans24*, die angegebenen Telefonnummern sind die gleichen. Neben Szenekleidung für Hooligans werden dort auch Produkte der in rechtsextremen Kreisen beliebten Modemarke *Thor Steinar*⁹ vertrieben. Die Firma *Problemfans24* wird von Gordon Reinholz betrieben, der unter anderem bei den Bundestagswahlen 2005 für die NPD kandidierte und maßgeblich am Aufbau der Kameradschaft *Märkischer Heimatschutz* mitwirkte (i.e. www.endstation-rechts.de).

Zusammenfassend ist ein doppelter Stabilisierungsprozess zu befürchten. Zum einen in der Funktion der Immobilie in der Walther-Rathenau-Straße als Anlaufstelle für die regionale Neonazi-Szene. Zum anderen muss in diesem mittlerweile recht weit verzweigten Firmennetz eine nicht unerhebliche Wirtschaftskraft vermutet werden, die es somit zu einem potentiellen Arbeitgeber für Angehörige der rechtsextremen Szene macht.

Insgesamt haben sich das Ausmaß rechtsextremer Gewalt und Aktivitäten in Wurzen zwar relativiert. Dies mit einer schwächeren rechtsextremen Szene gleich zu setzen, wäre jedoch falsch. Nach wie vor ist die Szene anlassbezogen schnell mobilisierbar. So kam es Himmelfahrt 2007 in Wurzen bei einem Fußballspiel von C-Jugend-Mannschaften zu mas-

⁸ Letztmalig wurde dies am 13. Januar 2009 überprüft.

⁹ Deren Besitzer streitet zwar immer wieder eine ideologische Nähe zum Rechtsextremismus ab und betont den unpolitischen Charakter seiner Bekleidung. Die vielfältigen Bezüge zur nordischen Mythologie und zur deutschen Wehrmacht des Zweiten Weltkrieges, die sich in zahlreichen Motiven der Bekleidungs-marke finden, machen es jedoch schwer, diesen Beteuerungen Glauben zu schenken (vgl. dazu unter www.netz-gegen-nazis.de „Die Thor-Steinar-Welt der Zufälle“).

siven rassistischen und antisemitischen Äußerungen gegenüber zwei vietnamesischen Spielern der Gegenmannschaft sowie den Schiedsrichtern. Etwa 30 Zuschauer, aber auch Wurzenener Spieler sollen sich an den Beschimpfungen beteiligt haben. Eine antirassistische Demonstration in Wurzen im März 2008 mit 30 bis 40 Teilnehmern wurde die ganze Zeit über von einem guten Dutzend Rechtsextremisten begleitet. Kurz vor Ende des Spaziergangs versuchten dann rund 70 bis 80 Rechtsextremisten den Demonstrationzug anzugreifen. Dies konnte von der Polizei nur mit Mühe verhindert werden (vgl. dazu i.e. www.mutgegen-rechte-gewalt.de „Beklemmendes aus Wurzen“). Am Abend des gleichen Tages wurden Besucher des NDK von Rechtsextremisten beschimpft und geschlagen. Nach dem Fußball-EM-Finale Ende Juni 2008 griffen rund 30 mutmaßliche Rechtsextremisten das NDK an.¹⁰ Während sich die meisten Besucher im Gebäude in Sicherheit bringen konnten, wurden zwei Gäste angegriffen und erlitten Prellungen im Gesicht und am Oberkörper. Regelmäßig gibt es in Wurzen darüber hinaus, wie in vielen anderen sächsischen Städten auch, im November zum Volkstrauertag rechtsextreme Aufmärsche, an denen in den letzten Jahren zwischen 30 und 100 Vertreter der NPD und der sogenannten „Freien Szene“ teilnahmen. Dass es sich dabei nicht um spontane Zusammenkünfte handelt, zeigt der Umstand, dass 2007 und 2008 Fahnen, Trommeln und Fackeln mitgeführt wurden. Bei all diesen Ereignissen wird immer wieder die überregionale Vernetzung in der rechtsextremen Szene deutlich.

Weiterhin muss nach wie vor von einer Alltäglichkeit des Rechtsextremismus in Wurzen gesprochen werden, die vor allem im jugendkulturellen Bereich sichtbar wird.¹¹ Das von zahlreichen Medien noch immer strapazierte Bild der Springerstiefel und Bomberjacke tragenden Glatzköpfe entspricht längst nicht mehr der Realität. In der Wurzenener Öffentlichkeit ist jedoch so gut wie alles zu sehen, was das Spektrum rechtsextremer Codes und Symboliken hergibt. Autoaufkleber mit der NPD-Forderung „Todesstrafe für Kinderschänder“, T-Shirts mit Aufdrucken wie „Odin statt Jesus“, „Wotan – Germaniens wahrer Gott“, oder auch strafrechtlich relevante Dinge wie T-Shirts der als kriminellen Vereinigung verbotenen Berliner Band *Landser*, sind regelmäßig zu beobachten. Weit verbreitet ist darüber hinaus die Modemarke *Thor Steinar*. Während der Fußball-WM 2006 hing am Haus des rechtsextremen Versandhandels *Front Records* eine Iranfahne, mit der Rechtsextremisten ihre Verbundenheit mit dem iranischen Präsidenten und Antisemiten Ahmadinedjad ausdrücken, der in der Vergangenheit mehrfach die Vernichtung Israels gefordert und den Holocaust geleugnet hat. Zur Fußball-EM 2008 hing an dem Gebäude über Wochen hinweg eine Reichskriegsflagge.

10 Aus der Gruppe waren neben fußballtypischen Sprüchen wie „Hooligans“-Rufen auch Sätze wie „Ich denke, hier gibt’s Zecken“ zu vernehmen. Da sich die Räumlichkeiten des Vereins am ruhig gelegenen Domplatz und damit nicht unmittelbar in der Innenstadt befinden, muss von einer zielgerichteten Bewegung durch die Angreifer ausgegangen werden. Dies legt den Schluss nahe, dass es sich bei den Angreifern um Rechtsextremisten handelte. Die Polizei hingegen vermochte keinen politischen Hintergrund des Angriffs fest zu stellen.

11 Damit soll ausdrücklich nicht die falsche Wahrnehmung des Rechtsextremismus als Jugendproblem gestützt werden. Studien belegen immer wieder, dass rechtsextreme Einstellungen unter der älteren Bevölkerung weiter verbreitet sind als unter Jugendlichen (vgl. Brähler/Decker 2006: 50). Jedoch werden von Jugendlichen diese Einstellungen häufiger auch in ein entsprechendes Verhalten übersetzt, so dass das Problem Rechtsextremismus hier leichter wahrgenommen werden kann.

3 (Nicht-)Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus in Wurzen

Es ist vor allem die Selbstverständlichkeit, mit der diese Symbole als normal hingenommen werden, die auf weit reichende Demokratiedefizite in der Bevölkerung schließen lassen. Diese selbstbewusst zur Schau gestellten rechtsextremen Erkennungsmerkmale dienen auch der weiteren Verankerung des Rechtsextremismus im Alltag.

3.1 Das Netzwerk für Demokratische Kultur e.V. (NDK)

Vor dem Hintergrund der massiv ausgeprägten rechtsextremen Szene in Wurzen wurde 1999 von Jugendlichen aus der *Jungen Gemeinde* Wurzen und einer *AG Umwelt und Naturschutz* das NDK gegründet. Ziel war es von Anfang an, Räume zu schaffen, in denen angstfrei gelebt werden kann, was unter Verfolgungsdruck der rechtsextremen Szene steht. Der Gedanke, dass eine demokratische Alltagskultur auch von kulturellem Pluralismus lebt und im Gegenzug Rechtsextremismus besonders leicht dort Fuß fassen kann, wo kulturelle Homogenität relativ stark ausgeprägt ist, wirkt bis heute prägend auf die Arbeit des Vereins. Eine zweite wichtige Prämisse der Vereinsaktivitäten ist nach wie vor die Arbeit für Demokratie. Das bedingt zwar unter den gegebenen Umständen eine kontinuierliche Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in all seinen Erscheinungsformen; darüber hinaus ist Demokratie jedoch nicht einfach etwas Gegebenes, sondern muss im Alltag immer wieder erfahrbar und erlebbar gemacht werden. Die Stärke des Rechtsextremismus ist für uns in diesem Sinne ein Indiz für die gegenwärtige Schwäche beziehungsweise der Nichtverankerung der Demokratie in weiten Teilen der Bevölkerung.

Der Verein bietet daher eine Infrastruktur, die allen Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung steht, die sich engagieren möchten und sich einer demokratischen Kultur und den Menschenrechten verpflichtet fühlen. Dabei geht es zunächst einmal nicht darum, ob die von den Ehrenamtlichen geäußerten Projektideen vordergründig politisch sind oder nicht. Wichtig ist das Aktiv werden an sich und der Lerneffekt, dass das eigene Handeln das gesellschaftliche Umfeld gestalten kann. Die Ehrenamtlichen finden daher in den Räumlichkeiten des Vereins Voraussetzungen, die zur Projektumsetzung wichtig sind: Telefon, Internet, Drucker, fachliche Beratungsmöglichkeiten durch die hauptamtlichen Mitarbeiter zu Projektmanagement, Öffentlichkeitsarbeit und der Akquise von Fördermitteln.

Seit seiner Gründung hat sich das NDK beständig vergrößert. Heute sind etwa 50 Ehrenamtliche kontinuierlich aktiv, etwa eine gleich große Anzahl engagiert sich projektbezogen. Die ehrenamtliche Arbeit wird dabei von drei hauptamtlichen Mitarbeitern gestützt, die sich zwei Stellen teilen. Dies schafft die Voraussetzung für die Umsetzung von derzeit jährlich 60 bis 70 Projekten, mit denen etwa 6000 Teilnehmer erreicht werden.

Das Spektrum der Projekte reicht dabei von Konzerten der unterschiedlichsten Stilrichtungen über Lesungen und politische Diskussionen und ähnliche Veranstaltungen bis hin zu großen Projekten im Bereich Stadtentwicklung. Die offensive Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus ist dabei wichtiger Bestandteil der Arbeit. Um nur einige Beispiele zu nennen: Seit Jahren findet am ersten Sonntag im Mai der *Gedenkmarsch für die Opfer der Todesmärsche im Muldentalkreis 1945* statt. Kurz nach der Ansiedelung von *Front Records* in Wurzen wurde 2005 die Kampagne „NazisAUSLaden“ ins Leben gerufen, mit der über die Hintergründe des Unternehmens aufgeklärt wurde. Es entstand ein

sechsseitiger Flyer, der in sämtliche Wurzener Haushalte verteilt wurde. Ausstellungen und Projektstage für Schulen wurden organisiert.

Wichtigstes Projekt ist die Fertigstellung des Vereinshauses. Nach einer Spendenkampagne der Wochenzeitung *Die Zeit* und der Berliner *Amadeu Antonio Stiftung* konnte das NDK im Jahr 2002 am Wurzener Domplatz eine denkmalgeschützte Immobilie aus dem 17. Jahrhundert erwerben. Im Juni 2006 wurde das Haus nach mehr als 12.000 ehrenamtlich geleisteten Arbeitsstunden und mit Finanzmitteln in Höhe von rund 300.000 Euro teilsaniert als *Kultur- und BürgerInnenzentrum D5*¹² eröffnet. Seitdem steht im Keller ein Veranstaltungsraum mit Freisitz und im Erdgeschoss eine Büroetage mit Seminarraum zur Verfügung. Zwei weitere Etagen befinden sich nach wie vor im Bauzustand und sollen nach jetzigem Planungsstand bis zum Herbst 2010 fertig gestellt werden.

Auch wenn die Arbeit des Vereins zahlreiche Erfolge aufweisen kann, hatte das NDK immer auch mit enormen Widerständen insbesondere in Wurzen selbst zu kämpfen.

3.2 Allgemeiner Umgang mit dem Thema in der Stadt

Eine Sozialraumanalyse des *Mobilen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus* aus dem Jahr 2004 konstatiert, in Wurzen habe eine breite öffentliche Debatte über das Thema Rechtsextremismus und mögliche Gegenstrategien bislang nicht stattgefunden (vgl. Fischer-Tahir/Affolderbach 2004: 4). Diese Feststellung gilt weitgehend bis heute. Dabei ist es schwierig einzuschätzen, wie präsent das Thema in der Bevölkerungsmehrheit ist. Die grundlegende Problematik soll aber am Verhalten von Multiplikatoren, allen voran der Wurzener Stadtpitze in Person der früheren Oberbürgermeister, verdeutlicht werden.

Als der Verfassungsschutz bereits Mitte der 90er Jahre darauf hinwies, dass das Muldental und die Stadt Wurzen Schwerpunktregionen des Rechtsextremismus in Sachsen sind, äußerte der Wurzener Oberbürgermeister Anton Pausch in der Öffentlichkeit, ihm sei nicht bekannt, dass es in Wurzen Rechtsextremisten gebe. Auch die offensive Auseinandersetzung des NDK mit dem Thema stieß in der Stadt nicht überall auf Wohlwollen. Problematisiert wurden nicht die zur Alltäglichkeit gewordenen rechtsextremen Strukturen in der Stadt, sondern die öffentliche Auseinandersetzung mit dem Thema. Das NDK und die dort Aktiven wurden immer wieder als „Nestbeschmutzer“ diffamiert, der Verein in seiner Arbeit behindert. Räumlichkeiten, die für Veranstaltungen mit fadenscheinigen Begründungen nicht zur Verfügung gestellt wurden, oder immer wieder der Versuch, die Arbeit des Vereins als „linksextremistisch“ abzustempeln sind nur zwei Beispiele. Eine Interviewanfrage der Wochenzeitung *Die Zeit* über den Verein wurde von Pausch abgelehnt. Im Antwortfax unterstellte der Oberbürgermeister darüber hinaus, die Mitglieder des NDK befänden sich sicherlich gerade in Göteborg und Dresden-Neustadt, wo es kurz zuvor Krawalle gegeben hatte (vgl. Staud 2001). Als der damalige Bundestagspräsident Wolfgang Thierse, der Schirmherr des Vereins ist, das NDK im Sommer 2000 für eine offene Diskussionsrunde zum Thema Rechtsextremismus besuchte, fehlte der Oberbürgermeister. Unter seinem Amtsnachfolger Dr. Jürgen Schmidt änderte sich nicht viel. Journalisten machten immer

12 D5 steht dabei für die Anschrift Domplatz 5. Da für den Innenausbau keine Fördermittel existierten, wurden die benötigten Finanzen vor allem durch Spenden eingeworben. In der Schlussphase wurde ein Kredit über 80.000 Euro aufgenommen, für den zahlreiche Vereinsmitglieder und Freunde des Vereins mit ihrem privaten Kapital bürgten.

wieder die Erfahrung, dass er für ein Gespräch zum Thema Rechtsextremismus nicht zur Verfügung stand. Der oben beschriebene Nestbeschmutzer-Vorwurf wurde von ihm mehrmals geäußert. Als nach einem Fernsehbeitrag über Wurzener im Jahr 2006, in dem auch ein NDK-Mitarbeiter zu Wort kam, ein empörter Wurzener Bürger in einer Stadtratsitzung das Verbot des Vereins forderte, wurde dies vom Oberbürgermeister nicht etwa zurück gewiesen, sondern mit der Aussage quittiert, man habe ja bereits versucht, juristisch gegen den Verein vorzugehen, was leider nicht erfolgreich gewesen sei. Darüber hinaus machte er das NDK sowie die Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt, *Amal*, für den schlechten Ruf der Stadt verantwortlich.

Versuche von Seiten des NDK mit der Stadt und dem Oberbürgermeister zu kooperieren, scheiterten mehrfach. Im Rahmen der bereits erwähnten Kampagne „NazisAUSLaden“ wurden Bürgerinnen und Bürger gebeten, für einen Videospot den Claim „NazisAUSLaden“ in die Kamera zu sprechen. Der in diesem Zusammenhang ebenfalls angesprochene Oberbürgermeister lehnte mit den Worten ab, das sei Sache der Bürger. Dass die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus auch öffentlicher Bekenntnisse von Seiten politischer Verantwortungsträger bedarf, war in der Vergangenheit nicht vermittelbar.

Auch im Wurzener Stadtrat war die Ausgrenzung der NPD zunächst nicht selbstverständlich. Zum Eklat kam es, als die CDU 2004 im Stadtrat mit den Stimmen der NPD den Haushalt beschloss, gegen die Stimmen von SPD und PDS. Beide Parteien hatten im Vorfeld signalisiert, dass sie dem Haushalt aufgrund von Kürzungen im sozialen Bereich nicht zustimmen würden. Erst nach diesem Vorfall kam es zu einem Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD. Im parlamentarischen Umgang mit der NPD zeigten sich die Stadträte der demokratischen Parteien häufig unsicher. Redebeiträge der NPD wurden oft unwidersprochen im Raum stehen gelassen, selbst wenn eine Intervention notwendig gewesen wäre. Auf die Aussage eines NPD-Stadtrates, die NPD sei eine demokratische Partei, schließlich habe sie sich nicht in den Stadtrat geputzt, wusste kein Stadtrat eine Erwiderung. Allgemein zeigt sich in Gesprächen das Unwissen vieler Kommunalpolitiker darüber, dass die NPD zwar demokratisch gewählt, in Inhalt und Zielsetzung jedoch eindeutig antidemokratisch ist.¹³

Trotz dieser vielen ernüchternden Beispiele sind allerdings auch Fortschritte zu verzeichnen. Die Zahl der Partner des NDK in Wurzener ist im Laufe der Jahre kontinuierlich angewachsen. Nach dem Bombenanschlag auf die Bürogemeinschaft von NDK, *Mobilem Beratungsteam* und Opferberatung *Amal* gab es eine breite Solidarisierungskampagne, die auch von der Standortinitiative Wurzener e.V.¹⁴ und der Stadtverwaltung getragen wurde. Rund 3.000 Wurzener Bürgerinnen und Bürger bekundeten mit ihren Unterschriften Unterstützung für die betroffenen Institutionen. Die Standortinitiative Wurzener e.V. ging darüber hinaus mit einer Plakatkampagne „Extremisten schaffen keine Arbeitsplätze“ in die Öffentlichkeit. Einziger Wermutstropfen bleibt, dass auch in diesem Fall nicht explizit Rechtsextremismus thematisiert wurde, sondern wie so oft der schwammige Extremismusbegriff erhalten musste. Die demokratischen Parteien vor Ort haben sich, wenn auch in unterschiedlichem Maße, dem Thema geöffnet. Eine mögliche Trendwende wurde mit dem

13 Dass dies kein exklusives Problem der Wurzener Stadträte ist, zeigt sich deutlich seit dem Einzug der NPD in alle sächsischen Kreistage. In mehreren Kreistagen kam es vor, dass NPD-Bewerber bei den Ausschussbesetzungen zum Teil bis zu fünf Stimmen mehr erhielten, als die Partei Abgeordnete in dem jeweiligen kommunalen Parlament hat.

14 Bei der Standortinitiative handelt es sich um einen Zusammenschluss vor allem von Wurzener Unternehmen und Händlern. Darüber hinaus sind in ihr interessierte Privatpersonen und Vereine organisiert.

Oberbürgermeisterwahlkampf im Jahr 2008 eingeleitet. Mit Jörg Röglin, der die Wahl schließlich gewann, benannte einer der Kandidaten das Problem im Zuge des Wahlkampfes deutlich. Dies ist eine wichtige Voraussetzung, um die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Demokratiedefiziten besser als in der Vergangenheit auf unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Ebenen führen zu können. Mit Demokratiedefiziten ist hier die vielfach festzustellende Entfremdung von Bürgerinnen und Bürgern gegenüber der parlamentarischen Demokratie, die weit verbreitete Unkenntnis darüber, wie der gesellschaftliche und politische Prozess mit gestaltet werden kann, aber auch von Verwaltungsseiten aus verpasste Chancen durch verstärkte Einbeziehung von Bürgerinnen und Bürgern in Entscheidungen, die Legitimität des eigenen Handelns zu steigern, gemeint. Die bisherigen Kontakte zwischen dem neuen Oberbürgermeister und dem NDK erweisen sich als sehr konstruktiv.

4 Rahmenbedingungen von Zivilgesellschaft

Wie auch das Beispiel Wurzten anschaulich illustriert, ist die Arbeit lokaler Programme gegen Rechtsextremismus stark von der Unterstützung des gesellschaftlichen Umfeldes abhängig, in dem die entsprechenden Projekte arbeiten müssen. Dort wo eine intakte Zivilgesellschaft¹⁵ bereit ist, das Engagement der entsprechenden Initiativen zu unterstützen und mitzutragen, dürften sich die Chancen auf eine erfolgreiche Umsetzung der jeweils verfolgten Ideen und Konzepte merklich erhöhen. Die Frage, was erfolgreiche Arbeit von Zivilgesellschaft ausmacht, ist nicht leicht zu beantworten. Vieles hängt von der Funktion ab, die Zivilgesellschaft zugesprochen wird beziehungsweise an welchen Zielen sie gemessen wird.

4.1 Bedeutung von Zivilgesellschaft

Mit der Etablierung des Programms *CIVITAS* 2001, dessen Schwerpunkt auf der Förderung von zivilgesellschaftlichen Projekten und somit auf der Demokratieentwicklung *von unten* lag, ist diese Frage vielfach diskutiert worden. Insbesondere mit dem Auslaufen von *CIVITAS* Ende 2006 und der Debatte um ein Nachfolgeprogramm wurde dies wiederholt thematisiert. Neben fundierter Kritik, wie sie zum Beispiel im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitforschung an einzelnen Aspekten des Programms geäußert wurde (vgl. Lynen von Berg et al. 2007), gab es vor allem aus dem politischen Raum des Öfteren den pauschalen Vorwurf, die geförderten Projekte hätten nichts bewirkt. Neben Grundsatzfragen, wie die „richtige“ Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus aussehen solle und wie diese am Besten gefördert werden könne, kamen in diesen Vorwürfen überzogene Erwartungen an die der Zivilgesellschaft zugeschriebenen Rolle zum Vorschein. Häufig wurde sie als Allheilmittel missverstanden, das in der Lage ist, selbst große gesellschaftliche Probleme in

15 In Anlehnung an Ansgar Klein verstehe ich Zivilgesellschaft als normativen Begriff, der auf eine weitergehende Demokratisierung verweist, über den unmittelbaren parlamentarischen Prozess hinaus. Zivilgesellschaft bezeichnet hier einen Raum, der durch freie, selbst organisierte, gemeinwohlorientierte Vereinigungen gebildet wird, die unabhängig von Staat und Markt agieren. Zivilgesellschaft nimmt hier auch die Rolle eines kritischen Korrektivs gegenüber dem Handeln von Staat und Markt ein. (vgl. Klein 2001) Demokratie lebt demnach von der kontinuierlichen Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger auch jenseits von Wahlen.

kurzer Zeit zu lösen. Genau dies kann Zivilgesellschaft jedoch nicht leisten. Der jeweilige Erfolg ist immer auch von zahlreichen Rahmenbedingungen abhängig, wie zum Beispiel den kommunalen politischen Strukturen. In einer Stadt wie Pirna, in der der Oberbürgermeister bereits im Jahr 2001 das in der Stadt und der Sächsischen Schweiz existierende Problem Rechtsextremismus als Gefahr erkannte und dementsprechend die zivilgesellschaftlichen Strukturen vor Ort zu unterstützen begann, misst sich Erfolg anders als in Wurzen, wo die offene Auseinandersetzung mit dem Thema immer wieder behindert wurde. In letzterem Falle kommt Zivilgesellschaft in stärkerem Maße eine Kritik- und Kontrollfunktion zu. Ein Erfolg ist hier schon, wenn es gelingt, eine Öffentlichkeit gegen dominante gesellschaftliche Strömungen zu schaffen und auf diesem Wege Stück für Stück Veränderungsprozesse mit anzuregen. Dies ist nicht in wenigen Jahren zu realisieren, sondern braucht viel Zeit. Diese Kritikfunktion kann jedoch nur wahrgenommen werden, wenn es Unterstützung von außen gibt. Im Falle des NDK konnte die zunehmende Aktivierung und Einbindung von Ehrenamtlichen sowie die steigende Zahl der Projekte vor allem dadurch gesichert werden, dass lange Zeit eine finanzielle Unabhängigkeit gegenüber den kommunalen Strukturen gegeben war. Als Hemmschuh erwies sich hier jedoch immer wieder, dass langfristige Planungen der eigenen Arbeit nur schwer möglich sind, da die Vereinsaktivitäten keine dauerhafte oder zumindest mehrjährige finanzielle Absicherung haben, sondern von Jahr zu Jahr neu beantragt werden müssen, zum Teil mit ungewissem Ausgang. Einer Arbeit, die unter qualitativen Gesichtspunkten auf Langfristigkeit und Kontinuität angewiesen ist, ist dies nicht zuträglich.

Ein weiterer wichtiger Aspekt in Sachen Zivilgesellschaft besteht darin, dass ehrenamtliches Engagement durch hauptamtliche Mitarbeiter abgesichert sein muss. Nicht um hoch dotierte Arbeitsplätze für arbeitslose Akademiker zu schaffen, wie ein gelegentlich geäußelter Vorwurf unterstellt, sondern um die notwendigen Voraussetzungen für ehrenamtliche Arbeit zu schaffen. Im Falle des NDK beginnt dies bei der finanziellen Absicherung des eigenen Hauses, geht über die Begleitung des Ehrenamts und die Qualitätssicherung der Projekte, bis hin zu notwendiger Vernetzungsarbeit und regelmäßigem Fachaustausch mit anderen Institutionen.

Nicht zu unterschätzen ist auch der Faktor, dass ehrenamtliche Arbeit Anerkennung braucht. Im Falle des NDK, wo die Aktiven, obwohl überwiegend in Wurzen oder der unmittelbaren Umgebung geboren, immer wieder als „Nestbeschmutzer“ beschimpft wurden, war es Bestätigung von außen, die die Ehrenamtlichen immer wieder in ihrem Engagement bestärkte. Sei es die inhaltliche und moralische Unterstützung von Seiten langjähriger Partner wie der *Amadeu Antonio Stiftung* in Berlin, oder auch die gegenüber dem Verein geäußerte Sympathie und Unterstützung zum Beispiel von Bundestags- und Landtagsabgeordneten, Kirchen und Gewerkschaften, sowie zahlreichen Spendern. Diese Hilfestellungen von außen haben ihren Beitrag geleistet, bestehende Vorbehalte in Wurzen an manchen Stellen aufbrechen zu können.

4.2 Auswirkungen von Förderprogrammen auf die Projektarbeit

Das Jahr 2007 brachte für die zivilgesellschaftlichen Projekte und Institutionen, die vom Förderprogramm *CIVITAS* profitiert hatten, eine Zäsur. Grund war die Einführung des neuen Bundesprogramms *VIELFALT TUT GUT* und dessen grundsätzlich andere Förder-

philosophie. *CIVITAS* zielte auf die unmittelbare Aktivierung von Zivilgesellschaft. Das *VIELFALT*-Programm setzt dagegen in sehr viel stärkerem Maße auf die Einbindung staatlicher Strukturen. Kern des Programms sind so genannte *Lokale Aktionspläne*, die von Gebietskörperschaften wie Landkreisen oder Städten beantragt werden müssen. Damit wurde zwar versucht, einem Kritikpunkt aus der wissenschaftlichen Begleitforschung Rechnung zu tragen, der anregte, stärker die Unterschiedlichkeit lokaler Konstellationen zu berücksichtigen (vgl. Lynen von Berg et al. 2007: 342). Jedoch bedeutet dies konkret, dass zivilgesellschaftliche Vereine nun nicht mehr unmittelbar beim Bund, sondern bei der Kommune Anträge stellen müssen. Das Programm war daher von Anfang an starker Kritik ausgesetzt. Befürchtet wurde, dass nur solche Kommunen Anträge stellen würden, in denen es ein gewisses Problembewusstsein gibt. Vereine in Regionen hingegen, wo das Problem Rechtsextremismus weitgehend geleugnet wird, würden nun keine Chance mehr haben, gefördert zu werden. Befürchtet wurde auch, dass Vereine, die Kritik an kommunalen Strukturen wie zum Beispiel Verwaltungen üben, nun durch Fördermittelentzug sanktioniert werden könnten. Am Beispiel des Muldentalkreises und des NDK schienen sich diese Befürchtungen zunächst zu bestätigen. Obwohl einschlägig für seine fachliche Arbeit mit dem Thema bekannt, ging der Verein 2007 bei der Verteilung der Fördermittel im Landkreis zunächst leer aus. Bevorzugt wurden Institutionen, die vor allem klassische Jugendarbeit machen, aber bislang keine Erfahrungen mit dem Thema Rechtsextremismus hatten. Ein daraufhin ersatzweise beim Landkreis gestellter Antrag des NDK auf außerplanmäßige Förderung aus Kreismitteln wurde zunächst abschlägig beschieden. Erst nach anhaltender Kritik am Handeln des Landkreises durch Bundestags- und Landtagsabgeordnete, Kirchen und Gewerkschaften, einem Vermittlungsgespräch auf Initiative eines Würzener Unternehmens, sowie der bundesweiten negativen mediale Berichterstattung über den Landkreis, wurde der Antrag im zweiten Anlauf bewilligt. Nach diesen Schwierigkeiten hat sich die Qualität der Projekte jedoch deutlich verbessert, genauso wie die Zusammenarbeit zwischen NDK und Landkreis, so dass der „Lokale Aktionsplan“ hier nun insgesamt auf einem guten Weg ist.

Zum einen muss die Qualität der Lokalen Aktionspläne also von Fördergebiet zu Fördergebiet beurteilt werden. Zum anderen gibt es jedoch Mängel, die in der Struktur des neuen Bundesprogramms angelegt sind. Bei seiner Erarbeitung wurden wissenschaftliche Erkenntnisse, die für die Ausrichtung wichtig gewesen wären, weitgehend ausgeblendet. So wurde bereits in einer recht frühen Evaluation des *CIVITAS*-Programms kritisiert, dass dessen starke Fixierung auf die Zielgruppe der Jugendlichen – gemessen an der Verbreitung rechtsextremer Einstellungen – fachlich nicht gerechtfertigt sei (vgl. Roth 2003: 8, 78). Im neuen Bundesprogramm findet dies, wie schon der Programmtitel *Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie* andeutet, kaum Niederschlag. Des Weiteren sieht das Programm eine Weiterförderung bestehender Projekte nicht vor. Auch muss gesondert begründet werden, wenn ein Projekt erneut beantragt wird. Kontinuierlicher Arbeit werden somit unnötige Hindernisse in den Weg gestellt. Am kritischsten zu bewerten ist jedoch noch immer der vollständige Paradigmenwechsel der zugrunde liegenden Förderphilosophie. Der basisdemokratische wurde zugunsten eines etatistischen Ansatzes aufgegeben. Hinzu kommt, dass das *VIELFALT*-Programm keine flächendeckende Förderung vorsieht. In Ostdeutschland werden pro Bundesland bis zu zehn *Lokale Aktionspläne* gefördert, in Westdeutschland liegt die Zahl deutlich darunter und schwankt in den einzelnen Bundesländern von einem bis fünf. Ein weiteres Problem ist, dass die Förderhöchstsumme pro Projekt bei 20.000

Euro liegt. Damit werden größere Institutionen bevorzugt, die bereits über hauptamtliches Personal verfügen und Projekte im Rahmen des Bundesprogramms eher nebenbei abwickeln. Kleinere Institutionen, die zunächst einmal eine Förderung von Personal und Infrastruktur bräuchten, haben es schwer, die eigene Arbeit abzusichern. Damit geht jedoch vieles von der Flexibilität und Kreativität verloren, die insbesondere solchen kleineren Strukturen eigen sind, und die in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus dringend benötigt werden. Das Zusammenspiel dieser Faktoren lässt befürchten, dass wichtige Teile des durch das *CIVITAS*-Programm aufgebauten Fachwissens vernichtet wurden, wovon insbesondere die Bundesländer betroffen sind, in denen es keine Ergänzung zum Bundesprogramm durch entsprechende Landesprogramme gibt. Wie viele Vereine, Institutionen, Initiativen und Projekte mit dem Ausklingen von *CIVITAS* ihre Arbeit deutlich reduzieren mussten oder den Programmwechsel gar nicht überlebt haben, ist bislang nicht abzusehen.

5 Ausblick

Nach wie vor ist die politische Unterstützung von Initiativen, die sich der Auseinandersetzung mit dem Thema Rechtsextremismus widmen, großen Schwankungen unterworfen. Obwohl in der Öffentlichkeit deutlich präsenter, ändern sich Rahmenbedingungen zivilgesellschaftlicher Projekte ständig. Einerseits hat dies den positiven Effekt, dass eine gewisse Flexibilität gewahrt bleibt. Andererseits fehlt nach wie vor die dringend benötigte Kontinuität. Damit können zivilgesellschaftliche Projekte zwar wichtige Impulse setzen, den an sie häufig gestellten Anforderungen jedoch nur schwer in Gänze gerecht werden. Spannend bleibt dabei insbesondere die Zukunft von entsprechenden Förderprogrammen. Ob und in welcher Form diese nach der Bundestagswahl 2009 fortgeführt werden, ist ungewiss. Angesichts sich vielerorts verfestigender rechtsextremer Strukturen und zunehmender Distanz weiter Teile der (ostdeutschen) Bevölkerung gegenüber der bundesrepublikanischen Demokratie, ist dies eine eher ernüchternde Perspektive.

Literatur

- Arzheimer, Kai (2008): Die Wähler der extremen Rechten 1980-2002. Wiesbaden.
- Beier, Katharina et al. (2006): Die NPD in den kommunalen Parlamenten Mecklenburg-Vorpommerns. Greifswald.
- Decker, Oliver/Brähler, Elmar (2006): Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland, Berlin 2006.
- Fischer-Tahir, Andrea/Affolderbach, Friedemann (2004): „Mein Sohn wurde von Rechten zusammengeschlagen.“ Wahrnehmungen und Deutungen zum Thema Rechtsextremismus. Das Beispiel Wurzen, Wurzen.
- Hafener, Benno/Schönfelder, Sven (2007): Politische Strategien gegen die extreme Rechte in Parlamenten. Folgen für kommunale Politik und lokale Demokratie, Berlin.
- Heitmeyer, Wilhelm (Hg.) (2008): Deutsche Zustände – Folge 6. Frankfurt/M.
- Jennerjahn, Miro (2008): Kreistagswahlergebnisse der NPD 2004 und 2008 in Sachsen: Verfestigung oder Schwächung der Partei? In: NiP (Nazis in Parlamenten) Redaktionskollektiv/Weiterdenken – Heinrich Böll Stiftung Sachsen/Heinrich Böll Stiftung (Hg.): Die NPD im Sächsischen Landtag. Analysen und Hintergründe. Dresden. 9-19.

- Junge Freiheit (24.9.2004): „Ziel ist, die BRD abzuwickeln“. Der NPD-Vorsitzende Udo Voigt über den Wahlerfolg seiner Partei und den „Zusammenbruch des liberal-kapitalistischen Systems“. In: Junge Freiheit 40/2004. In: <http://www.jf-archiv.de/archiv04/404yy08.htm> (zuletzt abgerufen am 26.8.2008)
- Klein, Ansgar (2001): Der Diskurs der Zivilgesellschaft. Politische Kontexte und demokratietheoretische Bezüge der neueren Begriffsverwendung. Opladen.
- Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen/Ministerium des Innern des Landes Brandenburg (Hg.) (2008): Gemeinsames Lagebild der Verfassungsschutzbehörden Brandenburg und Sachsen zu aktuellen Entwicklungen im Rechtsextremismus 2008. Potsdam und Dresden.
- Lynen von Berg, Heinz et al. (2007): Interventionsfeld Gemeinwesen. Evaluation zivilgesellschaftlicher Strategien gegen Rechtsextremismus, Weinheim und München.
- Roth, Roland (2003): Bürgernetzwerke gegen Rechts. Evaluierung von Aktionsprogramm und Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Bonn.
- Staud, Toralf (2001): Die Nestbeschmutzer. In: Die Zeit 28/2001, einzusehen unter: http://www.zeit.de/2001/28/200128_wurzen.xml (zuletzt abgerufen am 4.9.2008).
- Staud, Toralf (2006): Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD. Köln.
- Stöss, Richard (2005): Rechtsextremismus im Wandel. Berlin.

Internetquellen

- Beklemmendes aus Wurzen. In: <http://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/news/reportagen/spaziergang-wurzen/> (zuletzt abgerufen am 31.8.2008).
- Boizenburger Grundschule kauft T-Shirts bei Textilversand eines Rechtsextremisten. In: http://www.endstation-rechts.de/index.php?option=com_content&task=view&id=632&Itemid=240 (zuletzt abgerufen am 31.8.2008).
- Die Thor-Steinar-Welt der Zufälle. In: <http://www.netz-gegen-nazis.com/artikel/die-grosse-thor-steinar-welt-der-zufaelle> (zuletzt abgerufen am 31.8.2008).

Rassismus und Fremdenfeindlichkeit im Fußballumfeld – Herausforderungen für die Prävention

Gunter A. Pilz

1 Einleitung

Fremdenfeindlichkeit und Rassismus sind und bleiben eine Gefahr für die Demokratie und die politische Kultur Deutschlands, dies gilt auch für den Fußball als „Brennglas“ gesellschaftlicher Entwicklungen und Problemfelder.

Die wachsende Perspektivlosigkeit junger Menschen, die in Teilen der Fußballszene schon seit jeher zumindest vorhandene rechte Gesinnung, die Verherrlichung und Faszination der Gewalt, sowie die bei Nationalmannschafts- und Europacupspielen sich anbietende nationalistische Bühne haben die Fans, Hooligans, Ultras und den organisierten Rechtsextremismus näher zusammengebracht und in manchen Fällen zu einer gefährlichen Symbiose geführt. Der latente Rassismus eines Teils der Gesellschaft manifestiert sich im Fußballumfeld.

2 Erscheinungsformen und Entwicklungstendenzen

2.1 Verlagerung von rassistischen und fremdenfeindlichen Äußerungen

Die Entwicklung rassistischer, fremdenfeindlicher Handlungen im Fußball verläuft in scheinbar sich widersprechenden Richtungen. So weisen Untersuchungen darauf hin, dass offenes rassistisches, fremdenfeindliches Verhalten in den vergangenen Jahren in den alten Bundesländern zwar zurückgegangen, sehr wohl aber noch beobachtbar ist (vgl. Behn et. al 2004; Behn/Schwenzer 2006). In den einzelnen Standorten gibt es sowohl einen Rückgang auf unterschiedlichem Niveau als auch unterschiedliche Problemlagen. Während es in den meisten Stadien eher Einzelpersonen oder kleinere Gruppen sind, die durch an entsprechende Äußerungen auffallen, beteiligt sich in manchen Stadien abhängig vom Spielgeschehen ein ganzer Block von mehreren hundert bis tausend Fans an fremdenfeindlichen Diskriminierungen.

Ein weiterer Trend ist, dass offen inszenierte Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus eher vom Stadion weg auf die An- und Abfahrtswege und in untere – sozial- und ordnungspolitisch weniger kontrollierte – Spielklassen verlagert werden.

Der Rückgang von rassistischen, bzw. rechtsextremen Verhaltensweisen in den oberen Spielklassen bedeutet nicht unbedingt einen Rückgang von problematischen Einstellungsmustern, vielmehr ist eine Diskrepanz zwischen Einstellungen und Verhaltensweisen festzustellen. Der Rassismus und die Fremdenfeindlichkeit werden – wo soziale und ordnungspolitische Kontrollen greifen – verdeckter und subtiler. Damit wird auch schon deutlich, dass Kontrolle und Strafen allein das Problem nicht lösen, sondern zunächst einmal nur

verdrängen. Mit Strafen und Kontrollen allein sind rassistische und fremdenfeindliche Gedanken nicht aus den Köpfen herauszubekommen

2.2 Wandlungen vom offenen zum verdeckten und subtilen Rassismus und Notwendigkeit der Differenzierung

Die rechtsextreme Szene hat ihre Strategie gewandelt und kommuniziert ihre Einstellungen mittels versteckter Codierungen und einem entsprechenden Symbolsystem, das oft nur für Insider erkennbar ist. Dies stellt hohe Anforderungen an Fanprojektmitarbeiter/innen, Ordner/innen und Fanbetreuer/innen, weil sie sich dieses Expertenwissen, das in der Regel nicht vorhanden ist, erst aneignen müssen. Der Einzug von rechtem Lifestyle in die Popkultur, von „rechts“ konnotierten Kleidungsmarken und Symbolen als modischer Mainstream in den Kurven unterstreicht die Dringlichkeit von speziellen Schulungsmodulen ebenso wie der subkulturelle Trend der tendenziellen Abkehr vom Bild des martialischen Skins und des ironischen Spiels mit Zeichen und der Adaption linker Symbolik und linker Dresscodes. Wichtig ist dabei zwischen rassistischem bzw. fremdenfeindlichem Zuschauerverhalten (wie z.B. Affenrufe, fremdenfeindliche Fangesänge etc.) und rechtsextremem Verhalten (wie z.B. Verteilen von NPD-Aufklebern in der Fankurve) zu differenzieren, da es sich um unterschiedliche Akteure handeln kann, die aus unterschiedlichen Beweggründen agieren.

Einem rassistischen Verhalten muss keine gefestigte rechtsextreme Einstellung zugrunde liegen; auf der anderen Seite gibt es Fans, die im Stadion zwar deutlich erkennbar als Rechtsextreme in Erscheinung treten, sich jedoch nicht an rassistischen Äußerungen beteiligen.

Festzustellen ist, dass Handlungen und Einstellungen nicht übereinstimmen müssen. Der Rückgang von offenem rassistischem/fremdenfeindlichem und rechtsextremem Verhalten bedeutet nicht unbedingt einen Rückgang der jeweiligen Einstellungsmuster. Anders herum lässt sich nicht zwangsläufig von rechtsextremem Zuschauerverhalten auf die entsprechenden Einstellungsmuster schließen. Es gibt Handlungen, die aufgrund ihrer semantischen Struktur als rechtsextrem zu bezeichnen sind (wie z.B. das in der Fanszene verbreitete „U-Bahn-Lied“), weil sie nach außen hin rechtsextreme Bilder transportieren. Dieser rechtsextreme Inhalt wird unter Umständen von jugendlichen Fans bewusst eingesetzt, um Erwachsene, die Polizei oder gegnerische Fans zu provozieren, Tabus zu überschreiten und sich selbst außerhalb des gesamtgesellschaftlichen Mainstreams in Szene zu setzen. Andere rechtsextreme- beziehungsweise fremdenfeindliche/rassistische kulturelle Praktiken sind weitgehend ihrer ursprünglichen Bedeutung beraubt; die rechte Konnotation hat sich „abgeschliffen“. So wird beispielsweise bei Liedern, in denen die „Reichshauptstadt“ vorkommt, nicht unbedingt ein Bezug zum „Dritten Reich“ hergestellt.

Außerdem ist eine Vermischung von rechter Symbolik und Fußballsymbolik festzustellen, die zum Teil an einen Wertekanon anknüpft, in dem sich Fußballkultur und rechte Ideologie treffen (Stichworte: Kampfkraft, Ehre, Treue). Dies betrifft vereinzelt auch strafrechtlich verbotene Symbole und Losungen im Rahmen von Merchandising-Artikeln, die sowohl vor dem Stadion verkauft als auch im Stadion getragen werden.

Zu beobachten ist auch ein Ost-West-Gefälle in dem Sinne, dass der offene Rassismus in den Stadien der Neuen Bundesländer ausgeprägter ist. In den neuen Bundesländern gibt es Szenen, die ihre rechten Einstellungen sehr viel offener und direkter zeigen. Dies ist

Folge der ungleichen Problemlagen und gesellschaftlichen Entwicklungen, denen Menschen in den Alten und Neuen Bundesländern ausgesetzt sind.

„Ein zunehmender Teil vor allem der ostdeutschen Bevölkerung ist davon bedroht, in eine (dauerhafte) Armutsposition abgedrängt zu werden. Während in früheren Armutsstudien häufig die „Altersarmut“, insbesondere die Armut älterer Frauen, Gegenstand der Forschung war, wird zukünftig mehr und mehr von der Armut junger Menschen die Rede sein“ (Heitmeyer 1998: 83)

Enttäuschung, Zukunftsangst und Systemunzufriedenheit nehmen zu. Die alten Vorbilder sind verblichen, die Glaubwürdigkeit der Elterngeneration erschüttert. In dieser diffusen, ängstlichen und suchenden Emotionalität fallen die Parolen politischer extremer Parteien (wie z.B. die NPD auf der einen, die PDS auf der anderen Seite), die das Vorhandensein einfacher, eindeutiger und klarer Lösungen suggerieren, auf fruchtbaren Boden.

Auf der Suche nach Identität und Angrenzung können politische Einstellungen dabei durchaus von ganz rechts nach ganz links – und umgekehrt – schwanken.

2.3 Wachsamkeit und Sensibilität gegenüber Rassismus und Fremdenfeindlichkeit bestimmen deren Ausmaß

Jenseits des pauschal formulierten Rückgangs von rechtsextremem und rassistischem/fremdenfeindlichem Zuschauerverhalten kann festgestellt werden, dass sowohl der Grad dieses Zuschauerhaltens als auch der Umgang beziehungsweise die Form der Auseinandersetzung damit von Verein zu Verein variiert.

Dabei zeigt sich, dass der Verein der sich rechtzeitig eindeutig positioniert und rassistisches Verhalten öffentlich zur Diskussion stellt beziehungsweise sanktioniert auch kaum oder erheblich weniger Probleme mit Rassismus und Fremdenfeindlichkeit hat. Wenn dies nicht passiert, kann es zu einer Sogwirkung kommen – rechte Fans werden von einem bestimmten Verein angezogen, während politisch Andersdenkende eher abgestoßen werden und fernbleiben, was das Problem weiterverschärft.

Mit ein Grund für diese Entwicklung ist die Erkenntnis, dass fremdenfeindliche Gewalt oft einer gefährlichen Mischung aus Ideologie und Erlebnishunger entspringt. Wippermann macht entsprechend zu Recht darauf aufmerksam, dass in „Situationen rechtsradikaler Eskalation ein Motiv der Täter auch ihre spezifische Erlebnisorientierung im Sinne von starken Reizen („Thrill and Action“)“ ist.

„Dies erklärt auch, warum die Gewalttäter in der Regel Jugendliche sind und sich vor Hetzjagden und Brandanschlägen zu Gruppen zusammenrotten. Ein Brandanschlag hat für sie – unbewusst – den Charakter eines Events, wird begriffen als eine Veranstaltung mit einer besonderen Ästhetik, emotionalen Aufladung und Gemeinschaftserleben (und ist darin motivationspsychologisch anderen Events ähnlich). Rechtsradikale Gewalt hat also heute diese Doppelstruktur von Ideologie und Erlebnissehnsucht.“ (Wippermann 2001:7)

Diese Erlebnissehnsucht macht das Fußballstadion für die Rassisten so attraktiv und deren Aktionen für manche Fans, Ultras und Hooligans im Sinne des „Sensationseeking“ so verlockend.

Eine politisch heterogen zusammengesetzte Fanszene, die von innen heraus fremdenfeindliches und rechtsextremes Verhalten nicht duldet beziehungsweise sanktioniert, ist deshalb enorm wichtig, um eine interne Auseinandersetzung zu fördern. Diese „Selbsterziehung“ innerhalb der Fanszene funktioniert in manchen Vereinen; in anderen wird die antirassistische Arbeit eher in Faninitiativen „ausgelagert“, die kontinuierlich dafür sorgen, dass die Problematik in den Reihen der Fans diskutiert wird.

Ergänzend kann noch eine weitere kulturelle Logik der Fanszene beschrieben werden. Die kollektive Fanidentität nivelliert politische Differenzen; der gemeinsame Bezug zu einer imaginären und realen Fangemeinschaft lässt unterschiedliche politische Anschauungen in den Hintergrund treten (vgl. Behn/Schwenzer 2006). Für viele Fans gehört Fußball nicht zum Privatleben – dieses findet jenseits des Fußballs statt. Langjährige Fußballbekanntschaften wissen oft wenig voneinander: Der jeweilige soziale und berufliche Kontext sowie die politische Weltanschauung bleiben in der Regel weitgehend ausgeklammert. Dies mag ein Grund dafür sein, dass politische Äußerungen tendenziell erst dann sanktioniert werden, wenn sie allzu offensichtlich ins Stadion getragen werden und dem Image des Vereins schaden.

In der medialen Informationsgesellschaft wird das Image eines Vereins immer wichtiger und entscheidet unter Umständen auch über Sponsorengelder. Steht der Verein oder seine Fans im Ruf der rechten Szene nahe zu stehen, kann ihm dies nachhaltig schaden. Wenn Fans diesen Imagefaktor reflektieren, verhalten sie sich entsprechend den Erwartungen, die von außen an sie gestellt werden – auch um Repressionen seitens des Vereins oder der Polizei zu vermeiden. Dies kann in manchen Vereinen dazu führen, dass Fans sich nach außen hin *politically correct* verhalten, ohne dass sich zwangsläufig die Einstellungen rechts orientierter Fans verändert haben müssen.

2.4 *Wachsam sein und sich empören reicht nicht: Wir brauchen auch eine Kultur des Einschreitens und Handelns*

Bei den Ultras ist eine zumindest scheinbare Nivellierung politischer Differenzen durch ihre kollektive Ultra-Identität zu beobachten. So lange die Ultras ihre „privaten“ politischen Einstellungen im Stadion außen vor lassen, ist sie der Mehrheit der Ultras egal. Rund 47 Prozent aller von uns befragten Ultras bejahten, dass sie auch rechtsorientierte Mitglieder in den eigenen Gruppen hätten (vgl. Pilz/Wölki 2006). Allerdings fällt auf, dass sich Ultras im Stadion zumindest optisch in letzter Zeit eher mit linken Symboliken präsentieren und sich offen auch eher zu ihrer „linken“ beziehungsweise antirassistischen Einstellung bekennen als zu der vermeintlich rechten, die eher auf subtilere Art gezeigt wird und angeblich nur der Provokation dienen soll. Dies mag aber auch damit zusammen hängen, dass rechte Botschaften im Stadion stärker tabuisiert werden und dem Verein eher schaden, so dass man sich bezüglich der offenen Bekundung rechter Gesinnungen zum Beispiel bewusst zurück hält, ohne dass sich die Einstellung deshalb verändert. Außerdem heißt es in den Ultrakreisen häufig noch, dass die traditionell links besetzten Symbole wie beispielsweise Ché Guevara, der gerne auf Doppelhaltern¹ gezeigt wird, für sie nicht einer politisch linken Einstellung entspringt, sondern viel mehr „entpolitisiert“ als Zeichen für Rebellion und Wider-

1 Hierbei handelt es sich um – häufig selbst gebastelte – Fahnen, die an zwei Stangen befestigt sind und so im Stadion besser hochgehalten werden können.

stand verstanden wird. Viele politische und ideologische Verweise verkörpern entsprechend das, was der italienische Soziologe Alessandro Dal Lago (1994, 2001) den „bricolage“ Effekt nennt: Symbole und Namen tragen oft zur Identität einer Gruppe bei, aber meist nur in Opposition zu anderen Gruppen und beziehen sich nicht notwendigerweise auf echten Inhalt oder Treue zu den jeweiligen politischen Namensrichtungen.

Bedenklich ist, dass zwischen dem Bekenntnis des weitaus größten Teils der Ultras zur politischen Neutralität und der Bereitschaft, sich aktiv gegen politische Äußerungen im Stadion zur Wehr zu setzen, offensichtlich ein Bruch besteht. Während sich die Mehrzahl der Ultras gegen Politik im Stadion und gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit ausspricht, hält sich doch ein beträchtlicher Teil der Ultras zurück, wenn es darum geht auch aktiv gegen rassistische, rechtsextreme Äußerungen vorzugehen beziehungsweise sich dafür auszusprechen, dass für rassistische, rechtsextreme Äußerungen aus den Reihen der Fans auch Stadionverbote ausgesprochen werden. Dies ist angesichts der Tatsache besonders problematisch, dass im Sinne einer Sogwirkung Vereine, die sich nicht eindeutig gegen rechtsextremistische, rassistische Tendenzen positionieren, die ‚Rechten‘ geradezu anziehen und diese sich ermuntert fühlen, dort ihre politischen Gesinnung auch offen auszudrücken.

„Nur 11,8 Prozent der Ultras der Neuen Bundesländer und gerade einmal ein Drittel der Ultras der Alten Bundesländer bejahen die Aussage, dass rassistische und rechtsextreme Ultras bei ihnen im Stadion niedergebrüllt beziehungsweise rausgeschmissen werden, wenn sie sich laut äußern. Wenn ein Mitglied der eigenen Ultragruppe sich rassistisch äußert sagen 26,5 Prozent der Ultras der Neuen und 42,1 Prozent der Ultras der alten Bundesländer etwas dagegen.“ (Pilz/Wölki 2006)

Dass Fans, die sich rassistisch äußern, dafür ein Stadionverbot bekommen, finden gerade einmal 25 Prozent der Ultras der Neuen und 27,9 der Ultras der alten Bundesländer gut (vgl. ebenda). Andererseits muss auch positiv vermerkt werden, dass sich innerhalb der Ultraszene verstärkt auch aktive Bündnisse gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit herausbilden und sich Arbeitsgruppen bzw. Initiativen formieren, die im Sinne der Selbstregulierung aktiv, engagiert und erfolgreich gegen rassistische und fremdenfeindliche Tendenzen in ihren Reihen vorgehen.

2.5 Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sind nicht nur ein Problem der Ränder, sondern auch der Mitte der Gesellschaft

Problematische Verhaltensweisen sind keineswegs auf die Fan- und Ultraszene oder den Stehplatzbereich beschränkt, sondern finden sich auch im Sitzplatzbereich. Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sind – wie in der Gesellschaft schlechthin – kein Problem sozialer Randgruppen. Längst haben die entsprechenden Einstellungen eine so weite Verbreitung erreicht, dass die These Rechtsextremismus komme aus der Mitte der Gesellschaft durchaus plausibel erscheint (vgl. Kreuzberger et al.:1993). In diesem Zusammenhang hat Heitmeyer in seinen Untersuchungen zur Entwicklung gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit eine enge Verzahnung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit mit der Demonstration und Verteidigung von Etabliertenrechten nachgewiesen (vgl. Heitmeyer 2005).

Während Rassismus und Rechtsextremismus unter Umständen aber als nicht *politically correct* reflektiert werden, werden Sexismus und Schwulenfeindlichkeit gemeinhin nicht in Frage gestellt. Auffällig ist gerade dieses Spannungsverhältnis zwischen offen artikulierter, oft in ihrer Bedeutung schon abgeschliffener Homophobie und der emotionalen, ritualisierten Körperlichkeit unter (männlichen) Zuschauern auf den Rängen. Es hat sich somit eine Hierarchie von Diskriminierungen entwickelt – obwohl Schwulenfeindlichkeit und Sexismus in den Stadien weitaus verbreiteter sind als Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus. Besonders homophobe Fangesänge gehören zum Standardrepertoire in vielen Fußballstadien, die nicht weiter in Frage gestellt werden. Gleichzeitig gehört Fußball zu einer der letzten gesellschaftlichen Bastionen, in denen Homosexualität weitgehend ein Tabu ist. Sexistische Merchandising-Artikel sind weit verbreitet und gelten als „normaler“ Bestandteil der Fußballkultur. Auch dies darf angesichts der Forschungen von Heitmeyer (2005) nicht unterschätzt werden, in dessen Konstrukt der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit auch eine enge Verzahnung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit mit der Abwertung von Homosexuellen und Sexismus nachgewiesen wurde.

2.6 *Rassismus und Fremdenfeindlichkeit im Internet*

Neben dem im Umfeld von Fußballstadien und -spielen geäußerten Rassismus ist das Internet, dienen auch Webseiten häufig als Orte für das Ausleben von fremdenfeindlichen, rassistischen, sexistischen und homophoben Einstellungen (vgl. Pilz/Wölki 2003; Wölki 2003) unter Fußballfans.

So ist das Internet für die Fanszene zu einem wichtigen, unverzichtbaren Medium der Selbstdarstellung aber auch der kritischen Auseinandersetzung mit Erscheinungen rund um den Fußball geworden. Es erweitert, wie Schwier/Fritsch treffend schreiben,

„die Handlungsspielräume des Fantums. Die eigene Leidenschaft für einen Verein und die Wahrnehmung bestimmter Ereignisse oder Prozesse im kommerzialisierten Fußballsport kann nun prinzipiell mit hoher Verbreitungs- und Veränderungsgeschwindigkeit mit einer weltweiten Gemeinschaft geteilt werden.“ (Schwier/Fritsch 2003: 1)

Die Vernetzung verschiedener Fußballfanggruppierungen kann darüber hinaus „als Symptom und Motor für Wandlungstendenzen der Fankultur“ interpretiert werden. Insofern stellen Internetseiten wertvolles und unverzichtbares Informationsmedium für Sozialarbeiter und Fanbeauftragte von Fußballvereinen dar.

Dies nicht zuletzt auch deshalb, weil eine ganze Reihe von Fanggruppierungen mit ihren Internetseiten den Entfremdungstendenzen zwischen Anhängern und Vereinen bzw. Spielern entgegenzutreten, „die aktuell gegebene Kräftekonstellation im professionellen Fußball“ herausfordern und „über den Aufbau einer eigenen ‚Pressure Group‘ zumindest einen Teil des verloren gegangenen Einflusses der Fans“ wieder zurückgewinnen wollen (vgl. Schwier/Fritsch 2003: 2). Neben diesen durchaus positiv zu bewertenden Aspekten der Internetpräsentationen von Fanggruppierungen gibt es aber auch negative Begleiterscheinungen. Die größte Problematik geht von den Foren und Gästebüchern aus, in die offensichtlich unkontrolliert zum Teil höchst problematisches oder gar verbotenes Material eingespeist werden kann und wird. Die Bandbreite von Pornografie, Sexismus, Rassismus und Gewaltverherrlichung, die hierbei zutage tritt, ist beachtlich. Das Internet dient den Fuß-

ballfans offensichtlich als ideale Plattform, um zu dokumentieren, wer sie sind, was sie wollen, worüber sie sich ärgern, wen sie mögen und wen nicht. Die Selbstverständlichkeit, mit der die Fans rechtsextreme Bilder und Links auf ihren Seiten platzieren, muss dabei nachdenklich stimmen. Die Bandbreite zum Thema „Rassismus bzw. rechte Tendenzen“ im Netz der Fußballfans reicht von der patriotischen Homepage-Gestaltung, die auf die Vermeidung von Anglizismen und der Benutzung der Altdeutschen Schrift viel Wert legt, über die szenetypische konsequente Großschreibung von jedem doppelten „SS“-Laut oder der Verwendung von Zahlencodes zur Umschreibung von rechten Namen oder Grußformeln. Darüber hinaus wird auf den entsprechenden Seiten immer wieder die Gleichwertigkeit aller Menschen verneint, indem Ausländer, Linke und verfeindete Fangruppen pauschal als „Zecken“, „Zigeuner“, „Schwule“ oder „Behinderte“ bezeichnet werden. Ebenso finden sich in Gästebüchern und Foren zahllose Werbungen und Aufrufe zu extrem rechten Demonstrationen, Collagen mit rechtsextremen Parolen, die unter den Straftatbestand des §86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) fallen und andere schwerstens diskriminierende Äußerungen sowie Links zu rechtsextremen Seiten und indizierter Musik.

Klar erkennbar ist, dass die offenen Bereiche einer Webseite nicht nur von Fußballfans genutzt werden, sondern auch von außen stehenden Rechtsextremen, beispielsweise szenenahen Musikern, die versuchen, die Szene zu unterwandern und dort neue Mitglieder und Interessenten für eigene Zwecke zu finden. In der Arbeit mit Fußballfans sollte das Internet eine entsprechend wichtigere Rolle spielen, als dies bislang erkennbar ist.

3 Folgerungen, Herausforderungen für die Prävention

Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass – so wichtig es auch ist, Nulltoleranz gegenüber fremdenfeindlichen, rechtsextremistischen, rassistischen Äußerungen und Handlungen zu zeigen – die Lösung des Problems nicht allein in Verboten und Strafen liegen kann und darf. Die Gegenstrategien lassen sich nach den jeweiligen Akteuren und den verfolgten Strategietypen unterscheiden. Als wichtige Akteure sind Fanprojekte, Polizei, Vereine, Verbände, Faninitiativen und Fans zu nennen.

In diesem Zusammenhang kommen neben pädagogischer Arbeit insbesondere Kampagnenarbeit, die Förderung von Selbstregulierungsmechanismen, das Festlegen von Regelwerken und Sanktionierungen sowie Vernetzungsarbeit zum Tragen. Für die Arbeit gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit gibt es keine Patentrezete; vielmehr ist eine kontinuierliche Arbeit mit unterschiedlichen Ansätzen und eine konstruktive, vernetzende Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure notwendig.

3.1 Selbstregulierungen stärken, mehr Diskurs- statt Verbotspädagogik

Zunächst einmal gilt es die Selbstregulierungsmechanismen aus der Fanszene nachhaltig zu unterstützen.

Für die Arbeit gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus lassen sich Rahmenbedingungen und Leitlinien formulieren, damit diese Arbeit nachhaltig wirksam wird. So ist in Bezug auf den Verein zentral, dass dieser sich eindeutig und rechtzeitig

gegen Rassismus und Rechtsextremismus positioniert, um die erwähnten Sogwirkungen in der Fanszene zu vermeiden. Es darf in diesem Zusammenhang jedoch nicht das Ziel und Bestreben sein rechtsorientierte Jugendliche aus dem Stadion zu verbannen, da das Problem auf diese Weise lediglich verlagert würde. Nicht die Verbotspädagogik, sondern die Diskurspädagogik ist gefordert: Es muss darum gehen, einen Diskussionsprozess einzuleiten, der sich mit den problematischen rechtsextremen Entwicklungen im Stadion und im Stadionumfeld kritisch auseinandersetzt.

Von großer Bedeutung ist hierbei die funktionierende Kommunikation zwischen den verschiedenen Akteuren rund um das Stadion. Praxisbeispiele zeigen, wie Kommunikationsstörungen beispielsweise zwischen Verein und Fanprojekt die Wirksamkeit der Arbeit schmälern oder gar Aktivitäten verhindern (vgl. Behn/Schwenzer 2006). Die präzise Festlegung von Verantwortlichkeiten und die Vernetzung der Akteure sind in diesem Zusammenhang sehr wichtig. Für alle Beteiligten gilt, dass Antirassismus als Querschnittsaufgabe und nicht als Pflichtprogramm verstanden werden muss. Gerade Kampagnenarbeit darf nicht einmalig sein, sondern muss von weiteren Maßnahmen flankiert werden. Kampagnen sind nur dann glaubwürdig, wenn sie Teil eines kontinuierlichen Konzeptes sind. Generell gilt, dass die soziale Verankerung von Maßnahmen ihre Wirksamkeit erhöht und sie dann besonders effektiv sind, wenn sie mit den Fans zusammen entwickelt oder zumindest von den Fans getragen werden. Antirassistische Arbeit bedeutet darüber hinaus auch, die eigene Institution beispielsweise hinsichtlich der Partizipation von Migrant/innen zu öffnen.

Fans reflektieren mitunter, dass rassistisches und rechtsextremes Verhalten dem Verein negative Schlagzeilen einbringt. Wenn es sich um vereinsidentifizierte Fans bzw. Zuschauer/innen handelt, dann achten sie darauf, dem Image des Vereins nicht zu schaden, und verhalten sich entsprechend, ohne sich aber inhaltlich unbedingt mit einer antirassistischen Haltung zu identifizieren. Deutlich wird aber auch, dass Teile der Fans bei rassistischem und rechtsextremem Verhalten couragiert einschreiten, weil sie solche Diskriminierungen und Äußerungen nicht tolerieren wollen. Dieser Teil der Fans muss von Verein und Fanprojekt unterstützt werden.

3.2 Maßnahmen der Vereine („Best-practice“-Beispiele)

Ein nachahmungswertes Beispiel liefert hierfür die Hausordnung von Hannover 96, die erlassen wurde, um dem zunehmenden subtilen und verdeckten Rassismus im Stadion wirkungsvoll zu begegnen. Nach dieser Hausordnung sind neben den unter das Strafrecht fallenden Symbolen (z.B. Hakenkreuz) und Gesten (z.B. Hitlergruß) im Stadion auch Symbole, Zeichen, Aufnäher, Aufdrucke, Schriftzüge, Abbildungen und Parolen verboten, die den Eindruck einer rassistischen, fremdenfeindlichen oder extremistischen Einstellung hervorrufen könnten.

Entscheidender Unterschied zur bisherigen Stadionordnung ist entsprechend, dass fortan bereits der Eindruck ausreicht, dass es sich um extremistische, rassistische, fremdenfeindliche Symbole, Zeichen, Parolen und ähnliches handeln könnte, um ein Stadionverbot zu erwirken. Damit wurde es erstmals möglich, auch in der Grauzone aktiv zu werden. Es ging dabei darum, ein deutliches Signal zu setzen, dass im Stadion Rassismus und Diskriminierungen nicht geduldet werden, sondern der Verein und die Fans für Toleranz und Anerkennung stehen! Solche Versuche können jedoch nur gelingen, wenn dieses Signal

durch sozialpädagogische Maßnahmen des Fanprojekts aufgegriffen und „fanverträglich“ weiter transportiert wird.

„Denn weder nützt es [...] alle Menschen, die sich irgendwie rechts gerieren, ausgrenzen zu wollen, noch ist die Maxime ‚Hauptsache weg von der Straße‘, was meint, auch mit jungen Rechts-extremisten ohne jegliche Intervention arbeiten zu wollen, der Weisheit letzter Schluss“ (Kuhlmann 2000: 217).

Die neue Hausordnung fand in großen Teilen der Fanszene positiven Anklang, was sich in Kommentierungen wie „Das wurde ja auch mal Zeit!“ oder „Endlich wird das Problem mal angegangen!“ niederschlug. Auch wurde die neue Hausordnung – wie beabsichtigt – zum Gegenstand vieler qualitativ hochwertige Gespräche und Diskussionen insbesondere mit Fans aus der Ultra-Szene. Im Dialog mit den betreffenden Jugendlichen wurde auf die Problematik einiger ihrer Parolen, Transparente, Fahnen und derartiges aufmerksam gemacht und erreicht, dass zweideutige Transparente seither aus dem Stadion verschwunden sind. Dies wurde zum größten Teil auch durch Überzeugungsarbeit, zum geringeren Teil aber auch unter Androhung von Sanktionen erreicht. Im Internet entbrannten diesbezüglich in verschiedenen Foren und in Gästebüchern sehr aufschlussreiche Auseinandersetzungen, in denen Fans deutlich und kontrovers Stellung bezogen. Dies belegt eindrucksvoll, dass das Ziel, die Fanszene selbst zur intensiven Auseinandersetzung mit rechtsextremistischen Tendenzen im Stadion zu animieren, erreicht wurde. Genau das sollte mit der neuen Hausordnung erreicht werden: keine neue Verbotspädagogik, sondern eine Diskurspädagogik. Das Ziel war die Initiierung eines Diskussionsprozesses, der sich mit den problematischen rechten Entwicklungen im Stadion und Stadionumfeld kritisch auseinandersetzt.

Ein weiteres nachahmenswertes Beispiel ist der Hinweis auf der Rückseite der Eintrittskarten des SV Babelsberg:

„Der SV Babelsberg 03 versteht sich als weltoffen, tolerant und völkerverständigend. Diffamierungen Dritter aufgrund ihrer Herkunft, Religion, sexueller Orientierung sowie ihres Geschlechts sind zu unterlassen und führen zum Ausschluss von der Veranstaltung“

3.3 *Das Internet ist nicht nur eine Gefahr, sondern auch eine große Chance*

Ganze Seiten oder nur bestimmte Rubriken einer Homepage sperren zu lassen, kann für die bestehenden Probleme nicht die einzige Lösung sein. Außerdem steht zu befürchten, dass verbotene Gruppen im Netz hierdurch eher noch interessanter werden. Dies bedeutet aber nicht, dass im Umgang mit dem neuen Medium die Hände gebunden sind. Präsentationen, die gegen die Gesetze verstoßen, müssen verfolgt und beseitigt werden. Wenn in öffentlichen Chats oder Foren Nutzer mit rechtsextremen Nicknames wie beispielsweise „Dr. Mengele“, „Landser“ oder „Türkenkiller“ auftreten, sind die Moderatoren sofort zu informieren, damit sie diese Namen sperren und deren Benutzer „verbannen“ können.

Zweifelhafte Angebote sollten immer den zuständigen Behörden, z.B. dem Verfassungsschutz, Szenekontaktbeamten oder anti-rassistischen Hotlines gemeldet werden, damit dort geprüft werden kann, ob eine Strafverfolgung möglich ist oder andere Maßnahmen eingeleitet werden sollten. Angesichts der Dynamik und der grenzüberschreitenden Struktur

des Internets gibt es allerdings Schwierigkeiten bei der Strafverfolgung, da bis dato keine einheitlichen, länderübergreifenden Internet-Gesetze existieren (vgl. Parker 2004: 252).

Es gibt im Netz aber auch vielfältige Möglichkeiten, Zivilcourage zu zeigen, und das sollte gezielt genutzt werden. Vor allem Gästebücher und Foren liefern zwar auf der einen Seite Rechtsextremen die Chance, die Fußballfanszene mit ihrer Propaganda zu unterwandern und neue Mitglieder für ihre Zwecke zu werben, auf der anderen Seite machen jedoch gerade diese offenen Strukturen problematische Websites „verletzlich“. Zur Vernetzung der Szene eingerichtet, stehen sie jedem Internetnutzer auch für anti-rassistische, anti-sexistische und gegen Gewalt gerichtete Beiträge offen. Regelmäßige Einträge, die sich kritisch mit den geschriebenen Hass-Tiraden auseinandersetzen, wirken nicht nur störend, sondern können auch die Propaganda-Funktion der Gästebücher und Foren angreifen.

Weiterhin kann im Internet auch kritisch Stellung bezogen und eine argumentative Auseinandersetzung im Netz voran getrieben werden. Jugendliche Nutzer haben in vielen Fällen dem einfachen und in sich geschlossenen Weltbild der rechtsextremen und gewaltbereiten Überzeugungstäter nichts entgegen zu setzen und lassen Propaganda auch nicht zuletzt aus Unbeholfenheit unwidersprochen. An dieser Stelle müssten medienpädagogische Konzepte entwickelt und in der Praxis erprobt werden, die Jugendliche auf die Konfrontation mit derartigen Angeboten vorbereitet und ihnen aufzeigen, wie man auch im Netz Flagge dagegen zeigen kann (vgl. Glaser 2004). Hier stellt sich vor allem den Fan-Projekten eine wichtige Aufgabe und eröffnet sich den Sozialpädagogen und -pädagoginnen eine große Chance sozialpädagogischer, medienpädagogischer Intervention, die es künftig stärker zu nutzen gilt.

3.4 Strategische Handlungsempfehlungen zum Umgang mit Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit im Fußball

Folgende Handlungsempfehlungen für die Arbeit gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit ergeben sich aus den vorliegenden Untersuchungen (vgl. Pilz et al. 2006):

1. Entwicklung eines Fortbildungskonzeptes „Arbeit für Respekt und Toleranz“ für die Fanprojekte und regelmäßige Durchführung von Fortbildungen und Workshops für Fanprojektmitarbeiter/innen
2. Trainings mit Multiplikatoren beziehungsweise Schlüsselpersonen aus der Fanszene durch die Fanprojekte
3. Regelmäßige Schulungen von Ordner/innen, Sicherheitsbeauftragten und Fanbetreuer/innen speziell zu neueren Entwicklungen im Rechtsextremismus und Trainings zu Handlungsinterventionen im Stadion
4. Durchführung eines Aktionstages für Respekt und Toleranz gegen Fremdenfeindlichkeit, Sexismus und Homophobie in der Bundesliga
5. Entwicklung einer Wanderausstellung zum Thema „Frauen, Fußball und Sexismus“
6. Einrichtung eines Aktionsfonds zur Unterstützung von konkreten Aktivitäten für Respekt und Toleranz aus der Fanszene
7. Einrichtung eines Referenten oder einer Referentin zum Thema „Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus“ bei der Koordinationsstelle Fanprojekte (KOS)

8. Einrichtung eines ehrenamtlichen Referenten/Ansprechpartners für die Arbeit für Respekt und Toleranz beim Verein
9. Implementierung einer interdisziplinären Arbeitsgruppe für Respekt und Toleranz auf Bundesebene.

Auf eine Leitlinie reduziert, lautet das Gebot für den Umgang der hier thematisierten Phänomene: Es gilt, nicht auszugrenzen, sondern eine sensible Problemwahrnehmung zu fördern und die Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit gepaart mit Gesprächsbereitschaft und dem Transport von Botschaften für Respekt und Anerkennung zu kommunizieren.

Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass sich hinter Fremdenfeindlichkeit und Rassismus eigene Unsicherheiten, Ängste, Bedrohungsgefühle verbergen. Feindbilder und Gewalt ein Schutzschild sind gegen diese Angst, von anderen vereinnahmt zu werden. Hier ist allein mit Argumenten herzlich wenig zu erreichen:

„Wenn man Gegenargumente ins Feld führt, wird die Angst nur noch größer und die Fronten verhärten sich [...] Es geht also darum, die Angst des anderen, (die in seinen Handlungen zum Ausdruck kommt), aufzunehmen und selbst keine Angst vor der anderen Ideologie zu haben. Wenn man sich im Gegenteil für die andere Ideologie interessiert und für die sie tragenden Gefühle, dann – so zeigt die Erfahrung – kommen Gespräche in Gang.“ (Bauriedl 1993: 35ff.)

Bezogen auf den Umgang mit rechten und gewaltbereiten Jugendlichen bedeutet dies, dass es klar werden muss, dass es nicht mehr genügt, sich in der eigenen Gruppierung wohl zu fühlen, weil man weiß, dass die Schläger und Brandschätzer die anderen sind (vgl. Bauriedl 1993: 36).

Die Überwindung von Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus ist dabei eine dauerhafte Aufgabe. Gewaltbereite, fremdenfeindliche Szenen im Fußballumfeld sind ständig im Fluss. Es gibt regionale sowie nationale Eigenheiten aber auch internationale Gemeinsamkeiten und vor allem Verflechtungen. Nur durch den steten Austausch von Erkenntnissen über Ursachen, Erscheinungsformen, sowie Erfahrungen mit präventiven wie ordnungspolitischen Maßnahmen ist eine langfristige Annäherung an das Ziel, Gewalt und Rassismus im Fußball zu verhindern, möglich. Es geht dabei um einen kontinuierlichen Erfahrungsaustausch, Wissens- und Praxistransfer. Dass gerade die Anwesenheit der Spieler und deren Bereitschaft sich in die Diskussionen aktiv einzuschalten, bei den Fans Wirkungen zeigt, hat das Beispiel eines vom Fanprojekt vor ein paar Jahren initiierten gemeinsamen Besuchs der Wehrmachtausstellung von Fans und Mitgliedern der Mannschaft von Hannover 96 (damals waren mit Otto Addo, Gerald Asamoah und Carsten Linke drei der beliebtesten Spieler mit dabei) eindrucksvoll bewiesen. Nahezu zwei Stunden – und es waren durchaus nicht nur unproblematische Fans dabei – wurde intensiv über Inhalt der Wehrmachtausstellung und speziell die zunehmenden fremdenfeindlichen, rassistischen Tendenzen im Stadion diskutiert. Noch Wochen später waren die Inhalte der Diskussion Gesprächsthema unter den Fans im Stadion und im Fanprojekt.

Die Überwindung von Rassismus im Fußball wie in der Gesellschaft schlechthin ist kein einmaliger Akt und kein flüchtiges Event, sondern kann nur ein dauerhaftes Anliegen, ein kontinuierlicher Prozess sein. Es kann und darf – gerade weil sich immer mehr junge und durchaus auch gebildete Menschen dem Rassismus nicht mehr verschließen – auch nicht nur darum gehen, Verbote auszusprechen bzw. Gesetze zu verschärfen. Repression

muss sein, bedarf aber der Flankierung durch vielfältige präventive Maßnahmen. Wir müssen kommunikationsbereit sein, die jungen Menschen nicht ausgrenzen, sondern mit ihnen ins Gespräch kommen. Ausgrenzung und ordnungspolitische Maßnahmen bergen die Gefahr in sich, dass sich Einstellungsmuster verfestigen und rechtsradikal bzw. rechtsextrem organisierbar werden. Wir müssen in der Lage sein, auf diese Menschen zuzugehen. Hier können neben Sozialarbeitern die Verbände und vor allem die Fußballvereine mit ihren ausländischen Spielern eine wichtige Rolle übernehmen. Dabei zeigen die Beispiele von Gerald Asamoah, der sich öffentlich zu Wort meldete und laut darüber nachdachte, nicht mehr für die Nationalmannschaft zu spielen, nachdem er immer wieder massiv von einigen der sogenannten „Fans“ der Deutschen Fußball-Nationalmannschaft und gegnerischer Vereine rassistisch beleidigt wurde, wie auch der Fall des Leipziger Spielers Adebowale Ogungbure, dass es nicht ausreicht, wenn allein betroffene Spieler sich zur Wehr setzen. Hier wäre deutlich mehr Unterstützung durch die eigenen Mannschaftskameraden notwendig gewesen. Es macht jedenfalls sicherlich mehr Eindruck auf die Fangemeinde, wenn sich ein weißer Spieler bzw. der Mannschaftskapitän nicht nur vor dem Spiel plakativ hinter das Banner „Zeigt dem Rassismus die Rote Karte“ stellen, sondern sich auch couragiert ans Mikrofon begeben und den Fans sofort signalisieren, wie sehr es sie betroffen macht, wenn Fans der eigenen Mannschaft einen Spieler rassistisch beleidigen.

Darüber hinaus wären Diskussionsrunden aller Spieler den mit den Fans über Rassismus im Fußball, gemeinsame Besuche von Flüchtlingsheimen oder Asylbewerberunterkünften und verstärkte Fan-Nachwuchsarbeit im Sinne der Immunisierung gegen Verführungen von rechts außen sowie interne Diskussionsrunden mit den rechten und gewaltorientierten Fans zu initiieren.

4 Abschließende Gedanken

Im Forschungsbericht „Berliner Projekte gegen Rechtsextremismus“ wird beklagt, dass fast alle Projekte im Bereich der primären Prävention angesiedelt sind, Projekte im Bereich der sekundären und insbesondere der tertiären Prävention Mangelware sind. Entsprechend wird gefordert, dass die Arbeit mit problemauffälligen und bereits straffällig gewordenen Personen stärker gefördert werden soll (vgl. Kohlstruck/Krüger/Münch 2007: 77).

Primäre Prävention zielt dabei auf alle Personen und Gruppen ohne Auffälligkeiten ab, die man in einem allgemeinen Sinn stärken möchte und denen man Rahmenbedingungen schafft, um möglichem rechtsextremen, rassistischen oder diskriminierendem Verhalten vorzubeugen. Hierzu zählen auf der personellen Ebene soziales Lernen, Stärkung interkultureller Kompetenzen, Bildungsarbeit zum historischen Nationalismus; auf der strukturellen Ebene Satzungsänderungen der Vereine und Verbände (Anti-Rassismus-, Anti-Diskriminierungsparagraf), Stadionordnungen, die jede Form von Rassismus und Diskriminierung untersagen, Schulung von Ordnungsdiensten zur Sensibilisierung gegenüber diskriminierendem Verhalten.

Sekundäre Prävention setzt ein, wenn es nicht gelingt, günstige Rahmenbedingungen für alle zu schaffen, und man entsprechend versucht, die Entwicklung sozialer Probleme bei besonders gefährdeten Gruppen und in gefährdeten lokalen Milieus zu verhindern. Hier geht es dann um konkrete Arbeit mit Risikogruppen, also mit rechtsextrem orientierten, gewaltaffinen jungen Menschen mit dem Ziel, den Zustrom weiterer junger Menschen in

rechtsextrem orientierten Szenen zu verringern durch sozialräumlich (hier Fußballumfeld) angelegte Maßnahmen im Sinne der offenen, aufsuchenden Jugendarbeit (Stichwort: „akzeptierende“, besser: „sozialräumliche“ Jugendarbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen, zum Beispiel „Verunsicherungspädagogik“ historisch-politische Bildungsarbeit, vor und nachbereitete Besuch mit Gruppen junger Menschen in ehemaligen NS-Lagern). Dahinter steht die Erkenntnis, dass – um wirklich etwas zu verändern– mit diesen jungen Menschen gearbeitet werden muss und nicht gegen sie.

Tertiäre Prävention ist gefordert, wenn es nicht gelingt, die Entstehung sozialer Probleme bei allen Individuen dieser Risikogruppen zu verhindern. Dann muss der Versuch unternommen werden, ein Aufwachsen oder eine chronische Verfestigung der existierenden sozialen Probleme zu verhindern. Diese Präventionsarbeit zielt auf Arbeit mit Menschen, die bereits mit einschlägigen Straftaten aufgefallen sind und bei denen es um eine Vermeidung von Rückfälligkeit geht. Das ist Arbeit mit Verurteilten mit dem Ziel, bei den Tätern Einsicht in ihre Verantwortung und in die Dynamiken des Zustandekommens von rechtsextremistischen Straftaten zu erreichen und so die Rückfallquote zu reduzieren (z.B. die Aussteigerprogramme für Menschen, die sich vom organisierten Rechtsextremismus lösen wollen).

Das Gros der Projekte gegen Rassismus zielt auch im Fußballbereich auf Arbeitsansätze, die sich der primären Prävention zuordnen lassen. Eben auf diesem Feld haben der Fußball, die Vereine und Verbände allerdings auch ihre größten Potenziale und können entsprechende Signale aussenden und Zeichen setzen. Hier können und müssen Vereine und Verbände auch ohne Bündnis- oder Vernetzungspartner handeln.

Dennoch: Der Fußball muss sich auch seiner Verantwortung speziell im Bereich der sekundären Prävention bewusst werden, wobei hier insbesondere die vielen durch DFB und DFL finanzierten sozialpädagogischen Fan-Projekte gefordert sind; ebenso die Fanbeauftragten der Vereine. Im Bereich der tertiären Prävention hingegen können sich Vereine und Verbände wenn überhaupt nur in Form der Zuarbeit zu, der Mitarbeit in und Unterstützung von Netzwerken zivilgesellschaftlicher antirassistischer antidiskriminierender Arbeit einbringen. Dies ist ein Aufgabenfeld für speziell geschulte Sozialpädagogen und Therapeuten.

Klar ist, dass der Rassismus im Fußballumfeld – genauso wie in der Gesellschaft schlechthin – immer eine latente Gefahr bleiben wird. Fans, Vereine und Verbände dürfen deshalb nie in ihren Bemühungen nachlassen, etwas dagegen zu unternehmen. Es geht vor allem darum, durch Wachsamkeit und offene Auseinandersetzung, durch gezielte Gespräche Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Extremismus einzudämmen. Ausgrenzungen und Stigmatisierungen drohen die jungen Menschen erst in die Arme der Rechtsextremisten zu treiben. Wir müssen einerseits zur Kommunikation bereit sein, andererseits aber – wo es erforderlich – deutliche Grenzen setzen. Ein Weg, den Krafeld (1998; 2001) mit seinen Projekten konsequent beschritten hat und – allen Anfeindungen zum Trotz – zu Recht unbeirrt fortsetzt. Wie sagte doch der Anführer einer Skinheadgruppe nachdem ich mich nach einer über zwei Stunden dauernden Diskussion mit circa 60 rechten Jugendlichen über deren Einstellungen und deren Hintergründe verabschiedete:

„Ich bedanke mich im Namen meiner Kameraden. Das war das erste Mal, dass sich ein Erwachsener Zeit für uns genommen hat und mit uns gesprochen hat, versucht hat, uns zu verstehen.“

Literatur

- Bauriedl, Thea (1993): Verstehen – und trotzdem nicht einverstanden sein. In: *Psychologie Heute* 1993, H. 2: 30-37.
- Behn, Sabine/Klose, Andreas et al. (2005): Wandlungen des Zuschauerverhaltens im Profifußball – Notwendigkeiten, Möglichkeiten und Grenzen gesellschaftlicher Reaktionen. In: Bundesinstitut für Sportwissenschaft (Hg.): *BISp Jahrbuch 2004*. Rheinbreitbach. 289-296.
- Behn, Sabine/Schwenzer, Victoria (2006): Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus im Zuschauerverhalten und Entwicklung von Gegenstrategien. In: Pilz, Gunter A. et al. (Hg.): *Wandlungen des Zuschauerverhaltens im Profifußball*. Schorndorf: 320-435.
- Dal Lago Alessandro (2001): *Descrizione di una battaglia- I rituali del calcio*. Bologna; 2. akt. Aufl.
- Dal Lago, Alessandro./De Biasi, Rocco.(1994): Italian Football fans. Culture and organization. In: Giulianotti, Richard/Bonney, Norman./Hepworth, Mike (Hg.): *Football Violence and Social Identity*. London/ New York 1994.
- Heitmeyer, Wilhelm. et al. (1998): *Gewalt – Schattenseiten der Individualisierung bei Jugendlichen aus unterschiedlichen Milieus*. 3. Auflage. Weinheim, München.
- Heitmeyer, Wilhelm (2005): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Die theoretische Konzeption und empirische Ergebnisse aus den Jahren 2002, 2003 und 2004. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): *Deutsche Zustände*, Bd. 3. Frankfurt/M.
- Kohlstruck, Michael/Krüger, Daniel/Münch, Anna Verena (2007): *Berliner Projekte gegen Rechts- extremismus Forschungsbericht an die Landeskommision Berlin gegen Gewalt*. Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 30. Berlin: 8-97.
- Kolleck, Bernd et al. (1994): *Jugendgewalt und Lebensverhältnisse – Endbericht einer offenen Befragung Jugendlicher*, herausgegeben von der Unabhängigen Kommission zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt in Berlin. Berlin.
- Krafeld, Franz Josef (1998): Plädoyer für eine „akzeptierende“ und „cliquen-orientierte“ Jugendarbeit. In: Deiters, Friedrich-Wilhelm/Pilz, Gunter A. (Hg.): *Aufsuchende, akzeptierende, abenteuer- und bewegungsorientierte, subjektbezogene Sozialarbeit mit rechten, gewaltbereiten jungen Menschen- Aufbruch aus einer Kontroverse*. Münster: 41-51.
- Krafeld, Franz Josef (2001): Gerechtigkeitsorientierung als Alternative zur Attraktivität rechts- extremistischer Orientierungsmuster. In: *Deutsche Jugend* H. 7-8: 322-332.
- Kreutzberger, Wolfgang et al. (1993): *Aus der Mitte der Gesellschaft – Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik*. Frankfurt/M.
- Kuhlmann, Andreas (2000): Verstehen darf nicht zum Einverständnis werden! – Zur Kritik an der akzeptierenden Jugendarbeit. In: Butterwegge, Christoph/ Lohmann, Georg (Hg.): *Jugend, Rechtsextremismus und Gewalt*. Opladen: 217-224.
- Pilz, Gunter A.(1994): *Jugend, Gewalt und Rechtsextremismus. Möglichkeiten und Notwendigkeiten politischen, polizeilichen, (sozial-)pädagogischen und individuellen Handelns*. Münster.
- Pilz, Gunter A./Deiters, Friedrich-Wilhelm (Hg.) (1998): *Aufsuchende, akzeptierende, abenteuer- und bewegungsorientierte, subjektbezogene Sozialarbeit mit rechten, gewaltbereiten jungen Menschen – Aufbruch aus einer Kontroverse*. Münster.
- Pilz, Gunter .A. et al. (2006): *Wandlungen des Zuschauerverhaltens im Profifußball*. Schorndorf.
- Pilz, Gunter A./Wölki, Franciska (2003): *Fußballfans im Internet – eine Untersuchung der Webseiten von Fußballanhängern der 1. und 3. Liga im Hinblick auf Rassismus, Sexismus, Pornografie und Gewaltverherrlichung (vervielf. Forschungsbericht)*. Hannover.
- Rippl, Susanne et al. (1998): Sind Männer eher rechtsextrem und wenn ja warum? In: *Politische Vierteljahresschrift* 39, H.4: 758-774.
- Schwier, Jürgen/Fritsch, Oliver (2003): *Fußball, Fans und das Internet*. Baltmannsweiler.
- Wippermann, Carsten (2001): Die kulturellen Quellen und Motive rechtsradikaler Gewalt – Aktuelle Ergebnisse des sozialwissenschaftlichen Instituts Sinus Sociovision. In: *Jugend & Gesellschaft* 2001, H.1: 4-7.

- Wippermann, Carsten/Zarcos-Lamolda, Astrid/Krafeld, Franz Josef (2002): Auf der Suche nach Thrill und Geborgenheit. Ergebnisse einer Studie von Sinus Sociovision zu Lebenswelten rechtsradikaler Jugendlicher und neue pädagogische Perspektiven. Opladen: 12-93.
- Wölki, Franciska.(2003): Ultras – friedlich, sympathisch und unproblematisch? Zur Bedeutung und Problematik der Nutzung des Internets durch eine neue Fußballfanggruppierung. Eine kritische Auseinandersetzung der Internetseite www.ultrabrutale.de. (unveröffentlichte Magisterarbeit). Hannover.

Pädagogische Reaktionen auf Antisemitismus

Micha Brumlik

1 Dass Auschwitz sich nie wiederhole....

Es war Theodor W. Adorno, der jenen Intentionen, die einer Erziehung und Bildung im Hinblick auf den Nationalsozialismus bis heute ihre bisher unübertroffene Artikulation gegeben hat. Ziel aller Pädagogik, so Adorno, müsse es sein, dass Auschwitz sich nicht wiederhole und: schon alleine die Forderung nach einer Begründung dieses Postulats prolongiere das Unheil, dem es zu entgegnen gälte (vgl. Meseth/Adorno 2000: 30ff.). Dabei war dieses Postulat, aus Erfahrung begründet, bereits oberste Raison des bundesrepublikanischen Verfassungsstaates. Es geht um die deutsche Verfassung, das Grundgesetz, genauer gesagt dessen Artikel 1, in der die „Würde des Menschen“ als Kriterium aller Gesetzgebung und aller staatlichen Machtausübung festlegt, seinen gültigen Ausdruck gefunden hat. Dieses Prinzip hat bedeutende historische Wurzeln. Es war die kosmopolitische Philosophie der deutschen Aufklärung, zumal Immanuel Kants, die die nach dem Nationalsozialismus geschaffene deutsche Verfassung, das Grundgesetz wesentlich geprägt hat. Als oberstes Prinzip der Tugendlehre weist Kant in der Metaphysik der Sitten folgendes aus:

„Nach diesem Prinzip ist der Mensch sowohl sich selbst als andern Zweck und es ist nicht genug, dass er weder sich selbst noch andere bloß als Mittel zu brauchen befugt ist, sondern den Menschen überhaupt sich zum Zwecke zu machen, ist des Menschen Pflicht.“ (Kant 1968: 526)

Einen Menschen als Zweck seiner selbst zu betrachten, bedeutet, ihn in mindestens drei wesentlichen Dimensionen nicht nur zur Kenntnis zu nehmen, zu tolerieren, sondern auch anzuerkennen, d.h. nicht nur hinzunehmen, sondern zu bejahen in der Dimension körperlicher Integrität, personaler Identität und soziokultureller Zugehörigkeit. Dieser Anerkennung korrespondiert ein Demütigungsverbot. Das Demütigungsverbot aber bezieht sich auf die „Würde“ eines Menschen. Diese „Würde“ eines Menschen ist der äußere Ausdruck seiner Selbstachtung, also jener Haltung, „die Menschen ihrem eigenen Menschsein gegenüber einnehmen, und die Würde ist die Summe aller Verhaltensweisen, die bezeugen, dass ein Mensch sich selbst tatsächlich achtet.“ (Margalit 1996: 72) Diese Selbstachtung wird verletzt, wenn Menschen die Kontrolle über ihren Körper genommen wird, sie als die Person, die sie sprechend und handelnd sind, nicht beachtet oder ernst genommen beziehungsweise wenn die Gruppen oder sozialen Kontexte, denen sie entstammen, herabgesetzt oder verächtlich gemacht werden. Die Verletzung dieser Grenzen drückt sich bei den Opfern von Demütigungshandlungen als Scham aus (vgl. Brumlik 2002a: 65). Es gibt eine absolute Scham, in der deutlich wird, dass nicht nur die Würde des Menschen, sondern zugleich seine Menschheit verletzt worden ist. In des italienisch-jüdischen Chemikers Primo Levi kristallklarem und nüchternem Bericht über seine Lagerhaft in Auschwitz wird den Erfahrungen absoluter Entwürdigung Rechnung getragen; der Ausdruck von der „*Würde* des Menschen“ beziehungsweise der „*Würde* des *Menschen*“ gewinnt vor der Kulisse von

Auschwitz eine gebieterische und einleuchtende Kraft: „Mensch ist,“ so notiert Levi für den 26. Januar 1944, einen Tag vor der Befreiung des Lagers

„wer tötet, wer Unrecht zufügt oder erleidet; kein Mensch ist, wer jede Zurückhaltung verloren hat und sein Bett mit einem Leichnam teilt. Und wer darauf gewartet hat, bis sein Nachbar mit Sterben zu Ende ist, damit er ihm ein Viertel Brot abnehmen kann, der ist, wenngleich ohne Schuld, vom Vorbild des denkenden Menschen weiter entfernt als [...] der grausamste Sadist.“ (Levi 1986: 164)

Unter diesen Bedingungen schwindet dann auch die natürliche Neigung zur Nächstenliebe. Levi fährt fort:

„Ein Teil unseres Seins wohnt in den Seelen der uns Nahestehenden: darum ist das Erleben dessen ein nicht-menschliches, der Tage gekannt hat, da der Mensch in den Augen des Menschen ein Ding gewesen ist.“ (ebd.)

Mit dem Begriff der „Würde des Menschen“ wird lediglich ein Minimum angesprochen, der kleinste gemeinsame Nenner nicht von Gesellschaften, sondern von jenen politischen Gemeinwesen, von Staaten, die wir als „zivilisiert“, nicht unbedingt als „gerecht“ bezeichnen. Bei alledem ist die Einsicht in die Würde des Menschen jedoch nicht auf intellektuelle Operationen beschränkt, sie ist mehr oder gar anderes: Das Verständnis für die Würde des Menschen wurzelt in einem moralischen Gefühl (vgl. Brumlik 2002a: 65). Dieses Gefühl ist *moralisch*, weil es Beurteilungsmaßstäbe für Handlungen und Unterlassungen bereitstellt, es ist indes ein *Gefühl*, weil es sich bei ihm nicht um einen kalkulatorischen Maßstab, sondern um eine umfassende, spontan wirkende, welterschließende Einstellung handelt. Wer erst lange darüber nachdenken muss, ob einem oder mehreren Menschen die proklamierte Würde auch tatsächlich zukommt, hat noch nicht verstanden, was „Menschenwürde“ ist. Es handelt sich beim Verständnis der Menschenwürde also um ein moralisches Gefühl mit universalistischem Anspruch, das unter höchst voraussetzungsreichen Bedingungen steht.

1. Die Anerkennung der Integrität anderer ist an die Erfahrung eigener Integrität und Anerkennung, die sich in Selbstgefühl, Selbstrespekt und Selbstachtung artikuliert, gebunden.
2. Niemand kann Selbstgefühl, Selbstrespekt und Selbstachtung entfalten, der nicht seinerseits in allen wesentlichen Bezügen toleriert, akzeptiert und respektiert worden ist.
3. Selbstgefühl, Selbstrespekt und Selbstachtung sind die logischen und entwicklungsbezogenen Voraussetzungen dafür, Einfühlung, Empathie in andere entfalten zu können (vgl. Honneth 1992; vgl. Brumlik 2002b).

Es sind diese Erfahrungen, die in der politischen Bildung in Deutschland die industrielle Massenvernichtung der europäischen Juden bisher als gleichsam negative Folie, als unüberbietbares Extrembeispiel für die Verletzung der Würde des Menschen dienten, als ein Extrembeispiel, an dem drastisch sichtbar und fühlbar wird, wohin blindes Ressentiment, Rassismus, politischer Partikularismus und eine entfesselte, von aller ethischen Bindung gelöste Sozialtechnik führen kann.

2 Pädagogische Schwierigkeiten

Freilich hatte Adorno, aber das ist an dieser Stelle nicht zu vertiefen, übersehen, dass eine Erziehung nach Auschwitz, stets auch eine Erziehung über Auschwitz sein muss und es ist ein erhebliches didaktisches, fachdidaktisches Problem, wie man diesen in der Tat furchtbaren und widrigen Gegenstand Kindern oder Heranwachsenden so vermitteln kann, dass er nachhaltige und sachangemessene moralische Haltungen ermöglicht. Als zentrales Problem einer pädagogischen Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus kann in Deutschland, in Europa nach dem nationalsozialistischen Massenmord an sechs Millionen europäischer Juden der Umstand gelten, dass jede antisemitische Äußerung bereits mit der Bereitschaft, Massenmorde zu begehen gleichzusetzen und daher Personen, die sich antisemitisch äußern, von vorneherein auszugrenzen und ihnen eine aufklärende Konfrontation vorzuenthalten.

Die Frage nach der Möglichkeit, Antisemitismus pädagogisch zu begegnen und sein Auftreten dort, wo vor allem bei Jugendlichen beobachtbar, weniger wahrscheinlich zu machen oder gar zum Verschwinden zu bringen, setzt daher eine genaue Diagnose dessen, was Antisemitismus ist, ebenso voraus wie eine nähere Bestimmung dessen, was hier „Pädagogik“ heißen soll. Unter „Pädagogik“ seien dabei alle Praktiken verstanden, die jenseits der Familie, also in Vorschule, Schule und öffentlich getragener Jugend- und Bildungsarbeit mit diesem Ziel betrieben werden. Die Frage nach einer innerfamiliären Auseinandersetzung wird hier bewusst nicht thematisiert, da es hier entweder die Eltern selbst sind, die entsprechende Haltungen hervorbringen oder fördern oder aber heftige weltanschauliche Konflikte zwischen Eltern und Kindern herrschen, die ohne eine eingehendere Analyse der familiären Dynamik nicht zu lösen sind. Darum soll im folgenden zunächst erläutert werden, was „Antisemitismus“ ist, sodann skizziert, in welchen Formen er derzeit im Forum öffentlicher Erziehung unter besonderer Berücksichtigung des Nationalsozialismus vermittelt wird, um schließlich die Chancen und Risiken pädagogischer Interventionen zu wägen.

3 Was ist also Antisemitismus?

Unter „Antisemitismus“ werden vielfältige Formen der Judenfeindschaft verstanden, die sich in unbegründeten, spontanen Ressentiments, unbegründeten und der Sache nach falschen Vorurteilen sowie in individuellen, gruppenbezogenen oder auch institutionellen Verhaltensweisen über verbale Hetze und politische Diskriminierung bis zum Massenmord äußern kann und auch geäußert hat. Der mehr als zweitausend Jahre alte, in der Geschichte Europas immer wieder aufflammende, sich in unterschiedlicher Intensität äußernde Judenhass wechselte seine Form mit der Gesellschaft, in der er auftritt, auch mit ihrem Alltag. Im europäischen Bereich spielt dabei die Unterscheidung zwischen einem kirchlich gebundenen Antijudaismus und einem modernen Rassenantisemitismus die entscheidende Rolle. So sehr der moderne Rassenantisemitismus den kirchlichen Antijudaismus voraussetzt, so wenig sind doch beide miteinander identisch (vgl. Zumbini 2003).

Im Antijudaismus gelten die Juden als Gottesmörder, Kinder des Satans und Heilshinderer – Eigenschaften, die sie durch eine Bekehrung zum Glauben der Kirche aufgeben können. Im modernen Rassenantisemitismus hingegen, der sich seit dem frühen 19. Jahrhundert auf den Spuren des Antijudaismus entwickelte, spielt das religiöse Bewusstsein überhaupt keine Rolle mehr: Blut und Herkunft determinieren gemäß dieser Weltanschau-

ung das Handeln des einzelnen Juden, der einzelnen Jüdin. Ein Schlagwort der frühen antisemitischen Bewegung belegt das in Reim-form: „Was er glaubt ist einerlei/ im Blute liegt die Schweinerei!“ Dieser rassistische Judenhass war eine Folge der stets unvollständig gebliebenen bürgerlichen Emanzipation der Juden im westlichen und mittleren Europa des neunzehnten Jahrhunderts.

Die neuzeitliche Debatte um das Verhältnis von Glaube und die mit der Reformation ins Bewusstsein tretende Möglichkeit, vor dem Hintergrund derselben heiligen Schriften unterschiedlichen, einander widerstreitenden Bekenntnissen angehören zu können, führte zum Auseinandertreten von zur „Konfession“ gewordenen Glauben und ethnischer Zugehörigkeit – der „natio“. Als mit dem Absolutismus die „natio“ zum im modernen Territorialstaat verfassten Volk, zur „Nation“ wurde, traten ethnische Zugehörigkeit und religiöses Bekenntnis endgültig auseinander. Glaube wandelte sich im modernen Nationalstaat vom öffentlich verbindlichen Brauch, dem Menschen fraglos, wenn auch nicht konsequent angehörten, zum individuellen, frei wählbaren Bekenntnis, zur „Konfession“.

Die Juden Westeuropas folgten diesem mit der französischen Revolution erstmals auch politisch beglaubigten Trend auch dort, wo sie sich den liberalen Umformungen des jüdischen Glaubens nicht anschließen mochten. Die konstitutionellen Monarchien oder Demokratien Westeuropas, die – wenn auch über Umwege und immer wieder von Rückschritten bedroht – allmählich die staatsbürgerliche Gleichberechtigung der Juden durchsetzten, erklärten sie damit formell zu einer reinen Glaubensgemeinschaft im jeweiligen Nationalstaat, was zwar von den meisten Juden dankbar und beinahe übereifrig angenommen wurde, jedoch bald vom modernen Antisemitismus folgenreich immer wieder angegriffen wurde.

In Ost- und Mitteleuropa hingegen, vor allem im Herrschaftsbereich des zaristischen Russland, aber auch in den Donaufürstentümern Rumäniens, blieb das mittelalterliche Konzept einer weitgehenden Übereinstimmung von Ethnie und Religion weitgehend erhalten. Indem sich das Zarentum des späten 19. Jahrhunderts zur Abwehr revolutionärer und auch reformistischer Bestrebungen einer bewusst eingesetzten antisemitischen Propaganda bediente und darüber hin aus den jüdischen Untertanen des Zaren eine Fülle mal strenger, mal lockerer gehandhabter beruflicher Zugangs- und geographischer Mobilitätssperren auferlegte, war die Existenz der Juden im Zarenreich anders als in Westeuropa vor allem ethnisch grundiert. Das konfessionell nationalstaatliche Selbstverständnis der Juden Westeuropas hier sowie die kollektiv ethnische Identität der Juden des Zarenreiches, die sich nicht zuletzt in der endlich bewusst beibehaltenen jiddischen Sprache äußerte, dort hinderte den modernen Antisemitismus jedoch nicht daran, die Juden immer wieder ihrem traditionellen Selbstverständnis nach als Feind in den Blick zu nehmen. Dabei überschneiden sich traditioneller christlicher Antijudaismus und eine unwissenschaftlich weltanschauliche Übernahme aufklärerischer Perspektiven auf die Menschheit als biologischer Gattung, die sich weniger auf Darwin als auf den (Sozial)darwinismus bezog, nach dem die Menschheit in einander widerstreitende, im Kampf ums Dasein miteinander konkurrierende Rassen zerfällt. In dieser Ideologie werden die Juden als jene Rasse identifiziert, deren Existenzweise und Glaubensüberzeugungen Leben und Zukunft der anderen Rassen in besonderer Weise bedrohten und daher schließlich – im deutschen Nationalsozialismus – der systematischen Ausrottung preisgegeben wurden (vgl. Mosse 1993).

Dabei bediente sich der moderne Antisemitismus ohne auf besondere Trennschärfe bedacht zu sein, der „Argumente“ des traditionellen Antijudaismus mit seinem Vorwurf, die Juden seien Gottesmörder, Heilsverhinderer und Kinder des Satans.

Dieser Antisemitismus entzündete sich am sozialen Aufstieg von Juden und schrieb ihnen die mit Kapitalisierung, Urbanisierung, Industrialisierung von Pauperisierung nachteiligen Folgen kapitalistischer Entwicklung zu.

Bei alledem folgte das antisemitische Weltbild in Ost und West einem paranoiden Muster: es ist – angesichts der objektiven Komplexität der Verhältnisse – von der Suche nach geheimen Drahtziehern im Hintergrund besessen – das Aufdecken von einer vermeintlich konformistischen Mehrheitsmeinung verdeckt gehaltenen Ursachen ist seine Leidenschaft. Zudem neigt der Antisemitismus immer dazu, Einfluss, Macht und Anzahl von Juden systematisch zu überschätzen. Endlich schreibt der Antisemitismus den Juden in projektiver Wunscherfüllung ein Übermaß an Reichtum, sexueller Potenz, intellektueller Zersetzungskraft und internem Zusammenhalt zu (vgl. Benz 2004).

Die Geschichte des zwanzigsten Jahrhunderts hat den oben geschilderten Formen des Antisemitismus zwei neue Varianten hinzugefügt, die zumal in Einwanderungsgesellschaften virulent werden: So klammern sich nationalistische, von der Globalisierung betroffene Rechtsextremisten an den Glauben, dass jene Tat, die den weltanschaulichen Antisemitismus ein für allemal diskreditierte, nämlich der Holocaust, selbst das Ergebnis einer lügenhaften Verschwörung mit keinem anderen Ziel sei, als den Widerstand der Völker gegen globalen Kapitalismus zu brechen, während umgekehrt vornehmlich, aber keineswegs ausschließlich, im muslimischen Immigrationsmilieu die Besatzungs- und Repressionspolitik der israelischen Regierung gegenüber den Palästinensern zur projektiven Bildfläche der im Einwanderungsland erfahrenen Ungerechtigkeit zu erklären. So hat etwa eine vom EUMC (European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia) beim Berliner Zentrum für Antisemitismusforschung in Auftrag gegebene Studie schien davon zu zeugen. Die Ergebnisse der empirischen Sozialforschung stellen sich jedoch alles andere als eindeutig dar – sie zeigen, in unterschiedlichen Abschattierungen für unterschiedliche westeuropäischen Staaten den üblichen Anteil von etwa 15-20 Prozent rechtsextremistisch und xenophob antwortender Befragter – Gruppen, die sich in aller Regel auch als mehr oder minder judenfeindlich erweisen. Den am meisten beunruhigenden Befund förderte noch eine Umfrage der US-amerikanischen Anti Defamation League vom Oktober 2002 zu Tage, die für unterschiedliche europäische Länder insgesamt 21 Prozent deutliche Antisemiten fand.

Damit ist das Thema „Antisemitismus“ jedoch keineswegs vom Tisch – im Gegenteil. Wechselt man nämlich die Perspektive und löst sich vom starren Blick auf die Umfragen in westlichen Ländern, dann zeigt sich, dass weltweit durchaus antisemitische Massenbewegungen und Politiker wie zuletzt im Europa der Zwischenkriegszeit existieren. Sie finden sich freilich – mit Ausnahme Frankreichs und einiger Immigrantenumilieus in den Niederlanden, Belgien und Schweden – weniger in Europa als in der islamischen Welt. Von den Islamisten Algeriens im Westen, deren Führer Ali Belhadj „Kreuzfahrer und Zionisten“ mindestens so sehr hasste wie Osama bin Laden bis zum indischen Ozean, wo der längst zurückgetretene malaysische Premier Mahatir gegen die palästinensischen Selbstmordattentäter wie zuletzt Adolf Hitler für einen Antisemitismus der Vernunft plädierte, während umgekehrt der iranische Präsident Ahmadinejad vom Verschwinden Israels schwadroniert und die Entwicklung von Nuklearwaffen betreibt. Zudem: In Syrien und Ägypten liefen im staatlich kontrollierten Fernsehen unbeanstandet politische Soaps über die „Protokolle der

Weisen von Zion“ sowie über jüdische Ritualmorde. Der israelische Historiker Yehuda Bauer hat in diesem Zusammenhang den radikalen Islamismus als dritte große totalitäre Bewegung neben den europäischen Faschismen und dem Stalinismus bezeichnet. Die ganz und gar moderne, eben nicht islamische, sondern eben islamistische Weltanschauung sieht im Koran ein Programm, das nicht nur Seligkeit im Jenseits, sondern auch eine gerechte Herrschaftsordnung, die den Kapitalismus in seine Schranken weist, mit absoluter Autorität gebietet. Diese Gedankenfigur unterscheidet sich vom darwinistischen Geschichtsglauben der europäischen Faschisten und dem Geschichtsdeterminismus der Stalinisten nur durch seine Inhalte. Der Form nach, im Glauben also, durch ein überhistorisches, ehern geltendes Gesetz einen demokratischer Entscheidungsfindung entzogenen Auftrag erhalten zu haben, der gegebenenfalls mit terroristischen Mitteln durchzusetzen ist, gleichen sie sich wie ein Ei dem anderen. Wie im Nationalsozialismus und wie in der stalinistischen Polemik gegen das „Kosmopolitentum“ stehen auch hier die Juden als Feindbild fest. Während der Koran selbst im Stil spätantiker Religionspolemik zwischen einer Rhetorik der Verfluchung und des Verzeihens oszilliert, bedient sich der radikale Islamismus dessen negativster antijüdischer Aussagen und verfestigt sie zu einem rassistischen Stereotyp.

Die faktische Situation in Deutschland hat daher vor allem auf zwei Formen des Antisemitismus pädagogisch zu reagieren: Erstens, auf eine geschichtsklitternde Verharmlosung oder gar Verleugnung der nationalsozialistischen Verbrechen sowie eine Form der sogenannten „Israelkritik“, die Motive eines politisch in Grenzen noch akzeptablen Antizionismus zu einer antisemitischen Welterklärungs- und Erlösungsstrategie umbildet: etwa derart, dass wenn Israel von der Landkarte verschwände oder den Palästinensern Gerechtigkeit widerführe, der Frieden im Nahen Osten gesichert und damit auch die Lage muslimischer Immigranten im Westen deutlich verbessert werde (vgl. Faber et al. 2006). Die besondere Prägnanz und Brisanz der gegenwärtigen Situation dürfte darin bestehen, dass sich die weltanschaulichen Vorurteile deutsch-ethnischer Nationalisten und islamitisch gesonnener Immigrant*innen (vgl. Georgi 2003), bei aller sonstigen Feindschaft, in ihrer antisemitischen Ausrichtung überschneiden.

4 Welche Strategien?

Die Frage, welche Strategien im Kampf gegen Antisemitismus, zumal unter Angehörigen der jüngeren, spätestens Mitte der neunziger Jahre geborenen Generation, zumal aus muslimischen Immigrationsmilieus erfolgversprechend sind, hängt zunächst von Vermutungen über die Ursachen – auch und gerade in grundsätzlicher Perspektive – ab.

Sofern es sich bei antisemitischen Haltungen schlicht um sachliche Fehleinschätzungen bezüglich des Verhaltens, der Lebensumstände und Lebensweisen sowie sozialen Lage von Jüdinnen und Juden handelt, wäre nüchterne Information und das heißt Aufklärung im Sinn historischer und sozialwissenschaftlicher Information das Mittel der Wahl. So ließen sich in aller Regel weit übersteigerte Annahmen über den quantitativen Umfang der jüdischen Bevölkerung eines Landes, bezüglich des angeblich so engen Zusammenhalts aller Juden sowie bezüglich ihrer politischen Machtpositionen leicht durch die Präsentation der zutreffenden Faktenlage korrigieren. Freilich zeigt die Erfahrung und das ist auch der Kern der oben skizzierten sozialwissenschaftlichen Analyse, dass es beim Antisemitismus – also einem auf paranoiden Zügen beruhenden Weltbild, dessen Funktion es ist, Menschen in

Situationen persönlichen oder sozialen Kontrollverlusts durch die Suggestion eines aufzudeckenden Geheimnisses und eines identifizierten unheimlichen Feindes Sicherheit zu verleihen – um mehr als um ein Bündel von Informationsdefiziten und lediglich kognitiven Vor-Urteilen handelt. Sofern es sich beim Antisemitismus um eine angsteindämmende und Kontrollverlust verhindernde Weltanschauung handelt, ist er auch emotional tief verankert und – das ist die Logik paranoider Konstrukte – gegen kognitive Widerlegungen zunächst tabu. Das lässt sich am Beispiel der Holocaustleugner belegen, die jeden weiteren Versuch, die historische Realität der Massenvernichtung durch evidente Beweise zu beglaubigen, nur als Beweis für die Richtigkeit ihrer Überzeugung ansehen: Dass die geheimen Mächte, die Deutschland seiner Ehre berauben wollen, immer mehr Anstrengungen unternehmen müssen, um die Unwahrheit zu verbreiten, beweist doch lediglich, wie dünn und brüchig der Mythos von der Judenvernichtung sei. Oder: Der wiederkehrende Hinweis, dass ein bekannter Politiker, Schauspieler oder Autor kein Jude sei, belege doch nur, über welche raffinierte Taktiken „die Juden“ verfügen. Ein nationalistischer Autor der Weimarer Republik, Ernst Jünger, schrieb in diesem 1923 vom „Juden“ als dem „Meister aller Masken.“

5 Didaktische Prinzipien und methodische Fragen

Gleichwohl verbleibt den von öffentlichen – schulischen und außerschulischen – Institutionen betriebenen pädagogischen Strategien im Grundsatz keine Alternative zur Aufklärung; allerdings wird sie sich nicht nur auf das Beheben von Informationsdefiziten beschränken können. Sie werden vielmehr an den auch emotional verankerten Vorurteilsstrukturen ebenso ansetzen müssen, wie sie das Leiden der Opfer antisemitischer Verfolgung in einer dem jeweiligen Alter entsprechenden, Kinder und Jugendliche nicht überfordernden Weise einfühlsam präsentieren sollte.

Damit beruhen sinnvolle Strategien gegen Antisemitismus auf einem methodischen Dreieck, das erstens den Abbau von Informationsdefiziten und die Präsentation realer historischer und sozialer Lagen, zweitens die Konfrontation mit eigenen Vorurteilsstrukturen sowie die drittens die Förderung von Empathie bezüglich der Opfer von antisemitischer, rassistischer und sexistischer Diskriminierung und Verfolgung umschreibt.

Information, Umstrukturierung von Vorurteilshaltungen sowie Förderung von Empathie, das sind Aufgaben, die jeweils auch altersbezogen unterschiedlichen didaktischen und methodischen Prinzipien genügen sollten.

Es war wie oben dargelegt Theodor W. Adorno, der jenen Intentionen, die einer Erziehung und Bildung im Hinblick auf den Nationalsozialismus bis heute ihre bisher unübertroffene Artikulation gegeben hat. Die Frage nach der Möglichkeit didaktischer Vermittlung, also der Frage danach, wie dies Thema zu vermitteln sei sowie die Schwierigkeit, dass eine Erziehung nach Auschwitz immer auch eine Erziehung über Auschwitz ist, hatte sich Adorno nicht gestellt. Jahre der Erfahrung haben inzwischen die typischen Schwierigkeiten einer Erziehung nach Auschwitz deutlich werden lassen und zwar nicht zuletzt angesichts der für dieses Thema typischen Lehr- und Lernformen.

Als Lernorte beziehungsweise Lehr- und Lernformen gelten in diesem Zusammenhang zunächst sogenannte KZ Gedenkstätten beziehungsweise Gedenkstätten auf dem Gelände ehemaliger, auf polnischem Territorium befindlicher nationalsozialistischer Vernichtungslager sodann Besuche in einschlägigen (jüdischen) Museen sowie schließlich – in den letz-

ten Jahren zunehmend beliebter – Unterrichtsbesuche beziehungsweise Gespräche mit Überlebenden, sogenannte Zeitzeugen – eine Konzeption, der indes aufgrund des unaufhaltsamen Alters dieser Generation ein absehbares Ende beschieden ist.¹

Von LehrerInnen oder Instrukto:ren auf diesem Gebiet ist erstens zu erwarten, dass sie fachlich, mehr noch *fachwissenschaftlich*, *bestens ausgewiesen* und informiert sind. Die Komplexität der Thematik und der dem antisemitischen Vorurteil inhärente Hang zur Vereinfachung fordert umgekehrt die Bildung differenzierter und der Komplexität des Gegenstandes entsprechender Betrachtungsweisen. Das kann jedoch nur gelingen, wenn LehrerInnen sich dieser Komplexität durch eine intensive Auseinandersetzung mit dem Stoff in all seinen historischen, soziologischen, psychologischen und auch theologischen Facetten ihrerseits versichert haben und ihn von der Sache her mehr oder minder souverän beherrschen. Dass Unterricht hier faktisch in große Schwierigkeiten geraten kann, hat die empirische Unterrichtsforschung eindrucksvoll bestätigt (vgl. Radtcke et al. 2000).

Des weiteren ist zweitens eine grundsätzlich ebenso nachsichtige wie anerkennende, in der Sache indes eindeutige Haltung gegenüber Kinder und Jugendlichen, die antisemitische, antijudaistische oder auch undifferenziert antizionistische Haltungen zeigen oder Meinungen äußern, geboten. So sehr die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und seinen Opfern auch tiefsitzende moralische und politische Überzeugungen der Lehrpersonen und damit ihr ganzes existenzielles Engagement prägen mag, so sehr muss doch auch gelten, dass Kinder und Jugendliche, sogar wenn sie bereits mehr als vierzehn Jahre zählen, nicht der politische Gegner oder gar Feind sind, sondern – in dieser Hinsicht – das Ergebnis der Umstände, die sie geprägt haben. Antisemitischen Schülermeinungen ist in der Sache stets deutlich zu widersprechen – bei voller Anerkennung ihrer Person. Dass diese Einstellung gelegentlich eine hohe Selbstdisziplin erfordert, liegt auf der Hand. Freilich hängt der gewünschte Lernerfolg entscheidend von dieser Haltung ab: Emotionale, moralisierende Überreaktionen werden in den meisten Fällen jenen paranoiden Effekt zeitigen, durch den sich das antisemitische Ressentiment bestätigt sieht.

Endlich ist drittens, keineswegs nur bei Grundschulkindern die Gefahr der Überforderung (und auch Überempfindung) zu berücksichtigen. Nicht nur die Konfrontation mit dem Holocaust, sondern jede durch die Präsentation des Leidens gewünschte Förderung von Empathie steht vor dem Problem, dass es beim Antisemitismus und seinen Opfern grundsätzlich um ein widriges, ein erschreckendes und beunruhigendes, Ängste auslösendes Thema geht. Die „natürlichen“, d.h. den Regularien des Aufwachsens in Gesellschaften unseres Typs entsprechenden Lebensabschnitte sehen trotz eines Medienkonsums, der immer häufiger durch die Rezeption gewaltsamer Darstellungen geprägt ist, eine intensive Konfrontation mit Leid und Schmerz nicht vor.

Inwiefern eine Pädagogik gegen nationalsozialistische, rassistische, sexistische, fremdenfeindliche und antisemitische Haltungen in der jüngeren Generation entweder in Erziehung zu Demokratie oder den Menschenrechten münden soll oder diese gar voraussetzt, ist aktuelles Thema der erziehungswissenschaftlichen Debatte (vgl. Brumlik 2004; International Network „Education for Democracy“ 2003).

1 Zur Gedenkstättenpädagogik, siehe: W. Nickolai/M. Brumlik (Hg.) *Erinnern, Lernen, Gedenken. Perspektiven der Gedenkstättenpädagogik*, Freiburg 2007 sowie M. Wittmeier, *Internationale Jugendbegegnungsstätte Auschwitz. Zur Pädagogik der Erinnerung in der politischen Bildung*, Frankfurt/M. 1997.

Literatur

- Benz, Wolfgang (2004): Was ist Antisemitismus? München.
- Brumlik, Micha (2002a): Bildung und Glück. Versuch einer Theorie der Tugenden. Berlin.
- Brumlik, Micha (2002b): Anerkennung als pädagogische Idee. In: Hafeneeger, Benno et al. (Hg.): Pädagogik der Anerkennung. Schwalbach: 13-25.
- Brumlik, Micha (2004): Aus Katastrophen lernen? Grundlagen zeitgeschichtlicher Bildung in menschenrechtlicher Absicht. Berlin.
- Faber, Klaus et al. (Hg.) (2006): Neu-alter Judenhass. Antisemitismus, arabisch-israelischer Konflikt und europäische Politik. Berlin.
- Georgi, Viola B. (2003): Geschichtsbezüge in der deutschen Einwanderungsgesellschaft. Hamburg.
- Honneth, Axel (1992): Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte. Frankfurt/M.
- International Network „Education for Democracy“ (Hg.) (2003): Tolerance matters. International Educational approaches. Gütersloh.
- Kant, Immanuel (1968): Die Metaphysik der Sitten. In: Weischedel, Wilhelm (Hg.): Immanuel Kant Kritik der praktischen Vernunft Grundlegung zur Metaphysik der Sitten. Werkausgabe Band 7. Darmstadt.
- Levi, Primo (1986): Ist das ein Mensch / Die Atempause. München.
- Margalit, Avishai (1996): Politik der Würde. Über Achtung und Verachtung. Berlin.
- Meseth, Wolfgang (2000): Theodor W. Adornos „Erziehung nach Auschwitz“. Ein pädagogisches Programm und seine Wirkung. In: Fechner, Bernd et al. (Hg.): Erziehung nach Auschwitz in der multikulturellen Gesellschaft. Weinheim/München.
- Mosse, George L. (1995): Die Geschichte des Rassismus in Europa. Frankfurt/M.
- Nickolai, Werner/Brumlik, Micha (Hg.) (2007): Erinnern, Lernen, Gedenken. Perspektiven der Gedenkstättenpädagogik. Freiburg.
- Radtcke, Frank-Olaf et al. (2000): Vermittlung und Aneignung von Wissen über den Holocaust und Nationalsozialismus in der Schule. Frankfurt/M.
- Wittmeier, Manfred (1997): Internationale Jugendbegegnungsstätte Auschwitz. Zur Pädagogik der Erinnerung in der politischen Bildung. Frankfurt/M.
- Zumbini, Massimo F. (2003): Die Wurzeln des Bösen. Gründerjahre des Antisemitismus. Von der Bismarckzeit zu Hitler. Frankfurt/M.

Multimedialer Hass im Netz – Vorschläge zum medienpädagogischen Umgang mit rechtsextremen Web-Inhalten

Stefan Glaser

Surfen und Chatten ist aus der Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen nicht mehr wegzudenken. Gleichzeitig ist das Internet das bevorzugte Propagandainstrument des modernen Rechtsextremismus. Das Aufkommen des so genannten Web 2.0, bei dem die User zunehmend selbst die Inhalte liefern, hat dies noch einmal verstärkt. Videoplattformen und Social Networks erfreuen sich einer riesigen, vor allem auch jugendlichen Nutzerschar. Gleichzeitig werden dort neonazistische, diskriminierende und zum Hass anstachelnde Inhalte sehr schnell zugänglich.

jugendschutz.net, die zentrale Kontrollstelle der Länder für den Jugendschutz im Internet, beschäftigt sich seit dem Jahr 2000 im Rahmen von Projekten mit dem Problem rechtsextremer Internetpropaganda. Im folgenden Beitrag wird zunächst die Relevanz dieses Problems vor dem Hintergrund zunehmender Online-Aktivitäten von Heranwachsenden reflektiert und die Arbeit von jugendschutz.net vorgestellt. Im Anschluss werden auf Basis der Erfahrungen aus der medienpädagogischen Projektarbeit Ideen präsentiert, wie man in der schulischen und außerschulischen pädagogischen Praxis eine Auseinandersetzung mit dem Thema initiieren kann.

1 Rechtsextremismus im Internet: ein Jugendschutzproblem

Das Spektrum rechtsextremer Inhalte und Präsentationsformen im Internet ist breit. Strafbare Inhalte wie Hakenkreuze oder volksverhetzende Musik zum Beispiel der Szene-Band Landser sind inzwischen fast nur noch auf ausländischen Servern zu finden. Auf inländischen Seiten agitieren Rechtsextreme meist subtiler und richten sich mit ihren alltags- und lebenswelt-orientierten Angeboten an eine breite, vor allem auch junge Nutzerschar. Nicht selten empfinden Jugendliche das, was dort an Identifikationsangeboten, Lösungsentwürfen und Aktionsmöglichkeiten unterbreitet wird, subjektiv als attraktiven Gegenentwurf zu ihrer momentanen Situation.

Analysiert man die rechtsextreme Erlebniswelt, kann man feststellen, dass sie – oberflächlich betrachtet – durchaus einiges ermöglicht: Gemeinschaftserlebnisse und Gruppenzugehörigkeit (z.B. über Events), eine Sinnorientierung des eigenen Lebens im Hinblick auf ein gemeinsames, übergeordnetes Ziel (z.B. über Symbole, Mythen, Rollenbilder), einfache Lösungsmuster (z.B. über Feindbilder, Gewalt) oder Hilfen bei Krisen und Problemen (z.B. über Lebensberatung). Rechtsextreme Demos oder ähnliche Aktionen bieten darüber hinaus einen Kristallisationspunkt für jugendliches Protestpotenzial.

Hinzu kommt: Die Lebenswelt der heutigen Generation ist medial geprägt. Bücher, Zeitschriften, Radio oder Fernsehen sind schon seit Langem nicht mehr wegzudenken und

auch die Nutzung von Computern – im schulischen wie im privaten Bereich – ist zur Selbstverständlichkeit geworden. Das Internet ist ein Massenmedium und wird von immer mehr Kindern und Jugendlichen genutzt. In seiner Untersuchung „Jugend, Information, Multimedia“ (JIM) stellt der Medienpädagogische Forschungsverbund Südwest seit Jahren einen kontinuierlichen Anstieg von Internetaktivitäten der 12- bis 19-Jährigen fest. 2007 hatten demnach bereits 90 Prozent dieser Altersgruppe Online-Erfahrungen gemacht, 77 Prozent hiervon waren mindestens mehrmals pro Woche zum Surfen, Chatten oder Mailen im Netz (vgl. Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest 2007: 37ff.). Je häufiger Kinder und Jugendliche das Web nutzen, desto größer ist auch die Wahrscheinlichkeit, dass sie gewollt oder ungewollt mit rassistischen und menschenverachtenden Inhalten konfrontiert werden. Bereits 2005 gab etwa ein Drittel der 12- bis 19-Jährigen User an, schon einmal Angebote mit pornografischen, rechtsextremen oder stark gewalthaltigen Inhalten aufgerufen zu haben (vgl. Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest 2005: 28, 35ff.).

Das deutschsprachige rechtsextreme Aufkommen im Internet ist gegenwärtig so groß wie nie zuvor. Während das Bundesamt für Verfassungsschutz auch für 2007 von einer konstanten Anzahl von etwa 1.000 rechtsextremen Websites ausgeht (vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz 2008: 53ff.), zählte jugendschutz.net in seinem Datenbestand 2007 mehr als 1.600 verschiedene rechtsextreme Angebote, über die Propagandamaterialien vertrieben und Jugendliche geködert wurden. Insbesondere für die Bereiche der Neonazi-Kameradschaften, der NPD und der rechtsextremen Versandhandelsplattformen konstatierte das Projektteam einen Anstieg von 30 Prozent im Vergleich zum Vorjahr (vgl. jugendschutz.net 2008: 2).

2 Nutzung von jugendaffinen Diensten und Angeboten

Dienste und Angebote des Web 2.0, bei denen die Nutzer selbst zu Inhaltslieferanten werden, sind auch bei Kindern und Jugendlichen sehr beliebt. Sie erlauben die Präsentation von persönlichen Informationen in Profilen und die Vernetzung mit anderen Mitgliedern einer Community (z.B. in Social Networks), die tagesaktuelle Publikation von Kurztexen (z.B. in Blogs) und die Präsentation von Filmen (z.B. auf Videoplattformen).

Das Problem des Missbrauchs großer Videoplattformen zur Verbreitung neonazistischer Propaganda ist seit Längerem bekannt. jugendschutz.net dokumentierte Musikvideos rechtsextremer Bands, Mobilisierungsfilme von Kameradschaften und Materialien aus der Zeit des Nationalsozialismus. In vielen Fällen wurden dabei unzulässige Inhalte (Volksverhetzung, NS-Symbole) verbreitet. In Social Networks finden sich Profile mit rassistischen Statements, Werbung für Szene-Bands und Neonazi-Gruppen sowie unverhohlene Nazi-Propaganda.

Betrachtet man steigende Nutzerzahl und die Interaktionsmöglichkeiten der großen Portale wird sehr schnell deutlich, worin aus rechtsextremer Sicht der Vorteil einer Nutzung von Web 2.0-Plattformen liegt: Die Möglichkeiten, neonazistische Inhalte einem Massenpublikum zu präsentieren, sich zu vernetzen, Kontakt zu anderen zu knüpfen und mittels integrierter Elemente wie Chats, Foren oder Gästebüchern jüngere User zu kontaktieren, sind schier unbegrenzt und nur schwer zu kontrollieren. Ein Video, Kommentar oder Profil mit menschenverachtenden Aussagen in einem Social Network oder auf einer Videoplattform erreicht eine wesentlich größere Verbreitung als eine einzelne rechtsextreme

Website, die nur Insidern bekannt ist. Ein Blick auf die Nutzungsfrequenz der immer professioneller gemachten Szene-Videos bestätigt dies: Sie erreichen in den Communities bis zu mehreren Zehntausend Zugriffen.

3 Jugendliche online im Visier von Neonazis

Websites von Kameradschaften und Autonomen Nationalisten sind in vielen Fällen jugendgemäß gestaltet, haben einen lokalen Bezug und knüpfen mit den unterbreiteten Angeboten an den Erfahrungen von Jugendlichen und ihren Lebenswelten an. Ängste vor einer unsicheren Zukunft oder einem „sozialen Abstieg“ werden gezielt mit rassistischen und demokratiefeindlichen Parolen verstärkt, parallel werden rechtsextreme Lösungsmuster und die Szene als zugehörige Solidargemeinschaft propagiert. Auf mehr als 250 Websites präsentieren sie sich und ihr neonazistisches Gedankengut und mobilisieren für Veranstaltungen. Viele Gruppen machen erlebniskulturelle Angebote und laden zu Konzerten und Gedenkmärschen, aber auch zu Fahrten zum Baggersee und Straßentheater ein.

Auch die NPD ist im Internet breit vertreten. Knapp 180 Websites von Verbänden aus dem gesamten Bundesgebiet sind gegenwärtig online. Immer mehr Betreiber nutzen auch multimediale Elemente wie Filme und Musik. Auf vielen Seiten der NPD sind Mobilisierungsvideos zu finden, die aus dem Umfeld von Neonazi-Kameradschaften stammen und in das eigene Angebot eingebunden werden. Die Musik der so genannten Schulhof-CDs wie „Schnauze voll? Wahntag ist Zahntag!“ oder „Der Schrecken aller linken Pauker und Spießler“ werden nicht nur an Jugendliche verteilt, sondern auch über den „Medienserver“ der NPD zum Download angeboten. Hinzu kommen Angebote, die sonst eher aus der kommunalen oder verbandlichen Jugendarbeit bekannt sind: Lebens- und Berufsberatung, Nachhilfe für Jugendliche oder Freizeitaktivitäten.

4 Geschichtsfälschende Web-Inhalte leicht verfügbar

Suchmaschinen spielen für den Zugang zu Internetinhalten eine wichtige Rolle. Rechtsextreme Web-Inhalte werden darüber relativ schnell und leicht gefunden, insbesondere wenn Namen von rechtsextremen Szenegrößen, Bands, Kameradschaften oder Insidervokabeln bekannt sind. Aber auch wer nichts Rechtsextremes sucht, wird unter Umständen damit konfrontiert. Zwar entfernen die in der Freiwilligen Selbstkontrolle Multimedia-Diensteanbieter organisierten deutschen Suchdienste auf Basis eines Subkodex von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien indizierte Websites aus ihren Suchindizes (vgl. Freiwillige Selbstkontrolle Multimedia-Diensteanbieter 2004), doch führen immer wieder unverdächtige Begriffe zu rechtsextremen Web-Inhalten. Suchen Schüler zum Beispiel Informationen für Geschichtsreferate, besteht weiterhin die Möglichkeit, dass sie auf Angebote stoßen, in denen die Verbrechen der Nationalsozialisten geleugnet oder verharmlost werden.

Eigene Erfahrungen sowie Berichte von Lehrern gegenüber jugendschutz.net zeigen, dass vor allem das pseudowissenschaftliche Erscheinungsbild geschichtsklitternder Angebote für Jugendliche schwer zu durchschauen ist und dazu führt, dass die Inhalte unkritisch als verbürgte historische Information aufgenommen werden. So existiert mit dem Angebot Metapedia, das sich als eine „alternative Enzyklopädie für Kultur, Philosophie, Wissen-

schaft und Politik“ definiert, eine geschichtsfälschende Plattform, die auf den ersten Blick seriös wirkt. In ähnlicher Aufmachung wie das Online-Lexikon Wikipedia werden dort allerdings unter lexikalischen Stichworten wie Auschwitz und Holocaust die Verbrechen der Nationalsozialisten und ihre Dimension ausgeblendet und damit ein revisionistisches Geschichtsbild gezeichnet. Auschwitz wird beschrieben als „Ort in Polen“, an dem „während des Zweiten Weltkriegs im dortigen Konzentrationslager Menschen interniert waren“. Unter dem Begriff Holocaust wird unterstellt, es handele sich beim industriellen Massenmord an Juden während des Nationalsozialismus um eine „durch Strafrecht und Erziehung vorgegebene Vorstellung“. Ebenso bemüht wird in diesem „Erklärungsansatz“ die verschwörungstheoretische Idee einer angeblichen „jüdischen Kriegserklärung“.

Die Erfahrungen von jugendschutz.net werden auch hier von der JIM-Studie gestützt. Im Jahr 2005 nach der Glaubwürdigkeit von Medieninhalten gefragt, gaben 16 Prozent der 12- bis 19-Jährigen an, Quellen aus dem Internet für vertrauenswürdig zu halten, wobei das Vertrauen in die Verbürgtheit von Informationen mit zunehmendem Alter abnimmt. Nur knapp 11 Prozent dieser Altersgruppe trauten dagegen dem Radio als Informationsquelle (vgl. Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest 2005: 16ff.). 2007 hat sich die Zahl derer, die das Internet für extrem glaubwürdig hält und davon ausgeht, dass Inhalte auf ihre Richtigkeit hin überprüft wurden, laut JIM auf 20 Prozent erhöht, bei den 12- bis 15-Jährigen lag die Zahl sogar bei über 25 Prozent (vgl. Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest 2007: 48).

In Anbetracht der oben beschriebenen Entwicklungen ist wichtig, die Strategien rechtsextremer Rattenfänger im Netz kontinuierlich zu beobachten und effektive Maßnahmen zu etablieren, um ihnen das Handwerk zu legen. Letzteres geht nur, wenn alle relevanten Akteure ihren Teil der Verantwortung übernehmen. Provider dürfen den Missbrauch ihrer Dienste zur Verbreitung von Hass-Botschaften nicht dulden, Strafverfolgung und Justiz müssen rechtsextreme Straftaten im Internet konsequent ahnden und die Internet-Community – jede einzelne Nutzerin und jeder einzelne Nutzer – ist gefordert, neonazistische Äußerungen nicht zu ignorieren, sondern Rechtsextremen die Rote Karte zu zeigen.

5 Die Arbeit von jugendschutz.net gegen Rechtsextremismus im Netz

jugendschutz.net wurde 1997 von den Jugendministerien der Bundesländer als zentrale Kontrollstelle gegründet und überprüft das Internet auf Verstöße gegen den Jugendschutz. jugendschutz.net unterstützt neben den Obersten Landesjugendbehörden die Kommission für Jugendmedienschutz als zentrale Medienaufsicht bei ihren Aufgaben.

Mit dem Problem des Rechtsextremismus im Internet beschäftigt sich jugendschutz.net seit dem Jahr 2000 speziell im Rahmen von Projekten. Derzeit finanziert von der Bundeszentrale für politische Bildung, analysiert das Team die Strategien von Rechtsextremen im Netz, dokumentiert jugendschutz-relevante Inhalte und etabliert geeignete Gegenmaßnahmen. Im Rahmen einer Doppelstrategie geht es darum, Rechtsextremen weitestgehend die Propagandaplattformen im Netz zu entziehen und gleichzeitig die medienpädagogische Auseinandersetzung mit rechtsextremen Inhalten zu fördern.

In den vergangenen Jahren entwickelte das Team didaktisch-methodische Konzepte und erprobte diese in Workshops mit Jugendlichen sowie Pädagogen aus der schulischen und außerschulischen Bildung. Ziel der Arbeit mit Jugendlichen ist, sie bei der Herausbil-

derung einer kritischen Medienkompetenz zu unterstützen und rechtsextremen Beeinflussungsversuchen präventiv Aufklärungsangebote entgegen zu setzen. Die Arbeit auf Multiplikatorenebene soll pädagogischen Fachkräften Mut machen, mit den ihnen anvertrauten Jugendlichen das Thema Rechtsextremismus im Internet zu bearbeiten und ihnen parallel Handwerkszeug für die Praxis zur Verfügung zu stellen.

6 Anspruch einer pädagogischen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus im Internet

Immer wenn ein Anstieg rechtsextremer Gewalt oder wachsende rassistische und demokratiefeindliche Einstellungspotenziale verzeichnet werden, ist auch der Ruf nach pädagogischer Intervention und Prävention nicht fern. Paradoxerweise werden Erziehung und Bildung nicht selten genau für die Entwicklungen verantwortlich gemacht, die sie dann mit sozialpädagogischen Maßnahmen und Weiterbildungsangeboten richten sollen. Pädagogen sind mit diesem Anspruch oft überfordert. Es fehlt an fundiertem Know-How über den heutigen Rechtsextremismus, seine Ursachen und modernen Erscheinungsformen. Zudem ist die Unsicherheit darüber, wie ein solch komplexes Thema bearbeitet und eine Auseinandersetzung verantwortungsvoll initiiert werden kann, extrem groß. Die Durchführung von Workshops zum Thema erfordert in der Tat fundierte inhaltliche wie methodische Kenntnisse, die sich auch engagierte Pädagogen in den meisten Fällen erst aneignen müssen. Hier fehlen leider bislang auch flächendeckende qualifizierte Weiterbildungsangebote.

7 Ängste und Unsicherheiten: Warum sollte eine Beschäftigung mit Hass im Netz stattfinden?

Eine Unsicherheit offenbart sich regelmäßig während der Durchführung von Workshops und betrifft die Frage: Bringe ich Jugendliche durch meinen gut gemeinten Workshop über Rechtsextremismus im Internet vielleicht erst auf dumme Gedanken?

Die Angst mag begründet sein und letztlich kann die Frage auch nur in der persönlichen Abwägung und mit Blick auf die konkrete Gruppe, mit der gearbeitet werden soll, beantwortet werden. Vergegenwärtigt man sich jedoch jugendliche Realitäten wird schnell deutlich, dass sowohl Thema als auch Medium in dieser Altersgruppe – auf dem Schulhof, in Jugendzentren, in Cliques – längst eine Rolle spielen. Auch die Projektarbeit von jugendschutz.net machte in den vergangenen Jahren deutlich, dass nicht nur viele einschlägige Websites unter Jugendlichen bekannt sind, sondern auch Musik und Symbole aus der Szene bereits zu ihrem Erfahrungshorizont gehören. Und nicht zuletzt sind Vorurteile und Alltagsrassismen, an denen Rechtsextreme mit ihren – bisweilen sehr subtilen – Aussagen anknüpfen, vertreten. Medienpädagogische Workshops zum Thema Rechtsextremismus im Internet wecken also keine schlafenden Hunde, sondern greifen lediglich ein existierendes Thema kritisch auf.

Eine weitere Skepsis bezieht sich auf einen rechtlichen Bereich: Dürfen Pädagogen im schulischen und außerschulischen Kontext rechtsextreme Inhalte zugänglich machen?

Das Strafgesetzbuch stellt in seinen Paragrafen 86 und 130 zum Beispiel die Verbreitung von Propagandamitteln, von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und

volksverhetzenden Schriften unter Strafe. So sind Websites, die Hakenkreuze zeigen oder den Holocaust leugnen, strafrechtlich relevant und die Verantwortlichen können mit Geld- oder Haftstrafen belegt werden. Im Rahmen von Workshops müsste es also prinzipiell ebenso verboten sein, solche Inhalte zu verbreiten.

Dennoch dürfen pädagogische Fachkräfte mit Heranwachsenden auch auf Websites mit absolut unzulässigen rechtsextremen Inhalten surfen. Die so genannte Sozialadäquanzklausel erlaubt zum Beispiel zum Zwecke der staatsbürgerlichen Aufklärung das Zugänglichmachen solcher Angebote. Lehrende bewegen sich bei der Durchführung von Projekten auf der rechtlich sicheren Seite, wenn diese eine kritische Auseinandersetzung fördern. Solange es erkennbares Ziel des pädagogischen Handelns ist, die Jugendlichen für rechtsextreme Propaganda zu sensibilisieren und sie bei der fundierten Analyse und Bewertung der Inhalte zu unterstützen, ist eine Thematisierung von Rechtsextremismus im Internet unter Verwendung auch strafbarer Materialien sozialadäquant. Grundsätzlich empfiehlt es sich allerdings, im Vorfeld eines solchen Vorhabens mit den Eltern der Jugendlichen und, im schulischen Kontext, mit der Schulleitung zu sprechen und die Motive offen zu legen (vgl. Beitrag von Thomas Günter in diesem Band).

8 Didaktisch-methodische Überlegungen: Welche Kriterien sind für eine medienpädagogische Arbeit grundlegend?

Das Internet übt einen besonderen Reiz auf Jugendliche aus. Es ermöglicht grenzüberschreitende Kommunikation und erlaubt prinzipiell die Verbreitung und Aneignung von Informationen von überall auf der Welt. Das rasante Wachstum insbesondere des World Wide Web sowie die stete Weiterentwicklung von Hard- und Softwareprodukten eröffnen für die Gestaltung einer Veröffentlichung im Netz und die Nutzung der unterschiedlichen Dienste immer wieder neue Horizonte. Dies bedeutet aber auch, dass Nutzer immer neue inhaltliche und technische Fähigkeiten erwerben müssen, um das Medium verstehen und sich dessen Inhalte kritisch aneignen zu können. Diesen Herausforderungen muss sich schulische wie außerschulische Bildungsarbeit stellen.

Menschenverachtende Äußerungen und geschichtsfälschende Thesen erfordern Widerspruch. Die couragierte Stellungnahme für Menschenrechte, Toleranz und Gerechtigkeit ist ein elementarer Baustein offener, toleranter und demokratischer Gesellschaften. Das Internet als interaktives Medium bietet für eine aktive Auseinandersetzung mit rechtsextremer Hass-Propaganda besonders gute Möglichkeiten. Fällt es heutzutage eher schwer, junge Menschen für Inhalte politischer Bildung zu begeistern, erfreuen sich gerade technik- und erlebnisorientierte Lernformen – insbesondere Internet spezifische Bildungsangebote – bei dieser Altersgruppe großer Beliebtheit. Dies liegt nicht zuletzt daran, dass viele Heranwachsende mittlerweile mit Computern vertraut sind und hinreichende Erfahrungen mit dem Medium haben. An dieser Affinität Jugendlicher und der Selbstverständlichkeit, mit der sämtliche Dienste des Internets im täglichen Leben genutzt werden, können pädagogische Projekte anknüpfen.

Die Sensibilisierung von Jugendlichen für rechtsextreme Internet-Propaganda erfordert mehr als eine Belehrung über die Gefahren mittels klassischen Frontalunterrichts. Eine moderne schulische wie außerschulische Didaktik muss die Erwartungen und Erfahrungen der Jugendlichen, ihre technischen und inhaltlichen Kompetenzen sowie die objektiven

Erfordernisse der Lerninhalte berücksichtigen. Am lernenden Subjekt orientierte Bildungsprozesse begreifen den Menschen als denkendes, fühlendes und handelndes Wesen und nehmen ihn in dieser Mehrdimensionalität ernst (vgl. Meueler 1994: 623ff.). Dies gilt für Jugendliche und Erwachsene gleichermaßen.

Parallel müssen soziale Arbeitsformen initiiert werden, die diesem Verständnis Rechnung tragen. Hierbei ist grundsätzlich der Wechsel zwischen eigenständigen Recherchen in Einzel- oder Partnerarbeit und einer Diskussion von Erkenntnissen in der Gruppe wichtig. Erst wenn sich Jugendliche als Lernende eigene Fragen stellen dürfen, selbstständig nach Antworten suchen und sie dann mit anderen kritisch reflektieren können, bleibt die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus nicht theoretisch. Vielmehr kann Lernen so zum erfahrungs- und handlungsrelevanten Prozess werden (vgl. Siebert 1992: 18ff., 47ff.).

Die Durchführung eines Projekttages zum Thema erfordert ein hohes Maß an inhaltlicher, didaktischer und methodischer Kompetenz. Neben dem Fachwissen zu den Bereichen Rechtsextremismus und Internet spielen eine Auswahl adäquater Lerninhalte und eine sorgfältige Planung der Lernphasen eine bedeutende Rolle. Gleichwohl sind Flexibilität und die Bereitschaft, Lernen als offenen Prozess zu verstehen, wichtig. Es muss stets Raum bleiben für Fragen und Themen, die unmittelbar an den Erfahrungshorizont der Jugendlichen anknüpfen oder von den Teilnehmenden selbst eingebracht werden. Kann eine Lernsituation mit Erlebtem verknüpft werden, fällt der inhaltliche Zugang leichter und der Lernprozess entfaltet größere subjektive Relevanz.

Das Thema Nationalsozialismus ist in hohem Maße emotional besetzt und auch rechtsextreme Propaganda erzielt einen Großteil ihrer Wirkung auf der Gefühlsebene. Manchmal tritt eine starke persönliche Betroffenheit zu Tage oder eigene Gewalterlebnisse werden wieder präsent. Berichten Jugendliche in einem Workshop beispielsweise von ihren gewaltsamen Auseinandersetzungen mit „Ausländern“, ist es wichtig, diese persönlichen Erfahrungen nicht zu ignorieren und als falsch oder unwichtig abzutun, sondern sie ernst zu nehmen und zu thematisieren. Nur dann sind Lernende offen für neue Einsichten. Eine einfühlsame und aufmerksame Begleitung des Lernprozesses ist daher unerlässlich.

Gleichzeitig wird eine kognitive Bearbeitung nötig, damit Erleben in Verstehen münden kann. Die Auseinandersetzung darf sich deshalb nicht auf einzelne rechtsextreme Aussagen oder Erscheinungsformen beschränken, sondern muss auch Hintergründe und Strukturen des Rechtsextremismus einbeziehen. Expertenwissen sollte in den Lernprozess einfließen und es kann gelegentlich sinnvoll sein, Gegenposition zu Meinungen und Äußerungen von Jugendlichen zu beziehen und sich im Diskurs als Reibungsfläche anzubieten. Gerade dadurch gelingt es vielfach, zum Nachdenken anzuregen und neue Erkenntnisse zu befördern.

Medienpädagogische Workshops bieten Jugendlichen die Möglichkeit, in einer geschützten und unterstützenden Lernatmosphäre Denkmuster und Argumentationsstrategien von Rechtsextremen am Beispiel ihrer Web-Angebote zu hinterfragen und reflektiert Gegenpositionen zu beziehen. Anstelle einer fraglosen Akzeptanz tritt im Idealfall die kritische Auseinandersetzung, die bei den Teilnehmenden zu einer Veränderung von Sichtweisen und einer Stärkung des Toleranz- und Demokratieverständnisses führt.

9 Praxis einer pädagogischen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus im Internet

In den medienpädagogischen Workshops von jugendschutz.net sind Themen, Thesen und Parolen, wie sie auf vielen Websites zu finden sind, Ausgangspunkt einer Beschäftigung mit Rechtsextremismus. Die Jugendlichen erarbeiten sich dabei die Inhalte in einer Internetrecherche auf ausgewählten Seiten im Sinne des entdeckenden Lernens weitestgehend selbstständig, jedoch anhand von unterstützenden Leitfragen (vgl. Sander 1994: 15ff.). Dies hilft, den Lernprozess zu steuern und gezielte Lernakzente zu setzen, so dass sich niemand in den Weiten des World Wide Web verliert. Im Plenum werden Ergebnisse der Recherchen dann diskutiert und gemeinsam strukturiert.

Die Workshops finden in den meisten Fällen mit 20 bis 30 Jugendlichen statt. Um die Gruppe bei Bedarf teilen und phasenweise in kleineren Einheiten weiterarbeiten zu können, begleiten zwei Pädagogen den Workshop. Für die Projekte stehen in der Regel ein PC-Raum sowie ein zusätzlicher Gruppenraum zur Verfügung. Dies erlaubt, methodisch vielfältig zu arbeiten und die Recherchephasen im Netz räumlich von den Phasen der gemeinsamen Reflexion zu trennen.

Während der Recherche arbeiten die Jugendlichen jeweils zu zweit an einem Rechner. Dies hat den Vorteil, dass keiner auf sich allein gestellt ist und jeder in allen Phasen des Workshops jemanden hat, mit dem er sich austauschen und der gegebenenfalls Hilfestellung leisten kann. Lautsprecher bzw. Kopfhörer sind wichtig, falls Musik in Websites integriert ist. Die Jugendlichen haben auch die Möglichkeit, bestimmte Seiten auszudrucken. Für die Arbeits- und Diskussionsphasen im Plenum stehen Möglichkeiten zur Visualisierung bereit, meist Beamer, Moderationskoffer und Stellwände.

10 Vorbereitung und Einstieg: Geeignete Inhalte auswählen

Ein zentraler Schritt zur Durchführung eines Workshops ist die Auswahl geeigneter Websites. Eine angeleitete Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus muss mit Inhalten beginnen, die aus didaktischen Erwägungen für die jeweilige Lerngruppe geeignet erscheinen (Alter, Entwicklungsstand, Schulstufe, Vorwissen). Sie sollten sowohl am Wissens- und Erfahrungshorizont der Teilnehmenden anknüpfen als auch den angestrebten Lernzielen entsprechen.

Im Internet finden sich sämtliche rechtsextreme Denk- und Argumentationsmuster, die Anlass für eine kritische Auseinandersetzung mit Rassismus, Antisemitismus und neonazistischen Überzeugungen sein können. Als Einstieg ins Thema eignen sich zum Beispiel Texte auf Websites, Musikstücke, Videos, Cartoons oder Einträge in Gästebüchern und Foren.

Die begleitenden Pädagogen sollten immer genau wissen, welche Inhalte auf den Websites zu finden sind. Je besser sie vorbereitet sind und je genauer sie die Inhalte selbst kennen, desto gezielter wird es ihnen möglich sein, inhaltliche Impulse zu setzen und präzise auf Fragen und Probleme zu reagieren.

Pädagogische Prozesse haben ihre eigene Dynamik. Ob ich mich als Lernender auf eine solche Lernsituation im Rahmen eines Themenworkshops einlassen kann, hängt ganz entscheidend davon ab, ob und wie ich mich im Lerngegenstand wieder finde. Herausforde-

rung und Aufgabe eines Pädagogen muss an dieser Stelle sein, einen adäquaten Einstieg zu ermöglichen.

Im ersten Schritt eines Workshops von jugendschutz.net geht es daher immer darum, die Lerninhalte mit dem Erfahrungs- und Wissenshorizont der Jugendlichen zu verbinden. Das eigene Verständnis bestimmter themenbezogener Sachverhalte wird bewusst zum Ausgangspunkt für den Lernprozess gemacht – dadurch wird der Zugang zum Thema erleichtert. Ein Praxisbeispiel soll das verdeutlichen. In diesem konkreten Fall waren die teilnehmenden Jugendlichen nach der Übung gedanklich mitten im Thema und analysierten im Anschluss engagiert mit Hilfe formulierter Arbeitsaufträge ausgewählte rechtsextreme Websites.

Die Nähe- und Distanz-Übung (vgl. Rabenstein et al. 1993: 37) gab 16- bis 17-Jährigen Schülern eines Gymnasiums zu Beginn eines Projekts die Möglichkeit, sich zu einem vorgegebenen, themenbezogenen Begriff in räumliche Nähe bzw. Distanz zu setzen. Als Begriffe wurden Nation, Heimat oder Deutschland ausgewählt. Im Anschluss fand ein Austausch über die Positionierungen statt. Mit Impulsfragen wurden sie hierbei aus der Reserve gelockt, zum Beispiel: „Was verbindet ihr mit diesem Wort?“, „Was bedeutet euch Nation, Heimat oder Deutschland?“, „Wo würde sich wohl ein Rechtsextremer verorten?“. Die Begründungen der Jugendlichen für ihre Nähe und Distanz zu den Begriffen waren teilweise sehr ausführlich und präzise. Je konkreter der Begriff war, desto klarer bestimmten sie ihre Entfernung. Während beispielsweise Nation vielfach als abstrakt empfunden wurde und nur wenige eine emotionale Bindung verspürten, rief der Begriff Deutschland sowohl klar positiv besetzte (z.B. Zugehörigkeit, Stolz, Wohlstand) als auch negative Assoziationen (z.B. Angst vor Neonazis, Sozialabbau) hervor.

11 Recherche: Web-Inhalte sichten, analysieren und reflektieren

Die gezielte Analyse von rechtsextremen Präsentationsformen und Inhalten im Web erfolgt in zwei Schritten. Zunächst suchen sich die Jugendlichen aus den zur Auswahl stehenden Beispielen nach Interesse jeweils ein Web-Angebot heraus und verschaffen sich in Partnerarbeit einen ersten Eindruck. Sie notieren dabei alles, was ihnen auffällt oder in den Sinn kommt. Im Anschluss präsentiert jede Zweiergruppe ihre Erkenntnisse im Plenum, die Ergebnisse werden auf einer Stellwand im Raum dokumentiert und es werden Fragen geklärt.

An diese erste, grobe Sichtung schließt sich unmittelbar eine längere Phase der Analyse von Inhalten an. Die Jugendlichen setzen sich nun intensiv mit rechtsextremen Themen und Argumenten auf den Websites auseinander. Häufig kommt es untereinander zu interessanten Diskussionen über einzelne Texte, Aussagen oder Bilder, die im Netz gefunden wurden und es werden erste Fragen geklärt. Oftmals erwachsen auch bereits hier Einsichten und ein weiter reichendes Verständnis bestimmter Zusammenhänge. Alle haben wiederum den Auftrag, sich Wichtiges, Auffälliges, Diskussionswürdiges zu notieren

Im Plenum präsentieren die Jugendlichen anschließend ihre Rechercheergebnisse und berichten, was ihnen auf den gesichteten Websites aufgefallen ist. Einige interessante Inhalte präsentieren sie der Anschaulichkeit halber noch einmal mit dem Beamer auf eine Leinwand. Benannte Themen und Argumente werden anschließend auf einer Wandzeitung visualisiert und sind dann Ausgangspunkt für eine weitere Beschäftigung. Meistens ist es an

dieser Stelle auch nötig, dass unbekannte rechtsextreme Symbole, Abkürzungen oder Hintergründe zur Struktur des deutschen Rechtsextremismus erklärt werden.

Insbesondere die Reflexionsphasen zeigen immer wieder, wie wichtig eine Beschäftigung mit rechtsextremen Denkmustern ist, denn Propaganda wird in ihrer verschleierte Form nur selten als solche erkannt. Um gängige rechtsextreme Argumente als demagogische Parolen zu enttarnen, ist es wichtig, einzelne Aussagen mit Jugendlichen genau auf ihre eigentliche Bedeutung zu hinterfragen. Sehr häufig diskutieren Jugendliche an solchen Stellen sehr kontrovers. Wichtig ist, dies zuzulassen, denn nur wer Meinungen nicht abbügelt, sondern als persönlichen Anteil seines Gegenübers ernst nimmt und zum Anlass für eine weitere inhaltliche Auseinandersetzung macht, wird es schaffen, einen kritischen Diskurs zu initiieren und damit allen Beteiligten neue Einsichten zu ermöglichen.

12 Exkurs: Im Rollenspiel kontrovers diskutieren lernen

Die Sichtung rechtsextremer Websites und die Auseinandersetzung mit rassistischen, antisemitischen oder anderweitig demokratiefeindlichen Inhalten führt in den meisten Workshops früher oder später zu der Frage, wie denn mit solchen Angeboten umgegangen werden sollte. Die Einschätzungen der Teilnehmenden decken dabei in der Regel das komplette Spektrum ab zwischen „Das gehört alles verboten“ über „Das ist doch alles gar nicht so schlimm“ bis zu „Das zwangsweise Schließen solcher Seiten ist Zensur“.

Die Fähigkeit, zwischen einer zulässigen Einschränkung der Meinungsfreiheit und einer Zensurmaßnahme in einem totalitär geprägten System zu unterscheiden, ist ein wichtiger Baustein für ein demokratisch-pluralistisches Gesellschaftsverständnis, in dem unveräußerliche Menschenrechte und deren rechtsstaatlicher Schutz bejaht und jegliche Form der Diskriminierung abgelehnt werden. Erfahrungen von jugendschutz.net aus Seminaren im schulischen und außerschulischen Kontext haben gezeigt, dass sich Jugendliche im Rahmen eines inszenierten, spielerisch-diskursiven Prozesses eine differenzierte Sichtweise des Spannungsverhältnisses zwischen zulässigen Meinungsäußerungen und gesetzwidriger beziehungsweise menschenverachtender Propaganda aneignen können. Wichtige Schritte sind dabei die Reflexion eigener wie fremder Einstellungen und der Einbezug von Hintergrundinformationen – zum Beispiel über rechtliche Bestimmungen. Im Folgenden soll eine Möglichkeit skizziert werden, wie diese kritische Auseinandersetzung im Rahmen eines inszenierten Rollenspiels zum Thema Meinungsfreiheit und Zensur initiiert werden kann:

Mit allen Jugendlichen gemeinsam wird eine Verhandlung des Bundesverfassungsgerichts simuliert. Als Kontrahenten stehen sich gegenüber: ein Provider, der seinen Kunden kostenlosen Speicherplatz zur Verfügung stellt und dessen Dienst regelmäßig von Rechtsextremen missbraucht wird, um ihre Propaganda einzustellen – und der deutsche Staat, vertreten durch das Bundesministerium für Justiz. Gegenstand der Verhandlung ist die Frage, ob der Provider verpflichtet werden kann, rechtsextreme Inhalte von seinem Server zu entfernen, oder ob dadurch das grundlegende Recht der Meinungsfreiheit verletzt wird und es sich beim staatlichen Eingriff letztlich um eine Form der Zensur handelt.

Zu Beginn des Rollenspiels werden – entsprechend der Zahl an Teilnehmenden – drei Gruppen gebildet, die erstens die Seite des Providers, zweitens die Seite des Bundesjustizministeriums und drittens das Bundesverfassungsgericht vertreten sollen. Ergänzend können auch Beobachterrollen vergeben werden, die sich zum gesamten Spielgeschehen Noti-

zen machen und diese am Ende in die Auswertung des Rollenspiels einfließen lassen. Um Überforderungen zu vermeiden, sollten sich die Art und die Intensität der Vorbereitung unbedingt am Alter und an den Fähigkeiten der Teilnehmenden orientieren – gegebenenfalls ist Hilfe bei der Strukturierung und Gestaltung der Gruppenarbeit notwendig.

In der ersten Phase erhalten die drei Gruppen Instruktionen mit Beschreibungen ihrer Rollen und unterstützende Fragen für die inhaltliche Vorbereitung. Jede Gruppe setzt sich dann eine Stunde zusammen und sammelt Argumente, mit denen sie während der „Gerichtsverhandlung“ Stellung für die jeweilige Position beziehen kann. In dieser Phase sollten maximal drei Jugendliche benannt werden, die während der Inszenierung die aktiven Rollen der Anwälte, des Klägers, des Richters übernehmen.

Nach der Vorbereitungszeit treffen sich die Gruppen im Seminarraum, der zum Gerichtssaal umgestaltet worden ist, um das Rollenspiel durchzuführen. Das Gericht eröffnet die Verhandlung und beginnt mit einer inhaltlichen Beschreibung des Verhandlungsgegenstands – anschließend haben die Vertreter jeder der beiden Parteien fünf bis zehn Minuten Zeit, um dem Gericht ihre Position darzulegen. Im Anschluss stellt das Gericht Fragen an die beiden Kontrahenten. Nach einem Austausch halten die Anwälte der beiden Seiten ihre Abschlussplädoyers und das Gericht zieht sich zur Beratung zurück. Schließlich spricht das Gericht das Urteil, begründet dies und schließt die Sitzung.

Nach der inszenierten Verhandlung findet eine gemeinsame Auswertung statt. Neben einer Reflexion des Spielgeschehens ist wichtig, gemeinsam mit allen die zentralen Argumentationslinien in den Kleingruppendiskussionen und während der Gerichtsverhandlung zu rekapitulieren. Die Ergebnisse sollten gesichert (z.B. auf Flipcharts) und zum Ausgangspunkt der weiteren Arbeit (z.B. einer vertiefenden Beschäftigung mit rechtsextremen Ideologemen) gemacht werden.

13 Informieren: Positive Web-Angebote einbeziehen

Nach der Beschäftigung mit rechtsextremen Inhalten und der Analyse von typischen rassistischen, antisemitischen oder den Holocaust leugnenden Thesen ist es wichtig, den Blick auf verbürgte Informationen zu richten und Gegenargumente zu sammeln. Das Ziel: Jugendlichen Quellen für Fakten und Hintergründe an die Hand zu geben, mit deren Hilfe sie sich selbst informieren und Geschichtsfälschern sowie rassistischen Demagogen eigenständig entgegentreten können. Das Internet bietet auch hierfür eine Fülle an Anknüpfungspunkten.

Es existieren zahlreiche Websites, deren Autoren verlässlich die Themen Nationalsozialismus und Rechtsextremismus behandeln und die im Rahmen solcher Projekte gemeinsam mit den Jugendlichen erschlossen werden können. Angebote wie die Homepage *Holocaust-Referenz*¹ enthalten einen umfangreichen Fundus an Argumenten gegen Rechtsextremismus und die Leugnung des Holocaust. Verfassungsschutzbehörden, Bundes- und Landeszentralen für politische Bildung bieten auf ihren Internetseiten eine breite Palette an Hintergrundinformationen und Vorschlägen für die praktische Auseinandersetzung.

Darüber hinaus stellen antirassistische Initiativen wie *step21*² oder *Gesicht zeigen*³ auf ihren Websites Ideen vor, wie man sich im Netz für Toleranz und Demokratie engagieren

1 www.h-ref.de

2 www.step21.de

kann. Parallel geben sie Beispiele, wie Zivilcourage im Netz aussehen und wie man sich dort mutig gegen Rassismus und Diskriminierung stellen kann.

14 Aktiv werden: Couragiert Stellung beziehen

Ein letzter Schritt führt in den Projekten auf die Handlungsebene. Hierbei geht es darum, Netz-Aktivitäten gegen Rechtsextremismus auszuprobieren und damit gleichzeitig das Internet bewusst als Medium der Partizipation zu nutzen. Das gemeinsame Handeln macht den Jugendlichen Spaß und ermöglicht die positive Erfahrung, Rassisten nicht machtlos gegenüberzustehen, sondern aus eigener Kraft etwas entgegengesetzt zu können. Außerdem ist es dabei sehr einfach möglich, Fähigkeiten und kreative Potenziale der Lernenden einzubinden. Einige Beispiele für Aktivitäten, die im Rahmen von Projekten und Workshops durchgeführt werden können, werden hier näher beschrieben.

Online-Meldestellen auf Hass-Websites hinweisen

Jeder kann sich über rechtsextreme Inhalte im Netz beschweren. Es existieren Online-Meldestellen, die auf ihrer Website per Formular oder E-Mail Hinweise auf unzulässige rechtsextreme Internet-Angebote entgegennehmen. Organisationen wie *jugendschutz.net*⁴ sichten und bewerten die Angebote, prüfen mögliche Vorgehensweisen und bitten ihre Kontakte zu vielen deutschen und ausländischen Providern dann meist um die Schließung der betreffenden Web-Angebote. Strafrechtlich relevante Inhalte können auch an die Polizei gemeldet werden. Stößt ein Internet-User auf fremdsprachige rassistische Inhalte, kann er sich an das *International Network Against Cyber Hate*⁵ wenden. Dort sind derzeit 18 Online-Meldestellen aus Europa, den USA und Kanada vereint, die auch gemeinsam in konzentrierten Aktionen gegen transnationale Neonazi-Plattformen vorgehen.

Betreiber auf einen Missbrauch ihrer Dienste hinweisen

Die meisten Provider nehmen Hinweise auf strafbare Inhalte oder Verstöße gegen ihre Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) entgegen. Oft genügt eine kurze E-Mail an den Dienst, in der das unzulässige Web-Angebot benannt wird. Diese direkte Kontaktaufnahme führt in den meisten Fällen zum Erfolg und kann auch im Rahmen von Schulprojekten praktiziert werden. Doch Vorsicht: In der Szene existieren auch so genannte Neonazi-Provider. Diese werden auf einen Beschwerdebrief nicht reagieren. Man sollte vor einer Kontaktaufnahme in jedem Fall prüfen, mit wem man es zu tun hat. Solche Schreiben sollten nur an bekannte deutsche und ausländische Host-Provider gesendet werden. Und es empfiehlt sich, die AGB eines Dienstes sorgfältig durchzulesen und sich über das konkrete Beschwerdeverfahren vorab zu informieren.

3 www.gesichtzeigen.de

4 www.jugendschutz.net

5 www.inach.net

Beiträge in Gästebücher und Foren schreiben

Rechtsextreme Foren und Gästebücher auf Szene-Websites sind ebenfalls mögliche Ansatzpunkte für konkretes Engagement. Hier kann sich jeder Einzelne beteiligen und rechtsextremen Sprüchen und Parolen im direkten Austausch etwas erwidern, seinem Ärger über Hass und Gewalt Ausdruck verleihen und mit Argumenten gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit schreiben. Schulklassen wie private Jugendgruppen können „Patenschaften“ für bestimmte Foren übernehmen und dort regelmäßig Einträge verfassen. Man wird sicher nicht erwarten können, dadurch überzeugte Neonazis zu bekehren, doch jede Erwiderung demonstriert, dass menschenverachtende Äußerungen nicht unwidersprochen bleiben. Aber auch hier ist Vorsicht geboten: Um unliebsame Post von Rechtsextremen zu vermeiden, ist zu empfehlen, keine E-Mail-Adressen oder gar persönliche Daten wie Namen und Adressen preiszugeben. Wenn unbedingt nötig, sollte man eine E-Mail-Adresse verwenden, die keinen Rückschluss auf die eigene Identität zulässt.

Web-Banner für Toleranz und Demokratie erstellen

Ein einfacher und öffentlich sichtbarer Weg, Stellung zu beziehen, ist das Verwenden von Web-Bannern, mit denen für Toleranz und Demokratie geworben wird. Mit solchen Emblemen auf der Website macht man deutlich: Hass und Intoleranz haben hier nichts zu suchen. Viele Internet-Communities binden in ihre Portale bereits antirassistische Banner ein und im Netz finden sich viele Variationen zum Download. Zudem bieten Grafikprogramme Möglichkeiten, die zur Gestaltung von Emblemen im Rahmen von Projekten genutzt werden können. Der Fantasie und Kreativität sind hier keine Grenzen gesetzt.

Antirassistische Profile und Videos auf Web 2.0-Plattformen

Auch das Web 2.0 bietet als Mitmach-Netz sowohl ein Einfallstor für Neonazis und rechtsextreme Demagogen als auch die Möglichkeit, sich in den verschiedenen Communities multimedial gegen Hass und Diskriminierung zu wenden. Die Möglichkeiten reichen von der Erstellung und dem Upload eines eigenen Videos in einer Plattform über antirassistische Profile in den unterschiedlichsten Social Networks bis hin zur Gründung von Gruppen, die sich für eine Community ohne Neonazis stark machen. Entscheidend ist, dass Rechtsextreme auch auf Web 2.0-Plattformen keine Chance bekommen, andere mit ihren menschenverachtenden Ideen zu beeinflussen, sondern dass sie von den übrigen Usern konsequent des Feldes verwiesen werden.

Eigene Aufklärungs-Websites ins Netz stellen

Nicht zuletzt besteht die Möglichkeit, Websites zu erarbeiten, auf denen über die Zeit des Nationalsozialismus und den heutigen Rechtsextremismus aufgeklärt wird. Dort können geschichtliche Hintergründe, Argumentationshilfen gegen rechtsextreme Thesen, Links und Buchtipps veröffentlicht werden. Natürlich haben auch persönliche Statements auf den

Seiten ihren Platz. Eine solche Website kann zum Beispiel im Rahmen eines Projekts mit Jugendlichen gemeinsam mit allen entwickelt und über einen längeren Zeitraum inhaltlich ergänzt und aktualisiert werden.

15 Fazit: Kritische Auseinandersetzung lohnt sich

In den vergangenen Jahren führte jugendschutz.net mehr als 300 medienpädagogische Workshops durch. Die Erfahrungen hieraus zeigen, dass ein verantwortungsvoll gestalteter und am Subjekt orientierter Lernprozess dazu führen kann, dass Alltagsrassismus und eigene Vorurteile im Schein einer kritischen Betrachtung sichtbar und – im Idealfall – überwunden werden können. Jugendliche sind bereit, sich mit Rassismus, Antisemitismus und neonazistischen Überzeugungen auseinanderzusetzen und haben auch keine Scheu, Zivilcourage im Netz zu zeigen.

Die Beschäftigung mit Hass im Netz und das beherzte Eintreten für Humanität und Menschenrechte erfordern besondere Anstrengungen von allen Beteiligten. Steht am Ende einer Beschäftigung – quasi als Lernanreiz – ein Produkt, mit dem die mühevollen Arbeit belohnt wird, ist die Motivation in vielen Fällen besonders groß. Gerade die konkreten gemeinsamen Aktivitäten im Web machen Jugendlichen in der Regel Spaß und können auch helfen, Hemmschwellen abzubauen.

Ein wichtiges Ziel der Workshops ist es, über den Einzelevent hinaus Impulse zu setzen. Ob dies gelingt, hängt meistens von vielen Faktoren ab. Ganz entscheidend scheint jedoch zu sein, dass das Thema nicht losgelöst behandelt, sondern mit Erfahrungswissen verknüpft wird. Dadurch werden subjektive Erkenntnisse möglich, die über die Workshops hinausweisen und eine nachhaltigere Wirkung entfalten. Die Erfahrungen der medienpädagogischen Projektarbeit von jugendschutz.net zeigen, dass dies passiert und kritische Auseinandersetzung sich für alle Beteiligte auch lohnen kann.

Literatur

- Bundesamt für Verfassungsschutz (2008): Verfassungsschutzbericht 2007. Bonn.
- Brühwiler, Herbert (1994): Methoden der ganzheitlichen Jugend- und Erwachsenenbildung. 2. Auflage. Opladen.
- Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (Hg.) (2005): JIM 2005. Jugend, Information, (Multi-)Media. Basisuntersuchung zum Medienumgang 12- bis 19-Jähriger. Stuttgart.
- Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (Hg.) (2007): JIM 2007. Jugend, Information, (Multi-)Media. Basisuntersuchung zum Medienumgang 12- bis 19-Jähriger. Stuttgart.
- Meueler, Erhard (1994): Didaktik der Erwachsenenbildung. Weiterbildung als offenes Projekt. In: Tippelt, Rudolf (Hg.): Handbuch Erwachsenenbildung/Weiterbildung, Opladen: 615-628.
- Rabenstein, Reinhold/Reichel, René/Thanhoffer, Michael (1993): Das Methoden-Set. 5 Bücher für Referenten und Seminarleiterinnen. Bd. 2: Themen bearbeiten. 6. Auflage. Münster.
- Sandner, Peter (1994): Didaktische Überlegungen zum entdeckenden Lernen mit reproduzierten Quellen in der Gedenkstättenarbeit. In: Landeswohlfahrtsverband Hessen (Hg.): Methoden der Gedenkstättenpädagogik. Kassel: 15-23.
- Siebert, Horst (1992): Bildung im Schatten der Postmoderne. Von Prometheus zu Sisyphos. Frankfurt/M.

Internetquellen

- Freiwillige Selbstkontrolle Multimedia-Diensteanbieter (2004): Verhaltenssubkodex für Suchmaschinenanbieter der FSM (VK-S). Berlin. In: http://www.fsm.de/de/Sub-kodex_Suchmaschinenanbieter (zuletzt abgerufen am 23.2.2009).
- jugendschutz.net (2008): Hass im Netz wirksam bekämpfen. Mainz. In: http://www.jugendschutz.net/pdf/Projektbericht_2007.pdf (zuletzt abgerufen am 23.2.2009).

Bloggen gegen Rechts vs. Wortergreifung 2.0

Patrick Gensing

1 Einleitung

„Bitte nehme zur Kenntnis, dass ich im Gegensatz zu dem Mächtetern-Journalisten, der diesen Schweineblog betreibt, sogar einen akademischen Titel habe und in einer Woche mehr Geld verdiene, als Gensing sich in 6 Monaten zusammenklieren und -lügen kann.“ („Einherjer“ im Mai 2008 auf NPD-BLOG.INFO)

Rechtsextremisten und Neonazis haben es nicht gerne, wenn kontinuierlich und sachlich über sie berichtet wird. Fehlt das moralisierende in der Berichterstattung, geht ihnen eines ihrer Lieblingsfeindbilder abhanden; der so genannte „Gutmensch“. Werden zudem die zahlreichen und offensichtlichen Widersprüche in der rechtsextremen Bewegung sowie die tiefe Spaltung innerhalb der NPD immer wieder an aktuellen Fällen aufgezeigt, verlieren sie schnell die Nerven. So auch der oben angeführte Schreiber, der unter anderem oft und viel bei dem Neonazi-Portal Altermedia Kommentare verfasst – aber in dem angeführten Fall pöbelte „Einherjer“ bei NPD-BLOG.INFO, einem journalistischen Angebot, das seit Ende 2005 täglich über die völkische Partei berichtet, mittlerweile sind mehr als 2500 Meldungen zum Thema Rechtsextremismus bei NPD-BLOG.INFO zu finden.¹ Dort meldet sich aber nicht nur „Einherjer“ mehrmals zu Wort, sondern auch einige seiner Gesinnungsgenossen.

Was ist ein Blog?

Ein Weblog (Wortkreuzung aus engl. World Wide Web und Log für Logbuch), meist abgekürzt als Blog, wird zumeist als ein öffentlich einsehbares Tagebuch oder Journal beschrieben. Blogs sind endlos, eine lange, abwärts chronologisch sortierte Liste von Einträgen. Es handelt sich zwar um eine Website, die aber im Idealfall nur eine Inhaltsebene umfasst. Ein Blog ist ein für den Herausgeber („Blogger“) und seine Leser einfach zu handhabendes Medium zur Darstellung von Aspekten des eigenen Lebens und von Meinungen zu oftmals spezifischen Themengruppen. Weiter vertieft kann es auch sowohl dem Austausch von Informationen, Gedanken und Erfahrungen als auch der Kommunikation dienen. Insofern kann es einem Internetforum ähneln, je nach Inhalt aber auch einer Internet-Zeitung.

Die Aktivitäten von Rechtsextremisten im Internet überraschen nicht – setzen doch NPD und andere Neonazis verstärkt auf dieses Medium – so zumindest ein oft gelesener Satz in diversen Presseberichten. Und die Zahlen scheinen auch eine eindeutige Sprache zu sprechen: Laut Jugendschutz.net stieg die Anzahl der deutschsprachigen Internet-Seiten mit rechtsextremen Inhalten zwischen Anfang 2006 und Ende 2007 von 1100 auf mehr als 1600. Im World Wide Web lässt sich die rechtsextreme Propaganda billig und leicht verbreiten – bundes- und sogar weltweit. Auch wenn diese Zahlen nichts über die Qualität

1 Stand März 2009

der Seiten aussagt, zeigt sie, dass für die rechtsextreme Bewegung kein Weg an dem gar nicht mehr so neuen Medium vorbeiführt. Außerdem kann im „Weltnetz“ – so der rechtsextreme Begriff für das Internet – eine gewisse Breitenwirkung erzielt werden, vor allem bei jüngeren Personengruppen, für die das Internet die wichtigste Informationsquelle darstellt. Zudem umweht viele Internet-Angebote noch immer ein rebellischer Hauch, sie haben die für Subkulturen immens wichtigen Fanzines ersetzt. Es geht gegen die Mainstream-Medien – was ebenfalls besonders junge Leute ansprechen dürfte. Und auch wenn Rechtsextremismus kein Jugendproblem ist: Jugendliche sowie junge Erwachsene stellen eine der Hauptzielgruppen von NPD und anderen Neonazis dar. Des Weiteren wird ein gewisses rebellisches Image nicht nur von Rechtsextremisten gehegt und gepflegt, auch in der so genannten „Blogosphäre“ sind großen Medien und professionelle Journalisten beliebte Feindbilder.

Was ist eine Blogosphäre?

Die Blogosphäre (engl. „blogosphere“) beschreibt die Gesamtheit der Weblogs sowie deren Verbindungen untereinander. Mit dem Begriff soll ein soziales Netzwerk von sehr unterschiedlichen Akteuren beschrieben werden, durch die Interaktion zwischen den Bloggern erwächst eine enge Vernetzung. Überall in der Blogosphäre gibt es Communities (Gemeinschaften), die durch Themenähnlichkeit oder ähnlichen Interessen bestimmt werden. In diesem dynamischen Informationsgebilde wird die Trennung zwischen Sender und Empfänger aufgehoben, bzw. immer wieder umgekehrt, da Blogger auf Einträge anderer Blogger reagieren. Dadurch entstehen umfassende Debatten.

Gegen die zahlreichen „Weltnetz-Seiten“ der Rechtsextremisten hat sich in den vergangenen Monaten und Jahren ein breites Angebot von Projekten etabliert: Mut gegen rechte Gewalt, redok, Endstation Rechts, Störungsmelder, blick nach rechts, Netz gegen Nazis, NPD-BLOG.INFO und weitere. Diese sind nach journalistischen Standards den Neonazi-Angeboten überlegen. Daher versuchen viele Rechtsextremisten auch die Diskussionen auf diesen Plattformen zu beeinflussen; dabei kommen ihnen die interaktiven Möglichkeiten des Web 2.0 entgegen. So beispielsweise auch auf NPD-BLOG.INFO – hier kann jeder redaktionelle Beitrag kommentiert werden.

2 Einfluss nehmen – außerhalb der rechtsextremen Bewegung

So versuchen Rechtsextremisten fast täglich, sich über das Vehikel eines viel frequentierten Angebots Gehör zu verschaffen – auch und gerade abseits der rechtsextremen Kreise. Da NPD-BLOG.INFO über Aktivitäten sowie Strategien von Rechtsextremisten berichtet und aufklären will, aber nicht zur Plattform derselben werden möchte, müssen sämtliche Kommentare vor einer Veröffentlichung geprüft werden.

Was ist das Web 2.0?

Die Bezeichnung „Web 2.0“ stammt aus der Entwicklung von Software. Korrekturen und kleinere Neuerungen werden in Zehntelschritten angegeben, also Version 1.1, 1.2 usw. Der Sprung auf eine volle Zahl vor dem Komma vermittelt hingegen: Hier gibt es eine komplett überarbeitete Version. Dieses soll mit dem Begriff Web 2.0 suggeriert werden. Doch es ist höchst umstritten, inwie-

weit dies wirklich zutrifft. So sind die grundlegenden Instrumente des Web 2.0 schon lange bekannt.

Dies zeigt: Der Begriff bezieht sich weniger auf technologische Innovationen, sondern es geht um eine veränderte Nutzung und Gestaltung des Internets. Hier spielen Blogs mit der Umkehr der Sender-Empfänger-Richtung eine entscheidende Rolle. Weitere Elemente sind Wikis, Foto- und Videoportale (z.B. Flickr, YouTube), soziale Online-Netzwerke wie MySpace, facebook und studiVZ, Social-Bookmarking-Portale wie del.icio.us sowie Tauschbörsen.

2.1 Relativierung von rechtsextremer Gewalt

„Ich erinnere hier an Sebnitz und an Potsdam. In Sebnitz sollten angeblich 50 Neonazis einen kleinen Ausländer ertränkt haben. Später stellte sich heraus, dass die Geschichte von vorn bis hinten erstunken und erlogen wurde. In Potsdam wurde angeblich ein friedlicher Afrogermane von Rechtsradikalen fast zu Tode geprügelt. Später stellte sich heraus, dass der Prügelner von Potsdam wegen Pöbeleien aus einer Diskothek geflogen ist und auf der Straße Deutsche mit den Worten „Schweinesau!“ (ist übrigens doppelt gemoppelt, was dem Prügelner natürlich nicht aufgefallen ist) beleidigt und nach diese getreten hat.“ („Frank Graf“ im April 2008 beim Störungsmelder)

Veröffentlicht man einen Artikel über die alltägliche rechtsextreme Gewalt, führen die Neonazis in fast pawlowscher Manier den Fall Sebnitz an. Die sächsische Gemeinde geriet im Jahr 2000 auf das Titelblatt der „Bild“-Zeitung, weil Neonazis in einem Schwimmbad angeblich einen Jungen ertränkt hatten. Neuerdings verweisen Rechtsextremisten immer wieder auf einen Fall im ebenfalls sächsischen Mittweida, wo fünf Neonazis angeblich einer Jugendlichen ein Hakenkreuz in die Haut geritzt hatten. Das Ziel der Neonazis ist klar: Die Berichterstattung über prügelnde Nazis und Rassisten soll unglaublich gemacht werden, als Propaganda eines „antideutschen“ oder auch „volksfeindlichen Medienkartells“ umgedeutet werden. Dass es jährlich hunderte Opfer von rassistischer und rechtsextremer Gewalt in Deutschland gibt, die in den Medien kaum Erwähnung finden, wird komplett ausgeblendet. Jeder Bericht über rechte Straftaten ist für die Rechtsextremisten ein Bericht zu viel. Tatsächlich ist es selbstverständlich dringend geboten, auch und gerade bei rechtsextremen Angriffen journalistisch sauber und fundiert zu berichten. Nicht umsonst können sich die Neonazis im Fall Sebnitz bei der Zeitung mit den vier großen Buchstaben bedanken, für die Recherche offenbar eher Meinungsschwäche bedeutet. Mit unsauberen Berichten über angeblich rechtsextreme oder rassistische Straftaten, die sich später als anders motiviert darstellen, spielt man den Neonazis in die Hände. Dies tun Journalisten übrigens auch ungewollt, wenn sie bei der Berichterstattung nicht auf die treffende Benennung von Tätern und Opfern achten. So beispielsweise, wenn ein Angriff auf einen schwarzen Deutschen nicht als rassistisch, sondern als ausländerfeindlich eingeordnet wird. Dies impliziert, Schwarze könnten keine Deutschen sein.

NPD-BLOG.INFO – bloggt hier die NPD?

Vorbild für den Namen NPD-BLOG.INFO war das Bildblog, welches kritisch die Berichterstattung des gleichnamigen Boulevardblatts begleitet und Fehler aufdeckt. Dieses Konzept erschien auch für das NPD-BLOG geeignet – eine kontinuierliche Beobachtung sowie Meldungen und Ereignisse nachprüfen und einordnen.

Dennoch führte der Namen mehrmals zu Irritationen, da die Seite für ein Projekt der NPD gehalten wurde. Allerdings würden die Rechtsextremisten nie ein „Blog“ starten – dies verbietet ihnen ihre krampfhaftige Ablehnung von Anglizismen. Daher hatte NPD-BLOG.INFO auch gewitzelt, dass es womöglich bald ein NPD-Weltnetztagbuch geben könnte. Und tatsächlich: Die NPD betreibt seit 2007 ein „Netztagbuch“.

Allerdings wird dieses unregelmäßig aktualisiert und beschränkt sich zumeist auf die Wiedergabe von Pressemeldungen der Partei. Die selbst verfassten Artikel sind selbst für rechtsextreme Maßstäbe inhaltlich, stilistisch und auch orthografisch unterdurchschnittlich. Die NPD hat ihren zahlreichen Internet-Seiten zwar ein modernes Design verpasst, dass auch bürgerliche Kreise ansprechen soll, allerdings wirken die Seiten zumeist sehr statisch, die Inhalte sind in Funktionsdeutsch gehalten und Interaktion ist kaum möglich. Beispielsweise wird als Aufmacher der NPD-Startseite immer wieder ein Text von Jürgen Gansel (NPD-Landtagsabgeordneter in Sachsen) angeboten. Dieser befasst sich mit dem Projekt einer „Dresdner Schule“ und stammt aus dem Jahr 2005.

Auch aus diesem Grund haben andere neonazistische Seiten, die nicht von der NPD betrieben werden, weit mehr Einfluss in der rechtsextremen Bewegung. Die NPD muss sich auch immer wieder Kritik wegen ihres Internet-Auftritts gefallen lassen. Bei der vollmundig verkündeten Medienoffensive mit einem eigenen Internet-TV-Kanal blieb es wie so oft bei der Ankündigung. Auch beim NPD-Bundesparteitag 2008 in Bamberg wurden die Auftritte im Internet von der Parteibasis kritisiert.

Die Parteizeitung „Deutsche Stimme“ verfügt mittlerweile über einen professionellen und regelmäßig aktualisierten Auftritt im WWW. Auch in Sachsen bieten NPD-Kreisverbände mittlerweile attraktive Internet-Seiten an.

Die Relativierung von Gewalt, oft mit Hilfe des Beispiels Sebnitz, ist eines der wichtigsten Aktionsfelder der Rechtsextremisten im Internet. Doch zu fast jeder anderen Diskussion melden sie sich zu Wort und brechen ihre Ideologie auf das jeweilige Thema herunter. Ein beliebtes Vorgehen bei dieser „Wortergreifungsstrategie 2.0“: Rechtsextremisten stellen beliebige Behauptungen zum Zustand der Gesellschaft beziehungsweise des politischen Systems auf, belegen diese aber überhaupt nicht. Weisen andere Kommentatoren darauf hin, dass die Gedankenkonstrukte vollkommen haltlos sind, packen Rechtsextremisten ihre Lieblingsschimpfwörter aus: Als „Linksfaschisten“, „Systemlinge“, „Anarchokapitalisten“ und ähnliches werden andere Kommentatoren dann attackiert:

„Typische Rabulistik, genährt aus Zwiedenken! Eine Weltsicht aus KLETT und BILD! Unfähig ganzheitlich zu denken und auf intellektuelle Eitelkeit bedacht. Somit demokratisch erzeugter Narzißmus, der sich gerne im eigenen Wohlstandsspiegel betrachtet, Hauptsache der Tank ist voll und das Weib geil! Mit dieser Weltsicht ist der Aufprall auf die Wirklichkeit garantiert-da hilft auch kein linksneurotischer AIRBAG!! Solche Kreaturen haben garantiert keine Schwielen von eigener Arbeit an den Händen. Sind Erzeugnisse von soziologischen Gebräu à la Habermas, Adorno, etc. Geschichtlich dereinst nicht mal eine Fußnote, da nicht bereit um die eigene Vervollkommnung zu kämpfen, dem destruktiven Zeitgeist zu entkommen! ‚Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben‘ wohl treffendes Zitat von M. Gorbatschow (hoffentlich richtig geschrieben)! Dieser ganz ‚Wohlstandsmüll‘ wird sich ausequibrillieren (nach Piaget) und als Geistesblase platzen, wie Imo-Blase bei dem Zinsverbrechern (Banker) – versprochen!! MdG“ („Wotan666“ im April 2008 auf, NPD-BLOG.INFO)

Ein Feuerwerk der Plattitüden wird abgefeuert, ein brauner Brei verschüttet, der alles zu deckt – aber nur knöcheltief. Genau so funktioniert auch die Propaganda der NPD. Ob Innen-, Außen- Wirtschaftspolitik – zu fast jedem Themengebiet haben die Rechtsextre-

misten eine Meinung, oder treffender formuliert: Standardfloskeln, zu bieten. Doch geht es um konkrete Inhalte, versagen sie fast immer. Diese Unfähigkeit zur sachlichen Auseinandersetzung beginnt in Internet-Foren und endet beim Agieren der NPD-Abgeordneten in Kommunalparlamenten. Zahlreiche Berichte und mehrere Studien belegen die Inkompetenz der rechtsextremen Parlamentarier. In den Landtagsfraktionen in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern konzentriert die NPD hingegen ihre fähigen Kader, so dass dort zumindest ansatzweise versucht wird, auch Sachpolitik zu betreiben – allerdings fast nur, wenn damit öffentlichkeitswirksame Effekte erreicht werden könnten, besonders die Sozial- und Umweltpolitik erscheint den Rechtsextremisten für dieses Ziel geeignet. Zumeist erschöpfen sich die Reden und Pressemeldungen der NPD-Landtagsabgeordneten aber im Lamentieren über Benachteiligungen oder eine angebliche – so wörtlich – „Pogromstimmung“ gegen die NPD.

2.2 Verschwörungstheorien: „Nicht so aus der Luft gegriffen“

NPD und andere Rechtsextremisten stellen sich also auch im Internet grundsätzlich gerne als Opfer dar. Ob von Antifa, Staat, ausländischen Mächten, Juden, internationalem Kapital, Medien oder Polizei – sie fühlen sich fast immer diffamiert, benachteiligt und gegängelt. Neben Minderwertigkeitskomplexen und dem ausgeprägten Hang, komplexe gesellschaftliche und politische Prozesse durch einfache Verschwörungstheorien zu erklären, zeigt sich dadurch auch die neurechte Ideologie, welche einen ständigen Kampf gegen innere und äußere Feinde propagiert. Weiterhin sollen durch den Hinweis auf angebliche Aggressionen von außen die immensen eigenen Aggressionen legitimiert werden.

Die Ideologie der Neuen Rechten wird durch ein ausgeprägtes Freund-Feind-Denken gekennzeichnet. Es wird die Homogenität des Kollektivs angestrebt, dafür ist ein starker Staat statt Demokratie und Pluralismus notwendig. Statt universaler Menschenrechte wird ein Ethnopluralismus propagiert. Neben dem Kampf an der äußeren und der inneren Front gibt es auch noch die „natürliche Front“. Rechtsextremisten fabulieren oft von einer natürlich Ordnung, Ursprünglichkeit, die nicht verunreinigt werden dürfte. Was sich historisch dahinter verbergen soll, bleibt stets unklar.

Die NPD-Schlappen bei den Landtagswahlen in Niedersachsen und Hessen erklärten Rechtsextremisten auf NPD-BLOG.INFO unter anderem mit angeblichem Wahlbetrug. Indizien oder sogar Beweise sucht man allerdings vergeblich.

„Also das Thema Wahlbetrug ist so aus der Luft gegriffen nicht. Sicher gibt es keine Anweisung von ‚oben‘ aber es gibt leider viele linke Wahlhelfer, die sich durch den beschworenen Aufstand der ‚Anständigen‘ ermutigt fühlen die ein oder andere Stimme für unliebsame politische Gegner verschwinden zu lassen. Im Osten sind das meistens ehem. SED- und STASI-Leute und im Westen alt 68iger. Die haben ja auch lange Weile als Rentner und haben genug Zeit den Sonntag im Wahllokal zu verbringen.“ („Björn“ im Januar 2008 auf NPD-BLOG.INFO)

Außerdem werden durch den Hinweis auf die angebliche „Pogromstimmung“ gegen NPD und „Nationale“ auch rechtsextreme und rassistische Gewalttaten erklärt, relativiert und schließlich zur Selbstverteidigung umgedeutet.

„Nachdem sie [,die‘ Antifa, PG] erstmal tagelang von Medien und Zivilgesellschaft den moralischen Rückhalt für ihre Gewalttaten bekommen haben. Denn es wirft sich doch gleich viel leichter Steine auf Menschen, wenn man ständig gesagt bekommt das die ‚Rechten‘ alles Verbrecher und Kriminelle sind. Und überhaupt wollen die alle Menschen töten die nicht blauäugig und Blond sind.“ („Björn“ im April 2008 auf NPD-BLOG.INFO)

Immer wieder reagieren Rechtsextremisten auf Berichte von NPD-BLOG.INFO über rechtsextreme Straftaten mit der Behauptung, diese seien inszeniert worden, um die vermeintlich moralisch integere Bewegung zu schwächen:

„Mich würde auch mal interessieren wieviele junge, naive Menschen schon von Staatsschützern und V-Männern zu Straftaten aufgestachelt wurden. Vielleicht sollte man den Verfassungsschutzbericht mal in Links-, Rechts- und V-Mann-Straftaten aufschlüsseln.“ (Björn im September 2007 auf NPD-BLOG.INFO)

Oder:

„Leute die andere mit Pflastersteinen bewerfen, Schulungszentren anzünden wo Menschen drin schlafen, oder feige auf offener Straße mit 20 auf einen eintreten sind für mich Gewohnheitsverbrecher. Deswegen passen unsere Aussteiger gut zu den Linken. Und kommt jetzt nicht mit: ‚Ihr zündet doch auch Asylantenheime an und so.‘ Fast ausnahmslos sind solche Typen danach ‚ausgestiegen‘. Und das ist auch gut so. Bleibt nur die Frage wie können wir verhindern, dass solche Gestalten gleich auf die Seite wechseln, die zu ihnen passt und nicht erst zu uns kommen um nach medienwirksamen Gewalttaten auszusteigen.“ („FreedomofSpeech“ im April 2008 auf NPD-BLOG.INFO)

2.3 „Inländerfeindlichkeit“

Rechtsextremisten führen in Kommentaren auf NPD-BLOG.INFO immer wieder Straftaten von Migranten an, besonders angeblich politische Straftaten (Stichwort: Deutsche als Opfer, „Inländerfeindlichkeit“). Damit soll ebenfalls rechtsextreme Gewalt relativiert, legitimiert und vom eigentlichen Thema abgelenkt werden. Auch die enge Verstrickung von NPD und Neonazi-Schlägern leugnen die Rechtsextremisten in Foren – auch hier werden Vergleiche gesucht, die wenig überzeugen:

„Die Zahl krimineller CDU, SPD, FDP, Grünen und Linken ‚Abhänger‘ dürfte wahrscheinlich erheblich über der Anzahl krimineller NPD Anhänger liegen. Übrigens, woran erkennt man eigentlich NPD Anhänger??Vielleicht waren die Schläger einfach asoziale, gestrandete arme Existenzen.“ („???“ im November 2007 auf NPD-BLOG.INFO)

Nach dieser „Argumentation“ waren die Gewalttäter gar keine Rechtsextremisten, sondern einfach nur Kriminelle. Zwar ist es durchaus angebracht, bei Analysen zwischen den unterschiedlichen Akteuren in der rechtsextremen Bewegung zu differenzieren – doch grenzt sich die NPD keineswegs gegen militante Neonazis ab, höchstens aus strategischen Gründen bei öffentlichen Auftritten. Eine personelle Überschneidung zwischen rechten Schlägern und politischen Soldaten scheinen die Kommentatoren grundsätzlich auszuschließen.

Dieses Mittel wird oft und gerne eingesetzt – so auch nach dem Halbfinale Deutschland gegen Türkei bei der Europameisterschaft 2008, als unter anderem in Dresden rechtsextreme Hooligans Döner-Läden angriffen:

„Mein persönliches Fußball-Interesse ist schon in den 80zigern in die virtuelle Welt emigriert, angesichts des Niveaus der Haßgesänge bei BFC – Dynamo Dresden. Das Niveau von Gruppen scheint sich doch immer an den Dümmden ihrer Mitglieder zu orientieren. Fußball-Blödsinn und Fußball-Gewalt haben nichts mit irgendwelchen politischen oder weltanschaulichen Sachen zu tun, als dass sie diese instrumentalisieren, um ihrer reinen ‚Lebenslust‘ ein Mäntelchen umhängen zu können.“ („Steve“, NPD-BLOG.INFO im Juni 2008)

Allerdings rekrutieren rechtsextreme Organisationen wie die NPD genau aus solchen vermeintlich unpolitischen Hooligan-Kreisen gerne ihre Ordner.

2.4 *Die unverstandenen Helden*

An den aufgeführten Kommentaren wird ein wichtiger Aspekt des ultrarechten Selbstverständnisses und der eigenen Wahrnehmung deutlich: Die Rechtsextremisten sehen sich als idealistische Aktivisten und Kämpfer. Dass Destruktivität und Gewalt aus niederen Motiven zu der rechtsextremen Ideologie untrennbar dazugehört, wollen sie nicht wahrhaben. Nicht zu leugnende Taten werden daher als legitimes politisches Mittel einer vermeintlichen Freiheitsbewegung umdefiniert. Viele Rechtsextremisten fühlen sich tatsächlich als nationalrevolutionäre Helden, das Volk sei nur zu bequem oder auch indoktriniert, um dies zu erkennen. Kein historischer Vergleich erscheint zu absurd, der Größenwahn ist grenzenlos:

„Ohne eine Einzelfallkritik zu betreiben – Vorstrafen wegen politischer Delikte, Widerstand oder vollständiger Nutzung des Freiheitsrahmens, den das Grundgesetz für die Bundesrepublik in Deutschland oder das Völkerrecht vorgeben, können kaum als ehrenrührig angesehen werden. Sie sind ganz normale Narben, die man sich im Kampf holt. Wer würde Fidel Castro vorwerfen, dass er unter Batista im Gefängnis saß?“ („Steve“ im Juni 2008 auf NPD-BLOG.INFO)

Wie geschmacklos Rechtsextremisten dabei vorgehen, zeigt ein Fall aus Nordrhein-Westfalen aus dem Jahr 2008. Dort wurde der 17-jährige Kevin von einem anderen Jugendlichen getötet. Die Neonazis jubilierten, denn sie glaubten nun endlich einen Märtyrer gefunden zu haben, weil der Täter Migrant und das Opfer mit einem Freund unterwegs war, der bei der NPD organisiert war. Doch obwohl Polizei, Eltern und Freunde des Getöteten immer wieder betonten, Kevin habe nichts mit rechtsextremen Organisationen zu tun gehabt, und es habe bei der Tat keinen politischen Hintergrund gegeben – es ging bei dem tödlichen Streit um eine Freundin – ließen die Rechtsextremisten nicht locker, verstiegen sich zu immer neuen Theorien. Die Eltern des Getöteten forderten öffentlich, das Andenken ihres Kindes nicht weiter zu missbrauchen. Bei NPD-BLOG.INFO meldeten sich daraufhin Kommentatoren zu Wort, die den Eltern erklären wollten, wie ihr Sohn aus ihrer Sicht wirklich dachte:

„Vielleicht sollte ihnen [den Eltern des getöteten Jugendlichen, den NPD und Neonazis zum Märtyrer instrumentalisieren wollten, PG] mal jemand erklären, dass man als Rechter eine große Portion Mut und Idealismus und natürlich auch Gerechtigkeitssinn haben muss. Und natürlich

das man die guten Idealisten, welche eine gerechtere Welt für alle wollen, wie es ja scheinbar auch Kevin war, und prügelnde, möchtegernrechte Bahnhofsglatzen aus dem Fernsehen nicht verwechseln darf.“ („Björn“ im April 2008 auf NPD-BLOG.INFO)

Warum sowohl „mutige Idealisten“ als auch Nazi-Schläger in einer Partei organisiert sind, bzw. eng kooperieren? Auf solche Nachfragen, im Blog gestellt, geben die Rechtsextremisten keine Antwort. Stattdessen werden weitere Opfermythen verbreitet:

„Opfer werden in der BRD in unterschiedliche Kästen eingeteilt. Juden sind in der obersten Kaste und kleinste Vorfälle werden endlos wiederholt. Ausländer kommen gleich danach. Deutsche (und noch schlimmer Nationale) haben gefälligst ohne mediale Wahrnehmung still und heimlich verschart zu werden. Diese Scheinmoral und dieser Rassismus gegen Deutsche und die Benachteiligung politisch Andersdenkender hat mich zum Nationaldemokraten werden lassen. Machen Sie ruhig weiter so und wir werden immer mehr.“ („Frank Graf“ im März 2008 auf NPD-BLOG.INFO)

2.5 *Verhöhnung von NS-Opfern als Meinungsfreiheit?*

Die Umkehrung von Tätern und Opfern geht noch weiter. Denn die meisten Rechtsextremisten beklagen sich immer wieder, es gebe keine Meinungsfreiheit in der Bundesrepublik Deutschland – weil das Leugnen des Holocausts und somit das Verhöhnern der Opfer und den Überlebenden nicht erlaubt ist – oder weil NS-Symbole verboten sind. Auch die Aufstachelung zum Hass gegen bestimmte Personengruppen und Beleidigungen sollten nach Meinung rechtsextremer Kommentatoren zugelassen werden. Diese Mittel sind für die Rechtsextremisten dringend nötig, um die Täter-Opfer-Umkehr voranzutreiben und um die eigene Feindseligkeit zu legitimieren. Dementsprechend tritt auch die NPD für diese Forderung öffentlich ein. Zudem treiben die Neonazis die Täter-Opfer-Umkehr weiter auf die Spitze, sprechen mittlerweile im Zusammenhang mit den Angriffen auf Dresden von einer „Bomben-Holocaust-Leugnung“.

§ Volksverhetzung

(1) Wer in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, zum Hass gegen Teile der Bevölkerung aufstachelt oder zu Gewalt- oder Willkürmaßnahmen gegen sie auffordert oder die Menschenwürde anderer dadurch angreift, dass er Teile der Bevölkerung beschimpft, böswillig verächtlich macht oder verleumdet, wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.

(2) Mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer
1. Schriften (§ 11 Abs. 3), die zum Hass gegen Teile der Bevölkerung oder gegen eine nationale, rassische, religiöse oder durch ihr Volkstum bestimmte Gruppe aufstacheln, zu Gewalt- oder Willkürmaßnahmen gegen sie auffordern oder die Menschenwürde anderer dadurch angreifen, dass Teile der Bevölkerung oder eine vorbezeichnete Gruppe beschimpft, böswillig verächtlich gemacht oder verleumdet werden,

a) verbreitet,

b) öffentlich ausstellt, anschlägt, vorführt oder sonst zugänglich macht,

c) einer Person unter achtzehn Jahren anbietet, überlässt oder zugänglich macht oder

d) herstellt, bezieht, liefert, vorrätig hält, anbietet, ankündigt, anpreist, einzuführen oder auszuführen unternimmt, um sie oder aus ihnen gewonnene Stücke im Sinne der Buchstaben a bis c zu verwenden oder einem anderen eine solche Verwendung zu ermöglichen, oder

2. eine Darbietung des in Nummer 1 bezeichneten Inhalts durch Rundfunk, Medien- oder Tele-dienste verbreitet.

(3) Mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer eine unter der Herrschaft des Nationalsozialismus begangene Handlung der in § 6 Abs. 1 des Völkerstrafgesetzbuches bezeichneten Art in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, öffentlich oder in einer Versammlung billigt, leugnet oder verharmlost.

(4) Mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer öffentlich oder in einer Versammlung den öffentlichen Frieden in einer die Würde der Opfer verletzenden Weise dadurch stört, dass er die nationalsozialistische Gewalt- und Willkürherrschaft billigt, verherrlicht oder rechtfertigt.

(5) Absatz 2 gilt auch für Schriften (§ 11 Abs. 3) des in den Absätzen 3 und 4 bezeichneten Inhalts.

(6) In den Fällen des Absatzes 2, auch in Verbindung mit Absatz 5, und in den Fällen der Absätze 3 und 4 gilt § 86 Abs. 3 entsprechend.

Gleichzeitig droht die rechtsextreme Partei übrigens immer wieder mit Anzeigen, wenn sie wegen der zahlreichen vorbestraften Mitglieder als „Ansammlung von Kriminellen“ oder ähnliches bezeichnet wird. Auch militantes Vorgehen gegen Journalisten wird gerechtfertigt. Gleichzeitig gerieren sich viele Rechtsextremisten als unerschrockene Vorkämpfer für Meinungsfreiheit sowie vermeintlich „unbequeme Wahrheiten“:

„Immerhin handelt es sich bei den allermeisten ‚Straftaten‘ von NPD-Leuten um Delikte die in den meisten Ländern der Welt ganz selbstverständlich zum politischen Diskurs gehören und natürlich nicht verboten sind.“ („Walther Weber“ im April 2008 auf NPD-BLOG.INFO)

Dass in den „meisten Ländern“ das Leugnen einer historischen Tatsache nicht „selbstverständlich zum politischen Diskurs“ gehört, dürfte klar sein. Auch der Kommentator „NPD KV Unna/Hamm“ scheut keinen noch zu abwegigen Vergleich, was die historische Dimension der politischen Aktivitäten angeht:

„Galilei wollte man wegen einer abweichenden Meinung seiner Zeit noch verbrennen. Insofern ist das Urteil [wegen Volksverhetzung, PG] natürlich schon ein Fortschritt.“ („NPD KV Unna/Hamm“ im September 2007 auf NPD-BLOG.INFO)

2.6 Rechtsextreme Missionare

Rechtsextremisten haben also wie gezeigt ein hohes Interesse, die Debatten bei NPD-BLOG.INFO, beim Störungsmelder oder anderen Projekten zu beeinflussen, zu sabotieren oder die dargelegten und mit Quellen belegten Sachverhalte umzudeuten. Dies liegt unter anderem auch daran, dass die Inhalte und Diskussionen auf den meisten Neonazi-Seiten qualitativ sehr schwach sind. Weiterhin wollen viele Rechtsextremisten ihre Ideen und Ansichten wie Missionare verbreiten. Da ihre Ideologie ohnehin weitgehend ohne gesicherte Fakten auskommen muss, erweisen sich Rechtsextremisten in Diskussionen immun gegen Argumente. Nimmt sich ein anderer Kommentator die Zeit und widerlegt die aufgeführten Behauptungen und Gedankenkonstrukte, reagieren die rechten Kommentatoren entweder gar nicht – oder höchst aggressiv. Eine Auseinandersetzung erscheint von daher aussichtslos – vor allem, da es schnell zu persönlichen Beleidigungen und Drohungen kommt.

„Nun mal nicht so mimosenhaft sein, liebe linke Presseschmierer! Wer austellt muss auch einstecken können! Ihr glaubt doch tatsächlich, dass wir Rechten Freiwild sind, auf das man beliebig eindreschen kann. Dem ist nicht so und das werdet ihr noch häufiger zu spüren bekommen. In Anlehnung an die gute alte 68er Maxime werden wir nämlich kaputt machen, was uns kaputt macht. Und da sind die verlogenen Wordverdrehler der Schweinepresse in vorderster Frontlinie. Ihr solltet mal nicht so viel kiffen und fressen...dann klappt es auch mit dem Weglaufen“ („Einerherjer“ im Mai 2008 auf NPD-BLOG.INFO)

Da wie gezeigt keine stichhaltigen Argumente von Rechtsextremisten angeführt werden (können), ist der Weg zu Drohungen und Gewaltfantasien also nur sehr kurz. Nach dem Aufmarsch von Neonazis am 1. Mai 2008 in Hamburg ließ der Cyber-Mob seinem Hass gegen Journalisten freien Lauf. Da es zu offenen Gewaltaufrufen gegen namentlich genannte Personen kam, leitete die Staatsanwaltschaft Hamburg Ermittlungen ein. Auf Neonazi-Seiten gehören Drohungen gegen Journalisten und politische Gegner ohnehin zum guten Ton.

2.7 *Wie umgehen mit rechtsextremen Kommentaren?*

Wie also umgehen mit rechtsextremen Kommentaren auf NPD-NLOG.INFO und anderen Seiten, die sich der Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten widmen? Einfach freien Lauf lassen, weil sie sich schon selbst bloßstellen? Alles löschen? Um diese Fragen beantworten zu können, müssen die eigenen Ziele formuliert werden. Wer ist überhaupt Adressat des Blogs? Bei der Zielgruppe von NPD-BLOG.INFO handelt es sich eindeutig nicht um Rechtsextremisten, die überzeugt werden sollen, sondern um engagierte Bürger, Lehrer, Journalisten oder auch Personen, die sich einfach für das Thema Rechtsextremismus interessieren. NPD-BLOG.INFO will aktuell, kontinuierlich und hintergründig berichten und einordnen. Auch Fehltritte von etablierten Medien werden thematisiert, ohne eine generelle Kollegenschelte zu betreiben. Denn nicht jeder Journalist beschäftigt sich ausführlich mit der NPD. Besonders im Nachrichtengeschäft kommt noch ein erheblicher Zeitdruck hinzu. Aus diesem Selbstverständnis ergibt sich, wie bei NPD-BLOG.INFO mit Kommentaren von ganz rechts umgegangen wird. Diese werden gelöscht, wenn sie persönlich beleidigend sind, auch rassistische, antisemitische oder homophobe Inhalte werden nicht toleriert. Rechtsextremisten schreien dann „Zensur!“.

So können nur Gutmenschen schreiben... Schon allein, dass man hier Beiträge löscht, die nicht in den Kram passen ist schon Diktatur. („Madeleine“ im März 2008 beim Störungsmelder)

Besonders der bereits erwähnte „NPD KV Unna/Hamm“ meldet sich bei NPD-BLOG.INFO immer wieder zu Wort, auch dieser Schreiber, vermutlich handelt es sich um Hans Jochen V. von der NPD, spielt immer wieder als Opfer von Zensur auf. Ein Blick auf das Gästebuch auf der Internet-Seite des Kreisverbandes ist in diesem Zusammenhang sehr aufschlussreich. Dort heißt es:

Die Einträge werden vor ihrer Veröffentlichung geprüft. Beleidigungen, sinnlose Beiträge und Werbung für Nicht-Nationale Seiten werden nicht freigegeben. Die Einträge entsprechen nicht unbedingt der Meinung des NPD Kreisverbandes Unna!

Im Forum der Bundes-NPD herrschen übrigens noch weit strengere – und vor allem willkürlichere – Regeln. Dies zeigt: Die Rechtsextremisten wissen selbst sehr genau, dass Forums-Regeln notwendig sind, sie selbst wenden diese äußerst rigide an (Ausnahme: Altermedia). Viele NPD-Funktionäre verstehen wahrscheinlich auch durchaus, dass sie wegen ihrer menschenverachtenden Ansichten von Debatten ausgeschlossen werden, beziehungsweise sich dadurch selbst ausgrenzen. Daher versuchen sie ihre Propaganda als normale Position eines Menschen mit „gesunden Menschenverstand“ gegen vermeintliche „Denkverbote“ darzustellen.

Diese Vorgehensweise ist auf der Seite Störungsmelder, der von der Wochenzeitung „Die Zeit“ initiiert wurde, immer wieder zu beobachten. Nach dem Erscheinen eines Artikels melden sich schnell mehrere Kommentatoren zu Wort, die zunächst alle Aussagen des Beitrags generell in Zweifel ziehen, allerdings ohne Fakten für ihre Behauptungen anzuführen. Zudem wird wie bereits dargelegt vom eigentlichen Thema abgelenkt. Sprechen andere Kommentatoren diese Strategie im weiteren Verlauf an, stellen sich die Rechten als kritische Köpfe dar, die eben alles hinterfragten. Wird weiter gebohrt und nach Fakten und konkreten Informationen gebeten, reagieren die Rechten mit persönlichen Angriffen. Durch diese Strategie konnten rechte Kommentatoren auf dem Störungsmelder zahlreiche Debatten abwürgen oder sabotieren. Selbst wenn ein Kommentator bereits mehrmals gegen die Blog-Regeln verstoßen hatte, wurden sie nicht gesperrt. Hatte ein rechter Kommentator endgültig überzogen oder wurde komplett bloßgestellt, schrieb er einfach unter anderem Namen weiter, wie die IP-Adressen zeigen.

Trotz dieser offensichtlichen Strategie: Auch bei NPD-BLOG.INFO werden einige Kommentare von Rechtsextremisten frei geschaltet – zu Dokumentationszwecken. Es sind Zeugnisse der rechtsextremen Ideologie, die in dem jeweiligen Kontext interessante Einblicke erlauben, und die aktuellen Entwicklungen bei der „Wortergreifungsstrategie“ aufzeigen. Und aus diesem Vorgehen im Internet lassen sich auch hilfreiche Rückschlüsse auf die „Wortergreifungsstrategien“ in der realen Welt ziehen. Die vorgetragenen Behauptungen und Argumentationsmuster erscheinen oft identisch.

2.8 Die NPD und NPD-BLOG.INFO

Genau wie bei anderen rechtsextremen Akteuren wird auch bei der NPD registriert, was bei NPD-BLOG.INFO berichtet wird. Im Juli 2007 gab die NPD erstmals eine Pressemitteilung heraus, die sich auf einen Bericht von NPD-BLOG.INFO bezog. Dabei ging es um Äußerungen des damaligen Vorsitzenden der NPD in Hessen, Marcel Wöll, die sich mit dem Einsatz von Gewalt als politisches Mittel in bestimmten Situationen beschäftigten.

Abb. Internetquelle: NPD-Homepage „Marcel Wöll weist Militanz-Vorwurf als haltlos zurück“



Diese Presseerklärung thematisierte wiederum NPD-BLOG.INFO am 17. Juli 2008:

Hessens NPD-Chef Marcel Wöll hat die Dokumentation seines Beitrags zu den Vorfällen auf einer Neonazi-Demonstration am 07. Juli 2007 in Frankfurt am Main als ‘Taschenspielertricks interessierter Kreise’ bezeichnet. Laut einer Pressemitteilung der NPD-Hessen – veröffentlicht auf den Seiten der NPD-Bundespartei – sagte Wöll: „Hier wird von offensichtlich interessierter Seite mit Taschenspielertricks versucht, gegen meine Person und damit gegen die nationale Opposition Stimmung zu machen. Zu diesem Zweck werden eindeutig gewaltkritische Stellungnahmen dadurch zu gewaltbefürwortenden Stellungnahmen gemacht, indem man diese in einzelnen aus dem Zusammenhang gerissenen Passagen zitiert und als Beweis für eine angeblich militante Einstellung meiner Person anführt.“

Im Folgenden dokumentiert NPD-BLOG.INFO noch einmal die Ausführungen von Wöll, damit jeder selbst beurteilen kann, ob es sich um eine „eindeutig gewaltkritische“ Stellungnahme handelt, so wie Wöll es behauptet (Hervorhebungen von NPD-BLOG.INFO):

„Der Sinn eines einheitlich gekleideten Blocks sollte es sein, bei eventuell begangenen Ordnungswidrigkeiten oder auch Straftaten die Feststellung der Personalien zu erschweren, hier sind wir uns einig. Das macht Sinn. Der Sinn von militantem Vorgehen sollte es sein, seine Rechte durchzusetzen wenn man sie beschnitten bekommt, darin sollten wir uns auch einig sein.

Was für einen Sinn macht es aber, sich völlig *grundlos* mit der Polizei anzulegen, obwohl diese am 07.07.07 (anders als bei anderen Demos) überhaupt keine Probleme gemacht hat? Nicht einmal musste unser Zug halten, weil es hieß: „Wir können nicht räumen“ oder „Es wäre nicht verhältnismäßig zu räumen“ etc. Die Polizei hielt sich (und das ist für Hessen schon fast ein Wunder) an diesem Tag an die Verfügung des Gerichts und räumte die Gleise von demonstrierenden Zecken, mehr kann man in diesem System wohl kaum erwarten.

Das einzige Problem an diesem Tag war die Verhaftung von 2 Kameraden (nicht aus besagtem Block), denen man vorwarf, sie hätten Steine aufgehoben. Nach einem kurzen Sitzstreik und der Ankündigung, dass man Frankfurt nur mit diesen Kameraden verlassen werde, wurden auch diese wieder freigelassen.

Fakt ist, *sinnvoller Widerstand* sieht anders aus. Wenn es Probleme mit der Polizei gibt, diese provoziert, die Marschroute blockiert, schikaniert mit Kontrollen oder ähnlichem kann man **die komplette Palette von Widerstand auffahren**, aber warum sollte man dies tun, wenn es nicht nötig ist? Weil man ein „Event“ will? Vielleicht auch ein bisschen „Spaß“ beim Demonstrieren? Das Verhalten von manchen Kameraden erinnerte mich am Wochenende an jemanden, der mit 3 Meter Anlauf und Sprung versucht, eine offene Tür einzutreten und nicht kapiert, dass er sie dadurch höchstens zuschließt.

Als allerdings die Antifa an einem Streckenabschnitt mit Steinen warf, tat sich besagter Block dann durch gänzliche Dummheit hervor. Anstatt gesittet und normal weiter zu demonstrieren, blieb er stehen, fing an zu hüpfen und Blödsinn zu grölen, so dass Kameraden in den hinteren Blöcken weiter schön in der Steine- und Eierschneise verharren mussten. *Nein, zurückgeworfen wurde nichts, dass hätte ich noch gut verstehen können*, aber sich hinzustellen und zu hüpfen ist wohl das dämlichste, was man tun kann. Die Stein und Eierwürfe waren glücklicherweise nicht sehr heftig...“

Fazit: Nicht ansatzweise kritisiert Wöll im Grundsatz die Militanz seiner Kameraden. Ganz im Gegenteil: Er betont, welche Vorteile ein schwarzer Block bringt, wenn Straftaten begangen wurden und dass militante Aktionen gegen bestimmte Polizeimaßnahmen sinnvoll seien. Falsch beziehungsweise unverständlich war für Wöll der Zeitpunkt der militanten Aktionen und dass Steine nicht zurückgeworfen wurden. Temporäre und lokale Gewaltkritik sozusagen.

Auf diesen Beitrag folgte keine Reaktion der NPD mehr. Auch nach dem bereits erwähnten Neonazi-Aufmarsch in Hamburg am 1. Mai 2008 meldete sich die NPD bei NPD-BLOG.INFO zu Wort. Bei der Demonstration – unterstützt vom Hamburger Landesvorsitz der NPD und deren Jugendverband Junge Nationaldemokraten (JN) – waren Medienvertreter, Gegendemonstranten und Polizisten angegriffen worden. Dies war unter anderem bei NPD-BLOG.INFO thematisiert worden. Nur wenige Stunden nach der Veröffentlichung eines Artikels über die enge Kooperation zwischen NPD und militanten Neonazis schrieb das NPD-Bundesvorstandsmitglied, verantwortlich für das „Amt Recht“, Frank Schwerdt, in einem Kommentar:

„Sehr geehrter Herr Gensing, Sie scheinen unter partiellen Wahrnehmungsstörungen gelitten zu haben. Ich habe auch von der Hamburger Polizei nicht gehört, dass „Rechte“ Autos angesteckt und Busse entglast haben. Die Bilder in den Medien sprechen auch eine deutliche Sprache: Massive Gewalt ist von der linken Seite ausgegangen, aber da sehen Sie und Ihre Freunde in der

Regel weg. [...] zunächst teile ich Ihnen mit, dass ich am 1. Mai nicht in Hamburg sondern in Nürnberg war. Das Geschehen in Hamburg kenne ich nur aus Berichten.

Ich finde es aber immer wieder bemerkenswert, wie Journalisten Ihres Schlages es erfolgreich fertig bringen, Ursache und Wirkung zu vertauschen. Mein Respekt vor soviel Chuzpe.“

Auch hier also das Ziel: von Neonazi-Gewalt ablenken. Da Schwerdt, wie er selbst einräumt, nicht vor Ort war und die Augenzeugenberichte zudem eindeutig waren, blieben auch ihm nur wenig taugliche Mittel: Persönliche Angriffe und der Verweis auf Straftaten von Links. Dass es an dem betreffenden Tag massive Ausschreitungen von Anti-NPD-Demonstranten gegeben hatte, wurde übrigens nie in Abrede gestellt, war aber nicht Gegenstand der Berichterstattung auf NPD-BLOG.INFO, da sich dieses Projekt auf die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus konzentriert. Schwerdt hantierte zudem ebenfalls mit Zensur-Vorwürfen und warf dem Autor vor, durch Kürzungen einer NPD-Stellungnahme deren Sinn entstellt zu haben. Da auf NPD-BLOG.INFO kein Platzmangel oder Zeilenbegrenzung die Berichterstattung einengt, wurden noch einmal die gesamten schriftlichen Beiträge komplett dargestellt. Ein Leser bilanzierte daraufhin in einem Kommentar:

„nicht, dass ich glaube, dass du [gemeint ist der Autor, PG] derartige Bestätigung nötig hast, aber auch nach mehrmaligem lesen kann ich nicht entdecken, welche wesentliche Information aus der Stellungnahme des Herren Amtsleiters [gemeint ist Schwerdt, PG] du unterschlagen haben sollst. vielmehr konstatiere ich, dass zu den skurrilen Vorstellungen, die Mazis von Pressefreiheit und fairer Berichterstattung haben, offenbar die Annahme gehört, sie hätten ein Recht auf vollständige Wiedergabe ihrer Episteln vom ersten bis zum letzten Wort, wenn über sie berichtet wird.“ („Arkadenfeuer“ im Mai 2008 auf NPD-BLOG.INFO)

Auch dieses Selbstverständnis zeigt sich nicht nur im Internet, sondern zieht sich ebenfalls durch die gesamte rechtsextreme Gedankenwelt. So klagte die NPD-Landtagsfraktion in Dresden gegen die „Sächsische Zeitung“. Grund: Das Blatt hatte die Position der Rechtsextremisten in einer Debatte nicht dargestellt. Das Gericht wies die Klage ab.

3 Lernprozesse bei der Berichterstattung

Definitiv hat die verstärkte Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus in den vergangenen Jahren auch bei vielen Journalisten einen Lernprozess ausgelöst. Die gezielten Tabubrüche der NPD-Funktionäre werden zumeist nicht mehr nur skandalisiert, sondern auch als das benannt, was sie sind: Versuche, für Schlagzeilen zu sorgen und der rechtsextremen Basis zu signalisieren: „Wir sind noch da!“ Der NPD gelingt es zunehmend seltener, Medien für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Gleichzeitig wächst die offene Aggressivität gegenüber Journalisten noch weiter – wie im Zusammenhang mit dem 1. Mai 2008 bereits dargelegt. NPD-Generalsekretär Peter Marx beschrieb die Zwickmühle, in der seine Partei und deren Umfeld stecken, im Juli 2008 im NPD-Blatt „Deutsche Stimme“ so:

„Persönlich erachte ich die ständigen Beschimpfungen der Medienvertreter für falsch. Wir sollten uns im Umgang mit Journalisten insgesamt souveräner verhalten. [...] Eine Partei, die in der Bundesversammlung vertreten ist und demnächst im Reichstag sitzt, wird mit den Medien sprechen müssen, um die Öffentlichkeit zu erreichen.“

Einerseits beschwerten sich NPD-Kader immer wieder über ausgiebige „Hetze“ in den Medien gegen die rechtsextreme Partei, dann ist wiederum plötzlich von einem „Medienboykott“ gegenüber der NPD die Rede, so auch bei Marx. Diesen Boykott habe man „durch spektakuläre Aktionen“ bisweilen durchbrechen können, so der NPD-Generalsekretär. Und weiter Marx: „Die Ausreizung aller Möglichkeiten ist bei der feindseligen Ausgrenzung, welche uns in den Landtagen entgegenschlug, überlebenswichtig.“

Hier zeigt sich also, dass die Rechtsextremisten sehr bewusst getreu nach dem Motto „Provokation als Prinzip“ agieren. Vor diesem Hintergrund könnte sich NPD-BLOG.INFO als ein taugliches Instrument erweisen, provokante Äußerungen und Aktivitäten von NPD-Funktionären und anderen Neonazis aufzugreifen, zu thematisieren und diese innerhalb einer hintergründigen Berichterstattung zur Diskussion zu stellen – ohne dass die Gefahr besteht, den Rechtsextremisten werde eine zu große Plattform geboten, ein voröffentlicher Raum sozusagen. Basierend auf den eher kleinteiligen Berichten auf NPD-BLOG.INFO und anderen Projekten lassen sich zudem fundierte Artikel für etablierte Medien erstellen, die einer großen Öffentlichkeit Entwicklungen in der rechtsextremen Bewegung erklären können. Es handelt sich bei NPD-BLOG.INFO also um eine öffentliche Recherchedatenbank, an der Thesen zum Thema schnell mit Beispielen belegt oder überprüft werden können. Im Jahr 2007 wurde NPD-BLOG.INFO für den „Grimme Online Award“ in der Kategorie „Information“ nominiert. In der Begründung hob die Nominierungsjury hervor, dass das Angebot über die Berichterstattung in traditionellen Medien hinausgehe und einen entscheidenden Beitrag zur Auseinandersetzung mit rechtsextremen Strategien und Akteuren leiste. Auch das relativ große Interesse an NPD-BLOG.INFO – mit mehreren tausend Besuchern täglich – legt nahe, dass das Bedürfnis nach hintergründigen Informationen über die NPD sowie die rechtsextreme Bewegung durch die Berichterstattung in großen Medien nicht komplett gestillt wird.

Auszeichnungen für NPD-BLOG.INFO

Nominiert für den Grimme Online Award 2007, Nominiert für den Goldenen Prometheus 2008, Nominiert für den Alternativen Medienpreis 2008, als Mitautor des Störungsmelders Gewinner Grimme Online Award 2008

Literatur

- NPD (2008): Marcel Wöll weist Militanz-Vorwurf als haltlos zurück. In: http://www.npd.de/index.php?sek=0&pfad_id=25&cmsint_id=1&detail=896 (zuletzt abgerufen am 21. Juli 2008).
- Deutsche Stimme (2008): Wir wollen in den Bundestag. Interview mit Peter Marx. In: Deutsche Stimme, 23.06.2008.

Argumentative Handlungsfähigkeit trainieren

Carl Chung und Ann-Sofie Susen

1 Demokratie braucht selbstbewusste Demokraten

Wer sich in dieser Zeit in der Basisgliederung einer demokratischen Partei engagiert, nimmt schon etwas auf sich. Die freiwillige Mitarbeit für Ziele, mit denen die Gestaltung des politischen Gemeinwesens und das gesellschaftliche Miteinander voran gebracht werden sollen, kostet Zeit und Kraft, für deren Einsatz auch noch Mitgliedsbeiträge zu zahlen sind. Wer das auf sich nimmt, sollte sich gelegentlich einen Moment der Besinnung nehmen, um sich daran zu erinnern, welches Leitmotiv, welche Werte, Interessen, Ideale und Ziele dieses Engagement antreiben.

Dies gilt um so mehr, wenn die Demokraten vor Ort, auf kommunaler und lokaler Ebene vor der Herausforderung stehen, den öffentlichen Raum und den Dialog mit den Mitbürgern nicht Feinden der freiheitlichen und den Menschenrechten verpflichteten Demokratie zu überlassen: Nämlich politischen Extremisten, die komplexe Problemlagen – frei von sachbezogener Vernunft und angemessenen Differenzierungen – auf eingängige Schlagworte und stereotype Feindbilder reduzieren, um ihnen ebenso einfache wie radikale Forderungen gegenüber zu stellen. Dabei geht es zumeist nicht oder nur vordergründig um die Lösung sachlicher Probleme vor Ort, sondern vielmehr um populistische Ableitungen aus antiwestlichen, chauvinistischen, ethnozentrierten, rassistischen, antisemitischen und völkisch-nationalistischen (zumeist mit Verschwörungsmythen verbundenen) Weltansichten, die mehr oder minder ernsthaft auch auf lokale Probleme übertragen werden. Es geht eher um Provokationen, um Möglichkeiten des Vorführens des „BRD-Systems“ und seiner „Systemparteien“. Es geht um die Behauptung eines angeblichen „Volkswillens“, der als ein einheitlicher, dem „gesunden Volksempfinden“ entsprechender und als eben so „politisch unkorrekt“ gedacht wird, wie ihn Rechtsextreme als „volksnahe Fundamentalopposition“ formulieren wollen.

Die Form, der Inhalt und der Zweck solcher Propagandaparolen, die durchaus verfangen, machen die politische Auseinandersetzung mit ihnen auf kommunaler Ebene nicht leicht. Etwa wenn sie dem Infostand vor dem Rathaus oder dem Podium einer öffentlichen Veranstaltung aus dem Munde aufgebracht oder verbitterter Bürger – die z.B. hinter einer Investitionsruine „das Finanzkapital von der US-Ostküste“, als Schuldige für Einbrüche in der Nachbarschaft oder für die eigene Arbeitslosigkeit „die Ausländer“ oder als Verantwortliche für gestiegene Mieten wie für den Verfall eines Schulgebäudes „das System, die da oben“ vermuten – entgegen schallen. Oder wenn solche Parolen bei Anträgen kommunaler Mandatsträger der NPD in Vorschläge gehüllt werden, in denen es z.B. im Zusammenhang einer „besseren Sprachförderung“ um die „Trennung von Kindern nach ethnischer Herkunft und Muttersprache in der Kita“ oder um die Umformulierung eines Projektes zur Rechtsextremismusprävention in eines zur Prävention von „Extremismus und Jugendgewalt – einschließlich deutschfeindlicher Gewalt“ geht.

Es ist schwierig, sich mit rechtsextremen Parolen und Argumentationsmustern auseinander zu setzen, weil es dabei eben nicht nur um klar eingegrenzte – gar kommunalpolitische – Sachfragen, sondern auch um die „große Politik“ vor dem Hintergrund ideologischer Wahrnehmungs- und Deutungsmuster geht, die auf verbreiteten und emotional aufgeladenen Klischees und Stereotypen aufbauen. Sie fügen unspezifisch empfundene, vor allem auf Mutmaßung, Verdächtigung, Dünkel und grober Verallgemeinerung beruhende Ängste, Ressentiments und Abneigungen zu einem Gesamteindruck gefühlter Wirklichkeit zusammen, der – als empfundener Eindruck von gesellschaftlichen Realitäten – bis in die „Mitte der Gesellschaft“ auf Resonanz stößt. So ist es im Rahmen solcher Argumentationsmuster leicht möglich, von einem Thema zum nächsten auszuweichen, wenn sich ein Mosaikstein rechtsextremer Weltbilder nach dem anderen durch sachliche Prüfung als unstimmig erweist – ohne dass deswegen das ideologisch konstruierte Gesamtbild sogleich als solches und als erwiesenermaßen falsch wahrgenommen würde. Das heißt: Man mag klären, dass grenzüberschreitende organisierte Kriminalität nur sehr begrenzt mit Arbeitsmigration zu tun hat und ein anderes Phänomen ist als strafrechtliche Auffälligkeit von bildungsfernen Jugendlichen, die keine Frage der Ethnizität, Religion oder Nationalität, sondern der sozialen Lage ist. Doch dann geht es plötzlich darum, dass „die Ausländer Sozialmissbrauch“ begehen und „uns die Arbeitsplätze wegnehmen“. So wäre nun zu klären, wer mit „den Ausländern“ eigentlich gemeint ist: angeworbene Arbeitsmigranten der ersten Generation, die über 40 Jahre in Deutschland gearbeitet und Steuern und Sozialabgaben bezahlt haben oder/und deren in Deutschland aufgewachsene Nachfahren, von denen nicht wenige in Deutschland geborene Deutsche im Sinne des Grundgesetzes (vgl. Art. 116) sind oder/und Flüchtlinge, deren legaler Zugang zum Arbeitsmarkt sehr beschränkt ist, Arbeitnehmer oder Gewerbetreibende und Unternehmer, angeworbene Fachkräfte und Wissenschaftler oder ausländische Studierende oder Manager ausländischer Investoren? Aber statt einer sachlichen Auseinandersetzung über den Zusammenhang zwischen Migration, Investitionen, Arbeitsmarkt und sozialen Sicherungssystemen folgt der nächste Themenwechsel etwa zur „Notwendigkeit“ einer „Trennung der Ethnien“ im Bildungswesen, um das Leistungsniveau „der deutschen Kinder“ nicht zu beeinträchtigen... Solche Diskussionen können ebenso frustrierend wie fruchtlos sein, wenn es dabei gar nicht um die Klärung sachlicher Problemlagen, Zusammenhänge und Möglichkeiten für sachbezogener Lösungen geht, sondern darum, sich den Eindruck davon bestätigen zu lassen, welche „fremde“ oder „andere“ Gruppe an der empfundenen Misere der „Wir“-Gruppe schuld ist. Zumal wenn es in der Diskussion nicht gelingt, das zu Grunde liegende Grundmuster der Unterscheidung zwischen „uns“ und „denen“ in Frage zu stellen.

Vor diesem Hintergrund sind Demokratinnen und Demokraten gut beraten, sich zunächst ihrer eigenen Grundwerte, Ideale, Interessen und Ziele zu vergewissern und ihre eigenen Wahrnehmungs- und Deutungsmuster zu reflektieren, um authentisch zu rechtsextremen Parolen und Argumentationsmustern Stellung nehmen zu können.

Politische Extremisten geben Antworten auf grundlegende Fragen der Zugehörigkeit (Identität, anerkannte Position in der Gemeinschaft, Heimat), der Anerkennung im und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben (Position, Status und Repräsentation im Verhältnis zu Anderen), der Sicherheit von sozialem Status und Teilhabemöglichkeiten bzw. der „Schuld“ für Unsicherheit und (empfundene) Bedrohungen von Teilhabechancen, Status, Heimat, Identität und existenzieller Sicherheit, der politischen Orientierung in Zeiten eines

rapiden gesellschaftlichen Wandels und in komplexen, schwer überschaubaren Problemzusammenhängen.

Die Antworten politischer Extremisten auf solche Fragen gründen sich auf rückwärts-gewandte Konstruktionen von Identität, undifferenzierte Schwarz-Weiß-Muster, irrationale Verquickungen verschiedener Phänomene, polemische Simplifizierungen komplexer Sachverhalte sowie verbreitete Vorurteile und Stereotype. Sie polarisieren, emotionalisieren und bieten Feindbilder an, die destruktiven Befindlichkeiten eine Projektionsfläche und Zielrichtung geben und dadurch vom Gefühl eigener Isolation, Abwertung, Orientierungs- und Hilflosigkeit entlasten. Sie appellieren an die niedrigsten Instinkte der Menschen, schüren Hass und Gewalt – aber sie greifen vorhandene Ängste und Befindlichkeiten auf und gehen auf vorhandene Bedürfnisse ein.

Beim Rechtsextremismus geht es im Kern um Ideologien, die eine Ungleichheit und Ungleichwertigkeit von Menschengruppen behaupten und sich (mehr oder minder deutlich) mit autoritären und antipluralistischen Haltungen verbinden. Gemeinsam ist den verschiedenen Varianten, dass sie Menschen nach einzelnen – oft willkürlich konstruierten – Kollektivmerkmalen Gruppen zuordnen und diese Gruppenzugehörigkeit zur bestimmenden Identität erklären. Mit dieser Aufteilung geht wenigstens implizit eine Bewertung einher, die Muster zur Ungleichbehandlung und Ausgrenzung vorzeichnet.

Es geht also wesentlich um die Ablehnung des Gleichheitsgrundsatz (Art. 3 GG) und der darauf gegründeten Menschenrechte (Art. 1 GG). Dabei ist die Forderung nach „Trennung der Ethnien“, das heißt: Segregation nach Maßgabe einer „Identität kraft Abstammung und Schicksal“ – womit etwa die NPD in ihrem Berliner Wahlprogramm 2006 das Ziel der Wiedereinführung der Kategorie „Rasse“ als staatlich sanktioniertes Diskriminierungsmerkmal umschreibt – ein wesentliches Leitmotiv des völkisch-nationalistischen Rechtsextremismus.¹ „Ethnie“² ist in diesem Kontext aber nicht nur eine Chiffre für „Rasse“³. Der Begriff steht zugleich einerseits für das Zusammendenken von (biologischer) Abstammung, kultureller, religiöser sowie nationaler Herkunft und Identität als eines unauflöschlichen Zusammenhangs und andererseits für ein ethnisiertes, statisches Kulturverständnis, nach dem eine Kultur als im Wesentlichen unveränderlich, in sich homogen und klar gegen andere Kulturen abgrenzbar erscheint. Dieses ideologische Konstrukt weist auf seine Herkunft aus der Vorstellung eines „Volkskörpers“ zurück, der (sozial) hierarchisch gegliedert, aber „rassisch“, kulturell und weltanschaulich als homogene, abgeschlossene Einheit gedacht wird – deren „Gesundheit“ von ihrer „Einheit und Reinheit“ (Stichwort „Rassenhygiene“ und „ethnische Säuberung“) abhängt. Zwar hält keine Annahme und Vorstellung, auf die sich dieses Konstrukt völkisch-rassistischer Ideologie gründet, einer genaueren sachlichen Prüfung stand. Dennoch sind die entsprechenden Wahrnehmungs-

1 „Schluss mit den gescheiterten künstlichen Integrationsversuchen – die Vielfalt der Völker und Kulturen erhalten!“ (Aus dem Wahlprogramm der NPD zur Abgeordnetenhauswahl 2006, 3.1. Deutsch von Ahrensfelde bis Zehlendorf – Bevölkerungspolitik)

2 Ethnie (d.h.: Volk oder Volksgruppe, die sich aufgrund einer gemeinsamen, von anderen mehr oder minder verschiedenen Kultur [Sprache] und/oder eines gemeinsamen Kultus bzw. Religion, Geschichte und/oder Herkunftsmythen und/oder gesellschaftliche Lebensverhältnisse als soziale Lebensgemeinschaft versteht) wird eigentlich vor allem durch kulturelle (d.h.: durch Sozialisation erworbene) Merkmale definiert – und ethnische Identitäten sind nicht zuletzt eine Frage der Selbstwahrnehmung und Selbstdefinition von Individuen.

3 Zum Begriff „Rasse“ wird in der Antirassismusrichtlinie der EU (Richtlinie 2000/43/EG, also verbindlichem europäischen Recht) angemerkt: „Die Europäische Union weist Theorien, mit denen versucht wird, die Existenz verschiedener menschlicher Rassen zu belegen, zurück. Die Verwendung des Begriffs „Rasse“ in dieser Richtlinie impliziert nicht die Akzeptanz solcher Theorien.“ Verwendet wird der Begriff dennoch.

und Deutungsmuster seit rund 350 Jahren (bzw. in Deutschland: spätestens seit dem Scheitern der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1848) kulturell tradiert und prägen bis heute die vorherrschenden Selbst- und Fremdbilder des deutschen Volkes bzw. der deutschen Nation bis weit in die „Mitte der Gesellschaft“ – auch wenn dies im eklatanten Widerspruch zum Grundgesetz, zum (2000 geänderten) Staatsangehörigkeitsrecht und einem demokratisch-republikanischen Selbstverständnis steht.

Gerade wenn Letzteres als Grundlage für die Integration und den Zusammenhalt der pluralistischen Einwanderungsgesellschaft, die heute in Deutschland (wieder) eine gesellschaftliche Realität ist, als hilfreich und notwendig erkannt wird, müssen Demokraten aber nicht zuletzt auch sich selbst darauf hin reflektieren, wie sie in ihrer alltäglichen Wahrnehmung von „deutsch/inländisch“ und „nichtdeutsch/ausländisch“, von „einheimisch“ und „fremd“, die rund 8.000.000 Deutschen „mit Migrationshintergrund“⁴ und die rund 1.700.000 in Deutschland geborenen „Bestandsausländer der dritten Generation (ohne eigene Migrationserfahrung)“ zuordnen und kategorisieren.

Gerade Demokraten, die nicht anhand äußerer Merkmale einer „fremden“ („volksfremden“/„artfremden“) Minderheit zugeordnet werden, müssen selbstbewusst und authentisch die Trennlinien zwischen dem „Wir“ und „Die“ in Frage stellen können, die der völkische Rassismus zwischen ihnen und ihren (Nichtweißen) deutschen Mitbürgern „mit Migrationshintergrund“ zieht. Sie müssen die „Fremdheit“ bei der Wahrnehmung von Menschen, die in Deutschland aufgewachsen sind und hier ihren Lebensmittelpunkt haben, als ideologische Konstruktion erkennen und benennen können. Sie müssen in Formulierungen wie „Deutsche und Juden“ die verbale Ausbürgerung von Juden ob ihrer ethnisch-religiösen Herkunft oder Identität schmerzlich empfinden können – auch wenn es vielen Juden in Deutschland noch immer sehr schwer fällt, sich selbst als deutsche Juden oder jüdische Deutsche zu empfinden, wie es viele Juden in Deutschland vor der Shoah taten.

Demokraten, die sich in politischen Parteien engagieren, sollten sich auch darauf hin reflektieren, ob sie selbst Anteile von Weltansichten verinnerlicht haben, in denen die Globalisierung als eine von „angloamerikanischen Plutokraten“ und/oder „dem Weltfinanzjudentum“ an der (US-) „Ostküste“ gesteuerte Verschwörung erscheint und ob sie selbst den Impuls beherrschen können, Menschen nach Gruppenzugehörigkeit mit entmenschlichen Bezeichnungen zu belegen (Stichwort: „Heuschrecken“).

Auf solche Selbstreflexionen kann dann ein demokratisches Selbstbewusstsein gründen, dass auf Fragen nach Zugehörigkeit, Sicherheit, Anerkennung und Teilhabechancen im gesellschaftlichen Leben sowie nach politischer Orientierung in Zeiten des rapiden gesellschaftlichen Wandels grundsätzliche und grundsätzlich von rechtsextremen verschiedene Antwort zu geben im Stande ist – ohne jedem Themenwechsel nachlaufen und jedes Detail unterschiedlichster Fachdebatten erklären zu müssen. Wesentlich dafür ist einerseits die Bereitschaft, eigene Wahrnehmungs- und Deutungsmuster zu erkennen und so zu verändern, dass nicht sie (unbewusst) mit einem, sondern man selbst bewusst mit ihnen umgehen kann. Andererseits bedarf es der Erinnerung und Selbstversicherung der ethisch-

4 Mit dem amtlichen Begriff „Migrationshintergrund“ werden Deutsche mit mindestens einem eingewanderten Elternteil (beziehungsweise einem Elternteil nichtdeutscher Herkunft), Spätaussiedler und (eingebürgerte) Deutsche nichtdeutscher Herkunft mit und ohne eigene Migrationserfahrung sowie Nichtdeutsche (in Deutschland geborene oder sozialisierte Bildungsinländer, vor 1973 angeworbene „Gastarbeiter“ und andere „Bestandsausländer“ ebenso wie Neuzuwanderer) mit und ohne eigene Migrationserfahrung in einer statistischen Kategorie zusammengefasst, die natürlich weder eine homogene noch überhaupt eine gesellschaftliche, kulturelle oder soziokulturelle Gruppe bezeichnet.

politischen Grundwerte, Ideale und Ziele, die engagierte Demokraten zu ihrem Engagement ursprünglich motivierten: Etwa der Vergegenwärtigung des Wunsches, der Menschenwürde und den unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt Geltung zu verschaffen.

Der Erwerb und Ausbau dieser und weiterer Handlungskompetenzen beginnt und endet bei jedem und jeder Einzelnen. Es schadet aber nicht, dazwischen auch gemeinsam mit anderen besondere Qualifizierungsmaßnahmen in Anspruch zu nehmen.

2 Gesprächs- und Verhaltenstraining gegen rechtsextreme Erscheinungsformen

a) Workshop-Konzept

Nachdem die NPD 2006 in vier Berliner Bezirksverordnetenversammlungen (BVV) gewählt wurde, häuften sich die Anfragen von Politikern beim Mobilem Beratungsteam „Ostkreuz“ für Demokratieentwicklung, Menschenrechte und Integration der Stiftung SPI Berlin (MBT „Ostkreuz“), wie man in alltäglichen Situationen – beispielsweise am Infostand – mit rechtsextrem Orientierten diskutieren sollte bis hin zu der Problematik, wie man ausgewiesenen Rechtsextremisten – beispielsweise im Kommunalparlament – argumentativ gegenüber treten könne. Vor diesem Hintergrund entwickelte das MBT „Ostkreuz“ ein Workshop-Konzept, das auf die spezifischen Bedürfnisse von Kommunalpolitikern zugeschnitten wurde und diese in der Auseinandersetzung und in Umgang mit rechtsextremen Orientierungen und Erscheinungen stärken sollte.

Ziel eines solchen Gesprächs- und Verhaltenstrainings ist es nicht, „Rezepte gegen Rechts“ zu liefern, vielmehr geht es darum, den Teilnehmenden den Raum zu eröffnen, eigene Standpunkte gegenüber rechtsextremen Inhalten zu entwickeln und mögliche Gesprächsstrategien zu reflektieren. Darüber hinaus zeigt der Workshop kontextabhängige Handlungsoptionen sowie Kategorien auf, die eine systematische Analyse konkreter Erfahrungen erleichtern und somit zur Optimierung eigener Handlungsansätze beitragen können.

Das Gros der Literatur zum Thema konzentriert sich entweder nur auf kommunikative Strategien (vgl. Hufer 2000) oder thematisiert lediglich inhaltliche Gegenargumente (vgl. Lanig et al. 2005; Tiedemann 2000). Während erstere die Rolle der eigenen Haltung vernachlässigen, geben letztere häppchenweise Argumente und Informationen an die Hand und eröffnen so nur punktuelle thematische Zugänge auf Kosten komplexer Zusammenhänge und Hintergründe. Dieser Kritik wird mit dem Workshop-Konzept insofern Rechnung getragen, als zum einen die Erarbeitung eigener inhaltlicher Standpunkte und zum anderen die argumentativ-strategische Auseinandersetzung eingeübt werden soll.

b) Rechtsextremen Inhalten begegnen

Rechtsextremismus ist ein Sammelbegriff. Das rechtsextreme Weltbild speist sich aus einem Konglomerat ideologischer Anschauungen und Einstellungen, zu denen insbesondere ein übersteigerter Nationalismus, Antisemitismus, Rassismus und die Ablehnung demokratischer Werte zu zählen sind. Das Menschen- und Gesellschaftsbild von Rechtsextremisten

ist geprägt von einer sozialdarwinistischen, autoritär-hierarchischen, antiegalitären, verschwörungstheoretisierenden und ethnisierenden, völkischen Sichtweise. In der praktischen Auseinandersetzung mit rechtsextremen Argumentationsweisen hat man es jedoch seltener mit geschlossenen rechtsextremen Weltbildern zu tun, vielmehr sehen wir uns meistens mit einzelnen Einstellungsmustern konfrontiert, die jeweils ähnlich „funktionieren“.

Im ersten Teil des Workshops werden verschiedene Schriftstücke mit rechtsextremen Aussagen in Kleingruppen anhand eines Leitfadens analysiert. Zur Auswahl stehen fünf Texte:

1. Kapitel aus dem NPD-Aktionsprogramm „Volksgemeinschaft statt multikulturellen Wahnsinns“
2. Liedtexte der rechtsextremen Musikgruppen „Faustrecht“ und „Faktor Widerstand“ im Vergleich
3. Interview mit NPD-Vorsitzendem Udo Voigt 2005 aus der Tageszeitung „Die Welt“
4. „Arbeit für Millionen statt Profite für Millionäre“ Rechtsextremes Flugblatt zum 1. Mai 2007
5. Statement eines jugendlichen Teilnehmers einer NPD-Demonstration

Die Kleingruppen sind aufgefordert, ihre Ergebnisse anschließend zu präsentieren.

Bei der Textanalyse soll sowohl die sprachliche als auch die inhaltliche Ebene in den Blick genommen werden. Auf der sprachlichen Ebene sind zunächst typische Vokabeln, Schlagwörter und Parolen zu identifizieren, auf der inhaltlichen Ebene sollen Themen und Argumente der Rechtsextremen herausgearbeitet werden. In einem weiteren wichtigen Schritt, sollen die Teilnehmer überlegen, mit welchen Positionen sie übereinstimmen. Hierbei wird deutlich, dass eine Schwierigkeit in der Abgrenzung gegen Rechtsextremisten darin begründet sein kann, dass es in einzelnen Punkten sehr wohl zu Übereinstimmungen kommt, wenn sich Rechtsextremisten beispielsweise gegen „Kinderschänder“ einsetzen, sich kritisch gegenüber dem US-amerikanischen Kapitalismus äußern, vor einer drohenden Islamisierung durch Migranten warnen oder sich pauschal als Opfer „der da oben“ gerieren. Hier gilt es, sich die daraus folgenden Argumente von Rechtsextremen sehr genau anzusehen und gleichzeitig die eigene Haltung zu Ende zu denken und gegebenenfalls kritisch zu hinterfragen.

Am Beispiel des Songtexts „Die Macht des Kapitals“ der rechtsextremen Rockgruppe „Faustrecht“ lässt sich die Problematik im Umgang mit rechtsextremen Texten und Statements anschaulich aufzeigen.

Sie besitzen unsere Wirtschaft und kaufen unsere Seelen
Sind schon längst imstande, uns unser Land zu stehlen
Haben die Macht und Gelder, um die Richtung zu diktieren
Es sind nicht mehr Politiker, die unsere Länder führen.

Refrain:

Die Macht des Kapitals, ist der Feind der freien Welt
Das Schicksal aller Völker, unterjocht von ihrem Geld
Die Macht des Kapitals, so verschlagen raffiniert
Das unsere Völker knechtet, getrieben von Habgier
Sie zerstören die Grundlagen, auf denen jedes Volk erwuchs
Schüren Hass und Zwietracht, ihre Welt ist nur Betrug

Die Völker dieser Erde, erfüllen für sie nur einen Zweck
 Sie schamlos auszubeuten, unser Blut ist ihr Profit

Sie züchten einen Menschen, der entwurzelt und naiv
 Der leicht ist zu beherrschen, da sein Geist ist primitiv
 Die ältesten Kulturen, die die Menschheit hervorgebracht
 Werden durch Macht- und Geldgier, langsam dahingerafft.

Dieses Lied eignet sich gut als Hörbeispiel in Seminaren und Fortbildungen, da der rechts-extreme Hintergrund von den Teilnehmenden in der Regel nicht sofort erkannt wird. Spon-tan assoziiert wird mit dem Text eher eine linke anti-kapitalistische Haltung, erst durch eine genauere Textanalyse offenbart sich der antisemitische Hintergrund. Dass mit dem un-spezifischen Personalpronomen „Sie“ in der ersten Zeile Juden gemeint sind, erschließt sich durch Vokabeln und Aussagen im weiteren Text. Dem „urwüchsigen“ Volk, den alten Kul-turen wird der künstliche, „gezüchtete“ Mensch, das „verschlagnene“, „raffinierte“ Kapital gegenübergestellt: Blut versus Profit, Verwurzelung versus Zwietracht, Seele versus Kapi-tal. Der Text arbeitet mit bekannten antisemitischen Vorurteilen und Verschwörungstheo-rien, das Schicksal der alten Völker, ihr Blut und Boden ist bedroht durch die moderne westlich orientierte Welt, das gute „schaffende“ wird durch böse „raffende“ Kapital zer-stört. Diese Ideologie bietet Identifikations-momente (als „Blut-und-Boden-Deutscher“, als Opfer der Verhältnisse) und gleichzeitig Abgrenzungsmöglichkeiten gegenüber einer kom-plexen, globalisierten Welt. Somit knüpft er an weit verbreitete Stimmungen in der Bevöl-kerung an, die sich mal mehr und mal weniger offen aus antikapitalistischen, antisemiti-schen und antiamerikanischen Haltungen speisen und aufgrund ihres verschwörungstheore-tischen Charakters rationalen Argumenten nur schwer zugänglich sind.

Nachdem die Ergebnisse der Textarbeit in den Kleingruppen im Plenum vorgestellt worden sind, werden die wesentlichen Argumentationsweisen von Rechtsextremisten durch die Referenten nochmals zusammengefasst:

1. Vereinfachung komplexer gesellschaftlicher Probleme (zum Beispiel durch Ethnisie-rung)
2. Selbstdarstellung als Tabubrecher, Wahrheitsverkünder
3. Opferhaltung
4. Aneinanderreihung von Parolen und Weltansichten, ohne ernsthaftes Interesse an Aus-einandersetzung
5. Einsatz von Schlagworten wie „Multikulti-Wahn“, „BRD-System“, „Bomben-Holo-caust“, „Demokröten“, „Schuld-Kult“ usw.

c) Gesprächsstrategien

Im zweiten Teil des Seminars stehen nun Situationen im Vordergrund, in denen Kommu-nalpolitiker auf rechtsextreme Vorfälle oder Äußerungen reagieren müssen. Die Teilnehmer sind aufgefordert, sich an Situationen zu erinnern, in denen sie mit rassistischen, antisemiti-schen oder diskriminierenden Sprüchen, Parolen oder Argumenten konfrontiert worden sind. In der Kleingruppe soll eine dieser erlebten Erfahrungen in ein Rollenspiel umgesetzt werden, das im Plenum vorgeführt werden soll. In der Auswertung der Rollenspiele zeigt

sich, dass menschenverachtende Handlungen und Parolen nicht nur am Stammtisch stattfinden, sondern in vielen verschiedenen Kontexten, die ihren jeweils spezifischen Umgang einfordern – auch deshalb sind allgemeingültige „Rezepte gegen Rechts“ wenig sinnvoll. Die Teilnehmer sollen im Weiteren durch eine Kontextanalyse der vorgestellten Situationen dafür sensibilisiert werden, dass Reaktion auf und der Umgang mit diskriminierenden Sprüchen und Äußerungen immer auch von den jeweiligen Umständen abhängt:

In welchem Rahmen befinde ich mich?

- Privat?
- Öffentlich?
- Pädagogisch?
- Beruflich?
- Medien?

Mit welchem Gegenüber habe ich es zu tun?

- Jugendliche?
- Bürger?
- Politiker?
- Bekannte?
- Familie?

Auf welcher Ebene findet die Auseinandersetzung statt?

- Beziehungs- oder Sachebene?
- Diskussions- oder Parolenebene?
- Hierarchie- oder Gleichberechtigungsebene?

Welche Ziele verfolge ich in der Auseinandersetzung?

- Diskussion?
- Information?
- Aufklärung?
- Überzeugung?
- Positionierung?
- Demaskierung?
- Vorbildfunktion?
- Opferschutz?
- Grenzziehung?

Anhand der dieser Auswertungskriterien soll deutlich werden, dass wirkungsvolle Gegenstrategien immer zielgruppen-, kontext-, ebenen-, ziel- und nicht zuletzt auch persönlichkeitsabhängig sind. Eine Auseinandersetzung am Info-Stand im Wahlkampf findet beispielsweise im öffentlichen Raum statt, meist aufgrund einer zufälligen Begegnung. Grundsätzliches Anliegen der politischen Akteure ist das Werben und Informieren der wahlberechtigten Bürger. Nicht selten wird diese öffentliche Plattform von Bürgern genutzt, um ihrem Ärger oder ihrer Politikverdrossenheit Luft zu machen. In dieser Situation sollte versucht werden, dem Bürger die Möglichkeit zum „Dampfablassen“ zu geben, aber gleichzeitig das Gespräch auf eine Sach- und Diskussionsebene zu bringen, indem z.B. mit ernst-

haftem Interesse nachgefragt wird, welche Themen der politischen Agenda besonders wichtig sind, wie hierzu die eigene Position aussieht, welche darüber hinausgehenden Informationen die Partei zur Verfügung stellen kann und so weiter. Vielleicht erlaubt es die Situation, weitere interessierte Bürger in die Diskussion einzubeziehen, um durch unterschiedliche Standpunkte eine günstigere Gesprächskonstellation zu erreichen. Konkretes, direktes Nachfragen zwingt das Gegenüber dazu, selbst nachzudenken, statt von Parole zu Parole zu springen. Wichtig ist es auch, den roten Faden, das Thema nicht aus der Hand zu geben. Es ist aber selbstverständlich auch erlaubt, Auseinandersetzungen begründet abzubrechen, wenn beispielsweise Persönlichkeitsrechte verletzt werden oder eine Situation eskaliert ist.

In der konkreten Situation haben sich folgende „hilfreiche Anker“ bewährt:

1. Den Menschen mit seinen Erfahrungen ernst nehmen.
2. In aufgeregten Situationen zunächst durch Stimme und Körperhaltung deeskalieren.
3. Die Sach- und Beziehungsebene auseinanderhalten: Geht es gerade um Argumente oder Emotionen? Auf welcher Ebene ist es sinnvoll zu reagieren?
4. „Ich-Botschaften“ formulieren, um den eigenen Standpunkt als solchen kenntlich zu machen.
5. Den eigenen Standpunkt begründen und beim Thema bleiben.
6. Konkret nachfragen, statt zu antworten. Fragen fordern das Gegenüber zum Nachdenken auf, Antworten provozieren Gegenantworten.
7. Belehrungen vermeiden, stattdessen Informationsangebot unterbreiten.
8. Gegebenenfalls ironisierend reagieren, subversiv nachfragen.
9. Selbstironisierung kann die Gesprächsatmosphäre entspannen.
10. Andere einbeziehen und gegebenenfalls Verbündete suchen, um reinen Schlagabtausch zu vermeiden und die Diskussionskultur zu fördern.
11. Argumentationsstrategien des Gegenübers benennen, wenn diese ein konstruktives Gespräch unmöglich machen.
12. Wenn nötig, Grenzen ziehen, um sich selbst oder andere Opfer zu schützen.
13. Abbruch des Gesprächs immer begründen.

Was nun, was tun?

Im letzten Teil der Fortbildung steht ein Bericht aus dem Berliner „Tagesspiegel“ zur Debatte:

„Lichtenberg an einem Donnerstagabend. Im großen Saal des Bezirksamtes tritt Manuela Tönhardt ans Mikrofon. Sie trägt ein blaues Kostüm, eine goldene Brille und sieht besorgt aus. In der Bürgeranhörung schilderte soeben eine Sozialarbeiterin, dass die Zahl derer, die regelmäßig in Suppenküchen des Bezirks für Essen anstehen, dramatisch zunehme. Eindringlich bittet sie um Spenden. Die Abgeordnete Tönhardt reagiert als erste. Die 52-Jährige ist Mitglied der DVU. Im Zuge des sogenannten Deutschlandpaktes zwischen den beiden rechtsextremen Parteien kandidierte Tönhardt aber auf der Liste der NPD und ist nun eine von drei NPD-Vertretern in Lichtenberg. Ihre Rede ist kurz und konkret. Sie schlägt eine Sammelaktion für die Bedürftigen vor. Eine Mütze wandert durch die Reihen der Bezirksvertreter und Besucher. Am Ende werden sich darin fast 500 Euro befinden. Manuela Tönhardt wirkt zufrieden. Ein Punkt für die NPD.“ (Der Tagesspiegel 20.02.07 von Frank Brunner)

In einer offenen Diskussion sollen die anwesenden Kommunalpolitiker pro und contra über das beschriebene Verhalten der Bezirksvertreter in der BVV austauschen: War es richtig, sich an der Spendensammlung zu beteiligen? Konnte die NPD dadurch tatsächlich einen Punktsieg landen? Wie hätten alternative Szenarien aussehen können? Mit welchen Konsequenzen?

Was macht eine „richtige“ Reaktion so schwierig? Die NPD-Abgeordnete hat in dem beschriebenen Beispiel die Chance genutzt, sich in die Rolle der sozialen, tatkräftigen Politikerin zu begeben, die parteiübergreifend an die Solidarität der Bezirksverordneten appelliert. Verweigert man sich der Aufforderung, für die Suppenküche zu spenden, verhält man sich unsolidarisch und nicht den politischen Ansprüchen genügend, spendet man, unterstützt man die politische Aktion einer Rechtsextremistin und billigt ihr einen Punktsieg zu, wie vom Journalisten Frank Brunner im Artikel beschrieben. Wie hätten alternative Szenarien aussehen können?

1. Das Parlament verweigert sich der Sammlung mit der Begründung, dass eine langfristig tragfähige Lösung von politischer Seite für die Suppenküche gefunden werden muss. Vorteil: Die demokratischen Parteien lassen sich nicht mit der NPD ein, versuchen aber das Anliegen der Suppenküche politisch zu lösen.
2. Die demokratischen Parteien organisieren eine eigene Sammlung. Nachteil: Die NPD kann sich als ausgestoßenes Opfer gerieren und für sich die Initiativergreifung beanspruchen.
3. Die demokratischen Parteien verweigern sich der Sammlung. Nachteil: Die NPD skandalisiert die Verweigerungshaltung der politischen Mitte und profiliert sich gegenüber dieser in der Öffentlichkeit.

Das Beispiel zeigt, dass der Umgang mit und die Reaktion auf rechtsextreme Erscheinungen immer wieder (neu) eingeübt werden muss. Der regionale Einzug rechtsextremer Parteien in Kommunalparlamente und der Versuch der rechtsextremen Szene, durch „Normalisierungsstrategien“ in den Mainstream einzudringen, fordern – bei einem gleichzeitig vorhandenen Resonanzboden für rechtsextremes Gedankengut in der Gesellschaft – immer wieder zu neu überdachten und eingeübten Reaktionen der demokratischen Akteure heraus.

3 Ausblick

Die Demokratie braucht argumentativ handlungsfähige Demokraten, die in demokratischen Parteien Verantwortung für die Gestaltung des Gemeinwesens übernehmen. Denn damit die demokratischen Parteien ihrem grundgesetzlichen Auftrag gemäß konstruktiv an der politischen Willensbildung des Volkes mitwirken können, brauchen sie auf allen Ebenen – nicht zuletzt bei der politischen Freiwilligenarbeit im lokalen Gemeinwesen – Mitglieder und Funktionäre, die für die Demokratie einzustehen im Stande sind. Auch wenn es darum geht, den Feinden der Demokratie jeden Ansatz zur Dominanz im öffentlichen Raum zu bestreiten, durch eigene Präsenz die öffentlichen Räume für Rechtsextremisten eng zu machen und Themen, die schnell zum Terrain von Hassideologen und populistischen Demagogen geraten drohen, offensiv mit eigenen, positiven Zielen zu besetzen.

Die Demokratie braucht authentische, bekennende Demokratinnen und Demokraten, die das Gespräch mit ihren Mitbürgern suchen – gerade dann, wenn es um strittige und „heikle“ Themen (Moschee-Bauvorhaben, ethnisiert wahrgenommene Jugendgruppengewalt im Wohnviertel etc.) geht. Sie braucht demokratische Parteien, die sich sichtbar der Diskussion stellen und nicht nur darauf warten, dass die Bürger zu ihnen kommen, sondern selbst Gelegenheiten schaffen, ins Nachbarschaftszentrum, zur Stadtteilinitiative, zur Kirchengemeinde, in den Jugendclub etc. zu gehen. Die Demokratie braucht demokratische Parteien, die eigene Präsenz gegen rechtsextreme Präsenz und Agitation an bzw. vor Schulen stellen, sich aktiv z.B. in die Kampagnen zur U-18-„Wahl“ einbringen, für die Befragung durch Jugendliche zur Verfügung stehen und in der Diskussion mit Jugendlichen wie mit erwachsenen Bürgerinnen und Bürger authentisch und wertschätzend aufzutreten im Stande sind.

Die argumentative Handlungsfähigkeit, die Demokraten dafür benötigen, gründet sich insbesondere auf die Bereitschaft und Fähigkeit Hinweise auf rechtsextreme Einstellungen und Orientierungen sowie rechtsextreme Deutungs- und Argumentationsmuster zu erkennen, bewusst wahrzunehmen sowie sachlich begründet als solche zu identifizieren und zuzuordnen, die alltagskulturelle „Normalität“ der eigenen Umgebung auf Ausgrenzungsmuster, Diskriminierung, Gefährdungen, Bedrohungen, Hasskriminalität gegen Ausländer⁵ und Deutsche mit Migrationshintergrund⁶, Angehörige ethnischer und religiöser Minderheiten⁷, Homosexuelle, Behinderte, Nonkonformisten, Angehörige alternativer Subkulturen und Nichtsesshafte zu überprüfen und zu hinterfragen, die eigenen Wahrnehmungs- und Deutungsmuster, die eigene Sprache und das eigene Verhalten hinsichtlich stereotyper (Sprach-) Bilder, Kategorisierungen und Konstruktionen sozialer Ungleichheit zu reflektieren und Perspektivwechsel zu üben, mit einem authentischen, grundsätzlichen und reflektierten Standpunkt für das „Wir“ einer offenen, auf das Bekenntnis zum Grundgesetz und den Menschenrechten gegründeten Staatsbürgernation und gegen völkisch-nationalistische, ethnozentrierte (und ethnisierende), rassistische, antisemitische, religiös- und/oder sozialchauvinistische, sexistische und/oder homophobe Positionen, Identitätskonstruktionen, Deutungs- und Ausgrenzungsmuster sowie antiwestliche/antisemitische Verschwörungsliegenden inhaltlich Stellung zu beziehen, dabei sachlich begründete Anliegen, legitime Interessen, Fragen und Ängste hinter rechtsextremen Äußerungen und Erscheinungsformen als solche wahr- und ernst zu nehmen, aufzugreifen, zu versachlichen und zu differenzieren, aber auch fruchtlosen Debatten, die nur auf plakative Provokationen hinauslaufen und vor allem der Instrumentalisierung öffentlicher Diskussionen durch Kader verfassungsfeindlicher Organisationen und Parteien ebenso deutliche wie sachlich nachvollziehbar begründete Grenzen zu setzen (vom Abbruch der Diskussion bis hin etwa zur restriktiven Nutzung des Hausrechts, zur Strafanzeige gegen Volksverhetzer und/oder zur Einbeziehung der Polizei in die Entwicklung von Sicherheitskonzepten für öffentliche Veranstaltungen). Dieser Punkt ist keine reine Formalie, sondern ein Hinweis auf die Notwendigkeit, eigene Schmerzgrenzen ebenso wie inhaltliche Abwägungen und Grenzziehungen im Vorfeld von

5 Ausländer und Ausländerinnen mit festem Wohnsitz und Lebensmittelpunkt in Deutschland (mit und ohne eigene Migrationserfahrung).

6 Deutsche mit mindestens einem nichtdeutschen/eingewanderten Elternteil, Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler und Deutsche nichtdeutscher Herkunft mit und ohne eigener Migrationserfahrung.

7 Juden, Muslime, Aleviten, gegebenenfalls auch orthodoxe u.a. Christen, Buddhisten usw. sowie Sinti und Roma, – mit und ohne Migrationshintergrund.

Veranstaltungen und Aktionen zu reflektieren, um im Konfliktfall sicher, authentisch und glaubwürdig auftreten zu können.

Die notwendige Handlungsfähigkeit schließt (wie oben, beim Workshop-Konzept an Beispielen beschrieben) jene im Umgang mit ambivalenten, nicht eindeutigen und widersprüchlichen Situationen, Sach- und Problemlagen ein, für die es „die richtige/gute Lösung“ nicht gibt und vor denen keine Planung völlig schützen kann. Gerade dafür ist es wichtig, sich selbst zu kennen, sich seiner Selbst, seiner grundsätzlichen Werte, Interessen, Ideale und Ziele⁸ gewiss sowie seiner eigenen Grenzen und Fehlbarkeit bewusst zu sein. Darauf aufbauend sind weniger feste „Handlungsanleitungen“ als vielmehr fortwährende Reflexion, Selbstreflexion und Übung⁹ brauchbare Mittel zum Erwerb von Handlungssicherheit in der Auseinandersetzung mit verfassungsfeindlichen Ideologien, die eine Ungleichheit und Ungleichwertigkeit von Menschengruppen behaupten.

Nach der Erfahrung des MBTs „Ostkreuz“ gibt es diesbezüglich bei den Mitgliedern und Funktionären demokratischen Parteien durchaus Bedarf sowohl für eine solche Arbeit an der argumentativen Handlungsfähigkeit als auch für die Unterstützung dieser Arbeit durch professionelle Fachberater und Trainer. Vor allem gibt es aber in den demokratischen Parteien nach wie vor viele freiwillig engagierte Bürger, die aus tief empfundener Überzeugung bereit sind, sich für die Gestaltung, Entwicklung und Verteidigung der freiheitlichen, den Menschenrechten verpflichteten Demokratie einzusetzen – auch wenn sie sich manchmal (am Infostand, bei Veranstaltungen und im privaten Umfeld, wenn sie für die „große Politik“ ihrer Partei in Verantwortung genommen werden) frustriert, überfordert, hilflos und allein gelassen fühlen.

Allzu oft scheinen sich weder diese Mitglieder noch die Parteien insgesamt über den Wert dieser Ressource der Demokratie bewusst zu sein. Nämlich insbesondere des Potenzials, das in der Möglichkeit liegt, dass diese freiwillig engagierten Parteimitglieder so sichtbar, authentisch und glaubwürdig zu ihrer demokratischen Grundüberzeugung stehen, dass weniger engagierte Demokraten Lust bekommen, mit – und damit den Raum für extremistische Verfassungsfeinde und Hassideologen eng – zu machen. Aber auch des Potenzials eines gelebten demokratisch-republikanischen Verfassungspatriotismus, der Menschen „mit Migrationshintergrund“ und Menschen, die von Diskriminierung und Ausgrenzung etwa aufgrund ihrer Abstammung oder Herkunft, ihrer kulturellen, ethnischen oder religiösen Identität oder ihrer sexuellen Orientierung betroffen sind, die Erfahrung vermittelt, dass sie als aktive und gleichberechtigte Glieder der Bürgergesellschaft gewollt sind, dass sie dazu gehören und eingeladen sind, verantwortlich an der Gestaltung, Entwicklung und Verteidi-

8 Gerade bei der Auseinandersetzung mit menschenverachtenden und demokratiefeindlichen Orientierungen muss gelten: „Handle nur nach derjenigen Maxime, durch die du zugleich wollen kannst, dass sie ein allgemeines Gesetz werde“, bzw.: „Handle stets so, dass die Maxime deines Willens jederzeit zugleich als Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten könnte“ (kategorischer Imperativ nach Kant). In diesem Sinne ist nach einem einheitlichen Maßstab zu fördern und fordern: Die Integration der Gesamtgesellschaft, d.h.: gleichberechtigte Einbeziehung aller Gesellschaftsglieder in die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und verantwortliche Mitgestaltung des Gemeinwesens ohne sachwidrige Unterscheidungen nach Abstammung, sozialen, ethnischen oder regionalen Herkunft, Religion oder kulturellen Identität, Geschlecht oder sexuellen Orientierung; Die Auseinandersetzung mit allen Vorstellungen, Wahrnehmungs- und Verhaltensmustern, die sachwidrige Unterscheidungen und Ungleichbehandlungen begründen und dem menschenrechtlichen sowie freiheitlich-demokratischen Verfassungskonsens widersprechen; Keine Toleranz für Ideologen der Ungleichheit und des Hasses, verfassungsfeindliche Bestrebungen und Organisationen sowie politisch motivierte Gewalt.

9 Etwa im Rahmen von Diversity-, Anti-Bias-, (z.B. Betzavta-)Demokratie- und Argumentationstrainings, in Fortbildungen oder/und Klausurtagungen zum Themenkomplex Rechtsextremismus – Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit – demokratiefördernde Tendenzen etc.

gung des freiheitlich-demokratischen Gemeinwesens mit zu wirken. An der Erschließung dieser Potenziale ist in den Parteien sicher auch mit Mitteln der Organisationsentwicklung (top-down) weiter zu arbeiten;¹⁰ aber sie beginnt und endet, steht und fällt mit der Bereitschaft und Fähigkeit der freiwillig engagierten Mitglieder an der Basis, selbst-bewusst, authentisch und öffentlich für ihre Grundüberzeugungen Stellung zu nehmen.

Ja, wer sich in dieser Zeit in der Basisgliederung einer demokratischen Partei engagiert, nimmt schon etwas auf sich. Die zunehmende Komplexität politischer Probleme, die vielen ambivalenten, nicht eindeutigen und widersprüchlichen Zusammenhänge gesellschaftlicher Entwicklung, schrumpfende Mitgliederzahlen und sinkende Wahlbeteiligung und vieles mehr, das auf die Größe der Herausforderungen hinweist, vor denen die demokratischen Parteien stehen, können Anlass zu Kleinmut und Verzagen geben. So mag den demokratischen Parteien und ihren Mitgliedern von vielen Seiten entgegen schallen: „Das schafft ihr nicht! Das könnt ihr nicht!“ So oft und so laut, dass man sich dem Zweifel an der eigenen Kompetenz und Kraft kaum entziehen kann. Aber gerade dann kann es helfen, sich daran zu erinnern, welches Leitmotiv, welche Werte, Interessen, Ideale und Ziele das eigene politische Engagement antreiben – und den Skeptikern wie den Feinden der Demokratie entgegen zu rufen: „Doch, wir können das! *Yes, we can!* Trotz alledem!“ Und das ist der erste Schritt, zur Bewältigung der Herausforderungen.

Literatur

- Benz, Wolfgang (1992): *Legenden, Lügen, Vorurteile*. München.
- Förster, Jens (2007): *Kleine Einführung in das Schubladendenken. Über Nutzen und Nachteil des Vorurteils*. München.
- Hufer, Klaus-Peter (2000): *Argumentationstraining gegen Stammtischparolen. Materialien und Anleitungen für Bildungsarbeit und Selbstlernen*. Schwalbach.
- Hufer, Klaus-Peter (2006): *Argumente am Stammtisch. Erfolgreich gegen Parolen, Palaver und Populismus*. Schwalbach.
- Lanig, Jonas/Stascheit, Wilfried (Hg.) (2005): *Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg: Rechtsradikale Propaganda und wie man sie widerlegt*. Mülheim an der Ruhr.
- Tiedemann, Markus (2000): *In Aushwitz wurde niemand vergast. 60 rechtsradikale Lügen und wie man sie widerlegt*. München.

10 Nicht zuletzt etwa im Rahmen von Leitbild- und Programmdebatten.

Rechtliche Möglichkeiten gegen Rechtsextremismus im Internet

Thomas Günter

1 Einleitung

Das Internet ist immer noch ein junges Medium. Die rechtlichen Möglichkeiten, gegen die Verbreitung rechtsextremer Propaganda vorzugehen, werden noch nicht lange erörtert. Beispielsweise ist 1995 das erste Mal über Jugendschutz im Internet diskutiert worden. Seit dieser Zeit hat sich die Nutzung des Internets von Erwachsenen, besonders aber von Kindern und Jugendlichen drastisch verändert. Mittlerweile verfügt annähernd jeder 12-Jährige im Elternhaus über einen Internetanschluss. Die täglichen Nutzungszeiten von Kindern und Jugendlichen steigen stetig an. Das Internet ist zu einem Leitmedium geworden, dem teilweise mehr vertraut wird als dem klassischen Radio (vgl. JIM-Studie 2008).

Gleichzeitig wurde für den Rechtsextremismus das Internet eine zentrale Plattform der Agitation. Rechtsextreme Organisationen wie die NPD, Neonazi-Kameradschaften oder auch Bands sprechen über das Netz explizit mit ihren Inhalten Jugendliche an, um diese für ihr rassistisches und menschenverachtendes Gedankengut zu gewinnen. Auch unter Kommerz-Gesichtspunkten wird die Rolle des Internets immer wichtiger zum Beispiel für die Verbreitung rechtsextremer Tonträger oder Devotionalien. Angebote der Szene sind für Interessierte leicht über Suchmaschinen oder über die immer stärker aufkommenden Web 2.0-Angebote wie Social Networks und Video-Plattformen zu finden.

„jugendschutz.net“ als zentrale Kontrollstelle für den Jugendschutz im Internet beschäftigt sich seit seiner Gründung im Jahre 1997 mit den rechtlichen Möglichkeiten gegen jugendgefährdende Inhalte. Das Vorgehen gegen rechtsextreme Inhalte im Internet mit Mitteln des Straf- oder Jugendmedienschutzrechtes stößt dabei aufgrund der Spezifika des Netzes, seiner Schnelligkeit, der Flüchtigkeit der Inhalte und der unmittelbaren Verfügbarkeit von Angeboten weltweit, immer wieder an Grenzen. Allerdings ist das Internet auch kein rechtsfreier Raum. Im deutschen Recht gilt der Grundsatz: Was offline illegal ist, bleibt auch bei der Verbreitung im Internet illegal.

Der folgende Beitrag gibt einen Überblick über die wesentlichen rechtlichen Regelungen zum Rechtsextremismus im Internet (unter 1.), stellt dar, wer für Inhalte verantwortlich gemacht werden kann (unter 2.), gibt einen Überblick über das medienrechtliche Verfahren, dass gegen einen Verantwortlichen eingeleitet werden kann (unter 3.) und zeigt, dass auch Maßnahmen gegen aus dem Ausland verbreitete Angebote möglich sind (unter 4.).

2 Verbote im Bereich Rechtsextremismus

2.1 Strafgesetzbuch und Jugendmedienschutz-Staatsvertrag

Auch im Internet sind rechtsextreme Äußerungen nicht generell verboten. Eckpfeiler einer jeden demokratischen Gesellschaft ist das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung. Rechts-extreme Ansichten, Symbole oder Hass-Propaganda im Internet sind Meinungsäußerungen nach dem Grundgesetz. Sie sind deshalb im Grundsatz von der Meinungsfreiheit gedeckt. Allerdings gilt dies natürlich nicht uneingeschränkt. Nach Artikel 5 Absatz 3 des Grundgesetzes kann das Recht auf freie Meinungsäußerung eingeschränkt werden:

„Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.“
(Art. 5 Abs. 3 GG)

Immer dann, wenn andere Personen in ihrer Ehre verletzt werden oder wenn allgemeine Gesetze und Jugendschutzbestimmungen dies verbieten, sind bestimmte Meinungsäußerungen nicht erlaubt. Ein allgemeines Gesetz sind zum Beispiel die Normen des Strafgesetzbuchs (StGB) – sie schützen die Rechtsgüter der Allgemeinheit, zum Beispiel den öffentlichen Frieden. Die im Strafgesetzbuch geregelten Verbote gelten grundsätzlich auch für Handlungen im Internet. Daneben gibt es auch spezielle Jugendschutzbestimmungen für den Bereich des Internets, die ebenfalls das Verbreiten bestimmter Inhalte über das Netz untersagen. Namentlich regelt der am 1. April 2003 in Kraft getretene Jugendmedienschutz-Staatsvertrag (JMStV), welche Inhalte im Internet nicht verbreitet werden dürfen.

§ 4 Absatz 1 JMStV enthält einen Katalog von Angeboten, die absolut unzulässig sind. Dies bedeutet, dass Angebote mit entsprechenden Inhalten generell aus dem Internet entfernt werden müssen, weil sie weder Erwachsenen noch Kindern und Jugendlichen zugänglich gemacht werden dürfen. Dieser Katalog bezieht sich im Wesentlichen auf die Normen des Strafgesetzbuches, im Bereich rechtsextremer Inhalte konkret auf die §§86, 86a, 130 StGB. Teilweise fehlen in diesem Unzulässigkeitskatalog einige Normen des StGB, beispielsweise die Verherrlichung der nationalsozialistischen Gewalt- und Willkürherrschaft nach § 130 Absatz 4 und 5 StGB, die Androhung von Straftaten nach 130a StGB oder die öffentliche Aufforderung zu Straftaten nach § 111 StGB.

§ 4 Absatz 2 JMStV legt fest, dass bestimmte Angebote zwar Erwachsenen, jedoch nicht Kindern und Jugendlichen zugänglich gemacht werden dürfen. Im Bereich rechtsextremer Inhalte sind dies vor allem jugendgefährdende Websites, die zwar noch nicht die Schwelle zu einem in Absatz 1 genannten Angebot überschritten haben (beispielsweise noch nicht volksverhetzend sind), aber von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) als jugendgefährdend indiziert wurden.

Da sich die in § 4 Absatz 1 JMStV genannten Unzulässigkeitsstatbestände jeweils auf die entsprechenden Verbotsnormen im StGB beziehen (z.B. das Verbot der Verbreitung von Propagandamitteln nach § 4 Absatz 1 Nr. 1 JMStV auf § 86 StGB) und diesen auch inhaltlich entsprechen, werden sie im Folgenden, auch zur besseren Verständlichkeit, bei den jeweiligen StGB-Normen mit erläutert.

2.2 Verbreiten von Propagandamitteln

§ 86 StGB verbietet es, Schriften von verbotenen Parteien oder Organisationen, die sich gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung oder die Völkerverständigung richten, zu verbreiten. Dieses Verbot befindet sich entsprechend in § 4 Absatz 1 Nr. 1 JMStV. § 86 StGB lautet:

(1) Wer Propagandamittel

1. einer vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärten Partei oder einer Partei oder Vereinigung, von der unanfechtbar festgestellt ist, dass sie Ersatzorganisation einer solchen Partei ist,

2. einer Vereinigung, die unanfechtbar verboten ist, weil sie sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richtet, oder von der unanfechtbar festgestellt ist, dass sie Ersatzorganisation einer solchen verbotenen Vereinigung ist,

[...]

4. Propagandamittel, die nach ihrem Inhalt dazu bestimmt sind, Bestrebungen einer ehemaligen nationalsozialistischen Organisation fortzusetzen,

im Inland verbreitet oder zur Verbreitung im Inland oder Ausland herstellt, vorrätig hält, einführt oder ausführt oder in Datenspeichern öffentlich zugänglich macht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) Propagandamittel im Sinne des Absatzes 1 sind nur solche Schriften (§ 11 Abs. 3), deren Inhalt gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung oder den Gedanken der Völkerverständigung gerichtet ist.

[...]

Propagandamittel im Sinne des § 86 StGB sind zum Beispiel Schriften, die die staatliche Ungleichbehandlung der Menschen oder eines europäischen Staates auf Grundlage einer arischen Rassengemeinschaft fordern. Hierunter fallen auch Werke, in denen formuliert wird, dass Angehörige einer bestimmten Volksgruppe keine maßgebenden Posten im Staat bekleiden dürfen.

Da Parteien im demokratischen System eine zentrale Rolle zukommt, sind deren Verbote nur in ganz engen Grenzen möglich. Über ein Verbot entscheidet ausschließlich das Bundesverfassungsgericht als höchste richterliche Instanz in Deutschland. Bisher wurden mit der *Sozialistischen Reichspartei* (SRP) und der *Kommunistischen Partei Deutschlands* (KPD) nur zwei Parteien verboten. Zuletzt hat das Bundesverfassungsgericht das Verbotverfahren gegen die NPD im März 2003 eingestellt. Verbotene rechtsextreme Vereinigungen sind zum Beispiel *Blood & Honour*, die *Skinheads Sächsische Schweiz* (SSS) oder die *Fränkische Aktionsfront* (FAF). Solche Verbote werden vom Bundesinnenminister oder den Landesinnenministern ausgesprochen. Zuletzt wurden durch den Bundesinnenminister im Mai 2008 der *Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten* (VRBHV) verboten.

Relevant ist im Bereich des Internets vor allem § 86 Absatz 1 Nr. 4 StGB, der es verbietet Propagandamittel zu verbreiten, die nach ihrem Inhalt dazu bestimmt sind, Bestrebungen einer ehemaligen nationalsozialistischen Organisation fortzusetzen. Häufig findet sich auf rechtsextremen Angeboten Propagandamaterial wie Hitlers *Mein Kampf* als Download oder es werden alte Wochenschau-Filme aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges zugänglich gemacht, in denen die Kriegs- und Rassenziele des NS-Staates oder die Waffen-SS verherrlicht werden. Die rechtsextremen Anbieter verweisen dann zumeist darauf, dass

solche Inhalte rein zu dokumentarischen Zwecken ins Netz gestellt werden und dies erlaubt sei. Zwar ist es so, dass Hitlers *Mein Kampf* nicht unbedingt unter § 86 Absatz 1 Nr. 4 StGB subsumierbar ist, weil sein Inhalt nicht per se dazu bestimmt ist, Bestrebungen einer nationalsozialistischen Organisation in der heutigen Bundesrepublik fortzusetzen. Dieser Sachverhalt stellt aber eine Voraussetzung für die Anwendbarkeit des § 86 Absatz 1 Nr. 4 StGB dar. Wenn aus den Umständen allerdings ersichtlich wird, dass die Neuveröffentlichung gerade dem Zweck dient, die darin genannten Bestrebungen in der Bundesrepublik fortzuführen, ist § 86 StGB erfüllt. Sollte also zum Beispiel der Anbieter einer Website die Veröffentlichung mit Kommentierungen versehen haben, durch die er verdeutlicht, dass er die in *Mein Kampf* oder in den Wochenschauberichten genannten Ziele sehr wohl auf die heutige Zeit übertragen will, macht er sich nach § 86 StGB strafbar. Im Übrigen gibt es bei *Mein Kampf* die Besonderheit, dass die Urheberrechte beim Land Bayern liegen und jede Veröffentlichung ohne Genehmigung einen strafrechtlich relevanten Urheberrechtsverstoß darstellt.

2.3 Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen

§ 86a StGB verbietet es, Symbole, die verbotene Parteien oder Vereinigungen repräsentieren, zu verbreiten oder zu verwenden. Er entspricht dem Unzulässigkeitstatbestand in § 4 Absatz 1 Nr. 2 JMStV. Der § 86a StGB lautet:

(1) Mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer

1. im Inland Kennzeichen einer der in § 86 Absatz 1 Nr. 1, 2 und 4 bezeichneten Parteien oder Vereinigungen verbreitet oder öffentlich, in einer Versammlung oder in von ihm verbreiteten Schriften (§ 11 Absatz 3) verwendet oder

[...]

(2) Kennzeichen im Sinne des Absatzes 1 sind namentlich Fahnen, Abzeichen, Uniformstücke, Parolen und Grußformen. Den in Satz 1 genannten Kennzeichen stehen solche gleich, die ihnen zum Verwechseln ähnlich sind.

[...]

Der Begriff des Kennzeichens nach Absatz 2 umfasst alle Erkennungszeichen, die für eine bestimmte Partei oder Vereinigung typisch sind. Das bekannteste verbotene Symbol ist das Hakenkreuz. Aber auch Grußformeln wie *Heil Hitler* oder *Sieg Heil, meine Ehre heißt Treue* sind strafbar. Daneben dürfen auch Kampf- und Propagandalieder wie das *Horst-Wessel-Lied* als Kampflied der SA gemäß § 86a StGB nicht verbreitet werden.

Dieses Verbot allein zeigte allerdings nur begrenzte Wirkung, da sich Neonazis hierauf schnell eingestellt haben und stattdessen verbotene Kennzeichen in leicht abgeänderter Version benutzen, um einer Bestrafung zu entgehen. Zwar hat der Gesetzgeber inzwischen auch Kennzeichen unter Strafe gestellt, die den ursprünglichen Symbolen zum Verwechseln ähnlich sind – die Verwendung eines geschwungenen oder seitenverkehrten Hakenkreuzes ist ebenso strafbar wie das Original – allerdings gilt ein Symbol nur dann als zum Verwechseln ähnlich, wenn ein objektiver Beobachter ohne Hintergrundkenntnisse das Kennzeichen verwechseln könnte. Die Szene nutzt daher mit Vorliebe Ersatzsymbole: Viele dieser Zeichen – zum Beispiel der Zahlencode 88 als Synonym für *Heil Hitler* – sind nur in der Szene eindeutig und nicht für jeden auf den ersten Blick als Ersatz für den verbotene-

nen Gruß erkennbar. Solche Symbole fallen nicht unter § 86a StGB, da sie objektiv nicht den verbotenen Zeichen ähneln.

Mitte 2005 entschied beispielsweise der Bundesgerichtshof, dass das Skandieren der Parole *Ruhm und Ehre der Waffen-SS* nicht nach § 86a StGB strafbar ist, weil es sich dabei um eine von Rechtsextremen neu ausgedachte Wortschöpfung handelt und diese für den objektiven Beobachter nicht den nach § 86a StGB verbotenen Parolen von Hitlerjugend (*Blut und Ehre*) und Waffen-SS (*Meine Ehre heißt Treue*) zum Verwechseln ähnlich ist (vgl. Urteil des BGH vom 28.7.2005, AZ 3 StR 60/05). Diese Entscheidung wurde auch durch das Bundesverfassungsgericht bestätigt (vgl. Beschluss des BVerfG vom 1.6.2006, AZ 1 BvR 150/03).

Ebenso verhält es sich mit Kleidung bestimmter rechtsextremer Szenemarken. Das Tragen dieser Marken – zum Beispiel *Consdaple* – stiftet Zusammenhalt und signalisiert Zugehörigkeit. Unter einer offenen Jacke getragen, ist von einem *Consdaple*-T-Shirt nur noch *NSDAP* zu lesen, die Abkürzung für die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei. Dies ist nach einer Entscheidung des OLG Hamm aus dem Jahre 2003 nicht verboten, da der Begriff *Consdaple* nur vom Szene-Kenner als Kennzeichen der NS-Partei decodierbar sei (vgl. Urteil des OLG Hamm vom 9.10.2003, AZ 2 Ss 407/03).

Im Jahr 2006 haben Richtersprüche einzelner Gerichte für Aufsehen gesorgt, in denen Personen, die ein Emblem mit einem durchgestrichenen Hakenkreuz in der Öffentlichkeit trugen, wegen Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen verurteilt worden waren. Zwar enthalten solche Antifa-Logos ein Hakenkreuz, doch unterscheidet sich die Botschaft deutlich von der nationalsozialistischen. Für jeden objektiven Beobachter ist das klare Statement gegen jedwede Wiederaufnahme nationalsozialistischer Bestrebungen offensichtlich und damit erkennbar, dass gerade keine Verwendung im Sinne eines verbotenen Kennzeichens nach § 86a StGB beabsichtigt ist. Entsprechend hob der BGH ein Urteil des Landgerichts Stuttgart auf und stellte klar:

„Der Gebrauch des Kennzeichens einer verfassungswidrigen Organisation in einer Darstellung, deren Inhalt in offenkundiger und eindeutiger Weise die Gegnerschaft zu der Organisation und die Bekämpfung ihrer Ideologie zum Ausdruck bringt, läuft dem Schutzzweck der Vorschrift ersichtlich nicht zuwider und wird daher vom Tatbestand des § 86 a StGB nicht erfasst.“ (Urteil des BGH vom 15.03.2007, AZ 3 StR 486/06)

2.4 Volksverhetzung

§ 130 Absatz 1 und 2 StGB enthalten einen allgemeinen Anti-Diskriminierungstatbestand. Er soll abgrenzbare Bevölkerungsteile vor einem Angriff auf ihre Menschenwürde – speziell durch Verbreiten von Schriften – schützen. Diese Vorschrift findet sich entsprechend im § 4 Absatz 1 Nr. 3 JMStV. § 130 Absatz 1 und 2 StGB lauten:

- (1) Wer in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören,
 1. zum Hass gegen Teile der Bevölkerung aufstachelt oder zu Gewalt- oder Willkürmaßnahmen gegen sie auffordert oder
 2. die Menschenwürde anderer dadurch angreift, dass er Teile der Bevölkerung beschimpft, böswillig verächtlich macht oder verleumdet,wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.
- (2) Mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer

1. Schriften (§ 11 Absatz 3), die zum Hass gegen Teile der Bevölkerung oder gegen eine nationale, rassische, religiöse oder durch ihr Volkstum bestimmte Gruppe aufstacheln, zu Gewalt- oder Willkürmaßnahmen gegen sie auffordern oder die Menschenwürde anderer dadurch angreifen, dass Teile der Bevölkerung oder eine vorbezeichnete Gruppe beschimpft, böswillig verächtlich gemacht oder verleumdet werden,

a) verbreitet,

[...]

Als Teile der Bevölkerung gelten alle Personenmehrheiten, die sich durch innere oder äußere Merkmale – wie Volkszugehörigkeit, Religion, Beruf oder bestimmte soziale Funktionen – als eine von der übrigen Bevölkerung unterscheidbare Gruppe darstellen lassen. Diese Gruppe muss zahlenmäßig eine gewisse Größe erreichen, das heißt, sie darf nicht mehr individuell überschaubar sein (vgl. Urteil des OLG Frankfurt in: NJW 1989: 1369). Als Teile der Bevölkerung gelten zum Beispiel Richter und Staatsanwälte, Soldaten, Juden, Katholiken, Behinderte, Punker. Nicht als Teile der Bevölkerung gelten nur vorübergehende Gruppierungen (zum Beispiel Teilnehmer einer Demonstration, streikende Arbeiter) und Institutionen (zum Beispiel die Kirche, der Staat, der Zentralrat der Juden in Deutschland).

Unter Aufstacheln zum Hass versteht der Gesetzgeber ein zielgerichtetes Handeln, das dazu bestimmt ist, eine über die bloße Ablehnung oder Abneigung hinausgehende feindselige Haltung gegen Teile der Bevölkerung zu erzeugen oder zu steigern (vgl. Urteil des BGH in BGHSt 31: 213ff.). Es muss sich um eine Stimmungsmache handeln, durch die der geistige Nährboden für Gewaltexzesse gegen die Bevölkerungsgruppe bereitet wird. Eine Aufstachelung zum Hass liegt zum Beispiel vor, wenn behauptet wird, die Juden betrieben „als Urheber einer Vernichtungslegende die politische Unterdrückung und finanzielle Ausbeutung des Deutschen Volkes“ (Urteil des BGH in: BGHSt 31: 231). Ferner trifft dies zu, wenn Asylbewerber als „betrügerische Schmarotzer“ dargestellt werden, die „auf Kosten der schwer arbeitenden deutschen Bevölkerung ein faules Leben führen und sich über die dummen Deutschen auch noch lustig machen“ (Urteil des OLG Frankfurt in NJW 1995: 143).

Eine Aufforderung zu Gewalt- und Willkürmaßnahmen liegt nur dann vor, wenn eine bestimmte Aussage über die bloße Befürwortung hinausgeht und der Auffordernde will, dass sie der Empfänger ernst nimmt. Hiermit sind zum Beispiel Massenausschreitungen, Vertreibungen, Eingriffe in die Freiheit und Behandlungen, die mit einer wirtschaftlichen oder beruflichen Beeinträchtigung verbunden sind (Boykottaufrufe), gemeint. Parolen wie *Ausländer raus* oder *Türken raus* genügen allein nicht, da damit nicht in eindeutiger Weise Gewalt- oder Willkürmaßnahmen verbunden sind. Sie wären nur dann als Straftatbestand zu werten, wenn diese mit der eindeutigen Aufforderung verbunden ist, gewaltsam Ausländer aus dem Land zu vertreiben.

Ein Angriff auf die Menschenwürde anderer durch Beschimpfen, böswilliges Verächtlichmachen oder Verleumden ist gegeben, wenn eine entsprechende Aussage den Menschen im Kern seiner Persönlichkeit trifft, ihn unter Missachtung des Gleichheitssatzes als „unterwertig“ darstellt und ihm das Lebensrecht in der Gemeinschaft abgesprochen wird. Dies ist zum Beispiel der Fall bei der Gleichsetzung von Ausländern mit Tieren bzw. einem Vergleich von Ausländern mit Schweinekot (vgl. Urteil des OLG Düsseldorf in: MDR 1995: 948).

Zusätzlich erfordert § 130 Absatz 1 und 2 StGB, dass die Verbreitung einer entsprechenden Äußerung oder Schrift in einer zur Störung des öffentlichen Friedens geeigneten Weise geschieht. Der öffentliche Friede ist gestört, wenn offen oder latent ein Gewaltklima

geschaffen wird, wenn ein Zusammenleben ohne Furcht um Leib oder Leben nicht mehr möglich ist, wenn das Vertrauen des angegriffenen Bevölkerungsteiles in die öffentliche Rechtssicherheit erschüttert ist (vgl. Urteil des BGH in: BGHSt 16: 56). Eine Störung des öffentlichen Friedens liegt aber auch dann vor, wenn das öffentliche Klima dadurch vergiftet wird, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen ausgegrenzt werden oder ihnen ihr Gleichheitsrecht abgesprochen wird. Aus der Gesetzesformulierung ist zu erkennen, dass eine konkrete Gefährdung des öffentlichen Friedens nicht nachgewiesen werden muss. Eine konkrete Eignung zur Friedensstörung reicht aus. Eine Äußerung muss nach Inhalt, Art und konkreten Umständen so beschaffen sein, dass sie die Besorgnis rechtfertigt, es werde zu einer Friedensstörung kommen.

2.5 *Leugnung nationalsozialistischer Völkermordhandlungen*

Absatz 3 und 5 des § 130 StGB stellen vor allem Schriften oder Äußerungen unter Strafe, deren Inhalte den Holocaust leugnen oder bagatellisieren. Da dieser Bereich den Hauptteil der Verstöße ausmacht, wird dieser Tatbestand auch als das Verbot der Auschwitzlüge bezeichnet. Eingefügt wurde er erst 1994, da die Leugnung des Holocaust nach einer weit verbreiteten Ansicht im Schrifttum nicht per se eine böswillige Verächtlichmachung der jetzt in Deutschland lebenden Juden nach § 130 Absatz 1 und 2 StGB darstelle. Die Vorschrift findet sich entsprechend in § 4 Absatz 1 Nr. 4 JMStV. § 130 Absatz 3 StGB lautet:

(3) Mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer eine unter der Herrschaft des Nationalsozialismus begangene Handlung der in § 6 Absatz 1 des Völkerstrafgesetzbuches bezeichneten Art in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, öffentlich oder in einer Versammlung billigt, leugnet oder verharmlost.

Voraussetzung für das Vorliegen des Tatbestandes ist zunächst das Leugnen, Billigen oder Verharmlosen einer nationalsozialistischen Völkermordhandlung. Mit Leugnen wird gemeinhin das Bestreiten, In-Abrede-Stellen oder Verneinen einer NS-Völkermordtat bezeichnet. Dies muss nicht ausdrücklich, sondern kann auch in verklausulierter Form geschehen, wenn darin die wahren Absichten eindeutig zum Ausdruck kommen (vgl. Urteil des AG Hamburg in: NJW 1995: 1039). Unter den Begriff des Leugnens fällt zum Beispiel die Bezeichnung des Völkermordes als *Lügendgeschichte* oder *Erfindung*. Das bloße Infrage stellen reicht allerdings nicht aus. Demgegenüber meint Billigen das Gutheißen der NS-Völkermordhandlung und ist beispielsweise bei der Äußerung gegeben, *mit den Ausländern müsste man es ebenso machen wie der Hitler mit den Juden*. Unter Verharmlosen wird sowohl das Herunterspielen des Völkermordes in tatsächlicher Hinsicht als auch das Bagatellisieren oder Relativieren des Völkermordes in seinem Unwertgehalt verstanden. Ein Verharmlosen liegt bei den Behauptungen vor, die Zahl der ermordeten Juden liege allenfalls bei einer Million oder es habe jedenfalls die massenhaften Gaskammer-Morde nicht gegeben (vgl. Urteil des LG Mannheim in: NJW 1994: 2497). Eine Verharmlosung liegt ebenfalls vor, wenn für den Völkermord angebliche *Rechtfertigungsgründe* oder *rassenpolitische Notwendigkeiten* ins Feld geführt werden.

Aufgrund dieses Straftatbestandes wurden gerade in jüngster Zeit einige Gerichtsverfahren in der Bundesrepublik gegen zentrale Wortführer der so genannten geschichtsrevisionistischen Szene durchgeführt. Auschwitz-Leugner wie Ernst Zündel, Germar Rudolf und

Siegfried Verbeke nutzen insbesondere das Internet zur Verbreitung ihrer pseudowissenschaftlichen Thesen. Ernst Zündel wurde beispielsweise vom Landgericht Mannheim am 15.2.2007 unter anderem wegen Volksverhetzung über das Internet zu fünf Jahren Haft verurteilt. Die Revision wurde am 17.9.2007 durch den BGH verworfen.

2.6 Verherrlichung der nationalsozialistischen Gewalt- und Willkürherrschaft

Nach dem Willen des Gesetzgebers sollte die erst am 1. April 2005 in Kraft getretene Norm des § 130 Absatz 4 StGB eine Gesetzeslücke schließen. Davor stand nur die Leugnung von Völkermordhandlungen der Nationalsozialisten unter Strafe. Wer öffentlich die NS-Gewalt- und Willkürherrschaft billigte, verharmloste oder rechtfertigte, blieb straffrei. Eine entsprechende Regelung gibt es bisher im JMStV noch nicht. § 130 Absatz 4 und 5 StGB lauten:

(4) Mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer öffentlich oder in einer Versammlung den öffentlichen Frieden in einer die Würde der Opfer verletzenden Weise dadurch stört, dass er die nationalsozialistische Gewalt- und Willkürherrschaft billigt, verherrlicht oder rechtfertigt.

(5) Absatz 2 gilt auch für Schriften (§ 11 Absatz 3 StGB) des in den Absätzen 3 und 4 bezeichneten Inhalts.

Eine Billigung oder Verherrlichung liegt insbesondere dann vor, wenn Verantwortungsträger der Unrechtshandlungen angepriesen oder in besonderer Weise hervorgehoben werden. Wenn Adolf Hitler glorifiziert oder Entscheidungsträger des NS-Regimes wie der Hitler-Stellvertreter Rudolf Hess als *Friedensflieger* oder *Märtyrer des Friedens* bezeichnet werden, ohne auf seine Beteiligung an Nazi-Verbrechen einzugehen (vgl. Urteil des Verwaltungsgerichts Bayreuth vom 18. Juli 2005, AZ B 1 S 06.634), wird damit gleichzeitig die NS-Gewalt- und Willkürherrschaft verherrlicht beziehungsweise gebilligt. Auch die nach dem BGH nicht nach § 86a StGB strafbare Parole *Ruhm und Ehre der Waffen-SS* ist unter § 130 Absatz 4 StGB zu subsumieren, weil darin die für NS-Verbrechen maßgeblich verantwortliche Organisation der Waffen-SS verherrlicht wird.

Im Unterschied zu den vorher behandelten Abschnitten des § 130 StGB erfordert eine Anwendung des Absatz 4 allerdings, dass durch die Billigung oder Verherrlichung der öffentliche Friede konkret gestört sein muss. Erst wenn also eine allgemeine Beunruhigung der Bevölkerung innerhalb Deutschlands, mindestens aber unter einer nicht unbedeutenden Personenzahl festgestellt werden kann, wenn offen oder latent ein Gewalklima geschaffen wird oder das Vertrauen von Bevölkerungsteile in die öffentliche Rechtssicherheit bereits erschüttert ist, ist der Tatbestand erfüllt. Eine konkrete Friedensstörung ist im Rahmen von öffentlichen Versammlungen oder Demonstrationen relativ leicht feststellbar, weil die dadurch bei der Bevölkerung entstehenden Reaktionen unmittelbar zu Tage treten.

Im Bereich des Internets erscheint die Feststellung einer konkreten Friedensstörung ungleich schwieriger. Hierzu müssten Behörden zum Beispiel massenweise Beschwerden über entsprechende Verherrlichungen auf einer Website von einer Vielzahl wegen dieser Umtriebe besorgter Personen erhalten. In der Praxis führt dies dazu, dass eine Anwendung auf entsprechende Inhalte im Internet leider nur sehr selten möglich sein, der Tatbestand mithin für den Online-Bereich keine allzu große Relevanz entfalten wird. Allerdings

kommt bei der Verherrlichung der nationalsozialistischen Gewalt- und Willkürherrschaft auf Websites eine Indizierung wegen Jugendgefährdung in Betracht (siehe dazu unter 1.8.).

2.7 Die Sozialadäquanzklausel

Den unter 1.1. bis 1.5. aufgeführten Normen ist gemein, dass sie alle eine so genannte Sozialadäquanzklausel enthalten, bei deren Vorliegen die eigentlich verbotenen Handlungen, also zum Beispiel das Verbreiten von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, erlaubt sind. Diese Bestimmung findet sich so in § 86 Absatz 3 StGB und lautet:

Absatz 1 gilt nicht, wenn das Propagandamittel oder die Handlung der staatsbürgerlichen Aufklärung, der Abwehr verfassungswidriger Bestrebungen, der Kunst oder der Wissenschaft, der Forschung oder der Lehre, der Berichterstattung über Vorgänge des Zeitgeschehens oder der Geschichte oder ähnlichen Zwecken dient.

Nicht selten berufen sich auch Rechtsextreme darauf, dass die Verbreitung von eigentlich strafbewehrten Inhalten über ihre Website der staatsbürgerlichen Aufklärung dienen würde oder sie nur dokumentieren wollen, wie es in der Zeit des Nationalsozialismus „wirklich war“. Dabei handelt es sich allerdings um reine Schutzbehauptungen, die auch relativ leicht mit dem Sinn und Zweck der Sozialadäquanzklausel widerlegt werden können.

Mit der Sozialadäquanzklausel sollen diejenigen Handlungen straflos bleiben, die erkennbar nicht dem Zweck der Strafrechtsnormen widersprechen, die also billigenwertes Interesse dienen. Handlungen, die der Vermittlung von Wissen zur Anregung der politischen Willensbildung und Verantwortungsbereitschaft der Staatsbürger und damit der Förderung ihrer politischen Mündigkeit durch Information dienen, sollen straflos bleiben (vgl. OLG Stuttgart, Urteil vom 24.04.2006, AZ 1 Ss 449/05).

Ob ein Vorgehen missbilligt oder den vom Gesetzgeber anerkannten Zwecken dient, hängt maßgeblich von der objektiven, aus dem Inhalt zu ermittelnden Zwecksetzung ab (vgl. Urteil des BGH in: BGHSt 23: 226 ff.) Erfasst werden Handlungen, die sich zeitkritisch oder aufklärend für die Verfassung einsetzen oder sich in wissenschaftlicher Weise mit verfassungswidrigem Propagandamaterial auseinandersetzen oder zu Informationszwecken wahrheitsgemäß beziehungsweise mit erläuternder Begleitkommentierung, etwa über rassistische Umtriebe oder Leugnungen des nationalsozialistischen Völkermords, berichten.

Weiter gewinnen namentlich auch der Kontext und die Begleitumstände beziehungsweise der Gesamtzusammenhang, in dem sich die gesetzten Links finden, Bedeutung. So können über Links erreichbare Seiteninhalte aufgrund des in die Betrachtung einzubeziehenden Darstellungszusammenhangs als distanzierte kritische Berichterstattung oder als Teil einer bewertungsfreien Dokumentation erscheinen. Hingegen fehlt es an einem von der Rechtsordnung anerkannten legitimen Ziel etwa in Fällen, in denen sich aus einer unkommentierten Übernahme fremder Internetseiten ergibt, dass sich der Linksetzer dort enthaltene strafbare Inhalte zu eigen macht (vgl. OLG Stuttgart, Urteil vom 24.4.2006, AZ 1 Ss 449/05).

Zumeist reicht deshalb bereits ein Blick auf die sonstigen Inhalte eines rechtsextremen Angebotes oder auf die verlinkten Websites aus der Szene, um zu erkennen, dass eine Website nicht der staatsbürgerlichen Aufklärung dient, sondern vielmehr die Verbreitung rechtsextremer Propaganda zum Ziel hat.

2.8 Weitere Verbotstatbestände im StGB

Neben diesen Tatbeständen gibt es noch andere Strafrechtsnormen, die gegen rechtsextreme Inhalte im Internet vereinzelt angewendet werden können:

Zum einen kommt eine öffentliche Aufforderung zu Straftaten nach § 111 StGB in Betracht, etwa wenn auf rechtsextremen Websites so genannte Feindeslisten veröffentlicht werden, in denen unter Nennung von Namen und Adressen von Menschen, die sich beispielsweise gegen Rechtsextremismus engagieren, dazu aufgerufen wird, gegen diese Gewalt auszuüben. Schwierig ist in diesem Zusammenhang zu beurteilen, wann dieser Aufruf hinreichend konkret ist. Die bloße Nennung von Namen und Adressen wird leider für die Bejahung des Tatbestandes noch nicht ausreichen. Wenn aber aus den Umständen klar wird, dass damit zumindest auch das Ziel verfolgt wird, andere zu Körperverletzungen oder sogar Morden aufzufordern (beispielsweise durch Sätze wie „ihr wisst schon was zu tun ist“), dürfte § 111 StGB in der Regel erfüllt sein.

In Einzelfällen wird auch gegen den Tatbestand der Anleitung zu Straftaten nach § 130a StGB verstoßen. Dies ist der Fall, wenn auf Websites Handbücher, Flugblätter und andere Schriften veröffentlicht werden, die in der Ausführung von Gewalt- und Zerstörungsakten unterweisen. Auch als „Kochbücher“ bezeichnete Schriften, die Tipps zur Durchführung von Terrorakten enthalten, gehören hierzu.

2.9 Jugendgefährdende, rechtsextreme Websites

Häufig kann rechtsextremen Anbietern kein Verstoß gegen Strafrechtsvorschriften nachgewiesen werden. Gleichwohl ist die Vermischung von modernem Layout, Angeboten mit Erlebnischarakter und rassistischer Propaganda unterhalb der Strafbarkeitsschwelle besonders problematisch. Ein Vorgehen gegen Angebote auf der Ebene der Jugendgefährdung gewinnt im Bereich des Internets deshalb mehr und mehr an Bedeutung. § 4 Absatz 2 Satz 1 Nr. 2 JMStV regelt, dass jugendgefährdende, indizierte Web-Angebote grundsätzlich unzulässig sind – es sei denn, der Anbieter stellt sicher, dass solche Inhalte nur Erwachsenen zugänglich gemacht werden. Zuständig für die Indizierung von Websites ist die BPjM.

Als jugendgefährdend gelten beispielsweise die Glorifizierung Adolf Hitlers und die Verherrlichung oder Rehabilitierung der NS-Ideologie. Letzteres kommt vor allem dann in Betracht, wenn die totalitäre NS-Ideologie mittels Geschichtsklitterung beziehungsweise Geschichtsverfälschung aufgewertet, rehabilitiert oder verharmlost wird. Hierzu zählen Web-Angebote, die – der historischen Wahrheit zuwider – die Kriegsschuld Hitlers und seines totalitären NS-Regimes leugnen, oder solche, die die industriemäßig betriebene Vergasung jüdischer Menschen mit vermeintlichen Kriegsverbrechen anderer aufrechnen. Vereinzelt kann in solchen Fällen aber auch eine Verherrlichung der NS-Gewalt- und Willkürherrschaft nach § 130 Absatz 4 StGB vorliegen.

Für jugendschutz.net stellt die Indizierung mittlerweile eine wichtige Maßnahme gegen rechtsextreme Websites dar. So wurden beispielsweise 2007 von der Kontrollstelle 44 Indizierungsanträge initiiert. In den meisten Fällen führte bisher eine Indizierung dazu, dass rechtsextreme Seitenbetreiber ihre Website unverzüglich vom Netz nahmen.

3 Verantwortlichkeiten im Web – wer haftet wofür?

3.1 Grundsatz: Wer Inhalte einstellt ist verantwortlich

Grundsätzlich haftet zuvorderst der Autor für die von ihm verfassten und ins Netz eingestellten Inhalte. Dies betrifft rechtsextreme Anbieter, die auf ihren Websites strafbare Propaganda oder volksverhetzende Inhalte einstellen. Dies gilt aber auch für denjenigen, der in einem Gästebuch, einem Blog oder einem Forum strafbare Texte verfasst, auf einer Videoplattform ein volksverhetzendes Video hochlädt oder in einem sozialen Netzwerk gegen Ausländer hetzt und zu Gewaltmaßnahmen gegen sie aufruft.

3.2 Haftung für Links, Einträge in Gästebüchern und Foren

Wenn User strafbare Einträge hinterlassen – zum Beispiel nach § 86a StGB strafbare Grußformeln wie *Sieg Heil* – stellt sich die Frage, ob der rechtsextreme Betreiber eines Gästebuchs für solche Einträge verantwortlich gemacht werden kann. Da die Einträge von Dritten stammen, liegt hier eine Verantwortlichkeit nur dann vor, wenn ein Betreiber Kenntnis von den strafbaren Einträgen hat und er sie dennoch nicht löscht. Von einer Kenntnis kann zum Beispiel dann ausgegangen werden, wenn strafrechtlich relevante Einträge vom Betreiber selbst wohlwollend zur Kenntnis genommen werden – etwa durch Sätze wie „Danke für deinen tollen Eintrag“ oder „sehe ich genauso wie du“. Dies gilt auch, wenn der Betreiber direkt nach dem unzulässigen Beitrag einen eigenen Text verfasst hat. In vielen Fällen müssen Einträge vor der Online-Publikation freigeschaltet werden, so dass auch dann regelmäßig von einer Kenntnis auszugehen ist.

Die Frage der Verantwortlichkeit für strafbare Inhalte, die zwar nicht auf der eigenen Website stehen, aber mit Hilfe eines Links auf eine andere Website zugänglich gemacht werden, beschäftigt Juristen schon seit Jahren. Höchststrichterliche Entscheidungen dazu gibt es nicht, der BGH hat sich bisher nur zur Frage der Linkhaftung im Bereich des Wettbewerbsrechts geäußert. Allerdings haben einige Gerichte die Haftung eines Website-Betreibers für verlinkte Inhalte grundsätzlich bejaht. So hat das Amtsgericht Tübingen rechtskräftig mit Urteil vom 21. März 2005 einen Angeklagten wegen der Verlinkung auf eine neonazistische, ausländische Website mit strafbaren rechtsextremen Kennzeichen nach § 86a StGB verurteilt. Auch das OLG Stuttgart hat in einem Urteil aus dem Jahre 2006 klargestellt, dass im Grundsatz ein Seitenbetreiber für die Inhalte der mittels Link aufrufbaren Seiten sowie für die von dort über weitere Links erreichbaren Unterseiten rechtlich verantwortlich ist (vgl. OLG Stuttgart, Urteil vom 24.4.2006, AZ 1 Ss 449/05).

Ähnlich wie bei der Haftung für Einträge im Gästebuch ist entscheidend, ob der Anbieter Kenntnis davon hat, dass die verlinkten Inhalte gegen Strafrechtsnormen verstoßen. Ist dies zu bejahen, ist er für verlinkte Inhalte genauso verantwortlich wie für Inhalte, die er selbst auf seiner Website platziert hat. Folgende Kriterien können dabei entscheidend sein:

Steht die Website in einem rechtsextremen Kontext und verlinkt der Betreiber auf strafbare Angebote aus dem rechtsextremen Bereich, spricht dies dafür, dass er von den verlinkten Inhalten Kenntnis hat. Kommentare wie „Super Seite, die mit den Lügen über die Judenvernichtung aufräumt“ bei einem Link zu volksverhetzenden Inhalten sprechen eindeutig für eine Verantwortlichkeit des Website-Betreibers. Oft werden verlinkte Inhalte

auch im eigenen Frameset zugänglich gemacht. Damit ist gemeint, dass die verlinkten Inhalte im Rahmen der eigenen Website dargestellt werden, so dass für den Laien nicht erkennbar ist, dass es sich um fremde Inhalte handelt. Diese technische Ausgestaltung spricht ebenfalls dafür, dass sich ein Seitenbetreiber fremde Inhalte zu Eigen macht.

Viele rechtsextreme Websites haben einen Haftungsausschluss oder Disclaimer in ihr Angebot integriert. Damit versuchen die Autoren generell jede Verantwortlichkeit für Inhalte von sich zu weisen, die nicht von ihnen stammen. Zumeist wird darauf verwiesen, dass man sich generell von den Inhalten der verlinkten Websites und den Texten, die Dritte zum Beispiel ins Gästebuch oder Forum schreiben, distanzieren. Vor einer Bestrafung schützen kann ein solcher Haftungsausschluss aber nicht, da er rechtlich ohne Belang ist. Man kann sich seiner Verantwortlichkeit nicht dadurch entledigen, dass man sich in allgemeiner Form von Inhalten distanzieren wenn man sich gleichzeitig bewusst für die Verlinkung von Web-Inhalten Dritter entscheidet. Einige Staatsanwälte sehen in einem Disclaimer sogar ein Indiz dafür, dass der Betreiber einer Website weiß, dass er auf strafbare Inhalte verlinkt, da er sonst keinen Disclaimer vorschalten würde.

3.3 *Verantwortlichkeit von Providern*

Anbieter, bei denen Rechtsextreme ihre Website abgelegt haben (so genannte Host-Provider), Betreiber von Auktionsplattformen, auf denen beschlagnahmte oder indizierte rechtsextreme Tonträger angeboten werden, Verantwortliche von Videoplattformen, sozialen Netzwerken oder ähnlichen Angeboten des Web 2.0 haften grundsätzlich nur mittelbar für Rechtsverstöße ihrer Nutzer. Dies ergibt sich aus dem Telemediengesetz (TMG). Dieses enthält allgemeine Regelungen zur Verantwortlichkeit im Internet. Nach § 10 TMG sind Diensteanbieter für

„[...] fremde Informationen, die sie für einen Nutzer speichern, nicht verantwortlich, sofern sie keine Kenntnis von der rechtswidrigen Handlung oder der Information haben und ihnen im Falle von Schadensersatzansprüchen auch keine Tatsachen oder Umstände bekannt sind, aus denen die rechtswidrige Handlung oder die Information offensichtlich wird, oder sie unverzüglich tätig geworden sind, um die Information zu entfernen oder den Zugang zu ihr zu sperren, sobald sie diese Kenntnis erlangt haben.“

Diensteanbieter sind also für Rechtsverstöße ihrer Kunden erst dann belangbar, wenn sie von den Verstößen Kenntnis erlangt haben. Dies bedeutet gleichzeitig, dass sie nicht zu einer pro-aktiven Suche nach illegalen Inhalten auf ihrem Angebot verpflichtet sind. Gerade bei großen Plattformen, die über Millionen Nutzer und riesige Datenmengen verfügen, ist dies problematisch. So spricht zum Beispiel die Videoplattform YouTube davon, dass dort allein jede Minute über zehn Stunden an neuem Videomaterial hochgeladen werden. Die beiden sozialen Netzwerke studiVZ und schuelerVZ verfügten Ende April 2008 bereits über neun Millionen registrierte Mitglieder (Pressemitteilung von studiVZ und schuelerVZ vom 23. April 2008).

Für Verstöße gegen den Jugendschutz hat aber der BGH 2007 in einem wettbewerbsrechtlichen Verfahren um das Auktionshaus eBay klargestellt, dass es Umstände gibt, unter denen Diensteanbieter zu einer gewissen pro-aktiven Suche nach illegalen rechtsextremen Inhalten verpflichtet werden können. Im Verfahren ging es um die Frage ob eBay Maß-

nahmen ergreifen muss, um das wiederkehrende Anbieten von bestimmten beschlagnahmten oder indizierten Waren wirksam zu verhindern (Urteil des BGH vom 12.07.2007, AZ 1 ZR 18/04). Der BGH hat hierzu ausgeführt, dass sich die wettbewerbsrechtliche Verkehrspflicht des Betreibers einer Internet-Auktionsplattform hinsichtlich fremder jugendgefährdender Inhalte als Prüfungspflicht konkretisiert, zu deren Begründung es eines konkreten Hinweises auf ein bestimmtes jugendgefährdendes Angebot eines bestimmten Anbieters bedarf. Der Betreiber der Plattform ist nicht nur verpflichtet, dieses konkrete Angebot unverzüglich zu sperren, sondern muss auch zumutbare Vorsorgemaßnahmen treffen, damit es möglichst nicht zu weiteren gleichartigen Rechtsverletzungen kommt. Auch wenn diese wettbewerbsrechtliche Entscheidung nicht direkt auf Strafrecht und Jugendschutzrecht übertragbar ist, so kann man daraus aber unter Umständen ableiten, dass Dienstanbieter auch im Bereich dieser Rechtsverstöße – im Rahmen der technischen Möglichkeit und Zumutbarkeit – verpflichtet sind, dafür zu sorgen, dass bereits vorgekommene Rechtsverstöße (z.B. ein strafbares, rechtsextremes Video, ein Profil mit bestimmten, volksverhetzenden Inhalten) nicht erneut auf ihrer Plattform auftauchen.

4 Das medienrechtliche Aufsichtsverfahren

Werden über das Internet strafbare Inhalte verbreitet, kann ein Strafverfahren eingeleitet werden und gegen den Verantwortlichen eine Freiheitsstrafe oder eine Geldstrafe verhängt werden. Der JMStV enthält ebenfalls Sanktionsmöglichkeiten bei Verstößen gegen § 4 Absatz 1 und Absatz 2 JMStV. Während allerdings die oben genannten StGB-Tatbestände nur bei Vorsatz des Täters erfüllt sind, reicht im Rahmen des JMStV bereits eine fahrlässige Begehung aus. Kann man also einem rechtsextremen Täter nicht nachweisen, dass er Kenntnis davon hatte, dass auf einer verlinkten Website Kennzeichen nach § 86a StGB verbreitet wurden, scheidet zwar eine Bestrafung mangels Vorsatz aus. Im Rahmen des medienrechtlichen Verfahrens kann das Zugänglichmachen des Kennzeichens aber mit einem Bußgeld belegt werden, da es zumindest fahrlässig ist, sich nicht über die Inhalte einer verlinkten Website zu informieren. Nach dem JMStV können Verstöße nicht nur mit einem Bußgeld von bis zu 500.000 Euro geahndet werden, sondern die Medienaufsicht kann auch eine Sperrung der Inhalte durch den Verantwortlichen verlangen. Wenn dies nicht zum Erfolg führt, kann sie darüber hinaus entsprechende Sperrungen beim Provider, bei dem die Inhalte abgelegt sind, durchsetzen. Diese Möglichkeiten haben Strafgerichte nicht.

Zuständig für die Ahndung der Verstöße gegen den JMStV ist die Kommission für Jugendmedienschutz mit Sitz in München und Erfurt. Die KJM ist ein Organ der Landesmedienanstalten. Sie prüft ob Verstöße vorliegen und welche Maßnahmen eingeleitet werden müssen. Die Durchsetzung der Maßnahmen erfolgt durch die jeweilige Landesmedienanstalt im Sitzland des Betreibers.

5 Exkurs: Vorgehen gegen ausländische Angebote

In den vergangenen Jahren hat die Verfolgung von Internet-Kriminalität deutlich zugenommen. Vielfach wurden auch Web-Autoren verurteilt, die auf ihren Internet-Seiten Hass-Propaganda verbreitet und damit gegen deutsche Gesetze verstoßen hatten. Behörden haben

allerdings immer noch das Problem, dass Inhalte über ausländische Provider ins Netz gestellt werden. Nach deutschem Recht liegt auch dann eine Straftat oder ein Verstoß gegen den JMStV vor, wenn illegale rechtsextreme Inhalte vom Ausland aus verbreitet werden. Kann der Verantwortliche nicht ermittelt werden, können deutsche Behörden zunächst kein Verfahren einleiten.

Allerdings zeigen die Erfolge von jugendschutz.net in den letzten Jahren, dass es zumindest die Möglichkeit gibt, Neonazis auch im Ausland die Plattform zu entziehen. Die meisten ausländischen Provider untersagen ihren Kunden in ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen, rassistische und diskriminierende Inhalte über ihre Server zu verbreiten. jugendschutz.net weist deshalb die Provider in der Regel auf einen festgestellten Verstoß gegen deren Nutzungsbedingungen hin und bittet um eine Löschung der illegalen Inhalte. So gelang es 2007 in 82 Prozent aller unzulässigen Neuerfassungen die betreffenden Websites im Ausland zeitnah löschen zu lassen (jugendschutz.net: Projektbericht 2007).¹

Auch in Fällen, in denen dieser Weg nicht zum Erfolg führt, kann zumindest die Auffindbarkeit in Deutschland eingeschränkt werden. Dies gelingt durch eine Indizierung ausländischer, jugendgefährdender Websites durch die BPJM. Indizierte Websites werden von deutschen Suchdiensten (u.a. Google Deutschland und Yahoo Deutschland) nicht mehr als Suchtreffer ausgegeben.

Im Rahmen seiner Zusammenarbeit im dem International Network Against Cyber Hate (INACH) gelingt es jugendschutz.net seit 2003 immer wieder, in gemeinsamen Aktionen mit ausländischen Partnern auch großen Neonazi-Site die Propagandaplattformen im Netz zu entziehen.

6 Schlussbetrachtung

Auch in einem globalen Medium wie dem Internet ist es möglich rechtsextreme Bestrebungen mit rechtlichen Mitteln zu bekämpfen. So ist es durch gemeinsame Anstrengungen von jugendschutz.net, der Medienaufsicht KJM und den Polizei- und Strafverfolgungsbehörden in den letzten Jahren gelungen, die Zahl an strafrechtlich relevanten, rechtsextremen Inhalten auf deutschen Angeboten zu reduzieren. An ihre Grenzen stoßen Strafverfolgung und Medienaufsicht insbesondere bei ausländischen Angeboten, die keinem deutschen Verantwortlichen zugeordnet werden können. Auch Inhalte im Bereich der stark wachsenden Web 2.0 Plattformen können aufgrund der Masse an nutzergenerierten Inhalten nur schwer reguliert werden.

Gefordert sind hier vor allem Anstrengungen von den Anbietern solcher Dienste. Zwar reagieren viele inzwischen nach Hinweisen von jugendschutz.net und entfernen unzulässige Inhalte, doch bleibt das Problem durch deren neuerlichen Upload bestehen. Hier muss gemeinsam mit den Diensten nach Möglichkeiten gesucht werden, um mit technischen und personellen Mitteln die Verbreitung unzulässiger rechtsextremer Inhalte effektiv zu verhindern. Aufgerufen sind auch die Nutzer der interaktiven Communities, rechtsextreme Inhalte nicht un widersprochen zu dulden, sondern diese beim Betreiber der Plattform, jugendschutz.net, der KJM oder bei Strafverfolgungsbehörden zu melden.

1 zum Download unter: <http://www.jugendschutz.net/rechtsextremismus/Aktuell/index.html>

Literatur und Internetquellen

- Medienpädagogischer Forschungsverband Südwest (2008): JIM-Studie von 2008, Basisuntersuchung zum Medienumgang 12- bis 19-Jährigen. In: <http://www.mpfs.de/index.php?id=117> (zuletzt abgerufen am 20.3.2009).
- StudiVZ und schulerVZ (23.4.2008): Pressemitteilung: studiVZ und schulerVZ stellen eine neue Rekordmarke von 9 Millionen registrierten Mitgliedern auf. In: http://static.pe.schuelervz.net/lp/Pvz/de/press/img/pm_studivz_schuelervz080422.pdf (zuletzt abgerufen am 8.9.2008).
- YouTube (o.Dat.): Fact Sheets mit Traffic and Stats. In: http://www.youtube.com/t/fact_sheet, (zuletzt abgerufen am 20.3.2009).

Die Republik braucht keine Nazis. Ein Plädoyer für die wehrhafte Demokratie

Holger Hövelmann und Martin Krems¹

Am Ende dieses Bandes soll ein Appell zum Handeln stehen. Kein wohlfeiler Appell an die Gesellschaft, sich zu aktivieren. Sondern ein Appell an die Entscheidungsträger in diesem Staat, in der Auseinandersetzung mit dem organisierten Rechtsextremismus ihre originäre Verantwortung wahrzunehmen.

Egal in welcher Form uns Rechtsextremismus begegnet, ob durch gewalttätige Übergriffe, mit spektakulären Wahlerfolgen oder in Umfragen über die Verbreitung demokratiefeindlicher und antisemitischer Auffassungen: Aus der Politik folgt oft reflexartig der Hinweis auf die gesamtgesellschaftliche Aufgabe und der Ruf nach mehr Zivilcourage. Dieser Ruf ist berechtigt, aber er dient häufig auch dem Weiterreichen von Verantwortung.

Niemand kann sagen, dass es kein gesellschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus gibt. Auch in Regionen, von denen man das lange nicht vermutet hätte, zeigen Bürgerinnen und Bürger in großer Anzahl ihren Protest wie in Passau, holen sich Menschen demonstrativ die Straße zurück wie in Halberstadt. In Sachsen-Anhalt hat die Landesregierung nach einer ganzen Serie von Angriffen auf Ausländer und Andersdenkende und der öffentlichen Verbrennung von Anne Franks Tagebuch die Kampagne „Hingucken und einmischen“ ins Leben gerufen – als eine Antwort „von oben“, als Ersatz für manche ausgebliebene Protestaktion. Und was ist geschehen? Zu unserer Überraschung haben überall im Land Menschen die Aktion zu ihrer eigenen Sache gemacht, bilden sich Bürgerbündnisse, steigt die Bereitschaft, gegen rechte Propaganda und Gewalt im Alltag Anzeige zu erstatten.

Können wir mit dem Niveau gesellschaftlicher Gegenbewegung zufrieden sein? Auf keinen Fall. Viel zu oft folgen Menschen eher der Devise „Wegschauen und stillhalten“. Aber wer zu noch mehr Zivilcourage und noch mehr Widerspruch ermuntern will, der muss sich auch nach der Vorbildfunktion des Staates fragen lassen.

Als der israelische Botschafter Halberstadt besuchte und aus dem Dom heraus auf den Platz mit dem Denkmal für die deportierten und ermordeten Halberstädter Juden trat, musste er sich aus einer in der Nähe stattfindenden und ordnungsgemäß angemeldeten so genannten „Mahnwache“ der NPD heraus beschimpfen lassen. An diesem Tag haben wir uns nicht nur für unser Land geschämt. Wir haben uns auch gefragt, wie ein Repräsentant des Staates nach einem solchen Vorfall wohl Halberstädter Schülern erklären soll, dass sie mutig gegen antisemitische Sprüche auf ihrem Schulhof vorgehen müssen. Vielleicht hätte sich der Vorfall vor dem Dom verhindern lassen. Vielleicht hätte die Versammlungsbehörde die „Mahnwache“ verbieten können. Vielleicht hätte die Aktion mit Auflagen in einen anderen Stadtteil verbannt werden können. Vielleicht hätte das sogar ein Gericht akzeptiert.

¹ Dieser Text entstand unter Mitwirkung von Danny Schindler.

Aber wollen wir das so? Soll die Frage, ob der Botschafter des jüdischen Staates beim Gedenken an die Opfer des Holocaust von deutschen Nazis beleidigt wird, von der juristischen Argumentationskraft des zuständigen Landratsamtes abhängig sein? Sollen sich vor jeder NPD-Kundgebung die besten Polizeijuristen daran abarbeiten, die Auflagen so auszuüften, dass die schlimmsten Provokationen vermieden werden, und sollen dann immerzu Tausende von Polizisten ausrücken, um das Gedenken an Kriegsverbrecher oder um Hetzkampagnen für die Todesstrafe zu schützen? Sollen Kommunen, denen sich die NPD als Mieter für ihre Stadthalle aufdrängt, nach Auswegen und Umwegen suchen müssen, um solche Gäste wieder loszuwerden? Sollen Bürger, die sich Landtagsdebatten ansehen, Tiraden gegen die angebliche „Holocaustlüge“ anhören müssen?

Oder wollen wir nicht einfach unsere Verfassung anwenden? Artikel 21 Absatz 2 des Grundgesetzes sagt:

„Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind verfassungswidrig. Über die Frage der Verfassungswidrigkeit entscheidet das Bundesverfassungsgericht.“

Es gibt in unseren Gesetzen wesentlich unklarere Normen. Diese ist glasklar. Um sie anzuwenden, ist von den antragsberechtigten Verfassungsorganen – Deutscher Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung – zu prüfen, ob die genannten Voraussetzungen erfüllt sind und ob ein Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht mit guter Aussicht auf Erfolg geführt werden kann.

Denn das ist wohl der einzige Konsens in der gegenwärtigen Debatte um einen neuen Verbotsantrag: Ein solcher Antrag darf erst auf den Weg gebracht werden, wenn er große Erfolgsaussichten hat und die beim ersten Verbotsantrag aufgetretenen Verfahrenshindernisse aus dem Weg geräumt sind.

1 Das Scheitern des ersten Verbotsantrags

Der damalige bayerische CSU-Innenminister Günther Beckstein hatte Anfang 2000 die Prüfung eines Verbotsverfahrens öffentlich vorgeschlagen – so wie auch jetzt Bayern wieder zu den unionsregierten Bundesländern gehört, die die Forderung nach einem Verbotsverfahren übernommen haben. Der damalige Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) schloss sich dieser Auffassung an. Schließlich trugen die Verfassungsschutzbehörden, begleitet von großem öffentlichen Interesse, innerhalb von zwei Monaten das Gros der Beweise zusammen, die im Verlauf des Verfahrens fortlaufend ergänzt und erweitert wurden. Die Bundesregierung stellte ihren Verbotsantrag am 30. Januar 2001, Bundestag und Bundesrat folgten am 30. März 2001.

Das Verfahren wurde für die Antragsteller zunehmend problematisch, als bekannt wurde, dass sich unter den vom Bundesverfassungsgericht im Januar 2002 vorgeladenen Zeugen aus den Kreisen der NPD ein aktiver V-Mann des Bundesamtes für Verfassungsschutz und ein ehemaliger V-Mann der Verfassungsschutzbehörde Nordrhein-Westfalen befanden. Der sachsen-anhaltische Verfassungsschutz hatte entgegen der Praxis anderer Behörden von vornherein auf Zitate seiner aktiven und ehemaligen V-Leute sowie auf die Nennung ihrer Aktivitäten verzichtet.

Das Bundesverfassungsgericht beschloss am 18. März 2003, das NPD-Verbotsverfahren nicht fortzuführen. Drei von sieben Richtern waren der Auffassung, dass ein nicht behebbares Verfahrenshindernis vorliege. Für eine Fortführung des Verfahrens hätten mindestens fünf Richter votieren müssen.

Das Minderheitsvotum sieht in dem Einsatz von V-Leuten auf der Ebene des Bundesvorstandes oder der Landesvorstände der NPD unmittelbar vor und nach Anhängigkeit des Verbotsverfahrens ein nicht behebbares Verfahrenshindernis. Die Beobachtung der NPD durch V-Leute des Verfassungsschutzes, die als Mitglieder des Bundes- oder Landesvorstandes fungieren, sei unvereinbar mit den Anforderungen an ein rechtsstaatliches Verfahren. Die rechtsstaatlichen Anforderungen an das Parteiverbotsverfahren geböten die strikte Staatsfreiheit im Sinne unbeobachteter selbstbestimmter Willensbildung und Selbstdarstellung der NPD vor dem Bundesverfassungsgericht.

Den dargelegten Gründen kommt indes keine Bindungswirkung nach § 31 Absatz 1 des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes zu, weil es sich bei dem Einstellungsbeschluss um eine Prozessentscheidung und nicht um eine Sachentscheidung handelt. Das Gericht hat keine Entscheidung über die Verfassungswidrigkeit der NPD getroffen.

2 Die NPD ist eine reale Gefahr für die Demokratie

Seit dieser Verfahrensentscheidung ist eine Reihe neuer Tatsachen festzuhalten:

- Im September 2004 zog die NPD mit 9,2 Prozent in den Landtag von Sachsen, im September 2006 mit 7,3 Prozent in den von Mecklenburg-Vorpommern ein. In Sachsen konnte sich die Partei regional nicht nur in den Kommunalparlamenten verankern, sondern auch gesellschaftliche Wurzeln schlagen. Ähnliche Tendenzen sind auch in anderen – nicht nur, aber schwerpunktmäßig ostdeutschen – Regionen zu beobachten, auch bei den Wahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen in Berlin.
- Durch die Zusammenarbeit von NPD und DVU im Deutschland-Pakt konnte die wahlpolitische Zersplitterung der Rechtsextremen zu einem großen Teil überwunden werden. Mit Brandenburg, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen ist das Bündnis mittlerweile in vier Landesparlamenten vertreten. Die NPD kann von der übergreifenden Wahlabsprache stärker profitieren als die verbal weniger radikale, vor allem aber organisatorisch schwächere DVU.
- Die (anti-)parlamentarische Praxis der NPD im sächsischen Landtag zeigt unmissverständlich, wes Geistes Kind diese Partei ist: Verachtung für die Demokratie, Verspottung der Opfer des NS-Terrors, antisemitische Provokationen und Hass gegen Ausländer und Andersdenkende kennzeichnen ihre politischen Aktivitäten.
- Ihre Basis hat die NPD unter dem Bundesvorsitzenden Udo Voigt gestärkt durch die systematische Integration neonazistischer Kameradschaften. Nach jahrzehntelangem Schwanken zwischen offener Sympathie und taktischer Abgrenzung gegenüber den „freien Nationalisten“ hat sich die NPD für den schamlosen Weg der Einbeziehung dieser Kräfte entschieden. Kriminelle Einschüchterungsmethoden solcher Kameradschaften gegenüber politischen Gegnern, Ausländern und Behinderten waren dafür ebenso wenig ein Hinderungsgrund wie Vorstrafen ihrer Führungspersonen, die jetzt oft als NPD-Kandidaten zu Wahlen antreten.

- Gleichzeitig baut die NPD ein Netz von Vorfeldaktivitäten auf, die teilweise auf den ersten Blick unpolitisch erscheinen: Sportturniere und Kinderfeste, Ferienzeltlager und Heimatpflege werden von der NPD und ihrer Jugendorganisation, den „Jungen Nationaldemokraten“ (JN), angeboten. Die NPD hält zwar mit ihren rechtsextremen Inhalten nicht hinterm Berg, aber mit solchen niedrighschwelligigen, vorpolitischen Aktivitäten versucht sie weitere gesellschaftliche Akzeptanz zu gewinnen und Teil einer regionalen „Normalität“ zu werden.

Das bedeutet: Seit das Bundesverfassungsgericht das Verfahren einstellte, ist die Gefahr, die von der NPD für die Demokratie ausgeht, erheblich gewachsen. Jahrelange Ausgrenzung eines Teils der Gesellschaft vom Zugang zur Erwerbsarbeit, vor allem aber Abstiegsängste von noch in den Arbeitsmarkt Integrierten stärken die Neigung zur Abgrenzung, zur Suche nach Sündenböcken und zum Treten nach unten. In der Wirtschaftskrise wächst die Gefahr, dass Menschen ihre Hoffnungen auf autoritäre, demokratiefeindliche Scheinlösungen richten.

3 Rechtliche Grundlagen eines NPD-Verbots

Das Bundesverfassungsgericht hat Artikel 21 Absatz 2 des Grundgesetzes in den Parteiverbotsverfahren gegen die Sozialistische Reichspartei (SRP) sowie gegen die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) in den Jahren 1952 und 1956 ausgelegt. Die Verbotsanträge von Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung im Jahre 2001 sind davon ausgegangen, dass an der in den damaligen Verfahren vorgenommenen Auslegung festgehalten wird (so explizit der Antrag des Bundesrates). In Bezug auf die SRP und die KPD hat das Bundesverfassungsgericht die Verhältnismäßigkeit eines Parteiverbotes nicht geprüft. Eine Fortentwicklung der Rechtsprechung durch das Bundesverfassungsgericht kann zwar nicht ausgeschlossen werden, doch lässt der Wortlaut des Artikels 21 Absatz 2 eine Abwägungsentscheidung des Gerichts im Hinblick auf die Rechtsfolge nicht ohne weiteres zu.

Die weitergehende Vermutung, dass eine restriktivere Rechtsprechung mehr als 50 Jahre nach den SRP- und KPD-Verbotsentscheidungen schon allein mit Hinweis auf die gefestigtere Demokratie in Deutschland zwingend sei, überzeugt ebenfalls nicht: Der Einzug der NPD in die Landtage von Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern sowie die Wahlen zu den Berliner Bezirksverordnetenversammlungen, bei denen auch der NPD-Parteivoritzende Udo Voigt ein Mandat erringen konnte, zeigen, dass Parteien mit offen verfassungsfeindlichen Zielsetzungen bei Wahlen nicht immer marginalisiert werden.

Eine Partei ist nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts dann verfassungswidrig, wenn sie in aktiv-kämpferischer Weise darauf ausgeht, die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu beseitigen. Das heißt, zu einer verfassungsfeindlichen Zielsetzung der Partei muss eine bestimmte Intensität hinzukommen, mit der die verfassungsfeindliche Zielsetzung verfolgt wird, wobei der Nachweis der verfassungsfeindlichen Zielsetzung über die „Ziele“ der Partei oder das „Verhalten ihrer Anhänger“ erfolgen kann.

Durch das Bundesverfassungsgericht wurde die freiheitlich-demokratische Grundordnung im SRP-Verbotsverfahren wie folgt bestimmt:

„So lässt sich die freiheitlich demokratische Grundordnung als eine Ordnung bestimmen, die unter Ausschluß jeglicher Gewalt- und Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Herrschaftsord-

nung auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit und der Freiheit und Gleichheit darstellt. Zu den grundlegenden Prinzipien dieser Ordnung sind mindestens zu rechnen: Die Achtung vor dem im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, vor allem vor dem Recht der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung, die Volkssouveränität, die Gewaltenteilung, die Verantwortlichkeit der Regierung, die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, die Unabhängigkeit der Gerichte, das Mehrparteienprinzip und die Chancengleichheit für alle politischen Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition.“ (BVerfGE 2, S. 1 (S. 12 f.))

Bei der Beweiswürdigung präzisierte das Bundesverfassungsgericht dann die Voraussetzungen in Bezug auf die SRP. Hierin bestehen für die Feststellung der Verfassungswidrigkeit der ebenfalls rechtsextremen NPD die maßgeblichen Anknüpfungspunkte in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts:

Die Beweisaufnahme führt in ihrem Ergebnis zu folgenden Feststellungen:

1. Die SRP als politische Partei missachtet, wie das Verhalten ihrer Anhänger ausweist, die wesentlichen Menschenrechte, besonders die Würde des Menschen, das Recht der Persönlichkeit auf freie Entfaltung und den Grundsatz der Gleichheit vor dem Gesetz. Vor allem die von ihr betriebene Wiederbelebung des Antisemitismus belegt das nachdrücklich.
2. Die SRP bekämpft die demokratischen Parteien der Bundesrepublik in einer Weise, die erkennen lässt, dass sie nicht nur in legitimer Art ihr eigenes Programm gegenüber konkurrierenden Parteien in ein helles Licht rücken will, sondern in ihren politischen Zielen darauf ausgeht, die anderen Parteien aus dem politischen Leben auszuschalten. Sie bekämpft also nicht eine jeweils andere Partei, sondern das für die freiheitliche Demokratie wesentliche Mehrparteienprinzip.
[...]
4. Die SRP ist in ihrem Programm, ihrer Vorstellungswelt und ihrem Gesamtstil der früheren NSDAP wesensverwandt. Das Programm enthält die gleichen verwaschenen Versprechungen und vermeidet ein Bekenntnis zur Demokratie. In ihrer Vorstellungswelt, wie sich aus Äußerungen führender Funktionäre erkennen lässt, kehren der verstiegen mythisierte Reichsgedanke, das überhebliche Sendungsbewusstsein und das Ziel wieder, einen „Großraum“ unter deutscher Hegemonie zu schaffen. Der Gesamtstil zeigt im Großen bis in kleinste, ja sogar physiognomische Züge, Übereinstimmungen mit der NSDAP. Dies erweist sich vornehmlich im Auftreten von Nebenorganisationen, in System und Mitteln der Propaganda, im Kult mit sogenannten Blutzeugen, in der Wiederbelebung der Dolchstoßlüge, in der Vergiftung des politischen Lebens durch systematische Herabsetzung der Regierungsorgane und ihrer Träger, in der selbstgefälligen Übernahme der Rolle des Staatsfeindes, in der Missachtung der staatlichen Symbole und schließlich der staatlichen Rechtsordnung überhaupt. (BVerfGE 2, S. 1 (S. 68 f.))

Auf Grundlage der Rechtsprechung können also als zulässige Anknüpfungspunkte für die Feststellung der verfassungsfeindlichen Zielsetzung der NPD betrachtet werden:

- grundsätzliche Äußerungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung insgesamt:
 - Selbsteinschätzung der NPD als „verfassungsfeindliche Partei“
 - Äußerungen gegen die einzelnen Merkmale der freiheitlichen demokratischen Grundordnung:
 - Menschenrechte und Gleichheit unter „völkischem Primat“
 - Abschaffung der Demokratie („Sturz des Systems“, Antiparlamentarismus)

- Errichtung einer antidemokratischen Ordnung („völkischer Kollektivismus“)
- Diffamierung der Gerichte
- Ablehnung der Medienfreiheit
- Revisionismus
- Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus:
 - Politische Programmatik: Ideologie der „Volksgemeinschaft“, Reichsidee und Großraum-Denken, Sozialdarwinismus, Rassismus und Antisemitismus
 - Strategie und Taktik
 - Rhetorik und Sprache
 - Rechtfertigung von NS-Verbrechen, Ehrungen von Repräsentanten des Nationalsozialismus und nationalsozialistische Traditionspflege der NPD

Die Verfassungswidrigkeit der NPD ist festzustellen, wenn sie auf eine Beeinträchtigung oder Beseitigung der dargestellten Verfassungsgrundsätze ausgeht. Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes wird hierzu ein konkretes Unternehmen im Sinne des § 81 des Strafgesetzbuches nicht gefordert, auch kommt es auf den Grad der Wahrscheinlichkeit einer Realisierung der verfassungsfeindlichen Zielsetzung nicht an, es muss allein

„der politische Kurs der Partei durch eine Absicht bestimmt sein, die grundsätzlich und dauernd tendenziell auf die Bekämpfung der freiheitlich demokratischen Grundordnung gerichtet ist. Sie muss außerdem soweit in Handlungen (das sind u. U. auch programmatische Reden verantwortlicher Persönlichkeiten) zum Ausdruck kommen, dass sie als planvoll verfolgtes politisches Vorgehen der Partei erkennbar wird. [...] Das Einschreiten gegen eine Partei auf Grund des Art. 21 Abs. 2 GG ist seinem Wesen nach Präventivmaßnahme, Vorsorge für die Zukunft. Sie soll Gefahren rechtzeitig abwehren, mit deren Eintreten nach der bisher in Reden und Handlungen sichtbar gewordenen allgemeinen Haltung der Partei gegenüber der freiheitlich demokratischen Grundordnung gerechnet werden muss.[...] Eine Partei kann nach dem Gesagten auch dann verfassungswidrig im Sinne des Art. 21. Abs. 2 GG sein, wenn nach menschlichem Ermessen keine Aussicht darauf besteht, dass sie ihre verfassungswidrige Absicht in absehbarer Zukunft werde verwirklichen können. Ebensowenig ist die Anwendung des Art. 21. Abs. 2 GG deshalb ausgeschlossen, weil eine Partei etwa die Realisierung ihrer verfassungswidrigen Ziele zurückstellt, da sie im Augenblick keine Aussicht auf Verwirklichung sieht; wenn die verfassungsfeindliche Absicht überhaupt nachweisbar ist, braucht nicht abgewartet zu werden, ob sich die politische Lage ändert und die Partei nun die Verwirklichung ihrer verfassungswidrigen Ziele tatsächlich in Angriff nimmt.“ (BVerfGE 5, S. 85 (S. 142 f.))

Auf Grundlage dieser Rechtsprechung sind also mögliche Anknüpfungspunkte für die Feststellung der aktiv-kämpferischen, aggressiven Grundhaltung der NPD („Modalität der Verfassungsstörung“ in der Formulierung des Antrags des Bundestages), welche in einem erneuten Verbotsantrag untersetzt werden könnten:

- Ausschaltung politisch Andersdenkender
- militante Widerstands-, Notwehr- und Kriegsrhetorik
- öffentliche Demonstration von Gewaltbereitschaft
- Aufrufe zur gewalttätigen Auseinandersetzung
- tatsächliche Gewaltanwendung (insbesondere strafbares Verhalten von Mitgliedern)
- operative Denkweise der NPD

- „3-Säulen-Konzept“ der NPD
- Kaderschulung (insbesondere der JN)
- aktivistische Organisation der NPD als Bündnispartei und Widerstandsbewegung
- Einbindung von Rechtsextremisten, Neonazis und Skinheads
- Erkämpfung „befreiter Zonen“, Schaffung von „Angsträumen“

Das Bundesverfassungsgericht hat zur Ermittlung der verfassungsfeindlichen Zielsetzung einer Partei in der KPD-Verbotsentscheidung formuliert:

„Die Zielsetzungen einer Partei werden sich in der Regel ergeben: aus dem Programm und den sonstigen parteiamtlichen Erklärungen, aus den Schriften der von ihr als maßgebend anerkannten Autoren über die politische Ideologie der Partei, aus den Reden der führenden Funktionäre, aus dem in der Partei verwendeten Schulungs- und Propagandamaterial, sowie aus den von ihr herausgegebenen oder beeinflussten Zeitungen und Zeitschriften. Das Verhalten der Parteiorgane und der Anhänger kann Schlüsse auf die Zielsetzung zulassen.

Eine Dokumentation der Zielsetzung in dem Sinne, dass alle Ziele schriftlich niedergelegt oder sonstwie fixiert sein müssten, verlangt Art. 21, Abs. 2 GG nicht. Eine Verständigung innerhalb der Führungsgremien einer Partei ist auch ohne solche Festlegung möglich und – der Natur der Sache nach – nicht selten. Daher sind auch geheime Zielsetzungen und nachträgliche tatsächliche Änderungen ursprünglich schriftlich verlautbarter Zielsetzungen rechtserheblich, sofern sie nachweisbar sind. Im einzelnen mag es schwierig sein, den wahren Inhalt der offenen und das Bestehen verborgener Ziele zu erkennen. Ohne weiteres leuchtet es ein, dass Ziele aus denen sich die Verfassungswidrigkeit einer Partei ergeben könnte, niemals offen verkündet werden.“ (BVerfGE 5, S. 85 (S. 144))

Hinzu kommt als Beurteilungsgrundlage das Verhalten der „Anhänger“. Hierzu gehören nicht nur die Mitglieder der Partei, sondern auch deren Sympathisanten bzw. Unterstützer. Entgleisungen einzelner Mitglieder oder Anhänger können bei sonst loyaler Haltung der Partei zu vernachlässigen sein (Klein in Maunz/Dürig, Komm. z. GG, Art. 21, RN 538).

Im Antrag der Bundesregierung für ein NPD-Verbot ist zu diesem Themenkreis ausgeführt, dass sich die Partei sehr wohl zurechnen lassen müsse,

„wenn ihre Mitglieder und Sympathisanten die von ihr ausgegebenen Parolen zuspitzen, wenn sie offiziell Ungesagtes aussprechen und aus der Programmatik Schlüsse ziehen, die die Grenze des Zulässigen überschreiten – es sei denn, die Partei distanziert sich davon in glaubwürdiger Weise.

Die NPD fördert und nutzt die Bereitschaft ihrer Mitglieder und Anhänger zur Verbreitung verfassungsfeindlicher, insbesondere rassistischer und antisemitischer Parolen ungeniert. Sie duldet und billigt dabei sogar strafbares Verhalten von Sympathisanten; ihre Führung besteht zum Teil selbst aus Personen, die wegen Straftaten aus dem Bereich des Staatsschutzes vorbestraft sind. [...] Die zahlreichen verfassungsfeindlichen Äußerungen, die in oder anlässlich von Veranstaltungen der NPD von Mitgliedern und Anhängern getan wurden, lassen sich nicht als einzelne „Ausreißer“ oder „Entgleisungen“ qualifizieren, sondern geben die Grundeinstellung der Partei wieder.“

Das müssen und können wir in einem erneuten NPD-Verbotsverfahren aktualisiert belegen.

4 Die Signalwirkung eines NPD-Verbots: Die wehrhafte Demokratie macht Ernst

Wenn von den Bürgern und der Zivilgesellschaft immer wieder entschiedenes Eintreten gegen Rechtsextremismus erwartet wird, kann sich der Staat nicht aus der Verantwortung stehlen. Die erwartete Verteidigung von Demokratie und Freiheit gegen die Feinde von Demokratie und Freiheit erfordert von den Bürgern und der Zivilgesellschaft Mut. Diesen Mut können wir nur dann einfordern, wenn die Verfassungsorgane mit ihren eigenen Möglichkeiten gegen den Rechtsextremismus vorangehen. Ein Verbot wäre Ausdruck einer wehrhaften Demokratie. Natürlich wird ein Verbot das rechtsextreme Gedankengut nicht beseitigen, aber es verschafft uns unvergleichlich bessere Möglichkeiten, es zu ächten.

Der legale Status der NPD als Partei bietet den Rechtsextremen nicht nur die Möglichkeit, ihr Gedankengut ungehindert zu verbreiten, er verschafft ihnen durch die Wahlkampfkostenerstattung und die Finanzierung ihrer Fraktionen auch noch staatliche Mittel, die ausgezahlt werden müssen, auch wenn ihr Missbrauch absehbar ist. Heute ist die Situation paradox: Der Staat stellt zugleich Geld zur Verfügung, um demokratie- und systemfeindliche Bestrebungen zu bekämpfen – er setzt also Mittel zugleich für und gegen die NPD ein.

Das niedersächsische Innenministerium hat in die Diskussionen der Innenministerkonferenz ein von ihm beauftragtes Gutachten des Staatsrechtlers Volker Epping eingebracht, das Möglichkeiten für den Verlust der staatlichen Parteienfinanzierung unterhalb der Verbotsschwelle aufzeigt. Das Gutachten sieht dafür eine Änderung des Parteiengesetzes und des Grundgesetzes vor. Diese Vorgehensweise ist aber alles andere als unproblematisch. Das Parteienprivileg ist ein hohes Gut unserer Demokratie. Es war eine richtige Entscheidung des Parlamentarischen Rates, einen Eingriff in dieses Privileg ausschließlich dem Bundesverfassungsgericht vorzubehalten. Durch Grundgesetzänderung den Bundestagspräsidenten zu ermächtigen, zwischen Parteien 1. und 2. Klasse zu unterscheiden, ist ein fragwürdiger Ansatz. Die Frage der Parteienfinanzierung bleibt damit untrennbar mit der Frage der Legalität einer Partei verbunden.

Neben den finanziellen Folgen hätten Verbot *und Auflösung* der NPD zahlreiche weitere Auswirkungen: Die logistischen, organisatorischen und propagandistischen Möglichkeiten der Partei würden stark eingeschränkt. Ihre Teilnahme an Wahlen wäre unterbunden, auch wenn sie sicher ein Antreten über Tarnlisten versuchen würde. Der Wegfall des Parteienprivilegs würde auch verhindern, dass ansonsten verbotswürdige Demonstrationen unter dem Schutz dieses Privilegs dennoch stattfinden könnten. Mithin geht es um Strukturen, Funktionen und Rechte, die allein auf dem Status als Partei basieren, und die lediglich durch ein Verbot als Partei substantiell beeinträchtigt werden können.

Rechtsextremisten verdienen keine Privilegien, auch kein Parteienprivileg. Die NPD hat sich zum organisierenden Zentrum des Rechtsextremismus entwickelt, zum Scharnier zwischen Neonazi-Kameradschaften, traditionalistischen Bierzeltnazis und intellektuellen „neuen Rechten“. Diese Funktion hat die NPD vorrangig wegen ihres Parteienprivilegs gewonnen. Wenn wir es ihr entziehen, machen wir unsere Demokratie ein Stück stabiler.

5 Zur Auseinandersetzung mit den Argumenten gegen ein neues Verbotsverfahren

5.1 „Das Verfahren könnte scheitern“

Ein Argument, und mutmaßlich das Hauptargument der Gegner eines Verbotsverfahrens, ist ein mögliches Scheitern vor dem Bundesverfassungsgericht – mit unbestreitbaren politischen Folgen. Befürchtet werden:

- ein Ansehensverlust für die regierenden Eliten und die demokratischen Parteien, die nunmehr schon im zweiten Versuch scheitern würden.
- ein Ansehensverlust für die „wehrhafte Demokratie“, der es zum zweiten Mal nicht möglich wäre, eine in der allgemeinen Wahrnehmung evident verfassungsfeindliche und extremistische Partei mit den Mitteln des Rechtsstaates zu verbieten.
- die NPD würde formal aufgewertet. Für den Fall, dass das Verbotsverfahren diesmal nicht an verfahrensrechtlichen Bedenken, sondern an inhaltlichen Kriterien scheitert, kann sich die NPD in ihrer Außendarstellung gar als rechtsstaatlich legitimierte, weil nicht verbotene Partei gerieren, mit der Folge möglicher Akzeptanz- und Stimmengewinne. Die politisch-moralische Bekämpfung der Partei würde ohne Zweifel erschwert.

Das Prozessrisiko ist der wichtigste und ernstzunehmendste Einwand in der Diskussion um einen neuen Verbotsantrag. Im Frühjahr 2008 haben die Innenminister und -senatoren von Berlin, Bremen, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein ihre Erkenntnisse über die NPD zusammen getragen und dem Bundesinnenminister zur Verfügung gestellt. Die Erkenntnissammlung der SPD-geführten Innenressorts ist naturgemäß fragmentarisch, weil die meisten unionsgeführten Ministerien damals noch nicht mitgewirkt haben. Doch schon die seinerzeit dokumentierten Positionen, Aktionen und Strategien der NPD belegen ihre verfassungsfeindliche Zielstellung und ihre aktiv-kämpferische Vorgehensweise. Neue Erkenntnisse sind seitdem hinzugekommen, und weitere können aus den CDU/CSU-geführten Innenministerien beigeleitet werden.

Bei einer Entscheidung in den antragsberechtigten Verfassungsorganen ist deshalb zwar zu bedenken, dass ein Restrisiko verbleibt. Die hauptsächlichen Probleme in der Prozessführung liegen jedoch nicht in der Nachweisführung gegenüber Ziel und Vorgehen der NPD, sondern im „Verfahrenshindernis“ V-Leute. Wenn dieses Problem gelöst wird, ist ein neuer Verbotsprozess gegen die NPD kein solches Risiko, wie es gelegentlich gezeichnet wird.

5.2 „Das Problem V-Leute ist nicht gelöst“

Die Auflage des Bundesverfassungsgerichts, aus verfahrensrechtlich-rechtstaatlichen Gründen unmittelbar vor und während des Verbotsverfahrens keine V-Männer in den Führungsebenen der Partei zu nutzen bzw. diese abzuschalten, wird insbesondere von einer Mehrheit unter den Innenpolitikern der CDU in Widerspruch gesehen zur staatlichen Aufgabe der Beobachtung verfassungsfeindlicher Bestrebungen. Die Aufgabe als solches steht jedoch nicht im Widerspruch zum Ziel des Verbots einer verfassungswidrigen Partei. Die Politik

hat die Leitentscheidung zu treffen, ob im Kampf gegen die Bedrohung der Demokratie von rechts das von der Verfassung zur Verfügung gestellte Instrument des Parteienverbots das richtige Werkzeug ist. Wenn sie diese Entscheidung trifft, müssen die Verfassungsschutzbehörden ihre Aufgabe der Beobachtung verfassungsfeindlicher Bestrebungen unter Hintanstellung des Einsatzes von V-Leuten erfüllen. Den Behörden stehen viele andere, meist offen zugängliche Informationsquellen zur Verfügung, um die NPD zu beobachten. Informationen aus diesen Quellen, nicht zuletzt auch im Internet, machen schon heute einen Großteil des Erkenntnisgewinns der Verfassungsschützer aus.

Das in der öffentlichen Diskussion aufgrund der Erfahrungen von 2003 oft als besonders dramatisch erscheinende Problem der V-Leute ist tatsächlich leicht aus dem Weg zu räumen. Berlins Innensenator Erhart Körting erregte im Frühjahr 2009 Aufsehen, als er für Berlin – und für seine SPD-Kollegen gleich mit – erklärte, die V-Leute auf den Führungsebenen der NPD seien von ihnen abgeschaltet worden. Erhart Körting war zwar voreilig, was die Vollzugsmeldungen für die anderen Länder anging, er war aber korrekt in der Wiedergabe des gemeinsamen Willens der SPD-Innenminister. Zwischenzeitlich ist über Parteigrenzen hinweg, auch in CDU und CSU die Bereitschaft gewachsen, die V-Leute auf den NPD-Führungsebenen für den erforderlichen Zeitraum abzuschalten. Den vorübergehenden Verlust von Quellen und nachrichtendienstlichen Kontakten sind wir als Preis für das Verbot der größten und gefährlichsten rechtsextremen Gruppierung in Deutschland zu zahlen bereit.

5.3 „Ein Verbotsverfahren verschafft der NPD mediale Dauerpräsenz“

Die NPD könnte sich im Falle eines Verfahrens erheblich mehr Aufmerksamkeit in den Medien sichern, ihr würde gleichsam eine weitere und bundesweite Bühne geboten, so lautet ein weiterer Einwand gegen das Verbotsverfahren. Das ist sicher zutreffend, wir müssen aber die Reichweite dieses Arguments kritisch beleuchten.

In den Regionen, in denen die NPD besonders erstarkt ist wie in Teilen von Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern, hat sie diese Stärke nicht durch medienvermittelte Präsenz gewonnen. Ähnlich wie 1998 beim DVU-Wahlkampf in Sachsen-Anhalt, der zum Einzug in den Landtag mit 12,9 Prozent der Stimmen führte, organisieren sich die Rechtsextremisten ihren Kontakt zu den Wählerinnen und Wählern unmittelbar durch klassische Wahlkampfmedien wie Plakate, Flugblätter und Briefe sowie (jedenfalls die NPD, weniger die DVU) durch das Internet, Veranstaltungen und persönliche Präsenz – so wie andere Parteien auch.

Es wäre ein Irrtum zu glauben, die NPD könne gewissermaßen gesellschaftlich unsichtbar werden, wenn mangels Gegenaktionen – ob zivilgesellschaftlicher Protest oder Verbotsverfahren – kein Anlass zur Berichterstattung in den Massenmedien entstände. Die NPD schafft durch ihr aktionistisches Vorgehen und durch kalkulierte Provokationen in den Parlamenten nicht nur zunehmend selbst Anlässe für Medienauftritte, sondern sie verfügt auch über Möglichkeiten, Menschen direkt und ohne Medienvermittlung zu erreichen – und ihnen zu vermitteln, dass sie nicht nur der „etablierten“ Politik, sondern auch den Medien („Systempresse“) keinen Glauben schenken dürfen.

Ein Verbotsverfahren bietet auch eine Chance zur Aufklärung einer breiten Öffentlichkeit über den verfassungsfeindlichen Charakter der NPD – so wie allein schon die Dis-

kussion über einen neuen Verbotsantrag öffentlich deutlich macht, dass sie keine Partei wie jede andere ist.

5.4 *„Was verboten ist, ist gerade reizvoll“*

Ähnlich gelagert ist das Argument, durch ein erfolgreiches Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht erhalte die NPD den Reiz des Verbotenen. Es könne zu Sympathiegewinnen gerade wegen des Verbots kommen – zum einen gewissermaßen als Trotzreaktion der ihr bisher nur latent nahestehenden Personen. Zum anderen würde das Verbot durch die NPD und ihren Unterstützerkreis wohl instrumentalisiert werden, um auf ihre ewige Opferrolle und auf die Heuchelei eines nur vermeintlich liberalen politischen Systems hinzuweisen.

Dieser hypothetischen Befürchtung stehen die realen Erfahrungen mit der heutigen Anziehungskraft der NPD für das rechtsextreme Spektrum gegenüber. Heute sind es gerade das Parteienprivileg, die öffentliche Finanzierung und die Aussicht auf Wahlerfolge, kurz: die Annehmlichkeiten der Legalität und der Zugang zu Brückenköpfen im „System“, die die NPD zum zentralen Anziehungspunkt für unterschiedliche neonazistische und rechtsextreme Strömungen machen.

In diesem Kontext ist auch das Argument zu hören, ein Parteienverbot sei mehr oder weniger wirkungslos, weil jederzeit Ersatzorganisationen geschaffen werden könnten, gegen die der Staat dann wieder mit demselben Aufwand vorgehen müsse. Ein Blick auf die Wirkungsgeschichte früherer Parteienverbote belehrt jedoch eines Besseren: Das KPD-Verbot, ergangen auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges, eliminierte die Kommunisten in Westdeutschland nicht nur dauerhaft als parlamentarische Kraft. Das ursprünglich gegen die KPD gerichtete Wiederbetätigungsverbot musste darüber hinaus in der „formierten Gesellschaft“ der BRD der 50er- und 60er-Jahre auch erhalten als Legitimierung für die Behinderung und Kriminalisierung unterschiedlichster oppositioneller Bestrebungen, vom Widerstand gegen die Wiederbewaffnung und den NATO-Beitritt bis zu den Ostermärschen gegen die atomare Hochrüstung und zum Kampf gegen die Notstandsgesetze. Einer solchen politischen Breitenwirkung, um nicht zu sagen einem solchen Missbrauch eines Parteienverbots soll hier in keinem Fall das Wort geredet werden. Aber die heute manchmal zu hörende Annahme, der Staat besitze gar kein wirksames Repressionspotential, kann als historisch widerlegt gelten.

5.5 *„Ein Verbot taugt nicht als Mittel zur gesellschaftlichen Auseinandersetzung“*

Als ein wesentliches funktionales Argument wird regelmäßig angeführt, dass sich die NPD als „politische Richtung“ durch ein juristisches Verbot nicht substantiell bekämpfen lässt. Gedankengut lässt sich in Orwells „1984“, aber nicht im freiheitlich-demokratischen Verfassungsstaat verbieten. Gewissermaßen bliebe die Gesinnungsgemeinschaft NPD in den Köpfen oder „im Untergrund“ weiter bestehen. Gemeinhin wird dies Argument mit den Worten beschrieben, man müsse die NPD politisch bekämpfen, die inhaltliche Auseinandersetzung suchen.

Damit im Zusammenhang steht das Argument, dass NPD-affinen Gesinnungen immer auch gesellschaftliche Ursachen zu Grunde liegen. Diese würden im Falle eines erfolgreichen Verbotes nicht nur nicht beseitigt, sondern als solche dann womöglich auch verkannt oder vernachlässigt (weil die NPD ja nun verboten ist). Es bestehe die Gefahr einer mehr oder weniger bewussten Selbsttäuschung.

Das Argument impliziert, die „eigentliche“ Gefahr, die vom Rechtsextremismus ausgehe, sei eine gesellschaftliche, keine tatsächlich-politische. Es reduziert den Rechtsextremismus auf eine Gedankenströmung, deren schädliche Wirkung für die Gesellschaft in der Verbreitung negativer Werte wie Rassismus, Antisemitismus oder Demokratieskepsis besteht. Die praktisch-politische Gefahr, die von einer Partei mit dem Anspruch ausgeht, das demokratische System zu stürzen, wird dagegen geringer geschätzt.

Diese Argumentation verkennt jedoch, dass unter den Bedingungen rechtsextremer Wahlerfolge diese negativen Werte keineswegs nur mehr unter der Oberfläche verbreitet werden, quasi als Geheimitipp unter männlichen Jungwählern mit Abstiegsängsten. Die Erfahrungen anderer europäischer Staaten mit großen wahlpolitischen Erfolgen von Rechtsextremisten oder Rechtspopulisten zeigen, dass das offene, erfolgreiche Agieren solcher Parteien zunehmend auch die Agenda der anderen Parteien beeinflusst und dazu führt, dass zum Beispiel die von den Rechtsextremisten behaupteten und geschürten „Überfremdungsängste“ zum Anstoß für eine restriktivere Zuwanderungspolitik und damit auch für neue Intoleranz im Alltag werden. Eine legal agierende rechtsextremistische Partei mit Ansätzen für wahlpolitische Erfolge nimmt in ganz anderer Weise Einfluss auf die politisch-moralische Grundhaltung einer Gesellschaft als eine zur Illegalität gezwungene Bewegung.

Das Argument wird dann infam, wenn den Befürwortern eines Verbotsverfahrens unterstellt wird, sie wollten sich damit der Verpflichtung zur inhaltlichen Auseinandersetzung entziehen, seien dafür zu bequem oder fühlten sich ihr nicht gewachsen. Wenn diese Behauptung von rechts kommt, kann sie uns nicht überraschen, sie taucht aber auch gerne immer wieder in Feuilletons und Leitartikeln der politischen Mitte auf. Es wird sich wohl nirgends ein tatsächlicher Anhaltspunkt dafür finden, dass jemand dafür plädiert hat, nach einem anzustrebenden Verbot das Feld des zivilgesellschaftlichen Protests zu verlassen und die Aufklärung über die Gefahren von Rechtsextremismus und Rassismus einzustellen. Das ist eine haltlose Unterstellung.

Unsere Hoffnung ist aber, dass eine Bewegung, deren gesellschaftliche Ächtung durch ein Verbot manifest geworden ist, sich auch leichter zurückdrängen, schwächen und widerlegen lässt. Weil das Verbot Argumente eben nicht ersetzt, sondern unterstreicht.

5.6 „Eine demokratisch gewählte Partei darf man nicht verbieten“

Demokratiethoretisch wird eingewandt, dass die NPD bereits demokratisch gewählt in zwei Volksvertretungen sitzt. Ein Verbot einer solchen Partei trage gewissermaßen zur Delegitimierung von Demokratie bei.

Dieses Argument zu Ende zu denken hieße, dass moderne demokratische Staaten aus dem Scheitern der Demokratien in den 20er- und 30er-Jahren des 20. Jahrhunderts, insbesondere aus dem Untergang der Weimarer Republik, nicht den Schluss ziehen dürften, ihre Feinde gesetzlich von Positionen auszuschließen, von denen aus sie an einem neuen Untergang arbeiten können. Es hieße, dass bei immer größer werdenden Wahlerfolgen von

Rechtsextremisten die demokratischen Kräfte umso zurückhaltender in der Wahl ihrer Mittel zur Verteidigung der Demokratie sein müssten.

Das scheint keine kluge Empfehlung zu sein. Den Anfängen zu wehren – das war der antifaschistische Konsens in Deutschland nach der Befreiung vom Nationalsozialismus 1945 –, dafür ist es heute schon zu spät. Wir müssen heute bereits den Auswüchsen wehren, und wir müssen Vorsorge dafür treffen, dass nicht vielleicht die nächste demokratische Generation schon dem Durchbruch wehren muss.

6 Schlussbemerkung

Bei Abfassung dieses Beitrags befindet sich die NPD in einer schweren Krise. Die Partei wird von der Auseinandersetzung um den Parteivorsitz und von einem Linienstreit um den Umgang mit den offen neonazistischen „Freien Kräften“ geprägt. Zugleich erschüttert ein Finanzdesaster die Partei.

Diese Probleme kann man als Demokrat zwar erfreut zur Kenntnis nehmen, aber beruhigen können sie nicht. Die NPD war in ihrer Geschichte schon mehrfach am Rande ihrer Existenz, und sie wurde schon häufiger von verschiedensten rechtsextremistischen Strömungen umkämpft, die sich aber nur graduell und nicht in ihrer grundsätzlichen Ablehnung der Verfassungsordnung unterscheiden. Gerade diese Linienstreitigkeiten sind Ausdruck der Funktion, die die Partei für den organisierten Rechtsextremismus immer wieder einnimmt: Sie dient als organisierendes Zentrum, als wahlpolitische Plattform, als Projektionsfläche für den erträumten Einzug in die Parlamente der verhassten und verachteten Demokratie. Eine solche Plattform kann sich auch nach scharfen personellen Querelen, nach einer Finanzpleite oder unter verändertem Namen erneuern. Deshalb ist der Krach in der NPD kein Zeichen zur Entwarnung.

Und dennoch: Die Art und Weise, wie in rechtsextremistischen und rechtspopulistischen Bewegungen immer wieder um die Macht gerungen wird, markiert auch einen systematischen Vorteil der demokratischen Kräfte. Der Streit, der Kompromiss, der Mehrheitsentscheid und das Recht, diese Mehrheit wieder infrage zu stellen, sind nicht die Schwächen, sondern die Stärken der Demokratie. Wer dagegen das Führerprinzip über den Mehrheitswillen stellt, programmiert nicht nur eine immerwährende Auseinandersetzung um die künftige Führerschaft, sondern sperrt auch die Kompetenz derjenigen aus, die in diesen Auseinandersetzungen unterliegen. In rechtsextremistischen Bewegungen ist ein Andersdenkender immer gleich ein Verräter, ein Agent, ein „Achteljude“.

Die Mittel, die wir in der Auseinandersetzung mit der NPD wählen, dürfen wir nicht von deren Tagesform abhängig machen, sondern von der grundsätzlichen Gefahr, die von dieser Partei ausgeht.

In der NPD schließen sich die Feinde der Freiheit zusammen, um den demokratischen Staat mit seinen eigenen Mitteln zu bekämpfen. Der Staat hat aber die Mittel, sich zu wehren. Die NPD gehört verboten. Jetzt.

Personenregister

- Aae, Per Lennart 50, 472
Aarseth, Ostein (alias Euronymous) 182
Abd Al-Nasser, Jamal 441
Achenbach, Ernst 360
Addo, Otto 574
Ahmedinedjad, Mahmud 452, 455f.
Adorno, Theodor W. 23, 50, 294, 579, 581, 585, 606
Adriano, Alberto 362
Alemmanno, Gianni 479
Allen, Martin 372
Almirante, Giorgio 483
Althans, Ewald 361
Althaus, Dieter 222
Andrejewski, Michael 242
Angelilli, Roberto 480
Antonescu, Ion 469
Apfel, Holger 102, 104, 157, 217, 234f., 395, 410
Armstroff, Dörthe 212
Arzheimer, Kai 550
Asamoah, Gerald 203, 574f.
Aschenauer, Rudolf 361
- Backes, Uwe 58
Bara, George 469
Bärthel, Christian 392
Bärthel, Klaus 233, 239
Bauer, Yehuda 584
Beam, Louis Ray 290
Beckstein, Günther 647
Beier, Klaus 199
Beisicht, Markus 52, 132ff., 136, 141ff., 388ff.
Belhadj, Ali 583
Belov, Alexander 464
Benoist, Alain de 24, 26f., 60, 68, 265, 279, 513
Benz, Wolfgang 12
Berlusconi, Silvio 479f.
Betke, Daniel 379
Best, Werner 360
Beyer, Hans Joachim 269
Bielefeld, Mareike 219
Bittnerova, Mariana 472
Bitzan, Renate 209, 212f., 218
Bock, Ludwig 371f., 387
Böckelmann, Frank 262
- Bode, Alexander 105
Boehm, Max Hildebert 269
Böhm, Michael 265
Borchert, Siegfried (alias SS-Siggi) 175
Borghezio, Mario 52
Bordin, Norman 430, 462
Borstel, Dierk 10
Bossi, Umberto 529
Brähler, Elmar 69, 234
Braun, Stephan 12
Bräuniger, Eckart 38, 470, 493ff.
Brinkmann, Patrik 114, 465
Brodkorb, Mathias 242, 285, 287, 513
Brunner, Frank 626f.
Brunner, Manfred 397
Buchheit, Frank 13
Buchstein, Hubertus 62
Burwitz, Gudrun 361
Busch, Christoph 297
Busse, Friedhelm 92, 386, 429
Butterwegge, Christoph 60
Butz, Arthur R. 114, 404
- Calderoli, Roberto 480
Calladine, Stephen (alias Stigger) 166
Castelli, Roberto 480
Cermak, Antonin 473
Chamenei, Ajatollah Ali 450f.
Chlada, Marvin 196
Christophersen, Thies 382, 405f.
Chung, Carl 14
Clausewitz, Carl von 93, 95, 265
Clemens, Björn 125, 391f.
Codreanu, Corneliu Zelea 462, 468ff.
Coja, Ion 470
Cook, Robin 410
- Dagenbach, Alfred 124
Dal Lago, Alessandro 568
Dantschke, Claudia 12
Daschitschew, Wjatscheslaw 465f.
Decker, Oliver 69, 234, 528
Deckert, Günther 36, 46, 84f., 94, 387, 394, 429
Dembowski, Gerd 196
Demuschkin, Dmitrij 468
Dewinter, Filip 141

- Diesner, Kai 362f.
 Dietz, George 290
 Dimitroulias, George 464
 Döring, Uta 237ff.
 Donaldson, Ian Stuart 163f., 166, 176, 293, 396
 Dregger, Alfred 23
 Duke, David 296, 456, 467
 Dutschke, Rudi 262, 265
 Dvorak-Stocker, Wolfgang 266
- Eckart, Dietrich 177
 Edathy, Sebastian 10
 Eggers, Daniel 312
 Eichberg, Henning 26
 Elias, Norbert 53
 Enzensberger, Hans Magnus 275ff., 294
 Epping, Volker 653
 Erb, Rainer 12
 Esen, Ellen 11
- Faurisson, Robert 301f., 404, 406
 Faust, Matthias 103, 113, 122f., 235
 Fechner, Birgit 212f.
 Fischer-Aharon, Jörg 535
 Fiedler, Hans Michael 177
 Fini, Gianfranco 479
 Fiore, Roberto 480
 Fischer, Matthias 430
 Flad, Henning 304
 Frank, Anne 458, 526, 646
 Frank, Sven Thomas 26
 Frank, Timo 534f.
 Freiberg, Konrad 210
 Freneck, Thommy 199
 Frey, Gerhard 46, 62, 83, 103, 110ff., 121ff.,
 126, 156, 235, 395, 413f., 427, 446f., 529
 Freyer, Hans 26
 Friedmann, Arie Moïshe 453f.
 Friedmann, Michel 430
 Friedrich, Jörg 411f.
 Frings, Benedikt 424
 Fritsch, Oliver 569
 Fromm, Heinz 236, 332
 Fuhr, Eckhard 262
 Funk, Michael 189
 Funke, Hajo 10
- Gansel, Jürgen 39, 47, 102, 150f., 158, 234,
 375, 410f., 427f., 444ff., 457, 529, 606
 Gebauer, Gunther 196
 Geblescu, Swen Moritz 469
 Gehlen, Arnold 264, 272
- Geisler, Alexander 11
 Gensing, Patrick 13
 George, Stefan 265
 Geprägs, Christoph 397
 Gerster, Martin 11
 Gessenharter, Wolfgang 60
 Giertych, Roman 482
 Giese, Daniel (alias Gigi) 173
 Glaser, Stefan 13
 Goebbels, Joseph 368, 377, 400, 416
 Goebel, Klaus 361
 Gogh, Theo van 140, 143
 Göring, Emmy 388
 Göring, Hermann 251, 513
 Gómez Dávila, Nicolás 264f.
 Gottschalk, Marko 468
 Grabert, Wigbert 383
 Graf, Jürgen 456
 Gramsci, Antonio 60, 65
 Grass, Günter 99, 262
 Grewe, Michael 231ff., 252
 Griffin, Nick 153
 Grimm, Friedrich 360
 Grimm, Holle 394
 Grolitsch, Lisbeth 385
 Grumke, Thomas 11, 297
 Gudath, Mirko 319
 Günter, Thomas 14, 292
- Hähnel, Jörg 38, 166, 177f., 217
 Hähnel-Palau, Stella 38, 212, 216f.
 Häusler, Alexander 10, 419
 Hafenecker, Benno 139, 500
 Haider, Jörg 138, 140, 398, 481, 528
 Hamisch, Enrico 242
 Hammer, Steffen 395ff.
 Handke, Peter 409f.
 Handlos, Franz 115f.
 Hasanein, Amin 441
 Haverbeck-Wetzel, Ursula 429
 Heidegger, Martin 26
 Heinig, Alexander 395
 Heise, Thorsten 47, 104, 165, 172, 174, 246,
 399, 466f.
 Heitmeyer, Wilhelm 9, 67, 70, 550, 568f.
 Hellpach, Willy 269
 Hennig, Rigolf 392, 466f.
 Hepp, Robert 269, 394
 Herre, Stefan 142
 Herrmann, Hajo 251, 379
 Herrmann, Matthias 394
 Herzogenrath-Amelung, Günther 385f.

- Heß, Rudolf 251, 372f., 381, 396, 423, 471, 513, 516, 526
Hesse, Rüdiger 232
Hesselbarth, Liane 212f.
Hetzer, Thomas 238
Heydrich, Reinhard 360, 471, 513
Heyer, Christopher 181
Hilburger, Oliver 369, 396
Hilprecht, Enrico 362
Himmler, Heinrich 389
Hinz, Thorsten (alias Doris Neujahr) 265, 276, 278
Hitler, Adolf 23, 27, 48, 55, 77, 150, 182, 198, 221, 251, 253, 305, 342, 346, 387, 404, 407, 423, 430, 455, 469, 513, 583, 633f., 638, 640
Hitzlsperger, Thomas 203
Hövelmann, Holger 14
Hoffmann, Günther 198, 232, 236f., 242
Hoffmeister, Constantin von 467
Hoggan, David L. 404
Hohmann, Martin 265f., 268, 426
Holey, Jan Udo (alias Jan van Helsing) 394
Holland, Hubert 383
Holz, Carola 412
Homann, Eite 382
Honsik, Gerd 385, 405
Hopf, Christel 35
Hornung, Klaus 466
Hupka, Steffen 37, 238, 250, 379
Huntington, Samuel 457
Husseini, Saddam 484
- Ionescu, Tudor 468
Irving, David 110, 361, 404, 406, 428, 516
Isenburg, Helene-Elisabeth zu 361
Iwanow-Sucharewski, Alexander 464f.
- Jäschke, Harald 241
Jaschke, Hans-Gerd 60, 294
Jauch, Thomas 378f.
Jennerjahn, Miro 13
Jesse, Eckhard 58
Jünger, Ernst 26f., 60, 265, 280, 283f., 585
Jünger, Friedrich Georg 265
Jung, Edgar J. 26
- Kaczynski, Jaroslav 482
Kaczynski, Lech 482
Käs, Christian 117, 120
Kailitz, Steffen 10, 36
Kaltenbrunner, Ernst 361
Kamkin, Alexander 465f.
- Kant, Immanuel 579, 629
Kapke, André 222
Kappel, Heiner 117, 124
Kellershohn, Helmut 11
Kemna, Erwin 232, 385
Kemper, Erhard 232, 385
Kenzo, Rena 212
Killguss, Hans-Peter 132
Kinzel, Till 265
Kirschner, Silvia (alias Berisha) 219
Kitschelt, Herbert 45, 51, 126
Kjaersgaard, Pia 140
Klärner, Andreas 14, 268
Klein, Ludger 532
Kleinschmidt, Rudolf 12
Knobloch, Charlotte 429
Knop, Ingmar 388
Knott, Peter 369
Knütter, Hans-Helmuth 394
Koch, Hartmut 111
Kögel, Ernst Günter 392
Köhler, Gundolf 386
Köhler, Horst 218
Köhler, Katrin 472
Körper, Fritz Rudolf 13
Körting, Ehrhart 374, 655
Köse, Nihat 448
Köster, Stefan 230ff., 243, 252
Köttig, Michaela 209
Kohl, Helmut 32
Kohlstruck, Michael 12
Koschewnikowa, Galina 463
Kositza, Ellen 266, 287
Kotleba, Marian 471
Krämer, Michael 26, 272
Krause, Rudolf 111, 116
Krebs, Pierre 467
Krenz, Egon 262
Krick, Michael 389
Kriek, Ernst 420, 421
Krien, Hartmut 101
Krüger, Sven 253
Krupar, Stanislav 472
Kubitschek, Götz 27, 197, 256, 259, 261ff., 265f., 271, 276ff.
Kühnen, Michael 26, 28, 83, 164f., 382, 386
Küssel, Gottfried 165
Kunkel, Willibert 299
Kunze, Klaus 399f.
Kusters, Constantijn 158, 345f.
- Lächert, Hildegard 387

- Laden, Osama bin 583
 Landgraf, Gabriel 199
 Lane, David 464
 Langebach, Martin (alias Dornbusch, Christian)
 11
 Lauck, Gary Lex 305, 405
 Lauer, Peter 125
 Le Pen, Jean-Marie 475ff., 483ff., 528
 Leggewie, Claus 60, 159
 Lehnert, Erik 259, 264, 266
 Leichsenring, Uwe 99, 378
 Lenk, Kurt 419
 Lenz, Thomas 240
 Lespagnon, Christophe 468
 Leuchter, Fred 383, 405
 Leutheusser-Schnarrenberger, Sabine 398
 Levi, Primo 579, 580
 Lindenau, Ute 231, 254
 Linke, Carsten 574
 Lisson, Frank 264f.
 Litten, Rainer 13
 Lüders, Andre 553
 Lüssow, Birger 237

 Maegerle, Anton 12
 Mahler, Horst 26, 159, 251, 325, 371, 386,
 392f., 406, 307, 427, 429, 440f.
 Malcocci, Christian 389
 Malz, Heinrich 361
 Mannichl, Alois 256
 Marcuse, Herbert 271f., 294
 Mares, Miroslav 470
 Marx, Enrico 255
 Marx, Karl 271
 Marx, Peter 211, 257f., 430, 616f.
 Mechttersheimer, Alfred 398
 Mégret, Bruno 477, 485
 Mehr, Reiner 386
 Menzel, Herybert 177
 Menzel, Felix 261f.
 Merkel, Angela 268, 425, 446, 449
 Merz, Friedrich 268
 Metzger, Tom 290
 Meyer, Fritjof 99
 Middelhaue, Friedrich 360
 Mihutiu, Claudiu 469
 Miosga, Richard 365
 Möbus, Ronald (alias Wolf) 183
 Moeck, Annett 176
 Möller, Kurt 546
 Moeller van den Bruck, Arthur 26f., 263, 273
 Mölzer, Andreas 269, 395

 Mohler, Armin 24, 26f., 261f., 281ff., 398
 Molau, Andreas 14, 113f., 236, 256, 285, 287f.,
 424, 451, 456, 465
 Moreau, Patrick 27
 Mosley, Oswald 463
 Mouffe, Chantal 139
 Müller, Michael 175f.
 Müller, Tino 237, 243, 256
 Müller, Ursula 215
 Munier, Dietmar 394
 Muscardini, Christiane 480
 Mußnug, Martin 83f., 110
 Mussolini, Alessandra 479f., 486
 Musial, Bogdan 414

 Nachtigall, Carola 472
 Nahrath, Raoul 384
 Nahrath, Wolfgang 384
 Nahrath, Wolfram 378, 384ff.
 Nawaz, Maajid 457
 Nebel, Gerhard 264
 Neidhardt, Friedhelm 294
 Neubauer, Harald 116
 Nickolay, Bernd 296
 Niekisch, Ernst 287
 Niemann, Laura 243
 Nietzsche, Henry 52, 141, 268
 Nolte, Ernst 265, 408
 Novotny, Radovan 471
 Nowak, Janus 395

 Oberlercher, Reinhold 99, 158
 Oberth, Herrmann 99
 Ochensberger, Walter 405
 Oettinger, Günther H. 268
 Ogungbure, Adebowale 575
 Ohlendorf, Otto 361
 Ohse, Karl-Georg 233, 243
 Olmert, Ehud 425
 Ostendorf, Hannes 174f.
 Owomoyela, Patrick 190
 Özdemir, Cem 447
 Özoguz, Gürhan 450ff., 455
 Özoguz, Yavuz 450ff., 455f.

 Pahl, Gisa (alias Gisela Sedelmaier) 364ff.,
 393ff.
 Papen, Franz von 271
 Pastörs, Udo 36, 96, 230ff., 241, 243, 252ff.
 Pausch, Anton 557
 Pausner, Eva 535
 Perez, Felipe 468

- Persdorf, Thomas 399
Peters, Jürgen 132
Pfahl-Traughber, Armin 10, 59f.
Pfeiffer, Thomas 11
Pilz, Gunter A. 13
Pinar, Blas 483
Pingel-Schliemann, Sandra 243
Pohl, Andreas 160
Pohl, Isabell 215, 221
Polacek, Karl 165
Powell, G. Bingham 110
Pozorny, Reinhard 394
Prantl, Heribert 411
Priebke, Erich 362, 385
Priester, Karin 138
Primo de Rivera, José Antonio 26, 462,
Pucknat, Marlen 219, 225
Pühse, Jens 85, 94, 157, 366, 386, 463f., 468,
470
- Raabe, Jan 11
Rackow, Thomas 378f.
Radbruch, Gustav 122
Rafferty, Brendan 179
Ramin, Mohammad Ali 432
Rassate, Boyan 468
Rassinier, Paul 404
Rech, Heribert 397
Regener, Michael (alias Lunikoff) 93, 171ff.
Reinholz, Gordon 554
Reitz, Axel 364, 389, 429
Remer, Ernst Otto 405, 470
Rennicke, Frank 176f., 251, 427, 467
Richardt, Stefan 362
Richter, Karl 153, 472
Riefenstahl, Leni 461
Riefling, Dieter 158
Rieger, Jürgen 158, 236f., 239, 245ff., 254, 257,
326, 364f., 371ff., 375, 379ff., 385, 387,
393, 395, 457f., 461, 467f.
Rink, Roberto 124
Rochau, Ludwig August von 267
Roeder, Manfred 405, 467f.
Röpke, Andrea 11, 209, 232, 242, 513
Rösch, Augustinus 361
Rohleder, Frank 378
Roman, Kris 467
Romagnoli, Luca 480, 486
Rommerspacher, Birgit 211
Rose, Olaf 372, 456, 472
Rossmüller, Sascha 50, 85, 376
Rouhs, Manfred 52, 132ff., 137
- Rucht, Dieter 157
Rudel, Hans-Ulrich 360, 388
Rudolf, Germar (alias Scheerer, Germar und
Gauss, Ernst) 382, 405
Rüdiger, Jutta 462
- Sander, Hans-Dietrich 383, 392
Schäfer, Michael 462
Schaller, Herbert 371, 378
Scharon, Ariel 425
Schaub, Bernhard 392, 428f.
Schily, Otto 173, 425, 443, 647
Schimmer, Arne 262f.
Schirach, Baldur von 463
Schlee, Emil 484
Schlierer, Rolf 61, 103, 111, 116f., 120, 123ff.,
392, 395, 420
Schlüssler, Gitta 212
Schmidt, Edda 217
Schmidt, Helmut 30
Schmidt, Jürgen 557
Schmidt, Matthias 13
Schmitt, Carl 26f., 60, 196, 260, 269f., 274, 383
Schmitz, Franz 394
Schnippkoweit, Kevin 359
Schröder, Gerhard 154, 173, 249
Schönbohm, Jörg 268, 519
Schönborn, Meinolf 382
Schönfelder, Sven 139, 500
Schönhuber, Franz 24, 26, 61, 111, 115f., 123f.,
127, 484
Schöppener, Klaus Peter 211
Scholz, Karsten 379
Scholz-Klink, Gertrud 226
Schotte, Walter 271
Schrenck-Notzing, Caspar von 261
Schünemann, Uwe 519
Schützing, Jürgen 84
Schuhmacher, Nils 546
Schulz, Michael 194f.
Schulz, Martin 12
Schulze, Christoph 10
Schuppener, Georg 11
Schwab, Jürgen 195, 420f., 445
Schweiger, Herbert 387, 466
Schwert, Frank 299
Seidel, Eberhard 142
Shaker, Assem 440ff.
Siderov, Volen 482
Siegerist, Joachim 394, 400
Sked, Alan 482
Sladek, Miroslav 471

- Sojka, Klaus 112
 Sommer, Bernd 10
 Sorel, Georges 264
 Speit, Andreas 11
 Spengler, Oswald 26, 264
 Spengler, Wilhelm 361
 Spiegel, Paul 425
 Stäglich, Wilhelm 365, 406
 Stahl, Alexander von 397f.
 Stapel, Wilhelm 265
 Staud, Toralf 493, 550
 Stawitz, Ingo 115
 Stein, Dieter 259f., 262f., 267, 269f., 286f., 395, 398
 Steinbach, Udo 268, 450f.
 Steinbrink, Dino 241
 Stepanek, Jiri 471
 Stöss, Richard 16, 60, 110, 550
 Stolz, Sylvia 362, 371f., 392f.
 Strache, Heinz-Christian 52, 391, 481
 Strauss, Botho 264, 266
 Strauß, Franz-Josef 23, 115
 Stroppe, Lothar 241
 Sturzbecher, Dietmar 29, 31
 Sudholt, Gert 465
 Susen, Ann-Sofie 14
 Swierczek, Michael 386
- Tag, Ernst 387
 Tegethoff, Ralph 104
 Thadden, Adolf von 77, 79f., 83
 Theißen, Andreas 232, 241, 253
 Theißen, Birkhild 232
 Thielen, Friedrich 79
 Thierse, Wolfgang 238, 557
 Thierry, Andreas 462, 466f.
 Thoben, Frederick 404
 Thomczyk, Stephan 116
 Thüsing, Matthias 221
- Uhle-Wettler, Franz 392
 Ulfkotte, Udo 142f.
- Vandas, Tomas 471f.
 Verbeke, Siegfried 406, 516, 638
 Vikernes, Kristian (alias Varg) 182
 Vilar, Françoise 391
 Vilimsky, Harald 135
 Virchow, Fabian 105, 297f.
 Voigt, Ekkehard 115
 Voigt, Udo 36ff., 46f., 50, 62, 77, 85ff., 92, 94, 98ff., 103ff., 121f., 124, 155ff., 165f., 172, 174, 192, 234ff., 251, 285, 288, 299, 333, 351, 376, 394f., 427, 430, 440f., 443ff., 461, 493f., 496, 503, 552, 623, 648f.
- Vries, Torsten de 386
- Wagner, Bernd 64, 545
 Wahl, Max 382
 Waldhoff, Hans-Peter 21
 Waldstein, Thor von 382ff., 392
 Walendy, Udo 392, 394, 405, 427
 Wallner, Otmar 111, 116
 Walser, Martin 408, 413, 416
 Wecker, Konstantin 375
 Wegener, Daniela 389
 Wehler, Hans Ulrich 412
 Weißmann, Karlheinz 27, 193, 259ff., 279, 285ff.
 Weizmann, Chaim 415
 Welke, Karl-Ingo 125
 Wendland, Michael 395
 Werner, Jan Botho 379
 Wetzels, Peter 31
 Wiechmann, Maureen 240
 Wiegand, Arpad 382
 Wiener, Markus 390
 Wiesberg, Michael 264
 Wiese, Martin 385
 Wilders, Geert 136, 446
 Willig, Angelika 262, 458
 Willms, Bernhard 265
 Winkelsett, Uschi 135
 Winter, Susanne 140
 Wittstock, Harri 125
 Wöll, Marcel 255, 300, 613ff.
 Wohlleben, Ralf 461
 Wolter, Judith 390f.
 Worch, Christian 28, 39, 66, 104, 164, 299, 333, 335f., 338, 351, 364, 370, 372, 374, 386, 445
 Wulff, Thomas (alias Steiner) 92, 104f., 231ff., 246f., 252, 335, 354, 461
- Zehm, Günter 265, 392
 Zikeli, Gerd 469f.
 Zimmermann, Friedrich 24
 Zimmermann, Hans-Jürgen 233, 239
 Zündel, Ernst 362, 371f., 382, 387, 393, 405f., 428, 456, 473, 637f.
 Zwanziger, Theo 203
 Zysk, Anja 212, 445

Sachregister

- Absurd 182ff., 316, 322
Adelaide-Institut 404
Aggravated Assault 178
Agitator 163, 174, 422f., 429
Aktion Oder-Neisse (AKON) 380
Aktionsbüro Mittelhessen 300, 350
Aktionsbüro Norddeutschland 296f., 351
Aktionsbüro Rhein-Neckar 394
Aktionsbüro Süddeutschland 340, 342
Aktionsfront Nationaler Sozialisten / Nationaler Aktivisten 164
Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher (AUD) 364
Aktionsgruppe Festungsstadt Rostock 237
Aktionsgruppe Rheinland 339
Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt (AgAG) 530
Aktionsprogramm „Jugend für Toleranz und Demokratie“ 530f.
Aktive Frauen Fraktion (AFF) 215
Alleanza Nazionale 479f., 484ff.
Alles für das Vaterland, vorher: Eiserne Garde bzw. Legion Erzengel Michael 469
Allianz der Liberalen 485
Alte Breslauer Burschenschaft der Raczezs zu Bonn 400
Altermedia 292, 296, 301f., 359, 429, 445, 455, 603, 613
Alternativa Sociale: Lista Mussolini (AS) 480, 485
Amadeu Antonio Stiftung 203, 534, 557, 560
Amal, Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt 553, 558
Am Ball bleiben – aktiv gegen Rassismus und Diskriminierung 202
American Nazi Party 464
Amtsgericht Coburg 386
Amtsgericht Güstrow 240
Amtsgericht Hagenow 233
Amtsgericht Tübingen 641
Anger Within 179
Angry Aryans 178
Anti Defamation League 583
Anti-Federalist-League 482
antikap.de 48
Anti-Links-Koalition 483
Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative (WASG) 491f.
Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik (AFP) 467
Arbeitsgericht Stuttgart 369, 396
Arbeitskreis für deutsche Politik 395
Arisches Blut 176
Armanen-Orden 314
Artgemeinschaft – Germanische Glaubens-Gemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung e. V. 255, 326, 380
Aryan Brotherhood 554
Aryan Nations Liberty Net 290
Asatru 182, 314, 323f.
Asgard 313f., 323
Asgard-Bund 315
Asgards Helden 314
Ausschuß für burschenschaftliche Arbeit (AfbA) 383
Autonome Nationalisten (AN) 66, 72, 96, 158, 180, 185, 187, 236f., 262f., 291, 299f., 332ff., 368, 430, 472, 516, 529, 541, 590
Autonome Nationalisten Ahlen 346
Autonome Nationalisten Berlin (ANB) 334, 336
Autonome Nationalisten Gladbeck 341, 343
Autonome Nationalisten München 337
Autonome Nationalisten Oldenburg 339
Autonome Nationalisten Sauerland 339
Autonome Nationalisten Wuppertal-Mettmann 339, 352
Badische Zeitung 398
Bank 1 Saar eG 376
Bauernhilfe 251, 392, 456, 511
Bayerischer Verwaltungsgerichtshof (BayVGH) 517
Bayerisches Oberstes Landesgericht 385
Beratungsnetzwerke und Mobile Interventionsteams 535
Beratungs- und Interventionsgruppe gegen Rechtsextremismus (BIG Rex) 13, 538ff.
Berliner Alternative Süd-Ost 336
Berliner Kolleg 266
Berliner Kulturgemeinschaft Preußen (BKP), früherer Deutsche Kulturgemeinschaft Berlin 385

- Berliner Zeitung 384, 519
 Berserker Kirtorf 315, 321
 Bewegung gegen illegale Einwanderung (DPNI) 463f.
 Bielefelder Tageblatt 448
 Bifröst 314, 323
 Bildungswerk für Heimat und nationale Identität 100
 Blaue Narzisse 193, 261, 287
 Blick nach Rechts (bnr) 124, 492, 604
 Blitzkrieg 175
 Blood & Honour (B & H) 164, 168, 179, 183, 198, 238, 396, 468, 470, 512, 633
 Blue Eyed Devils 178
 Brutal Attack 472
 Böhse Onkelz 168, 174f.
 Boots Brothers 174
 Borussenfront 175
 Bound for Glory 178
 Brainwash 174, 178
 British National Party (BNP) 153, 461f.
 Bündnis 90 / Die Grünen 69, 210, 434, 496, 535
 Bündnis für Demokratie und Toleranz (BfDT) 202, 537
 Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ) 140
 Bürgerbewegung Pax Europa 53, 143
 Bürgerbewegung pro Deutschland (Pro D) 133f., 137
 Bürgerbewegung pro Köln (Pro Köln) 10, 50ff., 55, 130, 132ff., 141f., 293, 302f., 389ff., 448
 Bürgerbewegung Pro München (Pro München) 134
 Bürgerbewegung pro Nordrhein-Westfalen (Pro NRW) 55, 134f., 137f., 141ff., 389f.
 Bürgerinitiative Ausländerstopp 447, 472
 Bürgerinitiative schöner und sicher wohnen in Ueckermünde 237
 Bulgarischer Nationalbund 468
 Bund Deutscher Mädels (BDM) 208, 223, 245, 248, 385, 462
 Bund Freier Bürger (BFB) 117
 Bund Heimattreuer Jugend (BHJ) 178, 380, 394
 Bund nationaler Studenten 318
 Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) 263, 332, 513, 536, 589
 Bundesgerichtshof (BGH) 361, 366, 379, 382ff.
 Bundesministerium der Justiz (BMJ) 597
 Bundesministerium des Innern (BMI) 9, 22, 40, 45f., 165, 178, 201, 232, 240, 251, 291, 296, 304, 336, 353, 429, 456, 511, 518
 Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) 531
 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSJ) 201f., 442, 533
 Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) 300, 366, 396, 590, 632
 Bundesverband der Bürgerbewegungen zur Bewahrung der Demokratie, Heimat und Menschenrechten (BDB) 143
 Bundesverfassungsgericht (BVerfG) 45, 78, 369f., 373, 381f., 389, 397, 507, 509, 519, 536, 597, 633, 635, 647ff., 656
 Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) 591
 Burn Down 170
 Burschenschaftliche Blätter 392
 Burzum 181f.
 Cannstatter Kreis 398
 Chaoskrieger 326
 Chemnitzer FC 198
 Christen pro Köln 137
 Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU) 42, 51f., 54, 61, 69, 79, 83, 88, 126, 141f., 211, 256, 267f., 354, 361, 379, 391, 398, 491, 493, 495, 519, 530, 532, 558, 608, 654f.
 Christlich-Soziale Union (CSU) 24, 36, 54, 61, 69, 115f., 126, 157, 211, 268, 361, 466, 530, 532, 647, 654f.
 CIVITAS 530ff., 535, 550, 559ff.
 Collegium Humanum 250f., 392, 425, 429, 456, 511
 Conflict 88 472
 Criticón 193, 260f., 267
 Dänische Volkspartei 140, 398, 477, 485f.
 Daily Broken Dream 180f.
 Daily Express 415
 Danubia 264, 383, 400
 Das Freie Forum 387, 401
 Das Sturmsignal 58, 65
 Ddp 519
 Delnicka Strana (DS) 471
 Demokraten für Europa 485
 Der Eckart 390
 Der Inselbote 242
 Der Stürmer 182, 184
 Der Wotansspeer 315, 321
 Deutsch, Stolz, Treue (D.S.T.) 169
 Deutsch-Europäische Studiengesellschaft (DESG) 365
 Deutsch-Russische Friedensbewegung europäischen Geistes 466f.

- Deutsche Allianz – Vereinigte Rechte 84, 484
Deutsche Akademie 383, 400
Deutsche Alternative 28, 333
Deutsche Bürgerinitiative (DBI) 467
Deutsche Burschenschaft (DB) 366, 395, 398
Deutsche Frauenfront (DFF) 215
Deutsche Freiheits-Partei (DFP) 364
Deutsche Fußball Liga (DFL) 201f., 576
Deutsche Gemeinschaft (DG) 364
Deutsche Geschichte 388, 400, 465
Deutsche Gildenschaft (DG) 260, 265, 398
Deutsche Heidnische Front 317f.
Deutsche Konservative Partei – Deutsche
Rechtspartei (DKP-DRP) 78f.
Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH)
51, 132, 389
Deutsche Liste für Europa 121
Deutsche Militärzeitschrift (DMZ) 398, 466
Deutsche National-Zeitung 50, 83, 110, 114,
123, 381, 388, 391, 394, 413ff., 425, 427,
446, 465
Deutsche Partei (DP) 103
Deutsche Rechtsbüro im Deutschen Rechts-
schutzbüro e.V. (DRB) 364f., 367f., 393f.,
401
Deutsche Reichspartei (DRP) 78
Deutsche Stimme (DS) 36, 39, 46, 96, 100, 103,
124, 133, 150, 153, 158, 166, 234, 256, 312,
386, 388, 390ff., 394, 410f., 443, 451f., 458,
462, 464, 466, 470, 606, 616
Deutsche Studiengemeinschaft 395
Deutsche Volksunion (DVU) 9f., 24, 29, 45f.,
50, 61f., 69, 71, 83ff., 89, 93, 101, 103f.,
109ff., 121ff., 135, 156f., 212f., 215, 235,
335, 338, 381, 388, 390f., 394f., 413, 425,
446, 465, 496, 529, 534, 626, 648, 655
Deutsche Wochenzeitung 110, 114
Deutscher Anzeiger 433
Deutscher Bundestag 83, 157, 179, 359, 376,
398, 450f., 494, 520, 647, 649, 651
Deutscher Fußball Bund (DFB) 190, 192,
200ff., 576
Deutscher Kameradschaftsbund 387
Deutscher Olympischer Sportbund (DOSB)
192, 203
Deutscher Rechtsschutzbüro (DRSK) 364f.
Deutscher Städtetag 201
Deutsches Kolleg 406
Deutsches Kulturwerk 248, 391
Deutsches Orient-Institut 450
Deutsches Rechtsbüro 363ff., 393f., 401
Deutschland in Geschichte und Gegenwart
(DGG) 383
Die Aula 135, 390, 398
Die Deutschen Konservativen 78, 394f., 400
Die Linke/PDS 69, 345, 359, 457, 491f., 494f.,
608
Die Lunikoff Verschwörung 168, 171ff.
Die Nationalen 94, 365
Die Republikaner (REP) s. Republikaner (REP)
Die Welt 384, 623
Die Zeit 203, 549, 557, 613
Divison Wiking 312, 314, 324
Donnertyrann 321
Dresdner Schule 68, 150, 606
Druffel-Verlag 361
Deutsche Soziale Union (DSU) 124

eBay 642
Edition Antaios 259f., 264f.
Einheit und Kampf 237
Einherier bzw. Einherjer 314f., 325, 327
Emnid-Institut 211
Emperor 181
Endstation rechts 285, 287, 554, 604
Endzeit-Forum 315
Endzeit-Klänge 315
Endzeit-Versand 315
Enzyklopaedia Germanica (EG) 292, 302, 307
E.P.E.N. 483
EQIP (Entwicklung von Qualifizierung für
Integration und Prävention) 545
Eternal Bleeding 178
Eurodestra 483
Euro-Rus 467
Europäische Volkspartei 485
Europäischer Gerichtshof 383
Europäischer Jugendverband 462f.
Europäischer Kongress der Jugend 462
Europäisches Jugendnetzwerk 461
Europäisches Parlament 390, 476, 479, 487, 666
European Monitoring Centre on Racism and
Xenophobia (EUMC) 583
European National Front (ENF) 462
Exit 536, 539, 545, 661f.

facebook 605
Faktor Deutschland 174, 176
Faktor Widerstand 396, 623
Falange 462, 468
Faustrecht 623
FC St. Pauli 198

- Fédération Internationale de Football Association (FIFA) 189, 200
 Fest der Völker 167, 461, 466, 469, 472
 Flickr 605
 Forces Nouvelles 483
 Forsite 313
 Fortschrittspartei 45
 Forza Italia 479
 Forza Nuova 462
 Fränkische Aktionsfront (FAF) 633
 Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) 28, 30, 118, 122, 142, 270, 398
 Frankfurter Erklärung 124
 Frankfurter Rundschau 37f., 519, 526
 Frankfurter Schule 50, 68, 100
 Freie Arbeiterpartei 512f.
 Freie Demokratische Partei (FDP) 69, 87, 126, 233, 360, 388, 398, 491f., 496, 530, 608
 Freie Kräfte Südthüringen 467
 Freie Nationalisten Rhein Neckar 516
 Freier Rundbrief Dresden 323
 Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP) 26, 92, 164, 215, 333, 387
 Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) 46, 52, 130, 135, 140f., 269, 390, 395, 398, 462, 481, 485
 Freundeskreis Freiheit für Deutschland 513
 Freundeskreis Ulrich von Hutten 385, 470
 Freyja88 313
 Friedrich Ebert Stiftung 54, 325, 528, 532
 Front National (FN) 52, 126, 140, 390, 475ff., 483ff.
 Front Records 167, 181, 399, 553ff.
 Frontalkraft 168f.
 Fuerza Nueva 483
 Funkenflug 177f.
- Gemeinschaft Deutscher Frauen (GDF) 38, 216
 German-British-Friendship 176
 Germania 314, 365, 389, 399
 Gesamtdeutscher Studentenverband (GDS) 466
 Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung e. V. (GfbAEV) 245, 248, 380
 Gesellschaft für freie Publizistik (GfP) 14, 248, 285, 366, 381, 383, 387f., 392, 395, 400, 465
 Gesicht Zeigen! 598
 Gesinnungsgemeinschaft der „Neuen Front“ (GdNF) 28
 Gewerkschaft der Polizei (GdP) 210
 Gibor-Jugend 319, 325
 Gjallarhorn Klangschmiede 167, 170, 181
- Golden Dawn 464
 Google Deutschland 644
 Grabert Verlag 383, 404
 Grüne/Freie Europäische Allianz (Grüne/FEA) 485
- Hagal 318
 Haken Kreuz 178
 Hamburger Burschenschaft Germania 365
 Hamburger Institut für Sozialforschung 96, 263
 Hamburger Signal 124
 Hamburger Sturm 166, 252, 396
 Hanns-Seidel-Stiftung 36, 466
 Hardcore Punk 178
 Hauptkampflinie 176, 553
 Heideheim e.V. 24, 381
 Heide-Heim e.V. 81, 245f.
 Heimatbund Pommern 63
 Heimattreue Deutsche Jugend (HDJ) 177f., 215, 219ff., 232, 384f., 513
 Hertha BSC 201
 Hetendorfer Tagungswochen 246, 381
 Hier & Jetzt 458, 465
 Hilfgemeinschaft auf Gegenseitigkeit ehemaliger Angehöriger der Waffen-SS (HIAG) 394
 Hingucken und einmischen 646
 Hitlers Harfe 170
 Hizb ut-Tahrir 441, 443, 457
 Hilfgemeinschaft für nationale politische Gefangene (HNG) 215, 361ff., 372
 Hochschulgilde Balmung zu Freiburg 259
 HNG Nachrichten 172, 363
 Holocaust-Referenz (www.h-ref.de) 589
 Hungrige Wölfe (Kategorie C) 171, 175
 Huttenbriefe 385
- Identität – Tradition – Souveränität (ITS) 390, 395
 Indymedia 292, 296
 Initiative der weißen Art 389
 Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen 50, 52, 262, 292, 303f., 314f., 397
 Innenministerium des Landes Niedersachsen 653
 International Network Against Cyber Hate (www.inach.net) 599, 644
 Institute for Historical Review 404
 Institut für Staatspolitik (IfS) 11, 68, 256, 259, 263, 288

- Jugend, Information, Multimedia (JIM) 589, 591, 631
Jugendmedienschutz-Staatsvertrag (JMStV) 292, 632
Jugend-Offensive 349, 355
Jugend pro NRW 137
Jugend Rebelliert 293
jugendschutz.net 291, 301, 305, 588ff., 595ff., 599, 601, 603, 631, 640, 644
Junge Freiheit (JF) 11, 24, 15, 26f., 68, 77, 142, 155, 190f., 193, 234, 260, 263, 265, 267, 269, 276, 279, 285, 383, 392, 394, 397ff., 449, 518, 552
Junge Landsmannschaft Ostdeutschland (JLO) 255f., 461
Junge Nationaldemokraten (JN) 12, 34, 36f., 46ff., 50, 52, 84, 132, 172, 177, 237, 294, 378, 386, 391, 394, 461f., 465, 469, 472, 615, 649, 652
Junge Union (JU) 262, 379
Jung-Weikersheim 260, 261
Jus et Patria 401
Juventude Nacionalista 462
JVA-Report, früher: Freundeskreis Brandenburg 362
- Kameradschaft Aachener Land 299, 468
Kameradschaft Anklam 319
Kameradschaft Festungsstadt Magdeburg / Aktionsbüro Norddeutschland 351
Kameradschaft Märkischer Heimatschutz 554
Kameradschaft Northeim 399
Kameradschaft Oberhavel 513
Kameradschaft Süd 209, 385
Kameradschaft Tor 217, 334ff.
Knights of the Ku Klux Klan 467
kompetent für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus 533, 545
Kompetent vor Ort. Für Demokratie – gegen Rechtsextremismus 545
Konföderale Vereinigung der Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke 485
Koordinierungsstelle Fanprojekte (KOS) 201
Kategorie C 168, 174f.
keine-agenda2010.de 154f.
keine-agenda-fuer-thueringen.de 154
Kerrang 182
Kleines Lexikon der politischen Grundbegriffe 149ff., 153
Komitee zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag Adolf Hitlers (KAH) 382
- Kommunalpolitische Vereinigung (KPV) 101
Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) 633, 649, 652, 656
Kontinent Europa Stiftung (KES) 465f.
Konservativ-subversive Aktion (KSA) 261f., 279
Kraft durch Froide 164
Kraftschlag 165, 382
Ku Klux Klan 290, 456
- Landeskriminalamt Baden-Württemberg 538
Landessportbund Thüringen 199, 202
Landesweite Opferberatung, Beistand und Information für Betroffene rechter Gewalt in Mecklenburg-Vorpommern (LOBBI) 239, 253
Landeszentrale für politische Bildung Brandenburg 384, 393
Landgericht Bremen 392
Landgericht Dresden 386
Landgericht Hamburg 175, 382
Landgericht Lübeck 376
Landgericht Magdeburg 524
Landgericht Mannheim 371f., 382, 387, 393, 456, 638
Landgericht Saarbrücken 376
Landgericht Stuttgart 382, 385, 635
Landesarbeitsgericht Baden-Württemberg 369, 396f.
Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung Mecklenburg-Vorpommern (LfK) 202
Landser 92, 171ff., 180, 306, 321, 323, 379, 430, 555, 572, 588
Landtag von Bremen 111, 113
Landtag von Mecklenburg-Vorpommern 36, 46, 50, 242f., 524, 649
Landtag von Niedersachsen 399
Landtag von Sachsen 46, 48ff., 77, 100, 150, 153, 163, 212, 235, 354, 410ff., 427, 472, 550, 648f.
Landtag von Schleswig-Holstein 111, 115
Lega Lombarda 484
Lega Nord 52, 398, 480, 485, 487
Legion of Thor 312
Leibstandarte Adolf Hitler 466
Leipziger Appell 121, 124
Leuchter-Report 405
Licht-Blicke 535
Liga Bonino 485
Liga Polskisch Rodzin 481
Liste Pim Fortuyn (LPF) 140
Lokis Horden 313, 321

- Lokomotive Leipzig 197
- Mädelring Thüringen (MRT) 217, 219, 222ff., 320
- Märkischer Kulturtag 385
- Mäxchen Treuherz 366f., 394, 401
- Max Resist & The Hooligans 178
- Mayhem 181f.
- Mediatex GmbH 184
- Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest 589, 591
- Meiniger Tageblatt 221
- Metal Hammer 174f.
- Metapedia 292, 302, 307, 590
- Midgard 314, 320, 323
- Milli-Görüs (IGMG) 441, 448f.
- Ministerium des Inneren des Landes Brandenburg 389, 527, 533
- Minor Threat 180
- Mitteldeutsches Jugendthing 320
- Mitteldeutsche Nationaldemokratische Partei Deutschlands 88
- Mjölknir 312
- Mjölknir Diffusion 313
- Mladi Narodni Demokrate 472
- Mobiles Beratungsteam gegen Rechts-extremismus 492, 553, 557f.
- Mobiles Beratungsteam Ostkreuz (MBT Ostkreuz) 622, 629
- Moshpit 178, 180
- Movimento Sociale Fiamma Tricolore 480, 485
- Movimento Sociale Italiano 479, 480, 483
- Muninn 311, 315, 321
- Muslimbruderschaft 441, 449
- muslim-markt.de 450ff.
- Muslimische Jugend in Deutschland (MJD) 441, 449
- Mut gegen rechte Gewalt 302, 604
- MySpace 605
- Nahkampf 174, 322f.
- Narodni Odpor 471f.
- Narodni Strana 462
- Nation & Europa, früher Nation Europa 383, 392, 400f., 463
- National Front 163
- National Journal 447
- Nationaldemokratische Partei (NDP) 78
- Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) 9ff., 21f., 24, 26, 34, 36ff., 45ff., 54f., 61ff., 66f., 69, 71, 77ff., 84, 86ff., 93ff., 109ff., 113ff., 118, 120ff., 131ff., 141, 150ff., 163ff., 172ff., 176f., 186f., 190ff., 197ff., 204, 211f., 215ff., 221, 226, 230ff., 249, 251ff., 260, 285, 287f., 291ff., 296ff., 306f., 322, 332ff., 337ff., 342f., 348, 350ff., 354f., 358f., 365ff., 372, 374ff., 378f., 383ff., 390ff., 394f., 399ff., 406, 410ff., 420f., 424f., 427f., 430, 434ff., 441, 443ff., 447f., 451, 456ff., 461ff., 483, 481, 492ff., 509ff., 518ff., 526, 528f., 534f., 549ff., 558, 565f., 589f., 603ff., 620, 622f., 626f., 631, 633, 646ff.
- Nationaldemokratischer Hochschulbund (NHB) 36, 46, 152, 237, 315, 383, 387, 469
- Nationaldemokratisch Ungdom 461
- Nationale Alliantie 462
- Nationale Liste 252, 333, 387, 513
- Nationale Offensive 28, 225, 333
- Nationale Sozialisten 122, 164, 182, 219, 223, 336, 341, 347, 471
- Nationale Sozialisten aus Schaumburg und OWL (Freie Kameradschaft Gütersloh) 448
- Nationale Sozialisten für Israel 513
- Nationaler Block 387
- Nationaler Widerstand Recklinghausen 353
- Nationales Bündnis Dresden 103, 121
- Nationales Forum Deutschland 367
- Nationales Infotelefon (NIT) Karlsruhe 395
- Nationales Konzept Sport und Sicherheit (NKSS) 202f.
- Nationales und soziales Aktionsbündnis Mitteldeutschland (NSAM) 154, 225
- Nationaleuropäisches Jugendwerk (NEJ) 387
- Nationalistische Front (NF) 164, 333, 381f., 389, 464, 513
- Nationalpatriotische Front Russlands (Pamjat) 464
- National-Sozialistische Partei Russlands (NSPR) 463
- National Socialist Hardcore (NSHC) 179
- National Socialist Black Metal (NSBM) 182
- Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) 36, 66, 79, 81f., 97, 150, 223, 248, 250, 381, 481, 512, 635, 650
- National-Zeitung 50, 83, 110, 114, 123, 381, 388, 391, 394, 413ff., 425, 427, 446, 465
- naturglaube.de 220
- NazisAUSladen 556, 558
- Nazis in Mittelhessen 300
- Nederlandse Volks Unie (NVU) 158, 345
- netz-gegen-nazis.de 200, 203, 261
- Neturei Karta 453f.

- Netzwerk für Demokratische Kultur e.V. (NDK) 549, 556
Neue Justiz 524
Neue Züricher Zeitung 549
New York Times 415, 549
Niedersachsen 9, 21, 29, 62, 81f., 113, 133, 156, 217, 219, 236, 252, 256, 296, 337, 347, 374, 392, 394, 519, 607
Non Plus Ultra 170
Noie Werte 369, 395ff.
Norddeutsche Kulturtag 394
Nordiska Forbundet 462
Nordkurier 510
Nordkurier Anklamer Zeitung 523
Nordische Zeitung 380, 385
Nordvind Records 177
Nordwind 326
Notgemeinschaft für Volkstum und Kultur e. V. 385
Noua Dreapta (ND) 462, 468f.
Nouvelle Droite 27, 60
Nove slobodne Slovensko 471
NPD s. Nationaldemokratische Partei Deutschland
NPD Landesverband Hamburg 445, 467
NPD-BLOG.INFO 13, 603ff.
NS-Media 292, 301

Oberlandesgericht Brandenburg (OLG Brandenburg) 524
Oberlandesgericht Düsseldorf (OLG Düsseldorf) 636
Oberlandesgericht Frankfurt (OLG Frankfurt) 636
Oberlandesgericht Stuttgart (OLG Stuttgart) 376, 639, 641
Oberverwaltungsgericht Bautzen (OVG Bautzen) 516
Oberverwaltungsgericht Berlin (OVG Berlin) 517
Oberverwaltungsgericht Münster (OVG Münster) 509, 513, 516
Objektiv 137, 293, 302
Odal 318f.
Odinseye 181
Odins Erben 311, 322
Odins Volk Sachsen 311, 322
Oidoxie 468, 472
Ostara 313, 324f.
Ostproußenblatt 263, 267, 287

Painful Awaking 179
Panorama 381, 430
Panzerbär Records 169
Partei Großrumänien 482, 486
Partei National Orientierter Schweizer (PNOS) 462
Path of Resistance 180
Pax Hungarica Bewegung 470
PC Records 174
Perplex 293
Pew Reserach Center 143
Politeceska Partija Ataka (Politische Partei Ataka) 482, 486
Politically Incorrect (PI) 45, 53, 55, 142
Popolo della Liberta 479
Pro Mittelstand NRW 137
Problemfans 554
Problemfans24 554
Projekt Schulhof 292f., 300, 396
Pro-Kid 215
PVD (POW) – Projekt für Thüringer PVD, früher: Kameradschaftsbund für Thüringer POWs 363

Race Riot 472
Race War 384f.
Ragnarök 256, 315, 324ff.
Raiffeisenbank Lauenburg 376
redok 604
Reichssicherheitshauptamt (RSHA) 360f.
Reinhard Heydrich „Sturm und Froinde“ 471
Renouveau Francais 462, 468
REPORT Mainz 176, 376
Republikaner (REP) 10, 24, 45f., 50ff., 55, 61, 63, 69, 71, 84f., 89f., 101, 103, 109ff., 114ff., 123ff., 130, 132, 134f., 141, 262, 267, 365, 369, 375, 389f., 392, 392, 398f., 420, 484, 496, 509, 526, 528
Republikanische Jugend 392
Republikanische Partei 471
Republikanischer Studentenbund Deutschland 389
Resistance Women Unity (RWU) 472
Review of the Holocaust: Global Vision 406f.
Rheinfranken Marburg 392
Rheinland-Pfalz 82, 103, 113, 117, 119, 212, 253, 256f., 293, 374, 518, 521, 538, 654
Ring Freiheitlicher Studenten (RFS) 389, 399
Ring Nationaler Frauen (RNF) 38, 46, 212, 215ff., 255, 272
Rock against Communism (RAC) 167
RockNORD 303

- Rock-O-Rama-Load 167, 304
 Rote Armee Fraktion (RAF) 406, 440
 Roter Stern Belgrad 201
 Rudolf-Report 405

 Saccara 173
 Sachsen Leipzig 197
 Sachsen-Stimme 156
 Sächsische Zeitung 375, 518, 616
 Sachsen-Anhalt 29, 40, 46, 103, 111ff., 122f.,
 125, 156, 180, 212, 217, 225, 234, 254f.,
 259, 293, 337, 379, 388, 472, 517, 527,
 646f., 654f.
 Salzburger Erklärung 265
 Samoobroona 485
 Schill-Partei (Partei Rechtsstaatliche Offensive)
 51, 55, 138
 Schinderhannes 293
 Schöner Wohnen Altenburger Land 225
 schuelerVZ 642
 schulhof.net 300
 Schutzbund Deutschland 389
 Schweizerische Volkspartei (SVP) 140
 S.E.K. (Skinhead Einsatzkommando) 179
 Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Berlin
 49, 336, 344, 434
 Sezession 260, 264, 266, 270, 276, 278, 282,
 287
 S.F.A. 179
 S.H.A.R.P. (Skinheads against racial prejudice)
 543
 Siegburger Manifest 119
 Simon Wiesenthal Center 290f.
 Singen und Tanzen 164
 Sinus Sociovision 442
 Skadi 296, 313, 320
 Skingirl-Freundeskreis Deutschland (SFD) 216,
 219, 314
 Skingirlfront Deutschland 314
 Skinheads Sächsische Schweiz (SSS) 30, 38,
 42, 99, 378, 472, 633
 Skrewdriver 163, 165, 315, 396
 Slawianski Sojus (SS) 468
 Sleipnir 315, 321, 472
 Sleipnir Shop 167
 Slovenska Pospolitost 468, 471
 Söhne Wotans 311, 322
 Solution 175
 Sowa-Zentrum für Rassismus-Forschung 463
 Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)
 21, 37, 54, 62, 69, 83, 88, 126, 156, 211,
 231, 242, 251, 374, 487, 491f., 496, 530,
 532, 558, 608, 647, 654f.
 Soziale Alternative für Gerechtigkeit (SAG)
 492
 Soziales und Nationales Bündnis Pommern
 (SNBP) 237
 Sozialistische Reichspartei (SRP) 78, 633, 649
 Spiegel 99, 122, 253, 305
 Staatsanwaltschaft Cottbus 363
 Staatsanwaltschaft Osnabrück 384
 Staatsbriefe 383, 400
 Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft
 (SWG) 395, 398
 Stachel 293
 Städte gegen Islamisierung 141
 Stahlgewitter 173
 Standortinitiative Wurzten e.V. 558
 Statistisches Bundesamt 211f.
 step21 598
 Stille Hilfe 360ff.
 Stocker-Verlag 266
 Störkraft 165
 Störtebeker-Netz 155, 526
 Störungsmelder 203, 604f., 611ff., 617
 Stormfront 295f.
 student 399
 studiVZ 605, 642
 Studienzentrum Weikersheim (SZW) 260, 262,
 282, 466
 Stuka 165
 Süddeutsche Zeitung 285, 398, 410f., 510f.,
 517, 526, 549
 SV Germania Hildburghausen 199
 Syndikat Z 471

 Tag des nationalen Widerstandes 97, 166, 386
 Tagesspiegel 371, 413, 527, 626
 tageszeitung 29, 253, 257, 388, 295, 410, 511,
 529, 623
 Taschenkalender des nationalen Widerstandes
 149ff.
 Teardown 180
 Technische Fraktion der europäischen Rechten
 484f.
 Technisches Hilfswerk 514
 Teheraner Institut zur Erforschung des
 Holocaust 456
 Telemediengesetz (TMG) 642
 The Home Of Ian Stuart's Blood & Honour
 468, 470
 Thiazi (Germanische Weltnetzgemeinschaft)
 168f., 171, 219, 296, 367f.

- T.H.O.R. 312
Thor 312f., 321, 324
Thor Steinar 184, 198, 312, 524, 554f.
Thorshammer 185, 312f., 315, 321
Thors Hammer 313
Thule-Netz 291, 294, 301
Thule-Seminar 315, 467
Thüringer Allgemeine 210
Thüringer Heimatschutz 222
Tonstörung 165, 387
Total War 180
trauermarsch-stolberg.de 299
Türkiyemspor 194f.
TUS Makkabi 194f., 201
Tyr88 313
- Ulster Union Party 484
Ultima Ratio 395
Unabhängige Freundeskreise (UFK) 365
Unabhängige Nachrichten (UN) 365
Unabhängigkeit/Demokratie (ID) 485f.
Union für das Europa der Nationen (UEN) 480, 485
United Kingdom Independence Party (UKIP) 482, 485
Until the end Records 179ff.
Urania 68
Utgard 314
- V7 & TTV Versand 167, 181
Vatra Romaneasca (Rumänische Heimstatt) 470
Venom 181
Verein zur Rehabilitierung der wegen
 Bestreitens des Holocaust Verfolgten e.V.
 (VRBHV) 251, 392, 407, 427, 456, 511,
 633
Verfassungsschutz Baden-Württemberg 389,
 396f., 399
Verfassungsschutz Berlin 336, 344, 380f.
Verfassungsschutz Hamburg 465
Verfassungsschutz Mecklenburg-Vorpommern
 252, 513
Verfassungsschutz Niedersachsen 232, 392, 394
Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen 52,
 138, 293, 327, 389, 518, 543, 647
Verfassungsschutz Thüringen 223
Verfassungsschutz Sachsen 311f., 314, 324,
 553, 557
Verfassungsschutz Sachsen-Anhalt 527
Verlag & Agentur Werner Symanek (VAWS)
 394
Verwaltungsgericht Arnberg 523
Verwaltungsgericht Bayreuth 638
Verwaltungsgericht Düsseldorf 303
Verwaltungsgericht Frankfurt 514
Verwaltungsgericht Lüneburg 514
Verwaltungsgericht Minden 389
Verwaltungsgericht Stuttgart 399
Verwaltungsgerichtshof Mannheim 523
Vielfalt tut gut. Jugend für Vielfalt, Toleranz
 und Demokratie 533f., 545, 549, 560
Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung
 405f.
vierter-april.net 299
Vlaams Belang (VB) 45, 52, 130, 140f., 390,
 481, 485, 487
Vlaams Blok 467, 481, 484f.
Volk in Bewegung & Der Reichsbote 466
Volk in Bewegung – Verlag & Medien OHG
 392
Volksaufstand 313
Volksbank Ludwigsburg 376
Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge
 Mecklenburg-Vorpommern 514
Volksfront Medien 299ff.
Volksnationale Partei (VNP) 464
Volkstreue Außerparlamentarische Opposition
 (VAPO) 386
Vorderste Front 237
VSG Altglienecke 201
- W & B-Records 172
Walhall 314f., 323ff.
Walküre 214, 314, 321, 325
Wehrsportgruppe Hoffmann 386
Wehrwolf 210, 322
Weißer Arischer Widerstand / WAW Kampf-
 kapelle 176
Werwolf 315f., 321
Werwolf Germany 315
White Aryan Resistance (WAR) 290
White Destiny 553
Whitenoise Records 181
White Youth 396
Wiking-Jugend (WJ) 215, 219, 318, 384
Wikinger Versand 181
Wikipedia 292, 302, 519, 591
Wir selbst 26
Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung (WAV) 78
Witikobund 278
Wodan 311ff.
Wolf-Verlag 239
W.O.T.A.N. 311
Wotanorden 312

- Wotanskrieger 312
Wotans Volk 311f., 322
Wurzen 13, 314, 399, 549, 552ff.
- X.x.X. 169, 170
- Yahoo Deutschland 644
YouTube 292, 302, 349, 605, 642
Youth BNP 461
- Zentralorgan 239
Zentralrat der Juden in Deutschland 375, 425,
636
Zentrum Demokratische Kultur 198
Zentrum für Antisemitismusforschung 553
Zero Tolerance 170
Zukunft statt Globalisierung 48, 148
Zur Zeit 140
Zyklon B (Fanclub) 201, 387, 405

Autoren und Herausgeber

Benz, Wolfgang, Prof. Dr., Jg. 1941, Historiker, Professor an der Technischen Universität Berlin, Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung, zahlreiche Veröffentlichungen zur deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert, zur Vorurteilsforschung und zum Rechts-Extremismus.

Borstel, Dierk, Jg. 1973, Diplom Politologe, Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Universität Greifswald und Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld und assoziiert mit „EXIT Deutschland“.

Braun, Stephan, Jg. 1959, Journalist, Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg, Vorsitzender des Gremiums nach Art. 10 GG, Sprecher der SPD-Fraktion für Fragen des Extremismus und des Verfassungsschutzes. Autor in: Elisabeth Gropper, Hans-Michael Zimmermann (Hrsg.): „Zuwanderung, Zugehörigkeit und Chancengleichheit für Kinder und Jugendliche“, Stuttgart 2000. Herausgeber der Bücher: „Der Jugend eine Chance. Perspektiven, Forderungen, Modelle“, Stuttgart 1999 (zus. mit Matthias Klopfer und Peter Thomas); „Rechte Netzwerke – eine Gefahr“, Wiesbaden 2004 (zus. mit Daniel Hörsch); „Die Wochenzeitung ‚Junge Freiheit‘. Kritische Analysen zu Programmatik, Inhalten, Autoren und Kunden“, Wiesbaden 2007 (zus. mit Ute Vogt); Autor auf netz-gegen-nazis.de

Brumlik, Micha, Prof. Dr., Jg. 1947, Professur für Theorien der Bildung und Erziehung an der Universität Frankfurt/Main. Studium der Philosophie, Pädagogik, Soziologie und Psychologie in Frankfurt und Jerusalem, Promotion in Philosophie, Professur für Devianzpädagogik an der Universität Hamburg bis 1981. 1981-2000 Professor für Erziehungswissenschaft mit dem Schwerpunkt Sozialpädagogik in Heidelberg. Von 2000 bis 2005 Direktor des Fritz Bauer Instituts – Studien- und Dokumentationszentrum zur Geschichte des Holocaust und seiner Wirkung. Forschungsschwerpunkte: moralische Sozialisation, Erziehungs- und Bildungsphilosophie, jüdische Kultur- und Religionsphilosophie. Letzte Veröffentlichung: *Kritik des Zionismus* (2006).

Buchheit, Frank, Jg. 1970, Diplom Pädagoge, pädagogischer Mitarbeiter beim Landeskriminalamt in Baden-Württemberg seit 2002. Nach Studium der Erziehungswissenschaften und Kriminologie in Tübingen zahlreiche Tätigkeiten in der offenen/mobilen Jugendarbeit. Arbeitsschwerpunkte: Strategische Kriminalprävention, Jugendkriminalität, Beratungs- und Interventionsgruppe gegen Rechtsextremismus. Zahlreiche Projekte, u. a.: Kampagne "Wölfe im Schafspelz", Kooperation Polizei – Moscheevereine (seit 2004).

Chung, Carl, Jg. 1963, Diplom Politologe, Projektleiter des Mobilen Beratungsteams „Ostkreuz“ für Demokratieentwicklung, Menschenrechte und Integration der Stiftung SPI Berlin. Nach Studium und Abschluss am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin freiberufliche Tätigkeit u. a. als Trainer für interkulturelle Verständigung und Dozent in der politischen Erwachsenenbildung.

Dantschke, Claudia, Jg. 1963, freie Journalistin, wissenschaftliche Mitarbeiterin der ZDK – Gesellschaft Demokratische Kultur in Berlin. Studium und Abschluss als Dolmetscherin und Übersetzerin für Arabisch und Französisch an der Universität Leipzig. Arbeitsschwerpunkt: Migration, Islam und Islamismus. Kommunalstudien zu Berliner Bezirken Friedrichshain-Kreuzberg und Mitte-Tiergarten-Wedding mit den Themenfeldern Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Islamismus. Zurzeit im Projekt „EXIT-Familienhilfe“ im „Zentrum Demokratische Kultur“ Berlin tätig, das Angehörige rechtsextrem oder islamistisch orientierter Jugendlicher betreut.

Edathy, Sebastian, MdB, Jg. 1969, Studium der Soziologie und Germanistik in Hannover (M.A.). Seit 1998 Mitglied des Bundestags, seit 2005 Vorsitzender des Innenausschusses des Deutschen Bundestags.

Erb, Rainer, Dr. phil., Jg. 1945, Soziologe, am Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin, Forschungsgebiete: Antisemitismus, Rechtsextremismus und Jugendgewalt. Zahlreiche Veröffentlichungen zu diesen Themen.

Esen, Ellen, Jg. 1960, Studium der Geschichte und Politikwissenschaft, Staatsexamen, Mitarbeit in Forschungsprojekten zur Arbeiterkulturbewegung in der Weimarer Republik, der historischen Frauenbewegung, seit den frühen 90er Jahren tätig in der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung, Organisation und Konzeption von Veranstaltungsreihen zu den Themen Sekten- und Psychogruppen, Kinderarmut, Sozialstaatsentwicklung, Drogen, Jugendgewalt, Rechtsextremismus.

Funke, Hajo, Prof. Dr., Jg. 1944, Professor für Politik und Kultur am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität. Forschungsschwerpunkte: politische Kultur der Bundesrepublik Deutschland, Aufarbeitung des Nationalsozialismus und des Antisemitismus, Rechtsextremismus. Veröffentlichungen u.a.: Gott Macht Amerika. Ideologie, Religion und Politik der US-amerikanischen Rechten (2006); Das Otto-Suhr-Institut und der Schatten der Geschichte. Eine andere Erinnerung (2008).

Geisler, Alexander, M.A., Jg. 1975, Studium der Politikwissenschaft, neueren und mittleren Geschichte und Soziologie in Mainz und Tours. 2004-2006 Büro- und Wahlkampfleiter beim Sprecher für Fragen des Verfassungsschutzes und des Extremismus der baden-württembergischen SPD-Landtagsfraktion, Stephan Braun MdL; seit 2005 wissenschaftlicher Mitarbeiter bei Martin Gerster MdB. Autor verschiedener Veröffentlichungen zu modernem Wahlkampfmanagement und Politikvermittlung sowie der extremen Rechten.

Gensing, Patrick, Jg. 1974, Journalist, Nachrichtenredakteur und Autor für tagesschau.de, Online-Redakteur und Autor für das Politmagazin Panorama, Hörfunkberichte für NDRInfo und andere Wellen. Autor für die taz, die Bundeszentrale für politische Bildung, die Jüdische Allgemeine, den Zünder, Mut gegen rechte Gewalt. Referent bei der Medienakademie von ARD und ZDF zum Thema "Neonazis und Internet". Seit Ende 2005 Betreiber des NP-D-BLOG.

Gerster, Martin, M.A., MdB, Jg. 1971. Seit 2005 Mitglied der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Mitglied im Finanz- und Sportausschuss. Stellvertretender Sprecher der SPD-Arbeitsgruppe Rechtsextremismus. Davor Studium der Politikwissenschaft, Geschichte und Wirtschaftswissenschaften in Mainz, Tätigkeiten in Journalismus, Politik und Wahlkampforganisation. Autor verschiedener Veröffentlichungen zum modernen Wahlkampfmanagement sowie der extremen Rechten.

Glaser, Stefan, Jg. 1969, Diplom-Pädagoge, stellvertretender Leiter von jugendschutz.net. Nach Studium der Pädagogik und Politikwissenschaft in Mainz jahrelange Tätigkeit in der außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung. Arbeitsschwerpunkt: Nationalsozialismus, Rechtsextremismus und interkulturelle Erziehung. Seit 2000 Verantwortlicher der Projektarbeit zum Thema Rechtsextremismus bei jugendschutz.net.

Grumke, Thomas, Dr., Jg. 1970, Politologe, seit 2004 wissenschaftlicher Referent beim Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen, Lehrbeauftragter für das Fach Politikwissenschaft an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Studium der Politik- und Literaturwissenschaft in Osnabrück, Ottawa, Berlin und Frankfurt/Oder.

Günter, Thomas, Jg. 1971, Jurist, Justitiar von jugendschutz.net. Arbeitsschwerpunkte: Vorgehen gegen jugendgefährdende Inhalte im Internet und Abstimmung der Verfahren mit Medienaufsicht, Straf- und Polizeibehörden. Veröffentlichung zahlreicher Aufsätze und Artikel zur rechtlichen Verantwortlichkeit im Internet.

Häusler, Alexander, Jg. 1963, Sozialwissenschaftler, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Arbeitsstelle Neonazismus/Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus der Fachhochschule Düsseldorf. Aktuelle Veröffentlichungen: Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien (2008, als Herausgeber).

Hövelmann, Holger, Jg. 1967, Innenminister des Landes Sachsen-Anhalt, Landesvorsitzender der SPD Sachsen-Anhalt. Studium an der Offiziershochschule in Zittau mit dem Abschluss Diplom-Politikwissenschaftler. 1990 Angestellter des Landkreises Zerbst, 1993 Gewerkschaftssekretär/Geschäftsführer der ÖTV-Kreisverwaltung Anhalt, 2001 Landrat des Landkreises Anhalt-Zerbst, seit 2006 Innenminister.

Jennerjahn, Miro, Jg. 1979, Politologe, Projektkoordinator beim Netzwerk für Demokratische Kultur e.V. in Wurzen. Studium der Politikwissenschaft am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin Abschluss mit Diplom; Veröffentlichungen: „Neue Rechte und Heidentum. Zur Funktionalität eines ideologischen Konstrukts“ (2006).

Kailitz, Steffen, PD Dr., Jg. 1969, Politikwissenschaftler, Forschung am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V. in Dresden und Lehre an der TU Dresden. Nach Studium und Promotion an der TU Chemnitz wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl Politische Systeme, politische Institutionen in Chemnitz bis zum Jahr 2007. Forschungsschwerpunkte: Demokratieforschung sowie vergleichende Diktatur- und Extremismusforschung. Seit 2003 Sprecher der Ad-hoc-Gruppe "Politischer Extremismus" bei der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft.

Kellershohn, Helmut, Jg. 1949, Oberstudienrat an einem Gymnasium in Moers mit den Fächern Geschichte und Katholische Religion. Mitarbeiter am Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS). Diverse Veröffentlichungen zur Neuen Rechten und zum Neokonservatismus.

Kleinschmidt, Rudolf, Jg. 1970, seit über zehn Jahren im Bereich Rechtsextremismus als Referent und Freier Journalist tätig. Zahlreiche Hintergrundrecherchen sowie Artikel unter anderem im „blick nach rechts“, dem Informationsdienst gegen Rechtsextremismus (IDGR) oder „Der Standard“.

Kohlstruck, Michael, Dr. phil., Jg. 1957, Politikwissenschaftler am Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin. Forschungsgebiete: Rechtsextremismus und Jugendgewalt, Erinnerungspolitik, politische Kultur. Veröffentlichungen zu diesen Themen.

Körper, Fritz Rudolf, Jg. 1954, Evangelischer Theologe, 1979 bis 1990 Mitglied der SPD-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz, seit 1990 Mitglied des Deutschen Bundestages. 1998 bis 2005 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern. Seit November 2005 stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag.

Krems, Martin, Jg. 1963, Pressesprecher des Innenministeriums von Sachsen-Anhalt, Gemeinderat in Walbeck (Landkreis Börde). Studium der Neueren Geschichte an der Universität Münster mit Magisterabschluss. 1991 Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bundestag (MdB-Büro), seit 1996 Pressesprecher in der Landesverwaltung Sachsen-Anhalt, seit 2006 Pressesprecher des Innenministeriums.

Langebach, Martin, Jg. 1970, Soziologe (MA) und Dipl. Sozialpädagoge, Referent des Vereins „Argumente und Kultur gegen Rechts e.V.“ und Promotionsstipendiat der Friedrich-Ebert-Stiftung an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Arbeitsschwerpunkt u. a. Rechtsextremismus sowie speziell Rechtsextremismus und Jugend(kulturen). Veröffentlichungen (unter Pseudonym Christian Dornbusch): u. a. „RechtsRock – Made in Sachsen-Anhalt“ (2007, mit Jan Raabe und David Begrich); „88 Fragen und Antworten zur NPD. Weltanschauung, Strategie und Auftreten einer Rechtspartei – und was Demokraten dagegen tun können“ (2008, mit Fabian Virchow).

Litten, Rainer, Jg. 1940, Jurist, Beauftragter des Ministers für Soziales und Gesundheit Mecklenburg-Vorpommern für Demokratie und Toleranz. Nach dem Studium der und Promotion in den Rechtswissenschaften unter anderem in Marburg, Hamburg und Göttingen. 2003-2006 Staatssekretär im Justizministerium Mecklenburg-Vorpommern. Veröffentlichungen: Politisierung der Justiz, (1972, hrsg. mit Prof. Maximilian Wallerath); Kommentar zur Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern (2007).

Maegerle, Anton, Journalist, Buch- und TV-Autor, langjähriger Mitarbeiter des Informationsdienstes „blick nach rechts“, der Vierteljahreshefte „Tribüne. Zeitschrift zum Verständnis des Judentums“ und des ARD-Politmagazins Report Mainz. Veröffentlichungen u. a.: Die Sprache des Hasses: Rechtsextremismus und völkische Esoterik – Jan van Helsing, Horst Mahler (2001); Globalisierung aus Sicht der extremen Rechten (2005); Rechte und Rechtsextreme im Protest gegen Hartz IV (2006); Gewerkschaften im Visier von Rechten und Rechtsextremisten (2008). Preisträger „Leuchtturm für besondere publizistische Leistungen“ (mit Thomas Kuban und Andrea Röpke) im Jahr 2007.

Pfahl-Traugher, Armin, Prof. Dr., Jg. 1963, Politologe und Soziologe, Professor an der Fachhochschule des Bundes Brühl und Lehrbeauftragter an der Universität Bonn. Arbeitsschwerpunkte: Antisemitismus, Extremismus, Ideengeschichte, Philosophie, Religion, Totalitarismus und Zeitgeschichte. Zahlreiche Veröffentlichungen, u. a.: Rechtsextremismus in der Bundesrepublik (2001, 3. Aufl.); Antisemitismus in der deutschen Geschichte (2002).

Pilz, Gunter A., Prof. Dr. phil, Jg. 1944, Dipl.-Soziologe, Institut. für Sportwissenschaft der Leibniz Universität Hannover. Forschungsschwerpunkte: Gewalt, Rassismus und Diskriminierung in der Gesellschaft und im Sport, Fanverhalten. Zahlreiche Tätigkeiten als Gutachter und Berater in den Feldern Gewalt und Gewaltprävention, Rechtsextremismus, Fanverhalten und Fankultur, unter anderem für das Bundesinnenministerium, den DFB und das Deutsche Jugendinstitut. Mitgliedschaft in zahlreichen Kommissionen, zum Beispiel „Sicherheit und Prävention“ vom DFB, „Ethics and Fair Play“ von der UEFA, AG „Gewaltprävention im und durch Sport“ des Innenministeriums NRW.

Pfeiffer, Thomas, Dr. rer. soc., Jg. 1970, Dipl.-Journalist, Wissenschaftlicher Referent für den Bereich Rechtsextremismus in der Abteilung Verfassungsschutz des Innenministeriums Nordrhein-Westfalen und Lehrbeauftragter im Fach Politikwissenschaft an der Ruhr-Universität Bochum. Nach dem Studium der Journalistik an der Universität Dortmund Promotion an der Fakultät für Sozialwissenschaft der Ruhr-Universität Bochum. Veröffentlichungen u. a.: Erlebniswelt Rechtsextremismus. Menschenverachtung mit Unterhaltungswert. Hintergründe – Methoden – Praxis der Prävention (2007 hrsg. mit Stefan Glaser); Für Volk und Vaterland. Das Mediennetz der Rechten – Presse, Musik, Internet (2002).

Raabe, Jan, Jg. 1965, Dipl. Sozialpädagoge, tätig in der Jugendarbeit, Referent beim Verein Argumente & Kultur gegen Rechts e.V., Themenschwerpunkt extreme rechte (Jugend-) Kultur(en) und militanter Neonazismus. Mit Christian Dornbusch gab er den Sammelband „RechtsRock. Bestandsaufnahme und Gegenstrategien“ (2002) heraus und veröffentlichte zuletzt mit Dornbusch und David Begrich „RechtsRock – Made in Sachsen-Anhalt“ (2007).

Röpke, Andrea, Jg. 1965, Dipl. Politologin, freie Journalistin, Beiträge unter anderem für Panorama, Monitor und Kontraste, Arbeitsschwerpunkt: Rechtsextremismus. Autorin beim „blick nach rechts“. Zahlreiche Auszeichnungen, darunter „Das unerschrockene Wort“ Preis der deutschen Lutherstädte im Jahr 2009, „Leuchtturm für besondere publizistische Leistungen“ (mit Thomas Kuban und Anton Maegerle) im Jahr 2007. Veröffentlichungen: „Ferien im Führerbunker“ (2008), Mitherausgeberin von „Neonazis in Nadelstreifen“ (2008).

Schedler, Jan, Jg. 1977, Sozialwissenschaftler, Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Fakultät für Sozialwissenschaft der Ruhr-Universität Bochum, Forschungs- und Arbeitsschwerpunkte: extrem rechte Parteien, Jugendkultur, Soziale Bewegungen, Europapolitik. Veröffentlichungen u. a.: „Antiislamischer Populismus – ein rechter Erfolgsschlagler?“, In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Heft 4 2008 (zus. mit Alexander Häusler). „Jugendarbeit der extremen Rechten und das Beispiel Pro Köln und Pro NRW“, In: Alexander Häusler (Hg.): Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“, Wiesbaden 2008, (zus. mit Hans-Peter Killguss).

Schmidt, Matthias, Jg. 1963, Beamter im Bundesministerium des Innern. Seit 2006 Mitglied der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) des Bezirks Treptow-Köpenick und sportpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion. Neben der Sportpolitik ist sein Themenschwerpunkt innerhalb der Fraktion die Bekämpfung des Rechtsextremismus.

Schulz, Martin, Jg. 1955, MdEP. Seit 2001 Mitglied des SPD-Parteivorstandes und Mitglied des Präsidiums der SPD. Seit 1994 Mitglied des Europäischen Parlaments; 1995 bis 2000 Innenpolitischer Sprecher der PSE-Fraktion im Europäischen Parlament, 2000 bis 2004 Vorsitzender der SPD-Gruppe im Europäischen Parlament; seit Juli 2004 Vorsitzender der PSE-Fraktion im Europäischen Parlament.

Schulze, Christoph, Jg. 1979, studiert Kommunikationswissenschaft in Berlin, Arbeit als Freier Journalist zum Thema Rechtsextremismus. Veröffentlichungen: Beiträge in 88 Fragen und Antworten zur NPD, (2008, Hrsg. Christian Dornbusch/Fabian Virchow); Handbuch für Demokratie und Toleranz, (2008, Hrsg. Dirk Höhner).

Schuppener, Georg, Prof. Dr. Dr., Jg. 1968, Professor am Institut für Germanistik der Universität Leipzig im Bereich Sprachgeschichte sowie an der Westböhmischen Universität Pilsen. Studium der Germanistik, Geschichte, Mathematik, Philosophie und Wissenschaftsgeschichte in Aachen, Hamburg, Leipzig und Jena. Gastprofessuren in Halle/Saale, Kaliningrad (Königsberg/Russland) und Ústí nad Labem (Aussig/Tschechische Republik). Arbeitsschwerpunkt in der politischen Bildung: Nationalsozialismus und Rechtsextremismus. Autor zahlreicher Publikationen zur Sprach-, Literatur-, Kultur- und Wissenschaftsgeschichte.

Sommer, Bernd, Jg. 1976, Diplom-Sozialwissenschaftler. Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Bundestagsabgeordneten Sebastian Edathy. Promoviert an der Leibniz-Universität Hannover über die Entwicklung rechtsextremer Einstellungen im vereinten Deutschland.

Speit, Andreas, Jg. 1966, Dipl. Sozialökonom, Freier Journalist, taz-Nord-Kolumnist zum Thema „extreme Rechte“ und regelmäßiger Autor für die „taz“, „Freitag“ und „blick nach rechts“. Herausgeber: „Ästhetische Mobilmachung“, 2002. Mitherausgeber: „Braune Kameradschaften“, 2004, „Neonazis in Nadelstreifen“, 2008; Autor: „Mythos Kameradschaft“, 2005; „Rechtsextremismus in Norddeutschland“, 2007; „Braune Gefahr für Deutschland“, 2008; Co-Autor: „RechtsRock“, 2002; „88 Fragen und Antworten zur NPD“, 2008. Ausgezeichnet vom Medium-Magazin in der Rubrik Lokaljournalisten 2007.

Susen, Ann-Sofie, Jg. 1974, Politologin, Projektkoordinatorin des Mobilen Beratungsteams „Ostkreuz“ für Demokratieentwicklung, Menschenrechte und Integration der Stiftung SPI Berlin. Freiberufliche Tätigkeiten in der politischen Bildung u. a. für Landeszentrale politische Bildung Berlin, VHS City West Berlin, Archiv der Jugendkulturen e.V., Gesicht Zeigen. Aktion weltoffenes Deutschland e.V. sowie Lehraufträge an der Freien Universität Berlin. Arbeitsschwerpunkte: Rechtsextremismus, Jugendkulturen, Demokratieerziehung, Konflikte in der Einwanderungsgesellschaft.